
Stenographisches Protokoll

107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 10., Donnerstag, 11., und Freitag, 12. März 1993

Stenographisches Protokoll

107. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 10., Donnerstag, 11., und Freitag, 12. März 1993

Tagesordnung

1. Fünfter Bericht über den Stand der österreichischen Integrationspolitik
2. Sechster Bericht über den Stand der österreichischen Integrationspolitik
3. Siebenter Bericht über den Stand der österreichischen Integrationspolitik
4. Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen
5. Internationales Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen

Inhalt

Personalien

Verhinderungen (S. 12314)

Rufe zur Sache (S. 12553, S. 12620, S. 12620, S. 12695, S. 12697 und S. 12700)

Geschäftsbehandlung

Annahme des Antrages der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser, Dr. Haider und Dr. Frischenschlager, eine Gesamtredzeit zu beschließen

zu den Tagesordnungspunkten 1, 2 und 3 (S. 12329)

Unterbrechungen der Sitzung (S. 12446, S. 12510, S. 12658 und S. 12688)

Begrüßung einer Delegation der Tschechischen Nationalversammlung durch den Präsidenten (S. 12466)

Ersuchen der Abgeordneten Mag. Marijana Grandits, die Sitzung zu unterbrechen (S. 12509)

Antrag der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen auf Schluß der Debatte gemäß § 56 der Geschäftsordnung (S. 12511) – Annahme (S. 12511)

Antrag der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Rolle des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller in der Causa Tropenholz und im Zusammenhang mit den Interventionen der Firma Lenzing AG gemäß § 33 der Geschäftsordnung

Bekanntgabe (S. 12586)

Erklärung der Präsidentin Dr. Heide Schmidt betreffend Geschäftswidrigkeit des gegenständlichen Antrages (S. 12688)

Antrag der Abgeordneten Anschöber und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Verbindungen zum Handel mit Materialien zur Menschenunterdrückung (Wasserwerfer made in Austria) als Gegengeschäft zur Kehrtwende in der Tropenholzfrage gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12689)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Anschöber und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Verschiebung von Stasi-Milliarden über österreichische Banken, der Rolle von Politik und Banken, der Anonymität und Geldwäsche gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12690)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Mag. Marijana Grandits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersu-

chung der Förderungsgebarung bei der Druckereiförderung — versteckte Presseförderung bevorzugter Tageszeitungen gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12690)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie bezüglich der katastrophalen Situation im Zusammenhang mit Kinderbetreuungseinrichtungen gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12690)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Bau eines 380-kV-Hochspannungsringes gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12690 und S. 12713)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundesministers für Arbeit und Soziales betreffend Verschuldung des Insolvenzentgeltsicherungsfonds in dieser Legislaturperiode in Milliardenhöhe gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12690)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortlichkeit der obersten Vollzugsorgane des Bundes (insbesondere der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Bundesministers für Arbeit und Soziales, des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz) im Zusammenhang mit den Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen in Arnoldstein, Brixlegg und Treibach gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12691)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung für die Demontage der aktiven Arbeitsmarktpolitik bei wachsender Arbeitslosigkeit in Österreich gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12691)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Dr. Renoldner und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Verletzung der ÖNORM 2050 bei der Vorgangsweise zur Beschaffung von leichten Fliegerabwehrlenk Waffen für das Bundesheer gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12691)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Srb und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für bauliche Barrieren für behinderte Menschen und Rollstuhlnutzer bei der ÖBB gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12692)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Srb und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundesministers für Arbeit und Soziales für schwere Mängel bei der medizinischen Hauskrankenpflege gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12692)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundesministers für Inneres für die rechtswidrige Ausweisung von politischen Flüchtlingen nach der Genfer Konvention und deren darauffolgende Verfolgung, Folterung und Ermordung in deren Heimatstaaten gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12692)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der politischen Verantwortung des Bundeskanzlers für den ständigen Rückgang der Zahl der Angehörigen der Volksgruppen in Österreich als unmittelbare Folge der jahrelangen Nichtausbezahlung der vom Nationalrat im Budget beschlossenen Volksgruppenförderungen gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12693)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Wabl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Verwendung der Budgetmittel für marktordnungspolitische Maßnahmen beziehungsweise der Vergabepraxis von Exportförderungs Mitteln auf

dem Fleisch- und Getreidesektor gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12693)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Wabl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Konsequenzen aus dem vom Rechnungshof belegten 371-Millionen-Skandal beim Bau der Pyhrn Autobahn gemäß § 33 der Geschäftsordnung (S. 12693)

Bekanntgabe (S. 12586)

Antrag der Abgeordneten Schieder, Dr. Neisser und Genossen auf Durchführung einer gemeinsamen Debatte über die Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen (S. 12688) — Annahme (S. 12689)

Abstimmungen siehe 108. Sitzung

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (S. 12688) und Abgeordneter Dr. Fuhrmann (S. 12689) (im Zusammenhang mit oben angeführtem Antrag auf Durchführung einer gemeinsamen Debatte über die Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen)

Ersuchen der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic, die Sitzung zu unterbrechen (S. 12688, S. 12689 und S. 12702)

Protest des Abgeordneten Voggenhuber gegen die Vorsitzführung der Präsidentin Dr. Heide Schmidt (S. 12689)

Verlangen des Abgeordneten Voggenhuber nach Durchführung einer Debatte über seinen Protest (S. 12689)

Einwendungen des Abgeordneten Voggenhuber gegen die Tagesordnung der nächsten Sitzung gemäß § 50 der Geschäftsordnung (S. 12694)

Durchführung einer Debatte gemäß § 50 (1) der Geschäftsordnung (S. 12694)

Redner:

Voggenhuber (S. 12695),
Mag. Terezija Stoisits (S. 12695),
Dr. Madeleine Petrovic (S. 12696),
Wabl (S. 12697),
Anschober (S. 12697),
Monika Langthaler (S. 12698),
Mag. Marijana Grandits (S. 12699),
Christine Heindl (S. 12699),
Dr. Renoldner (S. 12700),
Srb (S. 12702),

Dkfm. Holger Bauer (S. 12703),
Dr. Fuhrmann (S. 12704),
Dr. Renoldner (S. 12704 und S. 12710) (tatsächliche Berichtigungen),
Dr. Fuhrmann (S. 12705) (Erwidern auf eine tatsächliche Berichtigung),
Arthold (S. 12705),
Dr. Ofner (S. 12706),
Dr. Bruckmann (S. 12707),
Mag. Barmüller (S. 12708),
Haigermoser (S. 12709),
Haigermoser (S. 12710) (Erwidern auf eine tatsächliche Berichtigung),
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 12711),
Dr. Haider (S. 12711) und Wabl (S. 12712) (tatsächliche Berichtigung)

Einwendungen finden keine Mehrheit (S. 12713)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Renoldner (S. 12704 und S. 12710)

Dr. Fuhrmann (S. 12705) (Erwidern)

Haigermoser (S. 12710) (Erwidern)

Wabl (S. 12712)

Fragestunde (46.)

Inneres (S. 12314)

Mag. Terezija Stoisits (355/M); Strobl, Dr. Pirker, Scheibner

Mag. Terezija Stoisits (356/M); Gaal, Kraft, Dr. Helene Partik-Pablé

Elmecker (358/M); Dr. Pirker, Gratzner, Mag. Terezija Stoisits

Moser (365/M); Hofmann, Kiss, Gratzner

Gabrielle Traxler (369/M); Ing. Schwärzler, Mag. Terezija Stoisits

Anschober (357/M); Grabner, Dr. Pirker, Haigermoser

Leikam (359/M); Auer, Dr. Helene Partik-Pablé, Anschober

Achs (360/M); Kraft, Dolinschek, Anschober

Moser (366/M); Neuwirth, Kiss, Dr. Helene Partik-Pablé

Bundesregierung

Vertretungsschreiben (S. 12327)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12327)

Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Haider, Fischl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend mangelnde Koordination im österreichischen Gesundheitswesen (4424/J) (S. 12366)

Begründung: Dr. Haider (S. 12372)

Bundeskanzler Dr. Vranitzky (S. 12380)

Debatte:

Mag. Haupt (S. 12386),
Helmuth Stocker (S. 12388),
Dr. Schwimmer (S. 12391),
Dr. Renoldner (S. 12393),
Klara Motter (S. 12396),
Edith Haller (S. 12398),
Dkfm. Ilona Graenitz (S. 12399),
Dr. Leiner (S. 12401),
Dr. Madeleine Petrovic (S. 12404),
Fischl (S. 12406),
Annemarie Reitsamer (S. 12409),
Christine Heindl (S. 12411),
Mag. Schweitzer (S. 12413),
Mag. Guggenberger (S. 12414),
Srb (S. 12416) und
Dr. Helene Partik-Pablé (S. 12418)

der Abgeordneten Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vernachlässigung österreichischer Interessen beim Verkauf von Verkehrsunternehmen, insbesondere der AUA und der DDSG (4442/J) - Zurückziehung (S. 12585)

der Abgeordneten Monika Langthaler, Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Novellierung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes (4465/J) (S. 12586)

Begründung: Monika Langthaler (S. 12606)

Bundeskanzler Dr. Vranitzky (S. 12656)

Debatte:

Anschöber (S. 12659),
Wabl (S. 12661),

Mag. Terezija Stoitsits (S. 12663),
Voggenhuber (S. 12665),
Mag. Marijana Grandits (S. 12667),
Christine Heindl (S. 12670),
Ing. Murer (S. 12672),
Dr. Renoldner (S. 12673),
Srb (S. 12676),
Gabrielle Traxler (S. 12678),
Dr. Madeleine Petrovic (S. 12679),
Mag. Schweitzer (S. 12682),
Mag. Barmüller (S. 12684),
Monika Langthaler (S. 12685) und
Anna Elisabeth Aumayr (S. 12687)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend die Berücksichtigung der Menschenrechtssituation bei Exportförderungen (S. 12678) - Ablehnung (S. 12688)

Verhandlungen**Gemeinsame Beratung über**

- (1) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-91 d. B.) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Fünfter Bericht) (940 d. B.)
- (2) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-99 d. B.) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Sechster Bericht) (941 d. B.)
- (3) Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-112 d. B.) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Siebenter Bericht) (942 d. B.)

Berichterstatter: Steinbach (S. 12328)

Berichterstatter: Ing. Schwärzler (S. 12329)

Redner:

Dr. Gugerbauer (S. 12329),
Schieder (S. 12332),
Voggenhuber (S. 12337 und S. 12463),
Dr. Kohl (S. 12344 und S. 12468),
Dkfm. Holger Bauer (S. 12349),
Dr. Frischenschlager (S. 12354),
Bundesminister Dr. Mock (S. 12357 und S. 12433),
Bundesminister Dr. Schüssel (S. 12361),
Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer (S. 12362),
Dr. Renoldner (S. 12364 und S. 12421),

Dr. Jankowitsch (S. 12423),
Mag. Schreiner (S. 12427),
Dipl.-Ing. Riegler (S. 12430),
Wabl (S. 12435),
Moser (S. 12437),
Mag. Gudenus (S. 12441),
Dr. Gusenbauer (S. 12446),
Scheibner (S. 12449),
Ingrid Tichy-Schreder
(S. 12452),
Dr. Madeleine Petrovic (S. 12455),
Klara Motter (S. 12457),
Dr. Puntigam (S. 12458),
Dr. Heindl (S. 12460),
Dipl.-Ing. Flicker (S. 12462),
Klomfar (S. 12466) und
Dr. Lanner (S. 12467)

Kenntnisnahme der drei Berichte
(S. 12470)

- (4) Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen (922 d. B.)

Redner:

Mag. Marijana Grandits (S. 12470),
Dr. Höchtl (S. 12471) und
Mag. Waltraud Schütz (S. 12471)

Genehmigung (S. 12472)

- (5) Regierungsvorlage: Internationales Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen (920 d. B.)

Redner:

Mag. Marijana Grandits (S. 12472),
Steinbauer (S. 12510) und
Dr. Madeleine Petrovic (S. 12511)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend eine freiwillige Erhöhung des österreichischen Mitgliedsbeitrages zum Internationalen Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse (S. 12513) – Ablehnung (S. 12586)

Genehmigung (S. 12586)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen (S. 12327)

- 943: Internationales Zuckerübereinkommen samt Anhang
948: 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle
963: Bundesgesetz über evangelisch-theologische Studienrichtungen

964: Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin

966: Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten geändert wird

967: Bundesgesetz, mit dem das AIDS-Gesetz und das Geschlechtskrankheitengesetz geändert werden

972: Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen

973: Bundesgesetz, mit dem begleitende Bestimmungen zum Bundesvergabegesetz erlassen werden

974: Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen

979: Vereinbarung mit Deutschland über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung samt Beilage und Anlagen

Bericht (S. 12327)

III-119: Fünfter Bericht betreffend die Gebahrung des Katastrophenfonds in den Jahren 1991 und 1992; BM f. Finanzen

Anträge der Abgeordneten

Mag. Barmüller und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung geändert wird (497/A)

Parnigoni, Dr. Keimel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Maß- und Eichgesetz geändert wird (498/A)

Dr. Khol, Schieder, Mag. Haupt, Mag. Marijana Grandits, Moser, Dr. Puntigam, Dr. Jankowitsch und Genossen betreffend das frühere Jugoslawien (499/A) (E)

Dr. Renoldner und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Hochschülerchaftsgesetz geändert wird (500/A)

Monika Langthaler, Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zur Kennzeichnung von Holz und Holzprodukten sowie zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung (501/A)

Dr. Renoldner und Genossen betreffend die Sicherung von Dienstverträgen für LehrerInnen in II-L-Dienstverhältnissen (502/A) (E)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend „Elternkarenzurlaubsgesetz“ (4363/J)

Regina Heiß, Dr. Keimel, Dr. Lackner, Dr. Khol, Dr. Lanner, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Banküberweisung des Bergbauernzuschusses (4364/J)

Kraft und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Einstellung der Familienbeihilfe für Kinder über 18 Jahre bei einem Lehrverhältnis in Deutschland (4365/J)

Auer und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend Förderung von Organisationen beziehungsweise Vereinen der freien Wohlfahrtspflege (4366/J)

Vetter und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Zusagen vom 19. Mai 1992 für Maßnahmen zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs auf der Franz-Josefs-Bahn (Regionalanliegen Nr. 140) (4367/J)

Dr. Lackner, Regina Heiß, Dr. Keimel, Dr. Khol, Dr. Lanner, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Korridorzug Lienz—Innsbruck (Regionalanliegen Nr. 141) (4368/J)

Dr. Pirker und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Gendarmerieposten Moosburg (Regionalanliegen Nr. 142) (4369/J)

Regina Heiß, Auer, Dr. Keimel, Dr. Lackner, Dr. Khol, Schwarzenberger, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Auszahlung von Bergbauernzuschüssen (4370/J)

Dr. Keimel, Regina Heiß, Dr. Lackner, Dr. Khol, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die Feuchtigkeitsisolierung mehrerer Brückenbauwerke für die Umfahrung Innsbruck (4371/J)

Mag. Haupt, Dolinschek und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend Arbeitsmarktlage in Spittal an der Drau (4372/J)

Mag. Haupt, Mag. Schreiner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Prämienhöhungen bei gleichzeitiger

Leistungssenkung der Versicherungen (4373/J)

Mag. Haupt, Edith Haller und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend gerichtsmedizinische Untersuchungen an den Gebeinen Mary Vetseras (4374/J)

Mag. Haupt, Mag. Karin Praxmarer, Mag. Schweitzer, Scheibner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Pädagogische Akademien (4375/J)

Mag. Haupt, Dr. Haider und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Spittal an der Drau als Standort einer Fachhochschule (4376/J)

Mag. Haupt, Dr. Haider und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Spittal an der Drau als Standort einer Fachhochschule (4377/J)

Ing. Murer, Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Nichterrichtung der Schleife Selzthal der ÖBB (4378/J)

Mag. Karin Praxmarer, Mag. Schweitzer, Scheibner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schulleiterbestellung an der HBLVA für Textilindustrie, Spengergasse 20, 1050 Wien (4379/J)

Edith Haller, Scheibner und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung des Jugendalkoholismus (4380/J)

Dr. Helene Partik-Pablé, Dolinschek und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Fahrtkostenzuschuß für Exekutivbeamte (4381/J)

Dr. Helene Partik-Pablé, Dolinschek und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Bezirksleitzentrale für den Bezirk Klagenfurt-Land (4382/J)

Dr. Helene Partik-Pablé, Böhacker und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend skandalöse Zustände bei der Salzburger Polizei (4383/J)

Dr. Helene Partik-Pablé, Böhacker und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Fernsehverbot für Exekutivbeamte (4384/J)

Dr. Helene Partik-Pablé, Dolinschek und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend keine Vergütung für Trainertätigkeit im Bereich der Exekutive (4385/J)

- Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend sanitäre Zustände im Zollamt Hegyesalom (4386/J)
- Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Garage im Verkehrsministerium (4387/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Gratzler und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Bestellung des Generalinspektors der Wiener Sicherheitswache (4388/J)
- Mag. Gudenus und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend die Anfrage Nummer 3776/J und die Anfragebeantwortung Nummer 3738/AB (4389/J)
- Meisinger und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend die Beschäftigung von abgefertigten Mitarbeitern der Austrian Industries über Leasingfirmen am selben Arbeitsplatz (4390/J)
- Dr. Haider, Dolinschek und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend Förderungen an das BFI Vorarlberg (4391/J)
- Böhacker, Haigermoser und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Nächtigungsgeld für LKW-Fahrer (4392/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung des Volksbegehrens „Österreich zuerst“ (Fortsetzung) (4393/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Scheibner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Gerichtskosten bei Verfahren gegen ausländische Straftäter (4394/J)
- Ute Apfelbeck, Böhacker und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 1991 (4395/J)
- Anna Elisabeth Aumayr, Huber, Ing. Murer, Mag. Schreiner und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Qualitätsprüfungen und -kriterien für Milcherzeuger (4396/J)
- Mag. Schweitzer, Mag. Karin Praxmarer, Scheibner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Förderung des Offenen Hauses Oberwart (4397/J)
- Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend bundeseinheitliche Durchführung der Lenkerberechtigungsprüfung (4398/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend fälschungssichere Zulassungsscheine (4399/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Schulung der Bezirksgendarmeriekommandanten (4400/J)
- Edith Haller, Ing. Meischberger, Mag. Karin Praxmarer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Nachfolge Direktor Dr. Karl Probst (4401/J)
- Haigermoser, Dr. Helene Partik-Pablé, Böhacker und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Konsequenzen aus dem Mord an dem Salzburger Polizisten Norbert Brüll (4402/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Ute Apfelbeck und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Beschäftigung von Freigängern als Autowäscher bei der Bundespolizeidirektion Leoben (4403/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Meisinger und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend die Wiedererrichtung des Wachzimmers in Steyrdorf (4404/J)
- Mag. Schreiner, Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Stempelmarken auf Sichtvermerken (4405/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Telefonabhöranlagen in den Bundespolizeidirektionen (4406/J)
- Edith Haller, Ing. Meischberger, Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend den aktuellen Planungsstand einer Eisenbahnalpentransversale unter Tirol (4407/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Schwarzhandel mit Zigaretten (4408/J)
- Dr. Helene Partik-Pablé, Mag. Karin Praxmarer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend schulische Benachteiligung von Mädchen (4409/J)

- Dr. Ofner, Mag. Karin Praxmarer, Scheibner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend verschleppte Erledigung eines Verfahrenshilfeantrages (4410/J)
- Dr. Haider, Mag. Schreiner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die KEST für ausländische Kontoinhaber (4411/J)
- Mag. Schweitzer, Dr. Ofner und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Einstellung des Strafverfahrens gegen Bundesrat Dr. Milan Linzer (4412/J)
- Dkfm. Hochsteiner, Schöll und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend die Vergabe von Planungsleistungen für das Bauvorhaben Neubau TU Wien, „Aspanggründe“ (Haustechnikgewerbe) in Wien III, Landstraßer Gürtel (4413/J)
- Rosenstingl, Ute Apfelbeck, Böhacker und Genossen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend Prüfung der Schiffsfahrtpolizei (4414/J)
- Dr. Kräuter und Genossen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend Rechnungshof-Rohberichte (III) beziehungsweise andere Unterlagen aus dem Rechnungshof, diesmal zum Thema Burgtheater (4415/J)
- Schieder und Genossen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend schwerste Menschenrechtsverletzungen des Iran gegen die Bahai (4416/J)
- Murauer, Mag. Molterer, Mag. Kukacka und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend den geplanten Ausbau der Westbahnstrecke zwischen Amstetten und Linz (Regionalanliegen Nr. 142) (4417/J)
- Murauer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Handhabung der neuen Kfz-Steuerregelung bei Wechselkennzeichen (4418/J)
- Dr. Müller, DDr. Niederwieser und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend UOG 1993 (4419/J)
- Parnigoni und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Transportgenehmigungen im Land Niederösterreich (4420/J)
- Hofer, Kraft und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Fernsehverbot für Gendarmen (4421/J)
- Hilde Seiler und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend einen mutmaßlichen Fall von Kinderpornographie (4422/J)
- Dkfm. DDr. König, Dr. Schwimmer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Wahrung österreichischer Verkehrsinteressen im Zusammenhang mit der geplanten Veräußerung der DDSG-Cargo (4423/J)
- Dr. Haider, Fischl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend mangelnde Koordination im österreichischen Gesundheitswesen (4424/J)
- Seidinger, Gradwohl und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend verliehenen Preis der ÖGNU an „Allianz für Natur“ (4425/J)
- Mag. Cordula Frieser und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Aussagen des Bundestheatergeneralsekretärs zum Prüfungsplan des Rechnungshofes (4426/J)
- Dr. Keimel, Regina Heiß, Dr. Lackner, Dr. Khol, Dr. Lukesch, Dr. Lanner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Tabakmonopol (4427/J)
- Mag. Cordula Frieser und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend „Umfahrungsschleife Selzthal“ und Verknüpfungsprobleme bei den IC-Linien 4 (Wien/Südbahnhof-Villach-Salzburg/Lienz) und 7 (Graz-Bischofshofen-Innsbruck) (4428/J)
- Dr. Schwimmer, Dr. Feurstein und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Diabetikerbeihilfe“ (4429/J)
- Hofer, Auer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Umsetzung des Erkenntnisses des Verwaltungsgerechtshofes bezüglich Kanalananschlußgebühren (4430/J)
- Hofer und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Fertigstellung der Pyhrn Autobahn (Regionalanliegen Nr. 143) (4431/J)
- Monika Langthaler und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Quersubvention von Stromtarifen (4432/J)
- Anschöber und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Bahnunfälle — Verkehrssicherheit (4433/J)

- Anschöber und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Fall Komada (4434/J)
- Anschöber und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Sondermüllverbrennungsanlage Ranshofen (4435/J)
- Anschöber und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Sondermüllverbrennung (4436/J)
- Anschöber und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Import von Altölen und Lösungsmitteln (4437/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Rechts- und Haftungsfragen in Zusammenhang mit dem Obersten Sanitätsrat und dessen Impfausschuß (4438/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Ungeheimheiten und aufklärungsbedürftige Umstände bezüglich der FSME- und der BCG-Impfung, Anfragebeantwortungen, des Obersten Sanitätsrates und dessen Impfausschuß (4439/J)
- Dr. Schranz und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Umbau Bahnhof Wien Nord/Praterstern (4440/J)
- Kiss und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend angebliche Trinkgewohnheiten der südburgenländischen Pendler (4441/J)
- Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vernachlässigung österreichischer Interessen beim Verkauf von Verkehrsunternehmen, insbesondere der AUA und der DDSG (4442/J)
- Wabl und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend die Entschädigungen für im Bereich der Agrarmarkt Austria tätige Personen (4443/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend ältere Arbeitslose (4444/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform betreffend ältere Arbeitslose (4445/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten betreffend ältere Arbeitslose (4446/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten betreffend ältere Arbeitslose (4447/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend ältere Arbeitslose (4448/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend ältere Arbeitslose (4449/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend ältere Arbeitslose (4450/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend ältere Arbeitslose (4451/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend ältere Arbeitslose (4452/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend ältere Arbeitslose (4453/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend ältere Arbeitslose (4454/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend ältere Arbeitslose (4455/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend ältere Arbeitslose (4456/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend ältere Arbeitslose (4457/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend ältere Arbeitslose (4458/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend statistische Unterlagen zur internationalen Vergleichbarkeit (4459/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

- betreffend gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung (4460/J)
- Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik (4461/J)
- Edeltraud Gatterer, Dr. Leiner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Verwendung der Mittel der Aids-Hilfe (4462/J)
- Dr. Lackner, Regina Heiß, Dr. Keimel, Dr. Khol, Dr. Lanner, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Anwohnerparken laut Straßenverkehrsordnung (4463/J)
- Wolfmayr und Genossen an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend Umweltzeichen (4464/J)
- Monika Langthaler, Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Novellierung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes (4465/J)
- Dr. Nowotny, Verzetnitsch, Dr. Stippel und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend die Schaffung eines österreichischen Gentechnikgesetzes (4466/J)
- Murauer und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend den Ausbau der Pyhrnbahn (Regionalanliegen Nr. 145) (4467/J)
- Dr. Keimel, Dr. Khol, Dr. Lackner, Dr. Lanner, Dr. Lukesch und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Transitabkommen (4468/J)
- Dipl.-Ing. Flicker und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend Transportgenehmigungen für die Firma „Elk-Fertighaus“ (Regionalanliegen Nr. 144) (4469/J)
- Anschöber und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Windenergie (4470/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4471/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4472/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4473/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4474/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4475/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4476/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4477/J)
- Doris Bures, DDr. Niederwieser, Dr. Müller und Genossen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales betreffend Schüler- und Lehrlingsparlament (4478/J)
- Dr. Madeleine Petrovic, Dr. Renoldner und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz betreffend HIV-Infektionen durch verseuchte Blutpräparate (4277/J) (Zu 4277/J)
- *****
- Mag. Haupt, Ute Apfelbeck und Genossen an den Präsidenten des Nationalrates betreffend Mißachtung von Artikel 122 Abs. 4 B-VG durch den Vorsitzenden des Hauptausschusses (11020.0040/2-93)
- Dietschmayr, Mag. Elfriede Krismanich und Genossen an den Präsidenten des Nationalrates betreffend Mehrkosten für mutwillige Verlängerung der Plenarsitzungen (11020.0040/3-93)
- Zurückgezogen wurde die Anfrage der Abgeordneten
- Rosenstingl und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vernachlässigung österreichischer Interessen beim Verkauf von Verkehrsunternehmen, insbesondere der AUA und der DDSG (4442/J)

Anfragebeantwortungen

- des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen (4008/AB zu 4068/J)
- des Präsidenten des Rechnungshofes auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Kräuter und Genossen (4009/AB zu 4112/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Renoldner und Genossen (4010/AB zu 4076/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Ing. Gartlehner und Genossen (4011/AB zu 4089/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Anschöber und Genossen (4012/AB zu 4140/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Schweitzer und Genossen (4013/AB zu 4126/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Schweizer und Genossen (4014/AB zu 4162/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen (4015/AB zu 4229/J)
- des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stippel und Genossen (4016/AB zu 4069/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen (4017/AB zu 4193/J)
- des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Wabl und Genossen (4018/AB zu 4147/J)
- des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller und Genossen (4019/AB zu 4116/J)
- des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen (4020/AB zu 4158/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen (4021/AB zu 4092/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Meisinger und Genossen (4022/AB zu 4074/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Haupt und Genossen (4023/AB zu 4251/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Edith Haller und Genossen (4024/AB zu 4121/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen (4025/AB zu 4142/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Scheibner und Genossen (4026/AB zu 4179/J)
- des Bundesministers für auswärtige Angelegenheiten auf die Anfrage der Abgeordneten Dietrich und Genossen (4027/AB zu 4070/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen (4028/AB zu 4226/J)
- des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Voggenhuber und Genossen (4029/AB zu 4088/J)
- der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie auf die Anfrage der Abgeordneten Grabner und Genossen (4030/AB zu 4192/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen (4031/AB zu 4093/J)
- des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen (4032/AB zu 4097/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen (4033/AB zu 4132/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Guggenberger und Genossen (4034/AB zu 4155/J)
- des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Mag. Schreiner und Genossen (4035/AB zu 4174/J)
- des Bundesministers für Unterricht und Kunst auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Renoldner und Genossen (4036/AB zu 4108/J)

Beginn der Sitzung: 11 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Fischer, Zweiter Präsident Dr. Lichal, Dritte Präsidentin Dr. Heide Schmidt.

Präsident: Ich eröffne die 107. Sitzung des Nationalrates und begrüße Sie alle herzlich.

Die Amtlichen Protokolle der 105. und 106. Sitzung vom 26. Feber 1993 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Verhindert gemeldet für die heutige Sitzung sind die Abgeordneten Kollmann, Dr. Brünner, Dr. König, Hans Rieder und Böhacker.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Ich beginne jetzt - um 11 Uhr - mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Die 1. Anfrage, 355/M, an den Bundesminister für Inneres stellt die Frau Abgeordnete Stoitsits (*Grüne*). - Bitte sehr.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits: Guten Morgen, sehr geehrter Herr Bundesminister.

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

355/M

Warum werden nach wie vor Deserteure und Wehrdienstverweigerer aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken aus Österreich abgeschoben, obwohl bekannt ist, daß ihnen in ihrem Heimatland, zum Beispiel Kosovo, die Todesstrafe droht?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister für Inneres Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Personen, denen in ihrem Heimatstaat die Todesstrafe droht, werden nicht in ihren Heimatstaat abgeschoben. Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß Stellungsflucht an und für sich oder allein kein Fluchtgrund im Sinne der Genfer Konvention ist, und ich mache weiters darauf aufmerksam, daß dessenungeachtet eine Abschiebung in den Staat des vorigen Aufenthaltes auch dann in Frage kommt, wenn eine Abschiebung in den Heimatstaat nicht möglich ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es ist allgemein bekannt und Ihnen im speziellen ja ganz detailliert bekannt, daß sich in Österreichs Schubgefängnissen zahlreiche Stellungsflüchtige, also Wehrdienstverweigerer, befinden.

Können Sie uns eine genaue Angabe über die Zahl der Personen machen, die Asylwerber sind und die in Österreichs Schubgefängnissen sitzen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Nein.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits: Herr Bundesminister! Ich wundere mich schon sehr, daß ein Bundesminister nicht weiß, was in seinen Gefängnissen los ist. Sie müssen doch bitte eine Ahnung haben, wie viele Schubhäftlinge beispielsweise aus dem Kosovo, also albanischer Nationalität, in österreichischen Schubgefängnissen sitzen.

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie haben mich in der ersten Zusatzfrage nach der Zahl gefragt, und ich kann Ihnen diese Zahlen nicht bekanntgeben, weil Aufzeichnungen in diese Richtung von uns nicht geführt werden, und Sie haben dann in der zweiten Frage von „Ahnungen“ gesprochen. Ich weise auf den Unterschied zwischen korrekten und konkreten Zahlen und Ahnungen hin.

Nochmals: Wir führen solch detaillierte Aufzeichnungen nicht, ich kann Ihnen daher keine konkrete Zahl nennen, und Sie werden dafür Verständnis haben, daß ich „Ahnungen“ nicht bekanntgebe.

Präsident: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Strobl, bitte.

Abgeordneter Strobl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich möchte Sie fragen: Hat Österreich Personen, die aus dem ehemaligen Jugoslawien geflohen sind, als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Jahr 1992 152 Bosnier und etwas mehr als 150 Staatsangehörige der jugoslawischen Föderation als Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention anerkannt, also mehr als 300 Personen, und wir haben in den ersten beiden Monaten dieses Jahres - diese Zahlen liegen mir vor - 48 Bosnier und

Bundesminister Dr. Löschnak

8 Staatsangehörige der jugoslawischen Föderation als Flüchtlinge im Sinne der Konvention anerkannt.

Präsident: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. Pirker. — Bitte.

Abgeordneter Dr. Pirker (ÖVP): Herr Bundesminister! Können Sie Zahlen darüber angeben, wie viele angebliche bosnische Kriegsdienstverweigerer, Wehrdienstverweigerer, um Asyl angesucht haben und dann in der Folge in die Bundesbetreuung aufgenommen worden sind?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Insgesamt handelt es sich um einen Personenkreis von einigen hundert. Es ist die genaue Zahl derer, die in Österreich aufhältig sind, nicht feststellbar, weil sie sich in den verschiedensten Bereichen aufhalten: zum Teil als Asylwerber, zum Teil im Rahmen der Bund-Länder-Aktion, Kriegsflüchtlinge, und zum Teil illegal. Soweit mir bekannt ist, gibt es einige Dutzend, die im Zuge des Asylverfahrens auch um Bundesbetreuung angesucht haben, gibt es einige Dutzend Leute, die im Zuge der Bund-Länder-Aktion hier Aufenthalt genommen haben, und darüber hinaus gibt es eine mir nicht bekannte Zahl Illegaler.

Präsident: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Scheibner.

Abgeordneter Scheibner (FPÖ): Herr Bundesminister! Es ist ja zu erwarten, daß vor allem der Flüchtlingsstrom aus Bosnien auch in Zukunft anhalten wird. Wir alle wissen aber, daß es schon derzeit nicht ganz einfach ist, unserer humanitären Pflicht in ausreichendem Maß nachzukommen, und zwar vor allem deshalb, weil gleichzeitig der Zustrom an legalen und illegalen Einwanderern auch im Vorjahr ungebremst angehalten hat.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, für einen Zuwanderungsstopp einzutreten, bis die Probleme im Ausländerbereich gelöst sind, um damit auch den politisch Verfolgten die Unterstützung geben zu können, die wir aufgrund humanitärer Verpflichtungen zu gewähren haben.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie gehen von der falschen Annahme aus, davon, daß der Zuwanderer- und Flüchtlingsstrom des Jahres 1991 im selben oder ähnlichen Ausmaß im vergangenen Jahr und in den ersten Wochen dieses Jahres angehalten hat. Das stimmt schlicht und einfach nicht.

Wie Sie der Asylwerberstatistik aus dem Jahre 1992 entnehmen können, ist es doch zu beachtenswerten Rückgängen gekommen. Dasselbe gilt auch für den Zuwandererbereich, und ich gehe auch davon aus, daß das ebenfalls für diejenigen gilt, die illegal in unser Land kommen. Das ist einmal das eine.

Das zweite: Sie wissen, ich habe die Forderung Ihrer Fraktion, einen Zuwanderungsstopp vorzunehmen, immer für nicht sinnvoll gehalten, um das milde auszudrücken, weil sich eine solche Forderung nicht umsetzen läßt, und zwar schon deswegen nicht, weil wir ein Fremdenverkehrsland sind und daher eine lückenlose Kontrolle an den Grenzübergangsstellen nicht möglich ist und natürlich auch nicht an der grünen Grenze, es sei denn, Sie gehen davon aus, daß die „automatischen“ Grenzsperrungen, die bis 1989 jenseits der Grenze bestanden haben, jetzt bei uns errichtet werden sollen. Einer solchen Vorgangsweise könnte ich aber nicht folgen, das lehne ich ab.

Präsident: Danke.

Wir kommen zu der Anfrage 356/M: Frau Abgeordnete Stoitsits (*Grüne*). — Bitte sehr.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

356/M

Warum haben Sie es abgelehnt, 234 Internierungsoffer samt Familienangehörigen aus dem umkämpften ehemaligen jugoslawischen Gebiet in Österreich aufzunehmen, obwohl der UNHCR mit dieser Bitte an Sie herangetreten war?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe eine solche Bitte des UNHCR nicht abgelehnt.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Da Sie uns ja im Rahmen Ihrer ersten Anfragebeantwortung bestätigt haben, daß Sie nicht Kenntnis über genaue Zahlen oder genaue Fakten, aber zumindest eine Ahnung haben — es gibt ja in Ihrer Partei Leute, die manchmal Visionen haben —, darf ich Ihnen sagen: Ich habe diese Information von einem anerkannten österreichischen Nachrichtenmagazin. Mag sein, daß Sie persönlich vielleicht keine Ahnung und keine genaue Detailkenntnis haben. Könnte es sein, daß Mitarbeiter Ihres Hauses, des Innenministeriums, diese Bitte des UNHCR — denn mehr als eine Bitte kann der UNHCR nicht äußern — abgelehnt haben?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich möchte da mit Ihnen nicht diskutieren, wer in diesem Bereich mehr Wissen aufweisen kann und wer weniger. Auch möchte ich nicht diskutieren, wer mehr oder weniger Ahnung hat, sondern möchte ganz einfach sagen: Diese Bitte des UNHCR, die an uns herangetragen wurde, ist weder von mir noch von einem Mitarbeiter meines Hauses abgelehnt worden.

Tatsache ist, daß wir in der ersten Welle auf Ersuchen des Flüchtlingshochkommissars 167 Personen aufgenommen haben. Es ist dann neuerlich ein Ansuchen an uns gestellt worden, weitere 67 Personen aufzunehmen. Wir haben darauf hingewiesen, daß das Gesamtkontingent Europa, nämlich 6 000 freie Plätze, nicht einmal noch zur Hälfte in Anspruch genommen wurde, daß man daher zuerst alle anderen Staaten auch in die Verpflichtung zu nehmen hätte.

Es ist dann eine weitere Bitte an uns herangetragen worden, neuerlich 167 ehemalige Flüchtlinge zu übernehmen. Wir haben das zum Anlaß genommen, um am 1. März ein Gespräch mit dem Vertreter des UNHCR zu führen. Dieses Gespräch hat nicht stattgefunden, weil der Vertreter des UNHCR erkrankt war und daher um eine Terminverschiebung gebeten hat. Also von einer Ablehnung kann keine Rede sein - weder von meiner Seite, noch von einem Mitarbeiter meines Hauses.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits**: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich hoffe, Sie teilen meine Auffassung, daß es nicht erster Linie oder einzig und allein die Aufgabe des UNHCR in diesem Land ist, sich um Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen Teilrepubliken zu sorgen, liegt dies doch wohl in erster Linie in der Verantwortung eines Mitglieds der österreichischen Bundesregierung und der Exekutive. Aber Sie haben jetzt bestätigt, daß 67 und 167 Internierungsoffer aus den grauenhaften Lagern in Omarska und Ternopolje in Österreich keinen Platz gefunden haben und nicht hier aufgenommen worden sind.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen, ob Sie sich - zurückkommend auf die erste Frage; in diesem Zusammenhang ist das berechtigt - vorstellen könnten, daß man beispielsweise Stellungsflüchtigen aus den ehemaligen Teilrepubliken wenn schon nicht Asyl gewährt so doch in Österreich eine vorläufige Aufenthaltsberechtigung gewähren könnte?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich lege Wert darauf, nochmals darauf hinzuweisen, daß das Ansuchen des UNHCR, weitere 67 Personen und weitere 167 Personen aufzunehmen, nicht abgelehnt wurde. Das war Ihre Frage, und darauf habe ich Ihnen die Antwort gegeben, daß diesbezüglich teilweise noch die Gespräche laufen. Ich teile selbstverständlich Ihre Auffassung, daß es nicht ausschließlich Angelegenheit des UNHCR ist, Kriegsvertriebene im restlichen Europa unterzubringen, aber ich muß schon darauf hinweisen, daß nicht ausschließlich Österreich für die Folgen des Krieges am Balkan in die Verantwortung genommen werden kann. Wenn europaweit 6 000 Plätze vorgesorgt wurden und davon noch mehr als 3 000 Plätze frei sind, sehe ich keine Veranlassung, schon die nächste Tranche in Österreich zu übernehmen, wenn diese freien Plätze im übrigen Europa noch nicht in Anspruch genommen wurden.

Ich muß schon darauf hinweisen, daß die Behebung der Folgen der Kriegereignisse am Balkan nicht ausschließlich eine Angelegenheit der Nachbarstaaten des ehemaligen Jugoslawien sein kann. Ich sehe das als eine europäische Angelegenheit, und ich würde davor warnen, hier den Eindruck zu erwecken, daß wir für all das aufkommen, während sich alle anderen mehr oder minder stillschweigend aus der Verantwortung stehlen können.

Das ist meine generelle Haltung, und ich bitte um Ihre entsprechende Unterstützung.

Präsident: Danke. Herr Abgeordneter Gaal, bitte sehr.

Abgeordneter **Gaal** (SPÖ): Herr Bundesminister! Im Vorjahr hat eine Gruppe von Flüchtlingen versucht, über Österreich nach England zu gelangen, um dort Aufnahme zu finden. Nachdem England die Aufnahme abgelehnt hat, hat Österreich nach mehreren Tagen diesen Flüchtlingen aus humanitären Gründen die Einreise gestattet. Daher nunmehr meine konkrete Frage: Hat sich England zwischenzeitlich bereit erklärt, diese Flüchtlinge aufzunehmen?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich bin Ihnen für diese zusätzliche Frage wirklich dankbar, weil sie in einen Zusammenhang mit der Anfrage der Frau Abgeordneten **Stoisits** zu bringen ist.

Wir haben damals aus humanitären Gründen nach rund eineinhalb Wochen die 180 oder 190 Menschen, die sich im Niemandsland aufhielten und Kälte, Hunger und Durst ausgesetzt waren, aufgenommen, haben dann sehr intensiv mit

Bundesminister Dr. Löschnak

dem britischen Innenminister geredet — ich zweimal persönlich —, haben alle Unterlagen den Engländern geschickt, mit dem Ergebnis, daß dann nach sehr, sehr viel Schriftverkehr von diesen 180 oder 190 Personen 14 die Einreiseerlaubnis nach Großbritannien erhalten haben, alle anderen nicht. Auch hier sieht man also ganz konkret, daß zumindest einige Staaten in diesem Europa meinen, daß die Behebung der Kriegsfolgen auf dem Balkan ausschließlich oder primär eine Angelegenheit der Nachbarn wäre und nicht eine gesamteuropäische Initiative erfordere.

Präsident: Danke. Herr Abgeordneter Kraft, bitte sehr.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Aus den Ausführungen der Frau Abgeordneten Stoisits könnte man schließen, daß Ihr Verhältnis zum UNO-Flüchtlingshochkommissar und seinem Vertreter in Österreich ein getrübt ist. Ich darf Sie daher fragen: Wie funktioniert denn die Zusammenarbeit zwischen Ihrem Ressort und dem UNO-Flüchtlingshochkommissar beziehungsweise seinem Vertreter in Österreich?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das Verhältnis zum UNHCR, und zwar sowohl zur Zentrale als auch zu seinem Vertreter in Österreich, ist ein sehr gutes, die Zusammenarbeit ist eine wirklich gute. Wie sehr die österreichische Mitarbeit geschätzt wird, mögen Sie daran erkennen, daß derzeit über Einladung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen eine Sitzung des UNHCR in New York stattfindet, an der neben der Frau Ogata, also dem Flüchtlingshochkommissar der UNHCR, Dr. Pahr als Regierungsbeauftragter teilnimmt. Wir haben also auch international ein wirklich hohes Ansehen, und das ist mit ein Ausfluß dieser guten Zusammenarbeit zwischen der Zentrale des UNHCR und des österreichischen Vertreters.

Präsident: Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé, bitte.

Abgeordnete Dr. **Helene Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Von manchen Gruppierungen wird Österreich immer vorgeworfen, daß wir eine restriktive Flüchtlingspolitik betreiben. Ich möchte Sie nun fragen: Wie schaut die Anerkennungsquote Österreichs im Verhältnis zur Schweiz und zur Bundesrepublik Deutschland aus?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich versuche seit drei Jahren, auch öffentlich darzulegen und klarzulegen, daß unsere Asylpolitik, unsere Zuwander- oder Einwanderungspolitik eine Politik der ausgewogenen

Mitte ist, die darauf hinausläuft, jenen Menschen, die zu uns hereinkommen müssen und unserer Unterstützung bedürfen, das auch zu ermöglichen, und jenen, die hereinkommen wollen, zu sagen, daß der Zugang zur Republik Österreich nur im begrenzten Ausmaß möglich ist. Das ist, wie ich meine, eine Politik der Vernunft und der ausgewogenen Mitte, und das führt dazu, daß wir im Vergleich zur Schweiz beziehungsweise zu Deutschland nach wie vor die zweifache beziehungsweise dreifache Anerkennungsquote der Asylwerber verzeichnen.

Präsident: Nächste Anfrage: Herr Abgeordneter Elmecker (SPÖ). — Bitte.

Abgeordneter **Elmecker:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

358/M

Welche günstige Vorgangsweise ist für Österreich aus den in Budapest am 15. und 16. Feber 1993 unter Teilnahme zahlreicher europäischer Innenminister beschlossenen Empfehlungen zur Bewältigung unkontrollierter Wanderbewegungen abzuleiten?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wurden in Budapest eine Vielzahl von Empfehlungen verabschiedet. Ich möchte beispielgebend auf drei hinweisen, so etwa auf die Empfehlung, die Schlepperei gerichtlich strafbar zu machen — dieser Empfehlung sind wir schon vorweg nachgekommen; es ist ein gerichtlich strafbarer Tatbestand in Österreich —, oder auf den Umstand, daß besondere Einheiten der Exekutive geschaffen werden, die sich mit dem Schlepperunwesen in speziellen befassen — wir haben schon in den letzten Monaten ganz gezielte Sonderaktionen vorgenommen; also auch dieser Empfehlung sind wir nachgekommen und werden wir weiter nachkommen — oder auf die Empfehlung, internationale Informationen über das Schlepperunwesen auszutauschen — auch diesem Punkt sind wir im Rahmen der bestehenden Gesetze schon in der Vergangenheit nachgekommen.

Ich kann daher für Österreich sagen, daß wir den meisten der in Budapest gefaßten Empfehlungen schon gänzlich oder zumindest teilweise entsprochen haben. Das, was noch offen ist, wird in den nächsten Monaten eingeleitet werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Elmecker:** Herr Bundesminister! Die illegalen Grenzübertritte sind ja Folgen der gesamteuropäischen Wanderbewegung. Wie schätzen Sie die Chancen einer Europäischen Wanderungskonvention ein?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter! Wir haben diesbezüglich die Initiative ergriffen, weil ich davon ausgehe, daß Änderungen der Genfer Konvention in absehbarer Zeit nicht möglich sein werden. Wir haben den europäischen Staaten einen Rohentwurf, wenn Sie so wollen, einer Europäischen Wanderungskonvention übermittelt und haben diese Rohkonzeption erstmals in Budapest angesprochen. Es werden sich damit jetzt die Experten zu befassen haben, aber so wie ich die Dinge kenne, wird es noch geraume Zeit dauern, bis man hier zu konkreteren Ergebnissen kommt.

Präsident: Nächste Zusatzfrage. — Bitte.

Abgeordneter **Elmecker**: Herr Bundesminister! Sie haben soeben die Genfer Konvention erwähnt. Es wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder verlangt, daß der Flüchtlingsbegriff dieser Konvention neu definiert werden sollte. Wie sehen Sie diese Angelegenheit?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Aufgrund der Erfahrungen der letzten drei Jahre und aufgrund der derzeitigen Entwicklung sehe ich keine allzu große Hoffnung, hier die erforderliche Erweiterung der Genfer Konvention vornehmen zu können. Ich glaube, daß zusätzlich zur Genfer Konvention eine Flüchtlingskonvention, die insbesondere auf Kriegsflüchtlinge und auf Zuwanderer Rücksicht nimmt, parallel oder ergänzend nötig wäre und daß eine solche Konvention eher möglich wäre als eine Erweiterung der Genfer Konvention.

Präsident: Danke.

Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Dr. **Pirker**. — Bitte.

Abgeordneter Dr. **Pirker** (ÖVP): Herr Bundesminister! Es hat sich seit dem Fall der Berliner Mauer eine große Menge von Menschen aus dem Osten in Richtung Westen in Bewegung gesetzt. Wir wissen aber, daß die Reisefreiheit nicht gleichzusetzen ist mit der Niederlassungsfreiheit.

In diesem Zusammenhang gibt es die Drittland-Regelung, und die Menschen, die das erste Mal mit einem sicheren Land Kontakt haben, sind aufgefordert, dort den Asylantrag zu stellen.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Ich habe noch keine Frage . . .

Präsident: Entschuldigen Sie, bitte.

Abgeordneter Dr. **Pirker** (*fortsetzend*): Herr Präsident, ich muß erst die Frage stellen!

In diesem Zusammenhang gibt es insbesondere Probleme für die ehemaligen Oststaaten, also für jene Länder, die im Osten an Österreich grenzen. Ich habe gehört, daß es in Budapest Gespräche mit Innenminister Seiters über neue Möglichkeiten gegeben hat, das zu regeln — insbesondere über die Rücknahme von Flüchtlingen durch die Oststaaten und über die Unterstützung dieser Oststaaten.

Gibt es auch Vorstellungen über multilaterale Verträge dieser Art, an denen sich auch Österreich beteiligen könnte?

Präsident: Bitte.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Präsident! Ich möchte vorweg folgendes feststellen: Die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitssprecher der ÖVP ist zwar eine gute, aber sie ist noch nicht so gut, daß ich schon vorweg seine Fragen kenne. (*Heiterkeit.*) Daher mußte ich warten, bis die Fragestellung erfolgte.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Nachbarn Deutschlands haben den Versuch unternommen, hier eine einheitliche und abgestimmte Vorgangsweise festzulegen, und es wird nächste Woche unter der Federführung der Tschechen eine solche multilaterale Aussprache stattfinden, um hier einige Schwerpunkte für die weiteren Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu setzen.

Präsident: Ich hätte dem Herrn Innenminister sogar das zugetraut, aber ich habe ihn überschätzt.

Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter **Gratzer**.

Abgeordneter **Gratzer** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Weil gerade die Rücknahme von Flüchtlingen angesprochen wurde: Es war ja vor einiger Zeit noch so, daß in Österreich nach wie vor polnische, rumänische und auch bulgarische Flüchtlinge als anerkannte Flüchtlinge in der Bundesbetreuung waren.

Ich frage Sie daher: Sind noch immer rumänische, bulgarische und polnische Flüchtlinge in der Bundesbetreuung?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben den Zugang zur Bundesbetreuung auf die wirklich unumgänglichen Fälle beschränkt; das haben wir schon im Jahr 1991 getan und in noch größerem Ausmaß auch im Jahr 1992.

Es ist durchaus möglich, daß einzelne Staatsangehörige der von Ihnen genannten Länder noch in der Bundesbetreuung sind, aber wir versuchen,

Bundesminister Dr. Löschnak

diese laufend abzubauen. Neue werden nicht mehr aufgenommen.

Präsident: Nächste Zusatzfrage: Frau Abgeordnete Stoitsits. — Bitte sehr.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoitsits (Grüne): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Apropos „sich stillschweigend aus der Verantwortung stellen“, wie Sie es von den anderen europäischen Ländern gesagt haben, als es um Bosnien-Herzegowina und Flüchtlinge ging. Darf ich Ihnen etwas zur Kenntnis bringen, wovon ich annehme, daß Sie es eigentlich kennen: Italien hat ein Gesetz beschlossen — das Gesetz Nummer 390 —, das am 24. September 1992 in Kraft getreten ist, dessen Artikel 2 lautet, daß die italienische Republik bereit ist, den jungen Bürgern der Republiken des ehemaligen Jugoslawien, die im Stellungsalter sind und die bereits einberufen wurden und folglich Deserteure oder Stellungsflüchtige aus Gewissensgründen sind, die Einreise zu gestatten und ihnen Gastrecht zu gewähren. (*Rufe bei Abgeordneten der ÖVP: Fragestunde!*)

Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wieso ist das, was in Italien möglich ist, in Österreich nicht möglich?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben schon in der vorangegangenen Fragestunde dieses Problem einmal angesprochen, und ich bleibe bei meiner Haltung: Das ist natürlich auch in Österreich möglich, nur haben die Gespräche mit meinem italienischen Amtskollegen gezeigt, daß das nicht in dieser Weise qualifiziert gesehen werden kann, wie Sie es offenbar sehen. Bitte, wer ist im Rahmen der Kriegsflüchtlings-Aktion, die wir für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina haben, aufgehalten, hier hereinzukommen und auch das Aufenthaltsrecht zu bekommen? — Niemand ist davon abgehalten! Ich verstehe daher nicht Ihren ewigen Hinweis auf Italien.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich würde davor warnen, uns immer das italienische Beispiel vor Augen zu führen. Ich erinnere mich an Tausende von Albanern, die vor einiger Zeit versucht haben, nach Italien einzureisen, und die alle zurückgeschickt wurden — selbst die ehemaligen Armeeangehörigen wurden zurückgeschickt, und zwar von demselben Italien, das Sie jetzt immer wieder lobend anführen. (*Abg. Mag. Terezija Stoitsits: Das waren keine Deserteure! — Dort war kein Krieg!*) — Also ich verstehe Ihre Hinweise wirklich nicht, sie sind nicht zielführend.

Präsident: Zu Wort gelangt Abgeordneter Hans Helmut Moser (*Liberales Forum*) für die Anfrage 365/M. — Bitte sehr.

Abgeordneter Moser: Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

365/M

Ab wann und in welcher Form soll die Neuregelung der Dienste für die Gendarmerie durchgeführt werden?

Präsident: Herr Bundesminister, bitte.

Bundesminister Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Die Neuregelung wird mit 1. Mai 1993 vorgenommen werden und hat vorerst einmal einen sechsmonatigen Erprobungszeitraum.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Moser: Herr Bundesminister! Die Anzahl der Überstunden und die dienstliche Belastung der Exekutive haben teilweise ein nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. Was werden Sie tun, um diese Situation zu verbessern?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Das ist genau der Grund, warum ich für eine Dienststellenstrukturänderung bei der Bundesgendarmerie eingetreten bin und warum ich in einer ersten Phase — um die Effizienz der Gendarmerie zu heben — Kleinposten zusammengelegt habe und in einer zweiten Phase mit der Neustrukturierung der Bezirksgendarmeriekommanden begonnen habe, nämlich um hier zu einem Abbau der zum Teil wirklich exorbitant hohen Überstundenleistungen zu kommen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage. — Bitte.

Abgeordneter Moser: Herr Bundesminister! In der Vergangenheit wurde die Sicherheit in Luftfahrzeugen neu geregelt, was natürlich Auswirkungen auf den Bereich des Flughafens Wien-Schwechat hat.

In welcher Form werden konkrete Maßnahmen von Ihnen getroffen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Sie wissen ja, daß wir zum einen in Schwchat für die Paßkontrolle neue Leute eingesetzt haben — also keine Kriminalbeamten mehr, sondern Vertragsbedienstete —, um so zusätzlich Kriminalbeamte zur Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität freizubekommen.

Wir werden zum zweiten im Laufe des heurigen Jahres einen Teil der Sicherheitsaufgaben an Private abgeben, um Exekutivemitarbeiter ebenfalls für die Kriminalitätsvorbeugung und -bekämpfung freizubekommen.

Präsident: Danke.

Präsident

Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hofmann.

Abgeordneter **Hofmann** (SPÖ): Herr Minister! Die Neuregelung im Bereich der Gendarmerie — das haben Sie schon erwähnt — umfaßt nun auch das Dienststellenstrukturkonzept. Ich selbst war unter Protest der Landespolitiker bemüht, kleinere Posten zu größeren, effizienteren Posten zusammenschließen zu lassen.

Ich frage Sie daher: Welche praktischen Erfahrungen hat bereits Ihr Ressort mit dieser Neuregelung?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, mich für Ihre — auch in der Öffentlichkeit vorgetragene — Unterstützung beim ersten Teil des Strukturkonzeptes zu bedanken. Wir haben tatsächlich etliches auf die Beine gestellt.

Wir beabsichtigen, österreichweit 190 Gendarmerieposten zusammenzulegen, bei knapp 120 ist es bereits geschehen, 20 sind in Vorbereitung, so daß im Laufe des heurigen Jahres noch etwa 50 Zusammenlegungen erfolgen werden. Damit ist dann der erste Teil des Strukturkonzeptes 1991 abgeschlossen.

Präsident: Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kiss. — Bitte sehr.

Abgeordneter **Kiss** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ich bin am vorigen Wochenende in meiner Eigenschaft als ÖVP-Bundesbetreuer der Exekutive mit Personalvertretern, aber vor allem mit betroffenen Grenzgendarmen beisammengesessen. Dabei hat man einen Wunsch an mich herangetragen, und ich möchte jetzt diesen Wunsch in eine Frage verkleiden.

Meine Frage lautet: Herr Bundesminister! Was planen Sie konkret mit der Grenzgendarmarie?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Ich gehe davon aus, daß die Mitarbeiter der Grenzgendarmarie noch einige Zeit unmittelbar an oder hinter der Grenze eingesetzt werden müssen. Es ist dann geplant, sie mittels zusätzlicher Ausbildung in den Normalbetrieb der Gendarmerie zu integrieren.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich nehme den Anlaß wahr, den Sie hier einleitend erzählt haben, Ihnen zu sagen: Sie sehen also, welche Güte die Exekutive schon hat, wenn Sie einen ganzen Sonntag unterwegs waren und an Sie nur eine Frage hergebracht wurde. Sie sehen, was

wir schon alles zusammengebracht haben. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsident: Abgeordneter Gratzler.

Abgeordneter **Gratzler** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Ihre geplanten Strukturformen sollen natürlich auch Rationalisierungen und Einsparungen mit sich bringen. Es gibt einen Bereich, von dem ich glaube, daß man damit schon hätte beginnen sollen, nämlich die Beschaffung.

Derzeit ist es nach wie vor so, daß die Beschaffung der Polizei und der Gendarmerie getrennt durchgeführt wird. Bei der Budgetdebatte hat man auch gesehen, daß zum Beispiel die Glockpistole für die Polizei 5 000 S kostet und für die Gendarmerie 8 000 S. Das erstreckt sich auf alle Geräte.

Ich frage Sie daher, Herr Bundesminister: Denken Sie daran, in Ihrem Ressort die Beschaffung für beide Exekutivkörper oder für alle drei, wenn man die Kriminalpolizei dazunimmt, zu vereinheitlichen und zu vereinfachen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Das geschieht teilweise schon. Dort, wo es noch nicht geschieht, werde ich mich bemühen, diese Beschaffung gemeinsam vorzunehmen.

Präsident: Damit haben wir die 4. Anfrage abgehandelt.

Wir kommen zur 5. Anfrage: Frau Abgeordnete Traxler (*keinem Klub angehörend*), Nr. 369/M. — Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Gabrielle Traxler:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

369/M

Welche konkreten Maßnahmen plant Österreich im Hinblick auf die neue Flüchtlingskatastrophe in Ostbosnien?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Eine Befassung der Österreichischen Botschaft in Zagreb und ein Gespräch mit dem Vertreter des UNHCR hat ergeben, daß im Augenblick nicht zu erwarten ist, daß größere Flüchtlingsgruppen außerhalb Bosniens Zuflucht suchen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete **Gabrielle Traxler:** Herr Bundesminister! In Anbetracht der Erläuterungen, die Sie bei den vorhergehenden Fragen gegeben haben, möchte ich eines wissen: Wie schätzen Sie

Gabrielle Traxler

die Möglichkeiten ein, daß die von brutalster Gewalt betroffenen Familien — Frauen, Kinder, alte Leute —, ohne zerrissen zu werden, als Flüchtlinge, auf Österreich, auf die Bundesländer, aber vor allem auf Europa verteilt, eine Zeitlang aufgenommen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich wiederhole mich: Wenn die 3 000 noch freien angebotenen Plätze in Europa ausgeschöpft sein werden, dann steht nichts im Wege, ein weiteres Kontingent in Österreich aufzunehmen. Man muß sich nur bewußt sein, daß es mit den jeweiligen Kontingenzahlen nicht sein Bewenden hat. Bei den ersten 167 Menschen, denen wir seinerzeit Asyl gewährt haben, haben wir aufgrund von Familienzusammenführungen zusätzlich noch 400 Menschen — allein aus diesem Anlaß! — in unser Land aufgenommen.

Man muß auch immer wieder die Folgen solcher Vorgangsweisen sehen. Aber ich bekenne mich dazu: Wenn es notwendig sein wird, werden wir sicher eine zweite oder dritte Rate bei uns aufnehmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Gabrielle **Traxler:** Das ist erfreulich, Herr Minister! Vorige Woche hat dankenswerterweise Ihr Sektionschef Dr. Matzka auf die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen einer aktiven Flüchtlingspolitik für Österreich aufmerksam gemacht.

Wie schätzen Sie jetzt bei den Beratungen in ganz Europa die Chancen ein, eine Vermehrung der Aufnahmemöglichkeiten, auch auf internationaler Ebene, für diese Kriegsgebiete zu erwirken?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ihre einleitende Feststellung gibt mir Gelegenheit zu sagen, daß alle meine Mitarbeiter positiv mittun, sonst wäre es gar nicht möglich, die immer weiter steigenden Anforderungen, die an die Exekutive gestellt werden, zu bewältigen. Aber hinsichtlich Ihrer Frage muß ich sagen: Ich schätze die Chancen, europaweit und koordiniert vorzugehen, eher schlecht als gut ein.

Präsident: Danke.

Herr Abgeordneter Schwärzler stellt die nächste Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. **Schwärzler** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Das Aufenthaltsgesetz soll mit 1. 7. 1993 in Kraft treten. Im Aufenthaltsgesetz ist grundsätzlich vorgesehen, daß im

§ 13 eine Verordnung vom Ministerium ausgearbeitet werden soll, um den Flüchtlingszustrom aus den Krisengebieten zu regeln.

Herr Bundesminister! Wieweit ist die Verordnung, und wird sie mit 1. 7. auch soweit sein, daß sie mit diesem Gesetz in Kraft treten kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Selbstverständlich kommen wir jedem Gesetzesauftrag nach. Wir werden daher auch diese Verordnung zeitgerecht erlassen. Die Vorarbeiten sind sehr weit gediehen. Wir haben das Gutachten des Wirtschaftsforschungsinstitutes vorliegen. Wir haben in der nächsten Woche eine große Länderrunde zur Vorberatung — auch der Quotenregelung — einberufen; daneben gibt es Gespräche auf Sozialpartnerebene. Ich gehe davon aus, daß diese Verordnung nicht nur zeitgerecht, sondern auch sehr gut vorbereitet erlassen werden kann.

Präsident: Danke.

Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Meischberger. — Er ist nicht hier.

Daher kommt Frau Abgeordnete Stoitsits zu Wort. — Bitte.

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoitsits** (Grüne): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben bei der Beantwortung einer Zusatzfrage eines anderen Kollegen gesagt, daß Ihr Verhältnis zum UNHCR ein gutes, ein ungebrochenes oder zumindest ein von gegenseitiger Wertschätzung getragenes sei. Ich frage mich daher, warum Sie dann Bitten und Anregungen des UNHCR nicht Folge leisten.

Meine Frage lautet — ebenfalls wieder im Anschluß an zahlreiche Ihrer Antworten —: Bei diesen 234 Internierungsoptionen ging es um Menschen, die bereits Angehörige, Freunde oder Bekannte in Österreich hatten, die bei früheren Flüchtlingsaufnahmeaktionen bei uns Aufnahme fanden. Warum sind Sie nicht bereit, Menschen aus den Lagern Omarska und Ternopolje, die in Österreich schon Verwandte und Freunde haben, Aufnahme zu gewähren?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich sagte, daß das Verhältnis zur Zentrale des UNHCR und auch zu einem seiner Vertreter ein sehr gutes ist. Ich habe nicht von „besonderer“ oder „ungebrochener“ Wertschätzung gesprochen. Ich sage das nur, damit wir bei dem bleiben, was ich als Antwort gegeben habe.

12322

Nationalrat XVIII. GP - 107. Sitzung - 10. März 1993

Bundesminister Dr. Löschnak

Ich habe schon versucht, Ihnen eines zu erklären: 167 Menschen wurden in einer ersten Tranche bei uns aufgenommen. 400 sind es in der Zwischenzeit geworden, weil die Familienzusammenführung bei uns stattgefunden hat, obwohl sich die Familien in Wirklichkeit in Slowenien und Kroatien aufgehalten haben. Daher sehe ich nicht ein, warum wir vor Ausschöpfung der 3 000 noch freien Plätze in Europa eine zweite und dritte Tranche nach Österreich nehmen sollten. Wir würden nur jene, die meinen, das sei ein Problem der Nachbarn des ehemaligen Jugoslawiens, in ihrer Haltung bestärken. Das ist ein gesamteuropäisches Problem, und daher sind zuerst die restlichen 3 000 Plätze im übrigen Europa in Anspruch zu nehmen. Danach kann man selbstverständlich mit uns reden, ob eine nächste - zweite oder dritte - Tranche möglich sein wird.

Aber alle immer zuerst zu uns bringen, erweckt den Eindruck, als hätten wir eine besondere Verpflichtung gegenüber der ehemaligen jugoslawischen Republik. Ich sehe diese nicht.

Präsident: Danke, Herr Bundesminister.

Zu Wort kommt Herr Abgeordneter Anschober (*Grüne*) mit der Frage 357/M. - Bitte sehr.

Abgeordneter **Anschober:** Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

357/M

Wie hoch ist die Prozentzahl der Ladendiebstähle, die in den Supermärkten beziehungsweise Großkaufhäusern verübt werden, im Verhältnis zu den sogenannten Greißlerläden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich muß Sie einmal darauf hinweisen, daß Ladendiebstahl im Sinne des Strafgesetzes kein gesetzmäßiger, sondern ein kriminologischer Begriff ist. Es wird daher im Strafgesetz zwischen einem allgemeinen Diebstahl und einem Ladendiebstahl im besonderen nicht unterschieden, und es werden daher auch keine gesonderten Aufzeichnungen geführt. Ich bin daher nicht in der Lage, Ihnen jetzt Auskunft über ein Verhältnis zwischen Greißlern und Handelsketten bezüglich Ladendiebstahl bekanntzugeben.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Anschober:** Herr Bundesminister! Praktiker sagen mir, daß die Rate von Delikten in Greißlerläden im Verhältnis zu Großkaufhäusern, zu Supermärkten, wesentlich geringer ist. Das mag unter anderem damit zu tun haben, daß in Supermärkten etwa gezielt auf Kinder bezogene Lockangebote vorliegen, aber auch die Übersichtlichkeit geringer ist.

Herr Minister! In diesem Zusammenhang gibt es derzeit eine Aktion der Arbeiterkammer zur Reduzierung dieser Lockangebote. Unterstützen Sie die entsprechenden Bemühungen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Ja.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Anschober:** Herr Bundesminister! Es gibt einen Vorschlag des Justizministers auf Novellierung des entsprechenden Gesetzesbereiches. Die Intentionen gehen stark in Richtung Verwaltungsvereinfachung und auch Humanisierung der entsprechenden Gesetzgebung. Ich unterstütze diese Vorschläge.

Werden auch Sie im Zusammenhang mit diesen Delikten die entsprechenden Vorschläge des Ministers Michalek unterstützen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ja! Das habe ich auch schon öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Präsident: Herr Abgeordneter Grabner.

Abgeordneter **Grabner (SPÖ):** Herr Bundesminister! Dem Problem der Ladendiebstähle kann sicher nicht nur durch polizeiliche Maßnahmen begegnet werden. Haben Sie Informationen über den Stand der Sicherheitsmaßnahmen von Kaufhäusern und Handelsunternehmungen?

Präsident: Bitte sehr.

Bundesminister Dr. Löschnak: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir unternehmen seit Jahren den Versuch, die Betroffenen selbst zu Maßnahmen zur Eigenvorsorge anzuregen beziehungsweise ihr Interesse an vermehrter Eigenvorsorge zu wecken. Der Beratungsdienst des Kriminaldienstes, aber auch einzelne Aktionen, die wir immer wieder starten, sollen insbesondere den größeren Kaufhäusern näherbringen, daß dem Diebstahl mit vermehrtem Verkaufspersonal, mit vermehrtem mechanischen Schutz vor der Entwendung, mit möglicher Raumüberwachung, natürlich unter Einsatz von Kaufhausdetektiven und mit elektronischen Warensicherungssystemen im beträchtlichen Ausmaß vorgebeugt werden kann. Das eben versuchen wir den Verantwortlichen, den Eigentümern immer näherzubringen - mit unterschiedlichem Erfolg. Teilweise werden unsere Anregungen in den letzten zwei, drei Jahren vermehrt befolgt, teilweise haben wir kein Echo.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Pirker, bitte sehr.

Dr. Pirker

Abgeordneter Dr. **Pirker** (ÖVP): Herr Bundesminister! Seit 1. Jänner ist das Fremden-gesetz in Kraft. Mit diesem Gesetz sind auch Maßnahmen gegen illegale Fremde und auch gegen straffällige Fremde vorgesehen. Das geht auch bis hin zur Ausweisung von Ausländern, die Eigentumsdelikte begangen haben, sofern sie innerhalb des ersten Monats aufgegriffen wurden. Gibt es bereits konkrete Erfahrungen mit der Umsetzung dieses Fremden-gesetzes?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die ersten globalen Meldungen, die ich bekommen habe, zeigen, daß die doch zum Teil griffigeren Bestimmungen des Fremden-gesetzes für die Behörden, die es zu handhaben haben, auch konkretere Einsatzmöglichkeiten bedingen; das heißt, es kann konsequenter und konkreter vorgegangen werden. Wie sich das in Zahlen auswirken wird, wird sich erst nach einigen Monaten zeigen. Ich kann Ihnen das Ergebnis natürlich erst etwa um die Jahresmitte, im dritten Quartal des laufenden Jahres bekanntgeben.

Präsident: Herr Abgeordneter Haigermoser, bitte.

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Herr Bundesminister! In Italien soll die Korruption entkriminalisiert werden, in Österreich offensichtlich der Ladendiebstahl. Das Kreisgericht Krems — ein Beispiel aus der Praxis — lehnt die Privilegierung des Ladendiebstahls als häufig begangenes Delikt ab. Das Kreisgericht Krems meint, man sollte diesbezüglich etwas forscher vorgehen.

Daher die Frage an Sie, Herr Bundesminister: Werden Sie sich beim zuständigen Bundesminister für Justiz dafür einsetzen, daß die Schnellgerichte wieder eingeführt werden, um das überhandnehmende Delikt des Ladendiebstahls endlich in den Griff zu bekommen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich würde nicht meinen, daß der Herr Justizminister derzeit darangeht, den Ladendiebstahl zu entkriminalisieren, sondern ich meine, er ist dabei, den jetzigen Zustand im Sinne der Kriminalitätsbekämpfung und -vorbeugung zu verbessern, denn der jetzige Zustand ist auch aus der Sicht der Sicherheitsexekutive unbefriedigend, und daher unterstützen wir jede Initiative, die zu einem befriedigenderen Ergebnis kommt. Ich sehe in diesen grundsätzlichen Ansätzen des Herrn Justizministers eine Möglichkeit, den Ladendiebstahl, insbesondere auch den Ladendiebstahl, der durch Ausländer begangen wird, besser als bisher verfolgen zu können.

Präsident: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Leikam (SPÖ) mit seiner Frage 359/M.

Abgeordneter **Leikam:** Herr Bundesminister! Meine Frage lautet:

359/M

Wie sieht das umfassende Konzept für die EDV-Ausstattung der Exekutive aus?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Wir sehen für den gesamten Bereich des Innenministeriums und seine nachgeordneten Stellen einen Einsatz von etwa 6 000 PCs vor. Wir haben im Vorjahr mit der Installierung dieser Geräte begonnen, setzen diese heuer sehr intensiv fort und werden etwa bis 1997 diese Aktion abgeschlossen haben.

Präsident: Erste Zusatzfrage.

Abgeordneter **Leikam:** Herr Bundesminister! Sie haben erwähnt, daß Sie vor etwa einem Jahr mit der Ausrüstung mit EDV-Anlagen begonnen haben. Gibt es schon Erfahrungswerte aus jenen Bereichen, in denen diese bereits eingesetzt sind und auch funktionieren?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Es liegt auf der Hand, daß die Exekutive in Zeiten steigender Anforderungen an die Exekutive von Verwaltungstätigkeiten weitgehend entlastet werden muß. Der Einsatz von EDV ist ein probates Mittel dafür, und wir haben nach sehr intensiver Planung und Vorbereitung eben dieses Gesamtkonzept für die Exekutive vorgelegt und dann in Angriff genommen. Es wird dann, insbesondere was Bürokommunikation und Automation, aber auch was schematisierte Abläufe innerhalb der Exekutive anlangt, wie zum Beispiel Anzeigenerstattung, doch zu weitgehenden Entlastungen durch den EDV-Einsatz kommen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter **Leikam:** Bei Besuchen in den einzelnen Dienststellen mußte ich immer wieder die Erfahrung machen, daß gerade ältere Gendarmeriebeamte mit der Umstellung auf EDV einige Probleme haben. Wie lange dauert eine Einschulung für den EDV-Einsatz, und kann man den älteren Beamten ein bißchen entgegenkommen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! In der Regel ist es so, daß jüngere Beamte mehr zu einem EDV-Einsatz neigen als jemand, der zwei Monate vor seiner Ruhestandsversetzung steht. Allgemein kann man durchaus feststellen, daß alle Mitarbeiter bemüht sind, sich ein-

12324

Nationalrat XVIII. GP - 107. Sitzung - 10. März 1993

Bundesminister Dr. Löschnak

zuarbeiten, zumal bereits nach wenigen Tagen der Einschulung merkbare Entlastungen eintreten. Von dem Augenblick an, da die Leute das merken, freunden sie sich mit der neuen Arbeitsweise an und sind auch bereit, von sich aus einiges einzubringen. Also insgesamt gesehen haben wir gute Erfahrungen.

Die Einschulungszeit, um darauf zurückzukommen, ist natürlich unterschiedlich lang. In der Regel genügen, um Büroautomation verwenden zu können, drei bis fünf Tage Einschulung.

Präsident: Herr Abgeordneter Auer, bitte.

Abgeordneter Auer (ÖVP): Sehr verehrter Herr Bundesminister! Ich finde es sehr positiv, daß Sie dieses Konzept in die Wege geleitet haben. Konzepte sind allerdings nur so gut, so schnell sie realisiert werden.

Meine Frage daher an Sie: Können Sie konkret sagen, wann die letzte Dienststelle über diese Einrichtung verfügen wird?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Wenn Sie berücksichtigen, daß wir 32 000 Mitarbeiter haben und 1 500 Dienststellen, die österreichweit verstreut sind, dann werden Sie wahrscheinlich mit mir einer Meinung sein, daß das nicht innerhalb von wenigen Monaten umsetzbar ist, und zwar im Rahmen einer Gesamtkonzeption, denn man kann ja nicht jede Woche mit etwas Neuem anfangen. Wir haben für die Vorbereitung dieser Gesamtkonzeption mehr als ein Jahr gebraucht und werden sie bis 1997 umsetzen.

Präsident: Frau Abgeordnete Partik-Pablé.

Abgeordnete Dr. Helene Partik-Pablé (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Man kann es kaum glauben, aber es entspricht den Tatsachen, Monat für Monat werden Tausende Strafzettel händisch abgerechnet, Millionen Schilling werden Monat für Monat von den Exekutivbeamten, wie gesagt, nicht über Computer, sondern händisch abgerechnet. Fünf Beamte in jedem Kommissariat müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte Sie gerne fragen, wann Sie daran denken, dieses ganze Strafenabrechnungssystem auf EDV umzustellen, weil Sie ja dringend das Personal brauchen, das jetzt blockiert ist.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Im laufenden und im kommenden Jahr, sehr geehrte Frau Abgeordnete.

Präsident: Abgeordneter Anschöber, bitte.

Abgeordneter Anschöber (Grüne): Herr Bundesminister! Mitarbeiter der Verkehrsabteilungen der Gendarmerie beklagen sich — ich denke, zu Recht — darüber, daß sie sich im Verkehrskontrollbereich zwar redlich bemühen, daß aber Strafen aufgrund von Überlastungen der Bezirkshauptmannschaften verfallen, die Fristen übersehen werden wegen tatsächlich vorhandener Überlastungen. Nun wird vorgeschlagen, daß es zu einer EDV-Verknüpfung zwischen der Exekutive und den Bezirkshauptmannschaften zur raschen Administrierung dieser Maßnahmen kommt. Herr Minister! Welche Maßnahmen sind diesbezüglich geplant?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Es wird in Kürze wieder eine österreichweite Bezirkshauptleutekonferenz stattfinden. Ich werde dieses Problem auf die Tagesordnung stellen, aber, wie Sie wissen, die knapp 90 Bezirkshauptleute und damit auch die neun Bundesländer unter einen Hut zu bringen, ist in jeder Sparte schon eine Angelegenheit für sich, und das wird einige Zeit dauern. Aber der Vorschlag ist gut und interessant. Wir werden ihn aufnehmen.

Präsident: Danke.

Wir kommen zur Anfrage betreffend Kraftfahrzeugdiebstähle. — Abgeordneter Achs (SPÖ), bitte.

Abgeordneter Achs: Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

360/M

Welche Gegenmaßnahmen hat die Exekutive gegen die stark steigende Anzahl von Kraftfahrzeugdiebstählen und -verschiebungen ergriffen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. Löschnak: Herr Abgeordneter! Wir haben eine Reihe von Maßnahmen gesetzt. Ich möchte Ihnen folgende in Erinnerung rufen: Wir haben seit Ende 1990 die Grenzkontrollen, insbesondere an der Ostgrenze, erheblich verstärkt. Wir haben das für die Bekämpfung von Kfz-Diebstählen eingesetzte Personal aufgestockt, insbesondere auch durch den Einsatz der Sondereinheit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität; das ist ja ein Teil ihrer Aufgabe. Wir haben die kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter, und zwar sowohl der Polizei als auch der Gendarmerie, einer Spezialschulung unterzogen, und wir haben insbesondere auch — das möchte ich abschließend noch erwähnen — rund 600 Zollwachebeamte in zehn oder elf Kursen speziell geschult.

Präsident: Zusatzfrage.

Achs

Abgeordneter **Achs**: Herr Bundesminister! Gibt es Zahlen, aus denen hervorgeht, in welchen Ländern die meisten Autos gestohlen werden?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter! Ich darf Ihnen drei Zahlen nennen, soweit sie mir in Erinnerung sind. In Österreich sind im vergangenen Jahr etwa 3 000 Kraftfahrzeuge gestohlen worden, in der Schweiz, in etwa mit uns von der Einwohnerzahl her vergleichbar, 10 000 — Sie können daraus ersehen, was uns noch erwartet —, und aus Italien wurden, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, etwa 350 000 Kfz als gestohlen gemeldet. Aber ich möchte nicht auf Italien hinzeigen. Das ist sieben- oder achtmal so groß wie wir von der Bevölkerungszahl her, aber mit der Schweiz sind wir durchaus vergleichbar. Da steht uns noch einiges bevor.

Präsident: Es wird keine zweite Zusatzfrage gewünscht.

Nächste Frage: Abgeordneter Kraft, bitte sehr.

Abgeordneter **Kraft** (ÖVP): Herr Bundesminister! Da ich selber schon einmal Betroffener war, mir auch ein Auto vor der Haustür gestohlen wurde, weiß ich, wie unangenehm das für den Bürger ist und welche Wege er beschreiten muß, bis er wieder zu seinem Auto kommt. Ich hatte das Glück, es wieder zu bekommen. Es gibt natürlich viele Empfehlungen der Kraftfahrerorganisationen, wie man sich verhalten soll, etwa daß das Auto versperrt bleiben soll, daß man keine Wertgegenstände aufbewahren soll und so weiter. Das ist, glaube ich, notwendig. Vielleicht könnte man das auch auf die Zulassungsbehörden erweitern.

Meine Frage lautet, Herr Bundesminister: Wie lange dauert der Vorgang, bis ein gestohlenen Kraftfahrzeug EDV-mäßig gespeichert ist und die Daten abgefragt werden können?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, daß Sie ebenfalls mit einem Diebstahl konfrontiert waren. Hoffentlich haben Sie das Auto abgesperrt gehabt, und, wenn ja, hoffentlich hat Sie das bewogen, eine zusätzliche Sicherung jetzt einbauen zu lassen. Wenn nicht, bitte holen Sie das nach.

Zur Frage, wie lange das dauert, möchte ich sagen: Das ist verschieden. (*Abg. Haigermoser: Dieses und nächstes Jahr!*) In günstigen Fällen einige Stunden, in weniger günstigen Fällen bis zu zwei Tagen.

Präsident: Herr Abgeordneter Dolinschek. — Bitte sehr.

Abgeordneter **Dolinschek** (FPÖ): Herr Bundesminister! Es ist ja allgemein bekannt, daß die österreichischen Kfz-Zulassungsscheine besonders leicht zu fälschen sind. Und je leichter diese zu fälschen sind, desto mehr Kraftfahrzeuge werden gestohlen.

Meine Frage geht daher in die Richtung: Was werden Sie unternehmen, was werden Sie veranlassen, um die österreichischen Kfz-Zulassungsscheine fälschungssicherer zu gestalten?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Wir sind derzeit dabei, auf fälschungssichere Dokumente umzusteigen, beziehungsweise gibt es Überlegungen in diese Richtung.

Präsident: Abgeordneter Anschöber.

Abgeordneter **Anschöber** (Grüne): Herr Bundesminister! Der Kraftfahrzeugdiebstahl ist ein Phänomen, ein zweites Phänomen ist der Versicherungsbetrug gerade im touristischen Bereich, Stichwort „Wintertourismus“ et cetera. Herr Minister! Welchen Anteil an der Ausländerkriminalität nimmt dieser Versicherungsbetrug im touristischen Bereich insgesamt ein?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter! Die Frage ist ein bißchen schwer zu beantworten. Denn ich kann Ihnen nur die Entwicklung insgesamt sagen. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen an der Gesamtkriminalität war 1987/88 8 bis 9 Prozent, er stieg bis zum vorigen Jahr auf knapp über 20 Prozent an. Es ist daher anzunehmen, daß dieser Schnitt in den meisten der Deliktsparten, die wir in der Kriminalstatistik führen, in denen es ausländische Tatverdächtige gab, weiter nach oben bewegt hat. Aber konkret kann ich diese Frage nicht beantworten.

Präsident: Danke.

Damit kommen wir zur letzten Frage an den Herrn Innenminister. — Abgeordneter Moser (*Liberales Forum*), bitte.

Abgeordneter **Moser**: Herr Bundesminister! Meine Anfrage lautet:

366/M

Welche wesentlichen Beschaffungsvorhaben beabsichtigen Sie für 1993 zur Verbesserung der Ausrüstung der Exekutive?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak**: Herr Abgeordneter! Wir werden mehr als 600 Kraftfahrzeuge, nicht ganz 4 000 Waffen, 200 Schutzwesten,

Bundesminister Dr. Löschnak

nicht ganz 600 Bildschirmschreibmaschinen, nicht ganz 400 Funkgeräte, rund 100 Telefaxgeräte, rund 700 Kopiergeräte und 900 PC beschaffen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser:** Herr Bundesminister! Es ist heute schon die Grenzgendarmarie angesprochen worden. Für die Grenzgendarmarie ergibt sich die Notwendigkeit, ihr Augenmerk mehr auf Mobilität und auf eine sehr genaue Überwachung der Grenze zu richten.

Welche Überlegungen haben Sie im Hinblick auf die Ausrüstung der Grenzgendarmarie?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Herr Abgeordneter! Meines Wissens ist die Grenzgendarmarie hinsichtlich der Einrichtung gut ausgestattet worden. Es ist mir nicht bekannt, daß es ein dringendes Bedürfnis nach Ergänzung gäbe. Aber wenn Sie etwas wissen, bitte ich Sie, an mich heranzutreten. Wir können darüber gerne sprechen.

Präsident: Abgeordneter Neuwirth.

Abgeordneter **Neuwirth** (SPÖ): Herr Minister! Es wurde in den letzten Jahren viel in Richtung Modernisierung der Einrichtung der Exekutive getan. Mich interessiert, wie viele Kraftfahrzeuge in den letzten drei Jahren insgesamt umsystemisiert und ausgetauscht wurden.

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben in den letzten drei Jahren, 1990, 1991, 1992, nahezu 2 300 Kraftfahrzeuge ausgetauscht, haben fast 400 Kraftfahrzeuge systemisiert erhalten, diese sind zusätzlich hinzugekommen; es wurden hiefür 380 Millionen Schilling aufgewendet. Also alle drei Zahlen sind beachtlich. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, mich hier beim Parlament, das ja letztendlich die Mittel hiefür zur Verfügung stellt, zu bedanken.

Präsident: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Kiss, bitte.

Abgeordneter **Kiss** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich habe Ihr Augenzwinkern bei meiner ersten Frage mit Humor zur Kenntnis genommen. Daß es natürlich mehr Fragen in diesem Zusammenhang gäbe, wissen Sie so gut wie ich. Eine kleine zum Abschluß.

Herr Bundesminister! Die Privatisierung der Wartung von Kraftfahrzeugen im Bereich der Exekutive ist ein Ansatz, zu sparen. Wie lautet Ihre Meinung zu diesem Ansatz?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Wir machen das in zwei Richtungen. Zum einen versuchen wir, eigene Kfz-Werkstätten nicht mehr zu installieren beziehungsweise bestehende zusammenzulegen — ein schwieriges Unterfangen, aber da gibt es ein Programm. Und wir sind in Ansätzen dabei, die Reparatur und Wartung außer Haus zu geben — da gibt es einen Probelauf. Wenn sich dieser bewährt, kann man durchaus an eine Ausdehnung dieser Vorgangsweise denken.

Präsident: Zusatzfrage: Dr. Partik-Pablé.

Abgeordnete Dr. **Helene Partik-Pablé** (FPÖ): Herr Minister! Die Zollwache an und für sich gehört ja nicht in Ihren Kompetenzbereich. Aber die Zollwache hat auch Sicherheitsaufgaben, wie beispielsweise die Überwachung von Aufenthaltsverboten und so weiter. Das heißt, Sie sind in einem gewissen Bereich doch dafür verantwortlich. Die Ausstattung der Zollwache ist teilweise eine katastrophale. So gibt es beispielsweise bei vielen Zollämtern keine Paßlesegeräte, keinen Laptop, keine Autos. Die ungarischen Zollwachebeamten sind besser ausgerüstet als die österreichischen.

Ich frage Sie: Was tun Sie oder was haben Sie getan, um zu erwirken, daß die Zollwache so ausgerüstet wird, daß sie ihre Sicherheitsaufgaben wahrnehmen kann?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dr. **Löschnak:** Ich habe mehrere Gespräche mit meinem Ressortkollegen Lacina geführt, und ich gehe davon aus, daß insbesondere das letzte Gespräch doch dazu beitragen wird, zu einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Zollwache und Gendarmerie zu kommen. Das wird dann Anlaß sein, so nehme ich an, daß mein Ressortkollege Lacina auch für seinen Bereich auf eine Topausstattung drängen wird.

Präsident: Danke. — Damit ist die Fragestunde beendet. Wir haben das Kontingent der Zusatzfragen erschöpft und alle Anfragen an den Herrn Innenminister erledigt.

Fragebogenaktion

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich bin gebeten worden, darauf aufmerksam zu machen, daß Sie heute einen Fragebogen vorfinden, der Ihnen die Dienstleistungen der Parlamentsdirektion vorstellen soll. Ich darf Sie auch von dieser Stelle aus mit Zustimmung der Präsidialkonferenz ersuchen, wenn es Ihnen möglich erscheint und wenn es Ihren Vorstellungen entspricht, diesen Fragebogen auszufüllen und bei einem Mitarbeiter im Couloir abzugeben.

Präsident**Einlauf und Zuweisungen**

Präsident: Seit der letzten Sitzung wurden die schriftlichen Anfragen 4363/J bis 4423/J eingebracht.

Eine Anfrage wurde unter der Zl. II-8910 der Beilagen an den Präsidenten des Nationalrates gerichtet.

Eingelangt sind die Anfragebeantwortungen 4008/AB bis 4036/AB.

Weiters wurde eine Beilage Zu 4277/J verteilt.

Das Bundeskanzleramt hat über folgende Entschlüsse des Bundespräsidenten betreffend die Vertretung von Bundesministern für die Sitzungstage heute und morgen Mitteilung gemacht:

Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Fasslabend wird am 11. und 12. März durch Bundesminister Dr. Mock vertreten,

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr im gleichen Zeitraum Mag. Klima durch Herrn Innenminister Dr. Löschnak.

Ich ersuche den Schriftführer, Abgeordneten Dr. Stippel, um Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Dr. Stippel: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

14. Schulorganisationsgesetz-Novelle (948 der Beilagen),

Bundesgesetz über evangelisch-theologische Studienrichtungen (963 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin (964 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten geändert wird (966 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das AIDS-Gesetz und das Geschlechtskrankheitengesetz geändert werden (967 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (972 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem begleitende Bestimmungen zum Bundesvergabegesetz erlassen werden (973 der Beilagen),

Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (974 der Beilagen).

Präsident: Ich danke dem Herrn Schriftführer für die Verlesung des Einlaufes.

Ich nehme nunmehr folgende Zuweisungen vor:

Ich weise zu:

dem Finanzausschuß:

Fünfter Bericht des Bundesministers für Finanzen betreffend die Gebarung des Katastrophenfonds in den Jahren 1991 und 1992 (III-119 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Internationales Zuckerübereinkommen samt Anhang (943 der Beilagen);

dem Umweltausschuß:

Vereinbarung mit Deutschland über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung samt Beilage und Anlagen (979 der Beilagen).

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Ich darf bekanntgeben, daß die Abgeordneten Dr. Haider und Kollegen das Verlangen gestellt haben, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 4424/J der Abgeordneten Dr. Haider, Fischl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend mangelnde Koordination im österreichischen Gesundheitswesen dringlich zu behandeln.

Das Verlangen ist darauf gerichtet, die dringliche Behandlung vor Eingang in die Tagesordnung durchzuführen. Ich mache von der Bestimmung des § 93 Abs. 4 GOG Gebrauch, die Verhandlung an den Schluß der Sitzung, nicht aber über 16 Uhr hinaus zu verlegen.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Weiters ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 1 bis 3 der heutigen Tagesordnung zusammenzufassen.

Gibt es dagegen Einwendungen? — Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so vorgehen.

1. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-91 der Beilagen) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Fünfter Bericht) (940 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-99 der Beilagen) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Sechster Bericht) (941 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregie-

Präsident **rung (III-112 der Beilagen) über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Siebenter Bericht) (942 der Beilagen)**

Präsident: In diesem Sinn gelangen wir nunmehr zu den Punkten 1 bis 3 der heutigen Tagesordnung, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies die Berichte des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Fünften, Sechsten und Siebenten Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik.

Berichterstatter zu den Punkten 1 und 2 ist Herr Abgeordneter Steinbach. Zu Punkt 3 wird dann Herr Abgeordneter Schwärzler berichten.

Ich darf Herrn Abgeordneten Steinbach um seine Einleitung ersuchen.

Berichterstatter **Steinbach:** Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren des Hauses! Ich bringe den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Fünfter Bericht) (III-91 der Beilagen).

Der gegenständliche Bericht der Bundesregierung gliedert sich in die nachstehenden Abschnitte:

Das österreichische Beitrittsverfahren und seine im Wandel befindlichen Rahmenbedingungen

Die Europa-Initiative der Bundesregierung

Der Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaften

Der Europäische Wirtschaftsraum

EG-Programme in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Bildung

Die Drittstaatenabkommen der EFTA

Rechtsreform: Gesamtübersicht der im Hinblick auf die Durchführung des EWR-Vertrages einzubringenden Bundesgesetze.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht erstmals in seiner Sitzung am 8. September 1992 in Verhandlung genommen und dem Unterausschuß zugewiesen.

Der Unterausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 6. November 1992 mit dem Bericht III-91 der Beilagen; über die gegenständliche Materie konnte kein Einvernehmen erzielt werden.

Bei der Abstimmung hat der Außenpolitische Ausschuß mit Stimmenmehrheit beschlossen,

dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Fünfter Bericht) (III-91 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Ich darf weiters über den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Sechster Bericht) III-99 der Beilagen) informieren.

Der gegenständliche Bericht der Bundesregierung gliedert sich unter anderem in die nachstehenden Abschnitte:

Die weitere Behandlung der österreichischen Beitrittsanträge vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in der Europapolitik,

Stand der Ratifikation des Vertrages über die Europäische Union,

Stellungnahme der EG-Kommission zum schwedischen Beitrittsantrag,

Vollendung des EG-Binnenmarktes,

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR),

Die Drittstaatenabkommen der EFTA-Staaten,

EG-Programme Forschung, Entwicklung, Bildung.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht erstmals in seiner Sitzung am 20. Oktober 1992 in Verhandlung genommen und dem Unterausschuß zugewiesen.

Der Unterausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 6. November 1992 mit dem Bericht III-99 der Beilagen; über die gegenständliche Materie konnte kein Einvernehmen erzielt werden.

Bei der Abstimmung hat der Außenpolitische Ausschuß mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Sechster Bericht) (III-99 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Ich ersuche Sie, die Debatte fortzusetzen.

Präsident: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die Berichterstattung über die Punkte 1

Präsident

und 2 und bitte den Herrn Abgeordneten Schwärzler, zu Punkt 3 zu berichten.

Berichterstatter Ing. **Schwärzler**: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Geschätzte Damen und Herren! Ich gebe Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Siebenter Bericht) (III-112 der Beilagen)

Der gegenständliche Bericht der Bundesregierung gliedert sich in die nachstehenden Abschnitte:

Die weitere Behandlung der österreichischen Beitrittsanträge vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in der Europapolitik

Die Vollendung des EG-Binnenmarktes

Der Europäische Wirtschaftsraum

Zwei Beilagen (Aide mémoire zur österreichischen Integrationspolitik vom Dezember 1992, Auszug aus den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburgh betreffend die Erweiterung der Gemeinschaft) sind diesem Bericht angeschlossen.

Der Außenpolitische Ausschuß hat den gegenständlichen Bericht in seiner Sitzung am 26. Jänner 1993 in Verhandlung genommen.

Der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock berichtete ergänzend über die Sitzung des Ministerrates vom selben Tag und über den Vortrag an den Ministerrat betreffend die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft und die diesbezügliche grundsätzliche österreichische Verhandlungsposition. Er übergab den Ausschußmitgliedern den oben angeführten Vortrag an den Ministerrat in Kopie und verwies insbesondere auf die Struktur der Beitrittsverhandlungen, die österreichischen Vorkehrungen und die österreichische Verhandlungsposition. Zu den österreichischen Vorkehrungen heißt es betreffend das Parlament in diesem Ministervortrag:

„Ferner wird für den gesamten Verlauf der Beitrittsverhandlungen eine umfassende und kontinuierliche Information des Parlaments sicherzustellen sein. Dies wird vor allem in den Sitzungen des Rates für Fragen der österreichischen Integrationspolitik — die entsprechend dem Verlauf der Beitrittsverhandlungen in noch kürzeren Zeitabständen als bisher einzuberufen sein werden — sowie durch periodisch zu erstattende Integrationsberichte der Bundesregierung sicherzustellen sein.“

Weiters gibt der erwähnte Ministerratsvortrag die österreichische Verhandlungsposition in 13 Punkten wieder.

Innerhalb der österreichischen Rechtsordnung wird im Zusammenhang mit einem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften darauf zu achten sein, daß die demokratischen Mitwirkungsrechte der österreichischen Bevölkerung im Sinne des demokratischen Prinzips, der Grundsatz der Bundesstaatlichkeit sowie der Grundsatz der Gemeindeautonomie funktionsfähig bleiben.

Bei der Abstimmung hat der Außenpolitische Ausschuß mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Nationalrat die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik (Siebenter Bericht) (III-112 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Herr Präsident! Soweit der Bericht.

Präsident: Ich danke auch dem Herrn Kollegen Schwärzler für seine Berichterstattung über die Beratung im Außenpolitischen Ausschuß.

Redezeitbeschränkung

Präsident: Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß ein Antrag der Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser, Dr. Haider und Dr. Frischenschlager vorliegt, eine Gesamtredezeit zu beschließen, und zwar in folgendem Verhältnis: SPÖ 170 Minuten, ÖVP 150 Minuten, FPÖ 110 Minuten, Grüne 90 Minuten, Liberales Forum 60 Minuten. Die Redezeit der Frau Abgeordneten Traxler, falls sie sich zu Wort meldet, wird mit 20 Minuten beschränkt.

Für die Beschlußfassung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich, und ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag Fuhrmann, Neisser, Haider und Frischenschlager zustimmen, um ein Zeichen. — Das ist mit **Mehrheit** so beschlossen, und wir werden in diesem Sinne vorgehen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer. Ich erteile es ihm.

12.14

Abgeordneter Dr. **Gugerbauer** (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Montag dieser Woche hat der spanische Europastaatssekretär Carlos Westendorp angekündigt, daß sein Land das Zusatzprotokoll zum EWR-Abkommen erst dann ratifizieren würde, wenn alle zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften den Maastricht-Vertrag ratifiziert hätten. Im Hin-

Dr. Gugerbauer

blick auf die europapolitischen Turbulenzen in Großbritannien, aber auch im Hinblick auf die anstehende Neuwahl des spanischen Parlamentes bedeutet diese Erklärung nicht mehr und nicht weniger, als daß das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum frühestens im Jahr 1994 in Kraft treten kann.

Hier von dieser Stelle aus haben Vertreter der Bundesregierung — ich verweise nur auf den außenpolitischen Sprecher der Österreichischen Volkspartei, Kollegen Khol — aber wiederholt erklärt, daß es möglich sein müßte, bis Anfang 1994 auch schon die Beitrittsverhandlungen Österreichs mit den Europäischen Gemeinschaften zum Abschluß zu bringen. Wenn wir heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, über den Stand der österreichischen Integrationspolitik in bezug auf die Europäischen Gemeinschaften sprechen, dann muß ich zunächst einmal feststellen, daß die EWR-Politik dieser Bundesregierung wie ein Kartenhaus zusammengebrochen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sagen Sie nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren von den Regierungsparteien, daß Sie nicht gewarnt worden wären! Ich verweise auf wiederholte Äußerungen prominenter Vertreter der österreichischen Wirtschaft, vor allen Dingen prominenter Vertreter der Österreichischen Industriellenvereinigung. Ich verweise vor allen Dingen aber auch auf die Debatten, die wir hier in diesem Haus geführt haben, auf eine Debatte anlässlich der Ratifizierung des EWR-Abkommens, die ganz im Zeichen der Vorbehalte der Opposition, der Vorbehalte der Freiheitlichen Partei gegen dieses ERW-Abkommen gestanden ist.

Ich verweise auch auf die Äußerungen anlässlich der Volksabstimmung in der Schweiz, die das negative Ergebnis brachte, daß sich die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum nicht anschließen will, bei diesem Projekt nicht mitmachen möchte. Gerade die Konsequenzen beziehungsweise die unterbliebenen Konsequenzen der Bundesregierung nach dem Ausscheiden der Schweiz zeigen aber, daß die rot-schwarze Koalitionsregierung der europäischen Integrationspolitik nicht gewachsen ist, daß sie schlichtweg überfordert ist und daß sie für die österreichischen Steuerzahler nur zusätzliche Lasten bringt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundesminister! Ich möchte Sie nicht stören bei Ihrem wichtigen Gespräch, aber ich möchte heute von Ihnen eine klare und eindeutige Stellungnahme einfordern, welche Belastungen auf die österreichischen Steuerzahler durch die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR zukommen, wenn es überhaupt zum Inkrafttreten des EWR-Abkommens kommen sollte. Man muß sich ja vor Augen halten, Herr Bundesminister:

Die Schweiz ist nicht irgendwer, die Schweiz ist immerhin der drittgrößte Handelspartner Österreichs. Die Schweiz steht nach der Bundesrepublik und nach Italien an dritter Stelle. Wir haben daher höchstes Interesse daran, die Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Schweiz entsprechend zu verbessern.

Jetzt hat die Schweiz aber entschieden, daß sie am EWR nicht teilnehmen möchte, daß sie beim EWR nicht mitmachen wird. Wenn der Europäische Wirtschaftsraum ohne die Schweiz realisiert werden sollte, dann hat das EWR-Abkommen für uns eine geringere Bedeutung, und man müßte daher logischerweise davon ausgehen, daß die Beitragsleistungen Österreichs für den EWR, insbesondere für den sogenannten Kohäsionsfonds, gesenkt werden.

Herr Bundesminister Dr. Mock! Offensichtlich ist aber genau das Gegenteil der Fall. Es kommt nicht zu einer Senkung der Beitragsleistungen Österreichs für den EWR, sondern Ihre Diplomaten, Ihre Mitarbeiter, Sie selbst haben ausverhandelt, daß die österreichischen Steuerzahler nach dem Ausscheiden der Schweiz noch höhere Beiträge an den EWR abliefern müssen.

Da hört man einmal von über 100 Millionen Schilling im Jahr, da hört man das andere Mal von ein bißchen weniger als 100 Millionen Schilling im Jahr. Wieviel es nun genau sind, das weiß offensichtlich in der Bundesregierung niemand.

Herr Bundesminister! Erklären Sie hier und heute, welche zusätzlichen Lasten auf die Österreicher zukommen werden. Sie können sich nicht davor drücken, indem Sie sagen, für die österreichische Bundesregierung, für die österreichische große Koalition komme es auf einige hundert Millionen mehr oder weniger nicht an. Das war keine diplomatische Meisterleistung! Das muß ich schon feststellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das EWR-Abkommen ist doch nicht bloß ein üblicher Vertrag zwischen mehreren Staaten. Vielmehr sollen durch dieses Abkommen neue Institutionen, neue Strukturen, neue Behörden, somit auch neue Bürokratien geschaffen werden. Es soll beispielsweise nach dem Muster der EG-Kommission eine völlig neue EFTA-Überwachungsbehörde installiert werden, die mit vielen, vielen neuen Bürokratien ausgestattet wird. Es soll einen eigenen EFTA-Gerichtshof geben, der nach dem Muster des Europäischen Gerichtshofes zu konstituieren wäre. Dazu kommen diverse Ausschüsse, diverse Beratungsgremien, die alle mit entsprechenden Mitarbeiterstäben ausgerüstet werden.

Ich frage mich jetzt wirklich immer mehr: Wozu soll denn das Ganze überhaupt noch gut sein? Herr Bundesminister Dr. Mock! Das EWR-

Dr. Gugerbauer

Abkommen als ein Vertrag zwischen den Europäischen Gemeinschaften auf der einen Seite und den Mitgliedern der Europäischen Freihandelszone auf der anderen Seite verliert doch immer mehr an Boden. Es gibt sieben EFTA-Staaten, vier davon verhandeln derzeit oder, wenn man Norwegen gesondert berücksichtigt, demnächst mit den Europäischen Gemeinschaften über eine Vollmitgliedschaft. Die Schweiz hat sich bereits negativ entschieden, sie will beim EWR nicht mitmachen. Liechtenstein steht abseits und wartet zu.

Was bedeutet das denn? Wenn der Europäische Wirtschaftsraum Anfang 1994 in Kraft tritt, zum selben Zeitpunkt die Beitrittsverhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den vier EFTA-Staaten abgeschlossen sind, die Schweiz und Liechtenstein ausfallen, werden Sie dann dafür eintreten, daß es für die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem verbleibenden Island einen eigenen Gerichtshof gibt, eine eigene Kommission gibt, eigene bürokratische Strukturen gibt? Das ist doch ein Schildbürgerstreich der Sonderklasse! Das können Sie als Außenminister doch nicht länger ernsthaft vertreten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte an dieser Stelle aber auch eine politische Anmerkung machen, Herr Bundesminister! Vor einiger Zeit, am 14. Dezember — es ist im Rahmen einer der üblichen europapolitischen Debatten gewesen —, hat der Bundeskanzler eine Erklärung abgegeben und hat dabei, wie gewohnt, selbstgefällig darauf hingewiesen, daß es ihm in der SI, in der Sozialistischen Internationale, gelungen sei, alles für Österreich zu ebnet. Insbesondere habe er, so Vranitzky, mit dem spanischen Ministerpräsidenten, dem spanischen Parteichef der Sozialisten, Felipe Gonzales, alles geklärt. Der Herr Bundesminister für Äußeres hat sich dann in seiner Erklärung beeilt hinzuzufügen, daß auch Vizkanzler Busek im Rahmen der internationalen Parteienorganisation der ÖVP, der EDU, seinen Beitrag geleistet hätte. *(Abg. Schieder: Sie können international nicht mehr sehr viel machen!)* Mit den Liberalen haben wir die geringsten Schwierigkeiten, Herr Kollege Schieder. Sie aber müssen endlich einmal erklären — Sie kommen heute noch dran —, was die Österreicher von Ihren Schönwetterfreundschaften haben, davon, daß man bei Wahlkämpfen oder dann, wenn es gerade paßt, einen ausländischen Regierungschef herumreichert und sagt: Das ist unser großer Freund und Förderer!, man dann aber, wenn es darauf ankommt, dann, wenn man die Unterstützung eines Landes wie Spanien bräuchte, das immerhin 58 Prozent der Mittel aus dem Kohäsionsfonds für sich in Anspruch nimmt, von diesen Freunden nichts hat und sie einen im Regen stehen lassen. Von diesen Schönwetter-

freundschaften halte ich überhaupt nichts! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Heute wird es keine Erklärung von seiten des Bundeskanzlers geben, aber vielleicht wird Kollege Schieder in seinem Debattenbeitrag dessen Part übernehmen. Heute gibt es offensichtlich auch keine Beschwörung internationaler Männerfreundschaften, sondern heute sind wir mit der nackten Tatsache konfrontiert, daß uns Spanien einen Streich spielt, daß Spanien das Zustandekommen des EWR-Abkommens zu einem günstigen und annehmbaren Zeitpunkt verhindert.

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß jetzt die österreichische Bundesregierung am Wort wäre, daß jetzt die österreichische Bundesregierung zeigen sollte, daß sie die Interessen unseres Landes genauso ernst nimmt, wie das Felipe Gonzalez für sein Land tut. Wenn Sie das hier erklären können, wenn Sie das zur Richtschnur der österreichischen EG-Verhandlungen machen, dann sind wir als Oppositionspartei zufrieden und werden Sie dabei gerne unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun komme ich zu den von der Freiheitlichen Partei immer wieder eingeforderten Hausaufgaben, deren Erfüllung Bedingung für die Europäische Integration, für die Teilhabe Österreichs an der Europäischen Integration ist.

Die Freiheitliche Partei hat ein Parteiprogramm, in dem sie sich für den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften ausspricht. Wir haben darin nach wie vor als einzige der im Parlament vertretenen Parteien eine entsprechende Klausel, und ich meine, daß das gerade uns die Legitimation gibt, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die österreichischen Interessen bei den Verhandlungen ernst genommen werden, was bislang nicht der Fall zu sein scheint. Österreich muß, bevor es den Tritt über die Schwelle macht, bevor es Mitglied der Europäischen Gemeinschaften wird, gerüstet sein und muß in der Lage sein, all die Lasten, die auf uns zukommen werden, zu verkraften. Das gilt genauso für die Arbeitnehmer wie für die Wirtschaft, und ich hoffe, daß heute der Präsident der Bundeswirtschaftskammer oder ein anderer prominenter Vertreter dieser Institution einmal mehr darauf hinweist, daß die österreichischen Unternehmen in der Steuerpolitik enorme Wettbewerbsnachteile hinzunehmen haben und daß offensichtlich von der Bundesregierung gar nicht geplant ist, noch vor Abschluß der Beitrittsverhandlungen eine Steuerreform in Kraft treten zu lassen, die diese Mißstände beseitigt.

Wir wollen, daß diese Hausaufgaben von Ihnen gelöst werden, Herr Bundesminister Dr. Mock, wir wollen das nicht nur von Ihnen, sondern wir wollen das von allen Mitgliedern der Bundesre-

Dr. Gugerbauer

gierung, wobei wir uns bewußt sind, daß das insgesamt ein dynamischer Prozeß ist. Wir können nicht einzelne Hausaufgaben in den Raum stellen und erklären: Wenn diese Hausaufgaben erfüllt sind, dann ist alles in Butter! So einfach wird es nicht gehen, und so einfach werden wir uns das auch nicht machen können. Aber wir meinen, daß in den wichtigsten Punkten die Bundesregierung die Forderungen der Freiheitlichen Partei aufgreifen muß und daß sie zeigen muß, daß sie bereit ist, diesen Vorschlägen auch Rechnung zu tragen, denn sonst kann die Freiheitliche Partei diesen Kurs nicht mittragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe auf die Steuerpolitik verwiesen, ich könnte auf die Sicherheitspolitik eingehen, ich könnte mich mit der inneren Organisation der Europäischen Gemeinschaften oder mit der Währungspolitik auseinandersetzen. Zur Sicherheitspolitik hat Frau Staatssekretärin Ederer einen Spagat zwischen der österreichischen Neutralität auf der einen Seite und den Maastrichter Verträgen auf der anderen Seite zu machen versucht. Ich gebe zu, daß ich seit langem ein Interesse für sportliche Höchstleistungen habe, aber, Frau Staatssekretärin, bei diesem Spagat ist es Ihnen nicht gelungen, den Boden zu berühren, wie ja überhaupt die Bundesregierung in der Europapolitik die Bodenhaftung nicht bekommt oder immer wieder verliert.

Die Sicherheitspolitik, die Sie dabei im Auge gehabt haben, verlangt, daß die Bundesregierung auch einmal mit einer Sprache spricht, daß die Bundesregierung eine Einigung zwischen den beiden Regierungsfractionen herbeiführt, ob die NATO, ob die WEU oder ob die Bündnisfreiheit, wie etwa von Ederer formuliert, das künftige Ziel der österreichischen Sicherheitspolitik sein soll. Auch in diesem Punkt sind Sie über bescheidene Ansätze nicht hinausgekommen, sind Sie den Österreichern viel schuldig geblieben, sind, Herr Bundesminister Dr. Mock, keine Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die Österreicher bei einer Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft guten Glaubens diesem zustimmen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte abschließend noch auf die Frage der inneren Struktur der Europäischen Gemeinschaften eingehen, da gerade in jüngster Zeit die Vorkommnisse rund um eine neue EG-Bananen-Marktverordnung so manchen Österreicher etwas stutzig gemacht haben.

In den Europäischen Gemeinschaften wurde der Versuch unternommen, zugunsten französischer Kolonien - so muß man sie wohl nach wie vor bezeichnen - den Import von Bananen aus mittelamerikanischen Ländern zu unterbinden, mit dem Ergebnis, daß die Konsumenten in den Europäischen Gemeinschaften für diese Süd-

frucht wesentlich höhere Preise zu bezahlen haben, mit dem Ergebnis, daß die Europäischen Gemeinschaften die mittelamerikanischen Länder mit einem Millionenaufwand subventionieren, weil diese ja nicht mehr wie bisher Bananen in die Europäischen Gemeinschaften exportieren können.

Das ist so absurd, daß es beinahe unglaublich ist. Auch hier müßte die Bundesregierung in ihrer Politik einsetzen, müßte die Bundesregierung von sich aus erklären: Ja, wir wollen in die Europäische Gemeinschaft, wir wollen die Europäische Integration, aber wir wollen natürlich nicht jeden Unsinn mittragen, wir wollen auch nicht jeden Unsinn, der uns da vorgemacht wird, nach außen verteidigen!

Heute hat man doch als Österreicher vielfach den Eindruck, daß Sie sich mit Haut und Haar all dem verschreiben, was aus Brüssel kommt, daß Sie gar nicht den Ansatz zeigen, wirklich die eigenen, die österreichischen Anliegen mit Nachdruck zu vertreten. Ich glaube daher, daß wir, die Freiheitliche Partei, mit unserem bisherigen Kurs gut beraten sind.

Die Freiheitliche Partei hat sich in ihrem Programm klar zur Europäischen Integration bekannt. Die Freiheitliche Partei hat eine Vielzahl von Einzelforderungen formuliert, die wir im Vorfeld der EG-Volksabstimmung erledigt haben wollen, und die Freiheitliche Partei ist nach wie vor zu einem konstruktiven Gespräch bereit.

Wir sind uns darüber im klaren, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß eine Nichtmitwirkung im Rahmen der Europäischen Integration bedeutet, daß die österreichische Volkswirtschaft Marktanteile verliert, daß die österreichische Volkswirtschaft an Konkurrenzfähigkeit verliert, daß die österreichische Volkswirtschaft vor allen Dingen auch viele Arbeitsplätze verliert. Wir sind uns darüber im klaren, daß die Integration für dieses Land ein wichtiges Ziel ist, aber gerade nach dem Scheitern der EWR-Politik dieser Bundesregierung habe nicht nur ich Bedenken, ob die rot-schwarze große Koalition den richtigen Weg einschlägt, der Österreich zum richtigen Ziel bringt.

Ziehen Sie die Konsequenzen aus diesem Debatte! Formulieren Sie eine Politik, die auch viele heute abseits stehende Österreicher mittragen und mitbegrüßen können! *(Beifall bei der FPÖ.)*
12.33

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Peter Schieder. Er erhält das Wort.

12.33
Abgeordneter **Schieder** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zuerst

Schieder

möchte ich — dies tue ich nicht bloß aus Höflichkeit, sondern es ist wirklich ernstgemeint — meiner Freude darüber Ausdruck geben — ich glaube, Sie werden mir alle beipflichten —, daß Herr Minister Mock nach seinem Unfall wieder gesund und einsatzbereit hier unter uns ist. (*Allgemeiner Beifall.*)

Zweitens möchte ich um Entschuldigung bitten, wenn ich heute etwas ruhiger als sonst spreche, aber ich bin leicht erkältet. Schließen Sie also nicht daraus, daß es eine Unterkühlung meinerseits zu diesem Thema gibt, sondern es ist nur eine Verkühlung, die dazu führt, daß ich vielleicht etwas leiser spreche.

Ich glaube, daß die heutige Debatte und die Behandlung der Integrationsberichte, vor allem des Siebenten Integrationsberichtes, eines sehr deutlich zeigen: Es wird deutlich sichtbar, daß manche Sorgen, die bestanden haben, vor allem unter Oppositionsparteien, Sorgen darüber, wie nun das Parlament eingeschaltet wird, eingeschaltet auch in die Frage der Verhandlungsposition Österreichs, der Verhandlungsvollmacht unbegründet gewesen sind. Die Fragen nämlich, die von Vertretern der Grünen gestellt wurden: Macht das die Regierung allein? Wie kommt das ins Parlament?, haben sich heute klar beantwortet. Es ist für Sie und für alle Öffentlichkeit deutlich sichtbar, daß hier keine Geheimverhandlungen ablaufen, keine Geheimdiplomatie am Werk ist, daß die Bundesregierung einen festen Standpunkt hat und interessiert daran ist, das Parlament und damit auch die Öffentlichkeit einzuschalten.

Das, was Gegenstand des Ministerratsbeschlusses war, nämlich die Verhandlungsvollmacht, ist dem Außenpolitischen Ausschuß vom Herrn Außenminister anlässlich der Behandlung des Siebenten Berichtes zum Stand der österreichischen Integration mitgeteilt worden, ist in das Ausschußprotokoll Punkt für Punkt aufgenommen worden — in 942 der Beilagen findet man alle 13 Punkte in vollem Wortlaut —, war damit Gegenstand der Verhandlungen im Außenpolitischen Ausschuß und ist heute anlässlich der Behandlung des Berichtes des Außenpolitischen Ausschusses Gegenstand der Verhandlungen im Nationalrat selbst.

Es ist also in Österreich auch auf diesem Gebiet so, daß das Parlament voll eingeschaltet ist und selbstverständlich die Möglichkeit besteht, hier mitzusprechen. Es ist auch auf diesem Gebiet so, daß von seiten der zuständigen Ministerien, von Vertretern der Bundesregierung volle Bereitschaft besteht, die Abgeordneten und das Parlament zu informieren.

Der Inhalt dieser 13 Punkte ist aber wahrscheinlich für die Österreicherinnen und Österreicher noch bemerkenswerter als die Tatsache,

daß volle Öffentlichkeit geschaffen wird, denn der Inhalt dieser 13 Punkte, die Inhalte jener Position, die sich Österreich vornimmt, bei den Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften zu vertreten, zeigen sehr deutlich, daß auch die inhaltlichen Sorgen unberechtigt waren und daß manche Kritik, die in der Öffentlichkeit geäußert wurde, und manche Vorwürfe, die erhoben wurden, ungerechtfertigt sind. In diesen 13 Punkten ist genau zusammengefaßt, was Österreich erreichen will und wie es sich in den Verhandlungen verhalten will.

Es lohnt sich, sich diese 13 Punkte in der vollen Länge anzuschauen, ich aber möchte nur kurz in Erinnerung rufen, was hier im einzelnen festgehalten ist.

1. Punkt: Wir stellen klar, daß der Antrag zwar vor Maastricht abgegeben wurde, Österreich sich aber vollinhaltlich zum Vertrag über die Europäische Union bekennt, sich am Einigungsprozeß beteiligen will und die dynamische Weiterentwicklung unterstützen wird.

Der 2. Punkt behandelt das kritische Gebiet der Sicherheit. Hier wird vollkommen klargestellt, daß Österreich als neutraler Staat der Gemeinschaft beitreten wird, sich aber zur Schaffung einer europäischen Sicherheitsordnung und zu den Zielsetzungen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union bekennt. Ein System der kollektiven Sicherheit in Europa, zu dem wir uns bekennen, halten wir mit der Neutralität für vereinbar, es berührt diese nicht.

Der 3. Punkt sagt sehr deutlich, daß die umweltpolitischen Standards in Österreich gewahrt bleiben müssen und daß das Bundesgesetz über das Verbot der Verwendung der Kernspaltung für die Energiegewinnung in Österreich unberührt bleiben muß.

Der 4. Punkt ist wieder ein deutliches Bekenntnis in einer kritischen Frage: Das Transitabkommen soll durch den Beitritt nicht beendet sein, es muß für die volle Laufzeit volle Gültigkeit haben.

Der 5. Punkt trifft auch eine wesentliche Sorge: Die sozialen Errungenschaften Österreichs müssen in vollem Ausmaß gewährleistet bleiben.

Der 6. Punkt ist eher wieder ein Übergangspunkt, aber es ist der Regierung wirklich zu danken, daß eine Frage aufgenommen wurde, die für die österreichische Wirtschaft heute schon jeden Tag aktuelle Bedeutung hat: daß nämlich im Hinblick auf die Europaverträge der EG mit Reformstaaten Osteuropas der dadurch entstandene Mangel der Verknüpfung der Ursprungssysteme schon während der Verhandlungen beseitigt werden soll, um die Beeinträchtigung und Verzer-

Schieder

zung der europäischen Handelsströme zu vermeiden, von denen Österreich und manche Sektoren unserer Wirtschaft in besonderer Weise betroffen sind.

Der 7. Punkt behandelt den wichtigen Bereich der Landwirtschaft und verweist auf die besonderen Bedürfnisse einer flächendeckenden, bäuerlich geprägten Land- und Forstwirtschaft in Österreich und auf die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe.

Im 8. Punkt wird der Grundstücksverkehr angesprochen, bei dem wir jene Regelungen, die in anderen europäischen Ländern, nämlich in den EG-Staaten, möglich sind, auch für uns selbst beanspruchen, was unser gutes Recht ist.

Der 9. Punkt behandelt die Regionalpolitik.

Der 10. Punkt behandelt die Begleitmaßnahmen, das Verhältnis der Gebietskörperschaften und die budgetären Aspekte.

Der 11. Punkt weist auf die Präsenz Österreichs in den Institutionen hin. — Ein kleines Land hat ja eigentlich überdurchschnittliche Möglichkeiten, mitzusprechen. Wir wollen nicht, daß das für Österreich im Vergleich zu anderen Ländern schlechter ist, und verweisen auf diesen Punkt.

Der 12. Punkt verweist auf den wichtigen Bereich der dritten Säule der Europäischen Union. Und da finden Sie sehr deutlich, daß die Frau Staatssekretärin keinen Spagat machen mußte, wie Kollege Gugerbauer meinte, sondern daß es in Übereinstimmung mit der Haltung der österreichischen Bundesregierung ist. Wir sagen, daß wir den Bestimmungen des Vertrages über die Europäische Union über die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Justiz und Inneres zustimmen können.

Der 13. Punkt behandelt die Mitwirkungsrechte der österreichischen Bevölkerung, das demokratische Prinzip, die Bundesstaatlichkeit und die Gemeindeautonomie, die funktionsfähig bleiben sollen.

Das hört sich sehr nüchtern an, aber in Wirklichkeit ist in diesen Punkten festgelegt, daß die Bundesregierung in den Beitrittsverhandlungen all das, was an Sorgen, Wünschen und Vorbehalten in der österreichischen Bevölkerung und bei verschiedenen Interessenvertretungen vorhanden ist, tatsächlich zum Gegenstand ihres besonderen Augenmerks macht.

Ich meine, daß diese Beitrittsverhandlungen von österreichischer Seite gut vorbereitet sind, daß eine klare Position besteht und daß wir hier nichts Unbilliges miteinander verknüpft haben. Umso bedauerlicher ist es, daß die heutige Debatte auch unter dem Eindruck der jüngsten Mel-

dungen über die Verzögerung des Wirksamwerdens des Europäischen Wirtschaftsraumes steht. Hat sich die Verzögerung erstens dadurch ergeben, daß die Schweiz aus dem EWR ausgeschieden ist und sich daher die Notwendigkeit von Anpassungen und Neubeschlußfassungen ergeben hat, so deutet die schon erwähnte jüngste Haltung Spaniens, die darin besteht, das Abkommen erst dann zu ratifizieren, wenn der EG-Vertrag von Maastricht in Kraft tritt, an, daß möglicherweise mit neuen Schwierigkeiten und weiteren Verzögerungen zu rechnen ist.

Wir sind uns sicher einig: Wir hoffen — zumindest jene, die für den EWR sind —, daß der Europäische Wirtschaftsraum doch noch am 1. Juli startet. Wir alle hoffen dies, die meisten von uns werden allerdings befürchten, daß es vielleicht aber Ende des Jahres wird, bis er in Kraft tritt; auszuschließen ist das nicht.

Ich glaube, daß das Verhalten Österreichs angesichts dieser neuen Situation richtig war, wichtig war. Ich begrüße die Erklärung des Bundeskanzlers, in der er darauf verweist, daß Maastricht bisher nichts mit dem EWR zu tun hatte, und seiner Hoffnung Ausdruck gibt, daß doch noch die Möglichkeit zur Meinungsänderung besteht. Ich begrüße auch die Erklärung von Außenminister Mock und seinen Appell an die EG-Staaten, den er in einer Zeitung geäußert hat, daß doch noch der 1. Juli eingehalten werden kann.

Ich verstehe aber auch jene, die skeptisch sind. Also ich treffe mich in dieser Skepsis durchaus auch mit Kollegen Gugerbauer oder der inhaltlich von ihm nicht so weit entfernten Erklärung des Generalsekretärs der Vereinigung Österreichischer Industrieller, der es auch sehr zugespitzt gesagt hat. Aber auch in diesem Zugespitzten befindet sich ein Körnchen Wahrheit für Österreich, nämlich: Je näher man an den Zeitpunkt, zu dem der Verhandlungserfolg für den Eg-Beitritt sichtbar wird, herankommt, umso entbehrlicher wird der EWR für uns. Darin liegt sicherlich ein Körnchen Wahrheit — oder ein Korn Wahrheit —, was Österreich betrifft.

Ich glaube jedoch, daß wir nicht das Recht haben, nur die spezifische Position Österreichs zum Gegenstand unserer Überlegungen in bezug auf den EWR zu machen. Der EWR hat für Österreich seine Bedeutung — je kürzer er dauert, umso kleiner wird sie. Aber hat er nicht für jene, die vielleicht nicht sofort in die EG kommen, wesentlich größere Bedeutung? Muß man nicht für ein Vorfeld sein, auch im Hinblick auf die künftige europäische Entwicklung, auf die anderen Staaten, die nachkommen werden, auch wenn es einen selbst nicht mehr so lange betrifft?

Also: Ich sehe dieses Korn Wahrheit, aber ich warne davor, es zum Maßstab der österreichi-

Schieder

schen Haltung zu machen! — Deshalb: Der EWR hat für uns . . . (*Abg. Haigermoser: Das ist ein Eiertanz, was Sie hier aufführen! — Ein Tanz auf dem Wachtelei!*) Sie sind ein ehemaliger Eierverkäufer, sie scheinen sich beim Eiertanz besonders auszukennen! Ich nicht. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Der EWR hat für Österreich seine Bedeutung, auch wenn der Zeitraum unserer Teilnahme nur kurz sein wird. Unser Interesse sollte sein, zu erreichen, daß er sobald wie möglich in Kraft tritt — in unserem Interesse und im Interesse der anderen europäischen Staaten. Und alles, was wir gemeinsam tun können — auch auf parlamentarischer Ebene —, daß Maastricht nicht mit dem EWR verknüpft wird, sollten wir gemeinsam tun.

Ich nehme an, daß Kollege Schüssel den Fraktionen in den nächsten Tagen noch eine interne Unterlage übermitteln wird darüber, was diese Haltung für die nächsten Wochen und für die Verhandlungen bedeutet. Es ist wichtig — und das ist auch vereinbart —, daß es auch solche nicht offizielle Unterlagen zwischen den Verhandlungen gibt, wenn sich etwas Gravierendes tut.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns in der Frage EG — EWR hüten, allzu eindimensional zu sein. Wir sollten uns überhaupt in der Europapolitik hüten, allzu eindimensional zu sein. Wir dürfen, wenn wir gemeinsam bewußt auf ein Ziel zugehen, nicht Scheuklappen gegenüber anderen Entwicklungen anlegen; was ich Ihnen heute gar nicht unterstelle. Wir sollten generell schauen, daß in der österreichischen Europapolitik zwar die Hauptlinie EG-Beitritt verfolgt wird, daß wir daneben aber auch das sehen, was sich darüber hinaus in anderen Bereichen in Gesamteuropa abspielt.

Auch wenn ich — so wie alle — Zweifel habe, ob die KSZE wirklich in allen Bereichen gut funktioniert, ob das System der Mehrheit der Entscheidung minus eins dort richtig ist, ist sie dennoch eine Organisation, die ihre Bedeutung hat.

Auch wenn wir uns auf die EG-Frage konzentrieren, dürfen wir nicht die Rolle, die Bedeutung, die Möglichkeiten der KSZE außer acht lassen.

Das gleiche gilt für den Europarat. Ich betrachte es zum Beispiel als gut, daß wir parallel auch dort Schwerpunkte setzen, etwa daß wir im Oktober Gastgeber der Regierungschefkonferenz des Europarates sein werden, und ich hoffe sehr, daß wesentliche Fragen, wie der Schutz der Minderheitenrechte, die neben dem gesamten Gebiet der Einigung auch ihre Bedeutung für die Zukunft Europas haben, dort zu einem positiven Ende geführt werden.

Wir dürfen also nicht eindimensional sein, sondern müssen als kleines Land alle Möglichkeiten nützen, die zu mehr Verständnis, zu mehr Zusammenarbeit in Europa führen.

In diesem Zusammenhang ist von den Grünen anlässlich der letzten Debatte über diese Frage wieder die Forderung nach einer „anderen“ EG gestellt worden. Diese „andere“ EG ist etwas, was mich ganz, ganz besonders fasziniert. Mich faszinieren immer Modelle, die fast denkunmöglich sind, und das ist der Fall, wenn man diese EG oder den Beitritt nicht mag, dafür aber sagt: Ich hätte gerne eine andere EG, und weil ich die andere will, möchte ich mit dieser EG nichts zu tun haben.

Genau dieser Standpunkt ist aber denkunmöglich, denn wer eine andere Form will, der muß — von innen oder von außen her — zumindest auf einer Änderung dieser EG bestehen. Und es ist am besten — das wissen wir aus allen Institutionen —, hineinzugehen, mitzuwirken, die eigenen Positionen klarzumachen und dafür zu kämpfen, daß sich diese Institution verändert. Wir halten diese Einrichtung mit ihren Zielen für gut, aber auch wir sind der Meinung, daß sie in vielen Bereichen verbessert gehört, und es wäre ja auch furchtbar, würde man mit dem gegenwärtigen Zustand dieser Institutionen zufrieden sein.

In der EG von heute gibt es sicherlich zuviel Bürokratie und zuwenig Demokratie. Diesbezüglich sind sich die Sozialdemokraten aus ganz Europa, auch diejenigen aus den EG-Ländern, völlig einig. Die neue Organisation, die Sozialdemokratische Partei Europas, stellt auch ausdrücklich fest: In der EG gibt es zuviel Bürokratie, zuwenig Demokratie, zuviel Markt, zuwenig Menschlichkeit, zuviel ökonomische Interessen, zuwenig ökologische Anstrengungen, zuviel Egoismus, zuwenig Gemeinschaftssinn. Aber deshalb wird diese EG nicht abgelehnt (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Spät die Erkenntnis, aber doch!*), sondern soll verbessert werden. Genau das ist auch die österreichische Position: in diese EG hineinzugehen und dafür einzutreten, daß jene Bereiche, die verändert gehören, auch tatsächlich verändert werden. Gerade wir Sozialdemokraten können natürlich mit verschiedenen Bereichen nicht zufrieden sein, . . . (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Eine Veränderung in Malaysia!*) Darüber können wir auch reden, das werden wir morgen ausführlich machen.

Sie kennen doch die Europäische Sozialcharta genau — damit wir bei einem Ihrer Gebiete bleiben —, und diese muß natürlich erst mit Leben erfüllt werden. Natürlich wissen wir, daß der Binnenmarkt auch für den Abbau sozialer Errungenschaften mißbraucht werden kann.

Schieder

Wir wollen ihn zur Stärkung der sozialen Leistungsfähigkeit nutzen.

Wir wollen im Rahmen dieses Binnenmarktes, in diesem Europa mehr für die Gesundheit am Arbeitsplatz tun, mehr tun für eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung, und wir wollen europäische Betriebsräte einführen, soziale Mindestnormen einführen und dafür sorgen, daß die Arbeitnehmer dieses Binnenmarktes nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden können. Das wichtigste aber, wenn wir den sozialen Fortschritt sichern wollen, wird sein, eine gemeinsame Anstrengung zu unternehmen, daß Arbeit in diesem Europa geschaffen wird. Über 20 Millionen Menschen in Westeuropa sind ohne Arbeit. Na selbstverständlich muß sich die EG auch als Stabilitätsgemeinschaft bestätigen, die Arbeit schafft und sozialen Fortschritt sichert, und natürlich muß es diesbezüglich ein gemeinsames Handeln geben. *(Abg. Voggenhuber: Deshalb haben sie eine doppelte Arbeitslosigkeit!)*

Ich weiß, sie werden dann mit den Arbeitslosenzahlen der einzelnen Länder kommen, so wie Sie zur Außen- und Sicherheitspolitik sagen, daß bezüglich dieser diese Institutionen versagt haben. *(Abg. Wabl: Richtig!)* Auch diesbezüglich ersuche ich Sie kritisch zu sein. *(Abg. Voggenhuber: Bin ich eh!)* Ist das, was wir als ein Versagen der Institutionen darstellen, und zwar auch der europäischen Institutionen, tatsächlich ein Versagen dieser Institutionen, oder ist das nicht ein Versagen der Regierungen *(Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Genau!)*, weil sie ihre eigenen nationalen oder europäischen Interessen haben? *(Abg. Voggenhuber: Einigen wir uns auf beides!)*

Ist das eine europäische Haltung, die da untergeht? Oder ist das nicht eine nationale Haltung, die da untergehen wird? Ich komme gleich zum letzten Punkt, zur Jugoslawienfrage. Schauen wir uns die Haltung der Staaten zu all den Fragen der Sicherheit, der Krisen und so weiter an. Versagen da die Formen der Zusammenarbeit, oder ist das nicht in Wirklichkeit nur eine Variable der Haltung der Regierungen? Ist es da nicht ein Versagen der Großmächte und vieler anderen Staaten in Europa, das wir anprangern müssen, das in Wirklichkeit stattfindet, welches Sie den europäischen Institutionen umhängen.

Sogleich müssen Sie die zweite Frage stellen. Sie sind gegen Maastricht. Ist aber nicht genau Maastricht das Rezept gegen die Krankheit, die Sie diagnostizieren? Löst nicht genau Maastricht diese Probleme, die Sie hier aufzeigen? Ich möchte heute ja keinen umfassenden Vortrag über die EG halten. Meine Damen und Herren! Ich wollte nur die Verhandlungsposition Österreichs darstellen, und diese ergibt sich aus dem Siebenten Integrationsbericht. Die Verhandlungsposition

Österreichs ist klar, sie ist inhaltlich determiniert, so daß alle wesentlichen Bereiche, um die es — Institutionen, Interessenvertretungen — in Österreich geht, auch punktuell enthalten sind, und sie ist transparent, öffentlich diskutierbar und heute auch Gegenstand der Verhandlungen im Parlament, wie man sieht, also nicht bloß eine Sache der Geheimdiplomatie oder der Regierung allein. Wir haben Vorstellungen für Österreich in der EG. Wir bekennen uns zu dieser EG, aber wir sehen sie als veränderbar und veränderungswürdig an. Wir wollen in dieser EG für mehr Demokratie, für mehr Zusammenarbeit, für die Schaffung von Arbeit und für viele andere Bereiche mehr eintreten. Wir wollen sie nicht in der bestehenden Form erhalten, sondern wir wollen sie zum Vorteil der Menschen dieses Kontinentes weiterentwickeln.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, noch zu einer Frage zu sprechen, die vor allem bei der Rede des Kollegen Khol aktualisiert werden wird, zu der ich aber aufgrund der Ereignisse in der letzten halben Stunde oder Stunde noch etwas deutlich sagen muß.

Ich würde vielleicht den Kollegen Steinbauer *(Abg. Steinbauer spricht mit Bundesminister Dr. Mock)* — ich habe sonst nichts dagegen, daß man mit dem Minister spricht — bitten, daß er den Herrn Minister nicht stört, weil ich hier doch in diesem Zusammenhang wirkliche Kritik am Herrn Außenminister äußern muß.

Es geht um die Frage Bosnien-Herzegowina. Vergangene Woche hat Kollege Neisser einen Entschließungsantrag angekündigt, und in einer Aussendung, die die „APA“ verfaßt hat und nicht er, heißt es etwas mißverständlich: „Die ÖVP werde alles tun, damit auch das Parlament die Linie von Außenminister Alois Mock in der Bosnienfrage unterstützt.“

Trotz dieser Formulierung, die einem einen solchen Antrag nicht gerade mundgerecht macht, haben wir uns, weil uns die Sache wichtiger ist als Begleitumstände, natürlich zusammengesetzt und nach vielem Hin und Her eine gemeinsame Haltung in einem Entschließungsantrag gefunden, und dieser Entschließungsantrag wird dann auch vom Kollegen Khol gebracht werden.

Nunmehr gibt es seit 11.27 Uhr eine Aussendung der APA. — Was ich dazu sage, gilt natürlich mit dem Vorbehalt, daß ich nicht weiß, ob es so vom Herrn Minister gesagt wurde, so sein Presereferent hingegeben hat, oder ob es die APA so erfunden hat. Aber es gibt jedenfalls diese Aussendung unwidersprochen: Außenminister Mock fordert Militärinterventionen in Bosnien. Außenminister dringt auf entsprechende Resolution des Nationalrates.

Schieder

Bevor ich mich inhaltlich damit auseinandersetze, gleich etwas zur Form: Außenminister dringt auf entsprechende Resolution des Nationalrates. — Das ist sicherlich ein Untertitel, der von der APA gemacht worden sein wird. Ich lese Ihnen aber nur den letzten Satz vor: Mock wünscht, daß sein Vorschlag für einen Militäreinsatz der UNO auch in einer Resolution des Nationalrates seinen Niederschlag findet. — Ich kann nur wirklich hoffen, daß das entsteht ist! Mock kann sich das wünschen, Mock kann dafür sein, aber Mock wünscht — im Obrigkeitston! —, Minister wünscht vom Parlament, daß es etwas tut.

Ich sage es noch einmal, Herr Minister: Ich bin froh, wenn klargestellt ist, daß das nur von der APA ist, denn das ist erstens nicht der Ton, den wir vom Herrn Minister gewohnt sind, und zweitens ist es nicht der Ton, wie überhaupt ein Regierungsmitglied mit dem Parlament umzugehen hat. Der Minister wünscht, daß das Parlament etwas tut. — Das ist wie in einem Obrigkeitsstaat! (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Wie war denn das mit dem Sonderausschuß?*) Regen Sie sich darüber auf, was Ihnen nicht gefällt, ich rege mich darüber auf, was mir nicht gefällt. Jeder soll sich darüber aufregen, woran er etwas auszusetzen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun zum Inhaltlichen. (*Rufe bei der FPÖ. — Gegenrufe bei der SPÖ.*) — Ich warte gerne, weil es da um eine Militärintervention geht, um eine Frage geht, die Menschenleben betrifft. Ich warte sehr gerne, bis wieder alle konzentrationsfähig sind.

In dieser Aussendung heißt es: Außenminister Alois Mock hat eine Militärintervention in Bosnien-Herzegowina gefordert, sollten die Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien in New York neuerlich ergebnislos verlaufen, und so weiter und so weiter.

Er sprach sich für einen punktuellen Einsatz von militärischen Maßnahmen in Bosnien aus. Zunächst sollten 20 000 Soldaten — es werden also schon detaillierte militärstrategische Ankündigungen gemacht — durch Waffeneinsatz Sarajewo schützen und gegen Angriffe verteidigen. Später sollte der Militäreinsatz auf fünf Sicherheitszonen in Bosnien ausgedehnt werden.

Ich bin sehr froh, daß wir uns auf diesen Entschließungsantrag geeinigt haben, weil hier ganz klar drinnensteht, was die Unterzeichner — das sind Vertreter aller Fraktionen in diesem Haus — zu dieser Frage sagen.

Im Entschließungsantrag heißt es nämlich: Durchsetzung des Waffenembargos gegenüber allen kriegsführenden Parteien in Bosnien-Herzegowina. — Sollte es innerhalb der nächsten Monate nicht zu einem Ende der bewaffneten Aus-

einandersetzungen und zur Einhaltung des Embargos kommen, so wäre die Unterstützung von Anträgen beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Aufhebung des Embargos in bezug auf den völkerrechtlich anerkannten Staat Bosnien-Herzegowina zu prüfen. Das ist die Aussage, was das Embargo betrifft.

Das zweite ist . . .

Präsident: Herr Abgeordneter, wenn der Entschließungsantrag in Verhandlung stehen soll, müßte man ihn eigentlich zur Gänze vorlesen.

Abgeordneter **Schieder** (*fortsetzend*): Gut. Dann werde ich, nachdem ich zugesagt habe, daß Kollege Khol ihn einbringt, ihn eben nicht zur Gänze vorlesen, sondern werde nur folgendes sagen:

Mit dieser Forderung auf einen Militäreinsatz geht meiner Meinung nach der Außenminister über den Inhalt dieses Entschließungsantrages hinaus. Wir gehen davon aus, daß zwar notfalls alle Maßnahmen gesetzt werden, wissen aber nicht, ob es wirklich vernünftig ist, daß Österreich als erstes hier mit dem Säbel rasselt und verlangt, daß diese Maßnahmen gesetzt werden, oder ob es nicht die gescheiterte Option ist, wenn Österreich sich diesbezüglichen Vorstellungen anschließt.

Herr Bundesminister! Ich wäre für eine Klärstellung von Inhalt und Ton dieser Aussendung wirklich dankbar, dies umsomehr, als ich noch einmal unterstreichen möchte, wie froh wir sind, daß in den gesamten EG-, EWR- und Integrationsfragen und in der Behandlung dieser Fragen im Außenpolitischen Ausschuß volle Zufriedenheit herrscht, wie wir inhaltlich eingebunden werden.

Ich glaube, das ist auch wichtig, denn es geht nicht darum, durch unsere Einbindungen unsere Eitelkeit, unseren persönlichen Wissensdurst zu befriedigen, sondern es geht darum, daß durch uns die Öffentlichkeit mitschauen kann, was die Regierung in den Verhandlungen macht. — Herzlichen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*) 13.07

Präsident: Nächster Redner ist Abgeordneter Johannes Voggenhuber. Er hat das Wort.

13.07

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Präsident! Ich bin nicht verkühlt und kann daher nicht versprechen, daß ich so unterkühlt auf die heisere EG-Euphorie des Herrn Schieder reagieren werde. Herr Schieder! Was die Denkmöglichkeiten betrifft, die Sie so zahlreich in Ihrer Rede angesprochen haben, schiebe ich das auch auf Ihre Verkühlung, werde mich aber in meiner Rede bemühen, Ihr Denkvermögen zu erweitern und zu

Voggenhuber

fördern. Vielleicht ist dann manches nicht mehr so denkunmöglich.

Sie haben in den vergangenen Wochen manchmal davon geträumt, die Grünen könnten sich in der EG-Frage spalten. Dieser Traum, meine Damen und Herren, wird nicht in Erfüllung gehen. Die Grünen haben über Jahre eine geschlossene EG-Position vertreten: Nein zur EG!, und sie werden dies auch in Zukunft tun. Daß wir keine Führerpartei sind, dafür bin ich sehr dankbar. Daß es bei uns andere Meinungen gibt, halte ich für sehr positiv. (*Abg. Scheibner: Also doch nicht so geschlossen?!*) Sie sollten sich aber nicht über die Spaltung der Grünen in dieser Frage den Kopf zerbrechen, sondern über eine viel ernsthaftere tatsächliche Bedrohung, nämlich die Spaltung des Landes und die Spaltung der Bevölkerung in der EG; eine Spaltung, die uns droht, weil diese Regierung in der EG-Politik keine wirkliche Klärung, sondern eine Verunsicherung betreibt, von haltlosen Versprechen zu haltlosen Ängsten wechselt, Fehlinformationen en masse betreibt, die EG-Gegner und -Kritiker herabwürdigt, eine Doppelstrategie betreibt, nämlich die eigene Bevölkerung zu beschwichtigen, Verhandlungsversprechungen in Aussicht zu stellen und in Brüssel regelmäßig einen Unterwerfungsakt zu praktizieren.

Meine Damen und Herren! Diese Vorgangsweise wird Österreich in dieser Volksabstimmung, die zum EG-Beitritt notwendig ist, spalten, polarisieren, verunsichern und in vielem die politische Zukunft Österreichs gefährden.

Diese EG-Politik ist kein demokratischer Klärungsprozeß, ich werde darauf im einzelnen gerne zurückkommen. Diese EG-Politik ist eine Wiederauflage der Beitrittsdebatte 1964. Alle dummen und dunklen Phrasen aus dieser Zeit, von den Verhungerungssängsten zur Albanisierung, zur Isolierung, alle diese demagogischen Propagandaallüren werden nun wieder neu aufgefrischt. Das kann dieses Land in eine tatsächlich dramatische Situation bringen.

Die Regierungspropaganda ist ja inzwischen in ein paar Phasen zu teilen, die sichtbar machen, wie man hier von haltlosen Versprechen zu haltloser Angstmache übergeht. War es im Jahr 1989 noch das große Wohlstands- und Wachstumsversprechen der Regierung, das uns in die EG bringen sollte, muß man nun, angesichts des völlig desolaten Cecchini-Reports, der völlig desolaten Wachstumsprognosen der EG, der explodierenden Arbeitslosen- und Inflationszahlen, der Dämpfung des Wachstums in vielen Bereichen, der Auseinanderentwicklung von armen und reichen Regionen in Europa, dieses Versprechen ad acta legen, und das hat man auch getan — man hat dieses Wachstumsversprechen des Jahres 1989 stillschweigend ad acta gelegt.

Die nächste Phase war, die Isolationsängste der Österreicher anzusprechen. Nun hat sich aber gezeigt, daß sich die Bevölkerung von ganz Europa keineswegs nichts sehnlicher wünscht, als in die EG zu gehen, im Gegenteil, die EG hat inzwischen sogar die schweigende Mehrheit ihrer eigenen Bevölkerung verloren, beziehungsweise droht, daß sie diese verliert. Ich weiß nicht, wo man im Augenblick mehr gefährdet ist, isoliert zu sein: als EG-Befürworter oder als EG-Gegner?

Dann mußte man endlich — nach jahrelangem Leugnen — die schwerwiegenden Nachteile der EG wenigstens teilweise, wenigstens andeutungsweise einräumen. Und dann hat man den Slogan von der „Änderung der EG von innen“ propagiert — eine Änderung von innen, von der Sie, meine Damen und Herren, ganz genau wissen, daß sie aussichtslos ist, von der wir inzwischen wissen, daß nicht wir die EG von innen ändern werden, sondern daß die EG seit Jahren uns ändert. Wer die Sozialpolitik, die Landwirtschaftspolitik, die Verkehrspolitik, die Neutralitätspolitik und die Demokratiep Politik der letzten Jahre in Österreich anschaut, wird unschwer das Diktat der EG darin erkennen. Und wer die EG von innen ändern will, von dem könnte man eigentlich erwarten, daß er einen Glaubwürdigkeitstest im eigenen Land ablegt.

Doch wo sind die Reformen im eigenen Land? Wo ist die Demokratisierung Österreichs, die Europa signalisiert: Wir kommen als Demokraten und als Reformer!? Wo ist die Landwirtschaftsreform, die signalisiert: EG — wir wollen eine Änderung!? Wo ist die Verkehrspolitik, die Umweltpolitik, die der EG-Bevölkerung signalisiert: In uns habt ihr einen Alliierten für die Reform der EG!? (*Abg. Mag. Schweitzer: Wo sind die Hausaufgaben?, heißt das!*) Wo ist der Glaubwürdigkeitstest der Regierung im eigenen Land?

Und dann könnte man ja annehmen, daß der Regierung trotz ihrer seichten Euphorie doch auch auffällt, daß in der EG — wenn sie je veränderbar war, dann sicherlich jetzt, nach den Referenden in Frankreich, Dänemark und der Schweiz, nach dem Stimmungsumschwung in England, in Deutschland, in den letzten Tagen hat er sich ja auch ganz massiv in Spanien gezeigt — nun eine Position entstanden ist, in der sie tatsächlich veränderbar wäre.

Leider wird es nicht möglich sein, Herrn Schieder seine Denkmöglichkeit aufzuheben, da er den Saal verlassen hat, denn sonst hätte ich ihn gerne darauf hingewiesen, welche fatale Funktion Österreich in der gesamten europäischen Entwicklung im Augenblick einnimmt.

Millionen von Menschen haben dieser EG das Vertrauen entzogen. Millionen von Menschen, bis über die Mehrheit der Bevölkerung in Dänemark,

Voggenhuber

haben die EG unter Reformzwang gesetzt — so massiv wie noch nie in der Geschichte der EG. Und dann hat man Reformen angedeutet, aber nicht durchsetzen können. Man glaubte, das Bollwerk wäre noch stark genug, die Wagenburg würde die eigene Bevölkerung noch abhalten können.

Und dann hat man ganz massiv, ganz offen, ganz unsolidarisch, ganz zur Einschüchterung der eigenen Bevölkerung mit dem Europa der zwei Geschwindigkeiten gedroht, und dann mußte man zur Kenntnis nehmen, daß die Bruchlinien längst durch die Gründungsstaaten gehen, daß da nichts mehr mit zwei Geschwindigkeiten zu machen ist, daß das Zentrum selber in seinen Bevölkerungen verunsichert ist.

Und dann kam man auf eine dritte Offensive — auf die Offensive: Konsolidierung dieser EG durch Erweiterung. — Das ist das Programm.

Und nun kommen wir in die außerordentlich skurrile Situation, daß ausgerechnet jene EFTA-Staaten und ausgerechnet jene EFTA-Regierungen, die ihren Bevölkerungen versprechen, die EG zu verändern, zur Zementierung der EG verwendet werden und die EG vor der Kritik der eigenen Bevölkerung schützen sollen. Wir sollen nun die Flucht der EG aus dem Reformdruck der Referenden sanktionieren.

Und diese österreichische Bundesregierung, die der Bevölkerung verspricht, die EG zu ändern, macht bei diesem Spiel mit! Meine Damen und Herren! Da kann man feststellen, daß nicht nur der Reformtest, der Glaubwürdigkeitstest im eigenen Lande nicht bestanden wurde, sondern daß eine historische Chance versäumt wurde, den Reformdruck auf die EG zu erhöhen, sich mit den fortschrittlichen demokratischen Kräften in Europa und der EG zu solidarisieren und der EG den Fluchtweg aus den Reformen abzuschneiden. Stattdessen macht sich Österreich zum Instrument dieser Flucht! *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber solange diese Dinge für Herrn Schieder und Konsorten denkunmöglich sind, werden sie auch die europäische Herausforderung nicht begreifen, die nämlich darin besteht, daß, wenn die EG beim nächsten oder beim übernächsten Referendum zerbricht — wer sich die englische Diskussion anhört, wird sehen, daß sich die Länder nicht von den Volksabstimmungsrechten und den Rechten des Soverains auf Dauer trennen lassen —, in England und in Deutschland die Forderung nach einem Referendum immer lauter wird. Und dann wird die EG von innen zerbrechen und nicht von außen, dann wird die europäische Integration auf Jahrzehnte diskreditiert sein.

Das ist die europäische Herausforderung: die EG zu ändern, damit Europäische Integration

überhaupt noch möglich bleibt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Von dieser Herausforderung reden Sie mit keinem Wort, denn Sie selber sind ja auf der Flucht vor Reformen im eigenen Land. Sie selber wissen ja, daß Sie die soziale Akzeptanz für autonome Reformen in Österreich längst nicht mehr besitzen und daß Sie die Flucht in supranationale Institutionen antreten müssen, weil Sie in weiten Bereichen die Glaubwürdigkeit vor der Bevölkerung und die Akzeptanz der Bevölkerung verloren haben.

Sie selber sind ja auf der Flucht, und diese Panik verstellt Ihnen den Blick auf die eigentliche europäische Herausforderung. Das ist eine völlige Verkennung der Situation, wenn man annimmt, daß jede Politik in Europa europäische Innenpolitik ist, daß es kein Drinnen und Draußen mehr gibt, sondern daß wir mit jeder dieser Politiken, wo immer wir stehen — in Ostdeutschland, in Mitteleuropa, in den EFTA-Staaten oder in der EG — inzwischen längst europäische Innenpolitik betreiben. Wir sollten mit dieser Angstmache von draußen und drinnen aufhören.

Meine Damen und Herren! Ich habe davon gesprochen, daß eine Spaltung der Bevölkerung droht, die niemand wollen kann, eine Polarisierung, eine Verunsicherung und Resignation, eine Gegnerschaft, eine Lagerbildung, die Sie doch sehen müssen, die Sie doch besorgt machen müßte.

Und dann frage ich Sie: Glauben Sie, daß Sie mit Ihrer Doppelstrategie, mit Ihren Fehlinformationen, mit Ihren Halbwahrheiten die Besorgnisse der Bevölkerung ausräumen können, daß Sie einen Klärungsprozeß einleiten können, der zu einem neuen Selbstverständnis Österreichs führt, der es den Neinsagern erlaubt, mit einer Volksabstimmung zu leben, die ja lautet, die es den Jasagern erlaubt, mit einer Volksabstimmung zu leben, die nein sagt? — Davon ist keine Rede.

Bleiben wir ganz kurz bei den zentralen Problemen. Ich möchte daran kurz aufzeigen, in welchem dramatischem Ausmaß die Regierung es verabsäumt, die Bevölkerung zu informieren und der Bevölkerung die Karten auf den Tisch zu legen, mit der Bevölkerung eine öffentliche Debatte zu beginnen, die wirklich eine Klärung der Fragen ermöglicht.

Zur Neutralität: Meine Damen und Herren! Glauben Sie wirklich, daß Sie mit Ihrer Geschichtslüge, daß uns die Neutralität 1955 aufgezwungen wurde, daß die Neutralität ausschließlich aufgrund des Ost-West-Konflikts entstanden und gefallen ist, das Erinnerungsvermögen der Bevölkerung auslöschen können?

12340

Nationalrat XVIII. GP - 107. Sitzung - 10. März 1993

Voggenhuber

Glauben Sie tatsächlich, daß man nirgendwo in Österreich weiß, daß es einen Vertrag von Saint-Germain gegeben hat, in dem die Bündnisfreiheit Österreichs verankert wurde? Glauben Sie, daß man nicht weiß, daß die Erste Republik eine Neutralitätspolitik vertreten hat? (*Abg. Dr. Jankowitsch: Kollege Voggenhuber! Wo steht, daß die Erste Republik neutral war? Sagen Sie mir das!*)

Herr Jankowitsch! Sie ist ein bißchen schwer zu finden, aber es gibt in diesem Haus eine Bibliothek, in der Sie die Geschichte der Neutralität nachlesen können. (*Abg. Dr. Jankowitsch: Ich warte auf ein Zitat!*) Die Erste Republik - ich werde Ihnen noch Zitate liefern - hat eine klare, offene Neutralitätspolitik vertreten.

1947 hat der erste Bundespräsident Dr. Renner in der Schweiz erklärt, daß Österreich . . . (*Abg. Roppert: Besonders mit Italien!*) Sie bekommen Ihre Zitate (*Abg. Kiss: Wo steht das?*), ich gebe Ihnen gerne alle Unterlagen, aber ich lasse mir von Ihnen nicht meine Redezeit stehlen, Sie können für jedes meiner Zitate die Unterlagen haben. (*Abg. Schieder: Die Ausrede geht nicht mehr! Es ist Blockredezeit!*) - Ich habe noch zehn Kolleginnen und Kollegen.

1947 hat also Dr. Renner in der Schweiz erklärt, Österreich sei ein Kleinstaat. 1952 - nachzulesen in den Protokollen - haben in diesem Hause (*Abg. Dr. Jankowitsch: Das heißt nicht, daß es ist! Das war die Meinung von . . .!*) Bundeskanzler Figl und Außenminister Gruber übereinstimmend erklärt, Österreich stehe auf dem Boden der völkerrechtlichen Neutralität. Das war Jahre vor dem Moskauer Memorandum, meine Damen und Herren, acht Jahre vor dem Moskauer Memorandum, drei Jahre vor dem Moskauer Memorandum. Glauben Sie tatsächlich, daß das alles in der Bevölkerung unbekannt ist und daß Sie Ihre Geschichtsklitterung ohne Schwierigkeiten glaubwürdig machen können? - Das wird nicht passieren. (*Abg. Probst: Ein Jahr später ist die Todesstrafe abgeschafft worden!*)

Ein Zitat, Herr Schieder! Was ist denn mit dem SPÖ-Parteiprogramm von Linz 1991, Herr Schieder? (*Abg. Schieder: Ja!*) Ich meine nicht das ÖBB-Gewerkschaftsmanifest von 1989, sondern das SPÖ Linzer-Programm 1991, das nach dem Umbruch in Osteuropa beschlossen wurde. Was hat denn Ihre Partei in Ihr Parteiprogramm über die Neutralität geschrieben? - Ein klares Bekenntnis zum gesamten völkerrechtlichen Umfang und zur Neutralitätspolitik. (*Abg. Schieder: Ja eh!*)

Meine Damen und Herren! Glauben Sie, Sie könnten der Bevölkerung vergessen machen, daß Sie in den Beitrittsantrag hineingeschrieben haben, daß die Neutralität Österreichs ein spezifi-

scher Beitrag zum Frieden ist? Glauben Sie, Sie können nun die Neutralität als Trittbrettfahrerei abqualifizieren, als Mythos, als irrationale emotionale wolkige Angelegenheit der Bevölkerung? Glauben Sie, Sie können in diesem Land Aufklärungspolitik nach Ihrem Geschmack und Sinn machen, so wie es Ihnen gefällt? Sie achten dabei weder auf Widersprüche noch auf die historische Wahrheit. Glauben Sie, daß Sie damit in der Bevölkerung keine Unsicherheit, keine Abwehr und keine Polarisierung auslösen? Führen Sie eine faire, auch intellektuell redliche Debatte, und dann sollen sich die Österreicherinnen und Österreicher entscheiden, wofür oder wogegen sie sind. Hören Sie auf mit dieser ewigen Nebelwerferei und dieser Propagandalawine.

Sagen Sie den Österreichern, daß Sie die Neutralität natürlich nicht in der Verfassung, aber in der Praxis abschaffen wollen, obwohl bis heute diesem Haus keine Sicherheitsanalyse und kein Sicherheitskonzept vorliegen, die eine Diskussion überhaupt erst ermöglichen würden. Ob wir im Nord-Süd-Konflikt für diese Neutralität eine neue Funktion haben, ob wir in den Nationalitätenkonflikten Europas für diese Neutralität eine neue Funktion haben, ist Ihnen egal. Geben Sie zu, daß Ihre Neutralitätspolitik eine Bauchpolitik ist, ohne jede Grundlage und ohne jede Legitimation durch das Parlament.

Zur Frage der Demokratie: Sie haben inzwischen mit Ächzen und Krächzen eingestanden, daß es doch gewisse Demokratiedefizite in der EG gibt.

Meine Damen und Herren! Zum ersten: Diese Demokratiedefizite übertragen Sie, wie man in den Verfassungsgesetzen der letzten Zeit gesehen hat, voll auf Österreich. Zweitens: Sagen Sie doch der Bevölkerung, was dieses Demokratiedefizit bedeutet, in welcher Dimension dieses Demokratiedefizit vorherrscht. Daß 200 Jahre nach der Französischen Revolution noch immer über Menschen Gesetze verhängt werden ohne gewählte gesetzgebende Versammlung, kommt meiner Meinung nach der Abschaffung von Demokratie gleich und ist kein Demokratiedefizit.

Meine Damen und Herren! Sie zerbrechen da einen Konsens offenbar in der Annahme, im Wohlstand interessiert die Demokratie doch „eh“ niemanden. Oder: Herr Jankowitsch hat gemeint: Wenn es für uns gut ist, was sollen wir dann gegen das Demokratiedefizit tun.

Meine Damen und Herren! Sie zerbrechen meiner Überzeugung nach den einzigen . . . (*Abg. Dr. Jankowitsch: Ich werde Ihnen antworten! Das ist eine böartige Verdrehung!*) - Ich hoffe sehr, daß Sie diese Ihre skurrile Äußerung dem Hohen Haus erklären. (*Abg. Dr. Jankowitsch: Ich werde eine offene Sprache führen!*)

Voggenhuber

Sie werden sich wundern!) Ich bin sehr gespannt auf Ihre Erklärung. Ich hoffe, daß sie ein bißchen konsistenter wird als das, was Sie bisher zur EG-Frage geliefert haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Sie sich irren. Sie haben es nicht mit einer harmlosen Frage zu tun, sondern Sie zerstören wahrscheinlich den einzigen kulturellen, politischen und weltanschaulichen Konsens, der in diesem Europa, das Sie einigen wollen, überhaupt noch existiert, nämlich die parlamentarische Demokratie und die Menschenrechte.

Sie werden den Europäern nicht einreden können, daß es legitim und mit ihrer Kultur und Geschichte vereinbar ist, daß Gesetze ohne eine gewählte gesetzgebende Versammlung beschlossen werden. Das werden Sie niemandem auf diesem Kontinent klarmachen können.

Sie können das noch ein paar Monate, ein paar Jahre mit Wohlstandsversprechen, mit Angstmache, mit Panikmache und mit Fehlinformation übertünchen, aber die Demokratiefrage werden Sie beantworten müssen, und zwar nicht die Frage über irgendwelche Demokratiedefiziten, sondern ob Sie es zulassen wollen, daß für Österreicherinnen und Österreicher Gesetze Kraft und Wirksamkeit haben werden, die nicht von einer gesetzgebenden Versammlung beschlossen wurden. *(Beifall bei den Grünen.)* Das werden Sie vor der Geschichte Ihrer Parteien, vor der Geschichte Ihrer Parteiprogramme und vor dieser Bevölkerung vertreten müssen. *(Abg. Kiss: Das werden wir vertreten können!)*

Sie werden vertreten können, daß Gesetze ohne gesetzgebende Versammlung beschlossen werden? *(Abg. Dr. Jan k o w i t s c h: Das ist nicht wahr, Kollege Voggenhuber! Das ist alles nicht wahr! Das stimmt nicht!)* Das ist die Bewegung, die Bewegung gehört in das Protokoll, Herr Abgeordneter Kiss! Das ist Ihre Haltung zur Demokratiefrage. Aber für die Bevölkerung wird das eine andere Dimension annehmen.

Sie können einmal nur mit Interesse zuhören, was eventuell auf Sie zukommen könnte, wenn ich recht habe. Vielleicht würde Ihnen das schon zu denken geben. Sie müssen mir ja nicht recht geben, aber Sie könnten einmal den Versuch machen, zu verstehen, was EG-Kritiker an dieser Sache so fragwürdig finden.

Meine Damen und Herren! Kein Wort von dem völligen Fehlen direkt demokratischer Instrumente in der EG. Und das müssen Sie aber einer Bevölkerung erklären, die in den letzten 15 bis 20 Jahren mühsam, mit einem ungeheuerlichen Einsatz auf allen Ebenen der Gesellschaft direkte demokratische Instrumente entwickelt hat. Tausende Bürgerinitiativen, soziale Projekte, ökologi-

sche Projekte, Friedensprojekte und Frauenprojekte haben in Ansätzen ein Instrumentarium und eine Kultur direkter Demokratie in Österreich entwickelt. Nun müssen Sie denen erklären, daß es auf diesem Gebiet ein Demokratiedefizit geben wird. Sagen Sie ihnen, daß sie in Zukunft zu den Entscheidungsträgern der Gesetze nicht mehr einen auch nur vergleichbaren Zugang haben werden.

Die Subsidiarität – ungeklärt. Jede Forderung nach Föderalismus – ungeklärt. Sie wissen, daß der Regionalrat eine einzige Kompetenz hat, nämlich sich einen Vorsitzenden zu wählen, und ansonsten gar nichts.

Meine Damen und Herren! Daß es in diesem Europa, das laut Geschichte die Verfassungsdebatte erfunden hat, keine Verfassungsdebatte über die Integration gibt, erklären Sie doch bitte dieser Bevölkerung! Da haben Sie noch viel zu arbeiten! Wenig Propaganda, aber viel Informationsarbeit liegt noch vor Ihnen. *(Präsident Dr. L i c h a l übernimmt den Vorsitz.)*

Dann kommen wir zum dritten zentralen Thema, zur Umwelt. Da haben Sie inzwischen eine Art Verwirrspiel aufgebaut, eine Registrierkasse in Ihren Veranstaltungen, in die Sie immer eintippen, worin sich denn die Verordnungen XY in der EG und unsere Verordnungen unterscheiden, welche Vor- und Nachteile es in den Papieren gibt.

Worauf Sie überhaupt nicht eingegangen sind, meine Damen und Herren, ist die Entwicklung, die Dynamik der Umwelt in Europa. Sie sind überhaupt nicht darauf eingegangen, Herr Schieder, daß Sie in Ihrem letzten Parteiprogramm die Kreislaufwirtschaft fördern, und Sie, Herr Khol, nicht darauf, daß Sie in Ihrem Programm die ökosoziale Marktwirtschaft fordern. *(Abg. Dr. K h o l: Großartige Sache!)* Großartige Sache! Wenn Sie dazu nur stehen würden, Herr Khol! *(Abg. Kiss: Steht er ja! Auf dem Boden der ökosozialen Marktwirtschaft!)*

Nur erklären Sie das der Bevölkerung! *(Abg. Dr. K h o l: Helfen Sie uns!)* Ja, ich helfe Ihnen fast täglich! Wir treffen uns quer durchs Land in den Veranstaltungen, bei denen ich Ihnen helfe *(Abg. Dr. K h o l: Von Marktwirtschaft verstehen Sie nichts!)*, den Leuten klarzumachen, warum die Menschen, die sie gewählt haben, damit sie ökosoziale Marktwirtschaft umsetzen, damit sie Kreislaufwirtschaft umsetzen, nun in eine EG gehen sollen, die weder etwas von Kreislaufwirtschaft noch von ökosozialer Marktwirtschaft wissen will. *(Abg. Dr. K h o l: Was haben sie vom MacSharry-Plan gehört?)*

Das erklären Sie den Menschen. Wenn Sie es nicht erklären, Herr Khol, dann wundern Sie sich

Voggenhuber

nicht . . . (Abg. Dr. Khol: MacSharry! — Heiterkeit des Redners.) Das ist nicht die gute Marmelade. (Abg. Dr. Khol: Nein! Der irische Agrarkommissar!) Sie müssen hereinschauen, Herr Khol. Sie müssen mehr hereinschauen. Wir kommen noch darauf. (Abg. Dr. Khol: Der irische Agrarkommissar!) Ich habe geglaubt, Sie halten es für eine Marmelade, aber Sie haben Fortschritte gemacht. Sie wissen inzwischen, daß es sich um den Landwirtschaftskommissar handelt. (Abg. Dr. Khol: Er geht immer zu Diskussionen und weiß immer noch nichts!)

Meine Damen und Herren! Sagen Sie den Leuten, denen Sie jetzt über Jahre hinweg gesagt haben, daß Sie dem quantitativen Wachstum abschwören, daß Sie ein qualitatives Wachstum anstreben, ein ökologisch vertretbares Wachstum, erklären Sie ihnen, warum Sie in eine EG gehen wollen, die in ihrem letzten eigenen Umweltreport vom schmutzigen Wachstum der EG spricht. Erklären Sie den Menschen, warum Sie in ein Projekt eintreten wollen, von dem Kommissar Naries behauptet — mit Recht —, es sei das größte Wachstums- und Deregulierungsprojekt der europäischen Geschichte. Erklären Sie das doch Ihren Wählern, die Sie für Ihr Programm und Ihre Wahlversprechen gewählt haben. Erklären Sie den Menschen, was Sie erwarten, wie eine Umweltpolitik in einer EG funktionieren soll, die internationale Arbeitsteilung, Verschärfung der Wettbewerbe, neue Technologien, wie Gentechnik, Rationalisierung und Konzentration zu ihren zentralen Integrationszielen erklärt hat.

Dieses Bündel, diese Methode des Wachstums kennen wir. Diese Methoden haben zur ökologischen und sozialen Krise in der Welt geführt. Erklären Sie den Menschen, warum Sie das quantitative Wachstumsdenken der sechziger Jahre wieder aufgreifen, warum Sie es zu einer historisch beispiellosen Offensive machen und dann von den Menschen erwarten, daß sie Ihnen glauben, daß die Umweltpolitik in Europa mit Ihrer Hilfe große Fortschritte feiern wird!

Sie sind den Österreicherinnen und Österreichern bis heute die Erklärung schuldig geblieben, warum das Prinzip der Freizügigkeit und der gegenseitigen Anerkennung die Umweltstandards dramatisch nach unten nivellieren wird. Auf der anderen Seite behaupten Sie, die EG sei eine Umweltspirale nach oben. Da kommt immer Ihr Einwand, daß laut EG-Verträgen bei Gesundheitsgefährdung nationale Regelungen möglich seien.

Worum es uns in der Umweltpolitik geht — ich habe gehofft, daß das inzwischen bis zu Ihren Kreisen vorgedrungen ist —, ist, nicht erst bei der akuten Gesundheitsgefährdung Umweltpolitik zu machen, sondern das Umweltverträgliche zu tun. Und das ist in diesem Markt unter dem Prinzip der Freizügigkeit nicht mehr möglich. Es ist auch

in vielen Bereichen nicht möglich, das Gesundheitsgefährdende abzustellen, weil es einer Interessenabwägung mit seiner Funktion als Handelshemmnis und der Überprüfung durch die EG-Kommission und durch den Europäischen Gerichtshof unterliegt.

Wir sind also nicht soweit national eigenständig, um größere, schärfere, bessere Umweltnormen beschließen zu können. Das wissen Sie. Warum täuschen Sie die Bevölkerung über diesen tatsächlichen Sachverhalt hinweg?

Zur Landwirtschaft. Das ist der Bereich, bei dem Ihre Propaganda vom Zynismus gegenüber den betroffenen Zehntausenden Menschen gekennzeichnet ist. Erklären Sie nun, sie sollen zum Feinkosthändler . . . (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Sie brauchen uns nichts von Zynismus zu erzählen, Herr Voggenhuber! Da sind Sie unüberbietbar!) Ich erzähle Ihnen gern etwas.

Wissen Sie, Herr Riegler (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ich weiß schon was!), ich begegne durch diese Aberdutzenden Versammlungen und Vorträge über die EG nicht nur solchen Vertretern der Bauern, wie Sie einer sind beziehungsweise wie Sie sich in diesem Hause ausgeben, sondern Bauern, die noch davon betroffen sind, was Sie da veranstalten. Wissen Sie, da vergeht Ihnen das Lachen. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: . . . jeden Tag!) Aber ich lade Sie gerne ein, einmal bei kontroversiellen Diskussionen dabeizusein. Ich sehe Sie auf den vielen Podiumsdiskussionen — zum Unterschied von anderen Kollegen — niemals.

Sie waren es ja, Herr Abgeordneter Riegler, der als Landwirtschaftsminister noch den Mumm hatte zu sagen, daß er als Landwirtschaftsminister einen Gang in die EG nicht befürworten könne. Aber dann war er Vizekanzler, und das verändert das Bewußtsein ganz enorm; und auch die soziale Sicherheit. (Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Aber inzwischen hat sich die EG geändert! Das wissen Sie auch!)

Ja. Ich sage Ihnen, was sich inzwischen geändert hat. 1989 wären die jährlichen Einkommensverluste der Landwirtschaft 3 Milliarden Schilling gewesen — 3 Milliarden Schilling 1989! Inzwischen liegen wir laut Auskunft Ihrer eigenen Ministerien zwischen 7 und 11 Milliarden Schilling Einkommensverlust.

Und angesichts dieser Prognosen haben Sie den Mut, zu den Bauern zu gehen und ihnen zu sagen, daß es dann einen riesigen europäischen Markt geben wird, obwohl Sie wissen, daß die Gutachten über die Einkommensverluste bereits die neuen Märkte berücksichtigen. Sie wissen also, daß trotz der neuen Märkte, trotz der Möglichkeiten der Bauern in der EG der Einkommensverlust 8 bis 11 Milliarden Schilling pro Jahr ausmachen wird.

Voggenhuber

Und Sie wissen, daß trotz Ihrer Argumente 50 000 Bauern innerhalb kürzester Zeit zum Aufgeben gezwungen sind.

Sie wissen, daß weder der MacSharry-Plan noch die neuen Landwirtschaftsverordnungen irgend etwas daran ändern, daß sich die EG zwischen zwei möglichen Wegen, der Überschußproduktion in Europa entgegenzutreten, entschieden hat — nicht für die Ökologisierung der Landwirtschaft, sondern für die Industrialisierung! Daran ändert auch nichts die Bereitschaft der EG, die Einkommensdifferenzen mit Direktzahlungen auszugleichen, teilweise — so muß man sagen — auszugleichen.

Sie wissen — das wird Ihnen jeder in Brüssel offen ins Gesicht sagen —, daß diese Direktzahlungen keine andere Funktion haben als ein Sozialplan für die im Durchschnitt über 55 Jahre alten Bauern der EG, um sie in einem halbwegs sozialen Frieden in die Pension und ins „Out“ hinüberzuretten. Sie wissen, daß die EG keinen Plan verfolgt, die flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft in Europa mit ihren kulturellen und ökologischen Funktionen zu bewahren oder gar zu entwickeln.

Das weiß auch langsam die Bevölkerung, und das wissen auch langsam die Bauern. Fragen Sie nicht, warum die Volksabstimmung negativ ausgehen wird, und fragen Sie nicht nach dem Ausmaß der Verunsicherung und der Ängste, die genau darin ihre Wurzel haben, daß Sie zu den Menschen nicht ehrlich sind, daß Sie versuchen, Dinge zu verbergen, zu vertuschen und zu beschönigen. Dafür werden Sie Ihre Quittung bekommen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein weiteres Thema: Verkehr und Transit. Meine Damen und Herren! Ich zweifle gar nicht daran, daß die EG den Transitvertrag akzeptieren wird, der in der Praxis ausgehöhlt ist, längst unterlaufen und nicht mehr überprüft wird.

Meine Damen und Herren! Also da kann ich die Skeptiker beruhigen, dieses nutzlose Vertragswerk, schlecht von Anfang an, und jetzt auch noch hundertfach unkontrolliert und unterlaufen, wird der EG keine großen Sorgen machen.

Aber eine andere Frage müssen Sie klären, wenn dieser Transitvertrag ausläuft: Welche Vorsorge haben Sie getroffen, einen Folgevertrag mit einer weiteren drastischen Reduzierung des Transits abzuschließen? Welche Vorsorge haben Sie getroffen, um die Prognosen der EG über ein 50prozentiges Ansteigen des Transits zu verhindern, dem entgegenzutreten, Herr Jankowitsch? Wo sind die Vereinbarungen mit der EG, diesen Transitvertrag durch einen Folgevertrag abzulösen? *(Abg. Dr. Jankowitsch: Sie haben den*

Vertrag gerade in Grund und Boden . . .! Jetzt wollen Sie ihn verlängern?)

Sehr geehrter Herr Jankowitsch! Das Denkmvermögen scheint sich in der SPÖ-Fraktion lawinenartig auszubreiten. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Bisslerl Zurückhaltung! Der einzige Gescheite in diesem Haus ist anscheinend der Voggenhuber!)* Gegenüber dem ökologischen . . . *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ich bin so froh, daß wir einen Weisen haben!)* Ich gebe Ihnen eine Antwort auf Ihren Zwischenruf! Ach, Sie wollen keine Antwort, warum stellen Sie dann eine Frage? Das ist ja überhaupt ein Problem Ihrer Politik. Ich werde sie Ihnen trotzdem beantworten, Herr Jankowitsch!

Gegenüber den ökologischen Erfordernissen ist dieser Vertrag schlecht. Gegenüber dem, was uns in der EG erwartet, ist dieser Vertrag ein minimaler Damm. *(Abg. Dr. Nowotny: Er ist aber offensichtlich nicht ganz schlecht!)* Nein, er ist nicht ganz schlecht. Ich habe genau erläutert, worin er schlecht und worin er gut ist.

Was mich nun interessiert, ist, ob, wenn dieser Vertrag ausläuft, gesichert ist, daß ein Folgevertrag gemacht werden kann, der auch ökologisch gut gemacht werden kann. Darauf haben die Menschen nämlich einen Anspruch. Sie wissen, was im Avis diesbezüglich steht, und Sie wissen, was in den Verhandlungen dazu gesagt wurde: Es gibt keine Aussicht auf eine Reduzierung des Transitverkehrs, es gibt nicht einmal eine Aussicht, diesen Vertrag halbwegs zu kontrollieren. Wir können ihn also, selbst wenn die EG ihn akzeptiert, in der Praxis vergessen.

Erklären Sie den Menschen noch etwas anderes, meine Damen und Herren! Sie treten dem EURATOM-Vertrag bei. Nun, alle, die mit mir auf Podien sitzen, beteuern natürlich, geschult bis in die Knochen, daß das am Atomsperrgesetz nichts ändern werde. Nun frage ich Sie wieder über die politische Dynamik in Europa, und ich frage Sie wieder nach den Folgen Ihres Handelns, wenn Sie einen EURATOM-Vertrag unterschreiben, der Sie zwingt, meine Damen und Herren — ich möchte es gerne wörtlich zitieren: Artikel 1 des Beitrittsvertrages zur EURATOM verpflichtet unser Land —, zur „Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen.“

Meine Damen und Herren! Diese internationale Verpflichtung unterschreiben Sie. Sie treten einer Gemeinschaft bei, deren kardinales Ziel und Verpflichtung aller Mitglieder die Schaffung der Voraussetzungen für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien ist. Und dann sagen Sie der Bevölkerung, das sei kein Widerspruch? Wir würden von der EG nicht in 10 oder 15 Jahren gefragt: Bitte schön, was soll das, ihr

Voggenhuber

habt euch verpflichtet, alle Voraussetzungen zu schaffen für die schnelle Entwicklung der Kernindustrie, und ihr wollt mit eurem blöden Atomsperrgesetz kommen! — Und Sie wollen der Bevölkerung gegenüber nicht eingestehen, daß das ein haarsträubender Widerspruch ist?

Meine Damen und Herren! Wie machen Sie der Bevölkerung eigentlich klar, daß Sie gemäß diesem EURATOM-Vertrag dann mit österreichischen Budgetmitteln Forschungsprojekte unterstützen, daß die Finanzierung von Kernkraftwerken in Osteuropa mit österreichischen Budgetmitteln im Rahmen der EG erfolgt? Wie erklären Sie eigentlich den Österreicherinnen und Österreichern, daß Sie sich ihrem Willen, dem Willen der Bevölkerung, gebeugt und ein Atomsperrgesetz verabschiedet haben und gleichzeitig einen internationalen Vertrag verabschieden, in dem Sie sich zum Ausbau einer machtvollen Kernindustrie völkerrechtlich verpflichten? Dazu wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Dann frage ich Sie: Wundern Sie sich tatsächlich über das Ausmaß Ihrer Unglaubwürdigkeit in der Bevölkerung, über das Ausmaß der Verunsicherung und der Ängste, über das Ausmaß der Desinformation? (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Die sie schüren, wohl wissend, daß es so nicht stimmt!*) Mein Gott, Frau Kollegin, wenn ich Sie schon einmal als EG-Expertin in diesem Haus erlebt hätte, würde ich gerne auf Ihre Zwischenrufe eingehen. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wenn Sie gesprochen haben, gehen Sie immer hinaus, Herr Kollege Voggenhuber! Er macht es sich sehr leicht, er ist nie da!*) Ja, aber heute werde ich mir Ihre vergnügliche Rede gerne vergönnen.

Meine Damen und Herren! Was ich hier aufzeigen wollte, ist die Fülle von offenen Fragen, von Widersprüchen, von Propagandaschablonen, von Angstmache, von Irrationalismus, den Sie in dieser ganzen Kampagne betreiben. Und Sie werden nicht die Gewinner sein, wenn Sie das Modell von Dänemark oder Frankreich oder der Schweiz übernehmen und glauben, die Lösung des Problems läge darin, daß sich die politische Klasse so fest wie möglich zusammenschmiedet, die Gegner unterdrückt, die Gegenargumente vernadert, Kritiker nicht zu Wort kommen läßt. Wenn Sie glauben, Sie könnten mit 100 Millionen Propaganda machen, Sie könnten mit den Medien ein Meinungskartell eingehen, Sie könnten mit Kammern und Verbänden ein Meinungskartell eingehen, wenn Sie glauben, es würde Ihnen gelingen, was nicht in Dänemark, nicht in Frankreich und nicht in der Schweiz gelungen ist, nämlich die Bevölkerung zu manipulieren, dann meine ich, werden Sie erst bei der Volksabstimmung aufwachen.

Nun, Ihnen wäre das zu wünschen. Ihnen ist das zu wünschen, daß Sie aus Ihrem Phantasie-

reich und der Arroganz der Macht aufwachen und den Willen der Bevölkerung zur Kenntnis nehmen müssen. Nur fürchte ich — und das ist die Warnung, die ich in dieser Rede an Sie richten möchte —, daß diese Ihre Methode eine tiefe Polarisierung des Landes, eine tiefe politische Lähmung des Landes, eine Lagerbildung in diesem Land, Verunsicherung und Zukunftsangst auslösen wird. Deshalb fordere ich Sie auf, endlich zu einem nationalen Dialog zu kommen, endlich den Reformdruck auf die EG durch Verhandlungsalianzen mit der EFTA zu erhöhen und endlich die wirkliche europäische Herausforderung anzunehmen, nämlich mit den wachsenden Millionen von Menschen in Europa nach einer demokratischen, ökologischen und sozialen Integration zu streben, und nicht darauf zu warten, daß das reaktionäre Projekt der EG an der mangelnden Akzeptanz in den eigenen Bevölkerungen zerbricht und damit auch jede Chance einer Europäischen Integration. (*Beifall bei den Grünen.*) 13.49

Präsident Dr. Lichal: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Abgeordneter Dr. Khol. Bitte, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

13.49

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundesminister! Karl Kraus hat einmal gesagt, Herr Kollege Voggenhuber: Psychoanalyse ist die Krankheit, für deren Therapie sie sich hält.

Das fiel mir ein, als ich Ihre Rede hörte. Sie haben von Zynismus gesprochen, Sie haben von einem Phantasie reich gesprochen, Sie haben vom Aufzeigen der Irrationalität gesprochen, Sie haben von der Angstmache gesprochen, Sie haben von der Propaganda gesprochen. Sie haben sich selber gemeint, Herr Kollege Voggenhuber! (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*) Es gibt nämlich niemanden, der zynischer ist, es gibt niemanden, der einen größeren Realitätsverlust hat, und es gibt niemanden, der mehr Angst macht, der wirklich wie ein Kannibale über die EG herfällt, als Sie.

Ich bin bedrückt, ich bin wirklich bedrückt. Wir treten nämlich in vielen Diskussionen gemeinsam auf: entweder bin ich völlig unfähig, etwas zu erklären, oder ich rede mit jemandem, der nicht zuhört. Oder diskutiere ich mit jemandem, der seine vorgefaßte Meinung an der Realität überhaupt nicht messen will, der in einer Phantasiewelt ist, wenn er gutgläubig ist, oder der zynisch ist, was ich Ihnen nicht in diesem Ausmaß unterstellen will, und daher Dinge, die er hört, sieht und fassen kann, nicht zur Kenntnis nimmt? (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Herr Kollege Voggenhuber! Unter uns sitzt und wird Ihnen antworten jener österreichische

Dr. Khol

Politiker, der die ökosoziale Landwirtschaft und dann die ökosoziale Marktwirtschaft in die politische Diskussion eingebracht hat, nämlich Vizekanzler außer Dienst Josef Riegler, der sich auf dem Gebiet der flächendeckenden, bäuerlich strukturierten alpinen Landwirtschaft unendliche Verdienste erworben hat. Er wird Ihnen antworten. Ich gehe auf Ihre Phantasiewelt zu Lasten der Bauern nicht ein.

Was Sie zur Neutralität gesagt haben, dazu möchte ich Altmeister Bruno Kreisky zitieren, der einmal gesagt hat: Lernen Sie Geschichte, Herr Redakteur! — Lernen Sie Geschichte, Herr Voggenhuber! Denn das, was Sie hier Seipel unterstellt haben, was Sie aus der Kiste der Neutralitätsmythologie herausgekratzt haben, das ist die Einzelmeinung eines Wissenschaftlers; getreu einer österreichischen Tradition etwas, was man ist, so zu erklären, daß man annehmen könnte, daß es schon 500 Jahre bestanden hat. Roda-Roda hat das einmal großartig beschrieben, er hat gesagt: Wenn die erste österreichische Kadettenschwimmmanstalt ein Jahr alt ist, dann feiert sie ihr 100jähriges Jubiläum. Genauso die Neutralitätsmythologen und genauso Sie, Herr Voggenhuber, als Trockenschwimmer der Neutralitätsmythologie. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Und jetzt sage ich zu Ihnen noch jenen einzigen Satz, den ich Ihnen eigentlich nur widmen wollte, aber Sie haben mich provoziert, mich doch mehr mit Ihnen abzugeben! Der Satz hätte gelautet: Ich bedauere sehr, daß Ihre Kollegin Monika Langthaler nicht gesprochen hat. Wo ist sie? Darf sie nicht? (*Zwischenrufe bei den Grünen.*) Es würde mich freuen, wenn sie heute noch das Wort ergreifen würde. Ein Dialog Langthaler — Riegler würde mich interessieren. Der Dialog mit Ihnen, Herr Voggenhuber, ist immer unergiebig. Das ist ein bißchen wie das Mückenmelken. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Kollege Gugerbauer ist im Augenblick nicht hier. Mit ihm möchte ich mich auch liebevoll und freundschaftlich auseinandersetzen, vielleicht hört er mich über die Hauskommunikationsanlage. Er war auch ein bißchen scheinheilig, das muß man schon sagen, denn die Argumentation der Freiheitlichen bis jetzt war ja immer, der EWR ... (*Zwischenruf des Abg. Scheibner.*) Nein, ich rede nicht von Ihrem Abgott Haider, Herr Kollege, ich rede einmal vom Juniorgott, das ist wohl Dr. Gugerbauer. Können Sie das erdulden? Bitte. Also ich rede über Gugerbauer.

Bis jetzt war die Linie der Freiheitlichen ja eigentlich immer, der EWR sei eine Verschwendung, sei überhaupt nichts wert, sei ein Umweg zu Verhandlungen mit der EG. Und jetzt kommt er heraus und weint wortreiche Krokodilstränen, spricht von einem Debakel der Regierung, da die-

ser von ihm immer als unnötig bezeichneter EWR nicht schon in Kraft ist. Ich muß eines sagen: Ich hoffe, daß der EWR aufgrund des Verhandlungsgeschicks unserer Mitglie der Bundesregierung — ich möchte einmal Wolfgang Schüssel als einen der großartigen Verhandler ansprechen und ihm für alles, was er tut, danken (*Beifall bei der ÖVP*) — demnächst in Kraft treten wird.

Dem Kollegen Gugerbauer möchte ich folgendes sagen: Herr Kollege Bauer, Sie sind ein großartiger Zahlenspezialist, vielleicht können Sie mitschreiben, damit sie ihm das wörtlich sagen können. Herr Kollege Bauer! Was kostet uns es mehr, hat er gefragt, daß wir jetzt die Lasten der Schweiz übernehmen müssen. — Sie werden es nicht glauben, wir ersparen uns relativ viel Geld. Schreiben Sie mit! Der EWR kostet uns 340 Millionen Schilling im Jahr. Dadurch, daß er sechs Monate später in Kraft tritt, ersparen wir uns im Jahr 1993 170 Millionen Schilling. Wir müssen den Schweizer Anteil übernehmen (*Zwischenruf des Abg. Wabl*) — Herr Kollege Wabl, Geduld, zuhören muß man auch können —, der Schweizer Anteil ist 45 Millionen, sodaß wir uns im Jahr 1993 netto 125 Millionen Schilling ersparen. 1994 werden wir voll 340 Millionen Schilling zahlen müssen, werden 90 Millionen von der Schweiz übernehmen, bleibt immer noch eine Ersparnis von 35 Millionen Schilling. Und da wir 1 Prozent weniger an Zinsstützung zu zahlen haben, ist die Ersparnis durch das verspätete EWR-Inkrafttreten trotz Übernahme der Lasten der Schweiz genau 65 Millionen Schilling. Es ist für mich allerdings, wenn ich diese ... (*Abg. Scheibner: Was würden wir uns ersparen, wenn wir gar nicht beitreten? — Abg. Dkfm. Holger Bauer: Das heißt, wir müssen darauf schauen, daß er gar nicht in Kraft tritt! Dann ersparen wir uns noch mehr!*) Herr Bauer! Ich habe Sie schon als Zahlenspezialisten angesprochen. Ich erinnere mich an viele Ihrer wertvollen Beiträge. Ich freue mich, wenn Sie heute Worte an uns richten und mir dartun werden, daß die Ersparnis von 65 Millionen Schilling eigentlich keine ist. Aber es ist jedenfalls budgetmäßig gerechnet eine Ersparnis.

So. Genug der Lustbarkeiten. Ich möchte noch ein Wort zu den Ausführungen von Kollegen Schieder sagen, der in einem ernsten Ton und, ich glaube, auch wirklich betroffen, auf ein Mißverständnis eingehen mußte, das mit dem Entwurf einer Entschließung des Nationalrates, eines Selbständigen Antrages, zusammenhängt, eines Selbständigen Antrages aller fünf in diesem Haus vertretenen Fraktionen, der inzwischen als Selbständiger Antrag eingebracht wurde. Ich bin glücklich, daß mit allen fünf Fraktionen in ernsthafter Verhandlung, die wir den ganzen Vormittag geführt haben, ein Konsens in dieser sehr traurigen

Dr. Khol

und erschütternden Frage der Politik zum ehemaligen Jugoslawien erzielt werden konnte.

Ich möchte hier ausdrücklich festhalten, daß es sich um ein Mißverständnis handelt. Herr Kollege Schieder! Herr Bundesminister Dr. Mock wird das sicher noch selber erklären. Er hat keine Parallelaktion gemacht und hat nicht, während wir hier um einen Antrag gerungen haben und einen Konsens erzielen konnten, eine APA-Presseausendung gemacht, sondern er hat bereits am Beginn der Woche einer Zeitung ein Interview gegeben, worin er Länge mal Breite seine Jugoslawien-Politik schilderte. Die APA hat daraus, wie es ihr zusteht, eine Kurzmeldung gemacht, und dadurch kam dieses „wünscht“ hinein. Natürlich kann sich ein Außenminister viel wünschen. Aber wenn ein Außenminister wünscht, ist das etwas ganz anderes. So wie wir alle Herrn Bundesminister Mock kennen, der selber jahrzehntelang Parlamentarier war, weiß er ganz genau, wenn sich ein Außenminister, ein Minister vom Parlament das eine oder andere wünscht, ist es etwas anderes, als wenn er sagt: „ich wünsche“. Und daher glaube ich, daß es ein Mißverständnis ist. Auch ich würde mich, um es auf wienerisch zu sagen, giften, wenn wir hier verhandelten und der Außenminister eine derartige Aussage machte, die er aber sicher nicht gemacht hat. *(Abg. Schieder: Nehme ich gerne zur Kenntnis!)*

Meine Damen und Herren! Ich freue mich, Herr Kollege Schieder, daß Sie als Partner nicht den Apperzeptionsverlust haben, den Kollege Voggenhuber immer wieder zeigt, sondern daß man mit Ihnen wirklich einen Dialog führen kann. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Entschuldige, Kollege Khol, man kann doch den Schieder nicht mit dem Voggenhuber vergleichen!)* Man kann, aber man soll nicht. Das ist richtig. Sehr gut.

So, meine Damen und Herren! Die Frage „Jugoslawien“ erschüttert mich und bewegt auch dieses Haus immer wieder. Es ist das die ernsteste politische Frage, mit der wir in unserer Außenpolitik konfrontiert sind.

Ein sehr kluger Mann hat einmal gesagt: „Ich bedauere es, daß ich immer wieder recht habe.“ Ich muß sagen, daß es Österreich bedauern muß, daß seine Analysen, wie sich Jugoslawien, wie sich der Konflikt am Balkan entwickeln wird, was Österreich und die Außenpolitik der Bundesregierung, die Außenpolitik von Minister Dr. Mock betrifft, immer wieder — leider! — recht gehabt haben und daß man der Staatengemeinschaft sagen muß, was Napoleon — und ich habe das hier in diesem Haus schon einmal zitiert — über die Politik des alten Hauses Habsburg gesagt hat: Immer eine Vision, immer ein Jahr und immer eine Armee zu spät.

Genau das gleiche trifft auf die Politik der Staatengemeinschaft gegenüber Jugoslawien zu. Und ich muß sagen, daß wir oft recht gehabt haben, leider recht gehabt haben. Mir wäre es lieber gewesen, wenn wir in unseren Diskussionen und in unseren Anträgen unrecht gehabt hätten. Dann wütete dort heute wahrscheinlich nicht ein blutiger, grausamer, menschenverachtender, völkerrechtswidriger, grauenhafter Krieg, sondern es wäre vielleicht Frieden.

Der Antrag, den alle fünf Fraktionen dieses Hauses zur Beratung in den Außenpolitischen Ausschuß eingebracht haben, soll erneut eine substantielle Debatte in diesem Haus ermöglichen, einen Dialog mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, wie wir unsere zukünftige Politik im ehemaligen Jugoslawien ausrichten.

Meine Damen und Herren! Wir alle erinnern uns immer wieder an den Protest Mexikos gegen den österreichischen Anschluß. Es war nicht der einzige; wir wissen inzwischen auch, daß die Sowjetunion später gegen diesen Anschluß protestiert hat, aber ich möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, daß unser heutiger Entschließungsentwurf zu Bosnien und Herzegowina und zur Lage im ehemaligen Jugoslawien sozusagen ein Protest gegen den Untergang von Bosnien und Herzegowina ist, so wie der Protest Mexikos ein Protest gegen den Anschluß Österreichs war. Aber ein wenig ist die Situation natürlich schon ähnlich. Was wir verfolgen müssen, ist leider ein absurdes Theater, in dem vorne auf der Bühne für die Weltöffentlichkeit Friedensverhandlungen stattfinden, während sich hinter der Kulisse die Menschen in grauenhaftester Weise umbringen, wo dieselben Leute, die sich vorne auf der Bühne mit Vornamen anreden — gerade, daß sie sich nicht umarmen —, hinter der Kulisse töten lassen, vergewaltigen lassen, massakrieren lassen und Dinge tun, zu denen einfach jedem Menschen die Worte fehlen. Und wenn ich den Zug der Vertriebenen aus den bosnischen Gebieten sehe, dann kommen mir manchmal, das muß ich schon sagen, die Tränen ins Auge. Das ist eine Vertreibung, wie wir sie vom Ende des Zweiten Weltkrieges in den Ostgebieten in Erinnerung haben. Wir haben geglaubt, eine solche Vertreibung kann es gar nicht mehr geben, die Zivilisation ist weitergekommen, so etwas ist in Europa nicht mehr möglich.

Meine Damen und Herren! Ich fürchte, daß es dieses absurde Theater noch lange geben wird, daß uns ein Theater vorgeführt wird, daß aber die Realität weitergeht. Der Vance-Owen-Plan ist der einzige Plan, den es gibt. Es gibt keinen besseren, daher ist er der beste. Nur: Wenn er nicht wesentlich verbessert wird, ist er ein sehr gefährliches Präjudiz für dieses Europa, denn so, wie er heute

Dr. Khol

konstruiert ist, meine Damen und Herren, ist der Vance-Owen-Plan ein Ja zur ethnischen Säuberung, ein Ja zur Vertreibung, ein Ja zu Gebietsveränderungen, zu Eroberungen und zu Gebietsgewinnen mit Gewalt und ein Ja zur Aufteilung eines von der UNO als Mitglied anerkannten, international legitimierten Völkerrechtssubjektes.

Das sind die Basisschwächen, und ich kann nur hoffen, daß die Einschaltung der Vereinigten Staaten in die Verbesserung des Vance-Owen-Planes nicht zur Folge hat, das das absurde Theater um einen weiteren Akt verlängert wird, sondern daß dieser Plan tatsächlich verbessert wird. *(Zwischenruf der Abg. Mag. Marijana Grandits.)* Das bedeutet also, daß die Frage der Zentralverfassung von Bosnien und Herzegowina gestärkt wird, nicht die ethnischen Säuberungen, nicht die Vertreibungen, nicht die Brutalität belohnt, sondern die Kantone, diese administrativen Einheiten, so geteilt und aufgeteilt werden, wie sie vor Beginn des Krieges bestanden haben.

Meine Damen und Herren! Einen Plan, der es erlaubt, daß Bosnien und Herzegowina aufgeteilt werden, lehnen wir ab. *(Beifall bei der ÖVP und der Abg. Mag. Marijana Grandits.)* Und in dieser bestürzenden Lage, die den ohnmächtigen Beobachter in Österreich — und wir sind ohnmächtige Beobachter — mit Trauer und Wut erfüllt, wollen wir diese Entschließung beraten, wollen wir mit dem Außenminister versuchen, doch Dinge zu tun, die das eine oder andere verbessern können.

Unsere Hoffnung sind die Vereinten Nationen. Ich persönlich glaube, daß der Gedanke, den auch meine Kollegin Grandits immer wieder vertritt, einer stärkeren Verantwortung der UNO für Bosnien-Herzegowina, einer Art Schutz der UNO, eine Wunschvorstellung ist. Ob sie in das absurde Theater hineingehört oder ob sie zur Realität wird, ist eine Angelegenheit, die die Geschichte zeigen wird. Was wir tun können, sollten wir auf diesem Gebiet aber tun.

Meine Damen und Herren! Soweit mein Beitrag zu Bosnien und Herzegowina.

Lassen Sie mich nun in aller gebotenen Kürze auch zur EG-Information und zu unseren EG-Berichten Stellung nehmen.

Ich freue mich, daß Frau Staatssekretärin Ederer jetzt anwesend ist, weil ich mich auch mit ihr auseinandersetzen möchte, und zwar in einem partnerschaftlichen Geist und auch im Sinne . . . *(Abg. Wolf: Besser da als in den Medien!)* Besser hier als in den Medien. Wir wollen uns in einem Geist der kritischen Solidarität mit der sehr schwierigen Aufgabe, die sie hat, mit ihr auseinandersetzen. Und wir vom Nationalrat wären sicher sehr gerne bereit, ihr zu helfen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorher kurz sagen, daß wir einen guten Verhandlungsbeginn mit der Europäischen Gemeinschaft gehabt haben. Wir hatten einen guten Start. Kollege Schieder hat bereits darauf hingewiesen, was sich im Nationalrat vor Verhandlungsbeginn abgespielt hat. Das kann man nicht oft genug unterstreichen. Wenn ich mir die Dinge in Schweden und Finnland anschau — ich habe mir die parlamentarischen Materialien besorgt —, so kann ich feststellen: Dieses Parlament ist das am besten unterrichtete. Es wurde frühzeitig unterrichtet und ist das vor Beginn der EG-Verhandlungen am besten eingeschaltete und in die EG-Verhandlungen am besten einbezogene Parlament. Und dafür möchte ich mich namens meiner Fraktion bei den Mitgliedern der Bundesregierung, die dafür verantwortlich sind, Minister Mock, Minister Schüssel, auch Frau Staatssekretärin Ederer, bedanken. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Seitdem wir die Verhandlungen begonnen haben, hat sich die österreichische Situation fundamental verändert. Es ist eingetreten, was Minister Mock immer wieder auch in diesem Haus gesagt hat, nämlich: Wir sind nicht mehr Bittsteller, daß mit uns verhandelt wird, sondern wir sind Verhandlungspartner. Wir stehen unter keinem Zeitdruck. Unsere Aufgabe ist es jetzt, daß wir die Verhandlungsziele, die wir im Bericht an den Nationalrat, der heute zur Debatte steht, im einzelnen auch aufgezählt haben, erreichen, daß wir uns in Brüssel massiv auf die Hinterfüße stellen, daß wir uns dort nicht unter Zwang setzen lassen, die Verhandlungen schnell durchzuziehen. Wir haben Zeit, wir können gelassen in diese Verhandlungen gehen, sie sind ausgezeichnet vorbereitet. Wir haben ein ausgezeichnetes Team, wir haben einen gut informierten Nationalrat, der hier solidarisch mithilft, und ich glaube, wir brauchen uns daher keinen langwierigen Spekulationen hinzugeben, ob die Verhandlungen in diesem Jahr oder erst im nächsten Jahr abgeschlossen sein werden. Ich glaube, hier können wir gelassen sein.

Natürlich müssen wir uns auch mit einem Zeitplan vertraut machen, daß Ziele der Ratspräsidentschaft Dänemark und der Ratspräsidentschaft Belgien erreicht werden. Beide Ratspräsidentschaften, die jetzige und die zukünftige, haben unlängst öffentlich klar gesagt, daß sie die Verhandlungen im heurigen Jahr abschließen wollen. Fein, wenn die EG eine Zeitnot hat und abschließen möchte! Wir haben sie nicht. Wir werden ein Partner sein, wenn unsere Ziele erreicht sind, wenn wir aber unsere Ziele nicht erreichen können, dann werden wir so lange verhandeln, wie es uns notwendig erscheint.

Natürlich bedeutet das aber nicht, daß wir bei den innerösterreichischen Vorbereitungen trö-

Dr. Khol

deln können. Es sind nämlich wichtige inner-österreichische Vorbereitungen notwendig.

Die Kollegen von der Freiheitlichen Partei sprechen immer wieder von „Hausaufgaben“, als ob es sich da um Schularbeiten, Lehrer, Oberlehrer und ähnliches handelte. Aber die FPÖ ist eben eine autoritätsgläubige Partei, bei der es einen Lehrer und Hausaufgaben gibt. Ich spreche eher von Herausforderungen oder von Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, nämlich die österreichischen Ziele maßgebend im Beitragsvertrag zu verankern. (*Zwischenruf des Abg. Mag. Haupt.*) Herr Kollege Haupt! Wir sind da gar nicht weit auseinander: Das, was Sie als „Hausaufgaben“ bezeichnen, bezeichnen wir als „Herausforderungen“, um Österreich richtig und gerüstet in die Europäische Gemeinschaft hineinzubringen. Sie werden uns nicht dabei übertreffen, wenn wir die Lebensgrundlagen für die bäuerlich strukturierte, alpine Landwirtschaft sicherstellen. Da brauchen wir Sie nicht. Ihre Hilfe ist natürlich willkommen. Sie werden uns dabei aber nicht übertreffen.

Und Sie werden uns auch dabei nicht übertreffen, wenn wir durch eine zeitgemäße Steuerreform die Bestandskraft unserer Betriebe stärken. (*Abg. Dolinschek: Die ist überfällig!*) Und Sie werden uns auch nicht übertreffen, wenn wir eine Bundesstaatsreform machen. Und Sie werden uns auch nicht dabei übertreffen, daß wir Österreich als gut vorbereitetes Land in die Europäische Gemeinschaft führen, wenn das Volk es so will.

Herzlichen Dank für Ihre Hilfe. Im übrigen muß ich feststellen, daß das, was Kollege Gugerbauer heute gesagt hat, sich wohltuend von manchen anderen Meinungen abhebt. Ich kann hier nur mit der Mutter von Napoleon sagen, die angesichts der Erfolge ihres Sohnes gesagt hat: „*Pourvu que ça dure.*“ — Vorausgesetzt, daß das andauert. Ich zitiere heute also schon zum zweiten Mal die gleiche Familie. Ich freue mich über die Gugerbauerschen Äußerungen, mit der Reserve: Hoffentlich dauert es an. Wenn es anhält, ist das eine Haltung, von der aus wir sicherlich gemeinsam vorgehen können.

Meine Damen und Herren! Zur Frau Kollegin Ederer möchte ich sagen: Frau Kollegin Ederer! Frau Staatssekretärin! Entschuldigen Sie. Sie waren Kollegin, aber ich hoffe, Sie sind nicht beleidigt, wenn ich Sie immer noch als Kollegin anspreche: Auch die Informationstätigkeit der Bundesregierung sollte jetzt in ein neues Stadium treten. Ich biete Ihnen die Hilfe auch von unserer Fraktion an, diese Informationstätigkeit auf eine breite Basis zu stellen. Ich bin der gleichen Meinung — und auch meine Fraktion — wie Herr Voggenhuber — da bin ich ausnahmsweise einmal seiner Meinung —, der in einem Antrag gefordert hat, daß wir einem Pluralismus in der Information anbieten sollten. Wir sollten das System der

sogenannten „matching grants“ in Österreich einführen: Jede Institution, die EG-Informationsveranstaltungen macht, sollte einen Kostenanteil aus staatlichen Finanzmitteln ersetzt erhalten, sodaß der Pluralismus des Pro und Kontra sichergestellt wird.

Ich glaube, Frau Staatssekretärin Ederer, Sie leisten sehr viel durch die zahlreichen Informationsveranstaltungen, die Sie durchführen. Das ist sehr gut. Ich hoffe, daß Sie das Zitat, das in der „Presse“ stand, den Vergleich der EG mit dem Boot auf dem Neusiedler See, aus dem man, wenn man drinnen sitzt, nicht heraus kann und so weiter — ich weiß nicht, ob Sie das gesehen haben — dementieren werden. Denn das wäre kein günstiger Ausspruch gewesen. Ich kenne Sie aber, wir haben auch viele Diskussionen bereits gemeinsam gestaltet, als jemanden, der voll hinter der Informationsaufgabe steht.

Ich glaube aber, daß jetzt die Zeit gekommen ist, daß man hier wesentlich breiter informiert. Das können Sie alleine nicht. Ich glaube, daß es wirklich das Bedürfnis nach einer kampagnemäßigen organisierten Information gibt. Es sollte Europabeauftragte in den Ländern und in den Bezirken geben, die dem Pluralismus nachhelfen und eine umfassende Informationstätigkeit betreffend das Für und die Herausforderungen entfalten, so daß nicht nur geworben, sondern der Bürger auf die Entscheidungssituation hingewiesen wird. Der Bürger sollte in der Lage sein, sich das Für, die Herausforderungen, die Vorteile vor Augen zu führen, um dann selber zu entscheiden. Es sollte also eine EG-Informationskampagne geben, aus der klar hervorgeht, daß in der EG die gebratenen Tauben nicht herumfliegen, die man sich nur so herunterfangen kann. Ich weiß, das machen Sie nicht. Wir sollten aber den Pluralismus noch viel stärker herauskommen lassen.

Es gibt da einen Antrag der grünen Fraktion zur EG-Information, in dem ich sehr viele interessante Anregungen finde und den wir demnächst auch beraten sollten, weil sich hier Frau Langthaler offensichtlich stark engagiert hat. Das ist ein sehr guter Antrag. (*Zwischenruf der Abg. Monika Langthaler.*) Denn in dem Antrag steht nicht: Die EG ist nichts, so wie Voggenhuber es sagt, sondern in diesem Antrag steht, man sollte darüber objektiv informieren. Ich hoffe, Herr Kollege Voggenhuber, Sie sind der erste, der sich dann objektiv informieren läßt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Voggenhuber: Der Antrag stammt von mir!*)

Meine Damen und Herren! Nur noch einen Satz zur Freiheitlichen Partei: Von den Freiheitlichen, Herr Kollege Haupt, höre ich immer wieder, daß sie sich darüber beklagten, daß sie zuwenig eingeschaltet seien, sie würden zuwenig mitgestalten können und sie würden viel eher eine

Dr. Khol

positive Haltung zur Europäischen Integration entwickeln, wenn sie informiert und integriert wären.

Ich möchte hier schon sehr klar sagen: Wenn die FPÖ wirklich der Meinung ist, daß die derzeitigen Informationsmechanismen nicht ausreichen — also: Integrationsrat, Außenpolitischer Ausschuß, Unterausschuß zur Integration —, so erwarte ich die Vorschläge der Freiheitlichen, was sie sich vorstellen. Denn natürlich ist das Verhandeln von Staatsverträgen eine Aufgabe der Verwaltung, der Regierung, des Außenministers. Aber es geht im Zusammenhang mit der EG um die Vorbereitung eines fundamentalen Gesetzeswerkes, und daher ist eine Partizipation auch des Parlaments gerechtfertigt.

Aber wenn die Freiheitliche Partei nun meint, es sei zuwenig, und wenn sie Vorschläge macht, auch alle anderen im Parlament vertretenen Parteien, welche die EG nicht grundsätzlich ablehnen, stärker in die Verhandlungen einzubeziehen, so glaube ich, daß sie beim Außenminister ein offenes Ohr finden wird. Das Ziel, auch die nicht in der Regierung vertretenen Parteien in diesen sehr wichtigen Akt der Vorbereitung eines Bundesverfassungsgesetzes, das gesamtändernden Charakter hat, einzubeziehen, würde auch ungewöhnliche Lösungen rechtfertigen. Und ich bitte Sie, dies auch Herrn Kollegen Gugerbauer und Herrn Klubobmann Haider auszurichten, von denen wir immer wieder entsprechende Klagen hören. Hier sind wir für Hinweise dankbar.

Frau Kollegin Ederer! Es gibt ein lateinisches Sprichwort, das ich zum Schluß auch noch zitieren möchte: *Si tacuisses, philosophus mansisses.* Wenn Sie geschwiegen hätten, wären Sie ein Philosoph geblieben. (*Ruf bei der SPÖ: Das gilt für andere auch!*) Das gilt auch für andere, das stimmt natürlich.

Frau Kollegin Ederer! Sie haben in einem Interview in der „Presse“ zu Fragen der Neutralität, zu Fragen der kooperativen Sicherheit und der Westeuropäischen Union, zum Schengener Abkommen und zu Maastricht Stellung genommen. Und ich muß wirklich sagen: Das, was Sie dort vertreten haben, entspricht nicht dem Konsens in der Bundesregierung. Das ist ein eingefrorener Posthornton. Sie haben von der Neutralität gesprochen, als gäbe es nicht den vom Nationalrat angenommen Antrag vom 12. November des letzten Jahres, den Antrag Schieder, Khol, in dem der Nationalrat die Bundesregierung auffordert, von Anfang an an der Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsorganisation mitzuwirken. Das ist natürlich in diesem Sinne zu verstehen. Sie sind offensichtlich nicht informiert gewesen, daß es eine Einigung zwischen dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesminister für Inneres gibt, im Laufe des Monats März

mit den Staaten des Schengener Abkommens in Verhandlungen zu treten.

Ich kann Ihre Äußerungen, die Sie zu Maastricht gemacht haben, Frau Kollegin Ederer — ich möchte mich hier sehr zurückhalten in der Wortwahl — einfach nicht teilen, denn wir haben uns in den verschiedenen Aide mémoires der Bundesregierung und auch in diesem Entschließungsantrag immer wieder auf Maastricht bezogen.

Kollege Schieder hat heute, entschuldigen Sie, wenn ich das hier apostrophiere, hier vom Rednerpult aus darauf hingewiesen, daß wir uns zu Maastricht bekennen, und Sie, Frau Staatssekretärin Ederer, haben Maastricht in Frage gestellt. Ich nehme an, daß es der Journalist war, der Sie etwas pointiert dargestellt hat, aber wenn ich der EG-Botschafter in Österreich bin und das lese, was ein Mitglied der Bundesregierung zu Maastricht sagt, dann schneide ich mir das aus und schicke das all jenen, die sagen: Die Österreicher sind Trittbrettfahrer, die Österreicher wollen sich sozusagen unter der Budel hineinschwindeln. Denn das ist etwas, was wirklich nicht stimmt.

Verzeihen Sie, Frau Kollegin! Wir haben sonst eine sehr gute Zusammenarbeit, die ich gerne fortsetzen möchte, aber ich mußte Ihnen das sagen, von diesem Pult aus, nicht über die Medien, sondern direkt von Angesicht zu Angesicht. (*Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer: Über die Medien haben Sie es mir auch gesagt!*) Sie können es dann natürlich replizieren, aber ich glaube, daß das Sprichwort: *Si tacuisses, philosophus mansisses!*, manchmal für viele von uns — ich schließe mich selber nicht aus — gelten würde.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich am Ende dieser etwas länglich geratenen Rede, aber es war auch viel Stoff. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*) 14.21

Präsident Dr. Lichal: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Dkfm. Holger Bauer. Bitte, Herr Abgeordneter.

14.21

Abgeordneter Dkfm. Holger Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Herr Kollege Khol! Ich habe mit Interesse Ihre Rechnung verfolgt, die Sie hier angestellt haben, und bei dieser Gelegenheit haben Sie mir empfohlen, ich möge sie nachvollziehen. Ich habe das getan. Und Sie haben recht. Österreich erspart sich dadurch, daß der EWR um ein halbes Jahr verspätet in Kraft tritt, tatsächlich 65 Millionen Schilling.

Diese Rechnung hat insofern sehr viel für sich — das möchte ich auch dazusagen —, als sie die

Dkfm. Holger Bauer

Haltung der FPÖ in dieser Frage zu 100 Prozent stützt. Man muß nur diesen Gedanken zu Ende denken und die Rechnung zu Ende rechnen. Am meisten würde sich Österreich dann ersparen, wenn der EWR überhaupt nicht in Kraft treten würde! *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Khol: Der Beifall ist aber recht dünn, Herr Bauer, den Sie da kriegen! Es gibt manche Wirtschaftler in Ihrer Fraktion!)*

Mit echtem Interesse habe ich die Ausführungen des Haupt- und Erstredners der sozialdemokratischen Fraktion, des Herrn Abgeordneten Schieder, verfolgt, insbesondere jene Passagen, in denen er eine ganze Reihe von kritischen Anmerkungen in Richtung EG gemacht hat, in denen er eine ganze Reihe von Schwachstellen oder reformbedürftigen Dingen in der EG hier aufgezeigt hat. Er hat — wenn ich es richtig im Kopfe habe — den Zentralismus genannt, er hat den Bürokratismus genannt, er hat ein mangelndes Demokratieverständnis angeführt, er hat mehr Subsidiarität verlangt und ähnliches mehr.

Herr Kollege Schieder! Das sind — wir halten ja hier jetzt keine Wahlreden, aber lassen Sie mich das trotzdem sagen, weil ich glaube, daß es wirklich so ist — genau jene Punkte, die wir Freiheitlichen jetzt ungefähr seit zwei Jahren einmahnen und einfordern — daß wir das tun, ist am Anfang auf großes Unverständnis gestoßen —, die auch da und dort politischen Seegang ausgelöst haben, da und dort auf wütende Ablehnung gestoßen sind, die aber mittlerweile offensichtlich nicht nur bei uns in Österreich und im österreichischen Parlament Allgemeingut und zur allgemeinen Auffassung geworden sind, sondern genau diese Punkte werden mittlerweile auch innerhalb der EG diskutiert, worüber ich mich nur freuen kann.

So falsch können wir also damals nicht gelegen sein! Denken Sie nur daran, welchen Seegang damals dieser EG-Schwenk, wie er genannt worden ist, der FPÖ ausgelöst hat! Und vielleicht ist es bei vielen anderen Dingen in Zukunft ähnlich, daß Sie — spät, aber doch — draufkommen, daß die Freiheitlichen in so manchen Dingen nicht so ganz danebenliegen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich kann nur sagen, Herr Kollege Schieder: Spät kommt ihr, aber ihr kommt — und ich freue mich darüber, daß ihr kommt. *(Abg. Dr. Cap: Genug der Worte, wir wollen eine Rede hören!)* Herr Kollege Cap! Sie werden es sowieso nicht verstehen.

Herr Kollege Schieder und Herr Kollege Khol! Es war, glaube ich, diese Neubeleuchtung, diese Neuinterpretation der Situation innerhalb der EG bei der Europäischen Integration gerade für EG-Befürworter dringend notwendig. Denn das Jahr 1992 war doch, genau betrachtet, für alle

Hurra-EG-Fetischisten ein schlimmes Jahr. Der Lateiner würde, so glaube ich, sagen: Ein annus horribilis ist das Jahr 1992 gewesen. *(Abg. Dr. Neisser: Annus mit Doppel-n!)* Jawohl, ein annus horribilis, mit Doppel-„Nordpol“, sehr richtig!

Hohes Haus! Es war das Jahr des Neins der Dänen zu Maastricht. Es war das Jahr des Neins der Schweizer zum EWR. Es war das Jahr des Neins der Briten zu einem einheitlichen europäischen Währungssystem. Und echte Freude konnte ja wohl auch nicht aufkommen, als im EG-Kernland Frankreich rund 49 Prozent der Bürger gegen eine forcierte Integration á la Maastricht votiert haben.

Hohes Haus! Aber auch bei uns in Österreich ist die EG-Politik der Koalition weiter aus dem Ruder gelaufen. Herr Kollege Khol hat sich mit dem Informationsproblem, das die Bundesregierung in diesem Bereich offensichtlich hat, breit auseinandergesetzt. Ich gebe ihm in der Grundtendenz, wie er es angelegt hat, recht. Ich möchte es nur ein bißchen ergänzen und konkretisieren, was ihm natürlich als Vertreter der Regierungsfractionen in Richtung der Frau Kollegin Ederer nicht so leichtfällt, wie das bei mir der Fall ist.

Hohes Haus! Wir stehen vor der Tatsache, daß die Zustimmung der Österreicher zur EG, zur Europäischen Integration von Umfrage zu Umfrage sinkt. *(Abg. Dr. Khol: Ist nicht wahr! — Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer: Das stimmt überhaupt nicht!)* Ich werde es Ihnen gleich sagen. Ich beziehe mich da übrigens auf eine Umfrage, die von Ihnen, Herr Kollege Khol, nicht von Ihnen persönlich, sondern von Ihrer Partei, in Auftrag gegeben worden ist. Ich habe das so den Medien entnommen, einer Zeitung, das ist mir nicht persönlich unterbreitet worden.

Bei dieser Umfrage kam heraus — laut „Kurier“ —, daß 1989 noch 54 Prozent der Österreicher glaubten, daß mit einem EG-Beitritt die Waren billiger werden. Ende 1992 waren es 11 Prozent! Hohes Haus! 54 Prozent 1989 — drei Jahre später nur mehr 11 Prozent. Das ist ein Detail, das gebe ich schon zu.

Aber ein weiteres Detail ist ebenso interessant: Laut dieser Ihrer Umfrage haben 1989 noch 45 Prozent der Österreicher gemeint, daß mit der EG bessere Berufschancen für sie verbunden sind — Ende 1992 waren es 29 Prozent. Mehr Wohlstand von der EG haben sich 1989 noch 30 Prozent erhofft — Ende 1992 waren es 11 Prozent. Ein moderneres Österreich durch einen Beitritt unseres Landes zur Europäischen Gemeinschaft haben sich laut Ihrer Umfrage 1989 noch 33 Prozent erwartet. Am Ende des vergangenen Jahres waren es nur mehr 17 Prozent.

Dkfm. Holger Bauer

Zugenommen haben — genau betrachtet — nur die Ängste der Österreicher vor der EG, seit die Bundesregierung forciert Europapolitik macht, seitdem die Frau Staatssekretärin EG-Information oder EG-Kampagne betreibt.

Zugenommen hat die Angst der Österreicher davor, daß mit der EG ein weniger strenges Lebensmittelgesetz verbunden sein wird. 46 Prozent der Österreicher befürchten das. Sie wurden offensichtlich zu wenig aufgeklärt. Einen Ausverkauf von Grund und Boden befürchten 43 Prozent. Einen Sozialabbau erwarten 41 Prozent. Und so weiter und so fort.

Das alles ist nicht nur von der Sache selbst her höchst interessant, sondern bekommt einen ganz besonderen Beigeschmack durch den Umstand, daß 1992 die Bundesregierung mit einer eigenen Staatssekretärin für Europafragen, für Europapolitik, für Europainformation verstärkt Integrationspolitik betrieben hat, verstärkt sich bemüht hat, die Vorteile einer Europäischen Gemeinschaft für Österreich unseren Mitbürgern klarzumachen. Das Ergebnis habe ich Ihnen soeben klargelegt: Es wird immer weniger, was positiv an der EG zu sehen ist, und die Ängste der Österreicher vor der EG nehmen ständig zu. Es ist genau das Entgegengesetzte von dem eingetreten, was man erwartet hatte.

Frau Kollegin Ederer! Weil Sie gesagt haben, das stimme alles nicht, möchte ich Sie bitten, das ganze Zahlenmaterial, die Umfragedaten, die Sie haben, auf den Tisch zu legen. Die Zahlen, die mir zur Verfügung stehen, zeigen, daß, wie ich eingangs sagte, die Zustimmung der Österreicher zur EG, mittelfristig betrachtet — es mag bei der einen oder anderen Frage schon einmal eine Zanke nach oben zeigen —, kontinuierlich abnimmt.

Nach den mir vorliegenden Daten gab es 1989 in Österreich noch rund 35 Prozent deklarierte EG-Befürworter. Im Jänner 1993 waren es nur mehr 15 Prozent. Wenn ich jetzt eine Zuordnung der Unentschlossenen, die ja bei 35 Prozent oder bei 15 Prozent in hohem Maße vorhanden sind, vornehme, dann ergibt sich in Österreich derzeit ein klares Nein der Mehrheit der Österreicher für den EG-Beitritt, während es 1989 noch ein deutliches Ja dafür gegeben hat.

Frau Kollegin Ederer! Bei aller persönlichen Sympathie für Sie persönlich, das ist halt wirklich nicht das Ergebnis, das sie sich selbst von Ihrer Tätigkeit wahrscheinlich erhofft haben und das die Bundesregierung davon erwartet hat. Das, was Sie machen, ist offensichtlich zu 100 Prozent kontraproduktiv. (*Abg. W a b l: Überhaupt nicht! Ich bin sehr froh darüber!*) Es kommt darauf an, von welcher Position aus, von welcher Warte aus man das sieht. Ich habe mich als Liberaler einmal versucht, in die Position der Frau Staatssekretärin

Ederer hineinzudenken, was man immer wieder tun soll. (*Zwischenruf des Abg. M a r i z z i.*) Herr Kollege Marizzi! Ihre Zuordnung und Ihre Pünzierungen oder die, die Ihr Präsident vorgenommen hat, stimmen mit der Realität nicht immer überein. (*Abg. R e s c h: Kommst auch zu den Liberalen herüber!*)

Ich meine, daß dieses Ergebnis, das ich Ihnen hier jetzt anhand vieler Zahlen, Fakten und Details dargelegt habe, der Europapolitik der Bundesregierung ein „Nicht genügend“ ausstellt. Ich füge dem hinzu: Es ist schade um die vielen Millionen, die Sie in Ihre EG-Propaganda samt einer eigenen Staatssekretärin gesteckt haben, wenn unter dem Strich dann so etwas herauskommt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Hohes Haus! Ich glaube, falls es Ihnen von den Regierungsfractionen, falls es Ihnen von der großen Koalition tatsächlich ernst sein sollte mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, dann sollten Sie endlich beginnen, EG-Nägel mit Köpfen zu machen.

Dazu gehört meines Erachtens die Klärung folgender Fragen:

Erstens: Sie sollten sich regierungsintern einmal wirklich klarwerden, was Sie eigentlich wollen, außer um jeden Preis in die EG zu kommen. Das gilt insbesondere für die Frage, die Herr Kollege Khol angeschnitten hat, die da lautet: Bekennen Sie sich jetzt zu Maastricht: ja oder nein? Ich höre genauso wie der Herr Kollege Khol dazu die unterschiedlichsten Positionen und Meinungen.

Die Frau Staatssekretärin Ederer sagt nein. Der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister sagen ja. Es wäre abzuklären, wie Sie denn das halten. Sind Sie für Maastricht: ja oder nein? Das ist eine ganz entscheidende Frage, die Sie intern klären sollten.

Das gilt aber genauso gut für die Frage der Neutralität. Sie sollten sich einmal im Schoße der Regierung klar zumindest darüber werden, was Sie meinen, das der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft für unsere Neutralität bedeutet. Dazu hört man auch die unterschiedlichsten Auffassungen. Die Sozialdemokraten sagen, daran werde sich gar nichts ändern, die Neutralität bleibe voll aufrecht. Deutlich nuancierter hört man vom Koalitionspartner ÖVP, und sehr deutlich hört man es vom Außenminister Dr. Mock, der — wenn man ein bißchen auch zwischen den diplomatisch formulierten Sätzen hört, kann man das vernehmen — sagt: Natürlich ist letztlich die Neutralität Österreichs bei einem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft nicht aufrechtzuerhalten! Sie sollten das aber einmal klären innerhalb der Bundesregierung, damit der Österreicher eine Orientierungs-

Dkfm. Holger Bauer

hilfe hat, damit der Österreicher weiß, wo es langgeht, was für Österreich der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft bedeutet.

Das gleiche gilt für die Frage des europäischen Sicherheitssystems. Ist dieses Sicherheitssystem Ihrer Meinung nach und Ihrer Einschätzung nach mit der Europäischen Integration notwendigerweise verbunden: ja oder nein? Wie schaut es denn aus: Heißt das WEU? Heißt das NATO? Auch dazu gibt es die unterschiedlichsten Auffassungen innerhalb der Bundesregierung, im Schoße der Bundesregierung, zwischen den beiden Regierungsfractionen. Es ist an sich kein Unglück, wenn es innerhalb eines Parlamentes, wenn es zwischen den verschiedenen Fractionen unterschiedliche Meinungen gibt. Aber innerhalb der Bundesregierung wäre in so einer entscheidenden Frage, was EG-Beitritt bedeutet, was Sie von einem EG-Beitritt erwarten, eine übereinstimmende Meinung schon wünschenswert. Denn eines ist klar: Die Menschen draußen, die Österreicherinnen und Österreicher, merken natürlich diese Uneinigkeit, die merken natürlich, daß offensichtlich niemand genau weiß, was der EG-Beitritt für Österreich bringt, was der EG-Beitritt für Österreich bedeutet, und denken sich: Ja um Himmels willen, wenn es die da oben, die in der Bundesregierung nicht wissen, wie soll es dann ich als Staatsbürger wissen, wie soll ich als Staatsbürger letztlich entscheiden können? Das heißt, man wird mißtrauisch, das Mißtrauen steigt und damit automatisch die Ablehnung. Bei Dingen, denen man mißtrauisch gegenübersteht, besteht immer die Tendenz, daß man sie letztlich ablehnt.

Zweitens sollten Sie im Zusammenhang mit den EG-Nägeln, die Sie mit Köpfen machen sollen, möglichst rasch mit Ihrer primitiven EG-Propagandawalze abfahren. Ich meine — da treffe ich mich wieder mit dem Herrn Kollegen Khol —, nüchterne Information über Vorteile und Nachteile, die mit einem EG-Beitritt ohne Zweifel genauso verbunden sind wie Vorteile, wäre angebrachter.

Vielleicht sollte man das nicht nur der Frau Kollegin Ederer versuchen nahezubringen, sondern auch dem sozialdemokratischen Zentralsekretär Cap, den man zur Einsicht bringen sollte. Dieser hat nämlich in einem Zeitungsinterview aufhorchen lassen. Jetzt bitte ich die Kolleginnen und Kollegen der Österreichischen Volkspartei, mir kurz ihr Ohr zu leihen. Der Zentralsekretär Ihres Koalitionspartners hat vor wenigen Tagen gemeint — das erklärt so manches, warum die EG-Information so danebenläuft —: „Wenn Busek erklärt, meint Cap, eine absolute Pro-EG-Haltung der Koalition berge die Gefahr, daß die Österreicher gegen die EG stimmen“ — ich schließe mich dieser Meinung Buseks an —, „dann ist der Dr. Busek eine Regierungsfehlbeset-

zung.“ Es ist an sich ein starkes Stück, wenn ich jemanden sage, der nichts anderes will, als die Österreicherinnen und Österreicher, anstatt mit einer Propagandawalze niederzufahren, zu informieren, und zwar im eigentlichen Sinn des Wortes, über die Vor- und Nachteile, die mit dem EG-Beitritt verbunden sind, wenn der Zentralsekretär der anderen Regierungspartei sagt: Wer so etwas verlangt, ist eine Regierungsfehlbesetzung.

Das wirft nicht nur ein bezeichnendes Licht auf die Geisteshaltung des Herrn Cap, sondern man kann daraus auch schließen — und das ist höchst interessant —, welchen Stellenwert Sie sich gegenseitig in dieser Regierung zumessen. (*Abg. Haigermoser: So etwas hätte Marizzi nie gesagt! — Abg. Wolf: Was hat denn dein Chef über Busek im „Basta“ gesagt?*) Weil du mich ansprichst: Aber du hast schon registriert, daß es ein bißchen ein Unterschied ist, ob ein Oppositionspolitiker einen Regierungspolitiker angreift oder ob Regierungspolitiker einander schlechtmachen. Das ist nämlich wirklich nicht deren Aufgabe, während du mir zugeben mußt, daß es geradezu pflichtgemäß zu den Aufgaben eines Oppositionspolitikers gehört, Kritik zu üben! Da sehe ich einen deutlichen Unterschied, das muß man schon deutlich dazusagen. (*Abg. Dr. Neisser: Nur berechnete Kritik!*) Natürlich.

Hohes Haus! Als dritten EG-Nagel mit Kopf sollten Sie Österreich endlich und systematisch auf einen allfälligen Beitritt vorbereiten. Wir sagen immer: Hausaufgaben machen! Es ist das für mich kein semantisches Problem, von mir aus nennen wir es auch — wie es dem Kollegen Khol lieber wäre —: die Herausforderungen, die damit verbunden sind, bewältigen. Es ist mir völlig egal, wie man das nennt, ich bleibe bei meiner Terminologie, weil sie besser ins Ohr geht: Hausaufgaben machen! Man muß Österreich systematisch auf diesen möglichen Beitritt vorbereiten — was Sie bislang nicht tun, so gut wie nicht tun —, und dazu gehört meiner Meinung nach unter anderem eine Steuerreform. Diese kommt angeblich; wir werden sehen, was dabei herauskommt.

Wenn ich Herrn Kollegen Nowotny zuhöre — er hat gesagt: Viel kann nicht herauskommen, weil die budgetäre Situation so schlecht ist, weil wir nebenbei Nettozahler in der EG sein werden! —, kann ich feststellen, daß das, was ich Ihnen seit Jahren gepredigt habe, Sie aber immer weggeschwischen haben, richtig ist. Ich habe gesagt: Meine Damen und Herren von der großen Koalition! Wir haben jetzt Hochkonjunktur, jetzt müssen Sie das Budget sanieren, jetzt müssen Sie sich vorbereiten für einen Konjunkturreinbruch! — Jetzt ist der Konjunkturreinbruch da, und jetzt können Sie nicht nur nicht entlasten, sondern Sie belasten. Sie können nicht mit einer wirklich greifenden Steuerreform der österreichischen Wirtschaft

Dkfm. Holger Bauer

in Richtung mehr Eigenkapital steuerpolitisch helfen. Das können sie nicht. Das bedeutet, die Hausaufgabe Budgetsanierung wurde nicht erfüllt. Das hieße weiters: Erstellung eines gesamtösterreichischen Verkehrskonzeptes. Vierte Hausaufgabe: bewußtes Betreiben gezielter Strukturpolitik für die benachteiligten Regionen, die von einem EG-Beitritt nicht alle automatisch im gleichen Ausmaß profitieren werden. Die EG-Unternehmer gehen ja nicht freiwillig in die Mur-Mürz-Furche, sondern die wollen auch in bestens erschlossene Wirtschaftsräume.

Also das müßte man jetzt machen, damit wirklich alle Bereiche . . . (Abg. Marizzi: *Es gibt auch von der EG Förderungen!*) Selbstverständlich! Aber jetzt, Peter, können wir noch autonom im Bereich des Förderungswesens etwas tun. Das können wir jetzt noch eher und besser, als wenn wir dann Mitglied sind. Daher sollten wir jetzt in diesem Bereich ganz gezielt Strukturpolitik betreiben und gleichzeitig beginnen, unser Förderungswesen in Richtung mehr EG-Konformität umzustellen. Denn: Der Schock wird furchtbar sein, wenn das österreichische Förderungssystem bis zum Beitritt so weiterläuft — ich weiß nicht, wann er sein wird. (Abg. Marizzi: *. . . für ein neues Förderungsmodell! Hast du das nicht in der Zeitung gelesen?*)

Peter, jetzt sagst du mir: Schlüssel und — wer noch? (Abg. Marizzi: *Klima!*) — Klima machen schon Konzepte. — Kruzitürken, wir verhandeln mittlerweile mit der EG! Manche glauben, mit 31. 12. 1993 könnten die Verhandlungen abgeschlossen sein. Ich glaube es nicht. Aber wir können davon ausgehen, daß wir mit 1. 1. 1995 in der EG sein können — das ist ein realistischer Horizont. Und da fangen sie jetzt an, ein Konzept zu machen! — Peter, du weißt genausogut wie ich, daß gerade in der Wirtschaftspolitik die Dinge Zeit brauchen, um zu greifen, daß das nicht von heute auf morgen wirkt. Es ist euch auch in dieser Frage die Zeit davongelaufen, ihr habt das bis jetzt verschlafen. Ich sage euch das, weil ich wirklich davon überzeugt bin. Ich sage das nicht deshalb, weil ich glaube, daß ich als Oppositionspolitiker etwas Negatives von mir geben muß.

Die nächste Hausaufgabe, die in Angriff zu nehmen wäre, ist die von allen Rednern erwähnte Reform im Agrarbereich in Richtung EG-konformer Agrarwirtschaft, in Richtung Korrektur des Ausfalls, der für unsere Landwirtschaft mit einem EG-Beitritt verbunden ist.

Hausaufgaben um Hausaufgaben, die nicht in Angriff genommen sind oder zumindest noch nicht abgegeben worden sind, wenn ich bei diesem Bild bleiben darf. Ich sage Ihnen: Es läuft Ihnen die Zeit davon!, das heißt: Die Zeit ist Ihnen in vielen Bereichen schon davongelaufen! Zum Beispiel bei der Budgetsanierung, da pas-

siert nichts mehr. Sie können jetzt beim besten Willen nicht. Was wollen Sie denn jetzt in der Depression sanieren? Was wollen Sie machen? (Abg. Marizzi: *Ich hole mir jetzt deine Budgetrede! Da waren andere Vorschläge!*)

Ich sage Ihnen: Das ist wirklich ein Problem. Und die Österreicher merken das natürlich. Sie merken die Uneinigkeit innerhalb der Bundesregierung in entscheidenden Fragen der europäischen Integrationspolitik, in den entscheidenden Fragen: EG — was bedeutet die EG, was bringt die EG? Die Österreicher merken, daß sie mit dieser Primitiv-EG-Propaganda über den Löffel balbiert werden sollen, wo es nur Vorteile gibt und womit angeblich überhaupt kein Nachteil verbunden ist. Das merken die Österreicher. Die Österreicher merken, daß die Bundesregierung dieses Land nicht systematisch auf diesen Beitritt, der mit vielen Problemen verbunden sein wird — mit Vorteilen, aber auch mit vielen Problemen — vorbereitet. Und daher steigt das Mißtrauen der Österreicher gegenüber der Bundesregierung — wie auch aus Umfragen hervorgeht —, aber auch gegenüber der EG-Politik insgesamt, und es wächst die Ablehnung. Und das ist der Status quo.

Daher glaube ich, Sie sollten endlich auch die Oppositionsparteien, die Opposition stärker beziehungsweise tatsächlich in Ihre EG-Politik einbinden. Wenn Sie die Frage EG-Beitritt auch wirklich . . . (Abg. Dr. Graff: *Sie sollten Ihre Hausaufgaben machen!*) Natürlich, Herr Kollege Graff, wenn die Hausaufgaben gemacht werden. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Herr Kollege Schwarzenberger, ihr müßt ja nicht.

Ich sage Ihnen nur eines: Bei der derzeitigen Stimmungslage in Österreich ist es der Opposition jederzeit möglich, in diesem Land ein Nein zustande zu bringen, da können Sie Gift darauf nehmen. Status quo!

Ich sage folgendes dazu: Wenn jemand sieht, was hier bisher versäumt wurde — so wie wir das tun —, auf der anderen Seite aber nicht willkommen ist als Partner in dieser Frage, nicht wirklich mitbestimmen kann in diesen Fragen, nicht wirklich mitbestimmen kann (Abg. Haigermoser: *Mitreden wenigstens!*), welche Hausaufgaben und wie sie zu machen sind — nicht allein bestimmen, mitbestimmen — wenn es einer Oppositionspartei etwa so geht wie in Niederösterreich, im Kernland der ÖVP, wo man einen EG-Integrationsausschuß einsetzt und die FPÖ-Opposition aussperrt, und zwar dadurch, daß man die Sitzzahl so gering macht, daß nach dem d'Hondtschen System keiner von ihr hineinkommt, dann kann der Betroffene nur sagen: Macht euch die Sache allein! Macht es allein, aber verlangt nicht von uns, daß wir nachher kommen, das Weihrauchfaß schwingen und sagen: Alles in Ordnung! Das wird nicht passieren! (Beifall bei der FPÖ.)

Dkfm. Holger Bauer

Angesichts der Versäumnisse und angesichts der mangelnden Mitbestimmungsmöglichkeit in diesen Fragen werden wir keine Mitverantwortung übernehmen können und auch nicht wollen. Und dieses Nicht-Übernehmen-Können und -Wollen von Mitverantwortung in dieser Frage ist der derzeitige Status, wie ihn die FPÖ für sich und ihre Politik leider machen muß. *(Beifall bei der FPÖ.) 14.50*

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager. Bitte, Herr Abgeordneter.

14.50

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (Liberales Forum): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Würde ich mich in die Lage eines Österreichers versetzen, der heute die Diskussion über die Europäische Gemeinschaft und die Integrationsberichte der Bundesregierung verfolgt, müßte ich zur Beurteilung kommen, fürchte ich, daß mir nicht viele Entscheidungshilfen geboten wurden.

Ich bin auch davon überzeugt, daß die Grundlinie der Bundesregierung, mit Propaganda die Stimmung in der Bevölkerung zu verändern, und die Grundlinie der Grünen, überhaupt ein totales Nein zur Europäischen Integration zu sagen, aber letzten Endes auch die Haltung der Freiheitlichen Partei, die zumindest ein diffuses Bild erzeugen möchte, alles in allem die Entscheidungsfindung der Bevölkerung nicht wesentlich erleichtert. Es ist auch klar, daß die Akzeptanz gegenüber der Europäischen Gemeinschaft, gegenüber der Integration — da hat Holger Bauer mit der Zitierung der Umfragen recht —, nicht besser, sondern schlechter geworden ist. *(Abg. Wabl: Was heißt hier schlechter?)*

Aus deiner Perspektive — ich komme noch darauf zu sprechen — magst du dich darüber freuen, ich glaube, daß du damit die Gretchenfrage angeschnitten hast. Es ist die Frage, welche Konsequenzen man heute als österreichischer Politiker aus der Entwicklung der Integrationsfrage zieht. Man kann einerseits den Menschen vorgaukeln, wie es die Grün-Alternativen tun, daß ein Zurückfallen in einzelstaatliche Politiken die Lösung ist. *(Abg. Wabl: Die zunehmende Inflation der Frau Staatssekretärin erhöht das!)*, oder man kann überhaupt nur Verwirrung stiften, wie es andere tun. *(Abg. Wabl: Das hat doch kein Mensch gesagt!)* Ich glaube, Kollege Wabl, wer heute dem Österreicher einzureden versucht, daß die Lösung der gesamteuropäischen Probleme ohne Europäische Integration, ohne Europäische Gemeinschaft möglich ist, der ist dazu bereit — er möchte es zumindest versuchen —, Österreich in eine Sackgasse zu führen, aus der wir nach einem „Nein“ der Bevölkerung mit einem mühseligen Rückwärtsgang herauszukommen versuchen

müssen. *(Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ. — Abg. Wabl: Du bist nicht mehr Verteidigungsminister!)* Das, was Sie an Alternative in der EG-Politik bieten, ist leider null! Es ist ein Holzweg, es ist eine Sackgasse. Und da, glaube ich, sollte man wieder bei den Schlußworten von Kollegen Holger Bauer anschließen, daß wir in einer Verantwortung stehen.

Daher noch einmal: Welche Konsequenzen ziehen wir aus der Situation, daß die Europäische Integration in Europa insgesamt, aber auch in Österreich, in eine schwierige Phase gekommen ist?

Ich möchte noch einmal hervorheben: Es gibt zur Lösung der europäischen Probleme, sei es auf wirtschaftlichem, sei es auf ökologischem Gebiet, seien es die heute schon wiederholt zitierten sozialen Probleme, sei es die Sicherheitsfrage, zum gemeinsamen Europa und zum Bemühen um eine politische Kooperation und Einigung keine vernünftige Alternative. Es gibt sie nicht, es gibt den Versuch, über einzelstaatliche Politiken Lösungen voranzutreiben, aber das ist nicht der richtige Weg. *(Beifall beim Liberalen Forum. — Abg. Wabl: Das ist ein Übereifer!)*

Lieber Kollege Wabl, eine Frage: Glaubst du wirklich, daß mit einzelstaatlichem wirtschaftlichem Wettbewerb mehr Spielraum für Ökologie entsteht? Glaubst du, daß mit einzelstaatlicher Sicherheitspolitik die Rüstungsspirale tatsächlich nach unten und nicht nach oben geht? *(Abg. Wabl: Nein, das glaube ich nicht!)* Glaubst du tatsächlich, daß mit einzelstaatlicher Verkehrspolitik die Übermobilität, die wir haben, zurückgedrängt werden kann? Das ist ein Unsinn! Was wir brauchen, sind europäische Rahmenbedingungen für ein sozialeres *(Abg. Wabl: Ja, das ist richtig!)*, ein wirtschaftlicheres, ein ökologischeres Europa! *(Abg. Wabl: Aber die EG macht das nicht!)* Ein Rückzug auf einzelstaatliche Strategien ist keine Alternative. Nimm das bitte zur Kenntnis! Außer du hast andere Modelle, dann lege sie vor! Dem Kollegen Voggenhuber höre ich jetzt schon ich weiß nicht bei der wievielten EG-Rede zu, ich muß feststellen, es kommt immer wieder dasselbe: Alles ist ganz böse, die „bösen Brüsseler“ werden dauernd im Munde geführt, aber es kommt nie eine Alternative, es kommt nie ein Vorschlag, wie die Grün-Alternative europäische Politik gestalten will. Das kommt einfach nicht vor. Es ist alles ganz böse, es ist alles ganz schlimm, es ist alles zentralistisch, aber es kommt nie ein Modell, es kommen nie Ansätze, wie die europäische Politik Ihrer Fraktion aussieht. *(Abg. Wabl: Die Verteidigungsministerzeiten sind vorbei!)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir im Grunde genommen auch eine Zieldiskussion haben, und ich meine, daß wir diese Zieldiskus-

Dr. Frischenschlager

sion mit der Bevölkerung auch wieder führen sollten. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Europäische Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft nicht ganz massive Kritikpunkte hat, und auch von einer Euphorie, was die EG betrifft, kann ebenfalls sinnvollerweise keine Rede sein, und zwar aus einem einfachen Grund: Die Europäische Gemeinschaft kann ja nicht von einem statischen Europa ausgehen, und es ist völlig klar, daß ein politischer Körper wie dieses Europa, das sich mühselig in Schüben zu einigen versucht, natürlich in vielen Punkten unfertig sein muß, und daher ist es völlig falsch, ein Feindbild Europäische Gemeinschaft aufzubauen (*Abg. Wabl: Das ist ein Blödsinn!*) und bei jeder Rede zu sagen: So schaut die Europäische Gemeinschaft aus, und es ist alles, was sie betreibt, ganz furchtbar!, und daher gibt es gar nichts Besseres, als zu versuchen (*Abg. Wabl: Damit kriegst du keine Regierungsbeteiligung in diesem Land!*), Kollege Wabl, die europäische Entwicklung mitzugestalten, an dieser mitzuwirken. Deshalb gibt es in Wahrheit erstens keine Alternative zur Europäischen Integration und zweitens keine Alternative zur Integration im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Diese Alternative gibt es nicht, und es wäre sinnvoller, denjenigen zu folgen — auch innerhalb der grün-alternativen Fraktion —, die meinen, man sollte sich aktiv in diese Integrationspolitik einschalten. (*Abg. Wabl: Das tun wir eh!*) Nein, diesen Eindruck habe ich nicht.

Noch eines, Kollege Wabl: Selbstverständlich, dieser Einigungsprozeß war auch in den vergangenen 40 Jahren ein gelegentlich visionärer, die Römischen Verträge waren es bei ihrem Wirkungsbeginn ebenfalls, es hat immer Durchführungsschwierigkeiten gegeben, und selbstverständlich haben die einzelstaatlichen Interessen und die innenpolitischen Haltungen zur Europäischen Einigung insgesamt die Politik der Integration bestimmt. Das war in den vergangenen Jahrzehnten so, und das wird auch in der Zukunft so sein.

Aber eines sollte uns klar sein: Wann immer politische Dimensionen im Rahmen der Europäischen Integration aufgezeigt wurden — das war bei den Römischen Verträgen, das war beim Weißbuch so, das den Binnenmarkt vorbereitet hat —, hat es immer solche Diskussionen gegeben, wie wir sie jetzt auch zu Maastricht haben.

Es ist aber die Frage: Welche Ziele verfolgen wir mit der Integrationspolitik? Da kann es meines Erachtens nur das eine Ziel geben: langsam diesen Kontinent politisch zusammenwachsen zu lassen, bis letztlich der Rahmen für eine gemeinsame, kooperative Wirtschafts-, Sozial-, Demokratie- und Sicherheitspolitik gegeben ist, inner-

halb dessen die Einzelstaaten ihre nach dem Subsidiaritätsprinzip festzulegenden Aufgaben zu erfüllen und die politischen Spielräume auszunützen haben. Dazu gibt es eben in Wahrheit keine Alternative.

Damit nun zum eigentlichen Thema, nämlich zum Bericht der Bundesregierung, den wir heute zu debattieren haben, über die konkrete Integrationspolitik, vor der wir heute stehen. Ich meine, daß dieser Bericht eigentlich sehr typisch ist für die inhaltliche Schwäche der Europapolitik der Bundesregierung, aber auch für die Vorgangsweise dieser und für den Einfluß des Parlaments im Zuge der Europäischen Integration.

Im letzten Bericht, dem Siebenten, den uns die Bundesregierung vorgelegt hat, wird uns zunächst einmal erzählt, was war, und dann wird interessanterweise aufgezeigt, was die Bundesregierung vorhat, und das bezieht sich auf die vom Kollegen Schieder, aber auch vom Kollegen Khol über den rot-schwarzen Klee gelobte Verhandlungsposition, auf die ich nun im einzelnen eingehen möchte, weil ich wirklich glaube, daß das, was die Bundesregierung bisher an Verhandlungsgrundlagen zumindest der Öffentlichkeit und hier dem Parlament in Form dieses Berichtes vorgelegt hat, zu dürftig ist, widersprüchlich ist und eigentlich nicht viel mehr ist als eine Pressedienstmeldung, die zur Beruhigung der Bevölkerung ausgegeben wird. (*Beifall beim Liberalen Forum. — Abg. Wabl: Deshalb stimmt ihr zu?*)

Ich möchte daher auf diese einzelnen Punkte eingehen, denn ich glaube, daß hier die Diskussion ansetzen soll. Leider brauchen wir auch immer Grundsatzdiskussionen. Aber jetzt in dieser Situation sollten wir tatsächlich ganz konkret auf diese Verhandlungspositionen der Bundesregierung eingehen, so wie sie die Verhandlungen führen möchte. Und daher, Kollege Schieder, die dreizehn Punkte; ich möchte sie einzeln behandeln.

Ich beginne mit Punkt 1 in dem davon die Rede ist, daß von der Bundesregierung die Beitrittsverhandlungen auf der Grundlage des Vertrages über die Europäische Union geführt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Das ist eine sehr grundsätzliche Frage, nicht nur deshalb, weil das Beitrittsansuchen vor Maastricht abgegeben wurde, sondern weil durch die Maastrichter Konzeption eine ganz bestimmte politische Strukturierung Europas erfolgen soll.

Nun geht es meines Erachtens darum, daß wir der Bevölkerung diese politische Dimension, diese politische Finalität von Maastricht, dieses Konzept noch nie eindeutig und klar erklärt haben.

Dr. Frischenschlager

Ich bin sicher, daß diese Dimension in der Bevölkerung nicht gesehen wird.

Das ist auch dadurch eine Schwierigkeit, weil die Bundesregierung zum Beispiel in der Frage der Neutralität selbst sehr widersprüchlich argumentiert. Wer Maastricht will, hat eine ganz bestimmte politische Integration vor. Die Bevölkerung weiß darüber noch wenig, und in entscheidenden Punkten, wie zum Beispiel bei der Neutralität, verweigert die Bundesregierung die wirklich sachliche offene Diskussion. Es ist die Frage der Politischen Union in der Bevölkerung nicht klar, und es sollte daher zuallererst über diese Zielsetzungen, die mit Maastricht verbunden sind, offen debattiert werden.

Nicht zuletzt deshalb, Herr Bundesminister, weil ich glaube, daß man Maastricht nicht verschweigen kann. Man kann aber nicht Maastricht als selbstverständlich voraussetzen und gleichzeitig sagen, Dänemark ist ein Beispiel, daß man um Maastricht herumkommt. Niemand in der Bevölkerung wird das verstehen. Wir müssen über die Zielsetzungen von Maastricht offensiv informieren und diskutieren, denn sonst wird man der Bevölkerung nicht klarmachen können, warum die Bundesregierung Maastricht mit Haut und Haar schluckt, aber ein anderes kleines Land, Dänemark, einen Ausweg sucht. Das ist eine ganz konkrete Schwierigkeit, die die innenpolitische Debatte um die EG offenlegt.

Zum zweiten: Es wird in den Verhandlungspositionen in Punkt 2 betont, daß Österreich als neutraler Staat den Europäischen Gemeinschaften beitreten wird. Das ist meines Erachtens eine eindeutige Irreführung der österreichischen Bevölkerung, weil jedem in Österreich klar sein muß, daß mit einem Maastricht-Europa eine eigenständige Sicherheitspolitik nicht mehr verfolgbar ist und deshalb für Neutralität kein politischer Spielraum besteht. Der Bevölkerung einreden zu wollen, es ändert sich durch die Europäische Gemeinschaft für die Neutralität nichts, wie das unlängst wieder auch der Herr Bundeskanzler versucht hat, ist ein Holzweg. Wenn man zugleich erklärt, es hängt an der Neutralität viel Emotion, und dann einerseits den Gegnern der Europäischen Gemeinschaft sagt, es bleibt bei der Neutralität, andererseits aber jeder anhand der Fakten aufzeigen kann, daß es für eine neutrale Sicherheitspolitik innerhalb der EG keinen Raum mehr geben wird, wird die Bevölkerung irreführt; sie wird sich dagegen auflehnen und wird entsprechend votieren.

Punkt 3: Es ist davon die Rede, in der Umweltpolitik sollen die umweltpolitischen Standards Österreichs gewahrt werden können. Ein guter Zielsatz. Ich möchte nur wissen: Wie schaut das konkret aus? Was heißt das? Wie soll dieser Punkt tatsächlich erfüllt werden?

Vierter Punkt: Verkehrspolitik, die Transitfrage — wie schaut es da konkret aus? Man weiß, daß es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft über das Transitabkommen geteilte Meinungen gibt. Wie ist die konkrete Position? Hier ist es noch relativ verständlich, wenn man sagt, man möchte wenigstens die volle Laufzeit dieses Vertrages über den österreichischen Beitrag hinaus retten. Aber was ist nach dem Jahr 2002 in der Transitfrage?

Fünftens: Soziale Errungenschaften sollen im vollen Ausmaß gewährleistet bleiben. Die Sicherheit der österreichischen Arbeitsplätze müßte bei den Beitrittsverhandlungen entsprechend berücksichtigt werden. — Ein schöner Grundsatz! Wie schaut er konkret aus? Darüber müßte geredet werden, dazu müßten konkrete Punkte formuliert werden!

Sechstens: Im Bereich der vier Freiheiten, die Europaverträge der EG mit den Reformstaaten. Wir erleben es laufend. Herr Bundesminister Schüssel kann ein Lied davon singen, wenn er sich an seine Betonfrage erinnert. Wie schaut die Konzeption Österreichs aus im Hinblick auf die osteuropäischen Länder? Einerseits sagen wir, wir müssen ihnen helfen, wir müssen ihnen die Marktmöglichkeit eröffnen, andererseits gibt es die Tendenz abzubunkern.

Siebentes: Es sollen die flächendeckenden bäuerlich geprägten Land- und Forstwirtschaften erhalten werden. Auch hier wieder die Frage: Wie soll das konkret geschehen? Der Grundsatz wird geteilt in diesem Haus; wie soll er im konkreten ausschauen?

Achtens: Grundstücksverkehr. Ist es nun so, daß es erreichbar ist, daß wir die dänischen Ausnahmebestimmungen bekommen — ja oder nein? Als Ziel ist das ansprechenswert und wichtig. Ich weiß nur nicht, wie das konkret herausverhandelt werden soll.

Neuntens: Struktur- und Regionalpolitik. Es sollen die größtmöglichen Förderungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Gibt es die entsprechenden Programme Österreichs? Werden sie vorbereitet? Man weiß, daß sie die Voraussetzung dafür sind, daß Österreich an diese Förderungsmöglichkeiten herankommt?

Und zehntens: Einbeziehung der Gebietskörperschaften. Welche finanziellen Lasten kommen aufgrund des EG-Haushaltes auf Österreich zu? Wie schaut das konkret aus? Gibt es hier bereits Entwürfe? Das wird zum Beispiel den Finanzausgleich betreffen.

Damit möchte ich schließen. Ich möchte mit diesen Punkten aufzeigen, daß die bisherigen Verhandlungspositionen bestenfalls schöne Über-

Dr. Frischenschlager

schriften sind, in vielen Punkten diffus, in manchen ausgesprochen widersprüchlich, aber jedenfalls zuwenig, um einem Parlament Entscheidungsgrundlagen zu liefern, und schon gar nicht für die öffentliche Diskussion geeignet, die in Sachen Europäischer Gemeinschaft von ganz großer Bedeutung ist. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Und damit komme ich, Herr Bundesminister, zu meinen wesentlichen Forderungen bezüglich der zukünftigen Europapolitik.

Es hat keinen Sinn, besonders darauf herumzureiten und es als Großzügigkeit darzustellen, daß das Parlament ja eh informiert wird! Es geht — und deshalb habe ich diese Punkte angeführt — um die konkrete Erarbeitung der politischen Inhalte, die wir in Brüssel durchbringen wollen. Und das ist nicht Sache der Regierung allein, da ist es keine großzügige Geste, wenn man wenigstens ex-post oder nachher informiert, sondern wenn diese Lebensfrage der Republik in der Bevölkerung positiv verankert werden soll, dann muß diese politische Diskussion über die konkreten Inhalte erfolgen, und dann muß der Konsens im Parlament über Regierungs- und Oppositionsgrenzen hinweg erarbeitet werden. Wenn man einen Konsens will, muß man ihn erarbeiten; dann ist nachträgliche Information zuwenig. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Deshalb zum Schluß noch einmal die Punkte, die für mich entscheidend sind: Herr Bundesminister! Sorgen Sie dafür, daß die Regierung die Verhandlungspositionen inhaltlich Punkt für Punkt ausgestaltet in der Diskussion, in gemeinsamer Arbeit und mit den parlamentarischen Fraktionen! Sorgen Sie dafür, daß bei den Verhandlungen auch die parlamentarischen Fraktionen beobachtend in Brüssel teilnehmen können! Sorgen Sie dafür, daß die wesentlichsten Fragen — und diese hängen mit Maastricht zusammen — einer öffentlichen Diskussion unterzogen werden, damit die Zieldimension der Europäischen Integration, die wir bejahen, tatsächlich auch in der Bevölkerung greifen kann.

Ich glaube, entscheidend ist: Nicht Propaganda kann die Bevölkerung für die Europäische Integration gewinnen, sondern nur eine offene, auch kontroverse Diskussion zwischen den Fraktionen, in den Fraktionen, zwischen Regierung und Opposition. Aus dieser öffentlichen Erörterung — eine der wesentlichsten Lebensfragen, vor denen wir stehen — wird sich die Bevölkerung ein Bild machen können. Und ich bin überzeugt davon, daß letzten Endes diejenigen, die klar aufzeigen können, daß es zur Europäischen Integration keine Alternative gibt, auch die Mehrheit der Bevölkerung und damit den Vollbeitritt Österreichs in die Europäische Gemeinschaft erreichen werden. *(Beifall beim Liberalen Forum.)* 15.10

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Alois Mock. Bitte, Herr Bundesminister, Sie haben das Wort.

15.10

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock: Hohes Haus! Ich möchte zuerst kurz zur Fragestellung bezüglich des Europäischen Wirtschaftsraumes und des Vertrages dazu Stellung nehmen, zu dem dann ausführlich Minister Schüssel Stellung nehmen wird, weil er ja namens aller EFTA-Länder diesen Vertrag mit der EG verhandelt hat.

Ich möchte nur daran erinnern, weil konkret die Frage gestellt wird, was dieses Abkommen, das jetzt geschlossen wurde, zur Verwirklichung des EWR aufgrund des Ausfalls der Schweiz Österreich kostet: Es gibt Kosten, die auflaufen, und es gibt Vorteile, finanzielle Vorteile, die dadurch gewonnen werden.

Von den Zuschüssen sozialer Art für die schwächeren EG-Länder, die seinerzeit vereinbart wurden und wovon ein Teil durch den Ausfall der Schweiz in Frage gestellt wurde, sind rund 57 Prozent der Schweizer Beträge von Österreich, von Finnland und von Schweden übernommen worden. Das macht über fünf Jahre rund 70 Millionen Schilling aus. Das wird von der Schweiz zurückgezahlt — das steht ebenfalls im Vertrag —, wenn die Schweiz später dem EWR beiträgt. Das ist, glaube ich, ganz wichtig. Damit ist es keine einseitige Kostenübernahme, auch nicht im Ausmaß von 57 Prozent, sondern nur eine zeitweilige Kostenübernahme, wenn Sie wollen, ein Vorschuß, den wir für die Schweiz erbringen.

Man darf aber nicht vergessen, daß gleichzeitig die Studien der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen, daß wir in der Wirtschaft durch den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum ein zusätzliches Wachstumsplus bekommen. *(Abg. Voggenhuber: Das ist Schnee von gestern!)* Für Sie ist es vielleicht Schnee von gestern; aber für die Arbeitslosen, die Arbeitsplätze bekommen, ist es eine Hoffnung für morgen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* Für mich ist es jedenfalls ein sehr positives Ergebnis des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum.

Das in aller Kürze, was die sogenannten Kosten anlangt.

Bevor ich nun auf den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen eingehe, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, warum sich die Bundesregierung — ich hoffe, eines Tages Österreich — sehr klar zum Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft entschlossen hat: Nur die Vollmitgliedschaft in der

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock

Europäischen Gemeinschaft wird es Österreich erlauben, gleichberechtigt an der Zukunft Europas, die eben auch unsere Zukunft ist, tatsächlich mitzubestimmen. Drinnen sind wir stärker als draußen. Ich bin überzeugt, wir müssen alles tun, damit Österreich nicht draußen bleibt und nicht in eine nichtmitbestimmende Abhängigkeit zur Europäischen Gemeinschaft kommt.

Mit dem Vertrag von Maastricht hat die Gemeinschaft den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion eingeschlagen, sie hat die Grundlagen zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gelegt und die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit in Fragen der inneren Sicherheit, des Justizwesens, vor allem auch der Bekämpfung der großen Kriminalität geschaffen.

In den kommenden Jahren wird sich in den Verhandlungen – aber nicht nur in den Verhandlungen mit Österreich – entscheiden, ob das integrierte Europa diesen Weg vollenden kann, ob es damit auch stärker und zu einem Hort des sozialen und ökologischen Fortschritts wird. Ich glaube, an dem haben auch wir massives Interesse. Wir haben ein Interesse, mit Sitz und Stimme daran teilzunehmen und nicht nur mit Kommentaren von außen. Wir dürfen, meine Damen und Herren, nicht zum Trabanten der Europäischen Gemeinschaft werden, der draußen rotiert und gelegentlich aufgrund seiner wirtschaftlichen Verflechtungen etwas akzeptieren darf, sondern wir müssen drinnen sein und die europäische Zukunft mitbestimmen. Das ist das erste wesentliche politische Argument.

Das zweite ist, daß die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zusätzliche Sicherheit für Österreich bedeutet. Sämtliche politischen Vorgänge und Ereignisse, vor allem in Zentraleuropa, am Balkan, zeigen doch, meine Damen und Herren, daß sich Österreich am Rande einer sicherheitspolitischen Gewitterzone befindet. Das heißt, wir haben eminentes Interesse daran, daß unsere Sicherheit gestärkt wird, auch – ich sage bewußt: auch – durch eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, vor allem da die Europäische Gemeinschaft in den letzten 40 Jahren gezeigt hat, daß sie das erfolgreichste Friedenswerk der letzten 40 Jahre ist. Es gibt, meine Damen und Herren, in der europäischen Geschichte keine 40 Jahre, in denen zwischen den 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft nicht zu irgendeinem Zeitpunkt Krieg stattgefunden hätte. Ja ist das nicht genug Motiv angesichts der Katastrophen, die sich noch immer abspielen, sich diesem Friedenswerk anzuschließen? *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und beim Liberalen Forum. – Abg. Voggenhuber: Haben Sie schon einmal etwas von dem Krieg in Irland gehört?)*

Ich rede bewußt von nationalen Kriegen. Wir täuschen nicht die Bevölkerung. Auch in der Europäischen Gemeinschaft gibt es gelegentlich einen Streik, gibt es nationale Gegensätze, gibt es Terroranschläge. Aber allein das Übel der nationalen Kriege auszuschalten wäre ein großes geschichtliches Verdienst, das man nicht genug hervorheben kann. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und beim Liberalen Forum.)* Wobei ich hinzufügen möchte, daß es meistens jenen, die einen Krieg auslösen, gelingt, gut wegzukommen, daß die Kosten der Kriege immer die breiten Schichten der Bevölkerung getragen haben.

Vertrag von Maastricht. Es wäre eine Illusion, zu glauben, daß sich unsere Verhandlungsposition problemloser gestalten könnte, wenn der Maastrichter Vertrag nicht ratifiziert würde. Das würde nicht nur von der Substanz her ein großer Rückschlag sein, sondern auch Europa würde in eine neue Krise kommen. Ich glaube, gerade jetzt braucht Europa die Entwicklung zur Maastrichter Lösung als Stabilitätsanker in einer unruhigen Zeit, die vor allem auch bestimmt wird durch den Übergang in Osteuropa, am Balkan von den seinerzeitigen autoritären Regimen kommunistischer Natur zu lebendigen Demokratien.

Auch deshalb hat die Bundesregierung schon wiederholte Male betont, daß sich Österreich vollinhaltlich mit den Zielsetzungen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union identifiziert.

Herr Abgeordneter Frischenschlager hat gemeint, daß das nicht vereinbar ist. – Ich möchte sehr klar sagen: Wir beziehen hier die eindeutige Position, daß eine gemeinsame Sicherheitspolitik – wie sie übrigens auch in anderen Fora formuliert wird, wenn auch weniger konkret, weniger versprechend, zum Beispiel in der KSZE – durchaus vereinbar ist mit dem Kern unserer Neutralität, daß wir einer militärischen Allianz nicht beitreten und fremde militärische Basen in Österreich nicht haben.

Außerdem möchte ich Kollegen Frischenschlager sehr deutlich sagen: Es ist heute noch in keiner Weise abzusehen, in welcher Form sich ein kollektives Sicherheitssystem regionaler Art in Europa verwirklichen wird – im Rahmen der KSZE, im Rahmen der WEU. Wir haben andererseits schon den Präzedenzfall, daß ein kollektives Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen durchaus vereinbar ist mit allen Facetten der Neutralität. – Das zur Erklärung zu diesem wichtigen Thema.

Wir haben daher sehr deutlich gesagt, auch in einem diplomatischen Aide-mémoire vom Juni 1992, daß der Westeuropäischen Union durch den Maastrichter Vertrag eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Europäischen

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock

Union zugeordnet wird und daß wir daraus die notwendigen Schlußfolgerungen bei einem Beitritt zur Europäischen Union ziehen werden.

Meine Damen und Herren! Gerade die Vorgänge in Post-Jugoslawien zeigen uns, wie unvollkommen die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit noch ist — außerhalb der Europäischen Gemeinschaft —, trotz Bestehens der KSZE, trotz Bestehens der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates; ein weiterer Sektor ist das Schengener Abkommen. Österreich bekennt sich zum Grundsatz einer Europäischen Union, in der sich alle Personen frei und ungehindert bewegen können.

Im Hinblick auf unsere traditionelle Stelle als Asylland und auf unsere geographische Lage wird Österreich nur solche Lösungen akzeptieren, die einen gerechten Ausgleich in Fragen der Asylgewährung, der Rückübernahme und Abschiebung von Personen anderer Staatsangehörigkeit vorsehen.

Wir sind daher bereit, als Beobachter an den verschiedenen Tagungen des Schengener Abkommens teilzunehmen. Zum ersten Mal wird Österreich am 16. März in Brüssel bei einem Informationsaustausch mit der sogenannten zentralen Verhandlungsgruppe des Schengener Abkommens anwesend sein.

Nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen möchte ich kurz zum aktuellen Stand der eröffneten Verhandlungen Stellung beziehen.

Bei der ersten Sitzung auf der Ebene der Stellvertreter der Minister wurden der Ablauf und die Organisation der Verhandlungen erörtert sowie das Arbeitsprogramm festgelegt. Es werden in diesem Jahr voraussichtlich vier Verhandlungsrunden auf politischer Ebene, auf Ministerebene stattfinden und wahrscheinlich monatliche Sitzungen auf Stellvertreterebene. Wir sind dafür eingetreten, daß zusätzliche Termine zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn dies notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Derzeit, in den ersten Wochen, ist eine eingehende Prüfung des abgeleiteten Gemeinschaftsrechtes vorgenommen worden. Das heißt, man prüft den Rechtsbestand der Europäischen Gemeinschaft, der in den letzten Jahrzehnten aufgebaut wurde und den wir übernehmen. Diese technischen Prüfungen des Rechtsbestandes der Europäischen Gemeinschaft finden in gemeinsamen Sitzungen mit Schweden, Finnland und auch Norwegen statt, weil Norwegen voraussichtlich anfangs April offiziell die Beitrittsverhandlungen mit der EG aufnimmt.

Am 11. März findet in Brüssel die zweite Runde auf Stellvertreterebene statt. Auch dort geht es

wieder um die Übernahme des Rechtsbestandes. Es wird von den exploratorischen Gesprächen und diesen Gesprächen über die Übernahme des Rechtsbestandes abhängen, wann die politischen Verhandlungen zum ersten Mal im engeren Sinn Platz greifen. Für die Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen Ende Juni 1993 ist vorgesehen, daß eine erste Wertung stattfindet, eine erste Zwischenbilanz über den Gang der Beitrittsverhandlungen.

Das alles bewegt sich im Rahmen der Römer Verträge, vor allem im Rahmen des Wirtschaftlichen als Kernpunkt. Zwei weitere wichtige Bereiche, die ich in meinen grundsätzlichen Ausführungen erwähnt habe — nämlich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Inneres und Justiz, die Säulen zwei und drei des Maastrichter Vertrages —, werden erst verhandelt werden, wenn auch die letzten EG-Mitglieder, sprich Dänemark und England, die Verträge von Maastricht ratifiziert haben. Das heißt, es kann sein, daß diese Materien erst im Herbst oder im Übergang zum Winter verhandelt werden.

Die praktische Schwierigkeit, die es derzeit gibt, ist, daß die EG-Kommission neu bestellt wurde und, wenn Sie wollen, eine neue Kompetenzaufteilung zwischen den EG-Mitgliedern, den Kommissionsmitgliedern, vorgenommen wurde, die nicht dazu angetan war, die Verhandlungsgruppen der EG-Kommission rasch zu konstituieren, weil noch nicht ganz klar war, welcher EG-Kommissär genau in diesen Wochen welche neuen Kompetenzen übernimmt — wenn Sie wollen, auch ein administrativer Verhandlungsfaktor, den man einrechnen muß, auch wenn auf politischer Ebene immer wieder, vor allem vom Vorsitzenden des Landes Dänemark, die Möglichkeit aufgezeigt wird, daß die Verhandlungen als solche grundsätzlich geeignet wären, bis Jahresende 1993 abgeschlossen zu werden.

Ich möchte sehr klar betonen, meine Damen und Herren: Sosehr wir an zügigen Verhandlungen interessiert sind, gibt es für uns keinen Anlaß, uns in irgendeiner Form unter Termindruck setzen zu lassen. Wichtig ist letztlich das Ergebnis der Verhandlungen, nicht der Zeitraum der Verhandlungen. Und Sie können versichert sein, daß ich mich selbst dann daran orientieren werde, wenn es heißt: Jetzt dauern die Verhandlungen schon viel länger, als ursprünglich vorgesehen war. Das Ergebnis zählt, wie bereits gesagt, und nicht die Dauer der Verhandlungen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Man muß einfach realistischerweise in Kauf nehmen, daß das ein hochpolitischer Vorgang ist. Die Beitrittsverhandlungen zur EG stehen natürlich de facto in einem atmosphärisch-politischen Zusammenhang mit dem, was sich mit der Ratifikation von Maastricht tut, und dem, was sich mit

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock

dem Anpassungsprotokoll zur Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraumes tut.

Meine Damen und Herren! Ja selbst die überraschenden Entwicklungen in Osteuropa oder auf dem Balkan können politische Rückwirkungen haben auf die Europäische Gemeinschaft und auf ihre zeitliche Kapazität, zu verhandeln, oder auf andere Überlegungen, die zu diesem Zeitpunkt eben Vorrang haben.

Zum EWR, das habe ich bereits gesagt, wird Herr Minister Schüssel noch Details erwähnen.

Meine Damen und Herren! Was das Wesentliche anlangt, die Mitbestimmung Österreichs auf einer gleichberechtigten Basis und die Sicherung einer Friedensstruktur, so glaube ich, daß diese beiden Zielsetzungen eigentlich doch Zielsetzungen sind, die ein gemeinsames Anliegen aller demokratischen Kräfte unseres Landes sein sollten. Bei aller Diskussion habe ich den Eindruck, daß sich in allen Fraktionen jene stärker durchsetzen, die um eine sachliche Debatte bemüht sind. Ich halte das für unbedingt notwendig.

Es würde auch, wie Frau Abgeordnete Langthaler richtig gesagt hat, der EG nützlich sein, wenn in Brüssel gelegentlich weniger Innenpolitik und mehr europäische Integrationspolitik gemacht würde. Das ist aber nicht primär ein Vorwurf an Brüssel, an die EG-Kommission, sondern, wenn Sie wollen, an manchen Mitgliedstaat.

Weil heute hier erwähnt wurde, da werden bürokratische Lösungen über die Biegung der Banane und deren Einfuhrverbote geregelt, und mit so etwas beschäftigt sich die Europäische Kommission, so, muß ich sagen, liegt das nicht an der Europäischen Kommission, sondern es sind Interessenstreitigkeiten zwischen verschiedenen Bananenerzeugern, die sich gegenseitig ausspielen. Diesen Streit trägt man an Brüssel heran, weil die nationalen Regierungen nicht zu einer Lösungsfindung in der Lage sind, und Brüssel versucht dann eine Lösung zu finden. Die Ursache dafür liegt aber nicht darin, daß Brüssel sich mit solchen Dingen auseinandersetzen will, sondern sie liegt im Egoismus, der auf nationaler Ebene noch sehr oft beheimatet ist. Auch das muß einmal sehr klar gesagt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich das unterstreichen — trotz aller kritischen Bemerkungen des Kollegen Frischenschlager —, was hier gerade vom Liberalen Forum bezüglich einer gemeinsamen Friedensordnung, die noch wichtiger ist als eine gemeinsame Wirtschaft, ausgeführt wurde, ebenso die Ausführungen freiheitlicher Mitglieder in einer Bundesratsdebatte, die dahin gingen, daß die tiefgreifenden Umwälzungen in Europa die EG als Symbol für pluralistische Demokratie, Marktwirtschaft und Integration immer

stärker als Bezugspunkt und Hoffnungsträger mit ständig wachsender kontinentaler Verantwortung in den Mittelpunkt rückten. Orientieren wir unsere Debatte an diesen Feststellungen — ich jedenfalls kann dem nur zustimmen.

Ich werde auch bemüht sein, das Gespräch mit der Opposition, wo immer es möglich ist, fortzuführen, so wie ich es bisher praktiziert habe. Wir brauchen diesen konstruktiven Dialog. Es könnte sein, meine Damen und Herren, daß Ingeborg Bachmann, die berühmte österreichische Dichterin, einmal nicht recht hat mit ihrer Aussage: Die Geschichte lehrt dauernd, aber sie findet keine Schüler! — Wenn man sich durch die Geschichte durchliest, muß man feststellen, daß sie leider oft recht hatte. Sie hat aber schon einmal nicht recht gehabt: als die Österreicher dieses Land wieder aufgebaut haben. Und in diesem Fall wäre es mir recht, wenn sie wieder nicht recht hätte, wenn nämlich in dieser zentralen Frage auch ein nationaler Konsens in unserem Lande gefunden werden könnte. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident Dr. Lichal: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Wirtschaftsminister. (*Bundesminister Dr. Mock: Ich bin noch nicht fertig!*) Bitte um Entschuldigung! Ich habe geglaubt, Sie sind schon fertig, aber das war nur der Applaus. — Bitte, setzen Sie fort.

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock (*fortsetzend*): Ich werde noch zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schieder Stellung beziehen.

Was den Ton anlangt, kann ich mich in keiner Weise damit identifizieren. Er ist völlig unangebracht. Und nachdem Sie, glaube ich, darauf verwiesen haben, daß ich sehr lange im Hohen Haus als Abgeordneter tätig war: Auch ich würde es relevieren, wenn von der Regierung solch ein Ton mir gegenüber gebraucht worden wäre.

Was den Inhalt anlangt: Ich darf kurz in Erinnerung rufen: Meine Damen und Herren, ich habe mich voriges Jahr im Frühjahr für massive wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen die Aggression der serbischen Regierung gegenüber Kroatien und Bosnien-Herzegowina eingesetzt, es hat sich auch die KSZE in Finnland sehr deutlich dafür ausgesprochen, um zu vermeiden, daß später einmal militärische Mittel notwendig sind.

Zuerst zu den ökonomischen und politischen Maßnahmen: Sie sind halbherzig, sie sind zu weich gefaßt worden. Die Aggression hat voll Platz gegriffen gegen Bosnien-Herzegowina; ein Land, das Mitglied der KSZE, Mitglied der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen ist.

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock

Ich habe im August gesagt: Die Charta der Vereinten Nationen kennt zwei Möglichkeiten, gegen die Aggression zu kämpfen: die Gemeinsamkeit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, die kollektive Sicherheit, nach dem Kapitel 7 der Vereinten Nationen. Wenn das nicht funktioniert — und kein Staat kann einen anderen zwingen, mit militärischen Mitteln gegen eine Aggression anzutreten —, so gibt es im Artikel 51 das Recht auf individuelle Selbstverteidigung. — Wenn es also nicht möglich ist, daß wir vor allem Bosnien-Herzegowina mit Möglichkeiten der kollektiven Sicherheit verteidigen, so müssen wir den Menschen nach den Satzungen der Vereinten Nationen, die von uns unterschrieben worden sind, die Möglichkeit geben, sich selbst zu verteidigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin daher sehr dankbar dafür, daß sich in dem Antrag für eine Entschließung des Hohen Hauses die Prüfung dieses Gedankens findet, und ich werde ohnehin zur Verfügung stehen, wenn dieser Entschließungsantrag behandelt wird.

Wesentlicher Punkt: Ich habe mich in meinem Interview zur Notwendigkeit dieser Maßnahmen nach den weiteren Enttäuschungen der letzten Monate bekannt.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen eines nicht vergessen: Alles, was jetzt beschlossen worden ist, beraten wir in der New Yorker-Konferenz, in der Genfer Konferenz, ist es ja schon zwei-, dreimal beschlossen worden. Dazu gehört die Kontrolle über die schweren Waffen. Bestimmte Bereiche sind in Bosnien-Herzegowina konfliktfrei zu halten. Das wiederholt sich alles, es verliert schon an Glaubwürdigkeit.

Ich habe dazu gesagt: Die einzige Möglichkeit, den Menschen noch zu helfen, ist die Schaffung von Sicherheitszonen. Sicherheitszonen sind eng begrenzte Gebiete, die militärisch geschützt sind. Sie sind der einzige Ort, von dem die Menschen, die dort leben, nicht mehr flüchten müssen, andere kehren vielleicht dorthin zurück. Österreich war das erste Land, das eine Lösung dieser Frage mittels Sicherheitszonen bei den Kurden vorge schlagen hatte. Dort ist es realisiert worden.

Wir werden laufend gefragt: Warum bei den Kurden, warum nicht auch bei uns in Sarajewo? Wir haben von Mai bis November im Sicherheitsrat dafür gekämpft. Der Sicherheitsrat hat diesen Vorschlag aufgenommen — operationell, aber nur mit dem Auftrag, der Generalsekretär soll diesen Vorschlag erst einmal prüfen — ohne Termin, als den wir den 1. Mai 1993 vorgeschlagen haben. — Sie wissen, was das bedeutet.

Ich bin weiterhin der Auffassung, daß keine politische Chance besteht, selbst nicht bei einer Bekräftigung durch die UNO, durch eine generelle

militärische Intervention in Bosnien-Herzegowina. Ich glaube andererseits, wenn die Weltgemeinschaft nicht zu diesen Mitteln einer möglichst engen Form der Sicherheitszonen findet — wir haben in Absprache mit der bosnisch-herzegowinischen Regierung Sarajewo vorgeschlagen, Tuzla, Gorazdaje, Bihac und Travnik —, ist die Chance, daß Bosnien-Herzegowina und sein Volk oder seine Völker überleben, äußerst gering. Ich glaube, wir sollten in einer solchen Situation alles getan haben, was zumutbar war, und wir sollten nicht — auch nicht im Rahmen der engen Möglichkeiten Österreichs — mitverantwortlich werden am Völkermord, an ethnischer Vertreibung, die man in der Vergangenheit mit Recht immer wieder verdammt und verurteilt hat. Wir als aktive Generation sind aber gegenwärtig konfrontiert, damit fertig zu werden. Das ist das Ziel meiner Politik für das Nach-Jugoslawien und nichts anderes! *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.35

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet ist jetzt Herr Bundesminister Dr. Wolfgang Schüssel. Bitte, Herr Bundesminister, Sie haben das Wort.

15.36

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Schüssel: Herr Präsident! Hohes Haus! Zunächst die gute Nachricht zum Europäischen Wirtschaftsraum: Nach dem Nein der Schweiz am 6. Dezember bestand Anlaß zu größter Sorge darüber, wie lange es wohl dauern würde, bis es zwischen den 18 Partnern — 19 wären es ja ursprünglich gewesen — zu einer Einigung über ein Zusatzprotokoll und vor allem über eine Neuverteilung der Lasten im Kohäsionsfonds kommen würde.

Die gute Nachricht ist, daß wir Ihnen innerhalb von zwei Monaten eine, wie ich glaube, für beide Seiten gute und begründete Lösung vorschlagen können, die im wesentlichen vorstellt, daß wir keinerlei weitere Agrarkonzessionen machen, daß wir im Bereich der Zinsenzuschüsse von 3 auf 2 Prozent zurückgehen und daß wir in einem gewissen Ausmaß — Dr. Mock hat darauf hingewiesen — die Cash-Zahlungen der Schweiz mitfinanzieren.

Insgesamt ist es, glaube ich, ein vertretbares Ergebnis, das deshalb für Österreich umso wichtiger ist, als wir ja nur für die Dauer des EWR und nur für die Nichtmitgliedschaft Österreichs bei den EG Zahlungen in diesen Kohäsionsfonds zu leisten haben — nachher nicht mehr! Daher ist die Rechnung, die Andreas Khol aufgestellt und Dr. Mock bestätigt hat, vollkommen richtig: Sollten wir mit unserem Soll-Datum 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sein, dann sparen wir sogar gegenüber der ursprünglichen Zielvariante etwas ein. Sollten wir etwa ein Jahr später Mitglied der EG werden,

Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten Dr. Schüssel

kostet das in der Größenordnung von etwa 30 Millionen mehr, und das würde Österreich, glaube ich, aushalten, zumal wir ja positive ökonomische Effekte durch den Europäischen Wirtschaftsraum haben werden.

Damit steht der Europäische Wirtschaftsraum, die Arbeit der Regierungen und der Verhandler, denen ich an dieser Stelle - ich hoffe, auch in Ihrem Namen - herzlich danken möchte, ist getan, am Wort sind jetzt die Parlamente.

Nun die schlechte Nachricht, die am Dienstag über die Fernschreiber gekommen ist: Spanien würde ein Junktim herstellen zwischen der Ratifikation der Maastricht-Verträge und dem Inkrafttreten und der Ratifikation des Vertrags um den Europäischen Wirtschaftsraum.

Richtig ist nun, daß Spanien mit diesem Ergebnis, das wir gemeinsam erzielt haben und das ja auch nicht in Frage gestellt werden soll, nicht ganz zufrieden ist. Sie haben sich von Österreich - ja vor allem von Österreich - mehr Agrarkonzessionen erwartet. Diese haben wir ihnen nicht gegeben, weil wir nicht einsehen, daß wir durch den Wegfall der Schweiz die österreichische Landwirtschaft in irgendeiner Weise geschädigt werden könnten. - Das spricht für die österreichischen Verhandler.

Zweitens waren sie nicht voll zufrieden mit dem Fondsanteil, was auch demonstriert, daß wir hier einen ganz guten Kompromiß erzielt haben. Aber - und darauf möchte ich hinweisen, zumal ich zu Mittag gerade mit dem spanischen Europaminister Carlos Westendorp aus Spanien telefoniert habe, um eine Erläuterung der vielleicht mißverständlichen spanischen Erklärungen zu bekommen - sie wollen kein Junktim zwischen der Ratifikation des EG-Vertrags, des Unionsvertrags in Maastricht und dem EWR-Vertrag herstellen, obwohl für die Spanier beide Verträge ein Stück europäischer Architektur darstellen. Was sie mit ihrer Erklärung erreichen wollten, war, einen gewissen Druck auf Dänemark und Großbritannien auszuüben, um eine möglichst frühe Ratifikation der Maastricht-Verträge zu erzwingen, weil dort zusätzliche Fondsmittel für die Kohäsionsländer, vor allem für Spanien, Portugal, Griechenland und Irland, vorgesehen sind, an denen sie weitaus größeres Interesse haben als an den EWR-Kohäsionsmitteln.

Es wird aber - das bestätigte wiederum der Europaminister heute - kein Veto Spaniens gegen den EWR und auch keine Verzögerung des EWR geben. Damit kommt jetzt die Frage des Zeitplans zum Europäischen Wirtschaftsraum ins Spiel.

Es ist richtig, daß einige Länder Schwierigkeiten haben könnten, den Zeitplan 1. Juli einzuhalten,

denn jetzt sind nicht mehr die Regierungen am Wort, sondern die Parlamente. Der spanische Europaminister hat versprochen, daß dieser Vertrag, sobald er unterzeichnet ist, was am 17. oder 18. März dieses Jahres der Fall sein wird, dem Parlament zugeleitet werden wird. Das heißt also, spätestens Anfang Mai wird auch Spanien den EWR-Vertrag dem Parlament zuleiten. Wir hoffen dringend, daß sämtliche 18 Parlamente der Länder der Europäischen Gemeinschaften beziehungsweise der EFTA und natürlich auch das Europäische Parlament den gemeinsam festgelegten Zeitplan einhalten, um durch eine frühzeitige Ratifikation das Inkrafttreten per 1. Juli 1993 zu ermöglichen. Es sind allerdings nur mehr rund 100 Tage Zeit. Ich weise auf dieses Problem hin.

Ich meine daher, daß wir jetzt durch gemeinsames Lobbying auf allen Ebenen - Regierung, Außenminister, Europaebene, Wirtschaftsminister, Regierungschefs, aber auch auf Parlamentarier-Ebene - versuchen müssen, in den EG-Parlamenten Verbündete zu finden, damit innerhalb der wenigen Monate, die uns noch zur Verfügung stehen, dieser Vertrag, der sehr wichtig ist für unser kleines außenwirtschaftlich orientiertes Land, rechtzeitig parlamentarisch beschlossen werden kann, sodaß das gemeinsame Ziel, möglichst schnell, nämlich am 1. Juli dieses Jahres, diesen Gesamtvertrag in Kraft zu setzen, durchgesetzt werden kann.

Sollte dies nicht der Fall sein, sollte sich das durch parlamentarische Prozeduren um einige Wochen oder um einige Monate verzögern, dann ist das kein Unglück, denn ein formelles Junktim mit dem Maastricht-Vertrag scheint jedenfalls nach den heutigen Erklärungen des spanischen Europaministers nicht mehr zu bestehen. Dennoch müssen wir alles tun, damit wir die parlamentarischen Prozeduren rechtzeitig abschließen können. Ich nehme an, das österreichische Parlament wird hier sogar eine gewisse Vorreiterrolle spielen. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* 15.42

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Staatssekretärin Mag. Ederer. - Bitte, Frau Staatssekretärin.

15.42

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer: Herr Präsident! Sehr geehrte Herren Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde heute bereits mehrmals erwähnt: Die Situation ist schlecht, die Umfragen sind schlecht. Es ist überhaupt so, daß ganz Österreich eigentlich EG-Zweifel hat. *(Abg. Dr. Renoldner: Sie sind hervorragend!)* Man muß einfach einmal sagen: Offensichtlich gibt es ein Wunschdenken bei gewissen Abgeordneten dieses Hauses *(Abg. Dr. Renoldner: Das ist richtig!)*, die

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer

meinen, wenn sie etwas sagen, dann ist das auch so.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht so. Ich möchte Ihnen einige Umfragedaten bringen, um einmal Tatsachen auf den Tisch zu legen, und ich würde Sie bitten, über diese Tatsachen zu diskutieren und nicht nur über Gefühle und Meinungen, die Sie haben, die Sie möglicherweise gewinnen, wenn Sie sich in Ihren Parteikreisen bewegen, in denen die Stimmung und die Kritik gegen die EG möglicherweise stärker sind als insgesamt in der österreichischen Bevölkerung.

Laut IFES-Umfrage — ich habe alle Daten hier, aber ich lese nur einige vor — waren im Juli 1992 40 Prozent für die EG, 35 Prozent dagegen und 25 Prozent unentschieden. Im Oktober — das ist völlig richtig — gab es dann einen Einbruch, weil es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu größeren Diskussionen gekommen ist, weil die Frage des Jugoslawien-Konflikts gekommen ist. Dies war in der österreichischen Diskussion sehr präsent und hat auch die Meinung der Österreicher geändert. Die EG hat leider keine wirklich wirksamen Instrumente, um diesen Konflikt zu beenden. Es gab dann einen Einbruch.

Laut Gallup-Institut waren im November 1992, 47 Prozent pro EG, 31 Prozent kontra und 22 Prozent unentschieden. Im Februar 1993 — das war vor genau einem Monat; es darf aber einfach nicht sein, was ist — gab es laut Gallup-Umfrage 49 Prozent Pro-Stimmen, 41 Prozent Kontra-Stimmen und 10 Prozent waren unentschieden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das heißt, alle mir vorliegenden Umfragen zeigen eine positive Tendenz auf.

Zweitens: Wir haben laut Umfragen die besten Daten aller EFTA-Länder, die Beitrittswerber sind, hinsichtlich der Stimmung.

Drittens: Die Opposition hat sich in den letzten drei Monaten genau bei dem Thema entzweit, von dem sie behauptet, daß es so schlecht sei. Also genau bei diesem Thema hat sich die Opposition entzweit, und zwar komplett.

Letzter Punkt, den ich noch erwähnen möchte: Es gibt keine Informationsoffensive der Bundesregierung, die manipulieren will, sondern das Ziel ist zu informieren. — In diesem Zusammenhang möchte ich ebenfalls nur einige Zahlen nennen: Wir haben den höchsten Informationsstand in den EFTA-Ländern und auch einen höheren als in den EG-Ländern. 33 Prozent der Menschen in den EG-Ländern fühlen sich über den Bereich EG informiert, 34 Prozent — ein Prozentpunkt

mehr — fühlen sich in Österreich darüber gut oder sehr gut informiert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine Situation, die sich eine Regierung eigentlich wünschen müßte. Ich gebe zu, daß der Koalitionspartner für kurze Zeit vielleicht ein bißchen Angst bekommen hat, daß es so gut läuft, und möglicherweise gemeint hat, man sollte noch etwas verändern. Darüber kann man jederzeit reden. Wenn die Opposition Anregungen oder Verbesserungsvorschläge hat, dann bin ich durchaus bereit, diesbezüglich Gespräche zu führen. Es macht doch die Politik aus, das aufzugreifen und auch einzuarbeiten.

Ich möchte Ihnen mitteilen: Die Umfragen sind gut, wir liegen gut, es ist alles gut vorbereitet. (*Abg. Scheibner: Die Leute sagen etwas anderes!*) Ihre Panikmache kann ich nur dahin gehend verstehen, daß Sie Sorge haben, daß wir zu gut sind, aber daran werden Sie uns nicht hindern. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun möchte ich noch etwas zum Diskussionsklima in diesem Haus sagen. Es wird immer wieder gesagt, die Informationsoffensive der Bundesregierung stelle die EG als Paradies dar, aber die Leute glaubten das nicht.

Kein Mitglied dieser Bundesregierung behauptet, daß die Europäische Gemeinschaft ein Paradies sei. Die Europäische Gemeinschaft ist aber auch kein irdisches Jammertal, sehr geehrte Damen und Herren, sondern sie ist ein Instrument der Politik, und als das sollte man sie einmal sehen; sie ist ein Instrument der Politik, völlig neutral, und die Politik kann sich dieses Instrumentes bedienen und in die für sie richtige Richtung drängen. Das ist die Europäische Gemeinschaft und nichts anderes. (*Zwischenruf des Abg. Wabl.*)

Herr Abgeordneter Wabl! Wer nicht bereit ist, sich dieses Instrumentes zu bedienen, kann auch nicht erwarten, daß dieses Instrument für ihn arbeitet, sondern muß zur Kenntnis nehmen, daß sich andere politische Kräfte dieses Instrumentes bedienen und diese Europäische Gemeinschaft in ihrem Sinne verwenden. Das ist eine ganz einfache Schlußfolgerung. (*Abg. Wabl: Wer hat jetzt dieses Instrument in der Hand?*)

Wenn ich diese Politikabsenz der Opposition ernst nehmen würde, dann müßte sie konsequenterweise sofort dieses Haus verlassen und sich aus der österreichischen Innenpolitik zurückziehen, denn das würde ja bedeuten, daß man an sich den Gestaltungswillen in der Politik aufgibt. Man ist dann der Meinung, das passiert so, es gibt Kräfte, mit denen man nicht einverstanden ist, daher schaut man weg.

Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Mag. Brigitte Ederer

Ganz im Gegenteil: Es gibt ja die Opposition, die meint, die Politik sei in einigen Bereichen nicht richtig, und (*Abg. Wabl: Die EG ist doch kein demokratisches System!*) daher versucht, Gegenvorschläge zu erarbeiten. Die EG ist das Instrument auf internationaler Ebene, um Vorstellungen, die man von der Gestaltung der Gesellschaft hat, durchzusetzen.

Jetzt komme ich zu einem ganz wichtigen Punkt, der meiner Meinung nach von der Opposition immer zuwenig beachtet wird. Wenn man integrierte Märkte hat, wenn sich Probleme internationalisieren - ich glaube, beides gesteht mir sogar Herr Abgeordneter Voggenhuber zu, der ein erklärter EG-Gegner ist -, dann muß sich die Politik internationaler Rahmenbedingungen bedienen und kann nicht weiter nur auf nationale Rahmenbedingungen setzen. Denn das würde letztendlich bedeuten, daß die Politik auf nationaler Ebene Rahmenbedingungen setzt, die Wirtschaft und die Probleme aber längst international geworden sind, und damit verliert die nationale Politik sehr stark an Schärfe. Es ergibt daher wenig Sinn, in diesem Bereich zu bleiben.

Das heißt, noch einmal zusammengefaßt: Es geht nicht darum, ob die EG alles besser regelt als wir, in vielen Bereichen gibt es Vorteile, in manchen Bereichen gibt es Risiken und Nachteile. Selbstverständlich, aber das wird auch in der Informationsoffensive der Bundesregierung gesagt.

Worum es geht, ist, daß diese EG derzeit das einzige Instrumentarium für die Politik ist, um jene Errungenschaften, die wir in den letzten 100 Jahren auf nationaler Ebene erreicht haben, in den nächsten Jahrzehnten auf internationaler Ebene abzusichern. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 15.51

Präsident Dr. Lichal: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Dr. Renoldner zu Wort. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Sie um 16 Uhr unterbrechen muß, um die dringliche Anfrage einer Behandlung zuzuführen. - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter. (*Abg. Dr. Cap: Schön ist der Renoldner! Guter Friseur!*)

15.51

Abgeordneter Dr. Renoldner (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Staatssekretärin hat uns hier zum wiederholten Male das kleine Einmaleins der EG-Kampagne der Bundesregierung vorgetragen, das dafür verantwortlich war, daß die erste Phase ihrer Kampagne offensichtlich so erfolgreich gelaufen ist, wie sie das selbst als Stabssekretärin eines Meinungsforschungsinstituts hier vorgetragen hat.

Die Opposition ist mit diesen Meinungsumfragen als Zwischenergebnis sehr zufrieden. Als Langzeitergebnis kann man damit nicht zufrieden

sein, und zwar nicht deshalb, weil man auf die Volksabstimmung schießt, sondern weil es doch um die Frage geht, ob es einer Bundesregierung gelingen wird, nicht nur hier herinnen, wo man schön bequem sitzen kann, sondern draußen mit der Bevölkerung und mit den Menschen, die existentielle und physische Angst vor dem EG-Beitritt haben, mit ebendiesen Menschen Konsens herbeizuführen. Es geht darum, ob man eine solch wichtige staatspolitische Frage bei der Bevölkerung mit 51 : 49 oder 52 : 48 Prozent durchziehen wird müssen oder ob es gelingen wird, sich auf eine gemeinsame Vorgangsweise zu einigen.

Das ist der Punkt, Frau Staatssekretärin, zu dem Sie nichts Neues gebracht haben. Sie haben nämlich wieder das beschworen, was Ihre EG-Kampagne der Bevölkerung signalisiert. Es hat mich sehr überrascht, daß Sie es gewagt haben, Angaben laut Umfragedaten, die eigentlich nicht erwarten lassen, daß die Volksabstimmung tatsächlich so ausgehen wird, als Erfolg zu verkaufen. Offenbar waren Sie schon derart entmutigt, daß Sie nicht geglaubt haben, daß laut Rohdaten 35 Prozent Gegner und 40 Prozent Befürworter bei einem sehr hohen Prozentsatz an verunsicherten Menschen keine Mehrheit für einen Beitritt ergeben werden.

Aber lassen wir uns gar nicht auf diese Zahlen-spekulationen ein. Selbst wenn es Ihnen, Frau Staatssekretärin, gelingen sollte, diesen von Ihnen zitierten Trend noch umzukehren und herauszubringen, daß daraus tatsächlich eine empirische Mehrheit wird - nämlich nicht eine Mehrheit von 40 Prozent, wie Sie sie präsentiert haben -: Was wäre denn die Voraussetzung dafür? Was wären denn diese Gespräche, die hier heute rhetorisch beschworen werden, Gespräche um die Bedenken der Opposition und Gespräche mit den Menschen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, und insbesondere mit jenen Menschen, die in der Landwirtschaft aufgrund dieses Beitrittes um ihren Arbeitsplatz und um ihren Betrieb fürchten?

Klubobmann Frischenschlager hat heute in eindrucksvoller Weise hier im Haus gezeigt, daß es offenbar nur ein sehr kleiner Schritt von der Klubbildung hin zur Regierungsbeteiligung ist. Er hat eigentlich deutlich gemacht, daß nur einige wenige Meter Verschiebung in der Sitzordnung des Nationalrates ausreichen, um sich von diesen 35 in die 40 Prozent hinüberzubewegen und um seine Gewissensentscheidung, die man bisher getroffen hatte, plötzlich wieder ins Gegenteil zu verkehren, weil man meint - das hat Abgeordneter Frischenschlager hier gut ausgeführt -, die Europäische Gemeinschaft sei eine Realität, an der wir nicht vorbeikommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie ist eine Realität, und wir kommen an ihr nicht

Dr. Renoldner

vorbei. Das ist schon so lange eine Tatsache, seit wir Mitglied der EFTA sind. Das ist und bleibt auch dann eine Tatsache, wenn wir nicht EG-Mitglied werden. Aber wie können wir mit dieser Realität leben, wenn wir in Verhandlungen von einer Bundesregierung geführt werden, die in diesen Verhandlungen keine substantiellen Vorbehalte benannt hat?

Herr Minister Mock! Sie haben es am 1. Februar in Brüssel nicht einmal für den Fernsehauftritt, für die Live-Übertragung der Mühe wert gefunden — alle haben gewußt, daß nachher hinter verschlossenen Türen noch ganz andere Gespräche stattfinden —, der österreichischen Bevölkerung oder den europäischen Fernsehzusehern vorzuzeigen, daß Österreich ein Land ist, das diesen Beitritt mit Forderungen und Bedingungen anstrebt, daß die österreichische Bundesregierung Vorbehalte macht und keinen bedingungslosen Kniefall vor den Europäischen Gemeinschaften machen wird.

Das ist Ihnen nicht gelungen. Sie haben sich optisch — das hat man auch als Fernsehzuschauer erleben können — darin sehr stark unterschieden von Ihren Amtskollegen aus Schweden und aus Finnland, die es nämlich vor den Europäischen Gemeinschaften für nötig befunden haben, sehr deutlich zu erklären: Wir Schweden und wir Finnen streben zwar diesen Beitritt an, aber wir machen zugleich darauf aufmerksam, daß wir Länder mit einer ganz besonderen Problematik vertreten — etwa was den Holzhandel in Finnland anlangt. Darauf werden wir an diesen Plenartagen noch zu sprechen kommen. Im Falle Schwedens gilt das zum Beispiel für Fischereirechte. Und wir sagen heute ganz deutlich — auch im Bereich der Sicherheitspolitik —, daß wir gerade dieser Europäischen Gemeinschaft in ihrer jetzigen Form nicht ohne Wenn und Aber beitreten können, sondern wir machen heute am Verhandlungsbeginn deutlich, daß wir damit Vorbehalte verknüpfen.

Das ist der Punkt, in dem diese Bundesregierung jegliches Handeln vermissen läßt. Das enttäuscht die Opposition und macht ein Gespräch über eine konstruktive Vorgangsweise unmöglich. Meine Damen und Herren! Das deshalb, weil Sie den Eindruck erwecken, daß es nur um das Spiel mit den 51 Prozent bei der Volksabstimmung geht. Und das ist wirklich bitter!

Frau Staatssekretärin! Das Lachen wird Ihnen in den Wochen vor dieser Volksabstimmung noch vergehen. Wie auch immer dieses bittere Stechen ausgeht, wie auch immer dieser Kampf um 49 oder 52 Prozent ausgeht, es wird dazu beitragen, daß sich die soziale Kluft in der österreichischen Bevölkerung vertieft. Das ist eine Kluft, die man nicht überwinden kann, indem man die paar Meter von einer Parlamentshälfte in die andere Häl-

te hinübereückt. Das ist eine Kluft, die die Bevölkerung nur selbst beantworten und schließen kann.

Ich glaube, es ist nicht die richtige Strategie, wenn Sie nach verlorener Debatte versuchen, den Leuten einzureden, 8 Milliarden Verluste in der Landwirtschaft — 8 Milliarden Verluste für die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich! — seien nicht so schlimm und das werde schon verschmerzbar sein; aber wir sagen nicht, mit welchen strukturpolitischen Maßnahmen wir diesen Einkommensverlust aufhalten können.

Oder der Verlust aller zusätzlichen verkehrspolitischen Maxime, die selbst im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung festgelegt sind. Wenn man nur einen Zentimeter über diesen Transitvertrag hinausgehen würde, würde das einen Verzicht auf eine Fortführung dieser Politik bedeuten. Aber nein! Wir müssen es sogar noch akzeptieren, daß der Transitvertrag in seiner schlechten Form und ohne Kontrollmöglichkeiten für Österreich heute von der Europäischen Gemeinschaft in Frage gestellt wird.

Meine Damen und Herren! Bei dieser politischen Rhetorik werden Sie die Menschen nicht gewinnen können. Ich glaube, das ist der eigentliche Diskussionsprozeß, in den wir treten sollten. Wir sollen nicht fragen: „Wer hat mit einem wie hohen Anteil seiner Wählerschaft recht?“, oder: „Wer hat eine wie hohe und wie wahrscheinliche Chance, daß sich diese 40 Prozent vielleicht doch noch in 51 Prozent umkehren (*Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer: 49 Prozent!*)“, oder wer kann von 35 — in den Rohdaten etwas mehr — bisher noch Unentschlossenen abschöpfen?“ (*Staatssekretärin Mag. Brigitte Ederer: 49! Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!*) Wer sagt Ihnen denn, Frau Staatssekretärin, daß es Ihnen gelingen wird, diese 40 oder 49 Prozent zu motivieren für diesen Schritt? Wer sagt Ihnen denn, daß es Ihnen taktisch gelingen wird, diese zu den Wahlurnen zu bringen?

Aber lassen wir diese Spekulationen, beschäftigen wir uns doch damit, wie es möglich ist, daß wir in diesem Haus einen solchen Prozeß erleben, daß wir mit der gleichen Rhetorik — Herr Klubobmann Frischenschlager, der hier so kurzfristig seine Meinung geändert hat, hat das am besten zum Ausdruck gebracht — sagen müssen: Die Europäische Gemeinschaft ist ein Faktum, eine Realität, an der wir nicht vorbeikommen, und deshalb müssen wir uns ohne Wenn und Aber darauf einlassen, daß es eben die überwältigende Mehrheit in Europa ist und daß gar kein Weg daran vorbeiführt, das ohne Bedingungen zu übernehmen, was uns die Europäische Gemeinschaft als Beitrittsbedingungen diktiert!

Dr. Renoldner

Zugleich aber will man innenpolitisch der Bevölkerung erklären: Die Europäische Integration ist ein dynamischer Prozeß, in dem sich noch vieles verändern wird und in dem wir vieles inhaltlich einzubringen haben.

Es ist schon richtig, daß sie ein dynamischer Prozeß ist. Dazu können wir in diesen Beitrittsverhandlungen und vor allem mit unserer taktischen Entscheidung, ob wir diesen Beitritt akzeptieren können oder nicht, beitragen. Denn genau das macht die Dynamik der Europäischen Gemeinschaften aus, daß immer wieder einzelne Länder gesagt haben: „Nein! Wenn wir in der Frage der Fischereirechte, wenn wir in der Frage der Landwirtschaft, wenn wir in der Frage der Neutralitätspolitik unseren Kurs in dieser Gemeinschaft nicht fortführen können, dann ist es uns den hohen Preis nicht wert, den die Europäische Gemeinschaft von uns dafür verlangt, dann müssen wir eben nicht um jeden Preis zu Kreuze kriechen!“

Herr Bundesminister! Sie sagen, daß die Europäische Gemeinschaft der lebende Beitrag dazu war, daß in Westeuropa Kriege verhindert wurden. Dann antworten Sie aber auf einen Zwischenruf: „Was ist dann mit Nordirland?“ — das ist ja Teil der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Wirtschaftsraumes — „Warum ist es dort nicht gelungen?“, Sie hätten nur nationale Kriege gemeint.

Herr Minister! Wollen Sie denn sagen, daß die EFTA-Staaten, die in den 30 Jahren nicht bei der Europäischen Gemeinschaft waren, in der Zwischenzeit miteinander Kriege geführt hätten, daß es nationale Grenzkonflikte gegeben hätte, daß vielleicht finnische Bombengeschwader die Schweiz attackiert hätten? 16.00

Präsident Dr. Lichal (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter! Ich muß Sie leider unterbrechen. Es ist 16 Uhr, und wir kommen zur Behandlung der dringlichen Anfrage; Sie können ja dann Ihre Rede fortsetzen.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Haider, Fischl und Genossen an den Bundeskanzler betreffend mangelnde Koordination im österreichischen Gesundheitswesen (4424/J)

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen zur Behandlung der dringlichen Anfrage 4424/J.

Da diese inzwischen schriftlich an alle Abgeordneten verteilt wurde, erübrigt sich eine Verlesung durch den Schriftführer.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Die in den letzten Tagen aufgeflammete Diskussion über das österreichische Gesundheitswesen hat gezeigt, daß sich auch dieser Bereich wegen der mangelnden Lösungskompetenz der koalitionsären Bundesregierung in einer Sackgasse befindet.

Bereits im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP vom 16. Jänner 1987 wurde neben einer Neuordnung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie des Finanzausgleiches insbesondere auch eine Neuordnung des Gesundheitswesens angekündigt. Bundeskanzler Dr. Vranitzky kündigte in seiner Regierungserklärung vom 28. Jänner 1987 diese Neuordnung des Gesundheitswesens ebenfalls an. Kaum einen Monat später, am 24. Feber 1987, übernahm der Regierungschef zudem die gesamten Gesundheitskompetenzen des vormaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz in sein Ressort.

Diese Ankündigungspolitik wurde im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien für die derzeit laufende XVIII. GP im Dezember 1990 bekräftigt. Dort heißt es wörtlich zum Kapitel Gesundheit:

„Oberstes Ziel der Gesundheitspolitik ist die Schaffung jener gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen, die es jedem Menschen möglich machen, körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden zu erreichen.“

Im einzelnen wurden hiezu im Regierungsübereinkommen folgende Punkte vereinbart:

*1. Strukturverbesserung**2. Krankenanstalten*

Weiterentwicklung und Einführung eines differenzierten, leistungsbezogenen Modells, das an der Diagnose orientiert alle wesentlichen Faktoren, wie medizinische Spitzenleistungen, unterschiedliche Versorgungsstrukturen et cetera berücksichtigt. Dieses Modell dient als Grundlage für eine Neuordnung der Finanzierung der Krankenanstalten, zur Abgeltung der Leistung, zur Lösung des „Fremdpatientenproblems“, für Strukturanpassung und zum Setzen von Standards;

Erarbeitung eines österreichweiten Gesundheitsplanes gemeinsam mit den Ländern unter Mitwirkung der Sozialversicherungsträger als Grundlage für die Ressourcenverteilung im Gesundheitswesen, der insbesondere einen Krankenanstaltenplan und einen Großgeräteplan als integrierte Bestandteile umfaßt;

neue, praktikable Arbeitszeitregelungen für Spitalsbedienstete.

*IV. Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung**1. Mediziner Ausbildung*

Präsident Dr. Lichal

Reform der Mediziner Ausbildung, insbesondere Intensivierung der praktischen Ausbildung im Studium, sowie Reform der postpromotionellen Ausbildung und Integration neuer Inhalte;

wesentliche Verstärkung des Sonderfachärzteprogramms für strukturschwache Fächer.

2. Pflegepersonal

Reform der Krankenpflegeausbildung mit dem Ziel der Integration in das berufsbildende Schulwesen und Erweiterung des Zugangs zum Pflegeberuf.

3. Ausbildung des medizinisch-technischen Personals, Reform der Ausbildung des medizinisch-technischen Personals unter Angleichung an den EG-Standard und bedarfsgerechte Ausbildung

4. Patientenrechte

Systematische Weiterentwicklung der Patientenrechte (Patientenrechtsgesetz);

effiziente Unterstützung des Patienten bei der Rechtsdurchsetzung durch Patientenanwaltschaft, Ombudsräte et cetera;

Neuordnung des Haftungsrechts.

Faktum ist, daß der Großteil dieser Punkte des Regierungsübereinkommens das geblieben ist, was er auch bisher war — reine Absichtserklärungen.

Ebensowenig wurde das seit 1970 (Minderheitsregierung Kreisky I) bestehende Monopol der SPÖ im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens von den jeweils zuständigen Bundesministern Rudolf Häuser, Gerhard Weißenberg, Herbert Salcher, Alfred Dallinger, Ferdinand Lacina und Walter Geppert, Josef Hesoun (Sozialminister) beziehungsweise Ingrid Leodolter, Hertha Firnberg, Herbert Salcher, Kurt Steyrer, Franz Kreuzer, Franz Vranitzky, Franz Löschnak, Harald Eul, Michael Ausserwinkler (Gesundheitsminister) in irgendeiner Art und Weise dazu genutzt, eine Verbesserung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens herbeizuführen.

Auch seit Wiederaufleben der „Großen Koalition“ (1987) sind aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten keine Anstrengungen zur Lösung der anstehenden Probleme gemacht worden.

Weder Franz Vranitzky, Franz Löschnak, Harald Eul geschweige denn Michael Ausserwinkler als zuständige Gesundheitsminister noch Alfred Dallinger, Ferdinand Lacina, Walter Geppert oder Josef Hesoun als zuständige Sozialminister konnten in diesen Bereichen seither auch nur ansatzweise Erfolge erzielen. Dieses Manko verbindet sie allerdings mit den für die Mediziner Ausbildung mitzuständigen ÖVP-Ministern Hans Tuppy und Erhard Busek.

Obwohl die große Koalition seit 1987 alle zuständigen Minister und darüber hinaus die für das Gesundheitswesen zuständigen Landesräte Hermann Fister (SP-Burgenland), Karin Achatz (SP-Kärnten), Ewald Wagner (SP-Niederösterreich), Karl Albert Eckmayr (VP-Oberösterreich), Gerheit Widrich (VP-Salzburg), Dieter Strenitz (SP-Steiermark), Walter Hengl (SP-Tirol), Hans Peter Bischof (VP-Vorarlberg) und Josef Rieder (SP-Wien) stellt, wurden diese Probleme bislang in keiner Weise gelöst.

An den Koalitionsparteien, die auch die derzeitige Bundesregierung stellen, läge es, durch eine nach sachlichen und finanziellen Gesichtspunkten orientierte Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern einerseits und den betroffenen Bundesministerien andererseits ein für Österreich optimales Gesundheitswesen zu schaffen.

In diesem Zusammenhang kann sich die Koalition insbesondere weder darauf ausreden, daß sie nicht in der Lage ist, die Kompetenzverteilung zu ändern, noch daß sie ihren Standpunkt gegenüber den österreichischen Bundesländern nicht durchzusetzen imstande wäre:

Um die angesprochenen Kompetenztatbestände im B-VG zu ändern, genügt die Zweidrittelmehrheit in der gesetzgebenden Körperschaft, welche die Koalition sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat besitzt. Für eine Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 reicht sogar die einfache Mehrheit.

Einer entsprechenden Koordination mit den für die Gesundheitspolitik zuständigen Landesregierungsmitgliedern stehen ebenfalls weder rechtliche noch politische Argumente entgegen. In den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Steiermark, Tirol und Wien untersteht das Gesundheitsressort einem SPÖ-Landesregierungsmitglied, während in Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg die ÖVP den zuständigen Landesrat stellt.

Die bereits oben angeführten Probleme reichen von der ungeklärten Frage einer zukünftigen Spitalsfinanzierung über die universitäre und postuniversitäre Mediziner Ausbildung, gerechte Arbeitszeitregelungen für die Bediensteten im Gesundheitswesen bis hin zur Versorgung der ländlichen Gebiete mit praktischen beziehungsweise Fachärzten.

Im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung ist der österreichische Steuerzahler mit einer von ihm zu finanzierenden Kostenexplosion konfrontiert, die einzudämmen die zuständigen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger nicht mehr in der Lage sind. So stiegen die Gesamtaufwendungen für den Krankenanstalten-Zusammenarbeits-

Präsident Dr. Lichal

fonds (KRAZAF) von Bund, Sozialversicherungsträgern, Ländern, Gemeinden und sonstigen Quellen unter Bundeskanzler Dr. Vranitzky als zuständigem Ressortminister und Vorsitzenden in der Fondsversammlung des KRAZAF wie folgt:

1987: 6,143 Milliarden Schilling,

1988: 7,246 Milliarden Schilling,

1989: 8,165 Milliarden Schilling,

1990: 8,621 Milliarden Schilling,

1991: 11,967 Milliarden Schilling.

Hauptverantwortlich dafür sind unter anderem die unterschiedlichen Kosten pro Pflegetag in den einzelnen Bundesländern, die durch die Krankenkassen ersetzt werden; kostete in Wien 1992 ein Pflegetag 4 927 S, so beliefen sich die Kosten im Burgenland auf 2 260 S. Die Krankenkassen ersetzen in Wien lediglich 1 218 S pro Pflegetag (zirka 25 Prozent), während sie im Burgenland 1 001 S (zirka 45 Prozent) refundierten. Die aus diesem Refinanzierungssystem resultierenden Defizite führen zu der oben bereits angesprochenen Kostenexplosion im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung. Hauptgrund für dieses antiquierte Finanzierungssystem ist der Kompetenzdschungel zwischen Bund und Ländern.

Derzeit arbeiten rund 25 000 Mediziner in Österreich, wovon rund 11 500 Fachärzte sind. Österreich bräuchte derzeit jedoch mehr als 16 000 Fachärzte, um die ärztliche Versorgungssituation in Österreich zu verbessern. Grund für diesen Mangel ist zum einen die komplexe Kompetenzverteilung zwischen Gesundheits- und Wissenschaftsministerium bei der universitären und post-universitären Medizinerbildung und zum anderen die daraus resultierenden Koordinationsmängel. Als Beispiel seien nur die überlangen Wartezeiten von Jungmedizinern auf ihre Turnusausbildung angeführt.

Derzeit gibt es in Österreich weiters rund 45 000 Krankenschwestern und -pfleger. Davon mußten allein 16 Prozent der diplomierten Pfleger aus dem fremdsprachigen Ausland rekrutiert werden, während weiterhin ein Mehrbedarf von rund 4 000 diplomierten Krankenschwestern und -pflegern besteht. Wiederum resultiert dieses Manko aus den Mehrfachzuständigkeiten des Gesundheitsministeriums einerseits und der diversen Krankenanstalterhalter wie zum Beispiel Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und Private andererseits.

In vielen ländlichen Gebieten quer durch Österreich besteht zudem ein großes Manko an ausgebildeten medizinischen Fachkräften. Einerseits lassen sich viele Fachärzte in den städtischen Ballungs-

zentren nieder, andererseits kommt es eben dadurch zu einer Unterversorgung in vielen Bezirksstädten und Landgemeinden. Auch hier offenbart sich die mangelnde Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen.

Gemäß Artikel 10 Abs. 1 Z. 12 B-VG ist der Bund in Gesetzgebung und Vollziehung für das Gesundheitswesen zuständig, hinsichtlich der Heil- und Pflegeanstalten jedoch nur für deren sanitäre Aufsicht. Ebenfalls zuständig in Gesetzgebung und Vollziehung ist der Bund für das Sozial- und Vertragsversicherungswesen gemäß Artikel 10 Abs. 1 Z. 11 B-VG, ebenso wie er für die Universitätsausbildung gemäß Artikel 14 Abs. 1 B-VG in Gesetzgebung und Vollziehung zuständig ist.

Für die Heil- und Pflegeanstalten (abgesehen von der sanitären Aufsicht) ist der Bund gemäß Artikel 12 Abs. 1 Z. 11 B-VG lediglich für die Gesetzgebung über die Grundsätze zuständig, während die einzelnen Länder die Erlassung von Ausführungsgesetzen und die Vollziehung innehaben. Daraus ergeben sich die bereits oben angeführten Kompetenzprobleme und die daraus resultierenden Probleme der Gestaltung einer effizienten Gesundheitspolitik in Österreich.

Der Bund selbst hat seine eingeschränkten Kompetenzen aber wiederum auf mehrere Bundesministerien verteilt, nämlich das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

So ist das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz gemäß Teil 2 Abschnitt F Z. 1 der Anlage zu § 2 BMG unter anderem für die „Angelegenheiten (. . .) der Heil- und Pflegeanstalten“ sowie die „Aus-, Fort- und Weiterbildung des Personals der öffentlichen Gesundheitsverwaltung“ zuständig. Weiters ist das Gesundheitsministerium gemäß Teil 2 Abschnitt F Z. 4 der Anlage zu § 2 BMG auch für die

„Angelegenheiten der Ärzte (. . .) und sonstiger Sanitäts(. . .)personen“ sowie der „Aus-, Fort- und Weiterbildung der Ärzte (. . .) nach ihrer Graduierung sowie der sonstigen Sanitätspersonen“ zuständig.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wiederum ist gemäß Teil 2 Abschnitt D Z. 2 der Anlage zu § 2 BMG für die

„Angelegenheiten der Sozialversicherung (. . .)“, wozu unter anderem die Krankenversicherung und die Krankenkassen zählen, zuständig.

Präsident Dr. Lichal

Schlußendlich unterstehen die universitäre Mediziner Ausbildung und die medizinische Forschung gemäß Teil 2 Abschnitt N Z. 2 der Anlage zu § 2 BMG dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Die Kompetenz des Bundesministeriums für Landesverteidigung hinsichtlich der „Angelegenheiten des Schutzes der Gesundheit der Angehörigen des Bundesheeres einschließlich der militärischen Krankenanstalten und der militärischen Arzneimittelversorgung“ (Teil 2 Abschnitt H der Anlage zu § 2 BMG) sei hier lediglich der Vollständigkeit halber erwähnt.

Interessant zu beobachten ist jedoch weiters insbesondere die Bewegung der derzeit dem Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz zugeordneten Kompetenzen seit dessen Errichtung mit Bundesgesetz vom 21. Jänner 1972 über die Errichtung eines Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, BGBl. Nr. 25. Den Großteil seiner Kompetenzen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens übernahm das damalige Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für soziale Verwaltung, wobei die Kompetenz für die Krankenversicherung und die Krankenkassen beim Sozialministerium, die universitäre Forschung und Lehre beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung verblieb; letzteres war 1970 errichtet worden.

Mit Bundesgesetz vom 11. Juli 1973 über die Zahl, den Wirkungsbereich und die Einrichtung der Bundesministerien (Bundesministeriengesetz 1973), BGBl. Nr. 389, wurde der Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz (vergleiche Teil 2 Abschnitt E der Anlage zu § 2 Bundesministeriengesetz 1973) unwesentlich erweitert, wobei es allerdings zu keinen weiteren Kompetenzverschiebungen vom Sozial- geschweige denn vom Wissenschaftsministerium kam.

Mit „Bundesgesetz vom 14. Dezember 1983, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 geändert wird sowie damit zusammenhängende Bestimmungen über den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Konsumentenschutz erlassen werden“, BGBl. Nr. 617, kam es zu einer ersten Ausdünnung der Kompetenzen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, da die familienpolitischen Angelegenheiten auf den Sachgebieten der Gesundheitspflege, Gesundheits-erziehung, Gesundheitsberatung und Gesundheitsvorsorge dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Familie, Jugend und Umweltschutz zugeordnet wurden.

Die folgenden Novellen des Bundesministeriengesetzes 1973 (BGBl. Nr. 439/1984, 24/1985) ließen die Kompetenzen des Bundesministeriums für

Gesundheit und Umweltschutz ebenso unangetastet wie die Wiederverlautbarung des Bundesministeriengesetzes 1973 als Bundesministeriengesetz 1986 — BMG mit WV BGBl. Nr. 76.

Einschneidender war jedoch das wenig mehr als ein Jahr später Rechtskraft erlangende „Bundesgesetz vom 24. Feber 1987, mit dem das Bundesministeriengesetz 1986, das Arbeitsmarktförderungsgesetz und das Lebensmittelgesetz 1975 geändert werden“, BGBl. Nr. 78. Mit dieser Novelle wurden die Kompetenzen des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz zum Großteil dem Planstellenbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz angehörenden Bediensteten wurden im Verhältnis 8 : 1 in die Planstellenbereiche des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie übernommen.

Die Richtigkeit dieser Maßnahme wurde damals von Abgeordneten Dr. Schranz (SPÖ) dahin begründet, als es „auch richtig (ist), das Gesundheitswesen mit der Arbeit des Bundeskanzleramtes im Zusammenhang zu sehen, denn schließlich sind ja die Aufgaben auf diesem Sektor sehr weitgehend verbunden mit der Zusammenarbeit mit den Rechtsträgern der Krankenanstalten. Die Rechtsträger der Krankenanstalten sind in erster Linie die anderen Gebietskörperschaften, also Länder und Gemeinden, und auch private Institutionen, vor allem Orden. Wenn das Bundeskanzleramt, das ja für die Koordination der Politik mit den anderen Gebietskörperschaften zuständig ist, seine Aufgaben auf dem Gesundheitssektor wahrnimmt, wird das eine sehr gute Lösung sein.“

Ähnlich argumentierte seinerzeit Abgeordneter DDr. Hesele (SPÖ): „Was die Gesundheitspolitik anbelangt, die dem Bundeskanzleramt zugeteilt worden ist, hat Kollege Geyer gesagt, es werde nur verwaltet. Das ist nicht ganz richtig. Gesundheitspolitik besteht nicht nur im Verwalten. Eine der ganz wesentlichen Aufgaben in der nächsten Zeit wird sein: Wie kann man die Spitäler — nicht nur in Wien, sondern auch draußen in den Bundesländern — finanzieren, um eine moderne Gesundheitspolitik zu garantieren. (. . .) Es ist auch eine Frage der Finanzierung, der Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Daher glauben wir, daß Gesundheitspolitik ein Teil des Bundeskanzleramtes sein sollte.“

Dem Bundeskanzleramt, das bereits damals von Bundeskanzler Dr. Vranitzky geleitet wurde, wurden also bis zur Novelle des BMG mit BGBl. Nr. 45/1991 auch die Angelegenheiten des Gesundheitswesens zugeordnet. In seiner Funktion als Bundeskanzler war Dr. Vranitzky, wie bereits erwähnt, auch Vorsitzender der Fondsversammlung des KRAZAF, und somit mit- wenn nicht hauptverantwortlich für die Versäumnisse auf dem Gebiet

Präsident Dr. Lichal

der Krankenanstaltenfinanzierung. Dr. Vranitzky war zudem in dieser Zeit Vorsitzender der beim Bundeskanzleramt eingerichteten Kommission zur Vorbereitung der Strukturänderungen im österreichischen Krankenanstaltenwesen, der er bereits in den Jahren vor 1987 als Bundesminister für Finanzen angehört hatte.

Mit der bereits erwähnten (derzeit letzten) Novelle des BMG, BGBl. Nr. 45/1991, wurde das Gesundheitsministerium als Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz wiedererrichtet.

Entsprechend den Bestimmungen des § 3 Z. 3 BMG haben die Bundesministerien im Rahmen ihres Wirkungsbereiches alle Fragen wahrzunehmen und zusammenfassend zu prüfen, denen vom Standpunkt der Koordinierung der vorausschauenden Planung der ihnen übertragenen Sachgebiete (. . .) grundsätzliche Bedeutung zukommt. Sie haben die Ergebnisse dieser Prüfung für die Bundesregierung und für die Bundesminister bereitzustellen und bei Besorgung der ihnen obliegenden Geschäfte der obersten Bundesverwaltung entsprechend zu verwerten. Gemäß § 3 Z. 4 BMG haben die Bundesministerien zudem (. . .) auf die wechselseitige Koordinierung der Vollziehung des Bundes und der Länder Bedacht zu nehmen.

Gemäß § 6 BMG haben die Bundesministerien das Bundeskanzleramt über die Besorgung der im § 3 Z. 3 und 4 bezeichneten Geschäfte laufend und zeitgerecht zu unterrichten. Das Bundeskanzleramt hat bei Besorgung von Geschäften im Rahmen der ihm gemäß Abschnitt A Z. 1 und 5 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 BMG zugewiesenen Sachgebiete auf diese Information Bedacht zu nehmen. Die angesprochenen Sachgebiete sind „Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik einschließlich der Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes, (. . .)“ (Z. 1), zu welchen insbesondere auch

„Vorbereitung der allgemeinen Regierungspolitik; Hinwirken auf die Wahrung der Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik und auf das einheitliche Zusammenarbeiten der Bundesministerien in allen politischen Belangen“ und

„Hinwirken auf das einheitliche Zusammenarbeiten zwischen Bund und Ländern“ beziehungsweise

„Allgemeine Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung“ (Z. 5), zu welchen insbesondere auch

„Allgemeine Angelegenheiten der Organisation (. . .) der (. . .) Einrichtungen, die Aufgaben der staatlichen Verwaltung besorgen“ und

„Zusammenfassende Behandlung und Koordination in Angelegenheiten, die den Wirkungsbereich zweier oder mehrerer Bundesministerien betreffen“ gehören.

Dem Bundeskanzler obliegt somit eine die Arbeit der Bundesregierung koordinierende Funktion. Der derzeit amtierende Bundeskanzler Dr. Vranitzky hat zudem in den Jahren 1987 bis 1991 die Agenden des vormaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz auf dem Gebiete des Gesundheitswesens seinem Ressort einverleibt.

Während dieser Zeit führte er auch den Vorsitz im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (KRAZAF), und war weiters Vorsitzender der Kommission zur Vorbereitung der Strukturänderungen im österreichischen Krankenanstaltenwesen. Darüber hinaus wird auch die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung (die der den KRAZAF errichtenden bundesgesetzlichen Regelung regelmäßig zugrundeliegt) zwischen dem Bund, vertreten durch die Bundesregierung, und den einzelnen Ländern, vertreten durch deren jeweiligen Landeshauptmann, geschlossen.

Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten stellt sich deshalb die durchaus berechnete Frage hinsichtlich der politischen Verantwortlichkeit dieses Bundeskanzlers insbesondere hinsichtlich seiner offensichtlich fehlenden Koordinationsfähigkeit im Bereich des österreichischen Gesundheitswesens.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

dringliche Anfrage:

1. Warum haben Sie bislang im Rahmen Ihrer Koordinationskompetenz nicht auf die Vereinheitlichung der Kompetenzverteilung im Gesundheitswesen hingewirkt?

2. Welche Maßnahmen zur Verhinderung der Kostenexplosion im KRAZAF haben Sie als Vorsitzender der Fondsversammlung während der Jahre 1987 bis 1991 getroffen?

Wenn keine, warum?

3. Welche Maßnahmen haben Sie als Vorsitzender der Kommission zur Vorbereitung der Strukturänderungen im österreichischen Krankenanstaltenwesen während der Jahre 1987 bis 1991 getroffen?

Wenn keine, warum?

4. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler getroffen, damit eine Neuordnung der Finanzierung der Krankenanstalten verwirklicht wird?

Wenn keine, warum?

Präsident Dr. Lichal

5. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zur Neuordnung der Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten getroffen?

Wenn keine, warum?

6. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zur Erarbeitung eines österreichweiten Gesundheitsplanes gemeinsam mit den Ländern und unter Mitwirkung der Sozialversicherungsträger als Grundlage für die Ressourcenverteilung im Gesundheitswesen getroffen?

Wenn keine, warum?

7. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zur Erarbeitung eines Krankenanstaltenplanes und eines Großgeräteplanes getroffen?

Wenn keine, warum?

8. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zur Verwirklichung neuer praktikabler Arbeitszeitregelungen für Spitalsbedienstete getroffen?

Wenn keine, warum?

9. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zur Reform der Mediziner Ausbildung, insbesondere zu einer Intensivierung der praktischen Ausbildung im Studium gesetzt?

Wenn keine, warum?

10. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zu einer Reform der postpromotionellen Ausbildung und Integration neuer fachspezifischer Inhalte getroffen?

Wenn keine, warum?

11. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zu einer wesentlichen Verstärkung des Sonderärztesprogramms für strukturschwache Fächer getroffen?

Wenn keine, warum?

12. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler

zu einer systematischen Weiterentwicklung der Patientenrechte und der Schaffung eines Patientenrechtesgesetzes getroffen?

Wenn keine, warum?

13. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zu einer effizienten Unterstützung der Patienten bei ihrer Rechtdurchsetzung durch Patientenanwaltschaften beziehungsweise Patientenombudsleute getroffen?

Wenn keine, warum?

14. Welche Maßnahmen haben Sie bisher in der XVIII. GP als für die Koordination der Tätigkeit der Bundesregierung zuständiger Bundeskanzler zu einer Neuordnung des Haftungsrechts der Patienten gegenüber den Krankenanstaltenerhaltern getroffen?

Wenn keine, warum?

15. Wie haben Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz auf die Tatsache reagiert, daß sich der Hauptverband der Sozialversicherungsträger noch 1992 ausdrücklich gegen die Einführung eines leistungsbezogenen Verrechnungssystems in den Spitälern ausgesprochen hat, wie aus der „22-Punkte-Beilage“ zur Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994 ersichtlich ist, obwohl in der offiziellen Gesundheitspolitik bereits seit 1981 die Einführung eines solchen Verrechnungssystems mehrmals versprochen wurde?

16. Wie werden Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungsfunktion für die Tätigkeit der Bundesregierung auf die sozialen Krankenversicherungsträger einwirken, daß jene in die Lage versetzt werden, die in Krankenanstalten erbrachten Leistungen diagnosebezogen (leistungsorientiert) zu honorieren, wenn sie nach dem jetzigen System der Verrechnung nach Pflgetagen im Schnitt lediglich 40 Prozent der erbrachten Leistungen refundieren können?

17. Welche koordinierenden Maßnahmen haben Sie gesetzt, um zu verhindern, daß den österreichischen Spitalerhaltern dadurch beträchtlicher finanzieller Schaden erwächst, daß mit Inkrafttreten des EWR-Vertrages alle bilateralen Abkommen über den Ersatz von Behandlungskosten, die derzeit diesen Ersatz mit zum Beispiel den EG-Staaten regeln, außer Kraft gesetzt werden und somit nach dem dann anzuwendenden EG-Recht nur jene Beiträge ersetzt werden, die von der für die Stahlarbeiter zuständigen Sozialversicherung des Erbringerlandes bezahlt würden?

Präsident Dr. Lichal

18. Welche koordinierenden Maßnahmen haben Sie hinsichtlich des Transfers medizinischer Leistungen im Sinne der Regierungserklärungen 1987 und 1990, wo ausdrücklich flankierende Maßnahmen für eine Bettenreduktion in den Spitälern durch Schaffung neuer Organisationsformen wie Ordinationsgemeinschaften, Gruppenpraxen und Praxiskliniken vereinbart wurden, gesetzt?

19. Sehen Sie koordinierenden Handlungsbedarf im Sinne der vorherigen Frage, wenn die anhaltenden Auseinandersetzungen zwischen den Gebietskrankenkassen und den Ärztekammern letztlich dazu führen, daß vermehrt Patienten, die durchaus im lokalen Bereich von niedergelassenen Ärzten behandelt werden könnten, in Spitäler überwiesen werden, da die Pauschalhonorierung der Ärzte aus unter anderem betriebswirtschaftlichen Gründen zeitaufwendige Behandlungen verhindert?

Präsident Dr. Lichal: Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Haider zur Begründung der Anfrage das Wort. — Bitte, Herr Abgeordneter.

16.01

Abgeordneter Dr. Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Zuge der Debatte um die Vorfälle von Lainz hat es eine internationale Expertenkommission gegeben, die die Vorgänge im Krankenhaus Lainz untersucht hat und die dann auch die entsprechenden Vorschläge vorzulegen hatte. (Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

In diesem Bericht hieß es abschließend:

„Die Kommission würde es begrüßen, wenn es in Zukunft nicht erst spektakulärer Ereignisse bedürfte, um die nötigen Prioritäten zu setzen.“

Meine Damen und Herren! Das ist es, was auch die Öffentlichkeit in Österreich derzeit so beunruhigt, weil man offenbar aus Lainz nicht die ausreichenden Konsequenzen gezogen hat, sondern es jetzt wieder einen spektakulären Aufschrei eines Arztes gibt, der für viele Tausende, die im Gesundheitswesen tagtäglich zum Schutze und Wohle der österreichischen Patienten tätig sind, aufgeschrien hat, der auf die unhaltbare Situation in unserem Gesundheitswesen hingewiesen hat.

Der Aufschrei eines Arztes aus Innsbruck hat die Öffentlichkeit einmal mehr alarmiert. Und wir wissen, daß dieses Thema im Grunde genommen nicht neu ist. Es schrieben bereits österreichische Tageszeitungen:

„Auch lebenswichtige Operationen werden immer öfters verschoben.“

„Blaues Baby bitte warten!“

„6 500 Spitalsärzte drohen mit Protestaktionen.“

„Operieren bis zum Umfallen.“

„Überlastete Ärzte, hektische Schwestern, Tod auf der Operationswarteliste: Österreichs Spitalwesen schlittert in eine tiefe Misere.“

„In den Spitälern fehlen 5 000 Schwestern.“

„Pflegefall: Krankenschwestern“ und so weiter und so fort.

Es waren die Menschen Österreichs daher sehr beunruhigt, als in den letzten Wochen die Debatte um das Gesundheitswesen wieder einmal die Öffentlichkeit eingehend beschäftigt hat, und viele Menschen fragen sich: Macht das Krankenhaus wirklich krank? Macht der Aufenthalt in einem Krankenhaus krank? Ist der Besuch eines Krankenhauses heute schon gefährlich? Diese Fragen stellen sich, wenn man hört, daß die Ärzte nicht ausgerastet sind, weil sie viel zu viele Stunden operieren und so auch oft nicht mehr die nötige Konzentration haben.

Dieser Aufschrei in der Öffentlichkeit ist dann richtig und gut, meine Damen und Herren, wenn er auch zu entsprechenden Konsequenzen führt. Tatsache ist aber, daß zwar der ORF in ausführlicher Weise darüber berichtet hat, daß Fernsehdiskussionen darüber stattgefunden haben, daß überraschend ein „Spitalsgipfel“ nach Innsbruck einberufen wurde, daß Erklärungen von Ministern jeden Tag und sonder Zahl abgegeben wurden — zu guter Letzt hat der Herr Bundeskanzler auch noch eine beruhigende Erklärung für das Seelenleben der Österreicher abgegeben —, aber nach einigen Tagen gingen die Verantwortlichen wieder zur Tagesordnung über.

Nicht besser hätte man das deutlich machen können als dadurch, daß der zuständige Gesundheitsminister Dr. Ausserwinkler vergangenen Sonntag in der „Pressestunde“ bereits wieder bei seinem „Leibthema“ gewesen ist: Es geht nicht mehr um die Spitalsreform, es geht nicht mehr um das Interesse der Patienten, sondern Ausserwinkler war wieder beim Tabakgesetz, beim Zwangsentzug, bei den Verbotsmaßnahmen, beim gesteuerten Menschen — nur nicht bei jenen Fragen, die heute die Öffentlichkeit wirklich bewegen.

Meine Damen und Herren! Auch dieser Gesundheitsminister — wie die Bundesregierung insgesamt — kann sich nicht damit entschuldigen, daß es sich dabei um einen einmaligen Zwischenfall gehandelt habe, und man hätte ohnedies alles im Griff. Es hieß bereits 1992: „Patienten sind in Gefahr“, „Jungärzte lernen viel zuwenig“, es ist daher ein Risiko, von ihnen betreut zu werden.

Dr. Haider

Am 8. April 1992 schrieb die „Kronen Zeitung“: „Seit der Lainz-Affäre vor genau drei Jahren hat sich nichts geändert: Ärzte und Schwestern arbeiten bis an die Grenze der Belastbarkeit.“

Die „Salzburger Nachrichten“ schrieben bereits im Oktober 1991: „Nicht einmal die Würde des Sterbens ist gewährleistet.“ Sie verwiesen in diesem Artikel auf die Mißstände in der Universitätsklinik Graz.

Der „Standard“ schrieb im August 1991: „Die Einsamkeit der langen Nächte“, „Pflegerotstand in ganz Österreich“, „Angekündigte Reform der Ärzteausbildung ist jetzt gefährdet“, „Patienten liegen im Krankenhaus, sie liegen hilflos auf der Intensivstation“, „Gesundheitsalarm: Es fehlen 3 500 Fachärzte.“

Die „Presse“ folgert daraus: „Abwarten und sterben“.

Meine Damen und Herren! Es war bereits am 25. Juli 1991, als Gesundheitsalarm in Österreich gegeben und darauf hingewiesen wurde, daß — auch nach Lainz — 3 500 Fachärzte zu wenig existieren. Und ich frage: Was hat man wirklich daraus gelernt? — Man hat aus Lainz keine Konsequenzen gezogen, denn das haben wir alles bereits im Zusammenhang mit den schrecklichen Vorfällen in Lainz gehört!

Deshalb, Herr Bundeskanzler, irritiert die Österreicher nicht sosehr der „blaue Dunst“ der Raucher, sondern vielmehr die leeren Worte vieler Politiker, die immer wieder — aus gegebenem Anlaß — große Versprechungen für eine Gesundheitsreform abgeben, nach einigen Tagen aber dann zur Tagesordnung übergehen, und die gleichen Mißstände im österreichischen Gesundheitssystem bleiben erhalten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Seit bereits 20 Jahren gibt es eine Diskussion über die Kompetenzen des Gesundheitsministers! 20 Jahre lang gibt es das Versprechen für eine große Gesundheitsreform! 10 Jahre lang wird um eine neue Struktur des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerungen! 20 Jahre lang gibt es diesbezüglich ein Pingpong der Verantwortung zwischen Gesundheitsminister, Sozialminister, Sozialversicherungen, Ländern und Gemeinden.

Meine Damen und Herren! Was muß also noch alles passieren, damit es diesen Kompetenzsalat, diesen Pflegerotstand, die chronische Unterversorgung der Menschen im ländlichen Bereich mit Fachärzten, einen Finanzierungskollaps im Krankenanstaltenwesen und einen Privilegienschwund in der Sozialversicherung nicht mehr gibt? Was muß noch alles passieren, damit endlich mit

der Reform, von der Sie so oft gesprochen haben, begonnen wird?

Herr Bundeskanzler! Ich habe das Gefühl — und in meiner Fraktion wird das auch so gesehen —, daß diese Debatte über das Gesundheitswesen wieder ausgehen wird wie das Hornberger Schießen. Man wird viel reden, aber man wird keine Konsequenzen übernehmen! Und sosehr Sie sich in den letzten Jahren dadurch profiliert haben, daß Sie einen hohen Verbrauch an Gesundheitsministern gehabt haben, so niedrig ist das Niveau deren Problemlösungskapazität in dem ihnen anvertrauten Bereich der Gesundheitspolitik! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch nach Lainz, meine Damen und Herren, hat es keine tiefgreifenden Reformen in diesem Bereich gegeben. Damals, in der Debatte um die Konsequenzen aus Lainz, hat der damalige ÖVP-Gesundheitssprecher, Abgeordneter Stummvoll, gemeint:

„Wenn nicht jetzt wirklich gehandelt wird, dann tickt eine Zeitbombe im österreichischen Gesundheitssystem.“ Dr. Stummvoll hat weiters gemeint, es wäre wichtig, daß man endlich weg von der Reparaturmedizin und hin zur Vorsorgemedizin gehen würde.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß der von Ihnen eingesetzte Gesundheitsminister nicht einmal zur Reparatur gekommen ist, sonst würde ja nicht sogar Ihr Koalitionspartner schon sehr ungeduldig mit seinen Aktivitäten und den gesundheitspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung insgesamt sein. Die Vertreter der Österreichischen Volkspartei haben ja unmißverständlich und in mehreren Presseerklärungen gemeint, der Gesundheitsminister sei unfähig, sei unwillig. Und der ÖVP-Gesundheitssprecher hat gemeint, wenn Ausserwinkler so weitermache, dann wäre er untragbar für dieses Amt.

Die „Salzburger Nachrichten“ haben darauf hingewiesen, daß es noch keinen anderen Minister gegeben habe, der innerhalb kürzester Zeit in so viele Fettnäpfchen getreten sei, wie eben der amtierende Gesundheitsminister: Ständig mischt er sich in Dinge ein, für die er nicht zuständig ist — drückt sich aber vor der Verantwortung in dem ihm übertragenen Bereich. So etwa will er Thomas Muster überreden, daß dieser beim Davis-cup-Team wieder mitspielen, da übt er Kritik an der Asylgesetzgebung, obwohl er vorher in der Regierung der diesbezüglichen Vorlage zugestimmt hat. Da verspricht er den Menschen in Arnoldstein eine Verbesserung deren Gesundheitszustandes, um ihnen dann aber zu erklären, daß er dafür eigentlich nicht zuständig sei. Da will er Kondome in der Schule verteilen, bis ihm der Landesschulrat erklärt, daß er eigentlich keine Kompetenz hat. Dann kommt er in die Schlagzei-

Dr. Haider

len infolge einer Schlägerei nach einem Heurigenbesuch. Da will er eine Zwangsentziehung von Raucherinnen, die schwanger sind, durchführen. Dann macht er sich Gedanken über die Koalition von rot und grün, wie diese möglich wäre, und zu guter Letzt beleidigt Ausserwinkler auch noch die Burgenländer, und zwar in einer Art und Weise, wie das eigentlich unter anständigen Menschen nicht üblich sein sollte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine, meine Damen und Herren, daß das, was Minister Ausserwinkler an Verantwortung übernommen hat, von ihm nicht wahrgenommen wird, denn die wirkliche Verantwortung bestünde doch darin, sich mit der Situation der Krankenhäuser, mit dem Gesundheitswesen, mit der Schaffung ausreichender Ärzteplanstellen, mit der Ausbildung des Pflegepersonales zu befassen und damit für ein höheres Maß an Sicherheit für die Patienten zu sorgen.

Da trifft auch Sie, Herr Bundeskanzler, in einem hohen Ausmaß ein Auswahlverschulden: Sie haben in das Gesundheitsministerium einen Problemflüchtling gestellt, der nicht bereit ist, sich den wirklichen Herausforderungen seines Amtes zu stellen, und der bisher — außer einer einzigen unverbindlichen Erklärung — zum so dringenden Sanierungsbedarf der Spitäler in Österreich keine wirklichen Konzepte und Vorstellungen entwickelt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich meine daher, daß Sie, Herr Bundeskanzler, auch im Interesse der österreichischen Patienten, die Angst haben, wenn sich das Gesundheitssystem weiterhin so nach unten entwickelt, diesen Gesundheitsminister vor die Alternative stellen müssen: Entweder beginnt er zu arbeiten in jenen Bereichen, die ihm übertragen sind — oder er zieht die Konsequenzen und läßt jemanden anderen in dieses Amt, der mehr Ambitionen hat, tatsächlich Reformschritte zu setzen. Zweifelsohne ist das Gesundheitsministerium nicht als „Trainingscamp“ für irgendwelche Bürgermeisterkandidaten geeignet, die in kommenden Jahren irgendwo kandidieren wollen.

Das würde aber voraussetzen, daß Sie, Herr Bundeskanzler, selbstverständlich auch dafür sorgen, daß dieser Minister entsprechende Zuständigkeiten bekommt. Denn es ist natürlich klar, daß jeder Minister sich heute damit ausredet, daß es so viele Mitzuständige gibt, sodaß er eigentlich allein gar nichts entscheiden kann.

Es ist doch lächerlich, wenn nach 20 Jahren Existenz eines eigenen Gesundheitsressorts für die Vorsorgemedizin, und zwar im Fonds „Gesundes Österreich“, 1 Million Schilling dotiert ist! Was wollen Sie bitte mit 1 Million Schilling an vorsorgemedizinischen Maßnahmen machen?!

Oder: Das Mitspracherecht des Gesundheitsministers am Spitalsbudget beträgt nur 15 Prozent: 15 Prozent von den vielen Milliarden, die für diesen Bereich notwendig sind, kann der Minister mitbestimmen.

Oder: Die Kompetenzen der Sozialversicherung sind bei jenen angesiedelt, die mit dem Gesundheitswesen wirklich nichts zu tun haben, so etwa der Sozialminister!

Ich meine daher, im Zuge der dringlichen Anfrage heute feststellen zu müssen, daß sich — bedauerlicherweise — nichts geändert hat. Es gibt einen Bedarf an 6 000 bis 7 000 zusätzlichen Krankenschwestern. Wir lesen jetzt wieder in den Zeitungen, daß es so etwas wie einen Pflegenotstand gibt. In Salzburg, in Niederösterreich, in Wien fehlen über 1 000 Krankenschwestern.

Meine Damen und Herren! Dieser Pflegenotstand wird vom amtierenden Gesundheitsminister, den der Herr Bundeskanzler als „hervorragenden Fachmann“ ins Amt berufen hat, damit zu beheben versucht, daß er etwa aus Bosnien-Herzegowina Ärzte und Krankenschwestern nach Österreich bringen will, deren Zeugnisse nostrifizieren läßt und in österreichischen Spitälern als Mitarbeiter einstellt. — Kann das der Sinn einer vernünftigen Gesundheitspolitik sein, von einem Kriegs- und Krisengebiet auch noch Ärzte und Krankenschwestern abzuziehen, nur weil der österreichische Gesundheitsminister unfähig ist, in Österreich ausgebildete Krankenschwestern wieder zum Dienst in einem Krankenhaus zu bewegen?! Das ist doch eine völlig vertrackte Situation! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es fehlen aber nicht nur 6 000 bis 7 000 Krankenschwestern, sondern es fehlen auch 4 500 Fachärzte — aber das nicht erst seit gestern, sondern bereits seit Jahren. Es fehlen allein im Bundesland Niederösterreich — so eine jüngste Erhebung — 189 Anästhesisten, weiters 100 Chirurgen, 102 Internisten.

Über 4 000 Fachärzte sind in Österreich notwendig, die dringend in Dienst gestellt werden müßten. — Gleichzeitig gibt es jedoch 2 700 junge Menschen, die eine Mediziner Ausbildung hinter sich haben, aber keinen Turnusarztplatz bekommen, um sich einer Fachausbildung unterziehen zu können, damit sie dann als vollwertige Ärzte in die Patientenbetreuung eingebunden werden können.

Dann lesen wir weiters, daß nicht einmal jene Mediziner, die einen Turnusarztplatz erhalten hatten, ordentlich ausgebildet wurden, weil die Ärzte einerseits so überfordert sind, sich daher den Auszubildenden nicht mehr widmen können, diese mehr Nachtdienste machen müssen, statt

Dr. Haider

am Bett des Patienten, mit dem Primararzt oder mit dem Oberarzt gemeinsam medizinisches Wissen zu tanken, sodaß es auch für die Patienten zum zunehmenden Risiko wird, von schlecht ausgebildeten Ärzten im Zuge ihres Spitalsaufenthaltes betreut zu werden.

Dann lesen wir, daß noch immer das Problem besteht — obwohl überall von Arbeitszeitverkürzung, von humanen Arbeitsbedingungen die Rede ist —, daß es im Krankenhauswesen in Österreich für das Pflegepersonal im Schnitt 50 bis 60 angeordnete Überstunden pro Monat gibt — und das bei voller Besteuerung durch den Finanzminister! Diese Menschen müssen 50 bis 60 Überstunden — zusätzlich zu ihrem sonstigen Arbeitsaufwand — machen! Wo ist denn da der Aufschrei der Gewerkschaftspolitiker hier im Hohen Hause? — Wenn es um das Gesundheitswesen geht, ist es Ihnen offenbar völlig egal, wie diese Menschen ausgepreßt und geschunden werden! Daß eine Krankenschwester 60 Überstunden machen muß und dafür auch noch vom Finanzminister bestraft wird, nämlich aufgrund einer vollen Besteuerung der Überstunden, ist Ihnen von der Gewerkschaft offensichtlich völlig gleichgültig!

Ich erwarte, daß Sie auch da einmal die sozialen Verhältnisse des Pflegepersonales ernst nehmen und jene, die mehr leisten, wenigstens nicht mit höheren Steuern bestrafen, sondern ihnen einen finanziellen Anreiz dafür geben, daß sie tüchtig sind, daß sie Menschen pflegen und betreuen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das ist auch der Grund dafür, warum derzeit Tausende Menschen, die ausgebildete Pfleger und Krankenschwestern sind, die ein Krankenpflegediplom haben, diesem Beruf nicht mehr nachgehen wollen, lieber zu Hause bleiben oder umsteigen, weil sie dieser Belastung, diesen unmenschlichen Betriebsabläufen in den Spitälern einfach nicht mehr gewachsen sind.

Es ist tatsächlich ein unmenschlicher Dienst, der heute von diesen Mitarbeitern verlangt wird. Und wenn da jetzt als „Lösung“ gesagt wird: Wir werden eine Regelung treffen, daß nicht mehr länger als 24 Stunden durchgearbeitet werden muß, frage ich: Bitte, was soll da human sein an so einem Krankenhaus für die Mitarbeiter, wenn sie 24 Stunden lang eine anstrengende Tätigkeit ausüben müssen? Ärzte sollen nicht mehr länger als 75 Stunden pro Woche arbeiten müssen. — Es gibt aber, wie man weiß, bereits ganz andere Arbeitszeitregelungen in diesem Lande! Es soll einen durchgehenden Nachtdienst nur mehr im Gesamtausmaß von 26 Stunden geben!

Meine Damen und Herren! Das zeigt doch die ganze Problematik des österreichischen Gesundheitswesens auf!

Es wäre sehr sinnvoll, wenn man die Arbeitsinspektoren nicht nur in Fremdenverkehrsbetriebe schicken würde. Dort sind die Arbeitsinspektoren ständig, dort haben sie die Finger überall drinnen: In jeden Häfen schauen sie hinein, um Mißstände und Übertretungen des Arbeitszeitgesetzes zu kritisieren — in den Krankenanstalten jedoch wird alles toleriert und letztlich auch in Kauf genommen, daß überlastetes Pflegepersonal, daß überlastete Ärzte medizinische Fehlentscheidungen treffen und Fehlentwicklungen einleiten könnten, und das auf dem Rücken der Patienten! Das ist letztlich die Verantwortung, die auch Sie, Herr Bundeskanzler, für den Gesundheitsbereich tragen.

Oder denken Sie daran: Es gibt nach wie vor — auch nach Lainz — teure Intensivstationen in Österreich. Um Millionen und Abermillionen werden Intensivstationen in den Krankenanstalten eingerichtet, um frisch operierte, schwer verunfallte Patienten in diesen hochtechnischen Abteilungen wieder gesund machen zu können.

Es gibt heute fast kein Krankenhaus in Österreich, das in der Lage ist, seine ihm zur Verfügung stehenden Intensivstationen voll zu nützen, weil es nicht genug Personal dafür gibt. Das Ergebnis ist: Ein Frischoperierter kommt in die Intensivstation, dort liegt er drei Stunden, dann kommt ein frisches Unfallopfer, das eine Intensivstation braucht, es gibt aber zuwenig Pflegepersonal, also muß der Frischoperierte aus der Intensivstation wieder heraus, kommt in eine nichtzuständige Abteilung, wo er von den Krankenschwestern so recht und schlecht betreut wird, um das Unfallopfer in der Intensivstation unterbringen zu können.

Allein im Allgemeinen Krankenhaus in Wien, meine Damen und Herren, müßten 180 Personen im Intensivpflegedienst tätig sein, es gibt aber nur 80. Das heißt, technische Einrichtungen mit Millionenaufwand sind geschaffen worden, aber sie funktionieren nicht, weil die Menschen nicht zur Verfügung stehen.

Und das geht Hand in Hand mit einem weiteren negativen Effekt unseres Gesundheitssystems: Die Menschen warten todkrank oft wochenlang, monatelang, bis sie einen Operationstermin bekommen. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie es einem herzkranken Patienten geht, der nicht weiß, wie lange er es schafft, ohne einen ärztlichen Eingriff zu überleben. Und er wartet drei Wochen, vier Wochen, zwei Monate, drei Monate auf eine erlösende Herzoperation, die ihm dringlich verordnet worden ist. Oder man kann sich vorstellen, wie es Menschen geht, die aufgrund ihrer körperlichen Gebrechen, etwa bei einem Hüftleiden, dringend eine Heilung erwarten. Diesen Menschen als Alternative vorzuschlagen: Na ja, Sie können ja ins nahe Ausland gehen, Sie kön-

Dr. Haider

nen ja nach Prag gehen, dort gibt es freie Operationskapazitäten!, das hielte ich doch für einen gewissen Zynismus, den wir in den letzten Tagen auch über die Zeitungen verbreiten ließen.

Meine Damen und Herren! Es ist im österreichischen Gesundheitssystem, auch was die Operationen betrifft, halt so, daß derjenige, der als Kasenpatient ein Klassenpatient ist und eine Zusatzversicherung hat, früher einen Operationstermin bekommt als derjenige, der es sich nicht richten kann, und das, obwohl wir und speziell die Sozialdemokratie eigentlich angetreten sind, daß es so etwas wie einen Klassenstaat am allerwenigsten in der Medizin und in der Gesundheitsbetreuung geben soll. Wir sind aber heute wieder dort. Denn derjenige, der es sich richten kann, der sich mit einer Zusatzversicherung auch bessere Ausgangspositionen verschafft, erhält früher die Chance auf eine Operation als der mindestens so Kranke, der leider nicht die Zusatzversicherung für sich in Anspruch genommen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Denken Sie auch an die Problematik des Kampfes gegen den Krebs. Wir alle wissen, daß diese Krankheit eine Geißel ist, mit der auch in Österreich jedes Jahr Tausende Menschen zu kämpfen haben. Jedes Jahr gibt es 30 000 neue Krebspatienten — 30 000! —, und es sagen uns die Ärzte, daß von diesen 30 000 Krebspatienten rund 60 Prozent eine strahlentherapeutische Behandlung nach dem chirurgischen Eingriff brauchen würden. Wir haben aber eine Kapazität, die nur für die Hälfte der Patienten reicht, um ihnen diese strahlentherapeutische Behandlung auch wirklich angedeihen zu lassen. Das heißt, daß die Gesundheitspolitik in diesem Bereich seit Jahren über die Probleme hinwegsieht.

Bereits am 21. August 1991 hat es einen Aufschrei der Strahlentherapeuten gegeben. Das ist in den „Salzburger Nachrichten“ nachzulesen: „Wiener Strahlentherapie: Nur die Hälfte der Krebspatienten kann derzeit versorgt werden.“ — Dasselbe hören wir jetzt wieder.

Meine Damen und Herren! Man hat es auch in dieser Frage, bei der es um so essentielle Maßnahmen der Gesundheitspolitik geht, bis zur Stunde verabsäumt, auch nur in Ansätzen ein wirkliches Konzept für die österreichweite Installierung von entsprechenden Strahlentherapieeinrichtungen zu veranlassen, das Personal dafür auszubilden, um dann jenen, die die entsprechende Betreuung brauchen, auch wirklich diese Hilfe angedeihen zu lassen.

Denken Sie nur an die vielen Fälle der typischen Frauenoperationen, wo natürlich die chirurgische Totaloperation nicht notwendig ist, wenn die Chance besteht, im Anschluß an den chirurgischen Eingriff eine strahlentherapeuti-

sche Behandlung zu bekommen. Das ist aber nur einem kleinen Prozentsatz in Österreich bisher möglich gewesen.

Denken Sie an die Situation eines Schmerzpatienten, der unter dauernden Schmerzen leidet und keine Chance hat, in eine solche strahlentherapeutische Behandlung einbezogen zu werden.

Wenn man sich das bundesländerweise anschaut, dann stellt man fest, daß wir in Niederösterreich kein einziges Strahlentherapiezentrum haben. Im großen Niederösterreich mit 1,5 Millionen Menschen gibt es kein einziges strahlentherapeutisches Zentrum — im Burgenland ebenfalls nicht. Es ist daher ein dringender Notbedarf zu befriedigen, und im Zuge der gesundheitspolitischen Debatte sollte es auch in diesem Bereich zu entsprechenden Maßnahmen kommen. Denn von jenen Geräten, meine Damen und Herren, die heute zur Verfügung stehen, sind neun Geräte von rund 20 überhaupt nicht mehr einsatzfähig, weil sie einfach überaltert sind, auch nach Auskunft der Fachkräfte, und Sie können sie entsprechend abschreiben.

Dieses Debakel in der Behandlung der Krebspatienten, meine Damen und Herren, ist seit Jahren bekannt, es hat aber zu keinen Konsequenzen geführt, sondern wir tun so weiter wie bisher: Das Geld wird über den KRAZAF nach dem Gießkannenprinzip verteilt. Derjenige, der das meiste Defizit in den Krankenanstalten erwirtschaftet, kriegt die meisten Zuschüsse aus dem KRAZAF. Obwohl wir auf der einen Seite in manchen Bundesländern keine Strahlentherapie für Krebskranke durchführen können, haben wir auf der anderen Seite bereits zwölf Nierensteinertrümmerer gemeinsam mit den Krankenhäusern und dem KRAZAF angeschafft, obwohl, gemessen an der Bevölkerungsgröße in Österreich, maximal zwei notwendig wären. Das weist darauf hin, daß dieses Gesundheitssystem in schlechten Händen ist. Herr Bundeskanzler! Hier besteht wirklich Handlungsbedarf.

Wir haben diese dringliche Anfrage deshalb gemacht, weil wir nicht wollen, daß nach einem neuerlichen Aufschrei der verantwortlichen Ärzte und Krankenschwestern im Rahmen des Gesundheitssystems in Österreich wiederum zur Tagesordnung übergegangen wird und die wesentlichen Weichenstellungen für eine Verbesserung der Situation nicht vorgenommen werden. Es ist sehr leicht, Sündenböcke für Negativentwicklungen zu finden, indem man, wenn etwas danebengegangen ist, sagt: Ja, da war halt ein Arzt schuld!, oder: Da haben die Krankenschwestern nicht ordentlich aufgepaßt!, aber schuld, meine Damen und Herren, an den derzeitigen Problemen in der österreichischen Spitals- und Krankenhauspolitik ist in erster Linie die Bundesregierung mit ihrer

Dr. Haider

Weigerung, eine konzeptionelle tiefgreifende Reform in diesen Bereichen durchzuführen.

Solange sich der Patient im Bermudadreieck zwischen Sozialversicherung, Bundeszuständigkeit und Landeszuständigkeit bewegen muß, kann im österreichischen Gesundheitssystem keine wirklich vernünftige Reform erfolgen!

Meine Damen und Herren! Wie leicht wäre es gewesen, schon nach Lainz zu sagen: Ändern wir das Arbeitszeitgesetz! Jetzt wird es wieder versprochen. Es hat einen großen Bericht gegeben im Rahmen der Debatte um Lainz, und eine der vordringlichsten Forderungen war, das Arbeitszeitgesetz für die Ärzte zu ändern. Jetzt verspricht man dasselbe wieder, und es kommt wieder nichts heraus.

Wenn man aber auf der anderen Seite sieht, daß es einen Typus von Krankenhäusern in Österreich gibt, der kein Problem hat, nämlich jenen, der von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt geführten Krankenanstalten verkörpert wird, Krankenanstalten, die ihre Ärzte besser bezahlen und mit einem Schichtbetrieb rund um die Uhr eine ärztliche Betreuung in den Unfallkrankenhäusern der AUVA sicherstellen, dann muß man sich fragen: Warum ist denn das bitte in den anderen Krankenanstalten nicht möglich? Warum muß ein Arzt 17 Nachtdienste machen, damit er gehaltsmäßig einigermaßen das erreicht, was sein Kollege auf einer Station des Krankenhauses der AUVA bezahlt bekommt. Mit 25 000 S brutto für einen Oberarzt werden Sie natürlich keinen Anreiz bieten, werden Sie bei den Ärzten keine besondere Freude auslösen.

Nehmen wir das Beispiel der Unfallversicherungsanstalt her und überlegen wir, ob es nicht sinnvoll wäre, wenigstens in einigen Bereichen, insbesondere im Bereich der Unfallchirurgie, in Österreich auch derartige Wege zu gehen.

Ausbildungsreform der Mediziner: Herr Dr. Busek hat am 14. März 1990, also genau vor drei Jahren, schon einmal versprochen, daß bis zum Sommer die Ausbildungsreform der Ärzte fertig ist. Jetzt, drei Jahre später, macht er wieder Versprechungen und sagt: Noch in dieser Legislaturperiode wird die Ärzteausbildung beschlossen werden.

Wir haben drei Jahre Zeitverzögerung bei gleichbleibenden politischen Konstellationen, ohne daß es in diesem Bereich irgendwelche Reformen gegeben hätte.

Oder: Man hat gesagt, es sei dringend notwendig, daß die Ausbildung des Pflegepersonals verbessert wird, um Europareife zu erlangen, daß die österreichischen Krankenpflegerinnen in das österreichische Schulsystem integriert werden.

Wo ist der Weg in Richtung höherwertige Ausbildung? Wo ist der Weg in Richtung Matura für unsere Krankenpflegerinnen? Wo ist ihre Integration in das österreichische Schulsystem? Wo ist die EG-Konformität der Ausbildung der Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger in Österreich?

Oder: die Krankenanstaltenfinanzierung. Man hat gesagt, man werde innerhalb kürzester Zeit eine leistungsorientierte Abrechnung ermöglichen. Bis heute wissen wir nicht, ob es wenigstens bis zum Jahre 1995 eine Verbesserung geben wird. Man hat bis heute die Zusagen, die im Zusammenhang mit der neuen Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds-Finanzierung gemacht worden sind, nämlich daß auf die Altenbetreuung ein Schwergewicht gelegt wird, daß die Hauskrankenpflege ausgebaut wird, nicht gehalten und keinerlei Reformschritte gesetzt.

Das, meine Damen und Herren, endet letztlich bei der mangelnden Motivation und fehlenden Aufwertung des Pflegepersonals. Jeder weiß, ohne tüchtiges Pflegepersonal in den Krankenpflegeanstalten werden wir die elementare Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen können. Es ist ein dringender Wunsch des Pflegepersonals, eigenverantwortlich tätig zu werden. Es war ja letztlich das Dilemma von Lainz, daß verschiedene ärztliche und medizinische Hilfsleistungen vom Pflegepersonal in Eigenverantwortung nicht gemacht werden dürfen. Am Tag ist es verboten, in der Nacht ist es erlaubt, weil niemand zusieht. Keiner weiß, was wirklich rechtens ist. Das Pflegepersonal hätte einen Anspruch darauf, daß seine in Eigenverantwortung gemachte Tätigkeit auch gesetzlich, so wie bei den medizinisch-technischen Assistenten, umschrieben und abgesichert wird.

Es wäre, um ausreichend Pflegepersonal in Österreich sicherzustellen, dringend notwendig, von den vielen Frauen, die eine Ausbildung als Krankenschwester hinter sich haben und die nach drei, vier Jahren aus diesem Beruf ausgeschieden sind, weil sie die Belastung von Familie und Beruf nicht mehr tragen konnten, von diesen Tausenden ausgebildeten Krankenpflegerinnen wieder mehr zu einer wenigstens teilweisen Berufsleistung zu bringen. Das geht aber nur dann, wenn wir in der Lage sind, eine Teilzeitbeschäftigung anzubieten, statt zu sagen: Bestenfalls geht halbtags, aber eine Teilzeitbeschäftigung ist nicht möglich! Ja was hindert uns denn, ein flexibles System des Einsatzes einzuführen, sodaß eine Krankenschwester, die eine Familie hat, wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren kann, wenn sie die Möglichkeit hat, am Wochendende Wochendienst zu machen oder ein paarmal im Monat Nachtdienste zu machen, damit die Kollegin,

Dr. Haider

die sonst immer da ist, wenigstens ein bißchen mehr Freizeit hat, um sich zu erholen.

Es muß die Krankenhausorganisation, es müssen die Vorgaben des Ministeriums andere werden, es muß mehr Phantasie, Flexibilität und privatwirtschaftliches Denken geben, damit wir jene, die wir ausgebildet haben, zum Patienten bringen und die Leistungen in den Krankenanstalten sicherstellen können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist es auch, was die Menschen derzeit in Österreich verunsichert. Es gibt einen Stillstand der gesundheitspolitischen Reformbestrebungen. Die Regierung hat bereits im Jahre 1987, als der Bundeskanzler die erste Periode die große Koalition übernommen hat, dafür gesorgt, daß der Gesundheitspolitik ein besonderer Stellenwert zugeordnet wird. Man hat nämlich am 24. Februar 1987 eine Änderung des Bundesministerengesetzes vorgenommen und hat die wesentlichen Agenden des Gesundheitswesens dem Bundeskanzleramt zugeordnet.

Der Abgeordnete Schranz von der SPÖ hat damals gemeint, es sei „auch richtig, das Gesundheitswesen mit der Arbeit des Bundeskanzleramtes im Zusammenhang zu sehen, denn schließlich sind ja die Aufgaben auf diesem Sektor sehr weitgehend verbunden mit der Zusammenarbeit mit den Rechtsträgern der Krankenanstalten. Die Rechtsträger der Krankenanstalten sind in erster Linie die anderen Gebietskörperschaften, also Länder und Gemeinden, und auch private Institutionen, vor allem Orden. Wenn das Bundeskanzleramt, das ja für die Koordination der Politik mit den anderen Gebietskörperschaften zuständig ist, seine Aufgaben auf dem Gesundheitssektor wahrnimmt, wird das eine sehr gute Lösung sein.“ – Soweit Schranz von der SPÖ.

DDr. Hesele von der SPÖ fügte dem hinzu: „Gesundheitspolitik besteht nicht nur im Verwalten. Eine der ganz wesentlichen Aufgaben in der nächsten Zeit wird sein: Wie kann man die Spitäler – nicht nur in Wien, sondern auch draußen in den Bundesländern – finanzieren, um eine moderne Gesundheitspolitik zu garantieren. (...) Es ist auch eine Frage der Finanzierung, der Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Daher glauben wir, daß Gesundheitspolitik ein Teil des Bundeskanzleramtes sein sollte.“ – Das war 1987. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! 1987 übernimmt es der Bundeskanzler also selbst, die Gesundheitspolitik zu koordinieren. Heute, 1993, sechs Jahre später, gibt Niederösterreich einen Spitalsalarm, so etwa heute am Nachmittag: Kein Personal, keine Ärzte, keine medizinisch-technischen Einrichtungen in ausreichendem Maß! Es gibt Alarm quer durch die Bundesländer.

Herr Bundeskanzler! Sie müssen sich daher die Frage gefallen lassen: Was ist aus ihrer koordinierenden Tätigkeit in den sechs Jahren geworden, in der Sie die Verantwortung für das Gesundheitswesen übernommen haben? Man kann nicht hergehen und sagen: Ja wir haben nur eine Teilkompetenz! Meine Damen und Herren! In keinem anderen Bereich gibt es seit vielen Jahren ein so starkes Monopol der Sozialistischen beziehungsweise der Sozialdemokratischen Partei wie im Bereich der Gesundheitspolitik. Seit mehr als 20 Jahren haben Sie das Monopol in diesem Bereich. Sie haben die Gesundheitsminister gestellt, Sie haben die Sozialminister gestellt, Sie stellen die Bundeskanzler, und Sie stellen einen Großteil der Sozialreferenten in den Bundesländern, mit ganz wenigen Ausnahmen. Fünf Sozialminister haben sich an der Gesundheitsreform schon verbraucht: Häuser, Weißenberg, Dallinger, Gepfert, Hesoun. Sieben Gesundheitsminister sind verbraucht im Rahmen der gesundheitspolitischen Bemühungen: Leodolter, Salcher, Steyrer, Kreuzer, Löschnak, Ettl, Ausserwinkler. Und drei Bundeskanzler haben schon an der Gesundheitspolitik herumgewerkt: Von Kreisky über Sinozatz bis zu Vranitzky hat jeder große Ankündigungen in der Gesundheitspolitik gemacht, aber die Ergebnisse waren bescheiden.

Sie haben also alles in einer Hand: den Kanzler, den Gesundheitsminister, den Sozialminister, die Sozialreferenten und den Regierungschef als Koordinator. Worauf warten Sie eigentlich noch, Herr Bundeskanzler? Wann beginnen Sie wirklich mit der großen Gesundheitsreform, von der so viel die Rede ist und von der Sie auch in Ihrer Regierungserklärung im Jahre 1990 bekräftigt haben: Oberstes Ziel der Gesundheitspolitik ist die Schaffung jener gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen, die es jedem Menschen möglich machen, körperliches, physisches und soziales Wohlbefinden zu erreichen.

Herr Bundeskanzler! Das klingt sehr schön, aber die Leistungen, die bisher erbracht worden sind, können nicht stimmen, denn sonst gäbe es keinen Aufstand der Ärzte, den Protest des Pflegepersonals, die Unzufriedenheit der Patienten und die Resignation der Landessozialreferenten auf diesem Sektor. Sich damit zu entschuldigen, daß die Kompetenzlage zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherungen unübersichtlich sei, daß man die Vollzugsdefizite in den Krankenanstalten nicht beeinflussen könnte, ist eine, wie ich meine, faule Ausrede, denn diese Koalition unter Ihrer Führung hat eine Zweidrittelmehrheit und kann jedes Verfassungsgesetz ändern, kann jede verfassungsrechtliche Bestimmung auch für eine Neuordnung des Gesundheitswesens durchführen. Diese Koalition hat auch eine einfache Mehrheit im Haus. Sie können im Bundesministerien-gesetz die Zuständigkeiten verändern, Sie könn-

Dr. Haider

ten sehr leicht, Herr Bundeskanzler — jeder weiß, wie wichtig das wäre —, dem Gesundheitsminister etwa auch die Kompetenzen für die Sozialversicherungen geben, damit wenigstens dieser wichtige Bereich in einer Hand zusammengefaßt wird.

Aber das sind offenbar nicht jene Dinge, die Sie interessieren, denn der Kompetenzwirrwarr wäre das mindeste, was in Ihrer Koordinierungstätigkeit hätte beseitigt werden müssen.

Sie sind zuständig! Sie sind zuständig seit 1987, weil Sie unmittelbar die Gesundheitsagenden ins Bundeskanzleramt gezogen haben, Sie sind zuständig, weil Sie von 1987 bis 1991 der Vorsitzende des sogenannten KRAZAF — Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds — gewesen sind, und, Herr Bundeskanzler, Sie sind zuständig, weil Sie auch den Vorsitz in jener Kommission hatten, die zur Vorbereitung des Strukturwandels im österreichischen Krankenanstaltenwesen gebildet wurde. Und Sie sind letztlich zuständig bis zum heutigen Tag, weil Sie als Bundeskanzler, wenn mehrere Minister bei einem Sachgebiet kompetent sind, die Koordinierungskompetenz haben, also das Zusammenführen der gemeinsamen Aktivitäten der Regierungskollegen verpflichtend vorzunehmen haben, und als Bundeskanzler auch verpflichtet sind, die Koordination mit den Ländern und den unterstellten Gebietskörperschaften durchzuführen.

Ich kann Ihnen, Herr Bundeskanzler, daher aus der Sicht von uns Freiheitlichen nicht den Vorwurf ersparen, daß Sie in dieser Frage, die Sie selbst bereits in Ihrer ersten Regierungserklärung zu einer wichtigen Frage erklärt haben, die Zügel schleifen lassen.

Es klingt ein bißchen billig, wenn Sie sich in der jüngsten gesundheitspolitische Diskussion dadurch rechtfertigen, daß Sie gegenüber den Medien erklären: Es gibt ja ohnedies keine tödlichen Mißstände in Österreich! Herr Bundeskanzler, wie können Sie das beurteilen? Wie wollen Sie wissen, daß es keine tödlichen Mißstände im Krankenanstaltenwesen gibt, wenn Sie etwa hören — und das nicht zum ersten Mal —, daß nur 30 Prozent der Krebspatienten mit der für sie lebensnotwendigen Strahlentherapie behandelt werden können? Wie wollen Sie wissen, daß es keine tödlichen Mißstände in den Krankenanstalten gibt, obwohl man immer wieder hört, daß Patienten Wochen und Monate auf lebensrettende Operationen warten müssen? Wer sagt Ihnen denn, daß nicht mancher dabei ist, der die Rettung nicht mehr erwarten konnte, weil das Gesundheitssystem nicht funktioniert?

Herr Bundeskanzler! Diese Art des Verdrängens der Probleme hat uns veranlaßt, an Sie zu appellieren, Ihre Kompetenz wahrzunehmen,

denn die Reform des Gesundheitswesens ist eine dringliche Frage.

Mag sein, daß die Bundesregierung insgesamt bei Reformanliegen derzeit auf der Stelle tritt, denn es geht ja in vielen Bereichen nichts weiter:

Die Pensionsreform, die Sie den Österreichern für 1. Jänner 1993 als unabdingbar und zum letzten Termin versprochen haben, ist weit und breit nicht zu sehen.

Sozialversicherungsreform. Dazu haben Sie bereits 1989 in einem großen Interview mit der „Kronen Zeitung“ gesagt: Ich werde diese heilige Kuh Sozialversicherung anpacken! Heilige Kühe werden geschlachtet! — Nun muß die heilige Kuh schon lange warten, bis sie geschlachtet wird, und wenn Sie nicht bald zupacken, wird sie vorher an Altersschwäche zugrunde gehen.

Die Wohnbauoffensive, die Sie, Herr Bundeskanzler, schon zwölfmal angekündigt haben, findet nicht statt.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit — es gibt 268 000 arbeitslose Österreicherinnen und Österreicher — scheint nicht sehr erfolgreich geführt zu werden, haben wir doch gerade im Februar erstmals wieder eine Arbeitslosigkeit erreicht, die weit über jener des Jahres 1987 liegt.

Die Austrian Industries, die Sie sanieren wollten, sind pleite! (*Abg. Burgstaller: Wer sagt das?*)

Die Steuerreform, die Sie versprochen haben, wurde verschoben.

Die Arbeitsmarktverwaltung — jene Reform der Arbeitsmarktverwaltung, auf die Sie so stolz waren — hat ein Loch im Budget von 7,5 Milliarden Schilling allein bis zum Jahr 1995.

So gesehen kann man sagen: Aus der Sicht der Opposition ist dieser Zustand das Wunschbild einer Regierung — aus der Sicht der österreichischen Bevölkerung muß man aber hoffen, daß Sie im gesundheitspolitischen Bereich endlich den Ernst der Situation erkennen.

Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat eine wahre Machtfülle in Händen, er könnte viel mehr bewegen, als er tatsächlich tut. Er hat eine Machtfülle an Kompetenzen und Aufgabenstellungen, aber er zeichnet sich aus durch Entschlußlosigkeit, wenn es darum geht, die wirklichen Reformen in Gang zu setzen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Bundeskanzler hat große Erwartungen erweckt, indem er große Programme und Reformen versprochen hat. Er wird zur herben Ent-

Dr. Haider

täuschung, wenn sich im Gesundheitssystem à la longue nicht ändert.

Meine Damen und Herren! Die Gesundheitspolitik ist etwas, was zweifelsohne nicht im Bereich der parteipolitischen Auseinandersetzung in der Form diskutiert werden soll, daß man einseitige Schuldzuweisungen vornimmt. Uns ist bewußt, daß es ein kompliziertes System ist, daß es zu reformieren gilt. Wir haben daher in dieser dringlichen Anfrage den Bundeskanzler an seine Kompetenz und seine Möglichkeiten erinnert, ohne schon ein abschließendes Urteil zu fällen, weil wir der Meinung sind, daß auch der Bundeskanzler erkennen wird, daß die Frage der Gesundheitspolitik eine sehr sensible ist, wo es um Menschenleben und das Schicksal von Bürgern geht. Und es sollte zumindest ein bißchen Betroffenheit erzeugen, daß seit Jahren unter seiner Regierung dieses Thema immer wieder in der Öffentlichkeit zu dramatischen Diskussionen führt, daß aber bis zum heutigen Tag die wirklichen Reformschritte von ihm als Bundeskanzler – er ist dafür zuständig – nicht ergriffen wurden.

Meine Damen und Herren! Natürlich: Viele in unserem Land, auch viele, die hier im Hohen Haus sitzen, können es sich richten. Das wissen wir. Wenn ein Bundeskanzler ein ärztliches Problem hat, steigt er ins nächste Flugzeug und organisiert sich einen Operationstermin. Wenn aber ein durchschnittlicher Österreicher das gleiche ärztliche Problem hat, dann steigt dieser eben nicht ins Flugzeug, sondern vertraut darauf, daß er als Beitragszahler zur Krankenpflichtversicherung in Österreich, als braver Bürger dieses Landes, der sich bemüht hat, seine Steuern und Abgaben zu leisten, nicht hilflos in diesem Wirrwarr der gesundheitspolitischen Diskussion steckenbleibt.

Herr Bundeskanzler! Wir erwarten von Ihnen, daß Sie erkennen, daß viele Menschen in diesem Gesundheitssystem etwas hilflos geworden sind und daß letztlich auch die Gefahr besteht, daß den Menschen das Vertrauen in die Institutionen der Gesundheitspflege genommen wird, wenn der Schlendrian, der derzeit eingerissen ist, nicht beendet wird.

Gerade Sie sind uns als Manager empfohlen worden. Sie sind den Österreichern als Manager empfohlen worden, als einer, der aus der Wirtschaft kommt und weiß, wie man Probleme löst. Zeigen Sie am Beispiel des Gesundheitswesens, daß Sie wirklich der Manager sind, als den Sie die Werbung verkauft hat! *(Beifall bei der FPÖ.)* 16.47

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Zur Beantwortung der Anfrage hat sich der Herr Bundeskanzler gemeldet. – Bitte, Herr Bundeskanzler.

16.48

Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Frau Präsidentin! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegende dringliche Anfrage zum Gesundheitswesen in Österreich gibt mir Gelegenheit zu einigen prinzipiellen Anmerkungen.

Es ist vor wenigen Minuten gesagt worden: Wir wollen nicht, daß bis zum nächsten Aufschrei wieder nichts geschieht! Ich werde in meinen Antworten auf Ihre Fragen darlegen, daß nicht nur nichts geschieht, sondern sehr viel geschieht. Ich habe aber Verständnis dafür, daß jemand sagt, er möchte nicht, daß bis zum nächsten Aufschrei wieder nichts geschieht. Ich aber appelliere an alle, daß ich nicht will und viele andere in unserem Land auch nicht wollen, daß das Thema Gesundheit für tagespolitische Geplänkel verwendet wird. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* Und in den letzten Tagen öffentlich geäußerte Meinungen, vor allem von Ärzten, ermuntern mich zu diesem Appell.

Es gibt kein Thema, das so sehr mit Emotionen und mit Sorgen besetzt ist wie die Gesundheit, die eigene Gesundheit, die Gesundheit naher Angehöriger oder die Gesundheit Bekannter. Und viele von uns haben ihre eigene Erfahrung mit unserem Gesundheitssystem – oftmals bessere, manchmal schlechtere.

In der Diskussion um eine Umgestaltung beziehungsweise Neugestaltung müssen wir vor allem darauf achten, daß eines nicht verlorengeht: das Vertrauen der Patienten in die Menschen, die in unserem Gesundheitssystem arbeiten. Dieses Vertrauen ist in Österreich vorhanden, und es ist auch gerechtfertigt. Wir haben hervorragende Ärzte, wir haben ausgezeichnete Krankenschwestern, und wir haben hervorragendes Hilfspersonal, und unzähligen Menschen in unserem Land ist zu deren Zufriedenheit von diesen Menschen geholfen worden oder das Leben gerettet worden. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Und wenn ich appelliere und bitte, das tagespolitische Geplänkel hiezu zu unterlassen, so sage ich das mit gutem Grund. Es hat sich nämlich gerade in der letzten halben Stunde gezeigt, daß Herr Dr. Haider wissentlich oder unwissentlich hier auf der Grundlage unvollkommener Information agiert. Sie verwenden das Wort „billig“. Also besonders „teuer“ ist Ihr Hinweis auf den Bundeskanzler, der sich kurzfristig per Flugzeug im Ausland einen Operationssaal besorgen kann, auch nicht. Nehmen Sie zur Kenntnis: Ich habe mir im Ausland noch nicht einmal ein Hansaplast aufpicken lassen, geschweige denn eine Operation geleistet. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Ebenso diese nonchalant hingeworfene Statement: Aus Bosnien werden Krankenschwestern und Ärzte vom Gesundheitsminister abgeworben. Meine Damen und Herren! Wahr ist vielmehr: Zehn Ärzte sind aus den Kriegsgebieten in Bosnien nach Österreich geflüchtet. Sie haben hier eine Arbeitsbewilligung als Ärzte bekommen und sind in der Flüchtlingsbetreuung tätig. Ich stehe dafür ein, daß wir Flüchtlinge mit ärztlicher Ausbildung aus Kriegsgebieten zur Betreuung von Flüchtlingen in Österreich hier arbeiten lassen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Das stimmt nicht!)*

Und dann sagen Sie: Der Herr Ausserwinkler ist in der „Pressestunde“ schon wieder zu seinem Lieblingsthema, nämlich dem blauen Dunst, geflüchtet. Vielleicht können Sie sich die Technik einer solchen „Pressestunde“ in Erinnerung rufen. Sie waren ja selber auch schon das eine oder andere Mal dort. Da geht es nicht zuletzt darum, was einen die anderen fragen. Und nach meiner Erinnerung ist mehr als die Hälfte der Zeit mit Gesundheitsthemen und Spitalsangelegenheiten verbracht worden, und dann ist er halt auch zu den Rauch- und Tabak- und anderen Angelegenheiten gefragt worden, die letztendlich auch mit Gesundheitsvorsorge zu tun haben.

Und im übrigen haben Sie hier auch gemeint: Warum macht man nicht einen Typus von Krankenhaus? Und dann haben Sie die AUVA-Krankenhäuser erwähnt. Ich habe es genau gehört. Sie haben es selber gesagt. Sie haben gesagt: Die Krankenhäuser der AUVA . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)* Ja, aber Sie können nicht jedes Krankenhaus nur für einen Typus machen. Es gibt bekanntlich Krankenhäuser, wo es Abteilungen für interne Medizin, Kinderheilkunde, Augenheilkunde, Gynäkologie, Radiologie und so weiter gibt, und die können sich nicht alle auf Unfall spezialisieren, daher kann man nicht jedes Krankenhaus zu ein und demselben Typ machen. *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Organisation!)* Das wird wahrscheinlich nicht gehen.

Und im übrigen, Herr Dr. Haider, Sie fragen mich: Wenn ich mich zum Gesundheitssystem in Österreich auch positiv äußere, woher wollen Sie das wissen, Herr Bundeskanzler? — Ich habe selten einen sarkastisch so angereicherten Beitrag wie den Ihren gehört. Sie sagen: Ein Greis, der im Rettungsauto das Krankenhaus nicht mehr lebend erreicht hat, ist gestorben, weil das Gesundheitssystem schlecht ist. Woher wollen Sie wissen, wie dieser Mensch im Rettungsauto gestorben ist? Er hinterläßt Hinterbliebene, und Sie im Parlament sagen nonchalant: Der Greis hat, weil das Gesundheitssystem halt schlecht ist, das Krankenhaus nicht mehr erreicht. Hier würde Zurückhaltung aus menschlicher Sicht ganz gut tun, lieber

Herr! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP und Beifall der Abg. Mag. Terezija Stoisits.)*

Und auch die allgemeine Kritik basiert, wie nicht selten bei Herrn Dr. Haider, auf unvollkommenen Informationen. Nur damit Sie es auch wissen: Die Pensionsreform ist im Sozialausschuß des Hauses beschlossen, sie wird demnächst im Plenum behandelt werden. *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Aber wie, bitte?)* So wie es die Mehrheitsfraktionen beschlossen haben, gnädige Frau. Das ist so in einem Parlament. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Und die Wohnbauoffensive ist nicht verschoben. Ich lade Sie ein, gehen Sie einmal durch Wien, die vielen Kräne, die herumstehen, sind nicht einfach hingestellt worden, damit die Kranverleihfirmen ein Geschäft machen, sondern weil dort gebaut wird. *(Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Und die Steuerreform ist nicht verschoben, Herr Dr. Haider. Sie findet nur nicht zu dem Zeitpunkt statt, den Sie sich ausgesucht haben. Sie werden halt zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Termin, den Sie sich aussuchen, nicht der ist, der vorgesehen war. *(Abg. Haigermoser: In der Regierungserklärung steht es!)* Und so wird es auch in Zukunft bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im übrigen sei an dieser Stelle erwähnt: Ich bin mir schon auch der Mängel des österreichischen Gesundheitswesens und der Fehler und der Reperaturbedürftigkeit da und dort bewußt, aber wir würden schlecht handeln, würden wir übersehen oder vergessen oder mißachten, daß wir im internationalen Vergleich hervorragend liegen, daß unsere Land, was die Ausgaben für Gesundheit, gemessen an der Wirtschaftsleistung, betrifft, im Spitzenfeld der Industriestaaten liegt, daß die Versorgung mit Ärzten, bezogen auf die Einwohnerzahl, in Österreich weit besser ist als in vielen anderen vergleichbaren Ländern und daß der Ausbildungsgrad der im Gesundheitswesen Tätigen höher ist als im internationalen Durchschnitt. Das sage ich nicht zuletzt auch zur Ehre und in Respekt gegenüber jenen, die diese Berufsausbildung letztendlich auf sich genommen haben.

In Österreich selber haben wir in den vergangenen Jahren eine starke Verbesserung erreicht. Zu Beginn der siebziger Jahre mußte ein Arzt in einem Krankenhaus noch 14 Betten betreuen, heute sind es nur mehr sechs Betten, die er zu betreuen hat. In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Ärzte auf 27 000 verdoppelt, ebenso wie beim Pflegepersonal, wo wir jetzt bei 58 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern halten.

All das bedeutet natürlich nicht — ich sage es noch einmal —, daß es im österreichischen Ge-

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

sundheitswesen nichts zu reformieren gäbe. Ich meine überhaupt, daß das Gesundheitswesen ein klassisches Beispiel für permanente Reform ist. Auch wenn unsere Gesundheitsstandards gut, wenn sie ausgezeichnet sind, auch wenn unser Gesundheitssystem international hervorragend liegt, dürfen wir nicht müde werden, alles zu unternehmen, um die Situation jeweils noch zu verbessern. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Und in diesem Sinn gilt es, Mißstände sofort und überall dort aufzugreifen, wo sie auftreten. Der Gesundheitsminister hat sich zum Beispiel, weit über seine unmittelbare Zuständigkeit hinaus, der Innsbrucker Situation sofort angenommen, als diese auftrat. Und wie mir scheint, gibt es nach dem sogenannten Gipfel in Innsbruck in der vergangenen Woche bereits auch erste Lösungs- oder jedenfalls vernünftige Diskussionsansätze.

Über all der Lösungsbereitschaft der Bundesregierung wäre es falsch, die verschiedenen Kräfte zu übersehen, die auf unser Gesundheitssystem wirken. Und diese Kräfte wirken oft in entgegengesetzter Richtung und sind nicht notwendigerweise unter einen Hut, sprich: unter ein Gesundheitssystem, zu bringen. Zu unterschiedlich sind auch oft die regionalen Interessen, zu unterschiedlich die Zielrichtungen einzelner Spitalerhalter und zu vielfältig die Finanzierungsnotwendigkeiten.

Aber man braucht gar nicht so weit zu greifen, meine Damen und Herren. Es ist wohl unmittelbar einsichtig, daß die Erfordernisse in einem Krankenhaus je nach Krankheit vollkommen unterschiedlich sind. Und daher differieren die Verhältnisse in ein und demselben Spital von Abteilung zu Abteilung bereits grundsätzlich. Der gesamte Ablauf bis hin zur persönlichen Belastung der einzelnen Mitarbeiter wird an einer Herzchirurgie prinzipiell anders sein als zum Beispiel in einer dermatologischen Abteilung.

Anzuerkennen ist in diesem Spiel der Kräfte nur eine Forderung uneingeschränkt, nämlich die der Patienten nach bestmöglicher gesundheitlicher Vorsorge.

Frau Präsidentin! Ich beantworte die Fragen wie folgt.

Die Frage 1:

Zu dieser Frage ist zunächst festzuhalten, daß die Koordinationsaufgabe des Bundeskanzlers nicht bedeutet, daß immer dann, wenn eine Angelegenheit den Wirkungsbereich mehrerer Bundesministerien berührt, dies automatisch die Koordinationskompetenz auslöst. Vielmehr sieht hier das einschlägige Bundesministeriengesetz ein

gemeinsames Vorgehen der betroffenen Bundesministerien vor. Diese haben auch gemeinsam festzustellen, welches Bundesministerium da vorwiegend betroffen ist, dem in weiterer Folge die führende Geschäftsbehandlung und damit auch die Koordination obliegt.

Wenn man von Vereinheitlichung der Kompetenzen spricht, wie es in der Frage genannt wird, so kann darunter zweierlei verstanden werden.

Erstens: Die Verbandskompetenz, das heißt die Verteilung der Gesetzgebungs- und Vollziehungszuständigkeit, ist verfassungsrechtlich vorgegeben. Über eine grundsätzliche Kompetenzvereinbarung sind seit geraumer Zeit Verhandlungen mit den Ländern im Gang. Die bundesverfassungsgesetzlich vorgegebene Kompetenzverteilung kann nicht einseitig vom Bund geändert werden, sondern es bedarf der Verhandlungen und der gemeinsamen Willensbildung mit den Bundesländern. Jeder Kompetenzabtausch ist dabei in einem größeren Rahmen zu sehen, will man die allseits beklagte Kompetenzzersplitterung bereinigen.

Zweitens: Verlangt man auf Bundesebene nach Vereinheitlichung der Kompetenzen im Gesundheitsbereich, so meint man auch die Zusammenführung der Agenden des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung. Das Herauslösen der Krankenversicherung aus dem Gesamtkomplex „Sozialversicherung“ wäre unzweckmäßig, weil damit eine nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgebaute und entwickelte Materie zerschlagen werden würde.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Sozialversicherung in Österreich von autonomen Sozialversicherungsträgern – Selbstverwaltungssystem – aufgrund einer detaillierten gesetzlichen Regelung besorgt wird. Auch wenn also die Krankenversicherung zum Gesundheitsressort gehörte, bliebe sie Aufgabe von selbständig handelnden Sozialversicherungsträgern, sodaß die tatsächliche gesundheitspolitische Auswirkung einer solchen Kompetenzverschiebung minimal wäre.

Zu Frage 2:

Diese Frage dürfte auf einem Mißverständnis beruhen: Auch wenn von 1987 bis 1991 das Gesundheitswesen zum Bundeskanzleramt ressortierte, war ich in dieser Zeit nicht Gesundheitsminister und damit auch nicht Vorsitzender der Fondsversammlung des KRAZAF.

Dessenungeachtet halte ich fest: Im Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds hat keine Kostenexplosion stattgefunden, weil seit der Gründung des Fonds im Jahre 1978 ein Großteil der

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

dem Fonds zufließenden Mittel wie folgt gesetzlich fixiert ist:

Der Bund leistet jährlich einen Beitrag von 1,416 Prozent des gesamten Umsatzsteueraufkommens im betreffenden Jahr plus 330 Millionen Schilling an zusätzlichen Mitteln; die Länder leisten jährlich einen Beitrag von 0,678 Prozent des gesamten Umsatzsteueraufkommens; die Gemeinden leisten jährlich einen Beitrag von 0,459 Prozent des gesamten Umsatzsteueraufkommens; der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger leistet jährlich 3,75 Prozent der Summe der Erträge an Beiträgen zur Krankenversicherung und folgende zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 1,3 Milliarden Schilling in den Jahren 1988 bis 1991: Als einzige außerordentliche Erhöhung wurde im Rahmen der 50. ASVG-Novelle eine außerordentliche zweckgebundene 0,4 prozentige Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge vorgesehen, die dem KRAZAF zufließt.

Zu den Fragen 3, 4 und 5:

In den Jahren 1987 bis 1992 wurden folgende, wie ich meine, entscheidende Weichenstellungen im Hinblick auf die Reform des Krankenanstaltenfinanzierungswesens getroffen:

1987: Beendigung der seit zwei Jahren laufenden vier Modellversuche zur Spitalsfinanzierung.

Als Ergebnis wurde 1988 das Projekt „Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung“ begonnen.

1989: Gesetzliche Einführung des Diagnoseschlüssels ICD-9 VESKA zur Dokumentation in allen Krankenanstalten Österreichs. Die Grundlagenarbeiten in den 19 Testkrankenanstalten beginnen.

1990: Das statistische Modell wird einer medizinischen Validierung unterzogen und auf seine medizinische Logik überprüft und modifiziert.

1991: Gesetzliche Einführung des Kataloges ausgewählter medizinischer Einzelleistungen in allen vom KRAZAF bezuschußten Krankenanstalten als zweiter Eckpfeiler für das Finanzierungsmodell.

1992: Verfeinerung des Finanzierungsmodells und Vorbereitung der für das Jahr 1993 vorgesehenen Parallelrechnung.

Weiters wurde eine Reihe von flankierenden Maßnahmen zur Reform der Krankenanstaltenfinanzierung getroffen.

In der KRAZAF-Vereinbarung 1988 wurde erstmals verankert, daß der Fonds rund eine Milliarde Schilling für die Finanzierung von struk-

turverbessernden Maßnahmen, das sind alle Maßnahmen, die zur Entlastung des stationären Akutbereiches in den Krankenanstalten führen, leistet, das heißt: Schaffung und Ausbau alternativer Versorgungseinrichtungen, Pflegebetten, mobile Dienste und anderes.

Gleichzeitig ist es gelungen, die Akutbetten der vom KRAZAF bezuschußten Krankenanstalten von rund 60 000 im Jahre 1987 auf rund 56 000 im Jahre 1991 zu reduzieren.

Zu den Fragen 6 und 7:

Im Einklang mit dem Arbeitsübereinkommen zwischen den Regierungsparteien wurde im Rahmen der KRAZAF-Vereinbarung für die Jahre 1991 bis einschließlich 1994 ein umfassender Gesundheitsplan, der insbesondere aus einem Krankenanstaltenplan für alle Krankenanstalten, aus einem Plan für die medizinische Spitzenversorgung sowie aus einem Plan für medizinisch-technische Großgeräte zu bestehen hat, vorgesehen.

Der Plan für medizinisch-technische Großgeräte wurde bereits im Jahre 1989 beschlossen. Eine überarbeitete Fassung wird im Sommer dieses Jahres vorliegen.

Die Planung der medizinischen Spitzenversorgung ist ein wesentlicher Bestandteil des Projekts „Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung“.

Die Arbeit an einem Österreichischen Krankenanstaltenplan wurde im Vorjahr aufgenommen.

Auf Basis all dieser Ausführungen sehe ich, daß die Arbeiten laufen und kein zusätzlicher Koordinationsbedarf besteht.

Zu Frage 8:

Für den überwiegenden Teil der Spitalsbediensteten – nämlich für jene, die in einem Dienstverhältnis zu Ländern und Gemeinden stehen – ist nicht der Bund, sondern sind die Länder für die Regelung des Dienstrechts zuständig. Der Bund selbst ist nur Träger einer sehr geringen Anzahl von Krankenanstalten.

Wo die Zuständigkeit des Bundes gegeben ist, gibt es gesetzliche Grundlagen, die praktikable Arbeitszeitregelungen möglich machen: Für die Krankenanstalten des Bundes gelten die Dienstzeitregelungen des Beamten-Dienstrechtsgesetzes und des Vertragsbedienstetengesetzes. Aufgrund dieser Regelungen ist es möglich, Dienstpläne zu erlassen, die sowohl den dienstliche Erfordernissen als auch den Interessen der Dienstnehmer entsprechen. Die Dienstplanerstellung selbst fällt in die Zuständigkeit des jeweiligen Ressorts. Für

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

die Bediensteten in Krankenanstalten mit Arbeitsverhältnissen zu privaten Rechtsträgern gilt das Arbeitszeitgesetz.

Ein Vorteil der nach dem geltenden Recht möglichen Dienstplanregelungen ist ein individuelles Eingehen auf eben diese Interessen.

Ich verweise außerdem auf den Umstand, daß das Bundeskanzleramt seit April 1991 dem klinischen Bereich der Universitäten zusätzliche Planstellen für Ärzte in erheblichem Umfang zugewiesen hat. Dadurch wurde ein Beitrag dazu geleistet, die Arbeitszeitbelastung an diesen Kliniken zu entspannen.

Zu Frage 9:

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat bereits 1990 den Entwurf für ein neues Studiengesetz einem Vorbegutachtungsverfahren unterzogen. Hauptziel der Reform ist die Erhöhung der ärztlichen Praxiskompetenz im Studium. Das Wissenschaftsministerium hat dazu einen Vorschlag unterbreitet, demzufolge die Fortschritte durch erstens ein Einstiegspraktikum, zweitens „bedside teaching“ im klinischen Teil der Ausbildung an den Universitätskliniken und drittens einem einjährigen Studenturnus als Teil des Studiums an Lehrspitälern, die keine Universitätskliniken sind, erzielt werden sollen.

Die Konzeption des Studenturnus wurde in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung mit Vertretern des Gesundheitsministeriums, der Ärztekammer und der medizinischen Fakultäten diskutiert.

Laut Auskunft des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wird in den nächsten Tagen die Einladung zur Beratung der Realisierung des Studenturnus ergehen. Die gemeinsamen Beratungsergebnisse werden die Grundlage für Gespräche mit den Spitalserhaltern, die für Jahresmitte 1993 vorgesehen sind, bilden.

Zu Frage 10:

Eine wesentliche Reform in bezug auf die postpromotionelle Ausbildung ist durch die letzte Ärztegesetznovelle 1992 erfolgt, in der einerseits die Grundlage für die inhaltliche Erfassung qualifizierter Ausbildungsschritte mit Hilfe des sogenannten Rasterzeugnisses geschaffen und andererseits eine Neuorientierung in der Anerkennung von Facharztbildungsstellen vorgenommen wurde.

Durch das Abstellen auf den Bereich der Organisationseinheiten im Rahmen einer Facharztbildungsstätte kann nunmehr durch eine gezielte Vermehrung von Facharztbildungsstellen das

Ziel, die Unterversorgung der Bevölkerung mit Fachärzten zu beseitigen, verwirklicht werden.

Gleichzeitig ist als zusätzlicher Reformschritt ein flexibles Rotationssystem bei der Absolvierung verschiedener Ausbildungsschritte im Rahmen einer Ausbildungsstätte für die postpromotionelle Ausbildung etabliert worden.

Schließlich ist auf die Vorarbeiten zu einer neuen, umfassenden Ärzteausbildungsordnung hinzuweisen, die noch im Sommer dieses Jahres abgeschlossen werden sollen.

Einigung besteht darüber, daß ein größtmöglicher Teil der postpromotionellen Ausbildung auch in bestehende, der ambulanten Versorgung dienenden Facharztpraxen, verlagert wird.

Weiters sollen in Absprache mit der Österreichischen Ärztekammer und den jeweiligen ärztlichen Fachgesellschaften durch eine konkrete Beschreibung des Aufgabengebietes der einzelnen Facharztgebiete neue fachspezifische Inhalte für bestehende Sonderfächer verankert werden. Im Einklang mit der internationalen Entwicklung in den Europäischen Gemeinschaften werden neue Sonderfächer, beispielsweise jenes für die Aidsprophylaxe notwendige Sonderfach für Blutgruppenserologie und Transfusionsmedizin, geschaffen.

Die unmittelbar vor dem Abschluß stehende Verordnungsnovellierung über die Ausbildung zum Facharzt für nichtklinische Medizin wird bereits eine Reihe neuer spezifischer nichtklinischer Sonderfächer vorsehen.

Zu Frage 11:

In dieser Legislaturperiode wurde die Zahl der zuerkannten Facharztbildungsstellen von 2 077 im Jahr 1990 auf 2 573 im Jahr 1993 erhöht.

In Erfüllung der KRAZAF-Vereinbarung sieht das Fondsgesetz vor, daß Ärzte, die in nach dem 31. Dezember 1987 geschaffenen Ausbildungsstellen beschäftigt werden und sogenannte Mangelfächer betreffen, auf die Zahl der nach dem sogenannten Bettenschlüssel in Krankenanstalten auszubildenden praktischen Ärzte angerechnet werden können.

Budgetär werden beziehungsweise wurden die Maßnahmen für die Forcierung der Ausbildung in den sogenannten Mangelsparten — Lehrpraxen, Ausbildung in Facharztmangelsparten, Ausbildung im Ausland — beträchtlich verstärkt.

Auf Basis des Ärztegesetzes kann ein Teil der Ausbildung in einer Lehrpraxis absolviert werden. Dafür wird für einen Kandidaten in Ausbildung zum praktischen Arzt ein Betrag von

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

45 000 S, für die Ausbildung zum Facharzt ein Betrag von 111 000 S per anno gewährt.

Für alle Vorhaben auf diesem Gebiet wurden im Jahr 1991 73,4, im Jahr 1992 57 sowie im Jahr 1993 rund 68 Millionen Schilling budgetiert.

Im übrigen hat die vorjährige Ärztesetznovelle durch Neustrukturierungen von Ausbildungsstätten die Möglichkeit einer Erhöhung der Ausbildungsstellen geschaffen.

Zu Frage 12:

Die umfassende Wahrung von Patientenrechten geht weit über den Kompetenzbereich des Bundes hinaus, weshalb eine optimale Absicherung nicht nur auf Basis eines Bundespatientenrechts erfolgen kann.

Aus diesem Grund wurde auf Initiative des Gesundheitsministeriums das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen mit der Erstellung einer Studie über die Patientenrechtssituation betraut. Auf Basis der Ergebnisse dieser Studie arbeitet eine Expertengruppe den Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15a Bundes-Verfassungsgesetz über die Patientenrechte in Österreich aus. Dieser Entwurf wird demnächst dem allgemeinen Begutachtungsverfahren zugeleitet werden.

Zu Frage 13:

Eigene Patientenanwaltschaften wurden bisher in den Bundesländern Kärnten, Oberösterreich und Wien eingerichtet. In der Steiermark steht die Errichtung einer Patientenanwaltschaft unmittelbar bevor.

Einen zusätzlichen Impuls zur Schaffung von Patientenanwaltschaften in anderen Bundesländern sollte auch die im Frühjahr als Regierungsvorlage zu erwartende Krankenanstaltengesetz-Novelle bringen, die vorsieht, daß zur Prüfung allfälliger Beschwerden und auf Wunsch zur Wahrnehmung der Patienteninteressen unabhängige Patientenvertretungen — Patientenfürsprecher, Ombudseinrichtungen oder ähnliche Vertretungen — zur Verfügung stehen.

Zu Frage 14:

Diese Frage zielt offenbar auf eine Verbesserung der Schadenersatzansprüche des Patienten für Folgen einer Fehlbehandlung ab. Derzeit haftet für derartige Schäden sowohl bei eigenem Verschulden als auch bei Verschulden des von ihm eingesetzten Personals der Krankenanstaltenträger.

In Diskussionen im Rahmen eines Arbeitskreises zur umfassenden Regelung der Patientenrechte ist zu dieser Frage vorgeschlagen worden, für derartige Schäden eine vom Verschulden unab-

hängige Haftung einzuführen oder den Patienten gegen derartige Schäden zu versichern.

Den allgemeinen österreichischen Rechtsgrundsätzen entspräche eher eine Versicherungslösung. Über die Einrichtung und Finanzierung einer derartigen Versicherung werden nun Gespräche zwischen dem Gesundheits- und dem Justizministerium geführt.

Zu den Fragen 15 und 16:

Der Hauptverband hat sich entgegen den Behauptungen der Anfrage nie von vornherein gegen die Einführung eines leistungsbezogenen Verrechnungssystems in den Spitälern ausgesprochen, sondern lediglich Vorbehalte bei der Aufteilung der Finanzierungskosten eingebracht.

Wenn das 22-Punkte-Programm unter den auch vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger im Interesse der Beitragzahler genannten Voraussetzungen realisiert wird, wird eine leistungsorientierte Honorierung der Anstaltungsleistungen möglich sein.

Zu Frage 17:

Es trifft zu, daß die bilateralen Abkommen über Soziale Sicherheit mit Inkrafttreten des EWR-Abkommens durch die in diesem Bereich geltenden Verordnungen, Nr. 1408/71 und 574/72, ersetzt werden. Hinsichtlich des Ersatzes der Behandlungskosten ergibt sich dadurch aber keine Änderung. Auch nach den bilateralen Abkommen sind die von Ihnen angeführten — ich zitiere —: „für die Stahlarbeiter zuständigen“ — Zitatende — Gebietskrankenkassen aushelfende Träger und sind die den Gebietskrankenkassen entstehenden Kosten durch den zuständigen Versicherungsträger zu ersetzen.

Zu Frage 18:

Die Bildung von Ordinations- und Apparategemeinschaften ist im § 23 des Ärztesgesetzes vorgesehen. Darüber hinaus wurde im Krankenanstaltengesetz bereits durch die Novelle 1974 die Schaffung von Tages- und Nachtkliniken vorgesehen.

Weiters ist auf die durch die KRAZAF-Vereinbarung initiierten Maßnahmen der Strukturreform zu verweisen, die die Möglichkeit bieten, integrierte Gesundheits- und Sozialsprengel zu schaffen.

Ich möchte dazu festhalten, daß eigens zur Diskussion dieser Frage ein Unterausschuß des Gesundheitsausschusses des Nationalrates eingesetzt wurde.

Zu Frage 19:

Die Frage, wie oft ein Arzt Patienten in Spitäler einweist, ist so zu beantworten, daß dies einzig

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

und allein in der Behandlungsverantwortung des Arztes liegt. Es ist davon auszugehen, daß für die medizinische Behandlung von Patienten in erster Linie medizinische Gesichtspunkte und keine betriebswirtschaftlichen Überlegungen für die Ärzte maßgebend sind. Schon heute existiert keine reine Pauschalhonorierung, sondern können viele Zusatzleistungen, die in der Praxis einen großen Teil der Ärzthonorare darstellen, verrechnet werden.

Ich danke, Frau Präsidentin! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ und Beifall bei der ÖVP.*) 17.18

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein.

Ich darf daran erinnern, daß die Redezeit in der Debatte über eine dringliche Anfrage mit 15 Minuten beschränkt ist.

Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haupt. Ich erteile es ihm.

17.19

Abgeordneter Mag. **Haupt** (FPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen eingangs meines Debattenbeitrages zur dringlichen Anfrage bezüglich zweier von Ihnen aufgestellten Behauptungen recht geben.

Erstens ist es richtig, daß es im österreichischen Gesundheitssystem eine hohe Anzahl von tüchtigen Ärzten, Pflägern, Hilfspersonal, MTAs und sonstigen Leistungsträgern gibt, denn ohne diese wäre trotz des gesetzlichen Korsetts, das das Parlament und die Landtage den Krankenanstalten und dem Krankenanstaltenwesen gegeben haben, eine effiziente Versorgung der Patienten nicht möglich. Und daher gebe ich Ihnen in diesem Punkt einmal recht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum zweiten gebe ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, auch recht, wenn Sie meinen, daß dieses Gesundheitssystem reformiert gehört. Aber das ist ja keine Weisheit des Jahres 1993, sondern diese Weisheit war schon im Jahre 1972 Pate und Anlaß für die Schaffung des Bundesministeriums für Gesundheit, welches eine Fraktionskollegin von Ihnen, Frau Dr. Leodolter, geführt hat.

Nicht recht geben, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, kann ich Ihnen aber hinsichtlich Ihrer Beantwortung zur Frage 1, zur Kompetenzfrage. Es mag schon richtig und recht sein, daß man in sieben Jahren Tätigkeit als Bundeskanzler das eine oder andere vergißt, aber es kann doch nicht angehen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß Sie die Gesetze dieser Republik vergessen.

Ich darf zitieren - BGBl. 102. Stück, ausgegeben am 5. Juni 1988, Nr. 281, Seite 2249, zur Zusammensetzung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, § 21 - : „Die Fondsversamm-

lung ist beim Bundeskanzleramt einzurichten. Die Bestellung der sachlichen und personellen Erfordernisse sowie die Führung der Geschäfte der Fondsversammlung obliegt dem Bundeskanzleramt.“

Absatz 5: „Den Vorsitz in der Fondsversammlung hat der Herr Bundeskanzler zu führen.“

Es mag schon sein, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, daß Sie sich dieser „Hat“-Aufgabe entledigt haben und den Ihnen damals beigeordneten Kanzleramtsminister Löschnak dorthin entsandt haben, de facto und ex lege sind jedoch Sie, Herr Bundeskanzler, dafür verantwortlich gewesen, und dieser Absatz 5 des § 21 ist erst im 89. Stück des BGBl. Nr. 232 am 10. Mai 1991 geändert worden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf die beiden Daten wiederholen: 15. Juni 1988, 10. Mai 1991. Sie waren also mehr als zweieinhalb Jahre durch eine „Hat“-Bestimmung, durch eine De-facto-Bestimmung, durch den Wunsch dieses Hohen Hauses Vorsitzender dieser KRAZAF-Sitzung des Fonds und der dortigen Vorgänge, und ich finde es, ehrlich gesagt, billig, wenn Sie sich heute aus dieser Verantwortung, die Ihnen die Gesetze dieser Republik auferlegt haben, davonschleichen wollen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das, Herr Bundeskanzler, ist eine unzulässige Art und Weise, sich aus einer Verantwortung, die man ex lege gehabt hat, hinauszustehlen.

Herr Bundeskanzler! Zum zweiten: Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung gemeint, daß auch die Koordinierungskompetenz, die Sie eigentlich haben, nicht so zu sehen wäre. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß laut § 3 Z. 3 des Bundesministeriengesetzes die Ministerien untereinander zur Koordinierung verpflichtet sind und daß zum zweiten gemäß § 6 des Bundesministeriengesetzes diese Koordinierungen der einzelnen Ministerien sofort und unverzüglich dem Bundeskanzler zur weiteren Koordinierung zu melden sind.

Ich frage mich nun, Herr Bundeskanzler, wenn ich Ihre Antwort zur Frage 1 - auch wenn sie gemäß Ihrem besten Wissen und Gewissen gegeben wurde - nachvollziehe: Machen Ihre Minister nicht das, was im Bundesministeriengesetz steht? Informieren Sie sie nicht? Oder haben Sie in Ihrer Kanzlei Beamte, die das, was Ihnen eigentlich ex lege sofort als Meldung der Koordinierung zu übergeben ist, irgendwo schubladisieren und Sie damit nicht behelligen, ganz im Gegensatz zum Geist des Bundesministeriengesetzes?

Herr Bundeskanzler! Ich ersuche Sie, zu diesen aufliegenden Fragen und zu Ihrer Anfragebeantwortung zur Frage 1 eine deutlichere Stellungnahme abzugeben, denn es ist für mich nicht hinnehmbar, daß entsprechend den Bundesgesetz-

Mag. Haupt

blättern dieser Republik und den „Hat“-Bestimmungen, die darin enthalten sind, Sie als Bundeskanzler sich hier einfach einer Antwort entschlagen wollen, obwohl Sie Kompetenzen gehabt haben und zuständig waren und der Fondsvorsitzende der damaligen Zeit, nämlich 1988 bis 1991, gewesen sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Bundeskanzler! ich glaube, daß dieser Nationalrat nicht zulassen wird, daß man sich mit Unwahrheiten und mit Fehlinterpretationen des Gesetzes aus der Verantwortung herauswindeln will.

Ich gebe schon zu, Herr Bundeskanzler, daß die Lösung der Gesundheitsprobleme in dieser Republik das Durchschlagen des gordischen Knotens der Kompetenzen der Gemeinden, der Länder, der Sozialversicherungsträger, des Wissenschaftsministeriums ist. Einer fällt bei der Aufzählung der Kompetenzen in dieser Republik immer weg, und er ist eigentlich der Wichtigste, er ist der, für den es eigentlich all diese Kompetenzen und diese Anlaufstellen gibt: der österreichische Staatsbürger, der im Krankheitsfall Patient wird.

Diese Patienten vertritt, wenn ich mir Ihre Anfragebeantwortung zu den Fragen 6 bis 18 anschau und wenn ich sehe, wer in den zuständigen Kommissionen mitredet, niemand. Es gibt zwar zugegebenermaßen einige wenige schwachbrüstige Organisationen, die sich der Patienten in Österreich angenommen haben, aber die werden mit Sicherheit von Ihren Ministern zu Ihren Vorbesprechungen nicht eingeladen. Da geht es bei der Medizinerbildung um die Ärztekammer, da geht es darum, daß die Krankenanstaltenerhalter mitsprechen, da geht es darum, daß die Sozialversicherungsträger mitsprechen, da geht es aber schon nicht mehr darum, daß die Patientenvertreter dort mitsprechen. Warum, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, werden die Patienten in diesem System so sträflich behandelt?

Sehen Sie in mir nicht sosehr den ersten Redner der Opposition nach Ihnen, sondern einen Vertreter der österreichischen Patienten, der das Glück gehabt hat, trotz des österreichischen Gesundheitssystems vor zwölf Jahren einen Autounfall mit einjährigem Krankenhausaufenthalt zu überleben und dann jedes Jahr zwischen 14 Tagen und drei Wochen in einer der österreichischen Krankenanstalten verbringen zu dürfen.

Ich habe drei Universitätskliniken erlebt, ich habe zwei Schwerpunktkrankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, Krankenhäuser von regionaler Bedeutung, ja sogar Ortskrankenhäuser in Notfällen in Anspruch genommen, und ich muß zwei Dingen nochmals wiederholen: Es gibt gute, engagierte, fleißige, hilfsbereite Mitarbeiter in unseren Krankenanstalten, aber gerade jene, die die Tüchtigsten in diesem System sind, sind auch

jene, die die heftigste Kritik an diesem System üben.

Ich darf an Herrn Universitätsprofessor Margreiter und seine Interviews der letzten Tage über die Transplantationschirurgie und die Verhältnisse in der Chirurgie insgesamt erinnern.

Sie haben unserem Bundesparteiobmann Dr. Haider vorgeworfen, daß er mit dem Beispiel der Unfallchirurgie und der AUVA hier eine Versimplifizierung des Systems vornimmt. Sie, Herr Bundeskanzler, haben offensichtlich nicht zuhören wollen — vielleicht deswegen, weil es Herr Dr. Haider gesagt hat und Sie da schon irgendwo eine innere Hemmschranke haben, auch gute Dinge, die unser Bundesobmann Ihnen mitteilt, zu hören. Aber ich glaube, genau dieses Beispiel, das Dr. Haider gebracht hat, könnte doch für das österreichische Gesundheitswesen ein gutes sein: daß man nämlich nicht alle Abteilungen von der von Ihnen zitierten dermatologischen über die Kinderabteilung, die gynäkologische bis hin zur internen und unfallchirurgischen Abteilung über einen Kamm scheren kann. Die Bedürfnisse sind zu unterschiedlich: die Akutfälle, die Langzeitfälle, das anfallende „Patientenmaterial“, wie es so schön in diesem Fachchinesisch heißt. Hier wird nicht der Patient als Mensch in den Mittelpunkt des Systems gestellt, sondern er wird am Rande als eine Ware in einem Gesundheitsmarkt betreut, als jemand, der zu bezahlen und schön brav zu sein hat, denn das Beste ist angeblich gerade gut genug, aber nicht für jeden in Österreich, wie wir wissen.

Die Mängel sind eklatant. Ich gebe ein Beispiel aus meiner eigenen Gesundheitsgeschichte zum besten: Wiener Allgemeines Krankenhaus. Untersuchung, Therapienotwendigkeit und die Notwendigkeit einer Laparotomie zu einer kurzen, kleinen diagnostischen pathologisch-histologischen Untersuchung. Terminfrage: Zusatzkrankenkasse vorhanden? — Ja. — Im AKH ein Termin in dreieinhalb Monaten.

Derselbe Primarius, derselbe Dozent, derselbe Pathologe, neue Wiener Privatklinik, schräg gegenüber. Terminfrage: nächste Woche Freitag, wenn Sie wollen.

Herr Bundeskanzler! So kann dieses System in Österreich nicht funktionieren, daß die von dieser Republik angestellten und bezahlten hochqualifizierten Fachleute dort, wo sie ihre Hauptdienstzeit zu verrichten haben, nicht in der Lage sind oder in die Lage versetzt werden, innerhalb einer absehbaren Frist einem Patienten jene Therapie angedeihen zu lassen, die er braucht, sondern dort, wo auf der anderen Straßenseite die Zusatzeinkommen lukriert werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mag. Haupt

Ich sage das ganz bewußt so. Früher hatten wir in unserem Gesundheitssystem sicher gewisse Privilegien für Primarii und Oberärzte. Die sind in einem radikalen Schnitt nach oststaatlichem Muster in manchen Bundesländern so weit gekappt worden, daß dann die medizinische Versorgung, weil sie jeden Leistungsanreiz vermissen ließ, ins Uferlose gesunken ist. In vielen Teilen sind die Landesspitäler Kärntens jahrelang ein trauriges Beispiel gewesen, bis hin zu Chirurgen, die aus Wien geholt und in zwei Prozessen — in erster Instanz wohl gemerkt! — zugeben mußten, daß sie dem Patienten leider nicht den Darm zusammengenäht und anastomosiert, sondern verschlossen haben.

Sie wurden von einem Protektionssystem in die Provinz verschickt, weil sie hier in Wien auf dem Markt nicht brauchbar waren, aber für jene draußen auf dem flachen Land werden sie, wenn sie aus Wien kommen, schon gut genug sein.

Ich komme jetzt zum zweiten Problem: Wir haben in Österreich das Prinzip der freien Arztwahl. Aber was wollen Sie bitte zum Beispiel im oberen Mölltal? — Ist es eine freie Arztwahl, wenn Sie von Freitag nachmittag bis Montag 7 Uhr früh — mit viel Glück, und nur dann, wenn Sie die Privatnummer kennen — den einzig verfügbaren Arzt über das Rote Kreuz in Lienz erreichen? Was ist das für eine freie Arztwahl in einer Region, in der etwa 7 000 Menschen wohnen?

Da nützt uns auch die statistische Verteilung in Österreich nichts, laut der wir pro Arzt und Patienten deutlich besser abschneiden als 1970. In vielen Regionen haben wir regionale Verteilungsprobleme, die wir seit 1972, seit der Einführung des Gesundheitsministeriums, nicht bewältigen konnten. — Dabei spielt sicher die Standesvertretung eine traurige Rolle, da spielt ganz sicher die Sozialversicherung mit der Kostenminimierung eine ebensolche Rolle, da spielen auch die Interessen der Gemeinden und ihre Vorleistungen mit eine Rolle.

Herr Bundeskanzler! Das sind doch die klassischen Agenden der Kompetenzzusammenführung und des Ausgleichs, die bei Ihnen im Bundeskanzleramt von der Bundesverfassung normiert sind. (*Beifall bei der FPÖ.*) Dort haben Sie doch Ihre klassischen Aufgaben, zu denen es gehört, die Verhandlungsführung an sich zu reißen und nicht zu warten, bis Herr Löschnak, Herr Ettl oder Frau Flemming, die drei Monate für diese Ressort zuständig war, und nunmehr vermutlich auch Herr Ausserwinkler daran scheitern werden. Dort, Herr Bundeskanzler, hätten Sie eigentlich die große Möglichkeit, als Staatsmann des Konsenses jene Lösungen herbeizuführen, die sich die

österreichischen Patienten schon jahrelang, ja jahrzehntelang erwartet hätten.

Und ich glaube auch, daß, wenn man die Diskussion ehrlich und offen führen würde, viele österreichische Patienten durchaus bereit wären, einen gesundheitspolitisch wirksamen Selbstbehalt zu tragen. — Eine Forderung, die die Freiheitlichen im Jahre 1987 — damals noch unter Bundesminister Löschnak — erhoben haben, aber man ist ja damals von seiten der Bundesregierung einen anderen Weg gegangen. Man hat der Bevölkerung plakativ versprochen, das System bleibe weiterhin gratis, man hat aber im Hintergrund den versteckten Selbstbehalt von damals 22 S, 25 S, 50 S und so weiter eingeführt.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube daher, es wäre für die heutige Debatte sinnvoller und besser gewesen, anstatt, wie Sie es in Ihrem Extempore, abweichend vom geschriebenen Wort, getan haben, eine Beschimpfung unseres Bundesobmanns und der Freiheitlichen Partei durchzuführen, sich eher an das geschriebene Wort zu halten und eine sachliche Diskussion im Interesse des österreichischen Gesundheitssystems zu führen.

Wir Freiheitlichen sind dazu bereit — vielleicht wird auch bei Ihnen einmal ein Umdenkprozeß beginnen. (*Beifall bei der FPÖ.*) 17.33

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Stocker. Ich erteile es ihm.

17.33

Abgeordneter Helmuth Stocker (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Ich habe bei meinen Wortmeldungen zum Bereich Gesundheitswesen mehrfach betont — und ich tue das auch heute —, daß ich gerade diesen sensiblen Politikbereich für eines jener Gebiete halte, bei denen es zu einem weitgehenden Konsens der im Haus vertretenen Parteien kommen sollte, was aber nicht heißen soll, daß man nicht gegensätzliche Meinungen vertritt. — Ich meine damit die Art, wie wir in der Argumentation miteinander umgehen — vor allem in der Sachargumentation.

Es ist nicht meine Art, gegenseitig aufzurechnen, aber die politisch vordergründigen Hinweise des Abgeordneten Haider auf die jeweiligen Ressortzuständigkeiten im Gesundheitswesen von SPÖ und ÖVP im Bereich der Regierung beziehungsweise in den Landesregierungen und seine daran geknüpften Mutmaßungen — ich sage das ausdrücklich — verleiten mich, hier einige Feststellungen zu treffen.

Daß jetzt konkret über einen Aufschrei, wie es hier formuliert wurde, eine Grundsatzdiskussion entfacht wird, schadet durchaus nichts, aber die FPÖ möchte bezwecken, daß der Eindruck ent-

Helmuth Stocker

steht, die beiden Koalitionsparteien hätten in den vergangenen Jahren in ihren jeweiligen Zuständigkeiten nicht nur im Bundesbereich, sondern auch in den Ländern die Entwicklung verschlafen.

Nun ist aber auch die FPÖ in allen neun Landtagen dieser Republik vertreten, und ich kann mich an keine Initiativen der einzelnen Landtagsfraktionen der FPÖ erinnern, die beispielsweise in einem unserer Bundesländer Kompetenzverlagerungen von den Ländern hin zum Bund beinhaltet hätten. (*Abg. Dr. Haider: In Kärnten und Salzburg!*) Das ist offenbar deshalb nicht geschehen, weil es unpopulär gewesen wäre, Landeskompetenzen abzutreten, aber gleichzeitig in der Öffentlichkeit mit der Nähe zum Bürger zu argumentieren.

Oder: Haider sagt, es sei gegen zu viele — und es sind zweifellos zu viele — Nierensteinertrümmerer demonstriert worden. Es ist aber von der FPÖ in den Ländern nie gegen diese Einrichtungen in den jeweiligen Landesspitälern protestiert worden. Eben weil es unpopulär wäre, das dem Bürger begreiflich machen zu müssen — zumal es für ihn so ja bequemer ist, als möglicherweise in ein anderes Bundesland reisen zu müssen.

Meine Damen und Herren! Es wäre beispielsweise einem Landeshauptmann Dr. Haider sicher möglich gewesen, eine seinen Vorstellungen entsprechende Arbeitszeitregelung für Spitalsbedienstete in Kärnten — hätte es sich als notwendig erwiesen — durchzusetzen beziehungsweise zumindest zur Debatte zu stellen. (*Abg. Dr. Haider: Wir haben viel gemacht!*) Dies deshalb, weil — wie aus der Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers hervorgeht — für diesen Bereich der Spitalsbediensteten, die von Ländern und Gemeinden angestellt sind, die Kompetenz bei den Ländern liegt.

Ich habe mich zu diesen Feststellungen veranlaßt gesehen, weil ich damit deutlich machen wollte, daß die FPÖ durch ihren Sprecher den Eindruck erwecken will, die anderen Parteien hätten sozusagen die Entwicklung in den vergangenen Jahren verschlafen und die FPÖ sei sozusagen immer der drängende Teil gewesen, um hier Veränderungen herbeizuführen.

Ich sage noch einmal: Man soll die Kritik der vergangenen Wochen durchaus ernst nehmen, obwohl man sie natürlich relativieren muß; und das hat der Herr Bundeskanzler auch anhand konkreter Beispiele und Aussagen gemacht. Es wäre sehr gefährlich, den Eindruck aufkommen zu lassen, daß überall in Österreich Patienten, die Spitalspflege in Anspruch nehmen müssen, Angst haben müssen, nicht ordnungsgemäß behandelt zu werden.

Darüber hinaus — und diese Nabelschau haben wir auch in diesem Hohen Haus bei einer Reihe von anderen Materien schon betrieben, auch vor der internationalen Öffentlichkeit — ist zu sagen, daß sich unser Gesundheitssystem im Vergleich mit anderen Ländern bei all den Fehlern, die es hat, wahrlich sehen lassen kann und im wesentlichen als funktionierend betrachtet werden kann. Es drängt mich, das hier ebenfalls festzustellen.

Herr Abgeordneter Haider hat so nonchalant mit einem Seitenhieb auf Bundesminister Dr. Ausserwinkler dessen Engagement zum Thema Rauchen kritisiert. Mir ist durchaus bewußt, daß da sehr viele Emotionen hochkommen und man unterschiedlicher Meinung sein kann, wie man sich einem so sensiblen Thema nähert. (*Abg. Dr. Haider: Ich bin auch Nichtraucher geworden!*) Aber daß es eine brisante Frage ist und daß wir alle miteinander — ich bin Nichtraucher (*Abg. Dr. Haider: Ich auch!*), sicherlich aber Passivraucher, und zwar ein sehr toleranter nach meiner Selbsteinschätzung — diese Themen nicht gerne angehen und uns lieber daran vorbeidrücken, wenn es nur geht, das sollte man auch ganz offen zugeben.

Und wenn Herr Abgeordneter Haider hier sagt, der blaue Dunst der Raucher interessiere die Österreicher nicht: Ich habe heute — wahrscheinlich auch die anderen Abgeordneten — ein Schreiben des ehemaligen ÖVP-Gesundheitssprechers Dr. Rasinger — den ich persönlich sehr schätze, weil er sich bei Verhandlungen in Gesundheitsangelegenheiten wirklich als ein sehr verständiger, aber auch sehr kooperativer Partner erwiesen hat — erhalten, und Rasinger hat uns die letzten, wirklich erschreckenden und signifikanten Ziffern genannt: Rauchen ist zu 80 bis 90 Prozent Hauptursache für Lungenkrebs, und 1990 sind etwa 2 700 Menschen in Österreich daran erkrankt.

Ich will hier an diesem Pult nicht mehr zu diesem Thema sagen als dieses: Auch ein Gesundheitsminister kann sich, da er ja ansonsten wahrscheinlich von der Opposition sogar gesteinigt würde, an diesem Thema nicht vorbeischwindeln.

Abgeordneter Haider ist ja auch in der Öffentlichkeit für auffällige Aktionen bekannt. In diesem Fall hat der Gesundheitsminister — ich sage noch einmal, es gibt unterschiedliche Auffassungen, wie man sich einem Thema nähert — spektakulär zur Bewußtseinsbildung beigetragen, und das paßt vielen nicht; das ist klar.

Wir sollten nach Möglichkeit dieses Thema sachlichen und uns dort, wo es notwendig ist, ernsthaft damit auseinandersetzen, damit wir vor allem im Sinne der Prävention bessere Regelungen, die auch greifen, finden können.

Helmuth Stocker

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Mag. Haupt wollte in seiner Wortmeldung die verfassungsmäßige Kompetenz für das Gesundheitswesen von sich aus dem Bundeskanzler zuordnen und hat sich dabei auf die KRAZAF-Gesetze berufen. Ich darf ihm meinerseits folgendes entgegenhalten: Aufgrund der Entschließung des Herrn Bundespräsidenten war in der Zeit vom 1. April 1987 bis 1. Februar 1991, in der die Agenden des Gesundheitswesens zum Bundeskanzleramt gehörten, gemäß Artikel 77 Abs. 3 B-VG der jeweils amtierende Bundesminister im Bundeskanzleramt, zunächst Dr. Löschnak, dann Ing. Ettl, mit der Vorkoordination der Gesundheitsagenden und der Koordination zwischen Bund und Ländern betraut.

Die Entschließung des Herrn Bundespräsidenten bezüglich des Bundesministers Löschnak habe ich hier vor mir liegen. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich sehr klar, daß der Bundesminister mit der sachlichen Leitung von Angelegenheiten, die zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehören, betraut ist und in diesem Bereich die Stellung eines monokratischen Organes — wie jeder andere Bundesminister — hat. Daher ist er für die betreffenden Angelegenheiten allein verantwortlich und damit auch für die Aufgabenstellungen, die sich aus den KRAZAF-Gesetzen ergeben. — Soviel möchte ich feststellen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Haupt.)*

Ich knüpfe daran aber die Vermutung, daß es den Fragestellern nur darum gegangen ist, mit aller Gewalt eine Kompetenz des Herrn Bundeskanzlers hier zu konstruieren, um ihn quasi auch für andere Ressortbereiche innerhalb der Bundesregierung mitverantwortlich zu machen. Dem ist nicht so, denn dazu haben wir eine Verfassung und auch die korrespondierenden rechtsverbindlichen Entschließungen des Bundespräsidenten, die diese Kompetenzzuteilungen an die jeweiligen Minister regeln.

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat auf die Anfragen, für die die Fragesteller als Grundlage das Arbeitsübereinkommen der beiden Koalitionsparteien herangezogen haben, ausführliche Antworten gegeben. Ich kann es mir ersparen, auf nähere Details einzugehen.

Nun zur Frage der Kompetenz, und zwar nicht zur Frage der Kompetenz des Herrn Bundeskanzlers, sondern zur Frage der zersplitterten Kompetenzen zwischen Ländern, Gemeinden und dem Bund. Ich darf hier ein Beispiel zitieren, wie einfach es sich einzelne Abgeordnete, in diesem Fall Herr Kollege Meischberger, machen, wenn es um eine neue Kompetenzverteilung geht. Herr Abgeordneter Meischberger sagt in einer Presseaussendung: Nach den Vorstellungen der FPÖ sollten

die Kompetenzen für alle Spitäler dem Bund übertragen werden. Punktum.

Wenn es so einfach ginge, dann würden wir wahrscheinlich das totale Chaos innerhalb der Organisation der österreichischen Spitäler haben. So einfach können wir es uns nicht machen. Wenngleich ich einräume, daß es bei einer Reihe von Beratungen immer wieder Hinweise dahingehend gegeben hat, daß es übergreifende Kompetenzen gibt, die es zu koordinieren gilt.

Aber auch dazu ist mir kein Initiativantrag einer FPÖ-Landtagsfraktion bekannt, der fordert, daß die Länder irgendwelche Kompetenzen aus dem Krankenanstaltenwesen an den Bund abtreten sollten.

Die Frage der Reformierung des Gesundheitswesens steht natürlich in einem sehr engen Zusammenhang mit der Neuordnung der Krankenanstaltenfinanzierung, vor allem der Krankenanstaltenfinanzierung. Der Bundeskanzler hat für den Zeitraum von 1987 bis 1992 sehr klar und eindeutig dargestellt, welche umfangreichen Arbeiten es bedurft hat, um diesen Umstellungsprozeß von der bisherigen Spitaltagfinanzierung zu einem leistungsorientierten Abrechnungssystem in Gang zu setzen. Es wäre unmöglich gewesen, dieses Vorhaben in ein, zwei Jahren zu bewältigen.

Meine Damen und Herren! Das heißt mit anderen Worten, für das, was in der letzten KRAZAF-Vereinbarung beschlossen wurde, nämlich bis zum Ablauf der KRAZAF-Vereinbarung 1994 eine Neuregelung zustande zu bringen und die leistungsorientierte Spitalsfinanzierung ab 1995 in Kraft zu setzen, sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden.

Meine Damen und Herren! Ich darf zum Abschluß nur mehr in aller Kürze erwähnen, daß neben einer Reihe strukturverändernder Maßnahmen — zum Beispiel die 50. ASVG-Novelle mit der Einführung der medizinischen Hauskrankenpflege als Pflichtleistung, mit der Zuordnung der Präventionaufgabe an die Krankenversicherungsträger sowie mit der Einführung der Rehabilitation für mitversicherte Angehörige und Pensionisten — auch der vorliegende Entwurf für die Krankenanstaltengesetz-Novelle, der eine Reihe von der Lainz-Spitalsreformkommission vorgeschlagene Maßnahmen beinhaltet, als ein weiterer Reformschub des Gesundheitsministeriums zu werten ist.

Ein zusätzlicher Punkt, den ich nur mehr in aller Kürze stichwortartig erwähnen kann, der mir ebenfalls sehr am Herzen liegt, ist die Ausbildungsreform, die wir erfolgreich mit dem Gesetz für die gehobenen medizinisch-technischen Berufe eingeleitet haben und mit der Schaffung des Berufes diplomierter Krankenpfleger fortsetzen

Helmuth Stocker

werden. Darüber hinaus kann ich mit Genugtuung feststellen, daß auch für die Ausbildungsreform der Hebammen vom Gesundheitsminister bereits ein Gesetzentwurf der Begutachtung zugeleitet wurde. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 17.48*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schwimmer. Ich erteile es ihm.

17.48

Abgeordneter Dr. **Schwimmer** (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Debatte über die Konsequenzen aus den Vorfällen von Lainz war ich selbst einer, der die Aussage der Expertenkommission, es wäre traurig, wenn erst ein neuer Anlaßfall eintreten müßte, um Konsequenzen zu ziehen, zitiert hat. Daher nehme ich die laufende Debatte absolut ernst. Und da ich seit nicht ganz vier Jahren als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses dieses Hauses auch dafür verantwortlich bin, wie diese Fragen hier im Hause behandelt werden, habe ich natürlich mit Spannung auf diese Debatte — die dringliche Anfrage kam nicht unerwartet — gewartet.

Ich muß sagen, es war eine höchst interessante Mischung, die sich sowohl in der schriftlichen Ausfertigung als auch in der durchaus unterschiedlichen Begründung zwischen dem Erstanfragesteller, Klubobmann Haider, und dem Zweitredner, Mag. Haupt, fand.

Es war eine interessante Mischung, in der auch einiges Richtige gesagt wurde, allerdings nicht zum ersten Mal und vielfach schon von anderen vorher, leider aber auch eine Vielzahl von Oberflächlichkeiten. Kollege Helmuth Stocker hat nachgewiesen, daß man selbst in der grundsätzlichen Frage der verfassungsmäßigen Zuständigkeit offensichtlich nicht in der Lage war, die Anfrage richtig zu begründen. Es war etliches auch schlicht und einfach falsch, was hier gesagt worden ist.

Vor allem sollte ein falscher Eindruck erweckt werden, und das tut mir weniger beim Abgeordneten Haider als vielmehr beim Abgeordneten Mag. Haupt, den ich aus dem Gesundheitsausschuß an sich sehr schätze, leid. Es wurde nämlich von Kompetenzzusammenfassung gesprochen, in Wahrheit aber wurde schlicht und einfach einem bürgerfernen Dirigismus das Wort geredet.

Ganz egal, wer Gesundheitsminister ist — bitte wieso soll ein Gesundheitsminister in Wien besser und genauer Bescheid wissen, welche Abteilung mit wie vielen Betten mit welcher ärztlichen und Pflagerausstattung in Lienz — von Mag. Haupt erwähnt — oder in Landeck notwendig ist, als der

zuständige Landesrat, die zuständigen Spitalserhalter?

Meiner Ansicht nach — das sagen Ihnen viele Fachleute, und ich habe heute erst eine Expertendiskussion darüber geführt — brauchen wir mehr Autonomie für das Krankenhaus, mehr eigenverantwortliche Entscheidung und weniger Dirigismus. Sprechen Sie nicht von Kompetenzzusammenfassung, wenn Sie in Wahrheit einen bürgerfernen Dirigismus meinen! Das wäre der falscheste Dienst, den wir der Gesundheitspolitik leisten können. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Mag. Haupt hat anhand seines persönlichen Beispiels, um das ihn niemand beneidet, dargelegt, daß wir im österreichischen Gesundheitswesen viele sehr gute, von Wissenschaftlern mit Weltruf ausgebildete Ärzte haben. Wir haben sehr viele — es könnten mehr sein, ich komme darauf noch zurück — gut ausgebildete und in ihrem unangenehmen Dienst höchst engagierte Bedienstete im Pflegebereich, Krankenschwestern, Krankenpfleger, in einem Spitalwesen, das mit modernsten Geräten ausgestattet ist.

Ich habe, Herr Mag. Haupt, sowohl vom Europarat her als auch von einem persönlichen Engagement in einem Verein, der konfessionellen Krankenanstalten in Ungarn in der schwierigen Wiederaufbau- und Umstellungsphase helfen will, einiges an Erfahrung. Ich habe ein schlechtes Gewissen, daß Geräte, die bei uns durch modernere und bessere Geräte ersetzt werden, dort mit offenen Händen dankbarst angenommen werden, denn sie stellen eine wesentliche Verbesserung ihrer Situation dar. Ich frage mich erstens dabei, ob wirklich jedes neue Gerät so notwendig ist, und zweitens frage ich, ob es für uns nicht auch andere Möglichkeiten gäbe, diesen Ländern zu helfen, als ihnen sozusagen die abgelegten Kleider der herausgewachsenen Kinder zu überlassen. Aber es zeigt, wie gut wir ausgestattet sind.

Die Probleme — es gibt Probleme in unserem Gesundheitswesen, und es gibt Probleme in unserem Krankenanstaltenwesen —, die wir angehen müssen, die angegangen worden sind und weiterhin angegangen werden, die weiter zu reformieren sind, sind unter anderem: Wie nutzen wir diese guten Ressourcen noch besser? Aber der Eindruck, der hier erweckt wurde — nicht von Ihnen, Mag. Haupt, sondern mehr von Ihrem Klubobmann —, als ob in unserem Krankenanstaltenwesen der Zustand von Dritte-Welt-Ländern herrschte oder von GUS-Nachfolgestaaten, ist schlicht und einfach falsch. *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das stimmt doch gar nicht! Das war doch eine sachliche Kritik! Das ist doch überhaupt keine Übertreibung! Das ist doch lächerlich, was Sie sagen!)*

Dr. Schwimmer

Frau Partik-Pablé! Ich habe den Verdacht gehabt, daß Sie Ihrem Klubobmann nicht zugehört haben (*Heiterkeit*), daß Sie nicht mitbekommen haben, was er hier gesagt hat. Ich würde es an Ihrer Stelle nicht allzu laut sagen, ich weiß nicht, ob er es Ihnen verzeihen wird. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das ist doch lächerlich, was Sie sagen!*) Jedenfalls lächerlich, Frau Partik-Pablé, um Ihr Wort aufzugreifen, sind schlicht und einfach die Behauptungen, was alles angeblich nicht geschehen sei.

Da hat auch Abgeordneter Mag. Haupt, der Mitglied im Gesundheitsausschuß ist, der einmal Gesundheitssprecher Ihrer Partei war, anders gesprochen als Klubobmann Haider, weil er natürlich ganz genau weiß, was alles geschehen ist, was gemacht wurde und was weiter gemacht wird. (*Abg. Mag. Haupt: Es ist vieles begonnen worden, aber nur wenig fertiggestellt worden!*) Es ist auch die Argumentation unterschiedlich.

Herr Mag. Haupt! Ich anerkenne das durchaus — auch bei Ihnen, beim Abgeordneten Fischl, bei Frau Haller —, daß Sie im Gesundheitsausschuß konstruktiv mitarbeiten, mitwirken an den Dingen, die gemacht werden, zu Recht stolz sind auf das, was wir gemeinsam machen, und auch stolz sind auf Ihren Beitrag. Sie wissen ganz genau — darauf bin ich stolz —, daß im Gesundheitsausschuß ein Klima herrscht, in dem nicht Vorschläge und Meinungen der Opposition weggewischt werden, sondern in dem konstruktive Vorschläge aufgegriffen, miteingearbeitet werden. Wir bringen dann etwas zusammen. Dort reden Sie anders als dann hier im Haus vom Rednerpult aus oder bei Pressekonferenzen draußen.

Allerdings bei manchen — wenn ich mir das so anschau — habe ich das Gefühl es ist wirklich ganz wenig überlegt. Wenn man vor der Dringlichen schon die Ausführungen des Klubobmannes Haider aus der Pressekonferenz bekommt, dann ist das offensichtlich so schnell hingeschmiert vom dritten oder vierten Pressereferenten. Wenn hier gemeint wird, eine Ausweitung der Tätigkeitsbereiche der Turnusärzte sei vorzunehmen, dann muß ich sagen, wir müssen doch eher schauen, daß weniger anstelle von anderen herangezogen werden, sondern daß sie besser ausgebildet werden. Das muß man machen und nicht den Tätigkeitsbereich von noch nicht fertig ausgebildeten Ärzten noch weiter ausdehnen. Aber für eine Pressekonferenz schreibt es sich halt leicht hin.

Wir brauchen ein bißerl mehr Sachlichkeit, die Sie — das gestehe ich Ihnen absolut zu, das räume ich Ihnen ein — im Ausschuß bei Ihrer Mitarbeit durchaus an den Tag legen. (*Abg. Haigermoser: Beschwichtigung, Schwimmer!*) Da gibt es nichts zu beschwichtigen, Herr Abgeordneter Haigermoser! Mir geht manches durchaus nicht schnell genug, weil ich weiß, was reformbedürftig

ist, aber wenn wir — das waren die Forderungen aus den Konsequenzen von Lainz — bei der Ausbildung von Ärzten und des Pflegepersonals ein modernes Gesetz über den medizinisch-technischen Dienst haben, wenn wir eine verbesserte Pflegehelferausbildung eingeführt haben, wenn wir im Krankenpflegegesetz die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß die Ausbildung modernisiert wird, reformiert wird, wenn Schulversuche ermöglicht werden, dann — muß ich sagen — gibt es nichts zu beschwichtigen, sondern dann ist etwa geschehen.

Wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, ist es notwendig, Standards aufzustellen, die überall gelten. Ich bin sehr dankbar, ausnahmsweise dem Abgeordneten Haider, daß er das Beispiel der AUVA genannt hat. Vielleicht weiß er nicht, daß die AUVA zu den von ihm sonst so geschmähten Sozialversicherungsträgern gehört. (*Abg. Edith Haller: Da unterstellen Sie ihm schon was!*) In den Unfallspitälern der AUVA ist durchaus ohne Mehrkosten ein guter Standard der Arbeitsbedingungen möglich, der anderwo auch eingehalten werden könnte. Man soll es sich zum Vorbild nehmen. Dieser Meinung bin ich.

Aber es wurden die Arbeitsbedingungen zum Beispiel auch — das verschweigen Sie dann — dadurch verbessert, daß das Krankenpflegepersonal in das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz miteinbezogen worden ist. Es war eine langjährige Forderung, eine sinnvolle Forderung, und ich bin froh, daß jetzt das Krankenpflegepersonal als Personal nach dem Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz anerkannt ist.

Ich zitiere aus dem Lainz-Bericht, in dem steht: die Probleme des Umfangs und der Notwendigkeit von Spitalsaufenthalten im Zusammenhang mit der Forcierung von Hauskrankenpflege. — Wir haben die Hauskrankenpflege als Pflichtleistung im ASVG eingeführt. Das war auch wieder eine gemeinsame Handlung, eine gemeinsame Leistung.

Die Stellung der Alten in unserer Gesellschaft — eine Forderung aus Lainz. Was haben wir beschlossen? — Die Pflegevorsorge, das Bundespflegegesetz.

Ich war zufällig am Wochenende in Stuttgart bei einer familienpolitischen Tagung. Dort hat der zuständige Referent der EG-Kommission Österreich für dieses Gesetz als Vorbild lobend erwähnt. Das ist ganz wichtig. Das wird von Ihnen einfach weggewischt, das wollen Sie einfach nicht gelten lassen. Und so könnte ich eine ganze Reihe von Dingen aufzählen.

Natürlich müssen die Dinge forciert werden. Natürlich muß aus dem Ergebnis der 19 Testkrankenhäuser für eine leistungsgerechte Hono-

Dr. Schwimmer

rierung die Konsequenz gezogen werden: Umstellung der gesamten Spitalsverrechnung auf eine leistungsgerechte Honorierung, aber nicht nur das, sondern auch mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortlichkeit der Spitäler im Umgang mit diesem Entgelt, indem sie in die Lage versetzt werden, aus diesem Leistungsentgelt selbst zu budgetieren, selbst die Prioritäten zu setzen. Das heißt aber wieder: Mehr Dezentralisierung und nicht mehr Dirigismus. Dazu brauchen Sie keine Kompetenzzusammenfassung von bisherigen Kompetenzen, die bei den Ländern gewesen sind, beim Gesundheitsminister.

Vielleicht muß man ihm den Rücken stärken in Fragen wie etwa des Großgerätefonds. Da sage ich durchaus: Sie haben recht mit den Nierensteinertrümmerern. Ich könnte andere Beispiele auch noch dazu nennen. Aber ich glaube auch, daß Sie hier, wenn es nicht so wäre, Wartezeiten anführen würden, dann würde der Herr Abgeordnete Haupt sagen: Wieso muß man solange warten? — Ja, weil es zufällig auch Zeiten gibt, wo sich das Ganze staut. Installieren wir mehr Geräte, dann werden die Geräte zwar in Stauzeiten gleichzeitig arbeiten, in anderen Zeiten werden aber etliche unbenützt herumstehen. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung, was man tut.

Und wir werden sehr rasch — ich habe den Gesundheitsminister öfter schon in dieser Frage gedrängt — die Ausbildungsreform des diplomierten Krankenpflegepersonals zu Ende führen müssen.

Und das möchte ich zum Abschluß dem Herrn Bundeskanzler vielleicht auch sagen, weil der Herr Abgeordnete Stocker die Aktivitäten des Gesundheitsministers im Zusammenhang mit Rauchen und anderen Dingen — ich will jetzt gar nicht alles anführen — erwähnt hat.

Natürlich muß sich der Gesundheitsminister auch mit solchen Dingen beschäftigen. Aber ich glaube schon, daß er auch ein wenig mit schuld ist an der Art und Weise, wie die Diskussion in den letzten Tagen und Wochen geführt worden ist. Ich glaube, daß es schon wichtig wäre, im Gesundheitswesen auch in der öffentlichen Diskussion von den wichtigen und vorrangigen Dingen zuerst zu reden. Wenn wir diese richtige Wertung vornehmen, wenn wir die Diskussion sachlich und richtig führen, dann bin ich überzeugt davon, daß es uns gelingt, die in Angriff genommenen Reformen im Gesundheitswesen tatkräftig und rasch zu Ende zu führen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)* 18.03

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Renoldner. Ich erteile es ihm.

18.03

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Ich bin gestern oder heute Nacht bei der Vorbereitung einer dringlichen Anfrage gesessen, genau zu diesem Thema, was auch bestätigt wird, daß die Anfrage und die Stoßrichtung zumindest teilweise sehr richtig ist. Ich habe, während ich daran gearbeitet habe, mit einem Mann zwischen 40 und 50 Jahren, der hier ganz in unserer Nähe beschäftigt ist, gesprochen. Und dieser hat mir erzählt, daß er wegen eines Bandscheibenvorfalles in Innsbruck operiert werden mußte. Es hat sich in Wien kein Spital gefunden, in dem das hätte gemacht werden können.

Ich habe vor kurzer Zeit mit einer Frau, etwa um die 45 Jahre herum, gesprochen, die mir erzählt hat, wie ein Arzt mit allen Methoden versucht hat, ihr wegen einer kleinen Erkrankung im Unterleibsbereich eine schwerwiegende Operation, eine Unterleibsoperation einzureden, die sich nachher als medizinisch vollkommen nutzlos und unnötig herausgestellt hat.

Ich hatte letzte Woche ein Gespräch mit einem gesundheitspolitischen Fachmann, der mir glaubwürdig versichert hat, daß 60 Prozent der in Österreich durchgeführten Blinddarmoperationen unnötigerweise als Operation in dieser Form durchgeführt werden. Und Sie kennen die Fälle, die durch die Presse gegangen sind, daß Menschen wegen einer Bypassoperation sechs Monate lange Wartezeiten erdulden müssen, daß Menschen in dieser Wartezeit verstorben sind und daß es notwendig gewesen ist, durch den Einsatz von Flugzeugen Operationstermine in Hamburg und in Berlin und was weiß ich wo sonst noch zu koordinieren.

Es ist Ihnen vielleicht weniger bekannt, daß es auch Fälle gibt, wo es nicht nur um den Operationstermin herum Engpässe gibt in unserem Gesundheitssystem, sondern zum Beispiel auch in der nachsorgenden Betreuung, daß viele alte Menschen in Österreich zwar eine Hüftgelenkoperation bekommen, aber nachher keine Rehabilitation gemacht wird, weil das Personal und das Geld dafür nicht vorhanden ist *(Abg. Sr b: Zwei Jahre warten müssen!)*, daß diese Menschen nie wieder gehen lernen, weil man nicht die Mittel im Gesundheitsbereich dafür investiert, weil man nicht anerkennen will, daß Rehabilitation ein Grundrecht für alle Menschen ist, die eine solche Operation brauchen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Unser Gesundheitssystem und unsere Gesundheitspolitik sind dadurch gekennzeichnet, daß wir Erfolgsdaten ausweisen — das haben wir heute gehört in den Reden der Koalitionsfraktionen —, Erfolgsdaten,

Dr. Renoldner

die auf steigende Wachstumsziffern hinweisen, was alles an medizinischer Reparatur geleistet wird. Ich gestehe, daß vieles davon notwendig und sehr sinnvoll ist, aber gleichzeitig nimmt die Gesundheit nicht zu. Die Gesundheit der österreichischen Bevölkerung steigt nicht in dem Ausmaß, in dem wir im medizinischen Sektor investieren, ganz im Gegenteil, sie nimmt dramatisch ab. Es gibt viele Krankheiten, die Sie aus dem Umweltbereich kennen, die in furchtbarem Ausmaß zunehmen, gegen die wir nicht mit diesen Mitteln angekämpft haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist Ihnen vielleicht die OECD-Studie bekannt — ich glaube, es ist in einer Zeitungsmeldung der letzten beiden Wochen abgedruckt gewesen, ich bin aber nicht ganz sicher —, wonach in Österreich durchschnittlich — die Studie stammt aus dem Jahr 1989 — je 100 Einwohner und Jahr 20,6 Spitalsaufenthalte verbracht werden.

Vergleichbare Länder, die ein ähnlich hohes medizinisches Niveau haben und eine ähnlich hohe soziale Absicherung wie Österreich, weisen folgende Zahlen auf: Die Schweiz 13,8, Schweden 16,8, Norwegen 14,9 und die Niederlande gar nur 10,4 Spitalsaufenthalte. Österreich hat den doppelten Wert. Umgekehrt: Bei den jährlichen Spitalstagen, das sind also jene Tage, die ein durchschnittlicher Einwohner pro Jahr im Spital verbringt, liegt Österreich in dieser OECD-Studie aus dem Jahr 1989 bei 2,4 Tagen. Die Zahlen in den vergleichsweise genannten vier Ländern bewegen sich zwischen 1,2 und 1,3, also wieder etwa bei 50 Prozent.

Hier liegt das Geld brach, das uns dort fehlt, wo wir eine lebensrettende Operation nicht durchführen können, und hier liegt das Geld brach, das dieser alten Frau gefehlt hat, die nie wieder wird gehen können, die, auch wenn sie schon sehr alt ist, ein Recht darauf hätte, wieder gehen zu können, und die zwar eine Hüftgelenkoperation erhalten hat, aber keine Rehabilitation.

Meine Damen und Herren! Es wurde schon erwähnt von der Freiheitlichen Partei: 17 sündteure Nierensteinertrümmerer haben wir in Österreich. Der Experte für Kosten im Gesundheitswesen Josef Dészi sagt, vier wären für den bundesweiten Bedarf flächendeckend leicht ausreichend. Es gibt sogar Leute, die sagen, ein oder zwei wären genug.

Österreich wird weltweit das einzige Land sein, das demnächst schon ein zweites Gamma-Knife besitzt — das ist eine Investition in Milliardenhöhe —, also nicht nur im AKH Wien, sondern auch an der Uni-Klinik Innsbruck werden wir bald ein Gamma-Knife haben. Weltweit gibt es ungefähr 15 Gamma-Knives, und eines davon ist, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten,

für einen viel größeren Bereich, als es die Republik Österreich ist, ausreichend. Hier hätte man nicht in Nationalstaaten, sondern auf kontinentaler Ebene planen müssen. Wir haben Milliarden von Schilling, die heute als Erfolgsdaten im Gesundheitswesen ausgelobt werden, in eine hohe Repräsentationsmedizin investiert.

Sie wissen, daß mein Kollege von der Universität Innsbruck, der Dr. Grünwald, der auch heute hier im Haus anwesend war, schon seit Jahren mit der Fessel-Studie hausieren gegangen ist, von Fraktion zu Fraktion, von der Kammer zu der Gewerkschaft und zu den Kassen, um darauf aufmerksam zu machen, daß es an der Universitätsklinik Innsbruck Mißstände gibt in einem Ausmaß, wie sie gar nicht in den Zeitungsmeldungen der letzten beiden Wochen zu finden waren, etwa die 80-Stunden-Woche, etwa die 60-Stunden-Wochendienste in einem Stück, etwa der Mißstand, daß ein Arzt am fünften Tag, an dem er Dienst im Spital verrichtet, noch operieren muß, daß dabei natürlich Kunstfehler auftreten und daß dabei natürlich die Engpässe bestehen, die wir ebenfalls aus einer dem Haus vorgelegten Rechnungshofstudie kennen, aus der nämlich zu entnehmen ist, wohin die Mittel fließen, die bei der Beschaffung der entsprechenden Arztstellen fehlen.

Und das möchte ich auch als Kritik an der freiheitlichen dringlichen Anfrage hier anmerken, daß Sie nämlich einen wichtigen Bereich offenbar ganz bewußt ausklammern aus Ihrer Optik, und das ist der Bereich, in dem sehr satte Gewinne im Gesundheitsgeschäft erzielt werden.

Das ist der Bereich, in dem uns zum Beispiel der Rechnungshof vorrechnet, daß die Klinikvorstände an den drei Kliniken Österreichs Privateinnahmen machen, Privateinnahmen an den öffentlichen Stationen mit dem öffentlich zur Verfügung gestellten Personal. Wir wissen, daß es allein in Innsbruck Leute gibt, die dabei auf ein jährliches Nebeneinkommen von 3 Millionen Schilling kommen. Das erwirtschaften sie aus ihrer privatwirtschaftlichen Gutachtertätigkeit in Labors, aus ihrer privatwirtschaftlichen ärztlichen Tätigkeit in der Klinik, die wir mit öffentlichen Mitteln finanzieren.

Meine Damen und Herren! Bei jeder KRA-ZAF-Runde steht der neue Konsens, die neue Einigung und auch das, was der Bundeskanzler in seiner verblichenen Beantwortung dieser Anfrage ausgeführt hat, wie ein neues Schreckgespenst vor den Verhandlungspartnern. Es wird nicht in diese Verhandlungen eingebracht, daß in diesem Gesundheitswesen Milliardensummen aus Beiträgen der Kassenzahler aufgebracht werden für Dienste, die in keinem Verhältnis stehen zu den lebensnotwendigen Bedürfnissen, von denen wir jetzt zwei Wochen lang genug gehört haben.

Dr. Renoldner

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht genug damit, daß Millionengewinne aus den öffentlichen Kliniken für die Klinikvorstände erwirtschaftet werden, nicht genug damit führen einige dieser Herrschaften noch private Laborbetriebe nebenher an ihrer Klinik. Sie haben ihre private Praxis in die Klinik hineinverlagert und ambulieren dort als praktischer Arzt oder als Facharzt weiter.

Sie haben darüber hinaus noch weitere außenstehende Tätigkeiten ausgeübt, so zum Beispiel zwei Innsbrucker Klinikvorstände, von denen einer in Feldkirch und einer in Wien eine private Praxis betrieben hat, und nebenher haben sie noch ihren Universitätsprofessorengehalt für eine volle Leistung an der Universitätsklinik bezogen, und nebenher haben sie über diese Anstellung auch noch Privateinnahmen machen dürfen.

Und das sind die Leute, die Verantwortung tragen, auch für das menschliche Leid und für die 60-Stunden-Dienste und für die weinenden Ärzte, von denen der Kollege Grünewald gesprochen hat, die das menschlich nicht aushalten, was an Belastung und an Druck in den medizinischen Stationen auf sie zukommt, die dieser Herausforderung nicht gewachsen sind und denen wir dann sagen müssen — wie es der Bundeskanzler heute versucht hat —: Na selbstverständlich haben wir uns bemüht, zusätzliche Ausbildungsplätze für Fachärzte unterzubringen. Obwohl der Gesundheitsminister immer wieder gesagt hat, daß ihm 4 500 zusätzliche Fachärzte fehlen, ist es uns nur gelungen, eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsstellen von 2 200 auf 2 500 durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht einmal so viel, um die Pensionierungsrate abdecken zu können! Nicht einmal so viel an Erhöhung haben wir in den Budgets der letzten drei Jahre für die Ausbildungsplätze für Fachärzte zustande gebracht.

Und ich finde es recht enttäuschend vom Kollegen Schwimmer — und ich kann ihn da nicht verstehen —, daß er hier nicht mehr politisches Verständnis und politische Einsicht an den Tag legt und daß er sich mit dem Bundeskanzler darauf einläßt, hier so zu tun, als sei das nur ein tagespolitisches Geplänkel, als gehe es nur darum, das Oppositionstheater zu spielen, und als gehe es nur darum, billigen parteipolitischen Gewinn daraus zu erzielen. All diese unschönen Worte sind heute hier gefallen.

Da geht es um Menschenleben. Da geht es um Menschen, die für ihre Gesundheit und für das, wofür wir eine Sozialversicherung eingeführt haben, die Mittel für die selbstverständlichsten und lebensnotwendigsten Dinge nicht erhalten, und darum, daß die Mittel, die wir dafür sehr wohl zur Verfügung haben — und das sollte ja auch für den

Gesundheitsminister die Möglichkeit schaffen —, nicht zweckgebunden eingesetzt werden.

Und deshalb hat die Freiheitliche Partei in dem Punkt vollkommen recht, wenn sie nämlich die Kompetenzenfrage stellt und wenn sie sagt, daß hier der Bundeskanzler versagt hat in seiner Koordinierungsaufgabe.

Genau der Bundeskanzler ist die einzige Stelle, an die man in diesem Nicht-Zuständigkeits-Dschungel stoßen kann, ist der, der letztlich verbürgen könnte, daß auch innerhalb der Regierung eine konsequente Absprache stattfindet. Die Koalitionsparteien hätten es in der Hand, ein Kompetenzänderungsgesetz einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe selber, lange bevor dieser medienträchtige Skandal aufgefliegen ist und lange bevor es Herrn Dr. Grünewald, mit dem ich seit Jahren im Gespräch über diese Zustände bin, gelungen ist, die österreichischen Medien so stark auf diese Spur zu bringen, versucht, den Weg durch diesen Kompetenzdschungel anzutreten.

Ich bin in der Frage der Klinikhonorare und der Beiträge für die öffentlichen Spitäler von jenen Leuten, die sich hier auf Kosten der Gesundheit der Beitragszahler in den Krankenkassen bereichert haben, die diese Millioneneinnahmen abgeschöpft haben, beim Gesundheitsminister gewesen, und ich habe von ihm erfahren, daß er sich nicht vorstellen kann, daß man eine bundeseinheitliche Regelung finden kann. Er hat sich ausgedrückt auf die Landesregierungsmitglieder.

Ich bin in Tirol bei seinem Parteifreund, beim Landesrat Hengl, gewesen und habe mit ihm gesprochen. Und der hat auch eine Ausrede gefunden. Er hat gesagt: Bei der Klinik Innsbruck scheitert es am Wissenschaftsminister. Ich bin beim Wissenschaftsminister gewesen, ich habe mit Kammernvertretern gesprochen, wir haben mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger gesprochen, und überall wurde man weitergeschoben und wird man weitergeschoben an die nächste Instanz. Und das ist eine organisierte All-Unzuständigkeit für Gesundheitspolitik! *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 20 Jahren schieben wir den Skandal, der jetzt in den letzten beiden Wochen auch die Medien erreicht hat, vor uns her. Seit 20 Jahren wird uns gesagt, daß der nächste Gesundheitsminister ein Initiativprogramm, einen besonderen Maßnahmenkatalog, irgendeine Gesetzesänderung schaffen wird. Wir haben sieben Gesundheitsminister verbraucht, bei denen wir immer wieder erleben mußten, daß sie aufgrund der Kompetenzenfrage nicht in der Lage sind, hier einen Schritt weiter zu tun.

Dr. Renoldner

Ich habe mir ausgerechnet: Wenn man die Frau Dr. Leodolter, die immerhin sieben Jahre dieses Amt innegehabt hat, als Aufbauerin des Ministeriums mit einrechnet, dann haben die Gesundheitsminister dieser Republik durchschnittlich drei Jahre amtiert. Wenn man die Frau Dr. Leodolter als Ausnahme, die dieses Ressort überhaupt erst aufgebaut hat, wegzählt, dann kommt man auf durchschnittlich zwei Jahre.

Und das ist genau die Phase, in der ein Gesundheitsminister diesen Prozeß durchmacht — und genau dort scheint der Minister Ausserwinkler jetzt langsam hinzukommen — und wo er dann sagt: Ja, es ist richtig, Gesundheitspolitik kann ich nur machen, wenn ich eine strikte Einbindung auch des Wissenschaftsministers habe oder wenn ich diese Zuständigkeiten bekomme, wenn ich die Blockade der Gewerkschaft und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger durchbrechen kann und dabei die Rückendeckung des Bundeskanzlers habe und wenn ich eine Nationalratsmehrheit habe, die mich unterstützt bei der Veränderung dieses Kompetenzdschungels.

Und immer dann, wenn die Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, wie das so schön heißt, es gewagt haben, sich bezüglich dieses Gesundheitskompetenzdschungels klar zu artikulieren und Forderungen zu stellen, die ihren eingeschränkten Spielraum überschritten hätten, immer dann ist es zu einem Wechsel gekommen. Und deshalb ist es richtig, die Anfrage an den Bundeskanzler zu stellen.

Herr Bundeskanzler! Wie viele Gesundheitsminister wollen Sie noch auswechseln, bevor Sie hier an einer strukturellen und gut organisierten Unzuständigkeit etwas ändern lassen?

Herr Bundesminister und Herr Bundeskanzler! Was werden Sie machen, daß der Gesundheitsminister die Möglichkeit bekommt, 2 000 brachliegende Nostrifikationsakten zu bearbeiten von Menschen, die bereit sind, als Ärztinnen, Pflegerinnen oder MTP im Gesundheitsbereich zu arbeiten, die aus bürokratischen Gründen nicht miteinbezogen werden können, weil das Gesundheitsministerium die Arbeit nicht bewältigt?

Was werden Sie tun, damit die Ausbildungsbedingungen verbessert werden? Ich denke dabei nicht nur an das Studium der Medizin, sondern auch an ein Fachstudium für Pflegepädagogik und Pflegewissenschaften.

Und schließlich: Welche Konsequenzen werden Sie ziehen aus einem Rechnungshofbericht, der uns vorgerechnet hat, daß die Mittel, die wir im Gesundheitsbereich brauchen, vorhanden sind, daß sie aber in private Taschen fließen aufgrund einer kleinen, relativ kleinen Gruppe von hochbezahlten und hochabgesicherten Fachärzten, die

sich auf Kosten dieses öffentlichen Gesundheitsvorsorgesystems bereichern können? Wir müssen auch die Hindernisse angehen und die Auseinandersetzung mit diesen Leuten riskieren, insbesondere die Auseinandersetzung mit den Kassen und den Sozialversicherungsträgern dort, wo es um eine klare Ausweitung des Arbeitszeitgesetzes auf alle Beschäftigten im klinischen und im Spitalsbereich, also auf alle pflegerischen und ärztlichen Berufe, geht. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen.)* 18.19

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Motter. Ich erteile es ihr.

18.19

Abgeordnete Klara **Motter** (Liberales Forum): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin eigentlich verwundert darüber, daß die Gesundheitssprecher der Koalitionsparteien so locker hier heraußen über das Gesundheitswesen gesprochen haben, daß doch eigentlich ohnehin alles gut sei, daß ohnehin bald alles reformiert werde. Es ist allerdings schon die Frage zu stellen, warum dann die Öffentlichkeit so aufgebracht ist, wie das eben jetzt der Fall ist. Es sind leider die beiden Gesundheitssprecher von SPÖ und ÖVP nicht da; ich hätte ihnen das gerne selber gesagt.

Meine Damen und Herren! Sie können doch hier in diesem Hause nicht so tun, als ob jenes Problem, das jetzt hier behandelt wird, erst gestern ausgebrochen wäre: Die Problematik rund um die Bewältigung des Gesundheitswesens ist doch seit Jahren virulent, und es ist doch wirklich traurig, daß erst nach dem Aufschrei eines Arztes diesbezüglich Getriebe in die Tätigkeit der Bundesregierung kommt.

Ich kann da auch dem Herrn Bundeskanzler nicht beipflichten, der hier versucht hat, das Gesundheitswesen Österreichs als geradezu rosig darzustellen. Ich bin da wirklich anderer Meinung!

Eines der Grundübel in der Gesundheitspolitik Österreichs liegt sicherlich in der Kompetenzzer splitterung auf diesem Gebiet; einige meiner Vorredner haben ja darauf bereits Bezug genommen. Dieses — zugegebenermaßen: gewachsene — System ist zu kritisieren. Der Gesundheitsminister selbst hat die wenigsten Einflußmöglichkeiten auf die Länder als Krankenanstaltenträger, auf die Sozialversicherungsträger, den Sozialminister und die Ärztekammer; er kann nicht koordinieren zwischen diesen, wobei dazu noch festgestellt werden muß, daß jede dieser Institutionen des Krankenwesens ihr eigenes Süppchen kocht. Vermengt wird das Ganze noch mit parteipolitischen Interessenlagen im Personalbereich.

Klara Motter

Wie uns allen bekannt ist, ist sowohl bei den Krankenanstaltenträgern als auch auf der Führungsebene in den Spitälern der Proporz geradezu beheimatet. Beispiele hierfür sind Niederösterreich oder Wien, wo man zum Beispiel ohne „richtiges“ Parteibuch, nicht Primararzt werden kann — selbst wenn die Qualifikation noch so hoch ist. Weiters ist auch bekannt, daß die Sozialversicherungsträger um die Erhaltung ihrer Pfründe besorgt sind; ebensolches kann man im Zusammenhang mit Ärztekammer und Hauptverband der Sozialversicherungsträger feststellen.

Die Ärztekammer spricht seit Jahren von einer „Ärztenschwemme“, obwohl bereits seit langem bekannt ist, daß Fachärzte, besonders im ländlichen Raum, sozusagen Mangelware sind und daß deshalb die Patienten oft monatelange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Über den zynischen Kommentar der Ärztekammer hiezu kann man sich nur wundern, denn dieser lautete, dies sei deshalb der Fall, da die meisten Leute gleich zum Facharzt anstatt zum praktischen Arzt gingen. Ich frage, welchen Sinn es haben sollte, wenn zum Beispiel bei einem Augenleiden zuerst ein praktischer Arzt aufgesucht werden sollte, der dann, wie wir wissen, den Patienten sowieso zum Facharzt schickt. Ich sehe den Sinn nur darin: Das Resultat gipfelt eben in einer doppelten Verrechnung: einmal durch den praktischen Arzt und dann durch den Facharzt. Und ob das sinnvoll ist, ist schon die Frage!

Meine Damen und Herren! Der seit langem bekannte Kompetenzdschungel hat bereits 1987 dazu geführt, daß das gesamte Gesundheitswesen dem Bundeskanzleramt unterstellt wurde. Ziel war es und sollte es auch heute noch sein, daß durch die Koordinierungsfunktion des Bundeskanzlers das Gesundheitswesen auf einen Nenner gebracht werden sollte. — Heute wissen wir, daß alle bisherigen Reformversuche kläglich gescheitert sind. Es gibt weiterhin keine sachliche Aufteilung, sondern es ging und geht offensichtlich nur um Postenaufteilung.

Die Situation ist heute auch dadurch gekennzeichnet, daß die Kosten explodieren — dies trotz enorm steigender Versicherungsbeiträge und auch trotz der Einführung eines Selbstbehaltes des Patienten beim Krankenhausaufenthalt, und zwar pro Tag berechnet.

Weiters ist keinerlei Bemühen feststellbar, daß es zu einer Transparentmachung der tatsächlich anfallenden Kosten kommen sollte: Bis heute liegt uns keine Kostenrechnung der Spitäler vor; außerdem gibt es kein geeignetes Modell für eine zielführende Berechnungsgrundlage.

Um dieser Situation gerecht zu werden, wäre es notwendig, die derzeit geltenden Berechnungs-

grundlagen zu überprüfen, damit sich künftig die Berechnung von Planstellen für Krankenhausärzte sowohl in funktioneller als auch ökonomischer Hinsicht an der technischen Entwicklung orientiert, damit auch in diesem Bereich das Ziel eines wirklich gemeinsamen Europas auch im Gesundheitswesen Berücksichtigung findet.

Meine Damen und Herren! Wie bereits hier ausgeführt wurde: Leidtragender ist und zerrieben in all dem Ganzen wird der Patient, dessen Vertrauen in die Gesundheitsfürsorge immer mehr sinkt. Eine gravierende Schlüsselstellung nimmt in dieser Situation die Ausbildung der Ärzte ein, jedoch: Die Ausbildung der Ärzte ist bei uns unzulänglich. Mit diesem Ausbildungsmangel ist in Spitälern, in den Kliniken, ja ebenso in der gesamten Gesundheitsvorsorge der eklatante Personalmangel zu erklären. Die in der Öffentlichkeit darüber geführte Diskussion ist durchaus gerechtfertigt, wenn ich auch eingestehle, daß diese unserer Ansicht nach jedoch ohne Emotionen geführt werden sollte.

Im Jahre 1990 haben über 2 700 promovierte Mediziner nach Ende ihres Studiums zwischen einem halben Jahr und drei Jahren auf einen Turnusplatz gewartet; das entspricht einer Arbeitslosigkeit von 9 Prozent der gesamtösterreichischen Ärzteschaft beziehungsweise 2,3 Prozent der gesamteuropäischen Ärztarbeitslosigkeit. 20 Prozent der Aspiranten haben zudem in dieser Zeit in fachfremden, nichtmedizinischen Berufen gearbeitet. Weiters gibt mehr als ein Drittel der Turnusärzte an, daß sie an ihrem Arbeitsplatz keine aktive Ausbildungsförderung erfahren, und mehr als die Hälfte dieser Ärzte hat bei Visiten im Krankenhaus keine beziehungsweise kaum Gelegenheit, Fragen am Krankenbett direkt zu stellen.

Ein Drittel aller Turnusärzte führt selbst die Visite durch, wobei von diesen wiederum jeder dritte die Visiten immer oder häufig allein durchführen muß.

Die Aufzählung solcher Mängel ließe sich beliebig lang fortsetzen, aber aus Zeitgründen — Sie werden das verstehen — möchte ich diese Fehlentwicklung nur anhand einiger Beispiele aufzeigen.

Was ich allerdings noch aufzeigen möchte, ist, daß das gesamtösterreichische Gesundheitssystem ohne systematische Qualitätssicherung abläuft. Das Bundesministerium für Gesundheit kommt seiner Kontrolle der Ausbildungsstellen lediglich auf dem Papier nach; ebenso möchte ich in diese Kritik auch die Länderbehörden miteinbeziehen.

Um eine echte, zielführende Ärzteausbildung zu erreichen, wird es daher notwendig sein, die begleitende Ausbildungskontrolle und Wissensprüfung des Auszubildenden mit der verpflicht-

Klara Motter

tenden Einbindung des Abteilungsleiters und des fachärztlichen Stammpersonals in die Ausbildung miteinzubeziehen.

Zusammenfassend sollten daher folgende Thesen, wie sie bereits vom „Österreichischen Kuratorium für ärztliche Fortbildung“ im Juli 1988 gefordert wurden, zum Durchbruch kommen. Als Grundvoraussetzung ist folgendes anzustreben:

Erstens: Die humanitäre Bildung sollte Hand in Hand mit der Fachausbildung gehen.

Zweitens: Das Hinführen zu selbständiger Arbeit sollte forciert werden.

Drittens: Übersichtswissen sollte vor Detailwissen kommen. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend Viktor von Weizsäcker zitieren, der bereits vor drei Jahrzehnten ausführte: „Gesundheit ist kein Kapital, das man aufzehren kann, sondern Gesundheit bleibt nur dort erhalten, wo sie ständig ‚erzeugt‘ wird.“ — Ende des Zitats.

Wird also diese Gesundheit nicht mehr „erzeugt“, ist der Mensch bereits krank. Weiters sollte der Patient nicht als isoliertes Wesen betrachtet werden, sondern als eng mit seinem sozialen Umfeld verbunden. Um eine patientengerechte Behandlung, die dringend notwendig ist, durchführen zu können, sollte der Arzt sowohl auf den Patienten als auch auf dessen Umwelt und auf seine Probleme eingehen, sollte seine Wünsche und Forderungen beachten. — Dies wird allerdings den angehenden Medizinern im derzeitigen Ausbildungssystem nicht beigebracht.

Aus all diesen Gründen ist eine Umstrukturierung beziehungsweise eine Änderung des derzeitigen Medizinstudiums und seiner Ausbildungsgrundlage als erstes Gebot anzustreben. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Weiters ist eine zielführende Weiterbildung unumgänglich — dies ohne Rücksicht auf eine allfällige EG- beziehungsweise EWR-Verträglichkeit.

Ich fordere daher heute den Herrn Bundeskanzler auf, seine Kompetenzen wahrzunehmen und zu veranlassen, daß ehebaldigst das österreichische Gesundheitswesen gesundet! (*Beifall beim Liberalen Forum.*) 18.30

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Haller. Ich erteile es ihr.

18.30

Abgeordnete Edith Haller (FPÖ): Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FPÖ stellt im Laufe eines Parlamentsjahres relativ viele dringliche Anfragen — zum Leidwesen eines Großteils der Kol-

legen der Regierungsparteien hier. Wir nehmen aber trotzdem dieses unser demokratisches Recht hier wahr. Aufgrund der vielen Mißstände macht es uns ja die Regierung äußerst leicht, immer wieder brisante Themen vorzubringen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

In dieser Legislaturperiode hat die FPÖ bereits einmal den Herrn Bundeskanzler dringlich befragt, und zwar zum Thema Nationalbank. Ich erinnere mich — natürlich in meiner subjektiven Erinnerung —, daß die Reaktion des Herrn Bundeskanzlers bei dieser ersten Dringlichen seitens der Freiheitlichen Partei eine eher beleidigte, schollende war, eben dieser „frechen“ FPÖ gegenüber. Was die sachpolitische Darstellung anlangt, habe ich in Erinnerung, daß der Herr Bundeskanzler damals eher arrogant beziehungsweise uneinsichtig geantwortet hat.

Heute hat es die FPÖ ein zweites Mal „gewagt“, den Herrn Bundeskanzler hier ins Hohe Haus zu bitten, in dem man ihn ja sonst so selten sieht. (*Ruf bei der SPÖ: Öfter als Sie!*) Mein subjektiver Eindruck ist jetzt eigentlich im großen und ganzen der gleiche wie damals: Der Herr Bundeskanzler hat uns Freiheitlichen heute vorgeworfen, die Gesundheitspolitik für „tagespolitisches Geplänkel“ zu verwenden. — Ich muß allerdings ihm und seinen Ministern vorwerfen, keinen erkennbaren Willen zur Neugestaltung der österreichischen Gesundheitspolitik zu zeigen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Der Herr Bundeskanzler sprach hier von einer permanenten Reform, die anscheinend stattfinden soll, was aber niemand erkennen kann. — Ich habe den Eindruck, er orientiert sich lieber an Amts- und Legislaturperioden.

Wir Freiheitlichen haben uns heute „erdreist“, den Herrn Bundeskanzler noch einmal zu befragen, was er als Chef und somit als Verantwortlicher dieser Regierung an Lösungen für das marode österreichische Gesundheitssystem anzubieten gedenkt, wie, wo und wann es diese Lösung wirklich geben wird. Seine Antwort war für mich wiederum nur ein Hinwegschiwindeln sozusagen in altbewährter Manier: Der Herr Bundeskanzler hat von seinen Vorstellungen, wie die österreichische Gesundheitspolitik in Zukunft ausschauen soll, nichts von sich gegeben! Trotz seiner ganzen Beschwichtigungen muß man jedoch feststellen: Das österreichische Gesundheitssystem brennt an allen Ecken und Enden.

Wenn man einen Zipfel dieses dichtgewebten Tuches, das über die österreichische Gesundheitspolitik normalerweise gebreitet wird — das auf der einen Seite gewebt wurde aus jahrelangen Beschwichtigungen und Versprechungen der Regierungsparteien, auf der anderen Seite aus standespolitischen Überlegungen —, wenn man also ei-

Edith Haller

nen solchen Zipfel aufzuheben versucht, fällt einem geradezu eine ganze Steinschlaglawine vor die Füße, wir müssen noch froh darüber sein, daß sie uns bis jetzt noch nicht auf den Kopf gefallen ist.

Die Freiheitliche Partei versucht wirklich alles in ihrer Macht Stehende zu tun, und das schon seit Jahren, um auf diese bedrohliche Entwicklung hinzuweisen. Wir haben einem Weiterschieben des Problems KRAZAF, wie dies bereits seit Jahren geschieht, nicht mehr zugestimmt. Der KRAZAF hat doch während der letzten fünf Jahre der Koalitionsregierung, nämlich von 1987 bis 1991, genau das Doppelte davon, was am Anfang der Fall war, verschlungen. Seine Kosten sind von 6,1 Millionen im Jahre 1987 auf 11,9 Millionen im Jahre 1991 gestiegen, und sie werden noch weiter steigen.

Obwohl der KRAZAF sehr wohl echte Steuerungsfunktionen hätte übernehmen können, hätte man diesen anders konstruiert, ist er in der Zwischenzeit zu einem Moloch des österreichischen Gesundheitswesens geworden.

Man hat versprochen, daß es ab 1. 1. 1993, und zwar ganz dezidiert mit diesem Datum, eine leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung geben werde. — Aber wo ist denn diese, bitte? — In ganzen 19 Anstalten werden derzeit Versuche damit durchgeführt. Wo bleibt die lange versprochene Qualitätssicherung? Die Patienten in den Spitälern liegen immer noch in Gangbetten, Abteilungen in den Spitälern müssen aus Personalmangel geschlossen werden, obwohl sich Ärzte und auch Schwestern wirklich anstrengen, obwohl bereits zu 16 Prozent ausländisches Pflegepersonal acquirit werden mußte.

Es fehlt nach wie vor an medizinischer Ausbildung, es gibt zuwenig Fachärzte, es gibt zuwenig Turnusplätze; 3 000 Mediziner warten auf einen Turnusplatz. Ärzte operieren oft bis zum Umfallen, 3 000 weitere möchten eigentlich gerne operieren, aber sie dürfen noch nicht, weil keine Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. — Ich empfinde diese Situation als sehr eigenartig, um nicht zu sagen: schizophren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wo bleiben denn die versprochenen „verbesserten Rahmenbedingungen“ für Mediziner, für das Krankenpflegepersonal, wo die „leistungsrechte Bezahlung“ für Turnusärzte?

Spätestens seit der ÖBIG-Studie vom Vorjahr sind ja die Mißstände in diesem Bereich allen bekannt, aber die Verantwortung dafür wird hin- und hergeschoben: zwischen Sozial-, Gesundheits- und Wissenschaftsministerium einerseits und dann noch zusätzlich zwischen Ländern und Gemeinden.

Tatsache ist, daß eine seit vielen Jahren — ja ich möchte fast sagen: seit Jahrzehnten — angekündigte und wirklich in ihren Anfängen stecken gebliebene Reform zur Folge hat, daß das österreichische Spitalswesen Unsummen verschlingt. Und gerade diese Unsummen sollten doch das Reformkapital für die Zukunft sein. — Auch da sehe ich einen Widersinn in diesen österreichischen Verhältnissen.

Nun hat es ein mutiger Tiroler Spitalsarzt aus dem sogenannten Mittelbau geschafft, endlich wieder einmal eine große öffentliche Diskussion über diese jahrelangen Probleme in Gang zu bringen. Aber der Herr Bundeskanzler hat sich auch heute hier wieder dadurch „ausgezeichnet“, indem er in seiner vom Boden der Tatsachen doch etwas abgehobenen Position darüber berichtet hat. Er wird wahrscheinlich auch weiterhin — zumindest habe ich diesen Eindruck, daß er es weiterhin so machen wird wie bisher — einfach die handelnden Personen austauschen, die aber mangels Kompetenzen die anstehenden Probleme nicht lösen können, ja — im Gegenteil! — diese Probleme sogar noch vergrößern werden. Seine Pflicht wäre es, für eine Vereinigung der Gesundheitspolitik zu einem Kompetenzbereich zu sorgen. Ich fordere daher den Herrn Bundeskanzler auf, endlich zu der von ihm so oft zitierten Qualität des Handelns zu kommen! (*Beifall bei der FPÖ.*) 18.40

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Ilona Graenitz. Sie hat das Wort.

18.40

Abgeordnete Dkfm. Ilona Graenitz (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Haupt hat in seiner Rede gesagt, daß jemand kommen müßte, der im Bereich des Gesundheitswesens den gordischen Knoten zerschlägt. Ich denke mir, daß dieser Ausspruch genau das falsche Politikverständnis beinhaltet, das die Freiheitliche Partei hat.

Es geht weder in der Gesundheitspolitik noch in einer anderen Form der Politik darum, hineinzuhauen, etwas zu zerschlagen, mit einem Gewaltstreich die Dinge zu verändern, sondern es geht darum (*Abg. Edith Haller: Was sollen wir da noch zerschlagen? — Abg. Haigermoser: Was kaputt ist, kann man nicht mehr zugrunde richten!*), aufzuknüpfen, zu koordinieren, die Dinge auf eine wesentlich mühevollere Weise, als durch einen Knoten zu zerschlagen, wieder auf die Schienen zu stellen, sie dorthin zu führen, wo wir sie im nächsten Jahrtausend brauchen werden.

Ich habe den Rednern der Freiheitlichen Partei genau zugehört, die schon zur dringlichen Anfrage gesprochen haben, und was ich dabei bemerkt

Dkfm. Iiona Graenitz

habe, war, daß es wiederum — so wie jedes Mal — eine Darstellung ihrer Konzeptlosigkeit und Inkompetenz war. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Sie haben eine Reihe von Vorfällen aufgezeigt, ohne eine einzige Lösungsmöglichkeit angeboten zu haben. (*Abg. Edith Haller: Das ist ja nicht wahr! Sie passen nicht auf! Sie wollen nicht zuhören!*) Im Gegenteil, Ihr Parteiobmann hat sich mehrfach an den Herrn Bundeskanzler gewandt, um ihn zu fragen, wie man aus diesen Schwierigkeiten im Spitalswesen eigentlich herauskommen könnte.

Und ich denke mir, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, daß eine Opposition, die Anspruch darauf erhebt, in Regierungssämter gewählt zu werden, sehr wohl mit Vorschlägen hervortreten hat und nicht nur mit Beschuldigungen, die sich nachher als haltlos erweisen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Die Kompetenzen im Gesundheitsbereich sind, wie wir alle wissen, außerordentlich stark aufgeteilt. Es hat Herr Abgeordneter Schwimmer schon davon gesprochen, was es heißen würde, all diese Kompetenzen zwangsweise in einen Bereich zusammenzuführen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren derzeit im Rahmen der Europäischen Integration das Prinzip der Subsidiarität. Was bedeutet Subsidiarität? Subsidiarität bedeutet, die Probleme dort zu lösen, wo sie auftreten, wo die Menschen sind, und nicht, die Probleme zu einer Zentralstelle zu dirigieren. Sie sagen sehr oft, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, wie sehr Sie gegen Zentralismus sind. Hier haben Sie jetzt — jeder Sprecher, jede Sprecherin Ihrer Partei — Zentralismus gefordert.

Ich denke mir, wenn wir darangehen, die Struktur reformen im Gesundheitswesen, die notwendig sind, weiterzuverfolgen, nämlich die Gesundheits- und Sozialsprengel einzurichten, müssen wir mit den Kompetenzen noch viel weiter hinuntergehen.

Ich darf Ihnen als Beispiel nur sagen, daß in Linz, woher ich komme, jetzt der erste Gesundheits- und Sozialsprengel eingerichtet worden ist, der nicht einmal das ganze Stadtgebiet, sondern nur einen Teil der Stadt umfaßt, und daß wir auch in einer Stadt, die gar nicht so groß wie Linz ist, mehrere solche Sprengel werden haben müssen. Das heißt, daß man mit den Kompetenzen immer weiter hinuntergehen muß und nicht einmal eine Gemeinde alleine die Kompetenz wird haben können, weil die Betreuung im Gesundheitsbereich, vor allem im Bereich der Gesundheitsvorsorge, direkt bei den Menschen sein muß

und nicht bei irgendeiner weit entfernten Zentralstelle. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben die Strukturmittel, die zur Umstrukturierung vorgesehen sind, im KRAZAF für die Länder bereitgestellt. Sie werden — und das muß ich auch bekräfteln — noch immer nicht in dem Maße genützt, wie sie genützt werden können. Noch immer wird zuviel von diesen Mitteln in die Spitäler gesteckt, noch immer gibt es einen Streit bezüglich der Großgeräte.

Bezüglich der Nierenzertrümmerer muß ich Sie auf einen Umstand aufmerksam machen (*Ruf bei der FPÖ: Nierensteinertrümmerer!*), der in der Debatte bisher nicht zur Geltung gekommen ist. Nierenkoliken sind mit sehr schlimmen Schmerzen verbunden, die zu ertragen Patienten vermutlich nicht sehr lange in der Lage sind, und eine zu geringe Anzahl an solchen Nierensteinertrümmerern, die wirklich einen sehr großen Fortschritt darstellen, würde zu zu langen Wartezeiten führen. Eine zu große Anzahl an diesen Geräten kostet natürlich zuviel. Deshalb hat das Gesundheitsministerium Schritte unternommen, um mobile Nierensteinertrümmerer einsetzen zu können, damit sie immer wieder an einem anderen Ort den Patienten, die dieses Nierenleiden haben, zur Verfügung stehen. Diejenigen von Ihnen, die solche Fälle in der Familie, im Freundeskreis haben, wissen, wie schmerzhaft dieses Leiden ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine andere Sache ist mir auch noch sehr wichtig zu sagen. Es ist über die Reform der Ärzteausbildung schon gesprochen worden, auch über die Reform hinsichtlich der Ausbildung des Pflegepersonals. Der Herr Abgeordnete Haider hat gesagt: Man muß halt flexiblere Arbeitszeiten für das Pflegepersonal schaffen, damit diese Personen, auch wenn sie Familienpflichten zu erfüllen haben, ihren Dienst im Krankenhaus machen können. Ich weiß aus meinem eigenen Bekanntenkreis, daß zum Beispiel in Linz seit mehr als zwanzig Jahren solche Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeit für Krankenpfleger, für Krankenschwestern bestehen und sicher auch an vielen anderen Krankenhäusern. Es kann also nicht nur ein Musterkrankenhaus in ganz Österreich sein, und zwei, drei Nachtdienste pro Woche und einmal Sonntagsdienst bieten absolut die Möglichkeit, neben der Berufsausübung die Familie betreuen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die Ärzteausbildung betrifft, so haben wir vom Herrn Bundeskanzler schon gehört, daß es bereits sehr genaue Pläne und Gespräche darüber gibt. Sie werden doch nicht glauben, daß ein System wie die universitäre Ausbildung, die schon seit Jahrhunderten in einer bestimmten Form verläuft,

Dkfm. Ilona Graenitz

innerhalb von zwanzig, zehn oder drei Jahren so umgestaltet werden kann, daß alles anders und alles besser wird. Das sind Prozesse, die eine Zeitlang dauern, und wir tragen nicht zu einer Beschleunigung dieser Prozesse bei, wenn uns nichts anderes einfällt, als immer wieder die negativen Fälle hervorzuzerren, und wir nicht auch daran interessiert sind, das Positive zu dokumentieren, darzustellen und als Beispiel für andere Einrichtungen anzubieten.

Was die anderen Gesundheitsberufe betrifft, so wissen Sie alle, daß wir in dieser Legislaturperiode schon begonnen haben mit einer Reihe von Gesetzen. Es ist zum Beispiel auch durch die Novelle zum Krankenpflegegesetz die Möglichkeit einer schnelleren Nostrifizierung geschaffen worden, die der Herr Kollege Renoldner als zu langsam angeprangert hat. Mit dem Ärztegesetz, dem ja die FPÖ voriges Jahr im Juni zugestimmt hat, haben wir die Möglichkeit für mehr Ausbildungsplätze, insbesondere in den Sparten, wo es zu wenig Fachärzte gibt, geschaffen. Durch dieses verbesserte System können die Ärzte ihre Ausbildungsplätze erhalten. Es wird sicherlich notwendig sein, daß die Spitalserhalter zusätzliche Dienstposten schaffen.

Wir haben ein System übernommen, das mit einer dualen Ausbildung in der Vergangenheit vielleicht genug Ärzte gebracht hat. In der heutigen Zeit, in der die Dinge anders liegen, ist ein anderes System notwendig — nur, von einem Tag auf den anderen kann ich nicht die wunderbare Vermehrung von Ärzten, die wunderbare Vermehrung von Stationen und vor allem nicht all die pädagogischen Fähigkeiten, die notwendig sind in der heutigen Zeit, um alle Turnusärzte auch zu menschlich und kommunikativ agierenden Ärzten zu machen, mit einem Schlag schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eines auch noch sagen: Die Frage der Gesundheit ist hier im Haus im allgemeinen — vor allem im Gesundheitsausschuß — eigentlich sehr konsensual behandelt worden. Ich darf daran erinnern, wie wir voriges Jahr im Juli das Gesetz zur Neuregelung der medizinisch-technischen Berufe beschlossen haben, wie fast alle Fraktionen davon gesprochen haben, wie angenehm die fachliche Zusammenarbeit im Ausschuß war, und davon, wie gut dieses Gesetz ist, das dadurch entstanden ist.

Ich glaube, daß mit der Gesundheit, mit den Ängsten und Sorgen der Leute hier weder politisches Kleingeld noch große Noten gemacht werden dürfen. Ich finde daher die Art der Darstellung des Herrn Klubobmannes Haider, zu sagen, wie viele Bestrahlungsgeräte in welchem Bereich fehlen oder nicht fehlen, und den Leuten damit Hoffnungen zu machen, daß Krebserkrankungen

nur durch Bestrahlungen geheilt werden können, sehr oberflächlich. Ich würde wirklich ersuchen, daß man den Leuten nicht mit Aussagen wie: Wenn es ein Gerät mehr gibt, dann wird Ihre Krankheit schnell geheilt, und Sie werden gesund!, Hoffnungen macht.

Wir alle wissen, daß Krebserkrankungen sehr schwierig und kompliziert zum Stillstand zu bringen sind, wenn überhaupt zu heilen sind, und daß es eine Vielzahl von Methoden und Möglichkeiten gibt, das zu tun, und Bestrahlung nur eine ist, die in manchen Fachkreisen auch sehr umstritten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß eines sagen: Wir haben in der Gesundheitspolitik in diesem Haus immer dann große Erfolge erzielt, wenn wir gemeinsam den Weg gegangen sind, der weggeführt hat von der Krankenbehandlung hin zur Gesundheitsvorsorge, zur Gesundheitserziehung, und wenn wir diese Bemühungen verstärkt haben.

Es sind von der Regierung und vom Parlament in den letzten Jahren eine Reihe von Möglichkeiten geschaffen worden, dieses zu tun. (*Abg. Mag. Schweitzer: Wo? Beispiele!*) Wir haben die Reform der verschiedenen Berufe gemacht, wir haben mit der 50. ASVG-Novelle einen völlig anderen Leistungskatalog für die Sozialversicherungsträger geschaffen. Wir haben mit der Einföhr Kfzung von Gesundheits- und Sozialsprengeln die Möglichkeit geschaffen, daß vor Ort Gesundheitsberatung, Gesundheitsförderung in einem weit höheren Maße stattfinden kann, als dies früher der Fall war. Das wird von den Leuten immer mehr in Anspruch genommen (*Abg. Mag. Gudenus: Es bleibt ihnen nichts anderes übrig!*), und diejenigen, die auf diesem Weg Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung machen (*Abg. Mag. Schweitzer: Gesundheits-erziehung findet nicht statt!*), werden ihre Gesundheit auch erhalten können. — Ich danke Ihnen. (*Beifall bei der SPÖ.*) 18.51

Präsident: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Leiner. Ich erteile es ihm.

18.51

Abgeordneter Dr. Leiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zuerst einige Worte zum Herrn Kollegen Renoldner. Ich möchte ihn berichtigen: Die Rehabilitation ist eine Pflichtleistung der Versicherung. Er hat das hier falsch dargestellt. Zweitens möchte ich von ihm ganz gerne wissen, wie er sich vorstellt, daß die Finanzierung funktionieren könnte, wenn Primarii nicht auch Privatgelder aus ihren Privatordinationen bekämen. Unser Niveau würde international sinken, denn sie würden wahrscheinlich ins Ausland abwandern. Ich weiß nicht,

12402

Nationalrat XVIII. GP — 107. Sitzung — 10. März 1993

Dr. Leiner

ob Sie die Verhältnisse in England kennen und ob Sie die Verhältnisse in den Oststaaten kennen, dort wartet man monatelang, bis man einen ambulanten Termin bekommt. Das nur dazu. *(Abg. Dr. Renoldner: In diese Richtung bewegt sich das Beispiel, das ich gebracht habe!)*

Es gab in letzter Zeit einen Hilfeschrei aus unserem Gesundheitswesen an die Politiker, an die dafür Verantwortlichen. Wer wurde eigentlich im wesentlichen angesprochen? Es wurden zwei Ebenen angesprochen. Die erste Ebene, die direkt angesprochen wurde, sind die Krankenhauserhalter, also die Länder. Es wurden mehr Ärzte, es wurde mehr Personal gefordert. Das kann man nur auf der Krankenhauserhalterebene fordern. Ich glaube, daß in diesem Fall der Gesundheitsminister der falsche Ansprechpartner war. In diesem Bereich müssen die Länder die notwendigen Aktivitäten setzen.

Würde man ein bißchen überlegen, könnte man sagen: Mehr Ärzte bedeuten mehr Operationstische, mehr Gebäude, mehr Schwestern. Das könnte bis ins Unendliche gesteigert werden. Wie stellen wir uns das vor? Ich glaube, wir haben im Koalitionsübereinkommen ganz klar festgelegt, daß wir das System, die Strukturen ändern wollen, damit die Kostensteigerung etwas eingebremst wird. Moderne Zeiten brauchen eben ein modernes Gesundheitssystem. Es freut mich besonders, daß dieses System von der FPÖ goutiert wird, ja sogar als optimal bezeichnet wurde, denn in der dringlichen Anfrage sind wir ja dauernd zitiert worden.

Es sind in den zähen Verhandlungen viele wesentliche Punkte der ÖVP aufgenommen worden. An dieser Stelle möchte ich den Koalitionspartner SPÖ ernstlich auf einen Vertrag aufmerksam machen, der zwischen den Partnern ÖVP und SPÖ eingegangen wurde. Die Bevölkerung hat das Recht, daß dieser Vertrag zeitgerecht erfüllt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Bundeskanzler! Ich möchte Sie bitten, daß Sie behilflich sind, dieses gemeinsame Ziel sicher und schnell zu erreichen.

Einige wesentliche Punkte der neuen Struktur beziehungsweise des neuen Systems sind in Angriff genommen worden, wie etwa die diagnosebezogene Honorierung in den Krankenhäusern. Das wird im wesentlichen vom Gesundheitsministerium vorangetrieben. Wir haben leider eine Zeitverzögerung. Wenn man ganz genau hingehört hat, so konnte man feststellen, daß der Herr Bundeskanzler bei der zeitlichen Auflistung die letzten zwei, drei Jahre nicht mehr ganz genau genannt hat. Wir sollten eigentlich bereits am 1. 1. 1993 den Parallellauf aktiviert haben, und zwar in sämtlichen Krankenhäusern Österreichs, aber das läuft nicht.

Ich weiß nicht, entweder ist der Herr Gesundheitsminister von seinen Beamten nicht richtig informiert worden, oder er lügt uns an, mich und die Öffentlichkeit. Ich glaube ihm aber, daß er 1995 das diagnosebezogene Honorierungssystem in Österreich wirklich einführen will und wird.

Wer stellt sich eigentlich gegen dieses System? Irgend jemand steckt meistens dahinter, wenn es nicht so gut vorangeht, wie es sollte. Das ist erstens einmal Dr. Rieder in Wien. Ich weiß nicht, warum. Vielleicht hat er Angst, daß er einige Schilling weniger bekommen könnte. Aber ich glaube, es könnte ein gerechter Ausgleich bei den Verhandlungen erzielt werden.

Der zweite, der das hintertreibt, Herr Bundeskanzler, das ist der Hauptverband. Der hat wieder Angst, daß er zuviel zahlen muß. Natürlich wird das an der Finanzierung etwas ändern. Da muß man halt am System der Krankenversicherung und am Finanzierungssystem etwas ändern. Pantarei: Alles fließt! Das sind alles Dinge, die in Ihrem Einflußbereich liegen, Herr Bundeskanzler. Ich würde Sie sehr bitten, dem mehr Nachdruck zu verleihen.

Passen wir uns an die modernen Erfordernisse und Gegebenheiten und auch an die finanziellen Möglichkeiten des einzelnen an! Gesundheit ist kein Recht, Gesundheit erfordert Eigenverantwortung und persönliche Gestaltung. Gesundheit kostet auch etwas, und das müssen wir den Patienten und den Ärzten beibringen. Das Kostenbewußtsein ist auch ein ganz wesentlicher Aspekt, auf den wir Bedacht nehmen müssen. Es ist notwendig, sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Ärzten. Wir haben es nie gelernt, auch in den Krankenhäusern nicht, darüber nachzudenken, wieviel die vielen Untersuchungen kosten.

Das diagnosebezogene Honorierungssystem muß aber parallel laufen — davon wird viel zu wenig gesprochen — mit dem Ausbau der Gesundheitssprengel. Dazu wurde vom ÖBIG ein Modell vorgelegt, es ist größtenteils annehmbar, wurde aber mit uns nicht akkordiert, es wurde mit uns nicht darüber gesprochen, was mich stört. Es ist zu teuer angelegt. *(Zwischenruf.)* Leider auch mit dir nicht. Schade!

Wenn wir die Systemänderung durchführen wollen, dann muß es zu einem rigorosen Abbau der Betten kommen. Ich ziehe wieder den CDU-Politiker Fink in Berlin als Beispiel heran, der innerhalb von vier Jahren 1 500 Betten abgebaut hat, währenddessen er die Infrastruktur draußen aufgebaut hat. So viel ambulant wie möglich und so wenig stationär wie notwendig.

Ausbau der peripheren Infrastruktur. Da wurde schon etwas gemacht. Da möchte ich die Freiheitliche Partei darauf hinweisen, daß die Haus-

Dr. Leiner

krankenpflege eingeführt wurde. Es gibt noch ein Jonglieren des Hauptverbandes. Ich möchte nur darauf hinweisen. In manchen Ländern sind sie nicht so großzügig wie in Salzburg. In Salzburg ist die Gebietskrankenkasse wirklich sehr großzügig und entgegenkommend. Die Haushilfe wird von den Ländern finanziert und auch das Essen auf Rädern.

Das Pflegegeld, wirklich einer der schweren Brocken in unseren Vereinbarungen, wurde eingeführt. Ich gratuliere dem Sozialminister und auch unserer Partei dazu, daß das so exakt durchgezogen wurde. Wir haben auch das MTD-Gesetz hier beschlossen. Eines, was noch fehlt, ist sicher die Aufwertung — auch im Koalitionsübereinkommen genannt — der niedergelassenen Ärzte. Man muß da ein fallbezogenes Honorierungssystem einführen, denn sonst wird das nicht funktionieren, wird es nicht möglich sein, Patienten vor Ort, zu Hause zu pflegen.

Es wurde 1991 von Experten ein 22-Punkte-Programm erstellt. Diese sind zum Teil erfüllt. Wir haben nur noch wenig Zeit, es durchzuziehen. Was muß noch verwirklicht werden? An dieser Stelle komme ich noch einmal auf die Finanzierung der Sozialversicherungsanstalten zurück. Es steht drinnen: Schaffung eines Konzeptes für die Aufbringung zusätzlicher Einnahmen für die sozialen Krankenversicherungen. Das fehlt mir noch. Herr Bundeskanzler, auch ein Geräteplan, den Sie ebenfalls genannt haben, fehlt noch.

Ja, das Wissenschaftsministerium hat einen Geräteplan für die Universitätskliniken erstellt: Der erste Gamma-Knife war ja in Graz. Aber wenn die Lokalgrößen — der Herr Bürgermeister Zilk — unbedingt einen weiteren haben müssen, der, gemessen an der Bevölkerungszahl, nicht notwendig ist, dann frage ich mich, ob das notwendig war. Er kostet 35 Millionen bis 40 Millionen Schilling und die Erhaltung, das wissen Sie selbst.

Es fehlt mir ein Fachärzteplan, es fehlt mir ein Krankenanstaltenplan, der sehr, sehr wesentlich wäre, um die Gesundheitspolitik in Österreich vernünftig, einsparend, human zu gestalten.

In der Vorsorgemedizin wurde ein Aids-Konzept erarbeitet. Es fehlt mir in diesem Bereich aber auch ein wirklich durchgreifendes Konzept. Die löchrigen Kondome genügen mir nicht, das ist mir zuwenig, das allein kann es nicht sein.

Hinsichtlich der Schulärzte wäre ein komplettes Programm — ein komplettes Programm! — von der ÖVP vorhanden. Der Herr Bundesminister hat es in der Hand, er könnte es durchziehen.

Arbeitsmedizin: wird vorangetrieben. Wir stellen uns vor, daß in den kleinen Einheiten — peripher, draußen — die praktischen Ärzte, die die

entsprechende Ausbildung haben, die Arbeitsmedizin durchführen können; nicht nur in Zentren.

Was mir in der Vorsorgemedizin als vorbildlich erscheint, ist die medizinische Versorgung und Untersuchung beim Bundesheer. Die Stellungsuntersuchung aller Wehrpflichtigen ist eine vorbildliche Vorsorgeuntersuchung. Im Rahmen der Einstellungsuntersuchungen der Grundwehrdiener wird die Gesundheit noch einmal überprüft. Die Ärzte werden in der Katastrophenmedizin ausgebildet. Es gibt Impfungen für alle Angehörigen des österreichischen Bundesheeres, des Kaderpersonals und der Präsenzdienner auf freiwilliger Basis. Weiters gibt es Vorsorgeuntersuchungen gemäß dem Bundesbediensteten-Schutzgesetz, regelmäßige Hygienekontrollen der sanitären Anlagen in den Kasernen und so weiter.

Was mir besonders gut gefällt, ist, daß vor kurzem eine Umstellung der Truppenküche nach ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen durchgeführt wurde. Das ist wohl ein entsprechendes Zeichen.

Im Zuge des Bundesheeres werden manche Männer das einzige Mal wirklich gesundenuntersucht, bis zu ihrem Tod kommen sie dann nicht mehr in diesen Genuß. Es ist eigentlich tragisch, daß unsere Gesundenuntersuchung, die für die gesamte Bevölkerung angeboten wird — dafür kann der Minister auch nichts, dafür können wir als Politiker nichts; wir haben die Möglichkeiten geschaffen —, nur von 6 Prozent in Anspruch genommen wird. Und es ist wiederum den Ländern und den Initiativen der Länder anheimgestellt, die Menschen zu aktivieren. In Vorarlberg werden 13 Prozent der Bevölkerung entsprechend untersucht.

Wenn wir heute von der Überlastung des Pflegepersonals und der Ärzte sprechen, so müssen wir feststellen, daß wir Bedingungen schaffen müssen, die menschenwürdig sind, die Anreiz geben, daß junge Menschen diesen Beruf erstrebenswert finden: von der Ausbildung angefangen bis hin zum Arbeitsplatz und zur Arbeitszeitgestaltung. Ich bin aber nicht davon überzeugt — glauben Sie mir das wirklich —, daß das das Non-plus-ultra sein wird; auch nicht das Gehalt. Ich glaube es nicht.

Von der Bevölkerung wird von diesen Menschen ein großes Maß an Menschlichkeit, an Selbstlosigkeit, an Menschenfreundlichkeit, an Einsatzbereitschaft, an Hilfsbereitschaft, an Geduld, an Einfühlungsvermögen verlangt. Und wer ist in der heutigen Zeit — da möchte ich jetzt wirklich einen ganz ernstesten Gedanken an Sie richten —, wer ist in der heutigen Zeit auf das „Du“ ausgerichtet? Dienen, Zuneigung zu einem anderen, vor allem zu einem Fremden, sind heute

Dr. Leiner

sicher nicht mehr gefragt. Wir befinden uns in einer Zeit des Werteverfalls.

Und wir in diesem Haus tun alles, um diesen Werteverfall voranzutreiben. Wenn ich nur an die hinteren Reihen dort oben denke, an einen Herrn Voggenhuber, der hier herinnen Haß versprüht; an einen Herrn Renoldner, der teilweise auch Lügen verbreitet oder es nicht besser weiß (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Wabl: „Lügen“, also bitte! Das ist ja unglücklich!*), der meiner Meinung nach ebenfalls nur Haß versprüht. Ein Rotter würde rotieren, wenn er Sie hören würde. Wenn endlich einmal weniger Haß verbreitet würde, würden vielleicht wir im Parlament ein gewisses Beispiel geben. (*Abg. Dr. Renoldner: Herr Kollege Leiner! Denken Sie an die Menschen, die gestorben sind!*)

Das dümmliche Gerede von Ausnützung, wenn sich jemand bereitwillig, freiwillig für soziale Aufgaben zur Verfügung stellt (*Abg. Dr. Renoldner: Sie verteidigen die Zustände!*), halte ich wirklich nicht für angebracht. Seien wir doch froh, daß wir die Freiwillige Feuerwehr, die Bergrettung und die Freiwilligen in den Hilfsdiensten haben. Wir könnten ohne sie nicht existieren. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) Ich halte diese Faselien für dumm. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Renoldner.*) Wir müssen diese Dinge wieder aufwerten, in den Vordergrund stellen und von bestimmten Menschen auch verlangen können. — Danke schön. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 19.06

Präsident: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Petrovic. Sie hat das Wort. (*Abg. Wabl: Gibt es da keinen Ordnungsruf, Herr Präsident?*)

19.06

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man Herrn Abgeordneten Leiner zuhört — ich vermag seine Ausführungen nur noch der späten Stunde zuzuschreiben —, dann bekommt man irgendwie das Gefühl, als sei auf einmal der Abgeordnete Voggenhuber oder der Abgeordnete Renoldner an den Mißständen im Gesundheitswesen schuld und mit der Regierungsbank habe das so rein gar nichts zu tun. Und das kann ich nicht ganz glauben. Diesbezüglich scheint mir doch ein bißchen mehr Kritikfähigkeit erforderlich, als Sie hier an den Tag gelegt haben.

Herr Bundeskanzler! Sie haben gemeint, daß es überhaupt keine Unterschiede im Gesundheitswesen gibt, daß gerade auch in bezug auf höhergestellte und niedrigergestellte Persönlichkeiten wirklich kein Unterschied gemacht wird, daß die Pflichtleistungen und die Ansprüche wirklich gleich sind. Herr Bundeskanzler, Sie wissen so gut

wie ich, daß das nicht stimmt. (*Zwischenruf des Abg. Helmuth Stocker.*)

Ich stelle nicht in Diskussion, ob Sie je im Ausland und auch im Inland irgendein Hansaplast verpaßt bekommen haben, aber wenn Sie, Herr Bundeskanzler, in die Situation kommen oder kämen, ein solches oder vielleicht sogar einen etwas gravierenderen Eingriff zu brauchen, dann wissen Sie, daß Sie wahrscheinlich nicht zu jenen gehören werden, die auf irgendwelchen langen Wartelisten stehen, Sie werden auch nicht zu jenen gehören, die derartige Leistungen überhaupt nicht bekommen. (*Bundeskanzler Dr. Vranitzky: Werfen Sie es mir aber erst dann vor, nicht jetzt!*)

Herr Bundeskanzler! Sie sitzen ja hier nicht als die Person Franz Vranitzky, sondern als der Bundeskanzler dieser Republik. Und ich glaube, es wäre notwendig, daß Sie auf die drastischen Mißstände im Gesundheitswesen, über die Sie sich mit noch so launigen Geschichten verbal nicht hinwegturnen können, wirklich sehr konkret eingehen.

Sie machen es ja der Freiheitlichen Partei in diesem Haus wirklich unglaublich leicht, immer wieder ... (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Warum gehen Sie jetzt auf uns los?*) Ich weiß schon: Es kommt die nächste dringliche Anfrage zum Steuersystem und zur Belastungslawine — dazu habe ich in diesem Haus auch schon drei oder vier derartige Anfragen miterlebt. Und auch zu diesem Thema wird uns wahrscheinlich öfters eine ins Haus stehen, wenn wirklich überhaupt nichts passiert.

Ich halte fest: Man mag jetzt sagen, das war der eine Mißstand, das war nicht wirklich so dramatisch, in Innsbruck mögen auch die Skiunfälle ein gut Teil beitragen — aber auch dann muß man darauf reagieren und kann nicht einfach sagen, das Problem gibt es nicht. Im großen und ganzen haben wir im Gesundheitswesen jedoch ein Grundproblem: daß dieser Bereich gegenüber der sonstigen Entwicklung, die ich in Österreich auch als zu langsam, zu wenig in Richtung alternative Forschungsmethoden gehend kritisiere, zurückbleibt.

Im Gesundheitswesen ist diese Kritik doppelt und dreifach angebracht: Wir haben ein ganz extrem hierarchisches System, das kann jeder feststellen, der irgendwann einmal beobachtet hat, wie es bei Spitalvisiten zugeht, wo wirklich ein Rattenschwanz von Leuten hierarchisch aufgefädelt „Betten“ — so hat vorhin ein Redner der Regierungsfraktion gesagt: Betten — betreut.

Wenn man dann den Vergleich hören muß, den Lobgesang auf die Freiwillige Feuerwehr und sonstige freiwillige Tätigkeiten, dann muß man sagen: Im Gesundheitssystem ist es nicht ganz so,

Dr. Madeleine Petrovic

wenn man allein bei den 22 Primärärzten der Universitätsklinik Innsbruck pro Jahr 160 Millionen Schilling an Privathonoraren registriert und, hochgerechnet auf Österreich, mindestens 5 Milliarden derartiger Privathonorare registrieren kann.

Und es sind dieselben Ärzte, die eben nicht den Durchschnitt der Ärzte und Ärztinnen ausmachen, sondern in sehr abgehobenen Positionen sitzen, die dann auch wieder die Partner im Gesundheitswesen sind. Wenn man sich etwa im Amtskalender die Liste der Ärzte — mit einer Ausnahme sind es nur Ärzte und keine Ärztinnen — im Obersten Sanitätsrat anschaut, so kann man feststellen, daß diese zu einem gut Teil identisch mit den leitenden Forschern der Pharmaindustrie, mit den Machtstellen im Bereich des Gesundheitswesens sind.

Ich frage mich wirklich: Muß dieser extrem hierarchische Aufbau heute noch so sein, während in allen anderen Bereichen bereits eine Diskussion um Demokratisierung und um die Einbindung von Kritikerinnen und Kritikern geführt wurde? — Im Gesundheitssystem wurde keine derartige Diskussion geführt, und die Effekte sind teuer, denn ein derart hierarchisches, patriarchalisches und undemokratisches System kommt auch sehr teuer zu stehen. Ohne — ich hebe das hervor — diesen Herren üble Absichten zu unterstellen, muß ich bemerken: Es ist ganz einfach ein sehr naheliegendes Verhalten, daß sich bei denjenigen, die an der Krankheit in verschiedenen Funktionen sehr gut verdienen, etwa als umsatzbeteiligte Forschungsleiter eines großen Pharmaunternehmens oder als umsatzbeteiligte Forscher, die bei jeder Impfcharge mitverdienen und die gleichzeitig als Berater in derartigen Gremien sitzen, ein gewisses finanzielles Interesse bemerkbar macht. Und undemokratisch ist das außerdem. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Jetzt haben Sie aber doch etwas unterstellt!*) Nein.

Herr Dr. Fuhrmann! Es gibt eine lang entwickelte Diskussion über Unvereinbarkeiten, die an Ihnen offenbar spurlos vorübergegangen ist. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Überhaupt nicht!*) Es muß nicht unbedingt jemand mit üblen Absichten gleich beginnen als Finanzminister und Steuerberater, aber es gibt ein begründetes Mißtrauen gegen solche Interessenkollisionen. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Geben Sie Ihre Conclusio!*) Ich habe dasselbe begründete Mißtrauen, ob nicht dann vielleicht das Interesse am Geldverdienen bei einer Empfehlung, wenn man im Zweifel ist, doch auch durchschlägt. Das ist etwas zutiefst Menschliches. Ich glaube daher, man soll Menschen nicht zu Funktionen zulassen, bei denen eine derartige Interessenkollision gegeben ist. (*Beifall bei den Grünen.*)

Bei den Mitgliedern dieses Hauses sind wir mit Fug und Recht sehr streng. Da gibt es einen Unvereinbarkeitsausschuß. Da ist es nicht zulässig, daß jemand Aufträge in seiner Funktion als Unternehmer, als leitender Mitarbeiter eines Unternehmens von den öffentlichen Händen bekommt und dann gleichzeitig hier Gesetze macht, mit denen er vielleicht auch dem eigenen Unternehmen etwas zuschancen könnte. Und auch da brauche ich nicht von vornherein zu unterstellen, daß das alles Bösewichte sind, sondern ich sage ganz einfach: Bringen wir Menschen lieber nicht in diese Situation! Ich halte es für eine sehr gute und sehr weise Entscheidung, solche Unvereinbarkeiten zu definieren. Und ich vermisse dies im Gesundheitswesen zur Gänze.

Deswegen ist das österreichische Gesundheitswesen leider Gottes vollkommen der Reparaturmedizin verhaftet, und zu „reparieren“ gibt es halt immer mehr und immer mehr, und die Präparate, die Maschinen, die Anlagen, die dazu gebraucht werden, werden auch immer teurer.

Wenn wir hier nicht wirklich demokratisieren, wenn wir nicht verschiedene Gruppen von Arztekritikern, von Selbsthilfeorganisationen, die Patientenanwaltschaften in dieses System einbinden, dann wird es diese ganz eindeutigen und klaren Abhängigkeiten auf Dauer geben. Und ich glaube auch, daß das von der ökonomischen Seite her einfach nicht vernünftig ist.

Ich habe gesagt, das System ist auch patriarchalisch. — Das ist es wirklich ganz eindeutig. Wenn man sich die Verteilung von Frauen und Männern in den verschiedenen Funktionen und auf den verschiedenen hierarchischen Ebenen anschaut, so spricht das eine überdeutliche Sprache. Je niedriger die Funktion, je weniger geachtet der Dienst — dort sind es wirklich „Dienste“ —, desto höher ist der Frauenanteil. Trotzdem nimmt dieses System auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen, mittlerweile auch mancher Männer, die eben doch Pflichten im Bereich der Familie wahrnehmen, schlicht und ergreifend keine Rücksicht.

Ich bekomme, gerade in den letzten Tagen, eine Reihe von Briefen von Ärztinnen und Schwestern, die beklagen, daß man ihnen de facto jede Arbeitsmöglichkeit nimmt. Das sind qualifizierte Fachkräfte, die ein langes Studium hinter sich haben, die arbeiten wollen, die aber kleine Kinder haben und sagen: Ich wäre sogar noch in der Lage, 40 Stunden zu arbeiten. Das könnte ich mir privat irgendwie organisieren. Aber ich kann nicht 80 Stunden arbeiten. — Ich glaube, man sollte das auch nicht verlangen. Man erwiese den Kindern und der ganzen Familie damit wohl einen sehr schlechten Dienst. Warum ist es nach Lainz, nach so vielen Geschehnissen nicht möglich, nach einem so simplen Modell hier Teilzeitmöglichkeiten zu schaffen oder auch nur die für

Dr. Madeleine Petrovic

sonstige unselbständige Bedienstete normale Arbeitszeit einzuhalten?

Wir werden deswegen eine Aktuelle Stunde genau diesem Thema der Arbeitszeit widmen. Denn das ist vor allem auch ein Frauenthema, und wir wissen gar nicht, wie viele qualifizierte Kräfte, Krankenschwestern und Ärztinnen, ihren Beruf überhaupt nicht mehr ausüben können, weil ihnen das System nicht einmal einen Millimeter entgegengekommen ist.

Auch aus diesem Grund ist es notwendig, Gremien wie den Obersten Sanitätsrat einmal zu öffnen, für eine annähernd paritätische Vertretung von Frauen zu sorgen. Denn dann kommen diese Anliegen dort hinein. Sie werden ja nur deswegen nicht gesehen, weil das in der Regel Personen sind, die diese Probleme nicht haben. Und man denkt eben nicht so sehr an Probleme, die einen selber nicht betreffen. Das geht uns allen hier so. Es wäre einfach wirklich naheliegend, gerade diesen Obersten Sanitätsrat aufzumachen, sonst kann man alle Reformen wirklich in den Wind schreiben, sonst werden wir immer nur den Skandalen nachlaufen.

Das System ist außerdem undemokratisch. Es gibt von diesem Obersten Sanitätsrat nicht einmal veröffentlichte Gutachten, aus welchen Gründen er zu bestimmten Entscheidungen kommt. Aber das, was empfohlen wird, ist der Stand der Wissenschaft. Das heißt aber, daß das ganz gewaltige Konsequenzen für die betroffenen Medizinerinnen und Mediziner haben kann. Wer sich nämlich nicht an diese Empfehlungen hält, ist im Ernstfall — ein Fall, der immer eintreten kann, nämlich in dem Fall, daß eine Heilung nicht gelingt oder sogar ein Todesfall oder eine Gesundheitsverschlechterung eintritt — absolut haftbar und wird in der Regel auch in diese Haftung genommen. *(Abg. Dr. L e i n e r: Das stimmt nicht!)*

Wer sich hingegen auf die sichere Seite schlägt und den Empfehlungen dieses Sanitätsrates, der seine Gutachten jedenfalls nicht publiziert, folgt, der geht auf Nummer sicher, dem kann nichts passieren. Und so ist es kein Zufall, daß etwa im Bereich der Geburtshilfe all diejenigen, die im Bereich der sogenannten sanften Geburt arbeiten, ob das ein Dr. Adam ist, ob das ein Dr. Korbei ist, ob das ein Dr. Jaskulski ist, vorbestraft sind. Alle. Und das, obwohl die Krankenschwestern und die Hebammen aus den Spitälern lange Geschichten erzählen können über mißglückte Eingriffe, über Fehler gerade im Bereich der Schulmedizin. Solange man aber auf dieser Seite bleibt, kann so gut wie nichts passieren.

Deswegen sage ich: Die Diskussion wird sich immer im Kreis drehen. Wie gesagt, es wird das nächste Lainz passieren, ich weiß nicht, wo es sein wird, aber ich kenne viele ältere Menschen, die

tatsächlich immer noch Angst haben, in ein solches System hineinzukommen. Man konnte ihnen diese Angst nicht richtig nehmen. Man hat nicht offengelegt: Das und das und das ist passiert. So etwas kann es nicht mehr geben. — Und ich glaube, gerade an der Demokratisierung des Systems würde ganz Wesentliches liegen. Binden wir doch die Selbsthilfegruppen, die Patientenanwaltschaften, aber auch die Vertreterinnen — und das sind in der Regel Frauen — der anderen medizinischen Berufsgruppen, der Schwestern, der Assistenzberufe, in diese Gremien im Bereich des Gesundheitswesens ein!

Dann werden automatisch auch die Probleme, die Frauen in diesen Berufen haben, die Probleme, die sich aus Familiensituationen ergeben, aber auch die ganz normalen Lebensprobleme beispielsweise Betroffener von bestimmten Krankheiten dort zur Sprache kommen, und man wird entsprechend schneller agieren können.

So, wie es jetzt ist, werden wir aber immer vor einem nicht mehr zu füllenden Finanzloch stehen, so wird sich immer nur die Frage erheben: Wie finanzieren wird das nächste Gamma-Knife und die nächste Hochtechnologie? Der Mensch ist dabei völlig auf der Strecke geblieben. Alle heben in den Sonntagsreden immer die Bedeutung der Umweltmedizin, der Arbeitsmedizin, der Epidemiologie hervor. In den Gremien, die wirklich an den Schnittstellen, wo die Entscheidungen getroffen werden, sitzen, merke ich allerdings überhaupt nichts davon, daß diesen Bereichen Bedeutung beigemessen wird. Und es ist sehr wohl Ihre Aufgabe, Herr Bundeskanzler, da einen Dialog zu eröffnen. Sie sind nicht für alle Bereiche des Gesundheitswesens selbst zuständig, aber diese Reformprozeß einzuleiten, nimmt Ihnen als Regierungschef niemand ab. — Danke. *(Beifall bei den Grünen.)* 19.22

Präsident: Der nächste Redner ist Abgeordneter Fischl. Er hat das Wort. *(Abg. Resch: Der Fischl wird uns seine Software anbieten! — Abg. Fischl: Nein!)*

19.22

Abgeordneter Fischl (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich eingangs ein bißchen mit der Wortmeldung des Herrn Bundeskanzlers und seiner Erklärung zu unserer heutigen Dringlichen beschäftigen, die eigentlich daran angeknüpft hat, wo seine letzte Wortmeldung in Sachen Gesundheitsfragen geendet hat.

Herr Bundeskanzler Vranitzky hat anlässlich der Umbildungserklärung am 9. April 1992, bei der er die neuen Minister Klima und Ausserwinkler eingeführt hat, Lob für die großen Leistungen zum Ausdruck gebracht, die die einzelnen Res-

Fischl

sorts dieser Bundesregierung bisher bereits erfüllt haben. Er sprach unter anderem von einem Kurs der Erneuerungen und der Reformen. Der Herr Bundeskanzler sprach auch von wesentlichen Weichenstellungen, vor allem in der Gesundheitspolitik. Gemeint hat er offensichtlich die Vereinbarungen des KRAZAF für 1991 bis 1994, worin angekündigt wird, daß voraussichtlich 1995 durch das Auslaufen des KRAZAF die Einführung des leistungsbezogenen Verrechnungssystems eingeführt wird, das dann weitreichende Folgen für das österreichische Gesundheitssystem haben sollte.

Herr Bundeskanzler! Es dürfte aber offensichtlich Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß Sie das, was Sie versprochen und auch heute wieder irgendwie zum Ausdruck gebracht haben, schon vor sieben Jahren gesagt haben. Und Ihre Vorgänger sagen das bereits seit etwa zwanzig Jahren. Für 1993 hat man — das ist hier heute schon einige Male zum Ausdruck gebracht worden — die Einführung des leistungsbezogenen Verrechnungssystems in den Spitälern versprochen, damit endlich dieser Honorierungsmißstand der Spitäler ein Ende findet.

Geschehen ist nichts. Es hat bis heute keine Umstellung gegeben. Und auch Herr Kollege Leiner hat vermutet und sein Mißtrauen darüber zum Ausdruck gebracht, daß wieder nichts geschehen wird. Außer daß man das Wort KRAZAF als willfähigen Erfüllungshelfer für reformrhetorische Maßnahmen benutzt, wird wahrscheinlich wieder nichts gesehen.

Herr Bundeskanzler! Das ist für mich sehr wichtig. Sie versprochen beim letzten Mal den Transfer der medizinischen Leistungen weg vom Spital und hin zum niedergelassenen Bereich. Was ist mittlerweile geschehen? — Nichts ist geschehen! Das haben wir auch schon bei unserer letzten Dringlichen an Sozialminister Hesoun festgestellt, anlässlich der Diskussion bezüglich der Kassenvertragsverhandlungen in Kärnten. Es ist nichts geschehen, es trat nur der peinliche Umstand ein, daß mittlerweile auch ein anderes Bundesland sich in den vertragslosen Zustand zwischen Krankenkassen und Ärzten begeben hat. Wir sind also dem Kollaps des Gesundheitswesens noch einen Schritt nähergekommen.

Herr Bundeskanzler! Sie versprochen auch Reformen wie beispielsweise die Reform der Sozialversicherungen. Sie haben wörtlich gesagt, daß Sie die Sozialversicherungen auf den Prüfstand ihrer Zeitgemäßheit und Effizienz stellen wollen. Ich selber durfte einmal Mitglied dieses Arbeitskreises der Sozialversicherungsreform sein. Was ist passiert? — Nichts ist passiert! Man hat ein Häusermann-Gutachten gemacht, wobei ich subjektiv meine, daß das ein Gefälligkeitsgutachten ist, aus dem halt hervorgeht, wie toll, wie effizient

und wie zukunftsweisend unsere Krankenkassen arbeiten.

Heute, Hohes Haus, haben wir wieder einmal das Gegenteil bewiesen bekommen. Im „Kurier“ von heute steht: „Pensionsparadies Sozialversicherung“. Bitte, wo steht in Ihrem Häusermann-Gutachten diese Kritik: Pensionsparadies Sozialversicherungen? Und ich zitiere wörtlich Herrn Rupert Haberson: „Regelungen, von denen die Arbeiter und Angestellten nur träumen können. Dies führte zu den Mißständen der sogenannten Pensionskrankenstände. Es bürgerte sich ein, daß es vor der Ruhestandsversetzung zu Langzeitkrankenständen kommt, wo auch Urlaubsansprüche entstehen. Bei Pensionsantritt werden dann zusätzlich zur Abfertigung regelmäßig 14 Gehälter“ — in Klammer — „(als Urlaubsentschädigung ein weiterer Betrag von bis zu vier Gehältern) fällig. Rechnungshofbericht 1988.“

Hesoun-Kommentar dazu: „Es kann nicht zweierlei Rechte geben. Die Nettoanpassung kommt auch bei den Sozialversicherungen. Wenn sie im ASVG in Kraft tritt, dann muß auch über die anderen Regelungen gesprochen werden.“

Ich frage Sie, Herr Kollege Stocker, denn Sie waren auch Mitglied dieser Reformkommission: Wo steht das in diesem Häusermann-Gutachten? Was geht wirklich an Kritik hervor, und was geht daraus hervor, wieweit die Sozialversicherungen zeitgemäß und effizient arbeiten? — Nichts, Herr Kollege Stocker! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Bundeskanzler! Eines muß ich Ihnen sagen: Ich bin heute hier gesessen und habe Ihre Antwort auf die Rede meines Kollegen Dr. Haider gehört. Und ehrlich gesagt bin ich mir vorgekommen wie in einer Fernsehoperette, in der Sie den Heldentenor spielten und wir hier das Wichtelparlament sind. So kann das natürlich auch nicht gehen. Denn das Thema, das haben hier heute alle einhellig festgestellt, ist viel zu ernst, so ernst, daß man es wirklich nicht einem tagespolitischen Geplänkel unterwerfen sollte. Das, was wir damit vorhaben, ist aber nicht tagespolitisches Geplänkel, denn wir wollen endlich auch einmal das Thema Gesundheit zu einer Zeit bringen, zu der andere noch zuhören können. Überlegen Sie wirklich: Bei den letzten zehn Sitzungen hier im Parlament wurde das Thema Gesundheit im wesentlichen immer gegen Mitternacht abgehandelt, so, daß es niemand sieht, so, daß es niemand merkt, so, daß die offenen Wunden nicht erkennbar und behandelbar werden. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Hilde Seiler: Und wer war schuld?*)

Weil wir gerade beim Behandeln sind. Was hat der Herr Bundeskanzler tatsächlich geleistet? Ich habe das früher schon gesagt: Sie haben es zugelassen, daß der KRAZAF, an sich ein überlebens-

Fischl

wichtiges Instrument für das öffentliche Gesundheitswesen, als Zugpferd der Reformrhetorik benutzt wurde. Sie haben zugelassen, Herr Bundeskanzler, daß durch die seinerzeitige Beitragserhöhung die ASVG-Beitragsversicherten ausgeplündert und um Milliarden erleichtert wurden. Sie haben mit diesen Beiträgen unverfroren und unverschämt sogar die Landeslehrer mitfinanziert. Sie haben auch zugelassen, daß beispielsweise Regierungsvorlagen — das kam heute auch schon einmal — wie jene zum MTD-Gesetz in Wirklichkeit dazu benutzt werden, um von anderen Dingen, von den wahren Problemen, die es gibt, abzulenken. Denn diese hat man in diesem Bereich nicht aufgegriffen. Sie sind aber heute offenkundig dargelegt worden: die Probleme des Krankenhausespersonals, der Arbeitszeitregelungen und dergleichen mehr. Davon sprachen Sie ebenfalls nicht.

Und dann haben Sie, und das ist für mich ganz epochal gewesen, am 9. April Herrn Minister Ausserwinkler als neue Wunderwaffe vorgestellt — der „Wunderauwi“. Und jetzt wissen wir, daß das deutlich in die Hose gegangen ist. (*Abg. Haider m o s e r: Das ist voll in die Hose gegangen!*)

Herr Bundeskanzler! In einem Punkt haben Sie jedenfalls recht gehabt. Sie haben damals wörtlich gesagt, der Name Ausserwinkler steht für Kontinuität. Und über diese Aussage braucht man nicht einmal zu lachen, denn Sie haben recht: Seine früheren Ressortkollegen haben nichts gemacht, er hat mangels Kompetenzen auch noch nichts gemacht, und so gesehen kann man sagen, daß er für den Gesundheitsbereich Kontinuität gebracht hat.

Allerdings darf man nicht vergessen, daß Herr Minister Ausserwinkler in Wirklichkeit ja eine ganz andere Aufgabe hatte — Kollege Haider hat das ja heute auch schon dargelegt —, nämlich die, ein bißchen medienbekannt zu werden, gut über die Medien zu kommen — fesch ist er ja, er ist ja oft genug im Fernsehen — und sich so auf eine höhere Aufgabe in Kärnten vorzubereiten — ursprünglich als Kandidat für die Gemeinderatswahl, jetzt wahrscheinlich für die Landtagswahl. Aber auch das geht in die Hose, denn mittlerweile sind nicht einmal mehr die fanatischsten Sozialdemokraten davon überzeugt, daß Minister Ausserwinkler ein guter Kandidat für Kärnten wäre. Ich kann dazu nur sagen: Uns wäre er schon recht, denn gegen solch einen Kandidaten kann man sich den Wahlkampf ersparen (*Beifall bei der FPÖ*), der macht in bezug auf seine Person soviel Negativwerbung, daß man sich die Aufwendungen, das viele Geld, für einen Wahlkampf ersparen kann. Tun Sie weiter so, das bringt's. (*Abg. Haider m o s e r: . . . macht er!*)

Sollte das nicht funktionieren, dann hätte ich noch einen Vorschlag. Wir haben heute schon

mehrfach festgestellt, daß in Österreich etwa 4 000 Fachärzte fehlen. Herr Minister Ausserwinkler ist bekanntlich Facharzt. Er würde der Republik Österreich sicher damit helfen, würde er wieder in seinen angestammten Beruf zurückgehen, denn dann würden nur mehr 3 999 Fachärzte fehlen und es wären zwei Probleme auf einmal gelöst (*Abg. Hilde Seiler: Was haben Sie für einen Beruf? Vielleicht fehlen Sie dort auch!*): Auf der einen Seite wären wir ihn als Bundesminister los, ihn, der uns langsam, aber sicher alle miteinander mit seinen Thesen, die er hier permanent plaziert, anwidert, und auf der anderen Seite hätten wir einen Facharzt mehr, und das würde ich sehr begrüßen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist aufgrund dessen, was heute vom Herrn Bundeskanzler herübergekommen ist, offenkundig, daß er offenbar den Ernst der Situation nicht begriffen hat. All die Vorfälle und Ereignisse der letzten Jahre und vor allem auch der letzten Wochen in den Spitälern, die Tatsache, daß beispielsweise heute, an diesem Tag, Tausende Menschen in Gangbetten liegen, dort dahinvegetieren und unter Umständen dort ihre Notdurft verrichten müssen, sich dort unter menschenunwürdigen Bedingungen aufhalten müssen, die Tatsache, daß Ärzte weinen, wie beispielsweise Ärzte in Innsbruck, die überfordert sind, die sich mit Aufputschmitteln über die Zeit helfen, weil sie operieren müssen und nicht mehr die erforderliche Energie haben, einen 20-Studentag hinter sich bringen zu können, die Tatsache, daß uns die Schwestern davonlaufen, all das hat der Bundeskanzler offenbar noch nicht begriffen.

Er hat auch nicht begriffen, daß die ständigen Konflikte zwischen Sozialversicherung und Krankenkassen — das habe ich schon einmal gesagt anläßlich der Dringlichen an Minister Hesoun; damals hat man das noch belächelt —, daß dieser sozialpolitische Flächenbrand, den wir damals schon klar und deutlich zum Ausdruck gebracht haben, mittlerweile auch auf andere Bundesländer übergegriffen hat.

Beispiel Steiermark: In der Steiermark ist es so, daß, wie wir wissen, der Gesamtvertrag zwischen Krankenkassen und Ärztekammer aufgekündigt wurde. Es ist einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß mittlerweile noch nicht der Umstand eingetreten ist, daß in der Steiermark die Menschen, wenn sie zum Arzt gehen, dort bar bezahlen müssen, den Arzt für seine Leistung, die er erbringt, cash honorieren müssen. Das wäre ja durchaus in Ordnung.

Nur auf eines dürfen wir nicht vergessen, und auch das habe ich hier schon einmal gesagt: Was wird das alte „Muaterl“ machen, die Mindestrentnerin, die am 20. des Monats vielleicht 600 S in der Tasche hat? — Sie wird sich nicht zum Arzt trauen, weil sie dann wochenlang rennen muß,

Fischl

damit sie ihr Geld zurückbekommt. Was wird das arme „Muaterl“ machen? — Es wird, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen, nicht zum Arzt gehen, und zwar deshalb nicht, weil es dann mit seinen 600 S nicht durchkommt. Und das wird zur Folge haben, daß der Folgeschaden wegen der Nichtbehandlung einer Erkrankung für die Republik Österreich noch viel größer sein wird. Und das will der Herr Bundeskanzler offensichtlich nicht erkennen. Und das ist auch das, was wir unter dem „sozialpolitischen Flächenbrand“ verstehen, der hier noch entstehen wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich würde meinen, es ist höchst an der Zeit, daß wir uns aufraffen und um diese Themen kämpfen. Es hilft nichts, wenn österreichweit oder in bezug auf die Steiermark steiermarkweit jeden Tag unzählige Pressemeldungen an die Zeitungen gehen, aber letztlich niemand mit der Faust auf den Tisch haut und sagt: Das kann so nicht gehen! Dieses Geplänkel und Hin- und Herverhandeln kann auf Dauer nicht funktionieren, man muß endlich einmal Verantwortung übernehmen und Verantwortung zeigen, und dabei wäre unser Bundeskanzler gefordert. *(Abg. Helmuth Stocker: Das „Muaterl“ zahlt doch ein! Das ist eine Pflanzerei!)* Auch Sie von der Sozialdemokratischen Partei und Vertreter der Krankenkasse, Herr Kollege Stocker, wären gefordert. Es ist höchst an der Zeit, hier etwas zu unternehmen! Das rate ich Ihnen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da die Zeit viel zu kurz ist, möchte ich nur abschließend ein Beispiel bringen, das den momentanen Zustand charakterisiert: Ein Patient wird schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert, der Patient heißt „Österreichischer Sozialversicherter“. Der Notarzt, der ihn als erster behandelt, bevor ins Spital eingeliefert wird, stellt bei diesem Patienten schwerste innere Verletzungen fest. Er wird ins Spital gebracht. Dort steht Minister Ausserwinkler als Arzt und symbolisch auch als Minister. Minister Ausserwinkler erfährt die Diagnose des Notarztes, entdeckt im Zuge der Untersuchung zwei Abszesse, behandelt, bevor er die anderen akuten Erkrankungen behandelt, diese beiden Abszesse, und der Patient wird sterben. — Das ist die Konsequenz Ihrer Gesundheitspolitik! *(Beifall bei der FPÖ.)* 19.36

Präsident: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Annemarie Reitsamer. Sie hat das Wort.

19.36

Abgeordnete Annemarie Reitsamer (SPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Es ist wirklich ein Glück für die FPÖ, daß jetzt dieses Medienspektakel über unser angeblich so marodes Spitalsystem da ist, denn wie sonst könnte die FPÖ von ihren eigenen Unzulänglichkeiten ablenken und zur Gänze das machen, was sie so gerne tut: die Bevölkerung verun-

sichern und Ängste schüren und versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen! *(Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der FPÖ.)* Regen Sie sich weniger auf, denn wenn unser Gesundheitssystem wirklich so marod ist, und Sie werden vor Aufregung krank, wohin werden Sie sich dann wenden? — Doch nicht allen Ernstes an unsere Ärzte, oder? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie fordern ja von der Bundesregierung immer die Hausaufgaben ein. Wenn ein Lehrer von seinen Schülern Hausaufgaben verlangt, dann kennt er bekanntlich auch die Lösungen. Sie aber haben noch nie etwas zu einer Problemlösung beigetragen. Von Ihrer Seite kommt nur Kritik, Kritik und noch einmal Kritik. Und mir ist aufgefallen, daß die agierenden Ärzte, die in den Medien aufgetreten sind, für meine Begriffe verdächtig oft das Wort „FPÖ“ in den Mund genommen haben. *(Widerspruch bei der FPÖ.)* Ja, das fällt sogar bereits Schulkindern auf, das kann man feststellen, wenn man sich mit diesen unterhält. *(Abg. Haigermoser: Nicht zum Umblättern vergessen!)* Nein, ich brauche nicht umzublätern, das, was ich Ihnen zu sagen habe, das sage ich frei heraus, nur keine Panik, meine Damen und Herren.

Sie haben sich in Ihrer Anfrage auch mit dem Patientenrecht auseinandergesetzt. Dieses versteckt sich in mehreren Gesetzen, das wissen Sie genausogut wie ich, und für die Patienten ist es am allerwichtigsten, daß sie unverzüglich zu ihrem Recht kommen. Die Hauptzuständigen sind die Länder, aber Sie haben sich ja noch nie um Zuständigkeiten gekümmert. Wahrscheinlich holen Sie Ihre Frühstückssemmeln auch in der Apotheke! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Wichtig ist ein einheitlicher Katalog zwischen Bund und Ländern, und wir werden kein Gesetz machen können, das das abdeckt, es ist aber eine Artikel 15a-Vereinbarung in Vorbereitung. Herr Abgeordneter Haigermoser! Was plustern Sie sich denn so auf, ich höre Ihnen ja auch zu, wenn Sie reden?! *(Abg. Haigermoser: Überhaupt nicht! Nein, ich habe nur gemeint, warum Sie die Bäcker beschimpfen!)*

Ich habe die Bäcker nicht beschimpft, aber es sieht bei Ihnen wirklich so aus, als ob Sie Äpfel und Birnen vermischen würden und Ihre Semmeln wirklich in der Apotheke holen. *(Abg. Haigermoser: Frau Kollegin! Ich habe nur einen Apfel hier! Birne habe ich keine!)*

Wir haben auch über die Patientenanwälte gesprochen. Patientenanwaltschaften gibt es bereits in drei Bundesländern — abgesehen von den Ombudsmännern, die nahezu überall installiert sind.

Für die anderen Bundesländer wird das bevorstehende Krankenanstaltengesetz, wenn es novel-

Annemarie Reitsamer

liert werden wird, einen deutlichen Impuls in diese Richtung setzen.

Eine Arbeitsgruppe hat sich mit den Haftungsfragen, mit den Fragen der Durchsetzungsmöglichkeit, der Beweislastumkehr, den Durchsetzungsinstrumentarien, der Haftungsart auseinandergesetzt. Derzeit haften die Krankenanstaltenträger. Man wird sich überlegen müssen: verschuldensunabhängige Haftung oder Versicherungslösung?

Zum leistungs- und diagnosebezogenen Verrechnungswesen: Sie behaupten, weil Sie immer nur die Hälfte lesen, denn das andere paßt Ihnen ja nicht in den Kram, der Hauptverband hätte das abgelehnt. Seit 1989 wird an 20 Krankenanstalten parallel zum jetzigen Verrechnungssystem das leistungsbezogene Verrechnungssystem versucht.

In jedem Bundesland sind es zwei Anstalten, in Oberösterreich sogar vier. Aber Sie sind ja bekannt als Trittbrettfahrer, meine Damen und Herren von der FPÖ. Bei den KRAZAF-Verhandlungen waren Sie in den Ausschüssen anwesend. Sie haben in den Landtagen die Möglichkeit, etwas einzubringen oder mitzustimmen. Sie sind einfach immer gegen alles, und wenn es dann darum geht, daß die Regierungsparteien Vorschläge, fertige Reformvorschläge in den Laden haben, springen Sie schnell auf und kritisieren alles, was bereits fertig ist. (*Zwischenruf des Abg. Scheibner.*) Bei der Nationalbank war es ja dasselbe, Herr Kollege Scheibner, das wissen wir doch ganz genau. Kein Mensch wird allen Ernstes glauben, daß man innerhalb von 14 Tagen solch eine Reform zu machen in der Lage ist, aber Sie behaupten, nur weil Sie etwas aufgegriffen haben, würde die Regierung zum Handeln gezwungen. Wer soll Ihnen so etwas denn abnehmen? (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Von der Pflegevorsorge, die mit 1. 7. in Kraft tritt, war heute überhaupt keine Rede — von Ihnen ist sie sogar teilweise gelobt worden. Das MTD-Gesetz, das Aufnehmen der medizinischen Hauskrankenpflege in den Leistungskatalog der Sozialversicherungen — eine Reihe von Gesetzen befaßt sich jetzt wieder mit dieser Materie und wird im Frühjahr in die Begutachtung gehen.

Krankenpflege. — Das Krankenpflegegesetz wurde von Ihnen abgelehnt. Sie haben zum Glück nicht die Mehrheit, und das wird weiterhin so bleiben, wenn die Leute darüber nachdenken, was Sie hier herinnen „verbraten“. Aber eines muß ich sagen: Sie sind immer gegen alles, und dann fordern Sie alles. (*Abg. Dr. Ofner: „Daher fordern wir den Rücktritt der Opposition!“*)

Bemerkenswert ist das Geschrei, das immer nur dann losgeht, wenn die Lösungsvorschläge von unserer Seite bereits vorliegen. Dann springen Sie

schnell auf den Zug auf. (*Abg. Scheibner: Was haben Sie gelöst, Frau Kollegin Reitsamer?*) Sie haben überhaupt keine Lösungsvorschläge. Wir haben ja genügend vorliegen, bitte! Es ist genügend durchgebracht worden, es sind genügend Vorschläge fertig, die vorgelegt werden, die in Begutachtung kommen. Das wissen Sie doch alles ganz genau, als Fraktion haben Sie dazu doch Zugang! (*Abg. Dr. Ofner: Sie sind doch an der Regierung! Und das nicht erst seit heute! Sie brauchen nur zu handeln, Sie brauchen sich auf niemanden zu verlassen!*) Bei uns wird gehandelt. Wenn man vernünftige Sachen machen will, dann braucht das eben seine Zeit, das wissen Sie ganz genau. (*Abg. Dr. Ofner: Doch nicht so viele Jahre!*) Wir haben bei der Verlängerung des KRAZAF gesagt: Da haben wir ausreichend Zeit, wenn das bis 1994 verlängert wird, entsprechende Reformen zu machen. Da haben Sie genau ins selbe Horn gestoßen, und jetzt paßt Ihnen das nicht.

Und wie oft sind wir denn am Veto der Landesvertretung der Ärzte gescheitert? 1978 hat Frau Bundesministerin Leodolter gesagt: 10 000 zusätzliche Arztposten brauchen wir! Damals hat die Ärztekammer von einer Ärzteschwemme mit mindestens 8 000 überflüssigen Ärzten gesprochen! So muß man das sehen. Und innerhalb der Ärzteschaft gibt es doch einen Neidkomplex. (*Abg. Dr. Ofner: Sie sind an der Regierung! Sie setzen sich nur nicht durch!*)

Warum haben Sie denn heute nicht davon gesprochen, Herr Kollege Ofner und Herr Kollege Fischl? Warum haben Sie denn nicht davon gesprochen, daß Ärzte oft derartige Ablöseforderungen stellen? Gerade in Salzburg! Aber das gefällt der FPÖ natürlich nicht. Der Herr FPÖ-Landesrat Schnell etwa hat horrendes Summen von seinem Nachfolger verlangt, und dem einen oder anderen jungen Arzt wird es halt an den nötigen Mitteln fehlen, um derartige Ablösen zu leisten. Aber das sind ja alles für Sie keine Themen, das ist ganz klar. Der Herr Abgeordnete Haupt redet von „unterschiedlichen Wartezeiten“. Die Primare haben meistens gute Verträge mit den Ländern, bitte. (*Abg. Dr. Ofner: Das weinerliche Klagen ist doch einer Regierungspartei unwürdig! Nicht weinerlich klagen, sondern handeln!*) Ja schauen Sie sich doch die Mehrheiten in den Ländern an! Das ist eine Frage der Dienstaufsicht, bitte.

Und überhaupt: Ihr Herr Parteiführer hat sich heute mit einer Dreistigkeit . . . (*Abg. Scheibner: Der traut sich was!*) Na ja, das ist wirklich eine Dreistigkeit. Vor allen Dingen hat er sich als Frauenfreund herauskristallisiert. Er spricht da von Totaloperationen, die den Frauen sozusagen zugemutet werden. Ich hoffe, er hat hier wirklich brusterhaltende Operationen und nachfolgende Bestrahlungen gemeint und nicht Unterleibsoper-

Annemarie Reitsamer

rationen. Denn jede Frau wird froh sein, daß es, wenn sie schon Krebs hat, zu einer Totaloperation kommt und daß sie sich dann möglicherweise Chemotherapiebestrahlungen et cetera ersparen kann. Aber der große Frauenfreund weiß ja ganz genau, was die Frauen bewegt. Das ist doch ganz logisch!

Er spricht von einer steigenden Zahl von Krebserkrankungen und peitscht im nächsten Moment Herrn Minister Ausserwinkler, weil er eine Anti-Raucher-Kampagne hier startet — wie immer man dazu stehen mag, aber Rauchen ist nun einmal ein Hauptgrund für Krebserkrankungen, das werden auch Sie nicht bestreiten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Außerdem, meine Damen und Herren, sind auch die Krankenhäuser der AUVA angesprochen worden. Die erfreuen sich sicher des besten Rufes, das kann ich nur bestätigen. Aber ich weiß, weil aus meinem Familienkreis jemand in einem Unfallkrankenhaus beschäftigt ist und auch aus persönlicher Betroffenheit innerhalb meiner Familie, daß die dieselben Probleme haben, Probleme, die wir kennen und an deren Beseitigung wir wirklich mit aller Gewissenhaftigkeit arbeiten, während Sie nur heiße Luft verströmen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 19.45*

Präsident: Als nächste gelangt Frau Abgeordnete Christine Heindl zu Wort. Ich erteile es ihr.

19.45

Abgeordnete Christine **Heindl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Frau Staatssekretärin in Vertretung des Herrn Bundeskanzlers! — Da sind wieder einmal die Frauen — wie auch zu Zeiten der Pflege in den Spitälern — unter sich, weil die großen Herren für die dringliche Anfrage anscheinend keine Zeit haben.

Ich glaube trotzdem — wenn wir so unter uns, ohne den Herrn Bundeskanzler, reden —, daß das, was Frau Kollegin Reitsamer vorhin gesagt hat, vor allem zum Schluß, der richtige Zugang war. Wir müssen fragen, wie unsere Lebensbedingungen sind, wie es uns mit unserer Umwelt geht, wie es mit unseren Arbeitsverhältnissen aussieht, wo die krankmachenden Faktoren sind und wie wir diese verbessern können.

Frau Kollegin Reitsamer! Ihre Folgerungen waren aber leider nicht, daß diese Bedingungen in Österreich nicht optimal sind beziehungsweise sehr schlecht sind und daß im Krankheitsverwaltungswesen Österreichs — wir haben ja leider kein Gesundheitswesen — sehr vieles im argen liegt.

Ein Punkt, ein kleines Beispiel vom Herrn Bundeskanzler aus seiner heutigen Anfragebeantwortung: Er spricht vom „Gesundheitsplan“, der erarbeitet wird: Krankenanstaltenplan, Spitzen-

versorgung und Großgeräteplan. — Diese enge Beschreibung, meine Damen und Herren, negiert ja völlig, daß hier ein Gesundheitsplan erarbeitet wird, der uns schon seit langem versprochen ist, daß die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen soll und nicht, wie ich vorhin gesagt habe, die Krankheitsverwaltung.

Das sind überfällige Themen, überfällige Bereiche, vor denen wir heute stehen. Und bezüglich dieser überfälligen Themen und Bereiche möchte ich mich auf das Krankenpflegepersonal konzentrieren. Wir wissen alle, daß das Krankenpflegepersonal seine Kapazitäten weitestgehend ausgeschöpft hat. Ich möchte nicht die Zahlen wiederholen: Verweildauer in diesem Beruf drei bis vier Jahre, 5 000 Pflegepersonalpersonen fehlen, enorme Überlastung, geringe Bezahlung. Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, in Erinnerung rufen, daß wir im Juni eine Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz verabschiedet haben und damals nicht bereit waren, alle Gruppen der Pflegepersonen hier einzubeziehen, sondern wir haben gesagt: Diejenigen, die eine halbwegs gute Interessenvertretung haben, beziehen wir ein in die Regelungen des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes, alle anderen eben nicht. Wir haben dabei eine sehr, sehr große Gruppe der zirka 30 000 Menschen, die im Nachtdienst tätig sind, zumindest einen Großteil davon, ausgeklammert, nur weil es in den Verhandlungen anscheinend nicht möglich war, wirklich diejenigen Maßnahmen in Gesetzesform zu gießen, die dringend notwendig gewesen wären.

Um die kritischen Geister zu beruhigen, hat man dann gesagt: Nun ja, die anderen können ja dafür kämpfen, daß sie diese Verbesserungen über Kollektivverträge, über Verordnungen des Bundesministers für Soziales oder über Verordnungen der Landeshauptleute bekommen. Da kommt es immer nur darauf an, wer der jeweilige Spitalserhalter ist.

Und dieses Kleinkrämertum, meine Damen und Herren, das Sie als Abgeordnete im Juni des Vorjahres an den Tag gelegt haben, muß beendet werden, damit die Situation des Pflegepersonals einen Quantensprung in der Qualität erreicht. Und zu diesem Quantensprung in der Qualität, meine Damen und Herren, bedarf es mindestens zehn Punkte, die wir in Angriff nehmen müssen.

Ich möchte Ihnen nun zehn Punkte aufzählen, von denen meiner Meinung nach kein einziger gestrichen werden sollte.

1. Punkt: Ich glaube, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig ist. Ziel ist natürlich eine Reduktion auf 40 Stunden. Und zu diesen zehn Punkten gehört auch die volle Einbeziehung des gesamten Pflegepersonals ins Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz.

Christine Heindl

2. Punkt: Es ist dringendst notwendig, Teilzeitarbeitsmöglichkeiten für alle Pflegepersonen zu schaffen. Und wir sollten jene 62 Prozent der Arbeitskräfte, die wiedereinsteigen würden, wenn sie teilzeitarbeiten könnten, auch aufnehmen können.

Ein 3. Punkt, den wir in Angriff nehmen müssen: Wir müssen endlich bereit sein, SpringerInnen einzuführen — ich meine hier natürlich genauso männliches Pflegepersonal —, damit es zu keinen Überlastungen durch Urlaubsvertretungen und Krankenstände kommt.

Nächster Punkt, Punkt 4: 70 Prozent der Arbeiten des Pflegepersonals sind Schreibarbeiten, daher ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Pflegepersonal durch Schreibkräfte von diesen Arbeiten entlastet wird.

5. Punkt — und nicht umsonst genau in der Mitte —: eine wirklich angemessene Bezahlung der Pflegepersonen.

6. Punkt: Mitspracherecht der Pflegepersonen in allen organisatorischen Belangen, Einbeziehung derjenigen, die wirklich Erfahrung haben, in Umstrukturierungen, in Entscheidungen zu Umstrukturierungen.

7. Punkt, 7. Forderung: Die Nostrifizierungsverfahren müssen verbessert werden, müssen beschleunigt werden, damit ausländisches Personal auch in unseren Spitälern arbeiten kann. Selbstverständlich ist hier auch das Angebot von Deutschkursen inkludiert.

8. Punkt — ich glaube, diesen Bereich darf man nicht unterschätzen —: Die Ausbildung der Krankenpflegepersonen muß fortgeführt werden, muß verbessert werden, damit wir endlich zu der bereits seit einiger Zeit geforderten Schulorganisationsgesetz-Novelle kommen, zu einer Zusammenarbeit mit den Spitalsträgern, für das Curriculum, und selbstverständlich soll der Bund die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen und sich nicht wieder absentieren und sagen: Das sollen die anderen erledigen! (*Beifall bei den Grünen.*)

9. Punkt, meine Damen und Herren — und das diskutieren wir jedesmal, wenn Arbeitsinspektions-Berichte vorliegen —: Die Aufgaben der Arbeitsinspektionen müssen auch auf die öffentlichen Krankenanstalten ausgedehnt werden.

Und 10. — und nicht unwichtigster — Punkt: Es muß selbstverständlich sein, daß in unserem Land alle Personen, die mit Menschen arbeiten — jetzt schränke ich es ein auf Pflegepersonen, auf den Pflegebereich —, Supervision erhalten. Denn das Arbeiten mit Menschen, egal ob in Streßsituationen oder ohne Streßsituationen, die Arbeit mit Menschen, vor allem mit Menschen, die krank

sind, ist sehr anstrengend, nicht nur für den Körper, sondern auch für den Geist des Pflegepersonals, und daher ist Supervision unabdingbar in diesem Bereich.

Diese zehn Punkte wären Ansatzpunkte, um die Situation für das Pflegepersonal zu verbessern, Ansatzpunkte, damit wir eine Chance haben, daß — was die WHO formuliert hat als ihre Definition von Gesundheit — das irgendwie einmal in die Nähe der Realität in unserem Leben kommt, daß alle einen Zustand des absoluten körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens erleben können. — Ein absolutes körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden, meine Damen und Herren. Dazu bedarf es enormer Anstrengungen für alle Personen, die heute in unserem Gesundheitswesen tätig sind, und enormer Anstrengungen für all diejenigen, die eben nicht mehr gesund sind und in die dafür vorgesehenen Einrichtungen kommen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang möchte ich wieder jenen Bereich in Erinnerung rufen, der in diesen Krisensituationen sehr oft beiseite geschoben wird, weil man dazu eigentlich keine Zeit mehr hat. Wenn man sich organisieren muß, wie man die Patienten doch noch am Leben erhalten kann, dann landen Dinge wie Rechte der Patienten sehr leicht irgendwo im Abfallkübel, und keiner denkt mehr daran, weil er einfach keine Zeit und keine Nerven dazu hat. Ich glaube aber, daß man die Patientenrechte bei jeder Diskussion um unser Gesundheitswesen in Erinnerung rufen muß, daß man die Patientenrechte einfordern muß, denn nur so, meine Damen und Herren, können wir das System tatsächlich verbessern.

Egal ob es sich bei diesen Patientenrechten um das Recht auf gleichen Zugang zu Behandlung und Pflege handelt, um die Beachtung von Würde, um Integrität der Person, darum, daß Privatsphäre und Vertraulichkeit vorherrschen, selbstverständlich um das Recht von Kindern auf Begleitpersonen in Spitälern, um das Recht auf Selbstbestimmung des Patienten, Behandlungen auch verweigern zu können, um nicht unnötig leiden zu müssen, um das Recht der Patienten, mitentscheiden zu können, um das Recht auf Information über das gesamte Gesundheitswesen, über die Diagnose und über die Behandlung — all diese Rechte, meine Damen und Herren, müssen dringend in die Praxis umgesetzt werden, müssen deswegen in die Praxis umgesetzt werden, weil wir leider in unserem System den Patienten nur als jenen sehen, der hier behandelt wird. Da wird dann zum Beispiel gesprochen vom „Oberschenkelbruch“ im dritten Bett, vom „Blinddarm“ im fünften Bett und so weiter. Und so eingeteilt wird eigenartigerweise gerade auch bei den Operationen.

Christine Heindl

Ich möchte abschließend noch in Erinnerung rufen, da Experten sagen — Dr. Leiner wird das sicher bestätigen, so hoffe ich —, daß zirka 60 Prozent der Blinddarmoperationen überflüssig seien, daß einige Unterleibsoperationen von Frauen überflüssig seien, es müßten nicht immer gleich Totaloperationen sein: Die Umsetzung einer Forderung in die Praxis ist ganz wichtig, und das ist die zwangsweise Einführung eines Gutachtens und einer Untersuchung durch einen zweiten Facharzt, wie das in den USA bereits üblich ist. Bei bestimmten operativen Eingriffen ist es üblich, daß eine „second opinion“ erstellt wird, daß ein zweiter Facharzt, eine zweite Fachärztin diese Operation, diesen operativen Eingriff auch für notwendig und für richtig empfindet. Und nur dann, wenn man dieses Überprüfungskriterium durch einen zweiten Arzt einführt, meine Damen und Herren, werden unnötige Operationen aus dem Arbeitsplan unserer Spitäler wegfallen, dann werden wir vielleicht etwas mehr Platz bekommen für die Gesundung der Menschen, und wir werden vielleicht auch etwas mehr Zeit haben für die Rechte der Patienten. Vor allem aber, meine Damen und Herren, werden wir wesentlich mehr Zeit haben, um mit den Patienten vorbeugende Maßnahmen und Rehabilitation zu betreiben. Nur dann, meine Damen und Herren, ist es möglich, daß wir ein Gesundheitssystem in Österreich installieren und nicht, wie ich eingangs gesagt habe, weiterwurschteln in einem Krankheitsverwaltungssystem, indem wir zwar immer wieder einen Schritt nach dem anderen versuchen, um über die Runden zu kommen, aber nicht die Zeit und die Kraft haben, grundlegende Neuerungen, mutige Veränderungen anzugehen, um nicht immer wieder bei Veränderungen in Ansätzen, irgendwo in einem kleinen Winklerl steckenzubleiben. *(Beifall bei den Grünen.) 19.59*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Schweitzer. Er hat das Wort.

20.00

Abgeordneter Mag. Schweitzer (FPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Mit etwas Verwunderung, Kollegin Heindl, stelle ich fest, daß Sie auf die Aktualität eines Themas, das uns Burgenländer betrifft, überhaupt nicht eingegangen sind, da es doch im Zusammenhang mit dem Gesundheitsminister steht — mit dem Gesundheitsminister, der von Bundeskanzler Vranitzky eingesetzt wurde, um Gesundheitspolitik zu machen, und nicht, um einen Teil der österreichischen Bevölkerung auf primitivste Art und Weise zu beschimpfen. *(Zwischenruf der Abg. Christine Heindl.)*

Aber offensichtlich ist er nicht in der Lage, die Mißstände im Gesundheitswesen, die heute schon sehr ausführlich erörtert wurden, zu beseitigen beziehungsweise Lösungsansätze zu liefern — aufgrund mangelnder Kompetenzen des Gesund-

heitsministeriums, aber sicherlich auch aufgrund mangelnder Kompetenz des Ministers. Beides zusammen hat bei diesem Minister offensichtlich dazu geführt, daß er sich immer mehr aus der Verantwortung flüchtet und wahllos Themen aufgreift, mit denen er glaubt, in die Schlagzeilen zu kommen. Es ist ihm immer wieder gelungen, nur zunehmend liefert er negative Schlagzeilen. Gleichzeitig droht das Gesundheitswesen mehr und mehr den Bach hinunterzugehen, weil der Minister nicht in der Lage ist, in seinem eigentlichen Bereich Taten zu setzen, weil er sich immer auf Nebenschauplätze flüchtet, wo er dann mit abenteuerlichen Ablenkungsmanövern seine Unfähigkeit zu übertünchen versucht.

Ein Minister, der vom Bundeskanzler als großer Problemlöser, als Trouble-shooter in die Regierung geholt wurde, erweist sich, wie die heutige Debatte zeigt, als eklatante Fehlbesetzung — eine Fehlbesetzung, für die der Bundeskanzler die Verantwortung trägt. Er beweist es auch immer wieder und hat am 3. März einen einzigartigen Höhepunkt geliefert — der Tag, an dem er sich als die Fehlbesetzung in der Regierung schlechthin herausgestellt hat. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Guggenberger.)* Er hat eine Bevölkerungsgruppe, der auch ich angehöre, auf primitivste Art und Weise beschimpft.

Herr Kollege Guggenberger! Vielleicht haben Sie das noch nicht wortwörtlich mitbekommen. Ich erlaube mir, das wortwörtlich zu zitieren. Der schlechte Stil ist nicht der des Schreibers, sondern der des Ministers. Wortwörtlich sagte er irgendwo in Oberösterreich:

„Sehr viele Pendler aus dem Südburgenland fahren am Montag früh oder Sonntag abend wieder nach Wien.“ *(Abg. Mag. Guggenberger: Das hat er ja eindrucksvoll richtiggestellt!)* „Ein Kollege von mir ist dort Praktiker, der sagt, die sind sichtlich mit ihrer ganzen Familiensituation unzufrieden, daß sie nach Haus kommen Freitag abend. Sie gehen direkt ins Gasthaus. Bis sie den Rausch ausgeschlafen haben, ist es Samstag mittag. Samstag abend gehen sie wieder ins Gasthaus. Bis sie den Rausch ausgeschlafen haben, ist es Sonntag nachmittag. Und am Abend fahren sie wieder nach Wien, und das war das Familienleben am Wochenende.“ *(Abg. Mag. Guggenberger: Hast du die „Pressestunde“ gesehen?)* Soweit die Äußerungen unseres Herrn Gesundheitsministers betreffend eine Bevölkerungsgruppe im Burgenland, die hier in Wien sehr hart arbeitet.

Die Geringschätzung, die dieser Herr Minister uns Burgenländern entgegenbringt, ist in dieser Regierung traditionell. Vizekanzler Busek, von der anderen Hälfte, hat sich auch bereits einmal ganz große Verdienste erworben mit der Beschimpfung burgenländischer Maurer.

Mag. Schweitzer

Es ist müßig zu fragen, Herr Kollege Guggenberger, wo die Politikverdrossenheit herkommt, warum das Politikerimage immer schlechter wird, wenn sich Vizekanzler und Gesundheitsminister zu solch primitiven Beschimpfungen der Bevölkerung österreichischer Bundesländer herablassen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Vizekanzler und Gesundheitsminister unüberlegt die fleißig arbeitende Bevölkerung eines ganzen Bundeslandes primitivst beleidigen, dann besteht für den nicht mehr anwesenden Bundeskanzler meiner Meinung nach Handlungsbedarf.

Einer, der sich noch nie um burgenländische Pendlergemeinden gekümmert hat, beleidigt Väter burgenländischer Kinder, beleidigt Männer burgenländischer Frauen, beleidigt Söhne burgenländischer Mütter und Väter, die die Fünftagewoche hier in Wien zum Großteil hart arbeitend verbringen, die auch für Herrn Busek, auch für Herrn Ausserwinkler und auch für den Herrn Bundeskanzler hart arbeiten.

Und dann geht dieser Minister her und stellt diese schwer arbeitenden Menschen als Alkoholiker hin, die am Wochenende zu Hause weiterarbeiten, die ihren Familien ein Leben auf einem erträglichen Lebensstandard ermöglichen, die am Wochenende ihre Eigenheime errichten, die das Vereinsleben in den Dörfern organisieren und hochhalten. Diese Menschen stempelt dieser Minister pauschal zu Alkoholikern. *(Abg. Mag. Guggenberger lacht.)* Wenn Sie darüber lachen können - für mich ist das eine ungeheuerliche Frechheit! Das muß ich hier einmal gesagt haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das dann noch zu kommentieren, sich herauswinden zu wollen und nicht fähig zu sein, sich dafür zu entschuldigen, das ist mehr als eine Riesenfrechheit *(Abg. Mag. Guggenberger: Es ist ja richtiggestellt!)*, denn das, was dieser Minister Ausserwinkler als Entschuldigung vorgebracht hat, war nicht einmal der Ansatz einer Entschuldigung.

Frau Staatssekretärin! Ich möchte Sie bitten, daß Sie dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Minister mitteilen, daß wir von der freihheitlichen Fraktion bis spätestens morgen zur Aktuellen Stunde eine offizielle Entschuldigung von Herrn Minister Ausserwinkler verlangen, da wir sonst die Aktuelle Stunde dazu benutzen werden, um offiziell einen Mißtrauensantrag gegen diesen Burgenland-Beschimpfer einzubringen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage Ihnen heute, Frau Staatssekretärin, dieser Mißtrauensantrag wird von mehr Abgeordneten unterstützt werden, als Ihnen lieb ist. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Kollege Pillner

es sich leisten kann, diesem Mißtrauensantrag nicht zuzustimmen. Kollegin Krismanich wird es sich nicht leisten können, diesem Mißtrauensantrag nicht zuzustimmen. Auch Kollege Achs, der momentan nicht anwesend ist, wird es sich nicht leisten können, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Eines können Sie dem Herrn Minister noch ausrichten *(Abg. Mag. Guggenberger: Sie ist ja kein Briefträger!)*: Ich lade ihn hier und jetzt offiziell ein, bekanntzugeben, ob und wann er bereit ist, mit mir eine typisch burgenländische Pendlergemeinde zu besuchen, wo er sich vor Ort pendlergemeinden kann, wen er beschimpft hat und daß das, was er gesagt hat, nicht den Tatsachen entspricht. Minister Ausserwinkler wäre gut beraten, dieser Einladung Folge zu leisten.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, fordere ich alle burgenländischen Abgeordneten auf, das von Mitgliedern der SPÖ-ÖVP-Regierungskoalition gezeichnete Bild der burgenländischen Pendler zu korrigieren und diesen Menschen jene Achtung und Wertschätzung entgegenzubringen, die sie aufgrund ihrer Leistung für ihre Familien und ihr Bundesland und Österreich verdienen. *(Beifall bei der FPÖ.) 20.07*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Walter Guggenberger. Er hat das Wort. *(Abg. Dr. Ofner: Entschuldige dich bei den Burgenländern! - Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Er ist ja ein Tiroler!)*

20.08

Abgeordneter Mag. Guggenberger (SPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nehmen wir einmal an, es gäbe in Österreich keine Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Die Bundesregierung würde eine Expertenkommission betrauen mit dem Auftrag, ein derartiges System zu entwerfen. Nach vielen Sitzungen kämen die Experten zu ihrem Auftraggeber zurück und würden ein System nach folgenden Grundsätzen vorschlagen:

Erstens: Alle Einrichtungen des Gesundheitssystems, wie Krankenanstalten, Ordinationen der niedergelassenen Ärzte, Familienberatungsstellen und ähnliches, sollen völlig isoliert nebeneinander arbeiten.

Zweitens: Es soll ein Finanzierungssystem eingerichtet werden, an dem zahlreiche Sozialversicherungsträger, die private Versicherungswirtschaft, der Bundesstaat, die Länder und die Gemeinden beteiligt sind.

Drittens: Es sollen Gesetze in diesem Sozial- und Gesundheitssystem erlassen werden, die die Kompetenzen auf möglichst viele Ministerien, auf

Mag. Guggenberger

möglichst viele Gebietskörperschaften und zusätzlich noch Fonds verteilen.

Eine Kommission, die mit derartigen Vorschlägen zu ihrem Auftraggeber zurückkommen würde, würde wahrscheinlich nicht mit besonderer Begeisterung empfangen werden. Wir aber haben in Österreich ein System, das sich sehr weitgehend an diesen Grundsätzen orientiert. Es schafft allen — es wäre töricht, das zu leugnen —, die als Gesundheitspolitiker tätig sind, Probleme. Diese Zersplitterung der Kompetenzen, diese Aufteilung der Zuständigkeiten auf viele Institutionen schafft Probleme.

Aber sehen wir uns einmal die andere, die positive Seite der Medaille an. Wir alle — und nicht zuletzt Sie als Formulierer der heutigen dringlichen Anfrage — reden doch ständig von Föderalismus. Wir reden doch ständig von Selbstverwaltung. Wir reden doch ständig von Autonomie der kleinen Einheiten. Wir reden doch ständig von dezentralen Entscheidungen und von der Möglichkeit, problem- und bevölkerungsnahen Lösungen zu treffen. Wenn ich aber Ihre Anfrage, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, lese, dann bekomme ich den Eindruck, daß Sie Ihr Heil plötzlich in einer zentralistischen Lösung sehen, in der Zusammenballung der Macht in der Hand eines einzelnen. Diesmal soll es sogar der Bundeskanzler gewesen sein. Sie wollen also so etwas wie ein gesundheitspolitisches Führerprinzip verwirklichen.

Ich sage Ihnen namens der Sozialdemokraten in diesem Haus — ich weiß mich eins mit anderen Fraktionen hier —, das ist sicher nicht das, was sich die Bürger in den Gemeinden draußen vorstellen; das ist sicher nicht das, was die Länder akzeptieren können; das ist auch sicher nicht das, was wir wollen, nämlich sozusagen wie ein Caterpillar über die Interessen der Gebietskörperschaften, der Selbstverwaltungskörper einfach drüberzufahren.

Wir sagen ja zu einer optimalen Koordination und einer sehr effizienten Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, aber nein zur Beseitigung der Mitwirkungsrechte der Gebietskörperschaften, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherungsträger. Diesen Grundsätzen entsprechend arbeiten wir daher an verschiedenen Lösungsmöglichkeiten. Wir arbeiten an einem österreichischen Gesundheitsplan gemeinsam mit den Ländern unter Mitwirkung der Sozialversicherungsträger, um die Ressourcen im Spitalswesen effizienter, wirkungsvoller und besser als bisher nützen zu können.

Wir arbeiten an einem österreichweiten Krankenanstaltenplan; wir arbeiten an einem österreichischen Großgeräteplan. Wir sind dabei, ein Finanzierungsmodell zu erproben — nicht nur zu

erarbeiten —, das sich an den ärztlichen Leistungen in den Krankenanstalten orientiert. Wir stecken noch mittendrin im Nachdenken über eine Reform der Mediziner Ausbildung.

Nicht zuletzt, meine sehr geehrten Damen und Herren, streben wir an, die Arbeitszeiten für das ärztliche Personal zu regeln. Ausgehend von den bekannten Innsbrucker Ereignissen — wenn ich sie so nennen darf — ist jetzt plötzlich jeder dafür, auch die Ärztekammer, die vor Jahren, als im Sozialministerium erstmals derartige Vorschläge formuliert wurden, noch massiv dagegen gewesen ist. Der Rückenwind der öffentlichen Meinung in dieser Frage kann uns Sozialdemokraten nur recht sein. Er wird uns in unseren Bemühungen bestärken. Wir werden aber dabei sicher darauf achten, daß nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird; wir werden sicherlich keine Regelung treffen, die ob ihrer Starrheit das Gegenteil dessen erreicht, was wir haben wollen, nämlich die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Wir wollen also sicher keine Regelung, die dazu führt, daß man in den Bezirkskrankenhäusern draußen auch nur eine Abteilung schließen muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mich gewundert, hätten Sie nicht auch diese Anfrage zum Thema Gesundheitswesen dazu verwendet, in einem Aufwaschen gleich auch Anti-EG-Ängste zu schüren. Sie beklagen in Ihrer Anfrage, daß nach EG-Recht auch EG-Bürger in Österreich Anspruch auf Krankenbehandlung nach den hierzulande geltenden Sozialversicherungsvorschriften haben. Natürlich haben sie das. Die Gleichbehandlung aller EG- und EWR-Bürger ist ja das elementare Prinzip dieser Europäischen Integration schlechthin.

Seien Sie also bitte so fair und sagen Sie der Bevölkerung die ganze Wahrheit, die nämlich darin besteht, daß auch die Hunderttausenden Österreicherinnen und Österreicher, die in Italien, in Spanien, in Griechenland oder sonstwo ihren Urlaub verbringen, künftighin, was den Krankenversicherungsschutz anlangt, mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt sind. Sagen Sie den Österreicherinnen und Österreichern auch, daß auch die 220 000 österreichischen Arbeitnehmer, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes ihr Brot verdienen, dadurch weitgehende sozialrechtliche Vorteile genießen. Daß die Europäische Integration natürlich keine Einbahnstraße sein kann, das versteht sich von selbst. Sie wird den Bürgern unseres Landes aber auch im Gesundheitswesen wesentlich mehr Vorteile als Nachteile bringen.

Ich komme schon zum Schluß. Sie haben mit dieser Ihrer heutigen Aktion einmal mehr versucht, Öl ins Feuer der öffentlichen Unruhe zu gießen. Sie freuen sich nicht einmal klammheim-

Mag. Guggenberger

lich, sondern sehr öffentlich und sehr diebisch darüber, daß sich die Leute nun Sorgen über diesen Bereich machen. Für uns ist die Unruhe, die beispielsweise von der Aktion des Innsbrucker Spitalsarztes Dr. Grünewald ausgegangen ist, eine sehr positive Unruhe. Wir werden diese positive, diese kreative Unruhe dazu nutzen, mit noch mehr Nachdruck anzupacken, was zu tun wir ohnehin schon im Begriffe sind. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)* 20.17

Präsident: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Srb. Ich erteile es ihm.

20.17

Abgeordneter **Srb** (Grüne): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde es wirklich betrüblich, daß weder der Herr Bundeskanzler noch der Herr Gesundheitsminister dieser parlamentarischen Diskussion beiwohnen. Das läßt nicht gerade auf großes Interesse schließen.

Ich möchte kurz auf die Ausführungen einiger meiner Vorredner eingehen. Kollege Stocker, Kollege Leiner und Kollegin Reitsamer haben mehrmals die Themen Hauskrankenpflege und Bundespflegegeldgesetz angesprochen und haben in ihren Sonntagsreden so getan, als wäre da alles bestens. *(Abg. Dr. L e i n e r: Das stimmt nicht, ich habe Kritik geübt!)*

Herr Kollege Leiner! Sie haben ein bißchen recht — ich muß mich korrigieren —, Sie haben gesagt, es gäbe gewisse Schwierigkeiten, und haben dann das Land Salzburg gelobt, weil das Land Salzburg da offensichtlich aufgeschlossener ist, aber in Summe haben Sie es doch recht positiv dargestellt.

Aber bitte, Herr Kollege Leiner, vielleicht sind Ihre Eindrücke durch Ihre persönliche Kenntnis der Situation in Ihrem Heimatbundesland Salzburg ein wenig getrübt. Ich weiß nur von anderen Bundesländern — also nicht von Salzburg —, zum Beispiel von Wien, daß es sehr große Schwierigkeiten gibt — ich gehe jetzt auch gleich auf diesen Aspekt ein —, die die betroffenen Menschen überhaupt nicht verstehen können. Darum finde ich es schon etwas erstaunlich, wenn es insgesamt so positiv hingestellt wird, als gäbe es da keine Probleme und Schwierigkeiten.

Ein zweiter Punkt kurz: Es wurde von einigen dieser Rednerinnen und Redner so hingestellt, als würde das per 1. Juli in Kraft tretende Bundespflegegeldgesetz eine Entlastung auf dem Gesundheitssektor bringen.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, da ist Ihnen ein bißchen etwas durcheinandergelassen. Das Wort „Pflege“ verleitet allerdings auch dazu — das gebe ich schon zu —, nur wenn man sich einmal dieses Gesetz etwas genau-

er anschaut, dann kommt man natürlich drauf, daß es hier nicht darum geht, daß Menschen, die krank sind, eine Hilfestellung erhalten, sondern daß Menschen — ältere und behinderte Menschen —, die verschiedene Dinge des Alltags nicht selbst machen können, so wie jeder nichtbehinderte Mensch, für diesen Bereich eine Hilfestellung bekommen sollen, sei es finanzieller Art, sei es durch Sachleistungen der Länder.

Das wollte ich nur einmal festgestellt wissen. Denn es ist für mich ein Etikettenschwindel, wenn Sie von den Koalitionsparteien jetzt hergehen und das als eine Leistung des Gesundheitssektors hinstellen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Kollege Leiner! Zu Ihnen noch ein Wort. Sie haben dafür plädiert, daß wir wieder Werte nötig haben, und haben dann als Beispiel die Freiwillige Feuerwehr — ich habe mir das aufgeschrieben — zitiert und noch einige andere Beispiele gebracht. Ich möchte von Ihnen jetzt wirklich wissen, welcher Sache Sie das Wort reden. Soll das vielleicht heißen, daß Sie für eine neue Ehrenamtlichkeit im Gesundheits- oder vielleicht auch im Sozialbereich sind? Sind Sie vielleicht gar dafür, daß es in Zukunft in Österreich die Gesundheit zum Nulltarif geben soll, oder was schwebt Ihnen hier vor? Ich möchte Sie wirklich bitten, daß Sie das in geeigneter Weise richtigstellen. Wenn ich als betroffener Mensch solche Dinge höre, dann weiß ich nicht, was das heißen soll, Herr Kollege Leiner! *(Abg. Dr. L e i n e r: Ich selbst organisiere in Salzburg das Hilfswerk, habe es aufgebaut! Da geht es nur mit professioneller und freiwilliger Hilfe! — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ich bin auch für die freiwillige Hilfe! Man braucht die freiwillige Hilfe auch!)*

Das klingt jetzt schon wieder ein wenig anders, Herr Kollege Leiner. Darum bin ich dankbar, daß Sie das richtigstellen, denn so, wie ich es von Ihnen gehört habe, hat das etwas anders geklungen!

Natürlich, Frau Kollegin Partik-Pablé, brauchen wir auch die freiwillige Hilfe. Natürlich brauchen wir auch so etwas, was wir als Nachbarschaftshilfe und so weiter bezeichnen. Das ist keine Frage. Aber was wir bei Hilfen brauchen, ist der Grad der Verbindlichkeit. Eine Hilfe muß verbindlich sein. Aber da gibt es auf dem Sektor der Ehrenamtlichkeit ganz große Schwierigkeiten, meine Damen und Herren. Das müssen Sie doch zugeben. Aus diesem Grund ist es wichtig, daß es neben der Ehrenamtlichkeit eine Hilfe gibt, die bezahlt wird, ausreichend bezahlt wird, dann hat sie einen Grad der Verbindlichkeit, und dann können sich die betroffenen Menschen darauf verlassen. — Das nur dazu.

Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die medizinische Hauskrankenpflege eingehen. Sie wissen, sie ist seit 1. Jänner 1991 in

Srb

Kraft. Fünf Jahre haben wir warten müssen, bis die Koalition uns endlich einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hat. Fünf Jahre haben wir warten müssen, bis sie endlich realisiert wurde. Nun wurde sie im Rahmen der 50. ASVG-Novelle realisiert, ihr Ziel ist die Reduzierung der Zahl der Spitalsbetten — wir haben es heute in der Debatte schon des öfteren gehört —, deren Finanzierung immer unerschwinglicher wird.

Wie sieht aber nun die Praxis aus? Hier gibt es sehr viele Gründe zum Klagen, und zwar: Der Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger geht ganz einfach her und legt dieses Gesetz, das wir vor etwas mehr als zweieinviertel Jahren hier beschlossen haben, in einer sehr merkwürdigen Art aus. Er legt das Gesetz sehr restriktiv aus. Er geht her, sagt, 120 S Zuzuschuß pro Pflegeleistung, pro Tag, das ist genug. Da sind sogar die Wegekosten dabei. Er sagt, Geldleistungen dürfen nur für vier Wochen bewilligt werden, wenn man sie länger braucht, dann muß man den mühsamen Weg zum Chefarzt gehen. Das ist eine behördliche Schikane, meine Damen und Herren. Was ich auch ganz arg finde, ist, daß sich die Krankenkassen nach wie vor weigern, den notwendigen Katalog über die anerkannten Leistungen in diesem Bereich zu erstellen beziehungsweise mit ihren Vertragspartnern zu verhandeln.

Das heißt, wo wir hinschauen, gibt es bürokratische Hemmnisse, gibt es Schwierigkeiten. Die Krankenkassenbürokratie — den Eindruck hat man, wenn man sich die Klagen und die reale Situation anschaut — ist in Wirklichkeit gar nicht interessiert daran, daß durch diese Maßnahme mittel- oder langfristig die Zahl der Spitalsbetten reduziert wird. Jetzt könnte man sagen, vielleicht ist das deswegen so, weil andere Kostenträger den Löwenanteil tragen. Aber so kann man in Österreich doch nicht Gesundheitspolitik machen!

Ich appelliere daher an den leider noch immer nicht anwesenden Bundeskanzler. Herr Bundeskanzler! Tragen Sie Sorge dafür, daß der Herr Sozialminister in dieser Situation — er hat das Aufsichtsrecht über die österreichischen Sozialversicherungsanstalten — diese sehr diskriminierende, diese sehr kränkende, diese sehr ärgerliche Situation zugunsten der kranken Menschen bereinigt.

Ich möchte noch zu einem zweiten Punkt kommen, und zwar zur Diskussion rund um das neue Tabakgesetz. Hier kann man Bundesminister Ausserwinkler eine Reihe von Vorwürfen wirklich nicht ersparen, zum Beispiel diesen, daß er sich nicht darum gekümmert hat, die Bestimmungen des Tabakgesetzes in das Arbeitnehmer-Schutzgesetz aufzunehmen. Man kann ihm den Vorwurf nicht ersparen, daß er vorher die not-

wendige Bewußtseinsarbeit nicht geleistet hat. Es gibt nicht zu Unrecht den Vergleich mit einem Elefanten in einem Porzellanladen.

Man kann auch kritisieren, daß die Strafen zu hoch angesetzt worden sind. Man kann sagen, bei den Werbeverböten hätte er flexibler sein müssen. Man kann sicher noch einiges mehr sagen. Aber eines, meine Damen und Herren, kann man dem Herrn Bundesminister wirklich nicht vorwerfen: daß er sich eines längst überfälligen Themas mit sehr großem Engagement angenommen hat. Und jetzt ist die Situation so — wir erleben es alle in der öffentlichen Diskussion —, daß es wirklich eine Fülle von Kritik gibt, daß diese Diskussion an Schärfe und an Gehässigkeit zugenommen hat, und der Herr Bundeskanzler läßt den Gesundheitsminister völlig im Regen stehen.

Wenn der Herr Bundeskanzler sagt, er sei der Meinung, daß der Tabakkonsum eine Geißel der Menschheit ist — so stand es in den Medien —, aber gleichzeitig sagt, er sei kein Freund von Verboten, dann kann man darauf nur sagen: Wer ist denn ein Freund von Verboten?

Oder wenn Kollegin Korosec den Medien gegenüber sagt, daß sie gegen eine Beschneidung der persönlichen Freiheit ist, muß ich doch sagen: Dieser Vorwurf geht wirklich ins Leere, denn wir kennen doch alle unzählige Bereiche, wo es Strafen gibt, wenn Gebote oder Vorschriften nicht eingehalten werden. Stellen Sie sich nur das Beispiel Straßenverkehr vor. Will man jetzt auch in diesem Bereich die Geldstrafen abschaffen? Natürlich würde das allen Menschen gefallen, da hätte man einen unglaublichen Applaus in diesem Land, aber es geht doch nicht, daß man in sensiblen Bereichen die Nichteinhaltung von Gesetznormen nicht sanktioniert. Da wird man doch von niemandem ernst genommen, das hält doch dann kaum jemand ein.

Meine Damen und Herren! Worum geht es denn im Grunde bei dieser Diskussion? — Es geht in dieser Diskussion im Grunde um eine Prävention beziehungsweise um wichtige Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge. Es geht um einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages pro Jahr. Es geht um Einschränkungen der persönlichen Freiheit der Nichtraucher, und es geht letzten Endes um Grund- und Freiheitsrechte der Nichtraucher.

Meine Damen und Herren! Wie schaut denn die reale Situation in Österreich aus? Wir wissen aus der Diskussion, es gibt jährlich in etwa 14 000 Menschen in diesem Land, die an den Folgen des Rauchens sterben. Diese Zahl ist höher als die jener Menschen, die infolge von Aids, von Drogen, von Selbstmord, von Gewaltverbrechen, von Autounfällen und von Alkohol sterben.

Srb

Wir wissen doch, wie groß diese Schäden sind. Wir wissen, daß zum Beispiel die Hauptursache für Lungenkrebs zu 85 bis 90 Prozent im Rauchen liegt. Wir wissen, daß der Verzicht auf Rauchen zu einer Krebsrisikoreduktion von zirka 30 Prozent führt. Wir wissen, daß im Rauch zirka 50 kreberregende Substanzen enthalten sind, wir wissen zum Beispiel, daß 80 Prozent der chronischen Lungenerkrankungen durch Rauchen bedingt sind. Wir wissen, daß Filterzigaretten nicht das Herzinfarkttrisiko mindern. Wir wissen auch, daß es ein zusätzliches Herzinfarkttrisiko durch das Passivrauchen gibt, und zwar in der Größenordnung von 30 Prozent.

Es gibt eine Unsumme an weiteren, wissenschaftlich erhärteten Beispielen. Das alles ist bekannt, meine Damen und Herren!

Noch ein Wort zur Werbung: Es gibt interessante Informationen, zum Beispiel aus Norwegen. Da gibt es seit dem Jahr 1975 ein Werbeverbot, belegt mit Strafen. Was ist hier passiert, meine Damen und Herren? Insgesamt sind die Werbeeinnahmen gestiegen. Der Zuwachs der verkauften Zigaretten hat deutlich abgenommen beziehungsweise nur mehr ganz langsam zugenommen und nicht mehr in einem ganz starken Ausmaß so wie vorher. Es hat keine Umsatzeinbußen der Tabakindustrie gegeben. Es sind auch keine Arbeitsplätze gefährdet worden. Und nicht ohne Grund sprechen die Ärzte davon, daß der Tabakkonsum die wichtigste vermeidbare Todesursache ist.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Fakten, die uns allen zugänglich sind, verstehe ich die öffentliche Diskussion nicht, die mit einer derartigen Gehässigkeit, mit einer derartigen Ignoranz, mit einer derartigen Oberflächlichkeit geführt wird.

Ich möchte abschließend an Sie, Herr Bundeskanzler, appellieren, den Gesundheitsminister bei der Realisierung dieses wichtigen Vorhabens in geeigneter Weise zu unterstützen. — Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)* 20.31

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé. Sie hat das Wort.

20.31

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bundeskanzler wollte die Verantwortung für den Krankenanstaltenfonds abstreiten und hat mehr oder weniger gesagt, aus Goodwill beantworte er die Fragen, die wir an ihn gestellt haben. Ich möchte ihn korrigieren: Laut Organisationsstatut des Fonds § 21 führt nämlich der Bundeskanzler den Vorsitz in der Fonds-Versammlung, und daher ist er auch zuständig.

Weiters hat er auch gemeint, wieso er überhaupt dazu komme, Adressat unserer dringlichen

Anfrage zu sein, er sei für das Gesundheitswesen nicht zuständig. Das Gegenteil ist der Fall! Er ist zuständig, weil er nämlich der Koordinator der gesamten Regierungspolitik ist. Gemäß § 6 Bundesministeriengesetz obliegt es ihm, die Vorbereitungen der allgemeinen Regierungspolitik zu treffen, hinzuwirken auf die Wahrung der Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik und auf das einheitliche Zusammenarbeiten der Bundesministerien in allen politischen Belangen. — Da ist es doch selbstverständlich, daß wir dann den Bundeskanzler in einer dringlichen Anfrage ansprechen, wenn es im Gesundheitsressort hinten und vorne nicht klappt.

Ich sehe schon ein, daß der Bundeskanzler nicht sehr gerne die Verantwortung für den Gesundheitsbereich übernimmt, denn er müßte ja zugeben, daß wichtige Ziele, die in der Koalitionsvereinbarung festgehalten sind, überhaupt nicht erreicht worden sind. Bestenfalls haben Sie etwas in Angriff genommen, aber durchgezogen, tatsächlich zu einem Erfolg gebracht haben Sie nur das allerwenigste.

Wenn Sie uns heute alles mögliche unterstellen — daß wir uns freuen über diese Mißstände in der Gesundheitspolitik, daß wir nur üble Kritik üben —, dann kann ich Ihnen darin ganz einfach nicht recht geben. Ich bin sehr froh, daß der Gesundheitssprecher der Österreichischen Volkspartei selbst gesagt hat, daß er eine Strukturveränderung anstrebt. Das wollen wir, hat Herr Leiner gesagt, und er hat den Herrn Bundeskanzler gebeten, daß diese Strukturreform kommen soll. Er hat auch von Verzögerungen gesprochen. Er hat auch gesagt, daß es Mängel gibt. Ich bin wirklich froh, daß er sich nicht drückt und sich nicht hinter die Koalitionstreue verschanzt, sondern daß er hier heute die Wahrheit gesagt hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich finde, es ist wirklich skandalös, daß Sie uns Freiheitlichen die Schuld zuschieben wollen, wenn es in der Gesundheitspolitik nicht klappt. Immerhin haben wir diese ganze Diskussion nicht vom Zaun gebrochen, sondern Sie wissen, daß diese Diskussion von Betroffenen vom Zaun gebrochen worden ist.

Im übrigen: Heute ist von einem sozialistischen Politiker, von Kollegen Guggenberger, gesagt worden, daß die Medizinerbildungsreform in Angriff genommen wurde. Bitte schön, die Medizinerbildung ist bereits im Jahr 1972 von Frau Minister Leodolter angepackt worden, aber leider Gottes ist sie nicht einmal auf halbem Weg stehen geblieben, sondern noch viel früher. *(Abg. Dr. G a i g g: Frau Partik-Pablé, eine andere!)*

Im Jahr 1988 ist dann wieder die Medizinerbildung neu in Angriff genommen worden, und 1993 erst sollen die Gemeinden darüber verhan-

Dr. Helene Partik-Pablé

deln. Also da kann man doch nicht sagen, daß Sie zu wenig Zeit hätten, um diese ganzen Probleme zu lösen. Sie haben genug Zeit, nur haben Sie es halt teilweise entweder verschlafen oder mit Absicht die Probleme nicht in Angriff genommen, weil Sie froh sind, daß es ein solches System gibt, in dem Sie von Rot und Schwarz Ihre Nischen, Ihre Machtnischen haben. (*Präsidentin Dr. Heide Schמידt übernimmt den Vorsitz.*)

Nichts anderes habe ich erwartet, als daß Herr Abgeordneter Schwimmer zu diesem ganzen Thema, zu den Problemen in der Gesundheitspolitik abgeblockt hat. Es ist ja klar, daß der Vizepräsident der Wiener Gebietskrankenkasse heute als Verteidiger der großen Koalition angetreten ist. Wie gesagt, das ist ja kein Wunder. Deshalb bin ich sehr froh, daß wenigstens Herr Abgeordneter Leiner die Wahrheit gesagt hat.

Im übrigen wissen Sie von der ÖVP haargenau, daß es diese Probleme gibt, denn als im Jahr 1989 hier die Debatte über Lainz geführt worden ist, haben Frau Kollegin Hubinek und Herr Kollege Stocker einen gemeinsamen Entschließungsantrag eingebracht, in dem alle diese Punkte, die heute noch aktuell sind, nämlich die Ausbildung von Ärzten und des Pflegepersonals, die Frage des Kontrollsystems, die Arbeitsbedingungen, die psychologische Betreuung dieser Leute, die Frage der Autonomie der einzelnen Spitäler, enthalten waren. Nur hat sich leider bis heute nichts geändert.

Frau Kollegin Hubinek von der Österreichischen Volkspartei hat damals gesagt, wir befänden uns in einer Sackgasse des Gesundheitssystems. Herr Dr. Löschnak hat gesagt, eine einschneidende Spitalsreform sei notwendig. Im Jahr 1989! In der Zwischenzeit hat sich leider Gottes überhaupt nichts geändert!

Nur heute wollen Sie halt nichts davon hören. Es ist nur bei diesen Absichtserklärungen geblieben. Das sollten Sie wenigstens im Zuge dieser ehrlichen Debatte, die wir führen wollen, zugeben.

Herr Dr. Schwimmer wies darauf hin, daß den Krankenschwestern ein enormer Dienst deshalb erwiesen worden ist, weil sie jetzt in das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz einbezogen worden sind. Das ist schon richtig, daß das etwas Positives ist für die Krankenschwestern.

Aber vielleicht hat der eine oder andere gestern die Chance gehabt, den „Club 2“ zu sehen. Da werden Sie gehört haben, daß die Krankenschwestern zwar gerne die Bonifikationen des Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes haben wollen, daß aber die personelle Situation dadurch noch viel gravierender geworden ist, weil diese Nachtstunden innerhalb einer bestimmten Zeit ausgegli-

chen werden müssen. Ich glaube, das muß man sich auch einmal vor Augen halten. Man kann nicht nur auf der einen Seite loben, daß diese gesetzliche Bestimmung geschaffen wurde, und auf der anderen Seite aber darüber hinwegsehen, daß durch die personelle Knappheit das Positive dieses Gesetzes im Grunde genommen überhaupt nicht zum Tragen kommt oder nicht als positiv empfunden werden kann.

Ich weiß nicht, warum Herr Dr. Schwimmer hier nicht die Flexibilität des gesamten Systems angezweifelt hat, warum er nicht darauf eingegangen ist, daß das Problem bezüglich Arbeitszeit der Schwestern ganz einfach schlecht gelöst ist. Wir importieren Hunderte, vielleicht sogar Tausende Krankenschwestern aus der gesamten Welt, aber niemand versucht ernsthaft, jene Krankenschwestern, die es in Österreich gibt, die aber zu Hause sitzen, einzusetzen.

Ich habe gestern in dem erwähnten „Club 2“ auch gehört, daß die Krankenschwestern in Österreich dreieinhalb Jahre bis höchstens fünf Jahre im Dienst bleiben. Dann ziehen sie sich zurück ins Privatleben, weil sie ihre Familie pflegen müssen oder in einen anderen Beruf übertreten.

In Schweden bleiben die Krankenschwestern 20 Jahre im Dienst. Bitte, das muß man sich einmal vor Augen halten! In Schweden arbeiten 80 Prozent der Krankenschwestern in Teilzeit. In Österreich wird es immer wieder abgelehnt, daß Krankenschwestern Teilzeitbeschäftigung ausüben.

Frau Graenitz hat gesagt, es funktioniere so super in Linz. Das ist aber ein Privatspital von den Barmherzigen Brüdern oder Schwestern, denn beim Bund wird nach wie vor von den Gewerkschaftsvertretern eine Teilzeitbeschäftigung abgelehnt. Ich glaube, da muß man einmal einhaken.

Ich habe selbst mit der Oberin der Privatklinik in Wien gesprochen, und ich habe sie gefragt, wie ihre Personalsituation aussieht, ob sie Ausländer beschäftigt und wie sie überhaupt zu Rande kommt. Sie hat gesagt: Wir können den gesamten Spitalsbetrieb nur mit Inländern führen. Wir haben keine Probleme, aber wir arbeiten nur mit Teilzeitbeschäftigten – und das funktioniert. Es funktioniert auch mit den Nachtdiensten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Darauf habe ich gesagt: Wahrscheinlich zahlen Sie auch sehr gut!, worauf sie mir geantwortet hat, nein, sie zahlten weniger als beim Bund oder in einem Gemeindespital. Ich glaube, an diesen Privatkrankenhäusern müssen wir uns ein Beispiel nehmen. – Ich vermisse wirklich diese Flexibilität im gesamten Spitalswesen.

12420

Nationalrat XVIII. GP - 107. Sitzung - 10. März 1993

Dr. Helene Partik-Pablé

Es ist überhaupt nicht richtig, was Sie uns da vorwerfen: Wir wollten ein zentralistisches System, wir wollten alles von einer Stelle aus geregelt und gesteuert haben. Das stimmt überhaupt nicht! Wir wollen ein Rahmengesetz, und im Rahmen dieses Gesetzes wollen wir die maximale Autonomie für die einzelnen Spitäler. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Heute hat eine Abgeordnete der SPÖ, Frau Kollegin Reitsamer, gemeint, die Freiheitliche Partei bringe überhaupt nie konstruktive Vorschläge und in Wirklichkeit übe sie nur Kritik und sonst überhaupt nichts. *(Abg. Steinbauer: Wer war so gescheit?)* Wenn einmal etwas vorliegt, dann sagten wir, es sei viel zu spät gekommen, und überhaupt hätten die Regierungsparteien keine Zeit, um diese Probleme in Angriff zu nehmen. — Dazu möchte ich Ihnen auch etwas sagen.

Im Jahr 1989 — das wissen Sie wahrscheinlich alle — haben wir diesen Skandal in Lainz diskutiert, inklusive das gesamte Gesundheits- und Spitalswesen rundherum. Schon damals ist Bezug genommen worden auf eine Expertenkommission und auf deren Vorschläge. Die Vorschläge dieser Expertenkommission waren bereits zehn Jahre alt und sind zehn Jahre hindurch nicht verwirklicht worden. Sie sind bis heute nicht realisiert worden, obwohl es gute Vorschläge waren!

Dann sagen Sie von der Sozialistischen Partei und teilweise auch von der Österreichischen Volkspartei, wir würden Polemik auf Kosten der kranken Menschen betreiben. Das ist wirklich eine Unterstellung von Ihnen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben nur leider nichts gemacht. Ich habe Ihnen schon gesagt, entweder haben Sie es verschlafen, oder Sie wollen nichts machen, denn sonst wären die Mißstände, die wir schon seit 10 oder 20 Jahren haben, nicht geblieben. Absichtserklärungen haben Sie auf den Tisch gelegt, Sonntagsreden haben Sie gehalten und sonst nichts. Wie gesagt, sonst hätten wir nicht die neuerlichen Misereen.

Ich sehe schon ein, daß manchen Politikern der Hilferuf des Arztes, der aus Innsbruck gekommen ist, nicht angenehm ist, denn dadurch wird einmal kraß aufgezeigt, daß die verantwortlichen Politiker seit dem Jahr 1989 oder noch früher keinen Schritt weitergekommen sind.

Man muß wirklich einmal die Situation der Betroffenen sehen — der Ärzte, der Schwestern, der Kranken. Tag für Tag müssen Ärzte und Krankenschwestern mit einem Personalfehlstand fertig werden. Gestern hat im „Club 2“ eine Krankenschwester, die aus Graz gekommen ist, gesagt, im

Operationssaal von Graz fehlten 15 Prozent der Schwestern.

Eine Schwester, die in der Krebsstation im Franz-Joseph-Spital in Wien arbeitet, hat gesagt, daß auf ihrer Abteilung statt 15 Schwestern nur sieben Schwestern Dienst machen. Auf der Anästhesie im Wiener AKH fehlen 40 Prozent der Schwestern. Darüber hinaus haben die Schwestern keine Zeit für den Patienten. Sie müssen Überstunden machen. Bis zu 60 Stunden sind sie im Dienst. — Und da wollen Sie noch sagen, es funktioniere alles so super in der Gesundheitspolitik?!

Ich habe gestern aufmerksam den „Club 2“ verfolgt. Ich habe wirklich viel daraus gelernt, denn dort ist sachlich diskutiert worden. An den Ausbildungsschulen für Krankenschwestern gibt es eine ganz enorme Ausfallsquote. 25 bis 40 Prozent steigen wieder aus der Schule aus. Niemand macht etwas dagegen. Ich meine, das kann man doch nicht so hinnehmen, daß junge Menschen in die Schule eintreten und dann nach ein, zwei Jahren 25 bis 40 Prozent davon erklären, daß sie nicht mehr weitermachen wollen. — Da kann doch etwas nicht in Ordnung sein!

Wir stehen jedenfalls vor der Tatsache, daß die sozialistischen Politiker — denn diese sind hauptsächlich verantwortlich — seit 20 Jahren und länger zuschauen, wie es in diesem gesamten Gesundheitssystem drunter und drüber geht. Sie schauen zu, wie sich Krankenschwestern nach dreieinhalb oder nach fünf Jahren von ihrer Berufstätigkeit zurückziehen, ohne daß sie irgend etwas dagegen unternehmen. Sie beschreiten den einfachsten Weg, indem Sie sagen: Dann importieren wir halt welche aus der ganzen Welt. — Aber das ist nicht das, was wir für richtig halten.

Jetzt sagen Sie: Wir machen Panik! Jetzt sagen Sie: Wir wollen Tagespolitik auf Kosten der Kranken machen. Das stimmt ganz einfach nicht! Wir wollen eine vernünftige Gesundheitspolitik machen und eine Politik, die im Interesse der kranken Menschen ist. Ich glaube, das sind wir österreichische Politiker den Kranken in Österreich schuldig. *(Beifall bei der FPÖ.) 20.45*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist daher geschlossen.

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Ich nehme die Verhandlungen über die Punkte 1 bis 3 der Tagesordnung betreffend Berichte der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik wieder auf.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Am Wort war Herr Abgeordneter Renoldner. Ich erteile es ihm wieder. — Bitte.

20.45

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß Herr Bundesminister Dr. Mock noch unter uns weilt, und möchte die Debatte zum Integrationsbericht der Bundesregierung wiederaufnehmen, und zwar zu einem Thema, das diese Debatte einige Zeitlang geprägt hat — ungeachtet der dringlichen Anfrage, die dann gekommen ist —, nämlich zur Frage des europäischen Sicherheitssystems und den Möglichkeiten, die sich dadurch für Österreich bieten.

Ich habe es doch etwas befremdlich gefunden, daß uns der Herr Außenminister mitteilt, daß es der Europäischen Gemeinschaft in besonderer Weise zu verdanken sei, daß in Europa in den letzten Jahrzehnten keine Kriege stattgefunden hätten. Er hat das ausdrücklich mit der Institution der Europäischen Gemeinschaften verbunden und hat dabei etwas mißverständlich auf einen Zwischenruf von Kollegen Voggenhuber betreffend den Nordirland-Konflikt reagiert.

Und zwar hat der Herr Bundesminister gesagt, seine Feststellung der Sicherheit in bezug auf die EG hätte sich nur auf zwischenationale Kriege bezogen. Das ist eine legitime Anschauung. Aber, Herr Bundesminister, ist es denn so, daß Finnland mit seinen Bombenflugzeugen in der Schweiz Angriffe gestartet hätte? Hat denn zwischen den EFTA-Staaten irgendwo ein Krieg stattgefunden? Oder hat irgendwie die Tatsache, daß man nicht zu den Europäischen Gemeinschaften gehört, etwas mit der militärischen Sicherheit oder Unsicherheit, die sich in diesen Räumen ergeben hat, zu tun gehabt? Sie müßten mir, glaube ich, beipflichten, daß die Probleme zumindest für die EFTA-Staaten jedenfalls nicht größer und wahrscheinlich nicht einmal so groß geworden sind, wie sie in Nordirland waren. Ich glaube, wir sollten auch dafür nicht die Europäischen Gemeinschaften verantwortlich machen, sondern ehrlicher Weise sagen, daß die Europäischen Gemeinschaften bislang sicherheitspolitisch gar nichts zustande gebracht haben. Das spricht weder gegen noch für sie, sondern das war einfach nicht ihr Thema.

All das, worauf wir uns beziehen, ist nicht durch die Geschichte verifiziert, und wir können nicht sagen, daß das, was die Europäischen Gemeinschaften in den Maastrichter Abkommen vereinbart haben, etwa in bezug auf die Errichtung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, irgend etwas garantiert hinsichtlich dessen, was in den letzten 30 Jahren geschehen ist, oder uns eine Sicherheit gibt, daß das in den kommenden 30 Jahren so bleiben wird.

Das halte ich schon für sehr wichtig, denn, Herr Bundesminister, wissen Sie, wenn wir nämlich nach dem Modell vorgehen, daß wir sagen, alle multinationalen Vereinbarungen zwischen den Staaten, in denen es — aus welchen Gründen auch immer — keine Kriege gegeben hat, seien quasi der himmlische Frieden und seien Sicherheitssysteme, denen sich anzuschließen Sinn hätte, dann müssen wir das unbedingt auch für die Sowjetunion gelten lassen. Denn auch die Sowjetunion hat es für einen beträchtlichen Zeitraum geschafft, daß es in ihrem unmittelbaren Einflußbereich innerhalb der UdSSR keine zwischenationalen Kriege — allenfalls geringfügige bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen — gegeben hat. Das müßten wir auch für die Volksrepublik China gelten lassen. Wir könnten dann vielleicht sagen: Das, was 1956 in Ungarn und 1958 in der Tschechoslowakei passiert ist, sei von der Seite der UdSSR aus so etwas wie ein verlängertes Peace-keeping gewesen.

Herr Bundesminister! Ich bin davon überzeugt, daß das nicht Ihre Ansicht ist, aber dann ist dieses Argument, das Sie hier verwendet haben, schlichtweg unseriös.

Etwas ganz anderes ist, daß die Europäischen Gemeinschaften für die Zukunft eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik abgesprochen haben, über deren Konkretisierung noch fast nichts klar ist. Aber man kann folgendes dazu sagen.

Mit welchen Institutionen könnte es denn dazu kommen, daß sich aus dieser Sicherheitspolitik auch ein gemeinsames Sicherheitssystem ergibt? Ich sehe zwei Möglichkeiten. Die erste ist über die Westeuropäische Union. Dazu ist in diesem Haus schon viel gesagt worden, aber soviel ist jedenfalls sicher, nämlich daß die Westeuropäische Union bis zum heutigen Tag kein einziges tragfähiges Konzept für eine gesamteuropäische Sicherheit ausgearbeitet hat. Sie hat auch gar nicht die Möglichkeit und die Macht dazu.

Das zweite ist das Eurocorps, an dem die Franzosen und die Deutschen mit gemeinsamen militärischen Einheiten arbeiten. Ich weiß nicht, Herr Bundesminister, ob es das ist, was Ihnen vorschwebt. Ich weiß nicht, ob Sie auch mit österreichischen Bundesheersoldaten Ihren Beitrag zu diesen Eurocorps leisten möchten. Aber da muß man doch ganz deutlich sagen: Wenn wir schon davon sprechen, daß die Europäische Integration ein Prozeß ist, der noch beeinflussbar ist, dann ist es doch gänzlich unverstänlich, daß wir uns mit dem Eurocorps auf eine Einheit beziehen, die nicht einmal irgendeinen rechtlichen Status innerhalb der Europäischen Gemeinschaften besitzt, sondern völlig außerhalb der Europäischen Gemeinschaft errichtet wurde.

Dr. Renoldner

Es ist natürlich für die Zukunft nicht auszuschließen, daß aus diesem deutsch-französischen Eurocorps einmal im Laufe der Jahre ein gesamt-europäisches oder vermutlich ein EG-weites Eurocorps entsteht. Auch dann ist aber noch lange nicht geklärt, ob es wünschenswert ist, daß Österreich daran teilnimmt, oder ob es irgendwelche Sicherheiten für die Zukunft Österreichs gibt. Aber es ist ganz einfach nicht richtig, daß diese Institutionen existieren, und deswegen ist auch diese Diskussion in der Bundesregierung, die sich zwischen zwei Polen abgespielt, völlig verfehlt.

Einerseits heißt es, wir müßten einem Sicherheitssystem nur mehr beitreten, wie es mehrere ÖVP-Regierungsmitglieder gesagt haben. Ich sehe keine sinnvolle Möglichkeit zu einem Beitritt im Sicherheitsbereich. Ich sehe keine Institution, zu der ein Beitritt irgend etwas an Sicherheit bringen würde. Natürlich gibt es einige Institutionen, aber wohl keine, die bisher irgendein besonderes, für Österreich interessantes Konzept auf den Tisch gelegt hat.

Wenn das aber nicht der Fall ist, wenn es diesen Mantel, den man sich einfach nur anziehen muß, nicht gibt, dann ist doch, Herr Bundesminister, andererseits sehr wohl die Frage zu stellen, was mit dem künftig zu errichtenden europäischen Sicherheitssystem sein wird und was es bedeutet, wenn Ihre zweite Hälfte in der Koalitionsregierung sagt: Irgend jemandem gegenüber wollen wir auf jeden Fall — ganz egal, was auf der Ebene von Beitritten noch auf uns zukommt — die Neutralität beibehalten.

In diesem Zusammenhang ist eines ganz klar: Die völkerrechtliche Neutralität ist beizubehalten, und die Republik Österreich hat sie beizubehalten. Wenn sich die Bundesregierung nicht dazu versteht, dann hat sie sich außerhalb der Verfassung gesetzt, aber nicht nur das, sondern sie hat auch einen Völkerrechtsbruch begangen, denn die rechtlich abgesicherte Neutralität ist ein Rechtszustand (*Abg. Dr. Gaigg: Aber Herr Renoldner!*) — Herr Kollege, das wissen Sie so gut wie ich —, der nicht nur von Österreich in einem eigenständigen Verfahren im Nationalrat im Oktober 1955 beschlossen wurde, sondern von 67 Notifikanden völkerrechtlich bindend gekennzeichnet wurde. Wir sind diesen 67 Notifikanden — das sind andere Völkerrechtssubjekte — durchaus im Wort. (*Abg. Dr. Puntigam: Was hätte die EG machen sollen?*)

Aber reden wir da nicht zu lange über die völkerrechtliche Neutralität, denn wahrscheinlich wird sich hier der Konflikt gar nicht so groß auf-tun. Das wesentlichere ist doch die Neutralitätspolitik, die sich aus dieser Grundlage ergibt. Da wird möglicherweise der Außenminister sagen, diese Neutralitätspolitik würde es zulassen, daß man sie fortführt in eine Richtung, die zum Bei-

spiel den Beitritt oder die Mitwirkung an irgendeinem fiktiven — wohlgermerkt heute noch nicht existierenden — künftigen europäischen Sicherheitssystem zulassen wird.

Das ist alles denkmöglich, meine Damen und Herren, aber es liegt nichts dafür auf dem Tisch! Deshalb sollten wir, wenn wir uns darüber im klaren sind, daß wir uns über die völkerrechtliche Neutralität nicht hinwegsetzen können und daß unsere Neutralitätspolitik eine defensive und auf eigene Sicherheiten bedachte Zusammenarbeitspolitik sein soll, die immer wieder in jeder Richtung Konfliktschlichtung und Zusammenarbeit anbietet, wo das im Sinne der gemeinsamen Sicherheit möglich ist, eine ganz klare Bedingung nennen für dieses europäische Sicherheitssystem, für die Sicherheitspolitik oder für diese Sicherheitsarchitektur, wie immer sie heißen wird und was immer da entstehen wird.

Es ist aus der Sicht der Republik Österreich, wenn sie diese Neutralitätsverpflichtung ernst nimmt, nur eine einzige europäische Sicherheit möglich, nämlich eine solche, die institutionell in die Vereinten Nationen eingebunden ist. Gerade das, Herr Bundesminister, ist die Westeuropäische Union nicht.

Die Vereinten Nationen sind der einzige Garant dafür, daß der Weg der kollektiven und gemeinsamen Sicherheit dann nicht in Institutionen — was an sich gefährlich ist — beschritten wird, wenn er eindeutig die Neutralität gefährden, abschaffen oder stillschweigend unterlaufen würde, sondern nur Wege effektiv im Sinne einer gemeinsamen Sicherheit, wie sie auch völkerrechtlich besteht und wie sie in der Charta der Vereinten Nationen, zu der sich Österreich bekennt, abgesichert ist. Das ist das einzige und entscheidende Kriterium. Das sollten Sie auch einmal offen aussprechen, bevor Sie Ihre Regierungskollegen nach Brüssel schicken und dort falsche Eindrücke verbreiten lassen, die nicht nur dem politischen Kredit Österreichs schaden, sondern auch mit der Verfassungslage unvereinbar sind.

Ich möchte jetzt gar keine konkrete Unterstellung vorantreiben, aber dieses ständige Spiel mit dem Begriff WEU könnte genau an diesem Punkt dingfest gemacht werden. Österreich soll sich auf jeden Fall an der europäischen Sicherheit beteiligen, aber an einer solchen europäischen Sicherheit, die zum Beispiel nicht auf die Länder Ost-, Mittelost- und Südosteuropas verzichtet, das heißt an einer Sicherheitspolitik, die tatsächlich für alle Menschen in Europa etwas Positives beinhaltet. Das heißt auch definitiv, daß das nicht der Aufbau eines einseitigen, noch dazu mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Militärbündnisses sein kann, wie das unter Umständen die Westeuropäische Union würde, wenn das deutsch-französi-

Dr. Renoldner

sche Eurocorps sozusagen die Vorreiterinstanz der künftigen WEU ist, was durchaus möglich ist.

Ich glaube, dazu sollten wir uns hier gemeinsam verstehen, und darüber wäre auch ein sinnvoller Konsens möglich, nämlich daß wir sagen: Gemeinsame Sicherheitspolitik dann, wenn sie auch institutionell eingebunden ist in das, was die Republik Österreich weltweit selbstverständlich an gemeinsamer Sicherheit mitträgt und mittragen kann, und das ist die obere Abdeckung durch die Vereinten Nationen.

Wenn auf europäischer Ebene etwas den Vereinten Nationen vergleichbares Subsidiarisches entsteht, dann ist das ein positives Element, und dann ist es nützlich — auch für einen neutralen Staat —, sich daran zu beteiligen. Es wird niemand fürchten müssen, daß dadurch die Neutralität in irgendeiner Richtung verletzt wird. Ich glaube, daß es dann auch ganz spezifische Beiträge für die Neutralen gibt, wie sie sich an dieser Sicherheit beteiligen könnten.

Herr Bundesminister! Ich würde mich sehr dafür interessieren, Ihre Meinung dazu zu hören, ob Österreich sein außenpolitisches Gewicht dafür in die Waagschale werfen kann, daß auf europäischer Ebene eine Art Konfliktschlichtungszentrum errichtet wird, das — natürlich im Einvernehmen mit den Vereinten Nationen, also sofern kein Verdacht besteht, daß einseitige europäische Interessen vertreten werden — innereuropäische Konflikte auf eine Weise schlichtet, die das vielleicht noch ermöglicht, bevor diese Konflikte militärisch ausbrechen.

Wenn sich Österreich beteiligen kann am Friedensforschungsinstitut Schlaining, an der Ausbildung von Peace-keeping-Soldaten, von nichtbewaffneten Konfliktschlichtungseinheiten, wie das schon in mehreren europäischen Staaten diskutiert wird, wenn Österreich in der Lage ist, in erster Linie einen nichtmilitärischen Beitrag zu leisten, dann wird mit „europäischer Sicherheit“ wirklich etwas versprochen, was Zukunft hat und was einem nicht nur über eine momentane Verlegenheit in der EG-Debatte — weil es mit der Landwirtschaft und mit dem Transit nicht funktioniert — hinweghilft; dann ist wirklich eine zukunftsweisende Idee vertreten. Aber darüber haben wir von der Bundesregierung nichts gehört.

Ich möchte gerne, daß sich die Bundesregierung daran beteiligt. Ich halte es für sinnvoll, daß man im Verteidigungsausschuß oder auch im Außenpolitischen Ausschuß ein gemeinsames Programm für eine solche Strategie zu einer gemeinsamen europäischen Sicherheit ausarbeitet. Die grüne Fraktion wird sich daran beteiligen. Ich habe ganz konkrete Vorschläge, an denen ich selbst auch wissenschaftlich mitgearbeitet habe, wie das umgesetzt werden könnte.

Das setzt aber voraus, daß diese Dinge nicht von vornherein institutionell verbunden werden mit der Westeuropäischen Union und selbstverständlich auch nicht junktimiert werden können mit einem EG-Beitritt. Denn die Sicherheit der EG ist nicht die Sicherheit Europas, und die Kriege, die zwischen den EFTA-Staaten und den osteuropäischen Ländern möglicherweise geführt werden, werden nicht dadurch verhindert werden, daß sich Österreich der Europäischen Gemeinschaft anschließt. Überhaupt glaube ich, daß die Sicherheit in Südosteuropa und Osteuropa keine sehr massive Unterstützung durch die Europäischen Gemeinschaften erfahren hat und daß wir dadurch keinen Grund zu übertriebenem Vertrauen haben.

Gerade wenn wir in dieser Debatte unter einem auch noch einen Entschließungsantrag zu den ehemaligen jugoslawischen Gebieten verhandeln, dann sollten wir uns auch daran erinnern, daß Sicherheit nicht unbedingt heißt, irgendeine Institution zu schaffen und dieser so schnell als möglich beizutreten, sondern wirklich eine langfristige Planung voranzutreiben. Dazu werden wir mit Sicherheit ja sagen. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei den Grünen.)* 20.59

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Jankowitsch. Ich erteile es ihm.

20.59

Abgeordneter Dr. Jankowitsch (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die schon etwas späte Stunde für diese Integrationsdebatte, die eigentlich in das Zentrum unseres heutigen Parlamentstages gepaßt hätte, wird mich davon abhalten, mich mit vielem auseinanderzusetzen, was ich eigentlich zu Vorrednern anmerken wollte. Ich werde mich daher nicht mit den apokalyptischen Visionen des Abgeordneten Voggenhuber und auch nicht mit den europapolitischen Verwirrspielen der Sprecher der Freiheitlichen Partei auseinandersetzen. Ich möchte mich vielmehr auf die drei Berichte, die hier vorliegen, und die eigentlichen Aufgaben dieses Hauses, die aus dieser Berichterstattung und auch aus dem Stand der österreichischen Integrations- und Europapolitik hervorgehen, konzentrieren.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wichtig, hier darauf hinzuweisen, daß dies die erste Integrationsdebatte des österreichischen Nationalrates ist, die nach Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland und demnächst auch mit Norwegen stattfindet. Wir müssen uns das erste Mal nicht damit beschäftigen, wie wir möglichst rasch zu diesen Verhandlungen kommen, welcher direkteste Weg dazu führt, sondern wir können uns über die Art und den Inhalt dieser Verhandlungen unterhalten, und ich glaube, das ist ein sehr wichtiger

Dr. Jankowitsch

Fortschritt in der Europapolitik, den wir hier unterstreichen sollten.

Meine Damen und Herren! Eine der ganz wichtigen Aufgaben dieses Parlaments wird daher in den nächsten Monaten – und ich hoffe, nicht in den nächsten Jahren – darin liegen, Schritt für Schritt den Verlauf dieser Verhandlungen zu verfolgen, und zwar in einem permanenten Dialog mit der Bundesregierung, mit unseren Verhandlungsführern in diesem Haus, im Rat für Integrationspolitik, einem wichtigen Organ, das aus demokratiepolitischen Gründen für den Beitrittsprozeß geschaffen wurde, aber sicher auch in anderen Foren draußen im Lande, in den Ländern und Gemeinden.

Besondere Aufmerksamkeit sollten wir auch unserer Verbindung mit dem Europäischen Parlament, unseren Kollegen im Europäischen Parlament widmen, die ja dem Beitrittsakt zuzustimmen haben. Das Europäische Parlament ist ja schon lange nicht mehr der Papiertiger, wie es gelegentlich dargestellt wird. Wir haben uns dazu ja auch das Forum des Gemischten parlamentarischen Ausschusses Österreich – EG geschaffen. Dieser wird Ende April zu einer weiteren Sitzung in Brüssel zusammentreten, um dann auch gemeinsam mit dem Europäischen Parlament den Stand der Beitrittsverhandlungen zu überprüfen.

Meine Damen und Herren! Eine starke und sichtbare Rolle des Parlaments in den Beitrittsverhandlungen scheint schon aus einem Grund besonders geboten: Ich glaube, gerade Verhandlungen wie die, die wir jetzt mit den Europäischen Gemeinschaften über einen Beitritt Österreichs führen werden, die ja sehr wesentliche Bereiche nicht nur der Wirtschaft, sondern der ganzen Gesellschaft betreffen und die auch unserer Außenpolitik eine neue Wende geben werden, müssen einen hohen Grad an Transparenz aufweisen, sie müssen den Bürgern unseres Landes schon jetzt das Gefühl geben, daß hier österreichische Interessen gut vertreten werden, daß Vereinbarungen geschlossen werden, die auch dem Willen des österreichischen Volkes entsprechen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Hier wurde schon vorhin über die Verhandlungspositionen gesprochen, die die Bundesregierung vertreten wird und die sich natürlich erst im Laufe des Verhandlungsgeschehens entwickeln werden, denn das ist ja ein dynamischer Prozeß. Ich glaube, diese Verhandlungspositionen – und das ist eine gute Sache – sind nichts anderes als die Widerspiegelung eines breiten politischen Konsenses, der sich in diesen Fragen in Österreich ja nicht erst seit gestern gebildet hat und der ja nicht auf einen einzigen Beschluß der Bundesregierung zurückgeht. Was die Bundesregierung zusammengefaßt hat – zuerst einmal in ihrem Beschluß vom

26. Jänner –, ist nicht mehr und nicht weniger als das Ergebnis einer breiten nationalen Debatte, in die sehr viele Meinungen eingeflossen sind, nicht nur solche aus dem Kreis der Regierungsparteien, die die Verantwortung tragen, sondern vieler im Lande, die sich an dieser Debatte beteiligt haben.

Ich erinnere Sie daran, daß schon eine erste Zusammenfassung dieser Positionen in einer berühmten Entschließung dieses Hauses vom 29. Juni 1989 enthalten ist, in der die Bundesregierung erstmals ersucht wurde, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen und in der auch schon die wesentlichsten Verhandlungsziele abgesteckt waren. Ich bin ein bißchen traurig darüber, daß die große Mehrheit, die es damals in diesem Haus gegeben hat, in der Zwischenzeit etwas kleiner geworden ist – aus Gründen, die ja schon erörtert wurden.

Wir begrüßen daher die Bereitschaft der Bundesregierung, in diesen Fragen in enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Haus vorzugehen und das Parlament nicht nur durch Integrationsberichte – die ja nicht immer von allerletzter Aktualität sind, aber das ist eben so im parlamentarischen Geschehen –, sondern immer auch dann, wenn entscheidende Verhandlungsphasen erreicht werden, zu informieren. Der Außenminister hat davon gesprochen, daß es noch in diesem Jahr vier große Begegnungen auf Ministerebene geben wird. Ich glaube, das sollten auch immer wieder Gelegenheiten sein, dem Hohen Haus zu berichten und darüber auch zu debattieren, zu diskutieren.

Nur eine Bemerkung zu den Verhandlungspositionen, meine Damen und Herren, die sich auf die politische EG bezieht. Natürlich wollen wir – die Bundesregierung hat das mit Recht und mit voller Unterstützung jedenfalls einer großen Mehrheit in diesem Haus festgestellt – auch dem politischen Europa von morgen angehören. Wir wollen die ganze Breite der politischen Zusammenarbeit, die es heute gibt – auch in Fragen der Sicherheitspolitik! Herr Abgeordneter Renoldner – ich glaube, er ist jetzt nicht im Hause *(Abg. Dr. Renoldner: Hier!)*; da ist er –, wir wollen auch in der Sicherheitspolitik dort mitreden, wo Sicherheitspolitik gemacht wird. Ich habe Ihnen zuerst genau zugehört, Herr Abgeordneter Renoldner, auch Ihren ein bißchen abenteuerlichen Theorien über den völkerrechtlichen Charakter der Neutralität. Wir wollen jetzt keine völkerrechtlichen Seminare abhalten, aber, meine Damen und Herren, wir können ja nur dort in der Sicherheitspolitik mitarbeiten, wo Sicherheitspolitik erzeugt wird, wo sie entsteht und wo auch wir unsere eigenen österreichischen Ideen zur Sicherheitspolitik, die auf Erfahrungen aus der Zeit der Neutralität basieren, einbringen können.

Dr. Jankowitsch

Daher ist es richtig, immer wieder zu betonen: Natürlich bleibt für uns die Neutralität ein Thema, weil ja darauf unsere sicherheitspolitische Identität basiert, weil wir auf dieser Basis lange operiert haben, weil es dazu heute noch keine sicherheitspolitische Alternative für Österreich gibt. Aber wir können nicht neue Einrichtungen erfinden. Im übrigen, Herr Abgeordneter Renoldner, ein Konfliktschlichtungszentrum gibt es schon in Wien. Aus der KSZE ist ein solches hervorgegangen. Also man braucht das Rad nicht immer wieder neu zu erfinden. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Renoldner: Ja, aber es funktioniert nicht!)*

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, bekennen wir uns zu der politischen Zusammenarbeit, wie sie nicht zuletzt die Maastrichter Verträge vorschreiben. Aber bitte, Maastricht — auch das muß man immer wieder sagen — besteht ja nicht nur aus Bestimmungen über gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Maastricht ist ein gewaltiges Gebäude neuer integrationspolitischer Vorstöße. Auch das Europa der Bürger zum Beispiel — etwas, was selten erwähnt wird — ist sehr stark verankert in diesen Verträgen.

Und ich glaube, noch etwas anderes muß gesagt werden. Es ist wichtig in dieser Phase der Europa- und Integrationspolitik, daß die Bundesregierung Informationspolitik betreibt — gute und objektive Informationspolitik. Ich kenne das schon aus meiner eigenen Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet, daß es immer Mode ist, den Europastaatssekretär oder die Europastaatssekretärin dann zu „peitschen“, wenn einmal das eine oder andere nicht stimmt. Europapolitische Information, meine Damen und Herren, ist eine Aufgabe für die ganze politische Klasse dieser Republik. Das kann man nicht immer wieder auf einen einzigen oder auf eine einzige abwälzen, sondern ich glaube, bezüglich dieser Information sind wir alle gefordert.

Ich möchte daher der Staatssekretärin — die jetzt auch nicht im Haus ist, aber sie wird es hören — ausdrücklich danken für ihre Informationsarbeit und für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit auf diesem Gebiet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Es ist auch nicht unerfreulich, daß der Beginn der Beitrittsverhandlungen, der ja auch zeigt, wie ernst es den Gemeinschaften mit Österreich ist, nicht ohne Auswirkungen geblieben ist auf die innerösterreichische Debatte und auch bei manchen — ich freue mich darüber — Nachdenklichkeit ausgelöst hat, die bisher sehr kritische oder skeptische Positionen bezogen haben.

Ich möchte hier eines sagen: Ich wünsche mir nicht einen Totalkonsens in dieser Frage, meine Damen und Herren, denn gerade der Integra-

tionsprozeß, die Europapolitik brauchen auch immer wieder die Kritik von innen wie von außen. Aber eines muß uns schon klar sein: Die Verhandlungsposition Österreichs in Brüssel wird nicht schwächer durch mehr Konsens, sondern sie wird gestärkt durch mehr Konsens, und daher sollten jene, die diesen Konsens verlassen haben, sich sehr genau überlegen, ob sie nicht gerade in dieser entscheidenden Phase ihre Politik überprüfen sollten — im Interesse eines Verhandlungserfolgs in Brüssel.

Mit dem Beginn dieser Verhandlungen müssen wir aber natürlich auch die Erwartung aussprechen, daß den klaren und offenen Positionen Österreichs und der guten Vorbereitung, mit der wir in die Verhandlungen gehen, auch ein ebensolches Maß an Vorbereitung und Entschlossenheit auf der anderen Seite, nämlich bei den Gemeinschaften, gegenübersteht. Und aus diesem Grund glauben wir, daß es wichtig wäre — auch für die Atmosphäre —, daß nach der positiven politischen Eröffnungsphase mit den substantiellen Verhandlungen rasch begonnen werden kann. Hier wird sicher noch einiges an Vorarbeiten zu erledigen sein, auch auf Seiten der Gemeinschaft.

Es fehlt uns, Herr Bundesminister, natürlich nicht das Verständnis dafür, daß die Gemeinschaft sich in einer Reorganisationsphase befindet, daß eine neue Ressortverteilung zwischen den Kommissaren dazu geführt hat, daß jetzt eben noch nicht alle Schreibtische besetzt sind. Aber ich glaube, wir haben doch Anspruch darauf, daß die substantiellen Verhandlungen — und als erstes wird ja über die Landwirtschaft gesprochen werden — rasch beginnen und zügig geführt werden.

Und auch eine andere Frage, die heute schon geboten ist, erscheint mir wichtig: daß hier die Gemeinschaften und die verschiedenen Institutionen, die sie ausmachen, Entschlußkraft zeigen oder überhaupt nur zu ihrem Wort stehen. Ich meine hier das große europapolitische Projekt EWR. Dies ist nicht nur deshalb wichtig, weil wir und die anderen EFTA-Staaten interessiert sind, einen raschen nichtdiskriminierten Zugang zu diesem Projekt des Binnenmarktes, den es ja jetzt schon seit einigen Monaten gibt, zu gewinnen, sondern der EWR, meine Damen und Herren, ist auch für den Rest Europas eine Modellform für das Herangehen an die Gemeinschaften, die ihn erhaltungswürdig machen.

Ich möchte daher diese Gelegenheit dazu benutzen, nicht nur an die Regierungen, inklusive der spanischen Regierung, sondern auch und vor allem an die nationalen Parlamente der zwölf EG-Staaten zu appellieren, der raschen Inkraftsetzung dieses Vertragswerkes höchste Priorität einzuräumen. Ich wiederhole damit den Appell, den wir erst vorgestern in Genf als Vertreter des

Dr. Jankowitsch

EFTA-Parlamentarierkomitees an die Kollegen in den zwölf nationalen EG-Parlamenten gerichtet haben, und zwar haben wir ihnen gesagt, daß jede Verzögerung hier politisch und wirtschaftlich schädlich wäre. Ebenso wäre etwa eine Verknüpfung der Ratifizierung von Maastricht mit dem EWR, wie sie spanische Regierungsvertreter angekündigt haben, durch nichts zu rechtfertigen.

Denn der EWR, meine Damen und Herren, soll ja auch etwas anderes tun: Er soll die Bereitschaft und die Fähigkeit der industriellen Demokratien Europas demonstrieren, ihre Zusammenarbeit immer wieder neu zu organisieren, sie zu vertiefen, um damit auch das Entstehen neuer Gräben zu verhindern. Und ich glaube, es ist höchste Zeit, meine Damen und Herren, daß wir — EG-Staaten und EFTA-Staaten — nicht nur ununterbrochen über unser gegenseitiges Verhältnis reden, über Beitritte, über die Schaffung neuer Beziehungen, sondern daß wir gemeinsam nachdenken über die Zukunft Europas, vor allen Dingen über die Zukunft des europäischen Ostens, über Ost- und Mitteleuropa. Hier sind EG- und EFTA-Staaten gefordert, rasch gemeinsam tätig zu werden.

Es ist daher die Initiative der dänischen Regierung zu begrüßen, meine Damen und Herren, Mitte April in Kopenhagen auf einer Konferenz der Außenminister der EG-, EFTA- und der ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten gerade diese zentrale Frage zu erörtern, die für unsere Zukunft, für unsere gemeinsame Zukunft von höchster Bedeutung ist.

Zu den Zielen dieser Konferenz sollte es daher gehören, meine Damen und Herren — ich sage das deswegen, weil keine Gelegenheit mehr sein wird, vor dem 13. April hier im Hohen Haus darüber zu sprechen —, die Fehler und Schwächen der jetzt bestehenden Systeme zu beseitigen. Ich denke da vor allen Dingen an das Nebeneinander oder vielmehr an das Durcheinander von Freihandelszonen, die es heute in Europa gibt: die eine zwischen EG und EFTA, die andere zwischen der EFTA und den osteuropäischen Staaten, die dritte zwischen der EG und den osteuropäischen Staaten in Form der sogenannten Europaabkommen, und jetzt gibt es noch eine vierte Freihandelszone der Visegrád-Staaten.

Ich glaube, wir sollten auf eine einheitliche, große europäische Freihandelszone hinarbeiten, mit der mit einem Schlag auch viele Probleme unserer Exportindustrie, die durch dieses Durcheinander entstehen, gelöst werden können, insbesondere durch das Wegfallen der Kumulation der Ursprungsregeln. Für die EFTA-Staaten und nicht zuletzt für Österreich ist diese Konferenz auch eine besondere Chance, schon heute aktiv mitzuwirken an der Schaffung einer wirklichen europäischen Strategie gegenüber Ost- und Mit-

teleuropa. Ich hoffe, daß trotz des wirtschaftlichen Titels dieser Konferenz die Teilnahme von mehr als zwei Dutzend Außenministern dafür sorgen wird, daß es auch eine sehr politische Konferenz sein wird.

Ich möchte hier nicht — auch mit Rücksicht auf die Menschen in Ost- und Mitteleuropa, bei denen immer wieder falsche Hoffnungen geweckt wurden — Worte fallenlassen wie die von einem „neuen Marshallplan“, aber wenn wir heute aus sehr gutem Grund über neue Strategien des Wachstums, über Wachstumsinitiativen im Westen diskutieren, so kann es keine Frage sein, daß darin Ost- und Mitteleuropa eingeschlossen werden müssen, nicht zuletzt deswegen, weil gerade ihre fast noch grenzenlosen Bedürfnisse zu einem der bedeutendsten Wachstumsfaktoren auch unserer Wirtschaft werden könnten. Es sollte also gerade dort überprüft werden, inwieweit besonders die Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur transeuropäischer Verkehrs- und Telekommunikationsprojekte, Verbesserung der Energieversorgung, vor allen Dingen auch die Sanierung der ost- und mitteleuropäischen Umwelt Teile einer solchen gesamteuropäischen Strategie werden könnten.

Meine Damen und Herren! Wenn sich heute im Westen manchmal ein Klima der Unsicherheit verbreitet, wenn Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation letztlich auch die Beziehungen zwischen EG-Staaten vergiften — denken Sie nur an die vielen Vorwürfe des social dumping, die hin und her geworfen werden —, so scheint gerade die Frage berechtigt zu sein, ob nicht eine solche Mobilisierung, geradezu eine Generalmobilisierung von Ressourcen für den Aufbau des Ostens Europas eine Antwort, wenn nicht eine der wichtigsten Antworten sein könnte — auch für einen neuen Aufschwung im Westen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und möchte nochmals betonen, vor welchen großen und bedeutenden Aufgaben die Integrations- und Europapolitik Österreichs, aber auch dieses Parlament in den nächsten Monaten stehen wird. Und wenn hier in einem der früheren Debattenbeiträge — ich glaube, es war eine der grünen Kassandras — vom annus horribilis der Europapolitik gesprochen wurde, das das Jahr 1992 gewesen sein soll, so glaube ich, können wir, wenn wir gut zusammenarbeiten, dafür sorgen, daß 1993 zum eigentlichen Europajahr Österreichs wird, in dem wir gemeinsam die wichtigsten Weichen stellen können für die Zukunft Europas! — Danke. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 21.17*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schreiner. Ich erteile es ihm.

Mag. Schreiner

21.17

Abgeordneter Mag. **Schreiner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Herr Kollege Jankowitsch, Sie haben gerade erwähnt, daß eine zukünftige Konferenz der Außenminister das leidige Osthandelsproblem der Republik Österreich lösen sollte. Ich meine nur, die Verhandlungen in der Vergangenheit hätten doch schon bewirken müssen — auf der einen Seite die Schiene der Verhandlungen zwischen der EFTA und Österreich und den Visegrád-Staaten und der EG und den Visegrád-Staaten —, daß es dieses Problem gar nicht gibt. Daß man jetzt im nachhinein reparieren muß und daß bis jetzt bereits Tausende an Industriearbeitsplätzen in Österreich verlorengegangen sind, stellt ja dieser Bundesregierung und dem Verhandlungsteam wirklich kein gutes Zeugnis aus. Das muß wirklich einmal gesagt werden. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Hofmann: Keine Ahnung!)*

Das ist es ja auch, was die freiheitliche Opposition so skeptisch stimmt: daß hier Verhandler am Werk sind, die anscheinend für die Republik Österreich insgesamt, aber auch für die Wirtschaft dieser Republik nicht das Optimale herausverhandeln. Ich rufe hier, Herr Abgeordneter Jankowitsch, einen Zeugen auf, der eigentlich unverdächtig ist, nämlich den Vizepräsidenten der EG-Kommission, Dr. Bangemann, der anlässlich eines Vortrages in Wien am 15. Februar 1993 sinngemäß gesagt hat: Es wundere ihn sehr, daß Österreich beim Start dieser Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft die Maastricht-Verträge samt und sonders akzeptiert hat, und er sei sehr erstaunt, daß Verträge, die umstritten sind, die in einem EG-Mitgliedsland, nämlich in Dänemark, abgelehnt worden sind, deren Ratifizierung in einem anderen EG-Mitgliedsland, nämlich in England, aufgeschoben worden ist, Grundlage der Beitrittsverhandlungen mit neuen Beitrittswerbern sein können. Er hätte sich eigentlich ein selbstbewußteres Österreich vorgestellt. Diese Maastricht-Verträge, die also wirklich einige Fallstricke enthalten, hätten von ihm aus, so meinte er, nicht Gegenstand der Verhandlungen sein können, wäre er österreichischer Chefverhandler gewesen. — Das, Herr Abgeordneter Jankowitsch, aus dem Munde eines wirklich überzeugten Europäers, nämlich des Vizepräsidenten der EG-Kommission Bangemann.

Hohes Haus! Diese Verträge von Maastricht beinhalten ja nicht nur die Frage, daß diese EG sich zu einem europäischen Bundesstaat mit einer gemeinsamen Außenpolitik und mit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, sondern auch mit einer sehr abgestimmten gemeinsamen Wirtschaftspolitik und einer gemeinsamen Währung entwickelt. Die österreichischen Verhandler haben hier gemeint, das alles sei zu unterschreiben. Ich bin bei dem letzten Punkt, der gemeinsamen Währung,

nicht so sicher, daß das von Österreich so taxfrei zu akzeptieren ist.

Denn was sagt die in Maastricht beschlossene Europäische Währungsunion? Die in Maastricht beschlossene Europäische Währungsunion muß durch einen Inflationsimport zur Umverteilung auf Kosten der Hartwährungsländer führen. Das ist an sich finanztechnisch, währungstechnisch ein vollkommen klarer Vorgang.

Die Hartwährungspolitik in Österreich ist aus einer bitteren Erfahrung aus zwei Währungsreformen nach den beiden Weltkriegen entstanden, die zwei Generationen durch Abwertungen um all ihre Ersparnisse gebracht haben. Diese Hartwährungspolitik kann daher nicht einfach durch einen Brüsseler Beschluß auf Länder übertragen werden, denen die geschichtliche Erfahrung fehlt, mit einer Hartwährungspolitik überhaupt umzugehen. Wahrscheinlich ist fast alles in Europa harmonisierbar, aber geschichtliche Erfahrungen und die Mentalität von Völkern sicherlich nicht. Die Krise des Europäischen Währungssystems im September des Vorjahres bewies das Scheitern fester Wechselkurse, solange nicht die Weichwährungsländer bereit waren, ihre Inflation wirklich nachhaltig zu reduzieren.

Ein paar Beispiele. Es stiegen die Preise von 1987 bis 1992 im Bereich des EWS, des Europäischen Währungssystems, in Großbritannien um 37 Prozent, in Italien um 31 Prozent, aber in Österreich lediglich um 16 Prozent. Ohne eine rechtzeitige Abwertung der weichen Währungen müssen daher die Hartwährungsländer die Inflation der anderen mitbezahlen. Das ist ein Faktum. Millionen Touristen in Italien können davon jährlich Zeugnis ablegen. Die Währungsunion ist aber ein endgültiger Schritt zum europäischen Einheitsstaat, aus dem es kein Zurück mehr gibt.

In der Europäischen Zentralbank werden in Zukunft, wenn es zu dieser Währungsunion kommt, die Weichwährungsländer in den Entscheidungsgremien die Mehrheit haben. Ich habe mir hier in etwa die Inflationsraten einiger Länder aufgeschrieben, die gleichzeitig zu einem Großteil auch Weichwährungsländer sind. Das wäre ein Beispiel, wo man eigentlich über Harmonisierungen diskutieren und sprechen sollte, bevor man eine gemeinsame Währung begibt.

Die EG hat insgesamt eine durchschnittliche Inflationsrate von 4,3 Prozent. Der Spitzenreiter Griechenland hat im Jahr 1992 knapp 16 Prozent Inflationsrate gehabt. Das Schlußlicht bildet Dänemark mit 2,1 Prozent. Bei der EFTA schaut das nicht so dramatisch aus. Da hat Island 5,4 Prozent Inflationsrate gehabt und Schweden 2,3 Prozent.

Mag. Schreiner

Die Visegrád-Staaten schießen den Vogel ab: Polen 43 Prozent, Ungarn 23 Prozent, Tschechien und Slowakei zusammengezählt 11 Prozent.

Das heißt, in diesen Ländern, in denen traditionell die Notenbanken nicht unabhängig sind, sind sie traditionell vom Finanzminister her weisungsgebunden, und der europäische Weg dieser Einheitswährung hinein in die Inflation ist daher vorprogrammiert, weil sie ganz einfach die Mehrheit haben. Sie werden zwar kein Mehr an wirtschaftlicher Kompetenz und an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit einbringen, aber sie werden sich ganz einfach als eine Mehrheit an Köpfen in diesen Notenbanken festsetzen und werden das Sagen haben.

Nach dem Ersatz des österreichischen Schillings - wenn es wirklich 1999 zu diesem ECU kommt - durch den europäischen ECU müssen daher letzten Endes österreichische Sparer durch eine schleichende Entwertung ihrer Sparguthaben die europäische Einigung finanzieren. Das heißt, das ist ein ganz glatter Austausch von finanziellen Ressourcen, an Ersparnissen zwischen Weichwährungsländern und Hartwährungsländern, und die Hartwährungsländer werden letzten Endes auch die Zahler dieser europäischen Einigung sein. Die Inflation, so sagen Finanzexperten, ist jedoch die unsozialste Form der staatlichen Finanzierung, weil der Kaufkraftverlust, der durch die Inflation bedingt ist, gerade einkommensschwächste Bevölkerungsschichten am härtesten trifft.

In der Folge wird es nach 1999 - oder von mir aus nach dem Jahr 2000, wann immer das wirklich in Kraft tritt - zu erbittertsten Verteilungskämpfen zwischen traditionellen Hartwährungsländern und traditionellen Weichwährungsländern kommen. Es werden Verteilungskämpfe ausbrechen, die dann zwangsläufig, trotz aller beschworenen europäischen Einheit, zu einer Destabilisierung Europas führen könnten. Ohne die vorherige Annäherung volkswirtschaftlicher Eckdaten wie Bruttoinlandsprodukt und Inflation ist daher eine europäische Einheitswährung eine wirkliche Utopie und führt eher zur Desintegration Europas als zu dessen Integration. *(Abg. Dr. Jankowitsch: Das ist ja vorgesehen in den Maastricht-Verträgen! Sie haben nur die Hälfte gelesen!)*

Nein, Herr Kollege Jankowitsch! In den Maastricht-Verträgen steht nur das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Währung. Es steht aber nichts darüber drinnen, welche binnenstaatlichen Vorkehrungen die Mitgliedsländer, nämlich die Weichwährungsländer, werden treffen müssen, damit sie wirklich Eckdaten erzielen, die sie in die Position versetzen, eine gemeinsame Währung mit den Hartwährungsländern bilden zu können.

Herr Kollege Jankowitsch! Darum geht es. Das steht in den Maastrichter Verträgen wirklich nicht so drinnen. *(Abg. Dr. Jankowitsch: Oberflächlich gelesen!)*

Hohes Haus! Die FPÖ fordert daher die Bundesregierung auf, bei den Beitrittsverhandlungen im Interesse der österreichischen Sparer zur Erhaltung unseres harten Schillings gemeinsam mit anderen Hartwährungsländern auf die Revision der Maastrichter Verträge gerade in diesem Punkt hinzuwirken. Und das habe ich von unseren Verhandlern in Brüssel überhaupt noch nicht gehört. Sie unterschreiben Maastricht und alle Auswertungen von Maastricht, jeden Punkt und jeden Beistrich.

Herr Kollege Jankowitsch! Ich habe hier eine Aufgliederung, eine Aufstellung, die das noch untermuert. Es ist in den letzten 20 Jahren innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, den jetzigen Mitgliedern der EG, nicht gelungen, die Disparitäten beim Volkseinkommen und beim Bruttoinlandsprodukt wirklich in den Griff zu bekommen. Wir haben heute noch zum Beispiel bei Portugal, das noch nicht so lange EG-Mitglied ist, in etwa ein Volkseinkommen pro Kopf von 10 000 ECU, dagegen in Luxemburg 24 000. *(Abg. Dr. Jankowitsch: Aber es ist schon viel besser in Portugal - dank EG!)* Ja, das ist schon viel besser. Luxemburg ist um 2 000 ECU in dieser Zeit reicher geworden, und Portugal hat mit 1 000 ECU halt in der gleichen Zeit nachgezogen.

Letzten Endes werden auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft diese Disparitäten nicht aufhören, und es wird daher traditionell zu diesen unterschiedlichen Inflationen kommen. Die Hartwährungspolitik Mitteleuropas und teilweise auch nordeuropäischer Staaten wird in einem gemeinsamen Europa dazu führen, daß wir durch eine klassische Umverteilung alle Länder zu unterstützen haben werden, die diesen Weichwährungsweg gehen, und es wird zu einer Umverteilung von Volkseinkommen und von erwirtschafteten Gütern und Leistungen der Österreicher kommen. Das muß man bitte auch in einer Informationsveranstaltung der Bundesregierung einmal Herrn und Frau Österreicher sagen.

Mir ist schon klar, daß das nicht einfach ist, wenn die Frau Staatssekretärin Ederer sagt: Bei einer gemeinsamen Währung könnte es auch dazu kommen, daß wir es als traditionelles Hartwährungsland, wenn wir den ECU ab 1999 haben werden, wirtschaftlich schlechter haben werden als vorher. Aber, Herr Kollege Jankowitsch, das sind Fakten, die unbestreitbar sind. Sie können mit jedem seriösen Finanzwissenschaftler, der sich bei Währungsproblemen auskennt, reden, der wird Ihnen dieses Szenario ab dem Jahr 2000 in etwa auch so schildern können. *(Beifall bei der*

Mag. Schreiner

FPÖ. — Abg. Dr. Jankowitsch: Das liegt in der Natur von Szenarien, daß es immer mehrere Szenarien gibt!)

Herr Kollege Jankowitsch! Welches Szenario hätten denn Sie? Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß es im Jahr 1999 oder im Jahr 2000 mittels eines Fingerschnippers, weil es irgendeine europäische Zentraleinrichtung in Brüssel gibt, gleiche Bedingungen für die Volkswirtschaften geben wird. Das wird aber wirtschaftlich nicht funktionieren, denn in der Wirtschaft gibt es Leute und Ressourcen, die eingesetzt werden. Es wird Länder geben, die die Ressourcen in einem geringeren Maße verwenden, und es wird Länder geben, die sie in einem stärkeren Maße benutzen, daher wird es unterschiedliche Volkseinkommen geben. *(Abg. Dr. Gaigg: Das haben Sie innerstaatlich auch!)* Ja, Herr Kollege Gaigg, aber innerstaatlich hat man eine Währungseinheit. Sie können doch nicht wirklich das Beispiel hernehmen, daß ein schwacher Bezirk in der Südsteiermark deswegen wirtschaftlich mit dem Schilling schwächer fährt als etwa die Innenstadt in Wien, weil Sie für diesen wirtschaftlich schwachen Bezirk in der südlichen Steiermark jetzt eine andere Währung machen wollen. Ist das vielleicht Ihr Szenario? *(Abg. Dr. Gaigg: . . . eine gemeinsame Währung!)*

Wir haben in Österreich ja eine gemeinsame Währung. Wir sind mit dieser gemeinsamen Währung, nämlich dem harten Schilling, die letzten 20, 30 Jahre gut gefahren. Und das bringen wir mit den Verträgen von Maastricht und ab 1999 mit einer gemeinsamen Währung, dem ECU, in Gefahr.

Hohes Haus! Die FPÖ bekennt sich dann zur Europäischen Integration, wenn einige der bereits angezogenen Probleme vor dem Beitritt gelöst werden. Es wird erstens einmal notwendig sein, daß die Bundesregierung mit einer optimalen Verhandlungsführung und mit einem optimalen Verhandlungsergebnis in Österreich für die Finalisierung dieses EG-Beitritts wirbt. Es wird notwendig sein, daß wir sachlich fundierte, ehrliche Information an die Bevölkerung weitergeben, denn ein Hurra-Europäer wird die Bevölkerung in Österreich nicht ehrlich informieren können. Schließlich wird es als dritter Punkt notwendig sein, unsere sogenannten Hausaufgaben binnenstaatlich zu lösen.

Es wird ganz einfach nicht angehen — Kollege Haigermoser hat das einmal in einer Rede erwähnt —, daß zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung, wo wir einen Förderungsdschungel haben in einem Ausmaß von 160 Aktionen, auf einmal, über Nacht, diese Förderungen zusammengestrichen werden — durch den Druck der Europäischen Gemeinschaft — auf vielleicht 20 Förderungen. Das bedeutet für die Wirtschaft,

daß es eine Umstellungsphase geben müssen wird. Die Bundesregierung ist meiner Meinung nach schon stark in Zeitverzug, nämlich angesichts des Szenarios, daß es vielleicht nach Abschluß der Beitrittsverhandlungen Ende nächsten Jahres oder Mitte nächsten Jahres bereits 1995 zu einem Beitritt oder vorher zu einer Volksabstimmung kommt.

Ich glaube, die Bundesregierung hat sich anfänglich nur sehr schleppend um die Beitrittsverhandlungen bemüht. Herr Außenminister! Im Vergleich zu Schweden und Finnland sind wir ja eher stiefmütterlich behandelt worden, weil die Finnen und die Schweden sind sehr rasch zu den Verhandlungstischen gebeten worden, Österreich hingegen hat viel länger warten müssen. Wir sitzen auch jetzt mit den Finnen und Schweden in einem Boot. Wir hätten, wenn wir früher und rascher reagiert hätten, exklusiv verhandeln können. Das heißt, nach diesen Beitrittsverhandlungen wird es eine Entscheidung durch das Volk geben, aber vorher wird es notwendig sein, binnenstaatlich einige Probleme zu lösen.

Aus der Sicht der österreichischen Wirtschaftspolitik sind das bekannte Punkte. Unsere Betriebe haben einen Eigenkapitalanteil in der Höhe von 16 Prozent, im Vergleich dazu haben die Betriebe in der Europäischen Gemeinschaft einen von 32 Prozent. Uns wird der Wind des Wettbewerbs hinwegfegen. Ich habe heute gehört, daß die Hallein-Papier in Ausgleich gegangen ist. Es wird gerade im grenznahen Raum genügend Klein- und Mittelbetriebe geben, die mit einem Eigenkapital von 16 Prozent vor dem Wettbewerb gegenüber den 32 Prozent ihrer Nachbarn nicht gefeit sind. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wie kommen Sie auf diese Idee?)*

Frau Präsidentin Tichy-Schreder! Ihnen ist das nicht klar?! *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ihre Argumentation!)* Ihnen ist das nicht klar, wenn jemand bei 1 Million Schilling auf der Passivseite der Bilanz 320 000 S Eigenkapital hat und der österreichische Betrieb nur 160 000 S? Dieses Beispiel sagt Ihnen als Wirtschaftssprecherin Ihrer Partei vielleicht nichts, ich hoffe aber doch. Das wird für diese Betriebe ruinös werden. *(Abg. Dr. Haider: Sie wird es schon noch lernen!)*

Frau Kollegin Tichy-Schreder! Das andere Kapital ist für ihn Fremdkapital, und für dieses muß er bekanntlich Zinsen zahlen. Diese Zinsen schmälern seinen Gewinn und erhöhen seine Ausgaben. Aufgrund dieser Zinsen kann er seinen Angestellten und seinen Arbeitern weniger Löhne zahlen, und wegen dieser erhöhten Zinsen kann er sich auch weniger privat entnehmen und weniger in den Konsum stecken, Frau Kollegin Tichy-Schreder. Das ist eine sehr simplifizierte Milchmädchenrechnung. *(Beifall bei der FPÖ. —*

Mag. Schreiner

Abg. Dr. Haider: Sie ist kein Milchmädchen, sondern . . . !)

Hohes Haus! Angesichts dieser Probleme bei der Europäischen Integration muß ich den heutigen Tageszeitungen, zum Beispiel dem „Standard“, entnehmen, daß es nicht so rasch weitergehen wird. In Spanien ist uns eindeutig eine Rute dahin gehend ins Fenster gestellt worden, daß Maastricht mit den Verhandlungen und mit der Ratifizierung des EWR-Vertrages verknüpft wird. Ebenso ist heute zu lesen, daß konservative Maastricht-Gegner in Großbritannien der konservativen Regierung das Vertrauen versagt haben und dem derzeitigen Premierminister Major im Unterhaus eine Abstimmungsniederlage zugefügt haben.

Herr Bundesminister! Das alles sollte bei unseren Beitrittsverhandlungen mitberücksichtigt werden. Die Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften werden, wie man so schön auf österreichisch sagt, keine „g'machte Wies'n“ sein. Es wird wichtig sein, diesen Verhandlungsverlauf von der parlamentarischen Seite her genau zu beobachten. Es wird ebenfalls wichtig sein, daß die Frau Staatssekretärin Ederer endlich einmal der österreichischen Bevölkerung reinen Wein einschenkt. Sie muß offen und umfassend über die Integration Österreichs in Europa informieren und alle Vor- und Nachteile aufzeigen.

Wir, die Freiheitlichen, bekennen uns zu diesem Weg, mit einer sachlich fundierten Information in Österreich ein optimales Verhandlungsergebnis voranzutreiben und auch die Bevölkerung so zu informieren, daß sie weiß, was sie tatsächlich in Europa erwartet. — Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.) 21.38*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Riegler. Ich erteile es ihm.

21.38

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Riegler** (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mir erlauben, nur drei kurze Anmerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schreiner zu machen.

Erstens: Ich würde ihm zu einer gewissen Vorsicht raten, gerade den Herrn Vizepräsidenten Bangemann als Kronzeugen anzurufen, es gibt nämlich wenige Repräsentanten der Europäischen Gemeinschaften, die in Österreich durch so problematische Äußerungen aufgefallen sind wie gerade dieser Herr. *(Abg. Dr. Haider: Die Liberalen sind sicher problematisch!)* — Diese Beurteilung möchte ich Ihnen überlassen, Herr Abgeordneter Dr. Haider. Da kennen Sie sich wahrscheinlich besser aus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweitens: Zu den durchaus sehr interessanten Analysen bezüglich der gesamten Problematik des Zieles Wirtschafts- und Währungsunion ist anzumerken, daß selbstverständlich die Kriterien definiert wurden, die Voraussetzung sind, um in ein solches System der Wirtschafts- und Währungsunion hineinzuwachsen zu können. Es ist selbstverständlich auch klar, daß die Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften, ein Zueinanderführen ihrer verschiedenen Volkswirtschaften zu erreichen — und eine ganze Reihe von Maßnahmen, gerade auch im Vertrag von Maastricht, zielen ja darauf ab —, Voraussetzungen sind, um dieses gesteckte Ziel auch realisieren zu können. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Etwas erheiternd habe ich Ihren Vorwurf gegenüber der österreichischen Bundesregierung empfunden, sie sei im Verhältnis zu Finnland und Schweden zu zögerlich gewesen, sodaß erst heute verhandelt wird. Österreich hat 1989 den Antrag auf Beitrittsverhandlungen gestellt! Wenn Sie jemandem den Vorwurf der Zögerlichkeit machen können, dann vielleicht den Europäischen Gemeinschaften oder jenen EFTA-Staaten, die erst mit zwei und mehr Jahren Verspätung zur gleichen Entscheidung gekommen sind. Dieser Ihrer Argumentation konnte ich daher überhaupt nicht folgen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es bei einer solchen Integrationsdebatte — und gerade aufgrund der Ereignisse, die uns in diesen Tagen beschäftigen — angebracht ist, darauf aufmerksam zu machen, daß wir uns in der Tat derzeit in Europa in einer der aufregendsten, ja in einer der dramatischsten Entwicklungen seit 1945 befinden.

Wir haben auf der einen Seite sehr ambitionierte politische Vorhaben und Projekte, wie etwa das Projekt der Politischen Union — im Vertrag von Maastricht festgeschrieben. Wir haben auf der anderen Seite Kriege, innere Spannungen in einzelnen Ländern und zwischen einzelnen Staaten. Wir mußten gerade vor wenigen Tagen feststellen, wie sehr beispielsweise die kritische Situation innerhalb Rußlands und die Bemühungen, im Bereich Bosnien-Herzegowina friedensstiftende Maßnahmen zu setzen, ineinander verknüpft sind.

Es ist auch eine Tatsache, daß in einer Reihe von EG-Mitgliedstaaten veritable innenpolitische Krisen vorliegen und zu bewältigen sind. Das reicht von Italien über Großbritannien und Frankreich, bishin zu der Auswirkung, die etwa in Spanien in bezug auf die Verknüpfung der Realisierung des Maastricht-Vertrages und zur Ratifizierung des EWR-Vertrages aufgetreten ist.

Ich wollte das deshalb erwähnen, weil ich der Meinung bin, daß es daher umso wichtiger ist,

Dipl.-Ing. Riegler

innerhalb Österreichs konsequent und unbeirrt die Linie zu halten. Und es ist wichtig, daß diese Linie innerhalb Österreichs von einem breiten Konsens getragen wird. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Daher ist es entscheidend, aber auch ermutigend, daß es diesen breiten Konsens zwischen den beiden Regierungsparteien gibt, daß dieser Konsens von einer breiten Mehrheit hier im Hause getragen wird und auch durch die Sozialpartner für die verschiedenen Berufs- und Wirtschaftsgruppen unseres Staates gegeben ist. *(Abg. Wabl: Ohne Bevölkerung!) Gehören für Sie die Berufstätigen nicht zur Bevölkerung, Herr Abgeordneter? Das paßt vielleicht zu Ihrem Demokratieverständnis. (Abg. Voggenhuber: Warten Sie ab, wie sie abstimmen werden! Aber das interessiert Sie ja eh nicht!)*

Aber ich wollte Ihnen ohnehin etwas sagen: Ich habe sehr großes Verständnis dafür, daß die Oppositionsparteien klarerweise nach den Kritikpunkten suchen. Und es werden solche immer zu finden sein; das ist auch klar. Ich habe auch Verständnis dafür, daß Sie eine sehr punktuelle Argumentation führen, daß viele Zusammenhänge beiseite geschoben werden.

Ich nehme auch zur Kenntnis, daß manche Repräsentanten der Oppositionsparteien heute das kritisieren, was sie gestern gefordert haben, und umgekehrt. Wir haben heute Beispiele erlebt, daß etwa das verzögerte Zustandekommen des EWR-Vertrages kritisiert wurde *(Abg. Voggenhuber: Auf dem Niveau werden Sie nicht weitermachen können!)*, wobei von den gleichen Leuten vor kurzem gesagt wurde, daß dieser EWR-Vertrag ohnehin schlecht, unnötig und nicht zielführend sei. Für all das habe ich Verständnis; das gehört eben auch zum Handwerkszeug des Inder-Opposition-bestehen-Wollens dazu.

Ich sehe nur eines problematisch, und damit meine ich gerade Sie, Herr Abgeordneter Voggenhuber: daß nämlich wider besseres Wissen versucht wird, eine Panikmache zu erzeugen! Wenn Sie das wirklich glauben, was Sie heute gesagt haben, dann muß ich Sie bedauern, das möchte ich Ihnen ehrlich sagen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Ich sehe es auf der anderen Seite als ermutigend, daß es sowohl in den Reihen der Freiheitlichen Partei als auch in den Reihen der Grün-Alternativen zunehmend differenzierte Töne gibt. Offensichtlich führen Sie einen Nachdenkprozeß auch in Ihren eigenen Reihen, und das ist eine Chance, damit wir vielleicht doch, etwas über die Schablonen hinausgreifend, zu gewissen gemeinsamen Beurteilungen kommen können. *(Abg. Voggenhuber: ... 51 Prozent!)* Sie, Herr Abgeordneter Voggenhuber, werden sich ein biß-

chen schwertun dabei, aber der eine oder andere Ihrer Kollegen vielleicht doch etwas leichter! *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Zwischenruf des Abg. Voggenhuber.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich heute aber einem speziellen Thema widmen, und zwar dem Thema der Landwirtschaft.

Es fällt auf, daß im Rahmen der sensiblen Bereiche, wie etwa Sicherheit, Sozial- und Umweltstandards, Transitproblematik, Eigentum an Grund und Boden, insbesondere das Thema der Landwirtschaft besonders im Zentrum der Diskussionen, aber auch im Zentrum der Besorgnisse steht, und zwar nicht nur bei den Bauern, sondern auch innerhalb der gesamten Bevölkerung. Und das auch voll zu Recht, denn klarerweise ist die Absicherung der Bauernschaft in unserem Lande für die Existenz dieses Staates von besonderer Bedeutung, sowohl im Hinblick auf den großen Anteil unseres Landes, was den sensiblen Alpen- und Gebirgsraum anlangt, als auch im Hinblick auf die entscheidende Grundlage für den größten und wichtigsten Wirtschaftssektor unseres Staates, nämlich den Fremdenverkehr.

Ich möchte aus der Sicht der österreichischen Landwirtschaft zur bisherigen Entwicklung drei Anmerkungen machen.

Erstens: Es ist eine Tatsache, daß der Ausschluß unserer Landwirtschaft aus den Freihandelsverträgen von 1972 für unsere Bauern und für unsere Nahrungsmittelwirtschaft von eminentem Nachteil waren. Wir wissen, daß sich das Defizit im Handel mit landwirtschaftlichen Produkten in dieser Zeit mehr als verzehnfacht hat.

Zweitens: Die GATT-Verhandlungen haben folgendes gezeigt, nämlich daß als einziges internationales Gegengewicht zu den Positionen, die insbesondere von den USA vertreten wurden und die zu einer wirklichen Bedrohung einer europäischen bäuerlichen Landwirtschaft führen, die Europäischen Gemeinschaften gewirkt haben. Sie waren der einzige gewichtige Faktor, der in Richtung Sicherung einer bäuerlichen Landwirtschaft nicht nur argumentiert hat, sondern auch in den Verhandlungsprozessen in der Lage war, etwas durchzusetzen. *(Abg. Voggenhuber: Daß Sie sich nicht genieren!)*

Trotzdem muß man folgendes feststellen: Das, was heute als Kompromißstand in den GATT-Verhandlungen vorliegt, würde für Österreich im Falle der Drittlandposition für unsere Landwirtschaft ganz einschneidende Konsequenzen und Nachteile bringen, nämlich etwa eine Reduzierung der Exportmöglichkeiten um mehr als ein Fünftel und eine Reduzierung der Exportförderungsmaßnahmen um mehr als ein Drittel — im

Dipl.-Ing. Riegler

Falle der Drittlandposition Österreichs bei Wirksamwerden dieses GATT-Kompromisses.

Im anderen Fall — im Falle der EG-Mitgliedschaft — wäre derselbe Verkauf von Rindern, von Milchprodukten et cetera im EG-Mitgliedsland Österreich kein Export, sondern ein Handel wie innerhalb unseres Landes!

Das ist meines Erachtens ein sehr entscheidender Punkt, den Sie aber ignorieren. (*Abg. Voggenhuber: Sie täuschen systematisch die Bevölkerung!*) Das ist ein Punkt, den die österreichischen Bauern sehr wohl verstehen und der daher in der Beurteilung der Vor- und Nachteile eine ganz entscheidende Rolle spielt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist ein Punkt, den wir auch mittels EWR nicht lösen können (*Abg. Voggenhuber: Sie haben den Preiskampf vergessen!*), sondern der nur im Rahmen einer EG-Mitgliedschaft bewältigbar ist. (*Abg. Voggenhuber: Reden Sie ein bißchen über den Preiskampf!*)

Drittens: Man muß auch sehen, daß wir seit Mai vergangenen Jahres eine der radikalsten Änderungen der EG-Agrarpolitik vorliegen haben. Sie haben heute zitiert, Herr Abgeordneter Voggenhuber, ich hätte 1987 die EG-Agrarpolitik als nicht zielführend bezeichnet. (*Abg. Voggenhuber: Sie haben nichts geändert!*) Sie nehmen Fakten nicht zur Kenntnis, das ist Ihr Problem, damit setze ich mich nicht weiter auseinander. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Die alte EG-Agrarpolitik war nicht zielführend, und das war auch einer der Gründe, warum im vergangenen Jahr viele Positionen der früheren EG-Agrarpolitik geradezu auf den Kopf gestellt wurden. (*Abg. Voggenhuber: Die neue bringt 11 Milliarden Verluste!*) Ich nenne nur einige Beispiele: Die Preisrücknahmen werden inkommensmäßig voll ausgeglichen, wobei — das ist eine Abkehr von der früheren Philosophie — auf die kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe besonders Bedacht genommen wird. Es gibt das . . . (*Abg. Voggenhuber: Geben Sie doch zu, daß es ein soziales . . .!*) Ich gehe auf Ihre Behauptungen nicht mehr ein, denn Sie bleiben bei Behauptungen. (*Abg. Voggenhuber: Weil Sie keine Argumente haben!*) Es ist eine Tatsache, daß durch diese Korrektur der EG-Agrarpolitik das Einbremsen der Mengen angestrebt wird, etwas was wir 1987/88 eingeleitet haben.

Es ist eine Tatsache, daß in dieser neuen Konzeption massive Förderungen für umweltfreundliche Produktionsmethoden vorgesehen sind, und es ist ebenso eine Tatsache, daß die Regionalförderung seit 1989 einen ganz entscheidenden Schwerpunkt darstellt.

Das sind doch Fakten. Wenn man diese Fakten sieht, dann kann man feststellen: Die Positionen zwischen der EG-Agrarpolitik und unserem ökosozialen Weg sind nähergerückt! Und das ist etwas, was wir positiv sehen können. (*Abg. Voggenhuber: Aber 50 000 Bauern werden es nicht überleben!*)

Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß es eine Reihe von Problemen gibt, daß wir uns auseinanderentwickelt haben und daß es insbesondere das Problem gibt, den Preisunterschied zwischen den höheren österreichischen Erzeugerpreisen und den niedrigeren EG-Preisen zu bewältigen. Selbstverständlich! Das sind die Aufgaben und die Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben. (*Abg. Voggenhuber: Das ist Bauernsterben!*)

Es wäre aber ein völliges Ignorieren der Fakten, wenn man nicht sagen würde, daß es als Drittland unter den Bedingungen der Ostöffnung und der GATT-Verhandlungen um vieles schwieriger sein wird, eine offensive Landwirtschaftspolitik zu betreiben, als unter den auch schwierigen Herausforderungen im Rahmen einer gemeinsamen EG-Agrarpolitik. Das ist der entscheidende Punkt.

Daher geht es um zwei große Herausforderungen. Die erste sind natürlich die Verhandlungen. Selbstverständlich stimmen wir mit all den geäußerten Meinungen überein, die auch heute hier wieder vertreten wurden, daß nämlich die Verhandlungen mit größter Konsequenz zu führen sind.

Die Landwirtschaft in Österreich wurde durch das Landwirtschaftsministerium, die Präsidentenkonferenz und durch eine Reihe von sachlichen Vorarbeiten exzellent vorbereitet. Das können wir einmal eindeutig feststellen. Es wird daher in den Verhandlungen mit Brüssel darum gehen, einige der besonderen Schwerpunkte durchzusetzen, damit die Besonderheiten unseres Landes ihre Berücksichtigung finden, wie etwa der hohe Anteil des Berg- und Alpenraumes oder die besonderen Akzente, die wir in unserer Agrarpolitik bisher gesetzt haben. Äußerst wichtig ist die Festlegung der Fördergebiete und der Quoten in den verschiedenen Produktionsbereichen, damit wir die Zukunft unserer Bauern positiv gestalten können. Es wird auch darum gehen, in Übergangsmaßnahmen den schrittweisen Marktzutritt und die schrittweise Überwindung der Preisdifferenzen durch Ausgleichsbeiträge sicherzustellen. Das sind die Hauptforderungen, um die es in den Verhandlungen gehen wird.

Ebenso wichtig, wenn nicht zum Teil sogar wichtiger, sind die innerösterreichischen Maßnahmen. Zum Beispiel die schrittweise Annäherung der Einkommenspolitik, indem wir etwa un-

Dipl.-Ing. Riegler

sere Landwirte von Kosten entlasten, die es in der EG nicht gibt, oder indem wir die direkten einkommenspolitischen Maßnahmen weiter ausbauen. Ebenso haben wir einen großen Aufholbedarf bei Investitionen für Verarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen. Es wird wichtig sein, daß der gemeinsame Vorschlag des Wirtschafts- und des Landwirtschaftsministers, vor einem Beitritt ein innerösterreichisches Investitionsprogramm sicherzustellen, das mit den Investitionsförderungen der EG vergleichbar ist, akzeptiert wird. Das ist ein entscheidender innerösterreichischer Schritt. Wir können uns dadurch mit unseren Stärken profilieren, nämlich aus der Qualität Markenartikel zu machen.

Wir brauchen deshalb vor allem die eindeutige politische Absicherung, daß Bund und Länder in der Finanzierung jene Erfordernisse der Land- und Forstwirtschaft absichern, die geeignet sind, alle Möglichkeiten der EG-Agrarpolitik, der Regionalpolitik, der Investitionen im Bereich der Verarbeitung, der Vermarktung, des Marketings voll auszuschöpfen. Das ist der zentrale Punkt für die innenpolitische Weichenstellung.

Ich meine daher, daß in dem Positionspapier, das als Leitlinie für die Landwirtschaftsverhandlungen zwischen den betroffenen Ressorts und den Sozialpartnern formuliert wurde, ein sehr entscheidender Satz in bezug auf die Strukturförderung zu finden ist. Hier heißt es: „Die landwirtschaftsbezogenen Möglichkeiten der EG-Struktur- und Regionalpolitik sind im größtmöglichen Umfang auszuschöpfen. Dies setzt eine angemessene Beteiligung der einzelnen Gebietskörperschaften in Österreich voraus.“ Das ist es, und das muß für den gesamten Bereich der Agrar-, der Einkommens- und der Regionalpolitik gelten. Das ist meines Erachtens der wichtigste Punkt in Richtung einer fairen Zukunftsabsicherung unserer Landwirtschaft unter EG-Bedingungen.

Eine kurze Bemerkung noch zum Abschluß: Ich glaube, daß es für jeden politischen Verantwortungsträger in unserem Land, für jede politische Partei, für jede politische Gruppierung eine ernste Herausforderung darstellt, in dieser Frage bei der Abwägung der Argumente nicht in erster Linie an die Partei und den parteitaktischen Vorteil, sondern in diesem Fall tatsächlich an die Zukunftserfordernisse unseres Landes zu denken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Daher werden Sie sich auch die Frage gefallen lassen müssen, was denn die Konsequenzen der jeweils von Ihnen formulierten und vertretenen Wege sein würden, die Konsequenzen für die Zukunft unseres Landes im Falle der Drittland-Position: weniger Gestaltungsspielraum und mehr Nachvollziehen, weniger wirtschaftliche Möglichkeiten und vor al-

lem auch weniger Einbindung in eine europäische Sicherheit in einer sehr unruhigen Zeit.

Ich kann daher die Regierung, die Mehrheit in diesem Haus und die Sozialpartner nur darin bestärken, den 1989 eingeschlagenen Weg konsequent und zielstrebig weiterzugehen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.) 22.00*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Herr Bundesminister Mock hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. Bitte, Herr Minister.

22.00

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock: Hohes Haus! Ich möchte zu einigen Bemerkungen, die in der Debatte gemacht wurden, Stellung nehmen. Es hat der Herr Abgeordnete Schreiner gemeint — ich hoffe, daß ich ihn richtig zitiere —, die Eigenkapitalsituation in Österreich sei mit durchschnittlich 16 Prozent gegenüber der Eigenkapitalsituation in der EG mit 32 Prozent so schwach, daß die österreichischen Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft hinweggefegt würden.

Ich darf daran erinnern, meine Damen und Herren, daß der Anteil Österreichs an den Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft seit mehr als 20 Jahren kontinuierlich steigt. Zum Beispiel haben wir 1972, mit Ausnahme des landwirtschaftlichen Bereiches, die Zölle zur Gänze abgebaut. *(Abg. Schuster: Keine Ahnung, Herr Schreiner!)* Wir wurden stärker auf diesem Markt.

Wir sind heute, was die mögliche Währungsunion anbelangt, das zweite Land nach Luxemburg, das aufgrund seiner starken Position in der Lage ist, an einer Währungsunion teilzunehmen. Das heißt, die restlichen elf EG-Länder sind währungsmäßig schwächer.

Wir waren, was das Wachstum anbelangt, meine Damen und Herren, in den letzten vier Jahren das drittstärkste Land. *(Abg. Voggenhuber: Warum wollen Sie dann die Währungsunion?)* Ich könnte noch viele solcher Beispiele anführen.

Herr Abgeordneter! Daß es wünschenswert wäre, das Eigenkapital zu stärken, ist in keiner Weise ein Gegenargument, nur müssen Sie fairerweise, wenn Sie davon reden, daß es in der EG eine Eigenkapitalstärke von durchschnittlich 32 Prozent gibt, auch dazusagen, daß es dort auch Eigenkapitalstärken von 50, 60 Prozent gibt und daß es in Ländern wie Griechenland solche von lediglich 10 und 5 Prozent gibt. Und sie wurden trotzdem nicht hinweggefegt! *(Abg. Hofer: Voggenhuber! Zuhören lernen!)* Ich glaube, wir müssen schon eine seriöse Diskussion über diese Fragen führen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Hofer: Voggenhuber! Nachhilfestunden! — Zwischenrufe bei den Grünen.)*

Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock

Zur weiteren Frage, zur europäischen Friedensordnung, meine Damen und Herren. Abgeordneter Renoldner hat gemeint, es sei unseriös, von einer Friedensordnung zu reden. Offensichtlich meint er dies angesichts der Vorgänge, die es in Europa gibt. Ich glaube noch immer, daß die Herstellung einer Friedensordnung der bedeutendste Beitrag der EG-Konzeption überhaupt zu Europa sein wird – zumindest als Schutz vor nationalen Kriegen. *(Abg. Wabl: Die EG war ein einziges Mal gefordert, und das war bei Bosnien-Herzegowina!)* Herr Abgeordneter Wabl! Die EG war gefordert. Sie hat jedoch keinen einzigen Polizisten. Wie können Sie verlangen, daß sie in Bosnien-Herzegowina eine Ordnung herbeiführt. Das hieße doch, die Öffentlichkeit zu täuschen und so zu tun, als gäbe es eine EG-Armee. Es gibt nicht einmal eine gemeinsame Sicherheitspolitik. Sie wird durch den Vertrag von Maastricht geschaffen werden. Das ist der Beginn. *(Abg. Voggenhuber: Aber im Irak haben sie in drei Tagen eine Militärallianz zustande gebracht!)*

Herr Abgeordneter Voggenhuber! Sie haben recht. Im Irak hat man binnen weniger Tage im Rahmen der UNO eine Militärallianz geschaffen. Es war ein Abgeordneter Ihrer Fraktion, der heute nicht mehr hier sitzt, der mich tagtäglich gefragt hat, wer es nach der Befreiung von Kuwait erlaube, daß die Amerikaner und diese Allianz auch nur einen Meter in den Irak hineingehen. *(Abg. Voggenhuber: Ich war es nicht!)* Diese Militärallianz sei nirgends gestattet. Vier Wochen später hat er bei mir vorgesprochen und mich gefragt, warum wir nicht unseren Einfluß auf die Amerikaner geltend machen, damit Saddam Hussein militärisch gestürzt wird, um die Kurden nicht verfolgen zu können. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. – Abg. Dr. Kohl: So ist es! Diese Heuchler, Demagogen und Volksverdummer! – Abg. Wabl: Ordnungsruf! – Abg. Dr. Kohl: Zyniker! Phantasten!)*

Fairerweise muß ich sagen, daß Abgeordneter Pilz, als er vorgesprochen hat und für die Kurden eingetreten ist, gesagt hat: Ich weiß, daß wir Ihnen vor vier Wochen noch den Vorwurf gemacht haben, daß Sie die Amerikaner und die Expansion des amerikanischen Kapitalismus fördern. Lassen wir das zurück! Jetzt geht es um die Kurden. Saddam Hussein verfolgt sie. Wir brauchen alle militärischen Mittel, um diesen Mann in seiner Verfolgung gegen die Kurden zu stoppen! Das hat er, Pilz, fairerweise hinzugefügt. Auch das soll man heute nicht vergessen.

Ich sage fairerweise: Es waren Abgeordnete Ihrer Fraktion, die in bezug auf Kroatien vor einigen Wochen gesagt haben: Wahrscheinlich geht es ohne militärische Mittel nicht mehr! Ich respektiere das, denn diesen Abgeordneten nehme ich auch ab, daß bei ihnen die Friedenspolitik ei-

nen besonders hohen Stellenwert hat. Wenn sie, nachdem sie gesehen haben, daß dort alles versucht wurde, daß trotz politischer Mittel und ökonomischer Sanktionen weiterhin Tausende systematisch vergewaltigt werden, Zehntausende vertrieben werden, Zehntausende getötet werden, dann sagen: Wir leben in einer Welt, in der auch die Gewalt notwendig ist, um dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen!, so spricht das für diese Damen und Herren und macht sie sehr glaubwürdig. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schuster: Lehrstunde für die Grünen! – Abg. Hofer: Ja, wenn sie nur lernen würden! – Abg. Wabl: Auflösung der Demokratie – das würde euch so passen! – Abg. Dr. Kohl: Das ist unglaublich! – Abg. Wabl: Das würde euch passen! – Abg. Voggenhuber: Die Volksabstimmung wird euch die Quittung geben, die ihr braucht! So wie 51 Prozent der Dänen und 49 Prozent der Franzosen! – Abg. Dr. Kohl: Phantasten!)*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt *(das Glockenzeichen gebend)*: Der Herr Bundesminister ist am Wort, bitte.

Bundesminister Dr. Mock *(fortsetzend)*: Abgeordneter Renoldner hat gemeint, das System der kollektiven Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen sei derzeit die einzige Garantie für den Frieden. Ich gebe zu, daß diese kollektive Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen das relativ stärkste oder am wenigsten schwache Mittel zur Friedenssicherung ist. Von einer Garantie kann aber überhaupt keine Rede sein, denn wie sich gezeigt hat, war nicht einmal das System der kollektiven Sicherheit der Vereinten Nationen in der Lage, in Bosnien, nachdem man eine Aggression festgestellt hat, den Frieden wiederherzustellen.

Sie haben dann weiter ausgeführt – das ist für mich interessant –, wenn es auf regionaler Ebene auch ein System der kollektiven Sicherheit gäbe, dann wäre die Neutralität nicht mehr gefährdet. Ich würde das begrüßen. Ich habe wiederholt erklärt, daß, was durchaus möglich ist und ursprünglich geplant war, die KSZE zu einem System der kollektiven Sicherheit in einem regionalen Rahmen zu machen. Heute rechnet man eher damit, daß die Westeuropäische Union eines Tages zu diesem System werden wird. Sie haben selbst festgestellt, daß in einem solchen Fall die Neutralität nicht mehr gefährdet sei.

Das Ganze ist ein dynamischer Prozeß, meine Damen und Herren! Die Neutralität hat sich in den letzten 200 Jahren doch ständig verändert, auch in ihrer rechtlichen Konzeption. Es gibt Beispiele dafür, daß es mit Neutralität vereinbar war, an Militärallianzen teilzunehmen, und daß trotzdem die Neutralität respektiert war. Man soll es nicht so darstellen, als ob eine bestimmte Interpretation der Neutralität ... *(Abg. Voggen-*

Bundesminister Dr. Mock

h u b e r: Sind wir jetzt im 19. Jahrhundert angelangt? — Abg. Dr. K h o l: Das tät' Ihnen so passen! — Abg. V o g g e n h u b e r: Oder bleiben wir bei der völkerrechtlichen Substanz des 20. Jahrhunderts?)

Ja, was Bosnien-Herzegowina betrifft, Herr Abgeordneter Voggenhuber, sind wir im 19. Jahrhundert angelangt oder in einem noch viel früheren Jahrhundert. Das muß ich selbst feststellen. (*Abg. V o g g e n h u b e r: Aber in der Reaktion auch!*) In welcher Reaktion? In der von mir gewünschten Reaktion ist man sicher nicht im 19. Jahrhundert angelangt, sondern die Art und Weise, wie die serbische Regierung reagiert, entspricht dem Jahrhundert: daß man sich durch Macht und Gewalt zusätzliches Territorium holt. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und FPÖ.*) Ich hingegen bin für Peace-keeping auf nichtmilitärische Art, Herr Abgeordneter Renoldner! Wir nehmen immer stärker daran teil. Dazu gehört die Überwachung von Wahlen — wir stellen Polizisten zur Verfügung, wir stellen auch Wahlbeamte zur Verfügung —, ebenso die Methoden der friedlichen Konfliktlösung. Das alles ist positiv. Auch daß von Innenminister Löschnak Spezialisten zur Verfügung gestellt wurden, ist positiv. Nur: Es ist falsch, zu glauben, mit dem allein könne man den Frieden dieser Welt bewahren. (*Abg. Dr. R e n o l d n e r: Was ist mit der UNO? Europäische Sicherheit im Rahmen der UNO!*)

Einverstanden! Ich bin einverstanden, daß die UNO-Regeln die entscheidenden Regeln sind. Ich habe heute gesagt: Wenn ich für einen militärischen Schutz der Menschen in Bosnien-Herzegowina war, so war ich das aufgrund von zwei Bestimmungen, meine Damen und Herren: erstens aufgrund der Bestimmung Nummer 1 der UNO, dem Zusammenwirken der kollektiven Völkergemeinschaft zur Bekämpfung der Aggression. Das hat nicht funktioniert. Das hat man nicht gemacht. Man kann kein Land zwingen, sich für eine Militäraktion zur Verfügung zu stellen.

Zweite Regel der UNO: Ein Land soll sich selbst verteidigen können. Artikel 51, Recht auf Selbstverteidigung. Daher bin ich für die Aufhebung des Verbotes für Bosnien-Herzegowina, Waffen anzuschaffen. (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Ich möchte noch einmal wiederholen, Herr Abgeordneter: Ich halte mich durchaus an die Regeln, und zwar an die Regeln der Vereinten Nationen. Was wir brauchen, ist Konsequenz, meine Damen und Herren. Wenn wir die Konsequenz nicht haben, dürfen wir uns auch nicht wundern, daß die Grundsätze, zu denen wir uns bekennen, in der Welt immer mehr mißachtet werden. Wenn wir diese Regeln in Bosnien-Herzegowina anwenden, so dient das auch dazu, daß sie eines Tages auf uns angewandt werden. Denn wenn

dort nochmals ein genereller Krieg losbricht — ich wiederhole nochmals —, fahren 32 Kilometer südlich von Zagreb die Panzer los. Von Zagreb ist es nicht weit an die kroatisch-slowenische Grenze. Wie weit es dann noch zu unserer Grenze ist, konnten wir vor zwei Jahren feststellen. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und FPÖ.*) 22.10

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. P u n t i g a m — zu Abg. Wabl —: Ihr seid mit dem Voggenhuber wohl gestraft!*)

22.10

Abgeordneter **Wabl** (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Außenminister! Die Frage der Sicherheit in Europa und die Frage der Sicherheit in unserer Welt können, glaube ich, nicht gelöst werden, indem sich einige Staaten zusammenschließen und so ihre Interessen durchzusetzen gedenken und glauben, das Recht sei auf ihrer Seite.

Meine Damen und Herren! Es hat bisher in der Geschichte der Staaten und der Völker nur zwei Ansätze gegeben, die Sicherheitsfragen befriedigend zu lösen. Davon ist der eine Ansatz die Völkergemeinschaft, organisiert in der UNO, und der zweite Ansatz die Erklärung einer Neutralität, so wie es Österreich gemacht hat. Jeder andere Zusammenschluß, auch wenn er noch so hehr und edel ist, wenn er aus noch so edlen Motiven erfolgt, ist meines Erachtens suspekt und problematisch und hat mit dem bisher vernünftigen sicherheitspolitischen Weg Österreichs wenig zu tun.

Mein Kollege Severin Renoldner hat bereits angedeutet, daß es nur dann sinnvoll wäre, in ein europäisches Sicherheitskonzept integriert zu sein, wenn die Sicherheitseinrichtungen Europas, der EG, unmittelbar dem UNO-Statut unterstellt werden. Nur, meine Damen und Herren: Die UNO ist nicht oder noch nicht das demokratische Instrumentarium, in dem ein übergeordneter Rechtsbegriff zum Durchbruch kommt, ein übergeordnetes Friedensprinzip — das ist eher sehr selten der Fall —, sondern die UNO ist nach wie vor von machtpolitischen Interessen im wesentlichen der Großmächte bestimmt, die meinen, sie seien die Weltpolizisten auf unserer Erde.

Meine Damen und Herren! Das, was jetzt diskutiert wird, wird aufgrund eines Konfliktes diskutiert, der scheußlich und verbrecherisch ist. Sie argumentieren hier mit der Angst der Menschen und glauben, daß die Angst ein guter Ratgeber wäre und wir uns möglichst schnell dem westeuropäischen Bündnis anschließen sollten — mit allen Konsequenzen, auch unter Aufgabe unserer Neutralität. Dieser Weg ist sicher falsch und kann nur eingeschlagen werden, wenn sich die Nationen unter das Statut der UNO stellen.

Wabl

Meine Damen und Herren! Die Sicherheitsfrage wird uns noch länger beschäftigen. Es ist sinnvoll, übergeordnete Prinzipien zu wählen und übergeordnete Institutionen einzurichten, die funktionieren und demokratisch sind und in denen alle Völker unserer Erde ein Stimmrecht und auch ein Durchsetzungsrecht haben.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß Sicherheitsfragen in Zukunft nicht bestimmt werden von dem Konflikt südlich unseres Landes. Aber ebenso, wie Sie sich in Sicherheitsfragen von der Angst leiten lassen, lassen Sie sich, glaube ich, von der Angst leiten auch im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt an sich. Das, was hier heute von Abgeordneten Riegler, vom ehemaligen Vizekanzler und Landwirtschaftsminister an Argumenten vorgebracht worden ist, ist im Grunde genommen der dürftige Rest einer rationalen Überlegung, warum ein gemeinsamer Markt sinnvoll wäre, nämlich deshalb, damit wir innerhalb eines großen Wirtschaftsblockes unsere Interessen besser durchsetzen und unsere Landwirtschaft besser schützen können. Er forderte sozusagen die Schutzmacht EG für unsere Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren! Wenn das der Weisheit letzter Schluß ist, dann kann ich nur sagen: Das ist eine Bankrotterklärung unserer Politik! Soll eine Gemeinschaft Schutzmacht für bäuerliche Interessen sein, die seit 1975 800 000 Bauern wegrationalisiert hat? Soll eine Wirtschaftsgemeinschaft Schutzmacht für die österreichische Landwirtschaft sein, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten den Preis hat verfallen lassen, sodaß es kaum einem Bauern möglich ist, seine Existenz aus der Arbeit, aus dem Preis seiner Produkte zu sichern?

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie zynisch Politik noch werden kann. (*Abg. Schieder: Regnen hat sie es auch nicht lassen, die EG! Da ist sie auch schuld daran!*) Nein, es geht nicht darum, daß die EG es regnen läßt. Ich weiß es nicht, deshalb frage ich Sie: Wollen Sie ignorieren, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte im Keller sind? Wollen Sie ignorieren, daß von dem, wovon in den letzten Jahren von seriösen Politikern, Wissenschaftern und Bürgern geredet worden ist, nämlich von der Kostenwahrheit, in der EG überhaupt keine Rede ist?! (*Beifall bei den Grünen und bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Bitte schön, was soll denn dieses Geschwätz, das ich im „Kurier“ von morgen, den ich heute schon auf meinem Tisch habe, lesen muß: „EG-Agrarpolitik auf Umweltkurs“? Es hat sich ein Ökosoziales Forum zusammengetan, und da sitzen dann der Herr Schwarzböck, der Herr Riegler, der Herr Minister Fischler, der Herr Biroli (*Abg. Dr. Kohl: Sehr gute Leute!*) zusammen und sagen, die EG-Agrarpolitik ist auf Umweltkurs. (*Abg. Dr. Kohl: Ja!*

Recht haben sie!) Wissen Sie, was sie da zusätzlich behaupten? Sie behaupten: „Wir brauchen mehr Entscheidungen durch den Markt anstatt durch Politik.“ (*Abg. Dr. Neisser: War der Wabl nicht eingeladen?*)

Meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das heißt? Ich weiß nicht, wovon der Herr Riegler oder der Herr Fischler reden. Was ist denn das für ein Markt, der Preise im Marktkampf zuläßt, die überhaupt nichts mehr mit den Produktionskosten zu tun haben? Wo sind denn die Sozialdemokraten, die irgendwann einmal davon geredet haben, daß die Menschen, die arbeiten und produzieren, gerechte Löhne für ihre Arbeit, gerechte Preise für ihre Produkte bekommen sollen? Das ist eine Verhöhnung sondergleichen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei den Grünen und bei der FPÖ.*)

Herr Riegler! Wo ist denn die ökosoziale Marktwirtschaft? Ich habe mir gedacht, die ökosoziale Marktwirtschaft ist eine Marktwirtschaft, in der das freie Spiel der Kräfte wirken kann und in der sich die Preise wirklich nach den Gegebenheiten, nach den Kosten gestalten, nach den Umweltkosten, nach den externen Kosten. Wo ist denn die Kostenwahrheit bei den landwirtschaftlichen Produkten? Wo ist denn eine Umkehr, Herr Landwirtschaftsminister a. D. Riegler, Herr Vizekanzler a. D. Riegler? Wo ist denn diese Umkehr, wo ist denn dieser Umweltkurs? (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Herr Kollege Wabl! Strapazieren Sie Ihre Stimme nicht so! Je schwächer das Argument, desto lauter die Stimme!*) Frau Abgeordnete Tichy-Schreder! Daß Sie immer nur an Ihren Handel und an Ihre Interessengruppen denken, das weiß ich eh, aber beim Riegler habe ich mir erwartet, daß er noch irgend etwas mit der bäuerlichen Bevölkerung zu tun hat. (*Beifall bei den Grünen. - Zwischenrufe bei der ÖVP und den Grünen.*)

Wissen Sie, was mich aufregt? Auf der einen Seite lese ich morgen auf der Titelseite . . . (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Frau Abgeordnete Tichy-Schreder! Die Frau Staatssekretärin Gitti Ederer sitzt ja wieder hier. Sie hat heute davon geredet, daß die EG an sich nichts Böses ist. Die EG ist ein Instrument, und dieses Instrument sollte man benützen.

Nur, meine Damen und Herren, die EG ist ein politisches Instrument. Dieses politische Instrument kann man nützen. Man sollte sich aber auch fragen, wie dieses Instrument denn aussieht, so wie man sich fragt, wie andere Instrumente anschauen. Wenn ich einen Nagel einschlagen will, dann werde ich einen Hammer nehmen und nicht eine Zange. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Und wenn ich eine Suppe auslöffeln möchte, nämlich die, die Sie sich eingebrockt haben, dann

Wabl

nehme ich einen Löffel und keine Gabel. Wenn ich aber eine ökosoziale Marktwirtschaft haben möchte, dann nehme ich nicht ein Instrument, so wie es die EG ist, die in den letzten Jahren nur auf rein ökonomisches Wachstum gesetzt hat und nichts mit Ökologie zu tun hat.

Wenn das Instrument geschaffen worden wäre, um die ökologischen und sozialen Probleme zu lösen, dann würde ich sagen: Hervorragend! Der Johannes Voggenhuber würde wahrscheinlich sofort mit mir nach Brüssel fahren und würde sagen: Wunderbar! Wir treten sofort bei! Nur: Dieses Instrument, von dem die Frau Ederer redet, ist dazu geschaffen worden, das wirtschaftliche Wachstum im Stil der sechziger Jahre anzukurbeln. *(Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Diese Aussage des Ökosozialen Forums ist empörend, empörend ist aber auch — das mag ein historischer Zufall sein, ich glaube es nicht —, daß sich zugleich in einem kleinformatigen Blatt ein heruntergekommener Journalist erdreistet, eine Schlagzeile zu schreiben: „Feuer frei auf Politiker-Trio“. Diese Parallelen sind möglicherweise nur zufällig. Ich sehe hier eine ganz bestimmte politische oder vielmehr unpolitische Vorstellung: Die einen demontieren alle Politikfelder. Alles, was von der Politik kommt, ist tot, ist schlecht, korrupt, heruntergekommen. Da kann man nur noch den Titel dazugeben: „Jagt sie wie die Hasen!“ — Auch ein Titel in einer Zeitung, und zwar in einem Massenblatt. Sie, Herr Riegler, und der Herr Fischler, sitzen dann zusammen und sagen: Wir brauchen mehr Entscheidungen durch den Markt anstatt durch die Politik! Sie lösen die Politik ab.

Ist es nicht einzig und allein die Politik, die bei einem Markt, der völlig außer Rand und Band geraten ist, der die Entwicklungsländer zu Rohstofflieferanten degradiert, der Menschen ausbeutet, Natur ausbeutet, eingreift und zu gerechten Preisen verhilft? *(Beifall bei den Grünen.)* Ist nicht die Politik die einzige Chance, die wir haben? Wozu sitzen Sie denn hier herinnen? Um Lobbyismus zu spielen für irgendwelche heruntergekommenen Spekulanten in Börsen?

Meine Damen und Herren! Genau das ist das Problem, das wir heutzutage antreffen — auch hier in diesem Haus! Sie haben jahrelang schlechte Politik gemacht. Sie haben übersehen, daß es neue Strömungen gibt, neue Bürgerrechtsbewegungen, neue Demokratiebewegungen. Und dann sind Sie gestraft worden mit grünen Politikern *(Heiterkeit bei der ÖVP)*, und jetzt sitzen Sie hier und machen den Rest Ihrer Selbstentlebung. Jetzt sagen Sie: Wir brauchen mehr Markt und weniger Politik!

Wissen Sie, was wir brauchen? Wir brauchen schon Markt, wir brauchen möglicherweise in vielen Bereichen mehr Markt, aber wir brauchen mehr bessere Politik und nicht weniger Politik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Abgeordneter Riegler! Ich habe lange Zeit in Ihren ökologischen und in Ihren ökosozialen Ansätzen die Chance gesehen. Sie haben offensichtlich gute Berater gehabt und doch in einigen Fragen die ökologischen Herausforderungen gesehen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie auf Bauernversammlungen den Menschen diesen agrarpolitischen Kurs verkaufen können, einen agrarpolitischen Kurs, der weiter diese Entwicklung zuläßt. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Herr Abgeordneter Wabl! Sie ignorieren alles, was an Änderungen vorliegt! Sie ignorieren überhaupt alles! Nehmen Sie doch zur Kenntnis, was geändert wurde!)* Das einzige, was Sie anbieten, Herr Abgeordneter Riegler, sind Staatsrentner, Auslaufzahlungen und Sozialhilfen. Das ist das einzige, was Sie anbieten! Kein Bauer in Österreich will, daß er vom Staat durch Subventionen abhängig wird. Sie haben das als einzige Lösung anzubieten und verkaufen das als umweltpolitischen Kurs.

Meine Damen und Herren! Warum sagen Sie nicht den Arbeitern in den Beamtenhochburgen, warum sagen Sie denn nicht den Arbeitern in den Fabriken: Wir werden euch keine Löhne mehr zahlen können, wir werden euch über die Staatskasse finanzieren!? Warum sagen Sie denn nicht den Friseuren, den Gastwirten: Ja, es wird alles viel schlechter werden, aber wir werden euch aus der Staatskasse bezahlen!? *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Die Zeit ist abgelaufen!)* Die Zeit ist nicht abgelaufen *(Abg. Dr. Fuhrmann: Wabl, sag noch etwas, was dem Voggenhuber gefällt!)*, sondern wir haben durch Ihre sehr freundliche Demokratiegesinnung ein ungeheures Potential für diese Debatte zur Verfügung gestellt bekommen, und da ich vermute, daß wir Ihre öffentlichen Selbstentlebungsdarbietungen nicht unwidersprochen hinnehmen können, möchte ich dafür sorgen, daß wir wenigstens noch ein paar Minuten haben werden, um darauf erwidern zu können. Und deshalb danke ich Ihnen wirklich für Ihre restlose Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen.)* 22.26

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Moser. Ich erteile es ihm.

22.26

Abgeordneter **Moser** (Liberales Forum): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist notwendig, bei einem derart wesentlichen und für die österreichische Politik bedeutenden Thema wieder zu einer sachlichen Diskussion zurückzukehren.

Moser

Es stehen der Fünfte, Sechste und Siebente Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik zur Diskussion. Das gibt uns die Möglichkeit, von dieser Stelle aus auch Standpunkte zur Europapolitik aus Sicht der jeweiligen Fraktionen darzulegen. Ich finde es eigentlich bedauerlich, daß drei Berichte unter einem diskutiert werden müssen, weil ich es als notwendig erachte, daß gerade zu einem derart umfassenden und wichtigen Thema und auch zu den Inhalten der einzelnen Punkte des öfteren in diesem Hohen Hause Diskussionen geführt werden sollten. Wie die Diskussion zeigt, wäre es sinnvoll und günstig, einzelne Bereiche herauszunehmen, sachlich zu diskutieren und danach zu trachten, zu einer gemeinsamen Lösung oder Position zu kommen, da es — wie viele Vorredner schon angemerkt haben, gerade in dieser Frage von großer Bedeutung ist, einen breiten nationalen Konsens zu finden.

Meine Damen und Herren! Für uns Liberale: Wir sagen ja zu Europa, wir sagen ja zur Europäischen Integration und damit auch ja zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, und zwar zur Politischen Union der Europäischen Gemeinschaften, weil es nur diese Europäische Gemeinschaft geben kann, nämlich eine Gemeinschaft auf der Grundlage der Maastrichter Verträge mit ihren politischen Grundwerten, die da sind: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, liberale Marktwirtschaft, Friede und Freiheit und die Absicht, diese gemeinsamen Werte gemeinsam zu bewahren. Ich halte diesen Ansatz für einen richtigen Ansatz, den wir voll und ganz mittragen und unterstützen können. *(Beifall beim Liberalen Forum und bei der ÖVP.)*

Für uns Liberale, meine Damen und Herren, sind die Europäischen Gemeinschaften eine Friedensordnung, und zwar in erster Linie eine Friedensordnung, aber selbstverständlich auch eine Wirtschaftsunion. Daher wird mit dem Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften eine ganz wesentliche Weichenstellung vorgenommen, die in ihrer Bedeutung gleichzusetzen ist mit dem Jahr 1955, als Österreich den Staatsvertrag und damit seine Unabhängigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen hat. *(Präsident Dr. Lichal übernimmt den Vorsitz.)*

Ich meine, daß wir uns heute und jetzt zu entscheiden haben, ob wir uns geistig, politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch auf eine Alpenfestung zurückziehen, in eine Isolation gehen oder ob wir uns öffnen nach Europa und uns gemeinsam mit den demokratischen Staaten in Europa der Herausforderung der Zukunft stellen. Dieser Verantwortung müssen wir uns bewußt sein, wenn wir hier in diesem Hohen Haus die Frage der Europäischen Integration diskutieren.

Ich meine, wir sollten diesen Weg gehen. Der EG-Beitritt muß uns allen ein nationales Anliegen sein. Es sind, so meine ich, alle politischen Parteien und gesellschaftlich relevanten Kräfte aufgerufen, sich dieser Herausforderung zu stellen.

Meine Damen und Herren! Es muß aber unsere Aufgabe sein, den Menschen, der Bevölkerung die Ängste und das Unbehagen vor diesem Neuen zu nehmen. Wir sind aufgefordert, das Land optimal darauf vorzubereiten und die Leute, die Bevölkerung über ihre neuen, positiven Zukunftsperspektiven zu informieren.

Meine Damen und Herren! Die Information durch die Bundesregierung geht etwas holprig vor sich, aus meiner Sicht, aus unserer Sicht ist sie unzureichend, wenig effizient und wird nicht angenommen. Man muß zwangsläufig zu diesem Schluß kommen, wenn man sich die Meinungsumfragen, wie die Einstellung der Österreicher zu den Europäischen Gemeinschaften ist, ansieht. Ich möchte aus einer Umfrage, die im „profil“ im Jänner dieses Jahres veröffentlicht worden ist, zitieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einige Zahlen — die Frau Staatssekretärin hat heute schon einige erwähnt — nennen.

Im März 1992 waren 33 Prozent gegen einen EG-Beitritt und 49 Prozent für einen EG-Beitritt. Im September 1992 waren wiederum 33 Prozent gegen einen EG-Beitritt, aber bereits 51 Prozent dafür. Im Dezember 1992 ist die Zahl der Gegner auf 38 Prozent gestiegen, bedauerlicherweise ist die Zahl der Befürworter auf 49 Prozent gesunken.

Die Frau Staatssekretärin hat hier heute neue Zahlen bekanntgegeben. Es sind nun 49 Prozent, wie sie gesagt hat, für einen EG-Beitritt — das heißt, da gibt es eine Stagnation, diese Zahl ist gleichgeblieben —, und die Zahl der EG-Beitritts-Gegner ist von 38 Prozent auf 41 Prozent angestiegen.

Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach ist das eine ungünstige Entwicklung, eine bedenkliche Entwicklung, und es besteht in dieser Richtung Handlungsbedarf. Ich möchte von dieser Stelle aus den Herrn Außenminister und die Frau Staatssekretärin als Mitglieder der Bundesregierung auffordern, entsprechende Maßnahmen zu setzen, damit eine größere Zustimmung der Bevölkerung zu einem EG-Beitritt Österreichs in Zukunft erwartet werden kann.

Ich meine, daß auch der Vorschlag, den der Herr Kollege Khol im Zuge der Debatte gemacht hat, aufgegriffen werden soll. Er ist für eine umfassende Information, vor allem für eine sachlichere Information, aber auch für eine Information auf breiter Basis unter Einbindung der ge-

Moser

sellschaftlichen Gruppen eingetreten. Dies ist notwendig und muß unbedingt durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang ist besonders wichtig, daß die Inhalte der Politischen Union der Europäischen Gemeinschaften und die Inhalte des Vertrages von Maastricht vermittelt werden. Es wird auch notwendig sein, einzelne Positionen, über die bisher im Lande diskutiert worden ist, ins rechte Licht zu rücken. Dies sind vor allem die Fragen der Neutralität, des Abtretens von Souveränitätsrechten — heute hat ein Kollege sogar von einem Europäischen Einheitsstaat gesprochen, im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt —, aber auch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Polizeiwesens und der inneren Sicherheit. Es gibt hier sehr viele offene Fragen, und gerade deshalb ist in der Bevölkerung eine Unsicherheit und ein Unbehagen spürbar. Es wird notwendig sein, daß sowohl die Regierung als auch die politischen Parteien eine klare Position beziehen und klare Antworten geben.

Ich möchte nun aus der Sicht meiner Fraktion einige Anmerkungen zur Neutralität machen.

Das Bekenntnis zur Neutralität war 1955 eine richtige Entscheidung, sie hat damals in der europäischen Nachkriegsordnung einen entscheidenden Stellenwert gehabt. Meine Damen und Herren! Heute hat sich die geostrategische Lage wesentlich verändert, und zwar auf der einen Seite durch den Zerfall des Ostblocks, und auf der anderen Seite — das wird immer wieder vergessen — durch die fortschreitende Westintegration, durch die zunehmende Integration der westeuropäischen Länder. Daher hat die Neutralität als strategische Option die Bedeutung verloren. Sie ist als sicherheitspolitisches Konzept Österreichs nicht mehr in der Lage, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Für mich kann die Neutralität höchstens noch eine Maxime oder der neutrale Inhalt unseres außenpolitischen Handelns sein, das als Politik in die Europäische Gemeinschaft miteingebracht werden kann. Aber für Österreich ist die Neutralität obsolet geworden. Ich möchte sogar so weit gehen, zu sagen, daß ein Festhalten an dieser Konzeption ein sicherheitspolitisches Risiko darstellt. Das zeigen auch die Vorgänge in Jugoslawien.

Meine Damen und Herren! Zu den Vorgängen in Jugoslawien — es ist heute ein Entschließungsantrag dazu eingebracht worden — möchte ich sagen: Es ist notwendig, daß die derzeitige Friedensordnung neu geregelt wird. Es wird — das zeigt sich immer mehr — nur mehr eine Staatengemeinschaft in der Lage sein, den Frieden wiederherzustellen und ihn als solchen zu bewahren,

und zwar nur, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist.

Herr Bundesminister! Es wird notwendig sein, hier anzusetzen. Es wird notwendig sein, die Vereinten Nationen auf diesen Punkt hin anzusprechen. Ich glaube, daß die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Lösung der Frage in Bosnien-Herzegowina nur mit halbherzigen Maßnahmen reagiert haben, und das hat letztendlich zu der jetzigen katastrophalen und bedenklichen Lage geführt. Wir sollten alle diesen Entschließungsantrag mittragen. Es ist notwendig, daß wir ihn jetzt entsprechend beschließen. Meine Fraktion wird selbstverständlich diesen Entschließungsantrag mittragen. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Meine Damen und Herren! Es ist in der Zwischenzeit schon eine Selbstverständlichkeit geworden, daß anstelle der Neutralität eine aktive Teilnahme an einem kooperativen Sicherheitssystem der EG zu treten hat. Ich meine, daß es daher notwendig sein wird, an die Stelle der Neutralität die Vollmitgliedschaft bei der Westeuropäischen Union zu setzen, zumal diese Westeuropäische Union — das ist auch in dem Vertrag von Maastricht als solches festgehalten — den verteidigungspolitischen Arm der Europäischen Gemeinschaften darstellt. Nur die Mitgliedschaft garantiert eine Mitgestaltungsmöglichkeit, nur die Mitgliedschaft garantiert ein optimales Vertreten der österreichischen sicherheitspolitischen Position. *(Beifall beim Liberalen Forum und der ÖVP. — Abg. Elm e c k e r: Das Problem der Beistandspflicht!)* Ich komme noch darauf zurück, Herr Kollege. *(Abg. Elm e c k e r: Die Beistandspflicht!)* Ja, Herr Kollege, ich komme später darauf zurück. Ich möchte vorher noch auf eine Anmerkung des Kollegen Renoldner eingehen.

Meine Damen und Herren! Wer nein *(Zwischenruf des Abg. Dr. K h o l)* zur Westeuropäischen Union sagt, sagt auch nein zur EG. Meine Damen und Herren! Wer statt der Westeuropäischen Union NATO sagt, um nicht der EG beitreten zu müssen, täuscht die Öffentlichkeit, denn ein NATO-Beitritt ist nur dann möglich, wenn sich Österreich den Europäischen Gemeinschaften anschließt. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Im Zusammenhang mit der Frage betreffend den Beitritt zur Westeuropäischen Union hat Kollege Renoldner, aber auch noch ein anderer Kollege die Frage der Beitrittsverpflichtung angesprochen. *(Abg. Dr. K h o l: Der Haider hat das auch gesagt, Herr Kollege!)* Was hat er auch gesagt? *(Abg. Dr. K h o l: NATO statt EG!)* Das ist seine Meinung. Daher habe ich ja auch gesagt: NATO, um nicht der EG beitreten zu müssen.

Kollege Renoldner hat sich gegen die WEU ausgesprochen und hat verlangt, daß das zukünftige

Moser

tige europäische Sicherheitssystem in die Vereinten Nationen eingebunden sein muß und eine Grundlage in der Charta der Vereinten Nationen haben muß. Ich sage Ihnen, die Westeuropäische Union hat diese Grundlage.

Ich darf Artikel 5, nämlich die Beistandsverpflichtung, die im Rahmen des Vertrages der Westeuropäischen Union festgeschrieben ist, zitieren. Darin steht: „Sollte einer der hohen vertragschließenden Teile das Ziel eines bewaffneten Angriffs in Europa werden, so werden ihm die anderen hohen vertragschließenden Teile im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 51 der Satzungen der Vereinten Nationen alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten.“

Meine Damen und Herren! (*Abg. Elmecker: Die Beistandspflicht!*) Jawohl, die Beistandspflicht auf Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, im Rahmen der Bestimmungen und der völkerrechtlichen Regelungen der Vereinten Nationen. Daher glaube ich, daß gerade auf dieser Grundlage eine Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union möglich ist, auch in der Position, in der sich Österreich befindet. (*Abg. Elmecker: Auch als Neutraler?*)

Meine Damen und Herren! Es war daher ein richtiger Schritt, daß die Bundesregierung in ihrem Aide mémoire vom Dezember 1992, aber auch bei der Eröffnung der EG-Verhandlungen die Frage der Neutralität nicht mehr angesprochen hat und sich ganz klar zu den politischen Zielen und zum Inhalt des Vertrages der Europäischen Union auf der Grundlage der Maastrichter Verträge bekannt hat.

Frau Staatssekretärin Ederer! Es ist daher — so meine ich — wenig sinnvoll, daß gerade die Europastaatssekretärin in dieser Frage eine andere Position einnimmt. Ich möchte die Bundesregierung von dieser Stelle aus auffordern, endlich einen gemeinsamen Weg zu suchen, eine gemeinsame Linie zu finden, damit die Bevölkerung nicht weiter verunsichert wird.

Meine Damen und Herren! Es wird notwendig sein, in dieser Frage eine gemeinsame Linie zu finden, und ich halte es auch für notwendig, daß zur Frage der österreichischen Sicherheitspolitik in diesem Haus eine umfassende Diskussion stattfindet. Meine Anregung wäre — der liberale Klub wird einen diesbezüglichen Antrag an das Präsidium stellen —, eine sicherheitspolitische Enquete in diesem Haus abzuhalten. Wir meinen, daß dies ein Gebot der Stunde ist, gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über den Beitritt Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Die bisherige Diskussion über die Maastrichter Verträge hat sich im wesentlichen um zwei Säulen dieser Maastrichter Verträge gedreht, und zwar auf der einen Seite um die Wirtschafts- und Währungsunion und auf der anderen Seite um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ich finde es bedauerlich, daß offensichtlich das dritte Standbein, nämlich die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Polizeiwesens und der inneren Sicherheit, in Vergessenheit geraten ist und daß diesem dritten Standbein nicht jene Bedeutung beigemessen wird, die es haben sollte.

Die soeben erwähnte Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen, die sich für uns, für unser Land und für Europa im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung, die auf der einen Seite von Osten nach Westen und auf der anderen Seite von Süden nach Norden stattfindet, aber auch im Zusammenhang mit der Zunahme der internationalen Kriminalität und des Drogenhandels ergeben. Bedauerlicherweise diskutieren wir diese Problematik nicht im Zusammenhang mit dem EG-Beitritt. Diese dritte Säule ist eine ganz wesentliche in den Verträgen zu Maastricht. Daher wird es auch notwendig sein, das herauszuarbeiten, weil damit — eben auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht (*Abg. Elmecker: Österreich bekommt den Beobachterstatus!*) — die innere Sicherheit entsprechend gewährleistet und garantiert werden kann.

Diese Fragen sind nur im internationalen Rahmen, nur auf Gemeinschaftsebene lösbar. Daher ist es notwendig, in diesen Fragen internationale Zusammenarbeit zu suchen. Für diese internationale Zusammenarbeit ist wieder die Politische Union der EG auf der Grundlage der Maastrichter Verträge der richtige Rahmen zur Koordinierung einer europaweiten Asylpolitik, zur Koordinierung einer Einwanderungspolitik, die zwischen den jeweiligen Staaten Europas abgestimmt ist, bis hin zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches und der internationalen Kriminalität.

Meiner Meinung nach müßte es schon aus diesem Grund selbstverständlich sein, ja zur EG zu sagen. Es ist eigentlich unverständlich und unverantwortlich, wenn man sich dagegenstellt. Aus meiner Sicht ergibt sich vielmehr die Notwendigkeit, die Europäische Integration noch mehr, noch stärker voranzutreiben.

In diesem Zusammenhang steht auch das Schengener-Abkommen. Dieses sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt unterzeichnet werden, und es ist diesem Abkommen rasch beizutreten.

Herr Bundesminister! Mir scheint der Beobachterstatus zuwenig zu sein. (*Zwischenruf des Abg. Elmecker.*) Richtig! Daher ist die Mit-

Moser

gliedschaft zur EG — genauso wie im Bereich der militärischen, der äußeren Sicherheit — wesentlich, da sich die Voraussetzung für einen Beitritt zur Westeuropäischen Union und auch die Voraussetzung für das Schengener-Abkommen ist. Daher ist dieser Weg zu gehen.

Ich habe vorhin gesagt, daß gerade die Fragen der Sicherheit, die Herausforderungen, die sich uns stellen, nicht mehr nationalstaatlich, nicht mehr einzelstaatlich gelöst werden können, sondern daß wir einen internationalen Rahmen dazu brauchen. Dieser internationale Rahmen ist auch für viele andere Fragen, zum Beispiel für Fragen der Umwelt, des Verkehrs und der Energie notwendig. Daher sind neue Lösungsansätze zu suchen, die diesem internationalen und europäischen Rahmenbedingungen entsprechen.

Es ist auch notwendig, gewisse Souveränitätsrechte oder Souveränitätsanteile abzutreten. Diese Form der Supranationalität bedeutet aber eine neue Form der Souveränität, bedeutet für mich eine höhere Qualität der Souveränität und keinen Verlust nationaler Autonomie. Das ist auch — ich möchte das den Kollegen von der Freiheitlichen Partei sagen — kein Europäischer Einheitsstaat.

Für mich stellt sich gerade in dieser Angelegenheit sehr wohl die Frage: Wer ist eigentlich souveräner? Jenes Land, das sich in einer supranationalen Institution das Recht auf eine gleichberechtigte Mitwirkung und Mitsprache sichert, oder jenes Land, das zwar formal an seiner nationalen Souveränität festhält, aber aufgrund der Sachzwänge das nachvollziehen muß, was andere beschließen, und keine Möglichkeiten hat, in den Entscheidungsprozeß einzugreifen?

Daher ist für mich die Antwort klar: Wir können und sollen den Weg in supranationale Institutionen gehen, wir können und sollen den Weg nach Europa gehen, weil nur so unsere Probleme am besten gelöst werden können. *(Beifall beim Liberalen Forum.)*

Ein EG-Beitritt bedeutet keine Einschränkung der Souveränität, sondern ist eher souveränitätserhaltend, und zwar deshalb, weil wir unsere Souveränität nicht an irgendwelche fremden Mächte abgeben, sondern uns im Rahmen der Union gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstaaten bei der Suche nach der gemeinsamen Lösung den Herausforderungen stellen. Ich sehe keinen Grund, eine derartige Entwicklung nicht mitzutragen oder nicht zu unterstützen, wenn diese im Interesse unseres Landes liegt.

Ich komme zum Schluß. Ich möchte abschließend festhalten: Anfang Februar 1993 haben die Beitrittsverhandlungen begonnen. Sie treten jetzt in eine entscheidende Phase. Es ist notwendig — ich erwarte es von der Bundesregierung —, daß

die Bevölkerung und dieses Parlament laufend informiert werden, um die Zustimmung für das entsprechende Quorum bei der Volksbefragung zu erreichen. Es ist aber auch notwendig, daß diese Bundesregierung die Verhandlungen selbstbewußt führt, damit die Interessen Österreichs optimal gewahrt bleiben.

Meine Damen und Herren! Ich erwarte aber auch eine Einbindung der Opposition und des Parlaments zur Erzielung eines breiten Konsens. Die Liberalen werden ihren Beitrag dazu leisten. — Danke schön. *(Beifall beim Liberalen Forum und der SPÖ.) 22.50*

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gudenus. — Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

22.50

Abgeordneter Mag. Gudenus (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Heute vormittag meinte Abgeordneter Professor Khol einleitend das Wort „Hausaufgaben“, welches die Freiheitlichen anscheinend des öfteren zu verwenden pflegten, kritisieren zu müssen. Es wäre durch ein besseres Wort, wie er meinte, und zwar durch das Wort „Herausforderung“ zu ersetzen. Ich sehe schon ein, daß man heute angesichts eines Fußballmatches Österreich gegen unseren zukünftigen EG-Partner Griechenland, das knapp 2 : 1 ausgegangen ist, von einer Herausforderung spricht.

Nun muß ich aber den Abgeordneten Khol darauf aufmerksam machen, daß er selbst einer jener ist, die das Wort „Hausaufgaben“ gelinde gesagt sehr oft verwendet haben. Entweder hat er es uns Freiheitlichen abgeschaut, dann kann das Wort nicht so schlecht gewesen sein, oder er hat es aus dem Amerikanischen übersetzt, wo das Wort „homework“ viel mehr umfaßt als das Wort „Hausaufgaben“ im österreichisch-deutschen Sinn, oder aber Professor Khol *(Abg. Schieder: Sie sollten eher für Schloßaufgaben sein als für Hausaufgaben!)* macht eine déformation professionelle, indem er als Professor in seinem Beruf Hausaufgaben wohl schätzt, aber sie im Parlament als solche ablehnt. Ich sehe das nicht ganz ein, aber er hat . . . *(Abg. Dr. Khol: Umfassend gebildeter Mensch! In einem Satz Englisch und Französisch!)* Bitte, Herr Professor!

Dein Klubobmann Busek hat am 25. September 1991 sehr wohl davon gesprochen. *(Abg. Dr. Neisser: Busek ist nicht Klubobmann! Dagegen möchte ich mich verwahren!)*, daß er von der Annahme ausgeht, daß der Koalitionspartner seine *(Abg. Dr. Fuhrmann: Busek ist nicht Klubobmann!)* Hausaufgaben machen wird, so wie wir sie auch machen. Also insofern kritisiert Busek die SPÖ, daß hinsichtlich der Hausaufgaben noch zuwenig geschehen ist. *(Abg. Elmek-*

Mag. Gudenus

k e r: Dazu sind Sie aber nicht runtergegangen zum Rednerpult! Wir möchten etwas hören!

Einmal hast du erwähnt, daß die Integration eine Anzahl von Hausaufgaben erforderlich macht. Einmal gab es sogar eine Pressekonferenz in Salzburg mit Wirtschaftsjournalisten, an der Vizekanzler Busek, Minister Schüssler (*Rufe bei der ÖVP: Der heißt Schüssel!*) — Schüssel, jawohl, das kann noch kommen —, Schüssel (*Abg. Dr. Khol: Gudena! Der heißt Schüssel!*) und Franz Fischler zum Thema „Erledigt die Bundesregierung ihre Hausaufgaben rechtzeitig vor dem EG-Beitritt?“ teilnahmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Antwort können wir ja heute hier schon geben. (*Abg. Schieder: Heute ist er der Retter des Abendlandes und der Hausaufgaben!*) Es ist immer für jemanden, der sehr spät am Abend spricht, erfreulich, daß die Fürwitzigkeit mancher Abgeordneten, die sonst den ganzen Tag nur durch gelinde Präsenz glänzen, besonders groß ist. (*Abg. Dr. Khol: Je später der Abend, umso schöner die Redner!*) Ich werde mich bemühen, nicht auf alles einzugehen.

Andreas Khol zeigte sich auch besonders besorgt über die Ergebnisse von Birmingham. Trotz gewisser Probleme — welche, möchte ich wissen — gelte es jedoch im Hinblick auf Edinburgh — dort wird der Zeitpunkt für Verhandlungen festgelegt werden — in Österreich eine Reihe von europäischen Hausaufgaben zu erledigen, um für Verhandlungen gerüstet zu sein. Ich hoffe, Sie von den Koalitionsparteien haben diese erledigt. Ich kann es nicht erkennen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Soweit zum Historischen über die Hausaufgaben, Herr Professor Khol. Und um es zu sagen . . . (*Abg. Dr. Khol: Tiefschürfende Analyse!*) Das war keine tiefeschürfende Analyse, sondern das war die Analyse über die Hausaufgaben. (*Abg. Dr. Khol: Das ist richtig!*) Aber Sie haben sie angezogen. (*Abg. Dr. Khol: Ausgezogen, nicht angezogen!*) Sie waren besorgt, daß die Freiheitlichen die Hausaufgaben thematisieren. Ich bin froh, daß du sie thematisiert hast; ich habe es aufgegriffen. Das muß ein gutes Thema sein, denn die Freiheitliche Partei . . . (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Schieder: Ich bin froh, daß sie homework nicht mit Heimatwerk übersetzt haben!*) Das ist schön. Ich sage ja, die Fürwitzigkeit gegen Mitternacht nimmt zu.

Aber um die Fürwitzigkeit nicht auf die Spitze zu treiben, möchte ich Ihnen allen sagen: Wir Freiheitlichen sind nicht gegen die EG (*Rufe bei SPÖ und ÖVP: Aber! Aber!* — *Abg. Schwarzenberger: Da werden Sie vom Haider eine Rüge bekommen!*), aber wir sind sehr nachdenklich gegenüber dieser EG (*Rufe bei SPÖ und ÖVP: Aha!*) und stehen kritisch der dilettantischen EG-Politik dieser Bundesregierung gegen-

über. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Dr. Khol: Das wird die EG aber kränken!*) Wir stehen aber auch der EG-Politik kritisch gegenüber, so wie sie die derzeitige EG-Kommission betreibt, und zwar mit einer Denkweise aus der Zeit des kalten Krieges.

Mehrfach haben wir Freiheitlichen betont, und mehrfach haben es auch die Koalitionsparteien gesagt: Wir wollen aufrechten Ganges nach Brüssel gehen! Ich sehe nicht immer einen aufrechten Gang. Ich fordere Sie auf: Probieren Sie es! Trial and error! Wenn etwas nicht gleich klappt, machen wir es noch einmal, es drängt uns nicht so sehr. (*Abg. Dr. Khol: Nicht den Popper um 11 Uhr in der Nacht bemühen!*) Die politischen Mitbestreiter auf dem Weg nach Brüssel machen es uns leicht und die Brüsseler Regierung ebenfalls. Die Mitgliedstaaten . . . (*Abg. Dr. Khol: Herr Kollege Huber! Was sagen Sie zu trial and error?*)

Die Bevölkerung Österreichs muß den Eindruck gewinnen — ich bezweifle aus guten Gründen —, daß die Verhandler mit höchstem Einsatz handeln. Ich behaupte, die Verhandler verhandeln nicht mit höchstem Einsatz. Ich fordere namens der freiheitlichen Kollegen auf, daß mit höchstem Einsatz verhandelt wird, so wie beim Fußballspiel, das der Kollege Khol heute bei seiner Wahl des Wortes „Herausforderung“ im Auge gehabt hat (*Abg. Schieder: Ein bißchen besser sollte es schon sein!*), mit höchstem Einsatz gespielt wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich fordere auf . . . (*Abg. Dr. Khol: Keine homeworker, sondern streetworker!*) Manche sind no-worker, und das ist noch viel ärger, Herr Professor. (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Schieder: Womit Sie nicht den Dr. No meinen!*)

Ich fordere zu einer offenen Debatte über die Integration auf. Wir wollen, und wir fordern, daß die beste Information für jeden Bürger Österreichs erreichbar ist. (*Abg. Elmecker: Wenn ihr eh dagegen seid!*), und zwar nicht nur über ein Telefon und über Plakatwände, sondern man soll erkennen, daß die Bundesregierung tatsächlich das Beste für Österreich herauschinden will. (*Abg. Schieder: Schinden!*)

Warum haben die Koalitionsparteien Angst, daß, wenn die Freiheitliche Partei und andere Oppositionsgruppierungen gegen die EG sind, unter Umständen eine Anti-EG-Stimmung entsteht und bei der Volksabstimmung ein negatives Resultat zur EG herauskommt. (*Abg. Schwarzenberger: Das wollen Sie ja!*) Wenn die Regierungsparteien eine solch optimale Politik machen, dann müßte es doch leicht möglich sein, mit 75 Prozent — grob gesagt — der politischen Meinungsbildung über die 25 Prozent, die die Oppo-

Mag. Gudenus

sition darstellen, zu obsiegen. Nein, Sie haben Angst davor, mit 51 Prozent unterzugehen, wenn es zur Volksabstimmung kommt. Es muß doch an dieser Themenführerschaft, die die Regierung so schlecht wahrnimmt, etwas falsch sein.

Ich fordere auf, daß die Themenführerschaft mit Transparenz wahrgenommen wird. Insbesondere muß die Neutralitätsdebatte ernst genommen werden, denn in diesem Punkt wird herum-dilettiert. Die einen sagen das, die anderen jenes. Wir haben es heute schon gehört; ich möchte zu dieser Stunde nicht mehr die gesamte EG-Debatte aufführen. Aber wir können uns nicht darüber hinwegschwindeln, daß wir sagen: Wir bleiben neutral!, treten aber gleichzeitig in ein Verteidigungsbündnis, in ein Angriffsbündnis oder weiß der Teufel was ein. So geht es nicht. (*Abg. Schieder: In ein System der kollektiven Sicherheit, nicht Bündnis, in ein Sicherheitssystem!*) Sicherheitssystem nennt sich die NATO auch noch immer, Sicherheitssystem nannte sich auch der Warschauer Pakt. So einfach können Sie es sich nicht machen. (*Abg. Schieder: ... Wo ist der Unterschied? Das lernt man in jedem Generalstabskurs!*) Na ja, bitte. (*Abg. Dr. Khol: Haben Sie nicht einen Generalstabskurs gemacht?*)

Die Bevölkerung ist entscheidungsfähig, und die Entscheidung wird die Bevölkerung (*Beifall bei der FPÖ*) anhand Ihrer Äußerungen fällen; jener Äußerungen, die, wenn man das Thema ein bißchen ankratzt, anstatt nur eine Positivmeinung zu vertreten, das Thema lächerlich machen. Sie können diese Sachen lächerlich machen. (*Abg. Dr. Khol: Das Lächerlich-Machen machen Sie jetzt besser als ich!*) Gehen wir einmal zur Volksabstimmung, dann werden wir vielleicht über Sie lachen, denn wer zuletzt lacht, lacht am besten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Schon jetzt zeigt sich, daß in der EG selbst das Dänen-Referendum noch keine g'machte Wies'n ist, daß im Vereinigten Königreich selbst die Unterhausdebatte erst angegangen worden ist und noch nicht entschieden ist, wie es ausgeht. Aber wir werden sehen, wie es sich machen läßt.

Ich fordere die Bundesregierung auf — einer meiner Vorredner hat das heute schon getan (*Abg. Dr. Khol: Schon wieder! Schon wieder fordert er!*) —, Beobachter der Oppositionsparteien ins Verhandlungsteam aufzunehmen. Das ist keine Präjudizierung, das ist ein einmaliger Vorgang. (*Abg. Schwarzenberger: Sie sind ja sowieso dagegen!*) Wir werden in Zukunft nicht so oft Verhandlungen mit der EG haben, und es muß daher der Bundesregierung ein Anliegen sein, auch Oppositionspolitiker in ihre Reihen aufzunehmen. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Sie sind ja vertreten im Gemischten Ausschuß!*) Gemeinsam soll dann in Brüssel das ausverhandelt werden, was für die Republik gut ist. (*Beifall bei der FPÖ. —*

Abg. Dr. Khol: Ist dir der Haider nicht gut genug? Der ist ja Mitglied!)

Es hat sich schon in den letzten Monaten abgezeichnet, daß unsere Einstellung zum EWR goldrichtig war. Jetzt sagt sogar schon — und das zweimal in diesem Jahr — der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Botschafter Ceska: Je später, desto entbehrlicher!, und er warnt davor, daß der EWR als Sicherheitsnetz aufgefaßt wird für den Fall, daß wir nicht beitreten könnten. Je näher man an den Zeitpunkt herankommt, zu dem der Verhandlungserfolg für den EG-Beitritt sichtbar wird, umso entbehrlicher wird der EWR. Sie sehen jetzt, warum wir damals gegen den EWR waren, gegen den EWR als Wartehaus: Weil die Gefahr besteht, daß dieses Wartehaus ein Dauerzustand werden könnte, wenn die Verhandlungen nicht gut genug geführt werden. (*Abg. Dr. Fuhrmann: EWR nicht, aber voll hinein in die EG, haben Sie gesagt!*) Ich habe gar nichts gesagt. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Nein, Sie nicht!*)

Das Europäische Parlament ist besorgt über die Verzögerungen bei den Abhandlungen über Maastricht, besorgt über Großbritannien. (*Abg. Dr. Khol: Huber! Greif doch ein!*) Das Europäische Parlament wirft der Regierung der EG vor, daß sie das Vertrauen, welches die Bevölkerung der EG in die EG und ihre Regierung setzt, mißbraucht und verspielt. Es wirft der Regierung der EG vor, daß sie eine widersprüchliche Politik zwischen der EG und den Mitgliedstaaten der EG führt, welche unter anderem die Devisenmärkte ins Wanken brachte und Währungsturbulenzen hervorrief. (*Abg. Marizzi — auf die Uhr zeigend —: Herr Kollege Gudenus!*) Herr Kollege Marizzi, Sie können sich zu Wort melden, wir sind heute noch länger da. (*Abg. Dr. Fuhrmann: Da irren Sie sich! — Weitere Zwischenrufe.*) Oder morgen, das ist gleich.

Die gemeinschaftliche Haltung der Regierung der EG läßt doch gerade — die Vorredner haben es x-mal gesagt — in bezug auf das Verhalten zu Exjugoslawien wirklich zu wünschen übrig. Die Regierung der EG ist unfähig, eine Politik aufzuzeigen, welche die Bewältigung der Bevölkerungsströme in Europa regelt (*Abg. Dr. Jankowski: Das macht doch nicht die EG-Kommission! Sie haben wirklich überhaupt keine Ahnung!*) und eine Asylpolitik im erträglichen Maße für die europäische Bevölkerung sicherstellt. Wenn das das Europäische Parlament sagt, so ist das ein Zeichen, daß große Gefahr droht und wir Freiheitlichen zu Recht die Regierung mahnen, vorsichtig und mit Nachdruck die Verhandlungen in Brüssel zu führen und nichts zu überhappen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Fuhrmann: „Übersetzen“! Was heißt das? Ich habe den Satz nicht verstanden!*)

Mag. Gudenus

Was ist der Grund für die europäischen Parlamentarier, eine Überprüfung des Maastricht-Vertrages, die erst für 1996 vorgesehen war, vorzuziehen? Wenn Maastricht so gut und ausgegoren wäre, wie wir hier zum Teil zu wissen vorgeben, dann gäbe es keinen Grund, den Maastricht-Vertrag in der EG selbst noch einmal zu überprüfen, in der EG selbst vorverlegt zu überprüfen. (Abg. Dr. Khol: Der Maastrichter Vertrag wird nicht überprüft!) Natürlich, 1996! (Abg. Dr. Fuhrmann: Na, ist die NATO jetzt ein Sicherheitsbündnis oder ein Verteidigungsbündnis?) Nur weil Professor Khol im Auditorium maximum sagt: Es wird nicht überprüft, verehrte Hörer!, muß es nicht so sein. Auch ein Professor kann sich irren. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Europäische Parlament fordert eine feierliche Erklärung — möglicherweise ist sie heute abend erfolgt, und Professor Khol kann sich morgen dazu äußern —, eine feierliche Erklärung des Ministerrats, der Kommission und des Parlaments zur Transparenz und Demokratie. Warum verlangt das das Europäische Parlament? — Weil diese Dinge nicht vorhanden sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Europäische Parlament fordert und diskutiert die Forderung heute abend — vielleicht so lange wie wir —, der Rat soll auch bei der Gesetzgebung öffentlich tagen und nicht nur hinter geschlossenen Türen! (Abg. Marizzi: Hinter Polstertüren!) Auch das ist eine Forderung, die wir stellen, eine Forderung, die alle jene stellen müßten, die diesem Bereich beitreten wollen. Ich freue mich, daß Kollege Marizzi mir zustimmt. Der Lerneffekt setzt auch spät gegen Mitternacht noch ein. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)

Aber ich sage Ihnen: So wie es hier Fensterreden zuwenig gibt, gibt es sie auch in Brüssel zuwenig. Das bekritteln die Brüsseler Parlamentarier auch: daß die Regierungen dort nur Fensterreden halten, aber alles andere hinter geschlossenen Türen erfolgt. (Abg. Dr. Fuhrmann: Also wollen Sie doch keine Öffentlichkeit! Wollen Sie jetzt eine Öffentlichkeit oder nicht?) Wir können woanders darüber sprechen. (Abg. Dr. Fuhrmann: Sie können ja diese Frage beantworten!) Ich habe es ja gesagt.

Drittens: Der Rat der Europäischen Gemeinschaft soll sich verpflichten, Rechtstexte nicht zu verabschieden, die zuvor vom Europäischen Parlament abgelehnt worden sind. Das heißt, daß jetzt das Parlament nichts zu sagen hat, denn wenn das Parlament etwas abgelehnt hat, konnte trotzdem der Rat dieses übersteuern. Und dieses Parlament ist ein Instrument, welches wir als Demokraten und Parlamentarier in Österreich nicht für uns in Anspruch nehmen wollen. (Abg. Dr. Nowotny: Aber Parlamentarier sind wir schon, gelt?) Wir wollen ein Europäisches Parlament ha-

ben, wo die Parlamentarier das letzte Wort haben und nicht so wie hier die Regierung, weil sie in der Mehrheit ist und der Opposition eine erdrückende Koalition auferlegt wird. Wir wollen mitbestimmen können! (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Fuhrmann: Das haben Sie vor zwei Jahren nicht gewußt? Vor zwei Jahren war das nicht anders! Da waren Sie voll dafür!) Melden Sie sich doch zu Wort oder kommen Sie einmal zu mir nach hinten, ich mache eine Sprechstunde für Sie, Herr Doktor! (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Wenn Sie dagegen sind, können Sie ja nicht mitbestimmen!)

Das Europäische Parlament fordert institutionelle Vereinbarungen mit der Kommission und mit dem Ministerrat zur Ausgestaltung und Umgestaltung der Maastrichter Verträge. Wenn das nicht ein Schrei der europäischen Parlamentarier ist, daß hier etwas falsch ist, sodaß auch wir hier im österreichischen Parlament uns gegen diese falsche Vorgangsweise wehren müssen, was soll man dann als Schrei anführen? Die europäischen Parlamentarier empfinden die Vorgangsweise selbst als nicht zukunftsweisend. (Abg. Marizzi: Tarzan, wo ist Jane?)

Wir fordern — das hat ein Redner heute schon gesagt, und ich kann mich dem nur anschließen —, daß die Bevölkerung über Maastricht vollinhaltlich informiert werden muß (Abg. Marizzi: Richtig!), daß die Politische Union nicht unklar für Österreich sein darf (Abg. Marizzi: Richtig!) wie ein Versicherungsvertrag, bei dem im berühmten Kleingedruckten die Sachen auftauchen, die dann, wenn man ihn eigentlich braucht, zur Nichtanwendung führen und dazu, daß man dann die Versicherungssumme nicht kassieren kann. (Abg. Schwarzenberger: Die Prämie müssen Sie zahlen! — Weitere Zwischenrufe.)

Wir fordern, daß die Neutralität ausdiskutiert wird. Wir fordern, daß die Neutralität aufgehoben wird. Das ist eine Forderung von uns. Die Neutralität ist obsolet!

Wir fordern eine Umweltpolitik, die den allgemeinen Standard akzeptiert. Ich will nicht behaupten, daß wir Österreicher überall besser sind, aber dort, wo wir besser sind, müssen wir besser bleiben. Und dort, wo wir nicht so gut sind, wollen wir europäische Maßstäbe annehmen. Durchaus! (Beifall bei der FPÖ.)

Wir fordern eine Transitpolitik, die das Wort verdient, ohne daß ein Bundesland wie eine hohle Gasse für den nord-südeuropäischen Verkehr da liegt. Das geht nicht! Es gibt diese hohle Gasse, durch die der europäische Verkehr kommen muß. Gegen diese hohle Gasse wehren wir uns in Österreich! (Abg. Marizzi: Das ist die Schweiz! Das ist nicht Tirol! Sie haben jetzt „Wilhelm Tell“ zitiert!)

Mag. Gudenus

Wir fordern, daß die sozialen Errungenschaften Österreichs mit in die Europäische Gemeinschaft eingebracht werden, und wir fordern auch, daß die flächendeckende bäuerliche Landwirtschaft — und das ist heute oft genug gesagt worden — ein integrierender Bestandteil der Verträge mit Brüssel zu sein hat. Die österreichischen Bauern dürfen nicht wegrationalisiert werden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist erfreulich, daß in Brüssel schon ausgehandelt worden ist, daß die österreichische Fischerei kein Problem darstellt — ganz im Gegensatz zu Norwegen. Das ist wirklich sehr erfreulich, und es zeigt, daß eine zügige Verhandlungsführung vorhanden ist. *(Abg. Schieder: Vor allem der Anteil der Meeresfischerei!)*

Es ist erfreulich, daß die Forschung, das Gesellschaftsrecht und die Statistik schon erledigt sind, aber ich glaube, daß das noch zuwenig ist. Ich fordere daher ein weiteres Mal auf: Ziehen Sie österreichische Oppositionspolitiker mit ins Verhandlungsteam ein, und Sie werden sehen *(Abg. Schwarzenberger: Sie sind ja sowieso dagegen!)*, daß einige Überlegungen der freiheitlichen Opposition — der anderen Opposition möglicherweise auch — durchaus auch Ihre Zustimmung finden können, wenn Sie mit ihr gemeinsam verhandeln und nicht nur immer die Vorgabe geben: Friß oder stirb! Das ist ein Verhalten gegenüber der Opposition, das wir mißbilligen, und das ist ein Verhalten gegenüber der österreichischen Bevölkerung, das noch weniger akzeptabel ist. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Schieder: Ich stell' mir das so plastisch vor: Sie und der Voggenhuber verhandeln dort für Österreich! — Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP.)* Was verhandeln wir? — Wenn Sie es wiederholen, dann kann ich darauf eingehen.

Ich glaube nicht, daß Kollege Voggenhuber mit mir gerne verhandeln würde, aber ich würde sehr gerne mit nach Brüssel gehen, wenn man mich dazu auffordert und die Partei mich entsendet. *(Allgemeine Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Schieder: „Die Partei“ in Österreich gibt es nicht! — Abg. Dr. Kohl: Nachtigall, ich hör dir trapsen!)*

Kollege Cap — nicht hier — spricht immer von unverantwortlichem Populismus, dem die Opposition huldigt. Was heißt Populismus? — Dem Volk zugewandt. Was ist denn Böses daran *(ironische Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP)*, wenn wir dem Volk die Politik machen, derer das Volk bedarf? Ich habe keine Angst, als Populist verschrien zu werden. Ich freue mich, wenn Haider hier und in den Medien als Populist bezeichnet wird. Das zeigt, daß er ein Vollblutdemokrat ist. Und das sind wir auch. *(Beifall bei der FPÖ. — Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Schwarzenberger: Da lacht selbst der Huber! — Abg.*

Marizzi: Zugabe! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe. — Präsident Dr. Lichal gibt das Glockenzeichen.)

Wir wollen noch einzelne der erbrachten Opfer der europäischen Bevölkerung Revue passieren lassen: Die Kohlenkrise, die Stahlkrise, die Werftkrise, die Agrarkrise — dazu gehört noch erwähnt, daß im Rahmen der EG der österreichische Bauer nicht mehr sein eigenes Saatgut verwenden kann; der muß eines kaufen gehen; im Lagerhaus wahrscheinlich; das ist etwas, was wir nicht wollen; wenn der Bauer gutes Saatgut erzeugt, dann soll er sein eigenes verwenden dürfen; das ist dann verboten —, die Aufhebung des Reinheitsgebotes bei Bier, die Aufhebung des Reinheitsgebotes bei der Wurst, die Aufhebung des Reinheitsgebotes bei der Milch, die Aufhebung des Reinheitsgebotes beim Fleisch. *(Abg. Schwarzenberger: Das alles wollen Sie?)*

Meine Damen und Herren! Sie sehen, welche Dinge dem österreichischen Konsumenten zugemutet werden. Wir Freiheitlichen sagen der österreichischen Bevölkerung, was auf sie zukommt, und wir erwarten, daß auch Sie zugeben, daß das, wenn wir es bewußt auf uns nehmen — das kann man ja machen —, der Inhalt eines solchen Vertrages ist. *(Abg. Vetter: Warum ist der noch nicht in Brüssel? — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Schluß machen!)*

60 deutsche Professoren haben 11 Thesen der Kritik aufgestellt, und ich will Sie jetzt mit den 11 Thesen verschonen *(Abg. Dr. Fuhrmann: Wir wollen es gerne hören! Sagen Sie es uns!)*, aber die These 9 möchte ich Ihnen doch zur Kenntnis bringen:

„Zurzeit gibt es daher kein ökonomisch zwingendes Argument dafür, von oben eine monetäre Einheit auf ein wirtschaftlich, sozial und interessenpolitisch noch uneiniges Europa zu stützen. Die Vereinheitlichung des EG-Binnenmarktes benötigt oder erzwingt keineswegs eine gemeinsame europäische Währung.“

Dazu Professor Schiller, der vielleicht den Sozialdemokraten nähersteht als mir:

„Die These der Wirtschaftswissenschaftler rühre ans Eingemachte der Großbanken. Die versprechen sich von der europäischen Währung Vorteile.“

Schiller hält auch an der Auffassung fest, daß die vermögenden EG-Länder, vor allem Deutschland, hohe Transferzahlungen zu leisten haben werden — wie auch wir Österreicher; wir haben das ja schon gehört. Maastricht, so meint Schiller, „ziele auf die Etablierung einer multinationalen, multi-lingualen Super-Regierung mit einem

Mag. Gudenus

Über-Verfassungsrecht, das stärker ist als die nationalen Verfassungen, hin“.

Das soll unser Wunsch sein: ein „Über-Verfassungsrecht“ über der österreichischen Verfassung?! Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Ich hoffe, da kommen Änderungen, ich hoffe, da wird etwas ausgehandelt, was wir mit gutem Gewissen vertreten können.

Die Vorstellungen der österreichischen Bundesregierung, unsere Währungsordnung werde de facto auf ganz Europa ausgedehnt — wir gehen davon aus, unsere Währungsordnung ist eine gute Währungsordnung; trotz aller Kritik an der Regierung, aber die Währungsordnung ist gut — und Österreich werde dabei letztlich noch mehr Stabilität gewinnen, als im Europäischen Währungssystem möglich ist, entbehrt jeder Grundlage. Wir müssen uns dagegen wehren, in eine Einheitswährung hineingedrückt zu werden. Wir müssen uns dagegen wehren, in einen europäischen Einheitsmenschen hineingedrückt zu werden. *(Lebhafte Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Schieder: Das ist leicht mißverständlich! Diese Formulierung ist leicht mißverständlich!)* Ich werde es für Sie verständlich machen, Kollege. *(Abg. Schieder: Bitte!)*

Ich zweifle, daß die Demokratie im Vertragsraum der Europäischen Union besser aufgehoben ist als bei uns, denn die in der EG zusammengeschlossenen Staaten, werden von derzeit 12 Regierungschefs, die die Grundsatzentschei-

dungen ausgeben, von den 12 Mitgliedern des Ministerrats — das ist die Gesetzgebung — und von den 17 Mitgliedern der EG-Kommission, der Regierung, geführt, denen sogar ein Franzose zentralistische, dirigistische, technokratische, bürokratische, unitaristische und jakobinische Anwendungen unterstellt. Und dies in einem Satz. So schreibt es „Le Figaro“ am 29. 4. 1992. *(Ruf: Ach so! Lesen hätten wir das selber können! — Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Aus diesem Grund — ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren — sind wir Bejager eines vereinten Europas, wir sind Bejager einer EG *(Abg. Dr. Fuhrmann: Welche EG wollen Sie denn?)*, aber wir stehen dieser EG sehr kritisch gegenüber. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Schwarzenberger: Zugabe!)* 23.17

Präsident Dr. Lichal: Ich unterbreche nunmehr die Sitzung bis morgen, Donnerstag, den 11. März, 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der für die heutige Sitzung ausgegebenen Tagesordnung fortgefahren werden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 23 Uhr 18 Minuten unterbrochen und am Donnerstag, den 11. März 1993, um 9 Uhr 2 Minuten wieder aufgenommen.)

Fortsetzung der Sitzung am 11. März 1993

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Einen schönen guten Morgen!

Ich nehme die unterbrochene 107. Sitzung wieder auf, und wir gehen weiter in den Verhandlungen über die Tagesordnungspunkte 1 bis 3.

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gusenbauer. Ich erteile es ihm.

9.03

Abgeordneter Dr. Gusenbauer (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, den Faden der gestrigen Debatte wieder aufzugreifen und damit zu ermöglichen, daß unsere grundsätzliche Auseinandersetzung zu Fragen der Europäischen Integration weitergeführt wird. Europa ist in einer höchst widersprüchlichen Situation, geprägt von der Auseinandersetzung um zwei Konzepte zur Lösung der anstehenden Probleme.

Das eine Konzept, das sich vor allem in letzter Zeit trauriger Bedeutung erfreut, ist das Konzept des Nationalismus, das sich darauf bezieht, daß im eigenen Nationalstaat, verbunden mit der Abgrenzung gegen das andere, versucht wird, die Probleme zu lösen, oder es wird, so meine ich, eher vorgegeben, die Probleme zu lösen.

Das andere Konzept ist das Konzept der Europäischen Integration, das davon ausgeht, daß die europäischen Völker und Staaten gemeinsam versuchen sollten, die gemeinsamen Probleme zu lösen.

Es hat in der Vergangenheit unterschiedliche Konzepte von Integration in Europa gegeben: Es gab auf der einen Seite das durch die Präsenz der Roten Armee in Osteuropa erzwungene Konzept der Integration des RGW und des Warschauer Paktes, und es gab auf der anderen Seite das Konzept der Integration, beruhend auf freien Demokratien und auf dem freiwilligen Zusammenschluß von Staaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

Dr. Gusenbauer

Die Geschichte hat ein eindeutiges Urteil gesprochen, welches Konzept in Hinkunft im Mittelpunkt der politischen Diskussionen stehen sollte. Mit dem Niedergang des Kommunismus in Osteuropa gibt es nur mehr ein Konzept der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Integration in Europa, es ist das einzige Konzept, das auf einer demokratischen Grundlage aufbaut, und dieses Konzept konzentriert sich auf die Europäische Gemeinschaft. Dies kommt nicht nur durch die Beitrittswünsche und Beitrittsambitionen der westeuropäischen Industriestaaten zum Ausdruck, sondern das drückt sich auch in der geänderten Haltung der osteuropäischen Staaten aus, die lieber schon heute als morgen Mitglied dieser Europäischen Gemeinschaft wären.

Die Europäische Gemeinschaft hat mit den Verträgen von Maastricht bewiesen, daß sie sich nicht allein auf die ökonomische Kooperation beschränken möchte. Die Verträge von Maastricht sind ein Zeichen dafür, daß die Mitgliedstaaten bereit sind, ihre Kooperation auch auf andere Sektoren auszuweiten.

Gestern hat einer der Redner gemeint, es werde Maastricht im Jahr 1996 überprüft werden. Das ist nicht richtig! Im Jahr 1996 wird nicht Maastricht überprüft, sondern es werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft darüber beraten, auf welche weiteren Sektoren sie ihre Zusammenarbeit auszudehnen wünschen, über die Verträge von Maastricht hinaus. Gerade die Ratifikationsdebatte zu Maastricht zeigt aber, daß auch das bisher beschlossene Integrationsprojekt außerordentlich ambitioniert ist, sowohl was die Fragen der Politischen Union, der Wirtschafts- und Währungsunion als auch der sozialen Union betrifft.

In der gestrigen Diskussion wurde im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion die Sorge geäußert, daß die Härte des österreichischen Schillings in Hinkunft gefährdet sein könnte. Kollege Schreiner hat angeführt, daß es eine Mehrheit von Weichwährungsländern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gebe. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es dann möglich ist, daß sich, wenn es eine Mehrheit von Weichwährungsländern in der Europäischen Gemeinschaft gäbe, die betreffenden Staaten im Vertrag von Maastricht darauf geeinigt haben, außerordentlich harte Konvergenzkriterien zu beschließen, die die Grundlage und Voraussetzung für eine gemeinsame europäische Währung bilden sollen.

Das heißt, die Entschließung zu einer gemeinsamen europäischen Währung ist kein Schuß aus der Hüfte, sondern die dritte und letzte Stufe auf Basis einer wirtschaftlichen Integration und einer Konvergenz der europäischen Wirtschaften, die erst stattfinden muß. Und nur auf Basis der Errei-

chung dieser Konvergenz wird es möglich sein, eine gemeinsame europäische Währung zu bekommen.

In diesem Zusammenhang, glaube ich, braucht sich Österreich keine allzu großen Sorgen zu machen, denn der Verhandlungsführer in dieser Frage, die Bundesrepublik Deutschland, hat gemeint, er werde einer einheitlichen europäischen Währung nur dann zustimmen, wenn diese europäische Währung dieselben Charakteristika erfüllt, die heute die Deutsche Mark erfüllt, nämlich eine harte Währung ist. Und es gelten, wie man weiß, dieselben Kriterien für den österreichischen Schilling schon über 20 Jahre. Das heißt, wir sind heute bereits in einer Position, wo wir diese harten Konvergenzkriterien erfüllen können, denen die anderen europäischen Staaten erst folgen müssen.

Es ist aber jede Kritik an den Verträgen von Maastricht berechtigt, denn die Verträge von Maastricht stellen natürlich nur einen Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Integrationskonzepten und zwischen den unterschiedlichen Bereitschaften zur Integration in Europa dar. In diesem Zusammenhang wäre von sozialdemokratischer Seite her zu sagen, daß mir in den Maastrichter Verträgen natürlich eine stärkere industriepolitische Orientierung fehlt.

Es fehlt mir auch ein stärkeres Unterstreichen der Vollbeschäftigungsperspektive für Europa in den Maastrichter Verträgen und natürlich auch eine stärkere ökologische Orientierung. Darüber hinausgehend erscheint es mir, wenn man eine soziale Konvergenz als Folge der wirtschaftlichen Konvergenz in Europa anstrebt, nicht zweckdienlich, daß sich ein Land, nämlich Großbritannien, aus der Sozialunion ausklammern kann. Das heißt: Es gibt meiner Auffassung nach berechtigte Kritikpunkte an Maastricht wie an jedem anderen Kompromiß auch, der zwischen unterschiedlichen Staaten bei diesem Stand der Europäischen Integration geschlossen wird.

Aber Maastricht ist ja nicht das Ende aller Tage, sondern nur ein Zwischenschritt, an dem es gilt weiterzuarbeiten und zu dem all diejenigen, die dazu bereit sind, bis zum Jahr 1996 Änderungs- und Erweiterungsvorschläge einbringen können.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang ist es nicht richtig, davon zu sprechen, wie das einige Redner gestern getan haben, daß alles Schlechte, was in Europa geschieht, mit der Europäischen Gemeinschaft zu assoziieren ist und alles, was an Positivem geschieht, irgendwelchen anderen Verantwortlichkeiten zuzuzählen ist. Vielmehr ist es richtig, daß mit einer immer stärkeren Integration Europapolitik zu einem Instrument und zu einem Thema der Innenpolitik in den einzelnen

Dr. Gusenbauer

Staaten wird, und daß die Europäische Gemeinschaft heutzutage, wie ich meine, sehr viel büßen muß für Unzufriedenheiten und unüberwundene Widersprüche in den einzelnen Mitgliedstaaten. Das heißt, die Europäische Gemeinschaft muß die Rechnungen bezahlen, die in den einzelnen Staaten offengeblieben sind.

Ich meine, daß sich vor dem Hintergrund der heutigen historischen Herausforderungen neben der Integration der Gemeinschaft folgende zwei Problembereiche als ein entscheidender Aufgabenbereich für die Europäische Gemeinschaft darstellen werden.

Zum einen ist, glaube ich, die wichtigste Frage für Europa heute die Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses in der Sowjetunion, denn erst der Beginn der Demokratisierung in der Sowjetunion hat uns in jene historische Situation gebracht, in der wir heute sind. Wir sollten dabei eines nicht vergessen — ich möchte es nicht heraufbeschwören —: Sollte es zu einer Restauration autoritärer Verhältnisse in der Sowjetunion kommen, könnte sich das Rad der Geschichte ebenso radikal drehen, wie es sich 1989 gedreht hat, dieses Mal in die andere Richtung. Das heißt, wir alle müssen Interesse daran haben, daß sich der Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion stabilisiert, und ich meine, daß die Europäische Gemeinschaft dabei eine ganz entscheidende Rolle spielen sollte. Es sollte überhaupt der gesamte osteuropäische Raum aus der Integrationsdebatte nicht ausgeklammert werden.

Wenn es bis zur Stunde noch nicht möglich war, daß sich die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft dazu entschlossen, osteuropäische Staaten aufzunehmen, so sollte zumindest ein Projekt der fortschreitenden Integration entwickelt werden. Es wäre doch denkmöglich — ich beziehe mich da auf die Bemerkung des Kollegen Schieder von gestern —, daß man, nachdem die EFTA-Mitgliedstaaten nun hoffentlich in der ersten Erweiterungsrunde Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden, den EWR, den Europäischen Wirtschaftsraum, in einer zweiten Etappe den osteuropäischen Staaten als eine Form der ökonomischen Kooperation anbietet. Zum zweiten müßte die politische Integration auf gesamteuropäischer Ebene über den Europarat gestärkt werden, und zum dritten müßten die Anstrengungen für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem auch im Rahmen der KSZE verstärkt vorangetrieben werden.

Ich meine daher, daß unsere Integrationsbemühungen in bezug auf die Europäische Gemeinschaft nicht nur getragen sind von Eigennutz, von der Position: Wie können wir für Österreich heute das Beste herausholen?, sondern daß es dabei auch darum geht, die Sicherheit unseres Landes in einer mittel- und langfristigen Perspektive ei-

nes sich friedlich entwickelnden Europas sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist in der Tat die Europäische Gemeinschaft ein Instrument der Kooperation, das zwar nicht, wenn man die Machtverhältnisse betrachtet, wertfrei zu sehen ist, weil natürlich die Ausrichtung der Europäischen Gemeinschaft immer von den innen wirkenden Machtverhältnissen abhängt, bei dem es aber doch sehr stark darauf ankommt, wer sich dort engagiert und in welche Richtung man sich engagiert.

In diesem Zusammenhang habe ich wenig Verständnis dafür, wenn man, wie in der gestrigen Debatte, versucht, den Eindruck zu erwecken, daß das österreichische Beitrittsansuchen ein Unterwerfungsakt wäre. Es werden sehr oft Schweizer Stimmen in der österreichischen Debatte strapaziert. Man blickt ja immer etwas neidisch auf die Schweiz. Zum österreichischen Beitrittsansuchen hat sich die „Neue Zürcher Zeitung“ am 27. Jänner eindeutig geäußert. Sie hat gemeint, Österreich habe nicht das getan, was da oder dort befürchtet wurde, hat sich nämlich Brüssel nicht unterworfen und ist nicht auf den Knien dorthin gerutscht, sondern ganz im Gegenteil, die österreichische Verhandlungsposition sei ein Beweis des aufrechten Ganges nach Brüssel. — Das laut „Neuer Zürcher Zeitung“. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Daher glaube ich auch nicht, daß die Vorhalte in Richtung demagogischer Propagandaallüren von seiten derjenigen, die eine Europäische Integration befürworten, in diesem Zusammenhang richtig sind. Ganz im Gegenteil: Es gibt eine sehr realistische Perspektive dessen, was in der Europäischen Gemeinschaft erreichbar ist und was nicht. Wenn hier kritisiert wurde, daß man von vornherein darauf schauen sollte, dieselben Ausnahmen zu bekommen wie Dänemark, und daß das dänische Referendum ganz deutliche Änderungen in bezug auf die Maastrichter Verträge gebracht hätte, dann muß ich Sie wieder enttäuschen, denn in Wirklichkeit ist bei den Verhandlungen in Birmingham und in Edinburgh nur herausgekommen, daß die Ausnahmen, die Dänemark ohnehin schon hatte, etwas genauer ausgesprochen und „buchstabiert“ wurden. Denjenigen, die sich genauer damit auseinandersetzen wollen, empfehle ich den Kommentar von Edward Mortimer in der „Financial Times“, der im Jänner darauf hingewiesen hat, daß es keine zusätzlichen Ausnahmen für die Dänen gibt, sondern daß die Dänen das stärker „buchstabiert“ bekommen haben, was sie bereits in Maastricht hatten. Das heißt aber auch, daß man sich nicht auf scheinbare Sonderrechte in unserer Debatte konzentrieren sollte, sondern eher darauf, wie der Übergang relativ fließend und sinnvoll geschehen kann.

Dr. Gusenbauer

Es ist gestern auch die Frage der Neutralität des öfteren angesprochen worden. Es gibt ja offensichtlich unterschiedliche sicherheitspolitische Ambitionen, bei denen die Neutralität in die eine oder in die andere Richtung ausgelegt und auch als Spielball betrachtet wird. Ich glaube, auf Basis der verfassungsrechtlichen Situation in Österreich und auch auf Basis der beschlossenen Grundlagen des Parlamentes und der Bundesregierung ist nur eine einzige Position möglich, und diese besteht darin, daß sich Österreich natürlich am Aufbau kollektiver Sicherheitssysteme beteiligt. Wir sind ja schon heute Mitglied der Vereinten Nationen und sind dazu bereit, sehr vieles einzubringen. Aber eines ist ganz sicher nicht möglich, nämlich der Einsatz des österreichischen Bundesheeres, der nicht allein der Verteidigung des österreichischen Territoriums dient oder der nicht gedeckt ist durch einen Beschluß des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Das ist der völkerrechtliche Kern der Neutralität, und an dem kann es vor dem Hintergrund der verfassungsmäßigen Grundlagen meiner Auffassung nach keinen Zweifel geben.

Es wäre natürlich verlockend, noch auf weitere Wortmeldungen der gestrigen Debatte im Detail einzugehen, aber ich glaube, der Kernpunkt ist der: Entweder betrachtet man die Europäische Gemeinschaft als ein für diesen Kontinent wesentliches Instrument der Gestaltung oder nicht. Tut man dies, so kann man all seine Änderungs- und Fortentwicklungswünsche für die Europäische Gemeinschaft am besten dann verwirklichen, wenn man der Europäischen Gemeinschaft beiträgt, dort dann versucht, Koalitionen zu bilden und einen Beitrag zu leisten, Europa in die Richtung zu entwickeln, die man für sinnvoll hält.

Von heraußen mit Zwischenrufen, Zurufen und ähnlichem zu reagieren, wird weder jemanden in der Europäischen Gemeinschaft beeindrucken noch die europäische Geschichte besonders voranbringen.

In diesem Zusammenhang sei mir auch gestattet, abschließend auf den Abgeordneten Dr. Khol Bezug zu nehmen, der in der gestrigen Debatte zu unserer Frau Staatssekretärin gemeint hat — gemäß dem lateinischen Grundsatz „Si tacuisses, philosophus mansisses!“ —, sie hätte eine „Philosophin“ bleiben können, wenn sie geschwiegen hätte. Lieber Herr Abgeordneter Khol! Es mag für Sie das Ziel der Politik sein, „Philosoph“ zu sein, wir aber sind der Auffassung, daß Philosophen die Welt immer nur unterschiedlich interpretiert haben. Uns Sozialdemokraten kommt es darauf an, sie zu ändern! — Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*) 9.21

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Scheibner. Ich erteile es ihm.

9.21

Abgeordneter **Scheibner** (FPÖ): Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Die heutige beziehungsweise gestrige Debatte verläuft ja ein klein wenig anders als jene Debatten, die wir zu diesem Thema in der Vergangenheit geführt haben, denn bis gestern wurde ja jeder, der es gewagt hat, nur ein bißchen Kritik an der EG in der derzeitigen Ausgestaltung und auch an der Europapolitik der Regierung zu bringen, als Europa-feind, als besonders gefährlicher Mensch, als Reaktionär diffamiert.

Wenn ich das richtig verstanden haben, dann ist gestern zumindest bei einigen Wortmeldung von Rednern der Regierungsparteien doch ein bißchen Unsicherheit hervorgekommen, ein bißchen die Unsicherheit darüber, ob nicht jene, die hier mahnend in den letzten Monaten das Wort ergriffen haben, nicht doch ein klein wenig recht haben. (*Abg. Kraft: Die Freiheitlichen nicht!*) Zum Teil ist das durchgekommen, zum anderen Teil hat man sich dann wieder auf die alte Masche zurückgezogen, daß man gesagt hat: Es ist eh alles wunderbar, die Stimmung ist wunderbar — die Frau Staatssekretärin Ederer hat das ja gestern in ihrer Wortmeldung gesagt —, alles ist bestens, und es gibt eigentlich fast überhaupt keine Probleme. (*Abg. Marizzi: Da haben Sie nicht zugehört!*)

Herr Abgeordneter Schieder hat zu meiner Verwunderung über den EWR gesagt, der EWR bringe eigentlich für Österreich selbst nicht mehr viel, eigentlich sei er gar nicht mehr so notwendig, man solle aber bedenken, daß man eine Funktion für die anderen EFTA-Staaten zu übernehmen habe, die vielleicht nicht so schnell in die Europäischen Gemeinschaften hineinkommen. (*Abg. Schieder: Das haben Sie ein bißchen zu stark verkürzt!*)

Herr Kollege Schieder, dazu muß ich Ihnen sagen: Europäische Solidarität in Ordnung, aber ich glaube, deswegen, weil wir dann vielleicht Transmitter für andere Staaten sind, brauchen wir uns in ein so teures Abenteuer nicht zu begeben. Da gilt für mich auch der Grundsatz „Österreich zuerst!“. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber, wie gesagt, man verfällt dann doch wieder in diesen alten Trott der verordneten EG-Euphorie, die auch mit immer merkwürdigeren Argumenten untermauert wird. Frau Kollegin Ederer, Sie haben gesagt, die Stimmung sei gut, alle Meinungsumfragen würden dies behaupten und bezeugen — ich will mich nicht darüber äußern, wie man Meinungsumfragen interpretieren kann, es gibt auch ganz andere —, und Sie haben gesagt, Sie informierten jetzt die Leute so wunderbar und das funktioniere alles so gut.

Scheibner

Ich glaube nicht, daß es so gut funktioniert, denn wenn man vor allem mit den jungen Leuten spricht, dann merkt man, daß ein eklatantes Informationsdefizit über die Europäischen Gemeinschaften, über unsere Europapolitik besteht. Daß Ihre Linie der Europavertretung so positiv ist, kann ich auch nicht erkennen. Diesbezüglich kann ich nur auf eine Veranstaltung im Modul in Wien verweisen, das ist die Fremdenverkehrsschule, wo eigentlich eine sehr starke Pro-Europa-Stimmung vorhanden ist. Da haben Sie eine Veranstaltung abgehalten, eine Diskussion, und dort hat man bei den Schülern zweimal die Meinung, das Stimmungsbild, abgefragt, vor der Diskussionsveranstaltung und nachher. Man höre und staune: Nach Ihrem dortigen Auftritt, nachdem Sie die Gelegenheit gehabt hatten, die Europapolitik der Regierung zu präsentieren, die Vorteile der Europäischen Gemeinschaft zu präsentieren, waren bei diesen Fremdenverkehrsschülern die Skepsis und die Unsicherheit über Europa und über den EG-Beitritt stärker als vorher. Daß da irgend etwas nicht funktioniert und daß Sie sich auch selbstkritisch einmal hinterfragen sollten, ist wohl offensichtlich. (*Abg. K l o m f a r: Über 67 Prozent . . .!*)

Kollege Khol — das geht jetzt einmal Ihre Fraktion an, Herr Kollege, da oben in der vorletzten Reihe — bedankt sich beim Wirtschaftsminister Schüssel für die guten EWR-Verhandlungen, bei einem Wirtschaftsminister Schüssel, von dem ich noch im Ohr habe, daß er vor eineinhalb Jahren, als er EFTA-Vorsitzender war, gesagt hat, es gebe überhaupt keine Probleme, EWR-Vertrag werde es auch ohne Transitabkommen geben, wir werden das jetzt rasch in den nächsten Wochen abschließen. — Denn er wollte sich halt noch mehr die Lorbeeren anheften, daß er als EFTA-Vorsitzender diesen EWR-Vertrag abgeschlossen hat. Das war vor eineinhalb Jahren, und dieser EWR-Vertrag, den er damals angekündigt hat, ist noch immer nicht in Kraft. Gott sei Dank ist das so!

Aber es hat sich gezeigt, daß wir nach wie vor von der EG an der Nase herumgeführt werden, von einer EG, die ja selbst nicht weiß, was sie will und wohin sie will. Vor wenigen Monaten noch hat man bei den Diskussionen mit den Europapolitikern, mit den EG-Beamten immer wieder gehört, daß das Prinzip der Vertiefung vor dem Prinzip der Erweiterung komme. Man hat uns immer wieder gesagt: Liebe Österreicher, ihr werdet warten müssen, bis wir unseren Binnenmarkt vollendet haben, bis wir den Gedanken der Politischen Union vertieft haben, erst dann werden wir darüber reden können, ob wir die Europäischen Gemeinschaften erweitern, ob es neue Beitrittsverhandlungen geben kann. — Das war noch vor wenigen Monaten.

Jetzt, nachdem man gesehen hat, daß das mit dem Binnenmarkt und vor allem mit dem Währungssystem nicht 100prozentig funktioniert, daß die Verabschiedung der Maastrichter Verträge nicht 100prozentig funktioniert, daß also das Prinzip der Vertiefung nicht umzusetzen ist, schwenkt man plötzlich über, indem man sagt: Machen wir vielleicht das „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ zuerst — das ist für mich überhaupt ein Nonsens, wenn man den Gedanken einer Politischen Union vertritt —, oder man sagt jetzt: Na gut, erweitern wir. Wir schaffen nicht die Vertiefung, jetzt erweitern wir, und daher möglichst rasch neue Beitrittsverhandlung mit anderen Staaten.

Da sieht man, wie unkoordiniert auch hier vorgegangen wird und wie unsicher all die Konstellationen auch innerhalb der EG sind. Österreich — das muß man leider sagen, wenn man all das beobachtet — läuft hinterher wie ein Hund an der Leine, ohne die Trümpfe, die wir Österreicher sicherlich haben, auszuspielen, die ganz einfach in der geographischen, aber auch in der wirtschaftlichen Lage begründet sind.

Meine Damen und Herren! Sie haben uns in den letzten Wochen immer wieder wegen unserer EG-Linie kritisiert. Wir sagen grundsätzlich ja zur Europäischen Integration, selbstverständlich, auch grundsätzlich ja zu den Beitrittsverhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften, wir wollen aber keinen EG-Beitritt um jeden Preis, sondern nur dann, wenn auch innerstaatlich, die, wie wir es genannt haben, „Hausaufgaben“ gelöst werden und ein optimales Verhandlungsergebnis herausgeholt wird. Dafür hat man uns furchtbar kritisiert. Das wäre verantwortungslos, hat man gemeint. Gestern aber konnte ich mit Erstaunen vernehmen, daß die Abgeordneten Schieder und Khol, wie sie es genannt haben, Herausforderungen oder Aufgaben vorgestellt haben. Also keine Hausaufgaben, weil das „zu schulisch“ klingt, aber Herausforderungen. Da hat es geheißen, die Sozialstandards müssen gesichert werden, ebenso die bäuerlichen Familienbetriebe, der Transitvertrag muß in Geltung bleiben et cetera et cetera.

Meine Damen und Herren! Das sind ja unsere Hausaufgaben, die wir vor einem Dreivierteljahr aufgestellt haben. (*Beifall bei der FPÖ.*) Ich danke Ihnen, daß Sie sich spät, aber doch auf unsere Linie begeben haben, auch wenn Sie es semantisch dann anders nennen.

Meine Damen und Herren! Jetzt zu Ihrer Verhandlungstaktik. Was ist denn, wenn diese Herausforderungen oder Aufgaben, wie Sie es genannt haben, nicht zu erfüllen sind, wenn sie nicht umgesetzt werden in den Verhandlungen? Was sagen Sie denn dann? Sagen Sie dann nein zu den Beitrittsverhandlungen, oder sagen Sie dort: Es ist uns eigentlich alles egal, wir hätten es zwar

Scheibner

gerne gehabt, aber, liebe Europäer, wenn ihr nicht auf unsere Verhandlungsforderungen eingeht, werden wir trotzdem mit Putz und Stingel euren Vertrag akzeptieren!? Das wären, glaube ich, keine positiven Verhandlungen, und das wäre sicherlich auch nicht förderlich für den positiven Ausgang einer Volksabstimmung.

Es ist ja möglich und auch notwendig, offensiv zu verhandeln und ein gutes Ergebnis herauszubekommen. Erinnern wir uns doch an die Diskussionen im vorigen Jahr! Es hat doch innerhalb der Europäischen Gemeinschaften erst nach den Referenden in Dänemark und in Frankreich einen Umdenkprozeß gegeben, einen Umdenkprozeß, der ja Hoffnung gibt, der Hoffnung gibt, daß es doch nicht so sein muß, daß diese EG auch in den nächsten Jahrzehnten ein monolithischer, zentralistischer Block bleibt. Aber es ist eben notwendig, diese Verhandlungen offensiv zu führen und auch Druck auszuüben.

Aber am allerwichtigsten, Frau Staatssekretärin Ederer, wäre es, auch der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken, reinen Wein einzuschenken über die Vorteile, aber auch über die Nachteile, Probleme und Risiken, die ein Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit sich bringt (*Beifall bei der FPÖ*), denn sonst, meine Damen und Herren, werden Sie Mißtrauen erzeugen, Mißtrauen, das Sie dann nicht mehr in den Griff bekommen können, und dann wird diese Volksabstimmung negativ ausgehen.

Dieses Offenlegen, dieses Prinzip des Reinen-Wein-Einschenkens gilt ja vor allem für die Diskussion rund um die Neutralität. Ich habe mich schon sehr gewundert, was hier wieder vorgebracht wurde, vor allem von den Abgeordneten der Sozialdemokraten. Da wird gesagt, wir bekennen uns zum Beitritt in ein kollektives Sicherheitssystem, aber auf der anderen Seite hätte das mit der Neutralität nichts zu tun, denn die Neutralität wird von so einem kollektiven Sicherheitssystem überhaupt nicht berührt.

Meine Damen und Herren! Das kann ja wohl nicht so sein. Wir haben uns in unserer Verfassung zur dauernden, zur immerwährenden Neutralität bekannt, und im Völkerrecht gibt es nun einmal gewisse Grundsätze, die ein dauernd neutraler Staat zu beachten hat — auch in Friedenszeiten. Das ist nämlich der große Unterschied zu einem nur partiell neutralen Staat: Ein dauernd neutraler Staat hat auch in Friedenszeiten gewisse Bedingungen zu erfüllen, wie eben die Nicht-Teilnahme an kollektiven Sicherheitssystemen, wie eben das Nicht-Gestatten von Überflügen von Militärflugzeugen oder von Waffentransporten.

Meine Damen und Herren! Wie soll denn das funktionieren, wie Kollege Gusenbauer es vorhin verlangt hat: Man nimmt zwar teil an einem Sy-

stem der kollektiven Sicherheit, aber nur dann, wenn es die österreichischen Grenzen betrifft beziehungsweise wenn es die UNO verlangt.

Man kann doch nicht von vornherein sagen, wie das gestaltet werden kann. Und die anderen Staaten würden sich sehr „freuen“, wenn Sie sagen: Na gut, wir dürfen zwar eure Grenzen garantieren, aber ihr wollt mit euren Soldaten, mit eurem Heer keinen Beitrag für eine Verteidigung der Grenzen dieses kollektiven Sicherheitssystems, die nicht identisch sind mit den Grenzen Österreichs, leisten. — So wird es nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren! Der Beitritt zu einem System der kollektiven Sicherheit ist mit dem Status der immerwährenden Neutralität unvereinbar. Wir sind der Meinung, man soll das der Bevölkerung sagen. Wir haben schon seit Monaten gesagt, daß die Neutralität, so wie wir sie bis jetzt verstanden haben, obsolet ist und daß wir andere Zielbestimmungen für die österreichische Außenpolitik, für den Stellenwert Österreichs in Europa finden müssen. — Da gäbe es ja viele. Da gäbe es die Kontaktmöglichkeit zwischen den westlichen Staaten und den ehemaligen Ostblockstaaten, da gäbe es die Möglichkeit, mit den Kleinstaaten in Europa, auch mit den neuen kleinen Staaten zusammenzuarbeiten, weil hier die Interessen gleichgelagert sind. Aber es kann doch nicht so sein, daß wir starr an den alten, aber bequemen Dogmen — wie eben der Neutralität — hängenbleiben und die zukünftigen Interessen völlig vernachlässigen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich von kollektiven Sicherheitssystemen gesprochen habe, gehört sicherlich auch die Diskussion rund um die NATO dazu. Wenn gesagt wird, ein kollektives Sicherheitssystem könne für uns nur die WEU bedeuten, dann frage ich mich nur: Was ist denn diese WEU? Ist die WEU nicht mehr als ein Briefkasten, eine Adresse irgendwo? Gibt es die WEU irgendwo in concreto? Kann man schon absehen, wie das gestaltet werden kann? — Ich glaube, das ist derzeit noch nicht absehbar.

Wenn wir über Systeme der kollektiven Sicherheit diskutieren: Das einzige existente System ist derzeit die NATO. Und man sollte sich eben auch nicht scheuen, daß wir diesbezüglich konkrete Verhandlungen und Diskussionen suchen. (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist ja nicht gleichbedeutend mit den Verhandlungen betreffend die EG-Mitgliedschaft, wie das gestern wieder behauptet wurde.

Meine Damen und Herren! Es wird auch immer wieder über ein mangelndes Europabewußtsein und eine geringe Europa-Euphorie auch bei den Österreichern und bei den Europäern insgesamt geklagt. Man braucht sich doch nur anzuse-

Scheibner

hen, wie denn dieses Europa, wie diese Super-Europäer auch innerhalb der EG reagiert haben, als es darum gegangen ist, diese Solidarität auch in der Praxis umzusetzen, als es darum gegangen ist, europäischen Demokraten, jungen Demokratien im Südosten Europas Hilfestellung zu geben, Hilfestellung zu geben gegen Aggressoren, die mit Gewalt, die mit Terror, die mit Folter gegen diese Demokratien aufgestanden sind. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wie hat denn hier Europa reagiert? Wie hat denn die EG reagiert?

Meine Damen und Herren! Einige von Ihnen waren sicherlich — so wie ich — im Kriegsgebiet und haben sich die katastrophale Lage dort angesehen. Wenn Sie dieses Leid, diese Verzweiflung der Bevölkerung dort miterlebt haben, dieses Unverständnis, daß hier Europa keine Hilfestellung gibt, und wenn Sie sich dann auf der anderen Seite via Fernsehen mit ohnmächtiger Wut anschauen müssen, wie ein Herr Vance, ein Herr Owens die serbischen Diktatoren und die Folterer dort hofieren und mit ihnen Kaffee trinken und lächeln und Witzchen machen, dann braucht man sich nicht zu fragen, wieso es diese europäische Solidarität, dieses Europabewußtsein in der Bevölkerung nicht gibt.

Das wäre doch eine Möglichkeit gewesen für diese Europäer, für diese EG, zu zeigen, daß es ihnen ernst ist mit dieser europäischen Solidarität. — Nichts hat man gesehen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da jongliert man von einer Konferenz zur anderen, da wird seit Monaten davon gesprochen, ob man nicht vielleicht doch ein bißchen das Embargo verschärfen sollte — aber doch auch so, daß es den Engländern in den Kram paßt oder den Griechen, die ja mit jenen Geldern, die sie über die Europäische Gemeinschaft bekommen, noch fleißig dieses Embargo untergraben.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Scheibner! Die Redezeit der FPÖ ist abgelaufen, und ich bitte, zu einem Schlußsatz zu kommen.

Abgeordneter **Scheibner** *(fortsetzend)*: Damit möchte ich zu meinem Schlußsatz kommen: Meine Damen und Herren! Die Europa-Frage wird für die Zukunft die wichtigste Frage sein. Diese Europa-Frage — auch die Frage des EG-Beitritts — wird über Jahrzehnte auch für Österreich die wichtigste Frage darstellen. Das ist keine Sache, die sich die Regierung untereinander ausmachen kann.

Und hier noch einmal unsere Forderung: daß Sie auch die Opposition in diesem Land, die immerhin Hunderttausende Bürger repräsentiert, in diese Verhandlungen einbinden und daß Sie nicht im stillen Kämmerlein die Interessen Österreichs

allein und daher schlecht vertreten. *(Beifall bei der FPÖ.)* 9.37

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. Ich erteile ihr das Wort.

9.38

Abgeordnete Ingrid **Tichy-Schreder** (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Es ist schon interessant, wenn man diese Europadebatte verfolgt, gestern den ganzen langen Tag, und wenn man heute Herrn Abgeordneten Scheibner hört, es ist interessant, mit welchen Argumenten hier vorgegangen wird.

Ich möchte zunächst einmal auf ein Beispiel eingehen, das Sie brachten, von einer Veranstaltung im „Modul“ bei Fremdenverkehrsschülern. Dort war auch Herr Abgeordneter Klomfar dabei — er wird dann noch näher darauf eingehen, er hat das miterlebt. Es waren dort zwei Regierungsvertreter, zwei Vertreter der Opposition. Das Abstimmungsverhalten vorher und nachher: vorher 67 Prozent dafür, nachher 66 Prozent dafür. — Und da empfinden Sie, daß diese Veranstaltung so eine große Bewußtseinsänderung herbeigeführt hat?! So manipulieren Sie, Herr Abgeordneter Scheibner, so manipulieren Sie! *(Zwischenruf des Abg. Scheibner.)*

Da kann man nur eines sagen: daß die beiden Oppositionsparteien, die Vertreter dieser Oppositionsparteien, die Fremdenverkehrsschüler nicht entsprechend überzeugt haben. *(Abg. Haigermoser: Sie sind heute so vorlaut!)*

Hier wird vielfach mit Angst operiert, mit Angst von seiten der Grünen, mit Angst, Verunsicherung von seiten der Freiheitlichen Partei. Und Angst ist schon immer — in allen Situationen — ein schlechter Ratgeber gewesen.

Aber ich glaube, bei den Grünen gibt es einen anderen Grund dafür, hier gibt es aber auch unterschiedliche Meinungen innerhalb der grünen Fraktion: Die Grünen haben nämlich erkannt, daß es bei der Europäischen Gemeinschaft um ein Wertesystem geht, um ein Wirtschaftssystem, das ihren Intentionen, ihren Vorstellungen nicht entspricht, nämlich um das Wertesystem der sozialen Marktwirtschaft. Das negieren große Teile der grünen Fraktion.

Herr Abgeordneter Wabl! Ich würde mich freuen, wenn Sie dem widersprechen, aber Sie persönlich sagen einmal dies und einmal jenes. *(Abg. Wabl: Wie schaut denn das aus mit dem Konflikt England — Frankreich? Hat das etwas mit sozialer Marktwirtschaft zu tun? — Das ist Manchesterliberalismus! Hat das Problem etwas mit sozial zu tun?)*

Ingrid Tichy-Schreder

Herr Abgeordneter Wabl! Sie sagen, es gebe ein Demokratiedefizit in der Europäischen Gemeinschaft. — Das stimmt ja alles nicht! Im Gegenteil, dort geht es demokratisch zu, weil die unterschiedlichen Meinungen und Vorstellungen dort erörtert, diskutiert und offengelegt werden. Gott sei Dank gibt es dieses System, in dem die unterschiedlichen Auffassungen aufgegriffen werden und jeder seine Länderinteressen einbringen kann. Und es ist nicht so, daß die Großen die Kleinen unterdrücken, wie vielfach gemeint wird, sondern es wird auf jeden einzelnen eingegangen.

Sie haben alte Vorurteile, und ich bedaure es wirklich sehr, daß Sie mit diesen alten Vorurteilen immer noch hausieren gehen. Eigentlich müßten Sie schon draufgekommen sein, daß die Menschen das schon besser durchschaut haben und Ihren diesbezüglichen Argumenten nicht nachkommen. *(Zwischenruf des Abg. Wabl.)* Herr Abgeordneter Wabl! Ich verstehe Ihren Zwischenruf im Moment nicht, aber ich habe gestern Ihre Rede erlebt!

Ich möchte nun gerne auch auf die Freiheitliche Partei eingehen. Es war sehr interessant, wie gestern Mag. Schreiner von der Freiheitlichen Partei behauptet hat, die Klein- und Mittelbetriebe hätten eine schlechte Eigenkapitalausstattung. Er nannte Zahlen, von denen ich nicht weiß, woher er sie hat, denn im Mittelstandsbericht stehen zum Teil ganz andere Zahlen. *(Abg. Haigermoser: Großartig, alles in Butter, alles paletti — eine Steuerreform brauchen wir nicht!)*

Herr Abgeordneter Haigermoser! Es dürfte einer Ihrer „Vorzüge“ sein, nicht zuzuhören, sondern schon bevor man zu reden angesetzt hat, dagegenzusprechen! *(Abg. Haigermoser: Bitte zur Sache reden!)*

Herr Abgeordneter Haigermoser! Es gibt da und dort selbstverständlich unterschiedliche Eigenkapitalausstattungen, aber nicht in dem Ausmaß, wie es Abgeordneter Mag. Schreiner hier gesagt hat. Er hat gemeint, der Wettbewerb werde die Klein- und Mittelbetriebe hinwegfegen.

Heute kommt Abgeordneter Scheibner hier heraus und sagt: Gehen wir doch mit Trümpfen in die EG-Verhandlungen! Einer unserer Trümpfe ist unsere wirtschaftliche Lage, unsere wirtschaftliche Stärke! — Versuchen Sie einmal in Ihrer eigenen Fraktion zu klären, ob unsere wirtschaftliche Stärke ein Trumpf ist oder ob wir so schwach sind, daß wir hinweggefegt werden. Da gibt es Vorurteile, und diese Vorurteile stammen noch aus der Debatte vor dem EFTA-Verhandlungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1972. Hier hat es geheißen: Wenn die Zölle gegenseitig abgebaut werden, wird die österreichische Industrie, die österreichische Wirtschaft vor dem Ruin stehen, wir können ge-

genüber den großen Industrien in der Europäischen Gemeinschaft nicht reüssieren, wir können ihnen nicht standhalten.

Was ist denn passiert? — Genau das Gegenteil ist passiert. Im internationalen Wettbewerb hat die österreichische Wirtschaft durch den Abbau der Zölle enorm aufgeholt, und wir konnten unseren Export in die Europäischen Gemeinschaften um über 460 Prozent von 1972 bis jetzt steigern. Die Importe sind im Gegensatz dazu nur um 230 Prozent gestiegen. Das zeigt, wie gut unsere österreichische Wirtschaft ist, denn 65 Prozent unserer Exporte gehen ja in die Europäische Gemeinschaft, also in einen sehr anspruchsvollen Markt, und hätten wir nicht so gute Produkte, könnten wir uns dort nicht so behaupten.

Im Gegensatz dazu liefert zum Beispiel Großbritannien in die Europäische Gemeinschaft nur 50 Prozent ihres Exportes, das heißt, wir sind sehr stark wirtschaftlich verflochten mit der Europäischen Gemeinschaft.

Und genau das war auch der Grund, warum wir von der Wirtschaftsseite her sehr stark für diesen Europäischen Wirtschaftsraum eingetreten sind: um unsere Betriebe beim Zustandekommen des Binnenmarktes nicht zu benachteiligen.

Wir bedauern außerordentlich, daß der Europäische Wirtschaftsraum noch nicht in Kraft getreten ist. *(Abg. Haigermoser: Wann kommt er?)*

Herr Abgeordneter Haigermoser! Sie haben gestern die Aussagen des Herrn Bundesministers Dr. Schüssel gehört, und wir werden sehen, wann er kommt. Wir hoffen, mit 1. Juli, es kann aber sein, daß es etwas später wird. *(Abg. Haigermoser: Irgendwann halt!)* Herr Kollege Scheibner! Sie wollen das nicht akzeptieren, das scheint die Linie Ihrer Partei zu sei. Sie glauben, wenn Sie — eine Partei von 18 Verhandlungspartnern — etwas bestimmen, muß es so kommen. Sie nehmen nicht demokratisch Rücksicht auf Vorstellungen anderer Länder, anderer Parteien. Aber das ist bei Ihnen so üblich. *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Das ist ein Vorurteil! Das können Sie doch nicht ernst meinen!)* Ich glaube, die Regierungsfractionen akzeptieren vollkommen, daß es andere Vorstellungen und Meinungen gibt, die man bei den Verhandlungen berücksichtigen muß. *(Abg. Haigermoser: Dann muß der Schüssel das Paket wieder ablehnen!)* Es war gar nicht klar, daß in dieser kurzen Zeit der Europäische Wirtschaftsraum verhandelt werden konnte, die Verhandlungen waren aber ganz enorm wichtig als Vorbereitung für die Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Ingrid Tichy-Schreder

Worauf ich besonders hinweisen möchte . . . (*Abg. Mag. Gudenus: Was sagt die Industriellenvereinigung?*) Herr Kollege Gudenus, ich verstehe Ihren Zwischenruf nicht, ich kann daher jetzt nicht darauf replizieren; vielleicht sagen Sie es mir dann nachher. Ich habe aber gestern Ihre Ausführungen „genossen“, Herr Kollege Gudenus. Es war ein Vergnügen, Ihnen zuzuhören, und ich hoffe, Sie treten sehr oft auf, denn Ihre Reden sind nur eine Propaganda für die Regierungsfaktionen für die Europäische Gemeinschaft. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Haigermoser: Was soll dieses Kabarett?*)

Meine Damen und Herren! Es ist eigentlich selbstverständlich, daß es vor jedem Beitrittsansuchen jedes Landes bei den Meinungsumfragen Schwankungen gibt, pro und kontra.

Wenn gesagt wird, das Informationsdefizit sei so groß, so kann das stimmen, allerdings ist auch die Information, die angeboten wird, enorm. Nur muß der Bürger auch bereit sein, diese Information zu übernehmen. Ich kenne fast keine Tageszeitung in Österreich, die nicht serienweise Informationen über die Europäische Gemeinschaft, über die Auswirkungen gibt. Nur muß es natürlich auch übernommen werden.

Von Ihrer Seite wird mit Uraltkalauern und Angstparolen argumentiert, was es in der Europäischen Gemeinschaft alles gibt, den Einheitsmenschen, wie wir gestern gehört haben, den Einheitsbrei — alle essen das gleiche —, die Verunsicherung, daß die Demokratien dort nicht ausgeprägt sind. Jeder Österreicher, der ins Ausland, ins EG-Ausland fährt, kann sich davon überzeugen, daß das nicht stimmt. Und aus diesem Grunde bin ich auch zuversichtlich, daß wir im Zuge der weiteren Diskussion über die Europäische Gemeinschaft über das Wertesystem Europa, über . . . (*Abg. Haigermoser: Was sollen diese Allgemeinsätze? — Wir wollen Fakten!*) Herr Kollege Haigermoser, auf Ihre Fakten, die Sie nicht bringen, werde ich nicht eingehen.

Voraussetzung ist also, daß wir in Europa eine Friedensgemeinschaft sehen, und die Menschen akzeptieren auch, daß innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seit über 50 Jahren Frieden gehalten wird. Das ist die Voraussetzung für uns, und ich glaube, gerade als Regierungsfaktionen haben wir vielleicht mehr im Sinn für die Menschen dieses Landes als eine Oppositionspartei (*Ruf bei der FPÖ: Warum verlieren Sie dann alle Wahlen?*), der es nicht unbedingt immer darum geht, wie wir bei verschiedenen Ausführungen merken. Wir wissen, daß es für die Jugend Österreichs enorm notwendig ist, daß wir dieser Europäischen Gemeinschaft im Sinne einer Friedenserhaltung für Europa beitreten.

Und wenn Herr Kollege Scheibner sagt: Was hat denn die Europäische Gemeinschaft gemacht bezüglich Jugoslawien? — Ich kann es ganz einfach sagen: Welches Instrument hat denn die Europäische Gemeinschaft bezüglich Jugoslawien? (*Abg. Scheibner: Es ist nicht einmal der Wille da!*) Wir alle wollen nicht, daß in andere Staaten hineinregiert wird. Es kann nur auf internationaler Ebene versucht werden, Druck zu machen. Das passiert im Rahmen der UNO. Wir können nicht, wenn jetzt dieser Konflikt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist . . . (*Abg. Scheibner: Im Irak sind alle gleich da — in Somalia auch!*)

Herr Kollege Scheibner! Im Rahmen der UNO hat sich die Europäische Gemeinschaft eingesetzt (*Abg. Scheibner: Wofür? — Für militärische Maßnahmen? — Der Wille fehlt!*), und es gibt auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unterschiedliche Auffassungen über das Vorgehen. Und es ist Demokratie, wenn man auf alles eingeht. Sie gehen darauf nicht ein. (*Abg. Scheibner: Wenn Interessen von Leuten verraten werden, gehe ich darauf nicht ein!*) Sie haben folgendes System: Einer bestimmt, und alle folgen! Das ist in Ihrer Partei so, das mag auch so sein, aber Europa wird sich nicht nach Ihrer Partei richten, sondern wird die Demokratie, die sie sich als Ziel gesetzt hat, auch weiter erhalten.

Wir sind sehr unglücklich darüber — der Herr Bundesminister hat es ganz ausdrücklich gesagt —, wir alle sind betroffen darüber, und wir können nur versuchen, uns dafür einzusetzen, daß hier für Frieden gesorgt wird, daß alles, was dem entgegenwirkt, gestoppt wird, doch wir allein bringen es nicht zustande.

Wir haben von außen in dieser Richtung auf die Europäische Gemeinschaft eingewirkt und haben Verbündete gesucht. Es ist traurig, denn es geht bedauerlicherweise nur langsam vorwärts, aber wir müssen dabei auch auf die internationalen Gepflogenheiten Rücksicht nehmen. Das Lobbying für Frieden und Freiheit wird von uns und auch von anderen getragen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Verhandlungen, die jetzt begonnen haben, werden noch mehr Informationen über den Stand der Verhandlungen geben. Meiner Meinung nach werden wir im Zuge der Verhandlungen jene Bürger, die noch nicht davon überzeugt sind, daß die Europäische Gemeinschaft ein wertvolles Ziel unserer Politik ist, zu überzeugen versuchen und werden ihnen erklären, welche Wertegemeinschaft die Europäische Gemeinschaft ist und daß es für die Zukunft Österreichs sinnvoll ist, dieser Gemeinschaft beizutreten. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 9.51

Präsident

Präsident: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Dr. Petrovic. Sie hat das Wort. Restliche Redezeit: 12 Minuten.

9.51

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Aus den Redebeiträgen des gestrigen Tages und heute in der Früh hört man eigentlich immer wieder: Die EG hat Fehler, es ist nicht das System, das wir wirklich in dieser Art und Weise wollen und anstreben, aber es ist das einzige Integrationsmodell, das derzeit vorhanden ist. Daher sollten wir mit allen Kräften versuchen, dieses System zu verbessern, zu verändern und daran mitzuwirken.

Es ist dann sehr viel Kritik geübt worden an den sehr scharf, sehr pointiert vorgetragenen kritischen Standpunkten der Abgeordneten Voggenhuber und Wabl. Ich glaube, wir sollten uns die Mühe machen, genauer zu prüfen, wie ernst denn einerseits diese Aussagen von der Regierung und andererseits die scharfe Kritik der Opposition zu nehmen sind.

Zum einen wird immer wieder gesagt — das ist ja mittlerweile schon recht beachtlich, das hat man vor einem halben Jahr noch nicht gehört —: Diese EG wollen wir nicht! Ich frage mich dann: Welche wollen wir? Welche? Oder in welche Richtung sollte sie sich verändern, und wer wird diese Änderungen in die Wege leiten?

Ein Staat, der bei seinen Verhandlungen bereits in einer außenpolitischen Angelegenheit, bei der nur ein leichter Gegenwind geherrscht hat — wir werden dann noch Gelgenheit haben, über die sogenannte Tropenholz-Causa betreffend Indonesien und Malaysia zu diskutieren —, ein derart klägliches Bild geboten hat, kann mit seinen Vertretern, die diese Verhandlungen führen, nicht mehr wirklich ernsthaft antreten, um die EG, um Brüssel zu verändern. Diese Ankündigungen haben mittlerweile wohl nur mehr historischen Charakter. Diese Chancen haben Sie endgültig verfallen.

Ich mache überhaupt kein Hehl daraus, daß ich nicht glücklich darüber bin, welche Entwicklung dieses EG-Europa nimmt. Ich bin nicht glücklich darüber, daß die Zustimmung zu einem Integrationsprozeß allerorts nur mehr plus/minus 50 Prozent beträgt. Ich hätte mir gewünscht, daß es eine echte soziale und ökologische Integration in Europa gibt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber ich sehe keine Ansätze, Herr Dr. Neisser, für eine solche Entwicklung. Ich sehe allerdings viel stärkere Ansätze dahin gehend, ein völlig obsoletes wirtschaftspolitisches Modell mit aller Gewalt — wirklich buchstäblich mit aller Gewalt —

fortzusetzen und ein völlig obsoletes Sicherheitsverständnis vorzutragen.

Sie wissen genauso gut wie ich, daß bei Sicherheitsmodellen tatsächlich die Rede von gemischten Brigaden, die die Außengrenzen absichern, ist. Es ist einfach naiv, zu sagen, da könnte man sich irgendwie heraushalten oder das werde nur im Rahmen von Beschlüssen der Vereinten Nationen stattfinden.

Sie wissen, daß dieser Schutz primär nicht mehr einen Schutz gegenüber fremden Armeen darstellt, sondern einen Schutz gegen arme Menschen und gegen Flüchtlinge. Das ist daraus geworden. Ich behaupte — und Sie wissen es —, daß die Rolle Österreichs ganz spezifisch ist und daß diese Rolle, in die uns die österreichische Bundesregierung gebracht hat und nicht die EG, doppelt fatal ist. Zum einen haben Sie immer in Ihrem Verhandlungsprozeß dargestellt, daß es ein Ziel gibt, das wir wollen, und das heißt: Beitritt zu dieser EG!, und zum anderen haben Sie aber Normen, über die in der EG noch diskutiert wird, in einem noch strengeren, in einem noch für mich unverständlicheren Sinn vorweg eingeführt.

Wir haben weitaus inhumanere Ausländergesetze, was die Arbeitsimmigranten und die Flüchtlinge betrifft, als ganz Europa. Was in Deutschland oder sonst im EG-Raum diskutiert wird — Österreich hat es bereits, und zwar weil wir in dieser Zwickmühlensituation stehen, in die uns die Bundesregierung hineinlaviert hat.

Oder: Nehmen wir einen anderen Bereich, die Steuerreform. Weder sind Sie jetzt bereit, rasch eine ökologische Steuerreform durchzuführen — das ist auf die lange Bank geschoben, explizit —, noch werden die Vorteile für die Konsumenten, basierend auf geringeren Mehrwertsteuersätzen, realisiert.

So geht es wirklich nicht! Alles, was vielleicht einen Vorteil bei Übernahme europäischer Modelle darstellen würde, wird den ÖsterreicherInnen verwehrt, andererseits wird alles, was eine Benachteiligung ist, tatsächlich heute und hier realisiert. Ich glaube, das ist wirklich die denkbar schlechteste Kombination.

Dritter Bereich. Umweltgesetzgebung. Wir haben seit geraumer Zeit de facto einen Stillstand, der damit begründet wird, wir müssen zuwarten, wir müssen schauen, was Brüssel tut, wir müssen gemeinsam agieren, wir müssen versuchen, das Verhalten international abzustimmen. Das heißt, überall dort, wo es um echte Fortschritte geht, warten wir jetzt und stehen auf irgendeinem Wartegleis oder Abstellgleis, und überall dort, wo eigentlich der europäische Rechtsstandard heute schon eine Verbesserung für die österreichische Bevölkerung nahelegen würde, wird das ganz be-

Dr. Madeleine Petrovic

wußt nicht gemacht. Wie gesagt, die Beispiele Steuergesetzgebung und die Thematik der Frauengleichberechtigung zeigen dies.

Warum ist Österreich nicht bereit, autonom diese Richtlinien in die österreichische Gesetzgebung zu übernehmen? Es gibt doch keinen Grund, es sei denn, daß man einen unzulässigen Druck in Richtung Abstimmung entfalten will, daß man den heute benachteiligten Schichten ein Zuckerl verheißt, das der österreichische Gesetzgeber heute leicht gewähren könnte, es aber bewußt verweigert.

Das halte ich für unredlich, und das prägt sehr stark meine persönliche Haltung, die, wie gesagt, angesichts des Zustandes Europas keine fröhliche ist. Meine Haltung in dieser Frage ergibt sich aufgrund dieser Situation sehr eindeutig.

Vorhin wurde von der Entwicklung Europas in Richtung ökosozialer Wirtschaftssysteme gesprochen. Ich muß sagen, das stimmt ganz einfach nicht, das stimmt wirklich nicht. Wir haben die Situation der steigenden Arbeitslosigkeit, die nicht gleichmäßig gestreut ist, sondern gewisse Regionen und gewisse Schichten überproportional betrifft. Wir haben sehr, sehr arme Regionen, und wir haben Bevölkerungsgruppen, die wenig Chance haben, dann, wenn sie einmal aus den Marktprozessen hinausgedrängt wurden, wieder hineinzukommen, ältere Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmerinnen mit geringerer Qualifikation.

Statt daß endlich einmal irgend jemand, sei es das kleine Österreich, mit allem Nachdruck beginnt, die europäischen Förderungsmodelle anzuprangern und zu sagen, es ist unvernünftig, erst dann zu intervenieren, wenn eine Region schlechter ist als der europäische Durchschnitt, was Arbeitslosenrate und Langzeitarbeitslosenrate betrifft, statt dessen beteuern Österreich und seine Vertreter immer wieder bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten, daß wir die klassischen Konvergenzkriterien wunderbar erfüllen.

Das paßt doch nicht zusammen! Sie brüsten sich damit, daß Sie die klassischen Konvergenzkriterien — Inflationsrate, Neuverschuldung, Gesamtverschuldung — wunderbar erfüllen. Ich sage Ihnen, da spielen Sie auch nicht mit offenen Karten, da geben Sie einiges nicht an. Aber nehmen wir an, es ist so, dann frage ich: Warum beginnen nicht Sie über die europäische Arbeitslosenrate zu reden? Haben Sie nicht den Mut, haben Sie nicht das Rückgrat, in den Verhandlungen damit aufzutreten? Wie wollen Sie Europa verändern? — Ich habe kein Wort davon gehört.

Oder ist das so, wie es Abgeordneter Keppelmüller im Tropenholz-Ausschuß gesagt hat, daß es manchmal besser sei, kein Rückgrat zu haben? Ist das die Haltung gegenüber Brüssel? Dann, bit-

te, sagen Sie aber nicht länger, daß Sie Europa verändern wollen. Das ist dann nämlich völlig unehrlich und unernst.

Es zeigt sich immer deutlicher, wo denn die großen Auseinandersetzungen stattfinden. Das ist einerseits der Umweltbereich, in dem es die jungen Menschen einfach nicht mehr hinnehmen, daß die Umweltpolitik völlig ins Hintertreffen geraten ist, und es ist zum anderen die Frage der Landwirtschaftspolitik, auch des Konsumentenschutzes, die wiederum sehr eng mit Fragen des Umweltschutzes zusammenhängt.

Gibt es denn hier niemandem zu denken, wenn in Frankreich die Bauern demonstrieren, wenn es bereits jetzt ausgebrochene Orangen- und Bananenkriege gibt? Zieht denn niemand die Konsequenzen und sagt, offenbar geht es nicht an, daß man mit Naturgrundlagen . . . (*Zwischenruf des Abg. Dr. Puntigam zum Abg. Wabl.*) Ich verwechsle gar nichts, Herr Kollege Puntigam, sondern Sie denken immer nur an das Vertragswerk von Maastricht! (*Beifall bei den Grünen.*)

Es geht um die Außenbeziehungen der EG und darum, wie man sich zum Beispiel zu den Entwicklungsländern verhält. (*Abg. Dr. Puntigam: Wogegen haben die französischen Bauern demonstriert?*) Europäische Integration — das ist der Fehler, daß Sie das auf diese reichen Kernstaaten der EG beziehen. Sie sagen: Wir gehören eh dazu, wir erfüllen alle Bedingungen. Dieser Eurozentrismus ist der Fehler, daß Sie eben nicht bereit sind, auf diese Interessen zu schauen. Genau daran wird Europa zerbrechen (*Abg. Dr. Puntigam: Wogegen haben die französischen Bauern demonstriert?*), weil Sie in Europa bereits eine Opposition gegen dieses Verständnis von Integration haben.

Es gibt immer mehr Konsumenten, junge Menschen, die sagen: Wir wollen gemeinsam mit den Entwicklungsländern gehen. Es geht uns nicht um die billigen Bananen, sondern es geht uns um gerechten Welthandel, es geht uns um faire Terms of trade. Das kann tatsächlich ein mächtiges System in die Wege leiten, aber nicht dieser Rat (*Abg. Dr. Puntigam: Wogegen haben die französischen Bauern demonstriert?*), der nur mit Regierungsstimmen spricht und der hinter verschlossenen Türen tagt.

Es ist gestern sehr viel davon gesprochen worden. Man hat gesagt, man soll nicht an allem der EG die Schuld geben. Viele dieser Fehler sind hausgemacht, sie liegen bei den Regierungen. — Das stimmt vollkommen. Aber so gesehen ist es wirklich nicht konsequent, Herr Abgeordneter Puntigam, daß Sie dann genau diesen Regierungsvertretern in einem Rat, der hinter verschlossenen Türen tagt, auch noch die Gesetzgebung in

Dr. Madeleine Petrovic

die Hände geben. Das ist wirklich der falsche Weg! (*Beifall bei den Grünen.*) 10.04

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Klara Motter. Sie hat das Wort.

10.04

Abgeordnete Klara Motter (Liberales Forum): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich ganz kurz mit der Integrationspolitik, und zwar mit der Forschung, Entwicklung und Bildung befassen. Beim Durchsehen aller drei Vorlagen mußte ich feststellen, daß diesen Kapiteln jeweils nur eine Seite gewidmet ist, aber in allen drei Unterlagen jeweils die gleiche. Und da frage ich mich schon: Ist es notwendig, daß wir in allen Berichten immer wieder die gleichen Wortlaute sehen müssen?

Nun aber zum Inhalt. Wir Abgeordneten vom Liberalen Forum bekennen uns zum bilateralen Abkommen mit der EG über die Teilnahme am Studentenaustauschprogramm ERASMUS, das ab dem Studienjahr 1992/93 in Kraft tritt. Wir begrüßen diesen Austausch unserer jungen Studierenden, weil wir davon überzeugt sind, daß unsere Jugend nur durch Austauschmöglichkeiten auf ein vereintes Europa mit allen Chancen und Risiken vorbereitet werden kann.

Weiters begrüßen wir die Anerkennung von Studienzeiten, die Befreiung von Studiengebühren und die Förderung des Lehr- und Hochschulpersonales. Ebenso ist das Programm „Jugend für Europa“ zu begrüßen, weil dadurch gewährleistet wird, daß unsere jungen Menschen die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Kultur in anderen Teilen Europas kennenlernen können.

Meine Damen und Herren! Zur Forschung möchte ich noch anmerken, daß die entscheidende Situation im dritten Forschungs- und Technologierahmenprogramm der EG aus unserer Sicht positiv zu bewerten ist. Zur Vorbereitung des vierten Rahmenprogramms allerdings, das 1994 in Kraft treten sollte, möchte ich heute schon festhalten, daß der maximale Umfang von 196 Milliarden oder maximal 14 Milliarden ECU eine horrende Summe ausmacht. (*Abg. Dkfm. Holger Bauer: Wieviel ist denn das? Wieviel Schilling sind das?*)

Selbst – was anzumerken ist – wenn die europäischen Länder innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht bereit sind, diese Summe im vollen Ausmaß zu zahlen, wird trotzdem eine überdurchschnittlich hohe Summe von Österreich zur Mitfinanzierung erwartet.

Wenn wir auch darüber hinausgehend das vierte Programm für richtig halten, möchte ich anmerken, daß es Aufgabe der Stunde wäre, den Aufbau einer Infrastruktur in Forschung und in-

dustrieller Technologie in Österreich zu forcieren. Denn wenn man bedenkt, daß der Anteil Österreichs in die gemeinsame Kasse in Brüssel dann zwischen 2,3 und 2,6 Prozent liegt, das heißt, wenn das 14-Milliarden-Budget bewilligt wird, so muß man sagen, es liegt der österreichische Anteil über 1 Milliarde Schilling pro Jahr. Daher muß es für Österreich auch ein Ziel sein, daß die Rückflüsse aus der gemeinsamen Kasse in Brüssel auch tatsächlich erfolgen können. Ich weiß, daß dies mit Schwierigkeiten verbunden sein wird, weil Österreich als sogenanntes wohlhabendes Land im europäischen Raum eingestuft wird. Obwohl wir diesen Status international einnehmen, sind wir kein Hochtechnologieland. Aus dieser Situation heraus droht uns die Gefahr, zu einem Nettozahler auf dem Gebiet der europäischen Forschungs- und Technologieprogramme zu werden. (*Die Abgeordneten der FPÖ reden laut untereinander.*)

Meine lieben ehemaligen Kollegen aus der Freiheitlichen Partei! Ich höre auch Ihnen zu, wenn Sie vielleicht Blödsinn verzapfen, aber das, was ich sage, ist fundiert und beweisbar. (*Beifall beim Liberalen Forum und bei der SPÖ. – Abg. Edith Haller: Wir haben das gestern schon beobachtet können!*)

Meine Damen und Herren! So gut, wie wir in der Forschung vertreten sind und auch Anerkennung finden, bleibt doch die Tatsache, daß wir wirtschaftlich eher schwach sind.

In diesem Zusammenhang ist auch zu betonen, daß die Rahmenprogramme des EWR primär Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sind. Um dieses Manko der eher wirtschaftlichen Unterrepräsentation zu beheben, ist es notwendig, sich mehr mit dieser Situation zu befassen als bisher. Denn es kann sicher nicht Ziel sein, wenn wir etwa ab 1994, 1995 zur Zahlung aufgefordert werden, die laut Errechnung 1 Milliarde Schilling ausmacht, daß wir dann nicht auch auf Rückflüsse im entsprechenden Ausmaß hoffen können.

Um dies zu gewährleisten, bin ich der Meinung, daß umgehend mehr Aktivitäten der österreichischen Wirtschaft auf diesem Gebiet zu unternehmen sind, um eine konkurrenzfähige Einbindung in die wirtschaftsorientierte Forschung und Technologieentwicklung sicherzustellen.

Wir vom Liberalen Forum bekennen uns zum Weg nach Europa. (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Wer ist das?*) Wir fordern aber trotzdem, daß diesem Weg gerade in der Forschungsentwicklung noch mehr Augenmerk geschenkt wird. (*Beifall beim Liberalen Forum.*) 10.09

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Puntigam. Er hat das Wort.

Dr. Puntigam

10.09

Abgeordneter Dr. Puntigam (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die Ausführungen meiner Vorvordnerin, Frau Petrovic, nur insoweit eingehen, als ich feststelle: Es war das dasselbe Strickmuster, das auch Voggenhuber immer praktiziert: Man verknüpft zwei Dinge miteinander, die nichts miteinander zu tun haben, zieht die falschen Schlüsse und versucht, das dann als „Wahrheit“ zu verkaufen. — Ich möchte es bei dieser Feststellung auch schon bewenden lassen, weil ich glaube, daß wir in der Sache selbst einiges zu sagen haben.

Wir haben heute die Integrationsdebatte, und es stehen drei Berichte zur Diskussion: der Fünfte Bericht: Stand 15. Juli 1992, der Sechste Bericht: Stand 5. Oktober 1992, der Siebente Bericht: Stand 14. Dezember 1992. Zugleich hat es in diesem Haus viele ausführliche Debatten zu Fragen der Integration gegeben, Debatten über EWR und EG, also Tagesordnungspunkte, die direkt mit diesem Thema zusammenhängen. Und es hat auch viele Debatten gegeben, die indirekt damit zusammenhängen, wie zum Beispiel alle Anpassungsgesetze betreffend den EWR. Jedesmal hat es dabei Gelegenheit gegeben, sich ausreichend mit allen Fragen der Integration zu beschäftigen.

Ich sage das deshalb, weil die Opposition auch gestern wieder sehr lautstark beklagt hat, sie sei nur mangelhaft und nicht zeitgerecht über den Gang der Verhandlungen informiert worden. — Das stimmt überhaupt nicht, denn diese drei Berichte — und das innerhalb eines halben Jahres — sowie die vielen Debatten in diesem Haus beweisen genau das Gegenteil: Es gibt laufend Informationen, und es wird auch umfassend informiert.

Wenn gestern Abgeordneter Voggenhuber in unverantwortlicher Weise den Leuten Angst zu machen versucht hat, um dann später mit frommem Augenaufschlag darüber Klage zu führen, daß die Leute Angst haben, so war das geradezu ein Paradebeispiel für eine verantwortungslose Politik, wie sie eben von den Grün-Alternativen in dieser Frage betrieben wird.

Es hat gestern Abgeordneter Riegler sehr ausführlich und umfassend die Situation im agrarischen Bereich dargestellt, sodaß ich mich in dieser Frage auf einige wenige Punkte beschränken kann. Auch ich als einer, der in einer politischen Landesvertretung tätig ist, gehöre nicht zu jenen, die mit wehenden Fahnen in Richtung EG marschieren, die blind und unkritisch nur die Positivargumente zu verkaufen versuchen: Ich will diesbezüglich alle Vor- und Nachteile auf den Tisch legen, um unsere Berufsgruppe darüber zu informieren, was auf sie zukommt. Dies deshalb, damit dann, wenn es zur Abstimmung darüber kommt,

ob Österreich der EG beitreten soll oder nicht, niemand sagen kann, keine entsprechenden Informationen bekommen zu haben. Die Entscheidung darüber, ob es zu einem EG-Beitritt Österreichs kommt oder nicht, hängt aber letztlich vom Ergebnis der Volksabstimmung ab.

Für die Bauern wird in der EG ganz sicher nicht nur Milch und Honig fließen, das wissen wir alle. Es wird uns der scharfe Wind des Wettbewerbes ins Gesicht blasen, und wir werden uns anstrengen müssen, um diesen Herausforderungen gewachsen zu sein.

Aber zum Unterschied von den Grün-Alternativen, die mit ihrem Bauchladen nur den Artikel „Angst“ verkaufen wollen, versuchen wir von der ÖVP seriöse Informationen anzubieten, alle Vor- und Nachteile eines EG-Beitrittes beziehungsweise des Nichtbeitritts zu diskutieren.

Wer sich in der Integrationsfrage nur mit dem einen Punkt auseinandersetzt: Was ist, wenn?, und die Frage: Was ist, wenn nicht?, ausklammert, kann nicht von sich behaupten, seriöse Politik zu betreiben. Wenn man im Zusammenhang mit der EG aus der Sicht der Landwirtschaft immer nur von Bedrohungen und Problemen spricht, statt auch die Chancen in den Herausforderungen zu sehen, die damit natürlich auch verbunden sind, dann erweist man, meine ich, der Bevölkerung keinen guten Dienst. Wenn man übersieht, daß mit dem GATT und mit der Ostöffnung ganz andere Herausforderungen und Probleme auf Österreichs Landwirtschaft zukommen, so muß man dazu sagen, daß es wahrscheinlich besser ist, mit dem Binnenmarkt im Rücken und in der EG diesen Problemen zu begegnen.

Im Zuge der GATT-Verhandlungen gibt es eine beinharte wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen der EG und den USA. Zu glauben, daß Österreich allein oder im Gefolge der EFTA-Staaten in der Lage wäre, die USA in die Knie zu zwingen — was der EG bisher nicht gelungen ist —, ist eine Illusion.

Was bedeutet das GATT für uns? — Wenn die GATT-Verhandlungen so abgeschlossen werden, wie sich das im Zwischenergebnis zeigt, so bedeutet das: Wir müssen in der Landwirtschaft die Mengen reduzieren, und wir müssen die Stützungen abbauen. Und beides bedeutet im Klartext nichts anderes, als daß das Einkommen der Bauern gekürzt wird.

Was den Osten Europas betrifft: Wenn sich die ehemaligen Staaten des Ostblocks wirtschaftlich nicht erholen, wenn es nicht gelingt, diesen einen wirtschaftlichen Impuls zu geben, dann wird auch die Demokratie in Gefahr sein, dann werden auch die demokratiepolitischen Bewegungen dort im Sand verlaufen. Das „Pflänzchen“ Demokratie

Dr. Puntigam

wird in diesen Ländern verdorren, wenn es nicht gelingt, entscheidende Schritte in Richtung bessere ökonomische Entwicklung zu setzen.

Auch die Herausforderung, die aufgrund der Ostöffnung auf die Bauern zukommt, ist ebenso groß wie jene Herausforderung, die sich aufgrund des Ergebnisses der Verhandlungen im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde ergibt. Herausforderungen, die wir nicht als „Insel der Seligen“ inmitten Europas, umgeben von Ländern, die alle in die EG wollen, allein schaffen können.

Damit möchte ich auch schon das Thema Integration und EG beziehungsweise Landwirtschaft abschließen, denn es ist bereits gestern und auch heute schon viel dazu gesagt worden.

Ich möchte mich, in aller Kürze, einem zweiten Thema zuwenden, das nicht weniger gravierend ist als ein EG-Beitritt, in das wir nicht weniger eingebunden sind, obwohl das manche wahrscheinlich nicht wahrhaben wollen: Ich meine die Balkan-Krise. Der mörderische Krieg in Bosnien-Herzegowina ist nur ein Teil dieser Balkan-Krise, die unter Umständen in nächster Zeit sogar noch weitaus größere Ausmaße annehmen kann. Das könnte zu einem verheerenden Flächenbrand führen, von dem wir zwar wissen, von wo er seinen Ausgang genommen hat, von dem wir aber nicht wissen, wo und wie er enden wird. Die Vorwürfe gegen die UNO und gegen Europa in diesem Zusammenhang werden zu Recht erhoben. Aber wenn gestern in den Debattenreden insbesondere von den Vertretern der Freiheitlichen die EG dafür allein verantwortlich gemacht worden ist, daß die Balkan-Krise, daß der mörderische Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht zum Stillstand gebracht werden kann, so ist das schlichtweg falsch. Jene Redner, die lautstark beklagen, daß die EG nicht einschreite, sind meist dieselben, die sich gegen die Verträge von Maastricht wenden. Aber gerade mit den Verträgen von Maastricht ist der erste Versuch gesetzt worden, im Zusammenhang mit der EG, mit der Westeuropäischen Union eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen.

Es ist also unlogisch — fast möchte ich sagen: schizophren —, auf der einen Seite von der EG zu verlangen, daß sie sich militärisch auf dem Balkan engagiert, auf der anderen Seite jedoch gegen jene Verträge zu sein, die die Grundlage für ein solches Einschreiten bilden könnten.

Ich bin froh darüber, daß es gestern zu einem Fünfparteiantrag gekommen ist, obwohl ich nicht verhehlen möchte, daß meiner Ansicht nach einige Punkte darin nicht deutlich genug ausgefallen sind.

Von jenen 14 Maßnahmen, die in diesem Entschließungsantrag von der Regierung eingefor-

dert werden, sind die meisten solche, die von der UNO in der Londoner Friedenskonferenz, aber auch sonst, zwar immer wieder erhoben wurden, aber nie eingehalten worden sind.

Wenn in diesem Entschließungsantrag davon die Rede gewesen ist, einen Waffenstillstand sofort herbeizuführen, dann frage ich mich schon, der wievielte „Waffenstillstand“ das eigentlich sein sollte. Ich glaube, es sind mindestens zwei Dutzend derartige Vereinbarungen getroffen worden, jedoch ist keine einzige Vereinbarung eingehalten worden.

Zur Forderung: Unterstellung der schweren Waffen unter die Kontrolle der UNO, kann ich auch nur sagen: Ein frommer Wunsch, der sich jedoch wahrscheinlich nicht erfüllen wird.

Ebenso wurde die Durchsetzung der vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen gefordert. Auch das wurde schon zum x-ten Mal von der gesamten westlichen Welt gefordert, aber durchgesetzt wurde es nie.

Weiters: Es soll zur Unterbindung der Nachschublieferungen von Serbien aus für die serbischen Truppen in Bosnien-Herzegowina kommen. — Wir verlangen das, seit es diesen Krieg gibt, aber in Wirklichkeit funktioniert der Nachschub von Serbien nach Bosnien bestens.

Weiters möchte ich auf jenen Punkt dieses Antrages zu sprechen kommen, der mir zuwenig deutlich ausgefallen ist: Die Durchsetzung des Waffenembargos funktioniert wahrscheinlich nur bei jenen, die die Angegriffenen sind, nämlich bei den Moslems in Bosnien-Herzegowina. Die Serben jedoch, die diesen Krieg begonnen haben, aber auch die Kroaten, die in diese Krise nicht direkt involviert sind, haben noch immer die Möglichkeit, zu Waffen zu kommen. Jene also, die abgeschlachtet, deren Frauen vergewaltigt, deren Dörfer niedergebrannt werden, bei denen eine „ethnische Säuberung“ stattfindet, wurden gleichfalls mit einem Waffenembargo belegt.

Ich glaube, es wäre, wenn wir schon sagen, wir können den Moslems nicht helfen, recht und billig, daß wir ihnen wenigstens nicht die Hände derart binden, sondern wir sollten zulassen, daß sie sich gegen ihre Angreifer wehren können. Und deshalb glaube ich, daß wir einer Aufhebung des Waffenembargos für Bosnien das Wort reden sollten.

In dieser Resolution heißt es — ich zitiere —:

„Sollte es innerhalb der nächsten Monate nicht zu einem Ende der bewaffneten Auseinandersetzung und zur Einhaltung des Embargos kommen, so wäre die Unterstützung von Anträgen beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Aufhebung des Embargos in bezug auf den völkerrecht-

Dr. Puntigam

lich anerkannten Staat Bosnien-Herzegowina zu prüfen.“

Wir haben diese — etwas weiche — Formulierung deshalb wählen müssen, weil wir sonst keinen Fünfparteiantrag zustande gebracht hätten. Ich glaube aber, daß dieser in der Sache selbst zuwenig deutlich ausgefallen ist. Ich meine, daß die Weltöffentlichkeit — insbesondere von Österreich und von unserem Außenminister — eine klare Sprache erwartet! *(Beifall bei der ÖVP.)*
10.22

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, gebe ich bekannt, daß die Abgeordneten Rosenstingl und Genossen das Verlangen gestellt haben, die soeben eingebrachte schriftliche Anfrage 4442/J an den Bundesminister für Finanzen betreffend Vernachlässigung österreichischer Interessen beim Verkauf von Verkehrsunternehmungen, insbesondere der AUA und DDSG als dringlich zu behandeln.

In formeller Hinsicht ist in dieser Anfrage beantragt worden, die Anfrage im Sinne der Bestimmungen des § 93 Geschäftsordnungsgesetz nach Erledigung der Tagesordnung dieser Sitzung zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.

Die dringliche Anfrage ist daher nach Erledigung der jetzt laufenden Tagesordnung in Verhandlung zu nehmen. — Ob aus technischen Gründen eine Unterbrechung der Sitzung notwendig sein wird, um dem Herrn Finanzminister Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zu geben, wird der dann den Vorsitz führende Präsident zu entscheiden haben.

Nächster Redner ist Abgeordneter Dr. Kurt Heindl. Er hat das Wort.

10.23

Abgeordneter Dr. **Heindl** (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Integrationsdebatte von gestern und heute so Revue passieren lasse, auch unsere Diskussion von vergangenem Dienstag im Wirtschaftsausschuß betreffend GATT-Änderungen, betreffend Freihandelsabkommen mit Polen, die bilateralen Verhandlungen hiezu, so wird mir folgendes ganz bewußt: Kollegen von der Opposition äußern sich in manchen Fragen kritisch — durchaus berechtigt — und tun so, als ob von Regierungseite diese Dinge zuwenig beachtet würden, und sie bringen in diesem Zusammenhang die gesamte EG-Diskussion in eine Richtung, die, meine ich, nicht zweckdienlich ist.

Es ist unbestritten, daß im Zusammenhang mit der Entwicklung der Freihandelsabkommen der EG mit den Reformländern kritische Situationen

für unsere Exportwirtschaft entstehen, aber sicher ist dieses Problem nicht dadurch lösbar, die Problematik der EG-Verhandlungen und der EG-Abkommen mit den Reformländern in Relation zu Österreich und zu den EFTA-Abkommen mit der EG zu stellen.

Diese Verwirrung sollte man vermeiden: So ist eine ordentliche, eine seriöse Diskussion zur Information der Bürger unseres Landes in bezug auf einen EG-Beitritt nicht möglich! Ich bin alles andere als dazu berufen, dem Kollegen Scheibner hier Unterricht zum Thema Verhalten zu geben, aber er sollte schon zur Kenntnis nehmen: Ich — und wahrscheinlich andere Kollegen auch — habe der Kollegin Motter deswegen applaudiert — nicht wegen des Inhalts ihrer Rede —, sondern weil wir den Eindruck hatten, daß man sie quasi mundtot machen will.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten werden immer dafür eintreten, daß jemand, was immer er sagen möchte, das auch sagen darf. Dafür werden wir immer einreten, egal, wo jemand politisch steht. *(Abg. Dr. Haider: Berücksichtigen Sie das bei der FPÖ auch einmal, daß jeder sagen kann, was er möchte!)* Für den Herrn Kollegen Scheibner ist das offenbar nicht so selbstverständlich, und deswegen haben wir der Abgeordneten Motter applaudiert. Nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP. — Abg. Edith Haller: Berücksichtigen Sie das bei der FPÖ auch! — Abg. Dr. Haider: Wir werden Sie daran erinnern!)* Das tue ich!

Herr Kollege Haider! Ich werde jedem applaudieren, damit er seine Meinung hier sagen kann. Ich werde mich dann damit auseinandersetzen, ich muß ja dessen Meinung nicht teilen, aber jeder muß hier das sagen können, was er sagen möchte. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Haider.)*

Herr Kollege Haider, darüber rede ich ja jetzt! Wissen Sie: Die ganze Integrationsdebatte wäre um so vieles einfacher, wenn man nicht so diffuse Dinge in den Raum stellen würde, sondern fragen würde: Worum geht es denn wirklich? Hat denn nicht tatsächlich die Entwicklung weltweit ein Ausmaß angenommen, konkret die Europäische Integration, sodaß uns das ganz unmittelbar beeinflusst?

Wir reden immer davon, was wir uns gerne wünschen würden. — Kollegin Petrovic, mir gefällt die Welt auch nicht, wie sie sich derzeit darstellt, aber wir können nicht sagen: Jetzt treten wir aus Österreich aus, weil uns die Welt nicht gefällt, und fahren auf den Mond oder suchen eine andere Welt. Diese Welt ist nun einmal so, wie sie eben ist. Als kleines Land in dieser Welt müssen wir uns den für uns geeignetsten Weg suchen. Und dasselbe gilt für Europa.

Dr. Heindl

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es das Ost-West-Schema nicht mehr gibt, daß die Integration in Europa ein Ausmaß angenommen hat, das weit über den Abbau der Handelshemmnisse hinausgeht, daß mit der Schaffung des Binnenmarktes für rund 380 Millionen Menschen etwas geschehen ist, wo man eben nicht mehr mit den herkömmlichen Regeln zu Rande kommt, wenn in diesem großen Markt plötzlich Wirtschaftsprobleme entstehen, werden wir in Österreich auch das unmittelbar spüren. Kollegin Tichy-Schreder hat ja zu Recht auf die Verknüpfung unserer Exportwirtschaft mit der anderer Länder hingewiesen.

Meine Damen und Herren! Es gilt, das alles bewußt zu machen. Man kann dabei durchaus natürlich verschiedene Positionen einnehmen, ob wir uns so oder so verhalten sollen, aber so zu tun, als ob unser Wohlstand, den wir den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, rein zufällig zustande gekommen ist, ist doch ein Verkennen der Realität. Das muß man den Bürgern auch sagen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

41 Prozent unseres Bruttoinlandsproduktes werden im Export — im engeren und weiteren Sinne — erwirtschaftet. Jeder dritte Arbeitsplatz in diesem Land ist unmittelbar vom Funktionieren unserer Exportwirtschaft abhängig. Vergessen wir nicht, daß rund 66 Prozent unserer Exporte heute bereits in den EG-Raum gehen; im EWR insgesamt werden es dann über 80 Prozent sein! Das dürfen wir nicht vergessen! Wir können doch nicht sagen: Exportieren wir halt nach Malaysia oder nach China!

Meine Damen und Herren! So einfach ist das nicht. Jeder, der in dieser Wirtschaft steht, weiß, wie schwer es ist, auf Exportmärkten zu reüssieren, wie schwer es ist, dort Erfolg zu haben — und damit unsere Arbeitsplätze zu sichern, unsere Wirtschaft in Schwung zu halten und letztlich das gesamte Sozialgefüge, bis hin zu den Pensionszahlungen, in Ordnung zu halten. Hier zu sagen: Das will ich nicht, das paßt mir nicht, das gefällt mir nicht!, ist zu einfach. Mir gefällt auch so manches nicht, aber wir können nicht sofort alles ändern, sondern wir können uns nur um das eine oder andere bemühen.

Herr Kollege Voggenhuber, ich habe das Glück gehabt — ich sage bewußt: das Glück —, stundenlang mit Ihnen in fairer Weise in einer Plattform diskutieren zu können, die nicht politisch war. Mir hat diese Diskussion zwei Dinge mitgegeben: auf der einen Seite, daß ich Ihr Engagement bewundere — überhaupt keine Frage —, wie Sie das ablehnen. Das respektiere ich; das nehme ich zur Kenntnis. So wie ich der Meinung bin, das ist der richtige Weg, sind Sie eben anderer Meinung.

Was mich allerdings irritiert hat, ist, daß Sie nicht in der Lage waren — viele andere haben das auch so gesehen, ich habe ja nach der Diskussion mit vielen Diskussionsteilnehmern gesprochen —, den Zuhörern zu vermitteln, was Ihre Vision ist. Wie stellen Sie sich vor, daß sich Europa entwickeln soll? Auch für mich waren Ihre Aussagen diffus. Phasenweise glaubte ich begreifen zu können, wohin Sie wollen, nämlich auch zu einem vereinten Europa, aber dann habe ich gemerkt, daß dem doch nicht so ist.

Kollege Voggenhuber, Sie gehen auch überhaupt nicht auf Argumente ein, die uns unmittelbar berühren. Kollegin Petrovic hat hier gesagt, dieses Europa sähe weder die soziale noch die ökologische Dimension. Ja bitte, glaubt denn irgend jemand, meine Damen und Herren, daß etwa die Slowakei, die Ukraine oder Bulgarien ihre ökologischen Probleme ohne Westeuropa lösen können, ohne funktionierende Wirtschaft, ohne Kapital, ohne Know-how?! Wie soll denn das geschehen, meine Damen und Herren? Mit diffusen Reden und diffusen Visionen!? — Das gilt es der Bevölkerung zu sagen! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich verstehe das in einer Phase solchen Umbruchs. Es ist historisch. Man muß es sich immer wieder vor Augen halten. Was noch vor vier Jahren undenkbar war, ist denkbar geworden: daß alle Länder mit all ihren Problemen frei geworden sind. Aber ebenso ist es Realität geworden, daß sich im Zusammenhang mit dem Einbruch des Sowjetimperiums auch außerhalb Europas einiges gravierend ändert.

Im gesamten ostasiatischen Raum entwickelt sich eine Wirtschaft, meine Damen und Herren, deren Schwerpunkt in Wirklichkeit bereits die Integration ist. Nirgendwo sonst als in China — nur nimmt man das zurzeit hier in unserem Land noch nicht zur Kenntnis — sind die wirtschaftlichen Zuwachsraten so enorm hoch, nirgendwo sonst ist auch die soziale Entwicklung mit den gesamten sozialen Spannungen so stark. Also auch dort bildet sich eine integrative Wirtschaftszone wie in Amerika.

Auch wenn sich das eine oder andere nicht so entwickeln wird wie in Europa, aber die Zukunft — und auch das muß man unseren Bürgern sagen — sieht eben so aus, daß die Welt handelspolitisch und wirtschaftspolitisch leider nur drei große Räume hat — ich sage, leider nur drei, denn die Entwicklungsstaaten sind nicht dabei; das ist furchtbar, das ist ein Problem, da teile ich die Meinung der Kollegin Petrovic —: das neue Europa, wie immer es aussehen wird, ob mit 12, 18 oder 25 Staaten, den ostasiatischen Raum und den nordamerikanischen Raum.

Dr. Heindl

Meine Damen und Herren! Noch eine Anmerkung — Kritik an uns selbst —: Ich war in dieser Woche, als Clinton seine Rede an die Nation hielt, in Amerika, in New York, und ich hatte nach der Rede am Abend im Hotel die Gelegenheit, die Diskussionen dazu via Fernsehen mitzuerleben. Was mich an diesen Diskussionen zu der Rede so fasziniert hat, ist, daß sich dort Menschen — Unternehmer, Arbeiter — hingestellt und gesagt haben: Ich gehöre der Republikanischen Partei an, ich war eigentlich für Ross Perot, aber wenn das, was dieser Clinton hier sagt, tatsächlich seine Politik ist, dann werde ich ihn unterstützen, auch wenn ich in dem einen oder anderen Punkt nicht mit ihm übereinstimme.

Meine Damen und Herren! Das brauchen wir: Kritisieren wir einzelne Punkte, aber gehen wir gemeinsam den einzigen Weg, den Österreich nur gehen kann! Gemeinsam ins vereinte Europa! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Geben wir auf jede Frage eine Antwort, auch wenn sie weh tut! Stellen wir uns jeder Kritik! Nur so können wir Ängste und Unsicherheiten, die natürlich im Gefüge des Zusammenbruchs entstanden sind, ausräumen. Selbstverständlich haben viele Menschen Angst davor, daß plötzlich die Ausländerfrage virulent wird und weh tut, daß die Erhaltung von Arbeitsplätzen fraglich wird. — Ängste, die aus dem Osten kommen und sich nun auch im Westen verbreiten können. Das ist keine Vision meinerseits, sondern eine, wie ich glaube, relativ realistische Einschätzung.

Europa wird dann einen vernünftigen Weg gehen, wenn es in den nächsten Jahren gelingt, die EFTA-Staaten zu integrieren und sehr rasch in immer engere Wirtschaftsbeziehungen mit den Reformländern zu geraten, denn nur so kann durch eine vernünftige Wirtschaftsentwicklung eine soziale und ökologische Katastrophe in diesen Ländern verhindert werden. Nur das Gemeinsame auch mit diesen Ländern wird Gesamteuropa eine vernünftige Perspektive geben, und deswegen bin ich davon überzeugt, daß Österreich den Weg mit Brüssel und in die EG gehen soll. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.) 10.34*

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Flicker. Er hat das Wort.

10.34

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Flicker** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretär! Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der Frage unserer Teilnahme oder Nichtteilnahme am weiteren Aufbau des sich friedlich vereinigenden Teiles Europas möchte ich ein persönliches Erlebnis darbringen:

Im April 1945 — ich war damals noch keine 6 Jahre alt — spielte ich im Hof meiner Eltern im

oberen Waldviertel, und da sah ich plötzlich vom Waldrand her kommend eine Gestalt. *(Abg. Probst: Den Weihnachtsmann!)* Sie kam näher, und ich merkte, es ist ein Soldat. Er kam näher, und ich sah, es ist ein fremder Soldat, bewaffnet. Verängstigt lief ich ins Haus und sagte zu meiner Mutter: „Komm schnell, da kommt ein bewaffneter, ein fremder Mann, ein Soldat.“ Sie eilte aus dem Haus. Ein Aufschrei — sie fiel ihm um den Hals. Es war mein Vater. — So lernten wir uns kennen, mein Vater und ich, im April 1945.

Warum erzähle ich das hier, meine Damen und Herren? Das ist ein Schicksal? — Nein, es ist ein tausend-, ein hunderttausend-, ja ich sage, ein millionenfaches Schicksal, wie es sich immer und immer wieder in unserem Europa leidvoll abgespielt hat. Wir, die Kulturnationen, die Erfinder der Zivilisation, die Erfinder des Modernen, des Fortschritts, haben uns doch über Jahrhunderte gegenseitig überfallen, den Schädel eingeschlagen und vertrieben, Raubzüge in verschiedenen Allianzen getätigt. Das ist ein Bild dieses Europas. Und es sagt ein Sprichwort, ich glaube, es ist ein englisches Sprichwort *(Zwischenruf des Abg. Probst)* — Kollege Probst, für dich ist manches eine Hetz, für mich nicht —, es sagt ein Sprichwort: Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist verdammt, sie zu wiederholen.

Ich glaube, wir europäischen Nationen sind lange genug dazu verdammt gewesen, einen schlimmen Teil unserer Geschichte zu wiederholen. Aber, Gott sei Dank, ein Teil dieses Europas, Menschen, Nationen, Staatsführer haben aus der Geschichte gelernt — und das ist ja der Kern, die Wurzel der europäischen Einigung, des Paktes zwischen Deutschland und Frankreich, die Erweiterung der Kohle-Stahl-Vergemeinschaftung —, daß dieses Kriegführen sinnlos wird. Und das ist es, was wir voranzustellen haben, wenn wir Integration debattieren und uns fragen, ob wir Österreicher an diesem Aufbau in Europa teilnehmen wollen oder nicht. Für die Regierung und für die Mehrheit dieses Hauses und auch für mich ist die Antwort: Ja, klar! Wir wollen als vollberechtigter Partner in dieser Gemeinschaft am Aufbau teilhaben.

Das ist unsere Lehre, die wir aus der Geschichte ziehen, das ist aber auch unsere Antwort auf die Herausforderung der Gegenwart und Zukunft. Und viele Kollegen haben in der Kürze ihrer Beiträge hier klar angeführt, daß Friedenssicherung, daß Wohlstandssicherung, die wir erreicht haben, daß die neuen Umweltfragen ja geradezu die Zusammenarbeit in neuen Staatengemeinschaften erfordern, wenn wir sie lösen wollen.

Meine Damen und Herren! Das österreichische Volk ist tüchtig; auch andere Nationen sind tüchtig — wenn man sie läßt und sie die richtigen

Dipl.-Ing. Flicker

politischen Systeme haben. Wir haben in Österreich im Schatten dieser Europäischen Gemeinschaft einen Standard an Wohlstand, an sozialer Sicherheit aufgebaut, der in der Geschichte ohne Beispiel ist. Und wenn wir dieses Erreichte für unser Land sichern wollen, dann müssen wir dafür sorgen, daß wir nicht in die Isolation abgedrängt werden, denn das würde bedeuten: keine Integration. Das gilt für alle Berufsgruppen, für alle, egal ob Arbeitnehmer, Gewerbetreibende oder Bauern.

Ich möchte gerade zu der sensiblen Frage Bauern, gerade auch für die Bauernschaft sagen: Ich halte es zwar für übertrieben, wenn — wie ich gestern gelesen habe — der EG-Botschafter in Österreich sagt: Die Europäische Gemeinschaft ist der Retter des österreichischen Bauerntums!, aber es liegt ein Körnchen Wahrheit in dieser Aussage. Denn wir, die wir uns ernstlich mit den Fragen der Zukunft und mit den Lebensgrundlagen befassen, müssen sagen: Durch den Aufbruch des Ostens weg von den Diktaturen hin zu Demokratien, zu marktwirtschaftlichen, gesellschaftlichen Ordnungen entsteht — und wir spüren es ja schon — gerade auch in der Agrarproduktion vom früheren Osten her Druck auf den österreichischen Markt.

Ob wir wollen oder nicht, wir können diesen Druck nicht ewig verhindern, und wir sind auch verpflichtet, diesen Ländern, wenn sich dort die Demokratie weiterentwickeln soll, da und dort entgegenzukommen. Aber wir verlieren in Österreich dadurch Agrarmarkt — kein Zweifel.

Auf der anderen Seite ist der Druck spürbar, der durch internationale Abkommen entsteht, durch das in Diskussion befindliche neue weltweite Zoll- und Handelsabkommen, GATT, wodurch wir und die europäischen Bauern mit Agrarprodukten konfrontiert werden, in Wettbewerb treten müssen, die unter ganz anderen Bedingungen erzeugt werden. Da ist für uns und die europäischen Bauern Druck spürbar. Und wenn wir, die Österreicher, in dieser Frage in die Isolation geraten, einerseits dem Druck des Ostens auf dem Markt ausgesetzt sind, andererseits dem weltweiten Druck, dann werden wir zerrieben werden, und dann beginnt ein Bauernsterben, das unsere Bauernschaft in einem bis jetzt noch ungeahnten Ausmaß treffen wird. Aber: Wir werden dem entgegnetreten, und das ist auch ein wirtschaftspolitisches Ziel der Integration. *(Zwischenruf des Abg. Haigermoser.)*

Natürlich gibt jede Veränderung Anlaß zu verschiedenen Betrachtungsweisen. Und die Integration in den europäischen Markt stellt für unsere Bauernschaft eine neue Herausforderung dar und bringt da und dort zusätzlichen Veränderungs- und Wettbewerbsdruck. Das ist überhaupt keine Frage. Aber gerade das ist auch Anlaß, daß wir

alle uns des Wertes des österreichischen Bauerntums bewußt werden, das uns hochqualifizierte Nahrungsmittel liefert — das ist unbestritten — und die Landschaft, die in Europa einmalig ist, gestaltet — wenn wir wollen, daß dies fortgesetzt wird, müssen wir diese Leistung unserer Bauern auch honorieren. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Huber.)*

Wir müssen das so honorieren, daß der neue Wettbewerb, dem wir uns durchaus zu stellen haben, positiv bewältigt werden kann — sogar besser als bisher. *(Zwischenruf des Abg. Haigermoser.)* — Kollege Haigermoser! Von Krawatten verstehst du etwas, auch wenn du mir noch immer eine schuldig bist, aber von der Agrarpolitik verstehst du nichts.

Ich bringe jetzt ein Beispiel: Wenn wir Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind, dann sind unsere Rinderverkäufe in dieses Gebiet keine Exporte mehr, sondern Binnenmarktgeschäfte. Wenn wir aber nicht Mitglied sind, dann haben wir aufgrund der GATT-Bestimmungen unsere Exporte um 100 000 Stück Rinder zu dezimieren. Sag mir, wie wir dann die Einkommen und die Existenz der Bauern sichern! Sag mir das! — Das ist die Wahrheit, und die willst du nicht wahrhaben! *(Zwischenruf des Abg. Huber. — Abg. Haigermoser: Der Rindfleischpreis ist entscheidend!)*

Ziel meiner Partei, der Volkspartei, ist es, diese Herausforderung „Europa“ so zu gestalten, daß sie unseren Bauern neue und bessere Chancen bringt. Die Regierungsparteien sind sich in dieser Zielsetzung einig, und dem entsprechen auch das Grundsatzpapier zu Brüssel und die Verhandlungen.

Ich darf abschließend die Bundesregierung noch verstärkt auffordern, auf dem Weg, dieses Ziel zu erreichen, fortzufahren und die innerösterreichischen Bemühungen in dieser Richtung zu verstärken. *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.) 10.45*

Präsident: Gemäß § 57 (8) der Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Voggenhuber zum Wort gemeldet. Maximale Redezeit: 16 Minuten.

10.45

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Präsident! Zur Aufklärung: Diese Redezeit ist durch die Überschreitung der Redezeit durch den Außenminister entstanden. — Danke, Herr Präsident!

Herr Bundesminister! Sie haben gestern — hier geht es mir so wie der österreichischen Öffentlichkeit — auf die Fragen, die ich Ihnen in allen Bereichen der Integration gestellt habe, eigentlich

Voggenhuber

nicht geantwortet — weder was meine Fragen bezüglich Demokratiedefizit betrifft, noch was die Frage nach der Vertretbarkeit von Gesetzen, die nicht durch eine gesetzgebende Versammlung beschlossen wurden, betrifft, nicht auf meine Fragen zur Umwelt, in denen ich Sie darauf hingewiesen habe, daß es wohl nicht sinnvoll ist, in der Öffentlichkeit mit der Registriertasse Verordnungen zu vergleichen, sondern daß man die Wachstumsdynamik und die Methoden des Wachstums sehen muß, die EG als Beschleunigungszentrum von Zerstörungsprozessen sehen muß.

Sie haben nicht geantwortet auf Hinweise zur Neutralität. Ich glaube, alle Abgeordneten, die sich hier so vehement gemeldet haben, mußten inzwischen die Literatur soweit zur Kenntnis nehmen, daß die Erste Republik selbstverständlich eine Quasineutralität verfolgt hat, daß „Saint Germain“ eine Bündnisfreiheit bedeutet hat, daß Österreich sich seinem Selbstverständnis nach schon lange vor 1955 als quasineutraler Staat verstanden hat, daß sogar völkerrechtliche Vereinbarungen auf diesem Tatbestand beruht haben und so weiter und daß die Darstellung in der Öffentlichkeit, bei der Neutralität handle es sich quasi um eine Zwangsmaßnahme aus dem Jahr 1955, falsch ist. Es ist auch falsch, daß sie grundsätzlich und ausschließlich mit dem Ost-West-Konflikt verbunden war. Die Neutralität Österreichs ging und geht nach wie vor aus der geostrategischen Situation des Landes hervor und ist aus diesen historischen Grundlagen heraus auch für die Zukunft außerordentlich wichtig.

Sie sind auch nicht darauf eingegangen, ob wir endlich diese geostrategische Situation, die Geschichte und die derzeitige Situation in Europa anhand einer Sicherheitsanalyse und eines Sicherheitskonzepts im Parlament besprechen können. Bisher fehlt eine derartige Grundlage einer rationalen Diskussion.

All das haben Sie unbeantwortet gelassen, all das haben Sie mit großer Verve zurückgewiesen, ohne die Fragen zu beantworten, außer einer: Sie haben die EG als das Reich des Friedens hingestellt, Herr Außenminister! So wie die Politiker der Regierungsfractionen noch vor zwei Jahren das Wohlstandsversprechen abgegeben haben, das Wachstum der EG, die soziale Stabilität beschworen haben — das unterlassen sie heute aus guten Gründen, weil nämlich davon nichts mehr realisierbar erscheint; auch nach eigener Einschätzung der EG —, kommt nun das zweite große Bild: das Reich des Friedens.

Herr Außenminister, damit wir uns nicht mißverstehen: Ich will der EG nicht einen Beitrag zum europäischen Frieden absprechen, in keiner Weise. Aber das, was Sie hier tun, verunklart die gesamte Diskussion. Die EG ist nicht das Reich

des Friedens, die EG hat, vor allem die Gründung von „Kohle und Stahl“, einen Beitrag geleistet, sonst war sie eine Wirtschaftsunion und weiter nichts. Sicher hat die Gründung von „Kohle und Stahl“ eine ganz eminente friedenspolitische Zielsetzung gehabt. Sie sollten hier aber nicht alle Länder, die außerhalb der EG waren und sind, zu denen rechnen, die nicht zum europäischen Frieden beigetragen haben.

Wenn die letzten Jahrzehnte eine Friedenszeit in Europa waren, so ist der Grund dafür keineswegs nur in den Ländern der EG zu finden. Sie wissen ganz genau und hätten das bis vor kurzem auch in aller Nüchternheit und lapidar so ausgeführt, daß es das Gleichgewicht des Schreckens war, das den Frieden in Europa gesichert hat, und nicht das „Reich des Friedens“, die EG.

Wenn Sie die jetzige Situation der EG betrachten, dann würde ich wirklich um etwas mehr Nüchternheit in dieser Sache bitten. Wenn Sie beispielsweise zur Kenntnis nehmen, was der Generaltruppeninspektor der Deutschen Bundeswehr vor kurzem in einem Tagesbefehl über die Ziele dieses europäischen Sicherheitssystems ausgedrückt hat, dann schaut die Sache ganz anders aus, Herr Außenminister!

Da heißt es nämlich: Zugang zu allen Rohstoffen rund um die Welt und Offenhalten der Handelswege. Das, Herr Außenminister — und das wissen Sie ganz genau —, ist das sicherheitspolitische Interesse der EG, da ist keine Rede vom Reich des Friedens, sondern es geht darum, gegenüber der dritten Welt die Dominanz zu erhalten, das Wohlstandsgefälle zu sichern, den Zugriff auf die Rohstoffe und die Welthandelswege zu sichern. — Darum geht es.

Herr Außenminister! Ich weiß nicht, wie Sie die Entwicklung beurteilen, daß man dieses Ziel, das im übrigen ein „semper idem“ der Weltpolitik ist, nicht mehr mit einer einfachen klassischen Militäralianz verfolgt, sondern daß man dieses Ziel mit einem Rechtssystem verfolgt, daß Europa den Interessengegner nicht mehr als Feind bezeichnet, sondern als Kriminellen, daß Europa versucht, den Interessengegner als Polizist, als Anwalt, als Richter, als Exekutor in einem zu strafen. Es geht darum, Polizist zu sein, wie Sie gestern gesagt haben. Die Amerikaner machen uns das schon über Jahrzehnte vor, niemand hat bisher allerdings daran gedacht, daß dies so ernst zu nehmen ist, wie Sie das hier dargestellt haben, nämlich als Reich des Friedens.

Ich würde Sie also doch bitten, ohne irgend jemandem der Beteiligten eine friedenspolitische Absicht absprechen zu wollen, die nüchternen machtpolitischen Strukturen etwas genauer zu sehen und dann den Österreicherinnen und Österreichern zu sagen, ob wir an einem solchen Milli-

Voggenhuber

tärpakt zur Verteidigung der europäischen Wirtschaftsinteressen, Machtinteressen teilnehmen sollen und wollen. Bitte lassen Sie dann die Camouflage des Reiches des Friedens. Im übrigen kann man das auch sehr leicht an der Entwicklung feststellen.

Sie haben gestern so ganz en passant gesagt: Selbstverständlich sollen die Regeln der UNO gelten. Sie haben mit Absicht, unterstelle ich, nicht von den Institutionen und der Oberhoheit der UNO geredet, wie es der Entschließungsantrag des Nationalrates ausdrücklich vorsieht. Sie glauben nämlich durchzukommen, wenn Sie es den Europäern überlassen, die Regeln der UNO auszulegen und zu entscheiden. Sie haben aber nicht dazu Stellung genommen, ob Sie sich an die Entscheidung des Parlaments halten, daß nämlich ein solches Sicherheitssystem nur unter Oberhoheit der UNO beziehungsweise der Institutionen der UNO für uns akzeptabel ist. Diese Antwort steht aus.

Herr Außenminister! Das ist einer jener Punkte, wo die Verunklärung, die Halbwahrheiten, die man der Öffentlichkeit sagt, eben zur Propaganda werden. Das Reich des Friedens, in das wir alle hineinmüssen — ich weiß nicht, aus welcher religiösen Tradition eine solche Argumentation kommt, mit der Realität hat sie nichts zu tun, wie Sie als erster wissen. Hier geht es um große Wirtschaftsinteressen, um die Konsolidierung eines Kontinents gegenüber dem Süden, hier geht es um die Verteidigung von Wohlstand, hier geht es um den Zugriff auf Rohstoffe der dritten Welt. Das wissen Sie, das steht in jedem NATO-Papier, das wird Ihnen jeder Militär in Europa sagen. Versuchen Sie hier nicht, diese Realitäten, mit denen wir umgehen müssen, in einer religiösen Metaphorik zu verkleiden!

Dann gilt es, die Frage zu stellen, ob Österreich innerhalb dieser machtpolitischen Entwicklungen einen sinnvollen Platz einnimmt oder nicht. Und da gilt es, eben genauer zu analysieren, welche Position Österreich bei den Nationalitätenkonflikten einnimmt.

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt — und ich bin überzeugt, daß das in Europa und daß das auch in Österreich diskutiert werden wird —, daß Österreich in die Entstehung dieser Nationalitätenkonflikte involviert war, daß es Mitverursacher, sei es in der Zeit der Monarchie, sei es in der Zeit des Nationalsozialismus, aller Nationalitätenkonflikte ist, über die wir derzeit reden. Es ist haarsträubend und skurril, zu glauben, wir könnten in irgendeinem dieser Nationalitätenkonflikte bewaffnet Frieden stiften.

Ich würde Sie aber in Anbetracht dieser Tatsache, daß wir das nicht können, auch bitten, alle Aufforderungen an andere Länder, mit ihren

Söhnen an die Front zu gehen, zu unterlassen — nicht nur aus Neutralitätspolitischen Gründen, sondern aus Gründen des Geschmacks, denn man fordert nicht fremde Menschen zum Kämpfen für die eigenen Interessen auf.

Dann ist zu klären, was die Neutralität im Nord-Süd-Konflikt zu leisten hat. Es fehlt mir hier die Zeit, die Tradition und die Ansätze von Bruno Kreisky zum x-tenmal anzusprechen beziehungsweise auszuführen. Aber eines sind Sie uns schuldig geblieben, die Antwort auf die Frage, was Österreich beziehungsweise Österreichs Neutralität in diesem großen Nord-Süd-Konflikt, in dem Europa sich konsolidiert, nicht als Reich des Friedens, sondern als Militärpakt, in dieser Entwicklung leisten könnte. Ich denke, sehr viel. Und hätten Sie in den letzten Monaten nicht eine quasi nichtneutrale Außenpolitik verfolgt, sondern hätten Sie von Anfang an — und da stelle ich mich auf die Seite Ihrer Kritiker, Ihrer schärfsten Kritiker — eine aktive Neutralitätspolitik gemacht, würde es heute in Jugoslawien vielleicht nicht ganz so aussehen. Das ist eine Entwicklung, mit der wir uns in Österreich zu befassen haben, nämlich daß wir durch das ausdrückliche Unterlassen einer aktiven Neutralitätspolitik diesen Konflikt nicht entschärft und eine historische Chance versäumt haben.

Daß Sie heute als Außenpolitiker eines neutralen Landes in Washington einen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses auffordern, die serbischen Flughäfen zu bombardieren, ist, Herr Außenminister, ein offener Bruch Ihrer Verpflichtungen als Außenminister eines neutralen Staates, ist mit dem Völkerrecht nicht in Übereinstimmung zu bringen und hat in diesem Konflikt in keiner Weise friedensstiftend gewirkt.

Ich schreibe Ihnen das gar nicht als persönliche, subjektive alleinige Verfehlung zu, sondern das ist die Folge daraus, daß die Grundlagen der Neutralität in Österreich nicht mehr diskutiert werden, daß die Funktion der Neutralität in den neuen Bedrohungsszenarien nicht mehr diskutiert wird, daß es in diesem Haus keine Sicherheitsanalysen, kein Sicherheitskonzept gibt, mit dem, wie immer dann die Mehrheit entscheidet, eine Neudefinition der Neutralität vorzunehmen wäre. Es geschieht aus dem Bauch heraus, es geschieht aus der alleinigen Verfügungsgewalt einzelner Regierungsmitglieder heraus, die sich nicht mehr auf einen nationalen Konsens, die sich nicht mehr auf eine parlamentarische Legitimation, die sich nicht mehr auf einen öffentlichen Rückhalt berufen können. Und deshalb wirken Sie ja in diesem ganzen Konflikt nicht selten wie der Don Quichotte, wobei das noch eine Ausdrucksweise ist, die man als Kompliment mißverstehen könnte.

Herr Außenminister! Es wird kritisch, wenn Sie glauben, diese ganze Debatte reduzieren zu kön-

Voggenhuber

nen auf die Frage nach dem Reich des Friedens. Die EG ist eine große machtpolitische Agglomeration. Was sollte sie sonst sein? Reiche des Friedens sind normalerweise auf der Erde nicht ansässig und werden es auch in Zukunft nicht sein.

Beschäftigen Sie sich mit den machtpolitischen Tatsachen, und erbringen Sie endlich diese notwendige Leistung, eine Sicherheitsdebatte in Österreich zu führen, eine Neudefinition der Neutralität vorzunehmen, aber nicht mit Phrasen, nicht mit pseudoreligiöser Metaphorik, nicht mit Sicherheitsmythen, nicht mit einem Reich des Friedens, sondern in dieser machtpolitischen Realität! Dann, glaube ich, könnten wir uns darüber unterhalten, daß die Neutralität nicht obsolet ist, daß sie tatsächlich ein spezifischer Beitrag zum Frieden sein kann, das einen ganz eminenten Solidarbeitrag zur europäischen Sicherheit gewährleistet. Diese Diskussion sind Sie uns nach wie vor schuldig geblieben! 10.59

Präsident: Ich möchte eine Delegation der Tschechischen Nationalversammlung unter der Leitung des Präsidenten Udhe als unsere Gäste sehr herzlich in unserer Mitte begrüßen.

Ich erteile dem Abgeordneten Klomfar als nächstem das Wort.

10.59

Abgeordneter **Klomfar** (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Zuerst zum Abgeordneten Scheibner! Was das Hotel Modul betrifft, das Sie angezogen haben: Das war eine Podiumsdiskussion — ich möchte das Plenum doch komplett informieren — mit über 200 anwesenden Schülern, wo so wortgewaltige Oppositionsredner am Podium gesessen sind wie Ihr Klubobmann Jörg Haider und Peter Pilz.

Das Abstimmungsergebnis war 67 Prozent pro EG, mit einer Abstimmungsdifferenz von unter 1 Prozent vor der Diskussion und nach der Diskussion. Das läßt also nicht darauf schließen, daß dort ein Stimmungsumschwung erfolgt ist, sondern zeigt die Reife unserer Schüler. Und daß Sie das hier als Beispiel anziehen, finde ich, ist ein starkes Stück. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Dr. Haider: Herr Kollege! Darf ich Ihnen etwas sagen: Der Prozentsatz der Kritiker hat sich nach der Diskussion erhöht!)* Lassen Sie mich ausreden!

Herr Scheibner, noch etwas: Wenn Sie hier Unsicherheit von Koalitionsrednern bemerken, dann möchte ich an die Rede Ihres Abgeordneten Holger Bauer erinnern. — Das, was er gestern hier nämlich gemacht hat, war ein politischer Eiertanz und keine Meinungsbildung.

Aber ich möchte zur Integration ein paar Worte sagen. Ich bin auch dafür, daß der Beitrittsvertrag sehr, sehr sorgfältig ausgehandelt wird, weil er für Österreich ein sehr wichtiger Vertrag ist.

Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß jeder Tag, jede Woche und jeder Monat, den wir nicht EG-Mitglied sind, unserer Wirtschaft Millionen an Exporterlösen kostet und sehr viele Arbeitsplätze kosten wird.

Wir haben derzeit in Österreich ein „Rezessionchen“ — verglichen mit anderen Ländern ist es noch gar keine Rezession —, meine Sorge ist aber, daß aus diesem „Rezessionchen“ eine Rezession wird.

Als Nichtmitglied, als sogenanntes Drittland erlebt die österreichische Wirtschaft seit April 1992, was es heißt, außerhalb der EG zu stehen. Ich meine damit die Verträge der EG mit den Reformländern Osteuropas.

Am 23. September 1992 — also sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verträge — habe ich hier aufgezeigt, daß durch diese Sonderregelung der EG mit den Ländern Polen, Ungarn und der ehemaligen CSFR Österreich zum Drittland wird und dadurch die Exportwirtschaft unermeßlichen Schaden erleidet. Ich habe darauf hingewiesen, daß der passive Veredelungsverkehr der Textilindustrie zu teuer wird.

Herr Abgeordneter Haider! Sie haben zweimal hier behauptet, daß durch den EWR-Beitritt Zehntausende Arbeitsplätze verlorengehen. Sie gehen nicht durch den EWR-Beitritt verloren — die gehen jetzt schon verloren, obwohl wir noch gar nicht im EWR sind *(Abg. Dr. Haider: Schlecht verhandelt habt ihr es!)*, durch die Verträge der EG mit den Ostländern. *(Abg. Dr. Haider: Hätet ihr es verhandelt mit dem EWR, hätet ihr das Problem nicht! . . . Das zu akzeptieren, heißt, 30 000 Arbeitsplätze zu verlieren!)*

Ich habe auch darauf hingewiesen, daß Maschinen und Elektrowaren, die EG-Vormaterialien enthalten, geliefert von oder über Österreich, in Polen einem 20- bis 25prozentigen Zoll unterliegen, während die EG direkt mit sehr niedrigen Zöllen oder sogar zollfrei liefern kann.

Ich habe weiters darauf hingewiesen, daß Wiener Handelsfirmen, die als Vertriebsniederlassungen für EG-Unternehmen nach den Reformländern fungieren, durch die Direktbeförderungsregel schwerstens diskriminiert sind. Und jetzt haben wir schon die ersten Auswirkungen.

Obwohl solche Maßnahmen in Form solcher Verträge in der Wirtschaft ja erst langfristig greifen, habe ich mir die Zahlen von Polen als Beispiel ausheben lassen:

Die Exporte sind von Jänner bis November 1992 um 2,6 Prozent zurückgegangen, obwohl die polnische Wirtschaft um 4 Prozent mehr importiert hat. Das sind zusammengezählt 6,6 Prozent, das heißt, das ist ein Exportverlust

Klomfar

– wenn man die Exporte nur gehalten und nicht verbessert hätte – in der Höhe von 430 Millionen Schilling.

Ich weiß schon, daß die EG-Nichtbefürworter 430 Millionen Schilling Exportverlust nicht so dramatisch finden, aber meine Damen und Herren, die nächste Runde kommt schon, nämlich die Nichtteilnahme der Schweiz am EWR. Der Abgeordnete Gugerbauer hat gestern erwähnt, daß die Schweizer befinden, daß der EWR gar nicht so wichtig ist.

Ich möchte Ihnen zwei konkrete Fälle schildern, die mir jetzt bekanntgeworden sind: Schweizer Transporteure von Vieh und Fleisch im Transit durch die EG müssen neue EG-konforme veterinärärztliche Zeugnisse vorweisen können; Schweizer Dokumente werden aufgrund dieses Neins nicht mehr anerkannt.

Ein zweites Beispiel: Ein Funkgerätehersteller kann sein funkelnagelneues Testlabor vergessen, weil die Schweizer Prüfzeugnisse in der EG seit diesem Nein nicht mehr anerkannt werden. (*Präsident Dr. Lichal übernimmt den Vorsitz.*)

Die Schweiz, die der drittichtigste Handelspartner – auch das hat der Abgeordnete Gugerbauer gestern richtig erkannt – für Österreich ist, hat sich durch das Nein zum EWR zu einem Drittland gemacht, wie es die Reformländer sind, die haben nämlich denselben Status. Was bedeutet das für uns? – Wir haben trotz des Fortbestandes des EFTA-Abkommens dieselbe Diskriminierung wie bei den Exporten in die Reformländer. Von der EG zur Schweiz und vice versa sind durch das Freihandelsabkommen zollfreie Lieferungen möglich.

Die österreichische Produktion, die aber EG-Vormaterialien enthält – und das macht immerhin ein Drittel unserer Exportproduktion aus –, erlangt die Zollfreiheit nicht, da die EG-Vormaterialien in der Ursprungskalkulation Drittlandmaterialien sind. Das ist also genauso, als wenn wir Vorprodukte aus den USA oder aus Japan verwendeten. Auch die Handelsdienstleistungen mit EG-Waren über Österreich in die Schweiz sind damit diskriminiert.

Die Auswirkungen für Österreich sind nicht gering. Der Ausfall der Exporte in die EG, den es jetzt im anderen Fall gibt, wurde vom ehemaligen Gesundheitsminister Ettl auf 21 Milliarden Schilling geschätzt. Es gibt hier differente Schätzungen, aber jedenfalls liegen Forschungen vor, daß der Gesamtausfall mehr als 1 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen wird, und das noch ohne dem angezogenen Beispiel Schweiz – das sind Schätzungen von vorher.

Es ergibt sich daher die Forderung, trotz sorgfältiger Verhandlung so rasch wie möglich den EG-Beitritt zu erlangen, und ich ersuche das Verhandlungsteam um ein Vorziehen der Thematik der Verknüpfung der Ursprungsregeln zwischen EG und EFTA, sonst werden wir wirklich in eine Rezession schlittern. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.07

Präsident Dr. Lichal: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Dr. Lanner. Bitte, Herr Abgeordneter.

11.08

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein paar Sätze zu den Äußerungen des Abgeordneten Voggenhuber sagen. Herr Abgeordneter Voggenhuber! Man kann in der Sache unterschiedlicher Meinung sein. Das mindeste ist aber, daß man auch einer anderen Meinung Respekt zollt – das gilt, was Ihre Äußerung gegenüber dem Außenminister anlangt. Unser Außenminister genießt nicht zufällig hohes internationales Ansehen. Wir sind stolz, daß wir einen Mann wie Alois Mock haben, der uns in der Welt in einer hervorragenden Weise vertritt, und ich weise Ihre miese Art der Meinungsäußerung zurück! (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Ich mache das sehr selten, aber das war heute zuviel. Ich sage Ihnen etwas: Denken Sie darüber nach, ob Sie sich für diese Art des Auftritts nicht schämen sollten! Ich glaube, das wäre das richtige. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Dr. Renoldner: Kritik müssen Sie aushalten, Herr Kollege!*)

Ich wollte in einer kurzen Rückschau auf diese gestrige und heutige Diskussion ohnehin mit dem Abgeordneten Voggenhuber beginnen. Er hat hier seinen üblichen Kreuzzug gegen die EG abgospult, aber was mir eigentlich gefehlt hat, war die Kollegin Langthaler. Hat sie heute Redeversbot? Ihre Ausführungen wären eine Bereicherung der Diskussion gewesen, alles andere, Herr Abgeordneter Voggenhuber, was Sie uns erzählt haben, kennen wir. Ihre Fraktionskollegin Langthaler, die seit gestern verschwunden ist und sich hier nicht hat sehen lassen dürfen – das nehme ich einmal an –, hat gemeint, mit diesem Stil der Integrationslinie könnten Sie sich möglicherweise in eine Isolation hineinmanövrieren, und sie wäre mit dem Kollegen Pilz gemeinsam hier anderer Meinung.

Diese Diskussion ist eine Diskussion der verpaßten Gelegenheiten, weil wir nicht dazulernen und erfahren konnten, wie die Grüne Fraktion in dieser Sache eigentlich denkt: Ist es nun Ihre Linie oder geht es mehr in Richtung der Linie von Langthaler und Pilz?

Dr. Lanner

Abgeordneter Gudenus hat gestern zu später Stunde gemeint, es wäre nicht sehr bereichernd, denn die einen sagen dieses, die anderen sagen jenes. Damit hat er recht. Das hat mich erinnert an die Diskussion über die Europapolitik in der freiheitlichen Fraktion, in der auch einmal dieses und einmal jenes gesagt wird. Die Freiheitlichen haben aber jetzt einen neuen Europasprecher — das ist vielleicht auf der Wiener Ebene noch nicht so durchgedrungen, in Tirol spielt das eine größere Rolle —, den Bundesrat Dillersberger. Er hat sich sofort flügelnd gewehrt gegen die Unterstellung, daß die Freiheitlichen Antieuropäer wären. Er wäre — das hat sich dann der Europasprecher der Freiheitlichen herausgepreßt wie bei Geburtswehen — für die EG.

Im Sinne einer klaren Linie frage ich mich nun: Wer hat denn nun wirklich recht in der freiheitlichen Fraktion: Ist es der neue Europasprecher Dillersberger, der für die EG ist, oder ist es der Generalsekretär Meischberger, der zwei Tage später erklärt hat, daß er gegen die EG ist? Auch der Generalsekretär Meischberger — ist Ihnen das nicht aufgefallen? — ist seit gestern verschwunden. Er ist nicht da. Man hört ihn nicht, man sieht ihn nicht, man (*Rufe bei der ÖVP: Man braucht ihn nicht!*) braucht ihn auch nicht. (*Heiterkeit.*) Interessant wäre gewesen, zu wissen, wohin ihr geht: Geht ihr in Richtung ... (*Abg. Resch: Er ist bei der Tankstelle!*) Er ist beim Auftanken. — Also was machen die zwei Berger: Hat Dillersberger recht, oder geht es in die Richtung von Meischberger? Es wäre gut, wenn man diese „Bergerei“ hier ausgetragen hätte.

Dritte Bemerkung — ich möchte das mit Zurückhaltung sagen, weil ich durchaus Sympathie hege für den Einsatz und für den Charme unserer Europastaatssekretärin —: Ich habe kein gutes Gefühl hinsichtlich der EG-Information. Ich sage bewußt Information, ich sage nicht abwertend Propaganda. Ich habe mich immer wieder gefragt: Warum habe ich eigentlich dieses Gefühl? Irgendwie sagt mir mein Gefühl, daß es vielleicht so ist wie bei Voggenhuber. Voggenhuber ist ganz und gar gegen die EG. Die Information jedoch ist nur auf das Für ausgerichtet. Ich weiß nicht, Frau Staatssekretärin, ob man nicht darüber nachdenken sollte. Man gewinnt niemanden, der eine kritische Einstellung hat, wenn man nicht bereit ist, auf dessen kritische Grundhaltung einzugehen. Ich glaube, man sollte ein bißchen mutiger sein und auch die Schattenseiten aufzeigen — wie immer und überall im Leben hat alles Sonnen- und Schattenseiten —, dann würde diese Informationskampagne fruchtbarer sein. Ich glaube, es wäre zumindest wert, darüber nachzudenken.

Zwei letzte Bemerkungen, die zeigen sollen, wo diese Diskussion einige Klarheit gebracht hat. Ich

erlebe immer wieder — in letzter Zeit zunehmend —, daß mich ernstzunehmende Leute fragen, ob es denn noch einen Sinn hätte, für den EWR zu reden, zu kämpfen, zu arbeiten, in diese Richtung zu gehen, wo wir doch auf dem Weg zur Gesamtlösung, zur größeren Lösung, zur EG wären. Ich glaube diese Überlegung hat einiges für sich. Hier hat die Diskussion etwas Licht ins Dunkel gebracht.

Ich glaube, gestern oder vorgestern gab es die in der Zwischenzeit dementierte Zeitungsmeldung, die deutsche Regierung überlege, die Arbeitsgenehmigung für Nicht-EG-Mitgliedsbürger nicht mehr zu verlängern, weil sie ohnehin im eigenen Bereich genug Schwierigkeiten hätte. In der Zwischenzeit wurde das relativiert, aber interessant war die Diskussion, die im Zuge dieser Meldung nicht nur in den Zeitungen, sondern auch unter den Kollegen geführt wurde. Da hat es geheißt: Was werden wir dann machen? Daraufhin hat einer gemeint: Na ja, wir kommen ohnehin zur EG! Aber wann?, sagte der andere. Dieses Wann ist noch offen. Und dann hat man plötzlich gehört: Na ja, Gott sei Dank, daß wir den EWR bald haben werden, damit sich dieses Problem nicht stellt. Der EWR ist, bei aller kritischen Betrachtung, ein gewisses Sicherheits-, ein gewisses Fangnetz. Ich glaube, die Bedeutung und die Notwendigkeit des EWR wurden in dieser Debatte deutlich unterstrichen und unter Beweis gestellt.

Letzte Bemerkung: In Frankreich wird derzeit ein Zitat herumgereicht, und zwar ein Zitat des französischen Nobelpreisträgers für Ökonomie Maurice Allais. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt ihn den bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler Frankreichs, und dieser meinte: „Die Landwirtschaft zu opfern hieße, Frankreich selbst zu opfern.“ Im Konflikt um die Agrarpolitik geht es nicht um bäuerliche Sonderinteressen, die Landwirtschaft ist tragendes Element der nationalen Identität, sie ist ein nationales Anliegen. — Soweit der bedeutendste französische Nationalökonom. — (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Voggenhuber: Sagen Sie das einmal Ihrer Partei!*)

Ich freue mich, daß dieses Denken auch in Österreich immer stärkeren Widerhall findet und auch in dieser Debatte deutlich zum Ausdruck gekommen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) 11.17

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich zum zweiten Mal zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Abgeordneter Dr. Khol. Ich erteile es ihm.

11.17

Abgeordneter Dr. Khol (ÖVP): Meine Damen und Herren! Die Wortmeldung des Abgeordneten Voggenhuber hat mich veranlaßt, hier einiges richtigzustellen. (*Abg. Resch: Sinnlos!*) Ich

Dr. Khol

möchte eigentlich nur den wenigen Menschen, welche die Protokolle des Nationalrates lesen und das hier Gesagte nachvollziehen können, sagen, daß jeder Dialog mit Leuten, die nicht hören wollen und nicht sehen wollen, sinnlos ist. Man kann anderer Auffassung sein als Dr. Mock. Wir befinden uns natürlich in einem pluralistischen Parlament. Aber sich lustig zu machen, Herr Voggenhuber, wie Sie es getan haben, über die Aussage, daß die Europäische Gemeinschaft eine Friedensgemeinschaft sei, das finde ich einfach letztklassig. Ich teile da ganz die Meinung meines Freundes Sixtus Lanner. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der deutsch-französische Konflikt stand an der Wiege der Gründung der Europäischen Gemeinschaft, man wollte ihn überwinden durch die Supranationalisierung von Energie und Stahl, den Kriegsrohstoffen, und hat die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als Friedensgemeinschaft gegründet. Der deutsch-französische Konflikt, der dreimal in den letzten 190 Jahren Weltkriege hervorgerufen hat, mit Millionen von Toten, ist endgültig bewältigt. Nicht einmal Sie, Herr Voggenhuber, glauben noch daran, daß es je wieder einen deutsch-französischen Krieg geben könne. Die Europäische Gemeinschaft war Friedensgemeinschaft in Slowenien. Der Friede von Brioni ist von der Europäischen Gemeinschaft vermittelt worden. Die Europäische Gemeinschaft hat alle notwendigen Strukturen, um auch das Konfliktpotential zwischen Nord und Süd ökonomisch auszugleichen.

Herr Kollege Voggenhuber! Es ist Ihnen offensichtlich nicht bekannt, daß die Europäische Gemeinschaft der größte Entwicklungshelfer der Welt ist, was die Länder, die Programme und die finanziellen Mittel betrifft! Die Europäische Gemeinschaft gibt nicht nur maximale Beträge an Entwicklungshilfe aus, sondern sie gibt auch trade und nicht nur aid. Sie öffnet also ihre Märkte gemäß den AKP-Vereinbarungen, früher Lomé-Vereinbarungen. Fast 50 Länder können ihre Produkte bevorzugt in die Europäische Gemeinschaft exportieren. Ich kann ihnen nur eines sagen —, Alois Mock hat bereits vor eineinhalb Jahren darauf hingewiesen —: Wenn wir Österreicher Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, dann müssen wir unsere Entwicklungszusammenarbeit auf das Niveau der EG bringen. Das bedeutet, sie müßte fast doppelt so hoch sein, als sie derzeit ist.

Das sind doch alles objektive Fakten, Herr Kollege Voggenhuber. Ich nehme an, Frau Grandits und Frau Langthaler und Herr Chorherr und Frau Petrovic, die alle hier nicht aufgetreten sind — bei den Abgeordneten zum Nationalrat aus mir nicht erfindlichen Gründen, denn ich weiß, die Grünen sind eine pluralistische Fraktion —, neh-

men diese Entwicklungshilfefakten sicherlich zur Kenntnis.

Sie haben weiters gesagt, Alois Mock habe nicht Stellung genommen zur Neutralität. Erstens möchte ich dazu sagen, daß Alois Mock sowie die Österreichische Volkspartei nie die Abschaffung der Neutralität verlangt haben. Wir haben gesagt, in Europa strengen wir uns an, ein kooperatives Sicherheitssystem zu errichten, und man wird in Europa die Neutralität durch die Solidarität ersetzen, aber wir halten an der Neutralität weiterhin fest. Wir führen darüber seit zwei Jahren eine Diskussion. Aber jetzt, nach dieser Debatte, weiß ich endlich, warum Sie diese Diskussion und diese Analysen überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen: weil Sie in Ihren Vorurteilen eingemauert sind, weil Sie in Ihrem Haß eingemauert sind. Sie nehmen auch die Sicherheitsanalysen der Landesverteidigungsakademien nicht zur Kenntnis. *(Abg. Voggenhuber: Wo ist die Sicherheitsanalyse?)* Diese sind hier als Parlamentsunterlagen eingebracht. Lesen Sie sie! Sie scheinen diese überhaupt nicht zu lesen.

Alois Mock hat nie die Bombardierung von serbischen Flugplätzen verlangt. Alois Mock hat verlangt, daß die UNO mit allen Mitteln, die ihr nach der UNO-Charta zur Verfügung stehen, den entsetzlichen Brutalitäten der Serben und anderer auf dem Balkan ein Ende bereitet. Ich möchte Ihnen sehr klar sagen: Natürlich gehört zu allen Mitteln auch der Einsatz militärischer Mittel. Aber sollen weiterhin Zehntausende von Frauen systematisch vergewaltigt werden? Haben Sie gestern nicht gehört, wie Alois Mock sehr differenziert abgewogen hat, daß es natürlich manchmal notwendig ist, Gewalt einzusetzen, um viel größere Gewalt und ungerechte Gewalt zu verhindern?

Haben Sie nicht gehört, daß wir, was die WEU und die europäische Friedensordnung betrifft, davon ausgehen, daß das eine regionale Abmachung von Artikel VIII der UNO-Satzung sei? Ich könnte Ihnen noch viele Dinge entgegenhalten, Herr Kollege Voggenhuber. Ich möchte das aber mit einem Aufruf an Ihre sonst stumme Fraktion schließen: Es wäre sehr schön, wenn einmal die Kollegen, die bei Ihnen nicht EG-Kannibalen sind so wie Sie, sondern die in ein ernsthaftes Sachgespräch einzutreten bereit sind, an diesem Rednerpult oder in den Ausschüssen mit uns diskutieren würden.

Ich kann mich — das möchte ich hier deutlich sagen —, mit einem Peter Pilz, mit einem Christoph Chorherr, mit einer Monika Langthaler, mit einer Marijana Grandits sehr gut über die Europäische Gemeinschaft unterhalten, und ich würde es auch sehr begrüßen, wenn wir diese Abgeordneten noch mehr in unser kritisches Ringen um eine gute Verhandlungslösung mit der Euro-

Dr. Khol

päischen Gemeinschaft einbeziehen könnten. Aber die Vision, daß Sie, Herr Voggenhuber, unsere Interessen bei der EG mit Ihrem kannibalistischen Ansatz vertreten, ist ein Alptraum, und ich werde alles tun, das zu verhindern. *(Beifall bei der ÖVP und Beifall des Abg. Schieder.) 11.23*

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der beiden Berichterstatter ein Schlußwort? — Beide Herren verzichten auf ein Schlußwort.

Wir kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g**, die ich über jeden Ausschußantrag getrennt vornehme.

Zuerst gelangen wir zur Abstimmung über den Antrag des Außenpolitischen Ausschusses, den Fünften Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik — III-91 der Beilagen — zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**. *(Abg. Dr. K h o l: Die Freiheitlichen mit den Grünen: Das ist eine Schande!)*

Bitte, in die Bankreihen gehen, Herr Abgeordneter. Abgestimmt wird am Platz. Darf ich die Klubmitarbeiter bitten, aus den Bankreihen zu gehen. — Danke.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Außenpolitischen Ausschusses, den Sechsten Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik — III-99 der Beilagen — zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für dessen Kenntnisnahme eintreten, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**. *(Abg. Dr. K h o l: Haider und Voggenhuber Hand in Hand: Das ist eine Schande!)*

Ich lasse jetzt über den Antrag des Außenpolitischen Ausschusses, den Siebenten Bericht der Bundesregierung über den Stand der österreichischen Integrationspolitik — III-112 der Beilagen — zur Kenntnis zu nehmen, abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

4. Punkt: Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen (922 der Beilagen)

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen nunmehr zum 4. Punkt der Tagesordnung: Regierungsvorlage: Abkommen mit Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Von der Vorberatung in einem Ausschuß wurde gemäß § 28a der Geschäftsordnung Abstand genommen.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Grandits. Ich erteile es ihr.

11.27

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Herr Außenminister! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir verhandeln einen Tagesordnungspunkt, der an sich durchwegs als etwas Positives betrachtet werden kann, und zwar ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Ich muß dazu sagen, daß wir grundsätzlich solche Abkommen begrüßen, weil wir glauben, daß die Beziehungen zu Staaten in Nord-, Zentral-, Südafrika, aber auch in Asien und in Lateinamerika durchwegs sinnvoll sind für Österreich, aber auch für diese Staaten. In der gegebenen Situation haben wir von der grünen Fraktion und ich im besonderen jedoch ein sehr großes Problem mit diesem Abkommen.

Ich weiß nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob Ihnen das Problem der Westsahara bekannt ist. Wir sehen uns außerstande, solch einem Abkommen zuzustimmen, solange der UN-Friedensplan, der für die Westsahara adaptiert und in der UNO auch beschlossen wurde, blockiert wird. Die Abhaltung des Referendums, das 1992 hätte durchgeführt werden sollen, wird verhindert, und zwar ein Referendum, bei dem die betroffenen Menschen zwischen Unabhängigkeit oder den Verbleib der Westsahara bei Marokko entscheiden sollen.

Ich finde es problematisch, wenn man in einer solchen Situation unüberlegt ein Abkommen mit Marokko abzuschließen gedenkt, ohne diese schwerwiegenden Gründe, die dagegen sprechen, ins Auge zu fassen. Es ist das Problem, daß die saharauische Bevölkerung immer weniger Zuspriech hat in der Welt, weil sich immer mehr Staaten auf die Seite der offiziellen marokkanischen Politik stellen. Österreich hat da relativ gute Politik betrieben. Wir haben vorbildliche Projekte mit den Saharais in der Westsahara. Das möchte ich hier hervorheben.

Ich finde auch den Einsatz von einigen Kolleginnen und Kollegen wirklich vorbildlich. Aber es erscheint mir unverständlich und auch nicht akzeptabel, daß wir in solch einer Situation sozusagen einen Staatsvertrag, ein Abkommen mit Marokko schließen, ohne auf die Probleme hinzu-

Mag. Marijana Grandits

weisen, die es mit der Westsahara gibt, ohne darauf einzugehen, daß der oberwähnte Friedensplan, wenn er weiterhin verschleppt wird, keine Chance hat, verwirklicht zu werden. Man erzeugt damit einen neuen Konfliktherd, der uns wahrscheinlich dann wieder lang beschäftigen wird.

In vielen Gesprächen mit Vertretern der Polisario, aber auch mit Vertretern der Saharais, die immer wieder zu uns kommen, hören wir, daß die Geduld der Menschen dort am Ende ist. Die Menschenrechtsverletzungen nehmen wieder zu, vor allem in den besetzten Gebieten. Ich finde, wir sollten uns überall konsequent für die Durchsetzung der Menschenrechte einsetzen. Es geht nicht an, das nur in Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Kosovo oder Indonesien zu tun. Das gilt selbstverständlich — ich spreche für meine Fraktion und für mich — auch für Marokko.

Aus diesem Grund müssen wir das vorliegende Abkommen ablehnen, aber wir hoffen, daß man eine Lösung finden wird und daß sich Österreich weiterhin für die Rechte der Menschen in der Westsahara einsetzen und aktiv an der Durchsetzung des Friedensplanes beteiligen wird. — Ich danke recht herzlich. *(Beifall bei den Grünen.)*
11.30

Präsident Dr. Lichal: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Höchtl. Bitte, Herr Abgeordneter.

Sie sind erstaunt. Aber es ist so.

11.30

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nicht erstaunt, aber ich habe geglaubt, daß eine andere Kollegin vor mir sprechen wird, und da ich jemand bin, der der lange bewährten Tradition anhängt, die Frauen immer noch ein gewisses Vorrecht einräumt, war ich überrascht, daß ich jetzt schon aufgerufen worden bin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nichtsdestoweniger einige Bemerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt, dem Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Marokko über die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Ich möchte sehr offen sagen, natürlich gibt es das Problem, wie die Frau Kollegin Grandits gesagt hat, der Westsahara. Wir als österreichische Parlamentarier waren sogar im Rahmen von Delegationen dort, wir haben mit beiden Seiten, sowohl den Saharais als auch den Marokkanern, eingehende Gespräche geführt, und Österreich vertrat jeweils — seitens des Außenministeriums, auch seitens anderer Repräsentanten — den Standpunkt, daß wir für ein derartiges Referendum eintreten, daß dieses zum ehestmöglichen

Zeitpunkt über die Bühne gehen soll, weil wir menschenrechtliche Anliegen, ganz egal, wo sie gefährdet sind, unterstützen. So weit, glaube ich, ist das von allen akzeptiert, und es ist klar, daß wir dafür weiter eintreten müssen, weil solche Verzögerungen nicht positiv sind.

Das zweite, was wir aber bei diesem Abkommen sehen müssen, ist, daß seit dem Jahre 1990 die Verhandlungen über den Abschluß eines bilateralen Investitionsschutzabkommens mit Marokko geführt werden, und es hätte keinen Sinn, wenn wir dieses Schutzabkommen, das ja insbesondere österreichische Investoren betrifft, nicht abschließen würden, weil wir wissen, daß gleichzeitig ein anderer wichtiger Punkt — Marokko steht mit den Saharais in schwierigen internationalen Verhandlungen — noch nicht abgeschlossen ist.

Ich würde sagen, das beste ist, das eine zu tun, nämlich das Investitionsschutzabkommen sehr wohl zu beschließen, aber weiterhin für die Verwirklichung der Menschenrechte und für eine baldige Durchführung des Referendums einzutreten. Diese beiden Aspekte müssen wir trennen, müssen uns aber sowohl für das eine als auch für das andere einsetzen. Ich glaube, das ist der Standpunkt, der einerseits den vielen von uns sehr wohl zu schützenden wirtschaftlichen Unternehmungen Österreichs entspricht und andererseits den Menschenrechtsanliegen der dort betroffenen Bevölkerung. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.34

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gemeldet hat sich nunmehr die Frau Abgeordnete Mag. Schütz. Bitte, Sie haben das Wort.

11.34

Abgeordnete Mag. Waltraud Schütz (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Natürlich bin auch ich nicht grundsätzlich gegen ein Investitionsschutzabkommen mit dem Königreich Marokko. Ich sehe nur im Moment die Problematik in einem rechtlichen Punkt, der bis jetzt noch nicht angesprochen wurde, und in der politischen Signalwirkung, die von meinen Vorrednern bereits hervorgehoben wurde.

Ich möchte auf das, was noch nicht angesprochen wurde, nämlich die rechtliche Problematik, eingehen. Herr Kollege Höchtl! Sie haben gesagt, dieses Investitionsschutzabkommen diene in erster Linie dazu, auch österreichische Unternehmen, die im Gebiet von Marokko investieren, vor Verstaatlichung, Enteignung et cetera zu schützen und diesen so zu gewährleisten, daß sie entsprechende Entschädigungen bekommen können.

In diesem Abkommen ist aber nicht geklärt, was man unter „Hoheitsgebiet des Königreichs Marokko“ versteht. Marokko versteht unter „Ho-

Mag. Waltraud Schütz

heitsgebiet“ auch die Westsahara, denn Marokko bezeichnet die Westsahara als marokkanische Südpervenzen. Wir verstehen darunter nicht die Westsahara, sondern das restliche Hoheitsgebiet des Königreiches Marokko, da der völkerrechtliche Standpunkt zur Westsahara ein nicht geklärter beziehungsweise insofern ein geklärter ist, daß es sich hier um eine Kolonie handelt beziehungsweise um ein völkerrechtswidrig besetztes Gebiet, das zu dekolonisieren ist.

Ich stelle jetzt nur die Frage: Wer entschädigt österreichische Unternehmen in dem Fall, daß diese in diesem Gebiet, das sehr rohstoffreich ist, investieren, und bei Eintritt der Unabhängigkeit, die hoffentlich bald kommen wird, entscheidet die neu gewählte saharauische Regierung, diese Grundstoffindustrien zu verstaatlichen, was ihr gutes Recht wäre? Das sehe ich als eine rechtlich ungelöste Lücke dieses Abkommens, als einen Fehler, ich möchte es so bezeichnen. Dieser fiktive Fall mag vielleicht nicht eintreten, aber er kann eintreten, und dieser Fall ist nicht gelöst. Das zur rechtlichen Seite, warum ich gegen dieses Abkommen bin.

Zur politischen Seite: Es wurde auch von der Kollegin Grandits erwähnt, die politische Seite ist die Signalwirkung, und das in dem Moment, in dem gerade vor einer Woche der Sicherheitsrat wieder eine Resolution beschlossen und beide Parteien aufgefordert hat, weiterzuverhandeln, und für Mai der nächste Bericht des Generalsekretärs im Sicherheitsrat ansteht.

Die Signalwirkung ist meiner Meinung nach im Moment eine negative. Es wäre besser gewesen, wir hätten mit der Ratifizierung dieses Abkommens gewartet, bis die Frage der Abhaltung eines Referendums geklärt ist.

Meine Damen und Herren, und das sage ich auch an die Adresse des Herrn Bundesministers: Ich unterstelle weder Ihnen noch anderen Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Hause, daß das, was ich als negatives Signal interpretiere, so gemeint ist. Ich unterstelle Ihnen nicht den Willen, daß Sie dem saharaischen Volk, wie es von Kollegin Grandits angeschnitten wurde, schaden wollen. Ganz im Gegenteil, ich weiß sehr wohl, und wir alle wissen, welche breite Unterstützung das saharaische Volk, auch die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern, auf humanitärer Ebene und, durch die Bemühungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen im Sicherheitsrat, auf der Ebene der Vereinten Nationen und von unserem Land, von unserem Parlament und auch von Ihnen, Herr Bundesminister, erfährt. Ich weiß, daß eine derartige Signalwirkung, wie von der Kollegin Grandits angeschnitten, nicht beabsichtigt ist. Ich bin mir sogar sicher, daß dies kein einziger Abgeordneter — und auch Sie nicht, Herr Bundesminister — will. Aus diesem Grund

werde ich nicht gegen die Ratifizierung dieses Abkommens stimmen.

Wir werden, auch wenn wir dieses Abkommen ratifizieren, weitere Maßnahmen hier im Haus setzen, zum Beispiel eine weitere Implementierung unseres Entschließungsantrags aus dem Jahre 1991, der aktive Beobachtung vorsieht. Wir werden aktiv unsere Entwicklungszusammenarbeit mit den Flüchtlingen in den Flüchtlingslagern fortsetzen. Wir werden uns sowohl auf parlamentarischer als auch auf außenpolitischer Ebene und auf der Ebene der Vereinten Nationen in bilateralen Gesprächen weiterhin bemühen, daß möglichst bald ein freies und faires Referendum in der Westsahara durchgeführt werden kann, damit endlich das saharaische Volk über seine Zukunft bestimmen kann, und wir werden alle Macht daransetzen, dieses Vorhaben, das im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker gerechtfertigt ist, zu unterstützen. — Danke. *(Beifall bei der SPÖ.) 11.39*

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Gemäß § 65 der Geschäftsordnung gelangen wir nunmehr zur **A b s t i m m u n g**. Gegenstand ist die Genehmigung des Abschlusses des gegenständlichen Staatsvertrages in 922 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist die **M e h r h e i t** und daher **a n g e n o m m e n**.

5. Punkt: Regierungsvorlage: Internationales Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen (920 der Beilagen)

Präsident Dr. Lichal: Wir gelangen nunmehr zum 5. Punkt der Tagesordnung: Regierungsvorlage: Internationales Übereinkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen.

Von der Vorberatung in einem Ausschuß wurde gemäß § 28a der Geschäftsordnung Abstand genommen.

Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Grandits. Ich erteile es ihr. Bitte, Frau Abgeordnete.

11.40

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (Grüne): Herr Außenminister! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt behandelt ein Internationales Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse.

Der Vorschlag ist, daß Österreich diesem Übereinkommen beitrifft und auch einen finanziellen

Mag. Marijana Grandits

Beitrag leistet. Wir glauben, daß das sinnvoll ist, abgesehen davon, daß die Höhe dieses Beitrages relativ gering ist. Ich glaube, es handelt sich hierbei um 32 000 oder 35 000 S, und es kann überhaupt keine Frage sein, ob wir diesen Beitrag leisten wollen oder nicht.

Die Frage, die sich uns aber stellt, geht viel weiter. So ein Übereinkommen ist grundsätzlich richtig, geht auch, sagen wir, in die richtige Richtung, aber es ist viel zu wenig. Wir glauben, daß allgemein in diesem Bereich Rohstoffe, Weltwirtschaft, am konkreten Beispiel Jute, viel, viel mehr zu geschehen hat. Und mit dieser Frage möchten wir uns ein bißchen näher auseinandersetzen, weil ich persönlich glaube, daß das Beispiel Jute wirklich exemplarisch hergenommen werden kann, um ein System darzustellen, das zu Armut, zu ökologischen Katastrophen führt, und daß auch solche Ideen wie dieses Übereinkommen, die eventuell zur Stabilisierung von Preisen beitragen könnten, nur in ganz geringen Bereichen Abhilfe schaffen. Andererseits sehen wir, daß die Grundproblematik woanders liegt, daß sie viel, viel größer ist und daß wir grundsätzlich umdenken müssen und nicht mit solchen Übereinkommen Kosmetik betreiben dürfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wird nämlich darauf ankommen, ob es uns gelingen wird, ein neues Denken einzuführen. Es wird für die Zukunft dieser Welt und für unsere eigene darauf ankommen, ob wir bereit sind, auf die realen Verhältnisse gerade im Rohstoffbereich, gerade im Bereich von Monokulturen, in Ländern wie Bangladesch und Indien, Rücksicht zu nehmen. Es wird darauf ankommen, ob wir bereit sind, auch unseren Lebensstil etwas zu ändern. Es hat vom Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik eine großartige Aktion gegeben, die „Jute statt Plastik“ geheißen hat. Das war der Beginn einer Kampagne, die darauf aufmerksam machen sollte, daß natürliche Rohstoffe in jeder Hinsicht zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichtes und auch zum Überleben der Menschheit beitragen können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir glauben, daß dieser exemplarische Rohstoff Jute, über den ich jetzt ein bißchen genauer sprechen möchte, dazu hergenommen werden kann, ein neues System im Umgang mit den Rohstoffen, aber auch im Umgang mit den Ländern im Süden durchzuexerzieren.

Was ist Jute eigentlich? Jute ist eine schilfrohr-ähnliche Pflanze, 4 bis 5 Meter hoch, die einen dünnen Holzstengel hat, und an diesem Holzstengel sind ablösbare Jutefasern, die zwischen 1,5 und 2,5 Meter lang sind. Die besten Sorten haben eine weißliche beziehungsweise silbergraue Farbe und einen seidenartigen Glanz. Geringwertigere Sorten sind meistens gelblich oder braun.

Jute gedeiht auf bewässerten und meist sumpfigen Böden, wie wir ihn zum Beispiel in Bangladesch antreffen können.

Normalerweise wird sie zwischen Februar und April, und zwar in der Trockenzeit, ausgesät; es sind Samen, die ausgesät werden. Im Juli/August werden dann die dunkelgrünen Blätter, die an der Pflanze hochwachsen, mit der Sichel geerntet. Die abfallenden Blätter sind normalerweise als Abfall und Humus gedacht, die gleichzeitig den Boden düngen. Nach der Ernte, so im Normalfall im August, werden die Stengel zwei bis drei Wochen lang ins Wasser gelegt, damit die Faser durch Gärung von diesem hölzernen Rohr gelöst wird. Die abgelösten Fasern müssen dann lange getrocknet und gekämmt werden, weil sie sonst in den Lagerhallen durch den Gärungsprozeß in Brand geraten könnten, und das würde ja die Vernichtung der gesamten Ernte bedeuten. Die schilfrohrähnlichen Stengel dienen dann nach der Abernte für Rohstoff, beispielsweise zum Feuermachen, oder überhaupt als Rohstoff zur Papierherstellung in Bangladesch. *(Abg. Arthold: Fahren Sie doch ins Waldviertel und schauen Sie sich den Hanf an!)*

Herr Kollege, sehr gerne, ich nehme Ihr Angebot sehr gerne an. Wenn wir das nächstmal über Hanf sprechen, werde ich vorher eine Exkursion ins Waldviertel machen, dann kann ich ausführlich hier auch über Hanf berichten. Aber heute beschäftigen wir uns mit dem Juteabkommen *(Beifall bei den Grünen)*, und daher möchte Ihnen im Rahmen des Themas „Jute“ ausführlich Gelegenheit geben, daß Sie sich mit den Problemen von Rohstoffen und der Nord-Süd-Problematik auseinandersetzen können. Ich glaube, daß das ein berechtigtes Anliegen ist, und ich glaube nicht, daß ich jetzt über Hanf sprechen kann.

Wer braucht Jute, und wofür ist sie gut und sinnvoll? Wenn wir uns die Alternativläden ansehen, die es in der Zwischenzeit in Deutschland und in Österreich gibt – in Österreich ist es die EZA, sind es die sogenannten Dritte-Welt-Läden, in vielen Bundesländern gibt es sie, in Wien sind diese Geschäfte in der Zwischenzeit sehr verbreitet –, dann können wir sehr genau sehen, wofür Jute verwendet wird. Diese Art der Verwendung ist aber eine sehr europäische, haben Sie doch schon öfter Leute gesehen, die Jutesäcke als Verpackungsmaterial für Tee und andere Dinge haben, die in diesen Dritte-Welt-Läden verkauft werden.

In großen Mengen wird Jute vor allem im Süden, in den Ländern der sogenannten Dritten Welt, zur Erzeugung von Säcken, und zwar für landwirtschaftliche Produkte wie Kartoffeln, Kaffee, Weizen und ähnliche Dinge, verwendet. Es war sehr interessant, daß während des Vietnamkrieges zum Beispiel Bangladesch einen enormen

12474

Nationalrat XVIII. GP — 107. Sitzung — 11. März 1993

Mag. Marijana Grandits

Boom erlebt hat, weil die Amerikaner für den Vietnamkrieg enorm viele Säcke gebraucht haben, und diese wurden alle in Bangladesch erzeugt. (*Abg. Steinbauer: Auch beim Koreakrieg!*) Auch beim Koreakrieg, Herr Kollege Steinbauer, richtig.

Es war wirklich eine makabre Geschichte, werden doch diese riesigen Mengen von Jutesäcken, die in Bangladesch bestellt wurden, als Sandsäcke für die Barrikaden im Vietnam- und Koreakrieg verwendet. (*Abg. Kiss: In der Schule würden Sie einen Fünfer kriegen! Da wären schon alle Schüler aus der Klasse draußen!*)

Es können aber auch Teppiche aus Jute erzeugt werden. (*Abg. Kiss: Das ist einer Burgenländerin nicht würdig!*) Passen Sie auf! Ich spreche zum Juteabkommen, Herr Kollege! Ich spreche zu Jute und ihrer Bedeutung und dazu, was solche Abkommen für Millionen von Menschen bedeuten, Herr Kollege. (*Abg. Kiss: Einer Burgenländerin nicht würdig, was Sie da sagen!*) Natürlich, man kann sich darüber lächerlich machen. Aber wissen Sie, wie viele Millionen Menschen in Bangladesch leben und was für diese der Rohstoff Jute bedeutet? (*Abg. Kiss: Ich weiß es!*)

Natürlich machen wir dauernd die Augen zu und sind nicht bereit, uns um solche Probleme zu kümmern. (*Abg. Schwarzenberger: Ich nehme an, daß außer den Grün-Alternativen alle wissen, was Jute ist!*) Passen Sie auf, Sie wissen das ja nicht einmal! Ich erzähle Ihnen Dinge, die vielleicht dazu beitragen können, daß man auch bei uns einmal die Grundproblematik erkennt.

Die Erzeugung von Jutewaren in Bangladesch, wie beispielsweise Teppiche, Schnüre, Taue, Seile, ist ein ganz wichtiger Wirtschaftszweig. Sie werden in der gesamten Welt verkauft und gebraucht, und das macht insgesamt mindestens 70 Prozent der Jute aus. Jute ist ein natürliches Produkt und kann nicht ersetzt werden.

Es war die Illusion unserer Industriegesellschaft, die uns vorspiegeln wollte, Plastik sei besser, Plastik könne alles besser. Das ist ein Irrweg, der sich schon in den letzten 20 Jahren deutlich herauskristallisiert hat. Jute ist durch und durch ein Naturprodukt, das in jeder Hinsicht sinnvoll verwendet wird und zur Erhaltung einer gesunden Umwelt und zur Erhaltung unseres Lebensraumes beiträgt.

Daher sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, daß es keine chemischen Ersatzmittel für Jute gibt. Bei uns glaubt man, daß man Jute durch Plastiksäcke ersetzen kann. Es hat diesbezüglich schon ein kleines Umdenken stattgefunden, und das finde ich auch sehr positiv. Wenn Sie heute in den Supermärkten einkaufen: Ich glaube, die Aktion „Jute statt Plastik“ hat dazu beigetragen, daß

es immerhin Papiersäcke als Alternative gibt, daß es Baumwollsäcke gibt, die angeboten werden, und sehr oft sind es auch Jutesäcke.

Die Jute ist ein Naturprodukt, das bedroht ist infolge unserer Überlegung, daß man Jute durch Plastik ersetzen kann. So hat man etwa in der Bundesrepublik Deutschland die früher aus Jute erzeugten Produkte zu 60 Prozent durch Plastik ersetzt. Das ist ein Trend, der sicher umzukehren ist. Es wäre ganz wichtig, hier wieder ein neues Denken Platz greifen zu lassen und den Menschen wieder die Bedeutung von Naturstoffen wie Jute vor Augen zu führen.

Bei uns hält Jute noch zirka 10 Prozent des Marktes im Bereich Verpackung, Schnüre, Seile. Wenn wir uns fragen, wer ein Interesse am Verdrängungsprozeß hat, so ist die Antwort eindeutig: eine Wachstumsgesellschaft, die auf lineares Wachstum ausgerichtet ist und oft mit technischen und preislichen Vorteilen argumentiert.

Man sagt immer wieder, daß Plastiksäcke und Plastikverpackungen billiger, ökonomischer, zeitsparender erzeugt werden können. Was hier nicht in Betracht gezogen wird, das ist die gleichzeitige Zerstörung, die bei der Plastikerzeugung entsteht. Es wird nicht berücksichtigt, daß Plastik egal welche Sorte, viel, viel schwerer verrottet und daher eine enorme Belastung für unsere Umwelt darstellt.

Jute ist mit Abstand das wichtigste Handelsgewächs, das es gibt, und es ist praktisch das einzige Produkt, das über einen großen und auch aufnahmefähigen internationalen Markt verfügt. Und ich finde, es ist ganz wichtig, daß man dieses Netz, diesen internationalen Markt ausweitet beziehungsweise stützt. Übereinkommen wie das uns jetzt vorliegende können selbstverständlich dazu beitragen.

Aber es genügt nicht, daß man in diesen Fonds einzahlt, ohne auch am Konsumverhalten, an der Einstellung der Menschen etwas zu verändern, ist es doch gleichzeitig unbedingt notwendig, die Menschen auf die Bedeutung von Jute hinzuweisen. Es ist ungeheuer wichtig, den Konsumenten auf ökologische Produkte hinzuweisen und ihn sozusagen dazu zu erziehen, diese zu verwenden. Denn erst dann kommt es zu einem Umdenken in der Industrie, in der Wirtschaft, das nachzuvollziehen und darauf einzugehen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die Qualität der bengalischen Jute — ich habe schon gesagt, daß Bangladesch zu den größten Erzeugern dieses Naturprodukts gehört — ist sehr geschätzt und geht weit über die Qualität indischer hinaus. In Bangladesch wird Jute vorwiegend für den Export angebaut, was natürlich wieder eigene Probleme für Bangladesch mit sich

Mag. Marijana Grandits

bringt und mit sich gebracht hat. Es muß immer getrachtet werden, daß es einen Ausgleich gibt zwischen der autarken Wirtschaft in Bangladesch und dem Exportfaktor Jute, der in solchen Über-einkommen dann festgelegt beziehungsweise gestützt wird.

Juteerzeuger sind: Bangladesch, Indien, Thailand, China und zu einem ganz geringen Prozentsatz auch andere Länder. Der Außenhandel von Bangladesch ist zu zirka 70 Prozent von Jute oder Juteprodukten bestimmt. In dieser Höhe ist die Jute an den Einnahmen aus den Ausfuhr-gesamtergebnissen beteiligt und daher für Bangladesch natürlich der bedeutendste Devisenträger.

Zwar entfällt auf Bangladesch insgesamt nur ein knappes Viertel der Juteproduktion, aber im Vergleich ist es — auf die Größe bezogen — der größte Produzent. In China beispielsweise wird ein Teil im eigenen Land verbraucht. Das hat natürlich mit der Größe Chinas zu tun — es leben immerhin schon mehr als eine Milliarde Menschen in China —, und daher spielt die Juteerzeugung für China eine viel größere Rolle für den Binnenmarkt als für den Export, und es geht in erster Linie darum, die Menschen im eigenen Land damit zu versorgen.

Das größte Problem bei der Jute sind die schwankenden Preise. Es gibt immer wieder, all die Jahre hindurch, große Preisschwankungen, und das ist für die Produzenten von Jute und für diese Länder, wie vor allem Bangladesch, Indien oder China, ein enormes Problem, denn man kann sich nie auf ganz bestimmte Einnahmen stützen. Es ist wahnsinnig schwer, die eigene Wirtschaft vor auszuplanen und die Exporteinnahmen vor auszuberechnen.

Die Preisschwankungen waren extrem hoch. In den sechziger Jahren war der Jutepreis sehr hoch, dann ist er sehr tief gefallen. In den siebziger Jahren hat es wieder ein Ansteigen gegeben, und in den achtziger Jahren ist der Jutepreis immer mehr verfallen, was enorm große Schwierigkeiten mit sich gebracht hat, dies, wie bereits gesagt, vor allem für Bangladesch. Diese Preisschwankungen reichten pro Tonne von 600 US-Dollar hinunter bis auf fast 200 US-Dollar.

Sie können sich vorstellen, was das für ein Land bedeutet, das, wie Bangladesch, 70 Prozent dieses Produktes auf Export ausgerichtet hat.

Ich habe schon gesagt, daß ein Teil der Exporte, die aus Bangladesch kommen und mit Jute zusammenhängen, verarbeitete Produkte sind. Nur gibt es hier auch ganz bestimmte Mechanismen im Welthandel, die den Ländern aus dem Süden, den sogenannten Entwicklungsländern, enorm große Schwierigkeiten bei der Einfuhr von verarbeiteten oder halbfertigen Produkten machen. Sie

wissen: Da gibt es normalerweise sehr hohe Zölle, die draufgeschlagen werden. Man will damit meistens die eigenen Produktionen schützen. Dafür wurde ein Mechanismus geschaffen, den wir selbstverständlich auch begrüßen, das ist das Präferenz-zollsystem, von dem viele Länder aus dem Süden profitieren, indem man ihnen dann für ganz bestimmte Waren also halbverarbeitete Waren oder Fertigprodukte, die dort aus Rohstoffen erzeugt wurden, Präferenzzölle gibt, damit sie auch eine Chance haben, bei uns verkauft, bei uns vertrieben zu werden.

Dieses Präferenz-zollsystem müßte viel stärker ausgebaut werden. Dieses Übereinkommen, das wir heute verhandeln, geht ein bißchen in diese Richtung, aber das genügt einfach nicht. Präferenz-zölle sollte man wahrscheinlich viel weniger nach dem Gesichtspunkt, wo es uns schadet, ausrichten. Das ist das größte Problem: daß die gesamte Nord-Süd-Problematik ununterbrochen von der Frage, was wir zu verlieren haben, dominiert ist. Das ist eine sicher berechtigte Frage, nur: So werden wir die Probleme in dieser Kluft zwischen Nord und Süd und zwischen Arm und Reich, wie wir das am Beispiel Bangladesch sehen können, nicht lösen können. Wir müssen umdenken lernen, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Es wird in Zukunft notwendig sein, einzugestehen und auch mit der Bevölkerung in Österreich darüber zu sprechen, daß gewisse Einschränkungen bei uns notwendig sind und daß sich die auswirken werden, wenn auch meiner Ansicht nach nur kurzfristig, denn langfristig wird das zum Ausgleich, zu gerechteren Preisen, zu mehr Stabilität im wirtschaftlichen und politischen Bereich führen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Frau Kollegin Partik-Pablé! Trotzdem glaube ich, daß solche Abkommen wie dieses Juteabkommen und unser Ansatz einer friedenspolitischen Dimension langfristig die einzig richtige Politik sind. Das bedeutet bei uns, daß — ich weiß nicht wie viele — Industrien vielleicht davon betroffen sind, und es kann auch sein, daß im Einzelfall vielleicht Arbeitsplätze bei uns betroffen sind. Das sind kurzfristige Auswirkungen. Aber je mehr sich dieser Gedanke durchsetzt, daß der Ausgleich allen zugute kommen wird und zugute kommen muß, desto eher haben wir eine Chance, daß das greift und daß das auch für uns positive Folgen hat. Denn die weltweite Umweltzerstörung betrifft auch uns. Man kann heute die Welt nicht mehr als Dorf betrachten. Wir wissen, daß alles, was heute auf dieser Welt geschieht, einen Einfluß auf alle anderen Teile der Welt hat. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dieses globale Denken ist unser größtes Anliegen. Wir glauben, daß wir globales Denken auch in der nationalen Wirtschaft, in der nationalen Politik berücksichtigen müssen, daß wir, den

Mag. Marijana Grandits

Blick auf die globalen Probleme gerichtet, interne Probleme lösen und angehen müssen, denn sonst wird das uns allen auf den Kopf fallen. Ich glaube, das ist etwas, was in der Zwischenzeit schon Allgemeinweisheit ist, etwas, was die Spatzen schon vom Dach pfeifen. Daher würde ich meinen, daß auch die österreichische Politik mehr als verpflichtet ist, diese Art von Denken auch in den politischen Umsetzungen anzuwenden, denn nur so wird man auch in der nationalen Ökonomie und auch in den nationalen politischen Überlegungen weiterkommen, um die Zukunft der österreichischen Bevölkerung zu sichern.

Es geht nicht, zu sagen: Wir sind ein kleines Land, und die berühmte Devise „Österreich zuerst“ ist ein letztklassiges Beispiel in dieser Hinsicht, weil es dazu führt, daß man Egoismus schürt, Konflikte vertieft, daß man die Kluft vergrößert und die Spannungen erhöht – egal, ob im wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftspolitischen Bereich, und das lehnen wir strikte ab. (*Beifall bei den Grünen. – Ruf bei der ÖVP: Zur Sache!*) Ich rede zur Sache, Herr Kollege, vielleicht hören Sie mir nicht zu! Ich rede zu Jute, ich rede zu dem Übereinkommen, das wir heute hier verhandeln, und das hat mit Rohstoffen, das hat mit Bangladesch, und das hat mit der Nord-Süd-Frage zu tun. Das ist der größte Konflikt der heutigen Gesellschaft, Herr Kollege! Das sollten Sie sich vielleicht vor Augen führen. Das sind die größten Probleme, vor denen wir heute stehen, und daher, glaube ich, ist es notwendig, daß wir uns genau mit diesem Problem eingehendst befassen und auseinandersetzen.

Natürlich besteht in Ländern wie Bangladesch, wenn ein Land aufgrund der ökonomischen Zwänge der Weltwirtschaft, aufgrund von kolonialen Strukturen dazu gezwungen wurde, einen bestimmten Zweig der eigenen Wirtschaft auf Export auszurichten, und zwar nur auf Export, eine große Gefahr: die Gefahr der Monokulturen. Und das kann auch dazu führen, daß man die Spirale im weltwirtschaftlichen System, vor allem auch durch die Verschuldungskrise, die in den siebziger Jahren so eklatant geworden ist, so in die Höhe treibt, daß es auf Kosten der Eigenversorgung geht. Auch daran sind wir beteiligt, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn wir sollten uns vor Augen führen, daß unser Lebensstil, daß unsere industrielle Entwicklung dazu beigetragen hat, daß ein Land wie Bangladesch dazu gezwungen wurde, auf einem großen Teil der eigenen landwirtschaftlichen Flächen beispielsweise Jute anzubauen, um dieser Spirale Rechnung zu tragen, um imstande zu sein, diesen ungleichen Austausch überhaupt bewältigen zu können. Deshalb hat man immer mehr Jute angebaut, und das ist natürlich auf Kosten der Eigenversorgung gegangen. Das hat dazu geführt, daß viele Bauern vor der Frage gestanden sind, ob sie

Jute oder Reis anbauen sollen, denn die Regierung war ja gezwungen, zu Devisen zu kommen. Ich habe schon erwähnt, daß die Jute der Hauptdevisenträger für Bangladesch ist.

Die Einflüsse der Weltwirtschaft sind natürlich sehr kompliziert. Die Preisschwankungen, von denen ich schon gesprochen habe, haben natürlich Bangladesch dazu veranlaßt, mehr und mehr Böden dazu zu verwenden.

Dann kam es noch zu einem Phänomen, das natürlich problematisch ist: daß vom Norden immer mehr versucht wurde, der Regierung in Bangladesch die Art der Juteproduktion nach industrialisierten Kriterien einzureden, das heißt: immer mehr Düngemittel, um die Produktion angeblich zu erhöhen. Ich brauche nicht zu erwähnen, was das für besondere Auswirkungen hat, welche ökologischen Zerstörungen daraus folgen, und daß noch mehr Jute auf dem Weltmarkt eigentlich wieder zum Preisverfall geführt hat.

Daher sind natürlich solche Fonds, die zur Stabilität des Preises eines bestimmten Produktes beitragen sollen, sehr sinnvoll und sehr wichtig.

Aber der Jutepreis wurde im wesentlichen an den internationalen Warenbörsen bestimmt und nicht von den Bauern in Bangladesch, Indien oder China. Dann könnte es wieder zu einer Situation kommen, wie wir sie schon in den siebziger Jahren gehabt haben, wo die Einflüsse auf die Bauern so groß geworden waren, daß auch die benötigten Nahrungsmittel zu sehr hohen Preisen nach Bangladesch eingeführt werden mußten.

Das heißt, dieser Kreislauf ist von der betroffenen Bevölkerung fast nicht zu durchbrechen. Wir wissen aus Erfahrung, daß so etwas immer negative Auswirkungen gehabt hat, den im Normalfall hat das für die Kleinbauern bedeutet, daß 80 Prozent des Budgets einer armen Familie nur für Reis ausgegeben werden mußten, weil der Reispreis so gestiegen ist und es im eigenen Land zu wenig Produktion gegeben hat. Auf dem Weltmarkt spielt das sehr wohl eine Gesamtrolle, denn wie Sie wissen, sind die Jutepreise permanent gefallen, aber der Reispreis ist gestiegen – und Reis gehört zu den Grundnahrungsmitteln von Bangladesch.

Die Bauern haben darauf reagiert, indem sie zwar versucht haben, in den nächsten Jahren mehr Reis im eigenen Land anzubauen und weniger Jute, aber die Politik der Vereinigten Staaten hat dann dazu geführt, daß man die Nahrungsmittelknappheit in Bangladesch durch Weizenüberschüsse aus den Vereinigten Staaten ausgleichen wollte. Und wer ist wieder übriggeblieben bei dieser Aktion? – Das waren wieder die Kleinbauern, denn sie hatten jetzt weder mit Jute eine Chance noch mit Reis.

Mag. Marijana Grandits

Also diese Umstellung, soweit sie regional gelungen ist, hat nicht dazu geführt, daß die Lebenssituation der Bauern verbessert wurde, sondern es kam erneut zu einem Druck auf die Reispreise, und das hat die Bauern veranlaßt, wieder Jute anzubauen.

Die siebziger Jahre sind bekannt als jene Jahre, in denen die Ölländer und die Ölkonzerne die Mineralölpreise enorm angehoben haben, wodurch auch die Kunststoffpreise gestiegen sind. Das hatte immerhin den positiven Effekt, daß dadurch der Preis der Jute gestiegen ist, was kurzfristig — ich habe Ihnen schon von der Kurve des Preisverfalles erzählt — auch wieder positive Auswirkungen auf die Bauern in Bangladesch hatte, weil sie mehr für den Juteanbau bekommen haben. Die Bengali-Bauern pflanzten im nächsten Jahr natürlich wieder Jute, und zwar zu jener Zeit, wo die Jute schon nicht mehr gefragt war.

Was ich damit sagen will: Das Problem der internationalen Weltwirtschaft ist derart schwerwiegend, daß wirklich jeder einzelne Kleinbauer davon betroffen ist, daß sich das System auf jeden Kleinbauern, ob bei uns in Österreich oder in Bangladesch, auswirkt, aber konkret haben diese Kleinbauern keine Chance, aktiv an dieser Politik teilzunehmen. Sie sind einem System, einer Weltwirtschaft ausgeliefert, von der sie permanent betroffen sind, aber sie können nichts dazu beitragen, ihre eigene Situation zu verändern, denn die Entscheidungen fallen immer woanders. Sie fallen auf den Weltmarktbörsen, sie fallen in den Wirtschafts- und Finanzministerien der Welt, vor allem aber auch in den reichen Ländern, in den mächtigen, großen Ländern, und natürlich sind auch solche Übereinkommen, wie das, das wir jetzt verhandeln, ein Teil dieses Systems.

Ich habe schon gesagt, daß dieses Übereinkommen zwar durchwegs positiv ist, aber das ist noch viel zu wenig, denn die Bauern sind von anderen Faktoren viel stärker betroffen, und diese anderen Faktoren wirken sich auch viel stärker auf ihren Lebensraum aus. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, daß ein Bauer natürlich, wenn er Jute angebaut hat, überlegt: Wie war die Situation im heurigen Jahr? Was hat mir Jute gebracht? Wieviel kann ich davon verkaufen, und zu welchem Preis? — Das sind seine Überlegungen für das nächste Jahr.

Leider kann ein Bauer in Süd-Bangladesch überhaupt nicht kalkulieren, was an den Börsen in New York, in London oder in Paris passiert. Und das hat zur Folge, daß er dann folgendermaßen kalkuliert: Der Jutepreis war halbwegs vernünftig, ich habe eine relativ große Chance, meine Familie im nächsten Jahr mit dem Juteanbau durchzubringen und über Wasser zu halten, also

wende ich dasselbe System nächstes Jahr wieder an und bebaue dieselbe Fläche mit Jute.

In der Zwischenzeit haben sich aber die Umstände geändert: Durch das Fallen der Mineralölpreise ist die Plastikerzeugung wieder billiger geworden, und die Nachfrage für Jute ist wieder im Keller — sie ist total gefallen —, und das wirkt sich dann im nächsten Jahr auf die Lebenssituation des Bauern nachteilig aus.

Das bedeutet für ihn, daß er im nächsten Jahr mit demselben Arbeitseinsatz, mit demselben Anteil der Bewirtschaftung der Fläche, mit demselben Produkt Jute überhaupt keine Chance hat, seine eigene Familie auch nur ein Jahr lang ernähren zu können.

Man muß sich das einmal vor Augen führen, welche Konsequenzen das in diesem Weltwirtschaftsverband hat. Wir müssen uns überlegen, was wir, wenn wir internationale Abkommen mittragen, beschließen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was wir eigentlich tun. Und das ist mein Anliegen: Man soll jetzt nicht so tun, als hätte das mit uns nichts zu tun. Das ist doch eine Sache, mit der wir uns in allen Bereichen ernsthafter auseinandersetzen sollten — und zwar auch in bezug auf unsere Bauern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Situation der Bauern in Bangladesch war vor der Kolonialzeit, und zwar vor dem Eingreifen der Briten, eine ganz andere. Die Steuern wurden ursprünglich nicht nach der Fläche des Bodens bemessen, sondern es war — soferne es schon Steuern gegeben hat — in den meisten Kolonialländern so, daß die Steuern erst durch die Kolonialherren eingeführt wurden. Man hat die Menschen eigentlich erst durch dieses System dazu gebracht, Produkte anzubauen, die wir brauchen, an denen wir ein Interesse gehabt haben. Das war das beste Mittel, um eine gesamte Struktur der Selbstversorgung, der landwirtschaftlichen Orientierung für einen anderen Prozeß zu nutzen, und zwar für unseren Industrialisierungsprozeß.

In breiten Gebieten wurde es so gehandhabt, daß man dann teilweise Kopfsteuern eingeführt hat und teilweise von den Bauern — so auch von den Jutebauern in Bangladesch; genauer gesagt waren es in Bangladesch natürlich die Briten — Steuern für eine bestimmte Bodenfläche eingehoben hat. Das heißt, man hat in einem ersten Anlauf versucht — das war eine interne Regelung —, auf die Anzahl der geernteten Tonnen von Jute Steuern einzugeben. Das hatte zur Folge, daß die Bauern bei Mißernten nicht „doppelt bestraft“ wurden, denn wenn die Ernte schlecht war, mußten die Jutebauern natürlich auch weniger Steuern bezahlen.

Mag. Marijana Grandits

Dieses System haben die Briten vollkommen verändert, indem sie hergegangen sind und plötzlich den Boden, also die landwirtschaftliche Fläche, die bearbeitet wird, besteuert haben. (*Abg. Dr. Khol: Das ist perfide Allegorie!*) Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, Herr Kollege Khol, welche Auswirkungen da eine Mißernte hat, wo die Leute ja sowieso schon am Verhungern sind, und sie trotzdem für den entsprechenden Anteil an bearbeitetem Boden noch Steuern an den Kolonialherrn abführen müssen — damals waren das die Briten. Dieses System hat zusätzlich zu Verarmung, zu Hunger und Not beigetragen.

Früher waren der Verschuldung Grenzen gesetzt, der Boden gehörte niemandem, und er konnte dadurch weder belehnt noch verloren werden. Erst durch das Einführen des Geldverkehrs und der Geldverleiher, die natürlich ihr Geld zurückgefordert haben, kam der Bauer zunehmend in eine Verschuldungsspirale und konnte demzufolge auch in die Situation kommen, sein Land zu verlieren.

Die Resultate sind, daß heute 40 Prozent der Bauern kein eigenes Land besitzen — auch bei uns ist ja die Anzahl der kleinen Bauern schon längst im Abnehmen begriffen —, und die Zahl der großen Flächen, die von Bauern bearbeitet werden, nimmt ständig zu.

Ein anderes Beispiel: Der Geldverleiher war — in manchen Dörfern ist es immer noch so — häufig auch der Dorfhändler, und daher hat er dem Bauern vor der Ernte Nahrung und Kleider sehr teuer angeschrieben. Bei uns war das ja auch früher möglich, daß man bei einem Greißler hat anschreiben lassen. Dieses System gibt es natürlich in diesen Staaten auch, und die Menschen dort haben für ihr Überleben vor allem im Bereich von Nahrungsmitteln und Kleidern anschreiben lassen.

Wenn jetzt der Händler gleichzeitig Geldverleiher ist, muß man/frau sich vor Augen führen, was das wieder für Auswirkungen hat. Der Vorverkauf einer Ernte, und zwar zu billigsten Preisen, war im Normalfall das Resultat. Man hat den Bauern dazu gezwungen, eine noch nicht einmal geerntete Jute zu Billigstpreisen zu überschreiben, und zwar, wie gesagt, diesem Dorfhändler, der gleichzeitig auch Geldverleiher ist. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich glaube, daß vor allem der ländlichen Bevölkerung bei uns solche Phänomene sehr wohl bekannt sind, denn auch bei uns hat es ein ähnliches System gegeben, und es war immer ein Teufelskreis für die Betroffenen, es ist selten ein Ausbruchversuch geglückt. Es ist nicht gelungen, auf eine andere Form der Bewirtschaftung umzusteigen. Das ist sicher ein Teil der Gründe, warum

die Armut heute in Ländern wie Indien oder Bangladesch derart hoch ist.

Man muß auch dazusagen, daß ein Großteil der Bauern, die in Bangladesch und Indien Jute erzeugen, eine relativ geringe Schulbildung hat. Und das hat es natürlich den Dorfhändlern und auch den Geldverleihern sehr leichtgemacht, diese Menschen bis ins Extrem auszunützen. (*Abg. Mag. Schreiner: Leihen Sie sich halt kein Geld, dann werden Sie nicht ausgenützt!*)

Herr Kollege! Wenn Sie eine Familie mit fünf Kinder haben und Sie bauen Jute an, arbeiten Sie täglich 14 Stunden in härtester Weise und müssen sich dann überlegen: Was gebe ich meiner Familie zu essen? Was ist die logische Konsequenz? — Ich versuche, im Dorf irgendwo Essen herzukriegen. Was bedeutet das? — Der Dorfhändler sagt dann: Selbstverständlich! Sie können von mir Reis haben, aber was bezahlen Sie mir dafür? Welche Sicherstellung haben Sie dafür? Der Bauer antwortet: Ich habe überhaupt keine, ich habe meine Jute! Gut. Das heißt aber, daß dieser Bauer seine Jute zu einem Billigstpreis verkaufen muß. Das ist doch bitte das Ausnützen einer Notlage, und das ist moralisch höchst bedenklich. (*Beifall bei den Grünen.*) Und dann sagen Sie, Herr Kollege, überheblich: Dann leihen Sie sich kein Geld! (*Abg. Mag. Schreiner: Dann leihe ich mir so viel Geld aus, daß ich es auch zurückgeben kann! Dann müssen Sie auch die Bankinstitute abschaffen, die verleihen auch Geld!*) Wenn Sie Kinder haben, die am Verhungern sind, dann ist es wirklich eine Milchmädchendarstellung, zu glauben, daß die Menschen das selbst beeinflussen können. (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Milchmann!*) Milchmännchendarstellung, richtig.

Was ich Ihnen klarmachen will, ist die Abhängigkeit dieser einzelnen Bauern, vor allem aber auch der Rohstoffe und der Menschen, die mit Rohstoffen, wie beispielsweise mit Jute, zu tun haben. Ich will Ihnen klarmachen, daß diese Abhängigkeit von uns, von unserem Lebensstil und vom Weltmarkt so enorm ist, daß wir uns das endlich vor Augen führen sollten und endlich in diesem Bereich Konsequenzen ziehen sollten, und zwar für uns und auch für unsere Lebensweise — das ist doch der Punkt —, anstatt zu sagen: Die sind entweder zu blöd oder zu faul! Ein solches Argument ist ja wirklich letztklassig.

Es wird immer wieder unter Beweis gestellt, daß gerade diese Menschen, diese Bauern, zu denen gehören, die enorm viel arbeiten, die Schwerstarbeit leisten. Ich habe schon gesagt, daß es vorwiegend Kleinbauern sind; die durchschnittliche Juteanbaufläche pro Farm, also pro Landwirtschaftseinheit, beträgt zirka 0,16 Hektar. Und gerade diese verschuldeten Kleinbauern haben dann versucht, aus dieser

Mag. Marijana Grandits

mißlichen Lage herauszukommen, indem sie noch zusätzlich Land angepachtet haben.

Und hier wieder ein Phänomen; ein Phänomen, das einfach den Prinzipien unserer Marktwirtschaft und dem Kapitalismus entspricht: Der Pachtzins für das Land hat mindestens 50 Prozent des Ernteertrages ausgemacht. Stellen Sie sich vor, was das konkret für den Kleinbauern bedeutet! In einer Situation, wo er extrem schwer arbeitet, um seine Familie irgendwie durchzubringen, in einer Situation, wo er ohnehin schon Schulden hat, und zwar nicht für irgendeinen Luxus, sondern um ein minimales Überleben zu garantieren, in dieser Situation versucht sich ein Kleinbauer zu helfen, indem er zusätzliches Land pachtet, und das zu Wucherbedingungen. Der Pachtzins für zusätzliche Flächen beträgt mindestens 50 Prozent der Ernte, die da zu erwarten ist. Ich spreche aber auch von einer Normalernte — gar nicht davon zu reden, wenn es eine schlechte Ernte gibt.

Die Bauern bringen den Juteballen — das sind zirka 180 kg, so ein Ballen — dann nicht direkt zu den Fabriken oder zu den Exporteuren — denn dazu sind sie ja nicht imstande; das ist ja wieder eine Frage der Logistik, eine Frage des Transports, eine Frage der Möglichkeiten —, sondern sie bringen das im Normalfall zum Zwischenhändler. *(Beifall bei den Grünen.)*

Hier kommt wieder ein marktwirtschaftliches Prinzip zum Tragen, und zwar ist der Rebbach — wie man das so schön in Wien sagt — der Zwischenhändler ungefähr um die 30 bis 35 Prozent des Rohjutepreises. Jetzt muß man sich wieder vorstellen, was das für Auswirkungen auf den Endpreis hat, was das konkret für die Einnahmen der Kleinbauern bedeutet. Es ist nämlich jetzt noch überhaupt keine Verarbeitung erfolgt, wir sprechen noch immer von der Rohjute.

Das ist wieder ein Phänomen, das meiner Ansicht nach stark von der Idee des Kapitalismus, des Profits geprägt ist. Die Zwischenhändler sind die Geldverleiher, die den Bauern Dünger, Pacht und ähnliches vorfinanzieren. Die Zinsen betragen umgerechnet auf das Jahr oftmals 50, in Extremsituationen bis zu 100 Prozent.

Sie sehen, daß es ein Beispiel nach dem anderen gibt, das aufzeigt, daß Kleinbauern redlichst arbeiten, aber Opfer eines Weltwirtschaftssystems werden, das wir verursacht haben. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sie auch?)* Selbstverständlich, Frau Kollegin Tichy-Schreder, wir auch. Zugegeben, das ist richtig.

Aber das ist auch der Grund, warum wir uns in den meisten Bereichen für eine Änderung einsetzen, warum es unser Anliegen ist, nicht nur ein Umdenken herbeizuführen, sondern auch kon-

krete Handlungen zu setzen, und zwar im Nord-Süd-Konflikt, im Bereich Rohstoffe und vor allem im Hinblick auf die ökologische Zerstörung dieser Welt. Das sind unsere größten Anliegen, und das versuchen wir auch an diesem Beispiel klarzumachen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Vielleicht verstehen Sie es nach diesem heutigen Tag. *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Was sagen Sie zu den Zitronen der Südländer?)*

Liebe Frau Kollegin! Wenn Sie zu Zitronen sprechen möchten, dann müssen wir einen anderen Tagesordnungspunkt dafür finden. Jetzt sind wir beim Juteübereinkommen. *(Abg. Dr. Höchtl: Aber es ist sehr gut! Stärke!)* Ja, beim Juteübereinkommen. Ich werde daher auch mit meinen Ausführungen zu Jute und zu Bangladesch fortfahren.

Ich habe Ihnen schon gesagt: Diese Kleinbauern sind Opfer eines Systems, das sich von einer Stufe zur anderen verstärkt, ohne daß man es beeinflussen könnte.

Präsident Dr. Lichal: Entschuldigung, Frau Abgeordnete. Sie können gleich weiterreden.

Die Mitarbeiter können sich doch nicht auf den Boden setzen. Bitte, gehen Sie zurück! In der Bankreihe hat eine Mitarbeiterin nichts zu suchen. *(Abg. Monika Langthaler: Der Höchtl ißt einen Apfel, da kann eine Mitarbeiterin auch auf dem Boden sitzen!)* Das ist kein Sitzplatz für die Mitarbeiter. Bitte, gehen Sie!

Ich gebe Ihnen so lange nicht das Wort, solange sich die Mitarbeiterin nicht aus der Bankreihe entfernt hat. — Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits *(fortsetzend)*: Ich möchte es noch einmal wiederholen: Dieser Kleinbauer, dieser betroffene Jutebauer aus Bangladesch, den wir vielleicht ein bißchen mit diesem Übereinkommen stützen können, ist das Opfer eines Systems, auf das er überhaupt keinen Einfluß hat. Aber wir haben sehr wohl Einfluß darauf, und das ist der Punkt, über den wir uns unterhalten sollten. Ich glaube jedoch, daß man erst dann bereit ist, sich mit solch einem System auseinanderzusetzen und sich Änderungen zu überlegen, wenn man die Hintergründe kennt.

Ich befürchte, daß die Ignoranz europäischer Politik, europäischer Wirtschaftspolitik in weiten Bereichen dazu führt, daß man diese Menschen opfert, zu Hunderttausenden, ja sogar zu Millionen in eine Armut drängt und für einen Lebensstil, für ein Industriesystem, für eine ökologische Zerstörung dieser Welt opfert, die nicht mehr vertretbar ist. Und das ist unser Anliegen. Das ist unser Punkt, den wir Ihnen endlich klarmachen möchten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Mag. Marijana Grandits

Daher werde ich jetzt, Frau Kollegin, konkret mit diesem Beispiel (*Abg. Dr. Höchtl: Der Zitrone beschäftigen!*) der Juteernte und der Jutebauern fortsetzen. Denn was geschieht dann? Nach der Ernte haben diese Bauern alle Halsabschneider sozusagen ruhigzustellen, die Kredite mit enorm hohen Zinsen für Pacht, für Düngemittel, sehr oft auch für Saatgut und für ihre Nahrungsmittel, die sie schon vorher konsumiert haben, zurückzubezahlen. Die Rechnung unter dem Strich ist, daß sich diese Bauern, nachdem sie ein Jahr schwerst gearbeitet haben — im Normalfall war die gesamte Familie an der landwirtschaftlichen Produktion beteiligt —, wieder zusätzlich verschuldet haben.

Das ist doch ein absurdes System. Wir sollten uns vor Augen führen, daß es kaum ein Entrinnen gibt, weil — natürlich ist es ein absurdes System (*Abg. Dr. Höchtl: Was Sie hier machen!*) — die Zwischenhändler, die Geldverleiher und auch wir die Gewinne machen.

Es ist doch eine Tatsache, daß insgesamt nach wie vor wesentlich mehr Geld aus dem Süden in den Norden fließt, und zwar aufgrund dieser instabilen, niedrigen Rohstoffpreise, aufgrund der Tatsache, daß sich diese Länder über die letzten Dekaden so verschuldet haben, und aufgrund der Tatsache, daß wir sie in eine Situation gebracht haben, so überhöhte Zinsen zahlen zu müssen, daß die Geldrückflüsse in der Gesamtheit schon längst alle Zahlungen an den Süden, die aus dem Norden kommen, überschreiten.

Das muß man sich auch vor Augen führen, denn wir tun öfters so, als würden wir den Süden erhalten und aufpäppeln, wie das so schön bei uns heißt; in Wirklichkeit ist es doch genau umgekehrt. In Wirklichkeit holen wir nach wie vor aus diesen ärmsten Ländern alles heraus, was herauszuholen ist: in Form von Billigrohstoffpreisen, in Form von Zinsrückzahlungen — von Kapitalrückzahlungen rede ich gar nicht. Die Brotkrümel der sogenannten Entwicklungshilfe, die Projekte, die wir hinunterschicken, sind reine Kosmetik, das ist wirklich reine Kosmetik.

Ich glaube, wir sollten bei unserer Diskussion auch berücksichtigen — und zwar in allen Bereichen; vielleicht auch bei den nächsten Tagesordnungspunkten, zu denen wir heute noch kommen werden —, daß wir auf allen Ebenen profitieren und daß wir in erster Linie nach wie vor tagtäglich zur Zerschlagung von sozial gewachsenen Strukturen und von ökologischen Lebensräumen beitragen.

Das ist der wichtigste Grund, warum wir uns ernsthaft mit diesen globalen Themen beschäftigen sollen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es gibt noch ein Phänomen. . . (*Abg. Steinbauer: Nach dem ersten Liter nehmen wir Ihnen das Wasser weg!*) Das ist aber nett, Herr Kollege Steinbauer. Das macht man im Süden auch. Dort versucht man dem Ertrinkenden den Hahn zuzusperren (*Abg. Kiss: In welchem Süden? Nicht Südburgenland!*), man versucht, die Verhungernenden aushungern zu lassen. Ich spreche vom Süden dieser Hemisphäre.

Vielleicht sollten wir uns auch einmal auf Begriffe einigen. Ich habe nämlich große Probleme mit den Begriffen „Entwicklungsländer“ und „Dritte Welt“, denn für mich gibt es nur eine Welt und auch nur eine Verantwortung für diese eine Welt. Daher spreche ich von den Ländern der südlichen Hemisphäre, die von dieser Situation besonders betroffen sind und bei denen sich das in besonderer Art und Weise auswirkt.

Bei solchen Übereinkommen sollten wir noch etwas nicht außer acht lassen: die sozialen und politischen Verhältnisse solcher Länder, denn es ist ganz wichtig, daß wir bei jeder Art von Wirtschaftsbeziehung auch die politischen und sozialen Verhältnisse dieser Länder berücksichtigen und in die Diskussion miteinbeziehen.

Ich habe gehört, daß Herr Minister Mock einen Arztbesuch zu absolvieren hat. Ich bin selbstverständlich erfreut, daß es ihm besser geht und wünsche ihm, sofern das noch notwendig ist, weitere gute Besserung. (*Beifall bei den Grünen und Beifall des Abg. Mag. Barmüller.*)

Ich möchte zu den politischen Verhältnissen zurückkommen. Es ist sehr kurzsichtig zu glauben, daß uns die politischen, wirtschaftlichen, sozialen Verhältnisse in diesen Ländern nichts angehen. Wir sagen: Na, was soll's, wir schauen, daß wir unseren Krempel dort verkaufen können; wir schauen, daß wir unsere Industrien bei uns abdecken können, aber wie das mit den Jutebauern ist und wem dort der Boden gehört, ist uns Wurscht. Ob das beispielsweise lauter Großgrundbesitzer sind, ob es dort Probleme mit Menschenrechten, mit Demokratiefragen gibt, ob es dort ein Demokratieverständnis gibt, das geht uns alles nichts an.

Wir gehen nach dem Prinzip vor: Wirtschaft ist das Wichtigste, und unsere Wirtschaft steht überhaupt an erster Stelle. Das ist kurzsichtig und wird sich auf alle Fälle auch auf uns auswirken, das wird uns einmal auf den Kopf fallen.

Das ist der Grund, warum wir auch global diese Zusammenhänge in unsere Wirtschaftsbeziehungen miteinbeziehen sollten und warum wir ganz klare Kriterien und Prinzipien haben sollten, nach denen wir unsere Wirtschaftsbeziehungen ausrichten. Zugegeben, es ist nicht immer leicht, es gibt Probleme, aber trotzdem müßte es uns ein

Mag. Marijana Grandits

ganz großes Anliegen sein, diese Gruppierungen in den Ländern wie beispielsweise in Bangladesch, zu unterstützen, die sich für politische Reformen, für soziale Veränderungen — beispielsweise betrifft das in Bangladesch und Indien die Verteilung von Grund und Boden — einsetzen, die sich stark dafür machen, daß es sozial gerechtere Formen im eigenen Land gibt, denn das wird ihre Situation verbessern. Das wird dazu führen, daß sie andere Lebensbedingungen haben werden, und im Endeffekt kann das nur zum Wohle der gesamten Menschheit sein.

Ich glaube nicht, daß wir ein Interesse daran haben können, daß Länder wie Bangladesch und Indien, aber auch andere, in eine massive Armut verfallen aufgrund eines Systems, das wir mitverschuldet haben. Und wir können auch kein Interesse daran haben, daß es dann dort zu Konflikten kommt, die natürlich wieder auch auf uns Auswirkungen haben werden.

Daher betone ich noch einmal: Eine vorausschauende, gutgeplante Wirtschaftspolitik, die zum Ausgleich und zu sozialer Gerechtigkeit führt, ist die beste Friedenspolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Kleinbauern können, wie ich schon gesagt habe, sehr oft mit kleinen Einheiten nicht rentabel arbeiten, weil eben eine bestimmte Größe für die ökonomische Rentabilität notwendig ist, damit man — so wie wir das salopp sagen — investieren und moderne landwirtschaftliche Methoden anwenden kann.

Bei genauerem Hinsehen ist es aber ein anderes Problem, denn die Realität zeigt, daß die Kleinbauern aus dem Boden, den sie zur Verfügung haben, alles herausholen müssen und noch viel härter dabei vorgehen müssen als Großgrundbesitzer. Die Erschöpfung des Bodens ist dabei insbesondere in einem fruchtbaren Land wie Bangladesch nicht zu befürchten, weil jede Art von Bearbeitung, die von diesen Kleinbauern gemacht wird, eine schonendere, eine ökologischere ist, die weniger Beanspruchung des Bodens und des ökologischen Gleichgewichts bedeutet als eine Art der modernen Bewirtschaftung.

Daher ist das ein weiterer Grund, sich dafür einzusetzen, daß Kleinbauern in ihrer Struktur eine Überlebenschance haben, daß Jutebauern in Bangladesch, auch wenn sie nur 0,20 Hektar oder 0,50 oder maximal 1 Hektar Land bewirtschaften, eine Überlebenschance haben, weil sie in einer Art und Weise Landwirtschaft betreiben, die sich positiv auf den Boden auswirkt.

Sie säen mit der Hand, nicht mit Maschinen, sie pflegen die Felder damit auch besser, als wenn das maschinell erfolgt. Außerdem gibt es noch einen Effekt: Es gibt den kombinierten Feldanbau:

Jute wird mit anderen Feldfrüchten kombiniert, sodaß man den Boden optimal ausnützen kann. Die Indianer im Regenwald haben ähnliche Methoden, wie Sie vielleicht wissen werden, aber hier wird das von den Jutebauern praktiziert. Die Jutebauern versuchen, die Flächen, die nicht von der Jute beansprucht werden, mit anderen Produkten zu bewirtschaften, um das Maximum herauszuholen. Eine maschinelle Bearbeitung, wie Sie wissen, ist hingegen darauf ausgerichtet, bei mehr Fläche mehr herauszuholen, und das hat sehr oft die negativen Effekte, daß dabei von den Maschinen viel zerstört wird, daß dabei übergebührlich Dünger eingesetzt wird — das bringt eine Mehrbelastung des Bodens — und daß andere Fruchtfolgen nicht möglich sind.

Der Kleinbauer, der fast alles nur mit seiner eigenen Hände Kraft erwirtschaftet und erarbeitet, trägt auch dazu bei, daß das ökologische Gleichgewicht aufrechterhalten wird, weil die Landwirtschaft Bangladeschs immer Mischformen hat, also eine Mischung aus Ackerbau und Viehzucht, mit der man sich zusätzlich ein Standbein für die Familie schaffen kann, indem man eine Kuh oder ein paar Schafe und Ziegen hat und dann immerhin Milchprodukte und ähnliches für die Familie hat.

Großgrundbesitzer in Bangladesch hingegen kaufen häufig nur das Land, auf dem sie Jute anbauen wollen, und versuchen, mit dem Verleih dieses Landes Geld zu verdienen, nehmen Kredite in Anspruch, versuchen, sich Geld auf dieses Land zu leihen, das sie dann später in die Industrie oder in andere Bereiche investieren wollen und können. Es gibt sogar Beispiele, wo diese Ländereien brachliegen, und dieses Übel gibt es natürlich viel stärker in lateinamerikanischen Staaten, aber auch in Bangladesch kommt es vor, dort natürlich in erster Linie bei Menschen, die im Reichtum schwimmen, die sich das leisten können.

Das ist, wie Sie wahrscheinlich wissen, ein großes Problem auch dann, weil sich Brachflächen negativ auswirken, wenn es nicht Abfolgen von Fruchtanbau gibt. Außerdem ist es ja auch absurd in einem Land wie beispielsweise Bangladesch, Indien oder auch China. Dort kommt es nicht so häufig vor, daß einerseits Land brachliegen bleibt und andererseits Millionen von Menschen am Rande des Hungerns sind.

Das ist wieder ein Beispiel für ein Wirtschaftssystem, das von uns ausgegangen ist, das den Feldzug angetreten und sich über die ganze Welt ausgebreitet hat. Vom indischen Subkontinent ist beispielsweise bekannt, daß die Kleinbauern mit kleinen Ländereien, von denen ich bis jetzt gesprochen habe, dreimal soviel ernten wie die großflächig arbeitenden Großgrundbesitzer, die das maschinell machen und auch Nebeneffekte

Mag. Marijana Grandits

erzielen. *(Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Frau Kollegin! Das ist in der Landwirtschaft normal!)* Ja, da haben Sie recht, richtig, das ist ein Grund, warum wir uns in Österreich für diese Art des Wirtschaftens einsetzen. Da sehen Sie auch die Querverbindungen, wie nah uns die Probleme der Kleinbauern in Bangladesch eigentlich in Wirklichkeit sind. Man kann sie durchwegs mit unseren Bergbauern vergleichen, und man sollte das nicht einfach von der Hand weisen und so tun, als hätte das nichts mit uns zu tun, als würde unsere Welt bei der Grenze in Sopron oder in Spielfeld aufhören. Das ist das, was wir eigentlich versuchen, Ihnen klarzumachen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das Land Bangladesch — das habe ich schon gesagt — gehört in weiten Bereichen Großgrundbesitzern, und diese Struktur hat sich schon während der Kolonialzeit herausgebildet. Auch dazu haben wir natürlich beigetragen, denn die Kolonialherren, wie Sie wissen, waren jene, die den Großgrundbesitz eingeführt haben, und zwar überall in der Welt. Daß die Kolonialherren auch aus Europa gekommen sind und zu der heutigen Armut in diesen Ländern enorm viel beigetragen haben, ist ja auch kein Geheimnis.

Beispielsweise ist es auch so, daß in Ostbengalen verschiedene religiöse Gruppen stark verankert waren und auch den Boden besessen haben. In Ostbengalen waren es die Moslems, dann hat es auch Hindu-Gruppen gegeben, die enorm viel . . . *(Abg. Mag. Terezija Stoisits bringt der Rednerin Unterlagen. — Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Wenn ihr der Stoff ausgeht, soll sie aufhören zu reden! — Abg. Monika Langthaler: Der geht ihr noch lange nicht aus!)*

Lieber Kollege! Wenn Ihnen die Zusammenhänge der Weltwirtschaft, von Armut, Jute und Rohstoffen mit diesem Übereinkommen nicht einsichtig sind, dann kann ich Ihnen leider Gottes nicht helfen. *(Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Kaiser.)* Aber es ist eine Tasache, daß das alles miteinander zu tun hat, daß ich bis jetzt die ganze Zeit von Jute und Bangladesch gesprochen habe, von einem Land, das ganz stark von diesem Übereinkommen, das wir heute verhandeln, betroffen ist. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Höchtl: Essen Sie eine Zitrone! Die ist sehr gut!)*

Ich muß Ihnen schon sagen, daß es mir nicht nur ein Anliegen ist, sondern auch ganz wichtig ist, endlich einmal klarzustellen *(Abg. Schwarzenberger: Sie erhalten die Zitrone der Woche!)*, daß es nicht geht, daß man die Welt punktuell aus der Vogelperspektive von heute betrachtet und alles negiert, was vorher geschehen ist. Vor allem geht es nicht, daß wir in fast allen Bereichen versuchen, unserer eigenen Verantwortung zu entkommen.

Diese Art von Zwischenrufen, Herr Kollege, beweist, daß Sie so tun, als hätten Sie damit nichts am Hut. Daß Kolonialismus ein Phänomen war, als Sie halt noch nicht auf der Welt waren, das ist ein bißchen zu billig. Ich glaube, daß wir uns genau mit diesen Hintergründen auseinandersetzen sollen, um vielleicht gemeinsam einen Weg zu finden und vielleicht gemeinsam Lösungen zu finden — vor allem in diesem Bereich Rohstoffe, Ökologie, Ausgleich, Bangladesch, betreffend dieses Übereinkommen, von dem wir sprechen —, die dazu beitragen, daß wir alle eine Überlebenschance haben, daß wir alle der größten Katastrophe, die über uns hereinbrechen könnte, vielleicht entkommen könnten.

Das ist unser Anliegen. Wenn Sie das lächerlich machen wollen, dann ist es Ihre Sache. Ich persönlich glaube, daß es eine ernsthafte Angelegenheit ist. *(Abg. Schwarzenberger: Mit Ihrer Rede machen Sie das Abkommen lächerlich!)* Nein, ich versuche nur, dieses Abkommen zu erklären, Herr Kollege! *(Abg. Monika Langthaler: Mit Ihren Zwischenrufen machen Sie sich lächerlich! — Abg. Hofer: Wie lange wollen Sie noch reden? Wie lange haben Sie es noch vor? — Gegenrufe der Abgeordneten Monika Langthaler und Mag. Terezija Stoisits.)*

Herr Kollege! Ich will Ihnen nur klarmachen, was dieses Abkommen zwar vielleicht bewirken kann, aber was eigentlich noch zu geschehen hat und warum es zu geschehen hat. Anscheinend fehlen Ihnen sowohl die Einsicht als auch das Einverständnis als auch das Wissen darüber. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe schon darüber gesprochen, daß das Land in Bangladesch von Jahr zu Jahr ungleicher verteilt wird, weil es eben das Phänomen gibt, daß Reiche reicher werden und Arme ärmer werden. Diese Kleinbauern sind von Jahr zu Jahr aufs neue gezwungen, ihr letztes Fleckerl Land — sehr oft sind es eben diese 0,16 Hektar oder 0,20 Hektar — aufzugeben, weil die Verschuldung so überhandgenommen hat und ihnen nichts anderes übrigbleibt, als dieses letzte Stück Land dem Geldverleiher zu überschreiben. Dann gehören sie zu dieser unendlich großen Masse von Landarbeitern, die kein Land haben, die dann Tagelöhner werden müssen und wieder von einem System mit Löhnen, die sie nicht in die Lage versetzen, ihre eigene Familie zu ernähren und ihr Überleben zu garantieren, ausgenutzt werden.

Die Hälfte der Bauern besaß 20 Jahre nach der Landreform wieder weniger Land als 1 Hektar, 30 Prozent der Bauern über 4 Hektar, während über 3 Millionen Familien in Bangladesch überhaupt kein Land mehr haben.

Auf der anderen Seite gibt es 30 000 Farmen, die größer als 10 Hektar sind. Heute werden in

Mag. Marijana Grandits

Bangladesch mehr als 40 Prozent der gesamten bebauten Bodenfläche von Pächtern bearbeitet, die nur versuchen, Kapital daraus zu schlagen, die versuchen, den Boden maximal auszunützen, und die auch dazu beitragen, daß dieser Boden viel schneller kaputtgeht.

Ich habe schon gesagt, daß Jute gerade in Bangladesch und Indien fast die einzige Lebensgrundlage für viele Bauern ist. Wieviel ein Bauer erntet, das kann natürlich auch durch Witterungseinflüsse verändert werden. (*Abg. Haigermoser: Schädlingsbefall!*) Selbstverständlich, Herr Kollege! Es gibt tausend Gründe, die das Leben dieser Bauern in eine Situation bringen, in der sie nur knapp überleben, in der sie vielleicht sogar verhungern könnten.

Es kommt noch dazu, daß es auch schlechten Boden gibt, der gerade diesen Kleinbauern zugeteilt wurde. Denn das ist auch eine alte Weisheit, daß Großgrundbesitzer immer die Möglichkeit gehabt haben und auch heute haben, sich die Gebiete auszusuchen, sich immer den besseren Boden auszusuchen. Durch die Preisschwankungen, von denen ich schon gesprochen habe, steht ein Bauer in Bangladesch Jahr für Jahr vor der Frage, wie sich eine anstrengende Arbeit eines Jahres aufs nächste Jahr auswirken wird, und was er tun soll, um seine Familie durchbringen zu können.

Die Fläche, auf der Jute angebaut wird, beträgt in Bangladesch etwa 10 Prozent. Sie wissen wahrscheinlich, daß außer Jute auch noch Tee ein wichtiges Produkt der landwirtschaftlichen Nutzung in Bangladesch ist. Das heißt auch, daß nach wie vor versucht wird, einen Großteil des Landes für die Eigenversorgung zu nützen.

Trotzdem leben auch heute noch so etwa 4 bis 5 Millionen Familien — ich sage nicht Menschen, sondern Familien; Sie müssen sich immer vor Augen führen, daß das sicher das Fünf- oder Sechsfache ist — in Bangladesch vom Anbau und von der Verarbeitung von Juteprodukten.

Das ist natürlich der Grund, warum Jute für zig Millionen Menschen Leben oder Tod bedeutet. Ich glaube, daß ein Übereinkommen wie das, welches wir heute verhandeln, nur dazu beitragen kann, rudimentär die Situation zu verbessern. Aber in Wirklichkeit müssen wir das gesamte System in Frage stellen. In Wirklichkeit müssen wir uns überlegen, wie wir dazu beitragen können, daß die Menschen in Bangladesch beispielsweise eine Möglichkeit finden, mit der Kraft ihrer Hände Arbeit zu überleben, und nicht ununterbrochen Wucherern, Geldverleihern und einem kapitalistischen System, das wir mitverschuldet haben, ausgeliefert sind. (*Beifall bei den Grünen. — Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.*)

In der EG beispielsweise gibt es ein System von Präferenzzöllen — davon habe ich schon gesprochen —, die für Rohstoffe — dazu gehört auch Rohjute — ein anderes Zollwesen haben als für Fertigprodukte. Dieses Präferenzzollsystem sollte unserer Meinung nach ausgeweitet werden und auch für fertigverarbeitete Produkte angewendet werden. Denn ich brauche Ihnen ja nicht klarzumachen, was es heißt, wenn im eigenen Land Jute verarbeitet werden kann, wenn es Halb- und Fertigprodukte gibt, die zu Arbeitsplätzen in Bangladesch beitragen und die somit wieder das Überleben von vielleicht Millionen Menschen sichern können. Wenn man ein Präferenzzollsystem einführt, das für Rohjute 0 Prozent Zoll vorsieht, für Jutesäcke oder Schnüre oder solche Sachen schon immerhin etwa 10 Prozent und für fertige Juteprodukte wie Teppiche, Behänge, verschiedene Waren aus Jute dann schon über 20 Prozent, dann heißt das, daß es für diese Länder viel schwieriger ist, mit ihren fertigen Waren einen Absatzmarkt zu finden.

Daher meinen wir, daß Präferenzzölle nicht nur für den Rohstoff Jute Geltung haben sollten, sondern selbstverständlich sollte es auch für halbfertige und Fertigprodukte aus Jute keine besondere Zölle geben, sondern der Zollsatz sollte 0 Prozent sein.

Es kommt noch dazu, daß fast alle europäischen Länder versuchen, sich vor solchen Produkten zu schützen, indem sie dann auch noch Quoten einführen, indem sie sagen: Selbstverständlich wollen wir den Handel mit diesen Staaten der Dritten Welt, mit Bangladesch, Indien et cetera, aufrechterhalten, aber wenn das unsere eigene Wirtschaft betrifft, dann können wir das nicht so großzügig zulassen, dann können das nur ein paar Tonnen sein, dann beträgt die Quote für Jute einfach ein paar tausend Stück. — Das ist für unsere Begriffe eine unzulässige Vorgangsweise, weil sie im Endeffekt keine positiven Auswirkungen zeitigen wird. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Wabl: Frau Präsidentin! Da ist ein Abgeordneter! Er verletzt die Würde des Hauses!*)

Die Präferenzzölle sind, wie ich schon gesagt habe, auch nur ein kleiner Teil dieser Umverteilung. Sie sind wieder nur Teil einer Kosmetik, die zwar hilft, die aber das Grundproblem nicht löst. Es ist sozusagen für Bangladesch ein Trostpflaster, denn solange sich unser Denken im Bereich Konsum und Konsumverhalten nicht verändert, solange wir nicht bereit sind, unseren Fetischismus für Plastikprodukte über Bord zu werfen und einmal darüber nachzudenken, wie sinnvoll es ist, Naturprodukte viel stärker in unseren Lebensstil einzubeziehen, so lange ist das alles bis zu einem gewissen Grad eine Augenauswischerei.

Die Vormachtstellung der Plastikprodukte hat eine solch enorme Bedeutung und ist derart weit

Mag. Marijana Grandits

fortgeschritten, daß es von unserer Seite einer großen Anstrengung bedarf, um die Menschen wieder darauf aufmerksam zu machen, daß es Alternativen gibt, daß man anders leben kann, daß man anders konsumieren kann und daß man sich im alltäglichen Verhalten eben darauf einstellen soll.

Außerdem ist diese Zollfreiheit für Rohjute und Jutegewebe in Wirklichkeit ein Scheingeschenk, weil es ja Kontingente gibt, von denen ich schon gesprochen habe. Vor allem für maschinell verarbeitete Jutetaschen beispielsweise wird die Menge ganz klar festgelegt. Sie wird auch sehr schnell ausgeschöpft. Das heißt, auch hier wäre es wichtig, eine Ausweitung dieser Quoten zu erreichen.

Ein bißchen anders stellt sich das dar bei den Jutetaschen und Juteprodukten, die im Handwerksprozeß hergestellt werden, also händisch erzeugt werden. Da sind die Quoten etwas höher, und daher gibt es hier einen größeren Spielraum.

Die Juteprodukte sind sehr oft auch als Argument verwendet worden, daß man eben die Einfuhrzölle als Mittel braucht, um die einheimische Industrie gegenüber lästiger Konkurrenz aus anderen Ländern und aus dem Ausland zu schützen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie Sie wissen, hat es ja früher in jedem Land ein eigenes Zolltarifsystem gegeben. In der Zwischenzeit gibt es ein Präferenzsystem, das fast in allen europäischen Ländern gültig ist. Österreich hat schon versucht, das Zollpräferenzsystem an die Europäische Gemeinschaft anzupassen. Sehr oft ist es sogar so, daß diese Abkommen jährlich geändert werden. Dann gibt es auch noch Schlupflöcher, wodurch man sogar Zolltarife vierteljährlich verändern kann. Das heißt, unsere Wirtschaft setzt diesen Mechanismus so ein, wie man es halt gerade braucht, wie es gerade bei uns opportun ist - vielleicht sind in irgendeinem regionalen Bereich Wahlen, und man muß die lokale Industrie damit beruhigen oder sich die Sympathien von irgendwelchen Arbeitszweigen erkaufen. Dann werden die Quoten wieder verändert, dann werden die Tarifsätze wieder verändert, und das wirkt sich dann natürlich wieder auf die Situation dieser Jutebauern aus. Das ist vollkommen klar.

Wir glauben auch, daß unsere Industrie sicher nicht durch die Einfuhr von Produkten und Waren aus dem Süden bedroht ist, wenn man versucht, gesamtheitlich zu denken, und wenn man versucht, vor allem auch in der Gewerkschaftsbewegung, in der Solidaritätsbewegung und auch bei solchen Übereinkommen klarzustellen, daß sich die Textilarbeiterinnen im Südburgenland in Wirklichkeit in derselben Situation befinden wie die Textilarbeiterinnen in Bangladesch. Denn so-

wohl die einen als auch die anderen sind Opfer eines Systems, in dem man versucht, mit Billiglöhnen mit ihnen eine gewisse Art von Politik zu betreiben, und in dem sie dazu verwendet werden, die Profite von Industriellen und großen Industriezweigen zu steigern.

Daher, glaube ich, ist es völlig verkehrt, einen Staat gegen einen anderen auszuspielen. Es ist leider Gottes bei uns sehr oft geschehen, daß man eben den Forstarbeitern sagt, ihre Arbeitsplätze seien durch Malaysia, Indonesien oder sonst irgend jemand bedroht, daß man den Vossen-Arbeiterinnen im Südburgenland sagt, ihre Arbeitsplätze seien durch die Konkurrenz aus dem Osten, aus dem Süden bedroht. Man sollte stattdessen den Menschen klarmachen, daß das nicht der Ausweg ist, daß es nur eine globale Solidarität geben kann, indem man versucht, die Verhältnisse in all diesen Ländern zu verändern, sodaß es dann nicht mehr möglich ist, daß ein Konzern aus dem Textilbereich oder aus der Juteproduktion sagt: Im Südburgenland ist es uns zu teuer, das nächste Land, in das wir abwandern, ist Ungarn, danach gehen wir nach Rumänien, und in zehn Jahren gehen wir eben nach Bangladesch, denn dort ist es überhaupt am billigsten!

Das ist ja das Problem, daß unsere Politik, unsere Wirtschaftspolitik viel zu kurzfristig agiert, daß sehr oft in Wahlperioden gedacht wird und nicht in globalen Zusammenhängen, sodaß dann nicht in Zusammenhängen oder im Interesse der gesamten Bevölkerung entschieden wird. *(Beifall bei den Grünen.)* Dagegen verwahren wir uns, weil das in der Zwischenzeit schon klar sein sollte.

Mich verwundert es, das muß ich schon ehrlich sagen, daß die im Moment nur sehr spärlich anwesenden Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei - es ist ja auf der anderen Seite auch nicht viel besser - sehr oft auch auf diese Argumentationslinie einsteigen und sich auch innerhalb der Gewerkschaft und innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung sehr oft dazu haben verleiten lassen, sozusagen die Interessen der österreichischen Arbeiterschaft, der Arbeiterinnen und Arbeiter in Österreich gegen die Interessen in diesen Ländern, im Süden beispielsweise eben in Bangladesch, auszuspielen.

Das ist meiner Ansicht nach gerade für eine Bewegung wie eben die Sozialdemokratie etwas Ungeheuerliches, die doch Solidarität zu ihrem obersten Grundprinzip gemacht hat und dieses sofort zu Markte trägt, wenn es angeblich um eigene Arbeitsplätze geht. In Wirklichkeit geht es wahrscheinlich um eigene Stimmen. Das ist ja das einzige Interesse, das hier absehbar ist. Daß dieser Welthandel in dieser Form aber im großen und ganzen allen Benachteiligten schadet, das sollte der Ansatz sein, und in dieser Hinsicht sollte auch gearbeitet werden in der Bildung, in der Bewußt-

Mag. Marijana Grandits

seinsarbeit von Gewerkschaften und ArbeiterInnen bei uns.

Es gibt natürlich Möglichkeiten, auch sozusagen Kooperationen einzugehen, um diesen Menschen, beispielsweise in Bangladesch, wenigstens die schlimmsten Lebensbedingungen etwas zu erleichtern. Die Kooperativen, und Kooperationsmöglichkeiten, die es gibt, sind auch sehr oft geprägt von dem Geist: Na ja, wir gehen dorthin, erzählen denen, wie man das macht mit der Jute, wie man daraus Kapital schlagen kann, und dann wird alles anders werden. Also wir kommen und wollen ihnen die Weisheit mit dem Löffel bringen. Das ist so ein bißchen in der sogenannten Entwicklungshilfe gelaufen, und auch heute kommt das in vielen Projekten vor. Auch beim marktwirtschaftlichen Ansatz ist es so, daß man selbstverständlich für Projekte mit Bangladesch oder mit sonst jemandem ist, aber im Hinterkopf hat man immer die Überlegung: Was bringt das unserer Wirtschaft? Welche Art von Kooperation hat dann unsere heimische Wirtschaft dabei, und welchen Profit können die machen?

Grundsätzlich sagen wir, das geht in Ordnung, das ist ja kein böswilliges Anliegen, aber dann sollte man das nicht als Kooperation oder als Hilfe verkaufen, sondern dann sollte man sagen, wir gehören auch zu denen, die sich in den Reigen stellen und den Menschen halt angeblich Rezepte anbieten, aber in Wirklichkeit unseren Vorteil im Hinterkopf haben und versuchen, das Maximale für uns herauszuholen.

Es gibt aber auch positive Beispiele, die vor allem im Bereich nichtstaatlicher Organisationen zu finden sind. Man muß sich ja überlegen, daß Bangladesch ein relativ großes Land ist. Wir sprechen ja von einem Land, das in der Zwischenzeit um die 100 Millionen Einwohner hat. Die Fläche von Bangladesch beträgt 144 Quadratkilometer – nur zum Vergleich die 84 000 Quadratkilometer, die Österreich hat, um das in eine Relation zu setzen –, und die Einwohnerdichte in Bangladesch beträgt in der Zwischenzeit über 700 Einwohner pro Quadratkilometer. Das Bruttosozialprodukt beträgt etwa 90 Dollar im Jahr. Die Lebenserwartung liegt im Schnitt bei 40 Jahren.

Beispielsweise gibt es je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner überhaupt nur einen Arzt, wobei die Verteilung so ist, daß es in den Städten natürlich eine bessere Versorgung gibt als im ländlichen Raum, von dem ich spreche, wo diese Kleinbauern leben und wo diese Kleinbauern ihre Jute anbauen. (*Abg. Haigermoser: Gestatten Sie eine Frage?*)

Es gibt für 4 800 Einwohner ein einziges Krankenhausbett. Das sei gesagt, weil ja bei uns die große Diskussion darüber ausgebrochen ist, in welcher Situation sich das Gesundheitswesen in

Österreich befindet. Und insgesamt – das muß man sich vorstellen! – gibt es in Bangladesch für 100 Millionen Einwohner etwas über 2 000 Krankenschwestern. Ich möchte auch diese Zahlen einmal anführen, damit Sie wissen, mit welchen Dimensionen wir es hier zu tun haben.

Die durchschnittliche Kalorienzufuhr pro Kopf in Bangladesch liegt bei 1 945 Kalorien. Das sollte man natürlich berücksichtigen, wenn man davon spricht, was die Jute eben für die Menschen bedeutet. Und ich habe schon erwähnt, daß es Initiativen gibt, NGOs, Privatinitiativen, karitative, religiöse, die nun versuchen, in diesem Elend und auch in diesen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen sinnvolle Kooperationen durchzuführen und anzustreben.

Es gibt beispielsweise die Schwester Michaela Francis, sie wird von der Bevölkerung kurz „Schwester Mike“ genannt und ist vom Holy-Cross-College. (*Da die Rednerin den Namen der Schwester Francis französisch ausgesprochen hat, Zwischenruf des Abg. Schieder: „Fraenzis“ heißt das!*) Richtig, Herr Kollege, ich nehme Ihre Verbesserung gerne an. Ich gebe Ihnen gerne recht, Herr Kollege. Das ist überhaupt kein Problem.

Und diese Frau versucht, die Auswirkungen dieser ökonomischen Situation zu lindern, vor allem aufgrund des Phänomens, das ich vorher geschildert habe, daß Kleinbauern gezwungen werden, ihr Land aufzugeben, daß Kleinbauern dann gezwungen werden, Tagelöhner zu werden für den minimalsten Betrag, mit dem sie ihre Familien überhaupt nicht mehr ernähren können, mit der Folgewirkung, daß Frauen mit ihren Kindern sehr oft alleine dann vom Land in die Stadt ziehen müssen, weil sie überhaupt nichts mehr haben, womit sie sich irgendwie ernähren könnten, und versuchen, dann in der Stadt Arbeit zu finden, vor allem in den Slums. Das ist die Landflucht, die zunimmt. Und diese Schwester Mike versucht, vor allem mit den Frauen und den Kindern spezifisch zu arbeiten und ihre Situation zu verbessern, indem sie sagt, man muß ihnen Formen und Möglichkeiten geben, sich zu organisieren. Man muß unter dem Schlagwort „Hilfe zur Selbsthilfe“ an ihrer konkreten Situation anknüpfen und mit ihnen Projekte und Kooperationen erarbeiten, die sie dann selbst tragen können, die sie selbst durchführen können.

Es ist auch überhaupt nicht sinnvoll, daß von außen jemand kommt und dann großartig erzählt, wie man das machen soll oder was das soll oder wie man Projekte durchführt, sondern die größte Chance besteht, wenn man bei diesen Frauen, die auch vorher meistens ganz hart in diesem landwirtschaftlichen Bereich, im Juteanbau, gearbeitet haben, die dann halt in den Slums landen, davon abgeht, sie zwar am Anfang über

Mag. Marijana Grandits

Wasser zu halten, indem man ihnen Nahrung gibt und sie auch mit Kleidung unterstützt, sondern sehr bald beginnt, mit ihnen Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln, die ihnen dann eine Lebensgrundlage für die Zukunft bieten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diese Schwester Mike berichtet beispielsweise von dem Phänomen, daß sie auch damit konfrontiert war, daß diese Frauen, die aus der Jutelandwirtschaft gekommen und jetzt in Slums gelandet sind, schon so verzweifelt waren, daß sie im ersten Moment keine Eigeninitiativen mehr aufbringen konnten, daß sie, obwohl sie immer hart gearbeitet haben, obwohl es ihnen klar war, wie man in der Landwirtschaft arbeitet, mit dem Gedanken gekommen sind, in der Stadt irgend etwas tun zu können, dann aber konfrontiert wurden mit einer Situation in den Slums, wo es natürlich auch keine Arbeitsmöglichkeiten gibt, und sich sozusagen in eine fatalistische Position zurückgezogen und gemeint haben, es werde schon irgend jemand kommen, der ihnen helfen wird, oder auch versucht haben, nur das Überleben durch Ansuchen um Hilfe für Lebensmittel und Kleidung zu sichern.

Und diese Schwester Mike ist dann zu den Frauen gegangen und hat gesagt, natürlich helfen wir euch, auch mit Nahrungsmitteln, auch mit Kleidung, aber es ist viel wichtiger, daß wir uns gemeinsam hinsetzen und Arbeitsmöglichkeiten für euch finden. Es hat Monate gedauert, bis diese Frauen Vertrauen zu ihr gewonnen haben, bis sie eingesehen haben, da gibt es jemanden, der in ihrer Denkwelt verankert ist, der mit ihnen gemeinsam nachdenkt, welche Arbeitsmöglichkeiten könnte man schaffen. Und nach mehr als fünf Monaten hat es unzählige Treffen gegeben, und es war im Juteland Bangladesch natürlich naheliegend, daß sich diese Frauen, die schon in der Erzeugung von Juterohstoff Erfahrung hatten, wieder mit Jute, und zwar diesmal mit deren Verarbeitung, beschäftigten.

Jetzt war natürlich das größte Problem: Wie sollte man sich Geld sozusagen für den Anfang, als Startkapital, beschaffen? Als Anfangsmaterial mußten ja gewisse Dinge her. Schwester Mike hat von Anfang an klargemacht, daß sie selber keine Mittel hat und daß sie auch keine Mittel zur Verfügung stellen wird. Das heißt, daß die Frauen alles unternehmen mußten, um in Eigeninitiativen dieses Projekt durchzuführen, aber auch sich diesen Start selbst zu erarbeiten. Es sollte eine ureigene Initiative dieser Frauen sein. Und die Schwester wollte ihnen zeigen, daß sie vor allem selbst imstande sind, dies zu leisten, daß es in Wirklichkeit nur einer psychologischen Unterstützung bedarf, eines Ansporns und auch der Hilfe, ihnen dieses Selbstvertrauen wiederzugeben, das sie nach diesen schrecklichen Erfahrun-

gen verloren haben und mit dem sie sicher wieder fortkommen werden.

Und das Selbstvertrauen von solchen Frauengruppen — damit hat sie kalkuliert — könnte dann wieder der Motor für andere Initiativen werden, für andere Projekte und beispielhaft Schule machen.

Und im Laufe dieser Treffen, die es da mit diesen Frauen gegeben hat, hat jede Frau eine Möglichkeit gefunden, sich das Material für die ersten Sikas zu beschaffen, und zwar sind das kleine und große Pflanzenhänger, ich weiß nicht, ob Sie die kennen. Sie werden in der Zwischenzeit bei uns auch in den Gärtnereien und Blumengeschäften verkauft, also nicht nur in den EZA-Läden, sondern man findet sie überall auf den Märkten. Das sind Sikas, also Pflanzenhänger aus Jute.

Das war der Beginn eines Projektes, bei dem die Frauen gesagt haben: Wir wollen nicht wieder in eine Situation kommen, in der wir schon als Bäuerinnen waren beziehungsweise in der unsere Männer waren, die eben Jute erzeugt haben, indem wir uns Geld leihen!, denn die Erfahrung des Teufelskreises der Verschuldung sitzt den Jutebauern tief in den Knochen, und sie wissen einfach, was das bedeutet und wie wenig Chancen sie dann haben, wenn sie einmal in diesen Teufelskreis geraten.

Daher haben sie halt versucht, sich auf ganz verschiedene Art und Weise dieses Material zu beschaffen, und es ist auch gelungen. Viele haben beispielsweise einen gewissen Zeitraum hindurch auf ganz notwendigen Bedarf oder auf Teilbereiche von notwendigem Bedarf verzichtet, andere haben weniger Tee getrunken, obwohl man dazu sagen muß, daß Tee ein Mittel ist, das auch dazu beiträgt, daß man den Hunger überwinden kann, daß man leichter überleben kann. Andere hatten irgendwelche Reste zu Hause. Dann gab es auch außenstehende Frauen, die nicht in diese Initiative integriert waren, die bereit waren, Frauen, die sich hier zusammengetan haben, Material zur Verfügung zu stellen, sozusagen etwas herzugeben, damit dieses Projekt eine Chance hat, und ihnen auch Material zu leihen, aber weder zu irgendwelchen Bedingungen noch zu Zinsen, auch nicht im üblichen Geldverkehr, sondern, wie gesagt, reines Juteprodukt.

Als die ersten Sikas fertig waren, gingen die Frauen auf den Markt, um diese auch zu verkaufen. Und diese Schwester beschreibt dieses Gefühl der Frauen und den Stolz, den sie dabei empfinden haben, daß sie es nach wochenlanger Arbeit doch geschafft haben, sich Jutematerial zu beschaffen, daß es ihnen gelungen ist, diese Sikas fertigzustellen, und daß sie jetzt auch selbst die Möglichkeit hatten, sie direkt zu verkaufen. Das war der erste Schritt in einer Reihe von Maßnah-

Mag. Marijana Grandits

men. Dieser Schritt hat das Selbstbewußtsein dieser Frauen ungeheuerlich gestärkt und hat sie auch dazu motiviert, in diesem Bereich weiterzumachen. Als sie ihre eigenen Produkte hier auf dem Markt hängen sahen und sie verkauft haben, haben sie gewußt, daß sie so weitermachen müssen und daß es auch ganz wichtig ist, das Interesse von Frauen in anderen Teilen von Slums, von Städten in Bangladesch, aber auch in Dörfern dafür zu gewinnen, sich zu organisieren und sich mit solchen Projekten eine neue Lebensgrundlage zu schaffen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diese Initiative der Holy-Cross-Sisters hat dazu geführt, daß landauf-, landabwärts enorm viele Lehrwerkstätten für Makramee — das sind Knüpf- und Flechtarbeiten aus Jute — entstanden sind, die das Produkt Jute in einer neuen Form zu nutzen gewußt haben.

Danach hat sich ein riesiger Zweig im Bereich Jutetaschen-Nähen entwickelt. Ich hoffe, daß Sie alle zumindest eine Jutetasche zu Hause haben und damit auch dazu beigetragen haben, solche Initiativen zu unterstützen und die Lebensgrundlage dieser Frauen sichern zu helfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dieses System hat sich in Form von Schneeballwirkung weiterentwickelt. Und die Frauen, die verstanden haben, was das für sie bedeutet, welche Auswirkungen das haben kann, haben sich in Fortbildungskursen zusammengetan und haben dann ihr Wissen weitervermittelt. Sie sind in andere Stadtteile, in andere Slumteile gefahren, in andere Dörfer in Bangladesch gegangen und haben ihr Wissen und ihre Erfahrungen weitergegeben. Daraus sind wieder neue Initiativen entstanden, und es haben sich immer wieder neue Gruppen gebildet.

Für die Menschen in Bangladesch hat das Engagement dieser Schwester natürlich noch einen wichtigen Punkt mit sich gebracht, denn diese Schwester von der Organisation Holy-Cross-Sisters hat andererseits versucht, hier in Europa Organisationen zu finden und zu motivieren, diese Produkte aus Jute — Juteanhänger, Pflanzenanhänger, Jutetaschen —, von denen ich schon gesprochen habe, zu verkaufen und zu vertreiben.

Das Großartige an dieser Aktion war ja auch das, daß es nicht nur darum ging, Jutetaschen, Juteanhänger und Pflanzenanhänger zu verkaufen, sondern die Idee, die dahinter stand, die, damit eine Kampagne zu verbinden, die die Menschen bei uns auf die Bedingungen, auf die Zusammenhänge, auf die Kultur und auf die Projekte dieser Frauen — sehr oft sind es auch Kinder, die mithelfen — aufmerksam machen sollte. Und ich glaube, das ist auch weitgehend sehr, sehr gut gelungen, nur ist das nach wie vor ein Faktor, der lediglich im alternativen Kreis eine Rolle spielt.

Und das ist der Punkt, warum das jetzt wieder mit diesem Übereinkommen zu tun hat.

Es wäre von ganz großer Bedeutung, solche Phänomene in das gesamte Wirtschaftssystem mit einzubeziehen, denn natürlich ist es die Frage, ob es gelingen kann, die Märkte für solche Produkte und für diese Länder zu öffnen beziehungsweise in welcher Art und Weise.

Für die Leute aus Bangladesch waren diese Fertigprodukte — Taschen, Pflanzenanhänger und andere Dinge —, die sie hergestellt haben, somit eine neue Möglichkeit, aus Jute sozusagen eine Lebensgrundlage zu basteln.

Wenn wir uns jetzt konkret ein solches Projekt ansehen, können wir bewerten, was das in der Gesamtheit zur Folge hätte, wenn wir den Menschen beispielsweise in Bangladesch die Möglichkeit und die Bedingungen gäben, selbst ihr Leben zu gestalten, und zwar im sozialen und wirtschaftlichen Sinn — dann würde es nämlich anders aussehen.

Wir sollten diese Menschen entlasten, wegbringen von diesem Teufelskreis der Weltwirtschaft, der Verschuldung, des ungleichen Austausches von Rohstoffen, von Fertigprodukten. Umgekehrt ist es ja leider so, daß wir Waren, die wir bei uns erzeugen, zu enorm hohen Preisen nach Bangladesch beziehungsweise andere Länder verkaufen, und zwar auch mit den entsprechenden Preissteigerungen: Jedes Fertigprodukt, das von Österreich irgendwohin geht, wird von Jahr zu Jahr teurer. Hingegen wissen Sie wahrscheinlich, daß für das Produkt Kaffee — mit leichten Schwankungen — seit ungefähr 30 Jahren derselbe Preis zu bezahlen ist. *(Abg. Dkfm. M ü h l - b a c h l e r: Die Seife aber auch!)*

Die Jute ist zwar auch großen Preisschwankungen unterworfen, aber bei uns hat sie als Einkaufsware nie Luxus bedeutet. Es kann sich jeder Mann, jede Frau bei uns Kaffee als Selbstverständlichkeit tagtäglich etliche Male leisten; dasselbe gilt für landwirtschaftliche Produkte wie Bananen oder eben Jute.

Daher sollten wir uns überlegen, was es heißt, daß diese Menschen nach wie vor dieselben Arbeits- und Lebensbedingungen haben, andererseits aber enorm viel dafür bezahlen müssen, wenn sie von uns Produkte kaufen.

Es ist doch Sinn und Zweck solcher Übereinkommen, solcher Präferenzzollsysteme, solcher Fonds — darüber sollten wir uns auch noch unterhalten, daß doch spezifische Ausgleichsfonds eingerichtet werden sollten —, daß ökologisch produzierte Waren oder ökologisch erzeugte Rohstoffe besonders gefördert werden und man

Mag. Marijana Grandits

sozusagen Ausgleichszahlungen über solche Fonds leisten kann.

Meine Damen und Herren! Es muß uns allen klar sein, daß man nicht verlangen kann, daß diese Menschen gewisse Dinge nicht tun, darauf verzichten — beispielsweise darauf, ihre Lebensgrundlage zu sichern oder den Regenwald abzuholzen —, ohne daß wir uns daran beteiligen; das ist doch selbstverständlich.

Daher bedarf es eines Stabilitätssystems, womit man den Menschen alle Möglichkeiten gibt, daß beispielsweise Jute in einen Fonds miteinbezogen wird, wo es Ausgleichszahlungen dafür gibt, daß Jute ökologisch erzeugt wird, daß es ein Naturprodukt ist und wodurch wir dazu beitragen können, daß sich die Menschen erstens einmal ernähren können, gerechtere Preise bezahlt bekommen und so der Umweltzerstörung nicht Vorschub leisten.

Wenn wir uns solche konkrete Projekte anschauen, wie etwa jenes, das ich soeben geschildert habe, so ist es auch wichtig, auf die Situation der Frauen einzugehen. Die Frauen in Bangladesch tragen — wie fast überall auf der Welt — die größte Last, und zwar in jeder Hinsicht. Es ist Ihnen ja bekannt, daß mehr oder ungefähr die Hälfte der Weltbevölkerung Frauen sind — vielleicht ein bißchen mehr —, daß die Frauen 60 Prozent der gesamten Arbeit auf dieser Welt leisten, daß sie aber dafür weltweit nur 10 Prozent des Einkommens erhalten. Das müssen Sie sich einmal vorstellen! (*Abg. Hofe r: Das ist aber schon ungerecht, das muß ich sagen!*) Ihr Zwischenruf qualifiziert sich von selbst, Herr Kollege, da brauche ich überhaupt keinen Kommentar mehr abzugeben. (*Abg. Hofe r: Ich habe Ihnen doch recht gegeben!*) Insgesamt besitzen die Frauen weltweit 1 Prozent des Eigentums, das es auf der Welt gibt. Das muß man sich einmal überlegen!

Verschärft stellt sich diese Situation in Ländern wie etwa Bangladesch dar. Daher glaube ich, daß es auch ganz wichtig ist, daß sich Initiativen und Projekte — wie etwa dieses Beispiel der Schwester Mike und der Holy-Cross-Sisters — gerade an Frauen wenden. Die Frauen sind ja immer jene, die versuchen, die größte Armut abzuwenden, die Kinder durchzubringen und so weiter.

Wenn es gelingt, stabile Formen einzuführen, wo die Frauen selbst darüber entscheiden können, was sie mit dem erwirtschafteten Geld machen, was sie mit solchen Projekten erreichen können, würde ungeheuer viel zur Stabilität dieser Gruppen, dieser Frauen beigetragen, und ebenso würde natürlich auch zur sozialen Veränderung in solchen Ländern beigetragen. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Mag. Terezija Stoisits versorgt die Rednerin mit einem Getränk von gelbli-*

cher Farbe. — Abg. Hofe r: Da wird ja Wein serviert! — Ruf bei der ÖVP: Das ist ein Uhudler! — Heiterkeit. — Abg. Dr. Ofne r: Das ist ein Blasentee! — Neuerliche Heiterkeit.) Dann trinke ich auf Ihr Wohl, Herr Kollege, wenn das Wein ist. (*Die Rednerin hebt das Glas.*)

Diese Abhängigkeit vom Weltmarkt trifft besonders die Frauen. Ich habe schon geschildert, daß es diesbezüglich eine Skala, ja eine Spirale gibt, wonach diese Abhängigkeit zuerst auf der Ebene der Länder spürbar wird — vor allem mit Verschuldung, Außenhandel, Monokulturen —, dann, auf der nächsten Ebene, sind es die Bauern, die Kleinbauern, die davon ganz stark betroffen sind, und die Frauen sind jene, die davon am meisten betroffen sind, die das ausbaden müssen, denn die Hauptverantwortung der Frauen für die Kinder, für die Kindererziehung ist ja wohl weltweit dieselbe. Ich wage zu behaupten, daß sich das auch bei uns nicht verändert hat, und es hat sich das auch ganz sicher nicht in Bangladesch verändert. Die Frauen dort sind für uns daher die wichtigsten Ansprechpartnerinnen in bezug auf Veränderungen, konkrete Projekte, die mit Jute angeleiert werden können, die zur Verbesserung der Situation von Frauen beitragen können.

Ich glaube, daß wir so auch gegen die Arbeitslosigkeit von Frauen in Bangladesch ankämpfen können, die vor allem im ländlichen Gebiet sehr groß ist, und daß wir auch langfristig einem Punkt entgegenwirken, der bei uns so leichtfertig dahingesagt wird. Aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ kommt dieses Argument sehr oft, indem man sagt: Diese Frauen haben zu viele Kinder.

Es stimmt, daß auch in Bangladesch der Bevölkerungszuwachs sehr groß ist, nur darf man dabei nicht außer acht lassen, daß Kinder gleichzeitig eine „Sozialversicherung“ in diesem System, in diesem Kulturkreis bedeuten, das heißt, daß Kinder den Lebensabend der Eltern sichern, daß Kinder bereits im frühen Alter zur Mithilfe herangezogen werden — im landwirtschaftlichen Bereich, aber auch in diesem Handwerksbereich —, damit eine Familie mehrere Einnahmequellen hat. (*Bewegung auf der Galerie.*)

Dann gibt es aber auch noch die Überlegung, bei sechs, sieben Kindern könnte ... (*Abg. Schwarzenberger: Sie vertreiben die ganzen jugendlichen Zuhörer!*) Ich bin überzeugt davon, daß die Jugendlichen hier dieses Thema sicher auch interessiert hat, weil es da jetzt um eine andere Art von politischer Betrachtung geht. (*Beifall bei den Grünen. — Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Herr Kollege, ich habe keine Sorge, daß die Galerie leer wird, denn ich hoffe, daß andere Jugendliche wieder hereinkommen dürfen. Es hat

Mag. Marijana Grandits

nämlich den Vorfall hier gegeben, daß Jugendliche, die gerne bei dieser Debatte hier im Hohen Haus zuhören wollten, vor der Türe abgewiesen wurden. Das sollte man nämlich auch laut sagen! Das ist heute passiert! *(Beifall bei den Grünen und Ruf: Das ist doch ungeheuerlich! — Abg. Schwarzenberger: Das war zu einem Zeitpunkt, als andere Redner hier gesprochen haben!)*

Jedenfalls, Herr Kollege habe ich keine Sorge, daß das kein interessantes Thema für die Jugendlichen ist, denn im Gegensatz zu Ihnen haben gerade junge Menschen enorm großes Interesse *(Abg. Dr. Heindl: Jute!)* an globalen Fragen, auch an Jute als Rohstoff. Gerade die Jugendlichen, Herr Kollege, gehen mit Jutetaschen herum; gerade diese jungen Menschen haben Sinn und Sensibilität für Naturprodukte. Gerade diese jungen Menschen überlegen sich, was die ökologische Zerstörung dieser Welt bedeutet, denn es geht um ihre Zukunft. *(Abg. Dr. Ofner: Aber die Jugendlichen erkennen auch, wenn man so etwas aus taktischen Gründen mißbraucht! Das erkennen sie sehr wohl! Und Sie erweisen damit dem Parlamentarismus einen sehr schlechten Dienst! — Ruf bei der ÖVP: Das ist kein gutes Bild!)*

Lieber Herr Kollege! Das glaube ich nicht. Alle Menschen, denen diese Themen ein Anliegen sind, werden verstehen, daß es vielleicht auch im Sinne des Hohen Hauses ist, sich mit solchen Themen eingehendst auseinanderzusetzen. *(Lebhafte Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Ofner: Aber nicht aus taktischen Gründen! Auf der Galerie schütteln die Leute den Kopf, weil sie erkennen, daß Sie diese jungen Leute mißbrauchen für Ihre schlechte Sache! — Abg. Mag. Terezija Stoisits: Die schütteln den Kopf über den Harald Ofner! — Heiterkeit bei den Grünen.)*

Herr Kollege, Taktik hin oder her, das ist nicht die Frage, sondern diese Jugendlichen, davon bin ich zutiefst überzeugt... *(Abg. Mag. Terezija Stoisits: Es ist richtig, die schütteln über den Harald Ofner den Kopf!)* Das stimmt!

Die Jugendlichen verstehen die globalen Probleme dieser Welt *(Abg. Dr. Ofner: Aber nicht den Mißbrauch durch Sie!)*, und die Jugendlichen verstehen, daß die Jutearbeiterinnen und Jutebauern in Bangladesch auch zur Überlebensfrage der Menschheit zählen, und sie verstehen, daß es ganz wichtig ist, daß wir, was unseren Lebensstil anlangt, umdenken, daß wir mehr Naturprodukte verwenden, mehr Jute als Plastik. *(Abg. Dr. Ofner: Die jungen Menschen haben Sie durchschaut! — Abg. Hum s: Denken Sie an den sinnlosen Stromverbrauch jetzt!)*

Herr Kollege Ofner! Es waren ausschließlich Jugendgruppen, Jugendliche, die die Kampagne: „Jute statt Plastik!“ unterstützt, österreichweit mitgetragen und sich dafür eingesetzt haben, die

auch heute noch jene sind, die sagen: Es gibt überflüssiges Verpackungsmaterial, der Plastiküberschuß führt dazu, daß wir irgendwann einmal darin ersticken werden. Wir sollten uns gerade auf solche Produkte wie etwa Jute besinnen. *(Abg. Dr. Ofner: Das ist zynisches Taktieren! Das ist ein . . . Spiel mit dem Parlamentarismus!)*

Herr Kollege Ofner! Wissen Sie, was der Unterschied zu Ihnen ist? — Ihnen würde man das nicht abnehmen, aber nachdem wir uns seit Jahren dafür einsetzen, können diese Jugendlichen auch ganz genau unterscheiden: Wer meint es ernst und wer nicht. *(Beifall bei den Grünen. — Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich habe diese Aktion „Jute statt Plastik!“ jahrelang in Österreich, landauf, landab, vertreten. Ich habe jahrelang auch versucht — in Seminaren, in Bildungsarbeit —, auf dieses Problem hinzuweisen. Ich bin vor allem bei Jugendlichen, bei Jugendgruppen immer auf offene Ohren gestoßen, was ich anscheinend hier in diesem Haus nicht tue. — Aber das ist Ihr Problem, und das werden auch diese Jugendlichen dort oben zu bewerten wissen, das ist nicht meine Sache, Herr Kollege Ofner. *(Abg. Dr. Ofner: Ja, diese jungen Leute wissen das sehr wohl zu bewerten! Die wissen, daß Sie nur aus taktischen Gründen hier reden!)* Da habe ich keine Probleme.

Ich möchte noch einmal auf diese Kooperation zu sprechen kommen, die Schwerpunkte in verschiedenen Orten in Bangladesch, was Jute anlangt, gesetzt haben, weiters zur Verarbeitung von Jutestoffen, Jutefasern und Schnüren... *(Abg. Resch: Juteseile!)* Ja, natürlich Seile, es gibt ganz verschiedene Waren, die dazu gehören.

Jedenfalls haben diese Organisationen Jute zum Motor ihrer Entwicklungsarbeit gemacht: Sie haben Jute in den Vordergrund gestellt, um die Idee der Kooperation klarzumachen, um Frauen zu fördern, um eine Lebensgrundlage für diese Frauen zu schaffen, aber auch um unser Konsumverhalten zu verändern beziehungsweise zu beeinflussen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wäre überaus sinnvoll — das ist nämlich der Punkt —, wenn all unsere Entwicklungszusammenarbeit nach solchen Kriterien ausgerichtet wäre, wo es eindeutig positive Effekte in den betroffenen Ländern, wie in diesem Fall Bangladesch, gäbe und auch bei uns Rückwirkungen davon zu spüren wären!

Diese verschiedenen Organisationen, wie beispielsweise „Jute Works“, haben den Export von diesen Jutetaschen organisiert und bei uns den Absatz garantiert. Die bedruckten Jutetaschen hat es jahrelang bei uns gegeben. Teilweise gibt es sie jetzt noch. Diese werden von den EZA vertrieben. Und die EZA, das ist das Interessante daran,

Mag. Marijana Grandits

ist ein konkretes Beispiel dafür, wie ein solcher Handel funktionieren könnte und sollte.

Und zwar ist der Grundgedanke der — am Beispiel der Jutetaschen hat man das am besten nachvollziehen können —, daß es hier eine Organisation gibt, die direkt von den Gruppen, die Juteprodukte erzeugen, im speziellen Fall besonders eben diese Jutetaschen, diese Waren beziehen und hier bei uns ohne Zwischenhandel und ohne besondere Verschwendung dann direkt zu den Endverbrauchern bringen, zu den Konsumentinnen und Konsumenten, die dann ganz genau wissen: Wenn ich bei EZA diese Jutetasche kaufe, unterstütze ich jemanden, der dies nötig hat. Und zu Ihrer Information, denn ich bin überzeugt, daß Sie das auch nicht wissen (*Abg. Schwarzenberger: Das haben Sie jetzt schon einmal gesagt!*): Die EZA verkauft auch Kaffee, Tee und andere Waren aus dem Süden, die unter anderen Arbeitsbedingungen erzeugt werden. Und die Menschen, die jetzt Jutetaschen oder Kaffee aus Nicaragua bei der EZA kaufen, wissen ganz genau, wen sie damit unterstützen. Sie wissen, daß es hier keine multinationalen Konzerne gibt, die dahinter stehen, sie wissen, daß es keine Zwischenhändler gibt, die da enorme Preisspannen haben und selber verdienen, sie wissen, daß die Jutearbeiterinnen in Bangladesch dadurch vielmehr einen gerechteren Lohn bekommen. Ich glaube, das ist eine wichtige Motivation für den Kauf dieser Waren, und das ist auch eine wichtige Motivation, unser Konsumverhalten umzustellen.

Leider Gottes ist das aber ein Denken, das bis jetzt nur im alternativen Handel und im alternativen Bereich vorhanden ist, obwohl ich dazu sagen muß, daß es Staaten gibt, wie Holland und teilweise auch Deutschland, wo es schon gelungen ist, diese Mechanismen in den Gesamthandel mit einzubeziehen. Und das wäre doch etwas, was wir auch hier in Österreich anstreben sollten. Beispielsweise könnte der Konsum — obwohl das jetzt natürlich für die Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ nicht mehr so aktuell ist — Juteprodukte oder auch Kaffee und ähnliches aus diesen Ländern in seinen Filialen direkt verkaufen. (*Abg. Resch: Wissen Sie das nicht? Die machen das! Kommen Sie doch einmal in den Konsum!*) Nein! Wirklich nicht! Lieber Herr Kollege! Es gibt dort weder Nicaragua-Kaffee, noch gibt es Jutetaschen. (*Abg. Resch: Dann kommen Sie einmal zu uns! Da können Sie den Konsum betrachten! Es gibt dort Jutetaschen aus diesen Ländern! Jede Größe!*)

Jedenfalls wäre das auch ein Bereich, der in die allgemeine Wirtschaft und in den allgemeinen Handel Eingang finden sollte. Dann hätte das natürlich auch viel größere Auswirkungen, als wenn

das einfach nur so fortgesetzt wird mit dem Alternativhandel in den kleinen Läden.

Diese bedruckten Jutetaschen und der Großteil der anderen Waren haben zweierlei Dinge bewirkt. Bei uns brachten sie den Anfang der Bewegung dieser alternativen Läden, und in Bangladesch brachten sie den Anfang einer Bewegung von Frauenorganisationen, von Frauengruppen, die einfach gespürt haben, daß sie mit relativ geringer Unterstützung von außen ihre Kraft so einsetzen können, daß sie eine Chance haben, sich ihr Leben zu gestalten, daß sie eine Chance haben, sich und ihre Kinder zu ernähren und daß sie dadurch auch eine Chance zu Fort- und Weiterbildung bekommen. Und daher hat diese Idee für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit enorme Auswirkungen gehabt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Heute gibt es in Bangladesch auch in anderen Bereichen Heimarbeit, bei der handwerkliche Gegenstände erzeugt werden. Diese bestehen nicht nur aus Jute, es gibt auch andere Zweige, aber Jute spielt nach wie vor eine ganz große Rolle. So hat man beispielsweise auch versucht, das Weben von Produkten mit Jute einzuführen. Ich habe vorher schon von Waren gesprochen, die zum Beispiel geknüpft wurden, die alle mit handwerklichen Techniken hergestellt wurden und somit für unsere Begriffe auch einen enormen Wert darstellen.

Die Frauen aus diesen Familien, die Frauen der Kleinbauern, die vom Land wegziehen mußten, also der Landlosen, die im Endeffekt in den Slums gelandet sind, haben dadurch eine neue Hoffnungsgruppe gebildet. Sie sind dadurch zu einem Zeichen geworden, daß es möglich ist, einen Umschwung zu erzielen. Mit der Produktion von Jutewaren, mit einfachsten Mitteln, hat man den Menschen gezeigt, daß sie nicht entmündigt sind, sondern daß der wichtigste Punkt ist, daß sie an ihre eigene Kraft glauben. Man muß ihnen einfach die Möglichkeit geben zu arbeiten. (*Abg. Koppler: Reden wir einmal über Stahl, und nicht nur über Jute!*) Sie wissen, daß Arbeitskraft reichlich vorhanden ist; es war in diesem Zusammenhang einfach ein zentrales Anliegen, diese Arbeitskraft richtig einzusetzen und die Herstellung eines Produktes, das verkauft werden kann und bares Geld für die einzelnen, aber auch für den Staat bringen kann, auch zu organisieren.

Ich glaube allerdings, daß wir bei uns noch lange nicht am Ende dieser Kampagne sein können, denn es muß genau das fortgesetzt werden, was mit dieser Aktion „Jute statt Plastik“ begonnen wurde, und zwar klarzumachen, wie die Herstellung dieser Produkte erfolgt, was der Verkauf für uns, aber auch für diese Menschen dort bringt, welche Art von Selbstbewußtsein man dadurch bei den Frauen gefördert hat und welche Rolle

Mag. Marijana Grandits

diese Frauen nun als Produzentinnen spielen. (*Abg. Schwarzenberger: So tun Sie der Sache nichts Gutes!*) Man hat sie aus einer passiven Rolle herausgeholt und ihnen ganz klare Möglichkeiten gezeigt, wie man sich mit Jute organisieren und was man daraus machen kann. Und das wichtigste ist, daß wir ihnen ihre Produkte abgekauft haben, eben zuungunsten von Plastik, daß wir reelle Preise dafür bezahlt haben und daß wir so auch zur Anhebung des Bildungsniveaus dieser Frauen beigetragen haben. Denn in der Folge hat es Alphabetisierungskampagnen gegeben. Das Gesundheitswesen wurde von diesen Frauen als nächstes Projekt angegangen. Sie haben sich organisiert und haben überlegt, wie sie in Kleingruppen die hygienischen Verhältnisse diskutieren und dann verbessern können. Und das war alles, wie gesagt, eine unmittelbare Folge dieser Produktionsmöglichkeit durch Jute. Und die Kleingruppen haben sich auch untereinander geholfen, neue Initiativen ins Leben zu rufen.

Es gibt etwas, das auch mit diesem Übereinkommen zu vergleichen wäre, aber meiner Ansicht nach ist das, was da gemacht wird, viel effizienter. Ich meine: World Women for Banking. Das wird von einer Frau organisiert, die früher bei der Weltbank gearbeitet und erkannt hat, welche Auswirkungen die Weltbankpolitik auch auf Länder wie Indien oder Bangladesch hat und daß man eigentlich hier ansetzen muß, um etwas zu verändern.

Diese Frau hat folgendes gemacht: Sie hat sich ein System überlegt, in dem Frauen Frauen Kreditmöglichkeiten geben — das betrifft natürlich jetzt auch die Frauen in Bangladesch —, in dem sie die Möglichkeit haben, zu ganz realen Konditionen einen Kredit zu bekommen, schlimmstenfalls sogar für einen kleinen Bauchladen; das sind dann eben diese Kleinverkäuferinnen, die ihren Laden vor sich hertragen, aus dem sie alles mögliche, natürlich auch Juteprodukte, aber im Normalfall eben Zigaretten, Zündhölzer, Kolanüsse oder sonst etwas verkaufen. Und sogar für solche Kleinprojekte ist es möglich, einen Kredit im Rahmen dieser Organisation „World Women for Banking“ zu bekommen.

Und die Erfahrungen sind hochinteressant und sehr, sehr wertvoll, denn es hat sich herausgestellt, daß die Rückzahlungsquote bei diesen Frauen sehr, sehr hoch ist, höher als bei jeder anderen Bank, höher als bei allen anderen Formen von Geldverleih. Der Hintergrund ist auch sehr klar: Diese Frauen wissen, daß andere Gruppen, wie beispielsweise Frauengruppen in Bangladesch, davon profitieren. Das heißt, sie haben ein enormes Interesse, diesen Kredit, den sie jetzt für den Bauchladen bekommen haben, wieder zurückzuzahlen, weil ihnen klar ist: Da gibt es nicht irgendeine imaginäre, abstrakte Bank oder einen

Bankdirektor, der dann Millionen von Abfertigungen dafür einstreift, sondern ihre Rückzahlungen kommen anderen Frauen zugute; ihre Rückzahlungsraten werden anderen Frauen ermöglichen, sich eine Lebensgrundlage zu schaffen.

Und das ist möglich im kleinsten Bereich, von dem ich gerade gesprochen habe, eben im Bereich dieser Bauchläden, bis hin zu größeren Projekten, die Frauen initiieren. Ich finde, das ist ein großartiges Beispiel. Und hier ist wieder die Verknüpfung zwischen der Weltwirtschaft, zwischen solchen Übereinkommen, bei denen auch die Weltbank dann wieder eine Rolle spielt, und konkreten Kleininitiativen klar sichtbar. Und dann ist es auch einsichtig, warum wir in diesem Bereich etwas verändern müssen und warum wir hier ansetzen müssen. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: Im Parlament brauchen wir schon dringend einen Psychiater!*)

In dieser Initiative „Jute Works“ sind 30 000 Frauen in Gruppen organisiert, und zwar sind die meisten Distrikte Bangladeschs davon betroffen, die Organisation ist beinahe über ganz Bangladesch verstreut und betreut eben diese kleinen Gruppen und Initiativen.

Überwiegend leben diese Initiativen in Slums oder in kleinen, entlegenen Dörfern, die teilweise früher sogar Flüchtlingslager waren. Das ist für mich auch ein sehr interessanter Aspekt, der für uns wichtig ist: Man hat dort versucht, Menschen, die in Flüchtlingslagern leben, in solche konkrete Initiativen einzubeziehen, um ihnen einen neuen Lebensinhalt zu geben, um sie in ihrem Lebenswillen und im Glauben an die Zukunft zu stärken. Ein kleiner Teil lebt, wie gesagt, in entlegenen Dörfern. Es sind mehr als 200 Gruppen, und dazu kommen noch 100 Produktionszentren, kleine Produktionszentren, die wieder selbständig organisiert sind.

Den meisten Erfolg haben die Gruppen, die durch Eigeninitiative der Betroffenen entstanden sind und auch funktionieren, denn es hat sich herausgestellt, daß bei diesen Gruppen die Motivation viel größer ist. Das ist ja klar, denn diese spüren die Eigenverantwortung viel stärker und operieren auch damit, und das ist viel zielführender, als wenn irgend jemand kommt und sagt: Wir haben ein Projekt für euch. Und deswegen scheint es mir so wichtig, die auch in der Entwicklungszusammenarbeit zu überlegen.

Diese Gruppen, die in Eigeninitiative entstanden sind, funktionieren, wie gesagt, sehr gut, und zwar auch in den Vermarktungsmechanismen, also im Vertrieb, soweit er im eigenen Land möglich ist. Was sie natürlich brauchen, weil das ja kleine, machtlose Frauengruppen und Kleininitiativen sind: Sie brauchen den Vermittler zu

Mag. Marijana Grandits

uns. Und das war eben die Aufgabe von „Jute Works“. Einige dieser Gruppen haben mit diesen Projekten, mit dieser Verarbeitung und dem Verkauf von Jute schon etwas erwirtschaftet. Das verdiente Geld haben sie dann konkret in die Landwirtschaft investiert. Und ich finde, das ist ein äußerst sinnvoller Kreislauf, durch den nun sozusagen eine Rück siedelung möglich ist: Einer Bevölkerungsschicht, die aufgrund eines Weltwirtschaftssystems, wie ich vorher schon erklärt habe, und aufgrund eines unmenschlichen Systems von Verschuldung dazu gezwungen wurde, ihr Land aufzugeben und abzuwandern, ist es jetzt gelungen, über den Umweg dieser Initiativen wieder zu Land zu kommen, indem sie das verdiente Geld wieder in die Landwirtschaft investiert haben. In Dhaka wurden beispielsweise damit Produktionszentren errichtet, indem man das Geld dann dort investiert hat.

Und dann gibt es ein Kleinprojekt, das mir auch sehr interessant erscheint: Drei taubstumme Frauen, die im übrigen von den einzelnen Gruppen gewählt wurden, hat man in mehrwöchigen Kursen im Makramee-Knüpfen ausgebildet. Das heißt, auch in diesen Initiativen gibt es einen ungeheuren sozialen Anspruch und ein integratives Denken, das meiner Ansicht nach teilweise weit über unsere aktiven Formen geht, indem man sagt: Es geht hier nicht darum, zu trennen; in ein Produktionszentrum wurden vielmehr blinde Frauen mit einbezogen, die dann wieder anderen blinden Frauen die Technik des Makramee-Knüpfens vermitteln können. Wir können hier sehr viel lernen. *(Beifall bei den Grünen. - Abg. Resch, eine bedruckte Textil-Tragetasche vorweisend: Frau Kollegin! Wir haben es mit Naturbaumwolle versucht!)* Das ist Baumwolle. Das ist keine Jute, aber ich bin auch sehr zufrieden mit der Baumwolle.

Jedenfalls will ich damit sagen, daß die Menschen dort, die sich mit Jute beschäftigen und die Auswegmöglichkeiten gesucht haben, ein sehr hohes Empfinden für soziale Verantwortlichkeiten und für die Phänomene, die es in ihrer Gesellschaft gibt, haben und auch ihre Projekte darauf ausgerichtet haben.

Die Kursteilnehmerinnen haben in all diesen Gruppen versucht, ihr Wissen weiterzugeben. Sie sind hinausgegangen in die Dörfer und haben versucht, anderen, vor allem alleinstehenden Frauen mit Kindern und Witwen, ihr Wissen zu vermitteln. Sie wissen, welche Probleme es in diesem Kulturkreis für alleinstehende Frauen sehr oft gibt. Es ist wahrscheinlich bei uns wohl bekannt - in diesem Kreis allerdings wahrscheinlich wieder weniger wohl bekannt - , wie häufig vor diesem kulturellen Background auch noch Witwenverbrennungen vorkommen. Es handelt sich dort eben um eine Männergesellschaft, in der die Män-

ner Frauen wegen der Mitgift heiraten *(Abg. Koppler: Ja, wegen Jute!)*, diese dann extrem schlecht behandeln, mißhandeln und verstoßen. Und diese Frauenverbrennungen sind die grauenhafteste Erscheinung in diesem Zusammenhang.

Daher ist es auch wichtig, daß diese Projekte, die mit Jute angezettelt wurden, sich auch an solch soziale Gruppen wie zum Beispiel alleinstehende Frauen, Witwen und auch verstoßene Frauen gewendet haben, denen dadurch sozusagen ein neues Leben ermöglicht wurde. Dazu kommt noch die Tatsache, daß ja in Bangladesch nach dem Unabhängigkeitskrieg - der Ihnen wahrscheinlich bekannt ist - in den Jahren 1971, 1972 sehr viele Männer getötet wurden und deren Frauen dann ganz auf sich gestellt waren. Mit diesen Juteprojekten konnte man diesen Frauen, die von den Folgen des Krieges besonders betroffen waren, die kein Land oder nur wenig Land besessen haben, sozusagen eine neue Zukunft geben.

Je nach zeitlichen Möglichkeiten haben diese Frauen dann an 26 Arbeitstagen 30 D-Mark verdient. Man muß jetzt vergleichen: Eine Fabrikarbeiterin bekommt bei einer 48-Stunden-Woche im Monat 200 Taka, und diese Frauen haben im Monat 250 Taka verdient und auch weniger pro Tag gearbeitet.

„Jute Works“ hat sich in erster Linie auf die Betreuung von Produzentengruppen beschränkt, die Bildungsarbeit hingegen sollte dazu dienen, daß sich die Gruppen dann weiterhin selbst organisieren können, daß diese Projekte über Jahrzehnte hinaus auch gesichert sind und fortgeführt werden können.

Erst in der letzten Zeit versucht man, dieses Programm breiter zu fassen, und - ich habe es am Beispiel Jute schon erwähnt - es ist gelungen, eine neue Form der Bildungsarbeit einzuführen, nämlich über diese Gruppen die nicht vorhandene Schulbildung auszugleichen und auch sozusagen zum Solidaritätsbewußtsein und zum politischen Bewußtsein beizutragen, so ein bißchen im Sinne von Gewerkschaftsdenken. Aber auch die Caritas hat mitgeholfen, die schlechten Ausgangsbedingungen zu verbessern.

Gemeinsame Aktionen haben dann auch dazu geführt, daß die Pächter und diese Kleinbauern, von denen ich schon am Anfang gesprochen habe, einen größeren Anteil für ihre Ernte bekommen haben, beziehungsweise auch dazu, daß auch die Tagelöhner, die im Bereich von Jutelandwirtschaftserzeugung tätig waren, höhere Preise für ihre Leistung pro Tag bekommen haben.

„Jute Works“ gibt es seit den siebziger Jahren, und sie sorgt für Arbeit für, wie ich schon gesagt habe, über 30 000 Frauen und spielt in den Slums von Dhaka, aber auch in den Dörfern von Ban-

Mag. Marijana Grandits

gladesch eine große Rolle. Sie hat in der Zwischenzeit für die Vermarktung der Produkte ein gesamtes Netz aufgezogen. Es gibt schon 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Vermarktung dieser Produkte garantieren und jetzt auch ein System eingeführt haben: den Rohstoff Jute von den Kleinbauern einzukaufen, und das, wie schon gesagt, zu gerechteren Preisen und zu anderen Bedingungen, und auch die Koordination für die Fortbildungsarbeit zu übernehmen. Dann stellen sie auch noch die Kontakte zu den Produzenten her, zu Europa und Nordamerika, um die Produkte leichter zu vermarkten.

Es gibt in der Zwischenzeit mehr als 400 Juteprodukte, die von diesen Initiativen erzeugt werden. Dazu gehören die schon erwähnten Pflanzenhänger, Körbe, Spielfiguren, Hängematten, Teppiche. Das alles wird vorwiegend für den Export erzeugt. In Bangladesch gibt es ja kaum Nachfrage für diese höherentwickelten Produkte, dort sind, wenn überhaupt, Säcke nur etwas zur Verpackung von Reis, aber nicht etwas, was wir sozusagen als Luxusprodukte verwenden.

Durchschnittlich gehen 72 Prozent des Preises, den diese alternativen Handelsorganisationen an „Jute Works“ bezahlen, direkt an die Produzenten. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder überreicht der Rednerin eine Tasse Kaffee. — Beifall bei den Grünen und bei der ÖVP.*) — Das ist aber sehr nett. Danke. — Ich bin dafür, daß das untersucht wird. (*Abg. Dr. Renoldner will den Kaffee vom Rednerpult entfernen.*) — Nein, um Gottes willen, laß ihn da! Ist schon okay. Laß ihn da, ist alles okay! (*Abg. Monika Langthaler stellt ein Transparent mit der Aufschrift: „Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen werde es zu keinem Abrücken von der Tropenholzregelung in Österreich kommen. — 15. Oktober 1992, Klubobmann Dr. Fuhrmann.“ vor das Rednerpult.*)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Langthaler! Ich ersuche Sie, das von da unten wegzugeben. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Ich bitte Sie. (*Abg. Monika Langthaler: Das stört nicht den parlamentarischen Ablauf!*) Nein! Wir wollen das Rederecht nicht einschränken, wir wollen aber auch die Situation nicht so mißbrauchen, daß wir jetzt alles ausnützen. Ich bitte Sie, das mit hinaufzunehmen. Ich ersuche Sie, es mit hinaufzunehmen. (*Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich ersuche die Frau Abgeordnete, das wegzutun, sonst müßte ich die Rednerin unterbrechen, und das kann ja auch nicht in Ihrem Interesse sein.

Frau Abgeordnete Grandits, Sie haben das Wort.

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (*fortsetzend*): Danke, Frau Präsidentin!

72 Prozent des Preises, den — EZA heißt die Organisation in Österreich, in Deutschland heißt sie GEPA, auch in Großbritannien gibt es ähnliche Organisationen — diese Organisationen an „Jute Works“ bezahlen, gehen an den Produzenten. Das ist eine einmalige Vergleichszahl. In keinem Bereich des Handels ist das der Fall. (*Das nun in den Reihen der Grünen deponierte Transparent fällt um.*) — Jetzt ist der Herr Kollege Fuhrmann umgefallen. Das ist ja schrecklich! (*Beifall bei den Grünen.*)

Die Differenz zu diesen 72 Prozent wird in erster Linie für Löhne, Mieten, Verpackungen (*Abg. Resch — zu Abg. Monika Langthaler, die das Transparent inzwischen auf dem Gang zwischen SPÖ- und ÖVP-Sitzreihen abgestellt hat —: Frau Kollegin! In unserem Sektor brauchen wir uns das nicht gefallen zu lassen!*) — es ist aber auch unser Sektor, Herr Kollege —, Fracht und Bildungsarbeit gebraucht.

Die Tatsache, daß 72 Prozent direkt an Produzenten gehen, ist eigentlich nur ein sehr gutes Beispiel dafür, daß der Welthandel anders funktionieren könnte. Dies beweist, daß es möglich wäre, Formen zu schaffen, die den Herstellern zugute kämen. Dies beweist, daß es durchaus möglich wäre, daß der Profit nicht an multinationale Konzerne geht. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Es beweist, daß es möglich wäre, daß nicht die daran unbeteiligten Menschen schnell Kapital daraus schlagen und viel Geld damit verdienen, sondern daß diejenigen Menschen, die an diesen Produkten hart arbeiten, die all ihre Kraft dafür einsetzen (*anhaltende Zwischenrufe — Präsidentin Dr. Heide Schmidt gibt das Glockenzeichen*), Jute zu produzieren, auch einen gerechten Preis dafür bekommen. — Das zeigt dieses Beispiel der „Jute-Works“-Organisation, der EZA, der Entwicklungszusammenarbeit, beziehungsweise der GEPA in Deutschland.

Die Herstellung der Jutetaschen ist in Saidpur konzentriert, das ist ein Dorf mit zirka 120 000 Einwohnern nordwestlich von Dhaka, zirka 350 km. (*Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Ich ersuche die Abgeordneten, wieder Ruhe einkehren zu lassen. Wir sind doch alle an den Ausführungen der Abgeordneten Grandits interessiert. (*Beifall bei den Grünen.*)

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (*fortsetzend*): Ich danke recht herzlich, Frau Präsidentin.

Und diese Jutetaschenproduktion, die eben nordwestlich . . . (*Abg. Koppeler: Jetzt reden Sie endlich einmal über Stahl und nicht über Jute!*)

Mag. Marijana Grandits

Lieber Herr Kollege! Sie können auf die heutige Tagesordnung auch noch das Thema Stahl setzen, dann können wir dieses Thema auch noch behandeln. Aber ich muß wieder daran erinnern, daß wir jetzt beim Jute-Übereinkommen sind, und daher rede ich zu Jute und vor allem zu Bangladesch, das ganz stark von diesem Übereinkommen betroffen ist. — Nur zu Ihrer Information, Herr Kollege. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: Aber Sie tun der Sache damit nichts Gutes!)* Das glauben Sie!

Die Herstellung der Jutetaschen nordwestlich von Dhaka erfolgt zu 70 Prozent durch die Bihari, ein Volk, das eigentlich aus Indien stammt und gute Beziehungen zu Westpakistan hatte, aber jetzt in Bangladesch nach der Unabhängigkeit als sozusagen ethnische Gruppe in eine äußerst benachteiligte Lage gekommen ist. Man könnte sagen, die Bihari waren eine Randgruppe. Familienplanung, Gesundheit von Mutter und Kind, Hygiene, Förderung der Landwirtschaft waren dann die unmittelbaren Folgen und Schwerpunkte der Erzeugung dieser Jutetaschen.

Mit Unterstützung von „Jute Works“ hat die Herstellung der Jutetaschen in den siebziger Jahren begonnen. Dadurch wurde dann deutlich, daß die Menschen dort die Ziele, von denen ich gesprochen habe, Ziele wie Familienplanung, Gesundheit, Hygiene, Förderung der Landwirtschaft, deswegen nicht verfolgen konnten, weil sie eben kein Einkommen gehabt haben. Durch den Verkauf der Jutetaschen, der über die Jahre hindurch in die Hunderttausende gegangen ist, ja in die Millionen, hat man eben eine neue Situation für diese Bevölkerung geschaffen.

Die Produktion bei Saidpur-Action-Bag — so heißt dieses Programm — ist sehr gut organisiert. Eine von den einheimischen Menschen, von den Bangladeshi, meistens sind es Bihari, geleitete Zentrale kauft das Material ein, schneidet dann auch den Stoff für die Jutetaschen zu, die dann von ein paar hundert Frauen genäht werden, und zwar konkret in Heimarbeit, mit der Hand. In dieser Zentrale von Saidpur-Action-Bag werden dann diese Taschen auf ihre Qualität hin geprüft, ob diese auch dem entspricht, was wir hier bei uns vermarkten und verkaufen können. Dann werden die Taschen auch noch bedruckt mit dem Slogan „Jute statt Plastik“.

50 Prozent des Stücklohnes werden auf die Frauen aufgeteilt, werden den Frauen ausbezahlt, und 50 Prozent gehen auf ein Sparkonto. Die Frauen dürfen eine bestimmte Obergrenze bei der Herstellung der Taschen nicht überschreiten, und nach ein bis zwei Jahren verlassen sie das Projekt und können dann mit ihren Ersparnissen, die sehr oft ein paar 100 Mark ausmachen, also zwischen 300 und 500 Mark — für Bangladesch

ein beachtlicher Betrag —, eine neue Existenz gründen.

Das hat dazu beigetragen, daß es immer mehr Initiativen gibt. Manche Frauen kaufen sich beispielsweise eine Nähmaschine, um sich als Schneiderin selbständig zu machen, andere eröffnen einen kleinen Laden oder kaufen eine Rikscha für den Ehemann. Sie kaufen, um eine kleine Produktion beginnen zu können, einen Webstuhl oder einen Bauchladen —, von dem ich gesprochen habe — als Startkapital für eine neue Existenzgrundlage. Manche dieser Frauen und Familien haben sich dann auch in Westpakistan angesiedelt, weil es, wie ich schon gesagt habe, in Bangladesch den Bihari gegenüber auch Diskriminierungen gegeben hat.

Den Frauen, die diese Initiative verlassen, folgen neue nach, die auch wieder die Chance erhalten, in diesem Projekt mitzuarbeiten, sich etwas anzusparen und dann mit dem Gesparten selber noch initiativ zu werden.

Der Preis einer Tasche setzt sich folgendermaßen zusammen: Die Materialkosten betragen um die 60 Prozent, die Löhne für das Zuschneiden und das Nähen machen so 8,4 Prozent aus, der Aufdruck auf einer Jutetasche kostet insgesamt zirka 6,3 Prozent, die Verpackung 5,1 Prozent, die Verwaltung 3,5 Prozent. Bei der Initiative, bei der Organisation selbst verbleibt nur ganz wenig, und zwar um die 8 Prozent. Es gibt auch eine Exportabgabe. All das zusammen hat eben den Preis für diese Jutetaschen ergeben, die bei uns teilweise um 20 S verkauft werden; jetzt hat sich der Preis etwas verändert. Bis die Taschen bei uns in alternativen Läden verkauft werden, sind alle Kosten abgedeckt, dennoch haben die Betroffenen sehr, sehr viel von dem Preis selbst zurückbekommen. Das ist der wichtigste Punkt bei dieser Initiative.

Im Zentrum gibt es auch verschiedene andere Aktivitäten — wie ich schon gesagt habe —: Fortbildungskurse, aber auch künstlerische Aktivitäten wurden entfaltet. Man hat versucht, den Frauen die Möglichkeit zu geben, ihre Kreativität auszuleben, sich zu kleinen Gruppen zusammenzutun. Man hat ihnen eine Grundlage dafür geschaffen, daß sie malen und Kunstwerke, auch wieder aus Jute, herstellen können. Beispielsweise ist eine sehr fähige Frau, die in diesem Kunstbereich begonnen hat, von der Idee, Jutetaschen als kreatives Mittel für den Ausdruck von Kunst zu verwenden, übergegangen zur Innenarchitektur, Innenarchitektur in bescheidener Form: Man hat gemeinsam geplant, wie man Jute als Dekorationsmaterial auch für die eigenen Hütten verwenden kann, bemalt, bedruckt, womit man wieder eine neue Form der Lebensgestaltung für den Wohnbereich garantieren kann.

Mag. Marijana Grandits

Man muß sagen, daß das Projekt in der Gesamtheit wirklich äußerst erfolgreich ist. Daß es auch immer wieder zu Problemen kam, ist selbstverständlich, denn es bedarf natürlich einer langen Phase, bis die Menschen, die Frauen einander vertrauen, bis sie lernen, wirklich gemeinsam für ein Projekt zu arbeiten, das ihnen dann allen zu Hilfe kommt. Dabei kommt es sicher auch zu Spannungen, und da war es immer ganz wichtig, daß Solidarität von Europa und Nordamerika gekommen ist. Das hat immer wieder geholfen, Krisensituationen zu überstehen. Das hat immer wieder dazu beigetragen, solche Projekte aus einer kritischen Phase herauszuführen und neue Initiativen zu starten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der zweite Punkt ist, daß es durch diese Aktivitäten gelungen ist, ganze Dorfentwicklungsprogramme durchzusetzen. Ausgehend von der Jute hat man gemeinsam mit dem ärmsten Teil der Bevölkerung im jeweiligen Dorf unter Mithilfe von Arbeiterinnen und Arbeitern dieser Organisation, die großteils wieder aus der Region kommen — das ist ein ganz wichtiger Punkt, eine Voraussetzung — und die eng mit den regionalen Stellen und dem Sozialministerium zusammenarbeiten, versucht, die soziale, politische und wirtschaftliche Situation der Bevölkerung in Untersuchungen zu erfassen. Und man hat dann alle Anstrengungen darauf konzentriert, Familien, die klein sind oder nur ein ganz geringes Einkommen oder ganz wenig Land zur Verfügung haben, um Jute anzubauen, als Zielgruppe auszusuchen, um ihnen zu zeigen, wie man mit Interesse und Engagement ihre Situation verbessern und verändern kann.

Wichtig für mich ist, daß man Einkommensmöglichkeiten schafft und über solche Projekte gleichzeitig die politischen und sozialen Verhältnisse verändert. Es ist das keine Einzelaktion, die es sozusagen einmal gibt und bei der man irgend etwas gemacht hat und dann wieder alles vorbei ist. Das sind Dinge, die auf die Zukunft eines ganzen Dorfes, teilweise auch einer Region nachhaltige Auswirkungen haben können.

Man hat dann versucht, die Probleme zu lokalisieren und Lösungen anzustreben, in die ein ganzes Dorf miteinbezogen wird. Das Ziel war ein regelmäßiges Einkommen, eben durch Juteverarbeitung — das war schon ein sehr großer Anreiz. Ein wichtiger Schritt dazu war die Schaffung eines Dorfentwicklungszentrums, das sozusagen die Koordination des Ganzen dargestellt hat. Je nach örtlicher Gegebenheit hat solch ein Zentrum dann auch dazu gedient, einen Unterrichtsraum für Kurse in Hygiene, Ernährung und Familienplanung zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Alphabetisierungskampagnen wurden in diesen Dorfentwicklungszentren durchgeführt. Man hat die Zentren auch als Lager verwendet, als Sam-

melstellen für die Handwerksprodukte, die im Dorf erzeugt werden.

Neben der Produktion von Jutewaren und den Bildungsprogrammen gab es dann verschiedene Aktivitäten, die für die Gesamtheit des Dorfes von Bedeutung waren, also für die Entwicklung des gesamten Dorfes eine Rolle gespielt haben, zum Beispiel die Gründung eines kleinen Lebensmittelladens.

Ich habe am Anfang von dem Problem gesprochen, daß die Dorfhändler sehr oft gleichzeitig auch die Geldverleiher waren, daß sie Wucherszinsen verlangt haben und daß dadurch die Spirale der Verschuldung für die Jutebauern immer schlimmer wurde. Es war daher ein vordergründiges Ziel, einen Lebensmittelladen in Selbstverwaltung und Selbstorganisation zu schaffen, der andere Bedingungen bietet, wenn die Menschen kein Geld haben, aber trotzdem Lebensmittel brauchen, wo also der Zinssatz nicht so hoch ist.

Das nächste Projekt: In einem anderen Dorf hat man mit den Erträgen aus der Juteerzeugung zum Beispiel eine Kleintierhaltung gefördert oder versucht, den Fischereibereich anzukurbeln.

Man hat dann auch begonnen, die Frage des Transportes neu zu überdenken, und es ist ein Projekt zur Herstellung kleiner Transportwagen entstanden. Um aus dieser permanenten Abhängigkeit herauszukommen, hat man sich darauf geeinigt, zu versuchen, den Transport selbst zu organisieren.

Die Webereien — ich habe sie schon erwähnt — haben eine wichtige Bedeutung für die Eigenversorgung im Textilbereich dargestellt, aber sie haben auch ein neues Produkt hergestellt, das man auf lokalen Märkten verkaufen konnte.

Der Bau von Bewässerungsanlagen — sehr häufig auch wichtig für die Eigenversorgung mit Frischgemüse, für die Abwechslung in der eigenen Ernährung —, die Herstellung von Speiseöl, das auch ein Produkt war, das von außen gekommen ist, und die Erzeugung von Töpfereiwaren wurden forciert.

Das zeigt Ihnen, daß ein ganz starkes integratives Denken entwickelt wurde, das an dem Beispiel Jute aufgehängt wurde und ausgehend von dieser Juteerzeugung ungeheuer große Auswirkungen für das gesamte Dorf hatte.

Sehr oft hat man technische Beratungen gebraucht, die man sich von außen geholt hat — vorwiegend aber wieder von Fachkräften aus Bangladesch selbst.

Jetzt läuft zum Beispiel ein 3-Jahres-Programm, in dessen Verlauf diese Arbeit, die schon auf einige hundert Dörfer ausgedehnt war, auf

Mag. Marijana Grandits

noch ein paar hundert Dörfer erweitert werden soll. Man strebt an, daß mehr als tausend Dörfer von diesem Entwicklungsprogramm betroffen sind.

Durch diese Produktion von Jutewaren wurden nicht nur Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten geschaffen — ich habe ja schon gesagt, daß es teilweise eine Arbeitslosigkeit gibt, die bis zu 80 Prozent beträgt —, sondern man hat es auch geschafft — und das ist der wirklich gravierende Punkt —, die politischen Verhältnisse zu beeinflussen, denn die Produzenten haben aus ihren Erlösen einen Beitrag zu den Einnahmen der Gesamtheit des Dorfes geleistet. Man hat damit beispielsweise Infrastrukturmaßnahmen gesetzt, Wege und Brunnen gebaut —, man muß sich vorstellen, was dieses Produkt Jute alles an Folgewirkungen hatte —, und damit wurde die Lebensqualität eines ganzen Dorfes angehoben.

Ein armer Teil der Bevölkerung hat über diese Projekte, über diese Produktionszentren plötzlich die Möglichkeit, auch Einfluß zu nehmen auf die Verwendung dieser Einnahmen, was ja sonst nicht der Fall ist. Bevor es diese integrativen Projekte gegeben hat, haben eben die Reichen über alles entschieden, haben beispielsweise ein paar reiche Großgrundbesitzer oder eben Dorfcapos alle Angelegenheiten des Dorfes in die Hand genommen und auch entschieden. Jetzt ist es gelungen, einen Großteil der Bevölkerung miteinzubeziehen, auch in die politischen Entscheidungen, und gemeinsam Verbesserungen für das gesamte Dorf zu erreichen.

Es ist klar, daß . . . (*Die Rednerin putzt sich die Nase. — Abg. Resch: Ja was ist denn los?*) Ich werde jetzt nicht über den Grund meiner Verschnupfung sprechen, Herr Kollege, dazu werden wir noch bei einem anderen Tagesordnungspunkt die Möglichkeit haben. (*Heiterkeit und Beifall bei den Grünen.*) Ja, das ist ein politischer Schnupfen. (*Zwischenrufe bei den Grünen. — Abg. Hofner: Den Körper peinigen, das bringt doch nichts!*) Haben Sie das Gefühl, daß ich mich peigne? Ich fühle mich sehr wohl. Ich bitte Sie.

Die Republik Bangladesch hat eine politisch und wirtschaftlich sehr verschieden strukturierte Gesellschaft. Die Landessprache ist Bengali.

Die Initiativen, von denen ich jetzt gesprochen habe, haben nicht nur im Bereich Kunst, sondern auch in der Sprache und in der Ausdrucksform dazu geführt, daß man kulturelle Aktivitäten in diesen Zentren entwickelt hat. Die Menschen konnten sich, nachdem sie ihre Lebensgrundlage durch Jute absichern konnten, sozusagen geistigen Werten zuwenden.

Die bengalische Literatur war bis zur englischen Zeit sozusagen nur als etwas Mystisches be-

kannt. In erster Linie wurden Hindugötter angebetet, aber auch Allah — Sie wissen, daß ein Teil der Bevölkerung Moslems sind. Die Beter und Dichter haben sich zusammengetan — früher sogar über konfessionelle Grenzen hinweg — und sozusagen mystische Einheiten gebildet. Diese Sprache hat fast ausschließlich dazu gedient. Die Kolonialherren haben ja ihre eigenen Sprachen überallhin mitgebracht und diese dann plötzlich zur Landessprache gemacht.

Jetzt ist es aber gelungen — durch die Möglichkeit, politisch und wirtschaftlich unabhängig zu agieren —, das Bewußtsein und die Sensibilität für diese eigene Sprache wiederzufinden. Plötzlich hat diese eigene Sprache auch im Alltag eine andere Bedeutung bekommen. Die Menschen haben sich damit auseinandergesetzt. Die Folge dieser Juteprojekte war, daß man ihnen die Möglichkeit gegeben hat, sich selbst wiederzufinden in ihrer Identität und in ihrer eigenen Kultur.

Ein sehr wesentlicher Aspekt ist eben auch, daß wir mit unserer Wirtschaftsform, mit unserem Gedanken der Industrialisierung, der ein klares lineares Wirtschaftswachstum in sich trägt, zur Vernichtung von Identitäten und Kulturen enorm beigetragen haben. Es ist einfach die Art, wie diese Vernetzung des Weltwirtschaftssystems funktioniert und wie wir sozusagen diese Erkenntnis der Industrialisierung bis ins letzte Dorf in Bangladesch getragen haben.

Den Arbeiterinnen an diesen Juteprojekten in den Dörfern, aber auch in Dhaka, in den Städten wurde bewußtgemacht, daß ihre eigene Sprache eine Ausdrucksform ihrer Identität ist und auch ganz wichtig ist für ihre Organisationsform, obwohl man natürlich im Ausbildungssystem Englisch nicht vernachlässigt — ich finde, das ist auch berechtigt. Man muß aber sehen, daß es die Kolonialsprachen waren, die zur Entfremdung dieser Menschen — nicht nur in Bangladesch, sondern auch in anderen Staaten — geführt haben. Es hat aber sozusagen eine Welle von neuen Liedern, neuer Literatur in der eigenen Sprache gegeben — die Bauern haben das verbreitet und weitergegeben.

Die Frauen in Bangladesch sind in zwei Gruppen zu teilen. Sie wissen, es gibt in Bangladesch Hindu- und Muslimfrauen. Der Unterschied in der Erscheinungsform ist nur, daß die moslemischen Frauen meistens den Schleier tragen; und zwar ist das ein Teil des Saris, der über den Kopf gezogen wird. (*Abg. Resch: Aber aus Baumwolle oder Seide, nicht aus Jute!*) Herr Kollege, das stimmt schon. Aber es stellt sich die Frage, wer sich was leisten kann. Einen Seidensari werden sich die Jutearbeiterinnen in Bangladesch wohl kaum leisten können. (*Beifall bei den Grünen.*)

Mag. Marijana Grandits

Die Hindufrauen bewegen sich in der Gesellschaft etwas freier, von ihrer Religion her. Die moslemischen Frauen sind viel zurückhaltender. In beiden Kulturen, in beiden Religionen wird die Gesellschaft natürlich von den Männern dominiert, es ist ganz klar, daß die Männer das Sagen haben. Aber es gibt trotzdem Unterschiede.

In Bangladesch sind die Moslems in der Mehrheit, und die Hindus bilden eine Minderheit. Bei der Trennung von Indien im Jahr 1948 haben sich ein Hindu- und ein Muslimteil mit Bengalen an Pakistan angeschlossen — das war der östliche Teil Pakistans —, bis sich die Bengalen gegen die Vorherrschaft der in Westpakistani herrschenden politischen Elite 1971 zur Wehr gesetzt und sich mit Hilfe von indischen Gruppen auch befreit haben.

Der Islam hat das Land in allen Formen sehr geprägt. Selbstverständlich hatte das auch Auswirkungen auf die Position der Frauen. Trotzdem ist ein Unterschied zu erkennen gegenüber dem, was wir unter Islam in den arabischen Ländern verstehen. Die Frauen, die dem Islam angehören, haben mehr Freiraum, können sich freier bewegen als die Frauen in Arabien. Ganz verschleiert sieht man die Frauen in Bangladesch sehr selten.

Solche Initiativen wie die Selbstorganisation in diesen Juteprojekten haben auch das Frauenbewußtsein unheimlich beeinflußt. Solche Projekte haben dazu beigetragen, daß die Frauen zunehmend begonnen haben, ihre eigene Ordnung in Frage zu stellen, daß sie sich auseinandergesetzt haben mit dem Gedanken: Wenn wir jetzt sozusagen das Geld verdienen, wenn wir jetzt Familien-erhalterinnen sind, dann stimmt doch etwas nicht hinsichtlich unserer gesellschaftlichen Position. Das heißt, diese integrative Art, Projekte durchzuführen, hat dazu beigetragen, daß die Frauen aufgewacht sind und auch in unserem Sinne feministisch geworden sind. (*Lang anhaltender Beifall und Bravorufe bei den Grünen.*)

Es ist allerdings zu befürchten, daß diese Welle, die weltweit Länder, in denen der Islam dominant ist, erfaßt, auch Bangladesch trifft. Es kommt auch dort zu Phänomenen und wird verstärkt zu Phänomenen kommen, wo diese strengen, ja teilweise fundamentalistischen Strömungen Fuß fassen. Das ist schon ein großes Problem. Aber auch dem kann man nur mit konkreten politischen Reformen, mit wirtschaftlichen Programmen und sozialem Ausgleich entgegenwirken. Das ist die einzige Chance, solche Phänomene zu bekämpfen, und zwar noch bevor sie auftreten, nicht dann, wenn es zu spät ist. Man kann nicht argumentieren: Es gibt nichts anderes als nur Gewalt!, sondern in diesem Bereich soll Prävention geschehen. Das ist ganz wichtig, weil zu befürchten ist, daß sonst in Bangladesch eine riesige Men-

schenmenge sozusagen in die Irre geleitet wird, einen falschen Weg geht.

Die moslemischen Frauen in Bangladesch tragen den Schleier sozusagen als einzige Chance, auch in der Öffentlichkeit akzeptiert zu werden, sich nicht dem auszusetzen, die Gesetze, die vorgeschrieben sind, nicht einzuhalten. — Das Interessante dabei ist, daß sie alles sehen können, ohne gesehen zu werden.

Im Burda zu leben — das passiert aber in Bangladesch sehr selten —, heißt ja, daß sich eine Frau nach der Hochzeit in der Öffentlichkeit nie wieder ohne Schleier zeigt. Aber das ist, wie gesagt, nur eine kleine Erscheinung, die es jetzt wieder gibt und die man mit genau solchen Reformprogrammen bekämpfen kann.

Die Frauen leben auf dem Land in einem Großfamilienhaus — das wird Bari genannt —, und die moslemischen Frauen leben in ihrer eigenen Frauenwelt, so könnte man sagen, das ist wie eine Insel. Ihnen gehört ein Teil des Hauses, das ist im Normalfall das Hinterhaus und der Hinterhof, während die Männer die Veranda und den Teil vom Haus für sich in Anspruch nehmen, der nach außen hin gerichtet ist, der das Privilegierte darstellt.

Häufiger als bei den Hindus haben Muslimmänner auch mehrere Frauen. Sie wissen, daß die Polygamie verbreitet ist, nicht nur aufgrund des moslemischen Glaubens, sondern das hat es auch in alten Traditionen dieser Kulturen gegeben, im Hinduismus, aber auch in den afrikanischen Ländern, und sehr oft hat das auch wirtschaftliche Gründe gehabt. Ich habe mit vielen dieser Frauen gesprochen, die heute noch in Polygamie leben, und die haben mir erzählt, die Idee ist auch die, daß sich Frauen untereinander helfen, daß sie solidarisch, gemeinsam zum Beispiel Felder bestellen, daß sie gemeinsam die Hausarbeit verrichten, sich gegenseitig die Kinderarbeit abnehmen. Konkret ist es ja so, daß in einem polygamen Haushalt, wie er bei diesen Jutebauern in Bangladesch auch häufig üblich ist, ein abwechselnder Kreislauf vorhanden ist, wo der Mann zwei Tage bei einer Frau und ihren Kindern verbringt und dann die nächsten zwei Tage bei der anderen Frau, die nächsten zwei Tage bei der dritten — je nachdem, wie viele Frauen er hat.

Die Frauen haben mir erzählt: Das Positive für sie ist, daß sie nur diese zwei Tage zuständig für ihren Mann sind. Das heißt, die zwei Tage, die er bei ihnen verbringt, müssen sie ihn bekochen, versorgen und so weiter. In der anderen Zeit, wo der Mann bei den anderen Frauen ist, haben sie ihre Freiheit. Dann sind sie nur für sich selbst da und können sich auch den eigenen Interessen zuwenden.

Mag. Marijana Grandits

Ich als europäische Frau konnte das nicht so gut nachvollziehen, aber es ist mir einsichtig, daß die Frauen dort es anders betrachten und daß die Vielehe eben auch einen anderen Stellenwert hat, denn durch mehrere Frauen und mehrere Kinder wird die Anbaufläche, die eine Familie bearbeiten kann, normalerweise größer, und das trägt natürlich zum Gesamtfamilieneinkommen bei.

Die Mädchen in Bangladesch werden leider Gottes noch immer den Männern versprochen, das wird also schon vorher arrangiert, und zwar sehr früh. Sie heiraten auch sehr jung und ziehen dann in das Haus der Schwiegermutter, und das ist ein sehr schwieriges Los, denn die Mädchen müssen dann der Schwiegermutter gehorchen, und zwar in jeder Hinsicht, und sich der Schwiegermutter auch unterwerfen.

Da gibt es ein interessantes Phänomen, das man bezeichnen könnte als Kampf der Mütter gegen die Frauen, denn diese Mütter kämpfen ja um die Gunst ihrer Söhne, und da haben sie in der Frau eine Rivalin. Und in diesen Gesellschaften ist es so, daß die Position der Mutter erst durch den Sohn aufgewertet wird. Das heißt, wenn der Sohn eine bestimmte politische oder gesellschaftliche Stellung errungen hat, dann gereicht es auch der Mutter zur Ehre, und dann steigt sie in dieser Hierarchie.

Als Schwiegermutter sind sie dann endgültig in der Position, wo sie in der Frauenwelt, also in dem Bereich, wo die Frauen das Sagen haben, dominieren können, und das geht immer auf Kosten der jüngeren Frauen und ist sehr oft ein schmerzhafter Prozeß, weil die Schwiegermütter sagen dann zu Recht: Ich habe ein Leben lang dem Mann, dem Sohn meiner Schwiegermutter, gedient, und jetzt will ich auch endgültig in diese Position kommen, daß ich auch bedient werde und daß sich auch jemand um mich kümmert, um in Ruhe meinen Lebensabend zu genießen. Aber das führt sehr oft zu ganz starken Spannungen.

An der Position der Großmutter und der Schwiegermutter sieht man, daß die Frauen zwar eine Macht haben, die sie aber nur in ihrer Frauenwelt ausleben können. Es gibt so etwas wie eine Stammesmutter, die den Haushalt regiert, und indirekt haben sie auch Einfluß auf die Männer, aber nach außen hin repräsentieren natürlich die Männer in Bangladesch die Familie und dominieren sie auch die Gesellschaft über weite Teile hinweg.

Es gibt da interessante Phänomene — das habe ich auch in afrikanischen Ländern beobachtet, aber auch in Bangladesch —: Wenn es bei einer politischen Versammlung oder dort, wo es um gesellschaftspolitische Fragen geht, etwas zu entscheiden gibt, dann sagen die Männer: Ich muß jetzt nach Hause gehen und es einmal mit mei-

nem Kopfpolster besprechen. — Und dann weiß jeder Mann und jede Frau, was damit gemeint ist. Der Kopfpolster ist die Ehefrau oder sehr häufig auch die Mutter zu Hause. Also die Frauen können so indirekt auf die Entscheidungsfindung in dieser Kultur Einfluß nehmen. Für uns ist das natürlich etwas, das sehr weit entfernt ist, und ich glaube nicht, daß es erstrebenswert ist. Trotzdem scheint es mir wichtig, das zu wissen, denn dadurch kann man auch einen anderen Zugang zu dieser Kultur finden.

Kommunikation unter den Frauen gibt es sehr viel, und zwar nicht nur in diesem Bari, in dieser Großfamilie, sondern auch beim gemeinsamen Arbeiten. Das spielt sich im Alltag ab, also am Brunnen, am Teich, am Fluß — wo immer die Frauen zusammenkommen. Sie arbeiten gemeinsam und diskutieren auch ihre Probleme sehr ausführlich gemeinsam, also beim Wäschewaschen oder was immer. Und sie teilen sich die Arbeiten mit dem Mann. Das sieht so aus, daß die Männer den Reis anpflanzen und ihn auch auf dem Markt verkaufen, die Frauen hingegen verrichten die Heimarbeiten — und bei dieser Heimarbeit sind diese Juteprojekte ein ganz wichtiger integrativer Faktor — und arbeiten dabei auch öfters mit den Männern zusammen, die andere Funktionen bei diesen Projekten übernommen haben.

Der Tagesablauf einer Hausfrau in Bangladesch ist so, daß die Frauen um fünf Uhr aufstehen, ihr Morgengebet verrichten, ihre Vorbereitungen . . . (*Abg. Helmuth Stocker: Jute!*) Ja, natürlich, sie kommen auch zu dem Punkt, wo sie Jute verarbeiten. Ich will nur zeigen, wie schwierig ein Tagesablauf einer Frau in Bangladesch ist, was sie außer der Arbeit in einem Juteprojekt sonst noch alles zu leisten hat und welcher Anstrengungen es bedarf, das alles zu bewältigen. (*Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Ich glaube einfach, daß es wirklich wichtig ist, andere Kulturen, andere Lebensformen und Religionen näher kennenzulernen, denn sonst werden wir immer wieder in die Versuchung kommen, mit einer Überheblichkeit über Phänomene hinwegzugehen und mit einem eurozentristischen Standpunkt Probleme zu bewerten, die nur zu falschen Lösungen führen und sehr oft auch im Rassismus enden. Und das sollte wohl nicht der Sinn und Zweck solcher Auseinandersetzungen sein. (*Beifall bei den Grünen.*)

Jedenfalls ist es so, daß die Frauen in der Familie ein Morgengebet vorbereiten, die gesamte Hausarbeit für die Kinder und den Mann erledigen. Sie bereiten natürlich das Frühstück — Tee und Weizenfladen sind es meistens. Bei armen Leuten gibt es sehr oft nur Tee. Diese Jutebauern beispielsweise, die sich kaum ernähren können, können ihren Familien sehr oft kein Frühstück geben, und da gibt es einfach nur Tee, weil man

Mag. Marijana Grandits

weiß, daß Tee sättigt und den Magen füllt. Es gibt auch noch beim Essen eine Hierarchie, das heißt, zuerst wird der Mann versorgt und dann die Kinder, und zuletzt ißt die Frau selber.

In Gegenden, in denen es möglich ist, werden die Kinder von den Familien zur Schule geschickt. Dann kommt die Hausarbeit. Die Frauen müssen Wasser vom Brunnen holen. Man muß bedenken, daß das vom Tagesablauf her ein ganz anderes Leben ist als bei uns.

Ich habe in Projekten bei uns in der Schule sehr oft festgestellt, daß die Kinder keine Vorstellung davon haben, daß sie nicht wissen, daß das Wasser nicht überall auf der Welt aus dem Wasserhahn kommt, sondern daß gerade Frauen vielerorts auf der Welt stundenlang Arbeit verrichten müssen, um zu Wasser zu kommen.

Auch zu den Projekten, wo Jute erzeugt wird, muß man das Wasser, das man dafür braucht, hinbringen. Auch dort gibt es keine Anlagen, wo automatisch das Wasser aus irgendeinem Hahn kommt. Das erschwert die Arbeitsbedingungen, auch jene der Produktion von Juteprodukten. Das sollte man nicht vergessen.

Man versucht — ich habe von den integrierten Dorfentwicklungsprojekten gesprochen —, das Schwergewicht in der Viehhaltung auf Kleintierzucht zu verlegen. Dafür sind wieder die Frauen zuständig. Das alles machen die Frauen nebenbei.

Ein Teil des Tages wird dazu verwendet, in Heimarbeit beispielsweise Jutetaschen zu nähen oder Jutepflanzenhänger oder sonst etwas zu erzeugen. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Zu Hause wird auch das Mittagessen gekocht, meistens bestehend aus Reis, der geschält und mit Mörsern zerstoßen wird. Das ist ein sehr kompliziertes Verfahren, das die Zusammenarbeit von mehreren Frauen erfordert, denn es gibt kaum Reismühlen oder andere Gegenstände, mit denen man das arbeitsintensiv machen könnte.

Also das Mittagessen wird, wie gesagt, meist aus trockenem, gekochtem Reis, Linsen und anderem Gemüse, wenn vorhanden, zubereitet. (*Abg. Schwarzenberger: Sehr geschmackig!*) Es gibt sehr viele Gewürze, die auch bei uns in bestimmten Läden vertrieben werden.

Dann gibt es wieder Zeit, die zur Heimarbeit für Juteprojekte genutzt werden kann.

Ein weiterer Einkommenszweig, den man im Zuge dieser Dorfentwicklung gefunden hat, ist die Zubereitung von Gewürzen. Man hat versucht, landwirtschaftliche Flächen nur für den Anbau bestimmter Gewürzsorten zu nutzen, die man jetzt auch bei uns in Alternativläden, wie

etwa im Laden der EZA oder sonstwo, findet und kaufen kann. Die Zubereitung der Gewürze ist eine enorm intensive Arbeit. Sie müssen getrocknet und gerieben werden, bevor sie bei uns auf dem Ladentisch der EZA landen. Teilweise sind sie auch schon in Jutesackerln verpackt. Das ist immerhin eine sehr positive Erscheinung. Bei uns bekannt sind Gewürze wie Gelbwurz, Ingwer und Safran, die aus dieser Gegend kommen.

Man muß auch noch bedenken, daß diese Frauen die Hausarbeit nur sehr langsam — im Vergleich zu uns — abwickeln können, weil man, um kochen zu können, entweder Holz sammeln oder eine andere Energiequelle heranschaffen muß, wie etwa Holzkohle, denn es gibt in diesen Dörfern ja keinen Strom. Daher kommen da wieder neue Formen der Belastungen auf die Frauen zu. Auch das, was man bei uns Geschirr abwaschen nennt, ist eine Prozedur, die ungeheuer viel Zeit in Anspruch nimmt.

Die Körperpflege, aber auch das Waschen von Wäsche erfolgen im Normalfall an einem Brunnen, am Teich oder an einem Fluß, weil es ungeheuer mühsam ist, das Wasser weiß Gott wie viele Kilometer zu schleppen. Es gibt ganz bestimmte Plätze, an denen sich die Frauen zusammenfinden und diese Arbeit gemeinsam verrichten. Aber das gehört noch zusätzlich zur Tagesarbeit einer Frau. (*Abg. Helmuth Stocker: Das steht alles mit Jute noch in engerem Zusammenhang!*)

Das steht alles mit einem Juteprojekt insofern in Zusammenhang, als die Frauen ihren Tag von 18 Stunden auf die Heimarbeit von Juteprojekten und auf die restliche Arbeit aufteilen müssen, lieber Herr Kollege!

Diese Heimarbeit kann zum Beispiel auch darin bestehen, Jutematten und Teppiche zu erzeugen. Es gibt auch die Form, die so aussieht, daß die Kinder, wenn sie in die Schule gehen, am Nachmittag sehr wohl wieder in den Produktionsprozess eingebunden werden und den Müttern bei der Heimarbeit helfen und sie dabei unterstützen. Sie stellen Körbe, Jutewaren her oder sie schälen den Reis, was ja notwendig ist. Es ist unglücklicherweise so, daß in sehr armen Familien noch die Situation zu beobachten ist, daß viele Kinder aus der Schule kommen und leider Gottes kaum genügend zu essen haben. (*Zwischenruf des Abg. Resch.*) Was haben Sie gesagt? Ich habe Sie nicht gehört, Herr Kollege. Verzeihung! (*Abg. Resch: Ich habe nicht gewußt, daß man hier herinnen auch essen darf, aber wenn es Ihnen hilft, soll es mir recht sein!*)

Ich habe vorhin einen Kollegen gesehen, der eine Zitrone gegessen hat. Daher erlaube ich mir jetzt, Traubenzucker zu schlucken.

Ich möchte jetzt aber mit meinen Ausführungen fortfahren und Sie damit vertraut machen, wie schwierig es für die Frauen, für die Jutearbei-

Mag. Marijana Grandits

terinnen ist, ihr normales Leben zu bewältigen, sich zu organisieren und trotzdem in Heimarbeit Juteprodukte herzustellen.

Der Sonnenuntergang ist um 18 Uhr herum. Das hat nämlich Auswirkungen auf den Arbeitsprozeß, weil man nach dem Sonnenuntergang nur mehr mit Öllampen arbeiten kann und es viel schwieriger ist, komplizierte Flechtarbeiten oder Jutekorbarbeiten in der Dunkelheit herzustellen. Das heißt, das hat alles eine unmittelbare Auswirkung auf die Art der Herstellung, und daher wird Heimarbeit bis 18 Uhr verrichtet, und dann beschäftigt man sich mit Dingen im Hause, wie etwa Abendessen kochen. Bei armen Menschen ist es so, daß man eine Mahlzeit immer ausfallen lassen muß — das ist entweder zu Mittag oder am Abend. Und gerade diese kleinen Jutebauern sind nicht imstande, ihren Familien zwei Mahlzeiten zu garantieren. Das ist eine Tatsache, die meiner Ansicht nach eine ungeheure Bedeutung hat und die bei uns ganz einfach vom Tisch weggewischt wird. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Wissen Sie, Herr Kollege, ich glaube schon, daß es, wenn wir über solche Abkommen diskutieren, wichtig ist, daß wir *(Abg. Helmuth Stocker: Den Dingen auf den Grund gehen!)* — richtig — die gesamten Auswirkungen miteinbeziehen. Ich bin sicher diejenige, die sich gegen jede Art von Menschenrechtsverletzungen wehrt und die auch ganz vehement gegen die Vorfälle im Krieg in Ex-Jugoslawien auftritt, aber man darf die strukturelle Gewalt nicht vergessen. Und diese Armut ist eine Form der Gewalt, die nicht sichtbar ist.

Die Kleinbauern in Bangladesch sind auch Opfer von Gewalt, und zwar Opfer der Gewalt eines Weltwirtschaftssystems. Das ist strukturelle Gewalt, die in der Auswirkung viel schlimmer ist und viel mehr Opfer fordert als jeder Krieg. Es sind Millionen von Menschen, die infolge struktureller Gewalt zugrunde gehen, verhungern! Und das ist etwas, worüber wir auch diskutieren müssen, wenn wir solche Übereinkommen unterschreiben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Art, wie die Menschen in ihren Hütten leben, ist ganz eng mit Jute verbunden. Die Hütten werden mit Jute ausgelegt, verschönert. Vielerorts sind Schlafstätten Matten, aus Jute geknüpft, denn Betten sind sehr häufig ein Luxus. Die Frauen versuchen dem Rechnung zu tragen und achten darauf, daß die Kinder die Hygiene beachten. Sie machen mit ihnen, wenn notwendig, auch die Schulaufgaben. Ich finde es frappant, daß das alles Aufgabe der Frauen ist, denn sehr oft sind in Bangladesch die Frauen Analphabetinnen. Trotzdem tragen sie dazu bei, daß es ihre Kinder schaffen, die Schule abzuschließen, obwohl sie das selbst nicht können. Aber durch die Unterstützung und die Motivation, die sie ihren Kindern

geben, sind sie dazu in der Lage. Das führt dazu, daß Frauen, wenn überhaupt, das Abendessen erst spät am Abend einnehmen können, oft erst nach 22 Uhr, weil es dazu eines sehr langwierigen Prozesses der Vorbereitung bedarf.

Es gibt noch eine Form der Kommunikation, die spät am Abend erfolgt. Das sind Gemeinschaftsdiskussionen mit Nachbarn, mit dem halben Dorf, bei denen man gemeinsam Probleme bespricht und Strategien entwickelt. Diese Zusammenkünfte haben eine besonders positive Auswirkung auf diese Projekte gehabt. Es haben sich nämlich die Leute immer wieder gefragt: Was haben wir für unser Dorf erreicht? Wie soll es weitergehen? Was ist wichtig, was müssen wir als nächstes in Angriff nehmen: einen Brunnen, eine Pumpe oder einen Weg? Das, was man bei uns oft verächtlich Palaver nennt, hat ungeheuer große ... *(Abg. Roppert: Sie sind mit dabei! — Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* Herr Kollege! Sie können mich damit weder aus der Ruhe noch aus dem Konzept bringen. Palaver ist ein Wort, das bedeutet, daß Gruppen in Dörfern zusammensitzen und über ihre ureigensten Probleme sprechen. *(Abg. Roppert: Das hat das Reden so an sich!)* Man muß sagen, daß das für diese Dörfer eine ungeheuer wichtige Rolle gespielt hat. Es hat in der konkreten Situation zur Folge gehabt, daß die Frauen, wie ich schon vorhin gesagt habe, um zirka 5 Uhr in der Früh aufstehen und um 12 Uhr in der Nacht ins Bett kommen, und zwar nach Erledigung der Heimarbeit in einem Jute-Projekt, der Hausarbeit, der Versorgung von Mann und Kindern. Sie tragen auch zur gesellschaftlichen Diskussion, zu der Frage bei, wie es mit der Entwicklung eines Dorfes weitergehen soll. Sie sind — wenn Sie sich das ausrechnen, kommen Sie auf diese Zahl — 18 oder 19 Stunden auf den Beinen. *(Abg. Roppert: Gibt es natürliche Schädlinge bei Jute: Einen Juteborkenkäfer?)*

Die Hütten sind aus Bambus gebaut. Sie werden vielerorts dafür verantwortlich gemacht, daß man die hygienischen Verhältnisse zu wenig beachtet. Dadurch kommt es zu gesundheitlichen Schäden. Von den meisten Häusern auf dem Land müssen mehr als 80 Prozent alle zwei Jahre erneuert werden. Es ist ein zusätzlicher Arbeitsaufwand für die Familien, sich alle zwei Jahre einen neuen Lebensraum schaffen zu müssen, für die Bauern, die Jute anbauen, weil man Material für eine Hütte braucht, zum Beispiel Bambus. *(Abg. Schwarzenberger: Dr. Leiner wird anschließend eine Dopingkontrolle machen! — Abg. Roppert: Unter Aufsicht der Präsidenten!)*

Ich habe schon gesagt, daß in Bangladesch nur zirka 20 Prozent der Bewohner einer Stadt über einen Wasseranschluß verfügen und überhaupt nur drei Prozent über Elektrizität. Auf dem Land

Mag. Marijana Grandits

gibt es überhaupt keine Elektrizität. Dort haben 15 Millionen Menschen im Umkreis von mindestens 400 Metern keinen Wasseranschluß. Das heißt, die nächste Wasserstelle, ein Brunnen oder ähnliches, ist mindestens 400 Meter vom Wohnort entfernt. Über 11 Millionen Menschen haben in ihrer Umgebung einen schadhafte Wasseranschluß.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Man muß bedenken, welche hygienischen Auswirkungen das hat und was das vor allem für die Ernährung und für den Gesundheitszustand von Kindern bedeutet. An dieser Stelle fällt mir wieder die Geschichte mit der Nestlé-Trockenmilch ein. Wir Europäer kamen auf die großartige Idee, Trockenmilch in diese Länder zu schicken, weil wir dachten, dann würden die Frauen in Bangladesch ihre Kinder leichter ernähren können. Wir taten dies, obwohl die Wasserversorgung dort nicht gegeben ist und das Wasser von Haus aus nicht sauber genug ist. Es kam dann zu Krankheitsformen und -erscheinungen seltener Art, die auch wir verursacht haben.

Unsauberes Wasser ist eben die Quelle vieler Krankheiten, im besonderen von Cholera, Typhus und Wurmkrankheiten. Dadurch können auch Seuchen auftreten. Ich habe schon gesagt, daß das größte Problem die Hygiene und die Gesundheitsversorgung waren, die man von Anfang an versucht hat, in diesen integrativen Projekten zu berücksichtigen. Man suchte nach Formen, die das verbessern. Das ist in allen Projekten, die mit Jutetaschen zu tun haben, äußerst positiv gelungen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Mir erscheint noch ein Punkt sehr wichtig. Wir tun immer so verächtlich und sagen: Das sind doch unterentwickelte Länder! Wie schaut das aus? Sie tun das nicht, und sie können das nicht! Aber das größte Problem ist die Überbevölkerung. Ich habe darauf schon im Zusammenhang mit Bangladesch hingewiesen.

Ich möchte Ihnen nur ein Faktum in Erinnerung rufen, und zwar die Frage der Energie. Ein Amerikaner verbraucht so viel Energie wie zwei Europäer. Zwei Europäer verbrauchen so viel Energie wie 55 Inder respektive Bengalesen. *(Abg. Schwarzenberger: Was hat das mit Jute zu tun?)* Das hat damit zu tun, daß diese Menschen sehr ressourcenschonend leben, daß diese Menschen sehr energiesparend und ökologisch leben und erzeugen, und Jute ist ein gutes Beispiel dafür, wie das funktionieren könnte. Hingegen sind wir die Verschwender von Energie und Rohstoffen. *(Beifall bei den Grünen.)* Ich habe schon gesagt: Ein Amerikaner verbraucht so viel Energie wie zwei Europäer, 55 Inder, 180 Tansanier und 900 Nepali.

Ich möchte nun diese Zahlen in Relation stellen zu der Frage und zu dem Problem der Überbevölkerung, das vor allem die FPÖ immer wieder erwähnt. Ich glaube nicht, daß wir das Recht haben, zu sagen: Wie schrecklich, die Leute in Bangladesch können sich nicht zurückhalten!, wie das bei uns so schön heißt. Wieso machen sie so viele Kinder und weiß der Kuckuck was? Ich stelle einmal einen Vergleich an — ich beschränke mich jetzt nur auf den Energieverbrauch —: Unser Energieverbrauch ist im Vergleich zu Indien um das 55fache höher. Das heißt, nach dieser Rechnung haben 55 Menschen aus Bangladesch die Berechtigung zu leben, und wir tun so überheblich. Ich spreche gar nicht von den anderen Konsumgewohnheiten, ich spreche nicht von unserer Art, zu produzieren, davon, wie wir Plastik herstellen, was das bedeutet, wieviel Energie dabei verschwendet wird, immer gesehen im Verhältnis zu der Art, wie Jute produziert wird.

Das ist ein wirklich wichtiger Punkt, weil er zeigt, wie falsch wir in Österreich, ja überhaupt in Europa, sehr oft die globalen Probleme bewerten und wie eurozentristisch wir nach Lösungen suchen, etwa indem wir sagen: Ja, die sollen alle Geburtenkontrolle machen! Ich sage auch: Das ist ein Punkt, mit dem man sich beschäftigen muß! Aber trotzdem sollte man die realen Verhältnisse sehen, trotzdem sollte man berücksichtigen: Wie leben Menschen, was verursachen sie auf dem Planeten Erde, und welche Folge hat das für die Möglichkeit der Menschheit, zu überleben? Sowohl die Juteproduktion als auch die Lebensform der Menschen in Bangladesch ist im Vergleich zu uns vorbildlich. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir sollten auch überlegen, wofür wir unser Geld ausgeben, wenn wir uns die Frage stellen: Wollen wir solch ein Übereinkommen wie dieses Jute-Übereinkommen unterstützen? Werden wir uns daran beteiligen? Wir werden dem beitreten, es ist absolut in Ordnung, aber es geht um eine lächerliche Summe von, ich glaube, 40 000 S im Jahr. Andererseits muß man zur Diskussion stellen, daß der Großteil des Geldes in der reichen Welt nach wie vor für Rüstung ausgegeben wird. Wir geben in den Industrieländern noch immer mehr Geld für Rüstung und Aufrüstung aus als für Gesundheit und für Schulen. Das ist doch auch ein Punkt, der uns zu denken geben sollte, vor allem dann, wenn es heißt: Wir haben keine Mittel: Ja wie sollen wir denn das machen? Wie sollen wir diesen Ausgleichsfonds schaffen, ein Stabex-System für Rohstoffe, wo man eben dann die Jute stützt? Oder es heißt: Wir haben doch kein Geld, um Alternativprojekte zum Schutz des Regenwaldes zu fördern. Womit sollen wir denn das bezahlen, wenn dann alternative Produktionsformen im Rohstoffbereich gefördert werden? Natürlich geht das nicht, wenn man Abfangjäger

Mag. Marijana Grandits

oder Abwehrraketen anschaffen muß. Das ist doch der Punkt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir können nicht leugnen, daß wir massivst Ressourcen und Energien in allen Bereichen verschwenden. Ich will damit überhaupt nicht sagen, daß wir zurück ins Mittelalter sollen oder daß bei uns was weiß ich was alles gestrichen werden soll. Das ist ein Nonsens. Aber es geht um die Frage: Wie können wir bei uns Dinge umstellen, die wirklich nicht notwendig sind, die eine Industriegesellschaft in ihrem Konsumverhalten zutage gebracht hat, weil man gesagt hat: Na, das muß halt sein! Immer mehr und immer mehr ersticken wir in Müllbergen, die von Tag zu Tag wachsen, größer werden. Andererseits gibt es exzellente Beispiele, wie man naturnah produzieren, erzeugen kann, aber auch leben kann. Es gibt Formen, wo man sagen kann: Es ist nur die Frage zu klären, wie es gemacht wird. Nur: Bei uns wird auch in der Forschung fast alles dafür aufgewendet, andere Formen zu erforschen. Ich nenne jetzt nur das Beispiel Atomenergie. Es wird viel zu wenig in Alternativbereichen geforscht, egal, ob das die Solarenergie, die Windenergie oder was auch immer betrifft. Das ist doch der Punkt! Das zeigt sich auch am Beispiel der Rohstoffe. Wir sind die Verschwender in jeder Hinsicht. Das wäre der Ansatzpunkt, umzudenken. Wir müssen Wege finden, anders zu leben, anders zu produzieren und auch anders zu gestalten.

Die Energiebilanz von einer Plastiktasche, die 25 g wiegt, und einer Jutetasche, die 120 g wiegt, ist folgende: Für eine Plastiktasche braucht man 1,125 kWh, für eine Jutetasche — dabei ist zu beachten, was ich schon erwähnt habe, daß die Plastiktasche 25 g wiegt, die Jutetasche 120 g, also fast das Fünffache — braucht man 0,564 kWh. Jetzt müssen Sie sich überlegen, was das bedeutet.

Diese Berechnungen stammen aus vom Schweizer Nationalfonds finanzierten Forschungsprojekten über neue Analysen über Wachstum und Umwelt. Das sind Ansätze, wo man klarmachen sollte, daß nicht erneuerbare Energien zunehmend an die Grenze geraten, sodaß wir uns ernsthaft darüber Gedanken machen müssen, wie die nächste Generation, wie die übernächste Generation mit dem auskommen wird, was wir auf dieser Erde hinterlassen. Es ist Tatsache, daß bisher viel zu wenig Augenmerk auf erneuerbare Energien gerichtet wurde. Ich meine Sonnenlicht und so weiter. Es kommt noch dazu, daß man für die Plastiktaschen doppelt soviel technische Energie braucht wie für eine Jutetasche. Dazu ist noch zu sagen, daß eine Jutetasche im Normalfall fünfmal länger hält als eine Plastiktasche. Wenn man das alles zusammenrechnet, kommt man auf eine Energieersparnis, die im Vergleich Jutetasche — Plastiktasche das Zehnfache beträgt. Ich glaube,

diese Zahlen sind so eindeutig, daß sie uns zu denken geben sollten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Raubbau, den wir an unserem Planeten betreiben, ist wirklich schon an allen Ecken und Enden sichtbar. Die ganze Geschichte mit dem Regenwald und dem Tropenholz ist ja nur die Speerspitze des Problems. Dort ist es am besten sichtbar, und dort wird man die Auswirkungen wahrscheinlich am stärksten zu spüren bekommen. In allen anderen Bereichen ist es schon klar, daß die derzeitige Art des Wirtschaftens und der Produktion nicht länger durchzuhalten ist. Ich habe das schon am Beispiel der Überbevölkerung verdeutlichen wollen. Das gilt auch für alle anderen Rohstoffbereiche. Jute ist ja nur ein Teilbereich. Nach wie vor sind wir nicht imstande, über die Frage nachzudenken: Wie könnten wir das anders machen? Mit „wir“ meine ich vor allem die entscheidungstragenden Strukturen, die immer zu wenig weit denken. Es gibt genügend Programme, es gibt genügend Analysen, es gibt Bücher, verfaßt von den besten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen der Welt, die sich mit diesen Problemen auseinandergesetzt haben. Aber die Tragik ist, daß diese Erkenntnisse noch immer nicht genügend Eingang in die politischen Strukturen gefunden haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wird dauernd beteuert, auch hier in diesem Haus: Selbstverständlich sind wir für ökologische Formen des Wirtschaftens, selbstverständlich sind die auch sozial ausgerichtet! Ich höre immer nur reine Lippenbekenntnisse, denn wenn es darauf ankommt, es konkret umzusetzen, egal, mit welcher gesetzlichen Maßnahme, dann wird sofort ein Rückzieher gemacht, dann heißt es sofort: Nein, um Gottes willen, das kann man nicht machen! Das ist viel zu problematisch! Das betrifft doch diese oder jene Berufsgruppe, das betrifft uns!

Das ist der falsche Weg! Daraus sollten wir die Konsequenzen ziehen, daraus sollten wir lernen, daß wir anders vorgehen müssen. Vor allem sollten wir eine neue Form der Entwicklung überlegen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Am Beispiel Bangladeschs ist es am besten darzustellen, daß nur eine armutsorientierte Entwicklungsstrategie, wenn es sein muß, eine Entwicklungshilfe — ich würde es „Entwicklungszusammenarbeit“ nennen — sinnvoll ist, denn sonst könnte die Hilfe oder auch die Zusammenarbeit ein Hindernis werden für diese Entwicklung, und daher wird es darauf ankommen, ob es uns gelingt, Formen der Entwicklung zu finden, die Armutsbekämpfung als Zielsetzung haben, die Partizipation der Bevölkerung als Prinzip in sich tragen und die bei uns auch zu einem konsumverändernden Verhalten beitragen. Das sind, glaube ich, drei ganz wichtige Punkte, die wir in Zukunft berücksichtigen sollten.

Mag. Marijana Grandits

Sie wissen, Bangladesch gilt als eines der ärmsten Länder der Welt und ist außerdem von ausländischen Geldern und Ressourcen am abhängigsten. Die Tatsache, daß Bangladesch ja eigentlich erst seit 20 Jahren unabhängig ist — ich habe ja schon vorher erwähnt, daß der Unabhängigkeitskrieg 1971 war —, zeigt doch, in welcher kurzen Periode die Menschen dort erst die Möglichkeit gehabt haben, sich überhaupt mit ihrer eigenen Situation auseinanderzusetzen — und man hat sie in Strukturen hineingestoßen, in denen Abhängigkeiten vom Weltmarkt und von den internationalen Finanzinstitutionen so groß sind, daß es ein Teufelskreis ist auf dieser Makro-, aber auch auf der Mikroebene. Das habe ich ja schon darzustellen versucht. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Die ländliche Armut in Bangladesch ist noch immer im Zunehmen, vor allem deshalb, weil es viel zu wenige Projekte solcher Art gibt, von denen ich gesprochen habe, die sich nämlich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren und die in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung entwickelt und dann auch durchgeführt werden.

Die FAO kommt zum Schluß, daß das hohe Maß an Armut nur dann überwunden werden kann, wenn es gelingt, neue Formen des Handels und der Weltwirtschaftsformen in Ländern wie beispielsweise in Bangladesch auch durchzusetzen. Sonst gibt es ganz wenige Chancen, sonst sind solche Projekte, von denen ich gesprochen habe, die natürlich gut und sinnvoll sind, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und das sollte uns klar sein, denn man tut bei uns so — vorwiegend bei uns —, daß die zunehmende Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung beispielsweise in Bangladesch so etwas wie eine Folge von Naturkatastrophen ist. In bezug auf Bangladesch wird das überhaupt sehr häufig nur so betrachtet: Wirbelstürme, Fluten, Dürren, Bevölkerungswachstum habe ich schon genannt. Also alles andere ist schuld, nur nicht unser Lebensstil, nur nicht unser Wirtschaften, und dann vielleicht auch noch, so sagen wir, die Unfähigkeit dieser Menschen. Also es wird alles darauf zurückgeführt, daß hier einfach nichts zu machen ist.

Hingegen wird überhaupt nicht berücksichtigt, daß Bangladesch zu den fruchtbarsten Ländern der Erde gehört, grundsätzlich mit ganz großen Wasserressourcen ausgestattet ist und ein verhältnismäßig mildes Klima hat, große Gasvorräte und wichtige Ressourcen einer Gesellschaft, die eben notwendig sind, um zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen beizutragen.

Das heißt, es kann doch nicht nur an diesem Land und an den Bedingungen liegen — es muß doch noch irgend etwas sein, was von außen eine enorm große Rolle spielt.

Ich möchte noch einen Punkt hier an diesem Beispiel der Naturkatastrophen kurz ausführen, und zwar die Geschichte der Klimakatastrophe, von der sehr oft gesprochen wird. Es gibt in der Zwischenzeit schon Studien, die ganz klar beweisen: Wenn es — und wenn wir nichts tun, dann wird es dazu kommen — zu einem Klimaumsturz kommt — und die Abholzung des Regenwaldes ist einer der Gründe, das möchte ich auch hier am Rande erwähnt haben —, dann werden in erster Linie wieder die armen Länder davon betroffen sein. Es werden nicht Länder wie die Vereinigten Staaten oder Holland davon betroffen sein, wo man eben mit dem Bau von Dämmen beginnt. In Kalifornien verdient die Bauwirtschaft sehr gut daran, in Holland ist auch ein ausgeklügeltes System von Dämmen und Schutzwällen jetzt schon vorhanden, und sollte der Meeresspiegel steigen, dann ist das überhaupt keine Frage, in den wirklich reichen Ländern wird man sich auch darauf einstellen können, und man wird eben alles investieren, damit das geschieht.

Wer wird davon wirklich betroffen sein? Das sind Staaten und Länder wie Bangladesch, denn die letzte Sturmflutkatastrophe war ein Vorbote von solchen Phänomenen. Und das wird Millionen von Menschen betreffen. Und wieder hat das mit uns zu tun. Das ist keine Naturkatastrophe, die plötzlich, aus heiterem Himmel über uns hereinbricht, sondern das sind hausgemachte Katastrophen — und wir tragen alles dazu bei.

Daher sollten wir wirklich jetzt überlegen, wie kann man das stoppen, denn das wird Hunderttausende Tote bedeuten. Wir hatten ja schon bei der letzten Katastrophe in Bangladesch mehr als 100 000 Tote. Die Verantwortung und die Hintergründe liegen nicht bei diesem Land. Das ist eine weltweite Erscheinung, an der wir mitbeteiligt sind mit unserem Lebensstil, an der wir mitbeteiligt sind auch durch die Abholzung der Regenwälder, und das möchte ich hier klargestellt haben. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe ja schon gesagt: Bangladesch gehört von der Struktur her — Wasserressourcen, Boden — zu den fruchtbarsten Ländern dieser Welt. Aber in keinem Land des Südens ist der Einfluß der internationalen sogenannten Gebergemeinschaft so hoch — quantitativ und qualitativ — und so gesellschaftsprägend wie in Bangladesch. Dort ist es par excellence gelungen, sich teilweise Eliten heranzubilden, die eine Form des Neokolonialismus weiterführen — die Großgrundbesitzer, die politischen Eliten —, die alles dazu beitragen, die eigene Bevölkerung sozusagen in Armut zu belassen. Es wird aber auch alles dazu beigetragen, daß die Abhängigkeit von der internationalen Staatengemeinschaft nicht verringert wird, daß diese Abhängigkeit von den Finanzin-

Mag. Marijana Grandits

stitutionen und den anderen internationalen Organisationen bestehen bleibt.

Der Großteil der getätigten Ausgaben kommt aus dem Ausland, und die historische Situation, daß nach der Beendigung des Entkolonialisierungsprozesses das Land auch heute beinahe ausschließlich in ausländischen Händen ist, ist für mich eben dieser Neokolonialismus. Und das ist eben das Problem: daß das Land in dieser Abhängigkeit gehalten wird. Und daher sind nirgendwo die übernommenen Strukturen aus der Kolonialzeit so sichtbar wie eben in Bangladesch. *(Beifall bei den Grünen.)*

Daher sollten die Anstrengungen, die unternommen werden, immer zweigleisig laufen, und ich habe schon davon gesprochen, daß es mehr als sinnvoll wäre, die Projekte an diesen Beispielen der Juteprojekte so auszurichten, daß das Problem von den Menschen selbst definiert werden kann und auch die Lösungen von den Betroffenen selbst erarbeitet werden können, denn das bietet die größten Chancen, daß sie dann auch umgesetzt werden.

Das nächste ist die aktive Partizipation der Betroffenen an solchen Projekten. Und dann kommen noch dazu die Solidarität und die kollektive Aktion, die natürlich von uns kommen muß. Das ist der aktive Beitrag, den wir in dieser Situation leisten können. Die ökonomische Verbesserung muß auch über die internationalen Institutionen und Finanzinstitutionen geschaffen werden. Daß solche Projekte dann auch zur Stuserhöhung und zu politischen Partizipation der Betroffenen führen, das habe ich ja schon ausgeführt an diesem Beispiel der Juteerzeugung.

Diese Konzepte, die nicht nur als Einzelmaßnahme angewendet werden sollen, sondern als Gesamtentwicklung dienen sollten, beispielsweise einer gesellschaftlichen Gruppe wie Frauen oder beispielsweise in einem Dorf als Dorfentwicklungsprojekte, das sind doch Hoffnungsträger, die uns den Weg weisen sollten *(Abg. Steinbauer: Wohin?)* in eine *(Abg. Steinbauer: In eine Jute!)* Jute-Zukunft. Richtig, Herr Kollege Steinbauer. Ich will damit sagen, daß die Jute ein Beispiel ist, wie man die Kooperation zwischen Nord-Süd anders gestalten und verbessern kann. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Die Tatsache, daß es Hunger in einem fruchtbaren Land wie Bangladesch gibt - davon habe ich ja schon kurz vorher gesprochen - , sollte uns zu denken geben, denn es bedeutet ja eigentlich, daß im System etwas falsch ist und daß wir uns voll darauf konzentrieren müssen in unseren Bestrebungen, in den Beziehungen mit diesen Ländern, ihre Selbstversorgung zu ermöglichen und zu garantieren.

Sehr oft ist es schon geschehen, daß man Bangladesch, vor allem auch in den amerikanischen Medien, als düsteres, hoffnungsloses Hungerland abgetan hat, wo eben die Bedingungen so sind, wo die Menschen nicht imstande sind, ihre Situation zu verbessern, und die Folge davon wäre eben eine ständige Auslandshilfe, auf die Bangladesch angewiesen sei. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Daß Bangladesch aber ein blühendes Land sein könnte, das Eigenversorgung haben und gleichzeitig mit der Juteerzeugung am internationalen Markt teilnehmen könnte und in dem die Menschen auch ein menschenwürdiges Leben und Dasein führen könnten, ist keine Illusion, sondern das ist eine Frage des politischen Willens. Das ist eine Frage der Anstrengungen, die auch wir unternehmen. Es ist die Frage: Wollen wir solche Länder wie Bangladesch weiterhin in einem Abhängigkeitsverhältnis belassen, oder wollen wir es anders machen?

Es gibt immer wieder Berichte von Gruppen, die in Bangladesch waren, die sagen, man fährt durch Gegenden, die zeigen, daß es ein fruchtbares, blühendes grünes Land ist, daß üppige Kulturlandschaften vorhanden sind, die durch extrem harte Arbeit von den Menschen geschaffen werden, und daß es Reisfelder gibt über das ganze Land, Kürbistauden, Bambusdächer. Bambus wird natürlich auch angebaut, den die Bauweise, wie ich schon gesagt habe, ist vorwiegend von Bambus geprägt, die Bambusdächer sind sozusagen ein Merkmal dieses Landes. In den Dörfern ergibt das ein einheitliches Bild, das zeigt, daß diese Menschen in ihrem Lebensstil ganz stark mit diesem natürlichen Kreislauf noch in Verbindung stehen und diesen auch leben, obwohl das sehr viel Anstrengung bedarf.

Ich habe schon gesagt, daß es einen fruchtbaren Boden gibt, Wasser reichlich vorhanden ist und das Klima auch dazu geeignet wäre, die Selbstversorgung zu garantieren. Das heißt, man muß sich überlegen, warum es trotzdem diese extreme Armut gibt in den Slums, in den Dörfern, warum Menschen nach wie vor in der Hauptstadt von Bangladesch, in Dhaka, auf der Straße sterben und der Hunger Tausende von Menschenleben noch immer als Opfer fordert.

Das sind doch Dinge, die einem zu denken geben müssen, und natürlich sind es immer die Ärmsten, die es sich nicht leisten können, Reis zu kaufen, Gemüse zu kaufen. Wenn wir diesen Kontrast von üppiger Schönheit und der verzweifelt Lage vieler Menschen begreifen wollen, dann können wir verstehen, was strukturelle Gewalt ist, und dann können wir verstehen, warum es so wichtig ist, auf der internationalen Ebene eben etwas zu unternehmen, denn das ist ein Kampf, der lautlos vor sich geht, das ist ein

Mag. Marijana Grandits

Kampf, der nicht über unsere Fernsehschirme flimmert, erst dann, wenn man wie in Somalia oder im Sudan jetzt die sterbenden Kinder präsentieren kann. Aber das ist ein schleichender Tod, und das ist eine schleichende Art der Gewalt, die man bekämpfen sollte, und es ist auch ein versteckter Tod, und das ist wahrscheinlich der Grund, warum wir ihn nicht wahrnehmen wollen und warum wir kaum bereit sind, den Kampf mit dieser Gewalt und mit diesem Tod aufzunehmen. Aber das ist unser Anliegen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe schon gesagt, daß die Menschen wahn-sinnig viel arbeiten und daß Bangladesch in diesem Delta der drei großen Flüsse liegt, dem Brahmaputra, dem Ganges und dem Meghna, die das Land durchqueren und dann in den Golf von Bengalen münden und wirklich gute Voraussetzungen schaffen für die Selbstversorgung und für eine fruchtbare Landwirtschaft. Aber die Bedingungen sind eben nicht da. Ich habe auch schon versucht, darauf hinzuweisen, daß von jeder größeren Flut- oder Naturkatastrophe ein Land wie Bangladesch am stärksten betroffen sein wird, denn, vielleicht wissen Sie es, der Großteil des Landes liegt weniger als 30 Meter über dem Meeresspiegel, und es gibt sogar Gegenden, wo das schon fast an den Meeresspiegel herankommt, und genau das sind dann die Probleme, die bei solchen Flutkatastrophen die gesamten Auswirkungen verstärken und zu ungeheuren Opferbilanzen führen.

Die Böden, die durch das Schwemmland der Flüsse geschaffen wurden und ebenso fruchtbar sind, wären eine ideale Voraussetzung für die Landwirtschaft.

Es können das ganze Jahr hindurch Feldfrüchte angebaut werden. Das ist auch ein Grund, warum eben die Jute so gut gedeiht: weil Jute eine Pflanze ist, die in einem milden Klima, wie es Bangladesch aufweist, sehr gut gedeiht. Dazu kommt, daß es genügend Oberflächenwasser und große Grundwasservorkommen gibt, die auch zur Bewässerung von trockenen Wintern herangezogen werden können, womit eigentlich auch gute Voraussetzungen für Reisfelder, für Fische, aber auch für den Anbau von Jute gegeben sind.

Es ist noch zu erwähnen, daß Bangladesch vermutlich einen der größten Bestände an Süßwasserfischen aufweist. Ich habe schon erwähnt, daß in diesem Dorfprojekt ein Zweig der Dorfentwicklung dem gewidmet wurde, daß man die Fischerei in diesen Dörfern wieder attraktiv gemacht hat, daß man versucht hat, mit neuen Techniken die Fische zu verarbeiten, und zwar sowohl für den eigenen Bedarf als auch für andere Märkte in der näheren Umgebung.

Ich glaube, das wichtigste Prinzip ist auch in diesen Ländern, daß die Nahversorgung oberste Maxime sein sollte. Denn es wäre wahrscheinlich wirklich das Schlimmste, würden wir versuchen, unser System dorthin zu tragen, wo wir die meisten – sagen wir nicht alle – Strukturen im Bereich der Nahversorgung kappen und von Tag zu Tag mehr dazu übergehen, zentralistisch und über den halben Kontinent hinwegführend Waren hin und her spazierenzuführen. Dies hat negative ökologische Auswirkungen, und daher ist es ein ganz wichtiges Prinzip, daß bei Projekten in Ländern wie Bangladesch nicht wieder dieser gravierende Fehler gemacht wird, daß man den Menschen dort großartig erzählt, es gibt sozusagen Arbeitsteilung, und irgendwoher bekommt ihr dann schon eure Waren. Damit trägt man wieder zur ökologischen Zerstörung dieses Landes bei, weil Hunderte von Kilometern Gemüse hin und her transportiert wird. Dieses absurde Wirtschaften, dieses System, das wir in der nördlichen Hemisphäre haben, werden wir hoffentlich nicht über unsere Form der Entwicklung in diese Länder tragen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Bevölkerungsdichte von Bangladesch ist ja eigentlich nur ein Ausdruck dafür, wie reich dieses Land vom Boden her ist, denn es wird Ihnen bekannt sein, daß in Ländern, die karg und schlecht bewirtschaftbar sind, die Bevölkerungsdichte sehr gering ist. Das ist eine logische Konsequenz, und die dichte Besiedelung des Deltas wurde nur durch die hohe Produktivität der Landwirtschaft ermöglicht, so wie das früher auch in den Tälern des Nils der Fall war.

Kein größerer Flächenstaat hat eine höhere Bevölkerungsdichte als Bangladesch; das habe ich auch schon erwähnt. Das ist nämlich ein wichtiger Punkt, weil man daran ersieht, daß dort eine entsprechende Struktur des Landes vorhanden ist, daß man auch optimal arbeiten könnte, damit diese Menschen versorgt werden können und eine reale Lebensgrundlage haben.

Dies ist auch deswegen bemerkenswert, weil das Land grundsätzlich kaum verstädtert ist. Erst durch diese Abhängigkeit der Kleinbauern, dadurch, daß man sie zu Tagelöhnern gemacht hat, und der große Einfluß der Großgrundbesitzer haben zu einer Landflucht geführt, und erst dadurch sind die Slums entstanden.

Grundsätzlich ist die Struktur in Bangladesch so, daß acht von zehn Bengalen im ländlichen Bereich wohnen, also Dorfbewohner sind, und die meisten leben von der Landwirtschaft. Obwohl das Ackerland in Bangladesch so fruchtbar ist, ist die Mehrzahl der Bevölkerung sehr arm. Das durchschnittliche Jahreseinkommen beträgt um die 160 US-Dollar.

Mag. Marijana Grandits

Auch die Lebenserwartung ist sehr niedrig. Jedes vierte Kind in Bangladesch stirbt vor dem 5. Lebensjahr — das zeigt, welche Verhältnisse in diesem Land herrschen —, und viele sterben an Unterernährung. 80 Prozent der Familien haben nicht so viel zu essen, um den minimalen Kalorienbedarf zu decken. 60 Prozent der Bevölkerung leiden an Proteinmangel.

Das Gesundheitswesen ist wenig entwickelt, und dies eben nur — wie ich bereits gesagt habe — in manchen städtischen Bereichen und in Kleinprojekten, wo man durch Selbsthilfe alternative Möglichkeiten geschaffen hat.

Nur ein Viertel — oder etwas mehr als ein Viertel — der Bevölkerung kann lesen und schreiben. Ich habe ja schon aufgezeigt, wie sinnvoll diese integrativen Projekte waren, die dazu beigetragen haben, daß die Alphabetisierungskampagne gefördert wurde und die Bildungsrate der Menschen erhöht wurde. Eine Studie im Auftrag des US-Senats hat gezeigt, daß Bangladesch reich an Arbeitskräften, Wasser, fruchtbarem Land, Grundstoffen, die auch zur Düngerezeugung notwendig wären, ist, reich genug also, um sich selbst zu ernähren, um sich selbst zu versorgen. Ja nach dieser Studie könnten sie sogar Nahrungsmittel exportieren, wenn es gelänge, die Bevölkerungszahl auf dem derzeitigen Niveau einzufrieren.

Trotz des fruchtbaren Bodens und der idealen Anbaubedingungen ist die Agrarproduktion pro Hektar in Bangladesch eine der niedrigsten der Welt. Nach einem Dokument der Weltbank liegt in Bangladesch der Durchschnittsertrag für Reis gegenwärtig bei 1,2 Tonnen pro Hektar, in Sri Lanka dagegen — das nur als Vergleich — bei 2,5 Tonnen. In Taiwan hingegen, wo das Klima wesentlich rauher ist als in Bangladesch und die Bewirtschaftung daher viel arbeitsintensiver ist, liegt der Ertrag bei 4 Tonnen. Das heißt also, daß auch die landwirtschaftliche Produktion in Bangladesch stagniert — die heutigen Erträge sind ähnlich wie vor einigen Jahrzehnten.

Nun sollte man sich damit beschäftigen, wie dieses Paradoxon zustande kommt, und an dieser Stelle muß man darauf hinweisen, daß wir, die Industrieländer, Entwicklung als einen kontinuierlichen Prozeß des Fortschritts betrachten, als einen Fortschritt, der einfach historisch und linear gegeben ist und immer weitergehen kann. Daher sind andere Länder einfach etwas zurückgeblieben, und wenn wir ihnen irgendwann einmal unsere modernistischen Formen des Wirtschaftens beibringen, wird auch Bangladesch in zwanzig oder dreißig Jahren imstande sein, so zu leben wie wir.

Diese Betrachtungsweise ignoriert aber die Tatsache, daß die Schicksale der Völker so verknüpft waren, daß sehr oft eine Nation auf Kosten der

anderen profitiert hat. Ostbengalen ist wie die meisten Länder des Südens in einer traditionell langen Beziehung mit Europa gestanden. Es hat ein Handel mit Europa stattgefunden, der später die politische Beherrschung durch eine europäische Kolonialmacht zur Folge gehabt hat. Die Strukturen Bangladeschs — vor allem auch im Bereich Landwirtschaft und Juteerzeugung — sind genau zu dieser Zeit gelegt worden. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das heißt, das Ganze hat also schon viel, viel früher begonnen und hat auch wieder mit uns zu tun. Es hat mit unserer Geschichte etwas zu tun, und es hat mit der Entwicklung unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaftsform und unserem Lebensstil zu tun. Das Erbe der kolonialen Vergangenheit Bangladeschs ist nur eine Variante des Schicksals all dieser Staaten, die mit Kolonialismus in Berührung gekommen sind.

Die Region war gedacht als Zulieferin für den Weltmarkt, vor allem im agrarischen Bereich. Dadurch gingen lokale Produktionseinheiten zugrunde, auch lokale Industrien, und die Produktion von Nahrungsmitteln hat dadurch stagniert. Wir haben uns diese Länder, wie beispielsweise Bangladesch, zu Produzenten herangezogen. Das Beispiel Jute ist eben ganz eklatant.

Daher hat sich das Land nicht entwickelt, wie wir das sagen würden, sondern es hat sich in die entgegengesetzte Richtung bewegt, also nach unseren Begriffen — in Anführungszeichen — „unterentwickelt“.

Die europäischen Händler, die im 16. Jahrhundert nach Bangladesch gekommen sind — zuerst die Portugiesen, später die Holländer, Franzosen und Engländer —, waren damals schon legendäre Textilhändler. Es hat damals einen der größten Industriebereiche in dieser Gegend gegeben, und das war die Textilindustrie. Es ist schon frappant, finde ich, wenn wir uns das jetzt vor Augen führen, daß Ostbengalen dadurch eben diese berühmten Kaufleute angezogen hat, die halt dorthin gekommen sind, um mit diesen Textilien, die dort erzeugt wurden, zu handeln. Man kann heute noch im Museum von Dhaka die berühmten Dhaka-Musselins bewundern, die früher für die Höfe Europas und Asiens erzeugt wurden und überall sehr hoch geschätzt waren und bewundert wurden, beispielsweise die kunstvollen Turbane.

Das heißt also, es gibt eine Tradition in der Textilerzeugung, im landwirtschaftlichen Bereich, es gibt eine ganz klare Verbindung, daß es dort Techniken zur Jute-, zur Textilerzeugung im landwirtschaftlichen Bereich gegeben hat, die die Menschen gekannt haben, die sie uns sozusagen exportiert haben, die sie zu uns gebracht haben. Es gibt da ein Beispiel eines Turbans, der zehn Meter lang und einen Meter breit und so fein ge-

Mag. Marijana Grandits

webt ist, daß er zusammengefaltet in eine Zündholzschnitzschachtel passen würde. Man muß sich vorstellen, das war im 16., 17. Jahrhundert! Die Weber von Dhaka haben das alles mit ihren Handwebstühlen gemacht, wie sie heute in konkreten Projekten im Zusammenhang mit dieser Juteaktion wieder verwendet werden. Das heißt, das hat alles eine Tradition und eine Wurzel.

Besonders stark war natürlich die Baumwollindustrie, aber auch da hat Jute eine große Rolle gespielt. Wie konnte es geschehen, daß diese Baumwollindustrie mehr oder weniger vernichtet wurde beziehungsweise zumindest in Bedeutungslosigkeit versunken ist? Nachdem die britische East India Company die moslemischen Herrscher in Bengalien besiegt hat und das Land beherrschte, hat dieser Übergang, dieser Wechsel vom Handel zur Plünderung stattgefunden. Leider Gottes gibt es viele Bereiche, die sich bis heute erhalten haben, denn ein Teil des heutigen Weltwirtschaftshandels - Jute ist wieder ein Beispiel hierfür - stellt nach wie vor Plünderung und nicht Handel dar. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es hat unendlich viele Formen gegeben, die armen Weber zu unterdrücken; dazu gehörten auch Gefängnisstrafen. Man peitschte sie aus, zwang sie, Schuldscheine zu unterschreiben. Es wurden also alle nur erdenklichen Formen der Schurkerei an den Tag gelegt, damit die Kaufleute der Company das Tuch der Weber für einen Bruchteil seines Wertes erwerben konnten. Und genau das passiert heute wieder in diesem Kreislauf des Handels.

Eine Ironie der Geschichte ist, daß die Profiteure aus diesem lukrativen Handel mit bengalischen Textilien dazu beigetragen haben, Englands industrielle Revolution zu finanzieren. Das war ja sozusagen die Vorstufe. Als die eigene mechanisierte Textilindustrie groß geworden ist, haben die Engländer alle konkurrierenden bengalischen Textilerzeuger ausgeschaltet, indem sie ein sehr kompliziertes Netzwerk aus Verboten und Schutzzöllen errichtet haben, das man eigentlich mit dem heutigen Weltwirtschaftssystem vergleichen kann, und wo wir jetzt versuchen, mit einem solchen Übereinkommen, wie wir es heute beschließen werden, um Millimeter dem entgegenzusteuern, was eigentlich, in seiner Gesamtheit betrachtet, lächerlich ist. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Es ist damals schon genau das geschehen, was jetzt immer wieder gemacht wird, und zwar Protektionismus, indem man versucht hat, den britischen Markt für Textilien aus Bangladesh, aber auch aus Indien zu sperren, zu besteuern, um die eigene Textilindustrie zu fördern, zu forcieren. Das ist ein Mittel, das auch heute sehr oft angewendet wird. So kam es zur völligen Zerstörung der einheimischen Industrie, und damit begann

die große Not der Bevölkerung von Bangladesh. Das Elend von Bangladesh und die heutigen kleinen, kleinen Ansätze, dem entgegenzuwirken, sind das Ergebnis einer Geschichte des Handels, und zwar ohne Beispiel. Es war wirklich exemplarisch, wie das durchexerziert wurde.

Das hat sich auch ausgewirkt auf die Struktur in Bangladesh. Die Bevölkerungszahl in den Städten nahm ab, die Weber wurden aufs Land zurückgedrängt, und heute findet man noch kaum besondere Sorten dieser seidigen Baumwolle, die früher angebaut wurde und aus welcher diese kunstvollen Stoffe eigentlich erzeugt wurden, die solch großes Ansehen zur Folge hatten. Die Bevölkerungszahl ist auch in der Hauptstadt Dacca gesunken. Die Menschen auf dem Lande versuchen jetzt, im Bereich Landwirtschaft irgendwie Fuß zu fassen, zu überleben, aber leider gelingt ihnen dies nur zu einem geringen Teil.

Während sich England aufgrund dieser „Phänomene“ entwickelt hat, also in unserem Sinne davon profitiert hat, wurde Bengalen „unterentwickelt“. Das heißt, die einheimische Industrie verfiel, und die neue Rolle, die Bangladesh dann eingenommen hat, war die Rolle als Produzent agrarischer Rohstoffe. Und das ist das Problem, in dem sich Bangladesh heute noch befindet. Die Formen des Arbeitssystems unterschieden sich wenig von der Sklaverei.

So zwangen etwa europäische Pflanzler die Bauern dazu, zuerst Indigo anzubauen, dann gab es eine Indigo-Meuterei, und bald wurde Jute - die Faser, die man eben neu entdeckt hat - zur Grundlage für neue Formen der Landwirtschaft und des Handels. Jute ist eine Faser, aus der man eben Seile und Säcke macht, und daher hat sie bei uns häufig Verwendung gefunden.

Zur Zeit der Jahrhundertwende erzeugte Ostbengalen mehr als die Hälfte der Weltproduktion an Jute. Man muß sich einmal vor Augen führen, was das bedeutet! Bis zum Ende der britischen Kolonialherrschaft wurde keine einzige Anlage im Bereich der Juteerzeugung errichtet, wodurch die Weiterverarbeitung dieses Produkts hätte forciert werden können. Das heißt, man hat natürlich gewollt, daß Bangladesh Jute als Rohstoff erzeugt, aber die Veredelung, die Verarbeitung wurde in Großbritannien gemacht. Denn das hat ja zur Wertschöpfung in der eigenen Wirtschaft geführt, das hat auch zum Wohlstand der eigenen Wirtschaft beigetragen, und das bedeutete einen enormen Schub in bezug auf die Industrialisierungsphase Großbritanniens.

Darin liegen auch die Wurzeln des heutigen Problems: Man hat versucht, die Rohjute entweder in aufstrebende Metropolen - die auch unter britischer Kontrolle standen - oder direkt nach

Mag. Marijana Grandits

Großbritannien zu bringen, um sie dort zu verarbeiten und dann zu exportieren.

Das heißt, die Engländer förderten dadurch auch nicht die Landwirtschaft, sondern sie führten ein neues System des Grundbesitzes in Ostbengalen ein. Bevor sie dorthin kamen, gab es keine Art des Privatbesitzes, sondern es gab eine andere Form der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen, aber kein Privateigentum im Bereich der Landwirtschaft.

Man konnte also Land weder kaufen noch verkaufen, die Bauern hatten das Recht, das Land zu bebauen, und die Würdenträger der moslemischen Elite hatten das Recht, Steuern einzuheben. Ich habe schon gesagt, daß diese Steuern nicht auf eine bestimmte Fläche bezogen waren, sondern, wenn überhaupt, dann auf den Ernteertrag. Das hat die Situation für die Bauern erleichtert, weil es bedeutete, daß sie bei einer guten Ernte die Steuern leichter bezahlen konnten und es bei einer schlechten Ernte nicht so viel war, daß es ihre Existenz in größerem Maße beeinträchtigt hätte.

Hingegen ist es so gewesen, daß die Engländer bereits im 18. Jahrhundert dazu übergegangen sind, plötzlich Landeigentum an diese herrschenden Eliten abzugeben, und zwar an die Samindari — so haben diese Moslemherrscher geheißen —, und dann haben sie verlangt, daß man ihnen, den Engländern, dafür in Zukunft jährlich Steuern abliefern soll. Die Engländer haben dadurch natürlich loyale Schichten von einheimischen Eliten geschaffen, die ihre Interessen zwar vertreten haben, aber es hat sich die gesellschaftliche Struktur dieses Landes durch dieses neue System grundlegend geändert. Und genau darin liegt der Grundstein vieler ihrer heutigen Probleme.

Die loyalen Unterstützer der heimischen Eliten haben dort gleichzeitig zur Finanzierung der Verwaltung beigetragen, denn das Kolonialsystem hat auch für damalige Begriffe schon ein relativ aufwendiges Verwaltungssystem gehabt, und jetzt ging es darum, das auch zu finanzieren.

Das wurde über diesen Umweg geschafft, hatte aber zur Folge, daß dieses Land schlagartig in Privateigentum übergegangen ist. Es konnte nun gekauft, verkauft und es konnte auch sonst beliebig darüber verfügt werden. Was passierte, wenn jemand seine Steuern nicht zahlen konnte? — Man hat ihm einfach das Land weggenommen. Das wäre vorher nicht gegangen, denn vorher war alles auf die Ernte bezogen, und die Anzahl der Tonnen von Jute war ausschlaggebend dafür, ob er Steuern zahlte oder nicht.

Es ist zu einer enormen Konzentration von Grundbesitz gekommen, man sprach sozusagen von der Wiege des Großgrundbesitzers. Der Landbesitz der alten moslemischen Aristokraten

wurde dadurch auf eine Kaufmannsschicht umgelegt, die teilweise aus Hindus bestand, die von den Briten aus anderen Gebieten geschickt wurden, die wieder ihre Interessen vertreten haben, was abermals zu einer politischen Veränderung der Herrschenden führte.

In Ostbengalen, wo die Mehrheit der Bauern Moslems waren, besaßen schließlich dann die Hindu-Herrschenden drei Viertel des Landes — und diese Verhältnisse sind auch heute noch größtenteils vorzufinden. Daher nahmen die Konflikte zwischen den Großgrundbesitzern und den Pächtern zu, die teilweise dann auch noch einen religiösen Charakter angenommen haben. Das war die Schlagseite des Ganzen, daß das immer mehr in einen Religionskonflikt ausgeartet ist, weil die einen eben Moslems und die anderen Hindus sind.

Für die Erfindung eines solchen Grundeigentums haben die Herrschenden, die Einflußnehmenden aus Großbritannien, denen als Belohnung dafür zu Reichtum verholfen, was zur Folge hatte, daß sie gesagt haben: Gut, dann werden wir euch helfen, diese Bewirtschaftungsform und die Landgüter zu modernisieren, zu verbessern und eine andere Produktionsform einzuführen!

Es war auf jeden Fall einfacher, Pachtzahlungen zu kassieren, als das selber zu bewirtschaften, und dadurch ist eine unglaublich große Schicht von Landlosen, von Kleinbauern entstanden, die heute ohne Landbesitz sind, aber eigentlich die gesamte Arbeit leisten. Sie können nichts verändern, weil sie eben in diesem System die Abhängigen sind — sie sind ja nur die Pächter.

Das System der Geldverleiher habe ich schon erwähnt. Die Einführung dieses Systems hat die heutige Situation Bangladeshs nachhaltig beeinflußt, und es liegt nun an uns, neue Wege zu suchen, dieses Land in einer neuen Form zu betrachten und neue Methoden für dieses Land zu erfinden. Wir müssen das in den konkreten Projekten angehen.

Ich komme wieder zu jenem Punkt, an dem ich sagen muß, daß es unglaublich überheblich und eurozentristisch ist, zu sagen, die seien an allem selber schuld, denn wir lassen genau diese geschichtlichen Betrachtungen außer acht, weil wir eben nicht wahrhaben wollen, daß uns diese Entwicklung, die auf Kosten des Südens gegangen ist, geholfen hat. Wir wollen ganz einfach nicht wahrhaben, daß unser Wohlstand bis heute noch erkaufte wird, indem diese Menschen in Ländern wie Bangladesch, Indien, in vielen afrikanischen Ländern und auch in südamerikanischen Ländern unzählige Opfer bringen. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Mag. Marijana Grandits

Für mich ist auch noch ein weiterer Punkt sehr interessant: Die Briten haben alles dazu beigetragen, um Spannungen zwischen Hindus und Moslems voranzutreiben, zu verschärfen und so Konflikte zu ihrem Vorteil auszunützen.

Die Engländer haben — nach dem Prinzip: Teile und herrsche! — ihre eigenen Interessen durchgesetzt. Als es dann zu internen Konflikten gekommen ist, hat man die Menschen wieder verantwortlich gemacht für eine Entwicklung, die von außen geschürt wurde, die von äußeren Interessen geprägt war, und zwar von den Interessen Großbritanniens.

Das heißt für mich, daß man auch in einer Situation, in der es dann zum Ausbruch von Krieg, von Konflikt kommt, die Mitverantwortlichkeit von außen, von anderen Ländern . . . (Abg. Mag. Terezija Stoisits begibt sich zum Rednerpult und spricht mit der Rednerin. — Abg. Steinbauer: Eine redet nur — nicht zwei!) Ich glaube nicht, daß die Kollegin Stoisits jetzt eine Wortmeldung gemacht hat. Ich nehme an, daß Sie mich nach wie vor als Rednerin hören. (Abg. Steinbauer: Aber nicht nach den Einflüsterungen! — Abg. Mag. Terezija Stoisits: Und dem, was Ihnen einfällt!) Herr Kollege Steinbauer! Wie, glauben Sie, ist das? Glauben Sie, das ist so wie in der Schule? Sie hat mir jetzt das nächste Lösungswort für die Prüfungsfrage eingeflüstert. (Abg. Steinbauer: Ich passe ja noch auf!)

Nichtsdestoweniger möchte ich auf diesen Punkt zurückkommen, weil mir das schon ein großes Anliegen ist, ich meine damit unsere Verantwortlichkeit in diesem Bereich, wo wir unsere Eigeninteressen so sehr in den Vordergrund stellen und dann andere dazu verwenden, diese Interessen durchzusetzen, das Instrumentalisieren, das so viele Kriege zur Folge hatte und das immer wieder dazu beigetragen hat, daß unzählige Opfer zu beklagen sind. Und wir waschen dann immer wieder unsere Hände in Unschuld und sagen: Die sind ja so brutal und so schrecklich, sie haben so veraltete religiöse, soziale, kulturelle oder sonstige Vorstellungen. — Das kann es ja wohl nicht sein.

Ich habe schon gesagt, daß sich die Großgrundbesitzer nicht selbst an der Arbeit beteiligen, schon gar nicht an der Feldarbeit. Denn sie sind die „großen“ Herren, die halt ab und zu einmal ihre Arbeiter auf den Jutefeldern beaufsichtigen — und mehr nicht. Stattdessen stellen sie Landarbeiter oder Teilpächter ein. Die reichen Bauern — das sind zirka 30 Prozent — arbeiten teilweise selbst mit. Da sie aber mehr Land haben, als sie selbst bebauen können, stellen sie landlose Arbeiter ein, die für sie um ganz wenig Geld arbeiten.

Aber die Last bei dieser Juteerzeugung tragen in erster Linie die armen Bauern, die alles selber

machen müssen, oder die Landarbeiter, die überhaupt landlos sind, kein Grundstück haben, außer vielleicht um das Haus herum ein Stück Garten — wie man das bei uns bezeichnet. Sie leisten als Tagelöhner wirklich schwere Arbeit für die Großgrundbesitzer, sie verdienen sich damit ihr Geld und können trotzdem davon nicht leben. Das ist die Tragödie dabei.

Die Dorfbewohner sind großteils solche Leute, die kein eigenes Land oder nur sehr wenig Land besitzen, und gerade die sind von den Großgrundbesitzern abhängig.

Herr Präsident, ich möchte folgenden Geschäftsantrag stellen: Aus psychologischen Gründen beantrage ich eine kurze Unterbrechung meines Redebeitrages für 2 Minuten. (Abg. Mag. Karin Praxmarer: Das können wir nicht, es war gerade so spannend! — Abg. Edith Haller: Ich weiß noch nicht, was Jute ist! — Abg. Schöll: Was kostet ein Sack Jute?)

Präsident: Frau Abgeordnete! Die Sitzung wird im Einvernehmen mit den zwei anderen Präsidenten unterbrochen, wenn Sie Ihre Rede beendet haben. — Sie sind am Wort.

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (fortsetzend): Frau Kollegin! Da haben Sie nicht zugehört! Nun kann ich wieder anfangen, um Ihnen zu sagen, was Jute ist.

Herr Präsident! Das heißt, mein Geschäftsordnungsantrag wurde abgelehnt? — Sehe ich das richtig?

Präsident: Frau Abgeordnete! Sie sprechen im Rahmen eines Diskussionsbeitrages und können gar keinen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung sind möglich nach Beendigung Ihres Beitrages. Nach § 59 der Geschäftsordnung kann dann der Antrag im Laufe der weiteren Debatte gestellt werden. Wenn jemand sich zur Geschäftsordnung meldet und einen konkreten Antrag stellt, ist ohne Debatte darüber abzustimmen. Aber dazu ist eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung möglich, die Sie Ihrer Klubvorsitzenden dadurch ermöglichen können, daß Sie Ihren Diskussionsbeitrag — weil Sie ja als „normale“ Rednerin gemeldet sind — beenden. (Abg. Ing. Murer: Was kostet ein Sack Jute?)

Abgeordnete Mag. Marijana Grandits (fortsetzend): Ich danke, Herr Präsident.

Die Untersuchungen der ILO, das ist die International Labour Organization, haben ergeben, daß ein Landarbeiter, der beispielsweise ohne eigenes Land in diesen Juteplantagen arbeitet, nur 78 Prozent der Menge Reis konsumiert, die diejenigen verbrauchen, die zum Beispiel 3 Hektar Land oder mehr selbst besitzen, und das, obwohl

Mag. Marijana Grandits

diese Landlosen die Arbeit verrichten und somit mehr als 40 Prozent Kalorien brauchen, weil sie härter arbeiten. — Das ist für mich schon eine sehr beeindruckende Feststellung. *(Abg. Scheibner: Wir wollen sie ja kaufen, aber wir wollen wissen, was sie kostet!)*

Das Problem ist auch, daß natürlich der Landbesitz darüber entscheidet, wer zu essen hat beziehungsweise wer nicht. Sozusagen entscheidet also in Bangladesch die Frage des Landbesitzes auch über Leben und Tod. — Wer hat die Möglichkeit, am Leben zu bleiben, und wer, zu hungern.

Da ja mehr als die Hälfte des Ackerlandes in Bangladesch von Großgrundbesitzern kontrolliert wird, stellt der Landbesitz auch einen Schlüssel zur Macht und somit auch zu anderen Ressourcen dar, die zur Erzeugung von Nahrungsmitteln dienen — beispielsweise Bewässerungsanlagen, Dünger oder ähnliches.

Die landwirtschaftlichen Investitionsgüter, auch für die Juteerzeugung, werden von der Regierung hoch subventioniert. Sie sind daher, vor allem für die ländliche Oberschicht, umso begehrenswerter. Aber auch da ist es für die Großgrundbesitzer wesentlich einfacher, von staatlichen Banken Kredite zu bekommen, noch dazu Kredite mit niedrigeren Zinsen, weil sie immer wieder ihr Land als Bürgschaft verwenden können. Und dann kommt noch hinzu, daß sie mit den Bankbeamten besser umgehen können, daß sie gebildete Menschen sind im Vergleich zu den Landlosen oder den kleinen Bauern. Sie haben aufgrund ihrer besseren Bildung viel mehr Möglichkeiten, sich in ihrer Art darzustellen und für ihre Rechte einzutreten, als Landlose.

Es ist beispielsweise äußerst kompliziert, in Bangladesh Formulare auszufüllen, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Das führt dazu, daß die Großgrundbesitzer auch das Sagen in den dörflichen Kooperativen haben, die den Zugang zu den staatlichen Krediten für die Produktionseinheiten im Jutebereich garantieren. Die Armen müssen, wie ich bereits gesagt haben, zu den Geldverleihern gehen, und sehr oft sind sogar Lebensmittelhändler und Großgrundbesitzer ein und dieselbe Person. Sie kaufen dann den Kleinbauern ihre Produkte zu unglaublich niedrigen Preisen ab, und diese müssen weiter verpfänden und weiter Schulden machen.

Jedenfalls heißt das, daß Kleinbauern dadurch ihr letztes Stück Land auch noch verlieren und die Konzentration des Grundbesitzes immer stärker in den Händen einiger weniger ist. Das sind Überlegungen, die wir anstellen sollten, wenn wir dieses Übereinkommen beschließen und wenn wir uns daran beteiligen werden.

Für unsere Begriffe ist es wirklich erst ein sehr kleiner Ansatz für eine Entwicklung, die in eine andere Richtung gehen muß und die wir auch anders gestaltet sehen möchten. — Ich danke recht herzlich. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*
16.30

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, unterbreche ich die Sitzung des Nationalrates und bitte die Mitglieder der Präsidialkonferenz zu einer Beratung in mein Büro.

Die Sitzung ist unterbrochen. *(Die Sitzung wird um 16 Uhr 31 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 20 Minuten wieder aufgenommen.)*

Präsident Dr. Lichal: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Nächster Redner: Herr Abgeordneter Steinbauer. — Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

17.21

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist etwas schwierig, nach den Stunden der Ausführungen der Kollegin Grandits das Thema auf den Punkt zurückzuführen, denn auch durch die häufige Nennung des Wortes „Jute“ wurde die Problematik nicht um jeden Preis aufgearbeitet. Eigentlich sollte man über lange Strecken mit ihr einer Meinung sein und sagen, sie hat vieles aufgezeigt. Aber auf der anderen Seite, Kollegin Grandits, haben Sie natürlich psychologisch das gemacht, was das gefährliche Mittel der Filibuster-Rede immer enthält: Sie haben der Sache vermutlich nicht gedient, sondern der Sache sogar einen schlechten Dienst erwiesen. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und FPÖ.)*

Das alte parlamentarische Mittel der Filibuster-Rede — in England von den Nordiren erprobt, im amerikanischen Senat immer wieder der Fall — schafft psychologisch bei jenen, die vielleicht gutwillig der Sache verbunden sind, Emotionen der Ablehnung und schafft auch Argumente der Ablehnung. Kollegin Grandits! Vielleicht hätten Sie der für die Dritte Welt wichtigen Frage Jute einen besseren Dienst geleistet, wenn Sie in wenigen Worten gesagt hätten, was über Jute zu sagen ist.

Wir alle stammen noch mehr oder weniger aus einer Generation, die vom Erdäpfelklaub her, draußen im Lande, Jutesäcke kennt. *(Abg. Schwarzenberger: Wir verwenden sie noch immer!)* Wir alle registrieren natürlich, daß das Exportprodukt der Dritten Welt, daß Jute heute durch Plastik und verschweißte Transportmittel ersetzt wird und daß dies natürlich Rückschläge bedeutet für eine Welt, wie es in Bangladesch tatsächlich der Fall ist, wo Menschen mit einem Sechzigstel oder weniger von dem, was man bei uns durchschnittlich verdient, leben müssen und

Steinbauer

wo natürlich jede Schwankung und vor allem jeder Rückgang bei dem preislich deprimierend niedrigen Produkt Jute das Elend nur noch verstärkt.

Daher hätte es hier genügt, ganz einfach an die Kollegen die Frage zu richten, ob ihnen eigentlich klar ist, daß ein Billigprodukt in einem Land zurückgegangen ist und daher für jene in der Dritten Welt, die es produzieren, noch weniger bringt. Es hätte genügt, festzustellen, wie vernünftig es ist, daß Österreich dem Jute-Beirat, der Jute-Konvention beitrifft, wo man überlegt, was man in Zukunft noch mit diesem Faserstoff dazu beitragen kann, damit er die Schlacht gegen die Plastikwelt einigermaßen erträglich für die Betroffenen gewinnt.

Kollegin Grandits hat das jedoch nicht getan. Sie hat hier, vielleicht, ja sogar ganz sicher aus dem Motiv heraus, einen ganz anderen Tagesordnungspunkt, nämlich das Tropenholz, hinauszuschieben, mehrere Stunden lang geredet.

Ich frage mich, Kollegin Grandits, und frage auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen (*Abg. W a b l: Ich frage mich, Steinbauer, wie lange du in der ÖVP bleibst!*), ob wir nicht in solch schwerwiegenden und heiklen Fragen versuchen sollten, Verbündete zu gewinnen, statt mögliche Verbündete in einer Sache durch die Form des Angriffs, des Vortragens zu vertreiben.

Ich sage das als einer, der beim nächsten Tagesordnungspunkt zu den Verlierern gehört, was ich heute schon weiß. (*Zwischenruf des Abg. W a b l.*) Es ist gleichgültig für mich, ob ich heute verliere oder morgen. Ich frage mich nur, ob es nicht gescheiter gewesen wäre, bezüglich Tropenholz heute zu verlieren und wenigstens argumentativ noch Freunde dafür zu gewinnen. Es wäre vielleicht auch klug gewesen, im Zusammenhang mit Jute das Elend der Dritten Welt aufzuzeigen und jeden, der sozusagen noch mit einem Erdäpfelsack aufgewachsen ist, daran zu erinnern, daß heute statt dessen Plastik verwendet wird und daß die Menschen in der Dritten Welt mit 200, 210 Dollar Durchschnittseinkommen — das ist in Bangladesch der Fall —, mit einem Sechzigstel, einem Siebzigstel von dem, was wir im Durchschnitt verdienen, leben müssen. Es wäre eigentlich für uns eine Erinnerung wert gewesen, zu sagen: Wahrscheinlich müssen wir in diesem Hause weniger lang reden, sondern mehr für die Dritte Welt tun! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) 17.27

Antrag auf Schluß der Debatte

Präsident Dr. Lichal: Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Dr. Fuhrmann, Dr. Neisser und Genossen haben gemäß § 56 GOG den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Darüber ist gemäß § 56 (1) GOG, nachdem zwei Redner zu dem Tagesordnungspunkt gesprochen haben, sofort ohne Debatte abzustimmen.

Ich komme daher zur **A b s t i m m u n g**. Wer diesem Antrag, der lautet:

„Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen gemäß § 56 Abs. 1 die Debatte über TOP 5 der 107. Nationalratssitzung vom 10. und 11. März 1993 betreffend Internationales Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen (920 der Beilagen) zu schließen“,

beitritt, bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

Nach Abs. 2 § 56 GOG kommen die eingetragenen Redner nicht mehr zu Wort, jedoch kann jeder Klub noch einen Redner melden. — Gibt es solche Meldungen? — Frau Dr. Petrovic, Sie haben das Wort. (*Abg. Dr. K h o l: Das ist der Mißbrauch des Parlaments! — Abg. S c h w a r z e n b e r g e r: Mißbrauch der Demokratie! — Weitere heftige Zwischenrufe.*)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Petrovic. — Bitte, Frau Abgeordnete.

17.29

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen vor der Beschlußfassung über ein Internationales Übereinkommen, und zwar ein Internationales Übereinkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse. Sie wissen, daß Jute einer der ganz wichtigen Exportartikel von Dritte-Welt-Staaten ist, und zwar einiger weniger Dritte-Welt-Staaten, deren Außenhandel ganz überwiegend von diesen Produkten abhängt.

Die Staaten der Dritten Welt sind nicht irgendwie in die Situation geraten, derartige Abkommen schließen zu müssen. Und ich sage wohlüberlegt: schließen zu müssen, denn sehr viel andere Wahl haben sie nicht.

Wir haben unter uns Grünen eingehend darüber diskutiert, ob man einem derartigen Abkommen zustimmen soll, wissend, daß es nicht einmal ein Tropfen auf den immer heißer werdenden Stein eines verzerrten internationalen Handels ist, oder ob man sagen soll, daß es nicht das schlechteste aller Abkommen ist, das in dieser Richtung bislang geschlossen wurde. Und es ist nicht das schlechteste aller Abkommen, das im Zusammenhang mit dem Nord-Süd-Konflikt bislang geschlossen wurde.

Dieses Jute-Abkommen schließt an ein früheres Abkommen an. Es hat sich im Inhalt der Jute-Abkommen nicht sehr viel geändert; wohl aber

Dr. Madeleine Petrovic

hat sich sehr viel geändert im Bereich der „terms of trade“ und im Bereich der internationalen Ausrichtung des Handels. Die Bedingungen im internationalen Handel sind – so wie die Bedingungen hier im Parlament – nicht gerechter, sondern ungerechter geworden. Es herrscht nach wie vor kein Verständnis dafür, daß es manchmal Gruppen von Menschen in Parlamenten geben kann, die mit dem Mut der Verzweiflung um etwas kämpfen, so wie es Menschen in den Entwicklungsländern gibt, die tagtäglich um ihr Leben kämpfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Einmal ist es Jute, einmal sind es Tropenhölzer, in anderen Fällen wieder sind es Metalle, landwirtschaftliche Produkte, Verzehrprodukte aller Art, und der Handel schaut immer gleich aus. Meistens gibt es Konzentrationen: Bei den Anbieterstaaten sind es einige wenige Staaten, die in ihren Exportbeziehungen von einigen wenigen Produkten abhängen, und je stärker die Abhängigkeit von einem Produkt ist, desto stärker ist in der Regel auch die Gefahr, in der diese Länder sind, und desto größer ist die Abhängigkeit von solchen Stücken Papier. *(Beifall bei den Grünen.)*

Von diesem Stück Papier hängt das Leben sehr vieler Menschen ab, so wie in anderen Entwicklungsländern das Leben der Menschen von anderen Produkten, etwa vom Tropenholz, abhängt.

Österreich ist bei weitem kein riesiges Importland für Jute, aber dennoch: Österreichs Anteil an den Gesamtnettoeinfuhren von Jute beträgt etwa 0,143 Prozent, das heißt, etwas mehr als ein Zehntel Prozent am gesamten Welthandel mit Jute entfällt auf österreichische Importe. Wir alle wissen, daß Österreich kaum mehr an Entwicklungshilfe leistet als jene oftmals als Entwicklungshilfe ausgegebenen Beiträge zur Ankurbelung des internationalen Warenhandels.

Neben Österreich gehören auch alle anderen westeuropäischen Staaten diesem Übereinkommen an, und es liegt auch eine entsprechende Richtlinie seitens der EG vor, weshalb es sich lohnt, einen Blick auf die auch im Abkommen selbst angesprochenen internationalen Rechtsgrundlagen des Handels zu werfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie werden staunen, meine Damen und Herren, wie sehr die internationale Rechtslage mit der internationalen Wirtschaftslage verflochten ist. *(In der Nähe des Rednerpultes haben sich einige Gruppen von Abgeordneten gebildet, in denen in erregtem Ton über die Sitzungssituation diskutiert wird.)* Ich kann mich nur wundern, wie emotionell Sie sind! Es heißt immer, Frauen würden so emotionell reagieren. Ich kann mich nur wundern, wie sehr hier offensichtlich bei den männlichen Abgeordneten die Emotionen überschwappen!

Präsident Dr. Lichal *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, meine Damen und Herren, vielleicht können wir doch die Nerven bewahren! Ich darf bitten, Platz zu nehmen.

Am Wort ist Frau Dr. Petrovic. *(Beifall bei den Grünen.)*

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic *(fortsetzend)*: Damit das im Laufe unserer gemeinsamen Diskussion zum Jute-Abkommen nicht in Vergessenheit gerät, möchte ich gleich hier an dieser Stelle einen Entschließungsantrag der Grünen zum Thema Jute und Juteerzeugnisse einbringen, der daran anknüpft, daß man zwar – ich habe das bereits erwähnt – in diesem Abkommen einen Tropfen auf den heißen Stein erblicken könnte, welches aber bei weitem natürlich nicht ausreicht, um die sehr, sehr ungleichen „terms of trade“ auch nur ein bißchen wieder ins rechte Lot zu bringen.

Der jährliche Pflichtbeitrag Österreichs zum Verwaltungshaushalt dieses Jutegremiums, Jutebeirates, der mit diesem Übereinkommen errichtet wird, beträgt etwa 3 000 bis 4 000 US-Dollar. Das entspricht dem Betrag von etwa 32 000 bis 43 000 österreichischen Schilling.

In den Erläuterungen zum Abkommen wird dezidiert klargestellt – und das ist, finde ich, auf jeden Fall eine Schande für Österreich –, daß Österreich nicht willens ist, einen höheren Beitrag zu leisten, sondern daß es bei diesem jährlichen Pflichtbeitrag von etwa 3 000 bis 4 000 US-Dollar oder 32 000 bis 43 000 österreichischen Schilling bleiben wird.

Eingedenk der Bedeutung der Jute und der Juteerzeugnisse für die Wirtschaft, vor allem aber für die Menschen in diesen Staaten – das hat ja Marijana Grandits sehr eindrucksvoll dargestellt –, und eingedenk der Präjudizwirkung eines derartigen Abkommens für den gesamten Rohstoffbereich glauben wir, daß es das mindeste wäre, wenn man sich schon überhaupt mit diesem System der Rohstoffabkommen anfreunden kann, dann schlicht und einfach mehr zu zahlen, das heißt, mehr Geld für diese ärmsten Länder auf den Tisch zu legen. *(Beifall bei den Grünen.)*

In diesem Abkommen werden die einzelnen Mitgliedsländer aufgefordert, freiwillig höhere Beiträge zur Verfügung zu stellen. Diese Beiträge sind – darauf näher einzugehen werden wir in der Folge noch Gelegenheit haben – für die Stabilisierung des internationalen Handels gedacht, damit diese ärmsten Länder nicht Spielball sind im Hoch und Tief der Konjunktur, bei Spekulationsgeschäften auf internationalen Börsen und Märkten.

Dr. Madeleine Petrovic

Daher sind die einzelnen Mitgliedsländer aufgefordert, höhere Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, es wäre gerade im Jahr der indigenen Völker, eingedenk all der oftmals recht dramatischen Äußerungen österreichischer Entwicklungspolitikerinnen und -politiker, wirklich angebracht, daß wir schon hier und heute oder morgen diesen ersten Schritt machen und tatsächlich mehr Geld für diese Staaten bereitstellen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Herr Bundesminister für Äußeres wird aufgefordert, sich für eine freiwillige Erhöhung des jährlichen österreichischen Mitgliedsbeitrages zum Verwaltungshaushaltsplan des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse 1989 um das Zehnfache des Pflichtbeitrages einzusetzen und entsprechende Maßnahmen zur Realisierung eines solchen Vorschlages einzuleiten.“

Das heißt natürlich im Klartext, daß es, wenn wir hier das Zehnfache des Pflichtbeitrages beantragen, um eine Summe von 30 000 bis 40 000 US-Dollar beziehungsweise, umgerechnet auf den entsprechenden Schillingbetrag, von zirka 320 000 S bis 430 000 S geht.

Ich glaube, angesichts der Geschäfte mit Entwicklungsländern, über die ausführlich zu sprechen wir im Rahmen der Ausschubarbeit der letzten Tage Gelegenheit hatten, angesichts der vielfach auch bedenklichen Exporte in derartige Staaten, was Güter zur Unterdrückung der Menschenrechte betrifft, stellt das einen sehr, sehr geringen Beitrag dar, mit einer Verzehnfachung der Beträge wenigstens symbolisch zu sagen: Dieses Österreich ist auch bereit, freiwillig, außerhalb von kommerziellen Verträgen, Geld auf den Tisch zu legen, wenn es um die Stabilisierung der internationalen Märkte geht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Im einzelnen möchte ich jetzt ein wenig auf den Text dieses Übereinkommens eingehen, ein bißchen auch auf die Unterschiede dieses Übereinkommens gegenüber dem zuvor geltenden Vertragstext, und sodann in der Folge die in der Präambel des Abkommens angesprochenen internationalen Rechtsquellen, auf die sich dieses Abkommen in seinem Text bezieht, näher erläutern, um schließlich einen Blick auf die Realität zu machen: Wie sieht es aus im Außenhandel? Wie sieht es aus mit der Situation der internationalen Verschuldung von Rohstoffexportländern, etwa

der Juteexportländer, und dort insbesondere wieder jener Länder, die ausschließlich oder überwiegend vom Jutehandel abhängen, wie etwa Bangladesch, auf dessen Situation ja im vorvorangegangenen Redebeitrag ausführlich eingegangen wurde.

Dieses Übereinkommen unterscheidet sich nicht sehr, aber doch von den vorangegangenen Übereinkommen betreffend Jute und Juteprodukte. Es heißt hier in den Kommentaren zu den Änderungen, es sei ein „richtungsweisendes Modell liberaler Rohstoffpolitik“ eingeführt worden. Ich finde es sehr bedauerlich, daß angeblich liberale Abgeordnete dieses Hauses dann mitgehen, wenn es darum geht, dieses angeblich liberale Übereinkommen sehr ausführlich zu erörtern und vor allem die Einbettung dieses Abkommens in das System der Handelsbeziehungen zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden zu stellen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir stehen in dieser Thematik, wie schon öfters, vor der Situation, daß es nicht die Entwicklungsländer sind, die darauf gedrungen haben, diese jetzt als Liberalisierung verkauften Neuorientierungen anzustreben. Nein, ganz und gar nicht! Die Entwicklungsländer haben noch im Rahmen der Beschlüsse von UNCTAD IV im Jahre 1976 großen Wert darauf gelegt, daß Marktwirtschaft nicht fehlverstanden wird als ein Instrument zur Schaffung immer, immer weiterer Unterdrückungsmechanismen und einer immer, immer tieferen Not.

Die Verbraucherländer waren es, die — mit dem Postulat der Marktwirtschaft auf ihren Fahnen — beinhart eine Änderung des Rohstoffübereinkommens betreffend Jute und Juteerzeugnisse durchgesetzt haben. In diesem Klima wundert es mich eigentlich nicht mehr sehr, daß es heute offenbar leider nicht mehr die Situation eines Nord-Süd-Dialoges gibt, sondern daß eine beinharte Nord-Süd-Konfrontation stattfindet, in der aber die einen mit allem dastehen, was man nur haben kann: Geld, Waffen, Marktmacht — die anderen jedoch mit fast nichts.

Ich glaube, daß jener Konflikt, über den zu reden wir in diesem Hause auch noch Gelegenheit haben werden, betreffend Tropenholz und Tropenholzprodukte auch Ausfluß jener Situation ist, wie sie bezüglich Jute anzutreffen ist. Wer jahrzehntelang den Menschen in den Entwicklungsländern immer nur hoffärtig gegenübergetreten ist, immer nur Bedingungen diktiert hat, der kann und darf sich nicht wundern, wenn einzelne Regierungen versuchen, auch einmal Gegendruck zu entfalten — und dabei nicht einmal mit starken Bevölkerungsprotesten rechnen müssen.

Dr. Madeleine Petrovic

Die Menschen sind es längst gewohnt, daß es in diesen Vertragsverhandlungen nicht sehr fein zugeht und daß beinhart Marktmacht, Geld und oftmals sogar noch andere Unterdrückungsmechanismen, etwa immer noch bestehende Mechanismen aus der Kolonialzeit, ihre Wirksamkeit entfalten.

Was ist nun der Anlaß, und unter welchem Zeithorizont agieren wir? Dieses Übereinkommen über Jute hat ein Vorläuferübereinkommen, welches am 8. Jänner 1991 ausgelaufen ist, und zwar nach siebenjähriger Geltungsdauer. Einstweilen ist eine geraume Zeit von mehr als zwei Jahren vergangen, ein Zeitraum, in dem die von mir angesprochenen Marktprozesse voll auf die Entwicklungsländer eingewirkt haben. Der Wunsch der Entwicklungsländer, einen Mittelweg zu finden zwischen sinnvollen marktwirtschaftlichen Prozessen, dort, wo sie zu mehr Gerechtigkeit führen, und einer aktiven Förderung durch die reichen Industriestaaten, ist eigentlich nicht wirklich in die Realität umgesetzt worden.

Ich konzidiere zwar, daß dieses Abkommen nicht das schlechteste aller Abkommen ist, daß es noch viel, viel härtere Unterdrückungsmechanismen gibt, aber dennoch: Befriedigen kann uns diese Situation nicht. Sie ist etwa vergleichbar mit der auch in diesem Hause wirklich schon lange bekannten Situation bezüglich Gleichberechtigung von Frauen. Auch da dreht sich die Diskussion immer wieder um die Thematik, ob es genügt, formale Gleichheitsnormen durchzusetzen, oder ob es nicht in der Situation wachsender Ungleichheiten, realer Ungleichheiten eigentlich schon viel mehr an Hilfe bedarf, einer aktiven Intervention zugunsten jener Länder, die aus eigener Kraft nie wieder aus ihrer mißlichen Situation herauskommen können. (*Abg. Dr. Graff: Pilz läßt die Puppen tanzen!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube zwar, daß diese Erkenntnis bei den Diskussionen über Entwicklungspolitik immer wieder angesprochen wird. Es wird gesagt, wir müssen mehr tun, Österreich muß mehr tun. Unser Beitrag zur Entwicklungshilfe ist eigentlich läppisch, lächerlich. Wir möchten den gar nicht mehr so gern ansprechen bei diversen Veranstaltungen. Alle sagen — bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit —, Österreich müsse sich bessern, aber: In der Praxis hat es bis jetzt nicht einmal die Bereitschaft gegeben, im Rahmen derartiger Lenkungsinstrumente zur Vermeidung extremer Preisschwankungen auch nur ein bißchen mehr zu tun als das, was auf dem Papier des Vertragstextes festgeschrieben ist. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das heißt, wir sind in der Situation, daß ein in der Substanz kaum revidiertes zweites internationales Jute-Abkommen nach einer geraumen Zeit der Vakanz jetzt in Österreich eingeführt werden

soll. Es handelt sich dabei um eine multilaterale Vereinbarung, und zwar um eine Vereinbarung ohne sogenannte Wirtschaftsklauseln, wie insbesondere Preisstützungsmechanismen oder Lagerhaltungssysteme.

Das heißt, das klassische Instrumentarium sonstiger Rohstoffabkommen wird hier nicht einmal mehr besprochen, und das noch dazu bei einem Rohstoff, bei dem — das hat ja Marijana Grandits sehr eindrucksvoll dargestellt — eine sehr breite Palette an Substitutionserzeugnissen vorhanden ist, insbesondere Kunstfasern im Bereich der Jutegewebe als Substitutionsprodukte oder eben im Bereich der verarbeiteten Produkte, Taschen etwa oder Säcke für landwirtschaftliche Produkte, Saatgut, Dünger oder sonstige Transportbehälter, Einkaufstaschen aller Art. Auch da gibt es Kunststoffe, für die eine ungleich potentere internationale Wirtschaftsbranche sehr viele Werbemillionen und -milliarden flüssigmacht und bezüglich derer man den Konsumenten immer noch einredet, sie seien eigentlich in Wahrheit genauso umweltverträglich oder vielleicht sogar noch viel umweltverträglicher als Juteprodukte aus diesen ärmsten Ländern.

Daß das nicht wahr ist, wurde anhand der Energiebilanzen der Produkte endgültig aufgezeigt. Und jeder, der hier das Gegenteil behauptet, der tut dies in der Absicht, die Verantwortung hinwegzuarargumentieren und ganz bewußt eigentlich dabei zu bleiben, daß sich nichts im internationalen Handel ändert, dabei zu bleiben, daß die Länder keine andere Chance haben, als mit ihren Preisen immer, immer tiefer zu gehen, um wenigstens ein Mindestmaß an Exporten aufrechterhalten zu können.

Das heißt, erster Punkt an Unterschieden zum vorangegangenen Abkommen: Es gibt nicht die aus sonstigen Rohstoffabkommen bekannten Mechanismen einer Steuerung und Lenkung des Marktes wenigstens in Richtung Ausgleich temporärer Spitzen und Täler.

Ferner ist in diesem Übereinkommen eigentlich ein sehr deutliches Bekenntnis zu einem Mehr an Quantität enthalten. Auch das ist etwas, was man längst nicht mehr nur positiv sehen kann. Ohne Zweifel wird es zwar die ländlichen Kooperativen in Bangladesch und den anderen Herkunftsländern von Jute freuen, wenn sie gute Geschäfte machen, wenn sie zumindest einigermaßen erträgliche Geschäfte machen, wenn sie ein bißchen mehr absetzen können als im letzten Jahr, doch international ist das nicht wirklich die Antwort.

Wir wissen, daß das Konzept „Aid by trade“, und zwar „Aid by more trade“, Hilfe durch immer größere Mengen, niemals aufgegangen ist, in keinem einzigen Fall aufgegangen ist, nicht ein-

Dr. Madeleine Petrovic

mal bei erdölexportierenden Staaten aufgegangen ist, die nach ihrem einmaligen, sehr deutlichen Versuch, den Spieß umzukehren und dem reichen Norden und Westen Bedingungen zu diktieren, längst überholt wurden. Nicht einmal bei denen ist das Konzept aufgegangen, nicht einmal dort hat sich bis zum heutigen Tag ein wahrscheinlich aus ökologischen Gründen sehr, sehr wünschenswertes Ausschöpfen der Möglichkeiten in Richtung höhere Preise durchsetzen können. Ganz einfach deshalb, weil es keine einheitliche Interessenlage gibt, weil sich sogar in diesen im Vergleich zu Bangladesch und den Juteexporteuren sicherlich noch ungleich bessergestellten Staaten immer wieder das Diktat der leeren Kassen breitmacht beziehungsweise weil es sonst Einflüsse, verschiedene Interessenkonstellationen, verschiedene Nationalitätenkonflikte, sonstige politische Auseinandersetzungen gibt, die eben ein wirklich solidarisches Vorgehen auch nur dieser Gruppe von Exportstaaten eigentlich seit der Mitte der siebziger Jahre schon fast wieder verschwinden hat lassen.

Noch schlechter ist es eben mit Produkten wie etwa Jute bestellt, bei denen die Staaten niemals auch nur annähernd diese Marktmacht hatten, bei denen sie, was das Bruttoinlandsprodukt betrifft, ungleich ärmer waren und für die es, wie gesagt, jede Menge Substitutionsprodukte gibt.

Das heißt, das Instrument dieses Abkommens, die Produktförderung in Richtung Ausweitung, in Richtung Produktankurbelung, ist etwas, was man nicht wirklich rein positiv sehen kann — noch dazu, weil wir uns ja dessen bewußt sein müssen, daß es sich bei diesen Produkten ganz überwiegend auch um Monokulturen handelt, um Produkte, die einen ganz überwiegenden Anteil an der jeweiligen Produktion des Landes ausmachen und die daher auch in eine immer stärkere Abhängigkeit führen.

Diese Monokulturen sind nicht nur im Bereich Jute anzutreffen, sondern es gibt Monokulturen, vorgezeichnet durch das Nachwirken der alten Kolonialbande und der unmittelbar an sie anschließenden ökonomischen Pressionen, die um nichts weniger gravierend sind als die kolonialen Bande, auf der ganzen Erde, nicht nur bei Jute, sondern auch bei vielen anderen Produkten.

Aufgrund solcher Monokulturen gibt es ein Ausmaß an Bodenerosion, was man eigentlich nur mehr als unglaubliche Verantwortungslosigkeit bezeichnen kann. Diese Monokulturen führen dazu, daß auf der ganzen Erde jährlich schätzungsweise 22 Milliarden Tonnen bester Humuserde verlorengehen, und zwar unwiederbringlich: Sie wird ausgewaschen, weggeschwemmt, sie liegt dann auf dem Meeresgrund, wo sie meist Schaden anrichtet, weil sie dort einen völlig unnatürlichen Nährstoffeintrag darstellt, weil sie dort das

Wachstum diverser Algenarten fördert, die dann wieder den ökologischen Kreislauf stört und die reiche Vielfalt des Lebens letztlich bedroht und zu unglaublicher Verarmung geführt hat.

Gerade solche Monokulturen, wie etwa bei Jute, werden durch solche Übereinkommen gefördert, wenn der Beirat in diesem Abkommen auf seine Fahnen schreibt: Ankurbelung der Produktion, und seitens der entwickelten Staaten das auch noch mit dem Brustton der Überzeugung gemacht und gesagt wird: Wir tun das ja nur, um diesen Menschen zu helfen, und diese Menschen diese Verträge dann letztlich auch anstreben, weil sie sagen, sie sind besser als nichts. Ich sage auch, dieses Übereinkommen ist wahrscheinlich besser als der absolute Freihandel, aber, wie gesagt, es ist fern davon, ein wirklich gutes und gerechtes Abkommen zu sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Gerade in Staaten wie Bangladesch und anderen Juteanbauländern gibt es bereits eine fortgeschrittene Bildung von Monokulturen. Wir haben ja bereits im Zusammenhang mit diesen Schreckensberichten über Flutkatastrophen in diesen Teilen der Erde gesehen, was letztlich Auswirkung auch solcher Übereinkommen ist. Wenn eine solch furchtbare Flutkatastrophe passiert, wenn menschliche Leichen nur so an die Strände gespült werden und man eigentlich fassungslos über dieses Ausmaß an Zerstörung ist, dann, habe ich immer den Eindruck, gibt es eine Schrecksekunde, dann fangen wieder sämtliche — Gott sei Dank, muß ich sagen, wenigstens das — Hilfsorganisationen — Rotes Kreuz und andere kirchliche, karitative Organisationen — an, Hilfsgüter zu sammeln. Aber letztlich wissen wir doch: Das ist doch auch Teil eines ganz schrecklichen Systems, eines Systems, aus dem wir endlich einmal gemeinsam herauskommen müssen. Es kann nicht so sein, daß man diesen Menschen immer wieder aufs neue solche Abkommen verkauft und ihnen sagt: Schaut her, wir werden uns bemühen und werden zu verhindern versuchen, daß ihr nicht in jedes Konjunkturtief hineinstolpert — und der Vertragspartner akzeptiert das, unterschreibt dann nach einer sehr langen Phase, in der eben Catch-as-catch-can-Konditionen geherrscht haben, wahrscheinlich mit knirschenden Zähnen einen solchen Vertrag und sagt sich dann auch, na ja, es ist besser als nichts. Aber man müßte eigentlich die Konsequenzen ziehen und sagen, irgendwo müssen wir diesen Teufelskreis durchbrechen, irgendwer muß einmal damit anfangen — und sei es das kleine Österreich. Man kann das, ich werde das im Laufe des heutigen Abends noch aufzeigen. Ich glaube, man kann das nicht von heute auf morgen und man kann das auch nicht so, daß wir sagen könnten, wir haben jetzt Bangladesch und die Juteexportländer, geschweige denn die Dritte Welt, gerettet. Das wäre vermessen. Aber wir können einen sehr deutlich sichtbaren Beitrag lei-

Dr. Madeleine Petrovic

sten. Vor allem aber verlange ich, daß dieses Parlament und daß eine wachsende kritische Öffentlichkeit jenen, die die Verhandlungen führen, auf die Finger schauen. Es geht nicht an, daß man dann irgendwann einmal auf die Tagesordnungen dieses Hauses ein Abkommen nach dem anderen gleicher Art und Güte stellt und es dann quasi auch noch als lästige Pflicht ansieht, überhaupt ein Wort darüber zu verlieren, während genau dieses System eigentlich im Kern ein Rädchen im Gefüge des internationalen Welthandels ist, ein Rädchen, das dafür sorgt, daß das Getriebe so läuft, wie es läuft, ein Rädchen, bei dem wir einmal überlegen sollten, ob wir nicht versuchen sollten, dieses Rädchen zu verbessern — in der Hoffnung, daß daraus einmal ein Schwungrad wird, ein Schwungrad, das dazu dienen könnte, daß sich langsam, aber doch die internationalen „terms of trade“, also der internationale Warenhandel, in eine bessere Richtung zu entwickeln beginnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe von den Monokulturen gesprochen und der Tatsache, daß 22 Milliarden Tonnen Humuserde jährlich ins Meer geschwemmt werden. Jetzt könnte man sagen: Mein Gott, was soll das in einer Welt, wo wir immer noch — jedenfalls in diesen Breiten — über eine landwirtschaftliche Überproduktion klagen, in der wir immer noch weit mehr produzieren, als die gesamte Menschheit brauchen würde. Wir produzieren mehr, als alle Menschen dieser Erde — inklusive der heute hungernden Milliarde Menschen — brauchen würden. Es ist ein Verteilungsproblem, vor dem wir stehen, und daran hat beispielsweise die Bodenerosion, bedingt durch Monokulturen, wie etwa bei Jute, ganz wesentlichen Anteil. Denn es kommt eben darauf an, wie die Fläche genutzt wird, wie letztlich mit Energie umgegangen wird.

Wer etwa vorgestern am Abend im Fernsehen im Rahmen einer Serie hervorragender wissenschaftlicher Dokumentarbeiträge über den Energieeinsatz gesehen hat, wie diese Zusammenhänge sind, der kann, glaube ich, nie wieder leichtfertig über das Problem Bodenerosion sprechen.

Die Natur bringt genauso viel Leben hervor, wie der Boden trägt, und zwar in den jeweiligen Landstrichen. Das heißt, wenn der Boden abgetragen wird, geht das auf Kosten des Lebens, geht das auf Kosten der Vielfalt des Lebens, geht aber auch auf Kosten individueller Lebewesen.

Wir glauben, diesem Kreislauf kurzfristig entgegen zu sein, indem wir mit einem unfassbar großen Energieaufwand den heimischen Boden künstlich auffetten, indem wir Produkte, Düngemittel einsetzen, Bewässerungsvorrichtungen bauen, Glashäuser errichten, Temperierungen vornehmen, Folienschläuche auf den Feldern anbringen und damit die Natur scheinbar kurzfristig überlisten. Das Ganze hat einen gemeinsamen

Nenner, nämlich Energie. Wir können unsere unglaublichen Überschüsse nur dadurch produzieren, daß wir Energie in unsere Felder, in unsere landwirtschaftliche Produktion stecken, die andernorts fehlt, etwa in den Herkunftsländern von Jute und Juteprodukten, in unseren Vertragspartnerstaaten. Das vergessen wir leicht.

Wenn es etwa in den Präambeln derartiger Abkommen dann heißt, daß wir die enge internationale Zusammenarbeit verbessern und stärken wollen, wenn es dann heißt, daß wir zum Nutzen der Ausfuhr- und der Einfuhrmitglieder agieren wollen, so steckt, glaube ich, schon sehr viel Zynismus in solchen Präambeln. Denn wenn wir in dieser Situation stehen, daß der eine Vertragspartner — wie gesagt — Energie zur Verfügung hat, soviel er will, wieder kraft von ihm selbst diktierten „terms of trade“, der andere Vertragspartner hingegen beinhaltet die Gleichung: „fruchtbare Fläche = Lebensmöglichkeit“ vorfindet, die er nicht steigern kann, weil er keine Devisen hat, mit denen er sein Energieaufgebot erweitern kann, dann ist, glaube ich, schon die Textierung derartiger Präambeln nicht mehr wirklich fair. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da nützt es dann ziemlich wenig, wenn der Vertragstext zwar ein wenig auf umweltpolitische Belange Bezug nimmt und auf den sogenannten developmentpolitisch gezielteren Einsatz der verfügbaren menschlichen Ressourcen. Wenn diese Lippenbekenntnisse in den Präambeln je mit Leben erfüllt sein sollen, dann muß das eben auch in einer Chancengleichheit zwischen den Vertragspartnern Ausdruck finden. Denn daß derjenige, der unter dem Diktat des Überlebenskampfes in den Handel eintritt, jedes Papier über den Umweltschutz unterschreiben wird, weil das der andere Vertragspartner braucht, um in seinen Parlamenten damit hausieren zu gehen, ist, glaube ich, offenkundig.

Meine Damen und Herren! Haben Sie einmal darüber nachgedacht, warum mittlerweile gerade im Bereich der Umweltpolitik in den Entwicklungsländern soviel an Argerlichkeit, soviel an Verdrossenheit hervorkommt, warum man zum anderen versucht, sich ein umweltpolitisches Mäntelchen umzuhängen, in diesem Jute-Abkommen wie in allen anderen derartigen Geschäften? — Weil das die entwickelten Länder daheim brauchen.

Da gibt es Parlamentarierdelegationen, die man auf Musterplantagen führt, um ihnen zu zeigen, wie sehr man doch der Ökologie verpflichtet sei. Wir freilich wissen — aufgrund der sehr fundierten Analysetätigkeit der Umweltorganisationen —, daß diese Musterplantagen nicht der Regelfall sind, sondern daß diese Musterplantagen offenbar nur etwas zum Herzeigen für die Delegationen im Rahmen des Regierungs- und Regierungspartei-

Dr. Madeleine Petrovic

Parlamentstourismus sind, die eben irgend etwas brauchen, damit sie zu Hause sagen können: Ganz so arg ist es ja gar nicht; die tun ja auch schon etwas; ein bißchen bemühen sie sich schon. Sie kommen nach Hause und sagen: Wir haben es mit eigenen Augen gesehen: Nachhaltig wirtschaften sie dort! Das sollten wir doch belohnen! Schließen wir doch so ein Übereinkommen und machen wir doch hurtig-fröhlich weiter.

Daß das nicht einmal 1 Prozent dessen ist, was dort an Anbau betrieben wird, sagen uns jene Entwicklungsarbeiter, die tagtäglich, Monat für Monat, Jahr für Jahr dort ihrer Arbeit nachgehen. Sie sagen: Ja, es gibt so ein paar Musterplantagen, die zeigen sie euren Sonn- und Feiertagsdelegationen, aber wirklich ökologisch geht es dort nicht zu. — Dazu ein ganz klares Wort: Da muß man sich jedes Wortes von Schuldzuweisung, jedes Wortes einer naserümpfenden Kritik sehr wohl enthalten. Es ist nicht die Schuld jener Staaten, es ist nicht die Schuld jener Menschen, daß diese Art von Monokulturwirtschaft betrieben, jene Art von Bodenerosion gefördert wird, die zur globalen Verwüstung weiter Teile, fruchtbarster Teile dieses Planeten führen. Das ist ein Produkt von Rechtswerken, von Verträgen, von internationalen Verträgen, von einzelnen Handelsverträgen, ein ganz subtiles Geflecht, bei dem es tatsächlich überheblich wäre, auf jener Ebene stehenzubleiben und zu sagen: Schaut sie an! Kein bißchen Ökologie betreiben sie! — Das geht nicht an! *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn irgendwo nach Schuld und Verantwortung zu suchen ist, dann hier bei uns. Ich glaube, das wird schon erkannt. Unglaublich viele Kampagnen gehen in die gleiche Richtung. Da gab es die Kampagne, deren Produkte ja Gott sei Dank bis heute deutlich im Stadtbild sichtbar sind, „Jute statt Plastik“, es gab aber auch andere ähnliche Kampagnen, beispielsweise eben den Versuch, gewisse Produkte zurückzudrängen, etwa wenn an diesen Produkten letztlich Blut klebt wie etwa bei Früchten aus Ländern, in denen ganz notorisch die Menschenrechte verletzt werden, in denen nicht von der Gleichheit ihrer Bürgerinnen und Bürger ausgegangen wird, damit einer Minderheit deren politische Macht erhalten bleibt. Da gab es beispielsweise Kampagnen, auch andere Produkte zu ächten, etwa gewisse Feinschmeckerprodukte, so etwa Froschschenkel, Schildkrötensuppe und ähnliche Produkte, die nicht nur mit unglaublichen Grausamkeiten gewonnen werden, sondern auch allesamt — wie auch Jute — in einem ökologischen Kreislauf stehen.

Es ist ein Beispiel für so viele Beispiele, die letztlich ein ganzes Muster machen, Mosaiksteinchen bilden, die dann in ihrer Fülle zu diesem verheerenden Bild des internationalen Handels führen, in dem erpreßbare Menschen, die um ihr

nacktes Überleben kämpfen, derartige Bedingungen akzeptieren müssen, während auf der anderen Seite Leute sitzen, die sehr jovial sagen: Seid doch froh, daß wir euch in diesem internationalen Reigen überhaupt ein wenig mitspielen lassen.

Es geht aber weiter: Es bleibt das nicht bei der Primärproduktion stehen, sondern zieht sich auch in die weitere Verarbeitung in den industriellen und gewerblichen Bereich hinein, ja es zieht sich dann auch in den Dienstleistungsbereich hinein, etwa in die Frage der Teilhabe am internationalen Transportgeschäft. Auch dort ist es so, daß beispielsweise bei derartigen Abkommen kein Wort davon die Rede ist, was denn weiter mit diesen Produkten passiert. Das heißt, diese Rohstoffübereinkommen bleiben genau auf der Ebene der primären Produktion stehen. Es wird nicht versucht, wenigstens auch den Anteil der Wertschöpfung in Bangladesch und anderen Staaten mit den Instrumenten dieses Vertragswerkes wesentlich zu korrigieren, sondern es geht gerade eben um die Preisstabilisierung bei Jute selbst. — Ich glaube, auch das ist zu wenig.

Es würde doch darum gehen, zumindest einmal im Rahmen des Diskurses über angepaßte Technologien genau jene Maschinen, Geräte, Anlagen, genau jenes Know-how zu liefern, die dann aus den natürlichen Rohstoffen eines Landes das Beste herausholen könnten. Ja mehr noch: Es ginge auch beispielsweise um die Verflechtungen im internationalen Transportgeschäft. Aber auch da haben die entwickelten Länder beinahe ihre Finger im Geschehen, und sie sind kaum bereit, auch nur ein wenig dieses Geschäftes freiwillig abzutreten.

Werfen wir zum Beispiel einen Blick darauf, was mit der Jute passiert, wenn sie einmal hergestellt ist, und wenn sie zu uns, den Vertragspartnern dieses Abkommens, hergebracht wird, wenn sie transportiert wird.

Im Internationalen Jute-Rat sind einerseits die Ausfuhrmitglieder organisiert, andererseits die Einfuhrmitglieder. Jede dieser Gruppen, die Ausfuhrländer einerseits und die Einfuhrländer andererseits, hat insgesamt je 1 000 Stimmen, wobei — und auch das werden wir am heutigen Abend noch Gelegenheit haben, näher zu analysieren, das ist ein Bild, das uns sehr häufig entgegentritt — diese Stimmen nicht, wie es das Prinzip der Vereinten Nationen wäre, nach dem Prinzip: ein Staat — eine Stimme organisiert sind. Nein, da geht es nach Quantitäten. Das hat zwar im Rahmen solch eines Übereinkommens auch die Wirkung, daß auf der Seite der Ausfuhrländer, also bei den Erzeugern, jene, die mehr beitragen, mehr Stimmen haben. Aber, wie gesagt, auch das ist etwas, was nicht rein Anlaß zur Freude ist, denn je stärker die Ausrichtung eines Landes auf Jute ist, je stärker auch eigentlich alles, was an

Dr. Madeleine Petrovic

internationaler Teilhabe im Rahmen solcher Gremien passiert, sich auf den Jute-Beirat und die Jute konzentriert, desto mehr werden auch sämtliche Verhandlungskapazitäten, diplomatische Kapazitäten jener Länder in diesem Bereich verhaftet bleiben. Und es wird genau das nicht geschehen, was an sich langfristig sinnvoll wäre, nämlich eine Diversifikation der Produktion und dann aber auch ein Vordringen in weitere Stufen der Veredelung der Jute.

Ich habe gesagt, schauen wir uns doch an, wie es beispielsweise im Bereich des Transportes aussieht. Und da gibt es ein nächstes Abkommen, das nahtlos an dieses Abkommen anschließt, nämlich die Genfer UN-Konvention über einen Verhaltenskodex für Linien-Schiffahrtskonferenzen. Auch da zeigt sich dasselbe Bild: Die Industriestaaten behalten sich ganz einfach vor, daß sie 80 Prozent des Transportvolumens als ihr ganz natürliches und angestammtes Recht betrachten.

Präsident Dr. Lichal: Frau Abgeordnete! Sie müssen wieder einmal das Wort „Jute“ in den Mund nehmen, sonst muß ich Ihnen den „Ruf zur Sache“ erteilen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ohne Ihre Vorsitzführung in irgendeiner Weise kritisieren zu wollen, ersuche ich Sie, dann doch das Protokoll der gestrigen dringlichen Anfrage einholen und feststellen zu lassen, etwa beim Redebeitrag des Herrn Abgeordneten Schweitzer, inwiefern er auch nur überhaupt das von seiner Partei zur Verhandlung gestellte Thema Spitalsmisere gestreift hat. Soweit mir erinnerlich ist, fand auch dies unter Ihrer Vorsitzführung statt, und ich bitte Sie daher, Herr Präsident, daß Sie nicht mit verschiedenen Maßstäben messen, noch dazu, wo ich die Zusammenhänge, glaube ich, sehr deutlich dargestellt habe. (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Dr. Lichal: Frau Abgeordnete! Ich möchte feststellen, daß ich nicht mit verschiedenem Maße messe, und ich ersuche Sie, doch wieder zur vorliegenden Regierungsvorlage zu sprechen. (*Abg. Christine Heindl: Das tut sie schon die ganze Zeit!*)

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (*fortsetzend*): Herr Präsident! Ich habe darauf hingewiesen, daß dieses Abkommen nahtlos in einem System internationaler Abkommen steht, denn es könnte sonst der Eindruck entstehen, daß es dieses Ungleichgewicht im Zusammenhang mit Rohstoffen, wie etwa der Jute und von Juteprodukten, nur im Bereich der Erzeugung gibt, und ich habe darauf hingewiesen, daß es aufgrund der Einbindung dieses Vertragswerkes im Rahmen des internationalen Kontextes eine Fortführung der Disparitäten gibt, eben gerade auch was die Trans-

porte betrifft. Ob das nun Jute ist oder andere Rohstoffe betrifft: Es gibt wenige Unterschiede, weil nämlich dieser Transport kartellmäßig organisiert ist und in diesen Kartellen nur die Industriestaaten das Sagen haben und die Vertragswerke eigentlich nach demselben Muster gestrickt sind, nämlich: Es ist unser heiliges, angestammtes und verbrieftes Recht, unter uns zu bleiben.

Dort haben sie zwar 20 Prozent des Handels, der Abwicklung des Transportsubstrates, gnadenhalber, aber auch nur auf Basis eines sogenannten Gentlemen's Agreement, den Entwicklungsländern anheimgestellt, doch de facto funktioniert es so: Wenn in einem der Häfen, von denen aus Rohstoffe aus Dritte Weltstaaten – ob es sich dabei um Jute oder andere Produkte handelt – eingeschifft werden, ein Schiff aus einem der Entwicklungsländer einmal die starren und kartellmäßigen Bande, wie sie in der Genfer UN-Konvention vorgezeichnet sind, zu durchbrechen versucht, passiert folgendes: Es wird nach Artikel 18 dieses Übereinkommens ein sogenanntes Kampfschiff ausgeschickt. Das ist zwar kein Schiff, das mit Kanonen oder sonstigen Kampfmitteln ausgestattet ist, wohl aber ein Schiff, das dem Eindringen in den internationalen Handel den Kampf ansagt: ein Schiff, das nur deswegen auf die Reise geschickt wird, damit die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind.

Das heißt, die Produktion der Rohstoffe schließt sich nahtlos an beziehungsweise die Verarbeitung und der Tertiärsektor, etwa der Bereich des Transportes, schließen sich nahtlos an die Erzeugung an.

Betrachten wir weiter die Unterschiede dieses Übereinkommens, dieses neuen internationalen Jute-Abkommens, zum seinerzeitigen Abkommen. Es gibt dann noch eine Reihe von Revisionen der Rohstoff-Vereinbarung und eine gewisse formale Berichtigung organisatorischer oder legitistischer Schwachstellen im Text und redaktionelle Anpassungen.

Auch dieses Abkommen geht davon aus, daß eine zeitliche Befristung eingebaut wurde und daß es eine Verlängerungsmöglichkeit gibt. Allerdings stellt, wie gesagt, dieser Mechanismus der immer wieder aufs neue zu verlängernden Verträge natürlich im Konzept des Warenhandels, wie er nun einmal ist, immer ein sehr starkes Pressionsinstrument dar, denn es liegt mehr im Interesse der Entwicklungsländer, diese Vereinbarungen zu verlängern, als das im Interesse der entwickelten Staaten liegt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Nun komme ich zurück auf die Betrachtung der Bedeutung der Marktwirtschaft im Rahmen der Rohstofflenkung. Hier könnte man natürlich argumentieren, daß die Jute-Erzeugungsländer genauso wie alle anderen Rohstoffproduzenten

Dr. Madeleine Petrovic

auf die Märkte müssen, daß sie letztlich gezwungen sind, ihre Produkte bestmöglich zu vermarkten.

Aber im internationalen Kontext können wir ja jetzt bereits auf eine sehr reichhaltige Tradition derartiger Vereinbarungen zurückblicken, und wir können feststellen, daß die marktwirtschaftlichen Mechanismen allein — ich betone: „allein“ — nicht dazu geführt haben, daß sich irgend etwas für die Situation der Jute-Exporteure und der anderen Least developed-Länder verbessert hat. Genau das Gegenteil ist der Fall: Wir stehen heute vor dem Befund, daß das Maß der Unterentwicklung im Zuge dieses „Aid-by-trade-Konzeptes“, als dessen Ausfluß wir heute über das Internationale Jute-Übereinkommen diskutieren, daß dieses „Aid-by-trade-Konzept“ der klassische Fall eines Fehlschlages war.

Da kann ich wirklich nur mehr von böser Absicht sprechen, wenn man sehenden Auges weiterhin einen Mechanismus beschwört und als Allheilmittel darzustellen versucht, von dem wir wissen, daß das nicht dazu beigetragen konnte, die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern einerseits, aber auch die interne Kluft in der Dritten Welt selbst zu überwinden. Beispielsweise haben sich die juteexportierenden Staaten gegenüber Staaten, die andere Rohstoffe anbieten, in ihren „terms of trade“ weiterhin verschlechtert. Das heißt, es ist nicht einmal unter den Entwicklungsländern, unter dem Regime derartiger Abkommen zu einem etwas mehr an Gleichheit gekommen, sondern sogar unter den Ärmsten der Armen sind neue Klüfte aufgebrochen.

Schauen wir uns das einmal anhand von Beispielen an:

Für den Import von einem Faß Erdöl mußten verschiedene Quantitäten an Rohstoffen exportiert werden, wobei ein Faß Erdöl die Menge von 159 Liter darstellt. Betrachten wir nur einmal einen relativ kurzen Zeitraum von nicht einmal zehn Jahren. Nehmen wir uns den Zeitraum zwischen 1975 und 1982 vor. Da haben sich die „terms of trade“ bezüglich Jute in Relation zu anderen Rohstoffen aus Entwicklungsländern folgendermaßen verändert: Während man 1975 sieben Kilogramm Kaffee für ein Faß Erdöl aufwenden mußte — natürlich nicht in diesen realen Austauschsituationen, sondern immer als symbolisches Tauschverhältnis gemeint —, betrug die Austauschrelation 1982, keine zehn Jahre später, 14 Kilogramm. Das heißt, die Menschen in den Kaffee-Exportstaaten müssen das Doppelte aufbringen, um die gleiche Menge an Energie oder Energieäquivalenz beziehen zu können. Das ist passiert. Der Trend ist ungebrochen, und das ist die Folge derartiger Abkommen. Und deswegen

übe ich Kritik an diesem Mechanismus als solchen! (*Beifall bei den Grünen.*)

Weit schlechter noch schaut es aus bei der Baumwolle. Für ein Faß Erdöl mußten im Jahr 1975 8 Kilogramm ... (*Abg. Haigermoser: Viskose!*) Zur Viskose kommen wir noch ausführlich, Herr Abgeordneter Haigermoser! Lassen Sie sich nur Zeit! Bleiben wir in der richtigen Reihenfolge!

Bei der Baumwolle, Herr Abgeordneter Haigermoser, war es so, daß wir im Jahr 1975 ... (*Abg. Haigermoser: Frau Kollegin! Ägyptische Baumwolle, oder ist das die amerikanische? Das ist ein qualitativer Unterschied!*) Das ist ein Durchschnittswert an Baumwolle, gerechnet über sämtliche Baumwollexportstaaten. (*Abg. Haigermoser: Durchschnittlich ist Ihre Rede!*) Das ist ein durchschnittlicher Wert. (*Beifall bei den Grünen.*) Herr Abgeordneter, ich sage Ihnen gerne das Quellenmaterial. Das ist das South-Magazin, dort können Sie das nachlesen. Dort ist es nämlich auch noch nach den einzelnen Baumwollarten aufgeschlüsselt.

Was die Baumwolle anlangt, so mußten im Jahre 1975 acht Kilogramm für ein Faß Erdöl aufgewendet werden. Wieder Vergleichstermin 1982: Da waren es bereits 24 Kilogramm! Das heißt, eine Verdreifachung! Eine noch schlechtere Veränderung der „terms of trade“ als beim Kaffee!

Wahrscheinlich, würden wir die ganz aktuellen Zahlen betrachten, ergäbe sich jetzt auch beim Kaffee eine sehr dramatische Entwicklung. Aber bleiben wir, um die Vergleichbarkeit zu bewahren, beim Zeitraum 1975 bis 1982. Das heißt, Baumwolle 8 Kilo/24 Kilo. Die Menschen in den Herkunftsländern müssen dreimal so viel aufbringen, um die gleiche Menge an Energie beziehen zu können. Sie erinnern sich an diese Gleichung: Energie ist es, die letztlich Leben begrenzt, die darüber entscheidet, wie viele Menschen überleben können. Das heißt, das ist nicht irgendeine Gleichung, sondern das ist eine Gleichung über Leben und Tod.

Schauen wir uns diese Situation bei Kupfer an. Dort gibt es ähnliche Relationen wie bei Baumwolle: Für ein Faß Erdöl mußten im Jahr 1975 neun Kilo Kupfer exportiert werden; im Jahre 1982 hingegen waren es bereits 24 Kilo. Das heißt, eine ähnliche Relation wie bei Baumwolle. (*Abg. Haigermoser: Nur das Kupfer aus Zaire!*) Ja, dort gibt es auch alle Probleme, auf die wir aber jetzt gar nicht näher eingehen können (*Abg. Haigermoser: Nein, das ist wichtig! Behandeln Sie die Probleme nicht halbherzig und oberflächlich!*), weil das ja tatsächlich dann den Rahmen dieser Diskussion sprengen würde. Sie wissen ja, daß das überwiegend im Tagbau abgebaut wird und daß dort das ökologische Desaster

Dr. Madeleine Petrovic

ein ganz besonderes ist. Aber bleiben wir bei un-
seren Vergleichsrelationen.

Sehen wir uns doch die Situation bei Jute an,
über die dieses Abkommen abgeschlossen werden
soll. (*Abg. Scheibner: Wird das Kupfer in Jute
verpackt?*) Hier ist es so, daß wir im Jahr . . .
(*Abg. Marizzi: Wie setzt sich das Kupfer zusam-
men?*)

Herr Abgeordneter! Ich würde es sehr begrü-
ßen, wenn Sie sich dann im Anschluß an meinen
Redebeitrag auch zu Wort melden und wenn wir
dann noch eine sehr lebhafte Debatte haben.
Denn dadurch, daß wir keine Redezeitbeschrän-
kung beschlossen haben (*Abg. Marizzi: Beim
nächstmal werden wir es beschließen!*), können
Sie dann ja auch im Detail jedes Argument, auf
das ich hier eingehe, in extenso entkräften. Dazu
sind Sie herzlich eingeladen! (*Beifall bei den Grün-
nen.*) So aber muß ich Ihnen sagen, daß sich bei
Jute die „terms of trade“ folgendermaßen verän-
dert haben (*Abg. Marizzi: Frau Dr. Petrovic!
Sie machen da jetzt nur ein Theater!*), und zwar ist
zwischen dem Jahre 1975 und dem Jahre 1982
folgende Veränderung eingetreten (*Abg. Ma-
rizzi: Ich habe Sie für intelligenter einge-
schätzt!*):

Im Jahre 1975 mußte ein Jute-Exportstaat für
den Import von einem Faß Erdöl 28 Kilo Jute
exportieren. 1982 waren es bereits sage und
schreibe 200 Kilo! Das heißt, diesbezüglich gibt
es in etwa eine Versechzefachung. Nicht Ver-
zweifachung, nicht Verdreifachung, sondern eine
Versechzefachung!

Das heißt aber, daß die Jute-Exportstaaten in
der internationalen Hierarchie der Armen und
Ärmsten noch weiter ins Abseits geraten sind, das
heißt, daß sie es waren, die eigentlich nichts aus
diesem Abkommen profitiert haben. Da frage ich
mich schon, ob wir jetzt eigentlich neuerlich so
ein Übereinkommen schließen sollen, ja sogar
noch in die Richtung verändert, daß ein Mehr an
Marktwirtschaft als Allheilmittel angeboten wird.
Das kann doch eigentlich, im Lichte dieser sehr
klaren „terms of trade“, ein seriöser Parlama-
ntarier oder eine seriöse Parlamentarierin, ein seriö-
ser Entwicklungspolitiker oder eine Entwick-
lungspolitikerin nicht wirklich verlangen.

Bei diesen „terms of trade“ kommt eben hinzu,
daß jene Rohstoffe stärker unter Druck geraten
sind, die durch Kunstprodukte verdrängt werden
können. Das heißt, es gibt einen Bereich, in dem
die entwickelten Staaten einzig und allein über
jenes Know-how verfügen und jenes Know-how
auch beinhalten mit Patenten abgesichert haben, so-
daß die Erpreßbarkeit jener Staaten weit stärker
gestaltet ist als etwa die Erpreßbarkeit der Tropen-
holzexportländer. Sie haben Produkte, die
teilweise nicht so leicht substituiert werden kön-

nen. Da zeigt sich ja eben, wenn jahrelang und
jahrzehntelang dieser Mechanismus unverändert
beibehalten wird, daß wir ein Jute-Übereinkom-
men nach dem anderen schließen, sehenden Auges,
daß der Handelspartner immer mehr in Ar-
mut versinkt und diese Vorgangsweise immer
noch unverändert beibehalten wird.

Es steht die Jute in einer Reihe mit anderen
derartigen Stoffen, bei denen wir Substitutions-
prozesse auch sehr, sehr leicht möglich machen,
und zwar immer nur mit der Technologie der rei-
chen Staaten des Nordens und des Westens. So
läßt sich etwa Sisal durch Kunststoffe ersetzen
oder auch Kautschuk durch synthetisch herge-
stellten Gummi oder andere Produkte durch di-
verse Kunststoffprodukte. Und da sind es dann
wieder die Industriestaaten, die reichen Länder,
die jetzt auf einmal — und zwar, nachdem sie und
ihre leitenden Firmen und deren Sprecher einmal
eine ganz andere Position vertreten haben (*Bei-
fall bei den Grünen*) — für diese Patente eintre-
ten, zum Beispiel Patente, mit denen man jene
Kunststoffe erzeugt, die dann Jute und Sisal erset-
zen.

Jetzt werde ich Ihnen ein paar Zitate hinsicht-
lich des Patentrechtes vortragen, und wahrschein-
lich werden Sie kaum daraufkommen, wer diese
Personen waren, die das einmal gesagt haben:

„Patente sind ein Paradies für Parasiten.“ „Der
Patentschutz stellt einen Stolperstein für die Ent-
wicklung des Handels und der Industrie dar.“
„Das Patentsystem ist eine Spielwiese für plün-
dernde Patenthändler und Juristen.“

Wer mag solche ketzerischen Äußerungen von
sich gegeben haben? — Es war Herr Geigy Mari-
an von der Firma Geigy, später Ciba-Geigy, einer
Firma, deren Sprecher etwas mehr als 100 Jahre,
nachdem diese Äußerung abgegeben wurde,
plötzlich etwas ganz anderes sagt, eben jene Zita-
te, die ich Ihnen zuerst gesagt habe? „Patente sind
ein Paradies für Parasiten“, Herr Geigy im Jah-
re 1883. Der Sprecher der Firma Ciba-Geigy hat
im Jahre 1989 eine ganz andere Sicht der Dinge
— ich zitiere —: „Es ist Ciba-Geigys Position, daß
ein gesetzlicher Schutz geistigen Eigentums dem
öffentlichen Interesse dient, indem es fortlaufend
Investitionen in technologische Innovationen sti-
muliert.“

100 Jahre liegen zwischen diesen Aussagen,
100 Jahre, in denen die einen Staaten immer nur
ärmer wurden, sich niemals aus früheren Unter-
drückungsmechanismen wirklich, auch ökonomisch
nicht, befreien konnten und in deren Mecha-
nismen sie kraft solcher Abkommen wie des
Abkommens, das heute zur Beschlußfassung an-
steht, gehalten werden, und 100 Jahre, in denen
aber die andere Seite, die reiche Seite, die entwik-
kelte Seite, ihre Position völlig gewechselt hat.

Dr. Madeleine Petrovic

Ich nehme an, auch die Anwälte, die hier in diesem Hause vertreten sind, werden schon jede Menge Patent-Streitigkeiten geführt haben. Das gilt als eines der Grundelemente, als eine der Wurzeln des marktwirtschaftlichen Systems: der Schutz geistigen Eigentums, der dann verteidigt wird, zum Beispiel jener Maschinen, jener Vorrichtungen, die dann wieder notwendig sind, um sowohl Rohstoffe zu „veredeln“ — heißt das dann —, als auch, synthetische Produkte herzustellen. Dieses geistige Eigentum wird beinhart abgesichert.

Wie wir alle wissen, geht ja die Tendenz ganz in diese Richtung: natürliche Substanzen, natürliche Rohstoffe wie die Jute überhaupt entbehrlich zu machen. Es geht in diese Richtung, daß eigentlich in den chemischen Labors der entwickelten Staaten, dort, wo das große Geld angesiedelt ist, letztlich auch das ganze Know-how angesiedelt ist, letztlich auch die ganze Be- und Verarbeitung synthetisch in der Retorte erfolgt. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Wir haben also die Situation, daß sich die Frage „Was ist Marktwirtschaft?“, „Was ist Freihandel?“ ganz grundsätzlich geändert hat: Jene, die heute das Prinzip Freihandel auf ihre Fahnen schreiben, jene, die heute für Marktwirtschaft eintreten und sagen, das wird irgendwann einmal den Ärmsten der Armen wirklich helfen, geben nicht gerne zu, daß sich die Begriffe geändert haben, mit denen sie operieren und die sie in solche Abkommen schreiben, wo sie dann sagen: Wir müssen mehr Marktwirtschaft haben. Wir reden nicht mehr von derselben Marktwirtschaft, und wir reden nicht mehr von demselben Begriff „Freihandel“. Während es etwa offenbar für einen Herrn Geigy Marian im Jahre 1883 selbstverständlich war, daß jeder Dinge neu erfinden kann und dann auch vermarkten darf, haben jetzt diejenigen, die ökonomisch ganz einfach auf der längeren Seite des Hebels sitzen, die den Hebel bedienen können, die Dinge umgedreht: Jetzt ist es eine ganz noble Aufgabe, geistiges Eigentum zu schützen — jenes geistige Eigentum, jene Patente, die der Gründer der Firma Geigy, Ciba-Geigy, noch Ende des vorigen Jahrhunderts als „Paradies für Parasiten“ bezeichnet hat.

Heute wirken diese geistigen Eigentumsrechte ganz einseitig. Denn wenn wir einen Blick machen in die internationalen Patent- und Markenregister, sehen wir, daß mit überwältigender Mehrheit, ja fast mit Ausschließlichkeit, das Recht an derartigen Patenten in den reichen Industriestaaten angesiedelt ist; dort wird das geistige Eigentum verwaltet. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber es bleibt ja nicht dabei, sondern jene Produkte, mit denen man etwa Jute substituiert und die dazu geführt haben, daß sich die Austauschrelationen zwischen 1975 und 1982 so dramatisch

verändert haben, sind ja mit einem noch weit ausgeklügelteren System abgesichert, nämlich nicht nur, daß man einmal ausgeklügelte Patente und geistige Eigentumsrechte hieb- und stichfest absichern lassen kann, nein, mehr noch: Es gibt ein System der Zulassung von Kunststoffen, ein System der Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, ein System des Ausschlusses „lästiger“ Kritiker und Kritikerinnen, das eigentlich sicherstellt, daß dieses Know-how, das die Jute zu einem Spielball im internationalen Geschäft degradiert hat, lediglich einigen wenigen vorbehalten bleibt.

Wer weiß, wieviel an Forschungs- und Entwicklungsaufwandes es bedarf, einen jener Kunststoffe zu entwickeln, die dann als Substitutionsprodukt für Jute und Juteerzeugnisse auf den Märkten feilgeboten werden, der weiß auch, daß es nie wieder ein Entwicklungsland geben wird, selbst wenn diese Patente freigegeben würden, selbst wenn der Patentschutz irgendwann erlischt, aber dann sind es allein die ökonomischen Machtgegebenheiten, die es verhindern, daß je wieder ein Entwicklungsland auch nur daran denken kann, so etwas zu entwickeln. Da ist die Entwicklung ganz, ganz weit fortgeschritten.

Wenn wir das dann noch mit der Bevölkerung im Hauptexportland der Jute, nämlich in Bangladesch, vergleichen, zeigt sich, daß Armut und Not dazu geführt haben, daß es in Bangladesch nicht nur eine geringe Lebenserwartung gibt, von der Marijana Grandits gesprochen hat, sondern daß es dort auch eine Rate von 65 Prozent an Analphabetismus gibt. Das ist ein Teufelskreis, der von selbst nicht mehr durchbrochen werden kann, auch nicht durch ein solches Übereinkommen.

Auch wenn alle Instrumente dieses Jute-Abkommens wirklich greifen, auch wenn es dem Internationalen Jute-Rat gelingt, Juteexport und Konsumation — entgegen allen Kunststoffsubstituten — anzukurbeln, auch wenn es gelingt, vielleicht mit diesem Entschließungsantrag und mit dem solidarischen Verhalten einiger anderer Industriestaaten die freiwilligen Beiträge in den Solidaritätsfonds zu vergrößern, selbst wenn all das gelingt, bleibt es dabei, daß jedenfalls nicht mehr erreicht ist, als Bangladesch und die anderen am wenigsten entwickelten Länder in ihrer mißlichen Situation zu belassen. Das ist vorgezeichnet mit derartigen Übereinkommen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Das Konzept dieses ungleichen Tausches basiert auf der sogenannten Arbeitswertlehre, das heißt, daß man anhand der geleisteten Arbeit Produkte gegenüberstellt. Es geht noch nicht einmal darauf ein, unter welchen Bedingungen diese Arbeit geschieht, denn daß die Qualität des Arbeitsplatzes, daß die Arbeitsbedingungen ganz

Dr. Madeleine Petrovic

andere sind — ob es etwa um die Produktion von Schweizer Uhren oder von österreichischen Präzisionsgeräten geht, oder aber von Jute oder Baumwolle oder Kaffee —, ist ja noch nicht einmal eingerechnet in jene Rechnungen, die dann letztlich auch zur Folge haben, daß das alles nicht nur ohnehin finanziell und im Handel so ungleich ist, sondern daß diese Menschen für ihre Armut, für ihre schlechten Arbeitsbedingungen auch noch damit bezahlen müssen, daß ihre Kinder auf Dauer schlechtere Chancen haben, daß diese geradezu dazu verurteilt sind, im Analphabetismus zu verharren, und daß jene Patente, die als ein ganz wichtiges marktwirtschaftliches Gut streng gehütet werden in den Konzernzentralen, in den reichen Industriestaaten, niemals geteilt werden mit diesen Ländern, wenn wir nicht irgendwann in den Parlamenten so etwas beschließen, beispielsweise beschließen, solche geistigen Eigentumsrechte zu teilen.

Meine Damen und Herren! Die gemeinsamen Entwicklungen der Menschheit sind mit jenen zu teilen, die diese ungleich dringender brauchen als wir, eben weil sie derzeit ihre schlechten Arbeits- und Tauschbedingungen auch mit einer ganz kurzen Lebenserwartung bezahlen müssen. Das heißt, es geht wirklich auf diese beinharte Ebene, daß es tatsächlich um entzogene Lebensmöglichkeiten geht. Und das ist der Hintergrund auch eines solchen Übereinkommens; darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Denn wenn wir diesen letzten Problemkreis: Woher stammen die Einnahmen im einen Land, und woher stammen die Einnahmen und damit aber auch die Arbeitsplätze im anderen Bereich? betrachten, zeigt sich, daß in den Entwicklungsländern 50 bis 60 Prozent der Exporteinnahmen aus dem Agrarsektor stammen; im Falle Bangladesch ist es noch weit mehr. Hingegen werden aus den entwickelten Ländern 60 bis 80 Prozent der Importausgaben für Oberschichten geleistet, für den Industrie- und den Dienstleistungssektor. Das heißt, dort spielt Ernährung und Primärsektor eine untergeordnete Rolle. Das heißt weiters, dort ist es eher möglich — ich habe gesagt: auch nur kurzfristig und auch nur in der Regel mit Raubbaumechanismen —, dem Teufelskreis: Boden ist gleich Leben, zu entkommen. In den Entwicklungsländern ist das jedoch nicht möglich! Wer daher auf Monokulturen setzt, nimmt in Kauf, daß die Lebensmöglichkeiten, die Lebenszeit und die Lebensqualität jener Menschen nicht verlängert beziehungsweise auch nicht verbessert werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

So wie in der sozialen Hierarchie die Analphabeten kraft internationaler Vertragswerke in diese ihre Position gedrängt werden und dort auch bleiben, ist es dann auch in jenen ärmsten der armen

Länder wieder eine Schichte von Menschen, die als die Ärmsten der Armen zu bezeichnen sind, das heißt, die hierarchische Ordnung wird sozusagen perfektioniert, ebenso die Instrumente dazu. Das ist aber nicht irgendwie vom Himmel gefallen, und das ist schon gar nicht darin begründet, daß die Menschen in diesen Ländern in irgendeiner Weise weniger begabt, weniger tüchtig oder sonst irgendeine Qualität weniger hätten, sondern ganz einfach deshalb, weil Juristen und ein internationales Rechtssystem, wie etwa derartige Abkommen, das so festgelegt haben.

So ist das auch im Lichte der von mir dargestellten Verschlechterungen — auch für den Zeitraum 1975 bis 1982 —, daß diese Länder betteln gehen müssen, damit sie diese völlig unzulänglichen Verträge auch nur verlängert erhalten. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Dr. Lichal *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, die Frau Abgeordnete sprechen zu lassen! Unterbrechen Sie sie nicht in ihren Ausführungen! *(Heiterkeit.)*

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic *(fortsetzend)*: Die Ärmsten der Armen sind gerade jene Menschen in den Herkunftsländern der Vertragspartner dieses Abkommens, das heißt der Mitglieder der Jute-Organisation. Auf Seite der Ausfuhrstaaten gibt es auch eine ganz bestimmte Struktur in der Bevölkerung. In Bangladesch etwa gibt es 48 Prozent sogenannter Landlose, das heißt, das sind Mitglieder der Gesellschaft, die nicht einen Quadratmeter Land ihr eigen nennen oder kraft dauerhafter Vertragsbeziehungen nutzen könnten. 48 Prozent, also fast die Hälfte jener Leute, muß irgendwie als Tagelöhnerinnen und Tagelöhner, als Bettler und Bettlerinnen, oder als EmpfängerInnen internationaler Hilfslieferungen über die Runden kommen; 48 Prozent der Menschen eines Landes, das zu über 70 Prozent von der landwirtschaftlichen Produktion — und in Bangladesch praktisch ausschließlich von der Juteproduktion — abhängig ist. Das heißt, das sind 48 Prozent der Menschen eines Landes, für die dieses Abkommen überhaupt nicht greift. Die Hälfte der Bevölkerung kann von den „Segnungen“ — wenn man das überhaupt so bezeichnen will — dieses Abkommens ex definitione nicht erreicht werden, weil sie kein Land haben, auf dem sie Jute produzieren könnten.

Es hat mich so erstaunt und letztlich auch irgendwo tief getroffen, daß Sie diese Konnexen, die ja ganz ähnliche sind wie in den Tropenholzexportstaaten, nicht sehen wollen! Auch dort ist es, wie bei den Juteexporteuren, so, daß nicht die breite Masse über die Nutzung der Wälder verfügt, daß nicht die breite Masse Schlägerungskonzessionen hat, daß es also daher schlicht und einfach falsch ist, zu behaupten, die Menschen dieser Länder bräuchten die Exporte.

Dr. Madeleine Petrovic

Die Menschen dieser Länder brauchen gerechten Handel. Die Menschen dieser Länder brauchen ein auf internationaler Ebene akkordiertes Verständnis, dem dann auch Taten folgen müssen, daß es ein Grundrecht ist, daß menschliche Grundbedürfnisse befriedigt werden können. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Wabl bringt Getränke sowie Äpfel zum Rednerpult.)*

Die Armut in der Dritten Welt ist zweifellos die größte soziale Frage unserer Epoche; die Menschheit ist sich dessen mehr und mehr bewußt. Sie sehen: Es gibt ja auch bei uns Menschen, die die Bedeutung dieser Produkte erkannt haben und die sich auch wie Tropfen auf heißen Steinen bemühen, gegenzusteuern, indem sie eben Kooperativen errichten, in denen sie Produkte anbieten, bei denen nicht sehr viele Zwischenstufen eingeschaltet sind. Das ist ein weiterer Punkt in diesem internationalen Handel mit Jute und ähnlichen Rohstoffen, daß so enorm viele Zwischenhändler eingeschaltet sind. *(Abg. Steinbauer: Wo tun bitte „Tropfen auf einem heißen Stein“ „gegensteuern“? — Das war keine gute Metapher!)*

Man kann mit einem Tropfen auf dem heißen Stein zeigen, daß man versucht, einer Entwicklung gegenzusteuern *(Beifall bei den Grünen)*, auch wenn man sich dessen bewußt ist, daß es eben ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, und auch, obwohl es so ist . . . *(Abg. Mag. Terezija Stojsits bringt Getränke zum Rednerpult.)*

Präsident Dr. Lichal: Das Rednerpult ist bitte nicht zur Einnahme von Mahlzeiten gedacht! *(Abg. Mag. Terezija Stojsits geht mit einem Jutesack in Richtung Abgeordnetenbänke zurück.)*

Sehr lieb, wenn man das wieder wegnimmt.

Bitte, Frau Dr. Petrovic, setzen Sie fort!

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic *(fortsetzend)*: Herr Präsident! Eine Befürchtung habe ich nicht — und ich hoffe, Sie haben sie auch nicht —, daß ich nämlich hier am Rednerpult verhungern könnte. Ich glaube, dafür wurde schon auch mit den ungleichen terms of trade gesorgt, daß niemand hier — Gott sei Dank! — in jener Situation ist, in der sich leider viele Menschen in den Entwicklungsländern befinden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es gibt eine Entwicklung bei den verschiedenen Stufen im internationalen Export, die sehr deutlich aufzeigt: Die Veredelung ist in den Händen der entwickelten Länder, und es sind dort immer mehr Zwischenhändler eingeschaltet. Das heißt, das System Raiffeissen ist nicht nur ein System, das hier in Österreich ein allseits bekanntes — sagen wir es einmal so — ist, sondern dieses System ist eines, das in der internationalen Erzeu-

gung und dann in der internationalen Verbreitung landwirtschaftlicher Rohstoffe gang und gäbe ist.

Schauen wir uns zum Beispiel die Entwicklung im Bereich des Handels mit einem Produkt an, das eine ganz ähnliche Ausprägung von Monopolerzeugern hat, wie das bei Jute der Fall ist. Sehen wir uns dieses Zwischenhandelssystem am Beispiel Kakao an.

Dort bietet sich — allein wenn wir die Saison 1981/1982 mit der Saison 1982/1983 vergleichen — ein Bild, das für sich selbst spricht. Es gibt in der Saison 1981/1982 nur sieben Umschlagsvorgänge, siebenmal also wechselt das Rohprodukt die Besitz- und Eigentumsverhältnisse, jedoch im Vergleich dazu, nämlich in der darauffolgenden Saison, einen 16fachen Wechsel dieser Verfügungsverhältnisse.

Das heißt, während sich die Erlöse für die Hersteller in Relation zu den terms of trades vor einigen Jahren andauernd verschlechtern, gibt es dennoch immer mehr Zwischenhändler, obwohl jeder dieser Zwischenhändler seinen Anteil am Kuchen haben möchte. Dieser Kuchen ist dann letztendlich jener Preis, den man für dieses Produkt auf dem Markte erzielen kann.

Da wundert es einen halt dann auch nicht, daß beispielsweise eine Jutetasche weit mehr kostet — wenn man diese im Geschäft kauft, so liegt das derzeit in der Größenordnung von etwa 15 S, eine Jutetasche in einfacher Ausführung — als ein Plastiksackerl, das man noch immer entweder vollkommen unentgeltlich erhält beziehungsweise zu einem geringen Preis, denn darauf läßt sich ja so schön einfach eine Werbeaufschrift anbringen. Und diese Plastiksackerl sind auch ganz hartnäckig, unverrottbar und außerdem: Der Konsument muß weniger dafür zahlen, weil bei Plastik die Kette der zwischengeschalteten Mittelsmänner eine viel kleinere ist.

Die Fabriken zur Erzeugung der entsprechenden Kunststoffprodukte stehen in der Regel in den entwickelten Ländern, dort stehen auch die Maschinen, und dort gibt es eben auch jenen Konnex des Schutzes geistigen Eigentums, der verhindert, daß die Erzeugung dieser Produkte, außer wenn die Bereitschaft beziehungsweise die Möglichkeit besteht, entsprechende Patent- und Lizenzgebühren zu zahlen, in den entwickelten Ländern selbst verbleibt und es eben dann nicht diese ganzen Umschlagsvorgänge über Händler und Zwischenhändler, Mittelsmänner, Börsen und Börsenspekulanten gibt. 16 Umschlagsvorgänge gibt es allein beim Kakao! — Das sollte uns zu denken geben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jetzt könnte man natürlich einwenden, daß es theoretisch möglich wäre, daß sich die Staaten,

Dr. Madeleine Petrovic

die solche landwirtschaftlichen Produkte, wie etwa Jute, herstellen, halt auch in den internationalen Handel einschalten, daß sie halt auch mitmachen beim Verdienen an den Zwischenspannen. Nur, das geht wieder nicht. Zum einen gibt es natürlich vertragliche Beziehungen, die fest eingefahren sind, zum anderen können sich die Rohstoffländer an den Spekulationsgeschäften nur unbedeutend beteiligen. Sie verlieren aufgrund der extremen Preisschwankungen und drängen deswegen auf eine Stabilisierung der Rohstoffpreise durch Einrichtung von Pufferlagern im Rahmen internationaler Rohstoffabkommen. Bei unserem Abkommen haben wir nicht einmal mehr das — wohlgemerkt. *(Präsidentin Dr. Heide Schmid übernimmt den Vorsitz.)*

Die Funktion von solchen Pufferlagern ist natürlich diametral entgegengesetzt zur Intention der Spekulanten. Denn das Spekulationsgeschäft kann ja nur florieren, wenn es andauernd ein Auf und Ab der Preise gibt. Ein Spekulationsgeschäft bei einer gleichmäßig fortgeschriebenen Preisentwicklung ist etwas absolut Unsinniges. Daher ist es bereits im System der ganzen weiteren Behandlung dieser Rohstoffe und der Produkte vorgezeichnet, daß das, was in solchen Verträgen wie dem Internationalen Übereinkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse steht, bei näherer Betrachtung eigentlich ein bloßes Lippenbekenntnis ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Im Bereich der Spekulationsgeschäfte gibt es notwendigerweise ein Hoffen und ein Bauen auf eine bestimmte Preisentwicklung. Und zwar funktioniert das folgendermaßen: Wenn ein Preisanstieg in den nächsten Monaten erwartet wird, dann kauft der Spekulant die Warenkontrakte auf Termin, zum Beispiel im März auf den Liefertermin September. Das ist ein relativ realistisches Beispiel. Er verkauft sie aber wieder, bevor die Lieferung fällig wird. Er spekuliert auf Hausse und macht dabei entsprechenden Gewinn.

Wenn hingegen Preisverfall erwartet wird, dann verkauft der Spekulant Warenkontrakte auf Termin. Das heißt, er verspricht die Lieferung des Rohstoffes, den er zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht hat, für einen späteren Zeitpunkt. Vor dem Ablieferungstermin kauft er die Ware zu einem niedrigeren Preis und realisiert damit einen Baissegewinn. Das heißt, es ist ganz egal, was passiert, er kann damit nur gewinnen.

Die Situation für die Ausfuhrmitglieder des Juteabkommens ist aber eine andere. Denn die profitieren ganz und gar nicht von den sinkenden Preisen. Der Spekulant kann in jedem Fall seine Schäfchen ins trockene bringen, denn wie gesagt, er lebt von den Differenzen — nach oben oder nach unten. Das ist für sein Geschäft egal.

16 Zwischenhändler sind bei einem Rohstoff wie dem Kakao dazwischengeschaltet — bei der Jute wird es nicht viel anders sein. Wenn Sie diese Relationen vor Augen haben und wissen, daß ganze große Brokerfirmen nur von diesen Geschäften leben, daß das wieder jene sind, die als Lobbyisten tätig werden, die als Lobbyisten in den entsprechenden Parlamenten vorsprechen, die die westlichen Regierungen beknieen, die beispielsweise auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ein ganz starkes Wort mitzureden haben, dann wird klar, daß die Bevölkerung von Bangladesch mit ihren 65 Prozent Analphabeten nicht aus diesem Teufelskreis herauskommt. Ich glaube, wir sollten endlich dazu übergehen, uns gemeinsam den Kopf über neue Mechanismen zu zerbrechen, die es ermöglichen, zu einer wirklichen Gerechtigkeit zu kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Schauen wir uns jetzt das Abkommen selbst an: das Internationale Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse. Allein der Umstand, daß es erst jetzt ansteht, zeigt ja, wieviel Zeit hier verstrichen ist, zeigt ja, daß es ohnehin schon sehr, sehr spät ist. Dieses Übereinkommen beginnt so, wie fast alle diese Übereinkommen beginnen, nämlich daß die Ziele des Übereinkommens vorangestellt werden. Und hier wird ganz klar Bezug genommen auf das Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Und dieses Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist in den Resolutionen 3201 und 3202 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 1. Mai 1974 verankert.

Das heißt, wir haben hier ein nunmehr fast 20 Jahre zurückliegendes Aktionsprogramm, dessen Realisierung wir, so glaube ich, nicht mehr so unkritisch in irgendeine Präambel hineinschreiben können. Wenn wir 1974 das unterstützt haben — und ich hoffe, daß auch die österreichische Stimme im Rahmen der Vereinten Nationen hier mit dabei war, ich gehe eigentlich davon aus —, dann sollte es doch nach fast 20 Jahren nicht wieder nur einmal aufs neue in so ein Abkommen geschrieben werden, sondern dann müssen wir doch einmal anfangen zu fragen: Hat es etwas gebracht? Hat es irgend etwas bewirkt? — Prima vista, allein aufgrund dieser isolierten Vergleichszahlen, die ich vorhin bei einigen Rohstoffen, inklusive der Jute, dargestellt habe, ist das evidentenmaßen nicht der Fall. Und bei der Jute war es sogar noch viel schlechter als etwa bei anderen Rohstoffen. Der Preisverfall oder die Verschlechterung der terms of trade war letztlich noch viel, viel schlechter. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dennoch wird erneut Bezug genommen auf die internationalen Austauschverhältnisse, auf jene Vertragswerke im Rahmen der Vereinten Natio-

Dr. Madeleine Petrovic

nen, die bislang nicht wirklich dazu geführt haben, daß der internationale Handel auch nur ein wenig gerechter geworden ist.

Schauen wir uns weiter an, was in der Präambel noch angesprochen wird. Hier heißt es weiter: „Eingedenk der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung auf ihrer vierten, fünften und sechsten Tagung angenommenen Entschließung 93 (IV), 124 (V) und 155 (VI) über das integrierte Rohstoffprogramm sowie des Kapitels II Abschnitt B der Schlußakte von UNCTAD VII“.

Das heißt, wir haben hier dezidiert das internationale Rohstoffprogramm beziehungsweise die diversen Rohstofffonds angesprochen. Das heißt, hier sind wir mitten in der Materie unseres Juteabkommens, und es zahlt sich aus, im Zusammenhang mit den Rohstoffabkommen auch einmal die Begriffe etwas genauer unter die Lupe zu nehmen.

Wir haben es bei dem Begriff „terms of trade“ mit Austauschverhältnissen zu tun, genauer gesagt mit dem Einheitswert von Exporten und Importen. Viele Messungen weisen darauf hin, daß der langfristige Trend der Verschlechterung der terms of trade für viele Entwicklungsländer seit Jahrzehnten nunmehr ungebrochen anhält, jedenfalls seit die UNO dieses ihr Aktionsprogramm über die neue Weltwirtschaftsordnung verabschiedet hat.

Was könnte eine neue Weltwirtschaftsordnung beinhalten? Sie könnte vielerlei beinhalten, zum Beispiel, daß wir auch andere Vertragsmechanismen, wie etwa die Mechanismen des GATT, einer näheren Erörterung unterziehen.

Das GATT steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit derartigen Übereinkommen, denn das GATT hat letztlich in Aussicht gestellt, daß der internationale Handel mehr bewirkt als die andauernde Verschlechterung der terms of trade. Das GATT hat eigentlich auch das Prinzip „aid by trade“ auf seine Fahnen geschrieben. Dann kam es so weit, daß man als eine Institution des GATT ein neues Gremium geschaffen hat, ein neues Gremium, das in Form der sogenannten UNCTAD ins Leben gerufen wurde, und zwar zu einem Zeitpunkt, als das GATT bereits entstanden war.

Das GATT hatte ursprünglich auch sehr ambitionöse Ziele. Die sogenannte Havanna-Charta von 1948 war ihm vorangegangen. Es war eigentlich sehr bald nach der Gründung der Vereinten Nationen der richtige Gedanke aufgekommen, man kann nicht nur eine politische Neuordnung nach diesem verheerenden Ereignis des Zweiten Weltkrieges schaffen, in der man versucht, die Staaten andauernd an den Verhandlungstisch zu bringen,

um viele Mechanismen ins Leben zu rufen, die verhindern sollen, daß es wieder so weit kommt, daß Menschen einander bekriegen.

Dann kam der Gedanke auf, daß das alleine nicht genügt, sofern man nicht auch die ökonomische Seite im Auge behält. Und es war die ins Auge gefaßte Havanna-Charta, die diesen Aspekt einbeziehen sollte. Sie hätte vielleicht eine andere Entwicklung bedeuten können als jenes Rohstoffabkommen, über das wir heute reden, nämlich das Juteabkommen. Es kam allerdings nicht zustande, und man hat sich dann auf eine andere Vorgangsweise geeinigt, und das war damals, im Jahre 1948, die Gründung des GATT.

Man kann aus damaliger Sicht den Begründern dieses Mechanismus den guten Willen und die gute Absicht nicht wirklich absprechen, daß sie mit diesem Instrumentarium eigentlich hilfreich sein wollten, denn sie hatten so etwas verankert — und das ist heute noch darin enthalten — wie die sogenannte Meistbegünstigungsklausel. Diese allgemeine Meistbegünstigungsbehandlung ist eigentlich der Angelpunkt des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, kurz als GATT bezeichnet.

Das heißt aber, daß, wenn ein GATT-Vertragsstaat einem anderen einen Vorteil gewährt, dann soll dieser Vorteil gleichermaßen allen zugute kommen. Das war ein sehr guter Gedanke, er fand dann seine Ausformulierung in diversen Begünstigungsverzeichnissen und in einem Mechanismus, der auch sicherstellt, daß man nicht über irgendwelche andere Instrumente letztlich das Ziel dieses Freihandels auf Basis der Meistbegünstigungsklausel wieder unterläuft. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es sind in diesem GATT auch — und das ist vielleicht heute bereits eine Gefahr, die auch wir von den Grünen in ihrer vollen Tragweite noch gar nicht richtig erkannt haben — Artikel enthalten, die die Transitfreiheit sicherstellen, also etwas, das heute schon lange als Belastung erkannt wurde und nicht mehr wirklich unter dem Begriff der Freiheit firmieren sollte.

Aber, wie gesagt, es gab damals beste Absichten: aid by trade, Einbeziehung aller Staaten in ein System des Welthandels als Ergänzung zur politischen Einrichtung der Vereinten Nationen, also der Verhandlungstisch zur Klärung der politischen Probleme einerseits und die ökonomische Ausformulierung andererseits. Es sollten eben letztlich immer mehr Staaten eingebunden werden und von dem Konzept, wie es von den ganz frühen Theoretikern des Außenhandels formuliert wurde, profitieren.

Schon in den frühen Zeiten des Exporthandels, als es noch gar nicht sosehr um die Einbeziehung

Dr. Madeleine Petrovic

von Ländern wie Bangladesch und der anderen Juteexporteure ging, als es noch überwiegend ein Handel innerhalb Europas war, hat man sich von dem sehr naheliegenden Gedanken leiten lassen: Wenn ein Staat ein Produkt günstiger, sprich mit geringeren Kosten, herstellt, dann bedeutet es insgesamt einen Wohlfahrtsgewinn, wenn sich dieser Staat vermehrt auf die Produktion dieses Gutes konzentriert und dann im Zuge des internationalen Handels den anderen Staaten dieses bei ihm günstiger gewonnene Gut günstig zur Verfügung stellen kann.

Das war ein Gedanke, der an sich bestechend klingt und der ursprünglich von den Verfechtern des Freihandels sehr gut gemeint war. Die Ausformulierung der theoretischen Grundlagen solcher Vertragsgebilde wie des GATT lag damals — das muß man auch zugute halten — auch schon an die 100 Jahre zurück. Damals war es ja so, daß auch in Europa eine enorme Mangelwirtschaft geherrscht hat, daß es keine Selbstverständlichkeit war, daß ein Genug an Nahrung, an Kleidung und an allen Gütern vorhanden war. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zu jener Zeit wurden die Doktrinen von den segensreichen Auswirkungen des internationalen Handels in bester Absicht von Theoretikern wie Adam Smith oder David Ricardo formuliert. Man kann es ihnen nicht verübeln, daß sie natürlich damals nicht an die Schattenseiten oder an die globalen Zusammenhänge damals denken konnten. Es ist doch verständlich, daß in einer Mangelwirtschaft der naheliegendste Gedanke ist, diesen Mangel zu überwinden. Und so kam es eben dazu, daß diese theoretischen Erkenntnisse zunächst einfach befreiend gewirkt haben müssen und bei den Leuten einen großen Anklang gefunden haben. Was natürlich nicht drinnen war, waren irgendwelche Überlegungen beispielsweise über die Kosten der Raumüberwindungen, die Auswirkungen des Transits. Kein Mensch hat an das gedacht, kein Mensch hat an Hunderttausende Schiffe gedacht, an Hunderttausende LKW und LKW-Ladungen gedacht und an einen zunehmenden Flugverkehr.

Man hat auch nicht daran gedacht, daß sich die Schaltzentralen derart konzentrieren könnten, daß es dann nicht wirklich zu einer Weitergabe der segensreichen Wirkungen zu allen Teilen der Bevölkerung kommen könnte. Irgendwie hat man gedacht: Wenn insgesamt mehr Einnahmen aus dem Außenhandel erzielt werden, wenn ein Staat insgesamt reicher wird, dann werde dieser Reichtum zu allen Bevölkerungsschichten mehr oder minder automatisch diffundieren. Man hat damals vielleicht noch guten Glaubens annehmen können, daß im Zuge des Aufkommens der Sozialbewegung, im Zuge des Aufkommens der Gewerkschaftsbewegung tatsächlich so eine Weiter-

gabe der segensreichen Auswirkungen des internationalen Handels gerade zu den armen Bevölkerungsschichten in allen Ländern, also auch gerade in armen Staaten wie Bangladesch, stattfinden könnte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich würde meinen: Zu der Zeit, als man das GATT-Übereinkommen abgeschlossen hat, hätte man es schon besser wissen können, denn damals waren wir ja schon konfrontiert mit einer teilweise sehr vehementen Bewegung der Freiheit von Kolonialismus. Damals hat man bereits gesehen, was dauerhafte Unterdrückungsmechanismen, die dauerhafte Degradierung mancher Staaten, wie etwa der Juteexportstaaten zu reinen Rohstofflieferanten, bewirken, nämlich die Monokulturen, die ökologische Verarmung, der Abbau an natürlichen Ressourcen. Aber wollen wir annehmen, daß man eben noch nicht in der vollen Tragweite gesehen hat, daß man vielleicht immer noch geglaubt hat, nach dem zweiten, blutigen Weltkrieg werde es die Welt doch besser machen und werde sie nicht wieder in solche ungleiche Beziehungen hineinlaufen, die dann irgendwann einmal dazu tendieren, sich gewaltsam zu entladen. *(Beifall bei den Grünen.)*

So heißt es etwa im Bereich des GATT, das ja ein unmittelbarer Vorläufer all dieser Rohstoffabkommen ist — auf die näheren Konnexen gehe ich sofort noch im Detail ein —, unter dem Kapitel im Teil IV des GATT, der später hinzugefügt wurde, unter der Überschrift „Handel und Entwicklung“, das ja eigentlich in Begründung dann der UNCTAD-Mechanismen, folgendermaßen:

„Grundsätze und Ziele. Die Vertragsparteien, eingedenk der Tatsache, daß die Erhöhung des Lebensstandards und die fortschreitende Entwicklung der Volkswirtschaften aller Vertragsparteien zu den grundlegenden Zielen dieses Abkommens gehören, und in der Erwägung, daß die Verwirklichung dieser Ziele für die weniger entwickelten Vertragsparteien besonders dringend ist, in der Erkenntnis, daß Regeln und Verfahren sowie diesen entsprechende Maßnahmen, die mit den in diesem Artikel dargelegten Zielen vereinbar sind, maßgebend sein sollen für den Welthandel als Mittel zur Erzielung wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, unter Hinweis darauf, daß die Vertragsparteien den weniger entwickelten Vertragsparteien die Möglichkeit geben können, Sondermaßnahmen zur Förderung ihres Handels und ihrer Entwicklung anzuwenden, sind wie folgt übereingekommen:

Es ist notwendig, die Ausfuhrerlöse der weniger entwickelten Vertragsparteien rasch und anhaltend zu steigern. Es ist notwendig, tatkräftige Bemühungen zu unternehmen, damit die weniger entwickelten Vertragsparteien einen den Bedürfnissen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Anteil am Wachstum des Welthan-

Dr. Madeleine Petrovic

dels erreichen.“ Den Bedürfnissen entsprechenden Anteil am Welthandel, heißt es hier.

Ferner: „Angesichts der fortdauernden Abhängigkeit vieler weniger entwickelter Vertragsparteien von der Ausfuhr einer begrenzten Anzahl von Grundstoffen ist es notwendig, diesen Erzeugnissen, soweit irgendmöglich, günstigere und annehmbare Bedingungen für den Zugang zu den Weltmärkten zu verschaffen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Stabilisierung und Verbesserung der Weltmarktbedingungen für diese Erzeugnisse zu erarbeiten, insbesondere Maßnahmen zur Erzielung stabiler, angemessener und lohnender Preise, damit eine Ausweitung des Welthandels und der Nachfrage sowie ein dynamisches und stetiges Wachstum der realen Ausfuhrerlöse dieser Staaten ermöglicht wird und ihnen dadurch immer mehr Mittel für ihre wirtschaftliche Entwicklung zufließen. Ein rasches Wachstum der Volkswirtschaften der weniger entwickelten Vertragsparteien wird durch eine strukturelle Auffächerung ihrer Volkswirtschaften und die Vermeidung einer übermäßigen Abhängigkeit von der Grundstoffausfuhr erleichtert.

Es ist deshalb notwendig, soweit irgendmöglich den Halb- und Fertigwaren, an deren Ausfuhr die weniger entwickelten Vertragsparteien gegenwärtig oder potentiell ein besonderes Interesse haben, zu günstigen Bedingungen einen besseren Zugang zu den Märkten zu verschaffen.

Die entwickelten Vertragsparteien erwarten keine Gewährung der Gegenseitigkeit für die von ihnen in Verhandlungen übernommenen Verpflichtungen zum Abbau oder zur Beseitigung von Zöllen und von sonstigen Beschränkungen des Handels der weniger entwickelten Vertragsparteien.“

Und dann, im Artikel XXXVII, heißt es unter dem Kapitel „Verpflichtungen“:

„Die entwickelten Vertragsparteien wenden soweit irgendmöglich, das heißt sofern nicht zwingende Gründe einschließlich rechtlicher Gründe dies unmöglich machen, die folgenden Bestimmungen an: Sie räumen dem Abbau und der Beseitigung von Handelsschranken für Waren, an deren Ausfuhr die weniger entwickelten Vertragsparteien gegenwärtig oder potentiell ein besonderes Interesse haben, besonderen Vorrang ein.

Die gilt auch für Zölle und sonstige Beschränkungen, die darin bestehen, daß zwischen der umbearbeiteten und der bearbeiteten Form einer Ware ein unangemessener Unterschied gemacht wird.“ (*Abg. Anschöber: Wie ist die Praxis?*) Auf das kommen wir dann im Detail, wie die Praxis hier aussieht — „Sie unterlassen es, für Waren, an deren Ausfuhr die weniger entwickelten Vertragsparteien gegenwärtig oder potentiell ein

besonderes Interesse haben, Zölle oder nicht tarifische Einfuhrschranken neu einzuführen oder wirksamer zu gestalten. Sie unterlassen die Einführung neuer steuerlicher Maßnahmen und räumen bei allen Umstellungen der Steuerpolitik dem Abbau und der Beseitigung steuerlicher Maßnahmen besonderen Vorrang ein, soweit diese Maßnahmen die Zunahme des Verbrauches von rohen oder bearbeiteten Grundstoffen, die ganz überwiegend in den Hoheitsgebieten der weniger entwickelten Vertragsparteien erzeugt werden, wesentlich behindern würden oder behindern und soweit sie eigens auf diese Waren angewendet werden.

Die entwickelten Vertragsparteien werden in allen Fällen, in denen eine Regierung unmittelbar oder mittelbar den Wiederverkaufspreis von Waren bestimmt, die ganz oder überwiegend in den Hoheitsgebieten weniger entwickelter Vertragsparteien erzeugt werden, in jeder Weise bemüht sein, die Handelsspannen auf einem angemessenen Niveau zu halten, werden ernsthaft sonstige Maßnahmen erwägen, die darauf abzielen, eine Steigerung der Einfuhren aus weniger entwickelten Vertragsparteien zu ermöglichen, und werden zu diesem Zwecke an geeigneten internationalen Maßnahmen mitarbeiten.“

Das war zunächst einmal die Anfügung eines Teiles IV an das GATT, in dem eben verankert ist, daß es unter den Vertragsparteien sehr große Unterschiede gibt. Das heißt, daß Meistbegünstigung allein nicht wirklich die Antwort auf die Probleme der Entwicklungsländer ist. (*Anhalten der Beifall bei den Grünen.*)

Das ist sehr beruhigend, daß die ganz überwiegende Mehrzahl hier in diesem Hause doch diesem Vortrag etwas abgewinnen kann.

Also da kam man bei diesem Teil IV des GATT einmal zu der sehr weisen Einsicht, daß es so wie bei den verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern eines Staates halt welche gibt, die ökonomisch auf einem sehr langen Ast sitzen, und andere, die wirklich von der Hand in den Mund leben oder nicht einmal mehr das.

Was würde man jetzt erwarten? Daß man, nachdem dieser Teil IV des GATT immerhin auch schon auf die frühen fünfziger Jahre zurückgeht, doch in den internationalen Abkommen dem Rechnung trägt. Allein, wenn wir jetzt wieder einen Blick auf das Internationale Übereinkommen von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse werfen, das heißt, auf unsere Vorlage hier, dann zeigt sich, daß hier nicht differenziert wird zwischen den entwickelten Vertragsparteien und den weniger entwickelten Vertragsparteien, denen damals, in den frühen fünfziger Jahren, Sonderförderungsmaßnahmen in Aussicht gestellt wurden.

Dr. Madeleine Petrovic

Jetzt sind wir soweit, daß hier ein Abkommen abgeschlossen wird, wo es einfach heißt, wir haben eben auf der einen Seite die Juteabnehmer beziehungsweise die sogenannten Einfuhrmitglieder, um in den Begriffen dieses Abkommens zu bleiben. (*Abg. Steinbauer: Im Deutschen Bundestag würde das „gute Nacht“ heißen!*) Da hat man also irgendwie den Eindruck, daß es sich hier wieder um die Fiktion einer Gleichwertigkeit der Vertragspartner handelt. Das heißt, diese neue Generation der Rohstoffabkommen stellt eigentlich einen Rückfall dar hinter eine Stufe, die sich in den fünfziger Jahren doch wenigstens einmal auf dem Papier angedeutet hat.

Also mit diesen Verheißungen des Teils IV des GATT wären wir, glaube ich, schon einen Schritt weiter (*Beifall bei den Grünen*), da wären wir wahrscheinlich schon ein ganz schönes Stück weiter, wenn wir damals begonnen hätten, und zwar ehrlich, diese Ziele umzusetzen. Ich meine, wir stehen halt jetzt in der Situation, daß die gesamte Entwicklung eine andere war. Aber es ist notwendig, und es ist auch wirklich in dieser Deutlichkeit und Breite notwendig, einmal darauf hinzuweisen, daß dem so ist, daß man nicht in jede Präambel dasselbe hineinschreiben kann oder sogar — wie ich das eingangs dargestellt habe — hinter einen bereits erreichten Stand der Entwicklung zurückstellt, indem man glaubt, wieder einmal guten Gewissens sagen zu können, mehr Marktwirtschaft ist der Ausweg, wissend, daß dem nicht so ist, anstatt daß wir vielleicht jetzt wieder auf Texte wie jenen Teil IV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens zurückgehen, wo in einem Vertrag, der sich mit Handelsbeziehungen beschäftigt, so bemerkenswerte Dinge drinstehen wie die Erhöhung des Lebensstandards, nicht nur mengenmäßige Steigerungen, sondern die Erhöhung des Lebensstandards.

Und hier wird auch das Problem der fortdauernden Abhängigkeit von der Ausfuhr einer begrenzten Zahl von Gütern oder Rohstoffen wie eben der Jute erkannt. Das heißt, damals, im Teil IV des GATT, hätte man es angestrebt, die Diversifikation der Produktpalette wenigstens zu versuchen, anstatt hier eigentlich wieder zu der Stufe zurückzukehren, wo man sagt: Wir bleiben in der Monokultur, und von dort nehmen wir einfach immer mehr, immer mehr, immer mehr.

Dieser Text des Teils IV des GATT spricht auch davon, daß eben stabile, angemessene und lohnende Preise anzustreben sind. Wenn ich mir jetzt noch einmal die Entwicklung vor Augen halte, die etwa die Jutepreise genommen haben, dann ist dies nicht der Fall, Herr Abgeordneter Steinbauer. Und Sie wissen, daß es nicht als eine Diskriminierung — die ja auch hier im Teil IV des GATT verboten wäre — gewertet würde, wenn man Produkte ehrlich und wahrheitsgemäß

deklariert. Das kann aus diesem Text wie auch aus allen anderen Passagen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT keinesfalls gefolgert werden.

Hier wird dann weiter die strukturelle Ausfächerung der Volkswirtschaften angestrebt. In der Praxis stehen wir davor, daß genau das Gegenteil passiert ist. Und wenn es dann erst heißt, daß man verstärkt den weniger entwickelten Staaten dabei helfen soll, in die höheren Veredelungsstufen einzutreten, dann muß ich sagen: Bitte schön, ich verstehe nicht, wie wir wieder so ein Abkommen abschließen, wissend, daß es nicht einmal dazu geeignet ist, weitere Verschlechterungen auch nur aufzuhalten. Nicht einmal dazu ist dieser Text geeignet.

Und da frage ich Sie wirklich, ob wir nicht den heutigen Abend zum Anlaß nehmen sollten, vielleicht auch noch in Redebeiträgen von Abgeordneten der Regierungsparteien einmal ein ehrliches Bekenntnis dazu abzugeben, daß die Entwicklungsländer, und zwar in dieser ehrlich gemeinten Art und Weise, in Richtung einer wirklichen fairen Teilhabe am internationalen Handel in die neuen Vertragstexte einzubeziehen sind.

Wie ginge es weiter, wenn wir bei den Rechtsmechanismen des GATT bleiben und uns demgegenüber die reale Situation von Staaten wie Bangladesch beziehungsweise anderer Juteherkunftsländer vor Augen halten? (*Beifall bei den Grünen.*)

Es gab eine weitere Bemühung im Rahmen des GATT zur Besserstellung von Entwicklungsländern. Prüfen wir unter dem Aspekt dieser Vereinbarung, ob diese Regierungsvorlage dem Beschluß der GATT-Vertragsparteien, der selbstverständlich auch für Österreich Gültigkeit hat, gerecht wird, und zwar handelt es sich dabei um einen Beschluß der GATT-Vertragsparteien vom 28. 11. 1979. Darin heißt es unter der Überschrift „Differenzierte und günstigere Behandlung, Gegenseitigkeit und verstärkte Teilnahme der Entwicklungsländer“ — Beschluß vom 28. November 1979, also mittlerweile fast eineinhalb Jahrzehnte zurückliegend —:

„Als Folge der Verhandlungen im Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen beschließen die Vertragsparteien wie folgt: Ungeachtet des Artikels 1 des Allgemeinen Abkommens können die Vertragsparteien den Entwicklungsländern eine differenzierte und günstigere Behandlung gewähren, ohne diese Behandlung den anderen Vertragspartnern zu gewähren.“

Das bedeutet eine Absage an ein undifferenziertes Prinzip der Meistbegünstigung, in diesem Fall die Bevorzugung von Entwicklungsländern. Ich glaube, das ist ein richtiges Prinzip.

Dr. Madeleine Petrovic

Weiters heißt es im Text:

„Absatz 1 findet Anwendung auf:

a) präferentielle Zollbehandlung seitens der entwickelten Vertragsparteien für Waren mit Ursprung in Entwicklungsländern gemäß dem allgemeinen Präferenzsystem,

b) differenzierte und günstigere Behandlung in bezug auf die Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens betreffend nichttarifliche Maßnahmen, die Gegenstand von Bestimmungen von im Rahmen des GATT auf multilateraler Ebene ausgehandelten Instrumente sind,

c) regionale oder weltweite Vereinbarungen, die weniger entwickelte Vertragsparteien zum gegenseitigen Abbau oder zur gegenseitigen Beseitigung von Zöllen und in Übereinstimmung mit den Kriterien oder Bedingungen, die von den Vertragsparteien festgelegt werden können, zum gegenseitigen Abbau oder zur gegenseitigen Beseitigung nichttariflicher Maßnahmen auf Erzeugnisse, die diese weniger entwickelten Länder voneinander einführen, schließen,

d) besondere Behandlung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder unter den Entwicklungsländern im Rahmen allgemeiner oder spezifischer Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer.

3. Jede im Rahmen dieser Klausel vorgesehene differenzierte und günstigere Behandlung

a) muß so gestaltet werden, daß sie den Handel der Entwicklungsländer erleichtert und fördert und für den Handel aller anderen Vertragsparteien keine Hemmnisse errichtet oder ungebührliche Schwierigkeiten schafft,

b) darf nicht ein Hindernis für die Verringerung oder Beseitigung von Zöllen und sonstigen Handelsbeschränkungen auf Meistbegünstigungsbasis darstellen,

c) muß, wenn sie von entwickelten Vertragsparteien an Entwicklungsländer gewährt wird, so gestaltet und erforderlichenfalls geändert werden, daß sie den Entwicklungs-, Finanz-, oder Handelsbedürfnissen der Entwicklungsländer positiv Rechnung trägt.“

Ich glaube, daß der Rechtsstandard von 1979 heute bereits überholt ist. Es ist zwar auch da ein Fortschritt festzustellen, und zwar besteht dieser darin, daß explizit der Terminus „die am wenigsten entwickelten Länder“ eingeführt wurde. Das heißt, daß man bereits sehr deutlich erkannt hat, daß es auch unter den Armen eine sehr deutliche, eine sehr klare Hierarchie gibt. Man hat ausdrücklich an die entwickelten Länder den Auftrag erteilt, die Entwicklung in den weniger und am

wenigsten entwickelten Länder zu ihrer eigenen Sorge zu machen. Es wird eben nicht eurozentristisch oder nur mit Blick auf die entwickelten Länder agiert, sondern unter Bedachtnahme auf dieselben. Allein es ist niemals passiert.

Wir werden gleich Gelegenheit haben, anhand der verschiedenen Ungleichheiten in der Entwicklung die Verheißungen in diesem Vertragswerk von 1979 in der Praxis zu überprüfen (*Beifall bei den Grünen*), aber schauen wir doch erst einmal auf die Entsprechung dieses internationalen Übereinkommens in unserem Juteabkommen.

Darin finde ich von dieser Verheißung, mehr in die Diversifikation zu gehen, mehr in Richtung einer breiteren Produktpalette zu tun, mehr in Richtung einer aktiven Förderung zu tun, eigentlich nichts mehr. Darin wird wieder der Rückfall in die Zeit unmittelbar vor Erweiterung des GATT um die Abschnitte betreffend die Entwicklungsländer konstatiert. Darin heißt es ganz einfach, daß letztlich die Ausfuhrstaaten den Einfuhrstaaten gegenüberstehen, es wird schon nicht mehr von der verschiedenen hierarchischen Stellung gesprochen, auf der sich diese Vertragspartner befinden.

Dann heißt es in einer langen Latte von Aufzählungen, was da alles zum Nutzen der verschiedenen Staaten geschehen soll. Es sollen insbesondere die strukturellen Merkmale des Jutemarktes verbessert werden, die Umweltgesichtspunkte, die ich schon erwähnt habe, gebührend berücksichtigt werden. Ich frage mich wirklich: Was heißt das? Was heißt „die Umweltgesichtspunkte gebührend zu berücksichtigen“ vor dem Hintergrund der Tatsache, daß sich die terms of trade allein zwischen 1975 und 1982 verändert haben wie die Relation 1 : 16, und zwar verschlechtert? (*Beifall bei den Grünen.*)

Wieviel Wahl haben denn Vertragspartner wie Bangladesch bei der Verbesserung ihrer Situation bei gleichzeitiger Bedachtnahme auf die Umwelt, wenn sich die terms of trade in dieser Art entwickelt haben, wenn wir in einer ungebrochenen derartigen Tendenz stehen und wenn dieses Abkommen nicht einmal mehr ein wirklich effizientes Instrumentarium vorsieht, um mit Zwischenlagern, auch mit der entsprechenden finanziellen Ausstattung Marktspitzen abzuschöpfen und sie dann auf den Markt zu werfen, wenn es ein geringeres Angebot gibt? Diese Einrichtung, die im Rahmen dieses Übereinkommens geschaffen wird, hat nicht einmal die primitivsten derartigen Möglichkeiten.

Im vorliegenden Übereinkommen wird der Internationale Juterat mit Sitz in Dhaka, Bangladesch, geschaffen, der über keine dieser Möglichkeiten verfügt. Wie soll er das auch, wenn das, wie

Dr. Madeleine Petrovic

ich glaube, zwölftreichste Land der Erde, das Österreich derzeit ist, einen Beitrag zwischen 30 000 und 40 000 S im Jahr zahlt? Wie soll solch ein Gremium der geballten Marktmacht der Spekulanten dieser 16 Zwischenstufen — oder wie viele es auch sind — entgegentreten, wenn eines der reichsten Länder dieser Erde einen Beitrag in Höhe von 30 000 bis 40 000 S zahlt? Das ist doch nichts als eine Augenauswischerei. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Steinbauer: Jede halbe Stunde sagen Sie einen gescheiterten Satz! Aber die Kosten-Nutzen-Rechnung stimmt nicht!)*

Sie müßten nur lang genug zuwarten, dann können Sie aus dieser meiner Rede wirklich viel mitnehmen. Sie haben im Rahmen meiner Ausführungen noch genug Gelegenheit dazu. Ich hoffe, daß die Redner, insbesondere die Rednerinnen der anderen Parteien, die ja jede Partei noch benennen kann, mit noch gescheiteren Aussagen meine Ausführungen ergänzen, denn dann hätte dieser Abend wirklich etwas gebracht, dann wären wir einen Schritt weitergekommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Abgeordneter Steinbauer! Glauben Sie wirklich, daß, wenn in einem Abkommen ein langer Katalog von Zielsetzungen angeführt wird, die Marktinformation verbessert wird? Mit der Information über die Märkte haben wir so unsere Schwierigkeiten. Wenn ich mir die aktuellen Entwicklungen in Sachen Produktdeklaration anschau, dann wird es, denke ich, mit der Information der Märkte nicht mehr lang sehr gut bestellt sein.

Es heißt hier, unser Ziel ist es, „neue Endverwendungszwecke für Jute einschließlich neuer Jute-Erzeugnisse zu entwickeln, um die Nachfrage nach Jute zu steigern“. Wie wollen Sie denn das mit einer Einrichtung wie dem Internationalen Juterat tun, der, was die Werbebudgets betrifft, nicht einmal einem einzigen international agierenden Unternehmen im Bereich der chemischen Industrie, im Bereich der plastikerzeugenden Industrie auch nur annähernd das Wasser reichen kann? Da herrscht keine Chancengleichheit, und es ist ganz klar, daß die Entwicklung leider so weitergehen wird. *(Abg. Steinbauer: Den ganzen Zirkus verdanken wir dem Jankowitsch!)*

Das ist richtig, Herr Kollege Steinbauer! Das verdanken Sie zu einem guten Teil dem Kollegen Jankowitsch, denn der gehört offenbar zu den Entwicklungspolitikern, die die tieferen Beziehungen nicht wirklich verstanden haben oder verstehen wollen. *(Abg. Steinbauer: Ja! Richtig!)* Wenn er sie aber verstanden hat, dann, muß ich sagen, redet er etwas anderes, als seiner Überzeugung entspricht. Aber ich hoffe, daß er uns noch mit klaren Fakten konfrontieren wird. *(Abg. Steinbauer: Den ganzen Zirkus verdanken wir dem Jankowitsch!)* Er kommt ja von diplomati-

scher Seite. Ich hoffe ja, daß sich Herr Abgeordneter Jankowitsch noch zu Wort meldet. Er hat ja die Möglichkeit dazu. *(Abg. Dr. Jankowitsch: Es wird viel Gelegenheit dazu geben, aber jetzt mache ich Ihnen die Freude nicht!)* Natürlich ist es so, daß dann die Diplomaten an den Verhandlungstischen sitzen und in der Diplomatensprache . . . *(Abg. Dr. Jankowitsch: In dieser Situation verdienen Sie keine Antwort! Wenn man mit dem Parlament so umgeht, hat man keinen Anspruch auf eine Antwort!)*

In Bangladesch so wie in den meisten Entwicklungsländern sind halt diejenigen, die diese Verträge textieren, nicht die, die zu den untersten Schichten der Bevölkerung gehören, zu jenen 48 Prozent der Landlosen, die in sehr hohem Ausmaß Analphabeten sind und die nicht von den „Segnungen“ dieses Juteabkommens erfaßt werden. Andernfalls könnten all die Diplomaten nicht immer wieder in dieser oder ähnlicher Form die Präambeln schreiben und könnten nicht solche Gremien errichten, die dann eigentlich nicht viel mehr können, als gelegentlich ein paar kleine Aktionen zu setzen, die aber der Marktmacht der Spekulanten bei den Rohstoffen und der Marktmacht der Wirtschaftslobby, die für die Substitutionsprodukte steht, wie das bei der Plastikbranche der Fall ist, auf der ökonomischen Seite nicht beikommen können.

Es heißt weiter in den Zielsetzungen des Abkommens, daß die „Wettbewerbsfähigkeit der Jute und der Jute-Erzeugnisse zu stärken“ sei. Wie?, frage ich. Bitte, wie? Selbstverständlich soll das geschehen. Nur sage ich: Juristen, die derartige Zielvorstellungen in einen Vertrag hineinschreiben, obwohl sie genau wissen, daß seit vielen, vielen Jahren in der Praxis das totale Gegenteil geschieht, können nicht mehr redlich sein, wenn sie derartiges formulieren. Die Marktposition zu verbessern heißt doch, daß man dazu übergehen müßte, die Konkurrenzprodukte sehr genau unter die Lupe zu nehmen. Das ist aber leider — das haben wir teilweise schon dargestellt — als eine Ausformulierung des elaborierten Systems von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, von internationalen Patentrechten und Ansprüchen auf geistiges Eigentum nicht mehr möglich.

Es sollten die Plastikfabrikanten einmal offen und ehrlich Antwort stehen müssen, welche Auswirkungen ihre Produkte auf die Umwelt haben, und zwar von der Rohstoffbeschaffung, vom Herbeibringen des Erdöls her und unter Einrechnung all der Tankerkatastrophen, die, bedingt durch die unmäßige Nachfrage nach Erdöl, immer wieder wie das Amen im Gebet auftreten. Das sind doch keine plötzlichen und unvorhersehbaren Katastrophen, sondern das ist ein Teil eines Systems, in dem Sicherheit, Konsumentenrechte,

Dr. Madeleine Petrovic

Umweltschutz, Naturschutz irgendwo unter ferren liefen rangieren und keinen Markt haben.

Es gibt keinen Markt für vermiedene Umweltgefahren. Es gibt keinen Markt für nicht eingetretene Umweltkatastrophen. Es gibt viel Nachfrage nach Erdöl, eine sehr zahlungskräftige Nachfrage, aber es gibt keinen Markt, der die Sicherheit der Transportbehältnisse honoriert. Das könnte nur der Gesetzgeber tun, aber der tut es nicht, weil ganz offensichtlich diejenigen, die Angst davor haben, für ein höheres Maß an Sicherheit mehr zahlen zu müssen, genau an jenen Schaltstellen der Macht sitzen, wo sie verhindern können, daß sich wirklich etwas in Richtung mehr Umweltschutz, in Richtung mehr Konsumentenschutz verändert.

Plastik ist das Ersatzprodukt für Jute und Juteprodukte. Es ist in diesem Entwurf, in dieser Regierungsvorlage die Zielsetzung enthalten: Jute und Juteerzeugnisse sind in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wenn wir nicht soweit gehen, daß wir nach Verboten bestimmter Plastikprodukte und Substanzen schreien, so müßte es doch zumindest möglich sein, so wie das Marijana Grandits im Hinblick auf Jute versucht hat, eine komplette Energiebilanz zu erstellen.

Was kostet diese Erde ein Jutesack, und was kostet eine Plastiktragtasche oder ein anderes Plastikprodukt, das wir unseligerweise zu Millionen täglich als Verpackungsmaterial gebrauchen, um es dann sofort wieder in die Abfallkübel zu werfen und somit eigentlich in Kauf zu nehmen, daß es unter Entstehung giftigster Abgase und Dämpfe verbrennt?

Daran hängt schon wieder eine weitere Industrie, die die Verbrennungsaggregate und die Filtertechnologien verkauft. Dann gibt es schon wieder eine nachgeschaltete Industrie, die dann diese ultragiftigen Schlacken in Beton eingießt, wozu man wieder Zement braucht, wozu man wieder Transportfahrzeuge braucht und wozu man dann wieder die Geschäfte der Abfallbeseitiger braucht.

Da hängen sehr viele daran, sehr viele mit sehr viel Macht, und die kleine Jute hat nur diesen etwas armseligen Passus in diesem Abkommen: die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Wie?, frage ich noch einmal. Schreiben wir nicht so etwas! Ich habe mich auch bei den Grünen immer dagegen ausgesprochen, daß wir irgendwelche Grundrechte verlangen, ohne zumindest einen gewissen Grad der Realisierbarkeit zu haben. Ich glaube nicht, daß es gut ist, Grundrechte in Aussicht zu stellen, wenn wir nicht auch einen gewissen Grad der Durchsetzbarkeit sehen. So ist es auch hier. Man soll nicht so etwas in solche internationale Abkommen hineinschreiben, da soll man wirklich lieber gleich ehrlich sagen, die Jute steht auf ver-

lorenem Posten, und dieses Abkommen ist eigentlich eine Augenauswischerei (*Beifall bei den Grünen*), wenn es nicht möglich ist, ganz offen und ehrlich und wahrheitsgemäß alles hinsichtlich der Substitutionsprodukte auf den Tisch zu legen, an den Tag zu bringen.

Warum gibt es nicht schon lange beispielsweise umfassende Energiebilanzen gerade hinsichtlich solcher Rohstoffe wie der Jute und ihrer Substitutionsprodukte? Warum schreiben wir das nicht drauf auf die Plastikbehältnisse aller Art, wieviel an Erdöl sie brauchen, wie unsicher dieses Erdöl transportiert wird, wie viele Unfälle da schon passiert sind, welche Folgekosten die „EXXON-VALDEZ“ und alle die Nachfolgekatastrophenschiffe verursacht haben, wie viele Tausende Umweltaktivisten dann wieder am Werk waren, um ölverklebte Vögel zu reinigen, die verendeten Tiere zu beseitigen, Strände zu reinigen, die Folgeschäden für den Tourismus auch nur annähernd in den Griff zu bekommen? Und dann bei der Produktion: Wieviel sauberes Wasser ist draufgegangen? Was glauben wir, wieviel sauberes Wasser wir hier noch haben, das durch chemische Fabriken laufen kann, um dann als eine Kloake wieder herauszukommen? Oder sind es wieder die Interessen derer, die an den diversen Wasseraufbereitungsanlagen verdienen, die eben auch ein gutes Geschäft daraus gemacht haben, daß mittlerweile das Wasser x-fach umgeschlagen wird, bevor es dann irgendwann einmal immer noch ziemlich stark verunreinigt in irgendein Meer fließt?

Das sind die Folgereaktionen, die man so einer Plastiktasche nicht ansieht, dem Konkurrenzprodukt der Jute, für die hier in diesem Abkommen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit herbeigewünscht wird. Wir wissen, es wird beim frommen Wunsch bleiben, wenn nicht ganz deutliche Maßnahmen gesetzt werden. Hier in diesem Abkommen jedenfalls finde ich diese Maßnahmen nicht.

Wie geht das Abkommen dann weiter nach diesem Katalog der Zielsetzungen, der, wie gesagt, kein sonderlich realistischer ist, der einen Rückfall darstellt hinter die Vertragstexte aus den frühen fünfziger Jahren oder etwa das Abkommen der GATT-Vertragsparteien vom 28. November 1979? Wie gesagt, bei der Mitgliedschaft haben wir nur zwei Kategorien: die Ausfuhrmitglieder und die Einfuhrmitglieder. Wir haben eine Festlegung der Mitgliedschaft dahin gehend, daß jede der beiden Gruppen über 1 000 Stimmen verfügt. Da ist es eben auch nicht unbedingt den sonst im Abkommen verankerten Zielen förderlich, nämlich der Diversifikation, daß sich die Gewichtung der Stimmen nach den Export- beziehungsweise Importmengen richtet, denn damit ist automatisch eher eine Tendenz einer noch stärkeren Konzentration eingebaut, die dann eben in einer

Dr. Madeleine Petrovic

noch stärkeren Positionierung in der Organisation im Internationalen Juterat ihren Ausdruck findet.

Das kann ja nicht wirklich sinnvoll sein, daß man schon zwischen der Präambel, den Zielsetzungen des Übereinkommens und der Ausformulierung eigentlich eine Diskrepanz hat.

Welche Befugnisse hat jetzt dieser Internationale Juterat kraft Abkommens? — Der Rat hat in einer Art Generalklausel all jene Aufgaben wahrzunehmen, die zur Durchführung des Übereinkommens erforderlich sind. Das heißt, man met diesem Rat mit seinen 1 000 Stimmen von Ausfuhrmitgliedern und 1 000 Stimmen von Einfuhrmitgliedern — Österreich wird dabei acht Stimmen ausüben — die Kleinigkeit zu, diese lange Latte an sehr löblichen Zielsetzungen in die Praxis umzusetzen, eine Aufgabe, von der ich meine, daß der Rat von vornherein dabei überfordert sein wird.

Insbesondere ist der Rat dafür verantwortlich, sich eine Geschäftsordnung und eine Finanzordnung zu geben. Die Finanzordnung bestimmt unter anderem die Entgegennahme und Ausgabe von Mitteln im Rahmen des Verwaltungs- und des Sonderkontos. Der Rat kann in seiner Geschäftsordnung ein Verfahren vorsehen, wonach er bestimmte Fragen ohne Sitzung entscheiden kann. Das heißt, wir haben einmal ein Gremium, das auch seine Aufgaben mehr oder minder kraft der Beschlußfassung der wichtigsten oder einflußreichsten Mitglieder erfüllen kann und dann nicht einmal auf eine bessere Abstimmung unbedingt Bedacht nehmen muß. Das ist auch aus dem Grund eigentlich wieder den Intentionen des Abkommens entgegenlaufend, weil genau jene Staaten, die vielleicht nur zu einem geringeren Teil als etwa Banladesch vom Jutehandel abhängen, einen besseren Impuls für die Entwicklung geben könnten, weil sie noch nicht so stark in der Monokulturwirtschaft drinstecken wie diese ausschließlichen Juteländer. Wie sollen diese weggelassen werden von diesen Monokulturen ohne andere Einnahmen? Es ist ja so, daß diejenigen, die eigentlich ihre Haupteinnahmequelle aus der Jute haben, wenn sie diese Einnahmen in andere Bereich stecken würden, eigentlich damit implizit ihr Hauptstandbein kaputt machen. Das heißt, daß diese Vertragswerke eine Art Built-in-stability haben, daß sich im Bereich der bestehenden Marktverhältnisse so gut wie nichts ändern kann. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun will ich das nicht so absolut negativ sehen, denn es könnte ja schließlich doch aus derartigen Gremien ein gewisser Impuls in Richtung einer Verbesserung ausgehen, wenn — und das ist immer die Voraussetzung — wir wieder zu jenen Zielen zurückkehren, wie sie etwas im Teil IV des

GATT oder in der Ergänzung des Vertragswerkes vom November 1979 verankert waren.

Der Rat hat auf jeden Fall in jedem halben Jutejahr eine ordentliche Tagung abzuhalten, und er kann darüber hinaus zu außerordentlichen Tagungen zusammentreten, wobei es bestimmte Prozeduren der Einberufung gibt. Die Tagungen des Rates finden grundsätzlich am Sitz der Organisation, also in Dhaka statt, und eigentlich, muß man sagen, stellen die Beiträge der Mitgliedstaaten dieses Abkommens nicht viel mehr dar als jene Mittel, die erforderlich sind, um das eigene Verwaltungsgremium zu erhalten. Mehr ist es wirklich nicht.

Und das ist halt die nüchterne Erkenntnis aus der Finanzierungsquelle, die diesem Gremium zur Verfügung steht, nämlich die Mitgliedsbeiträge von Ländern wie Österreich. Sie erinnern sich an die Größenordnung, sie bewegt sich zwischen 30 000 und 40 000 S, also ein Betrag, der für ein Land wie Österreich wirklich nicht gerade etwas Sensationelles ist. Ich würde meinen, daß etwa die Kosten für die Reisetätigkeit der Fernostexperten, die das Parlament in die Tropenholzländer entsandt hat, wohl ein Vielfaches dieses Jahresbeitrages ausgemacht haben, der an die Internationale Jute-Organisation gezahlt wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wäre auch einmal interessant, eine derartige Gegenüberstellung zu machen, etwa nur die Reisekosten, die in einem Parlament wie diesem anfallen, und sie mit den Mitgliedsbeiträgen für solche Rohstoffabkommen zu vergleichen. Ich glaube, es wäre vielleicht eine Gelegenheit, hier auch entsprechende Anfragen zu stellen, denn da würde das ganze Ausmaß des Desasters wirklich deutlich werden. Für die einen geht es bestenfalls um informative Reisen, die dann bestenfalls zu wahrheitsgemäßen Berichten führen können — das kann eine wichtige Aufgabe sein, wenn man das mit guter, ich würde meinen, ökologischer und sozialer Gesinnung tut —, aber wir sollten uns dessen bewußt sein: Das, was für dieses Parlament so ein kleiner Betrag ist, ist für so eine Einrichtung wie die Internationale Jute-Organisation, den Internationalen Juterat, schlicht und einfach eine Überlebensfrage. *(Beifall bei den Grünen.)*

Worin sehe ich nun diese vielleicht doch positiven Ansätze, die ich vorhin angesprochen habe? Die Internationale Jute-Organisation kann Projekte durchführen — das muß sie auch alles aus ihrem knappen Budget bestreiten — im Bereich der Forschung und Entwicklung, im Bereich der Verbesserung der Produktivität und der Faserqualität, der Verbesserung der Verarbeitungsverfahren, der Erschließung neuer Endverwendungszwecke, der Kostensenkung und der Marktförderung. Und — dazu habe ich schon einiges

Dr. Madeleine Petrovic

gesagt — ich befürchte, da kämpfen sie wirklich gegen übermächtige Gegner.

Aber sie haben noch einen anderen Auftrag, und darin liegt eine gewissen Hoffnung: Sie haben den Auftrag, Informationen zusammenzutragen und Informationen zu veröffentlichen. Allerdings bereits hier in unserem Übereinkommen erfolgt eine dramatische Einschränkung der Informationstätigkeit, und gerade im Lichte der traurigen Ereignisse rund um das österreichische Tropenholzdebakel stimmt mich dieser Halbsatz hier sehr nachdenklich. Hier heißt es explizit: Die Veröffentlichung dieser Informationen, das heißt eben über Jute und Juteprodukte, über konkurrierende Kunststoffe und Ersatzprodukte darf nicht so erfolgen, daß dadurch die Geschäftstätigkeit von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigt wird.

Das muß man sich erst einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da haben wir eine Einrichtung, deren wahrscheinlich einzige effiziente, fast, möchte ich sagen, Waffe es wäre, Informationen zu verteilen, Informationen direkt an die Konsumentinnen und Konsumenten zu bringen, denen zu sagen — und das ist der Auftrag dieses Juterates —, wie es einerseits mit den Juteerzeugnissen und andererseits mit den mit ihnen konkurrierenden Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen aussieht.

Das ist genau dieser Punkt, wo wir beispielsweise auch eine Parallele mit vielen anderen Bereichen haben, worum es fortschrittlichen Konsumentinnen und Konsumenten, Umweltschutzorganisationen, Tier- und Naturschutzorganisationen seit vielen Jahren geht: wahrheitsgemäße Produktdeklaration. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und da hätten wir sicher auch einen Fall, bei dem die Interessen der Entwicklungsländer und der entwickelten Länder nicht in Konflikt geraten. Da, glaube ich, könnte die Jute einem offenen Vergleich, einer vergleichenden Werbung, absolut standhalten — mit all diesen Faktoren, die ich dargestellt habe, von der Produkterzeugung eines Plastiksackerls, eines Plastikbehältnisses bis zur Entwertung, bis hin zur ökologischen Belastung, bis hin zu den Kosten der Entsorgung.

Da käme es den Erzeugern zugute, wenn sie die Möglichkeit hätten, auf die mangelnde ökologische Verträglichkeit von vielen Plastikerzeugnissen hinzuweisen und eine umfassende Energiebilanz zu veröffentlichen. Das wäre eine Information, die sowohl den Konsumenten helfen würde als auch den Erzeugern helfen könnte in Richtung einer wirklich nachhaltigen Absatzförderung.

Nur: Da kommt schon wieder dieser Halbsatz: die Information darf nicht so erfolgen, daß dadurch die Geschäftstätigkeit von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigt wird. Welche Perso-

nen, welche Gesellschaften? Der großen chemischen Multis? Der großen Plastikerzeuger? Wenn deren Interessen nicht beeinträchtigt werden dürfen, dann gibt es keine Information, denn die Interessen sind beeinträchtigt.

Ich sage, wenn es der Wahrheit entspricht, dann sehe ich darin keine Beeinträchtigung, sondern eine notwendige Konsumenteninformation. Wenn das eine Beeinträchtigung ist, dann frage ich, wohin sich der Konsumentenschutz entwickelt.

Und da sehen Sie, daß es einen direkten Zusammenhang mit der Tropenholzthematik gibt, wiewohl dort das Problem — das gebe ich zu — ein schwierigeres ist, weil dort die wahrheitsgemäße Information der Konsumenten tatsächlich zu einem Rückgang der Nachfrage führen würde, und daher konsequenterweise und eingedenk der Erweiterungen des GATT eine derartige Maßnahme, wie sie seinerzeit vom österreichischen Nationalrat getroffen wurde, nur dann ins Auge gefaßt werden kann und darf, wenn man gleichzeitig Entwicklungshilfe anbietet und auch bereit ist, mögliche Erlöseinbußen zu kompensieren. Und das war dieses Parlament, denn der seinerzeitige Entschließungsantrag hat dem Rechnung getragen.

Daher, glaube ich, sollten wir jetzt einmal an dieser Stelle kurz innehalten und tatsächlich das Problem auf einen ganz wichtigen Punkt bringen. Man hat gerade uns Umweltschützerinnen und Umweltschützer immer wieder gesagt: Versucht doch endlich einmal wegzukommen von der Politik der Verbote, versucht doch einmal, gemeinsam mit kritischen Konsumentinnen und Konsumenten neue Bündnisse mit den Erzeugern zu schließen, Information zu geben, und dann sollen sich die mündigen Konsumentinnen und Konsumenten selbst ein Bild machen, dann sollen sie doch selbst entscheiden.

Nur, was ist daraus geworden? Da haben wir einerseits manche Fälle, in denen das schlicht und ergreifend nicht mehr zu gehen scheint und in denen eben auch eine nicht unbeträchtliche Zahl der in diesem Haus vertretenen Abgeordneten einmal sagt, es geht nicht mehr. Und dann haben wir andererseits einen Fall, in dem die wahrheitsgemäße Information beiden Teilen zum Vorteil gereichen würde, den Konsumenten im Sinne einer Verbesserung ihrer Entscheidungsgrundlagen und einer Verbesserung der ökologischen Entscheidungsgrundlagen, aber den Erzeugern andererseits auch, denn da könnte sich das Dritte-Welt-Produkt, das Juteprodukt, sehr rasch und sehr eindrucksvoll als das überlegene Produkt darstellen. Nur: Da dürfen wir es auf einmal nicht mehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und leider kann ich schon allein deswegen diesem Jute-Übereinkommen nicht zustimmen, weil

Dr. Madeleine Petrovic

dieser Passus mit der Information eigentlich wirklich der größte Schlag ins Gesicht der Interessen der Ausfuhrmitglieder, der Internationalen Jute-Organisation ist. Wie kann man einem Gremium in der Präambel eines Abkommens und in einem sehr hehren Katalog von Zielsetzungen auftragen, die Wettbewerbsfähigkeit der Jute zu stärken, wenn wir wissen, Wettbewerb heißt Wettbewerb mit Plastiksackerln, und gleichzeitig sagen: Ihr dürft aber nicht sagen, wie dieses Plastiksackerl ökologisch zu bewerten ist, wenn wir es verfolgen beginnend bei der Lieferung des Öltankers, inklusive aller Unfälle, bis hin zum Verbrennen in der Müllverbrennungsanlage und zum Verscharren der dioxinbelasteten Schlacken und Filterrückstände!? Warum soll diese Information nicht möglich sein, wenn es wahrscheinlich genau jene Information wäre, die Tausende Konsumentinnen und Konsumenten zum Nachdenken bringt und die wahrscheinlich eine ganz andere Kaufentscheidung nahelegen würde? *(Beifall bei den Grünen.)*

Das wäre ein absolut marktkonformer Ansatz, ein nichtdirigistischer Ansatz einer neuen Achse der Entwicklungspolitik, einer Achse, die auf der Mündigkeit zumindest mancher Konsumentinnen und Konsumenten aufbaut. Ich glaube, wir dürfen uns auch davon nicht wirklich erwarten, daß das ein Allheilmittel ist. Leider gibt es auch bei uns eine Reihe von Konsumenten und Konsumentinnen, die aus ökonomischen Gründen nicht wirklich die volle Wahlfreiheit haben. Es gibt eben Leute, für die es auch darauf ankommt, ob sie zum Transport ihrer Einkäufe die Plastiktasche um 1 S oder die Jutetasche um 15 S kaufen, und wo selbst diese Größenordnungen beachtlich sind.

Aber ich glaube, wir können nicht so tun – und das ist die nächste Verlogenheit in diesem ganz, ganz umfassenden Nord-Süd-Dialog –, als könnte man mit einer ökologisch falschen Bepreisung von Gütern, wie etwa den Produkten der Plastikbranche, die soziale Thematik lösen. Den sozial schwachen Bevölkerungsgruppen in Österreich kann man weder dadurch helfen, daß man nach billigerem Benzin und billigerer Energie ruft, noch kann man ihnen dadurch helfen, daß man ökologisch eigentlich nicht wirklich verantwortungsbewußte Produkte als Alternative darstellt oder als die große Alternative im Geschäft hat. Das löst nicht das Problem der Mindestrentnerinnen und Mindestrentner, das löst nicht das Problem alleinerziehender Elternteile, da gibt es keinen anderen Weg als eine vernünftige Sozial- und Verteilungspolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Konsumentenschutz, der vorgibt, das bessere Produkt sei das billigere Produkt, sollte endlich ausgedient haben. Den benachteiligten Bevölkerungsgruppen können Sie nicht in der Drit-

ten Welt und können Sie nicht bei uns mit einer ökologisch verfehlten Preispolitik bei den Gütern helfen. Da können die Erzeugerpreise für Jute und für alle anderen Rohstoffe noch so tief in den Keller fallen, da können sich die „terms of trade“ noch ungünstiger entwickeln, als sie es zwischen 1975 und 1972 getan haben, wo wir eben bei der Jute diese 16fach schlechtere Entwicklung hatten, da können sich alle möglichen internationalen Spekulationskarusselle drehen und diese Preise noch viel tiefer in den Keller sausen: Nicht einem einzigen Obdachlosen wird damit bei uns geholfen, wird damit eine Wohnung verschafft, geholfen, wieder den Weg zurück in ein sozial integriertes Leben zu finden. Das ist Heuchelei! *(Beifall bei den Grünen.)*

Trotzdem haben wir ja auch in anderen Vertragswerken, wie etwa im Bereich der Europäischen Gemeinschaften, die auch in der Thematik der Entwicklungsländer bereits vertragliche Grundlagen geschaffen haben, genau dieses Prinzip, das eigentlich immer noch auf einer Verbilligung und einer vermehrten Ausschöpfung von Kostendegressionseffekten im Bereich der Massenproduktion, wie eben der Plastiksäckchen, aufbaut. Und bei dieser Vorstellung von Interessen der Konsumenten, glaube ich, ist es kein Wunder, daß derartigen Systemen die kritischen Menschen letztlich immer mehr abhanden kommen. Es ist nicht so, wie Sie das auch gerade im Rahmen der gestrigen und heutigen Diskussion dargestellt haben: Das sind irgendwelche verzopften Leute, die mit Europäischer Integration nichts am Hut haben, die irgendwelche länderegoistischen Vorstellungen verfolgen! – Nein, so ist es nicht. Ich meine, ein gut Teil jener Leute, die derartigen Vertragswerken wie der EG skeptisch gegenüberstehen, müßte eigentlich erkennen beziehungsweise hat schon lange erkannt, daß ein echter Konsumentenschutz nur Hand in Hand mit einer Partnerschaft gerade mit den ärmsten Ländern, und dort wieder mit den ärmsten Teilen der Bevölkerung, letztlich Aussicht bietet, auch zu einer wirklich stabilen Friedensordnung und zu einer gerechten Wirtschaftsordnung zu kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Genau dort, behaupte ich, werden die Chancen für Europa, für die gesamte industrialisierte Welt liegen, wenn wir nicht immer mehr in eine ganz verheerende ökologische Entwicklung und auch in eine immer brisantere soziale Thematik hineingeraten wollen, denn irgendwann einmal – das zeigt sich immer deutlicher anhand der anschwellenden Flüchtlings- und Migrationsströme – muß man eben die Interessen von Staaten wie Bangladesh und anderer Juteexporteure wirklich ernst nehmen.

Ich glaube, daß es hier auch schon Lichtblicke gibt bezüglich eines solchen neuen Bündnisses

Dr. Madeleine Petrovic

zwischen KonsumentInnen und den Interessen der Dritten Welt, den Interessen der dort wohnenden Menschen.

So gibt es beispielsweise eine ganze Reihe von Ansätzen, neben der sicherlich weiterhin bedeutsamen Rohstoffachse und neben dieser hoffentlich endlich einmal ernstgenommenen Aufgabe einer Diversifikation und Vertiefung der Produktpalette auch in andere Bereiche hineinzugehen.

Es können gerade jene ärmeren Staaten wie Bangladesch, wo es zumindest Teile einer sehr interessanten Natur gibt, einer Natur, die, glaube ich — wenn man sie einmal gesehen hat, weiß man das —, ein großer Ansporn sein kann, wirklich Ernst zu machen mit dem Umweltschutz auf der ganzen Erde.

Das sind solche Modelle eines sanften Tourismus, der als Ergänzung hinzutreten kann, damit die Jute-Produktion nicht auf Dauer das einzige Standbein in der ökonomischen Entwicklung bleibt.

Das läßt sich in der Regel ohne gewaltige Investitionen bewältigen, überhaupt wenn man es nicht mehr in der Art der siebziger und achtziger Jahre als einen aufgesetzten, mit Großbauwerken verbundenen Tourismus betreibt, sondern einen bodenständigen Tourismus, der beispielsweise auch an der Arbeitsweise jener Kooperativen, die Marijana Grandits dargestellt hat, anknüpft.

Ich glaube, es gibt viele Menschen bei uns, die sich sehr für diese Tätigkeit der Menschen in den Jute-Erzeugungsländern interessieren, denn man kann aus dieser doch stärkeren Verbundenheit mit der Natur sehr viel lernen.

Da gibt es durchaus auch wieder sehr marktkonforme Ansätze, die nutzbar gemacht werden können, und zwar in dem Sinn, daß man die Natur nicht nur ausbeutet, indem man dort eben Pflanzen und Tiere wegnimmt und in den internationalen Handel hineinbringt. Denn das ist leider meistens auch ein Standbein des Handels aus jenen besonders armen Ländern, daß sie ganz einfach gezwungen sind, auch mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt Raubbau zu betreiben. Das ist nicht nur ein grausames und blutiges Geschäft, bei dem wieder der Handel und die Zwischenstufen mehr verdienen, als die Bevölkerung je davon zu Gesicht bekommen wird. Aber es gibt einige wenige Ansätze, wo Menschen draufgekommen sind — und zwar da wie dort, in den entwickelten Ländern und in den Entwicklungsländern —, daß sich diese Natur auch anders nutzbar machen läßt, beispielsweise eben durch den erwähnten sanften Tourismus, der zum Beispiel genau Einblick gewähren könnte in die Produktions-, Arbeits- und Lebensstrukturen eines armen Erzeugerlandes wie Bangladesch, aber auch Einblick gewähren

könnte in die dort noch vorhandenen Teile unberührter Natur, ohne selbst die Natur zum Handelsgegenstand zu machen, indem man beispielsweise Teile der Wälder in einer ökologisch vertretbaren Art und Weise zugänglich macht, Menschen aus den entwickelten Staaten zeigt, welche phantastische Projekte dort realisierbar sind. Es gibt solche Ansätze etwa aus Venezuela, wo ich sie ein wenig kenne, und ich glaube, solche Ansätze könnte man generalisieren, könnte man übertragen.

Wäre zum Beispiel das einzige wirtschaftliche Gremium von nennenswerter Bedeutung, das in Bangladesch vorhanden ist, nämlich dieser Jute-Rat, wirtschaftlich etwas potenter ausgestattet — und das kann nur von den Industriestaaten aus geschehen —, dann könnte er ganz bewußt auch solche — gar nicht mehr mit der Erzeugung und Verarbeitung von Jute im engeren Sinne zusammenhängende — Projekte initiieren.

Auch da sollte es wieder unsere Aufgabe sein, begleitend, unterstützend, anteilnehmend zur Seite zu stehen, und nicht, die Sicht auf die Ebene der Produkte zu verkürzen. Denn auf dieser Ebene der Terms of trade — das hat sich eben sehr eindrucksvoll gezeigt — sind wir in den vergangenen 20 Jahren wirklich keinen Millimeter weitergekommen. *(Beifall bei den Grünen. — Die Rednerin trinkt mehrere Schlucke Wasser. — Abg. Hofer: Frau Kollegin, nicht so viel trinken, sonst ergibt sich ein Problem! Sonst müssen Sie abbrechen!)* Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich vielleicht endlich einmal etwas größere Sorgen um den Zustand der Entwicklungsländer machen, und ich darf Ihnen zum Glück versichern, daß Sie sich um mich keine Sorgen zu machen brauchen. *(Heiterkeit. — Beifall und Bravorufe bei den Grünen.)* Aber ich schätze es, wenn Sie sich Sorgen machen, denn die menschliche Anteilnahme sollte auch in diesem Haus nicht zu kurz kommen.

Wenn wir jetzt noch einmal auf die Ebene der Institutionen zurückkommen, dann sollten wir an dieser Stelle die von mir vorhin angesprochenen Vereinten Nationen und ihre Ankündigungen im Lichte dieses Jute-Abkommens überprüfen. Im Bereich der Vereinten Nationen und in weiterer Folge dann im Bereich der von mir ebenfalls schon angesprochenen Europäischen Gemeinschaften gibt es an sich auch schon ein rechtliches Instrumentarium, das uns alle diese Schritte, die ich vorhin ausgeführt habe — ehrliche Information, Versuch der Diversifikation besonders in den Dienstleistungssektor hinein —, mehr oder minder schon auftragen würde. Man sollte nicht glauben, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits ein derartiger Weitblick geherrscht hat, nur — leider! — bei der Realisierung hapert es halt wirklich noch.

Dr. Madeleine Petrovic

Schauen wir die entsprechenden Passagen in der Charta der Vereinten Nationen an, denn ich glaube, die Vereinten Nationen werden jetzt immer stärker in jenen Fällen angerufen, in denen sichtlich die Ziele des friedlichen Zusammenlebens der Völker dramatisch verletzt werden. Und sogar wir von den Grünen sind da sehr weit gegangen in der Diskussion, einmal ernsthaft in Betracht zu ziehen: — Was sollen die Vereinten Nationen im Rahmen eines umfassenden Sicherheitssystems können? Was dürfen sie?

Was können wir — und das ist die besonders wichtige Frage — tun, damit es nicht immer wieder zu solch ökologischen Katastrophen kommt, wie zum Beispiel in Bangladesch mit den Flutkatastrophen oder in Staaten wie Somalia, wo einige wenige bewaffnete Truppen letztlich dafür verantwortlich zeichnen, daß unendliches Leid über ein Land gebracht wurde?

Wenn wir davon wegkommen wollen, daß wir die Vereinten Nationen immer nur dann anrufen, wenn das ökologische und soziale Desaster perfekt ist, nämlich zu einem Zeitpunkt, zu dem sie eigentlich — welche Entscheidung sie auch immer treffen — fast nur mehr eine falsche oder zumindest eine sehr problematische Entscheidung treffen können, dann sollten wir einmal vergleichen, ob wenigstens unser Jute-Abkommen den entsprechenden, auf die Entwicklungsländer bezogenen Passagen der Charta der Vereinten Nationen entspricht: Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und für diese Zwecke Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern, haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.

Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Francisco versammel-

ten Vertreter, deren Vollmachten vorgelegt und in guter und gehöriger Form befunden wurden, diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen Vereinte Nationen führen soll.

Kapitel 1, Ziele und Grundsätze:

Artikel 1: Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele. Erstens: Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zwecke wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen, freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion, zu fördern und zu festigen, ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Artikel 2: Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

Erstens: Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.

Zweitens: Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenen Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift. Sie leisten einem Staat . . .

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete! Ich darf Sie nur bitten, wieder einen Zusammenhang mit dem Jute-Abkommen herzustellen.

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (*fortsetzend*): Auf diesen Zusammenhang komme ich in der Folge.

Sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, so weit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regierung aufgrund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden. Die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel 7 wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Sie sehen, bereits hier in den ersten beiden Artikeln und in der Präambel, die dann in der Folge noch ergänzt werden — ich werde gleich darauf zurückkommen — durch explizite Passagen betreffend die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wird deutlich, daß eigentlich die Charta der Vereinten Nationen, die ja zeitlich gesehen vor den einschlägigen Bestimmungen des GATT war, in seiner Ergänzung dann durch den Abschnitt IV und das Übereinkommen aus dem November 1979 weit eher übereinstimmen.

Hier wird ja beispielsweise der freundschaftliche, auf der Achtung der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Grundsatz angesprochen und an anderer Stelle die souveräne Gleichheit der Staaten.

Und das klingt natürlich dann ganz ähnlich wie in diesem Übereinkommen, wenn dann eben hier die Rede ist von den Einfuhr- und Ausfuhrmitgliedern, ohne in ihrer ökonomischen Wertigkeit zu differenzieren. Einen gewissen Unterschied gibt es schon, und zwar beim Jute-Abkommen hinsichtlich der Repräsentanz auf der Seite der Erzeugerländer.

Bei den Erzeugerländern haben wir so etwas Ähnliches wie einen Sockel bei der Vertretung.

Beim internationalen Jute-Abkommen verteilen sich die Stimmen der Ausfuhrmitglieder wie folgt: 150 Stimmen werden gleichmäßig auf alle Ausfuhrmitglieder verteilt, wobei Teilstimmen für jedes Mitglied auf ganze Stimmen auf- oder abgerundet werden. Die verbleibenden Stimmen werden im Verhältnis der Durchschnittsmenge

ihrer Nettoausfuhren an Jute und Jute-Erzeugnissen während der vorausgegangenen drei Jute-Jahre verteilt, doch darf ein Ausfuhrmitglied höchstens 450 Stimmen haben, das heißt das Dreifache der Mindeststimmensanzahl. Die über die Höchstzahl hinausgehenden Stimmen werden auf alle Ausfuhrmitglieder mit weniger als 250 Stimmen entsprechend ihren Anteilen am Handel verteilt.

Das heißt, wir haben hier eine etwas unterschiedliche Repräsentanz, die in etwa ein mittleres Vertretungsmodell darstellt, das zum einen schon eine gewisse Aufwertung ganz kleiner Erzeugerstaaten darstellt, zum anderen aber doch auch ziemlich stark den Faktor der Exportmengen einbezieht und gewichtet. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Kraft: Sie trinkt schon sehr viel!*) Der Abend ist ja kaum angebrochen. Sie wissen ja nicht, was ich sonst trinke. (*Heiterkeit bei den Grünen.*)

Wir haben hier ein mittleres Vertretungsmodell, bei dem nicht genau das Prinzip der Charta der Vereinten Nationen angewendet wird: ein Staat — eine Stimme. Deswegen ist es ja auch so, daß die Entwicklungsländer eigentlich sehr stark auf die UNO und ihre diversen Teil- und Sonderorganisationen setzen, weil das eigentlich das einzige Gremium ist, in dem es nicht auf irgendwelche Kapitalanteile oder Handelsquoten ankommt.

Natürlich wissen wir, daß das im Bereich der Vereinten Nationen noch nicht bedeutet, daß wir all diesen Grundsätzen der Präambel vollinhaltlich Rechnung tragen, daß es eine gleiche Vertretung souveräner Staaten ist. Wir wissen sehr genau, daß etwa die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch praktisch alle europäischen Industriestaaten de facto ein stärkeres Gewicht im Rahmen der Vereinten Nationen haben, aber letztlich zählt bei Abstimmungen in der Generalversammlung doch die einzelne Stimme und können die noch so entwickelten, die noch so reichen Staaten nicht völlig an der großen Mehrheit der weniger und am wenigsten entwickelten Staaten vorbeigehen. (*Lang anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Mag. Kukacka: Sie verlieren Redezeit!*)

Wir haben noch das diametral entgegengesetzte Prinzip einer Vertretung im Bereich der internationalen Finanzierungseinrichtungen, insbesondere solcher Einrichtungen wie der Weltbank und ihrer Tochterorganisationen, denn dort kommt es praktisch ausschließlich auf die finanziellen Beteiligungen an. Welche Konsequenzen das wiederum für den Handel mit Rohstoffen hat, auf das werden wir später noch zu sprechen kommen.

Wir können festhalten, daß wir im Bereich des Jute-Abkommens ein mittleres Vertretungsmodell haben, in dem es zum einen auf die Zahl der

Dr. Madeleine Petrovic

Mitglieder ankommt und in dem es eine gewisse Sockelausstattung der einzelnen Mitglieder im Bereich des Stimmrechtes gibt, zum anderen haben wir den Bereich des Limits an Stimmrechten. Der Anteil der Stimmen liegt zwischen mindestens 150 Stimmen und höchstens 450 Stimmen. Das heißt also, das ist schon einmal gegenüber der Vertretung in den internationalen Finanzierungsgremien eine gewisse Besserstellung. Allerdings ist — darüber dürfen wir nicht hinwegtäuschen — es eine Enttäuschung, in dem für den Bereich der Handelsbeziehungen mit den allerärmsten Staaten wirksamen Instrumentarium der Rohstoff-Abkommen so ein Prinzip verankert zu finden, denn gerade da wäre es besonders wichtig, daß man das Prinzip der Vereinten Nationen vollinhaltlich überträgt. Ich glaube, das wäre die konsequente Antwort. *(Beifall bei den Grünen.)*

Natürlich hieße das dann in Ermangelung eines solch besonderen Gremiums wie des Sicherheitsrates, daß es in diesen Rohstoff-Abkommen tatsächlich so zugehen würde, daß es dort eine Stimme für Bangladesch, eine Stimme für Österreich, eine Stimme für Deutschland oder eine für die Vereinigten Staaten gibt. Aber ich frage mich: Warum nicht? Warum sollte das vor dem Hintergrund einer derart ungleichen Entwicklung, die schon lange wenigstens ansatzweise wieder zu rechtgerückt werden sollte, nicht so passieren?

Es hat sich immer wieder herausgestellt, daß eine Demokratisierung auf internationaler Ebene, auf Ebene der Staaten, bis hinunter zu einer Teilhabe der lokalen Kommunen der diversen Produktionseinheiten an der staatlichen Willensbildung beziehungsweise an der Willensbildung im Internationalen Jute-Rat ein gewisser Garant dafür sein könnte, daß der Trend der Entwicklung — die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer — endlich einmal gebrochen werden könnte.

Wie schaut es mit der Stimmenverteilung bei den Einfuhrmitgliedern aus? Bei den Einfuhrmitgliedern — das habe ich schon gesagt — könnte Österreich als sicherlich relativ kleiner Einfuhrstaat acht Stimmen ausüben. Grundsätzlich lautet das Prinzip der Stimmenverteilung folgendermaßen:

„Die Stimmen der Einfuhrmitglieder verteilen sich wie folgt:

Jedes Einfuhrmitglied erhält bis zu fünf Grundstimmen; jedoch darf die Gesamtzahl der Grundstimmen 150 nicht übersteigen. Die verbleibenden Stimmen werden im Verhältnis der jährlichen Durchschnittsmenge ihrer Nettoeinfuhren an Jute und Jute-Erzeugnissen während des Zeitabschnittes von drei Jahren, der vier Kalenderjahre vor der Verteilung der Stimmen be-
ginnt, verteilt.“

Die technische Durchführung lautet wie folgt:

„Der Rat verteilt die Stimmen für jedes Rechnungsjahr zu Beginn der ersten Tagung des betreffenden Jahres im Einklang mit diesem Artikel. Die Verteilung bleibt für den Rest dieses Jahres wirksam, sofern nicht in Absatz 5 etwas anderes bestimmt ist.“

Dieser Absatz 5 sieht vor, daß, sobald sich die Mitgliedschaft in der Organisation ändert oder sobald das Stimmrecht eines Mitglieds aufgrund einer Bestimmung dieses Übereinkommens zeitweilig entzogen oder zurückgegeben wird, der Rat die Stimmen innerhalb der betroffenen Kategorie oder Kategorien von Mitgliedern im Einklang mit diesem Abkommen neu verteilt; wobei bei Teilbeträgen immer auf- oder abzurunden ist.

Das heißt aber — das ist wieder das gewohnte Bild —, die Strukturierung oder die Unterschiedlichkeit ist bei den Einfuhrmitgliedern viel stärker als bei den Ausfuhrmitgliedern. Bei den Ausfuhrmitgliedern kann die höchste und die geringste Stimmberechtigung maximal zwischen 1 und 3 schwanken, während bei den Einfuhrländern das Verhältnis zwischen 5 und 150 variieren kann. Das heißt, daß das 30fache der geringsten Stimmberechtigung für das größte Mitglied möglich ist. Das wiederum bedeutet, daß die besonders mächtigen Einfuhrstaaten einen besonderen Einfluß auf die Willensbildung des Gesamtgremiums haben, denn im Gesamtgremium stimmen nämlich die beiden Gruppen, die Einfuhrländer und die Ausfuhrländer, nach Gruppen ab, und zwar mit einfacher Mehrheit.

Das heißt, während praktisch die internationale Staatengemeinschaft, die ja dieses Abkommen formuliert hat, oder jene Staaten, die daran mitgewirkt haben, auf der Seite der Erzeuger das Prinzip der paritätischen Berechtigung umgesetzt haben, haben wir im Bereich der Einfuhrstaaten eine viel stärkere Betonung der Rechte der mächtigen Staaten. Und das gibt natürlich zu denken, gerade bei einem Abkommen, das an sich — ich komme auf die hehren Ziele zurück, die wir eingangs erwähnt haben — Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Jute, Ausweitung der Märkte, Verbesserung der Marktinformation und und und auf seine Fahnen geschrieben hat. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, man nimmt zwar in der Definition der Staaten eigentlich mehr oder minder eine Gleichrangigkeit der beiden Gruppen an, diese erstreckt sich aber letztendlich nicht wirklich auf die Ausformulierung der Stimmrechte. Das führt uns zurück zum Bereich der internationalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, wie er in der Charta der Vereinten Nationen vorgezeichnet ist. Wir müssen uns fragen, ob wir mit diesem Vertragswerk den Zielsetzung des

Dr. Madeleine Petrovic

Kapitels 9 der Charta der Vereinten Nationen auch wirklich Genüge tun können.

Hier heißt es im Rahmen des Kapitels 9, das die Überschrift: Internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, trägt, im Artikel 55:

Um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen herrschen, fördern die Vereinten Nationen

a) die Verbesserung des Lebensstandards, die Vollbeschäftigung und die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg;

b) die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, gesundheitlicher und verwandter Art sowie die internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur und der Erziehung;

c) die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

Im Folgeartikel heißt es: Alle Mitgliedstaaten verpflichten sich, gemeinsam und jeder für sich, mit der Organisation zusammenzuarbeiten, um die im Artikel 55 dargelegten Ziele zu erreichen.

Die folgenden Artikel 57 bis 60 setzen genau bei diesem Auftrag der Zusammenarbeit an. Die verschiedenen durch zwischenstaatliche Übereinkünfte errichteten Sonderorganisationen, die auf den Gebieten der Wirtschaft, des Sozialwesens, der Kultur, der Erziehung, der Gesundheit und auf verwandten Gebieten weitreichende, in ihren maßgeblichen Urkunden umschriebene internationale Aufgaben zu erfüllen haben, werden gemäß Artikel 63 mit den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht. Diese mit den Vereinten Nationen in Beziehung gebrachten Organisationen sind im folgenden als Sonderorganisationen bezeichnet.

Die Organisation gibt Empfehlungen ab, um die Bestrebungen und Tätigkeiten dieser Sonderorganisationen zu koordinieren. Die Organisation veranlaßt gegebenenfalls zwischen den in Betracht kommenden Staaten Verhandlungen zur Errichtung neuer Sonderorganisationen, soweit solche zur Verwirklichung der im Artikel 55 dargelegten Ziele erforderlich sind.

Letztlich heißt es dann im Artikel 60 betreffend die internationale Zusammenarbeit: Für die Wahrnehmung der in diesem Kapitel genannten

Aufgaben der Organisation sind die Generalversammlung und unter ihrer Autorität der Wirtschafts- und Sozialrat verantwortlich. Dieser besitzt zu diesem Zweck die ihm im Kapitel X zugewiesenen Befugnisse.

Das heißt, daraus ergibt sich einerseits die Legitimation für die Institutionen, die im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Rechte tätig sind, und andererseits sind natürlich auch in der Charta der Vereinten Nationen die Instrumente im Bereich der Rechtsquellen vorgezeichnet. Da haben wir einerseits das Völkervertragsrecht und andererseits das Völkergewohnheitsrecht. Es ist so, daß die Beschlüsse der Generalversammlung letztlich nicht wirklich denselben Charakter haben wie Verträge, aber sie werden als der anerkannte Stand des Völkerrechts, des gemeinsamen Willens der Völker gedeutet und haben daher natürlich auch einen gewissen Grad der Verbindlichkeit.

Wir haben aber auch im Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen sehr klar die Ziele der Verbesserung des Lebensstandards vorgezeichnet, darunter die Vollbeschäftigung. Es ist eigentlich sehr interessant, daß das Ziel der Vollbeschäftigung, das die nationalen Gesetzgeber niemals wirklich in ihren Grundrechtskatalogen verankert haben, hier als Ziel drinnen ist, und zwar im Kapitel, das die zwischenstaatlichen Beziehungen betrifft. Es lautet in etwa: Vollbeschäftigungsziel und der wirtschaftliche und soziale Fortschritt selbstverständlich unter Beachtung der Grundfreiheiten ohne Unterschiede von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion.

Das zeigt aber doch eigentlich, daß wir vor einer Entwicklung stehen, die reichlich merkwürdig ist. Es heißt zwar immer, wenn irgendwo kriegerische Auseinandersetzungen im Gange sind, das Völkerrecht ist verletzt, die Charta der Vereinten Nationen ist verletzt, und der Ruf nach Zwangsmaßnahmen wird laut. Wie gesagt, es gibt mittlerweile einige Situationen, in denen man ratlos ist und die Menschen, die weiß Gott nie daran dachten, irgendwelchen kriegerischen Prozessen das Wort zu reden, in einer Art von Verzweiflung schon Notwehrmaßnahmen und ähnliches in Betracht ziehen.

Aber daß es so weit kommt, liegt an dieser total verkürzten Sicht dieser wichtigsten Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, über die dann via GATT, via UNCTAD und via den diversen Spezialeinrichtungen dieses feinverästelte Vertragswerk entsteht. Hätte man die im Hauptwerk verankerten Prinzipien: Verbesserung des Lebensstandards, Vollbeschäftigung, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, Zusammenarbeit im Bereich Kultur und Erziehung, auch nur einmal ernstgenommen, dann, glaube ich, müßten wir nicht so oft fassungslos und verzweifelt vor

Dr. Madeleine Petrovic

Situationen stehen, daß Menschen mit ökologischen Katastrophen, wie zum Beispiel in Bangladesch, oder mit sonstigen kriegerischen Ereignissen, die durch ein niemals wirklich gerechtes Begleichen extremer ökonomischer Unterschiede bedingt sind, leben müssen. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Schauen wir uns einmal vor dem Hintergrund dieser Verheißungen in jenen Passagen der Charta der Vereinten Nationen, die sich auf die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit beziehen und die auch völkerrechtlich die Grundlage für solche Vertragswerke wie das Internationale Abkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse sind, an, wie in der Praxis diesen rechtlichen Verheißungen Rechnung getragen wird.

Wir müssen uns zuerst einmal darauf einigen, was wir unter Entwicklung beziehungsweise Unterentwicklung verstehen wollen. Ich glaube, daß jene Ansätze einer Definition Berechtigung haben, die davon ausgehen, daß Unterentwicklung in einer Nichtbefriedigung von Grundbedürfnissen, in einer derart bitteren Armut, in einer absoluten Abhängigkeit, in einer Machtlosigkeit oder Ohnmacht besteht. Da steht ein Staat wie Bangladesch an allerunterster Stelle einer derartigen Hierarchie, ohne sonstige bedeutsame Rohstoffvorkommen, ohne eine irgendwie nennenswerte industrielle Struktur, geschweige denn eine ausgebauten Dienstleistungswirtschaft, es bleibt eben nur die Jute. Und das führt dazu, daß Bangladesch mit Sicherheit in den Kreis der least developed Länder einzureihen ist.

Das Bruttosozialprodukt im Jahre 1989 — das waren die letzten mir zugänglichen Zahlen für diesen Hauptexporteur der Jute — betrug 19 913 Millionen Dollar. Das sind pro Einwohner 180 Dollar. 180 Dollar je Einwohner in Bangladesch! Das sind umgerechnet in etwa 2 000 S Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1989.

Was noch mehr zu denken gibt, ist: Wir hatten in den achtziger Jahren, das heißt von 1980 bis inklusive 1988, einen realen Zuwachs von nur 3,7 Prozent. Überlegen Sie sich einmal, wenn bei unseren Wachstumsprognosen in der Höhe von 2, 3, 4 Prozent auch nur ein Einbruch um einen halben Prozentpunkt zu verzeichnen ist, dann wird der Teufel an die Wand gemalt, und es wird als Katastrophe bezeichnet. Man ist zu allen möglichen Konzessionen bereit, wenn das Wachstum um einen halben Prozentpunkt zurückbleibt. Das sagen wir auch gegenüber einem Land wie Bangladesch, das völlig von der Jute abhängig ist und das in den achtziger Jahren einen Realanstieg des Bruttoinlandsproduktes kumuliert von 3,7 Prozent zu verzeichnen hatte.

Auch hinsichtlich der Verteilung der verschiedenen Wirtschaftsfaktoren spricht das eine deutliche Sprache. 46 Prozent kommen aus der Landwirtschaft, 14 Prozent aus der Industrie. Was die Erwerbstätigen betrifft, sind 70 Prozent in der Landwirtschaft und nur 9 Prozent in der Industrie. Das weist gerade in diesen besonders schwach entwickelten Staaten auf ein allgemeines Problem hin, und zwar, daß die eigentlichen Versäumnisse nicht so sehr im Bereich der Industriepolitik, soweit es diese überhaupt gibt, zu verzeichnen waren, sondern vor allem im Bereich der Landwirtschaft, denn dort gibt es eine ganz eklatant zurückbleibende Produktivität.

Es war ein großer Fehler, ein sehr falsch verstandenes Verständnis von Entwicklungspolitik, daß man eigentlich immer mehr nach den Bedürfnissen der heimischen Anlagen geschickt hat — Exportindustrie — und das auch noch als Entwicklungshilfe verkauft hat, anstatt vor allem mit landwirtschaftlichem Know-how unterstützend zu wirken und die Entwicklung der Ansätze, das heißt die Ansätze von der Landwirtschaft her, in den Vordergrund zu stellen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein noch so tolles schlüsselfertiges Stahlwerk beziehungsweise eine noch so faszinierende chemische Fabrikation kann das nicht ersetzen, kann einen Entwicklungsprozeß von oben nach unten nicht in die Wege leiten und läuft bei einer Bevölkerungsstruktur wie der in Bangladesch natürlich stets Gefahr, daß nicht einmal diese Technologie genutzt werden kann.

Denn sie ist eben eine aufgesetzte Technologie, die von den Menschen nicht wirklich angenommen werden kann oder wo es dann auch an einer wirklich umfassenden Hilfe fehlt, die insbesondere auch in der Bereitstellung der entsprechenden Schulungsmöglichkeiten, der entsprechenden Betreuung und einer nachhaltigen Adaptierung und Wartung der Anlagen bestehen würde. All das ist nicht gegeben, und so haben viele dieser Anlagen eben das Schicksal gehabt, daß man sie zwar vielleicht sogar in löblicher Absicht hingestellt hat, aber daß sie weder der Bevölkerung in ihrer großen Mehrzahl sehr viel an Vorteilen gebracht haben, noch daß sie als Motor der Entwicklung funktioniert haben, der dann auch zu einer höheren Produktivität im Bereich der Grundstoffherzeugung, im Bereich der Rohstoffherzeugung, wie etwa auch im Bereich der Juteherzeugung, geführt hat.

Die Zielsetzung des Jute-Abkommens sieht ja auch vor, daß die Produktion und die Produktivität ausgebaut und verbessert werden. Nur: Wie soll denn das erreicht werden, wenn weder der Jute-Rat noch sonst irgendein Gremium die entsprechenden Instrumente in der Hand hat, damit man wirklich zur Bevölkerung gehen und dort

Dr. Madeleine Petrovic

mit Bildungsangeboten und mit entsprechenden Angeboten für eine Hilfe zur Selbsthilfe letztlich einen ersten Ansatz zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung bringen kann?

Wir haben im Bereich der globalen Wirtschaftsdaten gerade des Hauptherstellers von Jute die typische Kombination im Export, die wir von der ganzen Gruppe der least developed Staaten so gut kennen. Da gibt es einmal die alles dominierende Jute, über 60 Prozent, dann gibt es 10 Prozent an Exporten von Häuten und Fellen, 9 Prozent der Exporte bestehen aus Fischen, Krebsen und Weichtieren, 8 Prozent aus Tee. Wir haben also fast durchwegs tierische Lebensmittel, und da taucht immer die Frage der großen Abhängigkeit von der Ökologie auf und immer auch die Gefahr, daß eine Ausweitung des Angebotes gleichzeitig den Keim in sich birgt, daß man den eigenen ökonomischen Ast völlig absägt. Denn auf die Einbettung der Jutewirtschaft in diese anderen Wirtschaftskreisläufe, auf das System der Landwirtschaft in den Juteerzeugungsländern, auf die Abstimmung mit anderen Produkten geht dieses Abkommen überhaupt nicht ein. Man mag es aus dieser einen Passage im Bereich der Zielsetzungen herauslesen, wo es heißt: Umweltgesichtspunkte im Rahmen der Tätigkeit der Organisation sind gebührend zu berücksichtigen, insbesondere dadurch, daß das Bewußtsein für die Vorteile der Verwendung von Jute als Naturerzeugnis geweckt wird. Wie wir alle wissen, kann man solche nicht einmal ansatzweise konkretisierten Umweltschutzbestimmungen jedoch sogar in eine Verfassung sehr leicht hineinschreiben, und es bewegt sich dann trotzdem nicht sehr viel im Bereich des ganz konkreten Umweltschutzes vor Ort. (*Lang anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sollen wir Ihnen einen Tee servieren, aus dem Jutesakkerl!?*) Danke, danke!

Wir dürfen diese — ich habe gerade vorhin ausgeführt, daß ich glaube, daß das der richtige Zugang ist — Unterentwicklung, wie sie eben im Jutehauptexportland Bangladesch in einer ganz drastischen Form gegeben ist, nicht definieren in Durchschnittseinheiten im Bereich des Bruttoinlandsproduktes. Ich habe diese Größenordnung nur angeführt, um auch zu zeigen, daß selbst das, was dort pro Einwohner anfällt, in absoluten Beträgen wirklich lächerlich ist. Wir müssen ja wissen — auf die Verteilungsstruktur werden wir in der Folge noch eingehen können —, daß es doch eigentlich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen ankommt.

Und wie sieht es da aus? — In der Relation der wichtigsten Vertragspartner im Bereich der Juteerzeuger- oder Juteausfuhrstaaten einerseits und im Bereich der Juteimportstaaten andererseits zeigt sich eigentlich dieselbe Verteilung wie

bei einem Vergleich zwischen Industrieländern und den am wenigsten entwickelten Ländern dieser Erde.

Mit einer Bevölkerung von nur 26 Prozent stellen die Industrieländer, die praktisch alle zu dem Kreis der Juteimporteure gehören, etwa ein Viertel der Weltbevölkerung. Die Zahlen sind nicht völlig aktuell, das heißt, seither hat sich das Verhältnis noch weiter verschoben, man kann gar nicht sagen, zu wessen Gunsten, sondern einfach: Die Bevölkerungszahl der Entwicklungsländer hat weit stärker zugenommen als die Bevölkerungszahl in den Industrieländern. Hinsichtlich der Produktion, vor allem der industriellen Produktion, sind 78 Prozent im Kreis der juteimportierenden Industrieländer angesiedelt, und deren Energieverbrauch ist prozentuell noch weit höher. Das ist eine interessante Zahl an sich, denn das heißt, daß auch in den entwickelten Staaten relativ zuviel Energie verbraucht wird. 81 Prozent des Weltenergieverbrauches entfallen nämlich auf die Einfuhrstaaten, und ebenso sieht es im Bereich der Anwendung von Kunstdünger aus: Der Anteil der Industriestaaten im Bereich des Einsatzes landwirtschaftlicher Technologie beträgt 70 Prozent. 85 Prozent der Traktoren im Bereich der Industrieländer, obwohl für diese Industrieländer ihre Landwirtschaften eigentlich schon in vielen Fällen nur mehr ein sehr teurer und wenig geliebter Klotz am Bein geworden sind. Wir haben gar 88 Prozent der Erzeugung von Eisenerz in diesen Industriestaaten, und — es war nicht anders zu erwarten — 87 Prozent der Rüstung.

Das heißt, man kann sagen — das zeigt sich eben am Beispiel der am wenigsten entwickelten Länder am deutlichsten, und dazu gehören praktisch sämtliche Jutehaupthersteller —, daß wir in einer Welt leben, in der rund ein Viertel der Weltbevölkerung 70 bis 80 Prozent der industriellen Erzeugung tätigt, 70 bis 80 Prozent an Energie und allen möglichen Ressourcen verwendet und sogar bis fast 90 Prozent Anteil am Einsatz landwirtschaftlicher Technologien oder auch von Rüstungsgütern hat. (*Beifall bei den Grünen.*)

Wenn wir vorhin festgehalten haben, es könnte sich eigentlich eine substantielle Änderung im Bereich der besonders armen Staaten, im Bereich der Haupterzeuger der Jute, etwa in Bangladesch, nur ergeben, wenn es Ansätze von unten gibt, die im Bereich der Bildung und Erziehung beginnen, dann lohnt es sich doch auch, einen Blick darauf zu werfen, ob und wie die Staatengemeinschaft dieser Erde, die das ja in einen Vertrag hineingeschrieben hat, die sich ja dazu verpflichtet hat, Lebensstandard, Vollbeschäftigung, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und, und, und herzustellen, diesen Zielsetzungen in der Praxis Rechnung trägt.

Dr. Madeleine Petrovic

Die Staatsausgaben pro Kopf der Bevölkerung – Basis: achtziger Jahre – für Gesundheit betragen in den Industrieländern, das ist wieder ein Durchschnittswert, etwa 240 Dollar pro Kopf und Jahr. Hingegen betragen sie in einem mittleren Entwicklungsland, das heißt in Ländern, die schon etwas mehr an sogenanntem Aufschwung bewerkstelligt haben als Bangladesch, in etwa – die Unterschiede sind da sehr groß – 10 Dollar. Und in den allerärmsten Entwicklungsländern betragen die durchschnittlichen Ausgaben für Gesundheit 1 Dollar pro Kopf und Jahr. 1 Dollar zu 240 Dollar! Es ist das 240fache, was die Gesundheit irgendeines österreichischen Kindes dem Gesamthaushalt wert ist, im Vergleich zu einem Dollar, der für die Gesundheit eines Kindes in Bangladesch ausgegeben wird!

Sie können doch nicht glauben, daß man da mit einem Abkommen, das mehr oder minder von der annähernden Gleichheit der Vertragspartner ausgeht, das noch dazu die freie Informationsweitergabe durch den Jute-Rat daran knüpft, daß nur ja nicht irgendwelche Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse oder sonstige kommerzielle Interessen der Plastiksackhersteller verletzt werden könnten, irgend etwas bewirken kann! Mit diesem Instrumentarium, fürchte ich, werden wir diese geradezu schreiend ungleichen Relationen niemals ins rechte Lot bringen. Das ist zuwenig. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Oder sehen wir uns einen anderen Bereich an, der sicherlich genauso wichtig ist für genau jene Ziele, die in der Charta der Vereinten Nationen angesprochen sind, Lebensstandard, Vollbeschäftigung, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, nämlich den Bereich Schule und Bildung, und zwar wieder im Vergleich: Industrieländer, mittlere, schon ein bißchen entwickelte Länder und die ärmsten Entwicklungsländer. Da haben wir im Bereich der Industrieländer für den Bereich der Schulen einen Betrag von rund 111 Dollar. Das ist, finde ich, auch zuwenig, aber in der Relation zu den Werten der Entwicklungsländer ist es immer noch ein utopischer Wert. Wir haben in den mittleren Entwicklungsländern einen Wert von 27 Dollar. Und wir haben in den ärmsten Entwicklungsländern einen Wert von sage und schreibe 6 Dollar pro Kopf und Jahr. Über alle Bildungszweige hinweg werden für die Bildung eines jungen Menschen in Bangladesch 6 Dollar, umgerechnet 70 S, ausgegeben. Und da kann es nicht wundern, daß wir einen derart hohen Anteil, nämlich 65 Prozent, von Analphabeten haben. Wer nicht mehr in ein Schulsystem stecken kann, der kann auch nicht mehr herausholen. Und deswegen werden die Juteeinnahmen aus diesem ganzen Geschäft wohl auch nicht dazu ausreichen, ein wirklich tragendes und vernünftiges Schulsystem in diesen ärmsten Staaten irgend-

wann einmal zu erreichen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und an den Mechanismen ändert sich nichts. Diese sind ja nicht nur durch die internationalen Handelsbeziehungen so einzementiert, sondern mittlerweile auch durch viele andere Phänomene. Wenn man zum Beispiel nur an den Bereich der Schule und Bildung denkt, der ja eine Wurzel für eine Entwicklung des Austausches von Arbeitskräften sein könnte, einer gezielten Investition in menschliches Wissen, dann zeigt sich auch, daß beim Klub der Reichen, der ja identisch ist mit dem Klub der Juteimportstaaten, nicht mehr die Bereitschaft besteht, auch nur sporadisch, vorübergehend die Grenzen offenzuhalten. Das gibt es nicht. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Ich kann mich noch erinnern, ich habe in einer Wahlbroschüre des nunmehrigen Bundespräsidenten Dr. Klestil ein Zitat von Prälaten Unger gelesen, wo es ungefähr hieß: Wenn jemand im Jahr ein paar hundert Schilling verdient und dann vielleicht noch mehrere Kinder zu erhalten hat, dann hat er nach christlicher Moral das Recht zu stehlen. – Um wieviel mehr hat da ein Mensch nicht das Recht, wegzugehen und sich selbst seine Bedingungen zu verbessern? Nur: Dieses Recht gibt es auch nicht mehr. Gerade bei diesen schlecht Ausgebildeten setzen dann wieder andere Rechtssysteme nahtlos an und sagen: Die sind nicht qualifiziert, die brauchen wir nicht. – Das ist eine Personengruppe, die nach dem neuen Aufenthaltsgesetz etwa auch in Österreich keine Chance hätte.

Da schließt sich dann der Kreis aus ungleichen Handelsbeziehungen, und die Menschen, die diesen Systemen unterworfen sind, haben bei einer solchen Situation nicht den Funken einer Chance herauszukommen. Daß das langfristig auch für uns keine sehr moralische Rechnung ist, ist klar. Aber ich glaube, daß das nicht einmal eine wirtschaftlich tragfähige Lösung ist, denn es braucht sich keiner einzubilden, daß sich diese extrem ungleichen Terms of trade irgendwie werden halten können.

Es werden vielleicht nicht Staaten sein wie Bangladesch, denn die sind zu arm, die noch wesentliche Versuche machen könnten, sich vielleicht mit letzten verzweifelten Anläufen ihre Situation zu verbessern. Es sind vielmehr die Staaten, die etwa in der Mitte sind, wie beispielsweise Malaysia oder Indonesien, wo dann tatsächlich versucht wird, in wenigen Bereichen, wo man vielleicht einmal den Funken einer Chance spürt, der anderen Seite einmal auf die Füße zu steigen, das zu tun. Vor dieser Situation werden wir, glaube ich, immer häufiger stehen. Und dann werden wir die Wahl haben: Kurbeln wir jedesmal in diesen Fällen die Gesetzgebungsmaschine an und sagen:

Dr. Madeleine Petrovic

Können wir den Status quo nicht irgendwie aufrechterhalten?

Oder gehen wir den anderen, den sicherlich sehr viel mühsameren Weg, bei diesen am wenigsten entwickelten Staaten anzuknüpfen, dort echte Bausteine zu liefern für eine Entwicklung in Richtung Hilfe zur Selbsthilfe und auch im Bereich dieser mittleren Entwicklungsländer nicht als einzigen und alleinigen Weg den schrankenlosen Freihandel zu wirklich absolut unverantwortbaren ökologischen und sozialen Bedingungen zu propagieren, sondern auch dort das Augenmerk darauf zu legen, daß, welches Projekt auch immer es ist, das dort realisiert wird, ob es jetzt ein privater Wirtschaftsbetrieb ist, der zum Beispiel eines der von mir vorhin skizzierten Tourismus-Projekte mit betreut, oder ob es der Staat ist, der im Rahmen eines öffentlichen, eines geförderten Projektes Entwicklungshilfe im engeren Sinn betreibt, man immer darauf schaut, daß man dort ansetzt, wo es auch tatsächlich der einheimischen Bevölkerung in diesen Ausfuhrstaaten am ehesten zugute kommt. Das heißt aber auch, daß man nicht in der Weise arrogant Außen- und Wirtschaftspolitik betreiben kann, wie das derzeit immer noch der Fall ist. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Wir haben vorhin über das GATT und seine Ergänzungen, den Teil IV und das Abkommen 1979, und über die Zusammenhänge mit dem Jute-Abkommen gesprochen. Und ich kann auch in Österreich der Regierung oder einzelnen Regierungsmitgliedern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie genau auf diese oberflächliche Art und Weise agieren. Da treten wir eben einem Übereinkommen bei, viel Geld kostet es nicht, 30 000 S im Jahr wird man aufbringen, ansonsten wird sich nicht sehr viel ändern. Der Jute-Rat soll zweimal im Jahr seine Tagungen abhalten, vielleicht wird er das eine oder andere Projekt auf die Beine stellen, da wird man sich vielleicht sogar einmal beteiligen. Und vielleicht ergibt sich auch wieder einmal die Gelegenheit für ein paar muntere Fernreisende, all das dann dort an Ort und Stelle zu besichtigen, wobei sie in einem gleich mehr Geld ausgeben, als wir dort in drei Jahren investieren.

Aber was läuft in anderen Bereichen — und zwar genau in den GATT-relevanten Bereichen —, wo es darum geht, daß die Entwicklungsländer sich bemühen, gerade in solchen Ländern, bei denen Entwicklung an sich möglich ist? Ich meine jetzt Länder, die — nicht nur für die Eigenversorgung, sondern durchaus auch für eine vernünftige Exportwirtschaft — eine absolut tragfähige Landwirtschaft aufweisen könnten, durchaus auch eine industrielle Entwicklung haben könnten. Und diese bemühen sich seit Jahren, auch etwa im Rahmen von GATT-Verhandlungen, ein solches

Übereinkommen über Investitionen zu bekommen.

Aber was läuft im Bereich der Investitionen? — Da läuft wieder eine Abkommenstätigkeit, die sehr einseitig den Interessen der entwickelten Staaten dient, mit der ganzen Kette der Investitionsschutz-Abkommen. Da erklären die entwickelten Staaten — und verankern dies in Verträgen —: Rührt mir nur ja meine Investitionen nicht an! *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Es gibt bekannte Beispiele aus der jüngsten aktuellen Diskussion dieses Hauses. Es könnte etwa die Firma Lenzing solche Ängste um ihre Beteiligungen im pazifischen Raum haben, in der South-Pacific-Viscose; eine 42prozentige Beteiligung, das ist schon etwas, worum man zittern muß. Und da ist es wieder sehr naheliegend, und da stehen eben auch Interessen dahinter, daß man dann eben auch dort, selbstverständlich, Investitionsschutz-Abkommen braucht.

Ich würde meinen, das Pendant dieser Investitionsschutz-Abkommen sollte schon lange ein verpflichtendes Entwicklungshilfeangebot sein, denn diese Investitionen werden nie im ausschließlichen oder auch nur im überwiegenden Interesse der Entwicklung in den Entwicklungsländern getätigt.

Ich habe hier zum Beispiel ein Papier, aus dem hervorgeht, daß ein Beamter, der mit genau solchen Verhandlungen im Bereich der GATT-Uruguay-Runde befaßt war, offenbar seine Chefs in der Regierung nicht mehr verstehen kann. Ein Gesandter bei der ständigen Vertretung Österreichs beim GATT gibt Hilferufe von sich, indem er wortwörtlich schreibt, er könne es nicht länger rechtfertigen, daß das Verhandlungsgebiet Investitionen und ihre Auswirkungen auf den Außenhandel in der Berichterstattung zweitrangig behandelt würde. Er weist genau auf die Notwendigkeit, dieser internationalen Investitionspolitik endlich einmal einen gebührenden Stellenwert beizumessen, hin. Und er schließt dann letztlich mit dem Ersuchen um eine Weisung an den zuständigen Minister, im konkreten den Wirtschaftsminister und den Außenminister, indem er sagt: Einige Fachleute sollten vielleicht auch bei uns beginnen, sich den Kopf über die österreichische Interessenlage zu zerbrechen. — Dem Kopf des Sachbearbeiters ist beim besten Willen nicht mehr als das eben Erwähnte zu entlocken. Und er ersucht um gelegentliche Weisung.

Das heißt, die österreichischen Beamten etwa beim GATT, dessen Annexe der Entwicklungshilfe Rechnung tragen sollten, schreiben schon: Bitte, sagt mir endlich, ihr Regierungsmitglieder: Wie soll ich mich verhalten in diesem Interessenkonflikt zwischen Entwicklungsländern, die, so wie Bangladesch, immer ärmer werden, und ent-

Dr. Madeleine Petrovic

wickelten Ländern, die, so wie Österreich, halt Interessen haben, die, glaube ich, in dieser Art und Weise auch nicht mehr sehr langfristig und sehr gut geschützt sind? (*Anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Das heißt, es gäbe durchaus die Möglichkeit, eine sehr eigenständige österreichische Verhandlungsposition einmal in ein solches Gremium einzubringen, einmal zu versuchen, dort wirklich eine Haltung einzunehmen, die ein ernstes Bemühen um einen Interessenausgleich zwischen den ärmsten Ländern und den Industriestaaten anstrebt.

Die Beamten läßt man dort regelmäßig völlig in der Luft hängen, und dann kommt man daher, wenn sich etwas in einem konkreten Außenhandelsverhältnis spießt, und es fällt einem dann gar nichts anderes ein, als letztlich auf eine akute und verfahrenere Situation in einer ökologisch fatalen Art und Weise zu reagieren.

Das hätte man sich alles ersparen können, wenn man sich einmal ernsthaft in all diesen Gremien als Partner und Sprachrohr für diese least developed countries dargestellt hätte. Ich glaube, das wäre eine Funktion für Österreich gewesen, die — ich halte das nicht für das Wichtigste — ökonomisch sehr vernünftig und wichtig gewesen wäre. Es wäre bestimmt nicht zum Nachteil Österreichs gewesen, wenn es von Anfang an und glaubwürdig diese Vermittlerrolle gespielt hätte, um dann auf Gesprächsebene, egal ob mit den Jutestaaten, mit den Tropenholzstaaten, als Partner anerkannt zu werden und nicht als jemand, der einem etwas aufoktroieren will. (*Beifall bei den Grünen.*)

Wir waren stehengeblieben bei dem Vergleich der Staatsausgaben pro Kopf in den achtziger Jahren zwischen Industrieländern, mittleren Entwicklungsländern und ärmsten Entwicklungsländern. Wir haben im Bereich der Gesundheit die Relationen 240 Dollar : 10 Dollar : 1 Dollar festgestellt, bei den Schulen und der Bildung die Relationen 111 Dollar : 27 Dollar : 6 Dollar. Jetzt kommen wir zu dem Bereich der Rüstung. So absurd es klingt, für diesen Bereich geben die Entwicklungsländer, die am wenigsten entwickelten Länder relativ viel und absolut am meisten aus. Die Industrieländer geben dafür durchschnittlich pro Kopf und Jahr 254 Dollar aus, die mittleren Entwicklungsländer 28 Dollar und die ärmsten Entwicklungsländer ganze 7 Dollar. Aber immerhin stehen 7 Dollar für die Rüstung 1 Dollar für die Gesundheit gegenüber. So schauen die Relationen aus. Dieser Zahlenvergleich spricht meiner Meinung nach für sich.

Welche Länder gehören nun zu den ärmsten Entwicklungsländern? — Dazu gehören neben dem von mir als Beispiel genannten Bangladesch,

das hier stellvertretend für die Juteausfuhrländer steht, Afghanistan, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Burkina Faso, Kap Verde, die Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, die arabische Republik Jemen, Volksrepublik Jemen, Djibouti, Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Gambia, Guinea, Guinea Bissau, Haiti, Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Ruanda, Samoa, Sao Tomé, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Togo, Uganda und Tansania.

Es ist kein Zufall, daß etliche Namen dieser Länder in jüngster Zeit nur noch im Rahmen diverser Schreckensmeldungen bekanntgeworden sind. Es ist kein Zufall, daß unter dieser Gruppe von Staaten Somalia rangiert. Es ist auch kein Zufall, daß Bangladesch darunter angesiedelt ist.

Eine andauernde Nichtbefriedigung der Grundbedürfnisse muß praktisch dazu führen, daß die Bevölkerung sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht ein Spielball der Entwicklung ist. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das heißt, wenn wir jetzt versuchen, die Einkommensverteilung zwischen einem Industriestaat, nehmen wir als Beispiel Schweden, und einem Entwicklungsland, das nicht einmal so arm ist wie Bangladesch, zu vergleichen, dann zeigt sich, daß etwa in Schweden 20 Prozent der Reichsten verglichen mit den 20 Prozent der Ärmsten in der Einkommensverteilung wie 5 : 1 stehen, die Allerreichsten und die Allerärmsten. In Brasilien, einem Land, in dem gerade die Weltbank, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, sehr viele Projekte, fast möchte ich sagen, zu verantworten hat, obwohl sich dort in jüngster Zeit gewisse Tendenzen etwa im Zusammenhang mit dem Tropenwald zeigen, die vielleicht für eine kleine Hoffnung Anlaß geben, ist das Verhältnis 33 : 1.

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist im Zeitraum zwischen den sechziger und den achtziger Jahren ganz extrem angewachsen. Der Anteil der 10 Prozent Reichsten am Volkseinkommen ist von 39 auf 51 Prozent in den Entwicklungsländern gestiegen, und der Anteil der Ärmsten, 50 Prozent, fiel von 17 Prozent auf 12 Prozent. Wenn man gar die 20 Prozent der Ärmsten nimmt, dann, muß ich sagen, sank der Anteil am Einkommen von 3,9 auf 2,8 Prozent. Das heißt, alle großen Hoffnungen, die in derartige internationale Übereinkommen, wie etwa das Jute-Übereinkommen, gesteckt worden sind — man kann es wirklich nicht mehr deutlicher sagen —, sind absolut, ganz und gar nicht aufgegangen.

Es ist genau das Gegenteil der Fall. Alles, was in den Präambeln vermerkt war, ist in der Realität spiegelbildlich verkehrt, diametral entgegengesetzt aufgetreten. Hier heißt es dann: Die Lösung der Probleme ist die wirtschaftliche Entwicklung,

Dr. Madeleine Petrovic

und dann sehen wir, daß sogar die 20 Prozent der Ärmsten nicht einmal ihre 3,9 Prozent an dem insgesamt erwirtschafteten Einkommen halten konnten.

Ich habe im Rahmen der Erörterung der Institutionen auch angesprochen, daß es eine Erklärung in Richtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gab, und es gibt auch entsprechende Institutionen. Im Jahr 1964 tagte in Genf die UNCTAD-I-Konferenz. Das heißt, eigentlich war sie zunächst als Konferenz gedacht, heute ist sie de facto eine Art Sonderorgan der Vereinten Nationen, welches eine Schlüsselrolle im Nord-Süd-Dialog ausübt. Die UNCTAD ist eigentlich rechtlich ein Hilfsorgan der Generalversammlung, sie hat jedoch de facto den Status einer Sonderorganisation. (*Abg. Haigermoser: Viskose habe ich noch nicht gehört!*) Die UNCTAD ist jene Einrichtung, die vor allem im Bereich des Warenaustausches zwischen Industrie und Entwicklungsländern tätig ist, also insbesondere mit Fragen der Rohstoffpolitik befaßt ist.

Nach diesem Vorbild der UNCTAD wurde auch die UNIDO ohne Organcharakter geschaffen, und sie soll auch in den Entwicklungsländern Aktivitäten koordinieren. (*Abg. Haigermoser: Wegen der Viskosefrage, Frau Kollegin!*)

Da müssen Sie nicht dagewesen sein, denn über die Viskose haben wir schon gesprochen. (*Abg. Haigermoser: Könnten Sie das für mich noch einmal wiederholen!*) Vielleicht läßt sich ein sachlicher Zusammenhang zu einem anderen Aspekt der Viskosethematik noch herstellen. Ich glaube durchaus, daß das im Bereich der Finanzierungsinstrumente noch der Fall sein könnte. (*Abg. Haigermoser: Im Hinblick auf die Kooperation des bangladeschischen Regenwurms!*)

Eine dritte Organisation, die ganz stark im Bereich der Entwicklungshilfe tätig ist und die eine Funktion im Bereich des Vollzugs derartiger Rohstoffabkommen haben könnte, ist die FAO. Denn — das habe ich ja sehr ausführlich dargestellt — gerade bei diesen Staaten, die ganz überwiegend von ihrer landwirtschaftlichen Produktion abhängig sind, ist natürlich eine intensive Verknüpfung der Ernährungssituation mit dem Export von agrarischen Rohstoffen gegeben. Letztlich ist auch das ein Grund, warum ein derartiges Abkommen wie das Jute-Abkommen einen sehr gefährlichen Aspekt in sich birgt.

Denn selbst wenn es tatsächlich gelingt, alle diese löblichen Ziele zu erreichen — ich lasse jetzt einmal die Vorhin von mir dargestellten Zweifel hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit außer acht —, dann ist ja doch eines der Fall: Je mehr die Zielsetzung aufgeht, den Anbau von Jute zu fördern, und das ist ja die Zielsetzung, sogar die Hauptzielsetzung, die dieses neue Jute-Abkom-

men verfolgt, das anders als das Vorgängerabkommen stärker dieser neuen Art von Marktwirtschaft verpflichtet ist, desto größer ist die Anknüpfung des Ge- und Verbrauches von Jute. Das heißt also, die Juteausfuhr als solche und damit auch die Weckung neuer Nachfragen etwa bei dem ausdrücklich erwähnten Punkt der Schaffung neuer Endverwendungszwecke für Jute einschließlich neuer Jute-Erzeugnisse, um die Nachfrage nach Jute zu steigern, sind explizite Zielsetzungen dieses Übereinkommens.

Wenn wir uns aber wieder die Realität vor Augen führen und einen Blick in die Statistiken werfen, dann zeigt sich, daß die vorhandene Fläche bei den von mir auch schon dargestellten Energieverbrauchsrelationen nicht vermehrbar ist, im Gegenteil, aufgrund der Monokulturen sogar im Schwinden ist, bedingt durch den enormen Humusverlust. Dadurch geht das Nahrungsangebot zurück beziehungsweise gehen jeder Erfolg im Bereich der Erzeugung und des Abbaus (*Abg. Ing. Schwärzler: Preis gibt es keinen für die Jute?*) und jeder Erfolg im Bereich des Anbaus und des Absatzes der Jute zu Lasten anderer Produkte, denn es handelt sich allemal um landwirtschaftliche Produkte. (*Abg. Ing. Schwärzler: Welchen?*) Dazu kommen wir noch. Seien Sie nicht so ungeduldig, so spät ist es ja noch nicht. (*Abg. Ing. Schwärzler: Soviel Zeit habe ich nicht mehr!*) Das liegt nicht bei mir, Herr Abgeordneter.

Wir haben in den achtziger Jahren ein Nahrungsangebot in den verschiedenen Regionen, das gerade für die asiatischen Jute-Exportstaaten schon damals im Durchschnitt nur noch 91 Prozent des Bedarfes an Nahrungsmitteln sicherstellte. Hunger ist global gesehen ein Problem der Nahrungsverteilung, denn es werden international, die ganze Welt betrachtet, immer noch mehr Nahrungsmittel produziert, als tatsächlich gebraucht würden.

Wir haben uns gerade vorhin die Verteilung der Traktoren angeschaut und festgestellt, daß 85 Prozent der Anzahl an Traktoren in den Jute-Importstaaten, in den entwickelten Staaten zum Einsatz gelangen. Das heißt, daß die Entwicklungsländer praktisch kaum über die (*Abg. Haigermoser: Frau Kollegin! Kollege Schwärzler möchte auch eine Antwort auf die Frage der Viskose haben, wenn Sie es mir schon nicht beantworten!*) entsprechenden agrarischen Technologien verfügen, um auf dieser Ebene zu einer deutlichen Steigerung der Produktivität kommen zu können.

Im Zusammenhang mit Viskose bin ich nicht so eine Expertin wie für Jute. Für die Viskose würde ich Ihnen empfehlen, daß Sie im Hause irgendwo Abgeordneten Keppelmüller suchen, denn falls Sie das noch nicht wissen, Abgeordneter Keppel-

Dr. Madeleine Petrovic

müller ist leitender Mitarbeiter der Firma Lenzing, und die Firma Lenzing wiederum hat eine 42prozentige Viskosebeteiligung an der South Pacific Viscose. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich gehe davon aus, daß Sie noch etwas Zeit brauchen, um den Abgeordneten Keppelmüller zu suchen, um sich dann von seiner Expertenschaft in Sachen Viskose zu überzeugen.

Ich möchte Ihnen eigentlich viel lieber noch vom Jute-Abkommen *(Ruf: Ich schreibe den Unsinn nicht mit, den Sie verzapfen!)* und dessen möglichen Gefahren berichten *(Beifall bei den Grünen)*, denn damit sind wir noch lange nicht fertig, fürchte ich, da gibt es noch eine Reihe von Fragen, die wir klären müssen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dort ist es natürlich so *(Abg. Ing. Schwärzler: Wo ist dort?)*, daß die am wenigsten entwickelten Staaten, wie zum Beispiel Bangladesch, aufgrund der nicht vorhandenen agrarischen Technologie, aufgrund der *(Abg. Dr. Cap: Die Berichterstattung war nicht gut!)* nicht vorhandenen Möglichkeiten, in andere Produktionen auszuweichen, und aufgrund jener Sachzwänge, die wir anhand der internationalen Jutespekulationsgeschäfte im Detail dargestellt haben, mit großen Einschränkungen fertig werden müssen. Während der Spekulant immer gewinnt, ganz egal, ob der Preis fällt oder steigt, denn er gewinnt an der Differenz, ist im Bereich des Erzeugers *(Abg. Dr. Cap: Geschwafel steht da!)* jeder Preisverfall mit einer dramatischen Einschränkung der Möglichkeiten *(Abg. Dr. Cap: Wieso steht da Geschwafel?)* für die Menschen in diesen Staaten verbunden *(Abg. Dr. Cap: Da steht Geschwafel!)*, wobei Hunger in diesem Zusammenhang kein Schicksal ist, sondern nicht zuletzt auch produziert wird.

Herr Abgeordneter Cap! Wir können uns diese Zusammenhänge *(Abg. Scheibner: Das geht daneben!)* noch sehr viel genauer anschauen, und wir müssen es auch. Wenn jene Staaten eigentlich nur ein Produkt als Hauptexportgut aufzuweisen haben, wie das etwa in Bangladesch die Jute ist, dann müssen wir uns folgendes dabei vor Augen halten *(Abg. Dr. Cap: Habt ihr das gelesen? Da steht Geschwafel drin!)*: Die herrschenden Oberschichten und Regierungen in derart armen Entwicklungsstaaten sind ganz besonders an Devisen interessiert, und diese Oberschichten sind es auch, die die Möglichkeiten haben, dann wieder im Rahmen der Finanzkreisläufe die aus der Wirtschaft, aus dieser Primärproduktion landwirtschaftlicher Rohstoffe gewonnenen finanziellen Erträge anzulegen.

Auf diese Anlegemechanismen werden wir auch noch eingehen können, denn das sind die Geschäfte, die dann letztlich anknüpfen an derartige Gremien wie den Internationalen Jute-Rat

und eine sehr einseitige Ausrichtung, eine in sich selbst immer wieder verstärkte Ausrichtung auf ein und dasselbe Produkt.

Abgeordneter Cap hat es wahrscheinlich überhört, deswegen muß ich ihm ganz einfach die tragenden Grundsätze dieses Abkommens vor Augen halten.

Es wird in diesem Abkommen nicht nur ein Jute-Abkommen geschlossen, sondern es wird auf das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung Bezug genommen. Das heißt, ein Aktionsprogramm bildet kraft der klaren Anordnung dieser Regierungsvorlage betreffend ein Internationales Übereinkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens. Es wird sicherlich auch den Abgeordneten Cap interessieren, was denn dieses Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, das ist eine Überlebensordnung für die Jutestaaten wie Bangladesch, vorsehen würde. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Mag. Terezija Stoisits: Sag dem Cap endlich, was das ist! Er weiß es noch nicht!)*

Das heißt, dieser Konnex ergibt sich direkt aus den Anordnungen des Übereinkommens selbst. Denn die Vertragsparteien — also in Hinkunft Österreich — dieses Übereinkommens schließen dieses Übereinkommen eingedenk der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und auch eingedenk der von der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung auf ihrer vierten, fünften und sechsten Tagung angenommenen Entschlüsse 93, 124 und 125 über das integrierte Rohstoffprogramm sowie des Kapitels II Abschnitt B der Schlußakte von UNCTAD VII.

Da ich mir nicht wirklich sicher bin, ob die Mitglieder dieses Hauses, die ja dann darangehen werden, diese Regierungsvorlage zu verabschieden oder, wenn sie auf mich hören, sie eher nicht zu verabschieden, sondern raschestens eine bessere auszuarbeiten . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. Heindl.)* Vielleicht wissen auch Sie noch nicht wirklich über die Erklärung und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung Bescheid. Denn sie ist integrierender Bestandteil dieses Abkommens . . . *(Abg. Christine Heindl: Die Fragestunde wollen sie streichen! — Abg. Wabl: Reden wollen sie nicht, fragen wollen sie nicht!)*

Also ich würde meinen, daß die wenigen Oppositionsrechte dieses Hauses, nämlich die Regierungsmitglieder zu befragen, auf keinen Fall geopfert werden dürfen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dr. Madeleine Petrovic

Ich weiß nicht genau, welcher Minister befragt werden soll, aber wenn es ein zuständiger Minister ist, dann sollten wir es nicht verabsäumen, ihn in diesem Zusammenhang genau zu fragen, wie es mit dem Vollzug dieses Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse bestellt sein wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun zu diesem Grundsatzdokument einer neuen Weltwirtschaftsordnung, auf das wir schon einige Zeit hinsteuern. Dieses Grundsatzdokument ist zwar auch schon einige Jahre alt, fast 20 Jahre alt, trotzdem glaube ich, daß es noch immer eine taugliche Grundlage sein könnte, ja für den österreichischen Nationalrat und die österreichische Vollziehung in Hinkunft eine taugliche Grundlage sein muß, denn es ist ja integrierender Bestandteil dieses Abkommens.

Setzen wir uns einmal mit dem Inhalt dieser Erklärung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung auseinander. Hier heißt es: Wir, die Mitglieder der Vereinten Nationen, nach Einberufung einer Sondertagung der Generalversammlung, die zum ersten Mal die Rohstoff- und Entwicklungsprobleme untersucht und die wichtigsten Wirtschaftsprobleme, mit denen die Weltgemeinschaft konfrontiert ist, erörtert, im Bewußtsein des Geistes, der Ziele und der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die auf die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschrittes aller Völker gerichtet sind, verkünden feierlich unsere gemeinsame Entschlossenheit, nachdrücklich auf die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung hinzuwirken, die auf Gerechtigkeit, souveräner Gleichheit, gegenseitiger Abhängigkeit, gemeinsamem Interesse und der Zusammenarbeit aller Staaten, ungeachtet ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems, beruht, die Ungleichheiten behebt und bestehende Ungleichheiten beseitigt, die Aufhebung der sich vertiefenden Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern ermöglicht und eine sich ständig beschleunigende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Frieden und Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen sicherstellt.

Das heißt, hier haben wir tatsächlich das — so würde ich meinen — bislang beste Vertragswerk, in dem explizit nicht nur der Appell an irgendeine nebulöse Gleichheit, die es in der Praxis nicht gibt, sondern der Auftrag, Ungleichheiten zu beheben, angesprochen ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wird hier im einzelnen hinsichtlich der Vorgangsweise, basierend auf der bisherigen Entwicklung, folgendes ausgeführt: Die größte und bedeutsamste Errungenschaft der letzten Jahrzehnte war die Erlangung der Unabhängigkeit durch eine große Zahl von Völkern und Nationen, die Kolonial- und Fremdherrschaft abschüt-

telten und so Mitglieder der Gemeinschaft freier Völker werden konnten.

In den vergangenen drei Jahrzehnten wurden auch technologische Fortschritte in allen Bereichen wirtschaftlicher Tätigkeiten erzielt und damit solide Grundlagen für die Verbesserung des Wohlergehens aller Völker geschaffen. Doch die vorhandenen Spuren von Fremd- und Kolonialherrschaft ausländischer Besetzung, rassistischer Diskriminierung, Apartheid und Neokolonialismus in all seinen Formen gehören weiterhin zu den größten Hindernissen *(Abg. Ing. Schwärzler: Das kann ich daheim nachlesen!)*, die der vollen Emanzipation und dem Fortschritt der Entwicklungsländer und aller betroffenen Völker entgegenstehen.

Ich fürchte nur, Herr Abgeordneter, Sie werden es nicht tun, wenn ich es Ihnen nicht sage. Ich fürchte, Sie würden es nicht tun. Das ist nicht nur ein sehr beeindruckendes Dokument, sondern das ist ein Dokument, das integrierender Bestandteil eines internationalen Übereinkommens ist, das hier in einer Regierungsvorlage vorliegt und über das Sie abstimmen sollen.

Daß Sie noch vor der Abstimmung dazu kämen, sich mit diesen Zielen auseinanderzusetzen, das kann ich mir nicht vorstellen. Und deswegen gebe ich Ihnen hier die Chance dazu. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Entwicklungsländer, die 70 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, bringen nur 30 Prozent des Welteinkommens auf. Es hat sich als unmöglich erwiesen, eine gleichmäßige und ausgeglichene Entwicklung der Völkergemeinschaft im Rahmen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zu erreichen. In einem System, das zu einer Zeit geschaffen wurde, als die meisten Entwicklungsländer nicht einmal als unabhängige Staaten existierten, und das die Ungleichheit verewigt, wird die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern immer größer. — Sie merken, diese Erklärung ist 1974 geschrieben worden. Sie hat damals Gültigkeit gehabt, und sie hat leider auch noch 1993 Gültigkeit. Und deswegen glaube ich, daß es endlich eine andere Art der Umsetzung geben muß. Es genügt so nicht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung steht in direktem Gegensatz zu den derzeitigen Entwicklungen in den internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Seit 1970 hat die Weltwirtschaft eine Reihe ernster Krisen erlebt, die schwerwiegende Auswirkungen, vor allem auf die Entwicklungsländer, gehabt haben, da diese gegenüber wirtschaftlichen Anstößen von außen besonders empfindlich sind. Und diese Empfindlichkeit ist natürlich eine noch gesteigerte, eine noch viel drastischere bei Staaten wie

Dr. Madeleine Petrovic

Bangladesch, die eben zu 70 Prozent von der Landwirtschaft abhängig sind, wobei von diesen 70 Prozent weit über 90 Prozent Jute sind.

Das heißt, dort haben wir die Verletzlichkeit auf den Punkt getrieben. Und deswegen glaube ich, gerade Österreich sollte bei derartigen Staaten anfangen, vielleicht auch, um sich aus der bisher sehr unbefriedigenden Situation in Sachen Entwicklungshilfe ein bißchen herauszuholen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, da ist die Verletzlichkeit ganz besonders groß. Und es könnte daher gerade einem Staat wie Österreich, der sich in Sachen Entwicklungshilfe ja wirklich nicht besonders rühmlich hervorgetan hat, gut anstehen, mit einem solchen Beispiel einmal voranzugehen. Wir werden hier und heute wahrscheinlich nicht mehr zur vollkommenen Neuausformulierung der österreichischen Wirtschaftspolitik und Entwicklungshilfepolitik in Richtung der Juteexportländer kommen, aber ich glaube, es könnte uns gerade diese Staatengruppe einen guten Ansatz dafür bieten, um in Sachen Entwicklungshilfe wieder einiges gutzumachen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da könnten wir genau im Sinne der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung aktiv werden, eines Aktionsprogramms, das als integrierender Bestandteil dieses Übereinkommens alle Möglichkeiten in sich birgt. Selbst wenn man dieses Abkommen mit all seinen Unzulänglichkeiten beschlösse, würde uns nichts und niemand daran hindern, im Rahmen der freiwilligen Beiträge, der Unterstützungen des Jute-Rates oder auch überhaupt im Rahmen sonstiger Entwicklungshilfeprojekte gerade in Richtung der Diversifizierung der Produktpalette viel, viel mehr zu machen.

Schauen wir uns weiter an, was das Aktionsprogramm für die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung eigentlich schon heute von uns verlangen würde. Die sich entwickelnde Welt ist zu einem machtvollen Faktor geworden, der seinen Einfluß auf allen Gebieten internationaler Tätigkeit geltend macht. Diese unumstößlichen Wandlungen im Kräfteverhältnis der Welt machen es erforderlich, daß die Entwicklungsländer aktiv in vollem Umfang und gleichberechtigt an der Formulierung und Anwendung aller die internationale Gemeinschaft berührenden Entscheidungen teilnehmen. Das bedeutet aber — so würde ich es auslegen —, daß sie im Sinne der Prinzipien der Vereinten Nationen teilnehmen, das heißt nach dem Prinzip: ein Staat, eine Stimme, wobei man sich bewußt ist, daß das zu einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen der am wenigsten entwickelten Länder führen könnte und wohl auch sollte. *(Abg. Ingrid Tichyschreder: Sie sind schon sehr blaß!)*

Wie heißt es weiter im Aktionsprogramm? — All diese Wandlungen haben plötzlich die Realität der gegenseitigen Abhängigkeit aller Mitglieder der Weltgemeinschaft sichtbar gemacht. Die jüngsten Ereignisse haben klar erkennbar werden lassen, daß die Interessen der entwickelten Länder und die der Entwicklungsländer untrennbar geworden sind, daß es eine enge Wechselbeziehung zwischen dem Wohlstand der entwickelten Länder und dem Wachstum und der Entwicklung der Entwicklungsländer gibt und daß der Wohlstand der Völkergemeinschaft als Ganzes vom Wohlstand ihrer einzelnen, sie begründenden Teile abhängt. Internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung ist das gemeinsame Ziel und die gemeinsame Pflicht aller Länder. Somit hängt das politische, wirtschaftliche und soziale Wohlergehen der heutigen und künftigen Generationen mehr denn je von der Zusammenarbeit aller Mitglieder der Völkergemeinschaft auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und der Beseitigung des zwischen ihnen bestehenden Ungleichgewichtes ab.

Das heißt, wir haben seit dieser Zeit, als dieses Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung verabschiedet wurde, wieder eine Generation heranwachsen sehen, der die Ziele einer Neuorientierung des Wirtschaftens nicht zuteil wurden. Fast 20 Jahre sind vergangen und Punkt 3 des Aktionsprogramms harrt wirklich ganz nachhaltig seiner Erfüllung. Und da möchte ich noch einmal Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, wie ambivalent und gefährlich auch das andere Standbein der meisten Juteexportstaaten ist. Denn wir wissen bereits, daß in signifikanter Menge ganz überwiegend agrarische Produkte und eben die Jute geliefert werden. Mehr und mehr steigen aber auch Juteexportstaaten wie Bangladesch in andere landwirtschaftliche Bereiche ein, und Sie haben es ja teilweise schon gehört, daß der Landwirtschaftssektor dort insgesamt über 70 Prozent ausmacht, die Jute über 90 Prozent.

Nun gibt es aber auch innerhalb dieser landwirtschaftlichen Zusammenhänge, zum einen über die Fläche, die entweder so oder so genützt wird, zum anderen aber auch hinsichtlich der Ausfuhr. Und wenn wir schon festgehalten haben, daß es auf Basis dieses Abkommens und der Haupteinnahmequellen der Juteausfuhrstaaten fast nicht vorstellbar ist, daß sie den sehr löblichen Zielsetzungen des Abkommens in Richtung einer stärker diversifizierten Produktion Genüge tun können, dann zeigt sich, daß unter dem Druck der immer leeren Kassen natürlich auch unter den anderen landwirtschaftlichen Produkten nicht jene Produkte forciert werden, die für die Ernährung der Bevölkerung des Landes selbst eigentlich erforderlich wären. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. C a p: Reden Sie ein bißchen*

Dr. Madeleine Petrovic

lauter! Ich höre nichts!) Wenn Sie sich bemühen, wird es schon gehen, es kommt nur darauf an, Herr Kollege Cap, wie sehr man sich bemüht. Und das Bemühen ist wirklich das wichtigste, das ist wirklich das wichtigste. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wissen Sie, im Bereich der Entwicklungshilfe genügt das nicht mehr. Dort genügt es nicht mehr. Und nach 20 Jahren vergeblichen Bemühens muß man einmal die Ehrlichkeit haben und sagen: Dieses Konzept ist nicht aufgegangen, wir müssen etwas anderes machen. *(Abg. Dr. Cap: Jetzt ist die Stimmlage schon sehr gut!)* Ansonsten, im Bereich Ihrer Aktivitäten, glaube ich, wird man es schon sehr zu schätzen wissen, wenn Sie sich einmal wieder wirklich richtig bemühen. *(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen. - Abg. Dr. Cap: Von wem kommt dieses glucksende Kichern?)* Wissen Sie, da dieses Kichern leider nichts mit Jute zu tun hat, kann ich darauf nicht eingehen und kann mir darüber jetzt eigentlich nicht den Kopf zerbrechen. *(Abg. Dr. Cap: Wieso gluckst dieses Kichern so?)* Das gehört wohl zu den ewig ungeklärten Problemen.

Im Bereich der ganz überwiegend von der landwirtschaftlichen Produktion abhängenden Staaten der Dritten Welt, unter ihnen praktisch alle Hauptexporteure der Jute, wird natürlich ein zweites Standbein aufgebaut, und das sind Futtermittelexporte. *(Abg. Dr. Cap: Alles Gute von der Jute!)* Und diese Futtermittelexporte gehen wieder in die entwickelten Staaten. *(Abg. Dr. Cap: Das muß ins Protokoll, das ist nämlich sehr kreativ: Alles Gute von der Jute!)*

Und zwar wird insgesamt auf der ganzen Welt so viel Getreide an Tiere verfüttert, wie ausreichen würde, zweieinhalb Milliarden Menschen sattzumachen. Das sind die Menschen in Bangladesch und in anderen Staaten, denen die Fläche für den Anbau von Nahrungsmitteln vorenthalten wird, weil etwa die Notwendigkeit, zu Deviseneinnahmen zu kommen, dazu zwingt, auch andere agrarische Exporte zu tätigen, die dann wieder überwiegend den Industriestaaten zugute kommen.

Und da zeigt sich eben, daß auch dort die Verteilung des vorhandenen Landes extrem ungleich ist. Fast die Hälfte der Bevölkerung, auch in Bangladesch, verfügt über gar kein Land, über keine Flächen, weder zum Anbau von Jute noch zum Anbau irgendwelcher anderer agrarischer Produkte. Und da ist Bangladesch wirklich noch schlechter dran als andere Staaten, die ansonsten auch sehr schwer mit Problemen der Entwicklung ringen, wie etwa Pakistan, wo zirka ein Drittel der Bevölkerung zu diesen Landlosen gehört, oder Indonesien. Auch dort ist es so, daß die vorhandene Fläche extrem ungleich verteilt ist. In Indone-

sien gehören etwa 33 Prozent der Bevölkerung zu den Landlosen.

Und das ist natürlich eine Bevölkerungsgruppe, die von jeglicher Art von Rohstoffabkommen, das sich auf landwirtschaftliche Produkte bezieht, nie und nimmer profitieren kann, weil sie eben keinen Zugang zur Nutzung der Fläche hat.

Meine Kollegin Marijana Grandits hat es ja dargestellt, daß in sehr vielen der Juteexportstaaten, die nicht wirklich die Möglichkeit haben, sich nennenswert aus der agrarischen Produktion herauszuentwickeln, dann unter dem Motto der Diversifizierung eigentlich nur ein Umstieg auf eine andere Produktionspflanze vollzogen wird, etwa in concreto auf die Produktion von Reis. Und das ist wieder in ökologischer Hinsicht nicht unbedenklich und von der internationalen Weltmarktlage her wahrscheinlich auch nicht viel sicherer, als bei der Produktion von Jute zu bleiben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und da kommen wir gerade im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion erstmals auch auf einen Bereich der Finanzierung und das Tätigwerden einer internationalen Organisation. Wir werden in der Folge noch Gelegenheit haben, über die Weltbank und die Tätigkeit ihrer Töchter in den Juteexportländern zu reden. Aber bereits im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion zeigt sich, daß etwa in Bangladesch die Weltbanktochter IDA für die Finanzierung von Brunnen die Bedingung aufstellte, daß die Dorfbewohner eine Genossenschaft gründen. Nun könnte man meinen, das könnte ein Ansatz zur Hilfe zur Selbsthilfe sein, eine Genossenschaft zu gründen, die dann wieder die Erträge in der Genossenschaft hält und die zum Nutzen der Mitglieder der Genossenschaft tätig wird.

Aber was hat sich in der Praxis gezeigt? — Offenbar verfügen die Finanzierungsexperten im Bereich der Weltbank und ihrer Tochterorganisationen nicht über jene Kenntnisse der sozialen Situation in den Juteexportländern, die es ihnen ermöglichen würden, vernünftige Finanzierungsprojekte zu erstellen, die dann nicht der einheimischen Bevölkerung zum Schaden gereichen.

Was ist bei dem Brunnenprojekt der Weltbank in Bangladesch passiert? — Dort gründeten vielerorts die Großgrundbesitzer eines Dorfes mit ihren Lohnabhängigen und Verwandten eine fiktive Genossenschaft, um den Agrarkredit für den Brunnenbau beanspruchen zu können. Das hat dazu geführt, daß die Feudalstrukturen verstärkt wurden und daß die Landlosen und die Kleinbauern nun bei den Großgrundbesitzern auch noch das Wasser kaufen müssen, das sie vorher zumindest als allgemeines Gut nutzen konnten.

Dr. Madeleine Petrovic

Das heißt, in einem Juteexportland selbst hat das direkte Eingreifen einer internationalen Einrichtung, die an sich auch all jenen Zielen, mit denen wir uns jetzt auseinandergesetzt haben, verpflichtet sein sollte, schlußendlich dazu geführt, daß jetzt die ganz Armen, die Personen, die an der letzten Stelle der sozialen Hierarchie stehen, auch noch das Wasser von den Großgrundbesitzern kaufen müssen.

In dieser Art und Weise könnte man die Beispiele über die unvernünftige Art, Projekte in der Dritten Welt, besonders in den am wenigsten entwickelten Staaten, zu fördern, um ein Vielfaches ergänzen. Und erst in der allerletzten Zeit — das muß man auch sagen — waren es nicht Kräfte, die aus diesen Finanzierungseinrichtungen selbst kamen, sondern da waren es die Kritiker, sehr, sehr nachhaltige Kritiker, die auch die Weltbank zu einem gewissen Umdenken gezwungen haben. Fast bei jeder Gipfeltagung der Weltbank und ihrer Tochterorganisationen gab es in den vergangenen Jahren ganz massive Proteste von Umweltschützern, von Sozialgruppierungen, die so etwas wie alternative Weltwirtschaftsgipfel veranstaltet haben und die überall dort, wo die Weltbank ihre Treffen veranstaltet hat, auch aufgetreten sind und eine derartige alternative Konferenz ins Leben gerufen hat.

Und es ist nicht zuletzt diese ganz massive Kritik, die ein sehr schönes Beispiel für jenes von mir so sehr erwünschte und angestrebte neue Bündnis zwischen kritischen KonsumentInnen und den Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern hervorgebracht hat. Diese neuen Bündnisse finden dann ihren Ausdruck bei derartigen Krisengipfeln, wo sehr prononciert die Kritik vorgebracht wird und an denen die Weltbank auch nicht mehr vorbei konnte. Und während im Rahmen der Finanzierung von Projekten im Bereich der Juteexportländer bislang noch nicht sehr viel an segensreichen, wirklich kreativen Projekten zu verzeichnen war, gab es nunmehr doch, etwa im Zusammenhang mit den Tropenholzländern, auch Expertisen der Weltbank, die aufhorchen ließen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Mit einem derart neuen Bündnis, das auch solche mächtigen Einrichtungen wie die Weltbank beeinflussen kann, gibt es, glaube ich, doch eine gewisse Chance für eine Entwicklung in die Richtung, daß die einschlägigen Zielsetzungen des Aktionsprogramms für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung endlich einmal auch wirklich umgesetzt werden können. Denn mit diesem Jute-Übereinkommen allein werden wir das sicher nicht erreichen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Struktur ist zuwenig demokratisch, und daher kommt das Aktionsprogramm noch zuwenig durch. Aber es ist doch so, daß es zumindest die

Möglichkeiten für eine ambitionierte Vollziehung böte, damit diese Buchstaben und diese Sätze auch belebt werden.

Wie gesagt, mein allergrößtes Bedenken bleibt nach wie vor die Einschränkung der Informationsmöglichkeiten für den Jute-Rat. Denn gerade die Ziele der neuen Weltwirtschaftsordnung werden es einfach unerläßlich machen, daß ganz offen und ohne jede Beschönigung über Produkte, Produkteigenschaften und Energiebilanzen informiert wird.

Aber es gibt mir halt zu denken, wenn genau diese Möglichkeiten darin nicht enthalten sind, obwohl kein Mensch sagen könnte, daß da nicht wirklich zutiefst marktwirtschaftliche Prinzipien vertreten werden und es nicht möglich wäre, in absehbarer Zeit ein gutes Stück weiterzukommen.

Schauen wir uns jetzt weiter an, was die neue Weltwirtschaftsordnung, die ein integrierender Bestandteil dieses Übereinkommens kraft des Vertragstextes ist, weiters verlangen würde. Die neue Weltwirtschaftsordnung soll auf der uneingeschränkten Achtung vor den folgenden Grundsätzen beruhen: souveräne Gleichheit der Staaten, Selbstbestimmung aller Völker, Unzulässigkeit des Gebietserwerbs durch Gewalt, territoriale Unversehrtheit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, weitestgehende, auf Gerechtigkeit gegründete Zusammenarbeit aller Mitgliedsstaaten der Völkergemeinschaft, durch die die in der Welt herrschenden Ungleichheiten beseitigt und der Wohlstand für alle gesichert werden können, volle und wirksame Teilnahme aller Länder auf der Grundlage der Gleichheit an der Lösung der Weltwirtschaftsproblems im gemeinsamen Interesse aller Länder.

Dabei ist die Notwendigkeit der beschleunigten Entwicklung aller Entwicklungsländer zu berücksichtigen und der Annahme besonderer Maßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten, der Binnenländer und der Inselländer unter den Entwicklungsländern sowie der am schwersten von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen betroffenen Entwicklungsländer besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, ohne daß jedoch die Interessen anderer Entwicklungsländer dabei aus den Augen verloren werden dürfen.

Hier findet sich wieder der Begriff der am wenigsten entwickelten Länder, auf den wir im Rahmen der UNCTAD-Texte bereits einmal gestoßen sind. Unter diesen Ländern finden sich natürlich vor allem die Juteexportländer wie Bangladesch. Und hinsichtlich dieser am wenigsten entwickelten Länder, die hier in einem Zug mit den Binnenländern und den Inselländern genannt werden, geben diese von den Vereinten Nationen ver-

Dr. Madeleine Petrovic

abschiedete Erklärung und das Aktionsprogramm klar und deutlich den Auftrag, Maßnahmen zu setzen, das heißt eigentlich, die Ebene dieser Rohstoffabkommen wie des Juteabkommens zu überschreiten. Denn hier kann man noch nicht wirklich von Maßnahmen reden, hier handelt es sich eigentlich nur um eine Fortschreibung des Status quo. Und die Pflichtbeiträge zum Verwaltungshaushalt allein lassen es gar nicht zu, daß echte Maßnahmen, die sich dann in neuen diversifizierten Produktionen äußern könnten, auch tatsächlich zum Tragen kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich glaube nicht, daß man die Informationsaufgaben der internationalen Juteorganisation schon als Maßnahmen im Sinne des Aktionsprogramms in Richtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung verstehen könnte. Sie sind bestenfalls ein Ansatz dazu.

Wenn aber aus diesem kleinen Ansatz auch tragende Konsequenzen resultieren sollten, dann muß jedenfalls diese Klausel, wonach die Informationstätigkeit des Jute-Rates nicht so erfolgen darf, daß dadurch die Geschäftstätigkeit von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigt wird, ersatzlos gestrichen werden *(Beifall bei den Grünen)*, denn sonst kann daraus niemals eine wirklich greifende Maßnahme erfolgen. Der Internationale Jute-Rat hat an sich als Auftrag: Untersuchung von Fragen der Preisstabilisierung, der Versorgungssicherheit und die Frage des Wettbewerbs mit Kunststoffen und Ersatzerzeugnissen.

Aber diese Frage kann man nicht wirklich klären, wenn man die Mängel des Ersatzproduktes nicht schonungslos anprangern darf. Insofern ist das eine Maßnahme oder der Ansatz einer Maßnahme, der in Wahrheit jeder Biß und jeder Nachdruck fehlen.

Welche Rechte sieht nun die neue Weltwirtschaftsordnung für Staaten wie Bangladesch vor? Hier heißt es unter anderem: Jedes Land hat das Recht, das wirtschaftliche und soziale System anzunehmen, das es für seine eigene Entwicklung als am besten geeignet erachtet. Es darf deswegen nicht diskriminiert werden. Jedes Land, das heißt aber doch wohl gerade auch in diesem Kontext, der immer auf die Bevölkerung und die sozialen Rechte Bezug nimmt, die Bevölkerung jedes Landes hat das Recht. Ich frage mich, wie sich das etwa mit den Erklärungen des Abgeordneten Jankowitsch im Tropenholz-Ausschuß deckt, der dort wortwörtlich gesagt hat, es sei nicht unsere Aufgabe zu prüfen, ob eine Regierung demokratisch legitimiert sei. Das steht eindeutig im Widerspruch zu den Intentionen der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. So kann man nach diesen internationalen Dokumenten nicht vorgehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es hat einen guten Grund, daß derartiges in einem Abkommen über eine Wirtschaftsordnung steht: Offenbar waren die Verfasser dieses Aktionsprogramms wohl schon weiterdenkend, als es die österreichische Bundesregierung in manchen ihrer Entscheidungen ist, denn offenbar haben die Verfasser dieses Aktionsprogramms genau erkannt, daß auf Dauer *(Abg. Mag. Haupt: Die Problematik der Jute!)* ein Land nicht wirklich eine friedliche und stabile wirtschaftliche Entwicklung haben wird, wenn man nicht auch darauf schaut, daß die Bevölkerung das Recht hat, selbst über das wirtschaftliche und soziale System und wohl auch über die Regierungsform zu entscheiden. Ein System, das sich notorisch und nachhaltig der Menschenrechtsunterdrückung bedient, ist auch nach wirtschaftlichen Kriterien kein stabiler Handelspartner. Ich glaube, das sollten wir gerade bei allen Abkommen und bei allen Geschäften mit Entwicklungsländern niemals aus den Augen verlieren.

Wie will nun das Aktionsprogramm über die neue Weltwirtschaftsordnung diese Grundsätze umgesetzt wissen? Hier heißt es: Die volle und ständige Souveränität jedes Staates über seine natürlichen Hilfsquellen und seine gesamten wirtschaftlichen Tätigkeiten. — Zum Schutze dieser natürlichen Hilfsquellen hat jeder Staat das Recht, eine wirksame Kontrolle über sie und ihre Ausbeutung auszuüben und zu diesem Zwecke die Mittel anzuwenden, die seiner eigenen Situation angemessen sind, einschließlich des Rechts der Verstaatlichung oder der Eigentumsübertragung an seine eigenen Staatsangehörigen, wobei dieses Recht ein Ausdruck der vollen und ständigen Souveränität des Staates ist. Kein Staat darf wirtschaftlichem, politischem oder sonstigem Zwang unterworfen werden mit dem Ziel, ihn an der freien und uneingeschränkten Ausübung dieses unveräußerlichen Rechts zu hindern.

Wir sehen, daß wir mit dieser Passage sehr leicht in ein Spannungsfeld geraten, denn bei der vollen Souveränität über die natürlichen Rohstoffe stellt sich die Frage: Wie sieht es aus mit den von uns ebenfalls, und zwar im Rahmen eben dieses Abkommens, festgestellten Grundsätzen der ökologischen Produktion und einer stärkeren Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten.

Hiebei kann es sehr wohl zu einem Spannungsverhältnis kommen, und deswegen scheint mir der einzige schlüssige Ausweg und die einzige schlüssige Antwort zu sein, gerade dort, wo die Ausbeutung der Rohstoffe und die Souveränität über diese Ausbeutung der Rohstoffe unter Umständen mit ökologischen und sozialen Zielsetzungen in Konflikt treten, müssen wir kraft einer Verpflichtung der entwickelten Länder so vorgehen, daß wir einerseits alles versuchen, auf der Ebene der Partnerschaftlichkeit in Richtung

Dr. Madeleine Petrovic

Ökologie zu argumentieren, Verständnis zu wecken, und andererseits gleichzeitig faire Angebote einer Entwicklungshilfe, einer nachhaltigen Entwicklungshilfe machen. Alles andere wäre eine sehr scheinheilige Form der Einmischung, die wohl auf Protest stoßen muß. *(Beifall bei den Grünen.)*

In der Causa der Tropenhölzer ist genau dieser Weg beschritten worden. Man hat zwar eine Maßnahme gesetzt, die möglicherweise dazu führt, daß die Produktion in diesem Bereich nicht gesteigert wird, aber gleichzeitig wurde das zuständige Regierungsmitglied ermächtigt, Entwicklungshilfe anzubieten.

In diesem Sinne hielte ich auch diesen Passus des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die integrierter Bestandteil des Jute-Abkommens ist, für nicht verletzt.

Allerdings haben wir hinsichtlich der Jute einen ganz anderen Bereich vor uns, denn da ist es so, daß alles, was in Richtung Konsumentenaufklärung geschieht, nicht genügt. Die Vorteile der Jute, eines Produktes, das in seinem gesamten Produktlebenszyklus wirklich kaum negative Auswirkungen hat, sieht man einmal von der Frage der Bewirtschaftung in Monokulturen ab, gegen die man auf anderer Ebene etwas tun könnte, sind kaum bekannt. Hier ergibt sich ein zwingender Auftrag dahin gehend, die Konsumenten zu informieren, auch wenn es dem Plastik-Produzenten schaden könnte. Wir müssen dem Jute-Rat die volle Kompetenz für die schonungslose Information geben, um damit gleichzeitig den Absatz und die Absatzmöglichkeiten für dieses Produkt zu verbessern.

Das heißt, da decken sich die Interessen der mündigen KonsumentInnen und der Menschen in den Erzeugerländern zur Gänze. Ich glaube auch, da wir bei den Parallelfällen, wie etwa bei den Tropenholzimporten, auf ein umfassend verstandenes Prinzip eines modernen Konsumentenschutzes sehr wohl beharren müssen, der genau die Faktoren der ökologischen und sozialen Produktgewinnung einbezieht.

Das ist heute nicht der Fall, und, wie gesagt, in diesem Abkommen sehe ich keinen einzigen Ansatzpunkt dafür. Das heißt, ich zweifle sogar daran, ob der zuletzt gegebene Hinweis, nämlich daß die EG-Kompatibilität dieser Regierungsvorlage gegeben ist, tatsächlich zutrifft. Denn wenn, was uns immer mit großem Nachdruck gesagt wird, die Information des mündigen Konsumenten und der mündigen Konsumentin das tragende Prinzip im Bereich des EG-Rechtes ist, dann verstehe ich nicht, warum der Konsument, wenn es einerseits um ein Naturprodukt und andererseits um synthetisch hergestellte Ersatzprodukte geht, diese

Informationen nicht vollinhaltlich bekommen soll, wenn dadurch die Geschäftstätigkeit von Personen oder Gesellschaften beeinträchtigt wird. Wahrheitsgemäße Information kann dazu führen, daß mündige Konsumenten andere Entscheidungen treffen. Ich glaube, das sollten sie auch. *(Beifall bei den Grünen.)*

Deswegen glaube ich, daß wir tatsächlich die behauptete Übereinstimmung in dem Vorblatt zur Regierungsvorlage und die behauptete Kompatibilität mit dem EG-Recht anschauen müssen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber zunächst müssen wir uns noch die weiteren Zielsetzungen des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung vor Augen halten.

Alle ausländischer Besetzung *(Abg. Dr. Cap: Keine Schwächen zeigen!)*, der Fremd- und Kolonialherrschaft oder der Apartheid unterworfenen Staaten, Hoheitsgebiete und Völker haben das Recht auf Wiedergutmachung *(Abg. Dr. Cap: Der Geyer hat neun Stunden geredet! Er war besser!)* und auf volle Entschädigung für die Ausbeutung, Minderung oder Beschädigung der natürlichen und anderen Hilfsquellen dieser Staaten, Hoheitsgebiete und Völker *(Abg. Dr. Cap: Da ist die Stimme wie der Inhalt!)*;

Regelung und Überwachung der Tätigkeit transnationaler Gesellschaften durch Maßnahmen im Interesse der Volkswirtschaft der Länder, in denen derartige Gesellschaften tätig sind, und zwar auf der Grundlage der uneingeschränkten Souveränität *(Abg. Dr. Cap: Nicht lesen, frei reden!)* dieser Länder;

das Recht der Entwicklungsländer und der Bevölkerung von Hoheitsgebieten unter Kolonial- und Rassenherrschaft und ausländischer Besetzung auf Befreiung und Wiedererlangung der wirksamen Kontrolle über ihre natürlichen Hilfsquellen und ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten;

die Gewährung von Beistand an Entwicklungsländer, Völker und Hoheitsgebiete, die der Kolonial- und Fremdherrschaft ausländischer Besetzung, rassischer Diskriminierung und Apartheid oder wirtschaftlichen, politischen und anderen Maßnahmen unterliegen, mit denen der Verzicht auf die Ausübung ihrer souveränen Rechte erzwungen oder ihnen Vorteile irgendwelcher Art abgewonnen werden sollen oder die dem Neokolonialismus in all seinen Formen unterworfen sind und die eine wirksame Kontrolle über ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten, die fremder Kontrolle unterworfen waren oder noch sind, hergestellt haben oder anstreben.

Das ist der Passus, der das Recht auf Freiheit von Fremdherrschaft garantiert. Ich glaube, im

Dr. Madeleine Petrovic

Lichte dieses hier verankerten Rechts auf Freiheit von Unterdrückungsmechanismen werden wir nicht umhinkönnen, manche österreichischen Exporte sehr genau unter die Lupe zu nehmen.

Wir werden im Anschluß an diese heutige Haussitzung noch die Gelegenheit haben, im Rahmen der Sitzung eines Hauptausschusses über einige österreichische Exportgeschäfte zu reden. Ich glaube, es ist auch eine Mißachtung derartiger Erklärungen der Vereinten Nationen, gerichtet auf eine Absage an alle Unterdrückungsmechanismen, wenn wir immer wieder draufkommen, daß Österreich gerade in die am wenigsten entwickelten Staaten in ganz massiver Art und Weise Unterdrückungstechnologie liefert.

Ich kann daher schon jetzt sagen, daß ich auch im Rahmen dieser Hauptausschußsitzung die vier Exportgeschäfte mit Indonesien, jeweils in der Größenordnung von über 100 Millionen Schilling, ansprechen werde. Mittlerweile wissen wir, daß genau in diese Dritte-Welt-Staaten diese Unterdrückungstechnologie geliefert wird. Zum Beispiel liefert die Firma Rosenbauer Anti-Demonstrationsfahrzeuge nach Indonesien, also Fahrzeuge, die mit Wasserwerfern und ähnlichem . . .

Präsident: Frau Abgeordnete! Ich muß Sie gemäß § 101 der Geschäftsordnung zur Sache rufen. Ich bitte Sie, nicht über den Hauptausschuß zu sprechen, sondern über das Internationale Übereinkommen in 902 der Beilagen. Bitte fortzufahren. (*Abg. Dr. Graff: Die fährt nicht fort!*)

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (*fortsetzend*): Es handelt sich bei den von mir nur beispielsweise angeführten Exportlieferungen genau um solche Produkte, die letztlich einen Beitrag dazu leisten, daß den Erklärungen des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht Genüge getan wird. Denn was soll denn das heißen, wenn hier eine Absage an alle Formen der Kolonial- und Rassenherrschaft aufgestellt wird, wenn hier sogar ein Beistand in Aussicht gestellt wird, um solche Fremdherrschaften abzuschütteln (*Abg. Dr. Cap: Die Petrovic muß um ihr Leiberl reden, der Pilz schaut ihr zu!*), wenn auch eine Hilfestellung gegen rassistische Diskriminierungen, Apartheid und so weiter, Neokolonialismus gefordert wird und wenn dann aber genau diese Mechanismen in diesen Staaten an der Tagesordnung sind. (*Abg. Dr. Neisser: Pilzische Marionettenfraktion!*) Das kann nicht wirklich das Angestrebte sein. (*Abg. Dr. Neisser: Pilzische Marionettenfraktion! - Abg. Dr. Cap: Bitte, Frau Kollegin!*)

Aber kommen wir zurück zu der Relation im Bereich Rohstoffpreise. Das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, welches ein integrierender Bestandteil

des Internationalen Übereinkommens von 1989 über Jute und Jute-Erzeugnisse ist, enthält einige sehr klare Aussagen.

Es werden hier gerechte und faire Relationen zwischen den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren und Halbfertigwaren, die von Entwicklungsländern ausgeführt werden, und den Preisen von Rohstoffen, Grundstoffen, Fertigwaren, Investitionsgütern und Ausrüstungen, die von ihnen eingeführt werden, mit dem Ziel einer nachhaltigen Verbesserung ihrer unbefriedigenden Austauschrelationen sowie der Erweiterung der Weltwirtschaft, angestrebt;

ferner die Ausdehnung der aktiven Hilfe an Entwicklungsländer durch die gesamte internationale Gemeinschaft, ohne irgendwelche politische oder militärische Bedingungen;

die Sicherstellung, daß eines der Hauptziele der Reform des Weltwährungssystems in der Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer und eines angemessenen Zustromes realer Ressourcen in diese Länder besteht;

und schließlich - das ist hier von besonderer Bedeutung - die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Naturprodukten, die im Wettbewerb mit synthetischen Ersatzstoffen stehen, und diesbezüglich die präferentielle und nicht auf Gegenseitigkeit beruhende Behandlung von Entwicklungsländern, wo immer dies möglich ist, auf allen Gebieten der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Das heißt, wir haben hier einen Passus, der wörtlich im Jute-Übereinkommen steht. Und hier findet sich erstaunlicherweise jene Einschränkung hinsichtlich der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit nicht. Das heißt, hier steht kein Wort davon, daß die Informationstätigkeit jener Gremien, die die Absatzchancen eines bestimmten natürlichen Rohstoffes wie Jute verbessern sollen, nur innerhalb der Grenzen (*Abg. Helmuth Stocker: Kann man da Jute einordnen?*) der Beziehung zu anderen Branchen stattfindend darf, daß sie in diesem Sinne keine vergleichende Werbung betreiben dürfen, das heißt also, sie dürfen nicht auf die Nachteile der Plastikproduktion hinweisen.

Das kann ich aus dem Aktionsprogramm selbst - was ein integrierender Bestandteil dieses Abkommens ist - nicht herleiten. Ich meine, so sollte es doch eigentlich nicht sein. Ich weiß nicht, wer das von österreichischer Seite in dieser Art und Weise ausverhandelt hat. Obwohl man den klaren Text eines Übereinkommens, das nahezu 20 Jahre alt ist, hat, fällt man jetzt mit einem neuen Übereinkommen zurück, noch dazu im Lichte einer Entwicklung, die uns nicht freudig stimmen kann. (*Beifall bei den Grünen. - Abg. Helmuth*

12554

Nationalrat XVIII. GP — 107. Sitzung — 11. März 1993

Dr. Madeleine Petrovic

Stocker: Das ist wie bei den Pradler Ritterspielen!)

Im Aktionsprogramm über die neue Weltwirtschaftsordnung wird sogar über diese Marktbeziehungen hinausgegangen. Das heißt, es geht dort nicht um die Schaffung von verbesserten Exportchancen, sondern es geht in diesem Aktionsprogramm um mehr, und zwar um die Einräumung finanzieller Präferenzen.

So heißt es hier insbesondere: Sicherung günstiger Bedingungen für die Übertragung von Finanzierungsmitteln an Entwicklungsländer, Zugang zu den Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technologie für die Entwicklungsländer, Übertragung von Technologie an sie und Schaffung einer einheimischen Technologie zum Nutzen der Entwicklungsländer in einer Form und nach Verfahren, die ihren Volkswirtschaften entsprechen;

Beendigung der Vergeudung von Gütern der Natur einschließlich der Nahrungsmittel durch alle Staaten, Konzentrierung aller Hilfsquellen der Entwicklungsländer auf die Entwicklung (*Abg. Dr. Graff: Um was geht es?*), Stärkung durch Einzel- und Kollektivmaßnahmen der wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer, hauptsächlich auf der Grundlage von Präferenzen (*Abg. Dr. Cap: Es geht um die Erleichterung!*);

schließlich: Erleichterung (*Abg. Dr. Cap: Na, was sag' ich!*) der Rolle, die Erzeugervereinigungen spielen können im Rahmen internationaler Kooperation und in Verfolgung ihrer Ziele, unter anderem Beistand bei der Förderung eines stetigen Wachstums (*Abg. Helmuth Stocker: Wir können ein Topferl runterstellen!*) der Weltwirtschaft und einer beschleunigten Entwicklung der Entwicklungsländer.

Das heißt, hier wird eigentlich dezidiert der Auftrag erteilt, mehr zu tun als nur die Märkte zu öffnen, Informationen zu geben und über diese Instrumente den Absatz anzukurbeln. Hier wird dezidiert von günstigeren Finanzierungsmitteln gesprochen, allerdings haben wir praktisch keine Entsprechung in diesem Jute-Übereinkommen. In diesem haben wir zwar die Ziele genannt, die sich mit dem vorher erwähnten Teil des Aktionsprogramms decken, nämlich die strukturelle Verbesserung, Entwicklung, Verbreitung der Jute-Märkte, aber es findet sich kein Hinweis auf ein ganz besonderes, auch finanziell unterstütztes Förderungsinstrumentarium, und es findet sich vor allem kein Hinweis auf eine Art gemeinsamen Rohstoff-Fonds, der dann auch mit Konjunktur- oder sonstige Schwankungen im Absatz ausgleichenden Maßnahmen betraut wäre. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die einstimmige Annahme der internationalen Entwicklungsstrategie für die zweite Entwicklungsdekade war ein wichtiger Schritt zur Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage von Recht und Billigkeit. Die beschleunigte Realisierung der Verpflichtungen und Bindungen, die die internationale Gemeinschaft im Rahmen dieser Strategie eingegangen ist, insbesondere derjenigen, die sich auf die dringenden Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer beziehen, würde im bedeutenden Maße zur Erfüllung der Absichten und Ziele der vorliegenden Erklärung beitragen.

Das heißt, wir haben im Jahr 1974 das Bekenntnis zur beschleunigten Realisierung der Verpflichtungen und wir stehen heute eigentlich vor dem Scherbenhaufen dieser auf reine Marktbeziehungen gestützten Entwicklungspolitik (*Abg. Dr. Cap: Der letzte Journalist geht!*), die eigentlich genau zu der gegenteiligen Entwicklung geführt hat.

Wenden wir uns jetzt in diesem Bereich den Fragen der Finanzierung zu, und zwar den Fragen der Finanzierung und der entsprechenden Einrichtungen. Was sagt das Aktionsprogramm zu den Aufgaben der Finanzierung im Rahmen solcher Rohstoffprozesse?

Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um bei der Reform des Weltwährungssystems unter anderem folgende Ziele zu erreichen: Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation in den entwickelten Ländern, um ihre Übertragung auf Entwicklungsländer zu verhindern, sowie zur Prüfung und Schaffung von Regelungen innerhalb des Internationalen Währungsfonds, um die Auswirkungen der Inflation in den entwickelten Ländern auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer zu mildern. (*Beifall und Bravorufe bei den Grünen.*)

Doch wie sieht es tatsächlich aus? — Auch hier sind Wunschvorstellungen gegeben, aber gerade im Bereich der Inflationsbekämpfung in den Entwicklungsländern, die dieses Aktionsprogramm an sich vorsieht, ist die Möglichkeit von Gefahren durchaus gegeben. Denn die Zinsverteuerung — und es gibt einen Zusammenhang zwischen Inflation und Zinsniveau — schlägt sich mit einer unglaublichen Dramatik im Bereich der am wenigsten entwickelten Länder nieder.

Die Zinsverteuerung kann bereits bei einem Prozent auf den Auslandsschulden — das sieht man etwa am Beispiel Brasiliens — 25 Prozent sämtlicher Kaffeeerlöse wieder wetmachen, 100 Prozent der Erlöse aus dem Kakaexport, 6 Prozent der Ausgaben für die Erdölimporte und 10 Prozent der neu erhaltenen Kredite und Darlehen. Das heißt, aus dieser Problematik der Verschuldung gibt es kaum einen Ausweg.

Dr. Madeleine Petrovic

Und hier ist es eben so, daß die Inflation an sich es den Schuldnerstaaten wenigstens ermöglicht, ihre Kredite leichter zurückzuzahlen, obwohl natürlich dieser Vorteil ein nicht unbedenklicher ist. Denn es neigen ja dann auch wieder gerade diese besonders armen Staaten dazu, daß sich aus einer mäßigen Entwicklung sehr schnell eine sehr rasante Entwicklung ergibt, was dann notwendigerweise wieder soziale Probleme mit sich bringt.

Das heißt: Die Schere ist hier gegeben. Die Verschuldung ist eigentlich das Hauptproblem, und ich fürchte, daß auch ein Staat wie Bangladesch aus diesem Teufelskreis, der eben einseitig von der Ausfuhr von Jute abhängt, aus eigenem nicht wird herauskommen können.

Bangladesch hat zum Beispiel bereits eine ausländische Verschuldung, das war der Stand von 1988, von 9 330 Millionen Dollar, also fast 10 Milliarden Dollar! Und es zeigt sich, daß bei den immer schlechter werdenden Terms of trade im Bereich des Jutehandels, auf die wir vor einiger Zeit detailliert zu sprechen kamen, natürlich nicht möglich ist, jene Überschüsse zu erwirtschaften, um je wieder aus dieser Schuldenkrise herauszukommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie stellen sich nun die Zusammenhänge im Bereich der Verschuldung dar? Es gibt hier eine Spirale von Ursachen und Folgen bei der Verschuldung, und sie läuft immer nach dem gleichen Schema ab. Das kann man auch am Beispiel der Juteländer, wie zum Beispiel auch Bangladesch, beobachten. Die chronischen Zahlungsschwierigkeiten und Zahlungsbilanzdefizite haben drei Ursachen. *(Abg. Dr. Cap: Denn sie wissen nicht, was sie tun!)*

Erstens importieren die Entwicklungsländer mehr, als sie exportieren. Das zeigt sich gerade auch bei praktisch allen Juteexporteuren trotz dieser Abkommen ganz, ganz deutlich, und zwar auch im Geltungsbereich des seinerzeitigen Abkommens. Und ich sehe keinen Grund für die Annahme, daß sich das jetzt wesentlich verändern sollte.

Dieses Mehr an Importen als an Exporten geht natürlich nur, wenn ich andauernd mit Krediten aus dem Ausland finanziere. Und da gibt es einen Mechanismus in den Industrieländern, der diesen Prozessen sehr entgegenkommt. Denn die Industrieländer versuchen seit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise von 1974 im Zusammenhang mit den Ereignissen rund um das couragierte Auftreten der Ölstaaten, ihre Überproduktion in die Entwicklungsländer abzusetzen und diese Verkäufe mit Krediten zu erleichtern.

Das heißt, wir haben immer mehr Güter. Viele davon sind schlicht und ergreifend Ladenhüter, die sich im Bereich der entwickelten Staaten nicht

mehr absetzen lassen. Und diese Güter werden nun bevorzugt in Länder wie Bangladesch, in jene am wenigsten entwickelten Länder exportiert. Denn dort ist die Möglichkeit, sehr wählerisch zu sein, aufgrund der beschränkten Finanzkraft natürlich nicht gegeben. *(Abg. Mag. Guggenberger: Die Ablöse ist da, Frau Kollegin!)*

Zu den Schwellenländern kann man Bangladesch jetzt noch nicht zählen, aber es wäre eine nächste Stufe der Entwicklung, die dann auch wie das Amen im Gebet folgt, wenn nicht einmal wirklich ernst gemacht wird mit dem Aktionsprogramm für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Denn dann heißt die nächste Stufe, daß man doch etwas mehr in industrielle Produktion geht. Man versucht eine etwas anspruchsvollere technologische Produktion aufzubauen. Das bedeutet dann aber auch die Abführung von immer höheren Anteilen der Gewinne und Lizenzgebühren an die dort ansässigen multinationalen Konzerne.

Diese Investitionen kommen nur zustande, wenn man gemeinsame Sache mit den Multis oder eben mit Handelspartnern, die über das entsprechende Know-how verfügen, macht. Und dann ist man natürlich auf Dauer davon abhängig, daß man Lizenzgebühren zahlen muß. Und Sie erinnern sich daran, wie sich die Auffassung zu der Art, Gewinne zu machen, im Laufe der Jahre und Jahrzehnte geändert hat. Denn während es heute eigentlich zum ganz normalen Schutz des Eigentums gehört, auch das geistige Eigentum zu schützen, wurde vom Gründungsvater der Firma Geigy, später Ciba-Geigy, in diesem Zusammenhang seinerzeit noch von einem Paradies für Parasiten in bezug auf die Patente gesprochen.

Das heißt, das ist die zweite Wurzel der Verschuldung: Neben dem Übersteigen der Importe gegenüber den Exporten ergibt sich ein immer höherer Anteil an abzuführenden Gewinnen.

Drittens — und das ist etwas, was wir in allen Entwicklungsländern anzutreffen haben, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern —: Die illegale Kapitalflucht durch reiche Landsleute ist ein weiterer Grund der Verschuldung.

Wir haben vorhin dieses Beispiel aus Bangladesch betreffend das Brunnenbau-Projekt der IDA erörtert, bei dem sich gezeigt hat, daß das Nicht-Kennen der sozialen Strukturen dazu geführt hat, daß man Feudalstrukturen verstärkt hat. Hier haben wir auch ein Problem, das letztlich zur Verarmung der unteren Bevölkerungsgruppen führt, nämlich den ganz enormen Abfluß von Kapital in entwickelte Länder. Das heißt, Zahlungsbilanzdefizite werden mit Auslandskrediten überbrückt, die ausländischen Banken wetteifern förmlich mit ihren Angeboten, denn es ist in den entwickelten Ländern ja viel

Dr. Madeleine Petrovic

mehr Geld vorhanden, als gebraucht wird. Und daher versucht man verstärkt, in diese aufstrebenden neuen Märkten mit Geschäftskrediten einzusteigen.

Diese Kreditexpansion führt aber früher oder später zur Überschuldung, nämlich dann, wenn die fälligen Rückzahlungen und die laufenden Zinsen die Neukredite übersteigen. Auch in dieser Situation finden sich bereits einige der am wenigsten entwickelten Länder. Und das wird zum Bumerang, weil spätestens dann auch der Schaden für die Bank im Exportland eintritt, wenn absolute Zahlungsunfähigkeit erreicht wird.

Dann kommt in der Regel der Schritt, daß der Internationale Währungsfonds kontaktiert wird. Dieser hilft dann vorübergehend über den ärgsten Engpaß. Er hilft in der Regel aber nur scheinbar, denn es zeigt sich dann, daß der Internationale Währungsfonds auch die Bedingungen formuliert, zu denen er Geld verborgt, zu denen er noch einmal über die akute Finanzierungs Krise hinweghilft.

Und die Bedingungen heißen immer: an allererster Stelle mehr Marktwirtschaft und den Gürtel enger schnallen. Und wer da schnallt, das ist bekannt. Das sind nicht die ganz Reichen in den Entwicklungsländern, und die gibt es auch in den allerärmsten Entwicklungsländern. Vielleicht sind dort in der Relation, verglichen mit den europäischen Staaten, mehr derartig Superreiche als bei uns, die eben auf diesen extrem ungleichen Bedingungen nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch im eigenen Land aufbauen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Spätestens hier schließt sich dann wieder der Kreis zum sozialen Umfeld, denn wenn es dann heißt den Gürtel enger schnallen, dann geht es wieder auf die Nutzung von Grund und Boden, und dann heißt es exportieren statt essen. Dann muß auf Biegen und Brechen die Exportwirtschaft weiter angekurbelt werden. Dann muß die für den lokalen Markt gedachte Nahrungsmittelproduktion weiter vernachlässigt werden, und das führt in der Regel zu sozialer Unruhe. Das heißt, diese Schritte sind ohne polizeiliche und militärische Repression in der Regel nicht durchführbar. Das ist der Teufelskreis von Unterentwicklung, Armut und Schuldenkrise. Und der dramatische Anstieg der gesamten Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer spricht wirklich für sich.

Wir haben hier eine immer noch ungebrochene Entwicklung, und es kann wirklich nicht mehr davon ausgegangen werden, daß dieses — in diesem Lichte kann man eigentlich nur mehr sagen: lächerliche — Instrumentarium von Rohstoffübereinkommen dazu führen könnte, daß die ärmsten Staaten wieder einmal von ihrer Schul-

denlast herunterkommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und da zeigt sich etwas sehr Bemerkenswertes: daß sich nämlich genau seit dem Zeitpunkt, als die Vereinten Nationen über diese Fragen des internationalen Gleichgewichtes und der Gerechtigkeit im internationalen Handel berieten und zu dem Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung kamen, seit 1974, die Schuldenkrise ganz dramatisch entwickelt hat. Das war damals die Zeit kurz nach dem Erdölpreisschock. Man hat dieses Ereignis aber nicht zum Anlaß genommen, damals neue Weichenstellungen vorzunehmen, einerseits in Richtung mehr Ökologie in den entwickelten Staaten und zum anderen in Richtung Ausweitung der Erkenntnisse aus der Ölpreiskrise, daß es nämlich zum Nutzen sein kann, den Preis eines Rohstoffes sogar sehr deutlich anzuheben, daß genau aus solchen Verteuerungen letztlich ein Technologieschub entstehen kann, insgesamt ein sehr starker Anreiz, sparsamer mit Rohstoffen umzugehen. Der entsprechende Schluß wurde aber nicht gezogen, sondern es wurde die andere Schiene gewählt, und das kann man aus den einschlägigen Statistiken herauslesen. Man hat ganz die erhöhten Aufwendungen, die im Rahmen der Erdölgeschäfte zu tätigen waren, dadurch kompensiert, daß man Länder, die überwiegend agrarische Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte angeboten haben, noch mehr in die Knie gezwungen hat.

Das heißt, damals gab es einen deutlichen Knick in der Entwicklung: Ab diesem Zeitpunkt, etwa gleichzeitig mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, haben wir in der Realität eine ganz dramatische anders lautende Entwicklung.

Und ich glaube, daß man deswegen eigentlich schon früher hätte beginnen sollen, nicht nur das Aktionsprogramm selbst auf seine Gültigkeit zu überprüfen, sondern man hätte auch die einzelnen Vereinbarungen oder Übereinkommen, die aus derartigen Aktionsprogrammen resultieren, auf ihre Plausibilität in der Zielerreichung überprüfen sollen. Denn dann, glaube ich, könnte man nicht mehr so weiter fortfahren, daß man die Texte übernimmt, ohne sie an der Realität zu messen.

Schauen wir uns einmal die Aussagen im Bereich des Aktionsprogramms selbst an. Wir haben ja schon ein bißchen gesprochen über die Erklärungen im Zusammenhang mit Grundstoffen und Rohstoffen. Welche Schritte im Rahmen des Aktionsprogramms wurden 1974 vorgeschlagen?

Hier heißt es: Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um alle Formen ausländischer

Dr. Madeleine Petrovic

Besetzung, rassistischer Diskriminierung, von Apartheid, kolonialer, neokolonialer und fremder Herrschaft und Ausbeutung durch die Ausübung ständiger Souveränität über natürliche Hilfsquellen zu beenden, Maßnahmen zur Wiedergewinnung, Ausbeutung, Entwicklung, Vermarktung und Verteilung der natürlichen Hilfsquellen, insbesondere der Entwicklungsländer, zu ergreifen, die ihren nationalen Interessen dienen und ihr gemeinsames Selbstvertrauen kräftigen, um die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gegenseitigem Nutzen zu stärken und mit dem Ziel einer beschleunigten Entwicklung der Entwicklungsländer, das Funktionieren von Erzeugervereinigungen zu erleichtern und deren Ziele zu fördern, einschließlich ihrer Vorkehrungen zu gemeinsamer Vermarktung des geordneten Grundstoffhandels, der Verbesserung der Exporterlöse der produzierenden Entwicklungsländer und ihrer Austauschrelationen und des andauernden Wachstums der Weltwirtschaft, zum Nutzen aller,

ein faires und gerechtes Verhältnis zwischen den Preisen für die von den Entwicklungsländern ausgeführten Rohstoffe, Grundstoffe, Halbfertigwaren und Fertigwaren und den Preisen für die von ihnen eingeführten Rohstoffe, Grundstoffe, Nahrungsmittel, Halbfertigwaren und Fertigwaren sowie Investitionsgüter zu entwickeln und auf eine Verbindung zwischen den Ausfuhrpreisen der Entwicklungsländer und den Preisen für ihre Einfuhren aus den entwickelten Ländern hinzuwirken,

Maßnahmen zur Umkehrung des andauernden Trends zur Stagnation oder zum Absinken des realen Preises mehrerer von den Entwicklungsländern ausgeführter Grundstoffe zu treffen, der trotz eines allgemeinen Anstiegs der Grundstoffpreise festzustellen ist und der zu einem Absinken der Ausfuhrerlöse dieser Entwicklungsländer führt,

Maßnahmen zur Ausweitung der Märkte für Naturerzeugnisse im Verhältnis zu synthetischen Erzeugnissen zu treffen, dabei die Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen und die ökologischen Vorteile dieser Erzeugnisse voll zu nutzen,

Maßnahmen zur Förderung der Verarbeitung von Rohstoffen in den erzeugenden Entwicklungsländern zu treffen.

Eigentlich war dieses Papier im Zusammenhang mit den Aktionen zur Förderung des Grund- und Rohstoffhandels sehr weitblickend. Wenn man bedenkt: 1974 wurde ein klares Bekenntnis zur Entwicklungshilfe einerseits und zum Umweltschutz andererseits abgegeben! Das ist doch etwas, was man gerade in einem solchen

Aktionsprogramm aus dieser Zeit noch nicht unbedingt erwartet hätte.

Schließlich werden auch die Maßnahmen zur Förderung der Verarbeitung erwähnt, und da hapert es natürlich ganz besonders. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Kraft: Anschober! Zum Trinken braucht sie noch etwas!*)

Diesen Schritt haben gerade die besonders armen Entwicklungsländer nicht geschafft. Dieser Schritt, in die Verarbeitung der Rohstoffe hineinzugehen, könnte tatsächlich dazu führen, daß es eine angepaßte technologische Entwicklung gibt, die auch von den Menschen in diesen Gebieten akzeptiert wird. Es dürfen aber nicht irgendwelche schlüsselfertigen Anlagen von irgendwelchen Anlagenbauern als Fremdkörper dort errichtet werden, denn diese haben nicht wirklich dazu geführt, daß es zu einer nachhaltigen Verbesserung der wirtschaftlichen Chancen jener Länder gekommen ist.

Hier hätte man gerade bei einem Produkt wie Jute wahrscheinlich sehr viele Möglichkeiten gehabt. Doch wenn man in das Abkommen schaut, dann kann man feststellen, daß es sich eigentlich ziemlich auf das Jute-Erzeugnis selbst beschränkt und nicht wirklich versucht, auf den Vorteilen dieser Produktion aufbauend, in andere industrielle Bereiche hineinzukommen, obwohl man sicherlich sehr kreativ sein könnte, wenn einmal irgendwie die Chance besteht, daß das dann auch umgesetzt wird. So natürlich, wenn man weiß, daß diese Länder von der Hand in den Mund leben und jeden Dollar, den sie mit ihren Exporten verdienen, entweder wieder zur Zahlung von Schulden in dem dargestellten Schuldenkarussell oder aber zur Abdeckung der dringendsten Grundbedürfnisse der Bevölkerung verwenden müssen, ist klar, daß es hier eine weitere Entwicklung in Richtung einer eigenständigen Textilindustrie oder möglicherweise auch in Richtung kunstgewerblicher Fertigungen wahrscheinlich bis auf weiteres nicht geben wird.

Was sagt nun das Aktionsprogramm für den Bereich der Nahrungsmittel, das zweite Standbein der Hauptexporteure von Jute und Jute-Produkten?

Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um bei den internationalen Bemühungen im Zusammenhang mit dem Ernährungsproblem die besonderen Probleme der Entwicklungsländer, insbesondere in Zeiten der Nahrungsmittelverknappung, voll zu berücksichtigen; zu berücksichtigen, daß einige Entwicklungsländer aufgrund fehlender Mittel über ein riesiges Potential an brachliegendem oder nicht voll genützem Land verfügen, das nach Urbarmachung und praktischer Nutzung beträchtlich zur Lösung der Ernährungskrise beitragen würde,

Dr. Madeleine Petrovic

konkrete und schnelle Maßnahmen seitens der Völkergemeinschaft zur Bekämpfung der Versteppung, Versalzung, Heuschreckenschäden und anderer ähnlicher Erscheinungen zu treffen, von denen einzelne Entwicklungsländer, insbesondere in Afrika, betroffen sind und die die landwirtschaftliche Produktionskapazität dieser Länder erheblich beeinträchtigen.

Darüber hinaus sollte die Völkergemeinschaft die von diesen Erscheinungen betroffenen Entwicklungsländer bei der Entwicklung der betroffenen Gebiete unterstützen und dadurch zur Lösung ihrer Ernährungsprobleme beitragen. (*Präsident Dr. Lichal übernimmt den Vorsitz.*)

Es geht darum, jede Schädigung oder Verschlechterung der natürlichen Hilfsquellen und Nahrungsquellen, insbesondere des Meeres, durch Verhinderung der Umweltverschmutzung zu vermeiden und geeignete Schritte zum Schutz und zur Wiederherstellung dieser Hilfsquellen zu unternehmen, im Rahmen der Politik der entwickelten Länder in bezug auf die Erzeugung, Lagerung, Einfuhr und Ausfuhr von Nahrungsmitteln die Interessen der einführenden Entwicklungsländer, die keine hohen Preise für ihre Einfuhren zahlen können, und der ausführenden Entwicklungsländer, die bessere Marktchancen für ihre Ausfuhren benötigen, voll zu berücksichtigen, sicherzustellen, daß die Entwicklungsländer die benötigten Mengen an Nahrungsmitteln ohne übermäßige Belastung ihrer Devisenreserven und ohne unabsehbare Verschlechterung ihrer Zahlungsbilanz einführen können.

Dabei sollen besondere Maßnahmen für die am wenigsten entwickelten, die Binnen- und Inselländer unter den Entwicklungsländern sowie diejenigen Entwicklungsländer getroffen werden, die am schwersten von Wirtschaftskrisen und Naturkatastrophen betroffen sind.

Es geht darum, sicherzustellen, daß konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und Erweiterung der Lagermöglichkeiten in den Entwicklungsländern getroffen werden, unter anderem durch Steigerung aller verfügbaren lebenswichtigen Produktionsfaktoren, einschließlich Düngemitteln, aus den entwickelten Ländern zu günstigen Bedingungen.

Es heißt hier: die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus Entwicklungsländern durch faire und gerechte Regelungen zu fördern, unter anderem durch die schrittweise Beseitigung von Schutzmaßnahmen und andere Maßnahmen, die als unlauterer Wettbewerb anzusehen sind.

Auch diese Passagen treffen in einem sehr starken Ausmaß auf die besonders schlecht entwickelten Jute-Exportländer zu. Wir haben jene tragischen Ereignisse in den Medien sehen können,

daß etwa im Zuge von Flutkatastrophen die Menschen in den am wenigsten entwickelten Staaten, genau in den Jute-Exportländern, in Bangladesch, in Inselstaaten ganz besonders betroffen sind.

Hier schließt sich dann der Kreislauf: Man läßt ihnen eigentlich kaum die Möglichkeit, den Intentionen jener Abkommen voll nachzukommen. Man schafft damit aber gleichzeitig auch die Unmöglichkeit, den globalen Umweltschutz jemals ernst zu nehmen, denn sonst müßte man sich wahrscheinlich wirklich auf Dauer auf Diskussionen rund um den Öko-Dirigismus oder ähnliches einlassen. Man muß aber dieses Gebot oder dieses Bekenntnis zum Umweltschutz, zum Schutz der Meere, vor allem zur Hilfe für jene Länder, die von den Naturkatastrophen besonders betroffen sind, ernst nehmen, indem man gerade im Bereich der Entwicklungshilfe in besonderer Art und Weise auf Umweltschutz Bedacht nimmt und nur noch derartige Projekte fördert, die sozial und umweltpolitisch verträglich sind, allen anderen Produktionen muß eine klare und eindeutige Absage erteilt werden.

Wenn das nicht passiert, dann werden wir mit steigender Häufigkeit vor den gescheiterten Ergebnissen dieser Politik stehen, dann haben wir nach der sozialen Katastrophe, nach diesem Nicht-Herauskommen aus Analphabetismus, Armut, Unterentwicklung, nach der ökonomischen Katastrophe, nach dem Leben von der Hand in den Mund, was jede Art von Diversifizierung, jeden Eintritt in bessere Produktionen unmöglich macht, auch noch die ökologische Katastrophe, die nicht ohne soziales Leid und ohne enorme Verletzung von Grundrechten wie auf Leben, auf körperliche Unversehrtheit einhergeht. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Mag. Karin Praxmarer: Was ist Jute?*)

Ich glaube auch, daß die Entstehung der Auslandsschuld diesen Kreislauf beschleunigt, denn daß die Zurückzahlung von Schulden eine der am wenigsten zum sozialen Fortschritt führenden Arten des Geldausgebens ist, liegt klar auf der Hand.

Wie sieht es aus mit den Verteilungswirkungen? Wie schaut es mit den Verteilungswirkungen aus der Verschuldung beziehungsweise aus den Rückzahlungen der internationalen Kredite aus? Die Verschuldung und ihre Rückzahlung (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Was hat das mit Jute zu tun?*) haben eine interne Umverteilung in den Schuldnerländern zur Folge. Das hat sehr viel damit zu tun in einem Land wie Bangladesch, das der Jute-Produzent ist und das eine Auslandsverschuldung laut Stand des Jahres 1988 in Höhe von fast 10 000 Millionen Dollar hat. 10 000 Millionen Dollar: Das ist die Auslandsverschuldung eines einzigen Staates, eines Jute-Exportlandes.

Dr. Madeleine Petrovic

Welche sozialen Auswirkungen hat das dann im Lande? — Wenige profitieren, aber alle bezahlen! (*Beifall bei den Grünen.*)

Nutznießer aus der Verschuldung sind oft schmale Oberschichten, kleine Eliten profitieren — auch in Bangladesch, durchaus auch in Bangladesch — von Importen von Autos und Luxusgütern. Militärs und Techniker verstärken ihre Macht durch Rüstungseinfuhren, aber es gibt kaum einen positiven Effekt für Wirtschaft, für Industrie. Die Last der Verzinsung und der Tilgung der Schulden trifft jedoch die gesamte Bevölkerung. Die Entstehung dieser Auslandsschuld ist von Land zu Land verschieden. Es gibt deutliche Unterschiede zwischen lateinamerikanischen Staaten und Jute-Exportstaaten. Bei den lateinamerikanischen Staaten schlagen sich ungleich stärker die Ausgaben für Patente und Lizenzen nieder. Diese Staaten haben bereits eine etwas höhere Stufe der Entwicklung erreicht, sie rangieren in den Entwicklungshilfe-Statistiken unter den mittleren entwickelten Staaten.

Die Staaten der Jute-Exporteure verbleiben allesamt zu 60, 70, 80 Prozent im Agrarbereich und decken hinsichtlich ihrer wenigen industriellen Bereiche nur einen sehr kleinen Bereich und können nicht in die Spitzen des High-Tech-Geschäftes einsteigen.

In diesen Ländern ist die Art der Verschuldung verschieden, denn dort müssen mittlerweile schon Kredite aufgenommen werden, um allein die Grundbedürfnisse zu befriedigen. Sie können das Erziehungssystem in Bangladesch und in all den anderen Staaten der Jute-Exportländer nicht mehr aufrechterhalten, ohne auch bei diesen essentiellen Grundbereichen auf ausländische Hilfe zurückzugreifen.

Das heißt: In Ländern, in denen gewissermaßen der wirtschaftliche Take-off schon eingesetzt hat, in denen es zumindest gewisse Grundindustrien gibt, könnte man vielleicht noch mit den klassischen Antworten im sozialen Bereich, das heißt Stärkung der sozialen Bewegungen, Stärkung der Gewerkschaften, etwas ausrichten. Es könnte sein, daß dort zumindest die Ansätze vorhanden sind, um eine eigene Entwicklung durchzuführen.

Im Bereich der am wenigsten entwickelten Staaten, wie Bangladesch oder praktisch sämtliche Jute-Exporteure — es sind zirka 30 —, ist dieses Konzept von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese Länder stehen vor der Situation, daß die Kredite bereits deswegen aufgenommen werden müssen, um allein die laufenden Anwendungen in den Bereichen Ernährung, Bildung, in ganz zentralen sozialen Feldern zu decken. Es ist sinnlos, darauf zu setzen, daß dort mit etwas mehr Druck von Seiten einer sozialen Bewegung jener wirtschaftliche Take-off beginnt. Das ist

eine müßige Erwartung. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Es stellt sich auch die Frage: Wie könnte eine sinnvolle Finanzverflechtung zwischen den entwickelten Staaten und den Entwicklungsländern ausschauen? — Da gibt es zum einen einmal jenen Bereich von Beiträgen, die man in konkrete Projekte steckt und die man dann als nicht rückzahlbare Beiträge, als Subvention versteht. Das ist zum Beispiel jene Beitragserhöhung, die wir mit unserem Entschließungsantrag beantragt haben, den ich Ihnen noch einmal sehr eingehend empfehlen möchte, nämlich — eine kleine Hilfestellung — die Beiträge Österreichs zum Verwaltungshaushaltsplan des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Produkte zu verzehnfachen. Das wäre einmal ein solcher Beitrag.

Wir könnten uns auch durchaus andere Beiträge vorstellen, zum Beispiel im Rahmen eines landwirtschaftlichen Kooperationsprojektes. Wir könnten mit Entwicklungsländern ein landwirtschaftliches Kooperationsprojekt veranstalten, indem wir mit Hilfe in Form von Maschinen, vielleicht sogar mit Maschinen, die bei uns nicht mehr unbedingt dem allerletzten Stand der Technik entsprechen, in Bangladesch aber dringend gebraucht werden könnten, eine Kooperation beginnen. Man müßte aber versuchen, die Produkte, die aus diesen Produktionen kommen, dann bevorzugt und ohne Einschaltung der zahlreichen Zwischenhändler und Handelsgesellschaften direkt zu vermarkten. Bei diesen Kooperativen hätten sicherlich auch jene Frauenprojekte, die Marijana Grandits dargestellt hat, eine bedeutsame Rolle. Denn es zeigt sich gerade bei der Vorliebe der Konsumenten wieder ein starker Trend in die Richtung, daß eigentlich sehr viele Produkte, die durchaus ihre Marktchancen haben, nicht unbedingt im allerhöchsten High-Tech-Bereich angesiedelt sind, sondern vernünftige, praktische und vor allem auch ökologisch wirklich zu verantwortende Gebrauchsprodukte sind. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Wie schaut es jetzt mit den Krediten aus? — Wenn diese Entwicklung einsetzen soll, dann gibt es einmal die Möglichkeit, in direkten Kooperationen, wie etwa im Landwirtschaftsbereich, tätig zu werden. Darüber hinaus — wir sollten uns keinen Illusionen hingeben — müssen aber auch Länder wie Bangladesch ihren Anteil an der industriellen Entwicklung haben, um im Bereich jener Industriewaren, die zum täglichen Gebrauch gehören und nicht irgendein selten gebrauchtes High-Tech-Gerät darstellen, aber auch nicht bei jenen Gütern, die nur wieder in den Export fließen, bestehen zu können.

Das heißt, es würde einer angepaßten Industrie bedürfen, die zum Beispiel auf der Landwirtschaft aufbaut, immer höhere Veredelungsstufen

Dr. Madeleine Petrovic

erreicht und die dann auch von den Menschen akzeptiert werden könnte. Selbstverständlich muß das Hand in Hand mit einem Bildungs- und Ausbildungsprogramm gehen, denn mit einer Analfabetenrate von 65 Prozent wird ein ökologisch vertretbarer, ein sozial abgefederter wirtschaftlicher Take-off nicht zu bewerkstelligen sein.

Was heißt das aber für den Bereich der Finanzierung? — In all diesen Bereichen wird man es nicht immer so machen können, wie bei der Finanzierung des Verwaltungshaushaltsplanes des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Produkte. Das heißt, es wird sicherlich auch Kreditmechanismen geben können und sollen. Allerdings kommt es dann sehr stark auf die Laufzeit derartiger Kredite an, denn dann, wenn die Laufzeit von Projekten nicht vernünftig mit der Laufzeit der Kredite abgestimmt ist — das heißt die Amortisationsdauer der Projekte mit der Kreditfinanzierung —, läuft man allein aufgrund des Zinsendienstes in ein offenes Messer. Hier muß man aufpassen, sonst geht eine Schere auseinander, die sich dann wieder gerade bei den am wenigsten entwickelten Ländern in einer enormen Schuldenbelastung niederschlägt.

Wenn etwa ein Entwicklungsland jedes Jahr einen Neukredit in der Höhe von 100 Millionen mit zehn Jahren Laufzeit und 10 Prozent Zinsen erhält, so kommt nach zehn Jahren der Zeitpunkt, bei dem die Verzinsung der laufenden und die Tilgung der fälligen Schulden die neu erhaltenen Kredite übersteigt. Nur zehn Jahre! Vom zehnten Jahr an muß jedes Jahr ein fälliger Kredit in der Höhe von 100 Millionen getilgt und dazu noch die gesamte Schuld laufend verzinst werden.

Das ist de facto bei den Produktionsstrukturen, die auf Jute, Häuten, Fellen, Fischen, Krebsen und Weichtieren aufbauen, nicht wirklich möglich. Sie haben bei all diesen genannten Produkten überhaupt keine derartigen Handelsspannen, sodaß sie auch nur in die Nähe kämen, diese Kredite zu finanzieren.

Wie kommt das Geschäft überhaupt noch zustande? — Es finanzieren überwiegend die Staaten. Es ist schon lange eine Fiktion, auch in Relation zu den Jute-Herkunftsländern, daß sich unser System der Exportförderung selbst erhält und trägt. Das stimmt ganz einfach nicht! (*Neuerlicher Beifall bei den Grünen.*)

Der Schuldendienst kann bei diesen Beispielen (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Reden Sie zur Sache, Frau Kollegin!*) mit einem Kredit in der Höhe von 100 Millionen mit zehn Jahren Laufzeit und 10 Prozent Zinsen bereits nach zehn Jahren nicht mehr bedient werden. Der Schuldendienst, das heißt Tilgung und Zinsen, wird größer als die neu erhaltenen Kredite, der Zah-

lungssaldo wird negativ, das Entwicklungsland stürzt in neue Kreditbedürfnisse und neue Schulden.

Die Laufzeit von Krediten an Entwicklungsländer sollte eigentlich der Dauer entsprechen, in welcher ein Entwicklungsprojekt durch seine Erträge amortisiert werden kann. Bei keiner der Investitionen in Bangladesch und allen ähnlichen Staaten wurde auf dieses Kriterium bislang ausreichend Bedacht genommen — bei keiner derartigen Investition.

Das heißt, man müßte Kraftwerksprojekte oder Investitionen in die Infrastruktur, etwa in den Bau von Eisenbahnen, auch fallweise von Straßen, oder in wichtige Industrieprojekte, wo man mit einer 20- bis 30jährigen Amortisationsdauer rechnen kann, man müßte solche Mammutprojekte mit gleichartigen langfristigen Krediten finanzieren.

Was passiert aber in der Praxis? Was hat zu jener Entwicklung der unglaublichen Schuldenspirale geführt? — Es ist Tatsache, daß mit Exportförderungen, das heißt mit kurzfristigsten Krediten, wie sie etwa Österreich im Zusammenhang mit den Jute-Staaten gibt, finanziert wurde. Daß es aufgrund der mangelnden Konkurrenz in der Fristigkeit der Finanzierung nicht zur Verwirklichung der in diesem Abkommen verankerten Grundsätze kommen kann, zeigt sich ja hier an diesem Beispiel ganz deutlich. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Neisser: Das ist eine . . . Akklamation!*)

Frau Abgeordnete Praxmarer! Sie fragen nach den Zusammenhängen; das ist eine sehr berechtigte Frage. Es ist tatsächlich so, daß diese gesamten Vertragswerke schon in ihrem Text diese Konnexen herstellen. Daher, glaube ich, lohnt es sich, doch einmal reiflich zu prüfen — bevor wir jetzt ein neues Übereinkommen schließen oder auch nicht; vielleicht kann ich Sie doch noch überzeugen —, was wir über die Erfüllung der bislang geltenden und sehr ähnlichen Übereinkommen wissen und ob die Möglichkeit dazu besteht.

Es heißt dezidiert im Internationalen Übereinkommen über Jute und Jute-Erzeugnisse samt Anlagen, daß — das sind die Vertragsparteien, das heißt, das ist die Republik Österreich auf der einen Seite — „die Vertragsparteien eingedenk der Erklärung und des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung“ handeln. Mit diesen Verheißungen der neuen Weltwirtschaftsordnung und mit der Realisierung oder Nichtrealisierung dieser in der Praxis müssen wir uns tatsächlich auseinandersetzen. (*Abg. Dr. Cap: Wiederholungen!*)

Dr. Madeleine Petrovic

Was sieht nun das Aktionsprogramm im Bereich des allgemeinen Handels vor? (*Abg. Mag. Guggenberger: Das ist wirklich eine Wiederholung! — Abg. Dr. Cap: Ja!*) Herr Abgeordneter Cap! Ich passe sehr genau auf. Falls Sie es vergessen haben, kann ich das Aktionsprogramm über den Bereich der Rohstoffe und der Nahrungsmittel schon noch einmal wiederholen, wenn Sie dem nicht gefolgt sind. (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Jute, bitte!*) Ich schlage Ihnen aber vor, daß wir — einige haben ja sehr gut aufgepaßt, wie zum Beispiel Frau Abgeordnete Praxmarer — doch weitergehen. (*Abg. Haigermoser: Frau Kollegin! Gestatten Sie mir auch eine Frage?*) — Ja, bitte. (*Abg. Haigermoser: Müssen Sie überhaupt nicht aufs Klo gehen? Sie behaupten zwar, daß Sie keine Pampers angezogen haben! — Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter! Diese Frage entspricht dem allgemeinen Niveau Ihrer Diskussionsbeiträge. (*Beifall bei den Grünen.*)

Herr Abgeordneter! Ich nehme an, daß Sie aus sehr, sehr frühkindlichen Phasen heraußen sind. Ich kann Ihnen versichern, ich bin es, spätestens seitdem ich hier in diesem Parlament mit den sehr oft grausamen Realitäten in Gesetzgebung und Vollziehung konfrontiert wurde, die auch dazu führen, daß ich zum Beispiel jetzt hier stehe, obwohl ich mir durchaus anderes vorstellen könnte. Trotzdem halte ich es für wichtig, das zu tun. Aber, wie gesagt, wenn Sie noch in irgendwelchen frühkindlichen Vorstellungen verharren, dann schätzen Sie sich doch glücklich, daß das so ist. Sie ersparen sich wahrscheinlich sehr viel Kummer und sehr viele Sorgen, wie etwa all die Sorgen im Zusammenhang mit der fairen und gerechten Entwicklung in den Herkunftsländern der Jute. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Cap: Haigermoser hat schon die Hände unter dem Tisch! Eine gewisse Erleichterung wäre schon angenehm!*)

Was sieht nun das Aktionsprogramm im Bereich des allgemeinen Handels vor? — Alle Anstrengungen sollten unternommen werden, um folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Austauschrelationen der Entwicklungsländer sowie konkrete Schritte zur Beseitigung der chronischen Handelsbilanzdefizite der Entwicklungsländer zu setzen, und zwar:

Erfüllung der bereits im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung und der internationalen Entwicklungsstrategie eingegangenen Verpflichtungen,

Verbesserung des Zugangs zu den Märkten in den entwickelten Ländern durch schrittweise Beseitigung von tarifären und nichttarifären Hemmnissen und restriktiven Geschäftspraktiken,

beschleunigte Ausarbeitung von Grundstoffabkommen in geeigneten Fällen, um die Weltmärkte

für Roh- und Grundstoffe, soweit erforderlich, zu regulieren und zu stabilisieren,

Ausarbeitung eines integrierten Gesamtprogramms für eine umfassende Reihe von Grundstoffen, an denen die Entwicklungsländer ein Exportinteresse haben, in dem Richtlinien festgelegt und die laufenden Arbeiten auf diesem Gebiet berücksichtigt werden.

Jedes entwickelte Land soll vermehrte Einfuhren aus Entwicklungsländern auch in den Fällen erleichtern, in denen die Erzeugnisse der Entwicklungsländer mit den Produkten der entwickelten Länder im Wettbewerb stehen, um den Entwicklungsländern faire und angemessene Chancen zur Beteiligung am Marktwachstum einzuräumen.

Wenn die einführenden entwickelten Länder Einnahmen aus Zöllen, Steuern und anderen Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr dieser Erzeugnisse erzielen, soll die Forderung der Entwicklungsländer geprüft werden, diese Einnahmen den ausführenden Entwicklungsländern voll zu erstatten oder sie als zusätzliche Mittel zur Befriedigung ihrer Entwicklungsbedürfnisse bereitzustellen. Die entwickelten Länder sollen ihre Volkswirtschaften in geeigneter Weise anpassen, um die Ausweitung und Diversifizierung der Einfuhren aus den Entwicklungsländern zu erleichtern und dadurch eine zweckmäßige, faire und gerechte internationale Arbeitsteilung zu ermöglichen.

Wenn wir einmal kurz an dieser Stelle des Abschnitts über den allgemeinen Handel innehalten, dann muß man durchaus auch die Fairneß und die Objektivität haben, auf die Gefahren eines derartigen Abkommens hinzuweisen. Natürlich ist es so, daß die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder danach drängen, mit ihren Rohstoffexporten und Jute-Exporten (*Abg. Dr. Cap: Das haben wir schon gehört!*) auf die Weltmärkte zu kommen.

Das Stabilisierungsanliegen, das hier mit großem Nachdruck erwähnt ist, fehlt eigentlich fast zur Gänze im Abkommen selbst, denn es fehlt vor allem die Dotierung eines umfassenden Rohstoff-Fonds, der mit einigem wirtschaftlichen Gewicht auch Stützungskäufe tätigen könnte. Weder der Bereich des Rates noch sonst ein Gremium könnte diese Kompetenzen direkt aus dem Internationalen Übereinkommen über Jute und Juteerzeugnisse herleiten. Es steht zwar im Artikel 14 . . . Herr Abgeordneter Cap! Sagen Sie dann nicht wieder, Sie haben einen Passus nicht gehört, und glauben Sie dann nicht, daß Ihnen dieser Passus in der zusammenhängenden Darstellung fehlt! (*Abg. Dr. Cap: Danke! Das ist richtig! Ich habe mich gerade empört!*) Das System in diesem Abkommen ist sehr subtil. Man muß

Dr. Madeleine Petrovic

den Weg vom Aktionsprogramm Rohstoffe zum Aktionsprogramm Nahrungsmittel Schritt für Schritt mitverfolgen. Jetzt stehen wir mitten im Aktionsprogramm Handel. *(Abg. Dr. Cap: Ich habe mich nur empört! Sie haben sich so bemüht! Was steht in der Zeitung?)*

Schauen wir, ob der Passus über die Stabilisierung der Roh- und Grundstoffe in den klaren Aussagen des Aktionsprogramms über die neue Weltwirtschaftsordnung enthalten ist. In dieser klaren Form ist er nicht drinnen. *(Abg. Dr. Cap: Was haben Sie vor sechs Stunden gesagt?)* Das Übereinkommen führt zwar eine lange Abhandlung über Vorrechte und Immunitäten der dort Arbeitenden — das heißt, auch bei diesem Rohstoffabkommen sind die Leute offenbar nicht davor gefeit, daß sie zunächst einmal ihre diplomatischen Immunitäten in Sicherheit bringen —, aber über die Stabilisierung des Rohstoffes selbst findet sich wenig. *(Abg. Dr. Cap: Ich höre leises Rauschen im Hintergrund! Sie auch?)* Es stört nicht. Wenn es Sie stört, dann können Sie ja den Saal verlassen. Aber wenn es Sie nicht stört, dann nehmen wir doch dieses Rauschen als gegeben hin. Immerhin zeigt es, daß die Menschen hier regen Anteil nehmen. *(Abg. Mag. Guggenberger: Wollen Sie das auch lesen, was in der Zeitung steht?)* Wir müssen uns mit dem Jute-Abkommen befassen *(Abg. Mag. Guggenberger: Das ist wirklich peinlich!)* und haben für die Lektüre der Zeitungen jetzt noch keine Zeit.

Wo könnte man noch ansatzweise eine Stabilisierung für die Roh- und Grundstoffe orten? *(Abg. Dr. Cap: Da steht „Geschwafel“! „Geschwafel“ zum Thema Jute steht da! „Kurier“ Seite 2!)* Es heißt explizit im Artikel 14 *(Abg. Dr. Cap: Es tut mir leid, ist aber wirklich wahr!)* über die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen:

„Der Rat trifft alle geeigneten Maßnahmen zur“ — *(Abg. Dr. Cap: Da steht „Geschwafel“!)* — „Konsultation oder Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, ihren Sonderorganisationen, zum Beispiel der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung“ — *(Abg. Dr. Cap: Das steht auch da!)* — „ihren Nebenorganen, zum Beispiel der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem internationalen Handelszentrum UNCTAD/GATT und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, sowie anderen in Betracht kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen.“ *(Abg. Dr. Cap: Zitrone gegen Dauerrednerinnen! Und da steht wieder „Geschwafel“!)*

Das heißt: Hier haben Sie den Konnex, über den Sie indirekt den Hinweis auf die Rechts-

grundlagen von UNCTAD und GATT, auf die Rechtsgrundlagen der internationalen Ernährungsorganisation und auf die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen finden. In diesem Passus, daß die Zusammenarbeit mit diesen Einrichtungen aufgetragen wird, haben Sie letztlich in einer sehr indirekten und abgeschwächten Form *(Abg. Dr. Cap: „Geschwafel“ steht da!)* auch das Erreichen des Stabilitätszieles. *(Beifall bei den Grünen. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Ich sehe schon, Sie wollen offensichtlich weiter wissen, welche Verheißungen das Aktionsprogramm *(Beifall bei den Grünen)* im Bereich der neuen Weltwirtschaftsordnung für den internationalen Handel vorsieht. *(Abg. Dr. Cap: Aber dann schlagen sie mit dem Kopf auf den Tisch! — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wer verheißt wem etwas?)*

Wir werden dann prüfen, inwieweit dieses Abkommen den an sich sehr hoch stehenden Verheißungen im Aktionsprogramm nachgekommen ist.

Die Vereinten Nationen haben in einer Erklärung und in einem Aktionsprogramm Ziele vorangestellt, die man durchaus, wenn sie einmal realisiert werden, als die Verheißung einer wirklich besseren Zukunft nicht nur für diese am wenigsten entwickelten Jute-Exportländer sehen könnte, sondern überhaupt für die Entwicklung der Wirtschaft und der gemeinsamen Bemühungen, die Weltwirtschaft gerechter zu machen.

Schauen wir uns daher die nächsten Positionen dieses Aktionsprogramms im Detail an! *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sollen wir Ihnen einen Sessel bringen, damit Sie sich setzen können?)*

Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Preispolitik bei der Ausfuhr von Grundstoffen aus Entwicklungsländern, um bessere und befriedigende Austauschrelationen für die Entwicklungsländer zu erreichen. *(Abg. Dr. Cap: Der Geyer hat völlig frei gesprochen!)* Bis befriedigende Austauschrelationen für alle Entwicklungsländer erreicht worden sind, sollen Alternativmaßnahmen einschließlich verbesserter Regelungen der Ausgleichsfinanzierung geprüft werden, um den Entwicklungsbedürfnissen der betroffenen Entwicklungsländer Rechnung zu tragen. Durchführung, Verbesserung und Erweiterung des allgemeinen Präferenzsystems für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Grundstoffen, Fertigwaren und Halbfertigwaren aus Entwicklungsländern *(Abg. Dr. Cap: Hängt das mit Jute zusammen?)* in entwickelte Länder und Prüfung einer Erweiterung des Systems auf weitere Grundstoffe einschließlich veredelter oder halbveredelter Grundstoffe.

Dr. Madeleine Petrovic

Für Entwicklungsländer, die jetzt oder in Zukunft ihre bestehenden Zollvorteile in einigen entwickelten Ländern aufgrund der Einführung und gegebenenfalls Erweiterung des allgemeinen Präferenzsystems mit anderen Länder teilen müssen, sollen vordringlich Märkte in anderen entwickelten Ländern eröffnet werden, um ihnen Ausfuhrmöglichkeiten und damit zumindest einen Ausgleich für die entgangenen Vorteile zu bieten.

Einrichtung von Marktausgleichslagern, sogenannte buffer stocks, im Rahmen von Grundstoffabkommen und deren Finanzierung, soweit erforderlich durch internationale Finanzinstitutionen, die entwickelten Länder und, soweit sie dazu in der Lage sind, die Entwicklungsländer mit dem Ziel der Begünstigung der erzeugenden und verbrauchenden Entwicklungsländer und der Leistung eines Beitrags zur Entwicklung des Welthandels insgesamt.

Verzicht auf neue Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazitäten bei synthetischen Stoffen und Ersatzstoffen, wenn Naturerzeugnisse den Bedarf des Marktes befriedigen können. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Schließlich in den multilateralen Handelsverhandlungen . . . *(Zwischenruf des Abg. Haiger-Moser.)*

Präsident Dr. Lichal: Man möge die Rednerin nicht stören, bitte. *(Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.)*

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic *(fortsetzend)*: In den multilateralen Handelsverhandlungen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern von den Grundsätzen der nicht gegenseitigen und präferentiellen Behandlung der Entwicklungsländer auszugehen, nachhaltige zusätzliche Vorteile für den Außenhandel der Entwicklungsländer anzustreben, damit diese eine beträchtliche Erhöhung ihrer Devisenerlöse, eine Diversifizierung ihrer Exporte und eine Beschleunigung ihres Wirtschaftswachstums erreichen können.

Das heißt, hier haben wir das eigentliche Organ, das grundsätzlich nach den entsprechenden Grund- und Rohstoffabkommen vorgesehen wäre, nämlich diese sogenannten buffer stocks und die Sicherstellung einer internationalen Finanzierung. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das ist wohl die gravierendste Abweichung, die eigentlich aus dem System heraus unverständlich ist, denn wie kann dieses Aktionsprogramm ein integrierender Bestandteil dieses Abkommens sein, wenn es dann teilweise ganz andere Mechanismen im Bereich der Herstellung der Stabilität vorsieht? Es ist offenbar auch von seiten jener, die dieses Abkommen ausgehandelt haben, nicht

der Versuch unternommen worden, sich im Detail mit den einzelnen Positionen des Aktionsprogramms so auseinanderzusetzen, daß es auch zu einem widerspruchsfreien Abkommen gekommen wäre.

Wie gesagt: Dies ist nicht als Möglichkeit gedacht, sondern hier steht: „Einrichtung von Marktausgleichslagern“. Das heißt, diese Einrichtung ist ein integrierender Bestandteil des Aktionsprogramms über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, aber davon findet sich in der Textierung der einzelnen Artikel des Abkommens gar nichts, wenn man vielleicht von Artikel 14 absieht, der aber viel schwächer ist. Er ermöglicht nur *(Abg. Mag. Karin Praxmarer: Zur Sache!)* alle Maßnahmen der Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen, und zwar sowohl im zwischenstaatlichen als auch im nichtstaatlichen Bereich. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Mag. Karin Praxmarer: Wollen Sie sich nicht einmal hinsetzen?)*

Der Punkt 12 ist ganz besonders weit reichend. Dieser Punkt sieht einen völligen Verzicht auf neue Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazitäten bei synthetischen Stoffen und Ersatzstoffen vor, wenn die Naturerzeugnisse den Bedarf des Marktes befriedigen können. Das heißt aber: Es dürfte eigentlich, würden wir endlich einmal diese Vorstellungen über die neue Weltwirtschaftsordnung ernst nehmen, wahrscheinlich überhaupt keine neuen Investitionen etwa in die Erzeugung von Plastikverpackungsmaterial geben, denn ich gehe davon aus, daß mit einer Erweiterung des Einsatzes von Jute und anderen Verpackungsmaterialien beziehungsweise Materialien zur Anfertigung von Tragtaschen und Transportbehältnissen durchaus das Auslangen gefunden werden könnte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Daß das Prinzip, das hier im Abschnitt „Handel“ verankert ist, eigentlich eine Verstärkung der arbeitsteiligen Produktion vorsieht, ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß man zu der Zeit, als dieses Aktionsprogramm textiert wurde, noch nicht auf die Schattenseiten der immer weiter gehenden Diversifikation Bedacht nahm, nämlich insbesondere auf die dadurch ausgelösten, immer intensiveren Verkehrsströme. Hier gilt ja eindeutig: Je mehr Arbeitsteiligkeit, desto mehr Verkehrsströme.

Mit dieser Problematik beschäftigt sich auch der nächste Abschnitt im Bereich des Aktionsprogramms für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Dieser Abschnitt behandelt nämlich die Bereiche Verkehr und Versicherungswesen. Das sind für Exportstaaten, für Staaten, die von mengenmäßig doch sehr ins Gewicht fallenden Rohstoffexporten abhängen, gravierende Fragen. Denn je größer der spezifische Wert von Exportprodukten

Dr. Madeleine Petrovic

ist, desto geringer fallen die Transportkosten ins Gewicht. Das heißt, je größer der Wert in Relation zu dem Gewicht ist, desto mehr kann man an teuren Verkehrsalternativen in Betracht ziehen. Produkte wie die Jute haben einen sehr geringen spezifischen Wert, daher fallen die Transportkosten stark ins Gewicht. Die entsprechenden Beteiligungen der Produktionsstaaten in diesem Bereich des Tertiärsektors sind vom Übereinkommen selbst vorgezeichnet und durch den Verweis des Abkommens auf den Bereich IV, Verkehr und Versicherungswesen.

Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um eine zunehmende und gerechte Beteiligung der Entwicklungsländer an der Weltschiffstonnage zu fördern,

das ständige Ansteigen der Frachtraten zu stoppen und sie zu senken, um die Ein- und Ausfuhrkosten der Entwicklungsländer zu verringern,

die Versicherungs- und Rückversicherungskosten für Entwicklungsländer auf ein Mindestmaß zu senken,

die Entwicklung der einheimischen Versicherungs- und Rückversicherungsmärkte in den Entwicklungsländern gegebenenfalls auch durch Gründung von Institutionen in diesen Ländern oder auf regionaler Ebene zu fördern,

die baldige Durchführung des Verhaltenscodex für Linienkonferenzen sicherzustellen,

dringende Maßnahmen zur Verbesserung der Ein- und Ausfuhrmöglichkeiten (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Was ist jetzt mit der Jute!*) der am wenigsten entwickelten Länder zu ergreifen und

die Nachteile der ungünstigen geographischen Lage der Binnenländer, insbesondere im Hinblick auf deren Transport und Transitkosten, sowie der Inseln unter den Entwicklungsländern auszugleichen, um deren Handelsmöglichkeiten zu verbessern. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Was? Die Handelsmöglichkeiten mit Inseln?*) — Natürlich. Warum nicht? Glauben Sie, daß die Menschen auf den Inselstaaten in der heutigen Weltwirtschaft völlig autark vor sich hinwirtschaften können? In diesen Ländern schlagen sich die Transportkosten natürlich doppelt und dreifach nieder (*Abg. Haigermoser: Gut, daß ich mit Ihnen nicht auf einer Insel sein muß! Das wäre fürchterlich!*), denn es ist eine komplette Abhängigkeit (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sie haben aber nicht meine Frage beantwortet!*) vom internationalen Transportsystem gegeben und damit auch von den Transportkosten.

Jetzt sind wir wieder an dieser Stelle: Wer nascht denn mit am Kuchen (*Abg. Haigermoser: Wissen Sie, was eine „Inselfrau“ ist im Volks-*

mund?) im Bereich des Transportes? Es zeigt sich, daß es nicht die Entwicklungsländer sind, weder die Jute-Exporteure noch sonstige Entwicklungsländer, sondern daß dieses Geschäft fest (*Abg. Haigermoser: Warum beantworten Sie die Frage nicht, Frau Kollegin?*) und beinhaltet in den Händen der entwickelten Staaten ist. (*Neuerlicher Beifall bei den Grünen.*)

Herr Abgeordneter Haigermoser! Leider gibt es bei Zwischenrufen keinen Ruf zur Sache, denn sonst hätten Sie ihn — dessen bin ich sicher — vom Herrn Präsidenten schon längst erteilt bekommen. (*Beifall bei den Grünen.*) Aber ich sehe, Sie wissen anscheinend immer noch zuwenig über Jute, um mit qualifizierten Zwischenrufen auftreten zu können. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Sie haben recht! Sie könnten uns das nicht erklären! — Abg. Rosemarie Bauer: Wie ist das jetzt? Ja oder nein für Jute?*) So einfach können wir uns das nicht machen. Wir können nicht einfach ja oder nein sagen. (*Abg. Bayr: Klar! Da könnten wir die Stunden nicht ausfüllen!*) Selbstverständlich wollen wir eine positive Entwicklung in den Jute-Exportstaaten erreichen. Ich frage Sie (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ich habe zumindest erwartet, daß Sie jedem ein Jutesackerl mitbringen!*), warum Sie denn dann — ich nehme an, Sie wollen es, immerhin ist es eine Regierungsvorlage, ich weiß nicht, wie jetzt Ihre individuellen Einschätzungen im Rahmen Ihres freien Mandates sind — dieses Abkommen abschließen wollen. Dieses Abkommen weist tatsächlich eine Fülle von Feinheiten auf.

Mir macht vor allem zu schaffen, daß in einer Präambel alle möglichen Verweise gegeben werden — das heißt, daß andere Rechtsdokumente zu integrierenden Bestandteilen gemacht werden —, und wenn man sich dann die Mühe macht und sich diese Dokumente anschaut, dann merkt man, sie stimmen nicht immer überein. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Gibt es hier keine Übersetzung?*)

Nein, nein, Frau Abgeordnete Tichy-Schreder! So weit sind wir noch nicht, daß wir uns mit möglichen Fehlern im Bereich der Übersetzung beschäftigen. (*Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Da bin ich beruhigt! Ich wollte Ihre Fremdsprachenkenntnisse testen!*)

Das wäre natürlich auch eine Frage, ob das überhaupt der englische Text ist. Sie bringen mich immer wieder auf neue Ideen, Frau Abgeordnete! (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Wenn Sie schon einen falschen Rekord erzielen wollen, dann möchte ich Ihnen wenigstens helfen!*)

Frau Abgeordnete! Es geht hier absolut nicht um irgendwelche Rekorde. An sich hätten Sie es ja in der Hand, sofort und auf der Stelle eine Be-

Dr. Madeleine Petrovic

schlußfassung so oder so, egal, ob Sie sich überzeugen haben lassen oder noch mehr Ausführungen brauchen, zu machen. An sich geht es aber um das Verständnis für diese globalen Entwicklungszusammenhänge. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Ich glaube, es geht um die Jute!*) Ja! (*Abg. Mag. Terezija Stoisits: Alles von vorn noch einmal! Sie sind erst gekommen!* — *Abg. Voggenhuber: Alles noch einmal erklären!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Frau Kollegin Haller ist, glaube ich, erst gekommen. Aber ich werde auf jeden Fall einmal versuchen, den Vergleich der Rechtsquellen, die hier angesprochen sind, mit dem Text selbst weiter fortzusetzen. Wir können dann gerne, falls Sie noch Fragen haben, wieder zum Anfang zurückkehren.

Die Frage der Transporte zum Beispiel hängt mit dem Dienstleistungssektor insgesamt zusammen, denn gerade der Transportbereich wäre jener Bereich des Dienstleistungssektors, in den auch Entwicklungsländer relativ leicht einsteigen könnten. In der Regel geht es in diesen Bereichen der Wertschöpfung nicht um ganz extreme High-Tech-Bereiche, sondern es geht um einen Bereich, in dem auch heute noch mit mäßigen Investitionen ein Einstieg möglich ist. Hier zeigt sich ein allgemeines Defizit bei Dienstleistungen, das allein bei einigen Gruppen von Entwicklungsländern jährlich 6 Milliarden Dollar ausmacht.

Diese Defizite setzen sich zum einen aus Leistungen im Bereich des Transportes zusammen, zum anderen aber auch aus Versicherungsgebühren und sonstigen zu entrichtenden Gebühren, etwa bei Patenten oder Lizenzen.

Aber gerade im Bereich der Frachtraten ist das natürlich eine Entwicklung, die nicht alle Exportstaaten gleichermaßen trifft. Denn es ist relativ egal, ob Sie auf ein sehr hochwertiges industrielles Fertigerzeugnis, etwa auf Uhren, auf Radiogeräte oder sonstige Produkte der Industriestaaten, eine Transportkostenbelastung von nicht einmal mehr 2 Prozent aufschlagen oder ob Sie im Bereich der sehr volumensintensiven Transporte von Rohstoffen wie auch der Jute mit ganz anderen Belastungen zu rechnen haben. Daher wäre es umso wichtiger, daß die Entwicklungsländer in diesem Bereich ihren gerechten Anteil erhalten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und da verweist eben das Aktionsprogramm auf den Verhaltenskodex für Linienkonferenzen, und das wäre doch der klare Auftrag, daß die Entwicklungsländer in jene Organisationsformen des Transportes von Gütern, vor allem auf dem Meer und auf Wasserwegen, verstärkt einzubeziehen wären.

Zwar sieht auch der Verhaltenskodex für Linienkonferenzen nur eine Beteiligung von 20 Prozent vor, während sich jeweils 40 Prozent die entwickelten Staaten teilen. Doch immerhin ist es ein Ansatzpunkt für etwas mehr Gerechtigkeit. Und gerade der Verhaltenskodex für Linienkonferenzen wäre ein derartiges internationales Vertragswerk im Bereich des Verkehrs- und Versicherungswesens, das auch Ländern wie Österreich zugute kommen könnte, denn dieser Verhaltenskodex für Linienkonferenzen bezieht sich nicht nur auf die Entwicklungsländer, sondern auch auf landlocked countries, das heißt auf Staaten, die keinen direkten Zugang zum Meer haben.

Hier gibt es also einige Normen, auf die auch das Aktionsprogramm verweist, die nicht nur Vorteile für die Entwicklungsländer bringen könnten, wenn man sie einmal wirklich ernsthaft anstrebt, sondern auch für Staaten wie Österreich, denn auch da ist es nicht einzusehen, warum nicht etwa im Bereich der internationalen Transportbeziehungen eine stärkere Einbindung möglich sein sollte.

Leider steht dem aber eine ganz andere Entwicklung in der Realität gegenüber, der weder das damalige Aktionsprogramm — und dieses ist eben schon 20 Jahre alt — noch das aktuelle Abkommen Rechnung trägt. Und es ist wohl ein weit schwerwiegenderes Manko, wenn ein derart aktuelles Abkommen die Zusammenhänge zwischen dem Warenhandel, den Dienstleistungen und den Fragen der Finanzierung nicht erkennt. Und hier ergibt sich dann wieder eine ganz besondere Funktion durch die Einschaltung von großen Konzernen, die immer stärker vertikal diversifizieren, das heißt, die vom Einkauf der Rohstoffe über den Transport und allfällige weitere Verarbeitungsstufen von Jute und anderen agrarischen Rohstoffen bis hin zum Absatz alles in einer Hand vereinen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die Gewinnabzüge ausländisch beherrschter Konzerntöchter aus den Entwicklungsländern sind größer, als jemals vorhergesehen war. Die ausländischen Konzerntöchter lösen in den Entwicklungsländern zusätzlich wieder Importe aus, nämlich Zulieferungen von Investitionsgütern, von Energie und Ersatzteilen. Das wiederum wird zum Bumerang für die Handelsbilanz. Die Rückführung von Patent- und Lizenzgebühren der Konzerntöchter an ihr Mutterhaus in den Industrieländern verschlechtert die Zahlungssituation ebenfalls.

Die multinationalen Konzerne in den Schwellenländern nehmen ihrerseits zusätzliche Kredite im Ausland auf, was später einen zusätzlichen Schuldendienst auslöst. So haben wir hier ein Beispiel: Die Filialen ausländischer Konzerne haben bereits 52 Prozent ihrer Gesamtschulden im Ausland aufgenommen, die kleinen und mittleren

Dr. Madeleine Petrovic

Firmen aber nur 3 respektive 12 Prozent. Insgesamt ergibt sich eine dramatische Entwicklung unter Einbeziehung all dieser Bereiche, Grundstoffherzeugung, Veredelung, und unter Einbeziehung der Patente und Lizenzen bis hin zu den Transporten. Wir haben Finanzflüsse zu und aus den Entwicklungsländern, wobei dies Zahlen sind, die bereits auf die Mitte der achtziger Jahre zurückgehen und leider von der Weltbank in umfassender Form bislang nicht aktualisiert wurden. Während die Industrieländer und die ölexportierenden Länder in die Entwicklungsländer etwa 85 Milliarden Schilling jährlich investieren, und zwar nicht in Form von Sachinvestitionen, sondern hauptsächlich in Form von Finanzzuwendungen, selbstverständlich überwiegend als rückzahlbare Finanzzuwendungen, das heißt Kredite und Darlehen, haben wir andererseits Rückflüsse aus den Entwicklungsländern in die entwickelten Länder von 92 Milliarden Dollar. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, auch unter Einbeziehung des Dienstleistungssektors verändert sich das im Bereich der Bodennutzung und der Produktion sehr ungleiche Bild nicht wirklich. Ein Betrag, der höher ist als die gesamten Entwicklungsleistungen und Kredite, fließt als Schuldendienst, und zwar Tilgungen und Zinsen zusammen genommen, in die Geberländer zurück. 1984 betrug die Zuflüsse in Form von Darlehen und Krediten insgesamt 85 Milliarden Dollar. In der gleichen Zeit flossen 92 Milliarden Dollar, das heißt 108 Prozent, in Form von Tilgungen und Zinsen in die Industrieländer zurück. Dabei sind die Rückflüsse in Form von Gewinnen und Patentgebühren der Konzerne und in Form von Fluchtgeldern noch nicht eingerechnet. Die Industrieländer sind überhaupt nicht daran interessiert, daß diese Rückflüsse erfaßt werden.

Deswegen stehen wir jetzt auch vor einem sehr schlechten und vor allem nicht wirklich aktuellen Zahlenmaterial. Aber wir können aufgrund einiger Plausibilitätsschlüsse hinsichtlich der aktuelleren Zahlen über die Produktion doch davon ausgehen, daß sich diese Relationen mit Sicherheit nicht verbessert haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diese Tilgungspflichten führen dann geradewegs in Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit vieler Entwicklungsländer. Ich glaube, es bedarf nicht sehr viel an Pessimismus, um die Möglichkeit einer derartigen Entwicklung gerade auch für ein Land wie Bangladesch durchaus in Betracht zu ziehen.

Die Struktur der Erzeugnisse, die Struktur des Handels und derartige Abkommen, die einen Rückschritt bedeuten hinsichtlich des doch schon weiter gehenden Systems, zumindest was eine stärkere Einflußnahme im Bereich der buffer

stocks anbelangt, können ganz einfach nicht dazu führen, daß Bangladesch auch nur die alten Schulden bedienen kann, und vom Hereinbringen der Kosten, die notwendig wären, um Investitionen für die Zukunft zu tätigen, kann dabei überhaupt keine Rede sein. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da wird es auch nichts nützen, wenn das Überkommen selbst auf Einrichtungen verweist, wie etwa auf die Finanzierungseinrichtungen, die es im Bereich der Vereinten Nationen gibt. Denn auch diese Finanzierungseinrichtungen sind bislang nicht so weit gekommen, daß sie in dieses Schuldenkarussell bis hin zur Zahlungsunfähigkeit wirksam irgendwelche Mechanismen, die das verhindern würden, eingebaut hätten.

Wir haben gerade im Bereich der Finanzierungseinrichtungen eine Art der Meinungsbildung, die es sehr unwahrscheinlich macht, daß dort demokratische Prinzipien zum Durchbruch kommen, denn wir haben gerade in diesem Bereich eine sehr starke Dominanz jener Einrichtungen, die ihre Mitgliedschaft und Rechte, auch das Stimmrecht, über Kapitalanteile definieren. Das heißt, der Internationale Währungsfonds, der sich schon bald mit Fällen wie Bangladesch wird befassen müssen, hat in seinem Gründungsvertrag Zielsetzungen, die nicht so sehr abweichen von den genannten Zielsetzungen des Aktionsprogrammes. Auch der IWF hätte an sich die Aufgabe, die internationale Zusammenarbeit dort wieder, vor allem auf dem Gebiet der Währungspolitik, zu fördern, die Ausweitung des Welthandels zu erleichtern und Maßnahmen in Richtung Kursstabilität von Währungen zu setzen beziehungsweise auch ganz konkrete Hilfestellungen bei der Behebung von Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten zu leisten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Mitgliedschaft bei der Weltbank ist an die Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds gekoppelt und umgekehrt. Das heißt, die Mitglieder der Weltbank sind gleichzeitig auch Mitglieder im Internationalen Währungsfonds, und die Mitglieder des Internationalen Währungsfonds sind ihrerseits Mitglieder der Weltbank. Die Hauptaufgabe der Weltbank wiederum ist es, Darlehen zu bankmäßigen Bedingungen an Entwicklungsländer zu geben. Es besteht aber auch die Möglichkeit, im Bereich der finanziellen Entwicklungshilfe Mittel einer Tochtergesellschaft der Weltbank, nämlich der IDA, einzusetzen. Und hier gäbe es die Möglichkeit sehr günstiger Bedingungen für bestimmte Projekte in den bedürftigsten der Entwicklungsländer. Bangladesch hat etwa diese IDA-Mittel im Rahmen eines allerdings nicht sehr erfolgreichen Brunnen-Projektes in Anspruch genommen.

Eine andere Einrichtung, wie etwa die IFC, stellt ihre Kredite nicht wie die Weltbank Staaten, sondern privaten Unternehmungen zur Verfü-

Dr. Madeleine Petrovic

gung und fördert private internationale Kapitalanlagen.

Wie gesagt, die Entwicklungsländer haben eigentlich in diesen Einrichtungen so gut wie kein Stimmrecht, was schade ist. Die Kapitalbeteiligung des jeweiligen Mitgliedstaates ist dafür das maßgebliche Kriterium, und so dominieren Kapitalanteile die gesamte Weltbankgruppe und natürlich auch das internationale Währungssystem. Hier gibt es keine wie immer gearteten karitativen Motive, sondern im Bereich der Weltbank geht es primär um rein kommerzielle Kredite, und es geht im Bereich der Tochterorganisationen der Weltbank nur in Randbereichen um sehr stark geförderte Kredite. Eine echte Subventionsgewährung gäbe es an sich nur im Bereich der Entwicklungshilfeprojekte von Staaten und nichtstaatlichen Organisationen, aber hier sind die Relationen leider noch immer so, daß weit mehr an Rückflüssen in die entwickelten Staaten getätigt werden, als an nicht rückzahlbaren Zahlungen geleistet werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da gibt es natürlich ein Interesse in den westlichen Staaten, und das finde ich schon weit eher in diesem Abkommen als etwa in den Grundsatzpapieren der UNCTAD oder auch im Aktionsprogramm, obwohl, wie gesagt, etwas schizophrenerweise dieses Aktionsprogramm doch integrierender Bestandteil des Internationalen Übereinkommens über Jute und Juteerzeugnisse ist. Denn hier gibt es eine sehr starke Interessenlage, die dazu geführt hat, daß wir international wahrscheinlich weiter denn je entfernt sind von einer Maßnahme, die ich persönlich, neben denen, die ich bereits angesprochen habe, also Bildungsprogramme, Programme der Hilfe zur Selbsthilfe und neuer direkter Kooperativen zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft, auch für sehr erfolgreich einschätzen würde. Ich meine das direkte Investieren zum Beispiel auch von Konsumentengruppen in bestimmte Produktionen in den Entwicklungsstaaten oder auch die Bildung von Genossenschaften auf der einen und auf der anderen Seite, damit es einerseits die Möglichkeit einer Finanzierung gibt und andererseits einen gesicherten Absatz.

Warum soll das beispielsweise nur mit Landwirtschaften in unserem Bereich möglich sein und nicht auch über sehr weite Instanzen, insbesondere wenn man sich dabei auch der vermittelnden Hilfe der diversen nichtstaatlichen Entwicklungshilfe-Einrichtungen, Vereinen und so weiter bedienen könnte.

Das ergäbe durchaus ein hohes Maß an Erfolgsaussichten, allerdings finden sich solche Ansätze oder Anreize in diesem Abkommen nur sehr, sehr unzureichend. Denn hier wird der Bereich der Kooperation doch sehr stark auf den Bereich der staatlichen Einrichtungen be-

schränkt, was die Mitgliedschaft bei einem Übereinkommen betrifft. Es sind nicht irgendwelche NGOs oder irgendwelche Genossenschaften, die Mitglied werden können, sondern es sind Staaten und Regierungen.

Nun gibt es wahrscheinlich tatsächlich noch kaum Bereiche, wo man die Anwendung internationaler Abkommen wesentlich über den staatlichen Bereich hinaus erstreckt hätte. Zumindest auf der Ebene von Beiräten und Gremien zur Beurteilung von Projekten wäre dies jedoch durchaus möglich. Und auch in dieser Hinsicht ist dieses Abkommen nicht wirklich bahnbrechend und richtungsweisend. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und wissen Sie, gerade im Hinblick auf solche neuen Formen der Kooperation glaube ich, daß es auch neuer Formen der Finanzierung bedürfte. Und ich glaube daher, daß der Rat, der in diesem Übereinkommen vorgesehen ist, letztlich ein Rat ist, in dem Regierungsvertreter sitzen. Welchen Anreiz sollte es daher für irgendwelche privaten Direktbeziehungen zwischen Erzeugern und Abnehmern geben, wenn auf der Ebene der Gremien nicht irgendeine Art der Einbindung möglich wäre?

So bleibt alles nach wie vor auf der Ebene der staatlichen Beziehungen, wenn die staatliche Bevormundung in diesem Fall auch eine sehr entwicklungsrelevante internationale Vertragstätigkeit betrifft. Und ich glaube, man begibt sich damit leichtfertig einer Möglichkeit, hier vielleicht einmal ein wohlmeinendes privates Kapital anzusprechen. Und mit „wohlmeinend“ meine ich eben jene Organisationen, die im Bereich der Entwicklungshilfe tätig sind. Es heißt zwar hier im Artikel 15, daß der Rat Nichtmitglieder zulassen kann und daß andere Organisationen den Sitzungen des Rates als Beobachter beiwohnen können, eine Art von Mitsprache ist hier allerdings in keiner Weise inkludiert, und daher ist es in meinen Augen auch nicht sehr wahrscheinlich, daß sich sehr viele Leute darum drängen werden, in diesen Rat als Beobachter hineinzugehen und einen wichtigen Teil der internationalen Entwicklungspolitik an dem Ort, an dem sie geschieht, mitzuverfolgen.

Insgesamt erweckt auch der Behördenapparat dieses Übereinkommens einen überhaupt nicht progressiven oder irgendwie richtungsweisenden Eindruck. Es ist der übliche Sermon. Wir haben hier wieder eine sehr hierarchisch aufgebaute Einrichtung. Wir haben bereits gesprochen über die Stimmberechtigung der Mitglieder, die auf der Seite der Exportländer zwischen 150 und 450 Stimmen und im Bereich der Importstaaten, das heißt derjenigen Staaten, die als Nachfrager von Jute und Juteerzeugnissen auftreten, zwischen 50 und 150 Stimmen schwanken kann.

Dr. Madeleine Petrovic

Weiters gibt es neben diesem Rat einen Exekutivdirektor. Dieser Exekutivdirektor wird vom Rat ernannt und stellt quasi die Spitze des Vollzugsorgans dar, wobei die näheren Bedingungen der Tätigkeit und Anstellungserfordernisse in der bereits erörterten Geschäftsordnung des Rates festzulegen sind. Es ist, glaube ich, von geringem Interesse, die einzelnen Kompetenzen und die einzelnen dem Exekutivdirektor unterstellten beamteten Funktionen näher auszuführen, aber etwas ist doch bemerkenswert, nämlich daß sogar jene doch nicht weiß Gott wie im Lichte des internationalen Welthandels stehende, nicht weiß Gott wie bedeutsame Einrichtung immerhin doch auch all jene Vorrechte und Immunitäten beansprucht, wie sie sonst diplomatischen Einrichtungen zukommen.

Es ist mir relativ egal, ob diese Einrichtung diplomatische Vorrechte und Immunitäten genießt, nur denke ich mir, das ist nicht unbedingt der Ausdruck einer wirklich effizient mit den Betroffenen arbeitenden Organisation, wenn hier letztlich doch wieder nur Diplomaten das Sagen haben. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Das Verwaltungskonto, das für die Organisation zur Verfügung steht, das heißt eigentlich das Budget der Organisation, in das, wie ich hoffe, kraft unseres Entschließungsantrages Österreich in stärkerem Maß einzuzahlen bereit sein wird, um wenigstens ein bißchen mehr an Projekten zu ermöglichen, dient der Umsetzung vor allem der Informationsaufgaben, das heißt, wenn man so will, könnte durch diese Einrichtung dann eine Werbekampagne für Jute und Juteprodukte gestartet werden.

Es sind kraft dieses Übereinkommens auf dem Sonderkonto zwei Unterkonten einzurichten, nämlich betreffend die Projektvorbereitung und die Projekte selbst. Das Projektvorbereitungskonto ist jenes Konto, das dazu dienen soll, neue kreative Projekte ins Leben zu rufen, und das Unterkonto Projekte wiederum dient deren Realisierung.

Es ist dann der Kontrollmechanismus zwischen dem Rat und der Exekutive über die Verfügung der Mittel aus dem Konto angeführt. Es ist aber so, daß letztlich über die generelle Linie der Mittelvergabe und die Projektauswahl von den Mitgliedern, das heißt von den Abnehmern einerseits und von den Anbietern andererseits, jeweils in ihren beiden getrennten Kurien nach Stimmenmehrheit entschieden wird. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Leider gibt es auf der Ebene der Projekte, denn das wäre dann ja die Ebene, auf der man wirklich die Zielsetzungen der Präambel und die Zielsetzungen jener internationaler Abkommen, auf die das Internationale Übereinkommen über Jute

und Juteprodukte verweist, mit Leben erfüllen könnte.

Auf der Ebene der Projekte könnte man doch tatsächlich hineinschreiben, daß beispielsweise eine ökologische und soziale Bewertung von Projekten stattzufinden hat. Was sich hier findet, ist zwar wenigstens eine Weiterverfolgung der Projekte im Hinblick auf ihre Wirksamkeit, aber auch diese Wirksamkeit ist nicht wirklich definiert. Und ich glaube, gerade im Bereich der Entwicklungshilfe dürfen wir uns nicht damit zufriedengeben, wenn ein Projekt halt gerade so aussieht, daß es sich ökonomisch irgendwie über die Runden wurschtelt, sondern man sollte doch tatsächlich mit ein bißchen Ambitionen an diese Projekte herangehen. Und dann wäre es auch angemessen gewesen, die Kriterien für die Projektauswahl im Artikel 24 auch direkt zu verankern, denn dort hätte es hingehört. *(Beifall bei den Grünen. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ja, es handelt sich um den Artikel 24, in dem die Projekte dargestellt sind.

Leider Gottes wird bei den Projekten nur Wert auf die Aspekte der Kostensenkung und der Erschließung des Arbeitskräftepotentials, was immer das heißen soll, und auf die Wirksamkeit von Projekten gelegt. Aber auch hinsichtlich der Wirksamkeit kann man ja sehr Verschiedenes verstehen. Man kann mit einem ambitionierten entwicklungspolitischen Ansatz die Frage der Wirksamkeit aufwerfen, oder man kann einfach sagen: Wirksam ist jedes Projekt, das zumindest einmal kommerziell Bestand hat. — Und ich glaube, das ist gerade angesichts der Situation von Bangladesch und der anderen Juteexporteure viel, viel zu wenig.

Ich glaube daher, daß weder der Artikel 24 noch der Artikel 28, der einige Kriterien für die Genehmigung von Projekten vorsieht, letztlich den gesamten in der Präambel verankerten Zielen, aber auch den Zielen jener Abkommen, auf die dieses Abkommen selbst verweist, gerecht wird. *(Lang anhaltender Beifall bei den Grünen. — Abg. Probst: Jetzt werden Sie weiter gequält, damit Sie irgendwelche Rekorde brechen!)*

Nehmen Sie zum Beispiel den Text . . . *(Abg. Parnigoni: Man hört Sie kaum!)* Sie hören mich sehr gut, Herr Abgeordneter Parnigoni. *(Abg. Parnigoni: Lauter! Lauter!)* Sie hören mich sehr gut, denn ich höre Sie ja auch, und Sie haben nicht einmal ein Mikrofon.

Nehmen Sie sich einmal den Text der Artikel 27 und 28 her, und versuchen wir dann, gemeinsam herauszufinden, ob hier . . . *(Abg. Ingrid Tichy-Schreder: Vergleichen wir die englische mit der deutschen Version!)* Soweit sind wir noch nicht, Frau Abgeordnete Tichy-Schreder. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dr. Madeleine Petrovic

Ich weiß nicht, ob wir tatsächlich bis zur englischen Textierung kommen, denn ich glaube, daß wir hier doch sehr, sehr viele Fachausdrücke antreffen werden, und ich möchte wirklich nicht, daß irgend jemand den Feinheiten dieses Abkommens nicht bis ins letzte Detail folgen kann. (*Heiterkeit und Beifall bei den Grünen.*) Das wäre schade.

Und außerdem fällt mir ein, daß es doch auch einmal Zwischenrufe wie: „Reden Sie deutsch!“ gab. Ich sehe zwar die betreffenden Personen im Moment nicht. (*Abg. Voggenhuber: Keppelmüller schläft gerade!*) Und vielleicht ist auch die englische Sprache hier nicht so verpönt wie die kroatische Sprache. Aber man weiß es ja nicht.

Bleiben wir nun aber bei diesem Abkommen über Jute und Juteerzeugnisse, und schauen wir uns die Projektkriterien an. Da ist zum einen das Kriterium der Kostensenkung. Die Projekte im Zusammenhang mit der Kostensenkung sollen unter anderem darauf gerichtet sein, soweit angebracht, die Verfahren und Methoden in bezug auf die landwirtschaftliche Produktivität und die Faserqualität zu verbessern, die Verfahren und Methoden in bezug auf Arbeitsmaterial und Kapitalkosten in der juteverarbeitenden Industrie zu verbessern und Informationen über die der Jutewirtschaft gegenwärtig zur Verfügung stehenden wirksamsten Methoden und Verfahren zum Nutzen der Mitglieder auszuarbeiten und auf dem neuesten Stand zu halten.

Das heißt, das ist ein klassisches Kostenskriterium für Projekte: Verbesserung der Faserqualität und ähnliches. Es steht hier kein Wort mehr von den sehr hohen Zielsetzungen, wie sie sowohl in der Präambel als auch im Artikel 1 als auch im Aktionsprogramm zum Ausdruck kommen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die Kriterien für die Genehmigung von Projekten beinhaltet dann der Artikel 28. Der Genehmigung von Projekten durch den Rat werden folgende Kriterien zugrunde gelegt: Sie müssen die Möglichkeit bieten, jetzt oder in Zukunft mehreren Mitgliedern, von denen mindestens eines ein Ausfuhrmitglied ist, zu nutzen, und für die Jutewirtschaft insgesamt von Nutzen sein. Sie müssen mit der Erhaltung oder Ausweitung des internationalen Handels mit Jute und Juteerzeugnissen im Zusammenhang stehen. Sie müssen kurzfristig oder langfristig Aussichten auf günstige wirtschaftliche Ergebnisse in bezug auf die Kosten bieten. Und sie müssen dem Umfang des internationalen Handels mit Jute und Juteerzeugnissen entsprechen. Sie müssen ferner die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit oder die Marktaussichten von Jute und Juteerzeugnissen verbessern können.

Das sind also wieder, wie im Artikel 27, vollkommen klassische ökonomische Kriterien: Kostensenkung, Marktchancen, sogar Steigerung des Handels mit den ganzen Problemen des Wachstums, auf die wir ja schon eingegangen sind, und schließlich der internationale Handel insgesamt und die Wettbewerbsfähigkeit. (*Beifall bei den Grünen.*)

Da ist nichts mehr zu finden von den Zielsetzungen der Präambel, insbesondere auch von den Umweltgesichtspunkten im Rahmen der Tätigkeit der Organisation, nichts betreffend die Ausweitung und Diversifizierung und die vermehrte und differenzierte Verarbeitung.

Genau das bestätigt eigentlich die Befürchtungen, daß man auf der Ebene der Konkretisierung der Projekte bei weitem hinter den Zielsetzungen, die noch ganz gut und vernünftig klingen, zurückbleibt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich glaube, daß es jetzt angesagt wäre, die Einbettung dieser angesprochenen landwirtschaftlichen Produktion mit den sonstigen auch von der Regierungsvorlage umfaßten Teilen des Aktionsprogrammes weiter zu besprechen. Denn — das habe ich auch sehr klar gesagt — ich gehöre nicht zu jenen, die glauben, man kann heute noch immer nur mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen allein, mag es jetzt die Jute sein oder irgendein anderer in einem bestimmten Entwicklungsland besonders dominierender Rohstoff, wirklich Entwicklungsprozesse in Gang setzen und in Gang halten oder eine Entwicklung, die einen umgekehrten Trend im Bereich der terms of trade auslöst, in die Wege leiten. Das heißt, es wird auch — und es ist ein Teil dieses Abkommens — verwiesen auf die Passagen des Aktionsprogrammes über die Industrialisierung, und zwar mit den folgenden Ausführungen:

Die Völkergemeinschaft soll alle Anstrengungen unternehmen, um die Industrialisierung der Entwicklungsländer zu fördern. Zu diesem Zweck

sollen die entwickelten Länder im Rahmen ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe und im Rahmen der internationalen Finanzinstitutionen auf die Anträge der Entwicklungsländer auf Finanzierung von Investitionsvorhaben positiv reagieren,

sollen die entwickelten Länder in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und im Rahmen ihrer Gesetze und sonstigen Vorschriften Kapitalanleger ermutigen, Investitionsvorhaben, insbesondere der exportorientierten Produktion, in den Entwicklungsländern zu finanzieren,

sollen die entwickelten Länder und die Organisationen der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zur Schaffung

Dr. Madeleine Petrovic

neuer Industriekapazitäten einschließlich Anlagen zur Umwandlung von Roh- und Grundstoffen beitragen, und zwar vordringlich in den Entwicklungsländern, die diese Roh- und Grundstoffe erzeugen, um dadurch eine neue Weltwirtschaftsstruktur herbeizuführen, die den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion erhöht,

sollen mit Hilfe der entwickelten Länder und der internationalen Institutionen die betrieblichen und ausbildungsorientierten Vorhaben der technischen Hilfe einschließlich der Berufs- und Managementausbildung von Personal der Entwicklungsländer unter Berücksichtigung ihrer besonderen Entwicklungsbedürfnisse weitergeführt und ausgebaut werden.

Das heißt, da haben wir wieder die volle Palette der Maßnahmen, die eigentlich zu ergreifen wären, die dann bei den Projektkriterien aber vollkommen zu kurz kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich glaube nämlich, man sollte bei dem wahrscheinlich immer relativ knappen Finanzierungsvolumen, das zur Verfügung steht, im Zweifel schon ein Projekt auswählen, das eher in die höheren Veredelungsstufen hineinreicht, und auf diese Weise die vollkommene Abhängigkeit — wie eben im Falle Bangladesch von über 70 Prozent — von der reinen Grundstoffherzeugung lockern. Denn dann wäre es auch wieder möglich, die Fläche weniger intensiv zu bewirtschaften und ein Mehr an Fläche nicht in den Export zu stecken, sondern in die Erzeugung von jenen Nahrungsmitteln, Gebrauchs- und Genußprodukten, die die ansässige Bevölkerung braucht. *(Beifall bei den Grünen.)*

So unterschiedlich sind die Probleme, die etwa das Waldviertel hat, Herr Abgeordneter Parnigoni, in der Relation der österreichischen Entwicklungsunterschiede auch nicht. Auch hier gibt es gewaltige Unterschiede, und auch hier sollte man sich mehr bemühen, in Richtung eines Ausgleiches dieser Unterschiede zu arbeiten. Aber das ist der ganz große, nicht wirklich verständliche Widerspruch, der etwa auch im Bereich der Europäischen Gemeinschaften angesiedelt ist. Denn ein Konzept, das auch dort auf immer mehr und immer intensiveren Handel zu reinen Weltmarktbedingungen, wie gehabt, setzt, muß natürlich die Ungleichheiten eher intensivieren, als sie lindern.

Und das führt zu jenem Befund, mit dem wir uns teilweise schon ein wenig auseinandergesetzt haben, daß es nämlich in einer überaus fruchtbaren Welt Hunger gibt. In einer Welt, in der durchschnittlich pro Kopf eine Nahrungsmittelproduktion von 3 140 Kalorien und von 65 Gramm Protein pro Tag zuwege gebracht wird, was absolut ausreicht zu einer mehr als ge-

nügenden Ernährung, herrscht dennoch Hunger! Über eine Milliarde Menschen hungern. Und sehr viele von diesen Menschen wohnen eben in diesen least developed countries, zu denen auch Bangladesch gehört. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der Grund für Hunger ist vor allem in der Einkommensfrage zu suchen, nicht im allgemeinen Mangel an Nahrungsmitteln. Es gibt aber natürlich auch die Situationen, die uns aus den Dürregebieten der Erde bekannt sind. Da gibt es dann wieder einen Rückbezug zu verfehlten Entwicklungsprojekten, Staudammprojekten aller Art, aber auch den Rückbezug zum insgesamt unterlassenen Umweltschutz. Gleichgültig, ob das jetzt mit der Abholzung der Wälder in Verbindung zu bringen ist oder dem übermäßigen Gebrauch an fossilen Energien, irgendwo rächt es sich. Und es rächt sich halt leider zu allererst und am intensivsten — da wird es zu einer Frage von Leben und Tod — in jenen Staaten, in denen die Menschen nicht selbst mit allen möglichen technischen Hilfen Abhilfe schaffen können.

Bei uns ist das noch möglich, selbst wenn es um verschiedene ökologische Probleme, etwa rund um die Bodenerosion, geht. Die Menschen können sich immer noch relativ lang vor den ganz dramatischen Auswirkungen für ihr eigenes Leben und ihre eigene Gesundheit schützen, wenn auch nur sehr oberflächlich, denn, wie gesagt, auch diese Probleme nehmen derartige Dimensionen an, daß das nicht mehr sehr lange möglich sein wird.

In Staaten wie Bangladesch aber ist das eine Frage, die jeden Tag Hungeropfer kostet und die jeden Tag dazu führt, daß Menschen ihre aller-notwendigsten Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Hunger ist vor allem eine Einkommensfrage. Nicht ein allgemeiner Mangel an Nahrungsmitteln, sondern die fehlende Kaufkraft der Landlosen ist der Grund dafür. Und von diesen Landlosen lebt eine sehr, sehr große Zahl gerade in den Juteexportländern, in Bangladesch allein sind 48 Prozent der Bevölkerung Landlose, Slumbewohner und Arbeitslose. Und deren fehlende Kaufkraft verursacht den chronischen Hunger. Die Redeweise von hungernden Völkern oder hungernden Kontinenten ist deshalb verfälscht, denn gerade in Staaten, in denen die interne Einkommensverteilung derartig ungleichmäßig ist, müssen nicht alle hungern. Aber die, die hungern, sind in der Regel tatsächlich existenziell bedroht.

Die Erhöhung der Produktion von Nahrungsmitteln allein beseitigt den Hunger nicht notwendigerweise, wenn die Armen keine Arbeit und kein Einkommen haben oder wenn die Mehrerträge nur mehr in den Export fließen oder gar als

Dr. Madeleine Petrovic

Viehfutter verwendet oder exportiert werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Daher glaube ich sehr wohl, daß man mit einem wohlabgestimmten Mix von verschiedenen Projekten auf verschiedenen Ebenen wird agieren müssen, denn es wird kurzfristig wohl nicht möglich sein, 48 Prozent der Bevölkerung, die Landlosen, derart mit Land zu versorgen, daß eine ausreichende Abdeckung der Grundbedürfnisse sichergestellt ist. Deswegen sollte man, glaube ich, auch in einem Rohstoffabkommen dem Aspekt der industriellen Produktion und der Förderung von angepaßten industriellen Anlagen doch einen gewissen Raum widmen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber es wird lange dauern, bis wir so weit kommen, daß die Ziele, wie sie im Aktionsprogramm gerade im Zusammenhang mit dem Kapitel der Industrialisierung angesprochen sind, verwirklicht werden können. Hier besteht noch ein unglaublich großer Aufholbedarf. Es heißt hier sehr richtig, daß die Berufs- und Managementausbildung mit Hilfe der entwickelten Länder zu fördern ist, daß das Personal der Entwicklungsländer unter Berücksichtigung ihrer besonderen Entwicklungsbedürfnisse weitergeführt und ausgebaut werden soll. Das heißt, ohne Bildung und Ausbildung werden sich die Zielsetzungen der Industrialisierung nicht wirklich erreichen lassen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Übertragung von Technologie erhält ein eigenes Kapitel im Bereich des Aktionsprogrammes. Ich glaube, neben der Vorgangsweise betreffend die landwirtschaftliche Produktion könnte auch in einem Rohstoffabkommen durchaus einmal ein Bekenntnis zu einer besseren — im Sinne einer nachhaltigeren und wertvolleren — Ausschöpfung des Hauptrohstoffes verankert sein. Das Bekenntnis zum quantitativen Wachstum wäre jedoch absolut entbehrlich gewesen.

In diesem Abkommen findet sich indirekt auch ein Passus über die anderen Bereiche, über Industrie und Dienstleistung, und zwar über die Anknüpfung durch das Aktionsprogramm, das wiederum auf den Verhaltenskodex für Linienschiffahrtskonferenzen verweist. Aber diese indirekten Verweise sind zu wenig, denn, wie Sie sehen, es bedarf einiger Mühe, wenn man sich die ganzen Rechtsquellen in ihrer Verknüpfung vor Augen führen und wirklich darauf kommen will, was hier eigentlich gemeint ist. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Ein ganz wichtiger Bereich, egal ob es jetzt um eine intelligentere Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe in der Weiterverarbeitung, um industrielle Produktionen oder auch um intelligente Dienstleistungen geht, ist die Übertragung von Technologie. In diesen Systemen, die sich derzeit leider — glaube ich — eher verhärten, als daß sie

sich wirklich auflockern und den Interessen der Entwicklungsländer Rechnung tragen, wird es nicht möglich sein, daß sich die Entwicklungsländer jenes Know-how besorgen können, das zu einer wirklich nachhaltigen Entwicklung notwendig ist.

Im Aktionsprogramm heißt es zum Bereich der Übertragung von Technologie: Alle Anstrengungen sollen unternommen werden, um einen internationalen Verhaltenskodex für die Übertragung von Technologie aufzustellen, der den Bedürfnissen und Gegebenheiten der Entwicklungsländer entspricht, den Entwicklungsländern zu besseren Bedingungen Zugang zur modernen Technologie zu gewähren und diese gegebenenfalls den besonderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedingungen und dem unterschiedlichen Entwicklungsstand der einzelnen Länder anzupassen, die Unterstützung der Entwicklungsländer durch die entwickelten Länder bei Forschungs- und Entwicklungsprogrammen und bei der Schaffung geeigneter einheimischer Technologien beträchtlich zu erweitern, die kommerziellen Praktiken bei der Übertragung von Technologie den Erfordernissen der Entwicklungsländer anzupassen und den Mißbrauch der Rechte der Verkäufer zu verhindern *(Beifall bei den Grünen)*, die internationale Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung sowie der Erforschung und Ausbeutung, Erhaltung und rechtmäßigen Verwendung der natürlichen Hilfsquellen und aller Energiequellen zu fördern. Bei der Durchführung der vorstehend genannten Maßnahmen soll den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten und der Binnenländer Rechnung getragen werden. *(Präsidentin Dr. Heide Schmidt übernimmt den Vorsitz.)*

Das wäre eigentlich eine ziemlich glatte Absage an ein rigid gehandhabtes Regime geistigen Eigentums, in dem Patente teuer bezahlt werden müssen und die Entwicklungsländer niemals eine Chance haben, selbst zum Kreis jener Länder zu gehören, die Patente produzieren können.

Denn da schließt sich wieder der Kreis zu den mangelnden Ausbildungs- und Schulungseinrichtungen, die ja nicht wirklich vorhanden sind, was in der Folge dazu führt, daß es natürlich keine substantielle Forschung gibt, nicht einmal im Bereich der unmittelbaren Veredelung von Rohstoffen, geschweige denn in irgendeinem High-Tech-Bereich. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit der langen Bindung von Patentrechten, gerade als Bremse gegenüber den Entwicklungsländern, geht sehr lange zurück. Bereits Ende des vorigen Jahrhunderts gab es eine heftige Diskussion um den Eigentumsbegriff im Zusammenhang mit geistigem Eigentum, mit den Früchten aus Forschung und Entwicklung. Es hat sich dann letzt-

Dr. Madeleine Petrovic

lich die Lobby für einen weltweiten strengen Patentschutz durchgesetzt. Obwohl paradoxerweise ursprünglich jene, die als die Repräsentanten der Marktwirtschaft galten, nichts vom Patentschutz wissen wollten, zählt er heute zu den wichtigsten und stringentesten Unterdrückungsmechanismen.

Es haben diese immateriellen Güterrechte, diese Patentrechte eigentlich fast nahtlos die Funktion der Kolonialbeziehungen übernommen. Während bei den Kolonialbeziehungen zumindest der Adressat von Freiheitskämpfen bekannt war (*Abg. Scheibner: Sagen Sie uns endlich, was das Klumpert kostet!*), nämlich ein anderer Staat . . . Herr Abgeordneter! Welches Klumpert meinen Sie? (*Abg. Scheibner: Dieses Jutezeug!*) Sie müssen einen ganz wichtigen Abschnitt meiner Ausführungen verpaßt haben, denn ich habe einen Preisvergleich gebracht zwischen einem . . . (*Abg. Scheibner: Wir wollen nicht den Vergleich haben, sondern eine konkrete Zahl! Ein Kilogramm Jute!*) Sie müßten beispielsweise für eine solch nicht sonderlich ausgeführte Tragtasche aus Jute, aus zirka einem halben Quadratmeter Jute, etwa 15 S zahlen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das heißt, obwohl ursprünglich die Verfechter des Freihandels nichts vom Patentschutz wissen wollten, kam es dann doch dazu, daß der Patentschutz mittlerweile zu einem völlig anerkannten Teil des Schutzes immaterieller Güter geworden ist. Gerade diejenigen, die sich heute als Proponenten der Marktwirtschaft verstehen, gehen eigentlich mit einer großen Selbstverständlichkeit davon aus, daß derartige Rechte zu schützen sind. Damit ist aber der Anreiz für die Entwicklungsländer, doch auch in zumindest gewisse Bereiche der Forschung zu investieren, überhaupt nicht gegeben. Denn alles, was dort in potentieller Weise erforscht werden könnte, ist bereits durch irgendwelche Patente oder immateriellen Güterrechte abgedeckt. Es besteht daher kein wirklicher Anreiz, in diese Forschungsbereiche einzusteigen, selbst wenn es möglich wäre, jedoch fehlen meist die Grundlagen dafür in diesen ärmsten der armen Staaten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Die GATT-Verhandlungen sind über Erwähnung der GATT-Gremien im Artikel 14 dieses Abkommens als integrierender Bestandteil anzusehen. In diesen GATT-Gremien gibt es ganz heftige Attacken von seiten der Industrieländer gegen die Entwicklungsländer und gegen den angeblich dort mangelnden Patentschutz, weswegen man auch nicht bereit sei, diesen Ländern sensible Technologien zur Verfügung zu stellen, weil dort angeblich der Schutz des geistigen Eigentums nicht gewährleistet sei.

Die Vereinigung der chemischen Industrie der USA berichtet von jährlichen Verlusten in der

Höhe von bis zu 6 Milliarden US-Dollar, während die Vereinigung der pharmazeutischen Industrie jährlich 4 Milliarden Verluste durch Patentpiraterie behauptet.

Man sieht bereits, um welche Größenordnungen es sich bei manchen Wirtschaftsbranchen handelt, Größenordnungen von Milliarden Dollars. Es ist leider im Zuge der aktuellen Gentechnologiediskussion zu befürchten, daß sich diese — man kann fast sagen — neokoloniale Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Schaltzentralen der Großkonzerne eher vergrößern wird. (*Beifall bei den Grünen.*)

Wie sieht es in der Praxis aus? Wir haben gerade gehört, daß das Aktionsprogramm an sich davon ausgeht, daß diese Technologien, soweit sie geschützt sind, den Staaten, die diese dringend brauchen — man kann sagen, wie einen Bissen Brot brauchen, denn sie brauchen das technologische Wissen genauso wie eine verbesserte Ernährungssituation —, zur Verfügung zu stellen sind. Die Realität — das sind relativ aktuelle Werte aus dem Jahre 1990 — sieht ganz anders aus.

Das heißt, hier geht das Übereinkommen in den Bereich des Wunschdenkens hinein. Es ist halt kein sehr sinnvoller Ansatz, wenn man nach wie vor über die Präambeln all diese Rechtsquellen hineinzitiert und sagt, dann haben wir es auch drinnen, und seit 20 Jahren passiert in der Praxis folgendes:

Von den in den siebziger Jahren weltweit 3,5 Millionen existierenden Patenten waren nur etwa 200 000 den Entwicklungsländern verliehen. Das heißt, es gab 3,5 Millionen Patente, davon waren nur etwa 200 000 in den Entwicklungsländern verliehen. Den überwiegenden Anteil der Patente der Dritten Welt, etwa 84 Prozent, halten Ausländer, vor allem transnationale Unternehmen aus den fünf reichsten OECD-Ländern. Aber noch bemerkenswerter ist, daß etwa 95 Prozent dieser Patente im Süden gar nicht für die Produktion verwendet werden. Wie verschiedene UN-Organisationen und die internationale Entwicklungsbank feststellten, werden Patente von transnationalen Unternehmen überwiegend genutzt, um die Märkte der Dritten Welt für im Norden produzierte Güter abzusichern.

Das heißt, die Zahl der in den Entwicklungsländern registrierten Patente gibt keinen Aufschluß über die dort entwickelten geschützten Verfahren und Produkte, sondern stellt in der Regel eine Verhaltensweise der Gesellschaften aus entwickelten Ländern dar, die diese Vorgangsweise wählen, um auch in den Herkunftsländern der Rohstoffe, wie etwa der Jute, umfassenden Schutz zu haben, falls ein anderer Mitkonkurrent aus einem reichen Industriestaat auf die Idee kommt, in

Dr. Madeleine Petrovic

die dortigen Handelsbeziehungen hineinzunvestieren oder hineinzugehen.

Wie ist dieser Bereich im Rahmen der internationalen Gesetzeslage abgedeckt? Hier hat die Gesetzgebung im Bereich des internationalen Privatrechtes eine direkte Linie zu den ehemaligen Kolonialmächten. Das heißt, es ist tatsächlich so, daß für den Bereich des Schutzes des geistigen Eigentums die diesbezüglichen Rechtsquellen aus der Kolonialzeit weiter wirken, weil die Länder und ihre Vertreterinnen und Vertreter in ihrer Armut wahrscheinlich gar keinen Bedarf oder Notwendigkeit sehen, ein eigenes Patentrecht oder ähnliches zu formulieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, diese Gesetzgebung ist entweder direkt von den ehemaligen Kolonialmächten übernommen oder für andere industrialisierte Länder entworfen und dann lediglich übernommen worden. Eine jede kleine Revision der Pariser Konvention hat die Monopolrechte der Patentinhaber gestärkt und die Verhandlungsposition sowohl der Öffentlichkeit als auch der Dritten Welt geschwächt. Die Entwicklungsländer haben somit ihrerseits gar keine andere Wahl, als ihr souveränes Recht wahrzunehmen und sich eine eigene IPR-Rechtsprechung nach ihren Bedürfnissen zu schaffen.

Es ist nur so, daß gerade Staaten wie Bangladesch von eigenständigen Schritten hinsichtlich der Bereiche des Immaterialgüterrechtes und des internationalen Privatrechtes sehr weit entfernt sind, denn es gibt für einen Staat, der zu über 70 Prozent einer nach sehr rückschrittlichen Methoden betriebenen Agrarproduktion verhaftet ist, überhaupt keinen Bedarf und keine Notwendigkeit.

Wie könnte aber eine bessere Entwicklung auf Basis des Aktionsprogramms und des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse ausschauen, die eine Absage an agroindustrielle Entwicklungsmodelle bedeutet, wie sie heute bei schlechter Übertragung europäischer Praktiken leider noch allzuoft anzutreffen sind?

Das schlechte Modell der agroindustriellen Entwicklung setzt eine riesige Maschinerie des internationalen Agrobusiness in Bewegung. Internationale Banken leihen Kredite an multilaterale Finanzierungsinstitute wie die Weltbank, die IDA und die regionalen Entwicklungsbanken, welche staatlich garantierte Darlehen für die Agroindustrie bereitstellen.

Davon profitieren wieder Chemie-, Dünger- und Pestizidindustrien, Planungs- und Consultingfirmen, internationale Handelskompanien, Flug- und Schiffahrtsgesellschaften, Börsenspekulanten. Der Boden und die Landwirtschaft in

den Entwicklungsländern werden zu einer Zwischenstufe von vor- und nachgelagerten Industrien im Ausland. Trotz größerer Erträge werden auf diesem Entwicklungspfad immer mehr Menschen in den Entwicklungsländern Hunger leiden. Die Rationalisierung in der Landwirtschaft setzt Arbeitslose frei, die in den Slums der Städte landen.

Es ist eigentlich sehr bemerkenswert, daß fortschrittliche Bücher zur Entwicklungshilfe und zu den internationalen Abkommen diese negativen Modelle klar entlarvt haben, obwohl es eigentlich — das muß man konstatieren — nach wie vor das Modell letztlich auch einer Gemeinschaft wie der Europäischen Gemeinschaft ist. Dort gibt es auch diese agroindustrielle Entwicklung, die bereits in den Büchern zur Entwicklungshilfe als ein falscher Weg, ein Irrweg sehr klar erkannt wurde. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es gibt aber ein anderes Modell, das meiner Meinung nach dem Geist des Aktionsprogrammes und dem Geist des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse, wenigstens was seine Präambel und seinen Zielkatalog betrifft, eher entsprechen würde, nämlich das Modell einer integrierten ländlichen Entwicklung.

Eine integrierte Entwicklung der ländlichen Gebiete paßt die Technologien den sozialen und finanziellen Möglichkeiten der ländlichen Bevölkerung an. Die vorgelagerten und nachgelagerten Produktionsstufen der Landwirtschaft werden lokal und gleichzeitig gefördert. Die Entwicklungstheorie spricht von forward und backward linkages.

Als Zulieferer der Landwirtschaft dienen zum Beispiel die klassischen Handwerksberufe Schmied, Schreiner, Schneider, Zimmermann, Maurer und ein Dutzend weiterer dörflicher Berufe. Als nachgelagerte Stufen dienen für die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Müller, Metzger, Käser, Gerber und Weber, die im gleichen Dorf oder in der gleichen Region ansässig sind. Eine solche Entwicklung, eine integrierte ländliche Entwicklung wird hauptsächlich von eigenen Antriebskräften gefördert und gesteuert, also eine autozentrierte Entwicklung.

Die Abhängigkeit von Zulieferern und Abnehmern auf dem Weltmarkt ist kleiner. Was dabei unter Umständen in Kauf genommen wird, ist, daß das Volumen des internationalen Welthandels dabei nicht notwendigerweise zunimmt. Aber ich glaube, das wäre einmal ein gutes Zeichen. Es müssen nicht immer alle Rohstoffabkommen und sonstige Abkommen auf immer mehr und immer mehr ausgerichtet sein, sondern es wäre doch wirklich einmal sinnvoll, auch in einem Abkom-

Dr. Madeleine Petrovic

men ein solches Modell anzustreben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das Gewerbe der der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Produktionsstufen dient dabei gleichzeitig als eine Art Auffangreservoir für die Überschußbevölkerung aus der Landwirtschaft. Damit wird die Landflucht in die Städte vermindert und die Kaufkraft auf dem Lande erhalten. Jetzt könnte man sagen, es sei naiv, anzunehmen, man könnte solche Modelle tatsächlich verwirklichen. Aber es ist nicht naiv, man kann es, und es gibt Beispiele dafür.

Das Problem dabei ist, daß es sowohl gewaltige ökonomische Interessen gibt als auch die Interessen der Hersteller der Plastikverpackungsmaterialien, die nicht wollen, daß sich diese Modelle durchsetzen. Würde man ihnen einmal ein bißchen Hilfe, ein bißchen Finanzierung — dies könnte beispielsweise auch in die Zielsetzungen der diversen Rohstoffabkommen aufgenommen werden — zukommen lassen, dann könnten diese Beispiele sehr bald Schule machen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diese Modelle haben aber nur dann eine Chance, wenn es auch in den entwickelten Ländern Menschen gibt, die sich damit auseinandersetzen und die nicht nach Art der beamteten Apparate, die hier offenbar vielfach am Werk sind, den Text der vorangegangenen Abkommen für neue Abkommen abschreiben. Es wird nur die Liste der Quellenverweise ein bißchen länger. Dann verweisen wir halt noch eingedenk dieses Dokuments, eingedenk jenes Dokuments, und schließlich in Anbetracht der Tatsache kommen noch sämtliche wohlgemeinte Zielsetzungen der Vereinten Nationen, aller Entwicklungshilfeeinrichtungen, der UNCTAD, der Ergänzungen zum GATT, die den Entwicklungsländern helfen sollen. Und dann hat man diese gesammelten sehr, sehr langen Texte.

Wenn wir an dieser Stelle nicht einmal innehalten und beispielsweise der Frage betreffend Erfolgskontrolle ein verstärktes Gewicht beimessen, dann wird es vielleicht wieder in drei, vier oder fünf Jahren eine Auseinandersetzung mit dem nächsten derartigen Abkommen geben. Wir werden wieder feststellen, daß es in der Realität nicht besser geworden ist. Die Zielsetzungen sind noch immer so löblich, so schön und klingen so edel, aber leider geht es den Menschen nach wie vor schlecht.

Wo gibt es Beispiele für eine Überwindung einer Unterentwicklung in der Wirtschaftsgeschichte? Ein solches gab es zunächst einmal — das liegt heute so ferne, daß man sich gar nicht mehr daran zurückerinnern kann — hier in Westeuropa. Das gab es aber auch in bestimmter Art und Weise, über die man sicherlich noch länger reden

müßte, in China und last but not least in Japan. Ohne Zweifel ist nicht alles, was dort passiert, unbedingt erstrebenswert oder eine tatsächliche Lösung von Problemen. Aber — ich muß doch sagen, das ist schon einmal sehr viel — es gibt kaum noch Menschen in diesen Staaten, die, wenn sie die Entwicklung zumindest einmal auf dieser ersten Ebene geschafft haben, verhungern. Das ist schon einmal sehr viel, damit ist schon sehr viel erreicht worden.

Der große Bereich, der noch aussteht, ist die ökologische Situation. Hier ist es so, daß die Entwicklungsländer zumindest in einer gleich schlechten Situation wie wir sind, sich aber aufgrund der unmittelbaren Betroffenheit der Bevölkerung in einer weit schlechteren Situation befinden.

Wenn man sich beispielsweise die enorme Zerstörung an Ökosystemen ansieht, dann wird deutlich, daß es ohne die ernsthafte Realisierung der hinter dem Jute-Abkommen und ähnlichen Abkommen stehenden internationalen Rechtsquellen keinen Ausweg für diese Länder gibt, aus eigenem dem ökologischen Desaster zu entgehen.

Leider ist es aber so, daß bislang nicht einmal im kleinen Österreich jene Schlußfolgerungen getroffen wurden, von denen sich wenigstens mit Ernsthaftigkeit behaupten ließe, daß wir im eigenen Bereich alles getan haben, um hier mit einem besseren Beispiel voranzugehen als jene Staaten, die schon allein aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit ein sehr starkes Relikt haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es schmerzt natürlich ganz ungemein, wenn man in einem sehr anerkannten Buch über Entwicklungshilfe lesen muß, daß nicht einmal die Entwicklungshilfeprojekte nach den Kriterien, wie sie in den von Österreich akzeptierten internationalen Übereinkommen verankert sind, eingehalten werden, sondern daß sogar noch Österreich als Zielland der illegalen Kapitalflucht und des illegalen Transfers von Fluchtgeldern aufgelistet wird. Neben Österreich finden hier noch die Schweiz und Liechtenstein gesondert Erwähnung. Das ist doch etwas, was man nicht verschweigen sollte.

Zum einen steht ein Rohstoffabkommen zur Beschlußfassung an, und zum anderen haben wir es offenbar nicht einmal geschafft, den Transfer von Geldern einer gewissen Oberschicht, die ohne jede Skrupel diese Gelder der Nutzung durch die Bevölkerung und dem Land entziehen, nach Österreich zu unterbinden. Das ist ein sehr trauriger Befund, und das sollte im Bereich unseres Bankwesens, auch im Rahmen einer verbesserten internationalen Beziehung gerade zu den besonders armen Entwicklungsländern nicht au-

Dr. Madeleine Petrovic

ber acht gelassen werden. (*Beifall bei den Grünen.*)

Was sieht nun das Aktionsprogramm, dieser integrierende Bestandteil des Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse im Hinblick auf die Regelung und Kontrolle der Tätigkeit transnationaler Gesellschaften vor?

Alle Anstrengungen zur Annahme und Anwendung eines internationalen Verhaltenscodex für transnationale Gesellschaften sollen unternommen werden, um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder, in denen sie wirken, und ihre Zusammenarbeit mit rassistischen Regimen und Kolonialregierungen zu unterbinden;

ihre Tätigkeit in den Gastländern zu regeln, um restriktive Geschäftspraktiken auszuschalten und sie in den Rahmen der nationalen Entwicklungspläne und Entwicklungsziele der Entwicklungsländer einzufügen und in diesem Zusammenhang, soweit erforderlich, die Überprüfung und Änderung bereits abgeschlossener Vereinbarungen zu erleichtern;

den Entwicklungsländern Unterstützung, die Übertragung von Technologien und Managementkenntnissen zu gerechten und günstigen Bedingungen zu sichern;

die Rückführung der aus ihrer Tätigkeit erzielten Gewinne unter Berücksichtigung der legitimen Interessen aller Beteiligten zu regeln und – schließlich –

die Reinvestierung ihrer Gewinne in den Entwicklungsländern zu fördern.

Wie schaut es aber tatsächlich mit transnationalen Gesellschaften, mit Konzernen in (*Abg. Scheibner: Sagen Sie lieber, was es kostet!*) der Dritten Welt, mit Konzernen in den Juteproduktionsländern aus?

Ich möchte Ihnen das anhand des Beispiels Bangladesch erläutern. Das hat nicht mehr viel mit der Einhaltung dieses Zielkataloges zu tun. Die Bevölkerungsentwicklung und die Arbeitsplatzentwicklung gehen in den Staaten der Dritten Welt völlig auseinander. Die transnationalen Gesellschaften sind, wenn es um den Schutz ihrer Investitionen geht, besorgt und pochen auf ihre Rechte. Die Bedürfnisse der Bevölkerung können sie schon allein aufgrund der in Frage stehenden quantitativen Relationen niemals erfüllen. Wir haben voraussichtlich bis zum Jahr 2000 in den am wenigsten entwickelten Ländern einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitsplätzen von fast 800 Millionen. (*Sehr lang anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Das ist offensichtlich die große Einsicht in die Notwendigkeit, daß tatsächlich so viele Arbeits-

plätze geschaffen werden müssen und daß das auch völlig mit den Intentionen des Aktionsprogrammes übereinstimmt.

Wir haben nicht nur einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitsplätzen von knappen 800 Millionen, sondern wir müssen uns auch, wenn wir im Bereich der möglichen Entwicklung bleiben wollen, vor Augen halten, daß wir mit den Arbeitsplätzen, die bei uns gang und gäbe sind, und mit den Arbeitsplätzen, die im High-Tech-Bereich Investitionen in Millionenhöhe erfordern, dem Bedarf der Entwicklungsländer nicht annähernd nur gerecht werden können.

In Ländern, die von ihrem Entwicklungsniveau her mit Staaten wie Bangladesch vergleichbar sind, werden für die Schaffung pro Arbeitsplatz nicht ganz 5 000 Dollar aufgewendet, und das ist wohl das höchste an aufbringbaren Beträgen, das überhaupt vorstellbar ist.

Das heißt, es ist völlig absurd zu glauben, daß die Tätigkeit der multinational agierenden Konzerne in irgendeiner Art und Weise den Arbeitsplatzbedarf der Dritte-Welt-Staaten auch nur annähernd decken könnte.

In den Entwicklungsländern stehen sehr unterschiedliche Summen für die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze zur Verfügung. Jedenfalls erfordert die Industrialisierung Investitionskapital in astronomischer Höhe. (*Abg. Hofmann: Weltrekord ist noch drei Stunden! Anhalten, Kollegin!*) Wegen begrenzter Finanzierungsmittel wird es nie möglich sein, mittels Industrialisierung die Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern in absehbarer Zeit zu beseitigen.

In den Industrieländern wurden laut Stand des Zahlenmaterials von 1980 für jeden neuen Arbeitsplatz durchschnittlich 377 000 Dollar Kapital investiert. Am höchsten waren die entsprechenden Werte in Japan (*Abg. Mag. Karin Praxmarer: Zur Sache!*) mit 535 000 Dollar, in Deutschland waren es 481 000 Dollar, und in den USA wurden 188 000 Dollar pro neuem Arbeitsplatz investiert.

In den Entwicklungsländern, die hier direkt angesprochen sind in bezug auf die Tätigkeit transnationaler Gesellschaften und deren Investitionstätigkeit im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen, standen weit geringere Investitionsmittel zur Verfügung. So investierte Brasilien 40 000 Dollar für einen neuen Arbeitsplatz und nimmt damit die Spitze unter den Entwicklungsländern ein. 29 000 Dollar investierte Südkorea, Kenia nur 4 700 Dollar und Bangladesch nur 1 000 Dollar pro neuer Stelle. (*Beifall bei den Grünen.*)

Dr. Madeleine Petrovic

Das heißt, wir haben andere Arbeitsplätze in Bangladesch, die mit geringeren Investitionssummen zu schaffen sind und auch geschaffen werden. Die transnationalen Gesellschaften, die sich ja fast immer das Mäntelchen der Märtyrer umhängen, wenn sie über ihre Rolle in den Entwicklungsländern reden, können bei ihren Strukturen einer Investition, bei ihren Projekten, bei ihrer hohen Technologie und bei der Patentlizenzabhängigkeit niemals so vorgehen, daß sie diese Zahl an notwendigen Arbeitsplätzen auch nur annähernd gewährleisten können.

Das bedeutet aber, daß man für die Tätigkeit der transnationalen Gesellschaften tatsächlich einen Verhaltenscodex braucht, damit sie im Bereich des Managements, im Bereich der High-Tech-Arbeitsplätze tatsächlich unterstützend wirken und nicht länger den Eindruck erwecken, als wären sie es, die die quantitativen Probleme der mangelnden Arbeitsplätze für die Dritte Welt lösen könnten. Das ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, und das ist daher keine aussagekräftige Entwicklungslinie.

Knüpfen wir jetzt daran an. Was hat, unter Würdigung all dieser Faktoren, die wir bereits genannt haben, unter Berücksichtigung auch der im Jute-Abkommen direkt angesprochenen Vertragstexte, ein Kenner der Situation, gerade was diese wirtschaftliche und soziale Entwicklung betrifft, zu sagen?

Sieht er jetzt unter Würdigung aller Umstände die Möglichkeiten einer positiven Entwicklung, oder ist er eher pessimistisch hinsichtlich der Chancen jener ärmsten unterentwickelten Länder, aus diesem Teufelskreis herauszukommen?

Schauen wir doch, was Radschan Malavia, wahrscheinlich der Experte auf diesem Gebiet, im Zusammenhang mit der achten UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, die über den Verweis des Artikels 14 auch integrierender Bestandteil dieses Vertragswerkes ist, zu sagen hat. Die achte UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung — Ihnen wahrscheinlich bekannt unter dem Kürzel UNCTAD VIII — hat nach fast dreiwöchiger Sitzung in der columbianischen Hafenstadt Cartagena ihre Verhandlungen beendet und vier Konferenzdokumente verabschiedet.

Die eigentliche politische Erklärung von Cartagena ist mit der sibilinischen Bezeichnung „der Geist von Cartagena“ versehen. Man hat auch fast den Eindruck, als handelt es sich bei diesem Geist tatsächlich um ein Gespenst, das hier herumspukt, denn es sind nicht mehr sehr viele reale Maßnahmen vorhanden, und deswegen betitelt Radschan Malavia die Ergebnisse von UNCTAD VIII mit der Überschrift: ruhmloser Abgang.

Die eigentliche Dramatik dabei ist, daß dies nur mehr im Bereich der Absichtserklärungen verbleibt. Malavia sieht diesen Text, der von einer neuen, entwicklungspolitischen Partnerschaft in der UNCTAD spricht, als fast zynisch an. Die dramatisch an Entwicklungshilfegeldern leidenden ärmsten der Armen können nicht von diesen jüngsten Ergebnissen von UNCTAD VIII profitieren. Es wurde eigentlich mehr oder minder nur beschlossen, daß sich die UNCTAD reformieren sollte, daß es eine neue Struktur und auch ein neues Arbeitsprogramm geben sollte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dieser Text, den wir hier in Gestalt des Jute-Abkommens vor uns liegen haben, spiegelt eigentlich genau die Ergebnisse der Cartagena-Konferenz wider. Denn dort wird nicht sehr viel mehr als der Schluß gezogen, daß die Marktwirtschaft im Kampf der Ideologien gesiegt hat, jedes Land und Volk für seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung selbst verantwortlich ist und für die Weltmarktwirtschaft einen Beitrag erbringen soll. Das heißt, es ist eigentlich nur eine lapidare Wiedergabe der Ereignisse im Zusammenhang mit den ehemaligen Ostblockstaaten und den westlichen Industrieländern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, es wurde hier nicht viel mehr erreicht als der Beschluß, daß die UNCTAD zu reformieren sei und ein neues Arbeitsprogramm erstellt werden solle.

Wenn wir uns jetzt ein bißchen an den Beginn der Ausführungen zurückerinnern, dann fällt auf, daß die UNCTAD damals auf Drängen der Dritten Welt vom Wirtschafts- und Sozialausschuß der Vereinten Nationen, vom ECOSOC, 1964 zum ersten Mal einberufen wurde. Bevor es vor zehn Jahren zur Verabschiedung des Aktionsprogrammes kam, wollten die Entwicklungsländer eine eigenständige Welthandelsorganisation, die sie neben den GATT oder vielleicht sogar einmal an die Stelle des GATT setzen wollten.

UNCTAD übernahm immer mehr Funktionen des ECOSOC, und in regelmäßigen Abständen von vier Jahren, mit Ausnahme zwischen UNCTAD IV und UNCTAD V, fanden Konferenzen statt, die stets große Hoffnungen auf ein gerechtes Weltwirtschaftssystem erweckten.

Es gab eine Entsprechung im Bereich der Gesellschaft, kirchliche und politische Jugendorganisationen gründeten eigene UNCTAD-Initiativaktionen und verlangten sehr lautstark eine neue Weltwirtschaftsordnung. Heute scheint diese Forderung zwar nach wie vor auf den Papieren auf, wie etwa an mehreren Stellen dieses Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse, aber es scheint nur mehr eine Papierfloskel

Dr. Madeleine Petrovic

zu sein. Übriggeblieben ist davon nichts. (*Beifall bei den Grünen.*)

Radschan Malavia spricht davon, daß die UNCTAD nunmehr fast zu einem reinen Gesprächsforum verkommen ist und daß kaum noch politischer Druck von dieser Einrichtung ausgeht. Die UNCTAD ist wahrscheinlich mit den Beschlüssen von Cartagena noch nicht vollständig begraben worden, wohl aber – das ist die Einschätzung des Experten in diesem Bereich schlechthin – versinkt sie schön langsam in die Bedeutungslosigkeit.

Der Niedergang der UNCTAD hat mehrere Gründe. Der erste und wichtigste ist, daß die UNO als Einrichtung der Völker keine Möglichkeit hatte und hat, Gerechtigkeit gegen den Willen der UNO-Mächtigen herzustellen.

Die UNO kommt wohl noch am ehesten, was die Verteilung der Stimmen betrifft, einem demokratischen Modell gleich, in dem es nicht darauf ankommt, wieviel Marktmacht der eine oder andere Staat hat, sondern darauf, daß es sich um ein staatliches Gebilde handelt. Dennoch war die UNO gerade in der Zeit des kalten Krieges, aber auch danach bis jetzt eigentlich ein Instrument der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, der Mächtigeren in diesen Gremien.

Die Staaten der westlichen Welt haben die UNCTAD toleriert. Man hat sie immer wieder ihre diversen, sehr löblichen Abkommen produzieren lassen, man hat aber nicht jenen Druck dahintergesetzt, der für die Umsetzung in die Praxis notwendig gewesen wäre.

Der damalige Ostblock hat die UNCTAD als eine Plattform für die psychologische Kriegsführung gegen den Westen benützt, und Dritte-Welt-PolitikerInnen und -BeamtInnen haben mit Hilfe der UNCTAD ihre eigene Verantwortung entsorgt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Man hat es auf dieser Bühne, die es für die Entwicklungsländer gab, zur rechten Zeit verabsäumt, ein tatsächlich schlagkräftiges Instrumentarium zu bilden, das auch mit einem Apparat zwecks Umsetzung ausgestattet worden wäre. Beide Instrumente hätten an sich durchaus gleiche Möglichkeiten gehabt.

Wie schaut das heute im Bereich des GATT aus? Dort zittert sogar die österreichische Landwirtschaft, dort wird sogar die EG angerufen, um einen Schutzmantel gegen die extremen Marktkräfte, die im Wege des GATT auf die österreichische Landwirtschaft hereinbrechen könnten, zu bieten. Die UNCTAD hätte sich im Prinzip von den Entwicklungsmöglichkeiten her genauso zu jenem mächtigen Apparat ausbilden können, den der GATT heute darstellt.

Die Staatengemeinschaft, vor allem die UNO, hat es verabsäumt, die UNCTAD mit den entsprechenden Umsetzungsmechanismen auszustatten und vielleicht zu einem besseren GATT-Modell zu machen. Die UNCTAD – das haben wir aus den diversen Vertragstexten sehr klar gesehen – ist keine Einrichtung, die dirigistischen Methoden frönt oder eine Absage an den Freihandel per se erteilen würde, sondern sie macht genau das, was eigentlich angesagt wäre: Sie gewichtet unter den TeilnehmerInnen im internationalen Handel, und zwar zwischen jenen, die nicht in der Lage sind, ihre eigenen Rechte umsetzen zu können, weil die terms of trade zu verzerrt sind, und jenen, die dazu eher in der Lage sind. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das führt uns wieder zurück zum nächsten Abschnitt des Aktionsprogramms, das ein integrierender Bestandteil des Internationalen Übereinkommens über Jute und Jute-Erzeugnisse ist. Hier sind wir genau an jener Stelle, bei der es um die Rechte und Pflichten der Staaten geht.

Die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, die zurzeit im Entwurf von einer Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen ausgearbeitet wird – das war 1974 – und die nach einer Erklärung der Generalversammlung auf der bevorstehenden 29. Tagung angenommen werden soll, wird ein wirksames Instrument zur Errichtung eines neuen Systems der Weltwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der souveränen Gleichheit und der gegenseitigen Abhängigkeit der Interessen der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer darstellen.

Es ist daher von lebenswichtiger Bedeutung, daß die Charta durch die Generalversammlung auf ihrer nächsten ordentlichen Tagung angenommen wird. So hieß es damals.

Damals hat man wahrscheinlich wirklich gedacht, daß mit diesem Instrumentarium der Summe der Rohstoffabkommen – damals noch überwiegend mit Fonds ausgestattet, zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen –, ferner mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten die Phase der Kolonialbeziehungen und die Phase der extrem ungleichen terms of trade überwunden werden könnte. (*Abg. Mag. Schweitzer: Wie halten Sie es mit parlamentarischen Mitarbeitern?*) Aber diese Hoffnungen konnten in der Praxis nicht realisiert werden. (*Abg. Mag. Schweitzer: Frau Kollegin! Wie halten Sie es mit parlamentarischen Mitarbeitern?*) Daher gilt es, das Augenmerk auf ein weiteres Kapitel der Förderung (*Abg. Mag. Schweitzer: Im übrigen bin ich der Meinung, daß parlamentarische Mitarbeiter geschützt wer-*

Dr. Madeleine Petrovic

den müssen!) der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu werfen.

Im Rahmen dieses weiteren Teilabschnittes des Aktionsprogrammes über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung heißt es: Gemeinschaftliches Selbstvertrauen und stärkere Zusammenarbeit der Entwicklungsländer werden ihre Rolle in der neuen Weltwirtschaftsordnung weiter stärken. Im Hinblick auf eine erweiterte Zusammenarbeit auf regionaler, subregionaler und interregionaler Ebene sollen die Entwicklungsländer unter anderem folgende zusätzliche Schritte unternehmen (*Beifall bei den Grünen*):

Unterstützung der Errichtung beziehungsweise Verbesserung geeigneter Instrumentarien zum Schutz der Preise ihrer exportfähigen Grundstoffe und zur Verbesserung des Marktzuganges und zur Stabilisierung der Märkte.

Das wäre ein solches Abkommen, das genau diesem Ziel dienen könnte, denn die Kooperation und der Austausch von Produkten unter den Entwicklungsländern ist weit schlechter ausgeprägt als die Handelsbeziehung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsstaaten.

Das heißt, auch hier gäbe es einen gewaltigen Nachholbedarf, die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zu fördern, das Aktionsprogramm bekennt sich auch dazu. (*Beifall bei den Grünen.*)

In diesem Zusammenhang ist die immer wirksamere Mobilisierung der natürlichen Hilfsquellen der gesamten Gruppe der ölexportierenden Länder zum Nutzen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zu begrüßen. (*Abg. Vetter: Das habe ich schon viermal gehört!*) Ganz sicher nicht, Herr Abgeordneter, das hören Sie zum ersten Mal. (*Abg. Vetter: Was hat das mit Jute zu tun?*) Das hat sehr viel mit Jute zu tun. (*Zwischenruf des Abg. Vetter.*) Das hat sehr viel mit Jute zu tun, Herr Abgeordneter, denn dieses Abkommen ist ein unmittelbarer und integrierender Bestandteil des Jute-Abkommens. Es ist eine Geschmacksfrage, ob man die ölexportierenden Länder noch den Entwicklungsländern zurechnen (*Abg. Vetter: Das glaube ich wohl!*) muß oder nicht. Ich glaube, das ist nicht unbedingt in dieser Form bei allen angesagt.

Jedenfalls, und da scheint Ihnen einiges entgangen zu sein, habe ich mehrmals darauf hingewiesen, daß es sehr verschiedene Stufen der Entwicklung gibt, auch unter den Entwicklungsländern, und daß es daher wünschenswert und ratsam wäre, wie es eben dieses Aktionsprogramm anstrebt, die Kontakte zwischen den Entwicklungsländern zu verbessern, und beispielsweise auch die besseren Finanzierungsquellen, wie sie etwa die Erdöl exportierenden Länder sehr wohl ha-

ben, gerade in den Dienst derartiger Rohstoffabkommen zu stellen, in denen es wirklich um den akutesten Bedarf der besonders armen Länder, jener etwas über 30 Länder, geht, mit denen wir uns im Detail schon auseinandergesetzt haben und zu denen Bangladesch jedenfalls gehört.

Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, daß die Entwicklungsländer zusammenarbeiten, um unverzüglich und im Geiste der Solidarität die möglichen Mittel zu erarbeiten, die den Entwicklungsländern helfen, mit den unmittelbaren, aus dieser legitimen und durchaus gerechtfertigten Aktion entstehenden Problemen fertigzuwerden. (*Beifall bei den Grünen. - Abg. Vetter: Jetzt sind wir wieder weg von der Gesellschaft!*) Absolut nicht.

Die in dieser Hinsicht bereits unternommenen Schritte sind ein positives Anzeichen für die sich entwickelnde Zusammenarbeit der Entwicklungsländer (*Abg. Mag. Schweitzer: Halten Sie sich an den Jutefaden!*), beispielsweise zwischen den Jute-Exportstaaten und den erdölexportierenden Ländern. (*Abg. Vetter: Das können wir nicht bestimmen!*) Herr Abgeordneter! So gehen Sie mit internationalen Abkommen um. Wir haben derartiges beschlossen, denn das ist das Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, das im Rahmen der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, auch unter österreichischer Beteiligung, und das jetzt einen integrierenden Bestandteil des Jute-Abkommens darstellt.

Und genau das kritisiere ich eben: Daß man ein solches Abkommen nach dem anderen abschließt und daß sie dann Makulatur werden. Ich möchte aber gerne, daß sie umgesetzt werden, und deswegen glaube ich, daß wir uns mit den Inhalten auseinandersetzen sollten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Dieses Kapitel über die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern sieht ferner den Schutz des unveräußerlichen Rechts der Entwicklungsländer auf ständige Souveränität über ihre natürlichen Hilfsquellen vor und schließlich die Förderung, Schaffung oder Stärkung der wirtschaftlichen Integration auf regionaler und subregionaler Ebene, die beträchtliche Steigerung der Einfuhren aus anderen Entwicklungsländern. Das ist natürlich ein Punkt, den man im Licht der jetzigen Entwicklung nicht uneingeschränkt positiv beurteilen kann, denn Steigerung sollte meiner Meinung nach heute heißen, wertmäßige Steigerung, aber nicht notwendigerweise mengenmäßige Steigerung. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ferner heißt es in diesem Abschnitt über die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern: Kein Entwicklungsland sollte Einfuhren aus entwickelten Ländern gün-

Dr. Madeleine Petrovic

stiger behandeln als Einfuhren aus Entwicklungsländern. Unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Übereinkünfte, der gegenwärtigen Beschränkungen und der Möglichkeiten sowie ihrer künftigen Entwicklung soll der Einfuhrbedarf vorzugsweise aus anderen Entwicklungsländern gedeckt werden. Nach Möglichkeit soll für Einfuhren aus Entwicklungsländern und für die Ausfuhren dieser Länder präferentielle Behandlung gewährt werden.

Schließlich: Die Förderung einer engen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Finanzen, Kreditbeziehungen und Währungsfragen, einschließlich der Entwicklung der Kreditbeziehungen auf Präferenzgrundlage und zu günstigen Bedingungen, ferner die Verstärkung der bereits von Entwicklungsländern unternommenen Bemühungen, die verfügbaren Finanzmittel für die Finanzierung der Entwicklung von Entwicklungsländern durch Investitionen, Finanzierung von exportorientierten und Soforthilfeprojekten sowie andere langfristige Hilfe einzusetzen.

Dann: Der Bereich Förderung und Schaffung wirksamer Instrumente der Zusammenarbeit im Bereich der Industrie, Wissenschaft und Technologie, des Transportwesens, der Schifffahrt und der Massenmedien. Die entwickelten Länder sollen Initiativen zur regionalen, subregionalen und intraregionalen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer durch Ausweitung der Kapital- und technischen Hilfe durch wirksamere und konkrete Aktionen, insbesondere auf dem Gebiet der Handelspolitik, unterstützen.

Das heißt, daß auch in diesem Bereich das Aktionsprogramm aus dem Jahr 1974, das hier indirekter Bestandteil geworden ist, über den eigentlichen Regelungsgehalt der einzelnen Artikel hinausgeht, denn hier ist über den Bereich der Geschäfte zwischen verschiedenen Entwicklungsländern überhaupt keine Rede. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist hier auch noch jener Bereich näher ausgeführt, der die Hilfe bei der Ausübung der ständigen Souveränität der Staaten über ihre natürlichen Hilfsquellen vorsieht. Und in diesem Bereich heißt es explizit: daß alle Anstrengungen unternommen werden sollen, um Versuche zu unterbinden, die die freie und wirksame Ausübung des Rechts eines jeden Staates auf volle und ständige Souveränität über seine natürlichen Hilfsquellen verhindern sollen, sicherzustellen, daß die zuständigen Organe der Vereinten Nationen Ersuchen der Entwicklungsländer um Hilfe bei dem Betrieb verstaatlichter Produktionsmittel nachkommen.

Das heißt, das würde eigentlich voraussetzen, daß das heute im Bereich der vorhandenen Instrumentarien schon möglich ist, daß die Verein-

ten Nationen tatsächlich ein Instrumentarium haben, mit dem man diese näheren Projekte auch begleiten kann, indem man die hier angesprochene Hilfe tatsächlich gewähren kann. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ferner wird hier noch in einem weiteren Abschnitt die Stärkung der Vereinten Nationen angesprochen. Und in diesem Bereich der Konfliktvermeidung sollte es wirklich eine Stärkung der Vereinten Nationen geben. Denn es ist ein Bereich der Konfliktvermeidung, wenn man die ökonomischen Möglichkeiten in den Entwicklungsländern stärkt. Hier sollte es, glaube ich, vermehrt Möglichkeiten für die Vereinten Nationen geben.

Die Rolle, in die die Vereinten Nationen in den letzten Monaten und Jahren immer mehr hineinreklamiert werden, nämlich in die der UNO als eine Art Weltarmee, ist nicht der Bereich, den ich mir als eine Entwicklung für die Vereinten Nationen wünsche. Dieser Bereich wird langfristig keine friedliche Entwicklung sicherstellen. Langfristig wird es diese friedliche Entwicklung nur geben, wenn beispielsweise Staaten wie die Jute-Exportstaaten auch tatsächlich über die Projekte dieser Abkommen hinaus volle Teilhabe an einem fairen Welthandel bekommen. Das ist dann immer mit vielen Ängsten verbunden: Was wird es für uns bedeuten, wenn man wirklich all diese Millionen und Milliarden Menschen als gleiche Bürger und Bürgerinnen auf einer Erde behandelt? *(Beifall bei den Grünen.)*

Würde das wirklich dazu führen, daß irgend jemand Angst haben müßte, daß ihm etwas weggenommen wird? Oder könnte das nicht auch mit einem Gewinn an Lebensqualität für die gesamte Erde verbunden sein? — Das hängt natürlich sehr stark davon ab, wie man Lebensqualität definiert und wie man das Verhältnis auch der eigenen Person in Relation zu Menschen aus den Entwicklungsländern sieht. Wenn es unbedingt sein muß, dieses Maß an Energiekonsum aufrechtzuerhalten, dann ist eine gleiche Entwicklung schlicht und einfach unmöglich. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dann braucht man aber auch nicht solche Abkommen wie dieses Abkommen über Jute und Jutezeugnisse, das, wie gesagt, kein völlig verhängnisvolles Abkommen, aber doch einfach zu wenig ist, um die großen Probleme heute noch lösen zu können. *(Neuerlicher Beifall bei den Grünen.)*

Denn wenn die Entwicklung tatsächlich endlich Platz greifen sollte, dann, glaube ich, muß es im Rahmen konkreter Projekte hinausgehen über die Zielkataloge, die hier teilweise sehr loblich angeführt sind, dann aber im Bereich der Projekte nicht wirklich auch nur eine geringe Chance auf Umsetzung haben. *(Abg. Dr. Renoldner fotogra-*

Dr. Madeleine Petrovic

fiert die Rednerin. — Abg. Resch: Lachen Sie doch einmal! Aber seien Sie froh, daß er Sie nicht malt! — Abg. Helmuth Stocker: Das ist das reinste Schauspielhaus!)

Es ist halt so wie meistens bei diesen internationalen Abkommen: Die meisten, die darüber beschließen, denken sich wohl dabei: Was schadet es? Ich beschließe eben dieses Übereinkommen, die Gremien werden sich dann schon irgendwie durchraufen mit der Jute, oder auch nicht. In ein paar Jahren werden wir wieder dastehen, um zu konstatieren, daß die Entwicklungen immer ungleicher geworden sind und daß eigentlich ein neues System notwendig ist.

Dieses Wort von Radschan Malavia sollte uns eigentlich viel mehr zu denken geben. Denn wenn jemand sich im Bereich der Entwicklungshilfe einen Namen gemacht hat und wenn jemand wirklich befugt ist, für die Entwicklungsländer zu sprechen, dann ist es Radschan Malavia. Ich habe ihn persönlich in Wien kennengelernt, und ich habe damals den Eindruck gehabt, daß er zu dieser Zeit noch ein bißchen mehr an Optimismus, was die künftigen Entwicklungen betrifft, mitbrachte. Aber mittlerweile scheint auch bei ihm dieses Übergehen von einem internationalen Abkommen zum nächsten internationalen Abkommen sehr viel an den ursprünglich vorhandenen Hoffnungen und Erwartungen zerschlagen zu haben. Ich kann mir anders eine derartig pessimistische Beurteilung der Chancen nach UNCTAD VIII nicht erklären.

Der einzige Anknüpfungspunkt wäre tatsächlich, wenn es so etwas gibt wie eine ganz starke Unterstützung — nicht von den Regierungen und ihren Regierungsvertretern, die in derartigen Gremien sitzen wie im Jute-Rat, denn von dort wird der Druck nicht ausgehen, der zu einer völlig neuen Entwicklung führt — von den Menschen, die heute schon aktiv im Bereich der Entwicklungsländer sind, die ganz konkret den Absatz von Produkten, die direkt von den Erzeugern kommen, forcieren und fördern; der Anstoß kann aber auch von neuen kritischen Schichten von Konsumentinnen und Konsumenten kommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt *(zu Abg. Mag. Marijana Grandits, die mit einer Kamera hantiert)*: Frau Kollegin Grandits! Sie wissen, daß Fotografieren hier im Saal nicht gestattet ist. Ich ersuche Sie daher, den Fotoapparat aus dem Saal zu bringen.

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic *(fortsetzend)*: Also verbleibt uns von diesen recht pessimistischen Einschätzungen vielleicht doch nicht nur eine ausschließlich so negative Einschätzung, sondern es verbleiben vielleicht auch einige positive Ansätze, die erweiterungsfähig wären.

Das ist sicherlich jener Passus auch hier in diesem Abkommen, der von der Information handelt und der es, zumindest wenn die Konsumenten auch Druck machen, nicht dulden wird, daß man etwa nachteilige Informationen über die Konkurrenzprodukte der Jute, eben vor allem über die Plastikverpackungen, so nicht behandeln darf. Daran werden sich vielleicht auch die VertreterInnen der Regierungen halten, aber bestimmt nicht die Konsumentengruppierungen.

Es wird daher gerade in dieser Frage: Wie halten wir es mit dem Zugang zu Informationen?, auch im Zusammenhang mit der Konkurrenz zwischen Rohstoffen landwirtschaftlicher Provenienz und den synthetischen Konkurrenzprodukten, einen Bedarf an verbesserter, vermehrter Information geben, ja, ich glaube, sogar ein Grundrecht auf Information. Und erst mit diesem neuen Bündnis zwischen den VerbraucherInnen und den Menschen in den Herkunftsländern der diversen Produkte wie etwa der Jute wird es möglich sein, die eingefahrenen Pfade der immer wieder erneuerten und immer wieder gleich unwirksamen Abkommen zu verlassen und einen neuen Weg zu beschreiten.

Daß es, wie gesagt, auch positive Modelle gibt, ist sowohl aus den Ausführungen von Marijana Grandits als auch aus den Beiträgen im Bereich der Entwicklungshilfe hervorgegangen.

Was bleibt jetzt als Strategie, die es aufzugreifen gilt? Welche Alternativen bieten sich an neben den von mir bereits erwähnten Bereichen?

Es bieten sich im wesentlichen das Modell an, dem leider dieses Abkommen allzu stark verhaftet ist: Integration in die freie Weltwirtschaft. Und das heißt eben: Teilnahme am internationalen Handel, wie er ist. Das wird aber mit diesen paar kleinen Möglichkeiten, wie sie solche Gremien, wie der internationale Jute-Rat haben, wahrscheinlich nicht wirklich die Erfolgsstrategie der Zukunft sein.

Die Strategie des Wirtschaftswachstums durch Integration der Entwicklungsländer in die freie Weltwirtschaft wird von den westlichen Industriestaaten und von den exportorientierten Oberschichten vieler Entwicklungsländer vertreten. Und es ist dies nicht nur die vom Westen propagierte These, sondern es gibt durchaus auch Leute, die, mit gutem Grund, und zwar mit sehr verständlichen, weil sehr finanzintensiven Gründen, dieses Modell der Integration in die freie Weltwirtschaft vertreten. Diese Konzeption von Entwicklung möchte im wesentlichen am heutigen Zustand der liberalen Weltwirtschaft festhalten. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich würde meinen, so wirklich liberal ist das nicht, denn liberal hieße doch bei mir, mit fairen

Dr. Madeleine Petrovic

Bedingungen agieren, nämlich daß jemand, der Kosten verursacht, diese auch bezahlen muß. Und daß wir davon weit entfernt sind, das wissen wir. Denn daß sich etwa die Kosten der sehr verschieden ausgestalteten Energieverbrauchsmuster sehr unterschiedlich zu Buche schlagen, aber nirgends erfaßt werden, das ist ein Faktum.

Die westlichen Industriestaaten verbrauchen nun einmal über 80 Prozent des gesamten Energievolumens und verursachen daher auch die damit zusammenhängenden Emissionen und Schadstoffe, deren Auswirkungen auf Umwelt und Natur sich heute aber noch nirgends zu Buche schlagen in dem Sinne, daß tatsächlich jemand für die verursachten Schäden auch zur Kasse gebeten wird. Das heißt, es ist ein scheinbar liberales System, das zum einen alle „sozialisierten“ Kosten noch nicht internalisiert hat und das zum anderen aufgrund der sehr, sehr intensiven immateriellen Güterrechte und deren Nutzung und der entsprechend zu leistenden Zahlungen natürlich auch nicht wirklich liberal ist. Denn es ist an sich nicht wirklich einzusehen, warum das einmalige Erfinden irgendeiner Rezeptur oder irgendeines Verfahrens für einen derart langen Zeitraum nur einem zugute kommt, während jemand anderer diese Entwicklung oder Entdeckung vielleicht auch hätte machen können, nur eben später, weil er weniger entwickelt war. Diese Möglichkeit gibt es aber dann nicht mehr, denn da gibt es schon eine Eintragung in den internationalen Patentregistern. Was daran liberal sein soll, kann ich wirklich nicht verstehen. Da halte ich es weit eher mit den frühen Vertretern, etwa den Vertretern im Bereich der Firma Geigy, deren Besitzer damals sagte, daß das Patentsystem eine Spielwiese für plündernde Patenthändler und Juristen sei. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das mag heute sehr erstaunlich klingen, noch dazu aus dem Mund eines Industriebosses. Aber so dachten einmal Leute, die, glaube ich, eher für sich die Eigenschaft „liberal“ reklamieren können als so manche andere, die heute unter liberaler Weltwirtschaft eigentlich verstehen: Es soll alles beim alten bleiben, denjenigen, denen es immer schlecht gegangen ist, soll es auch weiterhin schlecht gehen, diejenigen, die immer in Abhängigkeitsbeziehungen standen, sollen nur dort bleiben.

Das heißt, diese Konzeption der Entwicklung möchte im wesentlichen beim Status quo verharren. Durch Verstärkung des Handels, der Privatinvestitionen, der Entwicklungshilfe und der Kredite sollen die Entwicklungsländer möglichst rasch in die Weltwirtschaft einbezogen werden. Es ist die Weltwirtschaft der großen Komplexe, multinationaler Konzerne, internationaler Geschäftsbanken, multilateraler Finanzinstitutionen, der Weltbank, der IWF-Gruppe und multila-

teraler Organisationen, all dieser Gruppen, die dann auch hier wieder apostrophiert werden, die in ein derartiges Vertragswerk einbezogen werden. Eine Reglementierung der Weltmärkte und staatliche Beschränkungen der freien Wirtschaft werden abgelehnt. Den Entwicklungsländern wird die Schaffung eines guten Investitionsklimas, das dann durch Investitionsschutz-Abkommen abgesichert wird, zur Heranziehung von Konzernniederlassungen empfohlen. Und das vorliegende ist ein Abkommen aus genau diesem Geist, vielleicht ein bißchen verbrämt mit etwas Beiwerk, mit ein bißchen verbalem Umweltschutz, aber das ist es dann auch schon.

Das Wirtschaftswachstum, das in den Entwicklungsländern durch die Integration in den Weltmarkt entsteht, ist ein Wachstum für die kaufkräftigen, westlich orientierten Oberschichten. Das heißt, dieses Modell eins der Integration in die freie Weltwirtschaft, das eigentlich hier in diesem Abkommen zum Ausdruck kommt, ist das Modell Status quo und ist das Modell einer weiteren Verschiebung der Verteilungsstrukturen in den Entwicklungsländern zu Lasten der Ärmsten der Armen.

Und es ist daher, glaube ich, nicht wirklich ein Modell, das in dieser Form Modellcharakter haben sollte, noch dazu, wenn man es dann verbrämt und all diese hehren Zielsetzungen des Aktionsprogramms hineinschreibt in Richtung der neuen Weltwirtschaftsordnung. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Hofe r: Zehn Stunden sind abgelaufen! Kollegin Langthaler wartet auf ihren Auftritt!*) Sie wird ihre Chance haben, und wir mit ihr.

Es gibt dann das Modell der neuen Weltwirtschaftsordnung, so wie sie in diesen Rechtsquellen, 1964 UNCTAD, 1974 Aktionsprogramm, vorgezeichnet ist, und einige sozialreformerische Regierungen der Entwicklungsländer schufen nach der Ölkrise von 1973/74 die Konzeption der neuen Weltwirtschaftsordnung. Und da sind die Spielregeln so, wie sie von mir als die Spielregeln der klassischen Rohstoff-Abkommen dargestellt wurden. Rohstoffpreise sollen stabilisiert und garantiert werden. Multinationalen Konzernen sollen staatliche Leitplanken, quasi Verhaltenskodex, gesetzt, Zölle- und Handelsschranken der Industrieländer sollen abgebaut werden. Die Entwicklungshilfe soll massiv erhöht werden, die Vorzugskredite sollen erweitert werden. Der Einfluß der Entwicklungsländer in der Weltbank IWF-Gruppe soll verstärkt werden, UNO, UNCTAD und andere UNO-Organisationen sollen die Regeln schaffen, um jüngeren Marktteilnehmern den Zugang zur Weltwirtschaft zu erleichtern.

Das ist das Modell des Aktionsprogramms, auf das die UNCTAD viele Jahre gesetzt hat, eben

Dr. Madeleine Petrovic

kartellähnliche Gebilde im Bereich der Rohstoffe mit einem Ausgleichs- und Stabilisierungsmechanismus.

Daneben gibt es ein gewisses Korsett für die multinationalen Konzerne, in dem sogar, wie wir gehört haben, die Worte Enteignung vorkommen, und man versucht sogar — man hat es in der Praxis niemals erreicht —, diesen Konzernen tatsächlich einen gleichwertigen Verhandlungspartner gegenüberzustellen und ansonsten über institutionelle Gremien, UNO, UNCTAD und diverse Finanzierungsinstitutionen, systematisch einen Mosaikstein an den anderen zu fügen und hier zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung überzugehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Eines haben die beiden Positionen gemein, nämlich in der Frage Integration ja oder nein, das heißt Integration in die Weltwirtschaft, so wie sie ist, stimmen die beiden Positionen ziemlich überein, allerdings nicht hinsichtlich der Frage, wie dieses Weltwirtschaftssystem ausgestaltet sein soll.

Die Frage der gesellschaftlichen Strukturen innerhalb der Entwicklungsländer wird von der neuen Weltwirtschaftsordnung ausgeklammert. Das ist vielleicht ihr allergrößtes Manko, denn wenn der Befund zutrifft — und ich glaube, dafür sprechen wirklich alle der hier vorliegenden Statistiken —, daß die Verteilung innerhalb der Entwicklungsländer, und dort wieder gerade bei den am wenigsten entwickelten Ländern wie etwa Bangladesch, besonders ungleich ist, dann kann man die Frage der inneren Entwicklung in den Entwicklungsländern nicht ausklammern, auch nicht aus einem Rohstoff-Abkommen. Dann ist die Frage dieser inneren Entwicklung wahrscheinlich langfristig eine Frage, die man beantworten muß, wenn es nicht letztlich zu einem vermehrten Auftreten dieser gerade in der jüngsten Zeit so drückend gewordenen Phänomene wie Nationalitätenkonflikten, Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlichen Ereignissen kommen soll.

Ohne die Lösung der Frage der inneren Entwicklung in den besonders armen Staaten, in den least developed countries, ist dort eine auf Dauer friedliche, kontinuierliche Entwicklung ein Wunsch- und Traumgebilde. Denn natürlich lassen sich diese sozialen Spannungen, die es dort gibt, nur eine Zeitlang unterdrücken. Und daß in den Entwicklungsländern die Regimes vielfach nicht feiner vorgehen als seinerzeit die Kolonialherrschaften, das wissen wir leider auch. *(Beifall bei den Grünen.)*

Daher geht es vor allem auch um die Frage der inneren Entwicklung in den Entwicklungsländern. Diese Frage wird in diesem Abkommen aber nicht einmal im Zielkatalog und nicht einmal in der Präambel erwähnt, sondern völlig aus-

gespart. Gerade diese Frage sollte jedoch in den Mittelpunkt treten.

Daher möchte ich schließlich noch ein drittes Modell vorstellen. Neben diesem Modell der Integration in die freie Weltwirtschaft und dem zweiten Modell der neuen Weltwirtschaftsordnung in der Art des Aktionsprogramms, gibt es nämlich auch ein drittes Modell, das vor allem von Menschen, die sehr lange in der Entwicklungshilfe gearbeitet haben, oftmals bevorzugt und propagiert wird: Eine eigenständige Entwicklung und selektive Abkoppelung, ein eigenständiger Weg zur Entwicklung soll durch Eigenständigkeit — self-reliance — und durch kollektive Eigenständigkeit angestrebt werden.

Vorbedingung zur eigenständigen Entwicklung ist eine selektive Abkoppelung aus der Weltwirtschaft. Wenn ein System andauernd nur dazu führt, daß das System ungleicher wird, wenn 20 Jahre Aktionsprogramm und fast 30 Jahre Wirkungsmechanismen der UNCTAD trotz ohne Zweifel vorhandener bester Absicht nicht dazu geführt haben, daß es möglich war, diese Entwicklung tatsächlich umzusetzen, dann scheint es doch wenigstens einer ernsthaften Prüfung wert, ob nicht die selektive Abkoppelung aus der Weltwirtschaft, was nicht gleichbedeutend ist mit Autarkie oder einem kompletten Abschluß vom Ausland durch nationale Selbstversorgung, überlegenswert wäre. Diese selektive Abkoppelung würde bedeuten, daß unter relativer Abschirmung von den Weltmarktzwängen ein interner Markt für billige Massenkonsumgüter zur vorrangigen Befriedigung der Grundbedürfnisse geschaffen wird.

Absoluten Vorrang dabei hat die Produktion von Grundnahrungsmitteln, und zwar für die lokale Bevölkerung, für den internen Markt, nicht für den Weltmarkt. Das ist einmal der erste Punkt, und aus diesem Punkt kristallisiert sich dann die Entwicklung heraus, die letztlich wieder in eine Teilnahme am Welthandel münden kann, aber nicht, solange die Teilnahme am Welthandel eigentlich nur zu weiteren Ungleichgewichten führt. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: Guten Morgen, die Herrschaften! Ich habe die ganze Nacht im Jutebett geschlafen! Wer ist intelligenter? — Heiterkeit und Beifall.)* Ich freue mich für Sie, daß Sie so gut erholt aussehen. *(Abg. Schwarzenberger: Aber Sie sehen bereits sehr schwach aus!)* Wirklich? Das glaube ich Ihnen gar nicht! *(Abg. Schwarzenberger: Die Frage wird nur sein, wer intelligenter war!)* Wissen Sie, diese Frage kann man auf sehr verschiedenen Ebenen stellen. Und man kann sich schön langsam vor allem fragen, ob es sehr intelligent ist, andauernd und sehenden Auges mitten in einem System, das immer mehr Zerstörungen produziert, zu sein, und nicht

Dr. Madeleine Petrovic

wenigstens einmal vielleicht nur einen ganz kleinen Versuch zu unternehmen, sich aufzulehnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich bin mir sehr sicher, und ich weiß sehr genau, daß es uns mit diesem Versuch der Thematisierung eines besonderen Entwicklungsthemas und sicherlich auch mit dem Versuch zu zeigen, wie drastisch der Affront gegenüber der gesamten Umweltbewegung war oder — das nehme ich wohl an — sein wird, gelingen wird, viele Menschen aufhorchen zu lassen. Denn dieser Themenkreis — die Jute wie auch das Tropenholz — steht in einer totalen Verflechtung von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Themenbereichen.

Und nun ist es einmal unter Beteiligung der österreichischen Grünbewegung und vieler, vieler Umweltschutzgruppierungen gelungen, einen ganz kleinen Schritt in diese Richtung, die ich jetzt — zugegebenermaßen — sehr, sehr lange unter Darstellung einer Fülle von Rechtsgrundlagen hier erörtert habe, zu nehmen.

Es soll hiermit vor allem auch sehr klar gezeigt werden, daß wir wenigstens versuchen, wenn dieser klitzekleine Schritt in einer wirklich — ich will jetzt gar nicht von Intelligenz oder Unintelligenz sprechen — sehr kurzsichtigen, in einer wirklich falschen Art und Weise rückgängig gemacht wird, uns zu wehren. Und es ist für mich wenigstens — das sage ich Ihnen schon — eine innere Genugtuung, daß ich sagen kann: Ich habe versucht, solange ich es konnte, mich zu wehren! Und das tue ich. *(Beifall und Bravorufe bei den Grünen.)*

Und soweit kennen Sie mich auch, daß ich so etwas niemals leichtfertig tue, wenn ich nicht wirklich der Überzeugung wäre, daß das vielleicht ein Bereich ist, der über den Anlaßfall hinaus Bedeutung entfalten könnte, weil es ein Beispiel ist, das Schule machen kann, weil es in dieser Reihe der Kennzeichnungen steht, die ich mittlerweile ... *(Abg. Schwarzenberger: Wir sind jetzt noch beim Jute-Punkt! Die Kennzeichnung kommt erst!)*

Und ich habe tatsächlich in vielen Bereichen die Überzeugung gewonnen, daß es wahrscheinlich in vielen Bereichen — manchmal geht es schon, und manchmal muß es wohl auch sein — wirklich keine sehr erfolgreiche Strategie ist, Menschen etwas zu verbieten, was sie sehr, sehr gern wollen. Da ist es tatsächlich oftmals viel besser, Bewußtsein zu schaffen. Aber das ist ein ganz mühsamer Weg. In manchen Bereichen haben wir ein solches gewisses Bewußtsein schon geortet, das entstanden ist. Und wenn es jetzt einen klitzekleinen Ansatz gibt, der ausbaufähig ist, dann ist es wirklich eine seltene Form von Brutalität, diesen im Keim zu ersticken und auf diesem Mini-

pflänzchen, das vielleicht einmal hätte eine Pflanze werden können, herumzutrameln.

Dafür habe ich nach wie vor kein Verständnis. Und das ist etwas, was wir bei all diesen Themen beobachten. Wir könnten jeden Rohstoff herausnehmen, wir können die Jute nehmen, wir können das Tropenholz nehmen, wir können viele dieser Produkte nehmen, aber wir werden immer auf dieselben Mechanismen kommen. Wir haben höchst ungleiche Beziehungen in den Austauschrelationen. Wir haben eine sehr kleine Schicht — vielleicht ist sie hier sogar ein bißchen größer — von Arbeitnehmern, die in einer Branche arbeiten, und eine sehr kleine Schicht, die an der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den Entwicklungsländern verdient. Wir haben eine Fülle von Rechtsquellen, die auf dem Papier seit langer Zeit vorhanden sind, die jede Menge löblicher Ideen, guter Ansätze, eine Fülle von Prinzipien, zu denen man wirklich nur ja sagen kann, enthalten. Und dann wird mit der Fülle all dieser Prinzipien immer wieder fortgewurstelt, kommt immer ein neues Abkommen hinein, und das Fazit ist: In der Realität passiert genau das Gegenteil. In der Realität macht die Entwicklung einen Rückschritt nach dem anderen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn man noch einmal diese Möglichkeiten im Bereich der Entwicklung, die es grundsätzlich gäbe, gegenüberstellt, so können wir festhalten, daß ich bereits eine ziemlich klare Absage an die Integration in diese sogenannte freie Wirtschaft erteilt habe. Ich glaube hingegen, daß die neue Weltwirtschaftsordnung an sich eine gute Idee mit einem ausbaufähigen Instrumentarium ist. Sie weist aber eine große Schwäche und einen großen Nachteil auf, daß sie eben die Verteilungsstruktur innerhalb der Entwicklungsländer nicht thematisiert.

Wir haben schließlich kurz die dritte Strategie erwähnt, die eigenständige Entwicklung und selektive Abkoppelung, basierend auf einer Produktion von Grundnahrungsmitteln für den internen Markt statt für den Weltmarkt. Hier werden die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Industrieländern so weit entwickelt, als sie dem Aufbau eines eigenständigen Wirtschaftssystems dienen und eine auf die Grundbedürfnisse ausgerichtete Produktion erlauben. Modernisierung ist nicht ausgeschlossen, aber die Technologie ist den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen. Von den Industrieländern werden zum Beispiel ältere Patente übernommen oder, wenn nötig, Lizenzen aufgekauft, damit der Markt nicht den transnationalen Konzernen überlassen werden muß. Und erst dann, wenn ein Bereich so weit entwickelt ist, daß er in einem bestimmten Feld des internationalen Handels nicht zerstört oder geschwächt wird, und wenn er in die Konkurrenzsituation

Dr. Madeleine Petrovic

tritt, scheint es wirklich von Nutzen zu sein, in eine Integration in sonstige weltwirtschaftliche Verflechtungen einzusteigen. Das muß aber, wie gesagt, dann auch selektiv vor sich gehen.

Ansonst scheint es tatsächlich besser zu sein, in einer Art selektiven Abkoppelung zunächst einmal Entwicklung von unten und nach innen zu betreiben, anstatt nach außen zu gehen. Welche Strategie ist realistisch? — Sehr realistisch scheint mir die Strategie Nummer eins zu sein. Vielleicht mit ein paar Aspekten der Strategie Nummer zwei: Integration in den internationalen Handel, vielleicht mit einer gewissen Verbrämung, mit gewissen Aspekten eines Bekenntnisses zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, aber doch eigentlich ein Gemisch aus Systemansätzen, die letztlich nicht wirklich eine Abkehrung vom Aid-by-trade-Konzept bedeuten. Ist die Strategie realistisch, auch was ihre Umsetzung betrifft? — Ich glaube, da können wir nur sagen: Nein! Auch beim Jute-Abkommen können wir nur sagen: Dieses Papier ist geduldig.

Nach all dem, was wir mittlerweile wissen, hat es, so wie es ist, nicht den Funken einer Chance, umgesetzt zu werden, weil all die Ziele, zu denen man sich darin bekannte, nachweislich, aufgrund gleichartiger Vertragstexte in der Vergangenheit, nicht nur nicht erreicht werden konnten, sondern, im Gegenteil, zu einer Verschlechterung der Entwicklung geführt haben.

Wie bringen wir aber die Leute, die solche Abkommen verfassen, dazu, sich vielleicht einmal mit den Entwicklungshelfern an einen Tisch zu setzen und vielleicht auch einmal über Modelle einer Erfolgskontrolle zu diskutieren? Die Frage müßte erörtert werden: Was hat sich bewährt? Was hat sich nicht bewährt? Dieser Weg der Findung einer neuen Weltwirtschaftsordnung wäre durchaus eine sehr sinnvolle, sozialreformerische Methode gewesen, man ist aber, wie gesagt — das zeigen 20 Jahre doch sehr deutlich —, schlicht und einfach gescheitert.

Es ist daher irgendwie tragisch, wenn immer wieder Abkommen geschlossen werden, die auf einer nachhaltig gescheiterten Strategie aufbauen. Und wenn die Papiere dann noch dazu so schön klingen, ist man unglaublich geneigt, dem zuzustimmen und zu sagen: Ja natürlich, alles, was da drinnen steht, klingt eigentlich ganz gut. Es könnte vielleicht noch ein bisschen mehr sein, aber warum denn nicht? — Wenn ich jedoch bereits sehe, daß die Entwicklung eine völlig andere geworden ist, als die, die jetzt in diesem Abkommen zum wiederholten Mal beschworen wird, dann ist es vielleicht ehrlicher und realistischer zu sagen: Ich stimme dem nicht mehr zu. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie stellt sich die geschichtliche Erfahrung bei der Überwindung von Unterentwicklung dar? — Während der Entwicklung in den heutigen zentralmitteleuropäischen Staaten war es eine Zeitlang ein ökonomisches Prinzip, im eigenen Lande zunächst einmal die Landwirtschaft anzukurbeln, den Grad der Selbstversorgung zu erhöhen, einmal danach zu trachten, daß zumindest das Grundrecht, nicht zu verhungern, hergestellt ist. Das wurde auch hier als nationalökonomisches Prinzip sehr lange vertreten. Man kann diese Konzepte oder ähnliche Vorstellungen jetzt als Merkantilismus bezeichnen. Sie haben aber immerhin dazu geführt, daß Staaten, die damals auch nicht das heute übliche Maß an Wohlstand aufzuweisen hatten, mit diesem quasiprotektionistischen Verständnis zunächst einmal die Entwicklung im Inneren vorangetrieben haben.

Und es scheint einen ganz guten Grund für die Stichhaltigkeit derartiger Konzeptionen zu geben. Auch noch in diesem Jahrhundert ist etwa Japan aus einer vielleicht nicht so dramatischen Position, aber doch aus einer ganz anderen Position als der, in der wir in den letzten Jahren das Land zu sehen gewohnt sind, nämlich des Industriegiganten, herausgetreten. Und das ist sehr wohl über landwirtschaftliche Produktion gegangen, auch über nicht immer völlig tadellose Formen von Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Es hat sich aber in dieser Entwicklung gezeigt, daß dort bereits in einer relativ frühen Phase auch der Gedanke des Umweltschutzes als reiner Selbstschutz hinzutrat.

Die Vereinten Nationen haben immer wieder versucht, bestimmte negative Entwicklungen dadurch abzuschneiden, daß sie mit Handelsboykotten auftraten. Das war etwa 1964 im Zusammenhang mit Rhodesien, Simbabwe, und später auch mit Südafrika der Fall. Hinter dieser Sanktion stand die für Entwicklungsländer nicht anwendbare Wirtschaftstheorie, daß sich der Wohlstand vor allem aus dem internationalen Handel ableitet. Die Boykotte gegen diese Staaten zwangen diese, ihre Importe teilweise einzuschränken und dafür die Binnenindustrie rasch aufzubauen, mit dem Erfolg, daß bald ein interner Wachstumsprozeß ausgelöst wurde. Das heißt, gerade in den Fällen, in denen die Vereinten Nationen versucht haben, Länder, die etwa notorisch die Menschenrechte verletzen, mit Boykottmaßnahmen zum Einlenken zu bringen, hat sich ein eher gegenteiliger Prozeß gezeigt, nämlich daß in diesen Staaten genau dieses dritte Modell, die eigenständige Entwicklung und selektive Abkoppelung, Platz gegriffen hat. Und das scheint doch ein Ansatz zu sein, den man zumindest viel ernsthafter prüfen müßte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun werden die Entwicklungsländer in Zukunft kaum weder den Weg Chinas noch den

Dr. Madeleine Petrovic

Weg Japans beschreiten können, aber eines scheint doch klar: daß auf jeden Fall die Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen gerade unter jenen besonders armen Staaten wie etwa den Jute-Exportstaaten zu intensivieren ist, daß es eine Arbeitsteilung unter Entwicklungsländern gibt, unter im wesentlichen gleichrangigen, was ihre Stufe im Bereich der Entwicklung anlangt, denn dort kann arbeitsteilige Produktion tatsächlich vorteilhaft sein, während die Arbeitsteiligkeit im Verhältnis zu einem ökonomisch bei weitem übermächtigen Partner eher zu einer Verstärkung der Ungleichgewichte führt.

Ich erachte also dieses dritte Modell auch persönlich und unter Würdigung der Erfahrungen mit den bisherigen Vertragswerken und den bisherigen Tendenzen in der Entwicklung des internationalen Welthandels mit Entwicklungsländern als wahrscheinlich die einzige echt tragfähige Strategie. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das heißt, mit dem Verkauf von Jute und Jute-Produkten werden es diese Länder bei allen löblichen Zielsetzungen in Präambeln und Zielkatalogen nicht schaffen, ihrer fatalen Position als Armutsschlußlichter in der internationalen Hierarchie der Staaten zu entkommen. Das ist unmöglich. Das ist mittlerweile erwiesen.

Es gibt Ansätze, die sich zumindest in Teilbereichen als erfolgversprechend herausgestellt haben. Ich frage mich: Warum werden nicht Leute zu diesen Verhandlungen geschickt, damit sie einmal versuchen, diese Ideen einzubringen? Vielleicht ist es nicht unmöglich. Ich glaube tatsächlich, daß sich die Menschen überzeugen lassen. Es wäre daher besser, doch den Versuch zu unternehmen, anstatt immer wieder mit diesen entmutigenden Ergebnissen dazustehen. Man muß sich einmal vorstellen, ein Mensch wie Radshan Malavia, der noch vor einiger Zeit voll Optimismus war, ist heute sehr stark entmutigt und sagt eigentlich, die UNCTAD habe keine Chancen. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Was liegt näher nach 20 oder 30 Jahren der Anwendung desselben Modells ohne Erfolg, als etwas anderes zu probieren? Sie haben die Intelligenz angesprochen. Ein intelligentes Wesen sollte zumindest bei trial and error draufkommen, daß man etwas Neues versuchen sollte. Und warum nicht jenes Modell einer selektiven Abkoppelung, bis es endlich einmal gelingt, die Ressourcen im eigenen so zu stärken, daß dann in Folge eine Teilnahme am internationalen Handel tatsächlich für alle Beteiligten vorteilhaft sein kann. Es dürfen nicht immer wieder diese Karusselle von Verschuldung und Armut und mehr Verschuldung und mehr Armut und mehr Hunger ausgelöst werden.

Das heißt aber auch als Folgerung für die Industrieländer, daß wir tatsächlich erkennen müssen, daß wir in dieser einen und einzigen Welt mit so vielen Millionen Menschen gemeinsam, denen es so schlecht geht, leben. Es ist auch unsere Verantwortung, mit Geld, aber auch mit noch viel mehr Beistand, mit Beratung zu helfen. Wir sollten auch den Versuch machen, erfolgreiche von erfolglosen Modellen zu unterscheiden. Die erfolgversprechenden Modelle sollten ausgebaut werden.

Vielleicht kann man dann den einen oder anderen Rohstoff nicht mehr um ein Butterbrot beziehen, vielleicht ist es dann notwendig, bedeutend höhere Beträge auszugeben, und vielleicht ist es erforderlich, bei manchen Produkten überhaupt zu sagen: Wir helfen euch im Bereich der Entwicklung, aber diese Produkte, wie etwa das Tropenholz, sollten wir in dieser Form nicht mehr verwenden als gemeinsames Erbe der entwickelten Länder und der unterentwickelten Länder. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich würde mir wünschen, daß wir uns dieser neuen und verbesserten Diskussion endlich einmal nähern und daß die Zeit der immer wieder abgeschriebenen Jute- und sonstigen Abkommen der Vergangenheit angehört. Ganz besonders aber setze ich jenseits aller Abkommen — dieses kann ich, wie gesagt, nur ablehnen — doch auf die wachsende Bereitschaft einer großen Zahl von Menschen, gemeinsam mit den Menschen in den Entwicklungsländern an der Entwicklung zu arbeiten.

Ich glaube daher, daß es hoch an der Zeit ist, sich gerade in diesem Zusammenhang streng an das Motto zu halten: Kauft Jute statt Plastik. *(Beifall bei den Grünen. — Zugabe-Rufe bei SPÖ und ÖVP.) 4.04*

Präsident: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist daher geschlossen.

Der eingebrachte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen ist genügend unterstützt und stünde daher in Verhandlung.

Ich gebe bekannt, daß die dringliche Anfrage 4442/J der Abgeordneten Rosenstingl und Genossen zurückgezogen wurde.

Ankündigung einer dringlichen Anfrage

Präsident: Die Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen haben das Verlangen gestellt, die in dieser Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 4465/J der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen an den Herrn Bundeskanzler betreffend Novellierung des Tropenholzkenn-

Präsident

zeichnungsgesetzes dringlich zu behandeln. Diese dringliche Anfrage wird im Sinne des gestellten Verlangens gemäß § 93 GOG nach Erledigung der Tagesordnung behandelt.

Ankündigung von Anträgen auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen

Präsident: Von Abgeordneten des Grünen Klubs wurden Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen gestellt und jeweils die Durchführung einer Debatte verlangt. Die Präsidialsitzung wird noch prüfen, ob die Einbringung einer solchen Anzahl von Anträgen auf Untersuchungsausschüsse mit den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung, insbesondere mit der Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Abwicklung der Tagesordnung, vereinbar ist. Den Inhalt der Anträge können Sie bitte dem kopierten Konvolut, das an alle Mitglieder des Nationalrates verteilt ist, unpräjudiziell entnehmen. Die Behandlung käme jedenfalls erst nach Ende der dringlichen Anfrage in Frage.

Gemäß § 65 der Geschäftsordnung gelangen wir nunmehr zur **A b s t i m m u n g**.

Es wird mir mitgeteilt, daß das Quorum gegeben ist. Daher steht einer Abstimmung nichts im Wege. Gegenstand der Abstimmung ist die Genehmigung des Abschlusses des gegenständlichen Staatsvertrages samt Anlagen in 920 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Staatsvertrag ihre Zustimmung erteilen, um ein diesbezügliches Zeichen. — Dies ist mit **M e h r h e i t** beschlossen.

Daher gelangen wir als nächstes zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend eine freiwillige Erhöhung des österreichischen Mitgliedsbeitrages zum Internationalen Übereinkommen von 1989 über Jute.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Entschließungsantrag der Frau Abgeordneten Dr. Petrovic stimmen wollen, um ein diesbezügliches Zeichen. — Das ist die **M i n d e r h e i t**. **A b g e l e h n t**.

Damit haben wir die Tagesordnung absolviert.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Monika Langthaler, Dr. Madeleine Petrovic und Genossen an den Bundeskanzler betreffend Novellierung des Tropenholkennzeichnungsgesetzes (4465/J)

Präsident: Wir gelangen zur Behandlung der schriftlichen Anfrage 4465/J, deren dringliche Behandlung im Sinne der Geschäftsordnung gewünscht ist.

Da diese dringliche Anfrage der grünen Fraktion allen Abgeordneten zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung durch den Herrn Schriftführer.

Die dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Österreich hat im Sommer 1992 durch das Gesetz zur Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten sowie die verabschiedeten Entschließungsanträge weltweit einen wichtigen Schritt zum Schutz der tropischen Regenwälder gesetzt und international eine Vorreiterrolle eingenommen. Umweltorganisationen und umweltbewußte Politiker, sowohl aus den Industrie- als auch aus den Entwicklungsländern, fordern seit Jahren eine Importbeschränkung für Tropenhölzer, da 99 Prozent aller gehandelten Tropenhölzer aus Raubbau stammen und bis jetzt keine Kontrollmöglichkeiten und Kriterien für eine nachhaltige Nutzung existieren. Sie befürworten massiv diese österreichische Initiative. Auch Bischof Erwin Krätzler, der in Brasilien lebt (Berater von Bundeskanzler Vranitzky bei der UNCED in Rio), sprach sich mehrmals für eine Importbeschränkung von Tropenhölzern aus.

Mittlerweile gibt es eine Reihe von Industriestaaten, die ähnliche Regelungen wie Österreich in Erwägung ziehen.

Im Dezember 1992 erfolgte trotz vehementer Proteste der Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, zahlreicher Politiker und Tausender von Konsumenten die Rücknahme der Entschließungen 2 und 3 des im Sommer 1992 beschlossenen Tropenholzmaßnahmenpaketes.

Schon damals wiesen die Grüne Alternative und die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen darauf hin, daß in Wirklichkeit auch die Zertrümmerung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes angestrebt wurde. Dies wurde monatelang immer wieder von den Vertretern der Regierungsparteien bestritten, wie sich aber letztendlich zeigte, waren diese Aussagen Schall und Rauch.

„Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen werde es zu keinem Abrücken von der Tropenholzregelung in Österreich kommen. Genau diese Haltung habe dazu geführt, daß die Welt heute ökologisch höchst gefährdet ist: durch Erderwärmung, Ozonloch, Trink- und Meerwasserverschmutzung, Waldsterben und vieles andere mehr. Wenn nun die tropischen Regenwälder in wenigen Jahren bei der derzeitigen Schlägerungsquote faktisch gänzlich vernichtet würden, würde die Erde auch noch ‚ihre grünen Lungen‘, die entscheidend für Wasserhaushalt und CO₂-Bindung sind, verlieren.“

„Die Folge wäre eine Beschleunigung und Klimaerwärmung, Wüstenbildung, Vernichtung von

Präsident

Tausenden von Arten und der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen.“ Das erklärte Donnerstag SPÖ-Klubobmann Willi Fuhrmann.

15. 10. 1992 — Aussendung Fuhrmann.

„Mit diesem Gesetz hat Österreich eine Vorreiterrolle übernommen.“

Abgeordneter Cap, Jänner 1993.

„Ich glaube, daß wir mit dieser EntschlieÙung eine Vorreiterrolle übernommen haben. Ich befürchte, daß die heutige EntschlieÙung diese Vorreiterrolle etwas abschwächt. Sie ist aber nach wie vor gegeben.“

Abgeordneter Schlögl, 4. Dezember 1992.

„Kollegin Langthaler! Es ist halt Ihre Art, daß Sie mit großem Pomp und bombastisch hier etwas in den Raum stellen und glatt die Unwahrheit sagen. Und Sie wiederholen das immer wieder. Tatsache ist: Wir ändern an dem Gesetz keinen Beistrich! Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.“

Abgeordneter Keppelmüller, 4. Dezember 1992.

„Ich war schon damals der Meinung, daß das Signalwirkung haben wird. Die Reaktionen haben auch gezeigt, daß es Signalwirkung hatte, denn diese Staaten befürchteten natürlich, daß auch andere Industrieländer nachziehen.“

Abgeordneter Keppelmüller, 1. Dezember 1992.

„Was tun wir in Wirklichkeit? — Das Gesetz — das muß einmal deutlich gesagt werden — bleibt vollinhaltlich in Geltung. Es ist ja nicht wahr, daß wir das Gesetz außer Kraft setzen.“

Abgeordneter Keppelmüller, 1. Dezember 1992.

„Meine Damen und Herren! Daher scheint es mir auch vertretbar, unter Aufrechterhaltung unserer Grundsätze und ohne Aufgabe dessen, was der Nationalrat als Gesetz beschlossen hat — denn daran ist ja nicht zu rütteln —, daher scheint es mir auch vernünftig, eine Maßnahme zu setzen, die diese Verhandlungssituation erleichtert, was wieder keine Aufgabe von Grundsätzen bedeutet, sondern lediglich eine Gesprächssituation ermöglichen soll, in die wir eintreten werden, meine Damen und Herren.“

Abgeordneter Jankowitsch, 4. Dezember 1992.

„... das Bundesgesetz, das eine Kennzeichnung sowie ein Gütezeichen für Holz aus nachhaltiger Nutzung vorsieht, unverändert aufrecht bleibt.“

Abgeordneter Jankowitsch, 5. Jänner 1993.

„Die Frage der Exporte wollte Jankowitsch nicht überbetont wissen. Sie dürfe nicht einziges Motiv dafür sein, ein Gesetz zu überdenken.“

„Wir dürfen nicht erpreßbar sein“, sagte er zur APA.

Abgeordneter Jankowitsch, 3. März 1993.

„Es wird nicht das Tropenholzgesetz aufgelöst oder zerschmettert. Es werden die zwei Punkte auch nicht endgültig ausgesetzt, sondern nur für einen gewissen Zeitraum.“

Abgeordneter Gartlehner, 4. Dezember 1992.

„So hat Ihnen schon mein Vorredner erklärt: Es geht nicht um die Beseitigung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes, sondern es geht um ein Zeichen, das wir in Richtung der Produzentenländer setzen wollen, um mit ihnen gemeinsam die Frage einer nachhaltigen Nutzung ihrer Ressourcen zu lösen, und um nichts anderes.“

Abgeordneter Lukesch, 1. Dezember 1992.

„Möglich und den internationalen Vereinbarungen entsprechend wäre allerdings eine Kennzeichnungsverpflichtung, die Verhängung von Verbrauchssteuern sowie weitere zweiseitige Maßnahmen Österreichs, wie zum Beispiel die Aufkündigung einzelner GATT-Zölle unter gleichzeitiger Kompensation.“

Da die derzeitige Situation Österreichs mit der Selbstverpflichtungserklärung des Holzhandels keineswegs befriedigend ist und da die Gefahr besteht, daß man mit symbolischen Handlungen die wahren Probleme verdeckt, lege ich meine Hoffnungen auf die zuletzt angeführten Möglichkeiten, und die ÖVP wird im Regenwaldunterausschuß auch dafür eintreten. Zu bemerken ist weiters, daß verstärkt Mittel der österreichischen Entwicklungshilfe für Projekte zum Schutz der tropischen Regenwälder zur Verfügung gestellt werden müssen.“

5. 5. 1992, Brief Busek an Global 2000.

„Eine Änderung der gesetzlich fixierten Kennzeichnungspflicht, die überdies erst in ihrem vollen Umfang anlaufen muß, kann von unserer Seite aus nicht angeboten werden.“

Darüber hinaus wird auch darauf hinzuweisen sein, daß Kennzeichnungsmaßnahmen von anderen Staaten, wie zum Beispiel Niederlande, Deutschland, Großbritannien und Dänemark, in ähnlichem Umfang überlegt werden und daher auf eine viel stärkere internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in Zukunft zu hoffen ist.“

11. 11. 1992, Brief Neisser an Global 2000.

So wurden auf Druck von Malaysia die EntschlieÙungen 2 und 3 des Tropenholzpakets ausgesetzt, gleichzeitig wurde aber versichert, daß an der Tropenholzkennzeichnung nicht gerüttelt wird.

Präsident

So hat der Bundeskanzler in der Beantwortung der dringlichen Anfrage der Grünen Alternative im Dezember 1992 sichergestellt, daß seitens der Regierung nicht an eine Änderung der Tropenholzkennzeichnung gedacht wird.

„Ich gehe davon aus, daß von seiten der Bundesregierung keine Initiative zu einer Änderung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes in Aussicht genommen ist.“

Bundeskanzler Dr. Vranitzky, 1. Dezember 1992.

Im Februar 1993 hielt der Bundeskanzler diese Regelung noch für eine vernünftige umweltpolitische Maßnahme.

„Er stehe zur Tropenholzverordnung und halte diese für eine ‚vernünftige Umweltmaßnahme‘, sagte der Bundeskanzler zur APA.“

28. Jänner 1993.

Die zweite Regierungsdelegation, deren Zusammensetzung genauso umstritten ist wie die Delegation nach Malaysia, mußte zwar zugeben, daß in Indonesien nicht alles ordentlich ablaufe, doch auch hier wurden die fortschrittlichen Maßnahmen gepriesen.

„Es liegt dort sicher noch vieles im argen. Die Konzessionen werden im Ermessen der Regierung vergeben. Aber es gibt nachweislich Versuche der langfristigen Holznutzung und auch wissenschaftliche Forschung in diese Richtung . . . Die indonesische Regierung gebe zu, Kontrollprobleme zu haben.“

Abgeordneter Svihalek, 19. Februar 1992.

Was diese Delegation anscheinend nicht wußte und auch nicht wissen dürfte, ist, daß der derzeitige Präsident Suharto seit 1965 an der Macht ist. In unmittelbarer Folge des Putsches vom Oktober 1965 wurden zwischen 500 000 und 1 Million Zivilisten entweder vom Militär oder von Personen oder Gruppen, die meist mit militärischer Unterstützung handelten, willkürlich getötet.

Im gleichen Zeitraum wurden mindestens 500 000 mutmaßliche Mitglieder oder Sympathisanten der PKI inhaftiert, die meisten davon ohne formelle Anklage oder Verfahren.

Bis zum heutigen Tag werden in ungeheurem Ausmaß Menschenrechte massiv verletzt. So wurden im November 1991 geschätzte 100 Teilnehmer an einem Leichenzug im Friedhof von Santa Cruz in Osttimor von indonesischen Truppen erschossen.

Zur Information aller Abgeordneten des österreichischen Parlaments wird der Amnesty International-Bericht aus dem Jahre 1992 „INDONE-

SIEN/OSTTIMOR — UNTERDRÜCKUNG ANDERSDENKENDER“ beigelegt.

In einem „Die Woche“-Artikel aus dem Februar 1993 spricht man davon, daß ein Viertel der 800 000 Insulaner aus Osttimor getötet wurden oder einfach verschwanden. Weiters ist diesem Artikel zu entnehmen, daß in Indonesien freie Gewerkschaften verboten sind, daß das seit 30 Jahren geltende Gesetz zur „Beseitigung subversiver Tätigkeiten“, mit dem die 900 000 Opfer des angeblichen Umsturzversuches der Kommunisten von 1965 ebenso gerechtfertigt werden wie die anhaltende blutige Unterdrückung der islamischen Unabhängigkeitsbewegung in der nordsumatrischen Provinz Aceh, nach wie vor aufrecht ist!

„Nach und nach hat der Präsidentenclan das Land in einen gewaltigen Selbstbedienungsladen verwandelt. Der ‚Humpuss‘-Konzern des zweitjüngsten Suharto-Sohnes Hotomo Mandala Putra ‚Tommy‘ macht mit Pipelines, Banken, Tropenholz, Gewürznelken sowie Schiff- und Luftfahrtgesellschaften über 2 Milliarden Dollar Jahresumsatz. Kaum weniger erfolgreich sind sein Bruder Bambang Trihatmodjo und die älteste Schwester Siti Hardijanti Hastuti ‚Tutu‘. Längst haben sich ausländische Investoren damit abfinden müssen, daß mindestens einer der Suhartos an den Profiten beteiligt wird. Frau Suharto heißt hier schlicht ‚Madame-ten-percent‘. Das schamlose Treiben des Herrscherclans hat die Autorität des Präsidenten längst untergraben. Aber solange er den Militärs bei ihren eigenen Geschäften freie Hand läßt, kann er auf ihre Unterstützung bei der Niederhaltung der immer unzufriedeneren 180 Millionen Indonesier zählen. Westliche Normen könnten nicht die universellen Richtlinien in der Menschenrechtsfrage sein, erklärte Suharto Anfang Februar während der ersten internationalen Konferenz zu diesem Thema in seinem Land überhaupt.“

Aus „Die Woche“, Februar 1993.

Die Grüne Alternative und die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie unterbreiteten einen Kompromißvorschlag, der auf eine Ausweitung der Kennzeichnung auf alle Hölzer und Holzprodukte abzielte. Eine derartige Ausweitung würde dem Vorwurf der Diskriminierung jegliche Grundlage entziehen. Aber nicht einmal zu diesem Mindestkompromiß für Österreichs Konsumenten sind die Politiker der Regierungsparteien fähig gewesen.

„Aus-Schluß-Vorbei“ dürfte das Grundprinzip in Österreichs mutiger Umwelt- und Menschenrechtspolitik sein.

Auch der Antrag der Grünen Alternative, neuerlich einen Unterausschuß einzusetzen, damit nicht voreilig eine Entscheidung getroffen wird, die der internationalen Umweltpolitik sowie der österrei-

Präsident

chischen Politik schaden könnte, wurde ohne Diskussion abgelehnt.

Dieser Rückschritt in der internationalen Umwelt- und Menschenrechtspolitik ist ein Schlag ins Gesicht für alle indigenen Völker — und 1993 ist das Jahr der indigenen Völker!

Fremde Einmischung

*Die Hotels seiner Kette leiten
Schweizer und Österreicher;
Und sein Molkerei-Projekt
überwachen Australier.*

*Seine Elektronik-Industrie
kontrollieren Japaner;
Und die Berater seiner Konserven-Fabrik
sind Chinesen.*

*Sein Bettlerhut wird von
amerikanischer Hilfe gefüllt;
Und seine Autos betanken die
Vereinigten Arabischen Emirate.*

*Aus Großbritannien
importiert er seine Lehrer
und ein mürrischer Deutscher
trainiert seine Fußballer.*

*Doch wenn eine kleine Stimme
Fragen zu den Gefangenen stellt
stampft er mit herrischer Gerechtigkeit
seinen Fuß auf und wettert
gegen die fremde Einmischung!*

*Aus: Gedichtband „Zerbrochene Träume“ von
Cecil Rajendra, Malaysia.*

*Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht ist dieser
Schritt äußerst bedenklich, da Österreich Erpreß-
barkeit signalisiert und so mittel- bis langfristig tat-
sächlich zahlreiche österreichische Arbeitsplätze
gefährdet werden.*

*Interessanterweise gibt es auch österreichische
Unternehmen, wie etwa die Firma Backhausen, die
keine Benachteiligung durch die Tropenholzkenn-
zeichnung in Indonesien bemerken konnten. Diese
Firma wurde jedoch nicht in den Umweltausschuß
geladen.*

*Es ist überhaupt zu befürchten, daß die eigentli-
chen Verursacher der Abschaffung der Tropen-
holzkennzeichnung aus Österreich kommen.*

*Eine weitere österreichische Firma exportiert
unter anderem auch „Antidemonstrationsfahrzeu-
ge“ nach Indonesien, was trotz der vorherrschenden
Menschenrechtssituation keine Probleme für
die österreichische Regierung darstellen dürfte.*

*Besonders interessant sind auch die zahlreichen
Widersprüche der Mitglieder der Regierungsdele-
gation, die einerseits von zahlreichen Problemen in*

*der indonesischen Forstwirtschaft sprachen. Rund
400 000 Hektar werden pro Jahr abgeholzt, aber
nur 40 000 aufgeforstet. Auch die fehlenden Kon-
trollmechanismen und die Konzessionsvergabe
wurden massiv kritisiert.*

*Gleichzeitig aber gab Abgeordneter Kaiser der
„Djakarta-Post“ in Indonesien folgendes Inter-
view:*

*„What I have seen so far led me to the conclu-
sion that environmentalists and non-governmental
organisations in my country seem to be misinform-
ed about Indonesia.*

*I am deeply impressed about Indonesian efforts
to manage its forests. I noticed yesterday a vast
expanse of eight year old trees which means that
you did not start the conservation efforts yesterday.*

*Indonesia actually did not indiscriminately cut
its trees and export logs to earn foreign exchange
as much and as quickly as possible as he earlier
heard.*

*You have an excellent long-term environmental
policy, even though it is still at the beginning of
proper implementation.“*

*Diese Aussagen zeigen die Unterwürfigkeit der
österreichischen Regierungsdelegation, da diese
Aussagen in keiner Weise mit den Berichten der
ITTO, der Weltbank, zahlreicher internationaler
Umweltorganisationen et cetera übereinstimmen.*

*Noch bedenklicher ist die Aussage von Dr. Jan-
kowitsch, der in demselben Interview folgendes
sagte:*

*„That is why we came here to gather evidence
and look for ourselves what the real situation is
because we are now in the process of revising the
law.“*

*Es muß hier vermutet werden, daß die wahren
Initiatoren zur gänzlichen Abschaffung der Tropen-
holzkennzeichnung aus Österreich selbst kom-
men, da schon zu Beginn der Delegation von einer
Novellierung des Kennzeichnungsgesetzes gespro-
chen wurde. Die Abschaffung der Kennzeichnung
muß schon vorher in Österreich beschlossen gewe-
sen sein. Dazu kommt, daß nicht einmal eine Aus-
weitung der Kennzeichnung möglich war, obwohl
genau dies noch von Indonesien und Malaysia ge-
fordert wurde. Unter diesen Voraussetzungen kann
man von einer österreichischen Demuts- und Un-
terwürfigkeitshaltung sprechen. Den Druck der
heimischen Wirtschaft, die Tropenholzkennzeich-
nung aufzugeben, unterstrich die voreilige Presse-
aussendung von Dr. Ceska, worin er bereits zur
Abschaffung gratulierte, obwohl der Ausschuß erst
Tage später stattfand!*

Präsident

Die Rücknahme der Tropenholzkennzeichnung durch das österreichische Parlament bedeutet nicht nur einen Dolchstoß für die internationale Umwelt- und Menschenrechtspolitik, sie bedeutet auch einen Rückfall in die siebziger Jahre, als Umweltpolitik gegen Sozialpolitik ausgespielt wurde.

Da ein Abgehen Österreichs von den derzeitigen Tropenholzbestimmungen zu einer internationalen Blamage führt, umwelt-, menschenrechts- und wirtschaftspolitisch mehr als bedenklich ist und Österreich einer schlichten Erpressung nachgibt, stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende

Anfrage:

1. Finden Sie es außen- wie wirtschaftspolitisch unbedenklich, einer Erpressung Indonesiens nachzugeben?

2. Sind Sie persönlich für eine Aufhebung der Tropenholzkennzeichnung eingetreten? Wenn ja: Aus welchen Gründen?

3. Sind Ihnen die Menschenrechtsverletzungen, die durch die indonesische Regierung seit Jahrzehnten begangen werden, bekannt?

4. Ist Ihnen der AI-Bericht zu Indonesien aus dem Jahr 1992 bekannt? Wenn ja: Wie stehen Sie dazu?

5. Sind Ihnen die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen der letzten Jahre in Indonesien bekannt? Wenn ja: Wie stehen Sie dazu? Wenn nein: Sollten derartige Fragen eine Rolle spielen?

6. Haben Sie keinerlei Bedenken, als Regierungsoberhaupt, als Sozialdemokrat sowie als Mensch, daß Österreich mit einer derartigen Regierung massiv Geschäfte macht?

7. Haben Sie keinerlei Bedenken, vor den Erpressungen Indonesiens einfach zu kapitulieren?

8. Wie stehen Sie, persönlich wie auch als Sozialdemokrat, zu der vorherrschenden Menschenrechtssituation in Indonesien?

9. Wissen Sie, daß das Jahr 1993 das Jahr der indigenen Völker ist?

10. Die Vorgangsweise Österreichs ist in dieser Frage eine glatte Verhöhnung und ein Schlag ins Gesicht der indigenen Völker dieser Erde.

Wie erklären Sie eine derartige Vorgangsweise gegenüber den indigenen Völkern, und was empfinden Sie persönlich bei dieser Vorgangsweise?

11. Wie nehmen Sie zum Versagen der österreichischen Wirtschaftspolitik Stellung, daß heute wieder Umwelt- und Menschenrechtspolitik gegen Sozialpolitik ausgespielt werden?

12. Wie groß war der Druck der heimischen Wirtschaft, die Tropenholzkennzeichnung gänzlich abzuschaffen?

13. Welche Firmen haben bei Ihnen gegen die Tropenholzkennzeichnung interveniert?

14. Wurden die Angaben der Firmen und der Bundeswirtschaftskammer überprüft? Wenn ja: Wie und durch wen?

15. Sind nicht, durch das Signalisieren von Erpressbarkeit, mittel- bis langfristig zahlreiche österreichische Arbeitsplätze gefährdet?

16. Ist diese Art der Wirtschaftspolitik, nämlich Wirtschaftsexpansion in Gebiete, die eine Quasi-Diktatur darstellen, nicht kurzfristig (siehe Rechnungshofbericht Ausfuhrförderungen — UdSSR — Fehleinschätzungen des politischen Risikos in ehemaligen kommunistischen Diktaturen)?

17. Ist diese Art der Wirtschaftspolitik aus sozial-, umwelt- und menschenrechtlichen Aspekten tragbar?

18. Was war für Sie ausschlaggebend, Ihre Meinung vom Dezember 1992 und Februar 1993 so rasch zu ändern?

19. Die Tropenholzpolitik Österreichs ist Paradebeispiel für eine „Österreich-Zuerst-Politik“. Finden Sie, daß eine derartige Politik europareif ist? Wenn ja: Wie begründen Sie dies?

20. Wie stehen Sie persönlich zu einer Ausweitung der Kennzeichnung auf alle Hölzer und Holzprodukte?

21. Wie stehen Sie generell zur Produktkennzeichnung?

22. Stellt die Produktkennzeichnung nicht eines der Grundrechte für die Konsumenten dar?

23. Wie stehen Sie zur verpflichteten Kennzeichnung von radioaktiv bestrahlten Nahrungsmitteln?

24. Wie stehen Sie zur verpflichteten Kennzeichnung von gentechnologisch behandelten Nahrungsmitteln?

25. Wie stehen Sie zur verpflichteten Kennzeichnung von Zusatz- und Inhaltsstoffen?

26. Wie schätzen Sie die Chancen einer internationalen Umweltpolitik ein, wenn nicht einmal die Kennzeichnung von Produkten durchsetzbar ist?

27. Wie schätzen Sie die österreichische „Vorreiterpolitik“ ein, wenn Österreich gleich dem ersten Erpressungsversuch nachgibt?

28. Wie wird sich Österreich in Zukunft gegenüber derartigen Erpressungsversuchen verhalten?

Präsident

29. Erpressung wurde immer wieder im Umweltausschuß von den Vertretern der Wirtschaft ausgesprochen. Halten Sie eine Kapitulation vor derartigen Erpressungen nicht für politisch fatal?

Wie beurteilen Sie als Regierungschef mit wirtschaftlicher Koordinationskompetenz die Nichtbeziehung wichtiger österreichischer Wirtschaftszweige, wie insbesondere der österreichischen Holzwirtschaft, der Tourismusbranche und der Papierindustrie, im Umweltausschuß?

30. Gab es in der Vergangenheit bereits Fälle von Protesten eines anderen Landes gegen Maßnahmen der Produkt- oder Warenkennzeichnung in Österreich?

31. Wenn ja: Welche, und mit welchen Begründungen wurde ihnen stattgegeben, beziehungsweise wurden sie abgelehnt?

32. Wurde die generelle Kennzeichnung eingehend geprüft?

33. Welche Experten et cetera wurden dafür herangezogen?

34. Warum wurde der Vorschlag der Umweltministerin über eine generelle Kennzeichnung nicht berücksichtigt?

35. Warum gab es keine Regierungsvorlage zur Novellierung des Tropenholzgesetzes?

36. Wurde nicht vielmehr die Vorgangsweise eines Initiativantrages gewählt, um einem Veto der Umweltministerin auszuweichen?

37. Ist es nicht eine umweltpolitische Bankrotterklärung, wenn sich die Umweltministerin und sämtliche Umweltorganisationen gegen diese Novellierung aussprechen?

38. Was spricht Ihrer Meinung nach gegen eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht?

39. Wäre es nicht viel sinnvoller gewesen (auch wirtschaftspolitisch), wenn Österreich in die Offensive gegangen wäre und eine Ausweitung beschlossen hätte, anstatt vor den Erpressungen Indonesiens in die Knie zu gehen?

40. Warum haben Sie sich nicht dafür ausgesprochen, diese Entscheidungen noch einmal intensiv zu diskutieren?

41. Da Sie ja doch ein wenig Einfluß auf die Abgeordneten Ihrer Fraktion haben dürften, wieso haben Sie diesen nicht genützt, um eine wirklich ernsthafte und ehrliche Diskussion über die weitere Vorgangsweise abzuführen?

42. Geben Ihnen die massiven Proteste der gesamten Umwelt- und Menschenrechtsbewegung sowie der Kirchenvertreter und zahlreicher junger

Menschen nicht zu denken? Wenn nein: Warum nicht?

43. Ist dieser Rückfall ins Beton-Zeitalter heute politisch wirklich noch vertretbar?

44. Werden aus dem mit 200 Millionen öS dotierten Regenwaldprogramm Projekte in Indonesien und Malaysia finanziert?

45. Wenn ja: Welche, in welcher Höhe und wann wurden die Mittel zugesagt?

46. Sind die Mittel des Regenwald-Programms bereits ausgeschöpft?

47. Wenn nein: Liegen konkrete Anträge oder Vorschläge zur Finanzierung von Projekten aus den verbleibenden Mitteln vor, und in welchen Ländern sind solche möglichen Projekte angesiedelt?

48. Nach welchen Kriterien werden die Entscheidungen gefällt?

49. Können Sie ausschließen, daß mit Geldern des Regenwald-Programms im Sinne einer „Beschäftigungspolitik“ Vorhaben in Indonesien finanziert werden, die ohnehin finanziert worden wären und in die NGOs nicht eingebunden sind?

50. Welche Untersuchungen liegen Ihnen vor über mögliche Auftragsentgänge österreichischer Unternehmen und mögliche Arbeitsplatzgefährdungen als indirekte Folge der österreichischen Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer?

51. Enthalten diese Untersuchungen mittel- oder langfristige Angaben oder Prognosen, welche Folgewirkungen auf Auftragslage oder Arbeitsplatzsituation eine wirtschaftliche Erpreßbarkeit Österreichs haben könnte?

52. Gibt es keine derartigen Untersuchungen; sind Sie nach dem Vertrauensgrundsatz — eine Firma ein Wort — vorgegangen?

53. Welche Studien liegen Ihnen zum Thema Bewirtschaftung von Regenwäldern vor?

54. Enthalten diese Studien Angaben über den Wert und die Nutzbarkeit von Nicht-Holzprodukten?

55. Enthalten diese Studien mittel- oder langfristige Schätzungen des gesamtwirtschaftlichen Nutzens oder Schadens der derzeitigen Holzgewinnung?

56. Wird Österreich die ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte indigener Völker noch vor der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien im Juni dieses Jahres ratifiziert haben?

57. Welche Maßnahmen setzt die österreichische Bundesregierung im „Jahr der indigenen Völker“

Präsident

zum Schutz der Rechte und des Lebensraumes indigener Völker, insbesondere der in den Regenwäldern beheimateten?

58. Hat die österreichische Delegation in Indonesien Informationen über die Maßnahmen Indonesiens zur Erarbeitung eines „Waldaktionsplans“ unter Einbindung der indigenen Bevölkerung eingeholt, wie ihn die bei der UNCED verabschiedete Erklärung über Prinzipien der Waldnutzung vorsieht?

59. Wenn ja: Wie lauten diese?

60. Hatte die österreichische Delegation den Auftrag, auch die Verletzung der Menschenrechte zu thematisieren?

61. Wenn ja: Wie waren die Reaktionen der indonesischen Regierungsvertreter?

62. Gab es bereits die Vorgabe an die Delegation, in Indonesien klarzumachen, daß Österreich an die Novellierung der Tropenholzkennzeichnung denke?

63. Wenn ja: Ist das nicht eine unvernünftige Verhandlungsposition, die österreichische Unterwürfigkeit zeigt?

64. Wenn nein: Hat Delegationsleiter Jankowitsch nicht seine Befugnisse überschritten, wenn er folgendes in einem Interview von sich gab: „That is why we came here to gather evidence and look for ourselves what the real situation is because we are now in the process of revising the law“?

65. Versteht man darunter hartes Verhandeln?

66. Gleiches gilt für Abgeordneten Kaiser — siehe Zitate in der Begründung. Ist bei einem derartigen Vorgehen nicht eher anzunehmen, daß schon seitens der österreichischen Regierung an eine Rücknahme der Tropenholzkennzeichnung gedacht war?

67. Halten Sie eine derart devote Verhandlungsführung für vertretbar — schon in der „Djakarta Post“ vom 18. 2. 1993 lautete der Titel des Beitrages „Austria may revise eco-label law on tropical wood products“ —?

68. Können Sie ausschließen, daß die Hauptverantwortlichen für die Abschaffung der Tropenholzkennzeichnung und die Nichtausweitung auf alle Produkte aus Österreich kommen?

Wie lauten die in Ihrem Ressortbereich vorhandenen diesbezüglichen Aktenaufzeichnungen?

69. Gibt es schriftliche Vermerke, daß Indonesien eine generelle Holzkennzeichnung ablehnt?

70. Wenn ja: Welche, und könnten Sie diese dem Parlament zukommen lassen?

71. Gibt es schriftliche Vermerke, in denen Indonesien oder Malaysia eine Ausweitung der Kennzeichnung auf alle Hölzer und Holzprodukte verlangt?

72. Wenn ja: Welche, und könnten Sie diese dem Parlament zukommen lassen?

73. Sind an Sie Proteste (international und national) gegen die Aufhebung der Tropenholzkennzeichnung gerichtet worden?

74. Wenn ja: Wer waren die Absender (können Sie bitte alle aufzählen)?

75. Wie stehen Ihre Kolleginnen und Kollegen von der SPD zu der geplanten Aufhebung der Tropenholzkennzeichnung?

76. Gibt Österreich Ihrer Meinung nach seine Vorreiterrolle zum Schutz der Tropenwälder auf?

77. Halten Sie eine Umwelt-Vorreiterrolle Österreichs überhaupt für sinnvoll, und wie wollen Sie diese in Zukunft gewährleisten?

78. Im Umweltausschuß waren auch Vertreter der Firma Rosenbauer vertreten. Diese Firma exportiert unter anderem auch Antidemonstrationsfahrzeuge nach Indonesien. Wie beurteilen Sie die Lieferung von Unterdrückungstechnologien in derartige Staaten?

79. Worum handelt es sich bei diesen Antidemonstrationsfahrzeugen, und fallen diese unter die Waffenexportbestimmungen?

80. Halten Sie derartige Exporte in Länder wie Indonesien für unbedenklich, oder denken Sie an Gespräche mit dieser Firma, derartige Exporte nicht fortzuführen, und können Sie Ausführhafungen für derartige Exporte ausschließen?

81. Einer der beiden Antragsteller des Abänderungsantrages, Abgeordneter Keppelmüller, ist Angestellter der Firma Lenzing. Die Firma Lenzing hat einen Brief an Abgeordnete Langthaler verfaßt, in dem ersucht wird, die Tropenholzkennzeichnung aufzuheben, da die Firma Lenzing zu 42 Prozent an einem Viscose-Unternehmen in Indonesien beteiligt ist.

Handelt es sich hier nicht um einen klassischen Fall von Unvereinbarkeit?

82. Wenn ja: Was gedenken Sie zu tun?

83. Wenn nein: Wann ist für Sie ein Fall von Unvereinbarkeit gegeben?

84. Gibt es in Ihrer Fraktion auch andere Abgeordnete, die in einem Naheverhältnis zu Unternehmen stehen (Anstellung, Vorstand, Aufsichtsrat), die um die Aufhebung der Tropenholzkennzeich-

Präsident

nung gebeten haben oder die behaupten, Aufträge in Indonesien zu verlieren?

85. Wenn ja: Um welche Abgeordneten handelt es sich, und welche Positionen haben sie?

86. In einem Artikel der „Kronen-Zeitung“ (Steiermark) vom 21. Februar 1993 wird darauf hingewiesen, daß Mitarbeiter der Elin-Werke dazu genötigt wurden, eine Protestnote an Sie gegen das Tropenholzgesetz mitzuunterschreiben. Ist Ihnen dieser Fall bekannt?

87. Gibt es weitere Fälle, wo Unternehmen ihre Mitarbeiter unter Druck gesetzt haben, um gegen die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz zu protestieren?

88. Wurde auf Regierungsebene über die Aufhebung der Kennzeichnung für Tropenholz diskutiert, und wurde von Ihnen die Aufhebung Ihren Fraktionskollegen empfohlen?

89. Hat man sich seitens der Wirtschaft gegen eine generelle Holz-Kennzeichnungspflicht ausgesprochen?

90. Wenn ja: Mit welcher Begründung?

91. Gibt es Staaten, wo ähnliche Maßnahmen, wie sie von Österreich im Vorjahr beschlossen wurden, diskutiert werden?

92. Wenn ja: Welche?

93. Ist es richtig, daß auch Sie über Initiativen in einigen Staaten, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen, informiert wurden?

94. Welche Anstrengungen haben Sie persönlich unternommen, um für die österreichischen Tropenholzregelungen zu werben?

95. Welche konkreten Gespräche haben Sie diesbezüglich geführt, und gibt es diesbezügliche Aktenvermerke?

96. Die österreichischen Sozialdemokraten haben sich immer wieder gegen die Menschenrechtsverletzungen in Südafrika eingesetzt und haben sich massiv für Restriktionen gegen das dortige Regime ausgesprochen. Sollten sie dies nicht auch in diesem Falle tun beziehungsweise sich zumindest nicht von einer derartigen Regierung einfach erpressen lassen?

97. Soll beziehungsweise muß es für Sie die Begriffe Ethik und Moral in der Politik geben, und sind sie in diesem Fall nicht massiv verletzt worden?

Wenn nein: Wann werden Ihrer Meinung nach Ethik und Moral in der Politik verletzt?

98. Wie werden Sie diese Maßnahme vor den zahlreichen jungen Menschen verantworten und legitimieren?

99. Die Grüne Alternative wird erneut einen Entschließungsantrag auf Berücksichtigung der Menschenrechtslage (laut AI-Berichte) bei Ausfuhrförderungen und sonstigen Wirtschaftsförderungen stellen. Werden Sie sich bei Ihren Parteifreunden für diesen Antrag aussprechen?

100. Offensichtlich opfern Sie in wirtschaftlichen Krisenzeiten aufgrund eines kurzfristigen Wirtschaftsdenkens vernünftige Umweltgesetze. Sind Sie der Meinung, daß Umweltschutz Arbeitsplätze vernichtet?

101. Eine Wifo-Studie aus dem Jahr 1990 zeigt, daß ökologische Vorreiterländer möglicherweise kurzfristige wirtschaftliche Nachteile haben könnten, jedoch langfristig auch wirtschaftlich davon profitieren. Wie ist Ihre Meinung dazu?

102. Wenn Sie nicht einmal in der Lage sind, Erpressungen von Indonesien und Malaysia standzuhalten, wie können Sie der Bevölkerung garantieren, die österreichischen Interessen bei den EG-Verhandlungen zu vertreten?

Die unterfertigten Abgeordneten verlangen die dringliche Behandlung dieser Anfrage nach Erledigung der Tagesordnung.

amnesty international

INDONESIEN/OSTTIMOR

Unterdrückung Andersdenkender

JULI 1992

AI INDEX: ASA 21/09/92

DISTR: SC/CO

Internationales Sekretariat, 1 Easton Street, London WC1X 8DJ, UK

Inhaltsverzeichnis

INDONESIEN/OSTTIMOR

Unterdrückung Andersdenkender

1. Einleitung (S. 12593)

2. Eine Tradition von Menschenrechtsverletzungen (S. 12595)

3. Menschenrechte heute (S. 12595)

3.1 Politische Tötungen und „Verschwindenlassen“ (S. 12596)

3.1.1 Aceh und Nordsumatra (S. 12596)

3.1.2 Osttimor (S. 12597)

3.1.3 Irian Jaya (S. 12598)

Präsident

- 3.2 Unfaire politische Verfahren (S. 12598)
- 3.3 Folter und Mißhandlung (S. 12599)
- 3.4 Gewaltlose politische Gefangene (S. 12600)
 - 3.4.1 Aceh und Nordsumatra (S. 12600)
 - 3.4.2 Osttimor (S. 12601)
 - 3.4.3 Irian Jaya (S. 12601)
 - 3.4.4 Islamische Aktivisten (S. 12601)
 - 3.4.5 Studenten (S. 12602)
 - 3.4.6 Wirkliche und mutmaßliche Mitglieder der Kommunistischen Partei (PKI) (S. 12602)
 - 3.4.7 Seit 1991 freigelassene Gefangene (S. 12603)
- 3.5 Die Todesstrafe (S. 12603)
 - 4. Schlußfolgerungen (S. 12603)
 - 4.1 Empfehlungen an die indonesische Regierung (S. 12604)

Dies ist die deutschsprachige Version eines 22seitigen Dokuments, „Indonesia/East Timor: The Suppression of Dissent — July 1992 (AI Index: ASA 21/09/92)“, herausgegeben von amnesty international im Juli 1992. Die Übersetzung erfolgte durch die österreichische Indonesien Ko-Gruppe. Verbindlich ist das englische Original. Das englische Original und die Übersetzung können bei den Indonesien Ko-Gruppen bestellt werden.

Indonesien Ko-Gruppe der Sektion amnesty international Deutschland e.V. Postfach 170 229, DW-5300 Bonn I

Indonesien Ko-Gruppe der Sektion amnesty international Österreich Postfach 45, A-9020 Klagenfurt

INDONESIEN/OSTTIMOR**Unterdrückung Andersdenkender****1. Einleitung**

Im November 1991 wurden geschätzte 100 Teilnehmer an einem Leichenzug im Friedhof von Santa Cruz bei Dili in Osttimor von indonesischen Truppen erschossen. Als Reaktion auf starken internationalen Protest betonte die indonesische Regierung, es habe sich dabei um einen bedauernden, aber vereinzelt Vorfall gehandelt, der „in keiner Weise der Politik der indonesischen Regierung entspreche“. Amnesty international hat aber seit mehr als zwanzig Jahren schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen nicht nur in Osttimor, sondern in ganz Indonesien dokumentiert. Die Beweislage läßt den Schluß zu, daß die indonesischen Behörden ein klares Muster an Menschenrechtsverletzungen praktizieren, um die freie politische Meinungsäußerung zu verhindern.

In Regionen, in denen die Regierung gegen bewaffnete Oppositionsgruppen kämpft, reicht schon

der bloße Verdacht auf Sympathie für die Sache der Opposition, um Personen oder ihre Angehörigen zum Ziel für „Verschwindenlassen“ oder extralegale Hinrichtungen durch die Armee werden zu lassen. In Aceh und Nordsumatra sollen seit 1989 etwa 2 000 Zivilisten extralegal getötet worden sein. In Osttimor wurden schon vor dem Massaker von Santa Cruz zahllose wirkliche oder mutmaßliche politische Aktivisten getötet oder zum „Verschwinden“ gebracht. Hunderte von Personen wurden seit 1989 in Aceh, Nordsumatra, Irian Jaya und Osttimor wegen Verdachts auf Aktivitäten für die Unabhängigkeit festgenommen. Viele werden ohne Verfahren monatelang festgehalten. Schwere Formen der Folter, die manchmal zum Tode führen, werden an politischen Gefangenen routinemäßig vorgenommen.

Friedlicher Protest, darunter auch Demonstrationen gegen Menschenrechtsverletzungen, werden von den Behörden als „subversive Aktivität“ behandelt. Wer auch nur die leiseste Kritik an der Politik der Regierung anmeldet, wird als Staatsfeind bezeichnet. Bei mehr als 150 Personen, die als vorgebliche Gegner der Regierung in Gefängnissen in ganz Indonesien und Osttimor sind, handelt es sich zum Teil sicher, zum Teil wahrscheinlich um gewaltlose politische Gefangene. Der Großteil davon wurde in unfairen Verfahren zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Hunderte weitere politische Gefangene wurden ebenfalls in unfairen Verfahren zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Zumindest 29 politische Gefangene wurden seit 1985 zum Tod verurteilt und hingerichtet, die meisten davon ältere Männer, die schon mehr als zwanzig Jahre wegen mutmaßlicher Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) im Gefängnis verbracht hatten.

Die indonesische Regierung hat wiederholt festgestellt, daß Militär- und Polizeiangehörige bestraft würden, wenn ihnen Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen würden; amnesty international ist aber nur eine Handvoll derartiger Fälle bekannt. Vor dem Massaker von Santa Cruz handelte es sich bei allen, die diesbezüglich vor Gericht gestellt wurden, um Polizeibeamte, denen die Mißhandlung mutmaßlicher Krimineller vorgeworfen wurde; im allgemeinen erhielten sie milde Strafen. Nach dem Massaker kündigte die Regierung eine Reihe von Untersuchungs- und Disziplinarmaßnahmen an, wie sie bisher nicht dagewesen seien. Bis Juni 1992 war eine Reihe von Offizieren entlassen oder strafversetzt worden, und zehn Militärangehörige wurden von Militärgerichten wegen ihrer Handlungen während des Massakers verurteilt. Die Soldaten wurden allerdings vor ein Militärtribunal gestellt, und die Anklagepunkte waren primär disziplinärer, nicht strafrechtlicher Natur. Keiner der Angeklagten wurde wegen Mordes an-

Präsident

geklagt und nur einer wegen Mißhandlung, und alle wurden zu kurzen Hafisstrafen verurteilt.

Die Regierung hat die Überwachung der Menschenrechtssituation in Indonesien und Osttimor ständig behindert. Einheimische Menschenrechtsorganisationen waren Einschüchterungsmaßnahmen ausgesetzt. Personen, die sich für die Menschenrechte einsetzten, wurden festgenommen und gefoltert. Personen, die für die Menschenrechte protestierten, wurden wegen Subversion angeklagt und in unfairen Verfahren zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Internationalen Organisationen, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen wollen, wird die Einreise äußerst erschwert oder gänzlich untersagt. Seit dem Massaker von Santa Cruz ist Osttimor für Menschenrechtsrechercheure praktisch gesperrt, obwohl die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen im Februar 1992 die indonesische Regierung dazu aufrief, „zusätzlichen humanitären und Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu Osttimor zu erleichtern“. Trotz häufiger Ersuchen darf amnesty international schon seit mehr als 17 Jahren nicht mehr Indonesien oder Osttimor besuchen.

Die indonesische Regierung weigert sich beharrlich, inhaltlich auf detaillierte Berichte über Menschenrechtsverletzungen einzugehen. Sie zieht es statt dessen vor, allgemeine Erklärungen über nationale Souveränität abzugeben und die allgemeine Gültigkeit internationaler Menschenrechtsprinzipien in Frage zu stellen. So wies im Februar 1992 Präsident Suharto den Versuch einiger Regierungen zurück, Wirtschaftshilfe mit Menschenrechtsfragen zu verknüpfen. Er meinte, Versuche, „auf ausländischen Werten beruhende“ Menschenrechte aufzuzwingen, würden nicht zum Erfolg führen und eine „Verletzung der Menschenrechte der Menschen dieser Nation und der Souveränitätsrechte dieser Nation“ darstellen.

Amnesty international hält das Recht auf Leben für unabdingbar und allgemein gültig. Auch das Recht auf Freiheit vor willkürlicher Festnahme, vor Folter oder vor „Verschwindenlassen“ durch staatliche Behörden ist grenzüberschreitend und gilt in gleichem Maße für alle Menschen. Die staatliche Weigerung, diese Rechte anzuerkennen und durchzusetzen, kann unter keinen Umständen gerechtfertigt werden. Amnesty international appelliert an die indonesische Regierung, entschiedene Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen zu ergreifen und die am Ende dieses Berichtes angeführten Präventiv- und anderen Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Amnesty international glaubt, daß eine Verwirklichung dieser Maßnahmen zum Schutz der grundlegenden Menschenrechte in Indonesien und Osttimor beitragen würde.

2. Eine Tradition von Menschenrechtsverletzungen

1965 kam Präsident Suharto an die Macht, nachdem ein Putschversuch niedergeschlagen worden war, den die Behörden der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) zuschrieben, die bis dahin eine legale politische Partei gewesen war. In unmittelbarer Folge des Putsches vom Oktober 1965 wurden zwischen 500 000 und 1 Million Zivilisten entweder vom Militär oder von Personen oder Gruppen, die mit militärischer Unterstützung handelten, willkürlich getötet. Die Getöteten waren mutmaßliche Mitglieder der PKI oder Mitglieder von Vorfelddorganisationen.

Im gleichen Zeitraum wurden mindestens eine halbe Million mutmaßlicher Mitglieder oder Sympathisanten der PKI inhaftiert, die meisten davon ohne formelle Anklage oder Verfahren. Von denen, die vor Gericht gestellt wurden, wurden viele auf der Grundlage von unter Folter erzwungenen Aussagen verurteilt. Die Verfahren, in denen sie verurteilt wurden, entsprachen in keiner Weise den grundlegenden internationalen Standards für faire Verfahren. Zehntausende blieben bis in die späten siebziger Jahre im Gefängnis, und noch heute sind mindestens 34 Personen in Haft, sieben davon ältere Männer, die in Todeszellen auf ihre Hinrichtung warten.

Ein Vierteljahrhundert nach dem angeblichen Putschversuch durch PKI-Mitglieder werden mutmaßliche Kommunisten noch immer behördlich verfolgt. Hunderttausende frühere PKI-Mitglieder und ihre Verwandten sind weiterhin Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Bürgerrechte ausgesetzt. In den letzten paar Jahren wurde eine Anzahl von ihnen willkürlich festgenommen und mißhandelt. Kandidaten für die Wahl im Juni 1992 mußten sich einem politischen Untersuchungsverfahren unterziehen, in dem mögliche Sympathisanten der Kommunisten identifiziert und disqualifiziert werden sollten. Mehr als 35 000 angebliche frühere Kommunisten dürfen ihr Wahlrecht noch immer nicht ausüben.

Extralegale Hinrichtungen, willkürliche Inhaftierung und Folter werden von Behörden im Umgang mit abweichenden politischen Meinungen oder bei einer angenommenen Gefahr für die nationale Sicherheit — auch wenn diese friedlich sind — noch immer angewandt. So wurden etwa zwischen 1983 und 1985 ungefähr 5 000 Personen in verschiedenen Städten in Indonesien von Todeschwadronen der Regierung ohne Verfahren hingerichtet. Die Hinrichtungen wurden oft an öffentlich zugänglichen Orten vorgenommen, und die Leichen der Opfer wurden öffentlich liegen gelassen. Damals leugnete die Regierung vehement jede Verantwortung für die sogenannten „mysteriösen Tötungen“ (Petrus). 1989 gab Präsident Suharto allerdings zu, daß die Tötungen Teil einer wohlwogenen Kampagne der Regierung gewesen waren, mit dem Ziel, unerwünschte Elemente loszuwer-

Präsident

den. Diese extralegalen Hinrichtungen sollten, in den Worten des Präsidenten, als „Schocktherapie“ dienen.

Seit der Invasion von Osttimor im Jahr 1975 sind indonesische Regierungssireitkräfte dort für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. In den ersten Jahren nach der Invasion starben bis zu 200 000 Personen, ein Drittel der Bevölkerung von Osttimor. Viele davon starben an Krankheiten oder Hunger, aber Tausende wurden extralegal hingerichtet. Hunderte andere sind „verschwunden“, und ihr Verbleib ist bis heute ungeklärt, die meisten sind vermutlich tot. In einer Reihe von Verfahren seit der Mitte der achtziger Jahre wurden Dutzende mutmaßliche Gegner der indonesischen Herrschaft in Osttimor wegen Subversion und anderer politischer Vergehen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Viele wurden während des Verhörs gefoltert oder mißhandelt. Die meisten der verurteilten politischen Gefangenen aus Osttimor haben ihre Strafe abgebußt und wurden freigelassen. Mindestens sechs politische Gefangene, die zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, sind aber noch immer in Jakarta beziehungsweise Dili in Haft. Seit dem Massaker von Santa Cruz wurden weitere 13 vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt. Ein Gefangener erhielt eine lebenslange Gefängnisstrafe. Einige oder alle davon sind gewaltlose politische Gefangene, die wegen friedlicher politischer Aktivitäten oder der Verteidigung der Menschenrechte inhaftiert wurden.

3. Menschenrechte heute

Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit unterliegt in Indonesien und Osttimor weiterhin schwerwiegenden Beschränkungen, und die Durchsetzung dieser Beschränkungen führt zu verbreiteten Menschenrechtsverletzungen. Praktisch alle Formen politischer Betätigung, die nicht der offiziellen Linie entsprechen, können von den Behörden als subversiv oder „gegen die Regierung gerichtet“ betrachtet werden, und tatsächliche oder mutmaßliche Kritiker der Regierung sind außergerichtlichen Hinrichtungen, „Verschwindenlassen“, Folter, politischer Gefangenschaft, unfairen Gerichtsverfahren und der Todesstrafe ausgesetzt. Menschenrechtsverletzungen sind besonders dort häufig, wo die Regierung gegen bewaffnete Oppositionsgruppen kämpft, wie in Aceh, Nordsumatra, Irian Jaya und Osttimor. Aber auch Universitätsprofessoren, islamische Gelehrte, Studenten und andere Personen in vielen Regionen des Landes wurden willkürlich festgenommen und gefoltert.

3.1 Politische Tötungen und „Verschwindenlassen“

In Regionen mit bewaffneten Konflikten zeichnet sich ein beständiges Muster von politisch motivierten Morden und „Verschwindenlassen“ an unbe-

waffneten Zivilisten ab. Personen, die verdächtigt wurden, mit der Opposition zu sympathisieren, wurden erbarmungslos gefoltert und ermordet; andere wurden in militärischen oder polizeilichen Einrichtungen inhaftiert, bevor sie „verschwanden“. Intensive militärische Überwachung in Aceh, Nordsumatra und Osttimor, Hand in Hand mit dem Risiko, gefoltert oder ermordet zu werden, hat zu einem Klima der Angst geführt, in dem viele Einheimische sich davor fürchten, gegen Menschenrechtsverletzungen aufzutreten.

In Aceh und Nordsumatra hat der Kampf der Regierung gegen die Aceh Merdeka (auch bekannt als Nationale Befreiungsfront Aceh Sumatra), eine bewaffnete Oppositionsgruppe, welche die Unabhängigkeit von Aceh und Teilen von Sumatra von Indonesien anstrebt, seit 1989 zur extralegalen Hinrichtung von etwa 2 000 Zivilisten geführt. In Osttimor wurden in den Jahren vor dem Massaker von Santa Cruz zahllose echte oder mutmaßliche politische Aktivisten getötet oder zum „Verschwinden“ gebracht. In Irian Jaya sollen Mitglieder der bewaffneten Sezessionsbewegung Organisasi Papua Merdeka (OPM) vom Militär extralegal hingerichtet worden sein, darunter zumindest ein politischer Gefangener, der wahrscheinlich in der Haft getötet wurde.

3.1.1 Aceh und Nordsumatra

Seit Ende 1989 werden im Verlauf militärischer Operationen zur Bekämpfung der Aceh Merdeka extralegale Hinrichtungen durchgeführt. Die Regierung hat „Störungen der Sicherheit“ in der Region zugegeben, hat aber auch festgestellt, daß Beschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen in Aceh „reine Erfindungen . . . mit dem Zweck der Herabsetzung der Republik Indonesien in den Augen der internationalen Gemeinschaft“ seien.

Trotz schwerwiegender Beschränkungen im Zugang zu dieser Region, die eine vollständige und effektive Überwachung der Menschenrechtssituation erschweren, weisen Informationen aus einer Reihe von Quellen — darunter nationale und internationale Presse, Menschenrechtsanwälte, religiöse Führungspersonlichkeiten und Dorfbewohner aus Aceh — darauf hin, daß extralegale Tötungen, „Verschwindenlassen“ und Folter weit verbreitet sind und daß alle, die verdächtigt werden, mit Aceh Merdeka zu sympathisieren, davon bedroht sind. Viele der Opfer scheinen Zivilisten aus Gebieten gewesen zu sein, in denen Aceh Merdeka aktiv sein soll. Amnesty international verfügt auch über Berichte, nach denen Aceh Merdeka Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Amnesty international verurteilt solche Verletzungen vorbehaltlos, ist aber nicht der Meinung, daß Handlungen von bewaffneten Oppositionsgruppen jemals Menschenrechtsverletzungen durch Regierungskräfte rechtfertigen können.

Präsident

Im Verlauf des Jahres 1990 sollen Dorfbewohner in Aceh und Nordsumatra Dutzende von unidentifizierten Leichen — zum Teil noch immer mit verbundenen Augen und gefesselten Händen und Füßen — in Gräbern mit geringer Tiefe, in Gräben und in Flüssen gefunden haben. Viele der Leichen sollen Folterspuren und Schußwunden im Kopf aufgewiesen haben. Im Oktober 1990 veröffentlichte die indonesische Wochenzeitung „Tempo“ Details über acht Personen, die auf Plantagen oder entlang der Straßen in Nordsumatra und Aceh tot aufgefunden worden waren. Einige der Leichen sollen verstümmelte Genitalien oder keine Ohren gehabt haben. Im November 1990 soll ein hochrangiger Militärarzt festgestellt haben, daß zwischen Ende 1989 und Ende 1990 mehr als 1 000 Personen getötet wurden. Im gleichen Monat entdeckten Dorfbewohner im Bezirk Aluemira ein Massengrab mit etwa 200 Leichen. Berichte aus zahlreichen Quellen weisen darauf hin, daß die Tötungen von Mitgliedern der indonesischen Sicherheitskräfte verübt worden waren.

Im Mai 1990 berichteten Augenzeugen, daß in der Stadt Sigli fünf Personen öffentlich von indonesischen Soldaten erschossen wurden. Die Opfer sollen mutmaßliche Rebellen gewesen sein, die vom Militär festgenommen worden waren. Keiner war angeklagt oder verurteilt worden. Ein örtlicher Beamter soll gesagt haben: „Das muß man verstehen, sie waren Aufführer, sie waren im Unrecht.“ Vertreter der Regierung bestritten, daß die Hinrichtungen stattgefunden hätten, und behaupteten, daß die Toten „GPK-Mitglieder“ (GPK ist die Abkürzung für gerombolan pengacau keamanan, „Bande von Störern der öffentlichen Sicherheit“, ein offizieller Ausdruck für Mitglieder von Unabhängigkeitsbewegungen) gewesen seien, die in einer Schießerei starben. Es gibt allerdings keinen Bericht über die „Untersuchung“ dieses Vorfalles durch die Regierung.

Während der Jahre 1990 und 1991 gab es immer wieder Berichte über willkürliche Festnahmen und „Verschwindenlassen“, die jene Personen betrafen, die der Sympathien für Aceh Merdeka verdächtigt wurden. Im August 1990 wurde der 28jährige Mohamad Jafar wegen Verdachts der Hilfe für die Aufständischen festgenommen. Augenzeugen berichteten, daß sie sahen, wie er mit Holzstöcken und Stromkabeln geschlagen wurde, wie ihm die Augen verbunden wurden und wie er in ein Auto verladen wurde. Sein Schicksal und sein Aufenthaltsort sind noch immer unbekannt.

Dutzende Menschen sollen in einer Reihe von Orten — darunter Sigli, Leokseumawe, Rantjong, Langsa und Medan — während der Nacht festgenommen und in Haftanstalten verbracht worden sein. Einige der so Festgenommenen „verschwinden“ anschließend aus ihren Zellen; es ist zu befürchten, daß sie extralegal hingerichtet wurden. In

einem Brief an amnesty international schreibt ein Gefangener, der im Oktober 1990 festgenommen wurde (sein Name wird wunschgemäß nicht erwähnt), daß am 4. März 1991 Drs. Mahdi Yusuf, Amiruddin, Abdullah Ibrahim, Idris Ishaq und Ibrahim Hasar aus dem Gefängnis von Banda Aceh weggebracht und nicht mehr gesehen wurden. Alle sollen schwer gefoltert worden sein, und zwei von ihnen waren, vermutlich als Folge der Folterungen, gelähmt.

Im April 1990 soll Teuku Achmad Dewi, eine religiöse Führungspersönlichkeit, nach Aluemira gekommen sein, um dort die Leiche seines Bruders, eines mutmaßlichen Aufführers, zu holen. Nach seiner Ankunft geriet er in einen Streit mit Militärbehörden, die ihn dann in den Kopf und in die Brust schossen. Ein Journalist, der diesen Bericht recherchieren wollte, bekam von Dorfbewohnern zu hören: „Wir wissen nicht, wo er ist; wenn du hier irgend jemanden fragst, wird er es nicht wissen, und wenn dich jemand fragt, dann sag, daß du es auch nicht weißt.“ Das Schicksal und der Aufenthaltsort von Teuku Achmad Dewi sind noch immer unbekannt.

3.1.2 Osttimor

Seit der Annexion Osttimors durch Indonesien im Jahre 1975 sollen Tausende Menschen getötet worden oder „verschwunden“ sein. Mindestens 30 Menschen, möglicherweise aber viel mehr, wurden 1990 und Anfang 1991 anscheinend von indonesischen Sicherheitskräften extralegal hingerichtet. Unter den Opfern soll sich die 30jährige Kasa Bui aus dem Bezirk Viqueque befunden haben. Sie soll am 29. August 1990 von Mitgliedern des 509. Bataillons vergewaltigt, ermordet und zerstückerelt worden sein. Im Jänner 1991 soll der 15jährige Eurosio da Silva Alves von indonesischen Soldaten festgenommen, gefoltert und getötet worden sein.

Die Vorgangsweise des Militärs im Umgang mit politischer Opposition auf dem Territorium wurde jüngst durch Filme vom Massaker von Santa Cruz am 12. November 1991 schockierend demonstriert. Während des Massakers eröffneten Regierungssoldaten das Feuer auf eine Menschenmenge bei einem friedlichen Leichenzug; dabei wurden mindestens 100 Personen getötet und viele weitere verwundet. Viele der Opfer waren Studenten und andere junge Leute, die erschossen wurden, als sie versuchten wegzulaufen. Andere wurden geprügelt und niedergestochen, als sie im Friedhof von Santa Cruz Zuflucht suchten.

Der Leichenzug hatte mit einer Gedenkmesse für Sebastião Gomes Rangel begonnen, der am 28. Oktober getötet worden war, als indonesische Soldaten in die Pfarrkirche von Motael in Dili eindringen, wo sich er und ungefähr 20 weitere politische Aktivisten versteckt hielten. (Militärbehörden

Präsident

in Osttimor haben dementiert, daß Sebastião Gomes Rangel von Regierungskräften getötet wurde; sie behaupten statt dessen, er sei bei einem Streit zwischen pro- und anti-integrationistischen Jugendlichen ums Leben gekommen. Informationen aus inoffiziellen Quellen lassen annehmen, daß es sich bei den „Pro-Integrationisten“ um militärische Geheimagenten oder Spitzel handelte. Im April 1992 wurden fünf Osttimoresen wegen gewalttätiger Handlungen angeklagt, die zum Tod eines „Pro-Integrationisten“ während des gleichen Vorfalles geführt haben sollen. Bis heute gibt es keine Anzeichen dafür, daß die mutmaßlichen Mörder von Sebastião Gomes Rangel vor Gericht gestellt werden.) Nach der Totenmesse gingen die Teilnehmer durch die Straßen von Dili zum Friedhof von Santa Cruz. Während des Leichenzuges entfalteten Studenten Banner, auf denen Unterstützung für die Freiheit von Osttimor ausgedrückt wurde und die Vereinten Nationen angerufen wurden.

Als die Menge bei den Friedhofstoren ankam, näherten sich Hunderte Soldaten zu Fuß aus einer Richtung, während aus einer anderen Richtung eine kleinere Gruppe mit LKWs kam. Nach Augenzeugenberichten marschierten die Soldaten aus der ersten Gruppe zum Friedhofseingang, bildeten eine Linie und eröffneten ohne Warnung das Feuer auf die Menge. Augenzeugen des Massakers haben den Behauptungen der Militärs, die Soldaten hätten befehlswidrig gehandelt oder das Feuer als Reaktion auf Provokationen eröffnet, ausdrücklich widersprochen. Ein Augenzeuge sagte: „Dies war ein Fall von geplantem und systematischem Massaker . . . es war eine sehr disziplinierte Operation. Das war keine Situation, in der ein Hitzkopf Amok läuft.“ Einen Tag nach dem Massaker erklärte General Try Sutrisno, Kommandant der Streitkräfte, vor der Presse, daß die Teilnehmer am Leichenzug durch das Entfalten von Bannern „Chaos verbreitet“ hätten. Er sagte: „Diese ungezogenen Menschen gehören erschossen . . . und wir werden sie erschießen.“

Regierungs- und Militärbehörden verkündeten anfänglich, es seien „nur 19“ Menschen während des Massakers getötet worden und die Soldaten seien durch einen „auführerischen Mob“ provoziert worden. Eine offizielle Untersuchungskommission revidierte diese Zahl später auf „etwa 50“, eine Zahl, die noch immer niedriger ist als jene, die sich aus Augenzeugen- und anderen Berichten ergibt. Die Kommission berichtete auch, daß im Dezember 1991 noch immer 90 Personen verschwunden waren. Anfang 1992 befahl Präsident Suharto General Try Sutrisno, Kommandant der Streitkräfte, das Schicksal der „Verschwundenen“ zu untersuchen. Berichte, die im Juni 1992 aus Osttimor eingingen, lassen annehmen, daß diese militärische Untersuchung wenig Fortschritte bei der Auffindung der 90 offiziell zugegebenen Opfer des „Ver-

schwindenlassens“ gemacht hat. Einheimische berichten, daß die Leichen einiger davon außerhalb von Dili begraben sind. Sie meinen, die Armee wolle die Gräber nicht öffnen, weil die Anzahl der Toten viel größer sei als offiziell zugegeben wird. (Amnesty international hat das Massaker von Santa Cruz und die Reaktion der Regierung in folgenden Berichten dokumentiert: East Timor: The Santa Cruz Massacre, 14. Dezember 1991; East Timor: After the Massacre, 21. November 1991; Indonesia/East Timor: Santa Cruz — The Government Response, Februar 1992; Indonesia/East Timor: Fernando de Araujo — Prisoner of Conscience, Mai 1992.)

3.1.3 Irian Jaya

Im Mai 1990 sollen Sicherheitskräfte auf der Insel Biak einen Mann, den sie der Mitgliedschaft bei der OMP verdächtigten, erschossen und geköpft haben. Augenzeugen sagten, Soldaten hätten den 22jährigen Soleman Daundi erschossen, kurz nachdem er sich am 13. Mai den örtlichen Behörden im Dorf Napdari ergeben habe. Die Soldaten sollen ihm den Kopf abgeschnitten und diesen in das örtliche Militärhauptquartier in Wardo mitgenommen haben, wobei sie ihn unterwegs in Sarwa und mehr als einem Dutzend anderer Dörfer zur Schau stellten. Soleman Daundi soll an einer Flaggenhissungszeremonie in Sopen im Dezember 1989 teilgenommen haben.

Melkianus Salosa wurde im März 1991 wegen Subversion zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, nachdem er von der Regierung von Papua-Neuguinea zwangsweise wieder nach Indonesien abgeschoben worden war. Im August wurde er tot außerhalb des Militärgefängnisses, in dem er inhaftiert war, aufgefunden. Die Militärbehörden sagten, er sei aus dem Gefängnis geflohen und an den Folgen der ungünstigen Witterung gestorben. Amnesty international verfügt über Berichte, wonach Melkianus Salosa in der Militärhaft schwer geschlagen wurde. Nach einem Bericht waren ihm die Finger- und Zehennägel ausgerissen und eine Reihe von Zähnen ausgeschlagen worden; im Gesicht wies er Blutergüsse auf. Amnesty international nimmt an, er könnte gefoltert und extralegal hingerichtet worden sein. Berichte über eine offizielle Untersuchung zum Tod von Melkianus Salosa liegen amnesty international nicht vor.

3.2 Unfaire politische Verfahren

Es liegen deutliche Beweise dafür vor, daß politische Verfahren in Indonesien und Osttimor nicht den internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn sich die Anklage auf das vage formulierte Antisubversionsgesetz stützt, das als Höchststrafe die Todesstrafe vorsieht und aufgrund dessen sogar die im indonesischen Strafrecht vorgesehenen minimalen Garantien und Sicherungen aufgeho-

Präsident

ben werden können. Nach dem Antisubversionsgesetz Verdächtige können anscheinend einen unbeschränkten Zeitraum vor dem Gerichtsverfahren in Haft gehalten werden und keinen Zugang zu Verwandten, Rechtsanwälten oder Ärzten erhalten.

Die allumfassenden Formulierungen des Antisubversionsgesetzes erlauben es, daß nahezu jede Handlung, jedes Wort oder sogar jede Absicht vom Staatsanwalt und dem Gericht als subversiv ausgelegt werden können. (Auszüge aus dem Antisubversionsgesetz werden im Anhang I zu diesem Dokument gebracht.) Zum Beispiel soll Generalstaatsanwalt Singgih im Februar 1992 gesagt haben, daß Osttimoresen, die wegen der Organisation friedlicher Demonstrationen vor und nach dem Massaker von Santa Cruz wegen Subversion angeklagt wurden, „begrifflich Aktionen gegen die Regierung — und das nicht nur beim Vorfall vom 12. November — unternommen haben“. In der Praxis wird bei Personen, die wegen Subversion angeklagt werden, von vornherein die Schuld angenommen; sie werden demgemäß auch fast ausnahmslos von den Gerichten verurteilt.

In den letzten beiden Jahren wurden mehrere politische Gefangene aufgrund von unbestätigten Geständnissen und von Aussagen, die angeblich unter Folter erzwungen wurden, verurteilt. Beobachter haben festgestellt, daß einige Gefangene mit Folterspuren vor Gericht erschienen und manchmal nicht allein gehen konnten.

Drs Adnan Beuransyah, ein Journalist bei der Zeitung „Serambi Indonesia“, wurde im März 1991 vor Gericht gestellt. Bei seinem Verfahren beschrieb er detailliert die Folter, die ihm im August 1990 während des Verhörs vor regionalen Militärbehörden zugefügt wurde. Insbesondere gab er an, daß er gezwungen wurde, ein Verhörprotokoll zu unterschreiben:

„... Mein Haar und meine Nase wurden mit Zigarettenstummeln verbrannt. Ich erhielt Elektroschocks an meinen Füßen, Genitalien und Ohren, bis ich bewußtlos wurde . . . Ich mußte auf einer langen Bank gegenüber dem Verhörbeamten sitzen. Ich hatte noch immer die Augen verbunden, und der Draht für die Elektroschocks war noch immer um meine großen Zehen gewickelt. Wenn ich etwas sagte, was ihnen nicht paßte, drehten sie den Strom an. Das ging so weiter bis um 8 Uhr morgens, das heißt, ich wurde ungefähr acht Stunden ununterbrochen gefoltert.“

In der dritten Nacht wurde ich wieder gefoltert . . . Mein Körper war voller Blutergüsse und Blut, und ich war so geschlagen und getreten worden, daß ich Blut hustete und Blut im Harn hatte . . . Das ging so weiter, bis ich das Verhörprotokoll unterschrieb.“

Drs Adnan Beuransyah gab vor Gericht an, daß er während einer Einvernahme durch den Staatsanwalt vor dem Gerichtsverfahren versuchte, die unter Folter unterzeichnete Aussage zurückzuziehen und jede Verbindung zu Aceh Merdeka zu leugnen. Der Staatsanwalt habe jedoch diese Rücknahme nicht zugelassen und dem Angeklagten die Rückkehr in das Verhörzentrum, in dem er gefoltert worden sei, angedroht. Drs Adnan Beuransyah bekräftigte, daß die Aussage, die dem Gericht vorgelegt wurde, praktisch identisch mit der unter Folter erzwungenen Aussage sei. Drs Adnan Beuransyah wurde im Mai 1991 zu acht Jahren Haft verurteilt; nach Berufung wurde die Strafe auf neun Jahre erhöht.

Zwei gewaltlose politische Gefangene, beide Studenten an der Technischen Hochschule von Bandung, büßen noch eine dreijährige Gefängnisstrafe ab, zu der sie im Februar 1990 wegen Beleidigung des Innenministers verurteilt worden waren. Die Behörden klagten ursprünglich sechs Studenten nach einer Demonstration an, bei der sie angeblich Banner mit regierungskritischen Parolen gehalten und „Nieder mit Rudini“ gerufen hätten. Während des Verfahrens erhielten die Verteidiger der Studenten Todesdrohungen, die sie militärischen Quellen zuschrieben, nachdem sie öffentlich erklärt hatten, daß einige der Gefangenen illegal festgenommen und in der Haft mißhandelt worden seien. Berufungen der sechs Studenten wurden im Dezember 1990 vom Obersten Gerichtshof zurückgewiesen. Im September 1991 gab die Regierung die bedingte Freilassung von vier der Studenten bekannt.

Angeklagte werden vor Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren oft monatelang in Incommunicado-Haft ohne Kontakt zu Verteidigern ihrer Wahl gehalten. Die beim Gerichtsverfahren verwendete Sprache wird von Angeklagten und Zeugen nicht immer verstanden. Der öffentliche Zugang zu Verfahrensdokumenten und Verfahren in Subversionsfällen ist schwerwiegenden Beschränkungen unterworfen. Verteidiger können oft vor dem Verfahren keinen Kontakt mit ihren Klienten aufnehmen. Bemühungen von Menschenrechtsanwälten, Informationen über politische Verfahren in Umlauf zu bringen, würden von den Behörden oft erschwert oder überhaupt verboten.

3.3 Folter und Mißhandlung

Folter oder Mißhandlung von politischen Gefangenen ist in Indonesien weit verbreitet und hat manchmal zum Tod geführt. Folter wird routinemäßig zum Erzwingen von Geständnissen von Verdächtigen und Zeugen eingesetzt. Sie wird gegenüber Häftlingen eingesetzt, um politische und andere Informationen zu erhalten oder um mutmaßliche politische Aktivisten, ihre Kollegen und ihre Verwandten einzuschüchtern. Verantwortlich für die Folter an politischen Gefangenen sind meist

Präsident

Armeeangehörige; Fälle von Folter und Mißhandlung sollen auf praktisch jeder Ebene der militärischen Kommandostruktur stattgefunden haben. Folter und Mißhandlung gegenüber Gefangenen wurden auch von Angehörigen der paramilitärischen Polizeieinheit Brimob (Mobile Brigade) eingesetzt.

In den letzten Jahren sind Dutzende von Fällen von Folter und Mißhandlung von politischen Häftlingen in Aceh, Osttimor, Irian Jaya und Java dokumentiert. Zu den Formen von Folter und Mißhandlung gehören: Elektroschocks; Zufügen von Schnittwunden mit Rasierklingen und Messern, auch innerhalb des Mundes; Schläge auf Kopf, Schienbeine und Rumpf mit Fäusten, Schlagstöcken, Eisenstangen, Flaschen, Steinen und Stromkabeln; sexuelle Belästigung und Vergewaltigung; Tritte mit schweren Militärstiefeln; Verbrennen mit Zigaretten; Bedrohung und absichtliche Verwundung mit Schußwaffen; Eintauchen für längere Zeiträume in fauliges Wasser; Isolation und Schlafentzug.

In Aceh und Nordsumatra sollen Hunderte Personen, die verdächtigt wurden, Aceh Merdeka unterstützt zu haben, gefoltert oder mißhandelt worden sein. Der Großteil der Berichte kommt aus den nordöstlichen Bezirken Pidie, Nord-Aceh und Ost-Aceh. Weitere mutmaßliche Aufständische oder Sympathisanten wurden aber auch in den Bezirken Aceh Besar, Aceh Tengah und im nördlichen Teil von Sumatra festgenommen und gefoltert. Mutmaßliche Rebellen, die in Aceh verhaftet wurden, wurden auch in militärische Einrichtungen und Brimob-Haftzentren in Medan, der Hauptstadt von Nordsumatra, zum Verhör gebracht und sollen dort gefoltert worden sein.

Nach der Aussage eines Gefangenen, der Ende 1990 in Gaperta (wie das regionale Militärhauptquartier in Medan umgangssprachlich heißt) in Haft war, wurden die meisten mutmaßlichen Rebellen beim Verhör geprügelt, und mindestens sechs Personen waren dort an den Folgen der Folter gestorben. Ein weiterer Gefangener, Syaifulah, war zwischen September 1990 und Februar 1991 im Brimob-Hauptquartier in Medan in Haft. Er soll nach Zeugenberichten während der Haft im Februar getreten und geschlagen sowie nackt ausgezogen worden sein, und die Genitalien seien ihm mit einer Metallzange zusammengedrückt worden. Anschließend „verschwand“ er.

Mitte 1991 soll ein weiterer Gefangener, Abbas, bei einem Verhör im Brimob-Hauptquartier in Medan mit einem dicken Stromkabel geschlagen worden sein.

Er wurde auch gezwungen, sich hinzukauern, wobei ihm ein Stück Holz hinter die Knie gelegt wurde und ein zweiter Gefangener auf seinen Schultern saß. Zeugen sagten aus, daß er während

der Folter einen Beinbruch erlitt und daß der Rest seines Körpers ganz schwarz und blau gewesen sei. Nach einer kurzen Zeit in der Brimob-Krankenstation wurde er nach Llokseumawe geflogen, wahrscheinlich um andere mutmaßliche Mitglieder von Aceh Merdeka zu identifizieren, bevor er am 8. September 1991 wieder in das Brimob-Lager zurückgebracht wurde. Etwa eine Woche später sollen Abbas und einige andere mit gefesselten Händen und zugeklebten Augen in das Gaperta gebracht worden sein. Ein Häftling, der Abbas im November sah, sagte, daß er eine eitrige Wunde an einem Bein gehabt habe und nicht sprechen, sondern nur auf Fragen nicken oder den Kopf schütteln konnte. Über das derzeitige Befinden von Abbas gibt es keine Angaben.

Aus Osttimor wird weiterhin ein Muster von kurzfristigen Inhaftierungen, Folter und Mißhandlungen von politischen Gegnern berichtet. Eine Person, die sich während des Massakers vom 12. November am Friedhof von Santa Cruz verstecken konnte, berichtete, daß er und seine Freunde von den Soldaten entdeckt und gezwungen wurden, sich nackt auszuziehen. Er sagte, er sei mit einer Holzkeule geschlagen worden, dann habe einer der Soldaten einen Kugelschreiber ergriffen und ihn in seinen Penis gestoßen. Er und etwa dreißig andere sollen dann in ein Büro gebracht worden sein, wo sie wieder von Soldaten getreten und geschlagen wurden, während sie dazu verhört wurden, welche ihrer Freunde an der Demonstration teilgenommen hätten.

Ein weiterer sagte:

„Ich wurde am Friedhof gefoltert. Dann wurde ich in ein Büro gebracht, und dort haben sie mich wieder geschlagen . . . Ich war nur drei Stunden in diesem Büro, weil ich schwer verwundet war, dann wurde ich in das Krankenhaus Wira Husada gebracht. Dort waren viele andere Opfer und . . . Eimer voll mit Wasser, das mit Blut vermischt war; das Wasser war verwendet worden, um die Verwundeten und Toten zu waschen. Einer (der Soldaten) befahl mir und anderen, das Wasser in den Eimern zu trinken. Sie haben unsere Köpfe dort hineingestoßen und uns gesagt, wir sollen direkt aus den Eimern trinken. Als wir uns geweigert haben, haben sie uns mit ihren Waffen geschlagen. Wir waren noch immer alle nackt, einschließlich drei verwundeter Frauen und eines Mannes, der eine Schußwunde im Schenkel hatte.“ (Diese Berichte über Folter und Mißhandlungen wurden Journalisten von der indonesischen Wochenzeitschrift „Jakarta Jakarta“ erzählt, nachdem die Mitglieder der von der Regierung eingesetzten offiziellen Untersuchungskommission Dili verlassen hatten. Nach der Veröffentlichung dieser und anderer Berichte im Jänner 1992 wurden die Journalisten — offensichtlich als Ergebnis von Anweisungen von Regierungsseite — entlassen.)

Präsident

Nach dem Massaker von Santa Cruz wurden Duzende mutmaßlicher politischer Aktivisten, darunter viele junge Leute und katholische Priester, inhaftiert, mit dem Tod bedroht und geschlagen. Ein Priester, Hilario Madeira, und sein Reisegefährte sollen Anfang November während einer Reise von Java nach Osttimor zwei Tage von indonesischen Sicherheitskräften in Bali inhaftiert worden sein. Soldaten sollen mit Maschinenwaffen auf die beiden gezielt und sie wiederholt mit dem Umbringen bedroht haben, während sie sie über ihre angeblichen politischen Aktivitäten verhörten. Berichte, die im Juni 1992 eingegangen sind, lassen darauf schließen, daß Pater Madeira weiterhin bedroht wird und begründete Befürchtungen um seine Sicherheit bestehen.

3.4 Gewaltlose politische Gefangene

Mehr als 150 gewaltlose politische Gefangene und mögliche gewaltlose politische Gefangene sind in Indonesien und Osttimor in Haft. Befürworter der Unabhängigkeit von Aceh, Irian Jaya und Osttimor gehören zu denen, die am meisten in Gefahr schweben, wegen Subversion festgenommen und verurteilt zu werden, auch wenn ihre Aktivitäten völlig friedlich sind. Außerdem werden im ganzen Land unter anderem Universitätsprofessoren, islamische Gelehrte und Studenten gefangengehalten, die über verbotene Texte diskutiert haben. Die meisten davon wurden nach dem umfassenden Antisubversionsgesetz angeklagt, und viele wurden in unfairen Verfahren zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Andere wurden nach den Paragraphen 154 und 155 des indonesischen Strafgesetzes angeklagt und verurteilt, die „den öffentlichen Ausdruck von Haß . . . gegenüber der Regierung“ als kriminelles Vergehen definieren.

3.4.1 Aceh und Nordsumatra

Seit 1991 wurden mindestens 35 Personen der Subversion beschuldigt und zu Gefängnisstrafen bis zu zwanzig Jahren verurteilt, weil sie Aceh Merdeka unterstützt haben sollen. Einige oder alle von ihnen sind möglicherweise gewaltlose politische Gefangene. Drs Nurdin Abdurrahman, ein Dozent an der Universität von Syiah Kuala, wurde im Oktober 1991 festgenommen und beschuldigt, an Treffen mit einem Anführer der Aceh Merdeka teilgenommen zu haben. Er wurde im Mai 1992 vor Gericht gestellt und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt; jedoch wurde die Strafe nach Berufung auf 13 Jahre erhöht. Hasbi Abdullah, ebenfalls ein Dozent an dieser Universität, wurde beschuldigt, 1990 an „Geheimtreffen“ teilgenommen zu haben. Bei diesen Treffen wurden gewaltfreie Mittel zur Erzeugung internationalen Drucks für einen unabhängigen Staat Aceh diskutiert. Hasbi Abdullah wurde in einem Gerichtsverfahren, das den internationalen Standards für faire Verfahren in keiner Weise entsprochen haben soll, zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt.

3.4.2 Osttimor

Seit dem Massaker von Santa Cruz im November 1991 hat die Regierung behauptet, daß die Organisatoren und Teilnehmer des Leichenzugs zum Friedhof von Santa Cruz das Massaker durch ihre „provokante Streitsucht . . . provoziert“ hätten. Die offizielle Untersuchungskommission, die eingesetzt worden war, um die Vorfälle vom 12. November zu untersuchen, kam weiterhin zum Schluß, daß „Maßnahmen gegen alle Beteiligten am Vorfall vom 12. November in Dili ergriffen werden müssen“. Diese Formulierung scheint so gewählt worden zu sein, daß darin auch die Organisatoren und Teilnehmer des friedlichen politischen Zugs zum Friedhof von Santa Cruz und die Organisatoren eines friedlichen Protestmarsches in Jakarta in der Woche darauf eingeschlossen sind.

Fernando de Araujo und João Freitas da Camara, die den Protest in Jakarta organisierten, wurden am 19. November beim Marsch verhaftet. Sie wurden im Mai 1992 vor Gericht gestellt, für der Subversion schuldig befunden und zu neun beziehungsweise zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Amnesty international betrachtet beide als gewaltlose politische Gefangene. In Dili wurden Francisco Miranda Branco im Juni 1992 zu fünfzehn Jahren Gefängnis und Gregorio da Cunha Saldanha am 30. Juni zu lebenslanglichem Gefängnis verurteilt. Beide wurden der Subversion angeklagt, weil sie den dem Massaker vorangehenden Leichenzug organisiert hatten, der von der Regierung als „anti-integrationistische“ Demonstration beschrieben wurde. Amnesty international ist der Ansicht, daß beide unter Umständen gewaltlose politische Gefangene sind, die nur wegen ihrer gewaltlosen politischen und Menschenrechtsaktivitäten in Haft sind.

Zumindest neun weitere Personen aus Osttimor sind in Haft, weil sie am Leichenzug in Santa Cruz oder am Protestmarsch in Jakarta teilgenommen haben. Die Anklage lautete auf „öffentlichen Ausdruck von Haß . . . gegenüber der Regierung“. Bis Juni 1992 sind drei der Verhafteten zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis fast sieben Jahren verurteilt worden.

3.4.3 Irian Jaya

Am 14. Dezember 1988 wurden etwa 60 Personen nach einer friedlichen Zeremonie verhaftet, bei der eine Flagge gehißt worden war, um einen unabhängigen Staat „Westmelanesien“ zu proklamieren. (Die indonesische Herrschaft über Irian Jaya begann 1963. Seit damals gibt es sowohl friedlichen als auch bewaffneten Widerstand gegen die Integration mit Indonesien. Einige Gruppen streben nach völliger Unabhängigkeit für das von ihnen verschiedentlich als „Westpapua“ oder „Westmelanesien“ bezeichnete Gebiet.) Nach der Flaggenhissung wollten die Teilnehmer ein Gebet

Präsident

sprechen, dies wurde aber durch das Eintreffen von Militär verhindert. Soldaten verluden alle Anwesenden auf LKWs und brachten sie in ein Militärlager zum Verhör. 37 Personen wurden anschließend wegen Subversion angeklagt, obwohl nicht behauptet wurde, daß irgendein Mitglied dieser Gruppe Gewalt angewendet oder befürwortet hätte.

Dr. Thomas Wainggai, der die Flaggenhissungszeremonie leitete, wurde im September 1989 der Subversion schuldig gesprochen und zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Zu seinen Verbrechen soll es gehört haben, Gefühle der Antipathie gegen den indonesischen Staat gehegt, die Idee eines melanesischen Staates entwickelt und Personen zur Verwirklichung seines Planes gesammelt zu haben. Amnesty international betrachtet ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen. Ein Jahr später, im Dezember 1989, wurden etwa 300 Personen, die zusammengekommen waren, um des ersten Jahrestages der Unabhängigkeit von „Westmelanesien“ zu gedenken, zum Verhör festgenommen. Gegen mindestens 30 davon wurde später Anklage wegen Subversion erhoben. Bis Juni 1992 waren mindestens 30 gewaltlose politische Gefangene wegen Subversion verurteilt worden, weil sie friedlich für die Unabhängigkeit von Irian Jaya eingetreten waren.

3.4.4 Islamische Aktivisten

Etwa 300 islamische Aktivisten dürften in Indonesien teilweise lebenslängliche Gefängnisstrafen wegen Subversion verbüßen. Amnesty international hält mindestens 50 von ihnen für gewaltlose politische Gefangene, die wegen der gewaltlosen Ausübung ihres religiösen Glaubens im Gefängnis sind. Viele davon wurden wegen ihrer Beziehungen zu usroh-Gruppen verurteilt, die sich für stärkere Bande zwischen Moslems und strengere Beachtung von islamischen Lehren einsetzen. Andere wurden 1989 und 1990 verurteilt, nachdem sie beschuldigt worden waren, die Staatsideologie Pancasila zu unterminieren und die Gründung eines islamischen Staates zu fordern.

Der 31jährige Mahasin Zaini hatte an der Gajah-Mada-Universität in Yogyakarta Soziologie und Politologie studiert. Er wurde 1986 verhaftet und wegen Beziehungen zur usroh-Bewegung angeklagt. Es wurde ihm vorgeworfen, eine islamische Organisation mit dem Ziel der Gründung eines islamischen Staates gegründet und bei islamischen Schulungen im Jahre 1985 in Zentraljava subversive Vorlesungen gehalten zu haben. Im Februar 1987 wurde Mahasin Zaini wegen Subversion angeklagt und vor das Bezirksgericht von Banyumas gebracht. Im März wurde Mahasin Zaini zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Berufung wurde die Strafe vom Landesgericht in Zentraljava auf neun Jahre reduziert. Amnesty interna-

tional hält ihn für einen gewaltlosen politischen Gefangenen.

3.4.5 Studenten

Die kritische Diskussion politischer Vorgänge und der Besitz oder der Austausch von Dokumenten zu verbotenen Ideologien wie dem Marxismus werden von der indonesischen Regierung als „subversive Aktivitäten“ behandelt. Mindestens sieben Studenten büßen derzeit bis zu achteinhalfjährige Gefängnisstrafen wegen ihrer Beteiligung an solchen Aktivitäten ab. Amnesty international betrachtet sie alle als gewaltlose politische Gefangene, die nur wegen der Ausübung ihres Rechts auf Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit in Haft sind.

Vier Studenten wurden im Mai 1992 festgenommen, da sie öffentlich die Fairneß des indonesischen Wahlverfahrens anzweifelten. Poltak Ika Wibowo, Lukas Luwarso, Hari Sutanto und Dwi Sugianto wurden während eines vom Studentenforum Semarang organisierten „Treffens der Nationalen Erweckung“ festgenommen. Bei diesem Treffen kritisierten die Studenten die Fairneß und Gültigkeit des Wahlverfahrens in Indonesien und riefen zu einem Wahlboykott (Golput) auf. (Golput ist eine Abkürzung für Golongan puiih, wörtlich „leere Gruppe“. Darunter ist die Abgabe eines leeren oder ungültigen Stimmzettels zu verstehen, es kann sich aber auch auf Nichtteilnahme an der Wahl beziehen.) Das Treffen, bei dem auch Komödien aufgeführt wurden, wurde offensichtlich von den Militärbehörden überwacht, und bevor es zu Ende ging, waren die vier angeblichen „Rädelsführer“ von Militärangehörigen in Zivilkleidung gewaltsam abgeführt worden.

Zwei der Studenten, Poltak Ika Wibowo und Lukas Luwarso, sollen anschließend nach Artikel 154 und 155 des indonesischen Strafrechts angeklagt worden sein, weil sie „öffentlich Haß . . . gegen die Regierung“ ausgedrückt hätten. Ein in der offiziellen Presse zitierter Regierungsbeamter sagte, Personen, welche versuchten, andere Personen zur Wahlenthaltung zu veranlassen, „könnten als Gefährder der Autorität der Regierung und daher als subversiv klassifiziert werden“. Die anderen Verhafteten, Hari Sutanto und Dwi Sugianto, wurden am 21. Mai bedingt entlassen.

Bambang Isti Nugroho, ein Student an der Gajah-Mada-Universität in Yogyakarta, wurde am 20. Juni 1988 festgenommen. Ihm wurden der Besitz verbotener marxistisch-leninistischer Literatur und die Abhaltung illegaler Diskussionsveranstaltungen vorgeworfen. 1989 wurde er wegen Subversion zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Ein weiterer Student, Bambang Subono, wurde im gleichen Jahr zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde festgenommen, weil er einen informellen Studienkreis geleitet und mehrere von der Regie-

Präsident

rung wegen ihres angeblich kommunistischen Inhalts verbotene Bücher besessen hatte. Zu diesen verbotenen Büchern gehörten auch Romane des indonesischen Autors Pramoedya Ananta Toer. (Pramoedya Ananta Toer war selbst zwischen 1965 und 1979 im Gefängnis und wurde von amnesty international als gewaltloser politischer Gefangener adoptiert.)

Bonar Tigor Naipospos, der an der Gajah-Mada-Universität ein Postgraduate-Studium aus Politologie betrieb, wurde im Juni 1989 in Jakarta festgenommen. 1990 wurde er in einem anscheinend unfairen Verfahren zu achteinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er wurde schuldig befunden, Literatur mit angeblich kommunistischen Ideen besessen und weitergegeben sowie marxistische Lehren in Diskussionsgruppen und in seinen eigenen Schriften verbreitet zu haben. Bei seinem Prozeß erwähnte der Staatsanwalt auch, daß er die Schriften von Pramoedya Ananta Toer verbreitet habe. Im August 1991 bekräftigte der Oberste Gerichtshof das Urteil.

3.4.6 Wirkliche und mutmaßliche Mitglieder der Kommunistischen Partei (PKI)

Mehr als dreißig der Beteiligung am Putschversuch von 1965 oder der Mitgliedschaft bei der PKI beschuldigte politische Gefangene sind noch immer in Haft, sieben davon in Todeszellen. Die Gefangenen wurden Ende der sechziger Jahre festgenommen und sind meistens ältere Menschen. Dr. Subandrio, ein 77jähriger früherer Außenminister, wurde im März 1966 festgenommen und im Oktober 1966 wegen Subversion von einem außerordentlichen Militärgericht zum Tode verurteilt. Das Recht auf Berufung wurde ihm verweigert. Nach der Umwandlung der Todesstrafe im Dezember 1980 verbüßt er jetzt eine lebenslängliche Gefängnisstrafe. Pudjo Prasetyo, ein 62jähriger früherer Gewerkschafter, wurde 1979 wegen Subversion zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Das Ansuchen dieses gewaltlosen politischen Gefangenen um Begnadigung durch den Präsidenten wurde im März 1991 abgelehnt. Im Mai 1991 erfuhr amnesty international, daß ein weiterer politischer Gefangener, Johannes Sucipto, im 26. Jahr seiner Haft gestorben war.

3.4.7 Seit 1991 freigelassene Gefangene

Zehn politische Gefangene, sechs davon gewaltlose politische Gefangene, wurden seit 1991 freigelassen. Alle waren in unfairen Verfahren verurteilt worden. Drs Susilo, ein Tierarzt, der der Mitgliedschaft bei der PKI bezichtigt worden war, wurde im April 1991 freigelassen, nachdem er 23 Jahre wegen Subversion im Gefängnis gewesen war. Zwei weitere politische Gefangene, Rewang und Marto Suwandi, wurden im Juni 1991 freigelassen. Sie waren nach Ablauf ihrer Haftstrafe mehr als

drei weitere Jahre willkürlich festgehalten worden. Professor Dr. Oesmany al Hamidy und Hasan Kiat, die 1986 zu sechs beziehungsweise sieben Jahren verurteilt worden waren, weil sie „aufklärerische“ Predigten gehalten hatten, wurden im August 1991 freigelassen. David Dias Ximenes, ein gewaltloser politischer Gefangener, wurde zur gleichen Zeit freigelassen, nachdem er wegen angeblicher Beziehungen zu Fretilin, einer die Unabhängigkeit Osttimors anstrebenden bewaffneten Oppositionsgruppe, fünfzehn Jahre im Gefängnis verbracht hatte. Paulina Wainggai, die 1989 wegen Teilnahme an der friedlichen Flaggenhissungszeremonie in Irian Jaya zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde 1991 freigelassen. Zwei weitere Gefangene aus Irian Jaya, Amos Jitman und Alence Kareni, wurden in der ersten Hälfte des Jahres 1992 freigelassen.

3.5 Die Todesstrafe

Die indonesische Regierung hat die Todesstrafe in den letzten Jahren mit zunehmender Häufigkeit eingesetzt, insbesondere gegen politische Gefangene. Mindestens 29 Gefangene sind seit 1985 hingerichtet worden, verglichen mit vier in den vorherigen zehn Jahren. 22 der 29 wurden für ihre angebliche Beteiligung am angeblichen Putschversuch von 1965 oder für Mitgliedschaft in der PKI zum Tode verurteilt. Fünf waren islamische Aktivisten, die wegen Subversion und Gewaltverbrechen verurteilt wurden, zwei waren Kriminelle, die des Mordes beschuldigt wurden. Mindestens 33 Menschen waren Ende Juni 1992 in den Todeszellen; davon steht acht die Hinrichtung möglicherweise unmittelbar bevor. Zu ihnen gehören sieben ältere Männer, die wegen angeblicher Beteiligung am Putschversuch 1965 oder für Mitgliedschaft in der PKI verurteilt worden waren.

Hinrichtungen politischer Gefangener haben viele Jahre nach der ursprünglichen gerichtlichen Verurteilung stattgefunden. Vier politische Gefangene wurden im Februar 1990 hingerichtet, mehr als 24 Jahre nach ihrer Verhaftung. Diese vier Männer hatten der Elitewachmannschaft Cakrabirawa angehört, die dem früheren Präsidenten Sukarno zugeteilt war. Im Februar 1991 wurde Azhar bin Muhammad Safar, ein islamischer Aktivist, der 1982 wegen Subversion und angeblicher Beteiligung an einer Flugzeugentführung zum Tode verurteilt worden war, von einem Erschießungskommando hingerichtet. In beiden Fällen behaupteten die Behörden, die Hinrichtungen hätten erst stattfinden können, nachdem der Instanzenzug erschöpft war. Allerdings läßt der Zeitpunkt der Hinrichtungen annehmen, daß sie oft der Gesellschaft die unbeugsame Haltung der Regierung gegenüber einer angenommenen Bedrohung von staatlicher Politik und Praxis demonstrieren sollten.

Präsident**4. Schlußfolgerungen**

Die indonesische Regierung hat wiederholt betont, daß sie keine Menschenrechtsverletzungen duldet. Dennoch hat sie bisher keine vollen und öffentlichen Untersuchungen zu Hunderten von Berichten über extralegale Hinrichtungen, „Verschwindenlassen“ und Folter durchgeführt und es kraß verabsäumt, die an solchen Menschenrechtsverletzungen Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. In den letzten Jahren sollen einige Polizeiangehörige wegen der Mißhandlung krimineller Verdächtiger zu kurzen Gefängnisstrafen verurteilt worden sein. Gegen Personen, denen Folterungen an politischen Gefangenen vorgeworfen werden, sind praktisch keine Maßnahmen ergriffen worden, und bisher sind keine gerichtlichen Verfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte in Indonesien bekannt.

Trotz offiziellen Versicherungen, daß gegen Mitglieder der Sicherheitskräfte, denen in Osttimor Menschenrechtsverletzungen nachgewiesen würden, Disziplinarmaßnahmen ergriffen würden, weiß amnesty international von keinen Polizei- oder Militärangehörigen, die vor dem Massaker von Santa Cruz wegen ernsthafter Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden wären. Nach dem Massaker wurden in einer wichtigen und noch nicht dagewesenen Initiative zehn Mitglieder der Sicherheitskräfte wegen ihrer Handlungen während des Massakers vor Gericht gestellt. Allerdings wurden die Soldaten vor ein Militärtribunal gebracht, und die Anklagepunkte waren primär disziplinärer — nicht strafrechtlicher — Natur und bezogen sich etwa auf „Verweigerung des Befehlsgehorsams“. Die ausgesprochenen Strafen bewegten sich zwischen acht und 18 Monaten. Trotz mindestens 100 Toten und schwerwiegenden Beweisen für Folterungen sowohl während des Massakers als auch nachher wurde kein Mitglied der Sicherheitskräfte wegen Mordes angeklagt, und nur einer, ein Polizeikorporal, wurde nach Paragraph 351 des Strafgesetzes wegen Mißhandlung angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, einem Demonstranten ein Ohr abgeschnitten zu haben; er wurde zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Erfahrung zeigt, daß Prinzipienklärungen nicht schon an sich zum Schutz der Menschenrechte genügen. Handlungen wie extralegale Hinrichtungen und Folter müssen explizit vom Gesetz verboten und mit entsprechenden, die Schwere solcher Taten berücksichtigenden Strafen belegt werden. Wenn Menschenrechte ungestraft verletzt werden können, glauben schließlich die Täter unvermeidlich auch, daß sie außerhalb der Reichweite des Gesetzes stehen. Wenn Regierungen nicht sicherstellen, daß Berichte über Menschenrechtsverletzungen ausführlich untersucht werden und daß Personen, die solche Menschenrechtsverletzungen begehen, vor Gericht gestellt werden, heißen sie in der Praxis die Handlungen der Täter gut. Dadurch

tragen die Regierungen unter Umständen direkt zur Fortsetzung systematischer Menschenrechtsverletzungen bei.

4.1 Empfehlungen an die indonesische Regierung

Zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Indonesien und Osttimor gehören schon seit langer Zeit staatlich gebilligte Gewalttaten, inklusive Mord, „Verschwindenlassen“, Folter und willkürliche Inhaftierung. Amnesty international glaubt, daß konkrete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Menschenrechtskrise zu bewältigen. Die Organisation bringt eine Reihe von Empfehlungen, von denen sie annimmt, daß ihre Verwirklichung in der Zukunft zu einem Schutz der grundlegenden Menschenrechte in Indonesien und Osttimor führen würde.

Die unten angeführten Empfehlungen beruhen auf den Prinzipien und Standards, die in der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung festgelegt sind, insbesondere im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) und im Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (ÜGF). Die indonesische Regierung ist bisher dem IPBPR noch nicht beigetreten. Das ÜGF wurde von der Regierung 1985 unterzeichnet, womit die Absicht ausgedrückt wurde, der Konvention sobald wie möglich beizutreten.

Einige der Empfehlungen beruhen auch auf Standards, die in folgenden UN-Instrumenten enthalten sind: in den Prinzipien zum Schutz aller Personen in jeder Form von Haft oder Gefangenschaft, die im Dezember 1988 von der UN-Vollversammlung angenommen wurden; in den Prinzipien zur wirksamen Verhinderung und effektiven Untersuchung von Hinrichtungen im Schnellverfahren, extralegalen und willkürlichen Hinrichtungen, die im Mai 1989 vom Wirtschafts- und Sozialrat angenommen wurden.

Zur Verhinderung extralegaler Hinrichtungen fordert amnesty international die indonesische Regierung auf:

1. alle Hinrichtungen im Schnellverfahren, extralegale und willkürliche Hinrichtungen gesetzlich zu verbieten und sicherzustellen, daß alle derartigen Hinrichtungen als kriminelle Vergehen betrachtet und mit entsprechenden, die Schwere solcher Vergehen in Betracht ziehenden Strafen belegt werden.

Zum Schutz von Häftlingen vor Folter, anderen Mißhandlungen oder „Verschwindenlassen“ fordert amnesty international die Regierung auf:

2. zentrale und öffentlich zugängliche Register aller Personen anzulegen und zu unterhalten, die in allen Teilen des Landes inhaftiert wurden, und diese Register regelmäßig auf den neuesten Stand zu bringen und sie Gefangenen, ihren Familienmit-

Präsident

gliedern und Rechtsanwältinnen zugänglich zu machen;

3. sicherzustellen, daß alle Häftlinge, auch solche, die wegen mutmaßlicher Vergehen gegen die nationale Sicherheit in Haft sind, raschen und regelmäßigen Zugang zu Verteidigern ihrer Wahl und zu Ärzten und Familienmitgliedern haben;

4. alle Formen von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe explizit gesetzlich zu verbieten und sicherzustellen, daß alle derartigen Handlungen als kriminelle Vergehen betrachtet und mit entsprechenden, die Schwere solcher Vergehen in Betracht ziehenden Strafen belegt werden;

5. alle notwendigen Schritte, einschließlich der wirksamen Durchsetzung existierender und der Schaffung neuer Gesetze, zu unternehmen, um sicherzustellen, daß durch Folter erzwungene Aussagen nicht als Beweismittel in Gerichtsverfahren zugelassen werden, außer in Verfahren gegen Personen, die wegen Folterung angeklagt sind, wo sie als Beweis für die Tatsache zulässig sind, daß diese Aussage gemacht wurde.

Damit sichergestellt wird, daß Gesetze zur nationalen Sicherheit nicht dazu verwendet werden und verwendet werden können, Menschen für die friedliche Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung zu inhaftieren oder ihre Hinrichtung zu rechtfertigen, fordert amnesty international die Regierung dazu auf:

6. alle Gesetze zur nationalen Sicherheit einer gründlichen Revision zu unterziehen und sicherzustellen, daß sich derartige Gesetze nur auf eindeutig erkennbare Tatbilder beziehen und nicht das Recht auf Meinungs-, Glaubens-, Rede- und Versammlungsfreiheit einschränken;

7. alle Personen, die nur wegen der friedlichen Äußerung ihrer politischen oder religiösen Anschauungen in Haft sind, unverzüglich und bedingungslos freizulassen;

8. sicherzustellen, daß politische Häftlinge nur wegen eindeutig krimineller Handlungen angeklagt werden und innerhalb einer annehmbaren Zeit ein faires Verfahren erhalten;

9. unverzüglich Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, darunter die Aussetzung ihrer Anwendung und die Umwandlung aller derzeit verhängten Todesurteile.

Damit sichergestellt wird, daß Mitglieder der Sicherheitskräfte nicht ungestraft Menschenrechtsverletzungen begehen können, fordert amnesty international die Regierung auf:

10. eine unabhängige und unparteiliche Körperschaft einzurichten, deren Aufgabe es ist, bei allen Berichten über Menschenrechtsverletzungen sofortige und gründliche Untersuchungen in die Wege zu leiten; eine solche Körperschaft sollte über die für diese Aufgabe nötigen Kompetenzen und Ressourcen verfügen, darunter auch die Ermächtigung, von sich aus eine Untersuchung einzuleiten oder dies dann zu tun, wenn von seiten oder zugunsten eines mutmaßlichen Opfers eine Beschwerde eingereicht wird;

11. sicherzustellen, daß alle Menschenrechtsuntersuchungen zu einer Feststellung der individuellen und kollektiven Verantwortung führen und das Opfer, seine Verwandten und die Gesellschaft einen vollen Bericht über den wahren Sachverhalt bekommen, sowie sicherzustellen, daß die Ergebnisse aller solcher Untersuchungen veröffentlicht werden;

12. alle Mitglieder der Sicherheitskräfte, die verdächtigt werden, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, vor ein ziviles Gericht zu stellen;

13. sicherzustellen, daß alle, die verdächtigt werden, Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben, sofort ihre Waffen abzugeben haben und aus dem aktiven Dienst entfernt werden.

In Anbetracht der Schwere der Menschenrechtsverletzungen in Osttimor fordert amnesty international die Regierung auf:

14. die Durchführung einer vollständigen Untersuchung des Massakers von Santa Cruz und seiner Folgen unter den Auspizien der Vereinten Nationen zu gestatten;

15. auf den Appell der UN-Menschenrechtskommission vom Februar 1992 einzugehen und „zusätzliche humanitären und Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu Osttimor zu erleichtern“.

In Anbetracht fortgesetzter Berichte über schwere und verbreitete Menschenrechtsverletzungen in den Regionen Aceh und Nordsumatra fordert amnesty international die Regierung auf:

16. den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Hinrichtungen im Schnellverfahren sowie willkürliche Hinrichtungen nach Aceh und Nordsumatra einzuladen, damit er eine vollständige Untersuchung der dortigen Menschenrechtssituation durchführen kann;

17. den Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Folter zu einem weiteren Besuch in Indonesien einzuladen, damit er eine Einschätzung der Verwirklichung der Empfehlungen in seinem Bericht über den Besuch im November 1991 vornehmen kann, ihn frei durch das Land reisen und

Präsident

insbesondere Aceh und Nordsumatra besuchen zu lassen.

Damit das Engagement zum Schutz der Menschenrechte gezeigt und die vollständige und wirkungsvolle Verwirklichung der Menschenrechtsgarantien ermutigt wird, fordert amnesty international die Regierung auf:

18. den internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR) sowie das (erste) Fakultativprotokoll zum IPBPR, das es dem Menschenrechtskomitee erlaubt, individuelle Beschwerden entgegenzunehmen, zu ratifizieren oder ihm beizutreten;

19. das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe zu ratifizieren oder ihm beizutreten und die Kompetenz des UN-Komitees gegen Folter anzuerkennen, individuelle und zwischenstaatliche Beschwerden entgegenzunehmen (Artikel 22 beziehungsweise 21);

20. die freie und regelmäßige Überwachung der Menschenrechte in Indonesien und Osttimor durch nationale und internationale humanitäre und Menschenrechtsorganisationen zu ermöglichen.

Präsident: Das Wort zur Begründung erhält Frau Abgeordnete Langthaler. Ich erteile es ihr.

4.09

Abgeordnete **Monika Langthaler** (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! (*Abg. Schwarzenberger: Bitte lauter und deutlicher!*) Es geht hier um ein Thema, das wir schon einige Male, wie Sie wissen, in diesem Haus diskutiert haben. Wir haben gehofft, vor allem im Juni letzten Jahres, daß wir sehr lange nicht mehr in diesem Haus über dieses Thema reden müssen, sondern daß wir im Gegenteil diesbezügliche Fortschritte diskutieren und auch beschließen können.

Was jetzt passiert und geplant ist, ist nicht nur in einem ganz zentralen Bereich, in einem wichtigen Umweltgesetz ein massiver Rückschritt, sondern offensichtlich ein Symbol für eine Zeit, für die Sie beschlossen haben, der Umweltpolitik in Österreich ade zu sagen. Es ist ein Zeichen, daß Sie in einer Zeit, in der es wirtschaftlich offensichtlich nicht mehr ganz so gut geht, wie Sie es sich wünschen, in einer Zeit, in der die Hochkonjunktur etwas abgeflaut ist, ausschließlich wieder zu einem Mittel greifen, das schon in den sechziger und siebziger Jahren gezeigt hat, daß es nicht gerade die Arbeitsmarktprobleme lösen wird.

Es ist der Rückfall gerade in einem Jahr — im Jahr 1993 —, das von seiten der UNO als Jahr der indigenen Völker ausgerufen wurde. Es ist in ei-

ner Zeit passiert, in der Sie zeigen, daß Ihnen Menschenrechtsverletzungen und eine menschenverachtende Politik wichtiger sind, in der Sie — offensichtlich gedankenlos — Ihre ursprünglichen Ziele über Bord werfen.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat beginnen, das Ihnen sehr deutlich zeigen wird, worum es uns in dieser Tropenholzfrage vor allem geht, nämlich nicht nur um den ökologischen Aspekt, sondern ganz besonders um den Menschenrechtsaspekt und um den entwicklungspolitischen Aspekt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Meine Damen und Herren! Wir, nicht nur wir, sondern auch die Umweltorganisationen in Österreich, in der ganzen Welt, vor allem in den betroffenen Ländern, haben sich für solche Maßnahmen, wie die im Juni hier in diesem Lande beschlossene, mit aller Kraft, mit aller Überzeugung eingesetzt. (*Abg. Koppeler: 20 Leute!*) Wir werden es nicht zulassen, hier kampfflos aufzugeben, damit Sie in Ihrer gedankenlosen Art und Weise weiterhin eine Politik der Zerstörung fortführen. Wir werden uns, solange es geht, gegen eine Politik, die Menschenrechte nicht achtet, die die Umwelt nicht achtet und die die Entwicklungspolitik nicht achtet, zur Wehr setzen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Eines der von dieser Maßnahme besonders betroffenen Länder — wir und gerade die Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen in Österreich hatten sehr intensiven Kontakt zu diesen betroffenen Gruppen — ist Indonesien. Natürlich hatten wir nicht solch exklusive Gespräche wie manche Parlamentarier, die mit Regierungsmitgliedern konferierten. (*Abg. Dr. Koppelmüller: Das habt ihr im Amazonasgebiet gehabt!*) Wir führten Gespräche und bekamen Informationen von Leuten, die unter den Repressalien in diesen Ländern massiv zu leiden haben, gerade aufgrund der Tropenholzproblematik, aufgrund der Rodungen in diesen Ländern, weil sie nämlich in diesen Wäldern gelebt haben. Und wenn sie sich zur Wehr setzten, wurden sie gefoltert, verfolgt und eingesperrt.

Amnesty International hat erst im letzten Jahr einen umfassenden Bericht zusammengestellt. Sie finden ihn als Beilage in dieser dringlichen Anfrage. Eines der Geständnisse in diesem Bericht ist besonders erschütternd, und es sollte am Beginn der Auseinandersetzung zu diesem Thema stehen. Es zeigt, daß es sich ganz konkret um Personen handelt, die aufgrund einer verfehlten Tropenholzpolitik und Entwicklungspolitik zu leiden haben.

„... Mein Haar und meine Nase wurden mit Zigarettenstummeln verbrannt. Ich erhielt Elektroschocks an meinen Füßen, Genitalien und Ohren, bis ich bewußtlos wurde... Ich mußte auf

Monika Langthaler

einer langen Bank gegenüber dem Verhörbeamten sitzen. Ich hatte noch immer die Augen verbunden, und der Draht für die Elektroschocks war noch immer um meine großen Zehen gewickelt. Wenn ich etwas sagte, was ihnen nicht paßte, drehten sie den Strom an. Das ging so weiter bis um 8 Uhr morgens, das heißt, ich wurde ungefähr acht Stunden ununterbrochen gefoltert.

In der dritten Nacht wurde ich wieder gefoltert . . . Mein Körper war voller Blutergüsse und Blut, und ich war so geschlagen und getreten worden, daß ich Blut hustete und Blut im Harn hatte . . . Das ging so weiter, bis ich das Verhörprotokoll unterschrieb.“

Diese Vorkommnisse geschahen in Indonesien im August 1990. Es hat sich bis heute dort an den Praktiken der Regierenden gegenüber jenen Menschengruppen, die sich gegen das Regime zur Wehr setzen, nichts geändert. Umso unglaublicher ist es, daß diese Berichte, diese Vorkommnisse und diese Situation in diesen Ländern keinen Eingang fanden in die Ausschlußberatungen zur Novellierung der Kennzeichnungspflicht von Tropenholz. Es ist auch unglaublich, daß Ihr eigener außenpolitischer Sprecher, Dr. Jankowitsch, meinte: Es ist nicht unsere Sache, zu schauen, ob ein Regime demokratisch legitimiert ist.

Diese Vorgangsweise zeigt ganz deutlich, daß Ihnen offensichtlich Umweltpolitik ausschließlich in Wahlkämpfen oder vor einer großen Umweltkonferenz ein Anliegen ist, denn da glauben Sie, einer sehr kritischen Öffentlichkeit zeigen zu müssen, daß Sie es ja doch eigentlich irgendwie ernst nehmen. Wie ernst Sie es nehmen, haben Sie jetzt bewiesen: Beim ersten Erpressungsversuch von zwei Ländern, in denen Menschenrechte permanent verletzt werden, haben Sie einen Rückzieher gemacht, haben Sie sich schändlich verhalten und sich ganz brutal erpressen lassen.

Man sollte diese Vorgangsweise, daß jetzt dieses Tropenholzgesetz novelliert wird, aber auch im Zusammenhang mit einer von Ihnen eingeleiteten Änderung in der bisherigen Umweltpolitik betrachten. Es war wohl kein Zufall, daß im Jänner dieses Jahres über die APA mehrmals Meldungen über eine Veranstaltung von Bundeskanzler Vranitzky vor der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie kamen, bei der er sich in der ersten Aussendung jedenfalls noch für einen völligen Stillstand in der Umweltpolitik einsetzte. Er meinte, wirtschaftlich schwierige Situationen machen einen Rückschritt in der Umweltpolitik notwendig. Er sprach sogar von Lehrern, die in diesem Zusammenhang einen schlechten Einfluß auf die Schüler ausüben und ihnen eine industrie-feindliche Gesinnung mitgeben.

Diese Meldung wurde zwei Stunden später von seiten der APA korrigiert. Offensichtlich wurde festgestellt, daß es vielleicht doch nicht gescheit ist, in einer Zeit, in der die Leute sensibilisiert sind, als Bundeskanzler, der versucht hat, einen Öko-Wahlkampf zu führen, für einen Stillstand in der Umweltpolitik einzutreten.

Die korrigierte Fassung lautete dann: Vranitzky für maßvolle Umweltpolitik. Der Rest der Aussendung blieb gleich, wie Sie wahrscheinlich wissen werden. Erst Stunden später kam es dazu, daß die gesamten Aussendungen zurückgezogen wurden. Noch am 28. Jänner dieses Jahres sprach auch Bundeskanzler Vranitzky von einer vernünftigen Regelung im Bereich des Tropenholzes und meinte, daß auch diese Regelung derzeit nicht zur Debatte stünde, sondern er sie für eine vernünftige Maßnahme hielte.

So schnell ändern sich offensichtlich die Meinungen, auch eines Herrn Bundeskanzlers, und so schnell geht es, daß man Überzeugungen, wahrscheinlich nicht so starke Überzeugungen über Bord wirft. Das ist vielleicht ein Zeichen dafür, daß Ihnen bestimmte Grundsätze einfach nichts mehr wert sind, vielleicht waren sie Ihnen auch nie etwas wert. (*Abg. Koppeler: Du hast sehr viel getan für dieses Land und für die Arbeiter! — Noch nie etwas beigetragen für diese Menschen in diesem Land!*)

Man kann in der Umweltpolitik nicht nur bei dieser Tropenholzangelegenheit einen Rückschritt erkennen, sondern — das hat man erst vor zwei Wochen hier beschlossen — auch beim Umweltförderungsgesetz. Hier kann man sagen, daß die ursprüngliche Idee der Umweltförderung durch eine Wirtschaftsförderung ersetzt wurde. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Koppeler: Sie haben doch überhaupt nichts beigetragen für den Wohlstand!*) Das zeigt, daß Sie in die Politik der sechziger Jahre umschwenken.

Herr Abgeordneter, Herr Betriebsratsvorsitzender! Wenn Sie meinen, wir tragen nichts . . . (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Koppeler.*)

Präsident: Am Wort ist Frau Abgeordnete Langthaler.

Abgeordnete Monika Langthaler (*fortsetzend*): Es kann sein — und das mag als Entschuldigung für Sie und Ihre Kollegen gelten —, daß Ihre Generation es einfach nicht mehr versteht, daß wir uns diese Welt von Ihnen nicht kaputt machen lassen wollen. Wir sind der Meinung, daß bei dieser ökologischen Bedrohung, die es tatsächlich gibt — die Anzeichen spürt man und sieht man doch schon überall —, eine kurzfristige Politik, die darauf abzielt, kurzfristig Arbeitsplätze zu sichern, letztlich nichts bringt.

Monika Langthaler

Herr Abgeordneter! Es ist ja wohl nicht so, daß die vielen anderen Arbeitsmarktprobleme in diesem Land auch der Tropenholzregelung zuzuschreiben sind. Wie erklären Sie den von Arbeitslosigkeit bereits betroffenen Menschen in Österreich, den in anderen Branchen und den in Zukunft betroffenen Menschen Ihre Probleme? Finden Sie da auch so leicht einen Schuldigen wie beim Tropenholz, oder wie gehen Sie da vor?

Es ist doch, wenn Sie ehrlich sind, zum Teil eine Ausrede, und Sie haben damit sogar die Länder Indonesien und Malaysia überholt. Sie haben vorausseilenden Gehorsam geleistet, vielleicht, um zum Teil der Bevölkerung ein falsches Bild zu vermitteln, nämlich das Bild, daß Umweltschutz Arbeitsplätze vernichtet; und das ist falsch.

Man kann — das würde eine moderne Industrie- und Wirtschaftspolitik auszeichnen — mit ökologischen Überlegungen Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ihre Vorgangsweise und die des Bundeskanzlers sind kurzsichtig, und es wird sich mittelfristig zeigen, daß diese Vorgangsweise keinen einzigen Arbeitsplatz in diesem Land auf längere Sicht gesehen sichern wird. Nur dann, wenn es strukturelle Änderungen geben wird, wird es uns gelingen, die zukünftig noch stärker auftretenden Probleme im arbeitsmarktpolitischen Bereich zu bekämpfen.

Es ist nicht die Lösung, bei Umweltgesetzen in die siebziger Jahre zurückzuschreiten, um auch mit der Arbeitsmarktpolitik in diesem Land fertigzuwerden. Sie machen den Leuten falsche Hoffnungen und zeigen ein falsches Bild. Ich glaube, das ist verantwortungslos gegenüber der Ökologie, gegenüber den indigenen Völkern, gegenüber den armen Ländern und doppelt verantwortungslos gegenüber den Leuten in unserem eigenen Land. Diese Menschen wenden sich immer mehr — das sage ich Ihnen —, wenn sie Probleme haben, wenn sie unter der Armutsgrenze leben, an uns und andere Organisationen, immer weniger an die Sozialdemokraten. Denn diese Menschen wissen genau, daß die Sozialdemokraten, gerade was diesen Bereich betrifft, schon sehr lange ihre Verantwortung abgegeben haben. *(Beifall bei den Grünen. — Zwischenruf des Abg. Koppler. — Abg. Wolf: Da würgt es mich schön!)*

Herr Abgeordneter Koppler! Sie bräuchten nicht nur mich dazu, sondern viele junge Leute, denen Sie zuhören sollten, die Ihnen sagen, daß sie mit einer solchen Politik nicht mehr einverstanden sind. Wir werden es uns einfach nicht mehr gefallen lassen, daß Sie uns — offensichtlich in einer Art Umwelteuphorie oder was immer Sie damals dazu bewogen hat — zuerst zu einer konstruktiven Mitarbeit in den Ausschüssen einladen.

Wir hatten zehn Unterausschußsitzungen zur Causa Tropenholz. Wir haben konstruktiv mitgearbeitet, Umweltorganisationen und viele andere haben gratis in ihrer Freizeit ihren Beitrag gerne dazu geleistet, und die sind jetzt nicht nur zu Recht massiv enttäuscht, sondern auch sehr empört.

Stellvertretend für diese vielen Menschen, die sich in den letzten Jahren hier engagiert haben, werden wir hier diese Debatte führen, die Sie im Ausschuß verweigert haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich frage mich, Herr Abgeordneter: Wer macht denn in Österreich noch die Gesetze? — Wir haben schon oft von dieser Stelle aus darüber diskutiert, daß es — das merkt jeder, der hier länger arbeitet — nicht der Nationalrat oder die Abgeordneten sind, die sich hier massiv einbringen können, sondern daß das meiste von seiten der Wirtschaft beziehungsweise von seiten der Regierung kommt.

Aber gerade dieses Gesetz hat sich auch dadurch ausgezeichnet, daß wir es hier im Haus gemeinsam erarbeitet haben, und zwar in wirklich ausführlichen Sitzungen, in denen auch die möglichen Probleme, die mit den betroffenen Ländern entstehen können, thematisiert wurden. Ich bitte all jene, die in der letzten Sitzung, als dieses Gesetz im Ausschuß beschlossen wurde, anwesend waren, sich doch zu erinnern, wie gerade unsererseits und von seiten der Entwicklungshilfeorganisationen darauf gedrängt wurde, daß man die betroffenen Länder entsprechend informiert.

Wir haben damals schon gesagt: Diese Regelung, gerade auch im Bereich der Zollerhöhungen, löst in diesen Ländern sicher einiges aus. Man muß diese Länder massiv informieren und ihnen zeigen, daß es sich nicht um eine Maßnahme handelt, sondern um ein ganzes Regenwaldpaket. Viel zu wenig wird jetzt über das geredet, was damals tatsächlich beschlossen wurde. Das waren nämlich nicht nur die Kennzeichnungspflicht und die Zollerhöhung, sondern das war vor allem eine Förderung für die betroffenen Länder, um in ihren Ländern nachhaltige Umweltpolitik, aber auch Wirtschaftspolitik gestalten zu können. Das war der wirkliche Versuch.

Ich denke, durch den Entschließungsantrag, der damals verabschiedet wurde, ist es auch gelungen, zu zeigen, daß es uns vor allem darum geht, diesen Ländern Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie autonom und von sich aus vernünftig wirtschaften können und damit sie unsere Fehler, die wir in den Industrienationen zum Teil gemacht haben, nicht nachmachen.

Was nützt es einem Land wie Malaysia, wenn es kurzfristig eine Menge von Tropenwäldern ro-

Monika Langthaler

det und die Hölzer exportiert und beispielsweise in sieben Jahren keinen Regenwald mehr haben wird? Was nützt es jenen Ländern, wenn sie sich jetzt sehr kurzfristig und mit Unterstützung der Industrienationen ihrer Grundlagen und ihrer wesentlichsten Ressourcen berauben, wenn sie dann vor einer zerstörten Umwelt stehen und null Chancen haben, auch nur annähernd mit unserem Wirtschaftssystem zu konkurrieren?

Wir haben in den Ausschüssen versucht, einen Entschließungsantrag zu konzipieren, der sich genau auf das konzentriert, nämlich daß den Ländern im Rahmen eines gesamten Regenwaldpaketes — „Regenwaldmuratorium“ haben es die Umweltorganisationen genannt — konkret geholfen wird. Und das ist mit diesem Gesetz und diesem Entschließungsantrag auch gelungen. Ich erinnere diejenigen, die dabei waren, und vielleicht auch jene, die damals bei der Abstimmung im Juni wußten, welchem Gesetz sie zustimmen — offensichtlich ist ja der Inhalt in Vergessenheit geraten —, daran, daß wir alle das als großen Erfolg gewertet haben, gerade auch eines selbstbewußter agierenden Parlaments.

Was ist jetzt passiert? — Die Novellierung kam von Firmen, kam aber auch vom Bundeskanzler. Deshalb richtet sich die dringliche Anfrage an den Bundeskanzler, der die Gesamtverantwortung für die Politik dieser Bundesregierung und auch die Verantwortung für diesen Rückschritt in der Umweltpolitik in Österreich übernehmen muß. Er ist ab heute oder ab morgen, eben sobald dieses Gesetz beschlossen wird, als derjenige zur Verantwortung zu ziehen, der es geschafft hat, daß in Österreich nicht nur ein Stillstand in der Umweltpolitik eintritt, sondern daß es sogar zu einem Rückschritt in der Umweltpolitik gekommen ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diesem Bundeskanzler wird man hoffentlich in der Öffentlichkeit nicht mehr abnehmen, daß er in wirtschaftlichen Fragen ein moderner, in die Zukunft gerichteter Politiker ist, denn jemand, der so entscheidet, ist nicht zukunftsorientiert, sondern vergangenheitsorientiert, und hat nichts gelernt von einer zwanzigjährigen Debatte in den Industrienationen.

Schauen wir uns zuerst noch einmal gemeinsam die Geschichte dieses Gesetzes an und das Prozedere, das in Österreich passiert ist.

Sie wissen, daß bereits in der letzten Legislaturperiode hier im Hause ein Unterausschuß getagt hat, in dem die Problematik des Tropenholzes ausführlich thematisiert wurde. Auch damals wurden Umweltorganisationen eingeladen, als Experten daran teilzunehmen und ihr Wissen einzubringen. Diese Beratungen im Unterausschuß haben dazu geführt, daß es zur Beschlußfassung des Entschließungsantrages kam, der eine freiwillige

Selbstverpflichtungserklärung seitens der Wirtschaft bedeutet hat. Auch die Grünen haben damals zugestimmt, weil wir der Meinung waren, man sollte solche Möglichkeiten tatsächlich einmal testen. Es war damals im Ausschuß von seiten der Wirtschaft sehr stark der Wunsch vorhanden, man solle sie nicht mehr oder weniger mit einem Gesetz zu etwas zwingen, sondern sie wolle von sich aus zu einer Lösung beitragen und sie würde daher für diese Art der freiwilligen Selbstbeschränkung und des Selbstverzichts eintreten.

Man hat in der Praxis gesehen — man soll aus dem lernen, was passiert, wenn man Umweltgesetz beschließt —, daß diese freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft letztlich nichts gebracht hat. Sie hat nicht den Erfolg gebracht — eine Sensibilisierung der Bevölkerung war ja schon vorhanden —, daß es zu einem starken, spürbaren Importrückgang in diesem Bereich gekommen ist. Vor allem hat sie nicht dazu beigetragen, daß die sensibilisierte Öffentlichkeit wußte, was sie einkauft.

Ich denke, das sollte man bei dieser Debatte massiv berücksichtigen, und man sollte auch wissen, daß die Kennzeichnungspflicht immer ein Konsumentenwunsch war. Die kritische Bevölkerung möchte wissen, was sie kauft. Vor allem bei einem Produkt, das zu Recht im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, wollen die Menschen wissen, was sie einkaufen, woraus das Material besteht.

Es gab nie eine Diskussion, nie ein Problem, daß man bei Joghurt, bei Margarine, bei Butter, bei was immer genau draufschreibt, woraus es besteht. Sie sahen es nie als Diskriminierung an, wenn in Ihren Textilien der Anteil von Baumwolle oder was immer drinsteht. Aber offensichtlich verstehen Sie nicht und akzeptieren Sie nicht, daß die Konsumenten wissen wollen, aus welchem Material etwas besteht oder woher ein Möbelstück kommt, um welche Holzart es sich handelt.

Sie haben offensichtlich nicht bemerkt, daß die Öffentlichkeit, die Bürger kritisch geworden sind bei jenen Bereichen, die ökologisch so sensibel sind.

Diese freiwillige Selbstverpflichtung von seiten der Industrie und dieser Entschließungsantrag, der hier beschlossen wurde, haben also nicht das gewünschte Resultat gebracht, deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode erneut einen Unterausschuß zum Thema Tropenholz eingesetzt.

Ich erinnere daran — Herr Klubobmann Fuhrmann sitzt ja herinnen —, daß von seiten der SPÖ ein weit strengerer Antrag kam als jemals von seiten der grünen Fraktion. Von seiten der SPÖ kam nämlich in den Verhandlungen ein Antrag auf generellen Importstopp bei Tropenhölzern. Das ist also ein weit strengerer, diskriminierender An-

Monika Langthaler

trag, als je einer von seiten der Grünen eingebracht wurde. Wir haben immer gesagt, es muß ein Gesamtpaket und nicht nur eine einseitige Maßnahme geben, die auf einen Importstopp abzielt, und es muß mit der gleichen Intensität über Ausgleichszahlungen, Förderungen und Hilfen für diese Länder diskutiert werden.

Deshalb war es so überraschend, daß es sich sowohl Klubobmann Fuhrmann als auch der überwiegende Teil der SPÖ-Fraktion so schnell anders überlegt haben. Hat man noch vor einem Jahr die strengste aller Möglichkeiten hier im Hause eingebracht, so geht man jetzt weit hinter die Regelungen des Jahres 1989 zurück. Diese Vorgangsweise läßt doch einige Vermutungen zu, weshalb es so ist.

Kann es sein, daß dieser Antrag damals absolut unüberlegt war? Kann es sein, daß man nur einen Werbegag für eine kritische und vor allem auch junge Bevölkerung haben wollte? Kann es sein, daß man es ernst meinte, aber jetzt, weil man erpreßt wurde, so schnell einen Rückzieher macht?

Ich denke, daß es Ihnen vorwiegend darum gegangen ist, eine kritische Öffentlichkeit, junge Leute und Umweltorganisationen einmal zu beruhigen, denn Sie haben sich gedacht, es wird so nicht beschlossen werden, und so schlimm wird es für uns nicht ausgehen. In diesem Ausschuß ist dann eine gewisse Eigendynamik zustande gekommen, denn bei vielen Ausschußmitgliedern — auch von seiten der ÖVP — kam damals die Überzeugung, das Thema sei so wesentlich, daß man etwas tun müsse.

Diese Eigendynamik hat dazu geführt, daß im Mai letzten Jahres im Ausschuß ein gutes Paket beschlossen wurde, das am 3. Juni letzten Jahres im Parlament verabschiedet wurde, also am selben Tag, als in Rio die große Umweltkonferenz eröffnet wurde. Wir hatten auch gehofft, daß in Rio für diese Maßnahme Werbung gemacht werden würde, aber auch das haben Sie unterlassen.

Es ist tragisch, daß Sie die betroffenen Entwicklungsländer wie Indonesien und Malaysia nicht informiert oder viel zu spät informiert haben — und das wirkt sich aus —, genauso tragisch ist es aber auch — das führte letztlich auch zu der Situation, in der wir uns jetzt befinden —, daß keine Werbung in den befreundeten westeuropäischen Ländern gemacht wurde, in jenen Ländern, in denen zum Teil sehr ähnliche Regelungen überlegt werden beziehungsweise zum Teil schon konkret auf dem Tisch liegen. Es hätte ein kleiner Anstoß genügt, meiner Meinung nach hätten einige Monate genügt, um dort ähnliche Regelungen durchsetzen zu können.

Herr Bundeskanzler! Ihnen muß klar sein, daß Sie mit dieser Maßnahme, mit diesem Rückschritt

in Österreich das gesamte Vorhaben in Europa zu Fall bringen. Sie haben nicht nur Verantwortung für die österreichische Maßnahme und den österreichischen Flop, sondern Sie haben den in den westeuropäischen Ländern angelaufenen Maßnahmen damit fast den Todesstoß versetzt.

Sie haben nicht nur gegenüber der österreichischen Bevölkerung und gegenüber der unterdrückten Bevölkerung in den betroffenen Ländern verantwortungslos gehandelt, sondern auch gegenüber jenen westeuropäischen Ländern, die ähnliche Maßnahmen geplant haben.

Wie groß war doch die Zustimmung in diesen Monaten für diese Maßnahme, die in Österreich beschlossen wurde! Man konnte sich kaum mehr der Aussendungen und der unterstützenden Briefe erwehren, die vor allem die Umweltorganisationen von verschiedenen Gruppen und Organisationen bekamen. Es waren Briefe von Regierungsmitgliedern, von Landeshauptleuten, es wurden Unterstützungen quer durch Österreich zum Beispiel von den schon erwähnten Landeshauptleuten geschickt.

Wir haben schon bei der letzten Debatte öfters erwähnt, daß es für uns unverständlich ist, daß nach wie vor kurzfristig Politik gemacht wird. Im Juni schreiben sowohl SPÖ als auch ÖVP noch Umweltorganisationen, betonen, wie notwendig diese Maßnahmen sind, für wie durchdacht man sie hält, und plötzlich wird man sich offensichtlich eines Besseren bewußt.

Die Niederösterreichische Volkspartei schreibt am 19. Juni 1992 an die Umweltorganisation Global 2000 einen Brief. Von seiten des jetzigen Landeshauptmanns Dr. Erwin Pröll wird auf die Regelungen, die im Ausschuß geplant waren und die auch beschlossen wurden, eingegangen. Er schreibt genau das, was im Gesetz und im Maßnahmenpaket festgelegt war, und schließt mit folgendem Absatz:

Sehr geehrter Herr Mag. Egit! Seien Sie versichert, daß wir in dieser Frage mit Leidenschaft und Augenmaß dasselbe Ziel verfolgen. Ich hoffe, daß wir es zum Nutzen der Entwicklungsländer und auch zu unserem eigenen Vorteil mit unserem sicherlich mühsameren, weniger plakativen, aber einzig zielführenden Weg erreichen können.

Welch salbungsvolle Worte wurden noch im Juni 1992 von seiten des Landeshauptmanns von Niederösterreich gesprochen!

Aber auch der Landeshauptmann von Kärnten hat festgestellt, daß es sich bei der Regelung um eine sehr gute Maßnahme handelt. Ich zitiere aus einem Brief vom Juni 1992 an die Umweltschutzorganisation Global 2000:

Monika Langthaler

In meinem letzten Brief habe ich Ihnen bereits mitgeteilt, daß ich mich dafür einsetzen werde, daß der Tropenholzhandel in dieser Form eingestellt wird. Der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Erhard Busek, hat mir mitgeteilt, daß der Umweltausschuß des Nationalrates zu einer Einigung über diese Frage der Importe gekommen ist. — Es werden im Brief dann die Einigungen genauer aufgelistet.

Er meint auch, daß es durch diese Einigung zu einem Schutz des Regenwaldes und zur Verbesserung der Lebenssituation der einheimischen Bevölkerung kommen wird und daß das eine gute Lösung ist. Er sagt wörtlich: Ich bin überzeugt davon, daß dadurch ein wesentlicher Schritt in Richtung Schutz des Regenwaldes gemacht wurde. Mit freundlichen Grüßen — Dr. Christoph Zernatto.

Aber auch der Landeshauptmann von Oberösterreich, Herr Dr. Josef Ratzenböck, meinte im April 1992, daß er den Forderungen der Umweltorganisation Global 2000 große Sympathie entgegenbringe. Er teilt mit, daß er als Vertreter des Landes Oberösterreich dem Klimabündnis beigetreten ist, welches ebenfalls — das ist tatsächlich wichtig — gegen die Verwendung von Tropenhölzern auftritt. — Allerdings ist es dort, wie Sie wissen, keine Verpflichtung, also besteht ein großer Unterschied zu einem Gesetz.

Dr. Erhard Busek hat sich zu diesem Thema am 5. Mai 1992 auch zu Wort gemeldet. Er hat ebenfalls der Umweltorganisation Global 2000 eine Stellungnahme zur Tropenholzproblematik geschickt. Ich zitiere auszugsweise, er sagte damals: Ich stimme Ihnen aber zu, daß das importierte Holz vorwiegend aus Raubbau stammen muß, da nachhaltige Nutzung so gut wie gar nicht betrieben wird. — Und da hat Dr. Busek recht: Nachhaltige Nutzung im Bereich der Tropenwälder und des Regenwaldes wird so gut wie gar nicht betrieben! (*Beifall bei den Grünen.*)

Deshalb ist auch das Gütesiegel, das Sie beschließen wollen — das wissen alle, die sich nur ein bißchen mit der Materie auseinandergesetzt haben —, Unsinn, denn man beschließt etwas für Produkte, die es gar nicht geben wird. Es gibt kaum Tropenhölzer aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung, sie kommen aus Raubbau.

Ein solches Gütesiegel, auf das Kriterien der Nachhaltigkeit angewendet werden sollen, die noch gar nicht feststehen, die erst erarbeitet werden müssen — es wird sicher noch Jahre dauern, bis sie erarbeitet werden —, zu beschließen, ist eigentlich eine Verhöhnung der Leute. Sie beschließen ein Gesetz, das nicht einmal das Papier wert ist, auf dem es steht, denn es wird ein Gesetz sein, das überhaupt keine Produkte betrifft.

Sie wollen wieder Leute mit Dingen beschäftigen, die gar nicht relevant sind und nicht zur Diskussion stehen. Sie glauben, weiterhin die konstruktive Mitarbeit von Umweltorganisationen in diesem Holzschutzbeirat erwarten zu können. Sie glauben offensichtlich, daß Sie weiterhin eine freiwillige Arbeit nutzen können, der Sie aber überhaupt keinen Respekt entgegenbringen. Das ist Beschäftigungstherapie ohne irgendwelche Auswirkung, denn es gibt, wie Dr. Busek am 5. Mai 1992 schon richtig erkannte, keine nachhaltige Nutzung oder so etwas ähnliches wie keine nachhaltige Nutzung in diesem Bereich.

Er schreibt weiter: Aus diesen Fakten ergibt sich, daß die Rettung des tropischen Regenwaldes vor allem durch wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in den Entwicklungsländern sowie durch international akkordierte Maßnahmen zu erreichen ist. — Was auch letztlich dieses Tropenholzpaket bewirkt hat.

Er schreibt weiter: Möglich und den internationalen Vereinbarungen entsprechend wären allerdings eine Kennzeichnungsverpflichtung, die Verhängung von Verbrauchssteuern sowie weitere zweiseitige Maßnahmen Österreichs wie zum Beispiel die Aufkündigung einzelner GATT-Zölle unter gleichzeitiger Kompensation.

„Da die derzeitige Situation Österreichs“ — so schreibt Busek im Mai 1992 — „mit der Selbstverpflichtungserklärung des Holzhandels keineswegs befriedigend ist, und da die Gefahr besteht, daß man mit symbolischen Handlungen die wahren Probleme verdeckt, lege ich meine Hoffnungen auf die zuletzt angeführten Möglichkeiten, und die ÖVP wird im Regenwaldunterausschuß auch dafür eintreten.“

Obwohl mir klar ist, daß ich damit noch längst nicht alle Ihre Forderungen erfüllt habe, versichere ich Ihnen meine Entschlossenheit, diesem Problem auf den Leib zu rücken. — Das schrieb Busek im Mai.

So groß war die Entschlossenheit offensichtlich nicht, denn sonst wäre es nicht so schnell möglich gewesen, daß er sich von einer ganz wesentlichen Gesetzesmaterie verabschiedet.

Richtigerweise führt er an, daß nicht alle Forderungen, die die Umweltorganisationen und auch wir im Bereich des Tropenwaldes hatten, mit diesem Paket erfüllt wurden. Denn eines muß ja klar sein: Für die Umweltorganisationen und für uns war die im Juni letzten Jahres erzielte Regelung ein Kompromiß, ein großer Kompromiß, den wir aber deshalb eingegangen sind, weil wir dachten, daß es tatsächlich ein erster ganz wesentlicher Schritt für diesen Bereich ist. Wir dachten auch, daß man schauen wird, wie man die

Monika Langthaler

anderen notwendigen Lösungen in Zukunft hin- einverpacken wird können.

So, wie wir damals Kompromißbereitschaft gezeigt und diesem Paket zugestimmt haben, haben wir das auch diesmal getan. Ich erinnere jene, die im Ausschuß waren, daran — vielleicht weiß es der Herr Bundeskanzler nicht in dieser Ausführlichkeit —, daß auch diesmal sowohl die Grünen als auch die Umweltorganisationen einen Kompromißvorschlag gemacht haben, den wir als eigenen Gesetzesantrag eingebracht haben. Der Kompromißvorschlag lautet, daß man die Kennzeichnungspflicht auf alle Hölzer ausweitet. Das heißt, auf boreale Wälder und auch auf unsere Holzarten.

Für uns, aber mit großer Wahrscheinlichkeit auch für Indonesien und Malaysia wäre diese Lösung akzeptabel gewesen. Das geht aus dortigen Zeitungsberichten hervor. Es geht aber auch, wenn man sie genau durchliest, aus den Protokollen im Rahmen der ITTO-Sitzungen hervor, daß man sich eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf alle Hölzer vorstellen kann.

So, wie Sie, Herr Bundeskanzler, die Zusammenarbeit im Hause sowohl mit den Grünen als auch mit den Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im ökologischen Bereich nicht ernst meinen, so haben Sie auch dieses Mal die offene Hand nicht angenommen. Im Gegenteil. Sie haben uns den Krieg erklärt. Sie haben der Umweltbewegung in Österreich und den Grünen mit Ihrem Vorpreschen in dieser Tropenholzcausa und auch in anderen ökologischen Bereichen den Krieg erklärt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir sind es nicht, die keine Gesprächsbereitschaft signalisiert haben, im Gegenteil, wir haben immer und immer wieder schriftlich oder mündlich Gesetzesanträge und was immer dazugehört eingebracht. Sie haben das nicht aufgenommen. Ich sage Ihnen, es wäre möglich gewesen, eine bessere Lösung als die Stornierung dieses Gesetzes zu finden, und zwar die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf alle Hölzer. Es hätten dabei alle ihr Gesicht behalten, sogar Klubobmann Fuhrmann, der noch vor einem Jahr für einen völligen Importstopp eingetreten ist.

Dies wäre möglich gewesen, aber Sie wollten nicht. Sie haben die Tür für Verhandlungen zugeschlagen. Deshalb ist es unsere Pflicht und unsere Verantwortung, in diesem Hause so lange wie möglich dieser Aufhebung der Tropenholzlösung entgegenzuwirken. Und das werden wir auch tun! *(Beifall bei den Grünen.)*

Am 11. November letzten Jahres war die Änderung im Bereich der Zollpolitik mehr oder weniger beschlossene Sache, aber Dr. Neisser schrieb

einen Brief an die Umweltorganisation, in dem er folgendes festhielt:

„Eine Änderung der gesetzlich fixierten Kennzeichnungspflicht, die überdies erst in ihrem vollen Umfang anlaufen muß, kann von unserer Seite aus nicht angeboten werden.“ — Vielleicht hören sich das die Abgeordneten der ÖVP genau an und fragen Dr. Neisser, was er im November letzten Jahres damit gemeint hat. Er schrieb nämlich weiter:

„Darüber hinaus wird auch darauf hinzuweisen sein, daß Kennzeichnungsmaßnahmen von anderen Staaten, wie zum Beispiel Niederlande, Deutschland, Großbritannien und Dänemark, in ähnlichem Umfang überlegt werden und daher auf eine viel stärkere internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in Zukunft zu hoffen ist.“

Recht hat Dr. Neisser damit. — Es sagen also nicht nur die Grünen, daß andere westeuropäische Länder massiv daran gedacht haben beziehungsweise bereits in Vorbereitung waren, eine ähnliche Regelung im Bereich der Kennzeichnung durchzusetzen. Er schreibt vollkommen zu Recht, daß die Länder Niederlande, Deutschland, Großbritannien und Dänemark die fortschrittlicheren in diesem Bereich gewesen sind, und wahrscheinlich hätten sie noch ein paar Monate gebraucht, um zu ähnlichen Überlegungen zu kommen.

Glauben Sie denn, daß es dort anders ist als bei uns? — Auch bei uns war es so — das haben wir in den Ausschüssen erlebt —, daß nicht die Regierung der Motor für dieses Gesetz und für diese Regelungen war, sondern von dieser Seite kam der große Widerstand. Der Motor waren zum Teil engagierte Abgeordnete der Regierungsparteien, die sich dafür einsetzten, aber vor allem die Umweltorganisationen und eine kritische Öffentlichkeit, die Druck ausübte. Es war aber sicher auch die Gunst der Stunde vor der Rio-Konferenz, die diese Lösung möglich machte.

Das ist doch in anderen Ländern ähnlich. Dort ist es doch auch so, daß die Regierungen — sei es in Deutschland, sei es in den Niederlanden — noch nicht so weit sind wie die Oppositionspolitiker und vor allem die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen. Dort ist aber genauso wie in Österreich eine Dynamik entstanden; eine Dynamik, die sich zum Teil gegen die Wünsche der Regierung richtet, die man aber mit unserem Rückschritt massiv abbremst.

Genauso wie es bei uns oft passiert, daß wir Verbündete zitieren, werden in den anderen Ländern die Regierenden jetzt Dr. Vranitzky zitieren. Sie werden sagen: Bitte sehr, Österreich hat einen Rückzieher gemacht, die wurden von Indonesien

Monika Langthaler

und Malaysia erpreßt. Man muß zwar dazusagen, daß die Österreicher nicht sehr couragiert sind, aber immerhin wird das schon etwas für sich gehabt haben. Das heißt, wir können das in unseren Ländern auch nicht machen, wir müssen leider ein bißchen warten. — So wird es sich in Dänemark, in Holland, in Deutschland, in Großbritannien und auch in Italien abspielen.

Jenen Bewegungen und jener Dynamik, die entstanden sind, die, wenn Österreich durchgehalten hätte, dazu geführt hätten, daß wir in ein paar Monaten nicht mehr die einzigen gewesen wären, haben Sie den Lebensnerv entzogen.

Sie haben damit eine gesamteuropäische Entwicklung gestoppt. Herr Dr. Vranitzky! Sie müssen sich bewußt sein, daß Sie hier auch gegenüber anderen Ländern Verantwortung zu tragen haben. (*Anhaltender Beifall bei den Grünen.*)

Es gab schon damals bei der Aufhebung der Zollerhöhungen von seiten der SPD in Deutschland massive Einwendungen. Ich erinnere Sie daran, daß die SPD in Deutschland, ähnlich wie das Dr. Fuhrmann in Österreich gemacht hat, einen eigenen Gesetzesantrag eingebracht hat. Dieser Gesetzesantrag, der von der Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Frau Dr. Liesl Hartenstein, getragen wurde und der sehr viel strenger ist als das, was wir in Österreich je beschlossen haben, fordert auch ein Gesamtimportstopp-Abkommen oder ein Importstopppgesetz für Deutschland. Dafür setzt sich die SPD in Deutschland nach wie vor ein. Das hat auch Dr. Neisser unter anderem gemeint, als er geschrieben hat, daß es in anderen Ländern einiges gibt.

Es gibt, so wie damals von der SPD Deutschland bei der Aufhebung der Zollerhöhung, auch diesmal wenig Verständnis und einen Appell an den Bundeskanzler, die Rücknahme der Kennzeichnungspflicht nicht zuzulassen.

Frau Dr. Liesl Hartenstein, Mitglied des deutschen Bundestages und Vorsitzende der Enquete-Kommission zur Vorsorge des Schutzes der Erdatmosphäre hat am 5. März dieses Jahres folgenden Brief an den Bundeskanzler geschrieben:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Mit großem Bedauern habe ich den am Mittwoch im Umweltausschuß des österreichischen Parlaments gefaßten Beschluß zur Kenntnis genommen, das im Juni 1992 beschlossene Bundesgesetz zur Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten sowie zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung wieder außer Kraft zu setzen.

Mit diesem Gesetz befand sich Österreich an der Spitze der weltweiten Bemühungen um die Rettung der Tropenwälder. Neben der breiten

Zustimmung im Europäischen Parlament hatte es auch eine Initialwirkung für analoge Vorstöße in Belgien und gab den bereits bestehenden Initiativen in der Schweiz und in Italien neuen Auftrieb, schreibt Frau Dr. Hartenstein.

Auch der jetzige Vizepräsident der USA, Al Gore, unterstützte in seiner Funktion als Präsident von GLOBE, einer weltweiten Organisation von Parlamentariern, das österreichische Gesetzeswerk. Übrigens war das wohl eines der seltenen Momente, in dem die österreichische Politik in den internationalen Medien und auch in den amerikanischen Medien lobend erwähnt wurde, was man ja auch gerade nach all den Waldheim-Geschichten gebraucht hat. Damals hat man sich übrigens nicht so sehr um das Ansehen oder um das Bild Österreichs im Ausland gekümmert, wie das jetzt bei wirtschaftlichen Interessen der Fall ist, aber bitte.

Weiters sagt Frau Dr. Hartenstein: Im deutschen Bundestag konnte die SPD für einen diesbezüglichen Antrag leider keine Mehrheit finden. Der Antrag sah die Einführung eines Importverbots für Hölzer aus Primärwäldern auf Bundes- und EG-Ebene sowie eine Kennzeichnungspflicht vor, um sicherzustellen, daß nur noch Tropenhölzer aus nachhaltiger Bewirtschaftung importiert werden.

Die deutschen Sozialdemokraten unterstützen deshalb umso überzeugter die modellhafte österreichische Initiative, und sie würden es als gewaltigen Rückschlag für den globalen Umweltschutz betrachten, wenn hier ein notwendiges und dem Erhalt der Tropenwälder förderliches Gesetz wieder zu Fall gebracht werden würde.

Gesetzesvorhaben nach dem Beispiel Österreichs könnten in einer international oder zumindest auf EG-Ebene abgestimmten Aktion eine sehr hohe Schlagkraft bei der Rettung der tropischen Wälder erzielen. Einseitigen Boykottandrohungen durch die Tropenländer Südostasiens wären dadurch die Grundlage entzogen.

Der zweite Bericht, nämlich der Tropenwaldbericht der Enquete-Kommission zum Schutz der Erdatmosphäre, stellt fest, daß nur knapp 1 Prozent der Flächen, in denen Exporthölzer eingeschlagen werden, nachhaltig bewirtschaftet werden. Eine von mir geleitete Delegation der Enquete-Kommission hat sich im Sommer 1989 ein Bild unter anderem auch von der Situation in Malaysia machen können.

Nach unseren Erkenntnissen wird der kommerzielle Holzeinschlag ausschließlich in Primärwäldern durchgeführt, wobei die Aufforstungsmaßnahmen weit hinter der Einschlagrate zurückbleiben. Das Verhältnis von Einschlag zu Aufforstung ist 10 : 1. — Auch das haben wir übrigens

Monika Langthaler

immer wieder in den Ausschüssen betont. Diese Unterlagen liegen ja vor, das ist nichts Geheimes, das wissen alle. Jeder, der hier von nachhaltiger Bewirtschaftung redet, diskutiert und ein solches Gesetz beschließen will, weiß, daß es so etwas kaum gibt.

Frau Hartenstein schreibt weiter: Obwohl Vertreter der Weltbank die Einschlagrate in Sarawak – also in Ostmalaysia – von 13 Millionen Kubikmeter im Jahr 1989 für viermal zu hoch hielten und eine Reduzierung auf maximal 9 Millionen Kubikmeter forderten, erhöhte die Regierung Sarawaks 1990 den Einschlag auf 18 Millionen Kubikmeter.

Wenn der bisherigen Praxis nicht Einhalt geboten wird, werden nach Schätzungen der FAO die Primärwälder Sarawaks in sechs bis sieben Jahren, die der Philippinen in etwa zehn Jahren und in Birma in fünf Jahren vernichtet sein.

Dem Forstminister von Sarawak, der selbst Holzkonzessionär ist, ist diese Situation sehr wohl bekannt.

Angesichts der rasant fortschreitenden Zerstörung der tropischen Regenwälder sollten die österreichischen Regelungen zur Tropenholzkennzeichnung auf keinen Fall zurückgenommen werden. Ich möchte Sie daher dringend bitten, sich bei der Debatte für eine Beibehaltung der gesetzlichen Regelungen einzusetzen. Österreich hat hier eine Vorreiterrolle und ein Stück globale Verantwortung übernommen. Mit freundlichen Grüßen – Dr. Liesl Hartenstein, Mitglied des deutschen Bundestages.

Herr Bundeskanzler! Sie werden grünen Ausführungen wahrscheinlich weniger Glauben schenken, Sie werden auch Ausführungen von Umweltorganisationen wenig Glauben schenken, aber Sie werden sich doch wenigstens in irgendeiner Form mit den Argumenten der SPD in Deutschland einmal auseinandersetzen und überlegen, wie Sie denen gegenüber treten wollen, wie Sie denen Ihren und auch Österreichs Gesichterverlust in diesem Bereich erklären und erläutern wollen. Denn das ist es. Und es zeigt auch dieser Brief von einer doch sehr hochrangigen Abgeordneten des deutschen Bundestages von der SPD, daß dort – jedenfalls zum Teil – noch ein anderes ökologisches Bewußtsein und ein anderer Standard herrschen als hier in diesem Haus.

Ist es nicht unglaublich, wenn von seiten der Sozialdemokratie in diesem Hause der Umweltsprecher – von dem wir allerdings immer wußten, daß er kein Umweltsprecher, sondern ein Industriesprecher ist – meint, daß wir wohl bei den Umweltmaßnahmen in diesem Land generell etwas übers Ziel geschossen haben?

Erst gestern meinte er bei einer Pressekonferenz hier in diesem Haus: Man hat in Österreich eigentlich viel zu fortschrittliche Lösungen eingeführt, man hat übers Ziel geschossen, wie man auch bei dieser Tropenholzgeschichte sieht. Da muß man wieder zurück, da muß man auf die Wirtschaft – er meint damit wahrscheinlich seine eigene Firma, die Lenzing AG, die da ja massiv involviert ist – Rücksicht nehmen.

Und wie sagte Dr. Keppelmüller so schön im Ausschuß? – Er meinte: Manchmal ist es besser, kein Rückgrat zu haben. – Das ist offensichtlich das Motto des Abgeordneten Keppelmüller, das Motto der Sozialdemokratie. Und wenn Sie sich nicht distanzieren, Herr Bundeskanzler, müssen wir annehmen, daß es auch das Motto der Regierung und des Bundeskanzlers ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Man sollte diesen Satz wirklich einmal so stehen lassen, wie er gesagt wurde, als es darum ging, die Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren. Dr. Keppelmüller: „Manchmal ist es besser, kein Rückgrat zu haben.“

Es gab in diesen letzten Tagen aber nicht nur Briefe von Frau Dr. Hartenstein, sondern auch von anderen, zum Beispiel von Nationalrat Dr. Hugo Wick vom Bundeshaus in Bern, also von der Schweiz:

Basel, 5. 3. 1993. Im Juni letzten Jahres hat das österreichische Parlament ein Maßnahmenpaket zum Schutz tropischer Regenwälder beschlossen, welches jetzt Gefahr läuft, Schritt für Schritt rückgängig gemacht zu werden. Leider geht aber die Zerstörung des Regenwaldes unvermindert weiter. Deshalb ist es meines Erachtens wichtig, daß zumindest die Kennzeichnungspflicht um jeden Preis erhalten bleibt. Als Erstunterzeichner habe ich einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoß in der großen Kammer, dem Nationalrat, der schweizerischen Bundesversammlung deponiert, der von zirka einem Drittel der Mitglieder des Parlaments, darunter Mitglieder aus sämtlichen Regierungsparteien, mit unterzeichnet wurde. Gleichzeitig hat Frau Ständerätin Simmen einen gleichlautenden Vorstoß im Ständerat eingereicht.

Ich bitte Sie, auch im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen, sich weiterhin für die Kennzeichnungspflicht einzusetzen. Möglicherweise wäre es sinnvoll, die Kennzeichnungspflicht für sämtliche Hölzer und Holzprodukte einzuführen, statt nur für die tropischen, und dem in diesem Fall immer wieder auftauchenden Nord-Süd-Konflikt entgegenzutreten. Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichen Grüßen – Dr. Hugo Wick.

Monika Langthaler

Sie sehen: Auch in der Schweiz hat ein Drittel der Abgeordneten eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht. Auch dort ist eine Dynamik entstanden, auch dort hätte viel passieren können. Sie können sich vorstellen, wie sehr das dieser Bewegung dort schadet, wenn hier in Österreich ein Rückzieher kommt. Denn letztlich werden all die Bestrebungen sowohl der deutschen Umweltschützer und Abgeordneten, die sich dafür eingesetzt haben, als auch der Schweizer Umweltschützer und Abgeordneten damit fast zu nichts gemacht.

Es hat sich eine Reihe von Organisationen für diese Angelegenheit engagiert, Umweltorganisationen, Entwicklungshilfeorganisationen, Menschenrechtsorganisationen. Sie dürfen sich von seiten der Regierung in diesem Lande nicht zu früh freuen und glauben, daß Sie nach dieser Tropenholzwoche das Thema vom Tisch haben. Denn allein die Breite der Bewegung ist ein Garant dafür, daß wir uns noch sehr lange mit diesem Thema beschäftigen werden. Allein aufgrund unseres neuen Gesetzesantrags hier im Haus, aber vor allem aufgrund der großen Unterstützung durch junge Leute in ganz Österreich, durch all diese Organisationen wird es Ihnen nicht gelingen, dieses Thema nach dieser Woche vom Tisch zu bekommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zu dieser Plattform, die von vielen Organisationen getragen wird, hat sich auch die Kirche gemeldet. Herr Bundeskanzler! Sie wissen, daß sich Ihr eigener Berater in Rio, nämlich Bischof Kräutler, sehr für diese Maßnahme eingesetzt hat. Er hat diese Maßnahme unterstützt. Wir konnten ja in Rio alles noch einmal genau schildern. Er hat sich auch jetzt, als wir mit ihm Kontakt aufgenommen und mit ihm in Brasilien telefoniert haben, massiv hinter diese Regenwaldgesetzgebung gestellt und hat den Brief, den die Österreichische Kommission „Justitia et Pax“, und zwar Herr Weihbischof Florian Kuntner, an die Umweltministerin, an uns und wahrscheinlich auch an Sie geschrieben hat, vollinhaltlich unterstützt. — Ich zitiere auszugsweise aus diesem Brief:

Die Kommission, die auch die Bewahrung der Schöpfung zu ihrem Anliegen gemacht hat, verfolgt mit Sorge die Diskussionen um Kennzeichnung und Import von Tropenhölzern nach Österreich.

Vielleicht sollte gerade die Volkspartei — Abgeordneter Khol ist ja da, der immer wieder darauf verweist, daß seine Partei einen christlichen Bezug hat, und der meinte, daß es in diesem Zusammenhang doch auch um humanistische Werte ging — hier ein bißchen aufmerksam lauschen, was Herr Florian Kuntner und viele andere Bischöfe uns hier geschrieben haben.

In dem Brief heißt es weiter: Die Erhaltung der natürlichen Umwelt einerseits und das Einbringen von Know-how österreichischer Firmen andererseits können positive Elemente in der sozio-ökonomischen Entwicklung der Dritten Welt sein. Das wichtigste Element aber ist und bleibt der Mensch selbst, der in der von der Wirtschaftstätigkeit betroffenen Gegend lebt. Diese Menschen haben im allgemeinen in der nationalen und internationalen Gesellschaft keine Stimme und werden in den derzeit geführten Diskussionen zu wenig berücksichtigt. Ihr Schicksal wird häufig einem auf Gewinnmaximierung und auf quantitatives Wachstum abzielenden Bestreben untergeordnet. Ihr Lebensraum und ihre Menschenwürde werden mißachtet.

Zu kurz kommen aber auch die Tagelöhner, die für die schwere Arbeit der Holzfällung und Holzbringung Hungerlöhne bekommen, während die großen Gewinne die nationalen und multinationalen Holzfirmen einstreifen.

Aus diesem Grunde unterstützen wir Ihre Vorschläge und appellieren an die Abgeordneten zum Nationalrat, das entsprechende Tropenholzgesetz in dieser Fassung zu belassen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Er schreibt weiter: Eine kontrollierte und eingeschränkte Abholzung der Regenwälder ist natürlich nur ein Schritt zum Schutz der Umwelt im Norden und Süden unserer Welt und zur Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen, die in den von der Abholzung bedrohten Gegenden leben.

Es geht vor allem auch um abgestufte Maßnahmen der Entschuldung der Entwicklungsländer, um den Exportdruck von ihnen zu nehmen.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Bemühungen und kann nur hoffen, daß die Abgeordneten zum Nationalrat sich Ihren Vorschlägen und Argumenten anschließen und nicht das schon beschlossene Gesetz wieder aufheben werden. — Wie gesagt, das ist ein Brief an die Umweltministerin, eine Unterstützung für die Umweltministerin damals gewesen.

Dies würde ja auch in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, schreibt Herr Weihbischof Kuntner, daß Gesetze in Österreich nicht von den von der Verfassung dafür vorgesehenen Organen, sondern von einflußreichen Lobbies im In- und Ausland gemacht werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da spricht Bischof Kuntner einen ganz wesentlichen und sensiblen Punkt an, nämlich wie es wirklich mit dem Selbstverständnis von frei gewählten Abgeordneten zu vereinbaren ist, wenn Umweltgesetze oder überhaupt Gesetze nicht

Monika Langthaler

nur, wie wir es schon gewohnt sind, von Lobbies im Inland geschrieben werden, sondern wenn man diesen Erpressungen wirklich so einfach nachgibt.

Es ist mir unverständlich, daß sich hier Abgeordnete, die im Juni zustimmen konnten, jetzt um 180 Grad gedreht haben. Für mich ist das ein Zeichen — verzeihen Sie mir den harten Ausdruck — von großer Rückgratlosigkeit. Dieser Punkt wird dazu beitragen, daß in der Bevölkerung die Politikverdrossenheit und das schlechte Ansehen, das Politiker einfach haben, noch gesteigert wird.

Was sollen sich junge Menschen denken, wenn sich Abgeordnete in diesem Haus viele Monate mit einer Materie beschäftigen und dann von denselben Abgeordneten eine um 180 Grad andere Argumentation kommt und eine sinnvolle Regelung aufgrund einer Erpressung, aufgrund des Drucks von außen so schnell wieder rückgängig gemacht wird? *(Beifall bei den Grünen.)*

Auch die Österreichische Naturschutzjugend — das ist vielleicht für unseren Nationalratspräsidenten ganz interessant — hat sich hier zu Wort gemeldet. Der Bundesleiter der Österreichischen Naturschutzjugend hat uns schon im Oktober eine Resolution geschickt, und nach wie vor steht diese Organisation massiv hinter den bisher geltenden Tropenholzbestimmungen. Die Stellungnahme der Österreichischen Naturschutzjugend zur Tropenholzkennzeichnung lautet folgendermaßen: . . .

Präsident: Frau Abgeordnete! Nur daß kein Irrtum entsteht: Die Naturfreundejugend und die Naturschutzjugend sind nicht identisch.

Abgeordnete **Monika Langthaler** *(fortsetzend)*: Ja. Trotzdem könnten Sie sich auch dieser Organisation in irgendeiner Form vielleicht verbunden fühlen. Ich würde hoffen, daß Sie den Inhalt dieser Resolution vielleicht in irgendeiner Form in Ordnung finden, und vielleicht könnte das der Anlaß sein, daß Sie auch in Ihrer eigenen Organisation mehr Werbung für die bisherigen Tropenholzmaßnahmen machen. Dann könnte ich auch von dieser Organisation eine unterstützende Stellungnahme zitieren. Das würde uns alle wahrscheinlich freuen.

Also: Die Österreichische Naturschutzjugend hat uns geschrieben und gemeint, daß die fortschreitende Zerstörung des Tropenwaldes in einem großen Teil der Bevölkerung nicht gleichgültig aufgenommen wird. — Das glaube ich übrigens auch, und deshalb bin ich überzeugt davon, daß Ihnen diese Maßnahme, gerade bei den jungen Menschen in Österreich, enorm schaden wird.

Aber weiter in der Resolution: Die Mitarbeiter und die Mitglieder der Österreichischen Naturschutzjugend haben an der Erhaltung des tropischen Regenwaldes ein vitales Interesse. In den tropischen Regenwäldern Südamerikas und Südostasiens leben seit Hunderten von Jahren Völkstämme im Einklang mit der Natur. Diese Menschen haben ein umfangreiches überliefertes Wissen über den Wald und die natürlichen Zusammenhänge und können uns zeigen, wie man vom und mit dem Wald lebt, ohne ihn zu zerstören.

Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn sich die Österreichische Naturschutzjugend für die Beibehaltung der von den Parlamentsparteien beschlossenen Tropenholzkennzeichnung ausspricht. Die Österreichische Naturschutzjugend betrachtet diese Kennzeichnung als einen ersten wirkungsvollen Schritt für die Erhaltung der tropischen Regenwälder. — Beschlossen wurde diese Resolution bei der Bundeshauptversammlung der Österreichischen Naturschutzjugend am 17. Oktober 1992.

Weil wir vorhin auch von der Selbstachtung jedes Abgeordneten und von der Verantwortung jedes Abgeordneten gesprochen haben: Eines ist in den letzten beiden Tagen in diesem Haus auch auffallend gewesen: Es hat schon überall auf den Gängen Diskussionen zu diesem Thema gegeben, und Abgeordnete von beiden Regierungsparteien haben versucht zu erläutern, weshalb man jetzt doch nicht mehr so weitertun könne wie bisher und das Gesetz zurücknehmen müsse. Aber bei der Frage, ob er oder sie denn bei der Beschlußfassung im Juni dabeigewesen ist, wußte letztlich keiner mehr, ob er dabeigewesen ist oder nicht. So ging es fast allen, die ich hier gefragt habe. Auch Dr. Jankowitsch, der bei der ganzen Geschichte eine führende Rolle gespielt hat, konnte sich nicht mehr erinnern, ob er im Juni dieses Jahres dem Gesetz zugestimmt hat oder nicht.

Ich würde den betroffenen Abgeordneten raten, daß sie sich wenigstens diesmal das Gesetz, das sie beschließen wollen, genau durchlesen und vielleicht überlegen, was sie diesmal beschließen und welchen Rückschritt das darstellt, damit sie nicht möglicherweise in einem halben Jahr, wenn sich die geballte Kritik aller Umweltorganisationen erneut gegen sie richtet, wieder sagen, daß sie eigentlich gar nicht wissen, was sie beschlossen haben, und gar nicht dabeigewesen sind. — Sie sind dabeigewesen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Abgeordneter Resch! So pathetisch das für Sie klingen mag: Es gibt sehr oft, gerade wenn man über die wirklich entsetzlichen Vorkommnisse, die sich in Österreich während der Herrschaft der Nationalsozialisten vor dem Zweiten Weltkrieg ereigneten, redet, zu Recht junge Menschen, die ihre Eltern fragen, wo sie denn gewesen sind und wie das passieren konnte. Und diese

Monika Langthaler

Zerstörung, die heutzutage weltweit passiert, zum Beispiel dieser Genozid in Indonesien, wo eine Million Menschen seit den siebziger Jahren umgebracht worden sind, ist sicherlich in irgendeiner Art und Weise, auch wenn es immer schwierig ist, Greuel mit Greuel zu vergleichen, doch damit vergleichbar. Da wird man Sie fragen: Wo sind Sie denn gewesen? Und darauf müssen Sie eine Antwort geben. Das ist eine Verantwortung, die gerade Sie als Abgeordnete doppelt wahrnehmen müssen. (*Abg. Resch: Wissen Sie, was meine Antwort sein wird? — Ich war da! Sie waren am Amazonas mit Journalisten unterwegs!*)

Herr Abgeordneter Resch! Es ist bekannt, daß Sie auch aufgrund Ihrer eigenen Person vorwiegend als Lobbyist in diesem Hause tätig sind. (*Beifall bei den Grünen.*) Sie als Aufsichtsratsmitglied der OKA und Energiesprecher Ihrer Partei haben ja immer Lobbyismus in diesem Haus betrieben. Es scheint Praxis der SPÖ geworden zu sein, daß man sich von Menschen wie einem Abgeordneten Resch, der als Energiesprecher offensichtlich vorwiegend für die OKA hier Politik macht (*Abg. Marizzi: Das ist eigentlich eine Perfidie!*), oder einem Abgeordneten Keppelmüller, der vorwiegend für die Firma Lenzing hier Politik macht, in wesentlichen Fragen leiten läßt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Herr Abgeordneter Resch! Ihre Ignoranz gegenüber ökologischen Fragen ist uns nicht unbekannt. Wir wissen, daß Ihnen all diese Fragen, seien es die Fragen der Umwelt, seien es die Fragen der Menschenrechte, egal sind, daß Sie dazu hier immer nur ein müdes Lächeln anbringen können. Sie sind eben leider noch von jener Generation. Es gibt in Ihrem Alter allerdings auch viele Menschen, die das schon eingesehen haben. Sie gehören jedoch zu jenen, die, jedenfalls seit ich hier im Haus bin, alle ökologischen Maßnahmen zu torpedieren versucht haben, die eigentlich nur aus Interesse an ihrem anderen Job hier Politik machen. (*Abg. Marizzi: Das ist eine Frechheit!*)

Wir sollten uns in dieser Debatte auch genauer darüber unterhalten, wer hier als Person Lobby macht. (*Abg. Marizzi: Wo nehmen Sie Ihre Präpotenz her?*) Herr Abgeordneter Marizzi! Regen Sie sich nicht auf! Sie werden vielleicht auch bald einen Job irgendwo bei der ÖBB haben. Dann können Sie noch besser für die ÖBB Lobby machen, oder für was auch immer. Man sollte da nur viel klarer diskutieren. . . . (*Abg. Schmidtmeier: Das hat mit der Sache unheimlich viel zu tun!*) Oh doch! Und wissen Sie warum? — Weil Abgeordneter Keppelmüller als Umweltsprecher Ihrer Partei und Angestellter der Firma Lenzing AG massive Eigeninteressen vertritt. (*Abg. Marizzi: Warum nicht?*)

Ich werde in der Folge, zu späterer Stunde, noch genauer vorlesen, welche Rolle die Firmen gespielt haben, beispielsweise die Firma Lenzing AG. Wir können das aber auch ein bißchen vorziehen.

Der Generaldirektor der Lenzing AG hat beispielsweise an uns geschrieben, auch an mich, daß er massives Interesse daran hat, daß dieses Gesetz aufgehoben wird, weil die Firma Lenzing ein Projekt in Indonesien hat, das gefährdet ist. (*Abg. Schmidtmeier: Ist es eine Schande, wenn man sich um Insolvenzen kümmert?*) Abgeordneter Keppelmüller sollte eigentlich nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Aber was er gemacht hat, noch dazu als Umweltsprecher — es ist ja so perfid, wie Sie Ihre Ämter besetzen; aber das ist Ihre Sache, aber . . .

Präsident: Frau Abgeordnete Langthaler! Bitte um eine angemessene Ausdrucksweise!

Abgeordnete Monika Langthaler (*fortsetzend*): Es geht um den Umstand, Herr Präsident, daß ein Abgeordneter im Ausschuß die Firmeninteressen ganz offen ausgespielt hat. (*Abg. Schmidtmeier: Er hat sich um seine Kollegen gekümmert!*) Er hat sich um seine Firma gekümmert, nicht um seine Kollegen, und nicht um das, was er als Umweltsprecher und Abgeordneter dieser Partei tun sollte. Er hat ausschließlich Lobbyismus betrieben. Das sollte man, wenn es in diesem Haus schon so offen passiert, wenigstens auch offen aussprechen, damit alle sehen, wofür jeder Abgeordnete hier arbeitet. (*Abg. Schmidtmeier: Für die Menschen in Österreich!*) Herr Abgeordneter Keppelmüller scheint eher für seine eigene Firma, für die Lenzing AG, zu arbeiten. (*Abg. Schmidtmeier: Und ist diese Firma irgendwo im Weltall? Nein! — Dort arbeiten Menschen! Dort werden Produkte erzeugt! Dort verdienen Leute ihren Lebensunterhalt! Können Sie sich das vorstellen?*)

Es ist interessant. Mir fällt das immer auf. Egal, in welchem Umweltausschuß er sich befindet, es scheint immer so zu sein, daß ihn nur jene Grenzwerte, zum Beispiel bei Luftbestimmungen, interessieren, von denen möglicherweise seine Firma betroffen sein könnte, die möglicherweise für die Firma Lenzing ein Problem darstellen könnten, sei das bei Emissionen im Wasserbereich oder im Luftbereich. Er hat einen enormen Startvorteil, wenn es um Förderungen für die Firma Lenzing bei der Umweltfondsgeschichte geht. Da kennen wir auch Beispiele. (*Abg. Marizzi: Na genau! Na super!*) Herr Abgeordneter Marizzi! Es ist ja nicht so, daß das etwas Neues wäre. In jedem Fall, gerade bei der Tropenholzproblematik, hat Dr. Keppelmüller mit Sicherheit als Angestellter der Firma Lenzing AG agiert und nicht als Abgeordneter dieses Hauses, der hier wirklich nach bestem Wissen und Gewissen arbeiten und entschei-

Monika Langthaler

den sollte. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Schmidmeier: Ein bisserl anschuldigen! Ein bisserl diffamieren!*)

Aber das bringt uns überhaupt auf die Rolle mancher Abgeordneten in diesem Hause. Abgeordneter Kaiser sitzt ja hier. Er war Mitglied der Delegation nach Indonesien. Es wurde jedenfalls in Österreich gesagt, daß man dorthin fährt, um zu verhandeln. Es wurde uns erzählt, man fahre nach Indonesien, man mache eine Regierungsdelegation . . . (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Dort wurde nicht verhandelt, sondern wir haben argumentiert und Argumente angehört! Wir haben uns die Sache angesehen, im Gegensatz zu Ihnen, Sie wollten nur agitieren!*) Sie haben leider niemanden von den Umweltorganisationen und von der Oppositionspartei mitgenommen. Es ist natürlich ein Problem, wenn bei diesen „großartigen“ Erkundungsreisen immer nur die Regierungspolitiker mitfahren dürfen. Also werfen Sie uns nicht vor, daß wir nicht dabeigewesen sind! Sie haben uns absichtlich nicht mitgenommen!

Aber Sie haben, wie wir einer Zeitung, der „Djakarta-Post“, entnehmen können, auch Interviews in Indonesien gegeben, Sie und Abgeordneter Jankowitsch. Insofern wissen wir, wie Sie sich dort verhalten haben. Und das Interview darüber, wie Sie die Thematik Tropenholz und wie Sie auch dieses Land sehen, ist sehr aufschlußreich.

Sie sagten dort in dem Interview, daß Sie beispielsweise genau beobachten konnten, welche großartige Maßnahmen es in Indonesien im Bereich des Schutzes der Wälder gibt. Sie haben gar nicht gewußt, sagen Sie in diesem Interview, welche exzellente und langfristig ausgerichtete Umweltpolitik in Indonesien gemacht wird. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Kaiser.*)

Insofern ist es natürlich notwendig — das sagt dann in diesem Interview Abgeordneter Jankowitsch noch viel drastischer —, daß wir unser Gesetz in Österreich ändern, jetzt, nachdem Sie sich selbst überzeugt haben, welche exzellente langfristige Umweltpolitik in Indonesien gemacht wurde. (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Sie verallgemeinern in unseriöser Weise!*) Aber Herr Dr. Jankowitsch sagt interessanterweise, daß Sie, schon bevor Sie dort ankamen, wußten, daß Sie dieses Gesetz novellieren wollen. (*Abg. Svihalek: Das ist eine Unterstellung!*) Herr Abgeordneter Svihalek! Ich zitiere nur und übersetze das Interview, das Peter Jankowitsch und Abgeordneter Kaiser den Journalisten der „Djakarta-Post“ gegeben haben. (*Abg. Schieder: Vielleicht übersetzen Sie es falsch!*) Das mag sein, aber wir können das Ganze auch Ihnen zum Übersetzen geben, Herr Abgeordneter Schieder, und Sie bringen mir dann die Übersetzung vorbei. Ich glaube allerdings, daß wir es richtig übersetzt haben. Sie haben es übrigens in Ihrer dringlichen Anfrage auch genau auf

englisch zitiert. (*Abg. Schieder: In meiner nicht!*) Das hat jeder Abgeordnete mit den Unterlagen zur dringlichen Anfrage bekommen.

Es ist ein interessanter Aspekt, Herr Abgeordneter Kaiser, daß Sie offensichtlich schon vor der Reise wußten, daß das ganze Gesetz fallen soll. (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Das ist ein kompletter Blödsinn!*) Dann stimmen die Unterlagen oder die Ausführungen von seiten der Zeitung hier nicht. Aber es wirft doch ein Bild auf die Art und Weise, wie wenig dort verhandelt beziehungsweise für unseren Standpunkt gekämpft wurde, wenn Sie dort sagen, Indonesien hat eine exzellente, auf Langfristigkeit ausgerichtete Umweltpolitik. (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Ich weiß nicht, woher Sie das haben! Das bezieht sich nicht auf das, was wir gesagt haben!*) Es steht in der Begründung der dringlichen Anfrage.

Man hat uns bei der letzten dringlichen Anfrage zu diesem Thema, als wir uns massiv dagegen gewehrt haben, daß die Zollerhöhung in diesem Bereich fällt, massiv kritisiert; es sei falsch, zu glauben, daß auch die Kennzeichnungspflicht fallen würde. Man hat gemeint, all das wird sicherlich nicht so sein. Abgeordneter Keppelmüller hat wortwörtlich gesagt: Was Sie hier in den Raum stellen — daß eben die Kennzeichnungspflicht geändert werden soll —, ist die glatte Unwahrheit. „Und Sie wiederholen das immer wieder. Tatsache ist: Wir ändern an dem Gesetz keinen Beistrich! Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis!“ — Das meinte damals Abgeordneter Keppelmüller.

Ganz interessant ist die Aussendung von Klubobmann Fuhrmann vom 15. Oktober 1992. Klubobmann Fuhrmann hat damals in seiner Aussendung einen ganz zentralen und wichtigen Satz formuliert, der, denke ich, wirklich das Motto oder eines der Hauptmottos in dieser Debatte sein sollte: „Wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen werde es zu keinem Abrücken von der Tropenholzregelung in Österreich kommen. Genau diese Haltung habe dazu geführt, daß die Welt heute ökologisch höchst gefährdet ist: durch Erderwärmung, Ozonloch, Trink- und Meerwasserverschmutzung, Waldsterben und vieles andere mehr. Wenn nun die tropischen Regenwälder in wenigen Jahren bei der derzeitigen Schlägerungsquote faktisch gänzlich vernichtet würden, würde die Erde auch noch ‚ihre grünen Lungen‘, die entscheidend für Wasserhaushalt und CO₂-Bindung sind, verlieren. Die Folge wäre eine Beschleunigung und Klimaerwärmung, Wüstenbildung, Vernichtung von Tausenden von Arten und der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen“, erklärte SPÖ-Klubobmann Willi Fuhrmann.

Recht hat er, der Fuhrmann! Also muß offensichtlich noch jemand anderer dahinterstecken, wenn Klubobmann Fuhrmann im Oktober 1992

Monika Langthaler

noch so mutig dafür eintrat, daß man wegen kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen nicht diese Tropenholzregelung außer Kraft setzen wird. (*Abg. W a b l: Fuhrmann hat schlechte Sekretäre!*)

Abgeordneter Cap hat im Jänner 1993 noch gemeint, daß Österreich mit diesem Gesetz eine Vorreiterrolle übernommen hat.

Abgeordneter Jankowitsch meinte am 4. Dezember 1992 noch: Es scheint auch mir vertretbar unter Aufrechterhaltung unserer Grundsätze und ohne Aufgabe dessen, was der Nationalrat als Gesetz beschlossen hat, denn daran ist nichts zu rütteln. Das sagte Jankowitsch noch am 4. Dezember 1992.

Am 5. Jänner 1993 erklärte er: daß „das Bundesgesetz, das eine Kennzeichnung sowie ein Gütezeichen für Holz aus nachhaltiger Nutzung vorsieht, unverändert aufrecht bleibt.“

Am 3. März wollte Jankowitsch die Frage der Exporte nicht überbetont wissen. „Sie dürfe nicht einziges Motiv dafür sein, ein Gesetz zu überdenken.“ „Wir dürfen nicht erpreßbar sein“, sagte er am 3. März 1993 zur APA. — Das hat sich offensichtlich auch schnell geändert!

Bundeskanzler Dr. Vranitzky sagte bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage am 1. Dezember 1992 — Zitat —: „Ich gehe davon aus, daß von seiten der Bundesregierung keine Initiative zu einer Änderung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes in Aussicht genommen ist.“

Am 28. Jänner 1993 wird er in der schon erwähnten APA-Aussendung folgendermaßen zitiert: „Er stehe zur Tropenholzverordnung und halte diese für eine vernünftige Umweltmaßnahme“.

Es ist für uns daher nach wir vor unverständlich, Herr Bundeskanzler, daß Sie an dieser Meinung nicht festgehalten haben und was diesen schnellen Meinungsumschwung bewirkt hat. Denn es war doch wirklich bekannt, daß die Geschichte mit den Problemen bei den Firmen — vielleicht wurde Ihnen das zu wenig mitgeteilt — schon in den Ausschlußberatungen immer wieder ein Thema war und daß immer wieder gesagt wurde, daß man diese Länder zuerst informieren müsse, um solche Komplikationen zu vermeiden. (*Beifall bei den Grünen.*)

Eines ist aber sicherlich auch wichtig — darauf werden wir in der Folge noch sehr detailliert zu sprechen kommen —, nämlich um welche Aufträge und Projekte es sich in diesen Ländern handelt, welche Kraftwerksprojekte dort auf dem Spiel stehen, die natürlich verbunden sind mit der Ausiedelung Tausender Menschen und auch mit der Zerstörung des Regenwaldes. Insofern unterstützen Sie österreichische Firmen, die in diesen Län-

dern genau das verursachen, was wir bekämpfen wollten, nämlich die Zerstörung des Regenwaldes und die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen. Denn es gilt dieses Argument nicht so, Herr Bundeskanzler, daß Sie damit nur Arbeitsplätze schützen wollen. Denn was Sie hier in Wirklichkeit tun, ist, daß Sie dadurch die ursprüngliche Intention der ganzen Tropenschutzgesetzgebung absolut auf den Kopf stellen. Denn statt die Regenwälder und die dort lebende Bevölkerung zu schützen und Hilfestellungen zu geben, gehen wir in die Knie und unterstützen österreichische Firmen, die genau diese Trends dort verursachen, die Kraftwerke bauen und dafür Wälder roden müssen, wobei Leute vertrieben werden und es Menschenrechtsverletzungen gibt. Wir werden in der Folge noch detailliert auf die Firmen eingehen, vor allem auch darauf, um welche Projekte es sich handelt. Da gibt es Gott sei Dank genug an Literatur.

Aber schauen wir uns doch zu Beginn einmal an, worum es bei der Tropenholzdebatte aus ökologischer Sicht geht. Die Tropenwälder — ich wiederhole das vor allem auch für jene, die bei den ausführlichen Ausschlußberatungen nicht anwesend sein konnten — sind aus ökologischer Sicht ein unverzichtbares Gut und ein ungeheures Potential. Deshalb schreiben auch der Club of Earth und viele andere Autoren von Büchern, wenn sie über Regenwälder berichten, als ersten Satz: Das Artensterben auf der Erde ist eine Bedrohung für die Zivilisation, die nur noch von der Bedrohung durch den Atomkrieg übertroffen wird. — Das ist ein harter Satz, aber ich denke, daß er in seiner Bedeutung und in der Drastik, in der er hier steht, wirklich stimmt.

Es wird jede Sekunde ein Regenwaldgebiet in der Größe eines Fußballfeldes geopfert. Die jährlichen Verluste an Tropenwäldern betragen 200 000 Quadratkilometer. Das entspricht beinahe der zweieinhalbfachen Fläche Österreichs. Es gibt zwar in 70 Ländern der Erde Regenwald, doch sind über die Hälfte dieser Waldgebiete in nur drei dieser Länder zu finden. Sie kennen diese Länder: in Brasilien 30 Prozent, in Indonesien und Zaire je 10 Prozent.

Was dabei auch wichtig ist: Wenn man sich die Länder ansieht, ansieht, wo Tropenwälder vorkommen, dann kann man feststellen, daß es in diesen Ländern ganz unterschiedliche Tropenwälder, was die Zusammensetzung, vor allem aber, was die Bodenstruktur und die Böden betrifft, gibt. Und es ist schon eines der Probleme, wenn wir über nachhaltige Waldbewirtschaftung diskutieren, daß zum Beispiel unsere Form der Waldbewirtschaftung nicht vergleichbar ist mit einer Waldbewirtschaftung in den tropischen Ländern. (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Ja! Weil dort das Wachstum schneller ist!*) Unter anderem, aber vor

Monika Langthaler

allem auch, weil die Bodenstruktur und die Bodenzusammensetzung ganz anders sind, weil die Bodenschicht sehr dünn ist, weil die Gefahr der Erosion ungleich größer ist, weil das Artenleben in diesem Boden viel komplexer ist und weil es dort überhaupt ungleich mehr Arten gibt als bei uns.

Durch diese Art der Zerstörung — sei es Rodung aufgrund eines gewünschten Holzexportes, sei es aber auch Brandrodung — sterben täglich — täglich! — 50 bis 300 Arten aus. Vielleicht kann man sich die Vielfältigkeit der Arten in diesen Gebieten besser vorstellen, wenn man sich bewußt macht, daß täglich 50 bis 300 Arten aussterben. Wenn man das multipliziert, sieht man, was das in einem Jahr, in zwei, drei oder vier Jahren bedeutet, und erkennt, welch unglaubliches genetisches Potential und welch unglaubliche Artenvielfalt es dort gibt, und daß es wirklich berechtigt ist, wenn Umweltschützer, wie eingangs berichtet, davon sprechen, daß das Artensterben eine echte Bedrohung für die Zivilisation ist.

Man spricht deshalb — das findet man immer wieder in der Literatur — nicht nur vom Tod neuer Lebensformen, sondern über ein Ende der Geburt. Denn diese 50 bis 300 Arten, die täglich sterben, sind endgültig vernichtet, sind also unwiederbringlich verloren. Andererseits entwickelt sich heute unter enorm problematischen Umständen eine Gentechnologie, um zum Teil Dinge wiederherzustellen oder auszugleichen, die es in der Natur unter ungleich anderen Risiken, nämlich gar keinen, als Heilpflanzen gegeben hätte. Aber auf die Möglichkeit, von dieser Natur zu lernen, verzichtet man.

Überhaupt — das ist für mich ein ganz wesentlicher Punkt bei der Regenwalddebatte — steht das Holz viel zu sehr im Mittelpunkt der ganzen Sache. Und dadurch ist auch das ökonomische Gewicht ganz verzerrt. Denn in Wirklichkeit könnten die Völker, die vom Wald leben, und die Länder, in denen der Wald beheimatet ist, mit diesen Gaben, die ihnen der Wald bietet, mit den Arten, mit den Früchten, viel mehr Geld verdienen und viel mehr aus dem Wald herausholen als durch diese selektive Holznutzung. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: So wenig interessant ist das Thema für die Grünen, daß nur mehr zwei hier sind!)* Anders: Den ökologischen Teil, den ich zuerst bringe, kennen unsere Abgeordneten schon sehr gut. Sie haben schon Ihre Ruhepause gehabt, also gönnen Sie sie auch den anderen! *(Zwischenruf.)* Ich bin jetzt fit und kann Ihnen viel über die Ökologie und die Probleme der ökologischen Vernichtung des Regenwaldes hier bringen.

Präsident: Frau Abgeordnete! Dann muß ich Sie zum erstenmal zur Sache rufen, denn Gegenstand ist die dringliche Anfrage und nicht

eine allgemeine Ausführung über die ökologische Vernichtung des Regenwaldes. Ich bitte Sie, sich an das geschäftsordnungsmäßige Thema zu halten.

Abgeordnete Monika Langthaler (fortsetzend): Herr Präsident! Das ist Teil der dringlichen Anfrage. Wenn Sie sich die einzelnen Fragen an den Bundeskanzler anschauen, dann werden Sie feststellen, daß es eine Voraussetzung für die Betrachtung des Tropenwaldes ist, daß man über die Arten, über die Ökologie und über das Wesen des Tropenwaldes Bescheid weiß. Und vor allem, Herr Präsident, ist es eine Voraussetzung für die Beantwortung der dringlichen Anfrage, daß man über die ökonomischen Aspekte Bescheid weiß. Und ich habe gerade versucht, darauf hinzuweisen, daß die ökonomischen Gewinne aus der reinen Nutzung des selektiven Holzeinschlages viel geringer sind als aus der Nutzung des gesamten Waldpotentials. Insofern ist gerade dieser Bereich der ökologischen Betrachtung im Hinblick auf die wirtschaftliche Nutzbarkeit eine Waldes zentrales Thema dieser dringlichen Anfrage. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident: Frau Abgeordnete! Sie werden es mir überlassen, die Unterscheidung zu treffen zwischen der Begründung einer Anfrage und einem offensichtlichen Filibustern. Ich bin in der Lage, diese Entscheidung zu treffen. *(Abg. Wabl: Offensichtlich nicht! — Abg. Dr. Kohl: Was ist das für eine Kritik am Präsidenten? — Abg. Wabl: Weil er keine Ahnung von der Sache hat!)*

Abgeordnete Monika Langthaler (fortsetzend): Gut. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP und den Grünen.)*

Präsident: Frau Abgeordnete! Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache, und ich bitte Sie, jetzt endlich zur dringlichen Anfrage zu sprechen!

Abgeordnete Monika Langthaler (fortsetzend): Herr Präsident! Weshalb rufen Sie mich zur Sache? Ich habe überhaupt nichts gesagt!

Präsident: Sie setzen Ihre Rede nicht fort. Es ist dreiviertel sechs in der Früh, und der Präsident hat nach § 13 der Geschäftsordnung dafür zu sorgen, daß die Geschäfte des Nationalrates ohne unnötigen Verschub durchgeführt werden. Ich fordere Sie daher auf, Ihre Begründung der dringlichen Anfrage fortzusetzen.

Abgeordnete Monika Langthaler (fortsetzend): Ich kann die Rede nicht fortsetzen, Herr Präsident, wenn im Auditorium harte Wortgefechte laufen und ich nicht reden kann. *(Heiterkeit.)* Also ist es auch Ihre Aufgabe, Herr Präsident, mich zu Wort kommen zu lassen.

Monika Langthaler

Aber ich nehme das zur Kenntnis und gehe weiter in der Begründung der dringlichen Anfrage, die nicht ohne die Frage der Ökologie und vor allem des Potentials, das sich im Wald befindet, beantwortet werden kann. Gerade im Bereich der Ökonomie ist es eine wesentliche Frage, in welcher Art und Weise man den Wald nutzen kann, ob ausschließlich für den Export von Tropenhölzern oder nicht.

Wesentlich ist — das ist gerade ein Teil des bisherigen Procedere und des bisherigen Ablaufs in der Tropenholzgeschichte betreffend das Gesetz in Österreich —, daß die Völker in diesen Ländern vom Wald leben und daß allein in Brasilien aufgrund dieser Regenwaldvernichtung 87 Indianervölker in den letzten Jahrzehnten ausgerottet wurden. Und das, meine Damen und Herren, passiert noch weiter! Und genauso wird in Indonesien und Malaysia jenen Menschen, die in diesen Wäldern und von diesen Wäldern leben und die vom Wald sehr viel Nutzen ziehen könnten, die Lebensgrundlage völlig entzogen. Und der Grund dafür ist die Art und Weise der Rodung und die Art und Weise, wie die Tropenholzpolitik von den Industriestaaten, auch von Österreich, gemacht und forciert wird. Aufgrund dieser Politik wurde mehr als die Hälfte aller Regenwälder der Erde vernichtet.

Seit den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts ist eine enorme Zunahme dieser Regenwaldzerstörung zu verzeichnen. Die Rodungsraten steigen. (*Abg. Dr. G r a f f: Weg von der Sache!*) Und insofern ist es immer mehr und immer schneller notwendig, in den Industrieländern entsprechende Maßnahmenbündel zu schnüren, die dieser enormen Regenwaldzerstörung entgegenwirken. (*Beifall bei den Grünen.*)

Beispielsweise gibt es allein aufgrund dieser Politik in Sri Lanka, Indien und Bangladesch sowie auf den Philippinen überhaupt keine Primärwaldbestände mehr. Und es wird in Malaysia in sieben Jahren keinen Tropenwald mehr geben, wenn diese Art der Rodung und der Rodungspolitik fortgesetzt wird.

Ganz wesentlich ist in diesem Zusammenhang, daß diese Art der Regenwaldvernichtung nicht nur einen anderen Umgang mit der Ökologie, sondern vor allem ein anderes Wirtschaften in diesen Ländern unmöglich macht. Und es war eben so wichtig beim österreichischen Maßnahmenbündel, auch beim ursprünglich geltenden Entschließungsantrag, daß man diese Länder massiv dabei unterstützen muß, daß sie eine andere Art des Wirtschaftens und eine andere Art der ökonomischen Betrachtungsweise annehmen und die Fehler, die wir begangen haben, nicht machen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich möchte auch an eines ganz nachdrücklich erinnern, weil es auch in diesem Haus immer — jedenfalls verbale — Bestrebungen gibt, etwas dagegen zu tun, und weil sich vor allem auch die Bundesregierung dazu verpflichtet hat, in diesem Bereich tätig zu sein — ich meine den Bereich des Treibhauseffektes, der Reduktion der Treibhausgase —: Gerade die Vernichtung der Regenwälder trägt stark zu einem zusätzlichen Anstieg der CO₂-Problematik bei. Und daher ist es auch völlig unverständlich, daß man in Österreich dieses Gesetz rückgängig machen kann. Denn das führt letztlich auch zu einer — ja, man muß es wirklich so sagen — Zunahme der CO₂-Emissionen. Diese Rodung der Tropenwälder führt dazu, aber gleichzeitig beteuert man immer wieder, daß man dagegen Abhilfe schaffen will. Das Beispiel der CO₂-Problematik, der verschiedenen Aussagen dazu und der jetzt getroffenen Regelung und der Entscheidung, das Gesetz zu novellieren, läßt doch eine gewisse Doppelbödigkeit erkennen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Ein Punkt scheint mir in der ganzen Betrachtungsweise ganz besonders wichtig zu sein, deshalb haben wir diesen der dringlichen Anfrage als Beilage angefügt, nämlich der Bereich der Menschenrechte. Die Menschenrechte — wir haben das in den Ausschlußberatungen immer wieder betont — sind mit Sicherheit ein zentrales Anliegen, wenn man über Tropenholz diskutiert. Wir haben immer klargemacht, daß es uns hier nicht nur um eine ökologische Frage geht, sondern daß es uns mindestens im selben Ausmaß — man kann es nicht voneinander getrennt sehen — um Menschenrechte, um Menschenrechtsverletzungen und Entwicklungspolitik geht. Und wenn man sich von den beiden Ländern, nämlich von Indonesien und Malaysia, letztlich erpressen läßt, muß man sich doch ansehen, mit welchen Ländern man es zu tun hat und welche Regime dort am Werk sind.

Wahrscheinlich wissen die wenigsten über das, was sich in den letzten Jahrzehnten in Indonesien an Völkermord, an Unterdrückung, an Folter abgespielt hat, Bescheid. Das ist vergleichbar, vor allem auch die Anzahl derer, die zu leiden hatten und die gestorben sind, mit der Situation in Kambodscha. Damals wurde aber weit mehr berichtet, und daher ist uns das offensichtlich weit besser in Erinnerung als die Probleme und der Völkermord in Indonesien und die besondere Problematik in Osttimor.

1965, als ein anderes Regime an die Macht kam, wurden beim Putsch und in der Folge 500 000 bis 1 Million Zivilisten entweder vom Militär oder von Personen oder Gruppen, die mit militärischer Unterstützung handelten, willkürlich getötet. Das kann man im Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 1992 nachlesen.

Monika Langthaler

Und auch jetzt, also ein Vierteljahrhundert nach diesem Putsch und nach diesem sehr geballten Völkermord in Indonesien, gehen die Menschenrechtsverletzungen fast ungebremst weiter. Es gibt nach wie vor illegale Hinrichtungen, willkürliche Inhaftierungen und Folter, es gibt in Indonesien keine Versammlungsfreiheit und keine Gewerkschaft. Und es werden gerade auch Menschen, die sich für den Schutz von Regenwäldern einsetzen, Vertreter von Umweltorganisationen eingesperrt, verfolgt und gefoltert.

Erst letztes Jahr wurde bekannt, daß es in Indonesien aufgrund der Bestattung von zwei jungen Menschen, die vom Militär in einer Kirche erschossen worden waren, zu Zwischenfällen gekommen ist. Beide Menschen wendeten sich aktiv gegen das dortige politische Regime, sie hatten sich in einer Kirche versteckt, die Militärs drangen in die Kirche ein und brachten die beiden jungen Menschen in der Kirche um. Aufgrund dieses Vorfalles gab es dann eine Beerdigung, die von der dortigen Opposition als Art Mahnwache, als Art Demonstration gegen dieses Regime genutzt wurde. Und es kam auch bei dieser Beerdigung, beim Leichenzug und bei der Gedenkmesse, zu unglaublichen Zwischenfällen.

Es wurde berichtet, daß während des Leichenzuges und während des Gedenkens an diese in der Kirche ermordeten Oppositionellen das Militär willkürlich in die Menge geschossen hat und daß es damals zu mindestens 200 Toten gekommen ist. Augenzeugenberichten zufolge war das ein geplantes und systematisches Massaker. Es wird von einem Augenzeugen berichtet, daß es eine sehr disziplinierte Operation gewesen ist, daß es keine Situation war, in der etwa ein Hitzkopf Amok läuft, sondern daß das wirklich ein gezieltes und geplantes Massaker gewesen ist.

Es wurde berichtet, daß von seiten der Militärs Zitate gefallen sind wie „Diese ungezogenen Menschen gehören erschossen! Wir werden sie erschießen!“, eben weil sie von der Opposition gewesen sind.

Und all das — das ist auch von Bedeutung — ereignete sich erst vor eineinhalb Jahren. Das heißt, wir haben es dort nach wie vor mit einem Regime zu tun, das in ganz unglaublicher Art und Weise Menschen unterdrückt, Menschenrechte verletzt und sich wirklich als Mörderregime darstellt, mit dem man — unabhängig von der Tropenholzcausa — sehr wohl vorsichtig sein sollte, wenn man mit ihm Geschäfte macht.

Und Sie wissen, daß es von vielen Organisationen auch hier in Österreich immer wieder, schon was bisherige österreichische Handelsbeziehungen zu diesen Ländern betrifft, Einwände gegeben hat. Es wurde gefragt: Wieso kann es sein, daß Österreich mit diesen Ländern, obwohl auch

von Amnesty entsprechende Berichte vorliegen, ungehindert weiter Geschäfte macht?

Ich erinnere Sie: Wir haben schon vor eineinhalb Jahren, als es um Exportsubventionen und Stützungen in diesem Bereich ging, einen Antrag eingebracht, daß man doch bei diesen Förderungen unbedingt die Menschenrechtsaspekte berücksichtigen müsse. Sie alle wissen wahrscheinlich, daß es auch ein Thema im GATT ist, ob man nicht doch einmal dazu übergeht, in diesem Zusammenhang bestimmte Kriterien für die Förderung einfließen zu lassen. Und das müßte umso mehr im Jahr der indigenen Völker, in dem Österreich auch Gastgeberland für eine Menschenrechtskonferenz im Juni dieses Jahres ist, überdacht werden. Umso mehr hätte sich die Notwendigkeit ergeben, unabhängig von den Tropenholzregelungen darüber nachzudenken, wie es gerechtfertigt sein kann, mit einem Land, das in dieser Art und Weise Menschenrechte verletzt und Leute umbringt, Geschäfte zu machen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Weshalb läßt man sich gerade von diesem Regime wirklich erpressen? — Weil man mit diesem Land eben gerne diese angenehmen Aufträge oder diese Art des Handelns weiterführen will.

Es ist uns auch nicht gelungen, im Ausschuß gerade auf dieses enorme Problem ganz massiv hinzuweisen. Wir konnten den Kollegen nicht klarmachen, daß man in der Tropenholzcausa auf diese Art und Weise den Ländern gegenüber ein Zeichen setzt, daß man ihr Regime und mehr oder weniger natürlich auch die Politik dieses Regimes akzeptiert, daß man damit auch die Folter und die Massaker akzeptiert und toleriert, die in diesen Ländern stattfinden. Und das ist für uns inakzeptabel. Es ist wirklich eine Verhöhnung, daß gerade im Jahr der indigenen Völker, in dem wir Gastgeberland der UN-Menschenrechtskonferenz sind, hier nicht darüber nachgedacht wird, wie man einen anderen Politikstil gegenüber diesen Ländern formulieren kann, sondern daß man sich in dieser Art und Weise erpressen läßt. (*Präsident Dr. Lichal übernimmt den Vorsitz.*)

Zum Problem Osttimor und zum Völkermord müssen noch ein paar Zahlen genannt werden betreffend Rodungen und betreffend das Problem des Regenwaldes in dieser Region. Sie wissen ja, daß Indonesien aus einer Vielzahl von Inseln und auch aus einer Vielzahl von Völkern besteht. Und gerade der Bereich Osttimor stellt ein spezielles Problem dar. Es hat dort immer wieder Initiativen gegeben, einen eigenen Staat zu gründen und autonom zu bestehen. Dort wurde um Anerkennung gekämpft, am 7. Dezember 1975 wurde aber von seiten der Indonesier eine Invasion durchgeführt.

Monika Langthaler

Man weiß heute, daß mehr als 200 000 der damals 700 000 Bewohner Osttimors im Zuge der Besatzungsaktion vonseiten Indonesiens umgebracht worden sind. Man weiß heute, daß man die Bewohner ganzer Landstriche ganz systematisch verhungern ließ und daß man Massaker an der Zivilbevölkerung beging. Bereits im Dezember 1975 legte beispielsweise die Gesellschaft für bedrohte Völker entsprechende Beweise für die Ermordung von mehr als 60 000 Osttimoresen vor. Trotzdem beging die indonesische Regierung weiterhin ungehindert Völkermord.

Es ist natürlich unglaublich und eine Katastrophe, daß weder die UNO noch die Europäischen Gemeinschaften, noch die Bewegung der blockfreien Staaten oder andere bedeutende Institutionen hier wirklich scharf protestiert und eingegriffen haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist so, daß die Annexion Osttimors nach wie vor nicht anerkannt wurde, aber gegen die Okkupation auch nicht vorgegangen wurde. Es muß verwundern, daß immer wieder mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird. Sie erinnern sich, als damals Kuwait von den Irakern überfallen wurde, in welcher Art und Weise Repressalien folgten. Dem Problem Jugoslawien, der enormen Problematik des Völkermordes — das ist uns natürlich näher, und das ist verständlich, ich möchte die dortigen Greuel in keiner Weise in ihrer Vehemenz abschwächen — schenken wir auch ungeheure Aufmerksamkeit. Es ist notwendig *(Abg. Marizzi: Herr Präsident Lichal! Tagwache!)*, dieselbe Aufmerksamkeit auch jenen Regionen zu widmen, die zwar etwas weiter entfernt sind, aber in denen die Greuel mindestens so schlimm sind, wenn nicht sogar noch schlimmer.

Wie vorhin zitiert, ist es nicht so, daß nach diesem Völkermord in Osttimor beziehungsweise überhaupt in Indonesien die Zeit des Genozids vorbei wäre, sondern im Gegenteil, bis zum heutigen Tag werden die Menschen verfolgt, und es gibt keine Versammlungsfreiheit.

Es war im Fall Osttimors nie eine Großmacht bereit, das Völkerrecht durchzusetzen. Man muß der Ehrlichkeit halber auch sagen, daß es nicht nur Österreich gewesen ist und weiterhin ist, das mit diesem Regime gute Geschäfte gemacht hat und macht. Trotzdem haben wir gerade — auch wenn es im Zusammenhang mit der Vorreiterrolle immer wieder zitiert wird — in der Causa Tropenholz besondere Verpflichtungen und sollten diese auch in diesem Bereich wahrnehmen.

Menschenrechtsverletzungen in Indonesien gab es nicht nur in Osttimor, Menschenrechtsverletzungen gab es auch in Nordsumatra, und zwar zu einer ähnlichen Zeit, zu der das Massaker in Santa Cruz — es wurde in einen Leichenzug geschossen — stattfand. Auch in Nordsumatra wurden

schwere Menschenrechtsverletzungen vonseiten indonesischer Sicherheitskräfte an der Bevölkerung begangen, die leider ebensowenig oder kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Auch dort streben die in der Provinz lebenden Menschen — es handelt sich dabei um 3,5 Millionen Muslimen — nach Unabhängigkeit. Mit ihren bedeutenden Erdgasvorkommen und Industrieanlagen handelt es sich bei der Provinz Atjeh um eine der reichsten Provinzen Indonesiens. Um diese Region industriell zu nutzen, werden ganze Dorfgemeinschaften vertrieben, auf diese Art und Weise entstehen neben den menschenrechtlichen Problemen und Übergriffen auch enorme Umweltschäden, und zwar wächst auch dort sowie in anderen Gebieten . . . *(Abg. Schwarzenberger: Frau Langthaler! Erzählen Sie uns auch etwas zur EG!)*

Der wirkliche Vorteil, Herr Abgeordneter, und darum sitzen wir ja hier alle wohlgenährt und gesättigt, ist, daß wir in dieser Hemisphäre Gott sei Dank mit all diesen Problemen in dieser Art und Weise nicht konfrontiert werden. *(Abg. Schwarzenberger: Sie schläfern Ihren Klub bereits ein!)*

Ich glaube, daß es notwendig ist, in aller Ausführlichkeit auf die Menschenrechtsverletzungen in diesen beiden Ländern, die uns jetzt erpreßt haben und weshalb wir eine vernünftige Regelung im Bereich Ökologie und Umweltschutz zurücknehmen, hinzuweisen, damit man sieht, um welche Länder es sich hier handelt. *(Abg. Schwarzenberger: Aber das könnten wir mit der EG schaffen!)*

Eines ist richtig: Je mehr Länder diese Maßnahme setzen, desto stärker und wichtiger ist sie auch gegenüber diesen Staaten und umso weniger erpreßbar ist man. Aber eines kann ich Ihnen versichern: Wären wir Mitglied der EG, hätten wir nie diese fortschrittliche Tropenholzregelung in Österreich umsetzen können, das wäre uns nie gelungen. Das ist auch nach wie vor meine ungemilderte scharfe Kritik an der Umweltpolitik der EG, daß dort nichts in dieser Richtung in Sicht ist, außer daß das Europaparlament eine Resolution nach der anderen verfaßt. Umso dramatischer ist dieser Rückzieher von Österreich, denn es wären EG-Mitgliedsländer auf diesen Zug aufgesprungen, aber auch andere wie zum Beispiel die Schweiz.

Eines kann man hier mit Sicherheit sagen: Wir haben hier — das ist ja das besonders Dramatische — eine Vorreiterrolle übernommen gehabt, und wir verlieren sie, wir geben sie völlig auf und machen uns damit enorm lächerlich, sicherlich nicht nur bei unseren Partnern innerhalb der EG, sondern überhaupt bei allen Menschen.

Monika Langthaler

Eines muß ich Ihnen auch sagen, und ich glaube, ich spreche für viele Umweltorganisationen: Wir wollten zum Beispiel die Verhandlungen zwischen Österreich und der EG konstruktiv mitverfolgen. Nach dieser Lösung ist uns das unmöglich geworden, denn wenn es unmöglich ist, daß sich Österreich gegenüber Indonesien und Malaysia durchsetzt und seine Interessen wahrnimmt, wie soll sich dann Österreich gegenüber einer noch viel mächtigeren EG durchsetzen? (*Beifall bei den Grünen.*)

Insofern haben Sie sich auch in dieser Weise einen schlechten Dienst erwiesen (*Abg. Schwarzenberger: Sie wollen in die EG?*), und Sie werden sich noch wundern, was aufgrund dieses Rückziehers bei der Tropenholzthematik an neuen Argumenten und Gegenargumenten bei den EG-Verhandlungen kommen wird. (*Abg. Schwarzenberger: Wollen Sie jetzt in die EG oder nicht?!*)

Wir reden heute über Indonesien, Malaysia und vor allem über die Tropenholzregelung, die jetzt zurückgenommen werden soll und darüber, daß ich Ihnen nicht mehr zutraue, irgend etwas gut zu verhandeln, wenn Sie sich schon gegen Indonesien und Malaysia nicht durchsetzen können. Darum geht es heute, Herr Abgeordneter!

Ich hoffe, daß wir den unglaublichen Menschenrechtsverletzungen, die es in diesen Ländern gibt, genug Aufmerksamkeit widmen. (*Abg. Schwarzenberger: Mit ihnen konnten wir nicht verhandeln!*) Es ist nicht nur im Sinne vieler Menschen in Österreich, sondern auch im Sinne der Menschen dieser Länder, daß wir, wenn wir über diese Tropenholzproblematik diskutieren, deren Interesse wahrnehmen und es endlich einmal thematisieren. Das Schöne oder das Interessante und das Spannende an diesem Thema der Tropenholzproblematik, wenn Sie sich daran erinnern, war, daß es keine einseitige Betrachtungsweise dieses Themas, sondern ganz unglaubliche und wichtige Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen Situation in diesen Ländern gibt. Es bringt den Nord-Süd-Konflikt auf den Punkt, und letztlich wird auch die Ökologie in ihrer Gesamtheit mit ihren globalen Auswirkungen thematisiert. (*Abg. Schwarzenberger: Das haben Sie heute schon zweimal gesagt!*)

Wir haben noch viel zuwenig darüber gesprochen - das ist enorm wichtig -, was mit den betroffenen Völkern, mit den betroffenen Menschen, die in Indonesien und in Osttimor unterdrückt werden, passiert, wenn man sich als Abgeordneter dazu entschließt, von einer so wichtigen Regelung zurückzutreten. Sie müssen sich mit diesen Ländern auseinandersetzen, wenn Sie begreifen oder wissen wollen, welche Tragweite letztlich Ihre Beschlußfassung hier in diesem

Hause haben wird, welche unglaubliche Auswirkungen das haben wird.

Es gab immer wieder den Vorwurf bei der Tropenholzregelung, auch von seiten der betroffenen Länder, daß es eine imperialistische Maßnahme sei, daß sie einseitig sei und daß sie viel zuwenig das berücksichtige, was die Menschen in diesen Ländern eigentlich wollen. Dabei berücksichtigt man immer zuwenig, daß das offensichtlich immer nur die Meinung der Regierung ist und daß das das einzige Argument der Regierung in diesen Ländern gewesen ist, daß das eine neue Form des Kolonialismus wäre. Die Menschen in den betroffenen Ländern haben uns ja massiv aufgefordert und uns massiv unterstützt, diese Regelung zu schaffen und an dieser festzuhalten.

Zum Bereich der „fremden Einmischung“. Es gibt in diesen Ländern wieder einen Öko-Kolonialismus und einen neuen Imperialismus, die für uns nicht akzeptabel sind. Darauf bezieht sich auch eine Passage, die Sie in der Begründung der dringlichen Anfrage lesen können, und zwar ein Gedichtband mit dem Übertitel „Zerbrochene Träume“, und das Gedicht, das ich meine, heißt „Fremde Einmischung“. Es paßt gut zu unserer Debatte, nicht nur, weil dieses Gedicht mit unserem Land beginnt, sondern weil es auch zeigt, wie falsch das Argument dieser Länder und auch unsere Argumentation wären, wenn wir sagen, das ist eine neue Form des Öko-Imperialismus oder ein neuer Kolonialismus.

Es ist dies ein Gedicht von einem malaysischen Bewohner, der es gerade für dieses Jahr 1993, für das Jahr der indigenen Völker, geschrieben hat. Es heißt „Fremde Einmischung“. Die Hotels seiner Kette leiten Schweizer und Österreicher, sein Molkereiprojekt überwachen Australier, seine Elektronikindustrie kontrollieren Japaner, und die Berater seiner Konservenfabrik sind Chinesen. Sein Bettlerhut wird von amerikanischen Hilfen gefüllt, seine Autos betanken die Vereinigten Arabischen Emirate. Aus Großbritannien importiert er seine Lehrer, und ein mürrischer Deutscher trainiert seine Fußballer. Doch wenn eine „kleine“ Stimme Fragen zu den Gefangenen stellt, stampft er mit herrischer Gereiztheit seinen Fuß auf und wettet gegen die fremde Einmischung. - Dieses Gedicht bringt das in diesen letzten Passagen auf den Punkt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Immer dann, wenn es um eine Einmischung im Bereich der Menschenrechte geht oder so wie in diesem Bereich um eine Kombination von ökologischen Aspekten und Menschenrechten, wird von den Regierungen dieser Länder damit argumentiert - man muß unterscheiden, daß das die Regierungen sind -, daß das eine „fremde Einmischung“ wäre und uns das alles nichts angehe.

Monika Langthaler

Ich denke, daß in einer Zeit, in der alle immer wieder beteuern, wie klein letztlich die Welt geworden sei und wie groß unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen gerade im Bereich der Ökologie sei, solch ein Argument nicht mehr greifen darf, im Gegenteil, es muß uns dazu veranlassen, globaler zu denken und globale Lösungen zu finden, damit wir nicht aufgrund kurzfristiger Interessen von einzelnen Firmen eine falsche Regelung treffen.

Wohin führt dieser weltweite Handel mit Tropenholz? Es wird ja so getan, als würde man mit dem Kauf von Tropenholz oder dadurch, daß diese Länder exportieren können, das Wirtschaftssystem dieser Länder unterstützen. Faktum ist, daß Länder, die ursprünglich Tropenholz exportiert haben, aufgrund ihrer enormen Rodungsraten zu Holzimporteuren geworden sind. Wer seinen Wald völlig zerstört, kann natürlich in Folge sein Holz nicht mehr exportieren.

Das hat sich schon bei einigen Ländern drastisch ausgewirkt. In einem kleinen Land an der Elfenbeinküste in Westafrika ist in nur acht Jahren der Anteil der zerstörten Regenwaldfläche des Landes von 6,5 Prozent auf 85 Prozent geschwunden. Das Land hatte 1985 noch 1,5 Millionen Kubikmeter Holz exportiert, jetzt wird von diesem Land an der Elfenbeinküste Holz importiert. Den einstigen Hauptexporteuren, Nigeria und Thailand, erging es bereits ebenso, sie sind heute auf Holzimporte angewiesen.

Insgesamt müssen bereits 23 Entwicklungsländer, die einst alle Exporteure tropischer Hölzer waren, Produkte aus Tropenholz — zum Teil sehr teuer — importieren. Gibt es derzeit noch 33 nettoholzexportierende Entwicklungsländer, so rechnet man damit, daß diese Zahl bis zum Jahr 2000 auf 10 zurückgehen wird. Leider verißt man immer wieder, daß diese Länder, wenn sie kein Holz mehr exportieren können, in noch größere Armut verfallen und noch abhängiger von den Zuwendungen der Industrienationen werden.

Wir alle haben immer wieder bei entwicklungspolitischen Debatten gemeint, daß wir wissen, daß das falsch sei und in die falsche Richtung gehe. Es ist in diesen Ländern notwendig, eine nachhaltige Wirtschaft im gesamten Sinne zu fördern und nicht die Abholzung ihrer Ressourcen, die die Zerstörung der Lebensräume, die Zerstörung der Früchte, der Tierwelt und all jener Produkte, von denen diese Menschen dort leben, bedingt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Man kann jetzt schon erkennen, daß es aufgrund der völligen Zerstörung der Wälder in den südostasiatischen Staaten, Malaysia und Indonesien, sowie in den westafrikanischen Staaten — dort gibt es mehr oder weniger keinen Regenwald

mehr, der Bestand ist dort schon erschöpft — eine Neuorientierung der holzimportierenden Industriestaaten nach Südamerika gibt.

Wenn man heute mit Politikern in Brasilien spricht, die auch für Amazonien verantwortlich sind, dann sagen diese ganz offen: Wir wären ja verrückt, schon jetzt groß in den Holzhandel einzusteigen, denn der Preis ist im Moment nicht besonders, wir warten ganz einfach, bis Malaysia und Indonesien keinen Wald mehr haben, das ist ja bald der Fall, und dann werden wir groß einsteigen.

Dieser Prozeß der Zerstörung liegt allen Beteiligten und all jenen, die es wissen wollen, vor. Das heißt, all das, was kommen wird und was passiert, ist voraussehbar, das sind keine Zufälligkeiten. Umsomehr ist es verwunderlich, daß wir hier in Österreich und die Mehrheit dieses Hauses nach wie vor in diese Sackgasse hineinmarschieren, nicht nach links und rechts schauen und nicht sehen, welche unglaubliche Zerstörungen auf uns zukommen werden, denen man mit enormer Vehemenz entgegensteuern muß.

Die Zeit, in der man Fakten auflistet, um zu beweisen, daß die Umweltzerstörung ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat, ist vorbei. Es ist an der Zeit, und es ist notwendig, daß man dem enorm entgegensteuert. Man kann sich nicht aufgrund kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen, die letztlich mehr kosten, darauf einlassen, von diesem Weg abzugehen.

Dieser Akt bei der Tropenholzgesetzgebung ist nicht nur ein singulärer Akt, sondern er ist viel mehr. Er ist — das befürchten wir massiv — der Einstieg in den generellen Verzicht auf eine österreichische Umweltpolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Österreich, so wird immer argumentiert, ist ja nur ein kleines Land, das wenig Holzmengen importiert. *(Abg. Marizzi: 0,2 Prozent!)* 1989 haben wir beispielsweise 32 000 Tonnen importiert, im Jahr 1991 waren es angeblich etwas mehr als 20 000 Tonnen. *(Abg. Marizzi: 16 000!)* Das heißt, es stimmt, daß wir eine geringe Menge importieren. Wir haben auch immer gesagt — das ist ja ganz klar —, daß diese österreichische Initiative oder dieses unmittelbare Paket allein den Regenwald nicht retten wird. Man braucht sich jetzt nicht gegenseitig vorzuhalten, daß die einen meinen, man könne den gesamten Regenwald mit der österreichischen Initiative retten, und die anderen meinen, damit könne man gar nichts tun.

Die Wahrheit in dem Bereich liegt irgendwo in der Mitte. Dieses Signal Österreichs hat enorm viel ausgelöst. Daß gerade deshalb Indonesien und Malaysia, von denen übrigens Österreich am meisten an Tropenhölzer importiert hat, nämlich

Monika Langthaler

26 Prozent von Indonesien und 22 Prozent von Malaysia, mit dieser Vehemenz, in dieser drastischen Art und Weise reagiert haben, muß schon allen Kritikern der österreichischen Maßnahme zeigen, daß diese Maßnahme tatsächlich massiv die wirtschaftlichen Interessen dieser Länder berührt hat. Die Angst, daß das Nachahmer findet, daß andere dazukommen, die es in ähnlicher Form nachmachen wollen, war sehr groß.

Insofern ist das Argument, Österreich könne als kleines Land nichts tun, ganz einfach falsch. Es stimmt nicht, denn wir haben in Wirklichkeit schon sehr viel bewirkt. Aber mit diesem Schritt und mit diesem Rückzieher machen wir alles, was wir in den letzten eineinhalb Jahren an Positivem in ganz Europa ausgelöst haben, leider wieder zunichte.

Es ist, wie gesagt, unverständlich, weshalb man, obwohl man doch letztlich viele Erfolge erreicht hat, nicht in die Offensive geht und weiter an diesem Erfolg arbeitet, sondern diesen Rückschritt setzt. Es wird abzuwarten sein — das werden wir auch mittels Anfragen wissen wollen —, in welcher Art und Weise nun diese Firmen, die letztlich den Ausschlag dafür gaben, daß es zu der Änderung dieses Gesetzes kommt, profitieren werden und ob ganz konkret Arbeitsplätze gerettet werden.

Es ist nicht unwesentlich, sich die Firmen, um die es hier geht, genauer anzusehen. Es waren ja auch im Ausschuß Firmenvertreter anwesend, die ganz massiv ihre Bedenken vorgebracht haben. Es waren von der Elin Energieversorgungs Ges.m.b.H. zwei Herren, von Austrian Energy Environmental, also von SGP, Waagner-Biró, ein Vertreter, von der Emco, von Rosenbauer International GesmbH, von Seiten der Bundeswirtschaftskammer und auch von Seiten der Holzwirtschaftskammer Vertreter anwesend.

Nicht unwichtig an dieser ganzen Debatte und auch an der Vorgangsweise der Firmen sind wiederum die Zusammenhänge, die schon sehr früh begonnen haben. Schon am 9. Oktober 1992 hat Dr. Hugo Michael Sekyra an den Vizekanzler — meines Wissens auch an den Bundeskanzler — einen entsprechenden Brief gerichtet, in dem stand, daß es aufgrund der Wirtschaftsbeziehungen zu Malaysia notwendig sein werde, die entsprechenden gesetzlichen Regelungen für den Bereich der Tropenhölzer zu verändern. Es könnten dadurch einige Aufträge ins Wackeln kommen. (Abg. Schmidtmeier: Was sagen Sie da dazu?)

Was ich dazu sage, ist, daß wir uns genau anschauen sollten, um welche Projekte es sich handelt. Vielleicht sind das Projekte, die wir sowieso, weil sie in diesen Ländern Lebensräume zerstören, nicht fördern wollen. Es gibt auch noch an-

dere Projekte, und darauf werden wir gleich zu sprechen kommen. Die Firma Rosenbauer hat ja im Ausschuß gemeint, daß ihre Fahrzeuge, die sie dorthin liefern wird, zum Beispiel als Wasserwerfer gegen Demonstranten eingesetzt werden.

Ich frage mich: Ist es unser Interesse, daß eine Firma ein Geschäft macht (Abg. Schwarzenberger: Als Feuerwehrautos!), damit Wasserwerfer gegen Demonstranten eingesetzt werden können? Oder im Bereich der Kraftwerksbauer: Es gibt in diesen Ländern nachweislich eine große Anzahl von geplanten Kraftwerken, und österreichische Firmen sind darin involviert. (Abg. Schmidtmeier: Wenn ihr so weitermacht, werden wir es noch in Österreich brauchen!)

Ich bin für eine Wirtschaftshilfe auch von Seiten Österreichs, die ökologisch, aber auch im Sinne der Menschenrechte vertretbar ist. (Beifall bei den Grünen.)

Es wird notwendig sein, Herr Abgeordneter, sich mittel- oder langfristig etwas anderes zu überlegen. Es haben ja auch der Berater von Dr. Vranitzky, Herr Professor Huber, und viele andere im deutschsprachigen Raum immer wieder publiziert und gezeigt, daß man, wenn man am alten System der Wirtschaftspolitik festhält, in eine Sackgasse gerät.

Auch das Wifo hat in einer Studie 1990 aufgezeigt, daß es, wenn ein Land wie Österreich strengere Umweltnormen in welchem Bereich auch immer setzt, die mit einem strukturellen Wandel in der Wirtschaftspolitik verbunden sind, kurzfristig zu wirtschaftlichen Wettbewerbsnachteilen kommen kann, mittel- und langfristig jedoch zu enormen wohlfahrtssteigernden Maßnahmen.

All diese Wirtschaftsberichte sagen als Conclusio, daß es eigentlich nur diesen Weg gibt, wenn man diese Welt in irgendeiner Form als lebenswert erhalten will. Es gibt immer — da gebe ich Ihnen recht — Sachzwangargumente, indem gesagt wird, in diesem Fall geht es um eine konkrete Firma, die haben Probleme. Dabei sollte man aber berücksichtigen, daß es auch viele andere Firmen in Österreich gibt, die Probleme haben aufgrund anderer Ursachen, zum Beispiel aufgrund wirtschaftlicher Rezession oder was immer. Diesen muß man mindestens genauso helfen, und diese muß man unterstützen. (Abg. Schmidtmeier: Ich höre mir um 6 Uhr in der Früh Ihre Argumente an, diskutiere mit Ihren Leuten! . . ., wo ich den Arbeitsplatz hernehmen soll!)

Nun ist es aber so, daß man den Leuten offen sagen muß, daß diese Maßnahme den Arbeitsplatz für die nächsten fünf, zehn oder 15 Jahre nicht garantieren wird, sondern daß diese Art der Wirtschaftspolitik (Abg. Schmidtmeier: Was macht der Familienvater nächstes Jahr, wenn er

Monika Langthaler

keinen Arbeitsplatz hat?), Herr Abgeordneter, sie halt dann im nächsten Jahr in die Arbeitslosigkeit führt. Es ist notwendig, daß man strukturelle Änderungen vornimmt. Man muß den Mut haben und alle sozialen Abstützungsmaßnahmen zur Verfügung stellen, damit diesen Leuten geholfen werden kann. (*Zwischenruf des Abg. Schmidtmeier.*) Es ist notwendig, daß man strukturell etwas ändert. Man sollte nicht jene Firmen fördern (*Abg. Schmidtmeier: Das Geld kommt aus dem Ladt!*), die mehr Umweltzerstörung verursachen und die letztlich in eine Sackgasse führen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es gab Firmen wie die Elin-Weiz, die um Aufträge gebangt hat. Es wurde an den Bundeskanzler ein Protestschreiben verfaßt, das die gesamte Belegschaft unterschrieben hat. In der Zeitung vom 21. Februar steht: Mit viel Druck wurde diese Resolution unterschrieben, kritisieren Mitarbeiter. Der Artikel lautet: Bis zu 600 Jobs wackeln, wenn der Auftrag ausfällt, deshalb der Alarm bei Kanzler Vranitzky. 90 Prozent der Belegschaft haben unterschrieben, ein paar von ihnen fühlen sich aber erpreßt. Unterschwellig wurde uns zu verstehen gegeben, daß die nicht Unterschreiber die ersten sind, sollten Kündigungen anstehen, ließ einer der Kritiker die „Kronen-Zeitung“ wissen.

Von Nötigung könne keine Rede sein, sagte Betriebsrat Manfred Pichlmayer zu den Vorwürfen. Aber wir haben unseren Standpunkt klargemacht, was passieren könnte, wenn dem einen oder anderen Kollegen ein Tropenholzbaum lieber als sein Job ist. Deshalb verlangen die Weizer — wie auch andere Betroffene — die sofortige Aufhebung des Importstoppes — das steht hier fälschlicherweise drinnen —, weil die Exporte sonst ernststen Schaden erleiden könnten.

Dieser Artikel beinhaltet zwei — so denke ich — für die Debatte ganz wesentliche Punkte. Zum einen, glaube ich, ist dieser zufällige Fehler, die Aufhebung des Importstoppes, absichtlich gemacht worden, weil die Annahme besteht — auch wenn bei uns Telefone geschrillt haben, war das so —, daß ein Gesetz betreffend den Importstopp von Tropenhölzern beschlossen wurde und daß deshalb diese Länder so reagieren.

Das heißt, die Leute, die betroffenen Arbeiter, wissen zum Teil gar nicht, welche Regelung das ist, und sie werden offensichtlich auch vom Betriebsrat nicht richtig informiert. Es geht um keinen Importstopp, sondern um eine Kennzeichnungspflicht. Ich frage Sie: Wo kommen wir denn hin, wenn wir uns von Ländern aufgrund einer Kennzeichnung (*Abg. Schmidtmeier: In zehn, fünfzehn Jahren haben wir Arbeitsplätze, jetzt haben wir keine!*) erpressen lassen? Werden wir das nächste Mal darüber diskutieren, daß wir

andere Produkte auch nicht mehr kennzeichnen möchten?

Ich erinnere zum Beispiel an die Debatte über die Gentechnologie und die Nahrungsmittelqualität, bei der gerade die Befürworter der EG, Herr Abgeordneter, immer wieder gesagt haben, der Konsument sei mittlerweile selbstbewußt, kritisch, erfahren genug. (*Abg. Schieder: Was hat die Dringliche mit der EG und der Gentechnologie zu tun?*) Weil mich der Abgeordnete vorher . . . (*Abg. Schieder: Gentechnologie, EG-Politik!*) Es hat viel mit der Kennzeichnung zu tun, Herr Abgeordneter Schieder! Ja, es hat enorm viel damit zu tun. (*Abg. Schieder: Das ist doch nicht der Gegenstand Ihrer Begründung!*) Aber absolut, Herr Abgeordneter Schieder! Absolut! Es hat mit Kennzeichnung zu tun. (*Abg. Schieder: Da reden Sie vielleicht das nächste Mal über Autokennzeichen!*) Das können wir auch! Es geht um die Kennzeichnung in diesem Gesetz, das heißt: Tropenholzkennzeichnung.

Es geht darum, wo wir hinkommen, wenn wir mit absolut verschiedenen Maßstäben messen, wenn es nicht erlaubt sein soll, Holz mit „Tropenholz“ zu kennzeichnen. Wir haben mehrmals das Angebot gemacht, daß andere Hölzer auch . . . (*Abg. Schieder: Nein, das hat nichts mit der Begründung zu tun!*)

Selbstverständlich, das ist ja der Ursprung des Gesetzes, Herr Abgeordneter Schieder! Vielleicht sollten Sie sich die Dringliche ein bißchen anschauen. Wir sind nicht bei der Dringlichen über die AUA oder sonst etwas, sondern wir sind bei der Dringlichen betreffend die Kennzeichnungspflicht der Tropenhölzer beziehungsweise die geplante Aufhebung dieser Kennzeichnungspflicht. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Schieder: Dann sprechen Sie von der Gentechnologie?*)

Der Kern der Sache ist, daß offensichtlich viele Leute auch in den Betrieben nicht wissen, daß es hier ausschließlich um eine Produktinformation ging, nämlich um eine Kennzeichnung, um eine Aufklärung der Bevölkerung, denn hier steht — das scheint kein Zufall zu sein —: Importstopp. Darum geht es tatsächlich überhaupt nicht.

Das zweite ist — das hängt auch mit anderen Materien zusammen —: Wenn man davon ausgeht, daß die Konsumenten kritisch sind, daß sie sich informieren wollen, dann muß man tatsächlich die Produkte kennzeichnen. Man appelliert immer wieder an die Verantwortung der Konsumenten, beispielsweise bei der Nahrungsmittelqualität, und sagt immer wieder, man kann nicht Sachen verbieten, sondern man muß sie kennzeichnen, damit sich die Leute informieren können. Das, was sie wollen, kaufen sie, und das, was sie als zu schädlich oder was immer beurteilen, lassen sie liegen.

Monika Langthaler

Das betrifft zum Beispiel, Herr Abgeordneter Schieder, die Gentechnologie und die damit verbundene Nahrungsmittelproduktion. Das hat unmittelbar mit diesem Gesetz zu tun.

Aber der zweite Punkt, auf den ich in diesem Artikel zurückkommen wollte, ist, daß es nicht nur darum geht, daß offensichtlich von dieser Maßnahme betroffene Arbeitnehmer falsche Informationen haben, sondern daß es offensichtlich so ist, daß Leute unter Druck gesetzt wurden, damit sie die Resolution unterschreiben. Offensichtlich herrscht sogar bei jenen Menschen eine gewisse Sensibilität hinsichtlich der Tropenholzcausa, die unmittelbar von dem Problem betroffen sind.

Es steht die Frage im Raum: Wie geht man damit um, wenn von Nötigung die Rede ist. Betroffene Arbeiter sind genötigt worden, entsprechende Resolutionen zu unterschreiben, weil sie sonst möglicherweise die ersten gewesen wären, die einen Arbeitsplatz verloren hätten.

Das paßt in das gesamte Bild dieser Tropenholzproblematik. Es gibt so viele Ungereimtheiten betreffend die Aufhebung dieses Gesetzes. Es scheint tatsächlich so zu sein, daß die Angriffe von Malaysia und Indonesien als Vorwand genommen wurden, um dieses Gesetz wieder aufzuheben.

Es gibt ja auch andere Firmen, und das ist . . . (Zwischenruf des Abg. Schmidmeier.) Wissen Sie, warum? Mit Sicherheit — das kann man in den Protokollen der ITTO-Sitzungen nachlesen — waren diese Länder, die Regierungen dieser Länder empört, das ist überhaupt keine Diskussion. Was man aber gleichzeitig lesen kann, ist, daß beispielsweise die Frage betreffend die Ausdehnung der Kennzeichnungspflicht auf alle Hölzer von denen gar nicht abgelehnt worden wäre — das kann man aus den Unterlagen schließen. Es wäre ein enormer Verhandlungsspielraum vorhanden gewesen.

Wenn man sich aber ansieht, wie Österreich in dieser Sache vorgegangen ist, und wie die Delegation, die dorthin geschickt wurde, vorgegangen ist, dann kann man erkennen, daß dieser Versuch, zu einem Kompromiß zu kommen, von den österreichischen Kontrahenten, die die Ausweitung der Kennzeichnung verhandelt haben, nicht unternommen wurde.

Da wundert man sich schon, wenn sogar österreichische Politiker mit weniger zufrieden sind, als man bei Indonesien und Malaysia hätte erreichen können. Und dafür muß es wohl auch noch andere Gründe geben. (Beifall bei den Grünen.)

Es gibt auch „APA“-Aussendungen von anderen Industrien, zum Beispiel vom 5. März 1993.

Die Firma Backhausen etwa sieht überhaupt keine Nachteile und schreibt: Hoffungsgebiet ist Ostasien und nicht nur Japan, wo 10 Prozent der Exporte abgesetzt werden, auch in Indonesien sind die Muster von Backhausen gefragt. Die Aufregung — das steht hier wortwörtlich — über die Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer hat darauf bisher keine Auswirkungen. Es gibt offensichtlich sehr wohl auch Firmen, die bisher schon nach Indonesien exportiert haben und auch weiter exportieren und keine Probleme haben. Warum sind es gerade österreichische Firmen, vorzugsweise der verstaatlichten Industrie, die dort kritische Projekte, Kraftwerksprojekte bauen? (Abg. Schmidmeier: Die Größenordnung kennen Sie schon! Ich kenne die Kunden der Firma Backhausen! Sehr gute Firmen! Das sind die Diplomaten, die dort leben, die die Vorhänge und Heimtextilien kaufen, die werden dorthin exportiert!)

Herr Abgeordneter! Trotzdem lohnen sich . . . (Weiterer Zwischenruf des Abg. Schmidmeier.) Nein, es lohnt sich anzusehen, um welche Firmen, vor allem, um welche Aufträge und um welches Engagement es gerade von seiten der verstaatlichten Industrie in diesen Ländern geht.

Es gibt, wenn man diese gesamte Situation der Verstaatlichten und auch die Diskussion darum anschaut, einfach die falsche Zukunftsoption, nämlich bei Projekten auf Märkte zu setzen in Übersee und in Ostasien.

Jetzt hat man es in den Industrieländern, in Österreich langsam, aber doch geschafft, gewisse Standards einzuführen. Es ist nicht mehr so einfach, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Projekte durchzudrücken. Welchen Schluß zieht man? Anstatt daß man sich generell eine andere Wirtschaftspolitik, eine andere Industriepolitik bei uns und in diesen Ländern überlegt, exportiert man diese falsche Technologie und auch falsche Umgangsmuster in jene Länder, in denen weniger Widerstand erwartet wird.

Ich vermute sehr stark, daß das einer der Hauptgründe für die Rücknahme der Tropenholzgesetzgebung war. Es ging darum, mögliche kritische Projekte in der Dritten Welt von seiten der Verstaatlichten nicht zu gefährden, im Gegenteil, die Verstaatlichte kann jetzt dort die Umwelt kaputtmachen, und man kann diese Politik dort weiterführen. (Beifall bei den Grünen.)

Jetzt zu einer Firma, die ich vorher schon erwähnt habe. Dr. Stepnitzka, Generaldirektor der Lenzing AG, schrieb am 24. Februar 1993 an mich: Die Lenzing AG ist mit 42 Prozent an der South Pacific Viscose in Indonesien beteiligt, ein Viskosefaserproduzent, für dessen gesamten Aufbau und Inbetriebnahme wir seit 1980 als Know-how-Geber verantwortlich zeichnen. . . . Mit der

Monika Langthaler

jetzigen Entwicklung rund um die Kennzeichnungspflicht sehen wir diese Aufbauarbeit schwer gefährdet.

Nun ist es — das habe ich vorhin schon erwähnt — natürlich das Recht jeder Firma, Briefe und Interventionen an Abgeordnete zu schreiben und darin mitzuteilen, daß sie befürchten, daß ihr Auftrag gefährdet sei. Aber es ist doch ein Unterschied, es ist sogar ein riesengroßer Unterschied (*Abg. Schmidmeier: 5 S 50 . . .!*), ob ein Abgeordneter so wie ich, der mit der Lenzing AG nichts zu tun hat, außer daß er weiß, daß es sie gibt, mit dieser Information in den Ausschuß geht, sich die Experten anhört und dann nach bestem Wissen und Gewissen entscheidet, es ist ein Unterschied, ob Sie oder irgend jemand anderer, der nicht Angestellter der Lenzing AG ist, dann nach diesen Informationen eine Entscheidung trifft.

Abgeordneter Keppelmüller hat in diesem Ausschuß jedenfalls nicht wie ein Umweltsprecher agiert, sondern wie ein Firmenvertreter der Firma Lenzing AG. Man müßte ihn in Zukunft als Experten laden, damit er so wie die Experten der Firma Elin oder der Firma Emco Auskunft gibt über die Probleme, die diese Firmen haben. Diese Möglichkeit sollen diese auch haben. Wir haben uns nie dagegen gewehrt, daß man betroffene Firmen einlädt und sich deren Argumente anhört. Man soll sich auch die Argumente der Umweltschützer, der Entwicklungshilfeorganisationen und die der Firmen anhören. Ich habe überhaupt nichts dagegen.

Aber wenn ein Abgeordneter dieses Hauses selber Angestellter einer hier involvierten Firma ist und zum Wortführer jener wird, die diese Kennzeichnung zu Fall bringen wollen und mit dem denkwürdigen Satz: Es ist manchmal besser, kein Rückgrat zu haben! die Sache auf den Punkt bringt, dann ist das meiner Meinung nach eine Unvereinbarkeit. Ich verstehe nicht, daß man das in Ihrer Fraktion nicht bemerkt. Das ist mir unverständlich.

Das zeigt doch, daß bei der Tropenholzproblematik nicht nur eine unverantwortliche Politik, sondern auch eine ungeheuer fatale Optik herrscht. Es kann doch nicht in Ihrem Interesse sein, daß ein Lobbyismus unmittelbar bis in die Ausschüsse herrscht. Egal, ob das jetzt beim Herrn Abgeordneten Keppelmüller oder bei einem anderen der Fall ist — wenn Sie Angestellter der Firma Emco wären, würde ich das genauso sagen —, ich halte es für unvereinbar und für nicht tragbar. Das ist auch in diesem Ausschuß mit ein Grund für unsere und für die Empörung der Umweltorganisationen gewesen, daß von einem massiv involvierten, von der Sache Betroffenen so gepuscht wurde, damit diese Regelung so schnell als möglich aufgehoben wird.

Es ist schon interessant, Herr . . . (*Abg. Schmidmeier: Wenn sich ein Abgeordneter in die Beratungen einbringt, finde ich absolut nichis dabei! Die Demokratie ist stark genug! Wir sind 183 Abgeordnete! Jeder kann sich . . .!*) Ich gebe Ihnen recht, daß man sein Wissen und seine berufliche Erfahrungen in die Beratungen des Ausschusses einbringen soll, das ist ja keine Frage. Aber es muß doch um Gottes willen ein Unterschied sein, ob jemand als Angestellter in diesem Ausschuß offensichtlich Politik macht und Lobbyismus betreibt oder als gewählter Mandatar. Das ist doch ein enormer Unterschied.

Unser Verständnis von Parlamentarismus, von Gesetzeswerdung ist es jedenfalls nicht, daß die Firmen ihre eigenen Abgeordneten im Ausschuß haben, die ihnen ihre opportunen und wichtigen Gesetze machen. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Marizzi: Frau Kollegin! Was für einen Beruf soll denn ein Abgeordneter haben, wenn er bei einer Firma arbeitet?*) Er kann den Beruf haben, den er will, darum geht es nicht, Herr Abgeordneter Marizzi.

Es geht doch um Gottes willen nicht darum, daß man jemandem das Fachwissen absprechen will, aber für mich ist es unverständlich, daß man jemandem erklären muß, warum man es für unvereinbar hält, wenn ein Betriebsangestellter, dessen Firma unmittelbar involviert ist — durch Briefe belegbar —, zum Wortführer derer wird, die die Kennzeichnung abschaffen wollen. Es ist mir eigentlich unverständlich, daß es so langer Argumentationsketten bedarf. Das Ganze spricht an und für sich schon dafür, daß es unvereinbar ist. (*Abg. Marizzi: Was haben Sie für einen Beruf?*)

Es geht nicht um den Beruf, Herr Abgeordneter Marizzi! Es geht um das Angestelltenverhältnis, es geht um die Abhängigkeit, und es geht um diese Art des Lobbyismus. Es geht nicht darum, ob jemand ein Fachwissen, einen Beruf hat, sondern es geht um diese Art der Unvereinbarkeit. Es spricht für dieses Parlament, daß man das so erklären muß. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es ist (*Abg. Marizzi: 7 Uhr 30! Ilse Puck nicht vergessen!*) in Österreich aber keine unbekannte Sache und schon eine längere Geschichte, daß gerade jene Länder wie Indonesien und Malaysia, der ganze asiatische Raum zum Teil als Hoffnungsmarkt für enorm umweltzerstörende Projekte gelten. Die Verbundplan GesmbH, die in vielen Ländern wie Ägypten, Äthiopien, China, Chile, Guatemala, Irak, Iran, aber auch Malaysia, Nepal, Peru, Philippinen, Thailand und Türkei Projekte hat, hat sich schon in der Vergangenheit bei manchen Projekten damit ausgezeichnet, daß diese eine enorme Umweltzerstörung verursacht haben.

Monika Langthaler

Es stand zum Beispiel bei einem von der Weltbank finanzierten Kraftwerk auf den Philippinen und in Indien die Verbundplan bei der Ausschreibung an erster Stelle. Das Projekt ist bisher, weil es zu enormen Umsiedelungen geführt hätte — etwa 70 000 Angehörige einer Volksgruppe der indischen Urbevölkerung hätten vertrieben werden sollen — und die von der Weltbank zugesicherten Kredite nicht gekommen sind, noch nicht realisiert worden.

Der Punkt ist jedenfalls, daß diese Firmen schon bisher, angefangen von Verbund über VOEST-ALPINE und andere, eine sehr eigentümliche Art der Entwicklungshilfe für diese Entwicklungsländer geleistet haben; eine Entwicklungshilfe — das habe ich schon erwähnt —, die eine Umweltzerstörung mit sich brachte. Vorher hat man die Umwelt im eigenen Land zerstört, jetzt macht man es in der Dritten Welt, in jenen Ländern, in denen sich die Menschen aufgrund der dortigen Regime, aufgrund der dortigen Unterdrückung nicht zu Wehr setzen können.

Es ist eben etwas anderes, ob man in Österreich gegen ein Kraftwerk, das die Lebensgrundlagen in irgendeiner Form beeinträchtigt oder zerstört, demonstriert und auf die Straße geht, wie das bei Hainburg geschehen ist, oder in Indonesien oder in Malaysia, wo die Leute wissen, daß sie mit Folterung, mit Gefängnis, sogar mit dem Tod rechnen müssen. Diese Leute zeigen nicht so leichtfertig Widerstand. Deshalb sollte man bei solchen Projekten umso sensibler sein und sich genau überlegen, in welcher Art und Weise man Projekte realisieren will. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wurden gerade von der VOEST katastrophale Projekte in vielen Ländern der Dritten Welt, in Indonesien, Malaysia, aber auch in anderen Ländern, wie Afrika, verwirklicht, und es werden auch in bezug auf den Regenwald immer wieder Problemfelder offenkundig. In einer Publikation gibt es sogar ein eigenes Kapitel mit dem Namen „VOEST und Regenwald“. In dieser wird der Vorwurf an den Chef der Montage der VOEST laut, daß die Kraftwerksbeteiligung in Regenwaldgebieten immer wieder dazu führt, daß Tausende Einwohner zwangsausgesiedelt werden müssen.

Ein Kraftwerk in Jirata zum Beispiel hat dazu geführt, daß 60 000 Menschen ihre Region verlassen mußten. Aufgrund dieser Migration ist es zu enormen Problemen in einigen Städten gekommen, weil man nicht wußte, was man mit diesen 60 000 Personen überhaupt machen sollte.

Ich meine, daß dieses Engagement oder diese Kraftwerkspolitik bisher in allen Diskussionen viel zu wenig berücksichtigt wurde oder viel zu wenig offenkundig gewesen ist. Wenn man das zusammenfaßt, dann ist das ganz erheblich.

Beispielsweise hat die Firma Waagner-Biró — diese hatte im Ausschuß sogar einen Vertreter, Dipl.-Ing. Zweimüller — ein Kraftwerksprojekt in Ägypten gehabt. Wegen dieses Projektes gab es 120 000 Vertriebene und schwere ökologische Schäden.

Beispielsweise wurden beim Projekt der Voith in Äthiopien 20 000 Menschen vom Volk der Afar vertrieben, die Landwirtschaft von 150 000 Menschen wurde vernichtet. Das Ergebnis: 1972 tötete die Dürre 30 Prozent vom Volk der Afar und Verdrängung der Selbstversorgung durch Plantagen für Multis aufgrund dieser Kraftwerkspolitik.

Ein anderes Beispiel: die DOKA VOEST in Brasilien. Das Kraftwerk verursachte ein wirtschaftliches und ökologisches Desaster, enorme Regenwaldbestände wurden gerodet, ein Stausee von 2 360 Quadratkilometern wurde geflutet. Die SGP ist auch dort vertreten gewesen. *(Abg. Schwarzenberger: In 18 Stunden drei Redner!)* In Chile gab es 1987 aufgrund eines Kraftwerkes mit Beteiligung von SGP einen Erdbeben mit 50 Toten. Das dortige Dorf wurde komplett zerstört.

In El Salvador gab es ein Projekt der VOEST mit 5 000 Vertriebenen, 13 500 Hektar wurden überflutet.

In Ghana realisierte man ein Kraftwerksprojekt mit Waagner-Biró, das 84 000 Vertriebene zur Folge hatte. Es gab Folgekrankheiten durch Verseuchung, und 8 400 Quadratkilometer wurden überflutet. Hauptgrund für die Verschuldung Ghanas: österreichische Kofinanzierung, allerdings mit der Weltbank.

Bei einem Projekt in Indien mit SGP und Waagner-Biró wurden die Vertriebenen bis heute nicht entschädigt. Hohe Schäden durch ein Kraftwerksprojekt aufgrund der Überflutung und Flutkatastrophen flußabwärts sind die Folgen.

Bei einem Projekt in Indien mit Waagner-Biró als Lieferanten kam es zu schweren ökologischen Schäden, 21 Dörfer waren davon betroffen, bis heute gibt es keine Kompensationen.

In Indonesien . . . *(Abg. E d l e r: Fürchterliche Unterstellung was Sie machen!)* Das ist keine Rufschädigung.

Es ist notwendig, aufzuzeigen — ich kann das nur noch einmal betonen —, daß man aufgrund einer zum Teil mir auch irgendwie verständlichen Arbeit, politischen Sichtweise versucht, Produktionsweisen *(Abg. E d l e r: Machen Sie eine Werbeveranstaltung für die österreichische Wirtschaft!)* auszulagern, und zwar mit demselben Ergebnis, daß man die ökologische Zerstörung nicht

Monika Langthaler

im Lande hat, sondern außerhalb Österreichs, und das ist ebenso unerträglich.

Es ist notwendig, aufzuzeigen, daß es jene Firmen, die Druck gemacht haben, die mit Experten im Ausschuß vertreten waren, sind, die seit Jahren in diesen Entwicklungsländern Projekte mitbauen, die eine enorme Umweltzerstörung mit sich bringen.

Unser aller Ziel muß es sein, wenn wir in irgendeiner Form diese ökologische Zerstörung auf dieser Welt verändern oder aufhalten wollen, daß es zu einer gesamten strukturellen Änderung kommt. Es kann nicht so sein, daß man, wenn in Österreich die Wirtschaft etwas schwächer wird, mit Hilfe von Exportsubventionen, mit Hilfe von Unterstützungen, mit Hilfe der Rücknahme von Umweltgesetzen alte Muster aufrechterhält. Es muß zu einer Änderung kommen, denn nur dann ist es eine vernünftige Wirtschaftspolitik und eine vernünftige Umweltpolitik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein Kraftwerksprojekt in Indonesien, an dem Elin und VOEST beteiligt waren, hat 60 000 Vertriebene zur Folge gehabt.

Auch im Irak wurden von Seiten Waagner-Biró, VOEST, Elin und Voith entsprechende Materialien für ein Kraftwerk geliefert. Ab 1978 kam es zur Errichtung menschenleerer Zonen und Deportationen beziehungsweise gab es auch Zwangsumsiedelungen irakischer KurdInnen. Seit 1988 sind das dort arabisierte Regionen.

In Kolumbien gab es bei einem Kraftwerksprojekt — die betroffenen Firmen sind immer die gleichen — 1986 Proteste von 5 000 Vertriebenen, darunter die indianische Urbevölkerung. Zerstörung der Landwirtschaft und der Verbindungsstraßen zwischen den Dörfern und die Überflutung archaischer Stätten waren die Folgen.

Malaysia bekam schon in den letzten Jahren sowohl von VOEST als auch von Waagner-Biró Bestandteile für Kraftwerksbauten geliefert. Folge: Regenwaldzerstörung, starke Verschlammung und Veralgung. Das ist ein wesentlicher Punkt: Man macht nämlich nicht nur den Fehler und nimmt eine ganz wesentliche Tropenholzregelung zurück, die nichts anderes war als eine Information für den Konsumenten, sondern man fördert auch noch diese Kraftwerkspolitik, man fördert diese Industriepolitik, man fördert — das sieht man ja leider auch bei der gesamten neugestalteten Umweltförderung — mit einer falsch verstandenen Exportsubventionierung umweltzerstörende Projekte. Es ist ja völlig unsinnig und unnötig, daß wir in Österreich irgendein Umweltgesetz beschließen, sei es ein Tropenholzgesetz, sei es ein Ozongesetz, sei es was immer für ein Umweltge-

setz, wenn wir gleichzeitig umweltzerstörende Industrien so weiterrennen lassen wie bisher und sie auch noch unterstützen.

Wozu wir sie bringen müßten, ist, daß es einen strukturellen industriellen Wandel gibt, auf den die Förderungen abzielen müßten. Genau in diese Richtung müßten Gelder investiert werden und nicht in jene, daß noch mehr Regenwald und noch mehr ursprüngliche Gebiete zerstört werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Auf den Philippinen wurden 1989 bei einem Projekt von Elin, VOEST zwei Elin-Techniker erschossen. Starker Widerstand von seiten der dortigen Bevölkerung, tödliche Arbeitsunfälle, Umsiedlung der Bevölkerung ohne Kompensation waren die Folgen.

Immer sind dieselben Firmen, das kann man wirklich sagen, betroffen, vor allem jene, die im Ausschuß aktiv waren, die Kraftwerksbestandteile liefern, sei das Waagner-Biró, sei das SGP, sei das die VOEST.

In Thailand kam es durch ein Wasserkraftwerk, an dem VOEST und Waagner-Biró beteiligt waren, zu einer Wasserverschmutzung. Ein 318 Quadratkilometer großes Land wurde überflutet, die Leute wurden ebenfalls abgesiedelt und bis heute nicht entschädigt. Regenwald wurde in großem Ausmaß zerstört, der See wurde chemisch verseucht.

Ein anderes Projekt in Thailand, ebenfalls wieder Elin mit Waagner-Biró gemeinsam, vertrieb 3 000 Familien. Eine Energiestudie für mehrere Wasserkraftwerke wurde schon gemacht. Zum Teil werden dort Projekte mit Entwicklungshilfegeldern gebaut.

Das geht in anderen Ländern weiter, immer nach ähnlichem Muster, aber vor allem — das erscheint mir bei dieser Betrachtungsweise enorm wichtig — immer mit den gleichen Firmen. Das ist aber klar, denn so viele hat man nicht in Österreich, die für diese Projekte in Frage kommen, also liegt das in der Natur der Sache.

Mir allerdings ist unverständlich, warum man nicht schon früher in irgendeiner Form diesen Widerspruch eingesehen hat: daß man in Österreich den Leuten irgend etwas in Richtung besserer Umweltgesetze verspricht und im Gegenzug dazu in ärmeren Ländern, in denen sich eben die Bevölkerung nicht wehren kann, umweltzerstörende Projekte mitfördert.

Das zeigt ganz deutlich, daß nur in jenen Ländern, in denen demokratische Verhältnisse ausgeprägt sind, in denen Demokratie funktioniert, in großem Ausmaß Umweltpolitik betrieben werden kann. In jenen Ländern wie Malaysia und Indonesien, in denen es keine Demokratie gibt, in denen

Monika Langthaler

die Leute unterdrückt werden und sich gegen diese Kraftwerksbauten nicht wehren können, ist die Zerstörung und die ökologische Katastrophe ganz besonders stark. *(Beifall bei den Grünen.)*

In Indonesien gibt es beispielsweise das Kraftwerk Jirata made in Austria, das 1987 fertiggestellt wurde. Der Stausee für dieses Kraftwerk machte die Vertreibung von exakt 10 989 Familien notwendig, das entspricht rund 60 000 Menschen. Der Auftrag ging an die österreichischen Unternehmen VOEST und Elin. Elin war für das Projektmanagement, die Lieferung der Generatoren und der elektrischen Anlagen zuständig, die VOEST für die Turbinen und mechanischen Anlagen. BBC Österreich lieferte über Elin zu. Das Kraftwerk brachte der Elin etwa 450 Millionen Schilling, der VOEST zirka 250 Millionen Schilling Umsatz. Dabei übernahm die Weltbank 75 Prozent der Errichtungskosten, obwohl bekannt war, daß die Vertreibung nur mit massiven Einschüchterungen bis hin zum Einsatz von Morddrohungen in diesem Gebiet durchgeführt werden konnte.

Man hat dieses Baugebiet zum militärischen Sperrgebiet abgeriegelt, und die betroffenen Leute, die sich dagegen gewehrt haben, wurden eingesperrt. Wir wissen ja, in welcher Art und Weise dort mit den Gefangenen umgegangen wird.

Es kam im Zuge der Absiedlung auch zu ungeklärten Morden, die von den Behörden mit Streitigkeiten unter den Aussiedlern wegen Landfragen erklärt wurden. Es gaben Informanten dazu an, daß die Ermordeten allerdings versucht hatten, eine gemeinsame Front von Betroffenen wegen ungenügender Entschädigungen aufzubauen.

Man kann diese Beispiele, sei das jetzt in Indonesien, sei das in Malaysia, sei das auf den Philippinen, fast endlos fortsetzen. Man bekommt aber, wenn man sich das anschaut, ein sehr gutes Bild über die Politik der verstaatlichten Industrie.

Wenn man über dieses Thema diskutiert, dann sollten sich gerade die Sozialdemokraten überlegen, wie sie es mit ihrem ursprünglichen Verständnis von entwicklungspolitischen Engagement vereinbaren können, daß aufgrund dieser Projekte, an denen österreichische Firmen beteiligt sind, Leute ausgesiedelt und ökologische Räume zerstört werden.

Ich denke, daß das Argument, daß man sagt: Wenn wir es nicht machen, dann macht es eben jemand anderer! zu kurz gegriffen ist beziehungsweise man mit einer derartigen Argumentation überhaupt nie etwas erreicht hätte.

Es ist doch so — das wissen alle, die sich in diesem Bereich informiert oder engagiert haben —, daß eine Umstrukturierung und eine Verän-

derung unserer Wirtschaftsstruktur nur durch die reichen Industriestaaten kommen kann.

Und jeder von Ihnen weiß, daß das, wenn wir es nur irgendwie mit Ökologie und mit Umweltschutz ernst meinen, in Österreich oder anderen befreundeten Ländern beginnen muß und man nicht warten kann, bis es vielleicht doch auch einmal andere Länder machen, um dann auf den mehr oder weniger schon laufenden Zug aufzuspringen.

Wenn man über dieses Thema debattiert, ist es notwendig, sich anzusehen — ich habe das vorher schon kurz erwähnt —, wie lange man tatsächlich noch mit dieser Art der Politik weitertun kann, wie viele Länder man überhaupt noch ausbeuten kann. Und es ist zuwenig, wenn man sich hier in Österreich nur auf die Daten betreffend Malaysia und die Philippinen stützt. Denn was man vor allem berücksichtigen muß, ist, daß man — in den westafrikanischen Staaten geht das nicht, denn dort gibt es mehr oder weniger schon keinen Regenwald mehr — alle seine Kräfte darauf verwenden muß, dahin zu arbeiten, daß man jene geringen Gebiete, die es im südostasiatischen Raum noch gibt, bewahrt, daß man vor allem aber die wirklich großen Tropenwaldregionen, die es in Brasilien oder anderen südamerikanischen Staaten noch gibt, erhält. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jeder, der sich ein bißchen mit dem Regenwald auseinandergesetzt hat, vor allem auch — und ich halte das für einen der Hauptpunkte in dieser ganzen Causa — mit der Frage des globalen Ausmaßes der Umweltzerstörung, sei es im Bereich der Artenvielfalt, sei das aber auch im Bereich der Klimagase, beschäftigt hat, sollte sich doch ein bißchen überlegen, was das letztlich für den CO₂-Bereich, der uns alle etwas angeht jedenfalls auch die Bundesregierung — nach dem Übereinkommen von Toronto sollen es minus 20 Prozent bis zum Jahr 2005 sein —, bedeutet.

Es ist keine Frage — und das hat vorher schon der Brief der Bundestagsabgeordneten Hartenstein zum Ausdruck gebracht, die Vorsitzende der Klima-Enquetekommission gewesen ist —, daß der Beitrag, den das Abbrennen der Regenwälder, vor allem aber das Nicht-mehr-vorhanden-Sein des Regenwaldes, den man so schön auch als „grüne Lunge“ bezeichnet, zur Verschärfung der CO₂-Problematik leistet, sicherlich in der Debatte immer unterbewertet wurde, jedenfalls in Österreich.

Und nicht von ungefähr hat deshalb auch in Deutschland diese Klima-Enquetekommission, die wirklich sehr ausgiebig und lange getagt hat, einen eigenen Band nur zu dieser Frage der Auswirkungen der globalen Zerstörung des Regenwaldes auf die CO₂-Belastung herausgegeben.

Monika Langthaler

Und das ist eines der vielen Beispiele, an dem man die Widersprüche im Bereich der Tropenholzpolitik hier in Österreich aufzeigen kann. Man hat sich nämlich immer wieder, auch bei der großen Umweltkonferenz, die offensichtlich ausschlaggebend war, daß das Gesetz hier durchgebracht wurde, dafür ausgesprochen – ich glaube, es war vorrangig die Umweltministerin, aber auch Bundeskanzler Vranitzky –, daß man gerade im Bereich der globalen CO₂-Problematik etwas tun muß. Und ich denke, es war auch damals schon nicht von ungefähr, daß der Bundeskanzler gerade in Bischof Kräutler einen ganz speziellen Experten hatte, der neben dieser Problematik auf die Problematik der Zerstörung der Artenvielfalt hingewiesen hat.

Es wird auch immer wieder argumentiert, daß wir mit dieser Regelung viel zu schnell vorgeprescht wären. Eines der alten Argumente wurde in den letzten Tagen in diesem Haus immer wieder vorgebracht, nämlich daß man zu unüberlegt gehandelt habe, daß man sich das Ganze besser hätte überlegen sollen und daß das hier im Haus zu schnell beschlossen worden wäre.

Ich glaube, man kann bei diesem Gesetz sagen, daß wohl wirklich keines, jedenfalls keines der mir bekannten Umweltgesetze auch nur annähernd in einer so ausführlichen Art und Weise behandelt wurde wie dieses. Und was ich umso bedrückender finde, ist, daß wir – vielleicht hätten wir damals die Vertreter der betroffenen Länder im Ausschuß wirklich hören sollen – die Kommunikation als einen Punkt betrachtet haben, der nach der Beschlußfassung erfolgen muß. Und umso verwunderlicher war es, daß auf der Umweltkonferenz in Rio weder Bundesministerin Feldgrill-Zankel noch der Bundeskanzler für eine entsprechende Maßnahme geworben oder wenigstens darüber informiert hat.

Und es ist wohl wirklich einer der Hauptgründe für das letztliche Scheitern oder Zurückweichen in dieser Frage, daß man sich in den Industriestaaten keine Verbündeten geholt hat. Und ich frage Sie, Herr Bundeskanzler, weshalb es beispielsweise keine Regierungsdelegationen in jene Länder gab, die man hätte überzeugen können. Wie vorher schon erwähnt, hätte man Staaten wie Deutschland, Holland oder Dänemark nicht nur informieren, sondern man hätte dort um Unterstützung werben sollen, um, wie auch von seiten der SPÖ immer gesagt wird, nicht allein im Regen oder im Regenwald stehengelassen zu werden. Das ist aber nicht passiert.

Nach wie vor sind wir aber der Auffassung, sowohl die Umweltorganisationen als auch wir hier im Parlament, daß es nicht zu spät ist. Was wir deshalb wollen und wofür wir uns hier massiv einsetzen, ist, daß dieses Gesetz jetzt nicht genauso

übereilt, wie es das erste Mal beschlossen wurde, wieder außer Kraft gesetzt wird.

Ich glaube tatsächlich, daß es in den nächsten zwei, drei, vier Monaten gelungen wäre, andere Länder zu überzeugen. Und umso wichtiger wäre es gewesen, daß wir dieses Gesetz einmal auf eine gesamte Kennzeichnungspflicht für alle Hölzer ausdehnen, um dann wirklich mit anderen Ländern gemeinsam vorzugehen. Das wäre der Sinn gewesen, und das wäre nach wie vor möglich. Es ist nach wie vor möglich, daß wir von dem ursprünglichen Plan abgehen, diesen Tagesordnungspunkt absetzen und noch einmal in einen Ausschuß gehen, um das genauer zu beraten. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Schmidtmeier: Glauben Sie das wirklich?)* Ob ich es glaube? – Ich glaube es nicht wirklich. Was wir aber versuchen wollen, ist, Ihnen doch noch einmal klarzumachen und darzulegen, daß es möglich wäre, einen für alle Beteiligten vernünftigen Konsens zu finden, nämlich für die Beteiligten in Österreich und auch für die Beteiligten außerhalb Österreichs.

Das heißt, es wäre vermeidbar, jetzt in Österreich eine Auseinandersetzung zu beginnen. Und heute ist erst der Auftakt. Es wird mit Sicherheit, Herr Abgeordneter, nicht so sein, daß wir uns nach dieser Debatte zurückziehen und denken: Wir haben um dieses Gesetz mit allen Kräften, die uns zur Verfügung gestanden sind, gekämpft. Jetzt haben wir verloren, da kann man halt nichts machen. – Wir werden vielmehr in derselben Intensität gemeinsam mit allen, die uns bisher unterstützt haben, weiterarbeiten und weiterkämpfen.

Nur: Was jetzt passiert, ist wohl im Interesse von keinem hier, daß es nämlich nicht nur zu einer enormen Verschärfung des Klimas, sondern wirklich zu einer Polarisierung gekommen ist. Und das wäre nicht notwendig gewesen. *(Abg. Schmidtmeier: Wir sind schuldlos!)* Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit hätte bestanden. Wir haben immer wieder das Angebot gemacht, zur Konfliktlösung beizutragen, wenn man im Ausschuß die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht berät. Wir haben immer wieder die Hand in diese Richtung ausgestreckt. Sie ist aber von Ihnen nicht genommen worden. Und das ist, denke ich mir, ein Grundprinzip in der Umweltpolitik generell: daß es im Streit und mit der Auspielung der Interessen Umweltschutz und Erhaltung der Arbeitsplätze gegeneinander nicht gehen wird. Dann kann man sich generell dazu bekennen, daß man sich von der Umweltpolitik verabschiedet.

Das, was bei der Tropenholzcausa eine enorme Chance gewesen wäre, wäre ein Kompromißangebot von Umweltorganisationen, Regierung und Parlament gemeinsam gegenüber Malaysia, Indo-

Monika Langthaler

nesien und allen betroffenen Ländern gewesen, und dieses Kompromißangebot lautet eben: Ausdehnung der Kennzeichnungspflicht. Das wäre ohne Gesichtsverlust aller beteiligten Personen möglich gewesen. Das, was Sie jetzt aber machen, führt einfach zu einer Polarisierung der Debatte, und es wird schwieriger, miteinander zu diskutieren. Und das wird übertragen auf alle anderen Umweltaspekte. Dabei wäre es gerade in dieser Causa so notwendig, daß man hier wirklich alle Experten und alle engagierten Menschen mit einbezieht.

Und unterschätzen Sie nicht — und ich glaube, das tun Sie viel zu sehr —, daß viele, viele junge Menschen enorm viele Erwartungen in diese Regelung gesetzt haben. Es ist einfach nicht so, daß nur die zehn Grünen, die hier im Nationalrat sind, bis zum Umfallen für diese Regelung kämpfen wollen, sondern hinter uns steht eine Menge gerade auch junger und engagierter Menschen, die sich jahrelang für diese Regelung eingesetzt haben und die nicht verstehen, wie ein gesamtes Parlament innerhalb eines Dreivierteljahres seine Meinung so ändern kann. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe vorher schon erwähnt, daß sich gerade im Bereich der ökologischen Themen viele junge Menschen und Umweltorganisationen besonders engagieren, auch im Bereich der gesamten Thematik rund um das allumfassende und globale Thema Weltklima. Und in diesem Bereich erwarten Sie nun einen Rückschritt.

Es ist in der Umweltpolitik wohl am deutlichsten der Widerspruch . . . *(Abg. Schwarzenberger: Schwach müssen Ihre Argumente aber schon sein, sonst müßten Sie sie doch nicht so lange erläutern!)* Nein! Wir brauchen nur so lange, weil Sie die Problematik offensichtlich bis heute nicht begriffen haben. *(Beifall bei den Grünen.)* Wir dachten im Juni, Sie haben es verstanden. Es ist tatsächlich so, daß wir im Juni dachten, wir hätten Sie überzeugt. *(Abg. Schieder: Sie sollen uns nicht überzeugen, sondern eine Anfrage begründen!)* Es hat damals zwar auch vier, fünf Jahre gedauert, aber damals dachten wir, die Abgeordneten hier haben verstanden, daß man nur mit einem solchen Tropenholzpaket in diesem Bereich einmal etwas Sinnvolles machen kann.

Es ist für uns selbst überraschend gewesen, wie kurz das gedauert hat. *(Abg. Schwarzenberger: Gestern waren Jugendliche auf der Zuschauergalerie, und die haben dann gesagt, ein solches Parlament könne man nicht mehr wählen!)* Ja genau! Ein solches Parlament, das nach einem Dreivierteljahr etwas anderes beschließt als vorher, ein solches Parlament, das sich von Malaysia und von Indonesien erpressen läßt, das kann man wirklich nicht mehr in dieser Art und Weise wählen. Da gebe ich Ihnen recht. *(Beifall bei den Grü-*

nen. — Abg. Schwarzenberger: Die jungen Leute haben das aber auf die Vierstundenrede bezogen!)

Und es ist eben für eine kleine Parlamentspartei, Herr Abgeordneter, sehr schwierig — man hat als kleine Fraktion ungleich andere, nämlich weniger, Möglichkeiten als Sie als verwöhnter Abgeordneter einer Regierungskoalition —, sich für seine Themen einzusetzen. Und wenn Sie gedacht haben, daß wir unser grünes Gesetz kampflos aufgeben, dann haben Sie sich getäuscht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir werden uns bis zum letzten für dieses Gesetz einsetzen, weil es enorm wichtig gewesen ist, weil es unglaubliche Auswirkungen auf Europa und auch auf diese Länder gehabt hat. Und Sie werden sich wirklich täuschen, wenn Sie glauben, daß wir einfach hinnehmen, daß wir im Ausschuß nicht genügend darüber diskutieren konnten beziehungsweise keine Fristverlängerung angesetzt wurde. Sie können doch nicht erwarten, daß wir bei unserer ureigensten Materie, für die wir uns jahrelang mit all unserer Kraft eingesetzt haben, auf irgendeine Möglichkeit, die sich uns bietet, verzichten. *(Abg. Schieder: Aber das ist doch jetzt nicht das Gesetz, sondern die dringliche Anfrage!)* Diese dringliche Anfrage, Herr Abgeordneter Schieder — und ich würde Sie noch einmal bitten, sie sich anzusehen — beschäftigt sich mit der Tropenholzthematik. Und vor allem . . . *(Abg. Schwarzenberger: Sie kann nicht so dringlich sein, wenn Sie die Antwort nicht haben wollen!)* Oja! Die Anfrage ist deshalb so dringend, weil Sie in wenigen Stunden das Gesetz novellieren wollen. Wann war je eine Anfrage so dringlich wie die jetzige? *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schieder: Das ist kein Grund für eine dringliche Anfrage! Nein! Nein! Nein!)*

Na selbstverständlich! Eine dringliche Anfrage stellt man ja wohl dann, wenn man ein Thema absolut dringlich behandelt haben will. *(Zwischenruf des Abg. Schieder.)* Na selbstverständlich! Was haben Sie denn für Auffassungen von dringlichen Anfragen! *(Abg. Schieder: Die, die der Geschäftsordnung entsprechen!)* Dieses Thema kann nur heute und jetzt behandelt werden. Das muß es. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Schwarzenberger und Wabl.)* Ja, wir werden Antworten wissen! *(Zwischenruf des Abg. Schieder.)* Ja, das werden wir auch tun! Wir haben über 100 Fragen gestellt. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Kohl.)* Das wollen wir nicht, und das können wir auch nicht. Das können wir nicht.

Sie wissen genau, daß Sie mit Ihrer Mehrheit alles durchsetzen können, was Sie wollen. Das wissen Sie genau. Aber was wir können, mit unserer Kraft und unserem Engagement, ist . . . *(Abg. Dr. Kohl: Sie leisten dem Faschismus Vorschub!)* Sie machen aus diesem Parlament eine Farce!

Monika Langthaler

Und Sie machen das viel mehr, wenn Sie uns vorwerfen, daß wir in dem Parlament dem Faschismus . . . Sie, die Sie heute dem Herrn Haider wieder die Hand geschüttelt und gesagt haben: Brav war er, einen Antrag hat er gestellt! unterstellen uns das? Sie packeln permanent mit der FPÖ, die die einzigen und diejenigen sind, die permanent den Faschismus in Österreich wieder . . . Sie werfen uns das vor? Absurd! Absurd! Absurd! Völlig absurd! (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Roppert: Zur Sache! — Abg. Schieder: Das hat nichts mit der Dringlichen zu tun! — Weitere Zwischenrufe bei allen Parteien.*)

Präsident Dr. Lichal: So, meine Damen und Herren, der Morgen hat begonnen, alle sind wach geworden. Bitte, das aber nicht in einen derartigen Lärmpegel umzusetzen. Ich bitte Frau Abgeordnete Langthaler, zur Sache zurückzufinden. Bitte schön.

Abgeordnete Monika Langthaler (*fortsetzend*): Ich komme sehr gerne zur Sache zurück, und zwar zu jener Angelegenheit, die wir noch viel zu kurz besprochen haben, die auch in der Debatte immer viel zu kurz gekommen ist. Es geht um den Widerspruch zwischen dem, was niedergeschrieben wird und was von allen als Konsens akzeptiert wird, nämlich: Die ökologische Bedrohung ist enorm groß und global, wie wenig wird aber auf der anderen Seite dagegen getan, und wie wankelhaft ist das wenige Beschlossene letztlich, wenn wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen!

Die Klimaenquete, die in Deutschland monatelang getagt hat, bei der Fachleute von allen Parteien vertreten waren, die letztlich in eine exzellente Publikation gemündet ist, hat wirklich die Sache gerade auch in ihrer Zusammenfassung auf den Punkt gebracht. Die Klimaenquete, die der Deutsche Bundestag gemacht hat, schreibt, daß das Klima in einer Art und Weise bedroht ist, daß es eine globale Herausforderung für die Menschheit ist. Sie schreibt:

„Wir stehen von einer Klimaänderung, die in den letzten Jahrtausenden ihresgleichen sucht. Die Zerstörung der schützenden Ozonschicht als auch vor allem der Treibhauseffekt haben bedrohliche Ausmaße angenommen. Sie stellen die Menschheit vor eine Herausforderung von bislang nicht gekannter Dimension.“

Ich denke mir, wenn das sogar schon in offiziellen Berichten des deutschen Parlaments steht und wenn es auch immer wieder in Sonntagsreden unserer Regierungspolitiker Platz greift, dann müssen Sie doch endlich die Schere schließen und diesen Widerspruch zwischen Traum und Wirklichkeit aufklären.

Der Deutsche Bundestag hat weiter geschrieben: „Die drohende Klimaänderung zeigt, daß das ressourcenverschwendende Wirtschaften der Industrienationen des Nordens an Grenzen gelangt ist. Nur ein Umdenken und eine Hinwendung zur ökologisch und sozial orientierten Marktwirtschaft kann der drohenden Katastrophe noch Einhalt gebieten.“

Zahlreiche Probleme der Welt, die schon lange zur Lösung anstanden und noch nicht gelöst wurden, vor allem Bevölkerungsexplosion, Armut, Hunger, Unterentwicklung und die Energieproblematik, stehen in einer untrennbaren Wechselwirkung mit der drohenden Klimakatastrophe. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, einige Probleme haben bereits einen Umfang erreicht, der kaum noch erfolgreiche Lösungen zuläßt. Soll der Planet Erde auch nachfolgenden Generationen erhalten bleiben, müssen hehren Worten nun Taten folgen.“

Und genau das ist es: Es müssen den hehren Worten nun Taten folgen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und ich frage mich, wie lange Sie den Leuten in Österreich noch erzählen wollen, wie wichtig auf der einen Seite Ökologie ist, während Sie auf der anderen Seite permanent Rückschritte machen. Und wir sollten — und das ist das Zentrale an dieser dringlichen Anfrage — hier in diesem Haus klären, wie man nach jahrelangen Publikationen, die nicht genug Beachtung fanden, öffentlich einmal wirklich klarmacht, wie schlimm es um die ökologische Situation auf dieser Welt bestellt ist. Es gibt Bände, Bibliotheken voll, die genau zeigen, daß uns das in die ökologische Katastrophe, in die Bevölkerungsexplosionskatastrophe und in die Entwicklungspolitikkatastrophe führt. All das führt uns insgesamt in eine Sackgasse. Das wissen Sie alle! Damit werden Bibliotheken gefüllt.

Und es gibt wahrscheinlich in Ihren Klubs eine Menge an diesbezüglichen Papieren, auch von eigenen Experten der jeweiligen Fraktion erstellt. All das wissen Sie. Warum aber ändern Sie daran nichts? Sie von der SPÖ und von der ÖVP haben die entsprechenden Möglichkeiten, Sie haben die Mehrheit in diesem Land. Und was tun Sie? — Sie nehmen alles, was schon an kleinen, viel zu wenigen Schritten erreicht wurde, zurück! Ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie es — und das Beispiel Tropenholz und alle damit zusammenhängenden Beispiele zeigen es — erreichen wollen, klarzumachen, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist. (*Abg. Schmidtmeier: Dann lassen Sie uns antworten!*) Wir werden uns die Antwort in Kürze anhören. (*Abg. Schwarzenberger: Hören Sie sich doch endlich die Antwort an!*)

Wir werden die Antwort des Herrn Bundeskanzlers genau verfolgen. Aber es ist notwendig,

Monika Langthaler

in diesem Haus zu thematisieren, wie man mit dieser enormen Schizophrenie umgeht, die am Beispiel Tropenholz so deutlich sichtbar wird. Jeder sagt: Die Welt steht vor der ökologischen Katastrophe, vor dem Kollaps, nur sind wir hier in Österreich in der glücklichen Lage, das noch wenig zu spüren und zu merken. Auf der anderen Seite passiert aber nichts beziehungsweise wird Erreichtes wieder zurückgenommen. Das ist der zentrale Punkt bei der gesamten Tropenholzthematik, und dieser verbindet, so exakt wie nur wenige andere Thematiken, die Probleme eines Nord-Süd-Konfliktes, einer falschen Entwicklungspolitik und einer falschen Umweltpolitik. *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Dr. Lichal: Sprechen Sie weiter, Frau Abgeordnete? Oder sind Sie fertig? Ich würde Sie nun bitten, fortzusetzen. Man kann auch eine halbe Stunde applaudieren, aber dem zügigen Fortgang der Verhandlungen ist das nicht dienlich. Daher bitte ich Sie, die Rednerin doch ihre Ausführungen machen zu lassen. — Bitte schön, Frau Abgeordnete Langthaler.

Abgeordnete Monika Langthaler *(fortsetzend)*: Es ist ja so, daß schon derzeit all diese Länder, um die es heute vorrangig geht, wie Indonesien, Malaysia und andere betroffene, zu den armen Ländern, zu den sowohl wirtschaftlich als auch an demokratischen Erfolgen sehr armen Ländern, zählen. Aber bei unserer Politik der massiven Umweltzerstörung, die beispielsweise das gesamte Weltklima in Unordnung bringt, sind jene Länder diejenigen, die am meisten darunter zu leiden haben. Auch dies scheint in der Enquetekommission ganz genau diskutiert worden zu sein, und das hat auch in den Bericht der Enquetekommission Eingang gefunden. Auch dort wurde genau gesagt, daß vor allem die ärmeren Länder der tropischen und subtropischen Zonen betroffen sind. Die Folgen in diesen Ländern sind Hunger, Elend und endlose Ströme von Umweltflüchtlingen.

Ich halte es für enorm wichtig, daß gerade jene Länder, auf deren Kosten wir heute schon leben und die zu den Ausgebeuteten gehören, die Verlierer unserer ökologischen Katastrophe, auf die wir hinsteuern, sind. Das Problem ist, daß wir auf deren Kosten auch ihre Zukunft, nicht nur unsere eigene, sondern in erster Linie ihre — und das wahrscheinlich zuerst —, zerstören. Das ist auch eines der Hauptprobleme bei dieser gesamten Umweltdebatte, nämlich daß uns der Druck unseres Handelns viel zuwenig deutlich gemacht wird.

Der Bundeskanzler hat immer gesprochen von der Qualität des Handelns und der Qualität des Denkens. Doch diese Qualität fehlt hier offenbar enorm, was Sie — nicht uns — dazu verleitet, hinter den ökologischen Standards immer zurückzubleiben und sich für eine unmoderne Wirtschaftspolitik zu entscheiden. Und da der Druck vorläu-

fig viel zu gering ist, spüren Sie das Ausmaß der Umweltzerstörung noch nicht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was Sie spüren und wovor Sie Angst haben — und das ist leider das einzige, worauf Sie reagieren —, ist, daß Sie Wählerstimmen verlieren könnten. Jetzt haben Sie Angst, daß es in Ihren Kernschichten zu einem Schwund an Wählern kommen könnte, und das ist der Grund, weshalb möglicherweise einmal gehabte Ideale oder Vorstellungen schnell über Bord geworfen werden.

Das Problem dabei ist nur, daß die ökologischen Probleme hier in Österreich nicht unmittelbar in Wählerstimmen umzusetzen sind, daß dieser Druck bei den Wählerstimmen nicht spürbar ist. Und das macht es Ihnen eben so leicht. Denn erst wenn jemand aufgrund der Luftbelastung an irgendeinem Ort schon fast erstickt oder wenn jemand letztlich aufgrund krebserregender Arbeitsstoffe an Krebs erkrankt oder permanent unter einer anderen Krankheit leidet und das dann automatisch einer falschen Wirtschafts- und Umweltpolitik zuschreibt, kommen Sie unter Druck. Eine Zeitlang, als es allen noch besser gegangen ist, haben Sie Umweltpolitik betrieben und gedacht: Es gibt in Österreich doch Leute, denen das ökologische Thema wichtig ist. Die könnten vielleicht auch die Grünen wählen, wenn es ihnen wichtig ist, deshalb machen wir lieber ein bisserl etwas.

Wenn aber die Prioritäten auf kurzfristige Sicht geändert sind, weil die Leute zuerst und unmittelbare Angst um ihren Arbeitsplatz haben, dann zeigt sich ganz deutlich, daß Sie bereit sind, alles, was sie uns in den letzten Jahren auch hier in diesem Hause von der Notwendigkeit ökologischer Maßnahmen, gerade auch im Tropenholzbereich, erzählt haben, über Bord zu werfen. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schwarzenberger: Stimmt es, daß Sie ein Klavier aus Tropenholz haben?)* Es gibt ein Lied: „Man sollte Klavier spielen können“, oder so ähnlich. Ich muß gestehen, meine Klavierstunden haben nach dem vierten Jahr geendet, ich habe kein Klavier zu Hause — und schon gar keines aus Tropenholz.

Aber da kommen wir zu einem Problem, das unmittelbar mit diesem Gesetz zu tun hat: Selbst wenn Sie sich — oder ich mir — zu Hause irgend etwas anschaffen oder einrichten wollten, dann müßte man ja ein enormer Experte sein, um genau zu erkennen, aus welcher Holzart das Material besteht. Das können nur . . . *(Abg. Schwarzenberger: Das wird im Katalog überall angegeben!)* Ja, aber früher gab es keine Verpflichtung. Seitdem jedoch das Gesetz — seit September — in Kraft ist, gibt es die Verpflichtung, daß man „aus Tropenholz“ hinschreiben muß. Das war damals für uns ein Kompromiß, bis es zu ei-

Monika Langthaler

nem weitergehenden Tropenholzpaket kommt, in dem man, wie Abgeordneter Fuhrmann das einmal wollte, noch viel strengere Regelungen trifft, nämlich einen generellen Importstopp, oder zumindest zu einer konsensorientierten Lösung findet, nämlich vorrangig zu einer Produktinformation. Der Hintergedanke dabei war – und das hat man ja auch gesehen –, daß die Leute, wenn sie sehen – und das ist ein sensibles Thema –, daß das Produkt aus Tropenholz ist, dieses Produkt nicht mehr kaufen.

Und daß das gelungen ist, das hat auch eine kurze Recherche bei der Möbelindustrie gezeigt. Beispielsweise sagten uns Vertreter der Firma Michelfeit – dieses Möbelhaus hat nämlich brav gekennzeichnet –, daß es sehr wohl zu einem enormen Rückgang des Absatzes von Tropenholzprodukten gekommen ist. Bei anderen Ketten von Möbelhäusern wurde dieses Gesetz – und das ist auch ein Punkt, den man thematisieren muß – in weiten Bereichen gar nicht vollzogen. Es gab Anzeigen, es gab immer wieder Hinweise, aber viele Firmen haben dieses Gesetz einfach ignoriert; es hätte jetzt erst langsam in der Vollziehung gegriffen.

Das Beispiel der Firma Michelfeit konnte wirklich eindeutig eine Kausalität zwischen der Kennzeichnung der Produkte mit dem Pickerl „Tropenholz“ und dem Absatz zeigen. Und somit hat das Gesetz seinen Sinn erfüllt, nämlich, daß die doch sehr sensible Bevölkerung auswählt und sich im Zweifelsfall letztlich für ein ökologisch sinnvollerer Produkt entscheidet. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das wäre Sinn und Zweck dieser Regelung gewesen, und deshalb ist es doppelt unverständlich, daß man sich bei einer relativ einfachen Produktkennzeichnung im Öko-labeling so schnell von all seinen Grundsätzen abbringen läßt.

Interessant wird es sein – und das werden wir hier ganz genau verfolgen –, wie es nun von Ihrer Seite weitergeht. Werden Sie jetzt einen Punkt hinter die ganze Geschichte setzen, werden Sie sagen: Wir haben es versucht, es ist uns nicht gelungen, wir sind erpreßt worden, jetzt haben wir es wieder zurückgenommen, jetzt bleiben wir dabei, wir haben jetzt kein Tropenholzgesetz mehr, und all das, was Dr. Busek, Dr. Neisser, Landeshauptleute von der ÖVP, auch viele, viele Mitglieder der Sozialdemokraten gesagt haben, wie wichtig ihnen das Thema ist und was sie alles tun werden, ist nun vergessen? Sagen Sie jetzt nur mehr: Wir konzentrieren uns darauf, daß Firmen, die möglicherweise bedroht gewesen wären, keine Absatzschwierigkeiten mehr haben?

Wir werden ganz genau verfolgen, wie sich diese Tropenholzdebatte in Zukunft hier in Österreich entwickeln wird, und vor allem, welche Per-

spektiven Sie haben. Was kann es als ersten Schritt denn schon anderes geben als ein solches Gesetz zur Kennzeichnung? Wir haben im Ausschuß relativ lange darüber diskutiert, aber uns ist nichts anderes eingefallen, wenn man von Dr. Fuhrmanns generellem Importstopp absieht. Es wäre also interessant, hier wirklich zu wissen: Bleibt man jetzt dabei, daß man gar nichts macht?

Ich kann mich erinnern, auch Herr Dr. Vranitzky, unser Bundeskanzler, hat einmal eine Regenwaldinitiative ergriffen. Da waren in der Zeitung dann Bilder mit Schülern und Studenten. Man hat sich gegenseitig Resolutionen und so weiter überreicht, wie wichtig der Regenwald für jeden ist. Und wenn nach wie vor der Konsens besteht, daß uns der Regenwald und die Erhaltung des Regenwaldes wichtig sind, dann müssen wir erfahren, gerade auch von Dr. Vranitzky, unserem Bundeskanzler, wie es nun weitergehen soll. Wird die zukünftige Regenwaldinitiative der Bundesregierung daraus bestehen, daß man vielleicht einmal im Jahr eine Pressekonferenz zu diesem Thema macht oder bei der nächsten Umweltkonferenz wieder eine große Rede zu diesem Thema hält? Oder denkt man vielleicht doch daran, diese Regelung nur kurzfristig auszusetzen, um dann, wenn der Schaden für die Firmen möglicherweise nicht eintritt, wieder zur ursprünglichen Lösung zurückzukehren?

Es wird jedenfalls das Interessante an der Beantwortung sein, wie die Perspektive der Bundesregierung aussieht, wie in dieser Tropenholzcausa weiter diskutiert und verhandelt werden soll.

Was einen als überzeugten Umweltschützer und Ökologen bei all diesen Rückschritten, die es hier im Land gibt, und auch bei der Stimmung, die in Österreich seit einigen Monaten zum Thema Umwelt herrscht, doch dann und wann wieder optimistisch stimmt, ist, daß in anderen Ländern wenigstens zum Teil einige Änderungen eingeleitet werden oder Personen wechseln. Und es scheint wirklich so zu sein – das wird sich noch weisen –, daß es durch den Umbruch in den Vereinigten Staaten und durch den Wechsel der Präsidenten auch in diesen Ländern zu einer Umkehr kommen wird. Und gerade Vizepräsident Al Gore macht sehr deutlich, daß es ganz stark an einzelnen Personen hängt, die dann die entsprechenden Maßnahmen umsetzen müssen.

Umso mehr enttäuscht uns – und das war auch ein Grund, warum wir die dringliche Anfrage an den Bundeskanzler richteten – Vranitzkys Rolle in dieser ganzen Angelegenheit. Denn an und für sich – und das haben sicherlich nicht nur wir, sondern auch viele Umweltorganisationen bei seiner Rede in Rio gedacht – war das, was dort gesagt wurde, etwas, bei dem wir in weiten Bereichen mitkonnten, was wir auch immer wieder toleriert haben. Und wir haben uns gefreut, daß we-

Monika Langthaler

nigstens nach außen hin etwas geschah. Wie es dann in der Praxis wäre, ist eine andere Sache. Aber nach außen hin war ein sehr starkes Engagement gegen Atomkraftwerke vorhanden. Und umso verwunderlicher ist es, daß ein Bundeskanzler plötzlich ganz anders handelt, der doch versucht hat, sich ein bisschen ein ökologischeres Bild zu geben und eine andere Politik zu machen, als man damals machte, als es noch Probleme betreffend Hainburg mit der Regierung gab. Und es ist enttäuschend, daß dieses Bild nun unwiederbringlich und endgültig verloren ist. Denn im Moment ist unser Bundeskanzler wirklich ein Repräsentant jener, die eine alte, überholte und falsche Wirtschaftspolitik forcieren.

Man sollte — und das würde ich allen empfehlen, die zwischendurch Zeit zur Lektüre haben — deshalb ganz genau schauen, was von hohen Repräsentanten anderer Länder geschrieben wird. Und ein ganz wesentlicher Beitrag scheint mir das Buch von Al Gore in manchen Passagen zu sein. Es heißt dort, daß Umweltgesetze generell und auch diese Tropenholzproblematik als exemplarisches Beispiel nicht funktionieren. Er schreibt über die Art und Weise, wie wir politische Entscheidungen durch die enorme Macht der einzelnen Lobbies treffen, daß das Denken ein sehr kurzfristiges ist, daß es nämlich in Wahlperioden und ausschließlich um Wählerstimmen geht und daß das dazu führt, daß man nie eine vernünftige Umweltpolitik machen kann.

In Anbetracht dessen müßten wir uns hier in diesem Hause gerade bei einem solchen Schlamassel und Flop wie der Tropenholzangelegenheit doch überlegen, ob diese Art der Umweltpolitik in irgendeiner Form überhaupt noch weiterführbar ist oder ob man nicht generell zu ganz anderen Prinzipien kommen muß, und zwar zu jenen, die nicht so stark beeinflusst sind von vierjährigen Wahlen, die nicht so stark beeinflusst sind von entsprechend agierenden Wirtschaftslobbies. Wir müssen zu einer Umweltpolitik finden, bei der man wirklich langfristig denkt und endlich das beginnen kann, was wir seit Jahren einfordern. Und das einzig Mögliche ist eine Änderung in der Struktur, ein struktureller Wandel der Umwelt- und Wirtschaftspolitik. *(Beifall bei den Grünen. – Zwischenruf des Abg. Schwarzböck.)* Ja. Das vertreten auch wir. Das ist doch kein Widerspruch. Was notwendig ist — und das ist keine Frage —, ist nicht ein bilaterales, sondern ein multilaterales Vorgehen, und daß man gemeinsam Lösungen sucht. *(Abg. Schwarzböck: Sie bestehen aber auf einen Alleingang!)* Was heißt, wir bestehen auf einen Alleingang?

Welches Argument haben wir bei der Kat-Pflicht in Österreich immer gebracht? Wie oft habe ich hier am Rednerpult Abgeordnete von SPÖ und ÖVP erlebt, die unsere — Österreichs

— Vorreiterrolle im Umweltschutz und unsere Vorreiterrolle etwa bei der Kat-Pflicht gepriesen haben? Wenn man es sich genau anschaut, war die Vorreiterrolle sowieso nie so groß, aber in manchen Bereichen, etwa in der Tropenholzproblematik, war sie tatsächlich gegeben. Und wir haben immer gesagt, das war ja Bestandteil des Entschließungsantrages, daß man nur gemeinsam mit den Entwicklungsländern und mit den Industrieländern erfolgreich sein kann. Deshalb unser permanentes Drängen, mit diesen Ländern zu verhandeln, sie zu informieren und andere europäische Länder zu überzeugen.

Daß aber ein Anstoß von uns kommen mußte oder von einem anderen Land hat kommen müssen, war logisch. Letztlich haben ja auch wir uns immer wieder zum Beispiel auf die Holländer bezogen, die schon vor einigen Jahren einen Importstopp ab 1995 beschlossen haben, der zwar jetzt, aufgrund der Erfahrungen, die auch Österreich gemacht hat, in dieser Art und Weise wohl nicht realisiert werden können wird, aber trotzdem, man kann und man muß für eine gemeinsame Lösung mit allen anderen betroffenen Ländern sorgen.

Aber, Herr Abgeordneter, das ist doch kein Argument dafür, die österreichische Regelung außer Kraft zu setzen, im Gegenteil. Das ist ein Argument dafür, andere Länder zu überzeugen, daß sie mitgehen, und ihnen auch entsprechende Argumentationen und entsprechende Erfahrungen mitzuteilen. Glauben Sie denn, daß, wenn wir das jetzt in Österreich zurücknehmen, in irgendeiner Art und Weise jemals wieder von österreichischer Regierungsseite Werbung in anderen Ländern gemacht werden wird? Wo werden wir uns denn einbringen? In welchen internationalen Gremien werden wir für diese Sache kämpfen? Wo wird das sein? Es liegt nämlich immer eine Eigendynamik in der Beschlußfassung eines Gesetzes oder in einer Entscheidung, und zwar, daß man nur dann etwas tut, wenn man in irgendeiner Form die entsprechenden Gremien hat. Und die hat man eben aufgrund entsprechender Beschlüsse.

Und dann muß man eben handeln, wenn man diese Unterstützung oder diesen Zwang von seiten des Gesetzes letztlich hat. *(Beifall bei den Grünen.)*

Das war eine Erfahrung bei der Aufhebung des Entschließungsantrages, die durch eine parlamentarische Anfrage an Bundesminister Schüssel ganz klar geworden ist. Wir haben ihn damals, bevor der Entschließungsantrag aufgehoben wurde, gefragt, welche Gespräche er im Rahmen des GATT oder mit anderen Gremien schon geführt hat, damit diese Zollerhöhung eingeführt wird. Und damals — und das steht auch in der Anfrage — hat bei einer dieser Sitzungen mit der Frau Umweltministerin ein Vertreter des Wirtschafts-

Monika Langthaler

ministeriums ganz deutlich gesagt: Wir haben versucht, Kontakte zu knüpfen und zu verhandeln, solange der Entschließungsantrag gültig war, solange wir mehr oder weniger den Auftrag hatten, etwas zu tun. — Nachdem der Entschließungsantrag in diesem Punkt sistiert wurde, wurden die Verhandlungen abgebrochen und wurden diese multilateralen Gespräche und die Versuche, andere zu überzeugen, sofort eingestellt.

Und die Befürchtung ist wohl berechtigt, und sie wird leider auch eintreffen und Wirklichkeit werden, daß es, sobald dieses Gesetz aufgehoben ist, wohl kaum wieder zu einer großartigen Initiative von seiten Österreichs kommen wird. Man wird aufgrund der unangenehmen Erfahrungen mit anderen Ländern und aufgrund des Gesichtsverlustes vielmehr in dieser Causa gar nichts mehr anrühren, sondern sich eher nach dem Motto verhalten: „Da haben wir uns einmal die Finger verbrannt, da werden wir jetzt nicht gleich wieder etwas tun!“

Und unverständlich ist das — das kann ich nur immer wieder betonen — vor allem deshalb so sehr, weil es noch eine Möglichkeit für alle Beteiligten gegeben hätte, etwas Gescheites aus dieser verfahrenen Situation herauszuholen. Es ist — das müssen Sie ehrlich zugeben — auch für Ihr Bild und für Ihre Situation nicht unbedingt eine Werbung, wenn man ein Gesetz, das man im Juni hier beschlossen hat, so offensichtlich nach einer Erpressung durch Malaysia und Indonesien wieder fallen läßt. Sie müssen doch spüren, merken, erkennen, nicht nur in den diversen Berichten, sondern auch in Diskussionen mit anderen Menschen, welch ungeheuren Flop der gesamte Nationalrat einstecken muß. Es ist eine Enttäuschung, aber es ist vor allem eine unglaubliche Blamage. Das ist nach zehn Unterausschüssen, bei denen man alles und jedes, nämlich gerade auch das Problem, wie man in Ländern wie Malaysia und Indonesien reagieren wird, diskutiert hat, bei denen man gesagt hat, daß man dort hinunterfahren und die Leute informieren muß, blamabel.

Und im zweiten Bereich des Entschließungsantrages, wo es um die konkrete Unterstützung dieser Länder ging, wo es . . . (Abg. Schieder: *Das hat aber nichts mit der Dringlichen zu tun! Das betrifft den ersten Tagesordnungspunkt der nächsten Sitzung!*) Na selbstverständlich, Herr Abgeordneter Schieder! Selbstverständlich hat das mit der Dringlichen zu tun, das ist ja der Fehler, den auch Sie dauernd begehen, daß Sie das Tropenholz ausschließlich auf ein Stück Holz, das markiert werden soll, reduzieren und nicht in seiner Gesamtheit betrachten. (Abg. Schieder: *Aber der parlamentarische Ablauf ist nicht Gegenstand der Dringlichen!*)

Der Gegenstand der dringlichen Anfrage ist die Novellierung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes.

Sie haben das Tropenholzkennzeichnungsgesetz, Herr Abgeordneter Schieder, sicher gelesen, denn Sie haben es ja mit beschlossen. Und Sie werden es dann auch wieder selbst außer Kraft setzen. Oder waren Sie, wie so viele andere Kollegen auch, im Juni nicht dabei? Dieses Gesetz wurde gemeinsam verabschiedet mit einem Entschließungsantrag, in dem unter anderem ein ganzes Paket, nämlich die Unterstützung für diese Länder im Bereich eines Waldfonds, enthalten war. Und es war auch der Außenminister aufgefordert, mit diesen Ländern, was die Menschenrechtsaspekte betrifft, Gespräche zu führen, gerade auch im Hinblick auf die Problematik von Rodungen in diesen Ländern. All das war in diesem Regenwaldpaket enthalten. (Abg. Schieder: *Herr Präsident! Die Rednerin spricht dauernd von einer Sache, die nichts mit der Dringlichen zu tun hat!*) Herr Abgeordneter Schieder! Sie können nicht einfach Zwischenrufe machen, die falsch sind! Sie fordern hier Dinge ein, die in der Sache tatsächlich unrichtig sind.

Faktum ist, daß es in dieser Problematik nicht nur um ein einziges Pickerl geht, sondern um ein ganzes Tropenholzpaket. Und dieses ist sogar mehr als Symbol. Es ist ein Punkt, anhand dessen man wirklich die Politik dieses ganzen Landes aufzeigen kann, vor allem auch deren Widersprüche, und die Gefahr, die permanent besteht, wenn man auf wirtschaftlichen Druck Rücksicht nimmt, der bis herein in dieses Haus so massiv wirkt. Und die Ökologie und die Umwelt haben hier halt eine viel zu geringe Lobby, sodaß die Umweltprobleme in den Ausschüssen nicht den entsprechenden Ausdruck finden. (Abg. Schmidtmeyer: *Dringlich heißt, daß sie eine schnelle Antwort haben wollen! Warum reden Sie dann so lang?*)

Dringliche Anfrage heißt wohl, daß wir ein Thema dringlich behandeln wollen. Und da Sie der Umweltbewegung in diesem Land und ihrer eigenen Umweltpolitik in wenigen Stunden wirklich enormen Schaden zufügen werden, indem Sie uns zurückschicken in die siebziger Jahre, wollen wir Ihnen in aller Ausführlichkeit und mit all unseren Möglichkeiten und unserer Kraft vor Augen führen, daß wir es nicht widerstandslos hinnehmen werden, wie Sie mit diesem Gesetz und mit anderen Umweltangelegenheiten umgehen, die Sie wahrscheinlich in den nächsten Monaten auch noch zurücknehmen wollen. Wir haben uns für dieses Gesetz jahrelang mit viel Engagement eingesetzt, und wir stehen und kämpfen hier auch im Namen all jener, die sich in betroffenen Ländern nicht wehren können, weil sie unterdrückt werden. Und wir kämpfen vor allem auch im Namen jener, die in den letzten Tagen vor dem Parlament gestanden sind und gefroren haben. Es gibt zum Thema „Tropenholz“ vor dem Parlament Mahnwachen von jungen Leuten, es gibt Schülerde-

Monika Langthaler

monstrationen, es gibt Studentendemonstrationen. Sie glauben doch nicht wirklich, daß wir alles widerspruchslos hinnehmen und das, was wir jahrelang erarbeitet und wofür wir mit all unserem Einsatz gekämpft haben, widerstandslos aufgeben.

Und wir haben es nicht so einfach wie Sie, daß wir die Mehrheit, das Geld und die Posten haben, sondern bei uns läuft all das, gerade in den Umweltorganisationen, in einem echten Selbstausbeutungsprozeß, wenn Sie wissen, was das überhaupt bedeutet, Herr Abgeordneter. *(Beifall bei den Grünen.)* Und da investieren wir unsere gesamte Kraft, die wir haben, und da gehen wir nicht einfach weg und sagen: Wir haben jetzt zwar jahrelang für ein Umweltgesetz gekämpft, jetzt läßt sich die Regierung aber erpressen, und da gehen wir halt wieder und sagen, es war nichts. — Wir werden hier nicht einfach weichen, wir werden allen Widerstand, den wir Ihnen hier im Parlament mit unseren Reden, mit unseren Argumenten, mit unseren Aktionen entgegenbringen können, aktivieren. Wir werden vor dem Parlament und wir werden nach diesen Sitzungen weiter in dieser Angelegenheit kämpfen. Denn wir sehen nicht ein, . . . *(Abg. Schwarzenberger: Ihre Mahnwache vor dem Parlament hat schon aufgegeben!)*

Wir sehen nicht ein, warum wir uns von Ihnen all unsere Zukunft kaputt machen lassen sollen. Herr Abgeordneter! Sie und Ihre Kollegen haben es sich offensichtlich schon gerichtet in Ihrem Leben. Sie haben es sich gerichtet! Viele von Ihnen! Vom Posten angefangen haben Sie sich alles gerichtet. Vielen hier geht es gut, und Sie denken offensichtlich nur daran, das, was Sie in irgendeiner Form erreicht haben, zu erhalten und zu bewahren. Insofern — und das zeigt auch dieses Beispiel der Novellierung der Tropenholzkennzeichnung — ist der Vorwurf an den Bundeskanzler gerechtfertigt, den viele Medien in den letzten Monaten immer wieder gebracht haben: daß er ein Verwalter in diesem Land ist und keine Visionen hat, daß es ihm um nichts anderes geht als um Machterhalt und um das Verwalten von bereits ausverhandelten oder gesicherten Lösungen, daß es um überhaupt nichts Neues geht . . . *(Abg. Schieder: Es ist eigentlich unerhört, was Sie da sagen!)* Es ist eigentlich unerhört, was hier passiert! Unerhört ist es. Glauben Sie, das macht uns so wahnsinnig viel Spaß? *(Abg. Schwarzenberger: Wir glauben schon, daß es Ihnen Spaß macht!)* Glauben Sie, das einzige, was wir uns vorstellen können, ist, all unsere Kraft aufzuwenden, hier am Rednerpult zu stehen und Ihnen zu zeigen, was für einen Wahnsinn Sie machen? Glauben Sie wirklich, daß es ein quasi masochistischer Trieb der Umweltorganisationen ist, sich in die Kälte zu stellen? *(Abg. Schwarzenberger: Ja!)* Da täuschen Sie sich sehr! Wir alle hier, und

wir sind wahrscheinlich noch unternehmungslustiger und jünger als Sie, hätten viele andere Dinge zu tun, viele andere! *(Abg. Dr. Khol: Das ist Ihr totalitärer Trieb!)* Totalitär, Herr Abgeordneter Khol? *(Abg. Dr. Khol: Ein Mißbrauch des Parlaments ist das!)* Wenn das totalitär und diktatorisch ist, um Gottes willen, ist es dann etwa kein Mißbrauch des Parlaments, wenn in einem Ausschuß nicht diskutiert wird? Was ist denn mehr Mißbrauch des Parlaments: Wenn in Ihrem Ausschuß die Firmen . . . *(Abg. Dr. Khol: Soll der Bundeskanzler fünf Stunden hier sitzen, um Ihre Tiraden anzuhören?)*

Der Bundeskanzler dieser Republik ist wohl auch diesem Parlament verantwortlich. Der Bundeskanzler dieser Republik hat sich gerade in der ökologischen Frage, in der Tropenholzcausa, zu Wort gemeldet. Der Bundeskanzler dieser Republik hat auf der größten Umweltkonferenz, die je stattgefunden hat, für lange das Wort ergriffen, und der Bundeskanzler dieser Republik kann nicht so einfach aus seiner Verantwortung entlassen werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir fordern vom Bundeskanzler dieser Republik, daß er uns hier stundenlang zuhört und hört, welche Gesetze er zu verantworten hat. *(Abg. Dr. Khol: Und genau das ist der Mißbrauch!)* Das ist kein Mißbrauch, das ist unser Recht! Das ist unser Recht als Oppositionspartei. Wir haben als kleine Oppositionspartei nicht Ihre Möglichkeiten. Wir können nicht tagelang oder wochenlang Plakate wände zu plakätieren und sagen: Wie großartig sind doch die Initiativen von seiten der Bundesregierung! Diese Möglichkeit haben wir nicht. Sie haben das Geld! Sie haben die Macht! Aber wir haben die Möglichkeit, uns zu Wort zu melden und auch für eine Gruppe der Bevölkerung zu sprechen. Denn wir sind hier nicht zehn Abgeordnete alleine, wir stehen nicht nur für eine grüne Fraktion, sondern wir stehen hier als Repräsentanten einer breit getragenen Bewegung.

Was sagen Sie denn zu den Meldungen von Weihbischof Kuntner? Ist Ihnen das Wurscht? Ich kann Ihnen auch Briefe von Kardinal König zitieren. Ist Ihnen das Wurscht? Diese Leute erwarten sich auch, daß wir da kämpfen. Mit diesen Leuten reden wir nämlich, gerade in dieser Sache, sei das mit einem Bischof Kräutler, sei das mit einem Florian Kuntner, sei es mit Kardinal König. *(Abg. Dr. Khol: Von den Bischöfen erwarte ich geistliche Führung und keine Politik! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das wäre möglich. Das stimmt. Von Bischof Krenn haben wir keinen Brief und keine Unterstützung bekommen, das ist richtig. Aber wir stehen hier nicht nur für eine kleine grüne Fraktion. Was wir hier tun, geschieht vielmehr stellvertretend für viele, viele Organisationen in diesem Land, die sich seit Wochen gegen eine Rücknahme dieses Gesetzes weh-

Monika Langthaler

ren, aber auch für viele Organisationen in Entwicklungsländern oder in Ländern, in denen es keine Demokratie gibt.

Herr Abgeordneter Khol! In Malaysia und in Indonesien dürfen Abgeordnete — was heißt Abgeordnete, dort gibt es ja gar keine Abgeordneten —, dürfen Menschen, die eine andere Meinung haben als die Regierung, als ihre Sultane oder wer auch immer, eben nicht auftreten und das sagen. Ich akzeptiere ja Ihre Meinung und Entscheidung. Ich muß akzeptieren, daß Sie hier in der Mehrheit sind und dieses Gesetz abschaffen. Aber Sie müssen uns zugestehen, daß wir für eines unserer ursprünglichsten Themen, dem unser ganzes Engagement seit Jahren gilt, hier einsetzen. Und dafür werden wir sicherlich auch die wertvolle Zeit des Herrn Bundeskanzlers in Anspruch nehmen müssen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn von der ÖVP so viele Zwischenrufe kommen, wäre in diesem Zusammenhang auch eines zu erwähnen und interessant: Die derzeitige Umweltministerin Frau Rauch-Kallat, die sich zu diesem Thema zwar nicht übermäßig stark in der Öffentlichkeit engagiert hat, hat aber immerhin doch im Ausschuß gesagt, daß sie die Rücknahme dieses Gesetzes für einen Fehler hält, daß sie sich für eine Ausweitung des Gesetzes, für eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht einsetzen würde. Sie haben sie aber völlig ignoriert. Und es ist unserer Meinung nach ein seltsamer Umgang mit Ihren eigenen Ministern, daß Sie ihre Argumente und ihre Vorschläge nicht einmal diskutieren wollen. Es ist bisher noch nicht sehr oft der Fall gewesen, daß man ein Gesetz gegen den dezidierten Willen der betroffenen Ministerin durchgesetzt hat. Sie tun das aber. Wenn Sie heute oder morgen oder wann auch immer das Gesetz betreffend die Änderung der Kennzeichnungspflicht beschließen, dann tun Sie das gegen den Willen der vollziehenden Ministerin, und das war wohl auch der Grund, weshalb Sie das als Initiativantrag eingebracht und sehr schnell und ohne Einsetzung eines eigenen Ausschusses durchgedrückt haben. Es scheint irgendwie in der ganzen Methodik dieses unsäglichen Tropenholzschlamassels zu liegen, daß Sie immer schnell, übereilt, aufgrund des Drucks von irgend jemandem zu undurchdachten und damit auch schlechten, weil nicht ausdiskutierten Entscheidungen gelangen.

Und das ist ja das Lieblingsargument von Dr. Jankowitsch: Das Gesetz wurde zu schnell gemacht, es war eine Hudlerei, es war nicht durchdacht. Ich teile diese Argumentation in diesem Fall nicht und meine: Es war durchdacht, und es war auch alles andere als schnell gemacht. Denn welches Gesetz war schon in zehn Unterausschüssen und wurde so intensiv beraten? Aber wenn man auch nur einen Teil davon akzeptiert und dem recht gibt, dann ist es doch umso unver-

ständlicher, wenn man es erneut so macht. Wenn man für die Beschlußfassung und für das Ausdiskutieren der Pros und Kontras zehn Unterausschüsse gebraucht hat, dann kann man doch wenigstens einen Unterausschuß zulassen, der zumindest ein- oder zweimal zu diesem Thema tagt, bei dem sich die Fachleute, und nicht nur die Firmenvertreter, vorrangig zu Wort melden.

Da hätten die Fachleute noch einmal beraten und überlegen können: Wie kommt man aus dem Schlamassel, und wie kann man allen Betroffenen in irgendeiner Art und Weise den Gesichtverlust ersparen! Den Gesichtverlust haben nämlich Sie erlitten, nicht wir, denn wir rücken ja nicht ab von unserer Position. Wir sagen seit Jahren immer dasselbe, nämlich daß es notwendig ist, in diesem Bereich Maßnahmen zu setzen. Wir sind standhaft geblieben. Wir meinen nach wie vor, daß diese Regelung vernünftig war und daß es auch in Österreich möglich ist, sich gegen solche Erpressungsversuche zu wehren. Sie haben den Gesichtverlust, Sie stehen da als diejenigen, die ein Gesetz schnell und schlecht gemacht haben, die sich nach wenigen Monaten erpressen lassen und sich einen Umgangston gefallen lassen, der wohl seinesgleichen sucht.

Und Sie stehen da als jene, die diesen Erpressungen sofort nachgeben, und zwar in einer enormen Schnelligkeit, als diejenigen, die sich nicht einmal dagegen auflehnen, die nicht einmal bereit sind, hier Verhandlungsoptionen anzubieten. Und ich sage Ihnen noch einmal: Die Ausdehnung der Kennzeichnungspflicht auf alle Holzarten wäre eine vernünftige Konsensfindung gewesen, das wäre ein Kompromiß sowohl für uns und für die Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen als auch — und da bin ich ziemlich sicher — für die betroffenen Länder Indonesien und Malaysia gewesen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Und eines muß man auch sagen — ich weiß nicht, ob Sie das in demselben Ausmaß bemerken wie wir —: Wenn in diesem Zusammenhang über Indonesien und Malaysia gesprochen wird, dann kommen immer auch die Menschenrechtsverletzungen unter den ganzen Grauslichkeiten, die um das Gesetz passieren, zur Sprache. Und es ist ein wichtiger, positiver Aspekt dabei, daß wenigstens einmal auch über diese Probleme geredet wird. Und Sie haben immer wieder gesagt: Diese Länder brauchen ihren Tropenholzabsatz, die wollen das, die sind wirtschaftlich davon abhängig. — Wir haben jetzt allerdings schon seit längerer Zeit, denke ich mir, durch andere Berichte gehört, daß das ein Trugschluß ist. Wenn diese Länder nämlich alles abgeholzt haben, dann haben sie überhaupt keine wirtschaftlichen Ressourcen mehr. Also stimmen Ihre Annahmen nicht, daß die Ressourcen so groß sind, daß die Notwendigkeit besteht, Holz zu exportieren.

Monika Langthaler

Schauen wir uns an, wie das in Indonesien tatsächlich ausschaut. Holz macht 1 Prozent der Gesamteinnahmen der indonesischen Wirtschaft aus. Davon bleiben der Regierung ganze 16 Prozent. Das ist die „große wirtschaftliche Kraft“. In Malaysia ist das auch nicht viel anders. Nur: In diesen Ländern vergeben die Holzkonzessionen meistens die Regierungsmitglieder beziehungsweise sind diese unmittelbar darin involviert. Und dadurch ist natürlich das Engagement der Regierungsvertreter in diesen Branchen enorm groß. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wie ist es aber mit den Arbeitskräften? 0,3 Prozent der Arbeitskräfte arbeiten — und zwar sehr kurzfristig — in der Holzindustrie. Die Holzindustrie, die dort agiert und von der Abgeordneter Kaiser meint, daß sie insgesamt in Indonesien eine langfristige und gute Umweltpolitik betreibt, hält sich nur zu 4 Prozent an die Holzforstgesetze. Nur 4 Prozent reichen die geforderten Fotos ihrer Konzessionen ein, und die sind zum Teil gefälscht!

Meistens schlägern sie über die ohnehin extrem hohe jährlich erlaubte Menge ebenso wie über ihre Konzessionsfläche hinaus.

Völlig illegale Abholzung ist weit verbreitet, zum Beispiel bei dem bedrohten Ebenholz. Es werden auch illegale Straßen gebaut. Die gebauten Straßen sind schlecht angelegt, führen zu Erosionen, Erdbeben et cetera.

Was dabei besonders wesentlich ist, ist, daß Ihr Argument, daß diese Wirtschaften so enorm von dieser Holzindustrie abhängig wären, einfach nicht stimmt. Ich meine, 1 Prozent der Gesamteinnahmen der indonesischen Wirtschaft, wovon 16 Prozent der Regierung bleiben, oder 0,3 Prozent der Arbeitskräfte, die in dieser Holzindustrie arbeiten, ist vernachlässigbar gering.

So wie wir haben wahrscheinlich auch Sie aufgrund dieser Tropenholzthematik in diesem Haus von vielen Organisationen eine Anzahl von Unterlagen, Materialien, Aufforderungen bekommen, wie zum Beispiel von der Gesellschaft für bedrohte Völker, die ganz eindringlich, ausführlich und vehement gerade auf das Beispiel der Ost-Seramesen und der West-Papuas hinweisen und vor allem auf das Problem der dortigen Methoden der Unterdrückung der Menschen und der Unterdrückung jeglicher Initiativen, die sich auch in dem Bereich engagieren, also ökologische Initiativen und jene Initiativen, die sich für mehr Mitbestimmung bei problematischen Projekten, wie den vorhin erwähnten, sehr oft von Österreich miterrichteten Projekten, einsetzen. *(Beifall bei den Grünen. — Präsidentin Dr. Heide Schimidt übernimmt den Vorsitz.)*

Man hat — das fällt uns wahrscheinlich jetzt ganz massiv auf den Kopf — die Probleme, die es in diesen Ländern gibt, und die es mit und ohne diese Tropenholzthematik gibt und gegeben hat, in Österreich kaum zur Kenntnis genommen. Wenn man will, ist diese Tropenholzproblematik, die mit der Entwicklungspolitik so eng verflochten ist, eigentlich auch ein täglich demonstriertes Zeichen, daß in Österreich überhaupt keine Entwicklungspolitik betrieben wird. Die Entwicklungshilfe ist im Bundeskanzleramt — und deshalb auch diese dringliche Anfrage an den Bundeskanzler — angesiedelt. Es gibt eine Staatssekretärin, die sich an und für sich in irgendeiner Form wenigstens zuständig fühlen müßte *(Abg. Schwarzenberger: Die ist ja auch hier!)* und die sich bis zu diesem Tag eigentlich überhaupt nicht dazu zu Wort gemeldet hat. *(Abg. Schwarzenberger: Sie haben ihr keine Gelegenheit dazu gegeben!)* Wir hätten ihr genug Gelegenheit gegeben. Es wäre im Ausschuß möglich gewesen, es wäre vor allem aber auch öffentlich möglich gewesen. Vielleicht hätte die zuständige Staatssekretärin, die irgendwie für Entwicklungspolitik verantwortlich zeichnen müßte, einfach ihr Engagement in irgendeiner Form zeigen müssen. *(Abg. Steinbauer: Irgendwie!)* Irgendwie. Ich sage das deshalb ohnehin schon so eingeschränkt, weil ja — das weiß Herr Abgeordneter Steinbauer ja viel besser als ich — Entwicklungspolitik nie wirklich ein Thema in diesem Lande war. Von der beschämenden Entwicklungshilfe angefangen war das Thema einfach nie Bestandteil tagespolitischer Diskussionen. *(Abg. Schwarzenberger: Der Bundeskanzler war klug genug, das Haus längst zu verlassen!)* Das Problem dabei ist natürlich, daß uns das jetzt dadurch, daß das hier nie wirklich ein Thema war, in Wirklichkeit auch bei dieser Problematik und bei diesem Gesetz im konkreten auf den Kopf fällt.

Wir sollten es nutzen, daß wir wenigstens — es gibt ja doch in jeder Partei ganz wenige Verbündete — diesen Fall zum Anlaß nehmen, um die Entwicklungspolitik in diesem Lande ein bißchen mehr zu theamtisieren, und versuchen, Leute zu finden, die sich viel vehementer auch von seiten der Regierung für dieses so wichtige und mit Ökologie untrennbar verbundene Gebiet einsetzen.

Ich hatte gehofft, daß die Österreicher oder die österreichischen Politiker das in irgendeiner Form auch sehen. Das hätte doch unmittelbar schon vor der großen Umweltkonferenz und nachher passieren müssen. Was war denn die große Erkenntnis der Vorbereitungskonferenzen der UNCED? Daß Entwicklungspolitik und Umweltpolitik nicht zu trennen sind. Man weiß heute: Gerade in einer immer globaler denkenden Ge-

Monika Langthaler

meinschaft kann man das eine ohne das andere nicht lösen.

Umso wichtiger finde ich deshalb die Beispiele, wo sich und wie sich österreichische Firmen mit welchen Projekten engagieren. Umso mehr muß zum Beispiel im Rahmen einer solchen entwicklungspolitischen Debatte eines ganz klar aufgezeigt werden, nämlich daß man nicht unsere veralteten Industrien exportieren und hoffen darf, daß wir bei uns die wirtschaftlichen Löcher, die wir aufgrund anders bedingter Konjunkturschwächen erleiden, so kompensieren können, daß wir das alte Graffelwerk eben in die Entwicklungsländer schicken, wo sich die Leute aufgrund nicht vorhandener demokratischer Zustände nicht dagegen wehren können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Man muß wenigstens diese Lehre aus dieser für mich wirklich katastrophalen Entscheidung, die Sie hier treffen wollen, ziehen, nämlich daß man diesen Aspekt nie mehr in einer Umweltdebatte außer acht läßt und diesen Aspekt der Auswirkungen auf diese armen Länder im Süden, der Verschiebung all unserer Probleme in diese Regionen, vergißt, nur damit wir hier weiter satt und wohlgenährt und zufrieden leben können und einfach darauf vergessen, daß es außer unserer reichen Welt und unserer angenehmen und abwechslungsreichen Tagesabläufe ja auch noch etwas anderes gibt.

Wir haben zu Beginn sehr viele Zitate gehört. Ich halte eines, aus dem hervorgeht, wie Österreich Entwicklungspolitik betreibt und mit diesen Ländern bisher umgegangen ist, für sehr bezeichnend. Da gibt es mehrere Beispiele.

Am 8. April 1992 hat der damalige Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim Malaysia besucht und hat dort offensichtlich ähnliche Eindrücke gesammelt wie Abgeordneter Kaiser, nämlich daß alles wunderbar ist. Dr. Kurt Waldheim hat eine Tischrede für das Königspaar gehalten, in der er sagte – Zitat –:

„Bewundern wir die erfolgreiche Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung in einem Land, in dem verschiedene ethnische Gruppen und Religionen zusammenleben. Dieser innere Frieden stellt seit vielen Jahren die Basis der wirtschaftlichen Prosperität Ihres Landes dar. Österreich und Malaysia sind beide den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet und davon überzeugt, daß eine nachhaltige Entwicklung der Länder der dritten Welt Teil der neuen Weltordnung sein muß.“ – Völlig absurd!

Detail am Rande: Am selben Tag, nämlich am 8. April 1992, erscheint eine APA-Meldung über die politisch bedingte Flucht des Sprechers der im ostmalaysischen Teilstaat Sarawak lebenden eingeborenen Völker, Anderson Mutang Urud aus

Malaysia. Ich weiß nicht, wer von Ihnen mit ihm gesprochen hat. Wir haben Anderson Mutang Urud aus Malaysia eingeladen. Er war hier bei uns im Parlament. Wir haben ihn manchen Abgeordneten, die wir erwischen konnten, ja auch vorgestellt, und er war in einer Sitzung. Dieser junge Mann, der sich aufgrund seines Regenwaldengagements, aufgrund seines Einsatzes enormen Repressalien ausgesetzt sah, der inhaftiert wurde, der schwere psychische und physische Folter erleiden mußte und der auch ein relativ berühmter Amnesty-International-Fall wurde, konnte an diesem Tag aus Malaysia flüchten. Er lebt derzeit in Kanada, würde sehr gerne zurückfahren, nur kann er das insofern noch nicht, weil er sofort wieder inhaftiert werden würde. Und das am selben Tag, an dem unser ehemaliger Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim darauf hinweist, daß in Malaysia die Menschenrechte und die Demokratie hochgehalten werden.

Hunderte malaysische Ureinwohner wurden in den vergangenen Jahren verhaftet. Hunderte von ihnen befinden sich nach wie vor in Haft. Wir haben diese Informationen, so wie Sie wahrscheinlich auch, nur bewirken sie bei Ihnen offensichtlich nach wie vor sehr wenig.

Hunderte dieser Personen können nicht ihre Meinung, können nicht ihr Engagement, können nicht ihre Interessen für sich selbst dort wahrnehmen, ohne eben eingesperrt und gefoltert zu werden.

Gerade weil sie es nicht können und gerade weil es sowohl in Indonesien als auch in Malaysia nur die Regierung ist, die dort bestimmt, und man den Oppositionspolitikern und den Organisationen nicht nur nicht zuhört, sondern sie sofort einsperrt und foltert, ist es unsere Verpflichtung – das glauben wir –, daß wir hier stehen müssen und Ihnen die Fälle dieser betroffenen Menschen immer wieder vorbringen müssen und Sie darauf hinweisen müssen, daß das, was Sie tun, unmittelbare Auswirkungen hat, nicht nur jetzt in Österreich, sondern letztlich auch Signalwirkung und damit unmittelbare Auswirkung in den betroffenen Ländern, in denen diese Menschenrechte unterdrückt werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was die Informationspolitik betrifft – insofern ist es auch wichtig, bei all diesen Diskussionen zu wissen, was die indonesische Regierung sagt, wie ernst man die diversen Informationen nehmen kann –, muß man auch auf das hinweisen, was im Amnesty-International-Bericht festgestellt wurde, nämlich daß die Regierung dort trotz wiederholter Aufforderung von Amnesty International zu dem immer wieder erhobenen Vorwurf von Menschenrechtsverletzungen keine Antworten gegeben hat. Trotz häufiger Ersuchen kann Amnesty International schon seit mehr als 17 Jahren nicht mehr Indonesien oder Osttimor besuchen.

Monika Langthaler

Das heißt, es wurde dort bis zum heutigen Tag, und das eben seit 17 Jahren, den Leuten, die genauer recherchieren wollen, was denn dort nun tatsächlich passiert, die Untersuchung verwehrt.

Nicht die Untersuchung verwehrt wird natürlich unseren Regierungsdelegationen, die – das scheint mir ja so typisch zu sein für die ganze Vorgangsweise und die Betrachtung des Themas – ausschließlich mit Regierungen und Leuten verhandelt haben, die massiv von dieser Art der Holzwirtschaft und von der Vernichtung des Regenwaldes profitieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir sollten wirklich das Motto beachten, das von den Penans in Malaysia stammt, einem Volk in Sarawak, mit dem Bruno Manser sehr lange gelebt hat, sieben Jahre. Er ist ein Schweizer Umweltschützer, er war auch hier im Parlament, er ist ein alter Tropenholzkämpfer. Er hat übrigens auch Briefe geschrieben, an den Bundeskanzler, an andere Regierungsmitglieder, natürlich auch an uns. Diese Penans haben einen Satz geprägt, der so etwas wie ein Motto geworden ist für sehr viele Völker, die im Regenwald leben. Er lautet: *Ihr habt die Welt, laßt uns den Wald!* – Dieses Motto beinhaltet einen Punkt, der immer wieder viel zu wenig in dieser Debatte berücksichtigt wird. Das ist das, was der Wald insgesamt für diese Menschen bedeutet, das ist das, was die Leute aus diesen Wäldern als Jäger und Sammler, als die sie dort leben, letztlich bekommen.

Die Penans sagen in einer Resolution, die sie an die reiche Welt, also an uns, richten: Nicht lange ist es her, daß wir noch glücklich waren. Die Flüsse waren noch nicht verschmutzt, die Fische nicht vergiftet. Wir lebten zufrieden im Wald. Nun sind die Holzfäller da. Unser Land ist zerstört. Die Holzfällerkonzerne betrügen uns, machen uns das Leben schwer. Wir wollen unsere großen Bäume behalten. Das Land ist gut so, wie es ist, ohne Spuren der Bulldozer. Seit Jahrtausenden leben wir und andere Ureinwohner als Jäger und Sammler in den Regenwäldern Borneos. Doch seit den siebziger Jahren schlägern Holzkonzerne, vor allem japanische, Tag und Nacht in den Regenwäldern. Das Leben hat sich für die heute 5 000 Penan drastisch verändert. Nur mehr rund 300 Familien können nomadisch leben, der Rest wurde sesshaft gemacht und in Langhäusern untergebracht. Sie leben nun in Barackenlagern, von Krankheiten und Elend gezeichnet. Immer tiefer fressen sich die Straßen der Holzfäller in die einst unberührten Wälder der Penan. Sarawak beherbergt eines der reichsten Ökosysteme der Erde. Bereits 70 Prozent der Tropenwälder sind durch den skrupellosen Holzeinschlag zerstört.

Sarawak ist auch wirklich in vielen Medien, von vielen Menschen, sei es vom Europaparlament, sei es von der Weltbank, sei es aber auch von Al Gore, als eines der Beispiele gezeigt worden, wo

man wirklich am besten *(Abg. Steinbauer: Den Al Gore überschätzt du!)* – das kann sein, aber man kann ihn derzeit noch zitieren – den Einfluß der korrupten Menschen in diesen Ländern aufzeigen kann.

In seinem Buch schreibt er in dem Kapitel „Selbstverantwortung“, das, denke ich, ein zentrales Thema ist bei der Frage, ob man ein Gesetz, das man vor einem dreiviertel Jahr beschlossen hat, wieder novelliert, bei diesem Punkt „Selbstverantwortung“ gerade auch von Politikern schreibt Al Gore:

„Wenn der Mangel an Verantwortlichkeit auf Korruption zurückgeht, ist der Schaden, den die Demokratie erleidet, besonders ernst. Und in zahlreichen Ländern ist Korruption eine der Hauptursachen der Umweltzerstörung. Um nur eines von buchstäblich Tausenden von Beispielen herauszugreifen: Konzessionen zur Abholzung des Regenwaldes von Sarawak in Ostmalaysia wurden vom Umweltminister für Sarawak persönlich verkauft. Obwohl er durch sein Amt für den Schutz der Umwelt verantwortlich war, bereicherte er sich persönlich, indem er die Genehmigung zu ihrer Zerstörung verkaufte.“

Das passiert, wie Sie wissen, nach wie vor, und das hat auch dazu geführt *(Abg. Marizzi: Wieviel importiert Amerika an Tropenholz?)*, das hat auch dazu geführt . . . *(Abg. Marizzi: Sie haben ja gerade Amerika zitiert!)*

Das können wir dann gleich diskutieren. Ich verstehe nur nicht, warum ist es immer ein Argument, daß man sagt: Die anderen sind ja auch schlecht.

Ja, ich habe einen Umweltpolitiker zitiert, der die Sache sehr gut auf den Punkt bringt. Und das tue ich vor allem auch deshalb, weil ich immer annehme oder auch aus Ihren Zwischenrufen entnehme, daß Sie Grünen, wenn die hier etwas sagen, oder auch Umweltorganisationen das nicht abnehmen, daß das irgend etwas ist, was Sie eigentlich als unseriöse Quelle betrachten, weshalb es notwendig ist, Ihnen viele andere Quellen zu zitieren, um Ihnen zu zeigen: Bitte, das ist nicht etwas, was nur Grüne sagen, die Ihrer Ansicht nach ohnehin nicht wissen, wovon sie reden, sondern daß das belegbare Dinge sind, deren Beurteilung von vielen Menschen und von vielen sehr bekannten und in wichtigen Positionen sitzenden Menschen geteilt wird. *(Beifall bei den Grünen.)*

Die Penan und andere Ureinwohner in Malaysia blockieren seit 1987 friedlich die Holzfällersstraßen. Es kam im Juli 1991 zu einer Verhaftungswelle. Auch Umweltschützer aus Europa und den USA, die an den Blockaden teilnahmen, wurden damals ins Gefängnis von Sarawak gesteckt. Vielleicht haben manche von Ihnen das

Monika Langthaler

auch in den Medien damals gelesen. Wichtig ist nur: Es hat sich nicht so viel an der ganzen Sache geändert. Der Punkt ist nach wie vor, daß dort Umweltschützer, jene, die sich gegen die Regenwaldzerstörung, gegen die Zerstörung ihrer ureigensten Lebensräume wenden, nach wie vor kriminalisiert werden und eingesperrt werden. Es droht vielen von ihnen nur deshalb, weil sie dort sitzen, zum Teil vor den Bulldozern sitzen, vor diesen zerstörenden Maschinen sitzen, eine Gefängnisstrafe von bis zu zwei Jahren Haft.

Die Proteste dieser Völker, die Proteste der Gruppen in Indonesien, die Proteste, die es auch in anderen Ländern, jetzt nicht nur in diesen südostasiatischen Ländern gibt, die es zum Beispiel auch in Brasilien gibt, die dort massiv von den vielen Indianerstämmen erhoben werden — wir haben es vorhin gehört, es sind über 87 Stämme ausgerottet worden unter anderem auch durch die Regenwaldvernichtung —, richten sich zu Recht an eine reiche Erste Welt, die immer mehr, gerade in den letzten Jahren, so etwas wie ein humanistisches Weltbild zeichnet, die immer mehr versucht, bei anderen Konflikten, wo es halt jetzt viel unmittelbarer um Krieg und Zerstörung geht, einzugreifen.

Es wird eigentlich erwartet, ganz allgemein, daß hier die Erste Welt, die sogenannte zivilisierte Welt, einschreitet, diese Massaker stoppt. Diese Leute verstehen nicht, warum mit zweierlei Maß gemessen wird bei Ländern wie Irak und Kuwait und sicherlich auch bei den Ländern im Jugoslawienkonflikt. Sie verstehen es nicht, und sie fordern von uns — das tun sie wohl zu Recht —, daß wir uns ihrer Sache und ihrer Not annehmen, die sie gerade auch in Indonesien und in Malaysia zu erleiden haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist ja auch so, daß beim Beispiel Sarawak sogar die ITTO, die hier auch immer wieder als Zeuge angeführt wird dafür, daß in den Beratungen zum Thema Tropenholz von dort und von diesen Sitzungen der vehementeste Widerstand gegen die österreichische Regelung kam, daß gerade auch diese Delegation, die von der ITTO nach Malaysia, nach Sarawak geschickt wurde, zugegeben hat, daß das, was dort passiert, einfach nur das Wort „schrecklich“ verdient. Sie sagen, Malaysia zeige eine völlige Ignoranz für die Arbeit der ITTO, eine völlige Ignoranz für den vernünftigen Versuch einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

Die ITTO hat 1990 eine Delegation nach Sarawak geschickt, in deren Bericht festgestellt wird, daß permanent gegen auch von dort vorgegebene Schlägerungsraten verstoßen wird, daß eine Reduktion von derzeit 13 Millionen Kubikmeter Rundholzschlägerungen auf 9 Millionen notwendig sei und daß in den letzten zwei Jahren, obwohl es allen bekannt war, daß bei dieser Schläge-

rungsrate in fünf bis sieben Jahren überhaupt kein Wald mehr dort sein wird, das Doppelte geschlägert wurde, nämlich 18 Millionen Kubikmeter. *(Abg. Dr. Khol: Ein Wahnsinn!)*

Ja, das ist wirklich ein Wahnsinn! Ich weiß, Herr Dr. Khol, das interessiert Sie wenig. Es wundert mich bei Ihnen sehr, es wundert mich bei Ihnen wirklich sehr, weil Sie bei anderen außenpolitischen Fragen *(Abg. Dr. Khol: Ich höre Ihnen seit 4 Uhr früh gebannt zu!)*, bei anderen politischen Fragen interessiert sind, zu denen Sie hier das Wort ergreifen und bei denen ich Ihnen sehr oft sehr gerne zuhöre, weil es interessant ist, auch wenn ich oft anderer Meinung bin. Es wundert mich, daß Sie bei einem Punkt, der nur ein bißchen weiter weg ist, nämlich Indonesien oder Malaysia, überhaupt kein Interesse zeigen. *(Zwischenrufe.)*

Der Abgeordnete Steinbauer ist der einzige von euch, der mit uns mitstimmt. Das ist ein Argument dafür, daß ich noch hoffen kann, alle anderen davon zu überzeugen, wenn für diesen Bereich Abgeordneter Steinbauer zuständig ist, mit dem ich in dieser Frage wunderbar zusammenarbeiten kann. *(Abg. Dr. Khol: Das freut mich!)*

Ja, mich freut es auch, Herr Abgeordneter Khol, aber dann muß es doch so sein, daß hier mehr als nur Abgeordneter Steinbauer für diese Sache zu gewinnen sind und vor allem die Einsicht Platz greift, daß das, was Sie hier machen, nicht nur Österreich betrifft, nicht nur das Holz in Österreich, sondern ganz einfach die Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern. *(Abg. Dr. Khol: Ich wende mich nicht gegen das, was Sie sagen, ich wende mich dagegen, daß Sie es so lange sagen!)*

Herr Abgeordneter Khol! Ich habe mehrmals schon versucht, darzustellen, daß eine kleine Oppositionspartei nicht wahnsinnig viele Mittel hat bei der Behandlung eines solchen Themas, das ihr so am Herzen liegt. Ich weiß nicht, ob Sie auch Themen haben, für die Sie sich so stark, als es nur ginge, einsetzen würden, bei denen Sie sich unter Einsatz all Ihrer Kräfte gegen eine Übermacht aufbäumen, mit der Sie manchmal vielleicht auch nicht zufrieden sind. Dann gestehen Sie bitte uns — stellvertretend für viele, viele Umweltorganisationen — zu, daß wir unter eigener Ausbeutung unserer Kräfte hier reden und für diese Menschen sprechen. *(Abg. Dr. Khol: Aber ich mißbrauche nicht das Parlament!)* Zur Frage des Mißbrauchs des Parlaments. Warum stellen Sie die Frage nie, wenn beispielsweise die FPÖ in einer Sitzung zwei Dringliche einbringt? *(Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Weil sie die brauchen!)* Warum wird da nie die Frage nach dem Mißbrauch des Parlaments gestellt? Warum ist immer nur die grüne Fraktion angeklagt, wenn es um Mißbrauch des

Monika Langthaler

Parlaments geht? Sie messen hier mit zweierlei Maß, Herr Abgeordneter Khol! (*Zwischenrufe.*)

Wissen Sie, was für mich gestern wirklich erschütternd war? Als Abgeordneter Haider den Antrag auf „Ende der Debatte“ beim Tagesordnungspunkt Jute eingebracht hat. Wie wunderbar sich alle wieder verstanden haben mit der ach so braven, dann doch wieder braven FPÖ, wie da die Shakehands und das Schulterklopfen gekommen sind, wie gut da das Einverständnis war! (*Ruf bei der ÖVP: Was hat das mit Tropenholz zu tun?*) Nein, es hat nichts mit Tropenholz zu tun. Es zeigt nur, wer nach wie vor Ihre tatsächlichen Freunde da herinnen sind, mit wem Sie sich nach wie vor gut verstehen. Er hat euch geschimpft, „Gesindel“, „Bagage“, mindestens so arg, wie er das Liberale Forum geschimpft hat. Aber sobald er etwas unternimmt, um die Grünen niederzumachen: Super, da sind wir wieder die besten Freunde; Shakehands mit Herrn Haider, der sonst der Buhmann der Nation ist. — Da zeigen Sie genausowenig Courage, genausowenig Charakter wie bei der Frage des Tropenholzes. (*Rufe bei der ÖVP: Zur Sache! Tropenholz!*) Womit wir wieder bei der Sache Tropenholz wären. Es ist gerade in der Frage tatsächlich alles miteinander verbunden.

Es ist ja auch kein Zufall, wie versucht wurde, mit unserer Kritik, mit den grünen Argumenten im Ausschuß umzugehen. Hätten Sie uns halt zugestanden, daß man noch einmal in einer Sitzung eines Unterausschusses darüber und auch über den freiheitlichen Antrag diskutiert, noch einmal in Ruhe diskutiert. Dann hätten wir uns eine lange Nacht erspart — wir uns viele Kräfte, Sie sich viele Stunden und Kräfte.

Warum? — Sie werfen uns Mißbrauch des Parlamentarismus vor, wenn wir nicht die Möglichkeit haben, in einem Ausschuß in Ruhe Ihre Fehler, die Sie schon damals gemacht haben, die Sie jetzt in ganz drastischer Weise machen, zu verhindern.

Was wir ja offensichtlich viel mehr wollen als Sie, das sind vernünftige, und zwar für alle tragbare Umweltgesetze. Und wir waren enorm konsensbereit, enorm konsensbereit. Aber Sie haben die Tür zugeschlagen! Wenn Sie die Tür zuschlagen, dürfen Sie sich nicht wundern, daß wir unsere Argumente, die wir sonst im Ausschuß vorgebracht hätten und die wir ausführlich in Unterausschüssen beraten hätten können, hier vorbringen. Dann müssen Sie sich gefallen lassen, daß wir gerade die Fragen der Menschenrechtsproblematik in diesen Ländern, die unmittelbar mit diesem Tropenholzgesetz zusammenhängen, an Sie richten. Sie müssen sich gefallen lassen, daß wir Ihnen die Zahlen derjenigen Menschen nennen, die in Indonesien umgebracht worden sind, der Zigtausenden, Hunderttausenden Menschen, die

nach wie vor in den Kerkern sitzen und gefoltert werden. Und ich sage es Ihnen noch einmal: In Indonesien sind das seit den siebziger Jahren 1 Million Menschen, die da systematisch umgebracht worden sind von einem Regime, das aufgrund seiner politischen Einstellung nicht zu akzeptieren ist. Sie ziehen es aber vor, mit einem solchen Regime Geschäfte zu machen, und das können wir nicht akzeptieren! (*Beifall bei den Grünen.*)

Eines ist auch interessant, nämlich, daß es ja eigentlich — offensichtlich zum Teil anders als in Österreich — manchmal auch in großen Institutionen zu Änderungen der Sichtweise kommt. Die Weltbank beispielsweise, die ja viele Jahre, und ich meine auch zu Recht, so etwas wie der Buhmann aller Ökologen und auch aller Entwicklungshelfermenschen war, diese Weltbank hat doch in den letzten Jahren in einigen Bereichen eine etwas andere und ökologischere Linie, wie etwa jetzt — wo wir es aktuell erleben — in der Frage Temelin, wo eine Umrüstung zum Gaskraftwerk befürwortet wird.

Es ist auch hier beim Tropenholz so, daß die Weltbank in einem Bericht, und zwar 1991, einen sehr eindeutigen Schluß zu den Praktiken der Tropenwaldrodung in Malaysia gezogen hat. Der Weltbankbericht von 1991 kommt zu dem Schluß, daß die gegenwärtigen Praktiken der Waldbewirtschaftung von Nachhaltigkeit weit entfernt seien. Allem Anschein nach teilen viele, auch Beamte in der Weltbank und im malaysischen Bereich, diese Meinung, denn der Weltbankbericht beginnt damit, daß sie sagen: Eine der Fragen, die von malaysischen Beamten gestellt worden sind, ist, ob Forstwirtschaft in Malaysia als nachhaltige Wirtschaft bezeichnet werden sollte. So wie die Bank das sieht, würde das keine angemessene Beschreibung sein, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten. Die gegenwärtige Praxis verfehlt vor allem aus zwei Gründen den Anspruch der Nachhaltigkeit: a) die Rodungen werden planlos ausgeführt, sie bewirken maßlosen unnötigen Schaden am zurückbleibenden Wald und verhindern dadurch Regeneration in der erwarteten Quote, und b) der regenerierende Wald wird zu oft frühzeitig wieder gerodet, wobei die Vorschriften nicht eingehalten werden, was schließlich zur völligen Waldvernichtung führt.

Das ist ein so typischer Punkt und eine so wesentliche Passage, die den Punkt betrifft, wie Sie das Gesetz jetzt novellieren wollen. Denn was Sie hier machen wollen, ist, daß Sie die Tropenholzkennzeichnungspflicht für alle Tropenhölzer in ein Gütesiegel, in ein ausschließliches Gütesiegel umwandeln wollen. Man muß dazu sagen, dieses Gütesiegel hat es theoretisch jetzt auch schon gegeben in dem Gesetz, aber Sie wollen jetzt ein ausschließliches Gütesiegel für nachhaltige Höl-

Monika Langthaler

zer. Diesbezüglich bestätigt aber die Weltbank — also wirklich eine zu zitierende Quelle, die wohl fern jeglichen grünen Einflusses ist — wie so viele andere, wie auch die Umweltministerin — das war sogar noch Bundesministerin Flemming und nachher Bundesministerin Feldgrill-Zankel, und auch die jetzige sagt das in schriftlichen parlamentarischen Anfragebeantwortungen —, daß es eben kaum bis keine nachhaltige Nutzung gibt, weshalb auch ein solches Gütesiegel und ein Gesetz für ein solches Gütesiegel ein Unding ist, letztlich eine Augenauswischerei, ein Sand-in-die-Augen-Streuen für engagierte Menschen, denn das gibt es nicht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Der ausführliche Bericht der Weltbank über Saráwak hat vor allem auch dazu geführt, daß eben das Europaparlament eine entsprechende Resolution gefaßt hat, und dieses Thema Saráwak hat dann auch wirklich ganz stark, jedenfalls in vielen, vielen europäischen Ländern und in Amerika, dazu geführt, daß man gesagt hat, aus Saráwak will man überhaupt kein Holz mehr importieren. Mit unserer Regelung ist natürlich auch alles, was zu einem Schutz und zu einer Veränderung in Malaysia, im Gebiet Saráwak führen würde, hinfällig.

Vielleicht hat jemand von Ihnen einmal im Jänner das „Morgenjournal“ gehört, in dem ein Bericht über den Sultan von Saráwak gebracht wurde, der dort auch unter anderem die Holzkonzessionen vergibt und der, weil es ihm gerade offensichtlich so lustig war, mit einem Golfschläger einen Caddie von ihm erschlagen hat, weil dieser ihm in irgendeiner Form widersprochen hat.

Dieser Sultan steht außerhalb jeglicher Gerichtsbarkeit in Malaysia. Man hatte mit ihm schon einige Probleme. Einmal hat er einen Kellner — wahrscheinlich war er unfreundlich — erschossen. Der war auch tot, so wie sein eigener Caddie vom Golfspielen das Ganze nicht überlebt hat.

Der Punkt ist, dort sind jene, die das wirkliche Geld verdienen, die die Konzession vergeben, nämlich die Sultane, außerhalb jeder Gerichtsbarkeit, jeder Verantwortung. Sie gehen dort mit den Leuten in einer Art und Weise um, wie wir uns das zum Teil nicht einmal in unseren kühnsten Träumen vorstellen könnten.

Dies führt eben dazu, daß ohne allzugroßen Widerstand diese Rodungen im Saráwak vorgenommen werden, und die Weltbank hat in ihrem Bericht auch festgehalten: Da über 70 Prozent der Wälder Saráwaks bereits gerodet seien, werden vor Mitte des nächsten Jahrhunderts nur wenige Flächen für eine weitere Rodung zur Verfügung stehen, was wiederum eine existentielle Krise der Holzindustrie nach sich ziehen wird, wenn die Versorgung innerhalb der nächsten Jahre ra-

pide gegen Null gehen wird. Das Auslöschten der Holzindustrie kann laut Weltbank nur verhindert werden, wenn die Rodungsrate drastisch gesenkt wird.

Jetzt frage ich Sie: Wenn auch Sie der Meinung sind, daß man Maßnahmen setzen soll, mit denen man erreicht, daß Rodungsraten verringert werden, daß einfach diese Länder dazu gebracht werden, ihren Stil der Rodung, der Holzbewirtschaftung zu verändern, ja welche Mittel gibt es denn dann?

Es zeigt genau diese Vehemenz, mit der Indonesien und Malaysia sich hier zur Wehr gesetzt haben, daß eben diese Kennzeichnungspflicht eine Möglichkeit gewesen wäre, ein Hebel gewesen wäre, um an dieser von ihnen praktizierten Rodung in dieser Art und Weise etwas zu verändern. Denn eines sieht man auch, wenn man die Auswirkungen unseres Gesetzes in den letzten Monaten in den Sitzungen der ITTO verfolgt: daß allein dieser Punkt, daß in einem Land ein Gesetz beschlossen wird, in dem eine Kennzeichnung steht, zu so viel Diskussion geführt hat, wie es Jahre zuvor nie möglich gewesen wäre. Fünf, sechs Jahre vorher ist es nicht gelungen, dieses Thema auch nur annähernd so zu thematisieren, zu diskutieren, wie in wenigen Wochen aufgrund unserer Gesetzesinitiative.

Das war ganz einfach ein Erfolg, es ist ein Erfolg, daß man über dieses Thema so intensiv geredet hat. Es ist so fatal — das wird man sehen in den nächsten Sitzungen dieser ITTO —, daß hier ein Rückzieher gemacht wird, denn damit fällt man in diesen Sitzungen in eine wirklich vorsintflutliche Zeit zurück. Darüber hinaus entzieht man all den anderen Ländern, die hier nachziehen wollten, jegliche Motivation.

Man kann es nicht oft genug sagen: Dieser Punkt, nämlich daß man hier eine Regelung macht, könnte nicht nur in Österreich und für unseren kleinen österreichischen Markt mit den erwähnten rund 20 000 Tonnen, die wir da importieren, jetzt irgend etwas bewirken oder verändern, sondern genauso dramatisch wäre es eben für viele andere Länder in Westeuropa, die wirklich in wenigen Monaten, nehme ich an, unserem Beispiel gefolgt wären. Das kann man jetzt wohl wirklich vergessen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Lassen Sie mich doch auch noch etwas sagen zu dieser vielzitierten und immer wieder eben auch hier gerade bei der Novellierung im Vordergrund stehenden Frage der Nachhaltigkeit und der Ökologie.

Es wurde damit argumentiert, daß man nicht diskriminierend vorgehen solle, sondern auszeichnend, also man soll nicht ein Produkt bestrafen, weil es so böse ist, sondern man soll ein Pro-

Monika Langthaler

dukt, weil es so besonders gut ist, auszeichnen. Es hat einmal diese Logik eine wesentliche Voraussetzung, nämlich daß es auch so gute Produkte gibt, die man auszeichnen könnte. Und das ist schon einmal der erste Punkt, warum das nicht funktionieren kann, weil es eben diese guten, also nachhaltig bewirtschafteten Holzarten nicht gibt.

Da ist noch ein wesentlicher Aspekt, der immer wieder in der Diskussion vergessen wird, vernachlässigt wird: Man vergleicht so leicht immer österreichische Bedingungen mit denen in diesen betroffenen Ländern und vergißt, daß das so komplexe und in sich zusammenhängende Ökosysteme sind. Sobald man hier einen Bereich entfernt, einen Bereich zerstört, wird das gesamte Ökosystem in sich zerstört. Es ist eben kein Wunder, und es ist nicht nur durch die Rodung an sich, daß, wie vorhin erwähnt, täglich 50 bis 300 Arten aussterben aufgrund dieser Rodungspolitik und aufgrund dieser Vorgangsweise im Gesamtbereich der Tropenhölzer. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nun gibt es auch — diese Publikationen häufen sich eigentlich immer mehr — Einwände oder Befürchtungen, daß unsere Vorstellung von nachhaltiger Nutzung der Tropenwälder und des Wiederaufforstens einen gegenteiligen Effekt haben könnte als den, den sich viele wünschen würden, und daß nicht nur keine Primärwälder — das geht sowieso nicht — wieder in irgendeiner Form hergestellt werden würden, sondern daß diese dann möglicherweise industrielle Nutzung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung die Regenwaldzerstörung letztlich noch forciert. Also man würde genau das wieder erreichen, was man angeblich von seiten der Industrieländer vermeiden wollte: Man erreicht nicht den Schutz der Regenwälder, indem man jetzt die gesamte Regenwalddebatte auf diese Nachhaltigkeit reduziert, sondern man erreicht das Gegenteil: Es wird immer mehr und immer intensiver zerstört.

Es ist ganz falsch, und es ist zum Teil wahrscheinlich eine bewußte Irreführung oder ein Ablenken von den wirklichen Themen, wenn man glaubt, die nachhaltige Waldbewirtschaftung würde in diesen Bereichen das Problem lösen. Zum Teil ist tatsächlich das Gegenteil der Fall. Das zeigen immer mehr Publikationen im Bereich der Holz- und Forstwirtschaft.

Das Konzept der Nachhaltigkeit, das bisher hier forciert wurde und das versucht, die Waldbewirtschaftung nach ähnlichen Kriterien wie bei uns anzulegen, kann schon deshalb nicht stimmen, weil das ganz unterschiedliche Ökosysteme sind.

Die Forstwirtschaftler, die hier publizieren, meinen, daß dieses Konzept und diese Überlegung, daß man Tropenwälder kontinuierlich überführt in sozusagen erntereife Wirtschaftswäl-

der, zur Befürchtung Anlaß geben, daß sie genau das Gegenteil von dem bewirken, was man gerne hätte.

Es ist bisher in der Argumentation über dieses Gütesiegel so gelaufen, daß man vorgegeben hat, wenn man die Waldprojekte dieser Länder — da gibt es auch ein paar Initiativen des Waldfonds — forciert, dann wäre das der Hebel, um gegen diese Tropenwaldzerstörung etwas auszurichten. Doch ich sage noch einmal: Das Gegenteil ist der Fall! *(Beifall bei den Grünen.)*

Warum ist das so? Die Biologie und die Böden dieser Tropenwälder sind sehr komplex. Das wird von uns negiert, weil wir immer glauben, wir wissen das alles besser. Weil wir halt angeblich zivilisierter sind und zivilisiertere Umgangsformen haben, deshalb meinen wir, wir wissen auch sehr viel über die Ökosysteme, über die Böden und über die Arten dort. Faktum ist, daß wir bis zum heutigen Tag sehr, sehr wenig über die Artenvielfalt — zwar über die Zahl aber nicht über die genaue Artenvielfalt — Bescheid wissen. Die meisten Arten sind nicht bekannt, geschweige denn registriert oder beschrieben. Wirklich fundierte Fachkenntnisse und Erfahrungen sind Mangelware.

Das ist auch nach wie vor einer der Gründe, weshalb es keine Kriterien für diese nachhaltige Waldbewirtschaftung gibt. Das ist ja ein doppeltes Problem: Man schafft hier ein Gesetz zur Prämierung von Produkten, die es eigentlich nicht gibt, und bei diesen Produkten, die es eigentlich nicht gibt, wendet man Kriterien an, die man gar nicht hat. Also in sich doppelt unsinnig, aber es fällt Ihnen wahrscheinlich, wenn Sie dieses Gesetz beschließen, nicht einmal auf, daß Sie hier den gebündelten Unsinn beschließen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Fest steht jedenfalls — so viel weiß man doch von den Projekten, die man mit dieser nachhaltigen Waldbewirtschaftung durchführen will —, daß durch die gezielte Veränderung der biologischen Zusammensetzung, durch Nachpflanzungen zur Vermehrung wertvoller Hölzer eine drastische Reduzierung der Artenvielfalt in jedem Fall gegeben ist. Das heißt — eine alte Weisheit —, wenn Sie den Primärwald gerodet haben, so ist dies, auch wenn Sie durch die besten und noch so gut angelegten Möglichkeiten diese Wälder in irgendeiner Form wieder in einen ursprünglichen Zustand bringen, der dann auch Jahrzehnte andauern würde, mit einem gleichzeitigen großen Verlust an Artenvielfalt verbunden. Selbst dann, wenn man das sehr ehrlich versucht und wirklich konsequent vorgeht, um das Schlimmste zu verhindern.

Die Angst, die von vielen Forstwirtschaftlern und Ökologen diesbezüglich ausgesprochen wird, ist eben die, daß durch diese reine Fokussierung

Monika Langthaler

auf die Nachhaltigkeit und die Ausschließlichkeit, mit der hier argumentiert wird, eine Holzwirtschaft in diesen Ländern aufgebaut wird, die letztlich zu einer völligen Vernichtung ursprünglicher Primärwälder führt. Es käme zwar zu einer Waldbewirtschaftung, die ähnlich oder schwieriger als bei uns durchgeführt werden könnte, aber die wesentlichsten Arten, die viel zahlreicher sind als bei uns, würden dennoch vernichtet werden.

Ein wesentliches Argument vieler Holzwirtschaftler hier in Österreich und das Argument vieler Politiker in dieser Causa, besteht darin, daß man sagt, wir haben ja auch unsere Auwälder verloren und haben jetzt eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, und das sind alles Sekundärwälder. Das stimmt natürlich. Das sind alles Sekundärwälder und nicht mehr jene ursprünglichen Aulandschaften, die wir selbst nicht mehr haben. Es gibt ganz wenige Beispiele, wo es bei uns von der Vegetation her und von den Tierarten her noch ursprünglich zugeht. Aber da sieht man genau den Unterschied, wenn man diese ursprünglichen Auwälder bei uns und die Wälder, die es in unserer Hemisphäre gibt, mit den ursprünglichen Wäldern in den tropischen Regionen vergleicht. Die Artenvielfalt in diesen Regionen ist ungleich größer, sonst wäre es nicht möglich, daß man mit solchen Zahlen eben auch sehr seriös operieren kann, nämlich daß in diesen Regionen täglich 50 bis 300 Arten unwiderbringlich verlorengehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist also die Berechtigung groß, davon auszugehen, daß man mit dieser Forcierung jetzt unsererseits und von seiten der Industrieländer nichts bewirkt. Es beruhigt offensichtlich Ihr schlechtes Gewissen, wenn Sie sagen, wir fördern ja mit diesem Gütezeichen die nachhaltige Nutzung; die nachhaltige Nutzung, die es nicht gibt, mit Kriterien, die es auch nicht gibt. Aber selbst wenn dieses Problem einmal in irgendeiner Form gelöst werden würde, so führte es letztlich dazu, daß in diesen Ländern eine nachhaltige Waldbewirtschaftung bewirkt würde, deren Folge der völlige Rückgang der ursprünglichen Primärwälder wäre.

Was also passiert, ist, daß Sie, selbst wenn Sie unter den allerbesten Voraussetzungen, die Sie möglicherweise bei dem Gütesiegel hätten — nehmen wir dies einmal an —, letztlich doch eines forcieren, nämlich die völlige Zerstörung der Primärwälder. Es gäbe letztlich nur noch Sekundärwälder, verbunden mit der Ausrottung von Artenvielfalt, von nicht mehr wiederbringbarem gentechnischem Material. Das können Sie wahrscheinlich keinem Ökologen oder Forstwirtschaftler erklären, wenn Sie hier diese Gütesiegel beschließen, daß das in irgendeiner Form für den Schutz der Tropenwälder insgesamt einen Sinn hätte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was man nämlich wirklich bemerkt hat — da gab es ein sehr umfassendes Projekt im australischen Queensland, das als Paradeprojekt für den Versuch hergenommen wird, eine nachhaltige Bewirtschaftung in diesem Bereich aufzubauen —, was der Versuch gezeigt hat, ist, daß schon ganz geringe Abweichungen des Mineralgehalts im Boden beziehungsweise auch ganz kleinräumige klimatische Veränderungen in diesem Bereich so weitreichende Konsequenzen haben, daß es letztlich sogar in diesen sehr gehegten und gepflegten Projekten, in denen Nachhaltigkeit versucht wird, eine enorm hohe Ausfallsrate, wenn man schon davon sprechen will, gibt.

Das ist also wirklich, wenn man so will, von der Forstwirtschaft her und von der Holztechnik her eine Wissenschaft, die noch ganz am Anfang steckt. Wir fördern zwar richtigerweise auch ein Projekt in Österreich — es gibt ein paar Fördermillionen, zwar viel zuwenig, aber immerhin —, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß letztlich sowohl diese Projekte, die einen Sekundärwald schaffen, der mit den ursprünglichen Tropenwäldern unvergleichbar ist, als auch vor allem dieses Gütezeichen überhaupt keine Gewähr dafür sind, daß der tropische Regenwald in irgendeiner Form in der ursprünglichen Vielfalt erhalten werden kann. Ganz im Gegenteil.

Das muß Ihnen bewußt sein, wenn Sie hier diesen entsetzlichen Rückzieher machen und eine solche katastrophale Entscheidung treffen. Nicht nur mit der Abschaffung der Kennzeichnungspflicht, die für sich schon wirklich unverständlich ist, sondern auch mit der Beschlußfassung für ein solches Gütezeichen bewirken Sie letztlich eher das Gegenteil von dem, was Sie möglicherweise wollten: Sie bewirken nach wie vor eine Beschleunigung der Zerstörung der Primärwälder und nicht die Erhaltung der Tropenwälder, so wie Sie hier argumentieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es wurden all diese Argumente — diese erscheinen mir enorm wesentlich, wenn wir über dieses Gesetz und über das Maßnahmenpaket sprechen — im Ausschuß nicht wirklich oder eigentlich gar nicht thematisiert. Das rechtfertigt umso mehr unsere Argumentation, daß es unabdingbar ist, noch einmal darüber zu reden. Wenn man eine vernünftige Regelung machen will und Sie sich nicht auch noch mit dem Gütesiegel, das Sie da jetzt beschließen wollen, zusätzlich blamieren wollen — abgesehen davon, daß Sie sich schon enorm blamieren, daß Sie nach einem dreiviertel Jahr etwas anderes beschließen als vorher —, wenn man also all die Argumente der nachhaltigen Bewirtschaftung und die Widersprüche, die es da gibt, was ja letztlich in die falsche Richtung geht, eingehend überprüfen möchte, wäre es absolut gerechtfertigt, einen eigenen Unterausschuß einzusetzen. Hier könnte man nochmals in aller

Monika Langthaler

Ausführlichkeit über die Probleme reden, gerade auch was das jetzt unmittelbar zur Beschlußfassung stehende Gesetz betrifft, aber natürlich auch und vorrangig über die Auswirkungen und Probleme des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes, das Sie in einer unglaublichen Art und Weise hier zurücknehmen wollen. Ich glaube, es ist vor allem auch die Umgangsform und nicht nur die Sache selbst, die unsere wirklich tiefe Empörung rechtfertigt. Also es ist vor allem auch die Umgangsform, wie Sie mit all den Argumenten zu Menschenrechtsfragen, zur Menschenrechtsproblematik umgehen.

All das — man kann es wirklich hier nicht oft genug sagen — macht es notwendig, daß Sie sich das nochmals überlegen und daß Sie wirklich, auch wenn es in Ihren Parteien und in Ihren Klubs vielleicht so etwas wie spontane Entscheidungen nicht gibt oder man, wenn einmal die Stallorder ausgegeben ist, nicht nochmals nachdenken darf, die Stunden, die uns auch noch während dieser dringlichen Anfrage verbleiben, verbringen, um zu überdenken, ob es nicht weit sinnvoller für alle Beteiligten wäre, dieses Gesetz noch einmal wirklich ausführlich, mit allen gerade angeführten Problemen der nachhaltigen Bewirtschaftung zu diskutieren. Nehmen Sie dieses Gesetz von der Tagesordnung, gehen wir noch einmal in einen Ausschuß und versuchen wir, mit allen Konfliktparteien eine vernünftige Lösung zu finden! (*Beifall bei den Grünen.*)

Auch wenn Sie bereit sind, diese Vorreiterrolle wirklich leichtfertig und mit einer für mich unverständlichen Art des Sich-erpressen-Lassens aufzugeben, wird in jedem Fall eines notwendig sein: Wir werden wohl einen eigenen Ausschuß dafür brauchen oder in irgendeiner Form ein Gremium finden müssen, diesen Widerspruch zu erklären, wie Sie hier bei dieser Tropenholzgesetzgebung zuerst Ideen, gute Ideen als Zielvorgabe in die Diskussion bringen, wie Sie nachher eine 180-Grad-Kehrtwendung machen und nicht nur das ursprünglich Gedachte damit außer Kraft setzen, sondern vor allem — und das erscheint mir als ein wesentlicher Punkt in der ganzen Debatte — die Firmen, die am meisten interveniert haben, letztlich mit einer entsprechenden Exportsubvention beglücken.

Wenn man sich anschaut, was in den letzten Wochen und Monaten unter all dem gelaufen ist, was hier unter konjunkturstützenden Maßnahmen angeboten wurde, unter Exportsubventionen, unter all dem, wo unsere offensichtlich so sehr in Bedrängnis geratene Wirtschaft wieder stimuliert werden sollte, so sollte das Anlaß sein, zu schauen, um welche Projekte es sich handelt, und wie genau diese Projekte Auswirkungen auf enorme und unglaubliche Zerstörungen in anderen Ländern haben. Wozu es kommen muß aufgrund

dieser Debatte, aufgrund dieses Gesetzes, ist eine viel gesamthafere Betrachtung.

Sie werfen uns ja oft vor, daß wir viel zu sehr sektoral irgend etwas betrachten. In Wirklichkeit ist es genau umgekehrt: Wir machen hier seit Tagen, seit Monaten darauf aufmerksam, daß das, was Sie hier jetzt verfolgen, eine wirkliche Österreich-zuerst-Strategie ist, daß es aber notwendig ist, umfassend und weiter in die Zukunft zu denken.

Sie werden es sehen: Sie werden mit Ihrem Arbeitsplatzargument in dieser Causa einfach letztlich nicht durchkommen, weil es nur die Aufschubung eines ganz tief liegenden Problems um ein Jahr, möglicherweise um zwei Jahre bedeutet. Sie werden — wie es immer ist, wenn man Probleme nicht von der Ursache her löst — dann irgendwann einmal mit einer so unglaublichen Menge an Problemen konfrontiert sein, weil Sie den Strukturwandel verpaßt haben, daß Sie nicht mehr in der Lage sein werden, das auf demokratische Art und Weise zu lösen. Und Sie müssen wissen, daß das, was Sie hier tun, wirklich all jenen Kräften Vorschub leistet, die viel radikaler und viel totalitärer Maßnahmen gerade im ökologischen Bereich durchsetzen werden. Es ist einfach eine Tatsache, daß wir schon jetzt aufgrund der unglaublichen Umweltzerstörung in diesen Ländern, die wir einfach aktiv mitbetreiben — ich habe Ihnen die Firmen vorhin zitiert —, einen echten Mitbeitrag leisten und eine Mitverantwortung haben, daß Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und Menschen zu Umweltflüchtlingen werden. (*Beifall bei den Grünen.*)

Sie werden in wenigen Jahren so ein Bündel an zu lösenden Aufgaben haben. Die Prognosen lauten, daß allein durch den Raub von Lebensgrundlagen aufgrund der Tropenholzproblematik oder auch einfach aufgrund der Klimaproblematik gewisse Landstriche unbewohnbar werden. Es wird zu einer enormen Anzahl an Umweltflüchtlingen kommen. Vielleicht dauert es noch zehn Jahre, vielleicht noch 15 Jahre, und Sie haben nicht mehr die Verantwortung dafür. Aber Sie sollten in jedem Fall darüber um Gottes willen jetzt nachdenken und wissen, was Sie tatsächlich damit anrichten.

Wenn Sie jetzt schon kapitulieren vor einer Flüchtlingsproblematik, die ja nicht einmal annähernd so schlimm ist, wie das, was Sie allein durch diese Politik an Umweltflüchtlingen an Problemen noch erzielen werden (*Beifall bei den Grünen*), wie können Sie sich vorstellen, dann plötzlich den Mut und auch das Wissen zu haben, strukturelle Veränderungen vorzunehmen?

Es ist mir so unerklärlich, warum sich die Repräsentanten von seiten der Regierung oder auch wesentliche und wichtige Abgeordnete dieses

Monika Langthaler

Hauses permanent von Sachzwängen erpressen lassen. Sei das jetzt von seiten Indonesiens oder Malaysias, sei das bei ganz anderen Punkten von einer „Kronen-Zeitung“ oder sei das von wem immer. Warum – und das ist mir unerklärlich – geht man nicht, wenn es ein enormes Problem gibt, offensiv an die Lösung, sondern weicht drei Schritte zurück, dreht sich einmal im Kreis und sagt, es war alles nie so, wie wir das damals gesagt haben, sondern das Gegenteil war der Fall? *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie müssen endlich wieder den Mut bekommen – ich denke, irgendwann einmal hat es doch etwas mehr an gestalterischen Elementen in der Politik in Österreich gegeben –, Probleme, die es gibt, nicht nur zu sehen, sondern auch zu versuchen, sie zu lösen. Was Sie jetzt machen, ist, auf Kosten auch kommender Politikergenerationen gemeinsam Unsinn zu beschließen, weil Sie einfach nicht den Mut haben, weil Sie völlig zu Kreuze kriechen vor irgendwelchen anderen großen und mächtigen Lobbies. Dadurch versäumen Sie ganz wesentliche strukturelle Umrüstungen, strukturelle Anpassungen.

Es ist ja nicht so – und das ist ja das, was gerade Ökologen, aber auch engagierte Wirtschaftspolitiker immer wieder so ärgert –, daß man in Österreich bei allen Problemen das Rad neu erfinden müßte. Es ist ja nicht so, daß es nicht schon kleine Beispiele eines Strukturwandels geben würde. Der Punkt ist nur, daß man sich nach wie vor – und da, denke ich, ist der Einwand von Al Gore sehr richtig – ausschließlich auf eine Legislaturperiode oder die nächsten zwei bis drei Jahre konzentriert und damit völlig außer acht läßt, was es an mittel- und langfristig zu lösenden Problemen gibt. Ihre alten Instrumente des Wegschauens und des Sich-Eingrabens, des Sich-Einbetonierens, kurzfristig wieder gute, vernünftige Umweltmaßnahmen außer Kraft zu setzen, das gibt Ihnen nur eine Galgenfrist, vielleicht für ein halbes Jahr, vielleicht für ein Jahr, vielleicht für zwei Jahre. Aber Sie werden nicht darum herkommen, dieses Problem an der Wurzel zu packen und vernünftig zu lösen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn man sich das ansieht: Gerade in einer Zeit, in der aufgrund von Konjunkturschwächen, in der aufgrund von wirtschaftlichen Problemen alle Umweltideen in den Hintergrund geraten, wirft man bei einer so vernünftigen Regelung alles über Bord. Es gibt, gerade was die Beobachtung der Umweltpolitik gemeinsam mit einer Industriepolitik oder Ressourcenverschwendung in den Industrieländern betrifft, genügend Material. Es wundert mich, daß ein Bundeskanzler so handelt, der doch von seiner Ausbildung her auch Ökonom ist und sich doch sicherlich als jemand bezeichnen kann, der diese Literatur kennt, wo es

um diesen industriellen Strukturwandel und die damit verbundene Umweltentlastung geht, wo es aber genauso darum geht, daß man mit dieser Art der Umweltentlastung und mit dem Strukturwandel neue Arbeitsplätze schafft, qualitativere Arbeitsplätze, vielleicht auch weniger von Konjunkturreinbrüchen abhängige Arbeitsplätze, weniger eben von Energiepreisen abhängige Arbeitsplätze. All das könnte man natürlich nur Schritt für Schritt und nicht von heute auf morgen, aber immerhin doch einleiten und umsetzen.

Es gibt Publikationen, es gibt die Vergleiche von vielen, vielen Industrieländern miteinander, Modelle, wie andere Länder es versucht haben, die auch gescheitert sind.

Ein wesentlicher Punkt der Umweltpolitik ist sicher immer – wie es der ehemalige SPÖ-Umweltstadtrat Ackerl so treffend formulierte –, daß man bei der Umweltpolitik und bei Maßnahmen, die man setzt, tatsächlich am Entstehenden lernen muß und man sich nicht immer wieder auch mehr oder weniger davon abschrecken lassen soll, etwas Neues auszuprobieren. Während man in anderen Bereichen schon sehr oft und sehr viele mißliche Versuche gemacht hat, ist es in der Umweltpolitik zum Teil tatsächlich totales Neuland.

Nur, was machen Sie hier – und das muß Ihnen bewußt sein –, was bewirken Sie mit dieser Tropenholzregelung und mit der Rücknahme all dieser Errungenschaften? Es gab eine jahrelange, auch strukturelle Debatte. Das war auch in diesen Ausschüssen ein Thema, wie man in Industrieländern eben wirtschaften kann, daß es ökologisch verträglich ist, daß es für eine Mehrzahl der Bevölkerung in den Industrieländern verträglich ist und daß es eine Möglichkeit gibt, die vielen in den armen südlichen Ländern, die hungern, die keine Lebensgrundlage haben, in irgendeiner Form zu unterstützen.

Sie müssen doch wissen – da braucht man ja auch nicht die hochwissenschaftliche Literatur zu lesen, sondern da tut es auch schon die Lektüre verschiedener Zeitungen –, daß einfach der Weg des Festhaltens an althergebrachten Strukturen, daß der Weg des Sich-nicht-Bewegens in Richtung einer Umorientierung in der Wirtschaftspolitik, in der Ökologie es einfach niemanden erlauben wird können, auch nicht uns, in den nächsten Jahren mit demselben Lebensstandard weiter leben zu können.

Dieser Druck, glaube ich, fehlt Ihnen halt offensichtlich nach wie vor. Denn würden Sie jetzt schon viel stärker merken, wie sehr wir auf Kosten einer immer labileren Ökologie leben, müßten wirklich alle die entsprechenden Kosten für das bezahlen, was sie konsumieren und tun, dann

Monika Langthaler

hätte man wahrscheinlich ein viel stärkeres Druckmittel.

Und das bringt uns zu einem Punkt, der wahrscheinlich der nächste Schritt in dieser Tropenholz-kennzeichnungsschlappe sein wird, nämlich dazu, daß man wirklich so etwas wie Kostenwahrheit im ökologischen Bereich herstellt und daß man weiß, daß man, wenn man nicht etwas wie ein ökologisches Steuersystem schafft, mit Sicherheit wohl in den nächsten Jahren nichts erreichen können wird. Und genau dasselbe passiert, seit diese Wirtschaftsdiskussion in Österreich abläuft, in der permanent gesagt wird, man müsse Arbeitsplätze eben erhalten, Worte, wie man Sie in den siebziger Jahren gehört hat. Genau seit der Zeit ist auch die Diskussion über die Frage der Ökologisierung des Steuersystems hinfällig.

Es ist ein Minister derselben Fraktion wie auch hier federführend, nämlich der Sozialdemokraten, wo offensichtlich die Zeichen der Zeit überhaupt nicht einmal gesehen, sondern echt ignoriert werden. Ich weiß nicht, was muß noch alles passieren an Vorfällen? Es muß offensichtlich mehr passieren, als daß eben in irgendeinem fernen Indonesien 1 Million Leute irgendwie krepieren. Was muß noch mehr passieren, um zu wissen, daß das Festhalten an alten Strukturen in dieser Art und Weise nicht möglich ist?

Es ist notwendig — und Sie müssen das wissen, wenn Sie nur ein bißchen über möglicherweise Ihre Zukunftsperspektiven oder jene Ihrer Kinder diskutieren —, daß gerade ökologische Gedanken eingebracht werden. Auch bei der Tropenholzfrage ist das wesentlich. Denn es schreiben viele Experten auch in der Forstwirtschaft, daß aufgrund — was nicht schwierig zu erraten ist — des Preisverfalls sämtlicher Rohstoffe in diesen Ländern die Rodungsraten enorm beschleunigt werden, daß diese Länder deshalb vor allem auch so wenig von ihren Produkten oder von ihren Exporten, ihrem Holzexport wirtschaftlich lukrieren, weil sie ja eben die Wertschöpfung anderen, reicheren Ländern, die über einen besseren Dienstleistungssektor verfügen, überlassen können.

Diese Länder sind im Moment und nach wie vor auf der Stufe, ganz wertvolle Rohstoffe, Produkte billigst auf den Markt zu werfen, damit wir uns auch viel zu billig mit diversen Luxusartikeln umgeben können. Das trifft beim Tropenholz zu, und das trifft bei vielen anderen Rohstoffen zu. *(Beifall bei den Grünen.)*

Man wird das Problem in diesem Bereich nicht anders lösen können, als daß man parallel zu einer Umstrukturierung im wirtschafts- und industriepolitischen Bereich eben gerade die Kostenwahrheit auf dem finanzpolitischen Sektor herstellt. Es kann also wohl nicht der Weisheit letzter Schluß sein, daß man so wie bei der Causa Tro-

penholzgesetz, wo eben kurzfristige wirtschaftliche Nachteile gedroht haben, auch bei der kommenden Steuerreform den Kopf einzieht und sagt: Ja bitte sehr, jetzt, in einer Zeit, in der angeblich mehrere Branchen oder Betriebe möglicherweise in Schwierigkeiten sind, können wir uns so luxuriöse umweltpolitische Debatten nicht leisten.

Genau das Gegenteil müßte der Fall sein! Genau das Gegenteil! Denn ich habe von Ihnen genau dasselbe Argument gehört, als die Konjunktur noch bestens war, als großartiges Wirtschaftswachstum vorhanden war. Da war sehr oft das Argument, zuviel Umweltpolitik können wir da auch nicht machen, denn das würde ja das Wirtschaftswachstum in irgendeiner Art und Weise etwas behindern, etwas schmälern. Und jetzt haben wir genau dasselbe, nur umgekehrt, dieselben Argumente von Ihnen, nur eine umgekehrte Situation, nämlich die, daß Sie sagen: Jetzt, in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit, ist es für uns nicht möglich, in irgendeiner Form noch progressive Umweltlösungen anzubieten.

Es muß diese Debatte wirklich auch Anlaß dafür sein, darüber nachzudenken, wie man denn in der Zukunft mit jenen Umweltmaterien — diese kommen dann in aller kürzester Zukunft auf uns zu, nämlich die Frage einer ökologischen Steuerreform — umgehen will, hier in diesem Haus und vor allem auch im Hinblick auf diese für mich wirklich untröstliche Vorgangweise im Bereich des Gesetzes betreffend Tropenholz-kennzeichnung. *(Beifall bei den Grünen.)*

Auf noch ein Argument lohnt es sich näher einzugehen, das damals schon von Ihnen gekommen ist im Bereich der Kennzeichnungspflicht, aber auch im Bereich der Zölle, der Zollerhöhungen. Sie haben damals immer gemeint, das sei mit anderen internationalen Handelsabkommen nicht vereinbar, wie zum Beispiel dem GATT. Wir haben Ihnen schon damals im Ausschuß durch viele Expertisen von verschiedenen Gutachtern dokumentieren können, daß gerade diese Handelsabkommen, gerade diese Systeme wie eben das GATT solche Möglichkeiten im Bereich der Kennzeichnung problemlos erlauben und daß es gerade hier einfach nicht zutrifft, daß man aufgrund von Regelungen, die man hier eingegangen ist im Rahmen des GATT, nicht eigenständige und selbständige Lösungen machen könnte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Da Frau Staatssekretärin Ederer auch da ist und sich ja vorrangig mit dem Thema EG beschäftigt, möchte ich doch noch einmal eines, was wir zu weit früherer Stunde kurz in einem Zwiesgespräch thematisiert haben, noch einmal ausführen, weil ich das für wichtig halte. Sie wissen, daß ich gerade in der EG-Frage eine insofern moderatere oder moderate Position einnehme, als ich

Monika Langthaler

meine, daß es vernünftig ist, sich positiv im Rahmen von Verhandlungen einzubringen und seine diversen Wünschen oder Bedürfnisse und Forderungen und berechtigten Punkte im Dialog einzubringen.

Diese Meinung haben auch viele Umweltorganisationen vertreten. Nicht allein deshalb haben Ihnen Umweltorganisationen 200 Fragen in diesem Bereich gestellt, um auch zu demonstrieren, daß es diesbezüglich wirklich Gesprächsbereitschaft gibt und es uns um eine sachliche Auseinandersetzung mit Pro- und Gegenargumenten gibt.

Nur eines können Sie sich sicher sein von seiten der Bundesregierung: Mit dem heutigen Tag, sobald das Tropenholzgesetz gefallen ist, werden wohl mit Sicherheit alle Umweltorganisationen und auch ich sehr zweifeln beziehungsweise nicht annehmen, daß Sie in irgendeiner Form unsere Interessen — gerade auch die ökologischen Interessen Österreichs — bei den Beitrittsverhandlungen in Brüssel wahrnehmen können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn Sie nicht in der Lage sind, sich gegenüber solchen Regimen und solchen Erpressungen, wie von seiten Indonesiens und Malaysias durchzusetzen, haben wir überhaupt kein Vertrauen, daß Sie auch nur irgendein von uns eingebrachtes Interesse und ein eingebrachtes Umweltanliegen bei Verhandlungen, wo es auch Widerstand geben wird in irgendeiner Form, vertreten können. Wir sprechen Ihnen hier wirklich unser Mißtrauen aus. Mir persönlich tut es sehr leid, daß es dazu gekommen ist. Das ist aber die logische Konsequenz, wenn sich eine Politik dadurch auszeichnet, daß man wirklich sogar schon vor Indonesien und Malaysia gram gebeugt und unter dem Teppich sich in Richtung dieser Länder bewegt *(Abg. R o p p e r t: Was heißt „sogar schon“?)*, daß man überhaupt keine Courage hat, überhaupt kein Selbstbewußtsein, überhaupt kein Rückgrat, um sich hier wirklich einem Widerstand, der ja wohl nicht so überraschend kam, entgegenzusetzen. Wie sollen wir Ihnen vertrauen, die Sie in die Verhandlungen dort gehen, bei denen es mit Sicherheit zum Teil noch härter werden wird und wo zum Teil noch andere, auch Umweltanliegen und -interessen im Mittelpunkt der Verhandlung stehen werden? *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich kann Ihnen wirklich eines sagen: Es hat doch ein bißchen die Umweltdiskussion in den letzten ein bis zwei Jahren auch ausgezeichnet hier in Österreich, daß immer versucht wurde — gerade von seiten der Umweltorganisationen, auch von uns —, bei konkreten Umweltgesetzen und -materien immer Gesprächsbereitschaft über alles zu signalisieren, immer zu sagen, wir wollen mitarbeiten und sind an konstruktiven Lösungen interessiert. Sie haben mit diesem Beispiel, mit

der Vorgangsweise in dieser Causa Tropenholz, mit der Art und Weise, wie Sie hier mit uns, mit all den Organisationen verfahren sind, einen tiefen Schnitt herbeigeführt. Für uns ist das eigentlich die Aufkündigung jeglicher Zusammenarbeit. Es wird wohl schwierig sein, daß wir wieder in diese Art des gemeinsamen Diskutierens und der Zusammenarbeit zurückfinden können, wenn Sie wirklich so schnell und so übereilt ein wesentliches und wichtiges ökologisches Thema kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen opfern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Es ist sicherlich ein zu großer oder fast unmöglicher Wunsch von uns gewesen, Ihnen durch lange und intensive Beiträge unsere Stellungnahme, unsere Position, unsere Beweggründe zu diesem Thema mitzuteilen. Wir haben versucht, bei Ihnen so etwas wie ein Nachdenken auszulösen. Wenn ich hier in die Runde schaue, dann scheint es so zu sein, daß dem nicht übermäßig großer Erfolg beschieden war.

Aber es soll Ihnen doch eines ganz wesentlich dabei — hoffentlich — bewußt werden, nämlich daß Umweltorganisationen, Entwicklungshilfeorganisationen und auch Grüne auch in den nächsten und kommenden Auseinandersetzungen in diesem Bereich nicht das, was wir in jahrelanger und mühevoller Arbeit wirklich erkämpft haben — und sei es nur zum Teil der geringe Erfolg, daß man ein Thema, ein wichtiges Thema in der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat —, so einfach und ohne viel Widerstand aufgeben werden.

Und wir werden — und das ist sicherlich gerade nach dieser großen Umweltkonferenz in Österreich viel zu wenig oder eigentlich gar nicht geschehen — Sie immer wieder und ausschließlich mit dem Thema der Dritte-Welt-Länder, der Problematik der Armen in dieser Welt konfrontieren.

Es war deshalb auch kein Zufall, sondern es ging genau in diese Richtung, daß meine Kolleginnen gerade zu einem Thema, das eben ähnlich und in einer anderen Art und Weise die Probleme der dritten Welt oder eben der armen Ländern behandelt, hier gesprochen haben. Und das wird wohl — und da gibt es ja viele Berührungspunkte — in Zukunft ähnlich passieren können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Was sicherlich zu Ihrer Nichtüberzeugung oder auch zu Ihrer weitestgehenden Ignoranz zu diesem Thema beiträgt, ist eben, daß Sie offensichtlich die Auswirkungen sehr vieler dieser ökologischen Probleme, die wir heute schon in all den Debattenbeiträgen besprochen haben, noch nicht selber und in dem notwendigen Ausmaß, in dem es eigentlich gerade die Verursacherländer spüren müßten, spüren. Es zeigt ja, daß gerade — deshalb ist das Thema der Verschiebung des Weltklimas auch mindestens so spannend wie die Frage

Monika Langthaler

der Tropenholzproblematik und ähnliches; es ist ja eigentlich eines vom anderen nicht zu trennen — auch in dieser Hemisphäre — möglicherweise auch in Österreich; vielleicht war auch der Sommer schon eine kurze Vorausschau darauf — bald viel von diesen Problematiken und von dieser unglaublichen Zerstörungskraft, die letztlich dann in dieses ökologische Desaster mündet, spürbar wird.

Ich kann Ihnen nur noch einmal empfehlen, daß Sie wirklich diejenigen Publikationen — wenn Sie schon grünen Menschen und Umweltorganisationen wenig Glauben schenken — studieren, die gerade diese Auswirkungen ökologischer Katastrophen in unseren Breiten beschreiben. Wenn Sie diese Unterlagen studieren, dann werden Sie sehen, daß es auch Ihnen schwerfallen wird, in Zukunft gegenüber Ihren unmittelbaren Verwandten, etwa Kindern, zu argumentieren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir haben deshalb auch in die parlamentarische Anfrage an den Bundeskanzler einige doch eher, wenn Sie so wollen, persönliche — oder vielleicht würden Sie es moralisch nennen — Fragen eingebaut. Und ich glaube, daß man bei diesem Aspekt — auch wenn ich nicht unbedingt jemand bin, der beim Umweltbereich übermäßig moralisieren will — auch an die Kinder und zukünftige Generationen et cetera denken sollte. Obwohl ich davon überzeugt bin, daß man das tun sollte, so ist doch bei einem Bereich — das tut uns allen eben, die sich dafür einsetzen, in der Seele so weh —, wo wirklich in Ländern, in anderen Ländern . . . *(Abg. Neuwirth: Sie haben keine Seele!)* Ich glaube nicht, daß Sie noch eine haben oder daß Sie noch Emotionen haben, die Sie in irgendeiner Weise zum Nachdenken bringen. Das ist auch das eigentlich Traurige, wenn man hier als junger, engagierter Mensch in dieses Parlament kommt und mit vielen von Ihnen konfrontiert wird, daß man das Gefühl hat, daß Sie alle von einem großen Schutzschild umgeben sind, sodaß Sie nicht wirklich in irgendeiner Form für ökologische Problematiken oder Menschenrechtsfragen sensibel sind. Sie scheinen hier in diesem Haus jegliche Sensibilität für wesentliche Fragen verloren zu haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Sie scheinen hier in diesem Haus und mit Ihrem Mandat wirklich auch Ihre Courage an der Garderobe abgegeben zu haben. *(Neuerlicher Beifall bei den Grünen.)* Ich erlebe Sie hier als Menschen, die gelangweilt irgendwelche doch sehr weitreichende politische Entscheidungen mittragen. *(Zwischenruf.)* Das gehört zur Tropenholz-sache.

Das Wesen dieser Tropenholzänderung ist, daß man vor einem Dreivierteljahr, und zwar durch dieselben Abgeordneten, hier etwas beschlossen

hat, wo ich nämlich dachte, es sei ein Funken von Überzeugung und ein Funken von Engagement dabei — aber das war ein Irrtum! Offensichtlich war damals nur die Stallorder anders, alle haben brav die Hand gehoben, und jetzt, ein Dreivierteljahr später, ist die Stallorder eine andere, und alle machen genau das Gegenteil!

Das Unglaubliche dabei ist, daß es wirklich so ist, daß Sie überhaupt keine Reaktionen mehr zeigen können. Man kann Ihnen wahrscheinlich hier über persönliche Schicksale von eingesperrten, von gefolterten Menschen berichten — das ist Ihnen offensichtlich alles egal.

Es ist Ihnen offensichtlich auch nicht wichtig, ob es Ihre Kinder betrifft, die möglicherweise in 30 oder 40 Jahren in einer Umgebung leben müssen mit verschobenen klimatischen Bedingungen, die das bisherige System in Turbulenzen bringen, wo es schwierig werden wird, in vielen Teilen der Welt überhaupt noch zu leben, wo die Lebensbedingungen für viele katastrophal aussehen werden.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber wenn ich so etwas lese, erschüttert mich das nach wie vor, so war ich auch, als ich den Amnesty-International-Bericht über Indonesien über die Folterungen in Osttimor gelesen habe, sehr erschüttert. Es wundert mich — und ich bin immer wieder überrascht darüber —, daß an Ihnen das alles abprallt. Sie scheinen sich mit etwas umgeben zu haben, das keine Reaktion mehr zuläßt. Vielleicht ist das für Sie auch die einzige Möglichkeit, sich am Morgen noch in den Spiegel schauen zu können. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schieder: Das hat mit der dringlichen Anfrage überhaupt nichts zu tun!)*

Das, wessen es jedenfalls bedürfen würde — sowohl auf der Regierungsbank als auch hier in diesen Sesseln —, wären Leute, die ein bißchen mehr Courage haben, die sich ein bißchen mehr einsetzen für Dinge, die das Leben lebenswerter machen, sich einsetzen dafür, daß eine gesunde Umwelt erhalten werden kann und daß Menschenrechte verteidigt werden.

Es muß einmal eine spannende Zeit gewesen sein, als hier Sozialdemokraten standen und sich einsetzten für humanistische Werte, als hier Sozialdemokraten standen und das Regime in Südafrika verurteilt haben, als hier möglicherweise doch irgendwann einmal auch christliche Politiker standen, die ein humanistisches Gedankengut hatten, die gegen menschliche Unterdrückung gewesen sind. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Schieder: Was hat das mit der dringlichen Anfrage zu tun! Überhaupt nichts!)*

Herr Abgeordneter Schieder! Sie sind sowieso ein hoffnungsloser Fall, denn bei Ihnen hat nichts

Monika Langthaler

mit dieser dringlichen Anfrage zu tun. Sie sind ja auch eines der Paradebeispiele für jene Abgeordneten, die sich hier nicht und in keiner Weise mit einem — ursprünglich dachte man: sozialdemokratischen — Engagement für eine Sache einsetzen würden. Ich habe Sie hier noch nie gehört, ohne daß Sie sich für Machterhalt und für jene Dinge, die all diesen Proporz in diesem Land ausmachen, engagieren. *(Abg. Schieder: Sie können das überhaupt nicht beurteilen, denn die meiste Zeit sind Sie nicht einmal hier herinnen!)*

Ich habe Sie schon oft genug gehört, Sie sprechen sehr oft zur EG und vielen anderen Themen, die ich sogar sehr interessant finde. Herr Abgeordneter Schieder! Ich habe Sie schon sehr oft auch mit Ihren Zwischenrufen gehört, und das, was man da hört, ist sehr traurig.

Sprechen Sie doch einmal über diese Problematik, die mit der Tropenholzfrage verbunden ist, denn da kann jeder wirklich zeigen, ob es ihm ernst ist mit der Ökologie. Bei anderen ökologischen Fragen gibt es noch immer unterschiedliche Ideologien, aber alle hier herinnen bekennen sich immer wieder zur Rettung des Regenwaldes. Alle! Ich kenne niemanden, der aufstehen und sagen würde: Mir sind die Regenwälder völlig Wurscht, die sollen hier alle abgeholzt werden, das interessiert mich nicht. Alle sind angeblich für die Rettung der Regenwälder, aber keiner von Ihnen ergreift dafür das Wort. Alle setzen sich angeblich ein für mehr Menschenrechte, für mehr Demokratie auf dieser Welt — aber keiner von Ihnen nimmt Stellung dazu, wie es denn aussieht in Indonesien, in Malaysia.

Warum kann ein außenpolitischer Sprecher der SPÖ in einem Ausschuß einfach so sagen, ohne daß das einen Sturm der Entrüstung bei Ihnen auslösen würde: Was interessieren uns demokratische Standards in anderen Ländern! Es ist nicht in unserem Interesse . . . *(Abg. Schieder: Sie haben das nicht gehört! Sie haben bei den entscheidenden Ausschußsitzungen gefehlt!)*

Herr Abgeordneter Schieder! Sie wissen, daß wir ein Mitglied im Ausschuß haben, und ich hoffe, daß auch Sie akzeptieren, daß in diesem Ausschuß meine Klubobfrau Petrovic diesen Termin wahrgenommen hat. Ich weiß nicht, wie man noch mehr deutlich machen kann, wie wichtig einem ein Thema ist, als wenn die Klubobfrau da drinnen sitzt. Und sie hat in stundenlangen Diskussionen versucht, Ihnen dieses Problem klarzumachen. Es wäre jedenfalls schön, wenn Sie in Ihrer Fraktion genauso darüber diskutierten, wie wir das eben getan haben. Ich weiß von der Frau Abgeordneten Petrovic, welche Sätze und welche Argumente dort vorgebracht wurden.

Es ist, glaube ich, doch wirklich ein Teil dieser Tropenholzproblematik, daß sich das Parlament

in dieser Frage demaskiert hat. Es ist ein Teil dieser Tropenholzgeschichte, daß sich die Abgeordneten, vor allem die der beiden Regierungsfraktionen, als jene herausgestellt haben, die wirklich, so wie es Abgeordneter Keppelmüller gesagt hat, gezeigt haben, daß es manchmal besser ist, kein Rückgrat zu haben. Es ist das nicht ein Zitat, das ich geboren habe, sondern das hat Ihr eigener Umweltsprecher gesagt. Damit hat er, glaube ich, die ganze Debatte, die gesamte Diskussion auf den Punkt gebracht: Sie haben in dieser Frage weder Courage noch Rückgrat gezeigt! Sie haben sich erpressen lassen! Sie werden in einer wirklichen Schnellaktion ein gutes Gesetz, für das lange und viele Menschen gekämpft haben, abschaffen. Sie werden in vielen Ländern Unverständnis auslösen. Sie werden sich in vielen Ländern der Lächerlichkeit preisgeben *(Abg. Schieder: Aber das ist nicht dieser Tagesordnungspunkt!)*, und Sie werden die Gesprächsbereitschaft mit den Umweltorganisationen damit für lange Zeit aufs Spiel setzen.

Herr Abgeordneter Schieder! Wenn Sie nach so vielen Stunden der Ausführung über das Problem Tropenholz noch immer nicht bemerkt haben, daß die Rolle des Parlaments und die Rolle der einzelnen Abgeordneten in dieser Tropenholzbeschlußfassung ganz zentrale Bedeutung haben, daß die Fragen der politischen Erpreßbarkeit . . . *(Abg. Schieder: Das ist nicht Gegenstand der Dringlichen!)*

Natürlich, Sie sollten das nur irgendwann einmal lesen, Herr Abgeordneter Schieder! Vielleicht kommen Sie zwischendurch auch einmal dazu, diese Fragen und die schriftliche Begründung der dringlichen Anfrage durchzulesen. Dann würden Sie nämlich sehen, daß diese darauf aufgebaut ist, dann würden Sie sehen, wie sich die Regierung und die Abgeordneten in dieser Frage und der Bundeskanzler der Republik als Hauptverantwortlicher für diese Rücknahme des Tropenholzgesetzes verhalten, auch als Hauptverantwortlicher dafür, wie Österreich jetzt dasteht nach dieser Erpressung, als Hauptverantwortlicher dafür, daß Österreich tatsächlich international blamiert ist. Niemand versteht es, wie man in dieser Art und Weise zu Kreuze kriechen kann! Niemand versteht das, daß man vor einem Jahr über die Menschenrechtsverletzungen in Indonesien Bescheid wußte, aber heute haben Sie das vergessen. Das versteht niemand — nur Sie, die nichts anderes im Sinn haben, als Ihre Macht hier zu verteidigen, die sich wie die Fähnchen im Wind drehen, wenn der Wind von einer anderen Richtung kommt. *(Abg. Schieder: Reden Sie zur Tagesordnung!)*

Wenn es wieder opportun ist, Herr Abgeordneter Schieder, für den Regenwald zu sein, dann — dessen bin ich sicher — sind Sie der erste, der

Monika Langthaler

wieder für den Regenwald sein wird. (*Beifall bei den Grünen.*) Wenn es nicht opportun ist, dann sind Sie dagegen. (*Abg. Schieder: Das ist nicht Gegenstand der Dringlichen! Beschäftigen Sie sich nicht mit uns!*)

O ja! Die Beschäftigung mit der Regierung und auch mit Ihrem Opportunismus und Ihrer Unfähigkeit, ein Gesetz in irgendeiner Form zu verteidigen, ist Gegenstand der dringlichen Debatte! (*Heftiger Widerspruch des Abg. Schieder.*) Als ich über Ökologie im Zusammenhang mit Tropenholz gesprochen habe, wurde gesagt, das sei nicht Gegenstand der Debatte. (*Abg. Schieder: Sie wollen uns die Welt erklären und begreifen nicht einmal die Geschäftsordnung!*)

Herr Abgeordneter Schieder! Selbst wenn ich hier 12 Stunden heraußen stünde, erkläre ich Ihnen noch besser die Welt als Sie mir die Geschäftsordnung! Dessen können Sie sicher sein! Das ist in jedem Fall gegeben! Ich lassen mich keinesfalls hier von Ihnen darauf festlegen, daß das Procedere im Rahmen der dringlichen Anfrage zur Causa Tropenholz nicht richtig sei. Denken Sie an die Erpressung, die gekommen ist aus anderen Ländern, denken Sie an die wirtschaftlichen Lobbies, die da eine Hauptverantwortung gespielt haben! Denken Sie an die Rolle des Bundeskanzlers! Dies alles ist mindestens so wesentlich, wichtig und zentral wie die gesamte inhaltliche Aufarbeitung des Problems Tropenwälder und des Zusammenhangs mit der Dritten Welt, wie die Ausbeutung dieser Länder, wie all die Menschenrechtsverletzungen! Das alles, Herr Abgeordneter Schieder, hängt doch zusammen!

Wenn Sie jedoch noch immer nicht begriffen haben, daß all diese Punkte zusammenhängen, sollten Sie Ihre Funktion als Europasprecher Ihrer Partei schnellstens überdenken! Denn da ist die Sache auch nicht immer schwarz oder weiß, sondern da ist es mindestens genauso notwendig, eine differenzierte und umfassendere Warte zu sehen als nur eine einseitige, die, wie sie meinen, einzig richtige.

Sie haben noch nie so oft wie in dieser Frage eine ganz breite Bevölkerungsschicht in Österreich, vor allem junge Menschen, völlig vor den Kopf gestoßen. Es gab sicher wenig Punkte, für die sich so viele jungen Menschen eingesetzt, Tag und Nacht dafür gearbeitet haben, unter hohem Kraftaufwand alles versucht haben, um zu einer vernünftigen, zu einer für alle vertretbaren, gerade auch was diese Länder betrifft, Lösung zu kommen.

Sie werden sich wirklich den Vorwurf gefallen lassen müssen, daß Sie mit dem heutigen Tag die Berechtigung verloren haben, über Ökologie und über Menschenrechte in diesem Haus ehrlich zu sprechen.

Sie haben auch die Berechtigung verloren — nämlich all jene, die sich jetzt gegen diese Regelung aussprechen, die aber noch vor einem Dreivierteljahr dafür gestimmt haben —, sich als freie und verantwortungsbewußte Abgeordnete zu bezeichnen.

Es ist ganz einfach so, daß Sie mit dieser Aktion bewiesen haben, daß man Ihnen all diese Türen, die wir Ihnen aufgemacht haben, all diese Hände, die wir Ihnen zu reichen versucht haben, nicht zu nutzen wußten. Es zeigt sich auch aufgrund Ihres Verhaltens im Rahmen dieser Debatte, entgegen all unserer Versuche, Sie davon zu überzeugen, wie falsch Ihre Vorgangsweise ist. Es zeigt das Ihre Ignoranz! All das, wie Sie sich verhalten, zeigt, daß es berechtigt ist, davon zu sprechen, Ihnen in Ihrer Funktion als Abgeordnete und Ihnen aufgrund Ihrer Art und Weise, wie Sie hier Politik machen, zutiefst zu mißtrauen!

Dieses Beispiel Tropenholz wird in den Köpfen sehr, sehr vieler Menschen sehr lange bleiben. Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß Sie nach dieser Woche nicht mehr mit dem Thema Tropenholz konfrontiert sein werden. Wenn Sie glauben, daß Sie nur solange „durchtauchen“ müssen, bis diese Kennzeichnungspflicht abgeschafft wurde, und danach spricht dann niemand mehr von uns über dieses Thema, täuschen Sie sich.

Ich kann Ihnen versprechen: Diese Aktionen werden weitergehen — außerhalb des Parlaments und im Parlament. Wir werden sicherlich gemeinsam mit den betroffenen Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen bei diesem Thema in derselben Intensität weiterarbeiten wie bisher. Nur: Sie haben uns in diesem Falle wirklich den Krieg erklärt. Und jetzt sind wir auch bereit, zu kämpfen. — Danke. (*Lebhafter anhaltender Beifall bei den Grünen.*) 9.33

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zur Abgabe einer Stellungnahme hat sich der Herr Bundeskanzler zu Wort gemeldet. — Bitte, Herr Bundeskanzler.

9.34

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegende Anfrage, der nunmehr neu angebrochene Tag sowie die Tatsache, daß Sie sich hier im Hohen Hause am Freitag anschicken, die Tagesordnung von Mittwoch zu erledigen (*Abg. Voggenhuber: Das geht Sie gar nichts an!*), gibt mir Gelegenheit, jenen Abgeordneten, die für diesen aus den Fugen geratenen Ablauf verantwortlich sind, zu sagen, wie wenig dieses Vorgehen von den Menschen dieses Landes verstanden wird. (*Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich erlaube mir diese klaren Worte, da ich dem Hohen Haus nicht als Abgeordneter angehöre,

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

aber als Bundeskanzler der Republik viel in unserem Land herumkomme und mit den Menschen spreche. Glauben Sie mir: Kaum ein Mensch in Österreich wird Ihnen abnehmen, daß es Ihnen mit dieser Anfrage um ein echtes Anliegen, in diesem Fall das Tropenholz, geht, sondern einzig und allein darum, zu filibustern, um Ihr taktisches Ziel durchzusetzen, in dieser Woche dieses Gesetz nicht mehr beschließen zu lassen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich stehe mit dieser Meinung nicht allein da. Die Morgenzeitungen des heutigen Tages teilen diese Meinung — völlig unabhängig von mir. *(Abg. Voggenhuber: Sogar die Empörung liest er vom Blatt!)*

Meine Damen und Herren! Es wird Ihnen von den Grünen auch dort bestätigt, jung an Jahren, aber alt an Einstellung mit diesem Filibustern zu sein. Und das, obwohl Sie wissen, daß die Mehrheit dieses Nationalrates für die Änderung eintritt und Sie im Prinzip daher nichts anderes tun, als eine Entscheidung hinauszuzögern, die die Mehrheit des Hohen Hauses für richtig hält. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Es steht vollkommen außer Streit, daß es Ihr gutes Recht ist, zu jedem Zeitpunkt einer Sitzung eine dringliche Anfrage an mich zu stellen. Es steht vollkommen außer Streit, daß es Ihr gutes Recht ist, durch Verlängerung, durch Ausnutzung der Geschäftsordnung, durch die Gestaltung Ihrer Wortmeldungen den Bundeskanzler ins Parlament zu zitieren, nur möchte ich Ihnen von meiner Seite aus garantieren: Niemand — niemand! — in Österreich wird Ihnen abnehmen, daß Ihnen das Thema, zu dem Sie so dringlich anfragen und das Ihnen eben gestern um 17.44 Uhr eingefallen ist, ein tatsächliches Anliegen ist. *(Zwischenrufe bei den Grünen.)*

Ihr geschäftsordnungsmäßig abgesichertes Vorgehen wird politisch vollends durchsichtig, wenn man weiß, daß das Tropenholzgesetz selbst und seine bevorstehende Änderung über einen Initiativantrag und damit aus dem Parlament selbst stammen *(ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei den Grünen)*, mit der Regierung in ihrer Entstehung also nichts zu tun haben — außer der Tatsache, daß das Gesetz eine Vollzugsklausel enthält, wonach im übrigen die Umweltministerin und nicht der Bundeskanzler mit dem Vollzug betraut ist. *(Abg. Wabl: Letztklassig ist das!)*

Wenn Sie ehrlich sind, meine Damen und Herren von der grünen Fraktion — was ich Ihnen sehr gern zubillige —, werden Sie sich daran erinnern, daß Sie bei anderen Gelegenheiten gesagt haben: Was mischt sich der Bundeskanzler in Dinge des Parlaments ein, wenn hier Initiativ- und Entschließungsanträge gefaßt werden. —

Dann ändern Sie Ihre Auffassung nicht und bleiben Sie auch jetzt dabei! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen auch noch folgendes sagen: Ich nehme Ihre Anfrage sehr ernst. Ich nehme sie nicht ernst wegen der Umstände, wie Sie sie hier vorgebracht haben, aber ich nehme sie wegen der Inhalte, die Sie interessieren in diesen Anfragen, ernst — Dinge, die mich und viele andere genauso interessieren, aber ich sage Ihnen auch: Ich sehe die Begriffe „globaler Umweltschutz“ und „Wirtschafts- und Arbeitsplatzsicherung“ nicht als Gegensatzpaare. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Frau Abgeordnete Langthaler hat mich hier in mehreren Stunden für alles verantwortlich zu machen versucht, und ich sage nur: Für beide — für Wirtschaft, Arbeitsplatzsicherung und Umweltpolitik in Österreich — nehme ich Anspruch, daß ich in den Jahren meiner Regierungszeit mehr getan habe, als Sie das jemals tun werden. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Ironische Heiterkeit bei den Grünen.)*

Alle aggressiven Redner hier heraußen sind, wenn sie in der Bank sitzen und angesprochen werden, sehr empfindlich und wehleidig; so ist es halt bei Ihnen auch. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Wabl: So empfindlich sind Sie auch! — Weitere Zwischenrufe bei den Grünen.)*

Ich möchte nicht nur hier sagen, daß ich dieses Thema ernst nehme, sondern ich möchte Ihre Fragen umfassend, ausführlich und sachlich beantworten. Ich berufe mich daher auf das Recht nach § 93 Abs. 2 des Geschäftsordnungsgesetzes, zum Gegenstand der vorliegenden Anfrage hier eine kurze Stellungnahme abzugeben und jede einzelne von Ihnen eingereichte Frage schriftlich zu beantworten. *(Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Sie werden das sicherlich verstehen, weil ich Ihre 102 Fragen, die ich erst am späten Nachmittag bekommen habe, ernsthaft beantworten möchte, und es ist unmöglich, 102 Fragen sofort und ausführlich und mündlich zu beantworten, von denen die Begründerin außerdem angemerkt hat, daß sie sich mit Moral und Ethik ins Persönliche gehend, wie sie meinte, beschäftigen. *(Abg. Voggenhuber: Da müssen Sie sich erst vorbereiten auf die Moral!)*

Herr Voggenhuber! Von Ihnen habe ich hier noch nie ein Argument gehört, Schimpfworte und Attacken jederzeit. Ich nehme zur Kenntnis, Sie haben nichts zu sagen, aber das immer laut. *(Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Voggenhuber: Sie haben ein selektives Gehör.)*

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Zum Thema an sich:

Das Hohe Haus hat mit der Beschlußfassung über das Tropenholzgesetz im Juni des vergangenen Jahres ein wichtiges Signal auf dem Gebiet der globalen Umweltpolitik gesetzt. Dieser Beschluß — so sehe ich es, der ich ja nicht daran mitgewirkt habe — war von Anfang an als ein Aufruf an die internationale Staatengemeinschaft zu verstehen, gemeinsam analoge Schritte zu setzen, um dieser Regelung Nachhaltigkeit und Effizienz zu verleihen. Das österreichische Parlament hat — so wurde hier immer begründet — von Anfang an dieses Gesetz nicht als isolierte Maßnahme gesehen. Ich habe von außen her — ich bekenne mich weiter dazu — diesen Schritt unterstützt, da ich ihn nicht als Schritt in einem Glaubenskrieg, sondern als Beginn einer internationalen Aktion gesehen habe. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP. — Abg. Dr. Renoldner stellt sich demonstrativ mit einer Tafel mit der Aufschrift: „Er stehe zur Tropenholzverordnung und halte diese für eine vernünftige Umweltmaßnahme, sagte der Bundeskanzler zur APA — 28. I. 1993“, in den Mittelgang hin. — In Reaktion darauf gibt es zahlreiche Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP. — Gegenrufe bei den Grünen.)*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Renoldner! Ich bitte Sie, dieses Schild zu entfernen. Wir sind bei der Behandlung der dringlichen Anfrage. Der Herr Bundeskanzler ist am Wort.

Sie werden doch nicht wollen, daß ich jetzt die Sitzung unterbreche. Daher bitte ich Sie, dieses Schild zu entfernen! *(Abg. Dr. Renoldner kommt dieser Bitte nicht nach. — Zwischenrufe bei SPÖ, ÖVP und bei den Grünen.)*

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky** *(fortsetzend)*: Ich kann das sehr gut lesen. Wenn Sie wollen, daß es Ihre Kollegen auch lesen, müssen Sie es umdrehen! *(Beifall und Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP.)*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Renoldner! Ich habe Sie um etwas ersucht, ich würde ansonsten die Sitzung unterbrechen — ich weiß nicht, was Ihnen das bringt. Ich ersuche Sie, das Schild wegzugeben! *(Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

Ich unterbreche die Sitzung für wenige Augenblicke, bis Herr Abgeordneter Renoldner dieser Aufforderung nachgekommen ist. *(Die Sitzung wird für einen kurzen Moment unterbrochen.)*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Ich nehme die Sitzung wieder auf und darf den Herrn Bundeskanzler bitten, fortzusetzen.

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky** *(fortsetzend)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sagte, wie es im Parlament damals zum Ausdruck

kam: Es sollte um eine gemeinsame internationale Entwicklung gehen. Die Entwicklung seit der Beschlußfassung hier über das Tropenholz hat aber gezeigt, daß es zur Gemeinsamkeit auf internationaler Ebene nicht kam. *(Abg. Voggenhuber: Was haben Sie denn getan dafür?)* Die internationale Gemeinschaft konnte sich nicht dazu entschließen, am österreichischen Beispiel Maß zu nehmen und eventuell sogar gemeinsam mit den tropenholzproduzierenden Ländern sinnvolle gemeinsame Regelungen durchzusetzen.

Darüber hinaus haben die unmittelbar betroffenen Länder diese Gesetzgebung zum Anlaß genommen, die Interessen der österreichischen Firmen in dieser Region massiv und ultimativ so gleich in Frage zu stellen. Mit einem Schlag waren damit Milliardenaufträge für österreichische Firmen in Frage gestellt und damit viele hundert oder vielleicht tausend Arbeitsplätze in Österreich unmittelbar bedroht.

Ich bin davon überzeugt, daß die Ankündigung der tropenholzproduzierenden Länder nicht eine leere Drohung gegenüber den österreichischen Firmen war, wie dies manchmal behauptet oder geglaubt wurde.

Im übrigen: Der harte Konkurrenzkampf zwischen westlichen Anbietern gerade in diesem Teil der Welt und der unverhohlene Hinweis der Vertreter der Konkurrenzfirmen auf das österreichische Tropenholzgesetz als ein Wettbewerbsmittel sprechen eine deutliche Sprache.

Wenn also Frau Abgeordnete Langthaler den Gegensatz zwischen Umweltschutzziele auf der einen und Arbeitsplatzziele auf der anderen Seite herausgearbeitet hat, dann geht das Herausarbeiten dieses Gegensatzes insofern ins Leere, als sich kein anderes Land diesem österreichischen Muster angeschlossen hat.

Wenn sich daher aufgrund dieser Fakten — auch aufgrund dessen, was die Abgeordneten, die diese Länder bereisten, ermittelt haben — das Hohe Haus nun anschickt, das Tropenholzgesetz zu ändern, so sage ich — wieder als jemand, der nicht an der Beschlußfassung teilnimmt —, daß ich diesen Schritt für richtig halte. Österreich ist alles andere als eine Insel. Wir haben eine kleine, offene, leistungsfähige Volkswirtschaft, die ihre Kraft zu einem großen Teil aus dem internationalen Austausch von Gütern und Leistungen bezieht.

Wir sind außerdem eine Gesellschaft, die gerade auf dem Gebiet der Umweltpolitik an vorderster Stelle steht, und zwar nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Wir möchten unsere Erfahrungen auf diesem Gebiet auch gerne den anderen Ländern der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stellen.

Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Ich wehre mich aber dagegen, in Verkennung unserer eigenen Größe, Stärke und Wichtigkeit, mit fundamentalistischem Eifer andere Staaten dieser Welt glauben machen zu wollen, daß wir ihnen unsere Muster aufzwingen können (*Beifall bei SPÖ und ÖVP*) — noch dazu um einen Preis, daß wir selbst dabei Schaden erleiden. Österreich ist nicht der Oberlehrer dieser Welt, genauso wie wir auch nicht bereit sind, uns von anderen Vorschriften machen zu lassen. (*Abg. Wabl: Der Oberlehrer der Nation!*)

Meine Damen und Herren! Es wäre extrem verfehlt, eine Regelung aufrechtzuerhalten, die international nicht die erwünschte Wirkung zeigt, aber unserer Wirtschaft und unserem Arbeitsmarkt beträchtlichen Schaden zufügt. (*Abg. Voggenhuber: Sagen Sie das Ihrer Umweltministerin!*)

Verantwortungsvolles politisches Handeln in Österreich heißt, für die Menschen in diesem Land zu handeln! (*Abg. Wabl: Österreich zuerst!*)

Unter dem Eindruck dessen, was Sie, meine Damen und Herren, hier tun — ich bitte Sie, mir zu glauben, ich sage das nicht mit irgendeiner Aversion oder haßerfüllt —, bitte ich Sie, auch von Ihrer Seite Ihre politische Verantwortung in diesem Zusammenhang zu überdenken und mit in diesen Diskussionsprozeß einzubringen. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich werde Ihre Fragen nach bestem Wissen und Gewissen und sehr sorgfältig beantworten, aber ich bitte Sie auch, sich hier nicht in eine Position hineinzubewegen, die letztlich niemandem etwas bringt — und schon gar nicht der Umwelt. (*Lang anhaltender Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 9.49

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Wir gehen in die Debatte ein.

Ich mache darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung die Redezeit jedes Abgeordneten mit 15 Minuten beschränkt ist.

Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Anshober. Ich erteile es ihm.

9.50

Abgeordneter Anshober (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Staatssekretär! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ist jetzt offensichtlich jemand an sein Kurzzeitgedächtnis erinnert worden, und das war ihm und seiner Partei sehr, sehr unangenehm. Denn innerhalb von zwei Monaten hat dieser Mann, der hier an sein Kurzzeitgedächtnis erinnert wurde, einen kapitalen Umfaller in einer entscheidenden Umweltfrage gemacht. Die einst proklamierte und plakatierte Qualität des Denkens, die Qualität des Handelns ist bei diesem Bundeskanzler zur Quali-

tät des Umfallens geworden. (*Beifall bei den Grünen.*) Und das ist offensichtlich der neue Qualitätsbegriff dieser Umweltpolitik, die ihren Namen nicht mehr verdient.

Herr Bundeskanzler! Nach dieser Arroganz, nach dieser Ignoranz, nach der Art und Weise, wie sie sich von der Beantwortung heißer Fragen gedrückt haben, muß ich Ihnen sagen: Niemand — niemand! — in diesem Österreich wird Ihnen mehr glauben, daß Sie für Umweltpolitik in diesem Land etwas übrig haben! (*Beifall bei den Grünen.*)

Und wenn Sie sich hier auf das Parlament ausreden — es weiß doch jeder politische Beobachter, wie sehr Sie Ihre Koalitionsparteien im Griff haben —, so sagen Sie doch ganz ehrlich, daß der Weg, wie das ins Parlament kam, nämlich in Form eines Initiativantrages, nichts anderes als der klassische Umgehungsversuch der eigenen Umweltministerin gewesen ist, die dieses Gesetz im Ministerrat blockiert und zu Fall gebracht hätte. Darum ist es gegangen und um sonst nichts anderes!

Herr Bundeskanzler! Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Langthaler hat Ihnen Punkt für Punkt belegt (*Heiterkeit bei der SPÖ*), wie sehr die Umweltpolitik in diesem Land, die von dieser Bundesregierung gemacht wird, im Rückschritt begriffen ist. Nach dieser Beantwortung, vielmehr nach dieser Nichtbeantwortung sage ich Ihnen: Diese Bundesregierung befindet sich in einer Zeitmaschine auf dem Rückflug in eine umweltpolitische Steinzeit. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das ist kein Rückschritt mehr, das ist bereits ein Rückflug, und zwar nicht nur in eine umweltpolitische Steinzeit, sondern das ist auch ein Rückflug weg von alten politischen Idealen dieser beiden großen oder halbgroßen Parteien dieses Landes.

Es hat doch einmal ein Ideal gegeben, das Solidarität, auch internationale Solidarität, geheißen hat. Wo ist dieses Ideal, geliebt? Und wenn ich mir hier ansehe, auf welcher peinlichen Art und Weise mit der berechtigten Angst vor Arbeitslosigkeit hier gespielt wird und wie man sich damit davon wegflüchtet, zuzugeben, welche Fehler man in den vergangenen Jahren im Bereich der Beschäftigungspolitik gemacht hat, wie sehr man es unterlassen hat, Investitionsprogramme im ökologisch-sozialen Bereich zu setzen, wie sehr man darauf vergessen hat, die Manager, die jetzt auf der Flucht sind, daran zu hindern, daß sie in vielen, vielen Betrieben einen Scherbenhaufen hinterlassen, dann muß ich sagen, das ist keine ehrliche Kalkulation und keine ehrliche Argumentation.

Anshober

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich mir ansehe, mit welchen Menschen diesbezüglich der Dialog gepflegt wurde, mit welchen Unterdrückern der Menschenrechte hier der Dialog gepflegt wird und mit welchen Unterdrückern der Menschenrechte hier die großen Geschäfte weiterlaufen sollen, dann muß ich sagen: Von internationaler Solidarität, die einst einmal die Sozialdemokratie ausgezeichnet hat, ist offensichtlich nichts mehr zu sehen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich zitiere nun eine drei Wochen alte Aussage von Johannes von Dohnanyi aus Deutschland über die innenpolitische Situation, über die Menschenrechtssituation in Indonesien: „Spurlos verschwunden sind Tausende von Menschen, etwa auf dem vor bereits 17 Jahren annektierten Ostteil der Insel Timor. Ein Viertel der 800 000 Insulaner wurde getötet oder verschwand. Gewerkschaften haben kein Recht, zu existieren. Versammlungsfreiheit existiert nicht.“

Und wir erfahren dann in den zuständigen Ausschüssen, daß die Firmen, die Druck machen zur Aufhebung dieses Umweltgesetzes, unter anderem Firmen sind, die Fahrzeuge zur Bekämpfung von Demonstrationen in diese Länder verkaufen wollen — Fahrzeuge, bestückt mit Wasserwerfern, Fahrzeuge zur Bekämpfung kritischer Bürger, Fahrzeuge made in Austria.

Das kann doch nicht ernsthaft der Sinn einer Beschäftigungspolitik sein, denn weitergedacht würde, das ja heißen: Am besten noch ein Noricum, am besten noch mehr Panzer, am besten noch mehr Waffenproduktion, ganz gleich, wohin, Hauptsache, die Kassa stimmt! Das kann doch keine zukunftsorientierte und auch keine ernstgemeinte Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik in diesem Land sein. *(Beifall bei den Grünen. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Wenn der Bundeskanzler hier sagt, er sei plötzlich in den letzten beiden Monaten draufgekommen, daß dem Vorreiter Österreich niemand gefolgt sei, so ist das erstens einmal die Unwahrheit. Es hat in vielen Ländern einen Aufbruch gegeben. Dieses österreichische Vorbild ist als Musterbeispiel, als nachahmenswertes Musterbeispiel betrachtet worden und hätte, wenn Sie diesen Ländern Zeit gegeben hätten, genügend Nachahmer gefunden. So wie in der Frage Zwentendorf, so wie in der Frage Katalysatorpflicht wäre es ein drittes Mal möglich gewesen, daß Österreich im umweltpolitischen Bereich tatsächlich eine Vorreiterrolle ausübt.

Eines muß ich Ihnen hier ganz ehrlich und offen sagen: Nachdem Sie hier heute quasi den medizinischen Befund für das Nichtvorhandensein eines Rückgrates abgeliefert haben, werden Sie

doch wirklich nicht annehmen, daß Ihnen in Hinblick noch irgend jemand glaubt, daß Sie bei EG-Beitrittsverhandlungen Rückgrat zeigen. Wenn Sie vor Indonesien und Malaysia in die Knie gehen, was wird in den kommenden Monaten in der Transitfrage, in der Frage Neutralität, in der Agrarfrage, dem Druck von England, Frankreich, Deutschland ausgesetzt, passieren? — Das wird nicht ein Kniefall wie in dieser Frage sein, sondern das wird ein Robben nach Brüssel sein, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei den Grünen.)*

Umweltpolitik dieser Bundesregierung existiert offensichtlich in den letzten Monaten nur mehr bei Sonntagsreden, bei Sonntagsreden und dort, wo man keine Nagelproben eingehen muß und wo es nichts kostet, wo kein Preis gefordert wird. Wenn Temelin fertiggebaut wird, ist sofort der Kanzler locker und leicht dafür zu haben, daß er ein Statement gegen Temelin abgibt. — No na, er hat ja nichts dafür zu tragen, er hat ja keine Erkenntnisse zu liefern, es kostet ihn nichts.

Im nächsten Wahlkampf werden wieder die grünen Plakate im ganzen Lande zu sehen sein. So wie sich Vranitzky das letzte Mal für das AKW-freie Mitteleuropa ausgesprochen hat, zumindest auf den Wahlplakaten, so wird er sich ein anderes Ökothema als grünes Mäntelchen umhängen. Aber diese Aktion, diese Wahlpropaganda ist mit diesem Kniefall, mit diesem klassischen Umfaller durchschaut. Das glaubt Ihnen in diesem Österreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, mittlerweile kein Mensch mehr!

Es ist ein klassischer Rückzug in die Sackgasse, und ich kann die Leute von den Umweltbewegungen nur unterstützen, die dafür in den letzten Tagen bereits eine sehr, sehr klare und eindeutige Klassifizierung getroffen haben. Ich zitiere nun die Umweltschutzorganisation „Global 2000“, die ganz wesentlich am Entstehen dieses Gesetzes beteiligt war:

„Österreichs sogenannte Umweltpolitiker werden sich weiterhin unvermindert mitschuldig an Ökocid und Völkermord im Regenwald machen, sollten sie die weltweit vorbildliche Kennzeichnungsmaßnahme unter erpresserischem Druck Indonesiens wieder zurücknehmen.“ — Und genau das ist der Punkt.

Oder: „Der Glaube an die Wirksamkeit eines freiwilligen Gütesiegels“ — das jetzt die kosmetische Reparatur sein soll — „ohne allgemeinverbindliche Holzkennzeichnung zeugt von völliger Inkompetenz österreichischer SP- und VP-Politiker. SPÖ und ÖVP erliegen damit dem Mythos einer nachhaltigen Regenwaldnutzung.“ — Das ist ein Thema, auf das Frau Kollegin Langthaler schon sehr, sehr konkret hingewiesen hat.

Anschober

Wir haben hier erstmals sehr detailliert und sehr konkret den Beleg dafür auf dem Tisch, wie Versprechungen selbst dann, wenn sie schon kurzzeitig realisiert worden sind, wieder gebrochen werden.

Das ist der Slalom dieser Bundesregierung in der Umweltfrage: Versprochen und gebrochen! Versprochen und gebrochen — diese Politik zieht sich hin und wird sich hinziehen bis hin zu den Beitrittsverhandlungen mit der EG in Brüssel.

Die Parlamentsbeschlüsse waren klar. Die Aussagen der Spitzenpolitiker von ÖVP und SPÖ waren klar. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das erst der Anfang war, wie wird dann in anderen umweltpolitischen Fragen auf Erpressungen reagiert? Sie ermutigen ja die Erpresser mit diesem Nachgeben, mit diesem Reagieren, mit diesem In-die-Knie-Gehen. Der nächste logische Schritt ist dann: Wenn als nächster Tschechien kommt und sagt: Wir werden Aufträge stornieren, wenn Ihr weiter gegen Temelin agiert!, wird die Bundesregierung wieder in die Knie gehen, der Herr Bundeskanzler wieder kleinlaut beigegeben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Nächster Schritt: Wenn es Proteste gegen internationale Autobahnprojekte, die vorsehen, daß die Autobahn durch Österreich durchführen soll, wobei man sagen muß, daß diese eine unglaubliche Verkehrslawine über dieses Land bringen würde, in Hinkunft gibt und Italien und die EG kommen und sagen werden: Vier, fünf Geschäfte sind gefährdet, so geht es nicht, liebes Österreich! Schluß mit den Protesten! Kusch! Ruhig sein! Brav sein! Benehmt euch, dann werden die Geschäfte weiterlaufen! Das ist die totale Selbstentmündigung der Österreichischen Bundesregierung in der Umweltfrage. Das ist der Punkt der gesamten Angelegenheit! *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin mir sicher, daß die Umweltministerin heute noch klare Worte zu diesem Thema finden wird. Sie hat bereits klare Worte gefunden. Auch auf diese Mogelpackung der Umgehung ihres Vetorechtes im Ministerrat wird sie reagieren, dessen bin ich mir ganz sicher. Das heißt, daß diese Umweltministerin in dieser Bundesregierung mittlerweile völlig isoliert ist und keine Bewegungschancen mehr hat. Sie wird auch von der eigenen Partei völlig im Stich gelassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann Ihnen zum Abschluß nur eines garantieren: Diese Auseinandersetzung wird von vielen, vielen Menschen in diesem Land sehr, sehr genau registriert. Diesen Umfaller, diese Totalkapitulation dieses totale In-die-Knie-Gehen vor ersten Erpressungsversuchen auf Kosten eines entschei-

denden Umweltgesetzes wird in diesem Land von ganz, ganz vielen Menschen durchschaut.

Diese Politik wird ihre Abrechnung finden. Wenn die Glaubwürdigkeit in Umweltfragen einmal zerstört ist, dann regiert es sich offensichtlich gänzlich ungeniert. Das ist das, was in Hinkunft zu befürchten ist. Wir werden den Widerstand in dieser Frage mit Sicherheit nicht aufgeben! *(Beifall bei den Grünen.)* 10.04

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Wabl. Er hat das Wort.

10.04

Abgeordneter Wabl (Grüne): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin nun zirka 26 Stunden ununterbrochen in diesem Haus *(Rufe bei SPÖ, ÖVP und FPÖ: Selber schuld!)* und habe die ganze Debatte verfolgt. Der Höhepunkt war zweifelsohne das, was unser Bundeskanzler hier an Edelmut und Großzügigkeit bewiesen hat.

Meine Damen und Herren! Ich verstehe schon, daß der Herr Bundeskanzler die Fragen nicht beantworten konnte, er hat sie erst gestern nachmittag bekommen. Ich glaube, er hätte sie beantworten können, wenn er seinem Freund oder seinem vermeintlichen Freund, dem Bischof Kräutler, zugehört hätte, den beinahe Mörderbanden umgebracht hätten, weil er für die Rechte der indigenen Völker eingetreten ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich kann mir schon vorstellen, daß die Realpolitiker in Südamerika den Herrn Bischof Kräutler einen Utopisten und Fundamentalisten schimpfen. Ich kann mir schon vorstellen, daß ihm dort die Regierenden vorhalten, daß wirtschaftliche Entwicklung und Ökologie kein Widerspruch sein muß.

Herr Bundeskanzler! Es gibt keinen Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und Umwelt. Es gibt auch keinen Widerspruch zwischen Umweltbewußtsein und langfristigem ökonomischem Denken. Aber, Herr Bundeskanzler, es besteht ein Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen, Geschäften und Verletzung der Menschenrechte. Es ist ein Widerspruch, Arbeitsplätze zu erkaufen durch Geschäfte mit Menschen, die ihre Bevölkerung foltern, knechten und ermorden. *(Beifall bei den Grünen.)* Dazu, Herr Bundeskanzler, hätten Sie Stellung nehmen müssen, denn hier gibt es einen Widerspruch! *(Neuerlicher Beifall bei den Grünen.)*

Die Problematik ist eine ganz einfache. Wir haben in Österreich Menschen, die Arbeit wollen, die ihr Geld in großen Fabriken verdienen, die Dinge herstellen, für die es im Augenblick kaum einen Markt gibt. Nachdem sie jahrzehntelang mit den kommunistischen und totalitären Macht-

Wabl

habern ihre Geschäfte gemacht haben, mußten sie nach dem Zusammenbruch dieser Systeme in andere Länder ausweichen. Sie waren dabei nicht wählerisch und sie haben mit totalitären Regimen und mit Machthabern verhandelt und Geschäfte gemacht, denen die Menschenrechte egal sind. Herr Bundeskanzler! Das ist ein Widerspruch für einen Bundeskanzler in einem Rechtsstaat und einer demokratischen Republik. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Bundeskanzler! Da Sie mit den Menschen in unserem Lande so viel sprechen, haben Sie sicher auch die Plakate gesehen, die in ganz Österreich affiziert sind und auf denen geschrieben steht: Teilen eint! Herr Bundeskanzler! Dieser Satz ist richtig. Sie als Sozialdemokrat und Vorsitzender einer sozialdemokratischen Partei müßten wissen, daß das eigentlich der großartigste Inhalt Ihres Programmes war, nämlich die Solidarität mit allen arbeitenden Menschen auf unserer Erde. Aber Sie verkehren dieses Prinzip zu dem schnöden Satz, den Haider mit seinem Copyright belegt hat: Österreich zuerst! *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben uns einige Male ersucht und darum gebeten, wir sollten doch endlich in einen Umweltdialog treten. Wir haben bei diesem Gesetz intensivst und konstruktiv mitgearbeitet. Aber Sie haben diese Auseinandersetzung und diese demokratische Entscheidung nicht mehr mit uns geteilt. Sie haben sie geteilt mit Geschäftemachern und korrupten Menschen im asiatischen Raum. Deshalb gibt es Entzweiung, deshalb gibt es Trennung in diesem Haus. Deshalb gibt es Mißverständnisse über die moralischen und ethischen Grundlagen unserer Republik.

Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Es ist, glaube ich, der große Sündenfall der Sozialdemokratie, daß sie die internationale Solidarität, die internationale Verpflichtung, mit allen Menschen gemeinsam an einer besseren Welt zu bauen, aufgegeben hat und nur mehr das nationale Interesse sieht. Ich fürchte, daß mit dieser Politik der ausschließlich nationalen Interessen und der ausschließlich sozialistischen Interessen eine fürchterliche Allianz in diesem Hause und in dieser Republik entsteht.

Ich sage Ihnen, Herr Bundeskanzler: Es ist eine Ihrer wenigen großen politischen Entscheidungen, daß Sie nicht mit Politikern zusammenarbeiten, die ihre Geschichte vergessen haben und viele, viele Grundsätze verkaufen. Aber Sie sollten, Herr Bundeskanzler, nicht vergessen, daß jeder Arbeitsplatz, den Sie mit „blutigen Händen“ sichern, jeder Arbeitsplatz, den Sie mit Hilfe von Geschäftemachern sichern, die korrupt sind, foltern und morden, auf die Dauer ein teuflischer

ist, ein Arbeitsplatz, der uns alle ins Unglück stürzt. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Bundeskanzler! Sie haben davon gesprochen, daß kein Mensch, kein Staat auf unserer Erde uns bei diesem Gesetzestext, bei diesem Antrag gefolgt ist. Herr Bundeskanzler! Dieser Entschließungsantrag wurde hier in diesem Haus im Juni 1992 mit großer Mehrheit beschlossen, mit den Stimmen der Grünen, der SPÖ und der ÖVP. In diesem Antrag war ausdrücklich von einem Auftrag die Rede, nämlich von dem Auftrag, die Gegensätze zwischen Ökologie und Wirtschaft zu vereinen, zwischen Ausbeutung und Solidarität zu unterscheiden. Sie sollten mit den Ländern Kontakt aufnehmen. Sie hätten mit anderen Staaten sprechen müssen und um eine gemeinsame Linie kämpfen müssen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Bundeskanzler! Wann haben Sie seit dem 3. Juni 1992 mit den anderen Staaten Europas, mit den anderen Staaten dieser Erde Kontakt aufgenommen, um dieses Gesetzesvorhaben, um diesen Gesetzauftrag durchzusetzen? Wann hat denn Ihre Regierung mit den anderen Regierungen darüber gesprochen? Sie haben ein einziges Mal mit jenen Regierungen Kontakt aufgenommen, die ihre Herrschaft mit Blut und Korruption begründen, mit der „Madame 10 Prozent“ und mit anderen korrupten Menschen in dieser Familie. Mit diesen sind Sie dann übereingekommen, daß das ein Gesetz ist, das dem Geist irgendwelcher fundamentalistischer Visionäre und Eiferer entsprungen ist. Dreiviertel dieses Hauses waren fundamentalistische Eiferer. Sie waren es zumindest bis zum 28. Jänner 1993, Sie waren bis dahin auch ein fundamentalistischer Eiferer.

Aber der größte Eiferer war der Herr Klubobmann Fuhrmann. Herr Klubobmann Fuhrmann hat nicht von ein paar hundert Arbeitsplätzen gesprochen, sondern der Herr Klubobmann Fuhrmann hat von anderen Zahlen gesprochen. Falls Sie es vergessen haben — er geniert sich wahrscheinlich und will deshalb nicht herkommen, wahrscheinlich sitzt er in der Löwelstraße und verrichtet andere Dinge —: Er hat damals gesagt: Wenn nun die tropischen Regenwälder in wenigen Jahren bei der derzeitigen Schlägerungsquote faktisch gänzlich vernichtet würden, würde die Erde auch noch ihre grünen Lungen, die entscheidend für Wasserhaushalt und CO₂-Bindung sind, verlieren. Die Folge wäre eine Beschleunigung und Klimaerwärmung, Wüstenbildung, Vernichtung von Tausenden von Arten und der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen.

Herr Bundeskanzler! Die Grünen respektieren die Angst und fühlen mit jenen Arbeitern, die in Österreich Sorgen haben um ihre Zukunft. Aber das, was Sie hier tun, ist ein Verrat an der Lebensgrundlage von Millionen von Menschen, von denen Ihr Klubobmann hier in diesem Hause

Wabl

sprach, der offensichtlich von Ihren Gnaden hier eingesetzt wurde und jetzt nicht mehr reden darf. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe wenig Mitleid mit einem Herrn Fuhrmann. Ich habe auch wenig Mitleid mit einem Herrn Khol. Ich glaube, es ist die Grenze einer parlamentarischen Auseinandersetzung überschritten worden, die fair geführt worden ist, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie sich von korrupten Machthabern in anderen Ländern haben erpressen lassen.

Herr Bundeskanzler! Herr Bischof Kuntner hat zu Recht die Frage gestellt: Wer beschließt in unserem Land die Gesetze? Das sind nicht Sie, obwohl Sie — das werden Sie sicher nicht abstreiten — ein bißchen Einfluß haben auf Ihren Klub und ein bißchen Einfluß haben auf Ihren Fuhrmann, der die Geschäfte für Sie führt. Aber, Herr Bundeskanzler, können Sie es als Bundeskanzler der Republik Österreich zulassen, daß die Gesetze hier in diesem Haus von jenen erpreßt werden, die von Menschenrechten und vom Rechtsstaat keine Ahnung haben, die Erschießungen vornehmen, die Hinrichtungen vornehmen ohne irgendeine Legitimation, sofern es überhaupt für solche Vorgehensweisen jemals eine Legitimation gab?

Herr Bundeskanzler! Sie haben Sorge dafür zu tragen, daß diese Republik eine demokratische Republik bleibt. Weil Sie hier kritisierten, daß die Grünen die Redezeit strapaziert haben: Ich weiß schon — das höre ich hier schon seit sechs Jahren —, wenn wir brav sind, dürfen wir viel reden und lang reden und schön reden. Wenn wir aber nicht brav sind, dann sind wir eigentlich zuviel hier im Haus, dann sollten wir eigentlich wieder raus und irgendwo im Land auf der Straße sitzen und unsere Politik formulieren. Das ist Ihre Gesinnung, die Sie hier ständig zur Schau tragen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe heute nicht einmal von den Mitgliedern Ihrer Partei hören müssen: Zum Glück kommt die Geschäftsordnungsreform! Zum Glück haben wir bald eine Änderung, und dann werden wir euch zeigen, was Mehrheit in diesem Lande ist und was Macht in diesem Lande ist!

Herr Bundeskanzler! Ich habe Sie nicht gewählt, aber ich respektiere Sie als Bundeskanzler unserer Republik. Ich respektiere jedoch nicht, daß Sie unser Land erspreßbar machen und unser Land an korrupte Personen verkaufen. *(Beifall bei den Grünen.)* 10.18

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Terezija Stoisits. Sie hat das Wort.

10.18

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (Grüne): Dobro jutro, poštovane dame i gospodo! Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren! Bei

den paar Abgeordneten, die jetzt hier anwesend sind, ist es angebracht, guten Morgen zu sagen, denn sie haben ja die Nacht nicht hier verbracht *(Widerspruch)*, die erste Nacht in der Zweiten Republik, die das Parlament durchgearbeitet hat. Ich bin sehr froh darüber, daß nicht nur die zehn grünen Abgeordneten, sondern auch die restlichen 173 jetzt endlich ein zusätzliches Argument bei dem Versuch haben, den ramponierten Ruf, den Politiker und Politikerinnen in Österreich in der Öffentlichkeit haben, zu sanieren *(Abg. Grabner: Vor allem Sie!)*, indem sie sagen können: Wir haben jetzt einmal 24 Stunden — wir wissen ja noch nicht, wie lange es noch weitergehen wird — durchgearbeitet. So ganz für nichts kriegen wir also das viele Geld auch nicht. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Grabner: Sie müssen das ja nicht zahlen! Die ganzen Angestellten haben müssen dableiben!)* Sie haben nicht einmal eine Minute Beitrag, mit Ausnahme des Herrn Bundeskanzlers, der vorhin gesprochen hat, geleistet. Aber ich gönne Ihnen vom Herzen diese kleine Verbesserung Ihres Rufes, was Sie jetzt sozusagen auf Kosten der Grünen Fraktion, ohne etwas dazu beigetragen zu haben, ausnützen werden. *(Ruf bei der SPÖ: Sie haben keine Ahnung, was das Volk da draußen denkt!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was nun seit Stunden hier im Parlament diskutiert wird, nicht erst seit 4 Uhr in der Früh, seit meine Kollegin Langthaler begann, über das Tropenholz zu sprechen, sondern in Wahrheit schon seit 11 Uhr 30 Minuten gestern vormittag, als es um das internationale Juteabkommen ging, zu dem meine Kolleginnen Grandits und Petrovic hier am Beispiel eines Landes, nämlich Bangladesch, exemplarisch vor Augen geführt haben, welche Problematik ähnliche Länder wie jene, in denen der tropische Regenwald abgeholzt wird, zu bewältigen haben.

Deshalb kann man sagen, daß wohl kaum in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus — auch wenn Sitzungen üblicherweise unterbrochen werden — eine Materie so erschöpfend und so lange diskutiert wurde — allerdings unter sehr einseitiger Beteiligung.

Ich möchte jetzt — im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers ist das passend — etwas zur Rolle der grünen Fraktion sagen. Ich sage Ihnen das ganz zurückhaltend deshalb, weil es nicht das Verdienst der zehn grünen Abgeordneten ist, daß heute hier und wie lange heute hier über Tropenholz gesprochen wird. Es war ein jahrelanges Bemühen und ein jahrelanger Kampf von vielen, von Hunderten und Tausenden umweltbewegten Menschen in diesem Land, von Aktivisten in Umweltorganisationen, die am 3. Juni des Vorjahres glaubten, daß ihre jahrelange Aktivität einen positiven Abschluß in einem Gesetz

Mag. Terezija Stoits

gefunden hätte, das beispielhaft nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt ist; es wurde am 3. Juni 1992 hier einstimmig beschlossen.

Die Vorgangsweise, wie es zu diesem Gesetz gekommen ist — ich erinnere mich sehr gut an die Debatte —, wurde damals von allen als konstruktive Mit- und Zusammenarbeit bezeichnet. Die Umweltorganisationen haben Ihnen, jetzt am Vormittag übriggebliebene geschätzte Damen und Herren, aber auch den Abwesenden und der Bundesregierung viel Lob gespendet für diesen einmaligen Akt einer konstruktiven Zusammenarbeit mit einem solch positiven Ende. (*Zwischenruf des Abg. Schmidtmeyer.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Dinge haben sich nach dem 3. Juni — am Anfang nicht so schnell, aber dann immer schneller — ganz anders entwickelt. Und heute stehen wir hier und können vor lauter Fassungslosigkeit kaum noch Gedanken artikulieren, denn das, was hier passiert ist, ist nicht nur für uns zehnte und nicht nur für unsere Mitarbeiter, sondern vor allem für diese Hunderte von Umweltaktivisten, zum Großteil junge Leute, eine der größten Enttäuschungen, die sie erleben mußten, denn alles, was passiert ist und was als so konstruktiv bezeichnet wurde, wird mit einem Strich, mit einer Ausschußsitzung, mit einer Debatte, bei der sich noch nicht abschätzen läßt, wie viele sich daran beteiligen, zunichte gemacht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von konstruktiver Zusammenarbeit keine Spur! Und das, obwohl es im Vorstadium zum heutigen Tag — meine Kollegin Langthaler hat das in der Begründung der dringlichen Anfrage schon sehr detailliert ausgeführt — so ausgesehen hat, als würde die ganze Sache ein positives Ende nehmen.

Die Art, wie die Umweltorganisationen und die Grünen — das meine ich ganz ehrlich — in dieser Tropenholzcausa und -thematik seit 3. Juni 1992 agiert haben, war zurückhaltend und maßvoll in dem Sinn, daß sowohl die Umweltorganisationen als auch die grüne Fraktion Ihnen konstruktive Angebote gemacht haben. (*Beifall bei den Grünen.*) Wir werden unser Angebot heute in diesem Sinn fortsetzen, indem wir einen Antrag einbringen, der nicht nur von den Grünen, sondern auch von zahlreichen Einzelpersonen anderer Fraktionen schon gutgeheißen, positiv bewertet wurde. Diese Menschen agieren aber nicht so wie Sie alle, die Sie sich angeblich für den Regenwald einsetzen, aber dann, wenn es soweit ist, stimmen Sie im Parlament gegen den Regenwald.

Meine Damen und Herren! Dieser Prozeß war ein wirklicher Prozeß der Annäherung. Aber dann gab es einen Punkt, an dem gab es für Sie kein Zurück. Da wurde nur noch die Parole aus-

gegeben: Jetzt wird nicht diskutiert, jetzt wird beschlossen!

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit wundert mich das nicht, denn das entspricht ganz genau dem Zustand, der in Österreich — zumindest in den letzten sechs Jahren — herrscht: Stillstand in der Umweltpolitik. In der Umweltpolitik geschieht nichts. Wenn ich mir die Worte des Herrn Bundeskanzlers von vor einer halben Stunde in Erinnerung rufe, so empfinde ich es geradezu als Hohn, daß er davon sprach, welche umweltpolitischen Leistungen die Bundesregierung in den letzten Jahren vollbracht hat.

Meine Damen und Herren! Nicht nur Politikerinnen und Politiker, nicht nur Umweltinteressierte wissen ganz genau, daß das nicht stimmt und absolut nicht die Wahrheit sein kann. Jeder Österreicher und jede Österreicherin, die Zeitung lesen — wenn auch nicht täglich —, wissen, daß in diesem Lande seit Jahren keine wirkungsvolle Umweltpolitik mehr gemacht wird (*Beifall bei den Grünen*) und die traurige Aussicht besteht, daß sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. Ganz im Gegenteil: Die Situation für Österreichs Menschen — wenn man für die Umwelt kämpft, kämpft man in erster Linie für die Menschen, für die Zukunft der österreichischen Kinder — wird durch das Agieren, das wir kennen und von dem wir befürchten, daß es fortgesetzt wird, überhaupt nicht positiv beeinflusst werden können, geschweige denn, daß es wirkliche Fortschritte geben wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin seit gestern früh hier und habe alles, was hier gesagt wurde, gehört, vor allem alle Zwischenrufe, die es im Laufe der Stunden gegeben hat, aber auch alle Interviews und Stellungnahmen außerhalb, die dokumentiert wurden, und ich muß feststellen: Viel mehr als über den tropischen Regenwald und die Sorge um den tropischen Regenwald ist hier von Mißbrauch, Unfug, Kasperltheater und so weiter seitens der grünen Fraktion gesprochen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie glauben, man kann es sich mit den Grünen sehr leichtmachen. Aber so ist es nicht! (*Abg. Leikam: „Kasperltheater“ steht in den „Salzburger Nachrichten“!*)

Ich erinnere mich an folgendes: Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem der sozialdemokratischen Fraktion! Als wir bei der letzten oder vorletzten dringlichen Anfrage hier im Hohen Haus saßen, als es darum ging, den braunen Sud, der in Österreich über das Land geschüttet wird, gemeinsam abzuwehren, war die Stimmung hier ganz anders. (*Abg. Leikam: Haben Sie die „Salzburger Nachrichten“ gelesen? — „Kasperltheater“!*) Diese Stimmung hat sich blitzartig ge-

Mag. Terezija Stoisits

ändert, als Ihnen Dr. Haider heute die Hand gereicht hat, Sie ihn gestreichelt und ihm wieder alles versprochen haben, alle Zuneigung und Liebe, die Sie ihm in den letzten Wochen kurzfristig entzogen hatten. Heute ist alles anders. Heute wurden hier für die grüne Fraktion Ausdrücke verwendet wie: „Faschisten“, „Schweine“, „Zigeuner“. (*Abg. Schwarzenberger: „Zigeuner“ ist kein Schimpfwort!*) Herr Kollege Schwarzenberger! Der Abgeordnete, der dieses Wort verwendet hat, hat es in einem Tonfall gesagt – ich möchte gar nicht darauf eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dieser Art können Sie viel bewirken, aber eines können Sie nicht bewirken: daß meine Kolleginnen und Kollegen der grünen Fraktion Angst bekommen. Ich verstehe nicht, was Sie mit Verbalinjurien dieser Art bezwecken in einer Diskussion, in der es um ein Thema geht, das Ihnen allen doch ein Anliegen ist. Durch eine ausführliche Diskussion im Plenum – eine solche hat es im Ausschuß leider nicht gegeben (*Abg. Leikam: Also bitte: 7 Stunden Ausschußberatungen! Sie waren nicht immer dabei! Das ist Ihr Problem!*) – bekämen Sie die Möglichkeit – vorausgesetzt Sie machen sich die Mühe, die Debatte aufmerksam zu verfolgen –, darüber zu befinden, ob Ihnen der Schutz des tropischen Regenwaldes nicht doch so sehr am Herzen liegt, daß Sie Ihre Entscheidung, die jetzt fix zu sein scheint, wieder umstoßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht nur über Drohungen für die künftige Geschäftsordnungsreform, Beleidigungen und Ehrabschneidungen gilt es hier Bemerkungen zu machen. In erster Linie geht es darum, darauf einzugehen, was es eigentlich mit dieser Tropenholzcausa und mit Ihrer diesbezüglichen Vorgangsweise auf sich hat.

Meine Damen und Herren! Würde es hier nicht um ein solch trauriges Faktum gehen, nämlich darum, daß Geschäfte und Geschäftemacherei mit verbrecherischen Regimen geschützt werden, würde diese Tatsache nicht so traurig sein, könnte man über einiges, was heute hier gesagt wurde, hinwegsehen. Aber so ist das etwas, was nicht zu entschuldigen ist, was durch nichts zu entschuldigen ist. Es ist lediglich durch einen Umstand zu korrigieren: daß es keine Geschäfte mit Regimen gibt, die nicht weit davon entfernt sind, mit einem Regime wie dem von Saddam Hussein verglichen zu werden, wie das Amnesty International macht.

Meine Damen und Herren! Ist Ihnen all das egal? Ist Ihnen der Aspekt, daß es das österreichische Parlament ermöglicht, daß österreichische Firmen, daß verstaatlichte Firmen – durch Bestimmungen, die Sie mit dem Gesetzesbeschluß schaffen werden – diese Geschäfte machen, blutiges Geld verdienen können, egal?

Meine Damen und Herren! Kein Argument in Bezug auf Arbeitsplätze kann das aufwiegen, was . . .

Präsident: Ich bitte um den Schlußsatz.

Abgeordnete Mag. Terezija Stoisits (*fortsetzend*): . . . was herauskommt, wenn man einen klaren Gedanken über diesen Umstand faßt.

Meine Damen und Herren! Diese Geschehnisse brauchen von mir nicht noch einmal dokumentiert zu werden, sie sind in der schriftlichen Anfrage ganz detailliert dokumentiert – von Amnesty International. Die Anfrage wurde ja an Sie alle verteilt. Bitte werfen Sie einen Blick in diese Unterlage, bevor Sie sich in der Tropenholzcausa zu einer Entscheidung durchringen! (*Beifall bei den Grünen.*) 10.34

Präsident: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Voggenhuber. Er hat das Wort.

10.34

Abgeordneter Voggenhuber (Grüne): Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Präsident! Der Herr Bundeskanzler hat die 102 dringlichen Anfragen der Grünen heute nicht beantwortet, er hat auf sein schriftliches Antwortrecht verwiesen und gemeint, er müsse sich auf die Sache erst vorbereiten, einarbeiten, er müsse das alles erst studieren und abwägen. (*Abg. Schmidtmeyer: Das hat er nicht gesagt!*)

Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler mit dieser ganzen Sache noch nie etwas zu tun gehabt hätte, so hätte er heute in den fünf Stunden (*Abg. Leikam: Er hat gesagt, er wird das gewissenhaft beantworten!*), die er in diesem Haus war, Gelegenheit gehabt, einiges zu bedenken und einiges zu beantworten. (*Abg. Leikam: 102 Fragen!*) Wie wir alle wissen, war aber der Herr Bundeskanzler bis zuletzt in die Entscheidungen involviert. Und das, was Sie mit dem Initiativantrag heute vollziehen, ist nichts anderes als sein Diktat. Jeder in Österreich weiß das! (*Beifall bei den Grünen.*) Wie weit ist es mit diesem Parlament gekommen, daß der Bundeskanzler das hier leugnen kann? (*Abg. Leikam: Das hat er überhaupt nicht getan! Sie haben nicht zugehört!*) Er hätte allen Anlaß gehabt, dem Hohen Haus seine Beweggründe für diese Entscheidung darzulegen. Aber das ist ihm nicht eingefallen! (*Zwischenruf des Abg. Schmidtmeyer.*) Das ist ihm nicht eingefallen.

Dem Herrn Bundeskanzler ist etwas anderes eingefallen: die Gefährdung des Parlamentarismus, die Gefährdung des Parlamentarismus durch die grüne Opposition. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Schmidtmeyer.*) Nicht ihm allein. Der Präsident dieses Hauses hat in der Nacht gemeint, die Grünen würden die Demokratie auf den Kopf stellen!

12666

Nationalrat XVIII. GP — 107. Sitzung — 12. März 1993

Voggenhuber

Ist es wirklich so unfaßbar, ist es in diesem Parlament nach mehreren Generationen demokratischer Verfassung so unfaßbar, daß die Opposition bei einem zentralen Thema einmal das tut, was die Mehrheit Tag für Tag hier exekutiert? — Nämlich die Geschäftsordnung für sich zu verwenden und ihre Rechte auszuüben!

Meine Damen und Herren! Wir haben es hier ganz einfach mit einem Mißverständnis zu tun: Sie erwarten, daß sich die parlamentarische Opposition, daß sich die Grünen an Ihre Spielregeln halten. Aber 250 000 Menschen im Land, von denen die zehn grünen Abgeordneten gewählt wurden, erwarten, daß diese für die Sache Menschenrechte, für die Sache Umweltschutz wenigstens die Geschäftsordnung ausschöpfen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Sie tun mir einfach nur leid! Ich kann jedoch mit der Wehleidigkeit der Mächtigen, die in Wutgeheul ausbrechen und eine Staatskrise beschwören, weil man ihnen eine Nacht stiehlt, nichts anfangen. *(Abg. Schmidmeier: Geh, bitte! — Abg. Leikam: Sie tun sich ein bißchen überbewerten!)* Ja, das war es doch, was Sie uns mitgeteilt haben. Schauen Sie die APA-Aussendungen an: Die Grünen gefährden den Parlamentarismus. „Die Presse“ hat gemeint, wir würden uns eines Rückgriffes auf Großväterunsitten schuldig machen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Parlamentsprotokolle lesen, können Sie erfahren, daß die Sozialdemokraten vor vielen, vielen Jahren ihre Filibusterredner einmal im Triumph auf den Schultern aus dem Parlament getragen haben. Aber Ihre eigene Parteigeschichte ist Ihnen ja schon längst abhanden gekommen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ja, wir sind in Österreich in der Großväterzeit der Demokratie! Wir haben sie nicht entwickelt! Und wir Grünen stehen ein für den Parlamentarismus, meine Damen und Herren! Wir kämpfen für ein Parlament — aber nicht für ein Parlament der Wasserträger, sondern für ein Parlament als Forum der Auseinandersetzung, ein Parlament, das die Regierung kontrolliert und nicht deren Weisungen vollzieht, für ein Parlament, das das Volk vertritt und nicht einzelne Interessen und die Industrie! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ein solches Parlament versteht sich als Forum und Arena der Auseinandersetzung *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Aber wie soll man sich denn auseinandersetzen, wenn zehn Stunden lang einer quatscht?)* und des Ringens um Entscheidungen. Und niemand, Frau Kollegin, nimmt der Mehrheit das Recht, zu entscheiden. *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Wie soll man sich auseinandersetzen, wenn Sie zehn Stunden reden?)* Die Geschäftsordnung und die Verfassung geben

Ihnen das Recht, über alle Bedenken hinwegzugehen, Bedenken von Menschen der politischen Opposition, von Menschen im Ausland, rund um die Welt. Sie können über alles hinweggehen! Aber die Geschäftsordnung gibt uns das Recht, Ihnen bis dorthin einiges zu bedenken zu geben. *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Das ist doch keine Auseinandersetzung, wenn Sie zehn Stunden reden!)* Und dieses Recht lassen wir uns von Ihnen nicht nehmen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Ich brauche nicht von einem Herrn Bundeskanzler Vranitzky die Glaubwürdigkeit in Umweltfragen attestiert zu bekommen. 1977 wurde ich zum ersten Mal zum Sprecher von Bürgerinitiativen und einer Umweltbewegung gewählt. *(Abg. Auer: Das war ein Fehler!)* Und seither höre ich Sie, meine Damen und Herren!

Und zum „Kasperltheater“, wie es heute in den „Salzburger Nachrichten“ heißt. Wissen Sie, wie es 1977 hieß? Ich habe es noch im Ohr: das „Affentheater“. Und erst Jahre später entschuldigten sich diese Journalisten öffentlich und in persönlichen Gesprächen dafür, daß sie diese Entwicklung nicht mitgetragen, sondern sich auf die Seite der Mächtigen und der Realverfassung in Österreich gestellt hatten.

Meine Damen und Herren! Wo sind die kritischen Journalisten? Wo sind die Medien dieses Landes, die den täglichen, den tagtäglichen Bruch der Demokratie durch die Realverfassung, durch die Usancen, durch die Sozialpartnerschaft, die Mißachtung des Parlaments, das Übergehen des Parlaments angreifen? Wo sind sie, wenn die Oppositionsanträge Monate, ja Jahre nicht behandelt werden, wenn die Regierung nicht bei einem Tagesordnungspunkt ihre Geschäftsmöglichkeiten der Minimierung der Redezeit der Opposition nützt, sondern bei allen? Monate und Jahre bei allen Gelegenheiten alle Geschäftsmöglichkeiten in exzessivster Weise ausnützt? Wo ist die Presse? Wo sind die Medien dieses Landes, die dann das Parlament verteidigen, die dann die Opposition verteidigen? *(Beifall bei den Grünen.)* Eine Menge Heuchler! Eine Menge Heuchler und eine Menge Leute, die einfach zur Kenntnis genommen haben, daß es in Österreich einen Parlamentarismus aus der Großväterzeit gibt. Nur: Unsere Großväter haben noch um ein Parlament gekämpft, haben noch gerungen und haben es als selbstverständlich erachtet, die Geschäftsordnungen auszunützen. *(Abg. Steinhauer: Jetzt redest du wie ein Uraltpartei-funktionär!)* Die Geschäftsordnungen sind die Spielregeln! Aber Spielregeln können nicht so gestaltet sein, daß Sie immer gewinnen. Das sind keine Spielregeln, meine Damen und Herren! *(Beifall bei den Grünen.)*

Voggenhuber

Und das ist doch die Lehre aus dieser Nacht: daß Sie nicht bereit sind, die Realverfassung zu ändern, daß Sie es empörend finden, wenn eine Opposition Sie nur einmal zwingt, Ihre Routine zu verlassen, Ihr Wochenendprogramm stört. Meine Damen und Herren! Das englische Parlament nennt man die „Mutter der Parlamente“, aber derzeit schlafen dort die Abgeordneten seit Wochen in ihren Zimmern mit mitgebrachten Liegen, um die Ratifizierung von Maastricht zu verhandeln. *(Beifall bei den Grünen.)* Da müssen Sie sich nicht schämen, wenn Sie eine Nacht lang über eine wichtige Frage diskutieren *(Abg. L e i k a m: Zuhören, nicht diskutieren!)*, und wir müssen uns bei Ihnen nicht entschuldigen, daß wir Sie dazu zwingen, Argumente anzuhören, die Sie selber vor Monaten geteilt haben — gewichtige Argumente, Hilferufe von Menschen, Warnungen von Wissenschaftlern —, die Sie selber vor Monaten bewogen haben, ein Gesetz zu verabschieden, sich dafür loben zu lassen, sich dafür als Pioniere des Umweltschutzes und des Menschenrechtes aufzuführen.

Und jetzt dürfen wir Sie nicht daran erinnern, ohne Ihre empfindliche Wochenendseele zu kräuseln, ohne Ihre Empörung hervorzurufen? Meine Damen und Herren! Sie mögen vielleicht eine lange Nacht hier gesessen sein; wir haben eine lange Nacht gearbeitet und gerungen. Und ich glaube, wir haben einen Anspruch auf Ihr Zuhören und auf Ihre Aufmerksamkeit, und wir haben einen Anspruch auf Ihre Glaubwürdigkeit, und wir haben einen Anspruch darauf, für dieses Parlament etwas getan zu haben — mehr als Sie in vielen, vielen Jahren! *(Beifall bei den Grünen.)* Und um die Zustimmung der Menschen in diesem Lande mache ich mir überhaupt keine Sorgen.

Und wenn Sie das zum Anlaß nehmen, das nicht als einen Fortschritt der Demokratie, als eine Entwicklung demokratischer Kultur und Auseinandersetzung zu feiern *(Abg. L e i k a m: Haben Sie die „Salzburger Nachrichten“ gelesen?)*, sondern sich mit einer rigiden Geschäftsordnungsreform zu rächen, dann werden Sie das zu verantworten haben, dann werden Sie Ihr Demokratieverständnis offenlegen müssen, dann werden Sie Ihr Bekenntnis zum Parlament offenlegen müssen.

Wir kämpfen um ein demokratisches Parlament in Österreich, und zum erstenmal entwickelt sich dieses Parlament zu einem Kontrapart der Regierung. Wenn die Mehrheit dieses Hauses schon nicht das Bedürfnis hat, der Regierung entgegenzutreten, wenn sie ihr per Fax und per „APA“ mitteilt, daß ein beschlossenes Gesetz zu verschwinden hat — die grüne Opposition wird sich wehren, und damit wehrt sich auch ein Teil dieses Parlaments.

Daß wir das unter strenger Beachtung der Geschäftsordnung und der Verfassung tun, sollte uns eigentlich in Ihren Augen adeln und nicht zu „Terroristen“ und „Schweinen“ machen, um nur zwei der zahlreichen Zwischenrufe zu erwähnen, die uns in den letzten 24 Stunden um die Ohren geflogen sind, meine Damen und Herren. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Kollege aus Salzburg, Herr Stocker, der Sie ja gemeint haben, an mich appellieren zu müssen und mich gefragt haben, ob ich dem Parlament damit diene — ich hoffe, ich habe Ihnen damit eine Antwort gegeben. Dieses Parlament muß ein Forum der Auseinandersetzung sein, muß seine Kontrollfunktion wahrnehmen, muß eine Vertretung des Volkes sein und nicht von Einzelinteressen. Und wenn wir dazu einen — allerdings streitbaren — Beitrag geleistet haben — unter vollem Einsatz unserer physischen und psychischen Kräfte —, dann, glaube ich, verdienen wir auch Ihre Anerkennung. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. L e i k a m: Aufputschmittel nehmen Sie!)* 10.46

Präsident: Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Grandits. Sie hat das Wort.

10.46

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissen Sie, ich finde die Anmaßung schon erstaunlich, mit der unser Herr Bundeskanzler behauptet hat, er hat in den letzten Jahren alles für den Umweltschutz getan *(Abg. S c h i e d e r: Mehr als Sie, hat er gesagt!)* — mehr als die Grünen je zuvor.

Diese Anmaßung besteht für mich in einem ganz bestimmten Punkt. *(Abg. S c h w a r z e n b e r g e r: Das kann er sicher beweisen!)* Die Anmaßung besteht für mich darin, das angesichts der Tatsache zu behaupten, daß die grüne Bewegung unter anderem *(Abg. D i e t a c h m a y r: Sie reden, wir handeln!)* in der Au in Hainburg entstanden ist. Damals haben die Sozialdemokraten begonnen, uns als „Spinner“ zu diffamieren, uns gegen die Bauarbeiter auszuspielen, die Bauarbeiter gegen Studenten und grün engagierte Menschen aufzuhetzen. *(Abg. S c h i e d e r: Geboren in Hainburg, gestorben im Parlament!)* Beinahe wäre es sogar zu einer Spaltung in diesem Lande gekommen. So hat nämlich das Umweltengagement der Sozialdemokratie begonnen und auch das Umweltengagement des Herrn Bundeskanzlers! Das sollten wir uns in Erinnerung rufen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jetzt geht es für uns um ein ureigenes grünes, entwicklungspolitisches, globales Thema, und wir glauben, daß Maßnahmen entscheidend sein werden für Jahre, für Generationen, ja vielleicht überhaupt für den Fortbestand dieses Planeten

Mag. Marijana Grandits

und der Menschheit. Wir glauben wirklich daran. Jeder, der einmal in diesem Regenwald war und gesehen hat, welche verheerenden Auswirkungen diese Art von Denken mit sich bringt, dieser modernistische Ansatz, der einfach nach der Logik geht „Arbeitsplätze sind alles“ — ich will nicht in Abrede stellen, daß es wichtig ist, daß Menschen Arbeit haben, aber dem darf nicht alles geopfert werden —, der sieht genau die Konsequenzen, mit denen wir heute schon zu kämpfen haben und die diese Erde bedrohen. Aber das wollen Sie nicht wahrhaben.

Und da stellt sich der Herr Bundeskanzler hin und sagt: Wir haben alles für den Umweltschutz getan! — Großartig! Da kann ich wirklich nur gratulieren. Aber was mich dabei so getroffen hat, das sind die Leute, die draußen vor dem Parlament stehen, das sind die Tausenden Österreicherinnen und Österreicher, die bei uns unter anderem jetzt anrufen, Telegramme und Blumen schicken. Das sind nicht nur Grün-Wähler, sondern das sind Menschen, die sagen: Es gibt noch jemanden, der langfristig denkt, es gibt jemanden, der die Dimensionen dieses Problems erkannt hat und versucht, die Zusammenhänge darzustellen und nicht eines gegen das andere auszuspielen.

Und der Herr Bundeskanzler stellt sich hin und sagt: Ich kenne die Menschen in diesem Land, und ich weiß, was sie denken. Und alle sagen sie, ihr seid Spinner. (*Abg. Vetter: Das kommt der Wahrheit sehr nahe!*) Das ist für mich wirklich eine Überheblichkeit und eine Anmaßung, die Ihnen auf den Kopf fallen wird und soll. Dazu kann ich Ihnen nur das Beste wünschen. (*Beifall bei den Grünen.*) Das wird spätestens bei der nächsten Wahl der Fall sein, denn vor allem die jungen Menschen haben schon längst kapiert, daß es um ihre Zukunft, aber auch um die Zukunft ihrer Kinder geht. (*Abg. Leikam: Zu uns kommen sie um Arbeitsplätze!*)

Ich glaube Ihnen, daß diese jungen Menschen zu Ihnen um einen Arbeitsplatz kommen, denn das ist Ihre Philosophie: ein Parteibuch — ein Arbeitsplatz! (*Abg. Helmuth Stocker: So einen Unsinn habe ich noch nie gehört!*) Und jetzt haben Sie halt Schwierigkeiten, weil Sie nicht mehr genügend Arbeitsplätze für die nötigen Parteibücher haben. (*Abg. Helmuth Stocker: So locker über Arbeitsplätze zu reden! Das ist ungeheuerlich, was Sie verzapfen!*) Und jetzt sagen Sie: Gut, Indonesien — Menschenrechtsverletzungen gehen uns nichts an, vielleicht kriegen wir zehn Parteibücher mehr dadurch, wenn wir solche Arbeitsplätze schützen können. Das ist nämlich Ihre Einstellung! (*Abg. Helmuth Stocker: Wie Sie locker mit Arbeitsplätzen umgehen! Was Sie hier behaupten, ist ungeheuerlich!*)

Herr Kollege! Sie brauchen mir überhaupt nichts zu erzählen. Ich bin ein Kind einer Arbei-

terfamilie: Meine Eltern sind heute noch Sozialdemokraten, und ich kenne die Philosophie und die Praktiken seit Jahrzehnten, und das ist auch der Grund, warum ich mich für diese Probleme in einer anderen Bewegung engagiert habe und nicht in Ihrer, weil es dort wirklich unmöglich ist. (*Abg. Helmuth Stocker: Lesen Sie im Protokoll nach, was Sie jetzt verzapfen!*) Das ist ja der Hintergrund, und das tut Ihnen ja weh, weil Sie merken: Auf der einen Seite laufen Ihnen die Arbeiter davon, auf der anderen Seite laufen Ihnen die Jugendlichen davon (*Abg. Schwarzenberger: Aber nicht zu Ihnen!*), aber bitte das ist Ihr Problem, geht mich überhaupt nichts an.

Über Jugendliche, die uns bei diesem Anliegen unterstützen, können wir auch noch reden. Ich wage zu behaupten, daß es eine ganz, ganz große Anzahl ist, und zwar nicht nur in diesem Land, sondern in ganz Europa. Es gibt in der Zwischenzeit Gruppen, Bewegungen, Einzelmenschen, die sagen, es müssen die Weichen gestellt werden, wir müssen in eine andere Richtung denken. Aber bei der Sozialdemokratie ticken halt die Uhren noch anders. Da ist man halt noch immer auf dem Trip des Zubetonierens. Das bedeutet fünf Arbeitsplätze, vielleicht 50, vielleicht sind es auch 500, und dann haben wir wieder die nächste Wahl geschafft. Und das ist eine Denkart, die wir einfach nicht akzeptieren können, denn das ist für uns nicht engagiertes Umweltdenken (*Beifall bei den Grünen*), sondern kurzfristige Parteipolitik und nichts anderes.

Und noch eines: Gleichzeitig stellt sich der Herr Bundeskanzler dann bei einer Matinee mit dem wirklich engagierten Bischof Kräutler vor die Kamera, diesen großartig umarmend, und sagt: Er tut eben alles für die indigenen Völker und den Regenwald. Meine Kollegin Langthaler hat heute schon ausführlichst auch zu den Problemen von Menschenrechten gesprochen, daher brauche ich das jetzt nicht im Detail auszuführen. Aber sogar in einer Situation, in der man sagt, es gibt gewisse Wirtschaftsbereiche in Österreich, die in der Krise sind, kann das doch nicht auf Kosten Hunderttausender anderer Menschen gehen. Es kann doch nicht soweit gehen, daß Menschen vielleicht sogar mit ihrem Leben dafür bezahlen müssen, nur weil sie einen Lebensraum für sich in Anspruch nehmen, auf den sie schon seit Jahrhunderten ein Anrecht haben. Und diesen Lebensraum will ihnen unsere Lebensart, unser Lebensstil streitig machen.

Wenn das die Philosophie ist, dann sollten Sie sich auch überlegen, ob nicht unsere Wirtschaftspolitik schon längst am Ende ist, ob es nicht höchst an der Zeit wäre, diese Industrie- und Wirtschaftszweige bei uns grundsätzlich anzugehen und zu reformieren und nicht mit solchen Maßnahmen wieder kurzfristig zu retten. Das

Mag. Marijana Grandits

kann es doch nicht sein! Das können Sie doch nicht verantworten, daß in einem Land, mit dem wir — so stellen Sie es nämlich dar — die besten Geschäfte machen — es geht ja um Zigmilliarden, das sind so die Zahlen, die dauernd durch den Raum schweben —, die schwersten Menschenrechtsverletzungen, und zwar seit 20 Jahren schon, an der Tagesordnung sind. So ein Land kann doch nicht der Partner unserer Außenpolitik und auch nicht unserer Außenwirtschaft sein.

Wenn es hier kein Einlenken und keinen Millimeter Einsicht gibt, dann frage ich mich, wie Sie das verantworten können — vor Ihnen selbst, aber auch vielleicht vor den letzten fünf aufrechten Sozialdemokraten, die es in Ihrer Partei gibt. *(Beifall bei den Grünen.)* Pro Sekunde werden 6 Quadratkilometer Regenwald vernichtet. *(Abg. Schmidtmeyer: Und nach Österreich exportiert!)* Wir haben in den letzten zwei Tagen wirklich mit all unserer Kraft versucht, stundenlang für diesen Regenwald zu sprechen, für die Menschen, die in diesem Regenwald leben, für ihre Rechte. Wir haben stundenlang versucht — denn wir haben kein anderes Mittel als unsere Stimme, als unseren Einsatz und unsere Energie, die wir hier an den Tag legen können —, für den Lebensraum von indigenen Völkern einzutreten. Wir haben versucht, ökologische Zusammenhänge aufzuzeigen, und unser Anliegen war es, vielleicht auch ein Umdenken auszulösen.

Wir wollen damit nur bewirken, daß man die Zukunft dieser Erde nicht so leichtfertig aufs Spiel setzt, denn die Lippenbekenntnisse allein werden überhaupt nichts retten. Wir wissen ganz genau, daß es einschneidendere Maßnahmen sein müssen als irgendwelche Gütepickerln, die uns halt nichts kosten, die ganz einfach zu machen sind *(Abg. Dr. Lukesch: Na also! Jetzt kommt die Wahrheit heraus!)*, mit denen man dann herumgehen und sagen kann, ja, wir haben ja eh was gemacht, wir haben die beste Umweltpolitik, wie es der Herr Bundeskanzler da schon vorher formuliert hat. Es ist einfach notwendig, mit realen Maßnahmen, die vielleicht auch einschneidend sind in manchen Bereichen, zu beginnen, die ersten Schritte zu setzen.

Und hier ist mein nächster Vorwurf an die österreichische Bundesregierung, der Vorwurf, der folgendermaßen lautet: Es ist Ihnen nichts Besseres eingefallen, als Delegationen nach Indonesien und Malaysia zu schicken, um dieses Gesetz so schnell wie möglich rückgängig machen zu können. Hätten Sie zumindest dieselbe Energie dafür aufgewendet, Delegationen in andere europäische Länder zu schicken und Kolleginnen und Kollegen aus Regierungen und Parlamenten mit unserer Initiative vertraut zu machen und dafür zu werben, dann hätte das wahrscheinlich auch Erfolg gezeigt, und zwar einen positiven Er-

folg, meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zugegeben, das ist schwierig in einer Situation, in der man erpreßt wird, in der man vielleicht in die Situation kommt, kurzfristig eigene Wirtschaftsinteressen aufs Spiel zu setzen. Aber ich wage zu behaupten: Spätestens innerhalb eines Jahres wären in Europa fünf Länder zu finden gewesen, die auch ähnliche Maßnahmen gesetzt hätten.

Es ist immer schwer, zu beginnen und das auch durchzustehen. Wir wissen das aus der Frauenbewegung. Wir wissen das aus der Antirassismusbewegung. Wir kennen das aus der Ökobewegung. Das ist ein Phänomen, das einfach in dieser Gesellschaft immer wieder auftritt. Es wäre uns jedoch allen gut zu Gesichte gestanden — damit meine ich wirklich alle in Österreich, alle politisch Verantwortlichen —, zusammenzustehen und hier einen gemeinsamen Weg zu gehen. Sie hätten die Unterstützung von sehr, sehr vielen Österreicherinnen und Österreichern bei dieser Vorreiterrolle bekommen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Diese Unterstützung aber hat die Politik der österreichischen Bundesregierung einfach leichtfertig aufs Spiel gesetzt, um nicht zu sagen weggeworfen, indem sie eben den anderen Weg gewählt, einen Kniefall vor Indonesien und Malaysia gemacht und gesagt hat: Eigentlich ist es ja nicht so schlimm dort. Ökologie kennen sie schon, Umweltschutz haben sie schon eingeführt. Mit den Menschenrechten können wir es nicht so genau nehmen, denn in China schauen wir ja auch nicht so genau hin, und da macht die VOEST ja auch Geschäfte. Das ist eine Verlogenheit erster Klasse, und dagegen möchten wir uns verwehren! *(Beifall bei den Grünen.)*

Wenn wir für Menschenrechte eintreten, dann muß das überall dieselbe Qualität haben, egal ob das nun in Bosnien, in Kroatien, in Indonesien, in Malaysia oder in Tibet ist. Dann gibt es nur eine grundsätzliche Haltung, die dann immer Geltung haben muß. Aber dieses Prinzip hat sich in der österreichischen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik noch immer nicht durchgesetzt. Dafür werden wir kämpfen, und wir werden alle legitimen und demokratischen Mittel — und die Geschäftsordnung gehört dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren — dazu nützen. Dessen können Sie sicher sein, auch wenn Sie uns jetzt damit drohen, die Geschäftsordnungsreform werde uns auf den Kopf fallen. — Gut, dann soll es eben so sein.

Es gibt Leute, die jetzt schon sagen: Wenn das die Reaktion ist, dann wissen wir, wie es um unsere Demokratie steht, dann wissen wir auch, wo der Parlamentarismus in Österreich zurzeit steht,

Mag. Marijana Grandits

und dann wissen wir, welche Zeiten uns erwarten, wenn das so beantwortet wird! (*Abg. Hofer: Wir haben lange genug Geduld gehabt!*)

Herr Kollege! Auch darauf werden Sie eine Antwort bekommen, denn es gibt genügend Österreicherinnen und Österreicher, die mitdenken und die auch mitbekommen, was das für die Demokratieentwicklung in Österreich bedeutet. (*Beifall bei den Grünen. - Abg. Dr. Bartenstein: Das Theater, das Sie aufführen!* - *Abg. Schwarzenberger: In den „Salzburger Nachrichten“ wurden Sie als Kasperln bezeichnet!*)

Herr Kollege! Großartig! Die Medien sind ja überhaupt das Entscheidende in Österreich - die spiegeln die Meinung der Österreicherinnen und Österreicher wider. Aber wissen Sie, warum wir in diesem Parlament sind? - Damit wir denen eine Stimme verleihen können . . .

Präsident: Frau Abgeordnete, bitte um den Schlußsatz.

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (*fortsetzend*): Unsere Aufgabe und unsere Verpflichtung in diesem Parlament ist es, für die Menschen die Stimme zu erheben, die keine Chance haben, in diesen Zeitungen und diesen Medien aufzutreten und ihre Meinung kundzutun. Und das war der Sinn und Zweck unserer Aktionen. - Danke schön. (*Beifall bei den Grünen.*) 11.02

Präsident: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Christine Heindl. Sie hat das Wort. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

11.02

Abgeordnete Christine **Heindl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Seiler! Ihre Nervosität und Ihr Zynismus sind, glaube ich, heute nicht angebracht. Es wäre günstiger, Sie versteckten sich weiter hinter Zeitungen, hinter Papieren, so wie es Kollege Lukesch macht.

Es wäre günstig für Sie, meine Damen und Herren, wenn die Österreicherinnen und Österreicher noch mit irgendeinem Funken daran glauben könnten, daß hier im Hohen Haus Abgeordnete sitzen, die wissen, was sie tun.

Wenn diese Menschen mit Ihnen konfrontiert werden und mit Ihrem Verhalten, das Sie in den letzten Stunden - Kollege Lukesch schon seit Dezember - an den Tag gelegt haben, dann werden diese Menschen Politik nicht mehr von Ihnen machen lassen - das kann ich Ihnen garantieren - , eine Politik, die Sie auf eine Frage der Rückgratlosigkeit dezimieren. Nur rückgratlose Menschen - ich könnte sagen Typen - haben nach Ihrem Verständnis die Möglichkeit, Menschen, die genauso sind wie Sie, Herr Kollege Lukesch! Zitate sind Ihnen ja schon genug an den Kopf geworfen worden. (*Abg. Dr. Lukesch: Eines!*)

Eines!) Etwa jenes vom 1. Dezember 1992: Es geht nicht um die Beseitigung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes. - Worum geht es dann? Worum geht es denn heute, Herr Kollege? - Um Ihr Zeitunglesen oder um die Änderung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes?

Genau die Abgeordneten, die im Dezember furchtbar auf die Grünen geschimpft und gesagt haben: Diese Bösen, die unterstellen uns doch, daß wir das Tropenholzkennzeichnungsgesetz ändern wollen! Ach Gott, das ist doch völlig falsch. Wir doch nicht! Wir ändern das nicht!, waren in Wirklichkeit bereits damals damit beschäftigt - die Flugreisen waren bereits gemacht, die zukünftigen in Planung -, dieses Gesetz zu „verbessern“.

Meine Damen und Herren! Sie wollen, daß niemand davon erfährt, denn Sie glauben noch immer, daß es möglich ist, daß parlamentarische Protokolle in den Archiven des Parlaments verstauben. Sie wollen nicht, daß die Leute erfahren, was hier los ist. Nicht umsonst sind Sie heute zu feige, sich der Diskussion zu stellen. Sie haben sich auch gestern nicht der Diskussion gestellt, sondern Sie schmälern die engagierte Haltung der Grünen, die gemeinsam mit Umweltorganisationen von außen versuchen, diese Entscheidung, die Sie treffen wollen, zu verhindern. Sie versuchen das Problem zu dezimieren auf eine Frage der Geschäftsordnung, auf eine Frage der Wasserhaushaltes, auf eine Frage der Versorgung durch Kolleginnen und Kollegen.

Es ist in der ganzen Nacht von Ihnen kein inhaltliches Argument gekommen, es hat keine inhaltliche Auseinandersetzung gegeben, sondern lediglich Drohungen, Drohungen, was Sie uns alles antun würden. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Ilse Mertel.*) Frau Kollegin! Es ist unzumutbar, was Sie der Politik antun, was Sie den Menschen antun, die Sie gewählt haben. Aber sie haben nicht vorher gewußt, was auf sie zukommt: Menschen, die sich Politiker nennen, aber bloß rückgratlos sind (*Beifall bei den Grünen*), Menschen, die glauben, daß alle anderen in Österreich ihr Niveau haben, sofort erpreßbar sind und kurzfristige Entscheidungen treffen.

Sie glauben, daß alle Österreicher so sind. Sie glauben, daß die Jugend so ist, Sie glauben, daß die Arbeitnehmer so sind. Die österreichischen Arbeitnehmer wollen Arbeitsplätze, aber die österreichischen Arbeitnehmer brauchen keine Arbeitsplätze, die darauf aufgebaut sind, daß man Wasserwerfer und Kampffahrzeuge exportiert, die gegen Menschen eingesetzt werden.

Wenn Sie den österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diese Informationen geben, dann werden sie sagen: Nein danke! - Wir

Christine Heindl

wollen Arbeitsplätze haben, die zukunftsträchtig sind und nicht menschenverachtend.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Aber Ihre Hoffnung, daß niemand merkt, wie Sie mit den Anliegen der Österreicher umgehen, wie Sie deren berechtigten Anspruch auf einen Arbeitsplatz umfunktionieren zu einer Ausrede für Ihre rückgratlose Politik, diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Ich bin nämlich der festen Überzeugung, daß die Österreicherinnen und Österreicher mit ihrem Engagement und ihrem Einsatz das tun werden, was Sie eigentlich tun sollten: sich für Menschenrechte und für die Umwelt einsetzen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe schon einige Male gesagt, die Konsumentinnen und Konsumenten sind wesentlich weitblickender in ihren Entscheidungen als Sie. Die Konsumentinnen und Konsumenten werden von Ihnen erzwingen, daß Sie endlich in vielen Bereichen darangehen, Produkte zu kennzeichnen und manche Produkte überhaupt aus dem Handel zu ziehen.

Meine Damen und Herren! Das wird die wirkliche Politik sein, und diese wird außerhalb dieses Hauses stattfinden, weil Sie dazu nicht imstande sind. Politik findet nicht mehr mit den Abgeordneten der SPÖ, der ÖVP, des angeblich Liberalen Forums, der FPÖ statt, sondern Politik machen die Menschen. Politik machen die Menschen dann, wenn sie Ihnen zeigen, daß sie nicht einverstanden sind mit dieser Hin- und Herhüpferei an Argumenten. Und sie zeigen Ihnen Tag für Tag, daß sie mit den Projekten nicht einverstanden sind, die Sie irgendwo in unserem Land initiiert haben und wo Sie ständig versuchen, diese gegen den Willen der Bevölkerung durchzudrücken, wo Sie nicht bereit sind, der Bevölkerung die entsprechenden Informationen über Notwendigkeit und Auswirkungen dieser Projekte zu geben. Sie versuchen ständig, die Bürgerinnen und Bürger unmündig zu halten. Dieses Unmündighalten der Bürgerinnen und Bürger wollen Sie auch heute wieder praktizieren. Man darf nicht sagen, woher diese Hölzer kommen. — Man darf es einfach nicht, denn sie sollen es ja nicht wissen.

Und genauso verfahren Sie auch in allen anderen Bereichen, die mit Umwelt zu tun haben. Egal, ob es jetzt darum geht, wieder einmal irgendwo ohne ausreichende Untersuchung, ohne Bürgerbeteiligung Mülldeponien zu schaffen, indem man einfach eine lange Reihe von Löchern auffüllt, ob es darum geht, Monsterprojekte, die zum Beispiel unser Verbundgeneraldirektor ständig mit sich herumführt, gegen den Willen der Bevölkerung durchzudrücken.

All das versucht man durchzusetzen, indem man die Bürgerinnen und Bürger davon ausschließt, ihnen einfach keine Informationen gibt,

denn dann wüßten sie ja, was auf sie zukommt. Sie würden ja wissen, welche Dinge wir wirklich brauchen, ob es notwendig ist, diese große Zahl an Deponien zu schaffen, ob es notwendig ist, diese — ein Beispiel — Hochspannungsleitung über ganz Österreich zu ziehen, sie würden auch wissen, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Gesundheit und die Lebensqualität haben. Und das, meine Damen und Herren, wollen Sie verhindern!

Unsere Arbeit hier in diesem Hohen Haus ist es — obwohl wir nur zehn sind —, Widerstand zu leisten. Unsere Aufgabe ist es, diesen kleinen Widerstand auch hier in diesem Haus, das sich angeblich mit Politik beschäftigt, hineinzubringen und zu erhalten, zu versuchen, diesen Widerstand, den auch die Betroffenen in Österreich, die betroffenen Menschen in Indonesien, in Malaysia, aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie nicht bereit sind, aus der Tagesordnung — des offiziell morgigen Tages — die Änderung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes herauszunehmen, dann haben Sie Ihre letzte Chance auf Glaubwürdigkeit vertan; eine letzte Chance, klarzumachen, daß in diesem Parlament eine Spur von politischer Verantwortung vorhanden ist. Aber eine Spur von politischer Verantwortung ist nur dann vorhanden, wenn Sie diesen Gesetzesbeschluß auch tatsächlich von der Tagesordnung nehmen, in neue Verhandlungen einsteigen und in Ausschüssen mit Experten noch einmal durchdiskutieren, was wirklich die Folgen dieses Tropenholzkennzeichnungsgesetzes sind.

Sie müssen sich über die Folgen im klaren sein, darüber, welche positiven Auswirkungen es für die betroffene Bevölkerung in diesen Ländern hat, welche positiven Auswirkungen es für das Engagement von Konsumentinnen und Konsumenten hier in Österreich hat. Sie könnten auch Ihre angeblichen Bedenken, die Sie so erpreßbar gemacht haben, von jenen Firmen ausräumen lassen, die gegenteilige Erfahrungen haben, die sagen: Die Aufträge sind nicht unbedingt rückgängig zu machen, man muß nur wissen, mit wem man die Geschäfte macht und welche Produkte man zu verkaufen versucht.

Es gibt selbstverständlich die Möglichkeit, offensiv für diese Idee, hinter der Sie ja so stark gestanden sind, einzutreten. Nur Sie haben sich bereits bei Beschlußfassung dieses Gesetzes, im Sommer des vorigen Jahres, geschämt und haben versucht — zumindest in Rio —, das möglichst zu verheimlichen. Sie haben sich innerhalb dieses Hauses im Dezember nicht geschämt zu sagen, daß Sie dieses Gesetz aufrechterhalten werden, obwohl Sie bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt hatten, um es aus der Welt zu schaffen.

Christine Heindl

Meine Damen und Herren! Die letzte Chance, die Sie haben, Ihre Glaubwürdigkeit in Ansätzen zu erhalten, ist das Absetzen dieses Tagesordnungspunktes, die Beratung mit den Betroffenen in den Ausschüssen, und nicht dieses Durchziehen, dieses Durchsitzen, wie Sie es jetzt vorhaben: Keine Wortmeldungen, keine Auseinandersetzung, keine Bereitschaft, hier auf die Argumente einzusteigen, sondern einfach den Widerstand, den wir hier zu leisten versuchen, durch manche Ihrer Äußerungen lächerlich zu machen und uns und alle engagierten BürgerInnen auf Ihr Niveau herabzuziehen. (*Abg. Schmidmeier: Wir brauchen nichts lächerlich zu machen, ihr macht euch selber lächerlich!*) Herr Kollege! Es wäre wesentlich sinnvoller, Sie würden sich dafür einsetzen, tatsächlich auch etwas zu leisten für Ihre Bezahlungen und nicht hier als Vollzugsgehilfen zu sitzen für einige wenige, die von außen genau das beeinflussen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ! Erinnern Sie sich selbst an die gestrige Nacht, wie stramm Sie gestanden sind, als der Herr Bundeskanzler — leider, leider! — in der Nacht hier im Parlament sein mußte, um für eine wirklich wichtige dringliche Anfrage Rede und Antwort zu stehen. (*Abg. Schmidmeier: Das hat er auch gemacht!*) Sie sind stramm gestanden, statt daß Sie hergegangen wären und sich mit den Unterlagen beschäftigt hätten, genau geschaut hätten, welche Auswirkungen es gibt, sich die Unterlagen, die wir mit unserer dringlichen Anfrage übermittelt haben, genau durchgelesen hätten.

Wenn Sie all das getan hätten, wenn Sie argumentativ darauf eingegangen wären, dann könnten Sie, Herr Kollege, heute nicht einfach hier lehnen und lächeln. (*Abg. Schmidmeier: Das Lachen ist mir vergangen!*) Es würde Ihnen wirklich das Lachen im Gesicht gefrieren, und Sie würden nicht mehr jene Worte in den Mund nehmen, die da lauten: Wir sind verantwortungsvolle Politiker. Wir sind Politiker, die Entscheidungen treffen, die in die Zukunft weisen. Wir sind Politiker, die Entscheidungen treffen, die auf fundierten Informationen, auf fundierter Arbeit beruhen.

Das, meine Damen und Herren, können Sie nicht sagen, wenn Sie hier und heute versuchen, dieses Gesetz, die Änderung des ursprünglichen Tropenholzkennzeichnungsgesetzes, wieder aus der Welt zu schaffen. Dann, meine Damen und Herren, haben Sie mit politischen Verantwortungsträgern nichts mehr zu tun! (*Beifall bei den Grünen.*)

Wir werden — innerhalb und außerhalb des Hauses — dieser Entwicklung Widerstand entgegensetzen. — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*)

11.17

Präsident: Auf meiner Rednerliste steht unter anderem der Abgeordnete Murer. Im Sinne der Abwechslung der Standpunkte würde ich Sie aufrufen — außer Sie wollen zu einem späteren Zeitpunkt sprechen.

Es kommt Abgeordneter Murer zu Wort.

11.18

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Juni 1992 wurde von den Regierungsparteien und den Grünen ein Gesetz verabschiedet, das eine Kennzeichnungspflicht für Tropenholzprodukte bei gleichzeitiger Einhebung von 70 Prozent Zoll vorsah. Offiziell wollte man damit beispielgebend eine Vorreiterrolle im Umweltschutz spielen und dem Rest der Welt dokumentieren, was das kleine Land Österreich für internationalen Umweltschutz zu tun bereit ist. Diese Spielerei ist Ihnen schlecht bekommen, und da sind die Grünen dabei und können nicht so tun, als hätten sie damals nicht mitgestimmt.

Meine Damen und Herren! Die Zeit schien auch den grünen Kollegen sehr günstig, stand doch die Umweltschutzkonferenz in Rio vor der Tür. Und ich kann mich noch erinnern, ich habe damals im Ausschuß davor gewarnt, Österreich dem Spott der ganzen Welt auszusetzen, nur um momentan politisch zu punkten mit dem, was Sie damals, meine Damen und Herren der Grünen, mit den anderen Parteien mitvollzogen haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie können sich nicht davon abseilen, daß Sie Österreich dem Spott und Hohn ausgesetzt haben, damit Sie damals gemeinsam mit den Schwarzen und Roten nach Rio fahren konnten. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich an diesen Ausschuß erinnern, weil ich gebeten wurde, bei dem Feilschen über die Zollprozente, das wie auf einem Basar vor sich ging, mitzumachen. Nur haben Sie vergessen, daß man mit einem Bauern nicht feilscht, weil dieser die Umwelthanliegen viel ernster nimmt als die scheinbare Umweltpolitik, die hier vorgegaukelt wird. (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Wir Bauern leben mit der Umwelt, und wir wollen sie erhalten und nicht feilschen. Aber Sie haben mitgespielt. Damals haben die Herren gefragt: Na, Frau Langthaler, wie wollen Sie denn das? Sind 50 Prozent Zoll auf Tropenholz genug? Frau Langthaler hat gesagt: 50 Prozent sind zuwenig. Dann hat man gefragt: Ja genügen vielleicht 60 Prozent? Kollegin Langthaler hat gesagt: 60 Prozent sind zuwenig, weil das nicht wirksam ist! Und dann hat man großzügig 70 Prozent und die Kennzeichnungspflicht angeboten. Das hat Frau Langthaler da-

Ing. Murer

mals den Sozialpartnern in diesem Land abverlangt. Diesen Sieg hat sie davongetragen, doch den Umweltkrieg hat sie nicht gewonnen, meine Damen und Herren! Sie hat den Krieg mit den Schwarzen und den Roten heute verloren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir Freiheitlichen, meine Damen und Herren, haben davor gewarnt, Dritte-Welt-Länder ... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Lukesch.)* Ja ich weiß, aber die Zeit gibt uns recht, und das ist der Unterschied: daß Sie nicht recht haben, wir aber schon.

Wir, meine Damen und Herren, haben damals gesagt, man soll die Arbeitsplätze für die Ureinwohner in der Dritten Welt, die auch zur Diskussion standen, nicht leichtfertig wegen Rio aufs Spiel setzen. Sie haben gemeint: Wir fahren nach Rio! Wir brauchen etwas zum Herzeigen, darum nehmen wir das auf unsere Kappen! — Sie haben dabei verspielt. Sie haben mit gezinkten Karten der Welt etwas vorgegaukelt, wofür Sie heute den Bumerang bekommen. Und ich hoffe, Sie lernen wenigstens heute etwas daraus, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man kann doch nicht ans Rednerpult gehen, den ganzen Tag und die ganze Nacht hindurch sozusagen die Armut der Dritte-Welt-Einwohner hier vortragen. Man kann doch nicht hier ans Rednerpult gehen, von den Ureinwohnern reden und im Ausschuß gegen die Freiheitlichen stimmen, die ein Ureinwohner-Schutzgesetz vorgelegt haben. Das ist Umweltscheinheiligkeit, die wir Freiheitlichen aus tiefem Herzen ablehnen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben gesagt: Seid vorsichtig bei den Grünen, wenn sie mit Anliegen der Umweltpolitik kommen! Sie locken die schwarzen und roten Abgeordneten in die Urwaldhöhle, und dann werden sie die Gefangenen dieser Gruppe. Und heute schaut es beinahe so aus, als wäre ihnen das geglückt.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben gegen dieses Bundesgesetz gestimmt, gegen diesen Tropenholzesentwurf gestimmt, um Österreich vor schwerem Schaden zu bewahren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben, als über unser Gesetz diskutiert wurde, im Unterausschuß gefragt, ob wir nicht weiterverhandeln sollen, auch unseren Gesetzesvorschlag diskutieren sollten, um letztendlich, meine Damen und Herren, in bilaterale Verhandlungen nicht nur mit den Drittländern auf dieser Erde einzutreten. Wir Freiheitlichen haben gesagt: Wir warnen vor der Diskriminierung in den Dritte-Welt-Ländern und davor, nicht auch Amerika, Kanada, Skandinavien und Sibirien in Ziehung zu

nehmen, die heute den Kahlschlag und den Raubbau zulassen und sogar noch Geschäfte machen. Das wollten wir verhindern. Sie haben nicht einmal diskutiert, weil sie hoffärtig sind und weil sie über die Köpfe der Freiheitlichen hinweg in Rio Theater gespielt haben, was Ihnen jetzt auf den Kopf gefallen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte, da mein Kollege Karl Schweitzer noch ans Rednerpult kommt, Ihnen nur noch folgendes sagen: Was die Umweltpolitik in Österreich braucht, sind keine grünen, schwarz-roten Gönner, sondern Wahrheit-sagen-Könner. Und darum werden wir uns bemühen. *(Beifall bei der FPÖ.) 11.25*

Präsident: Der nächste Redner ist Abgeordneter Renoldner. Er hat das Wort.

11.25

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Murer ist vielleicht etwas verwirrt von der langen Nacht *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Ihnen hat die lange Nacht nicht gutgetan! Schauen Sie sich in den Spiegel!)*, aber ich weiß im allgemeinen und sage das zu seiner Verteidigung, daß Kollege Murer grundsätzlich immer gegen die Zerstörung des Regenwaldes war und auch hier am Pult, wenn das auch heute nicht so klar zum Ausdruck gekommen ist, immer konsequent für politische Maßnahmen und Sanktionen gegen die Verbrecher, die die Quelle unserer Lebensgrundlagen, nämlich die tropischen Regenwälder, zerstören wollen, eingetreten ist. In diesem Sinn: Respekt für Ihre Haltung, trotz einer gewissen Ermüdungserscheinung am Vormittag, die man Ihnen nachsehen kann!

Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute etwas anhören müssen und in einigen APA-Presseaussendungen heute nacht immer wieder ein Zitat gehört, das mir durch den Kopf geht und über das ich mit Ihnen diskutieren möchte, nämlich das Zitat, daß die Grünen in dieser für unser Überleben so entscheidenden Frage angeblich bis an die Grenzen des Tragbaren gegangen seien. *(Abg. Dr. Bartenstein: Über die Grenzen!)* Meine Damen und Herren! Für uns persönlich ist das ernst gemeint. Wir sind entschlossen, bis an die Grenzen dessen, was wir selber zu tragen vermögen, zu gehen, weil wir glauben, daß es hier um eine Problematik geht, die für unser Leben und das Leben unserer Kinder absolut entscheidend ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe, meine Damen und Herren, sehr vielen Verständnis für einen Konflikt, den ich aus vielen politischen Diskussionen kenne, nämlich für einen Konflikt, in dem das Verhalten einer Fraktion, die die Möglichkeiten der Geschäftsordnung ausschöpft, kritisiert wird und man dann hier von einer moralischen Entrüstung redet und

Dr. Renoldner

sagt, das sei eine Zumutung und eine Ungeheuerlichkeit. Wir konnten heute nacht nicht schlafen! — Das, meine Damen und Herren, ringt mir keinen Funken Mitleid ab, wenn ich daran denke, wie viele Menschen überhaupt nicht schlafen können, weil sie aus den Regionen vertrieben werden, in denen tropische Hölzer abgeholzt und nach Österreich exportiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu dieser Rede den eben auf der Galerie eingetroffenen Bischof Kräutler aus Brasilien sehr, sehr herzlich begrüßen. (*Beifall bei den Grünen und Beifall des Abgeordneten Dr. Khol.*) Lieber Herr Bischof Kräutler, ich bin Ihnen zu tiefst dankbar, daß Sie zu uns gekommen sind, denn Sie kommen nach Österreich, in Ihr Heimatland, in einer Stunde, in der sich das österreichische Parlament in einer Weise nicht mehr ernst nimmt, wie das nur einmal in der Geschichte dagewesen ist, nämlich in den dreißiger Jahren. (*Abg. Dr. Khol: Seit wann sind Sie so weltkritisch?*) Ich glaube, daß das in einem Anlaß, für den Sie, Herr Bischof Kräutler, Ihr Leben eingesetzt haben, von einer derartigen Ernsthaftigkeit ist, sodaß eine Nacht ohne Schlaf für Mitarbeiter und Abgeordnete, bei allem Respekt für die Persönlichkeit, meine Damen und Herren, im Verhältnis zu solch einer furchtbaren Tragödie für unseren Planeten überhaupt kein Gewicht besitzt.

Ich kann nicht verstehen, daß in einem Haus, in dem es vorgekommen ist, daß bei einer geheimen Abstimmung markierte Stimmzettel verwendet worden sind, moralische Empörung herrscht über eine Fraktion, die die legalen Möglichkeiten des Geschäftsordnungsgesetzes nutzt, um über ein existentielles Problem, über ein Problem, das das Überleben unserer Nachwelt mitentscheiden wird, hier eine Nacht lang debattieren zu können (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Aber das ist doch keine Debatte!*), um eine katastrophale Fehlentscheidung aufzuhalten, eine Fehlentscheidung, Frau Kollegin Partik-Pablé, die etwas unterstützt, was ein Verbrechen gegenüber der Menschlichkeit ist; Empörung über eine Fraktion, die die Möglichkeit einer Debatte nützt, um Zeit zu gewinnen und um darauf aufmerksam zu machen, daß hier ein unüberlegter Beschluß getroffen wird. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie wissen nicht, was eine Debatte ist! Eine Debatte ist eine Wechselrede und nicht, wenn jemand 10 Stunden lang redet! Wenn Sie das einmal kaptieren würden!*) Frau Kollegin Partik-Pablé! Sie sind eingeladen, sich zu Wort zu melden und sich an der Wechselrede zu beteiligen. Nichts anderes streben die Grünen mit einer langen Debatte an, als daß sich möglichst viele Abgeordnete daran beteiligen. Frau Kollegin Partik-Pablé! Es steht Ihnen frei. Melden Sie sich doch zu Wort.

Meine Damen und Herren! Was für ein Gesetz verhandeln wir denn heute? Welche Zusage, die die Republik Österreich in der Tropenholzproblematik gemacht hat, verabschieden wir denn heute? (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie wissen ja gar nicht, was Parlamentarismus ist!*) Das Tropenholzkennzeichnungsgesetz, Frau Kollegin Partik-Pablé, war — wie Kollege Murer sogar kritisiert hat; Ihr eigener Parteifreund hat das noch kritisiert — ein Kompromiß, es war ein Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie. So ist das im Sommer 1992 hier diskutiert worden. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Die grüne Fraktion hat damals Vorschläge unterbreitet noch viel weiterzugehen: Wir sind damals auf dem Standpunkt gestanden, daß man den Import tropischer Hölzer generell verbieten sollte.

Wir haben damals diesem Kompromiß zugestimmt, um nicht mit leeren Händen zu einer Konferenz nach Rio zu kommen (*Zahlreiche Zwischenrufe bei der FPÖ*), an der auch Vertreter Ihrer Fraktion teilgenommen haben, zu einer Konferenz, bei der auch Vertreter Ihrer Fraktion anwesend sein wollten, um dort ein Signal setzen zu können, daß es ein westliches Land gibt, das den Mut hat, sich gegen diese furchtbare Zerstörung unseres Planeten zur Wehr zu setzen und eine wirksame Maßnahme zu ergreifen. Deshalb haben wir damals diesem Kompromiß zugestimmt. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Der Tropenwald war Ihnen unwichtig!*)

Ich darf Ihnen erklären, was der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei an „Global 2000“ in einem Brief am 11. November . . .

Präsident: Am Wort ist Herr Abgeordneter Renoldner.

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (*fortsetzend*): Der Herr Klubobmann Neisser hat in einem Brief an „Global 2000“ am 11. November 1992 ausgeführt: Eine Änderung der gesetzlich fixierten Kennzeichnungspflicht, die überdies erst in ihrem vollen Umfang anlaufen muß, kann von unserer Seite aus nicht angeboten werden. Darüber hinaus wird auch darauf hinzuweisen sein, daß Kennzeichnungsmaßnahmen von anderen Staaten, wie zum Beispiel Niederlande, Deutschland, Großbritannien und Dänemark, in ähnlichem Umfang überlegt werden und daher auf eine viel stärkere internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet in Zukunft zu hoffen ist. — So hat Klubobmann Neisser im November 1992 dieses Gesetz verteidigt, das Sie heute in den Boden stampfen wollen. (*Rufe bei der FPÖ: Rio war Ihnen wichtig! Uns ist der Tropenwald wichtig!*)

Rio war ein sehr entscheidendes Ereignis. Die Umweltkonferenz in Rio war ein entscheidendes Ereignis. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und das Scheitern, wofür die amerikanische Re-

Dr. Renoldner

gierung Verantwortung getragen hat, dieses Scheitern hätte vermieden werden können, wenn einige westliche Länder den Mut gehabt hätten — so wie die Republik Österreich —, eindeutige Maßnahmen gegen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen das Überleben auf diesem Planeten, klare politische Zeichen zu setzen. Unter diesem Zeichen stand die Konferenz in Rio 1992.

Meine Damen und Herren! Wir kennen aus der Flüchtlingsdebatte ein gutes Argument, ein Argument, das immer wieder dann ausgespielt wird, wenn es heißt, daß Österreich angeblich keine Flüchtlinge aufnehmen kann. Es heißt dann: Wir wollen nicht, daß die Flüchtlingsströme zu uns kommen, sondern wir wollen etwas dafür tun, daß sie gar nicht erst kommen müssen.

Meine Damen und Herren! Das ist die richtige Politik, das sollten wir tun! Aber was geschieht, bitte, mit den wirtschaftlichen Aufträgen, die die österreichischen Betriebe von Malaysia und Indonesien zu erhoffen haben? Welche Art von Arbeitsplatzsicherung wird in diesen Tropenholzländern geschaffen? Welche politischen Projekte und welche ökonomischen Projekte werden in diesen Ländern gefördert? Welche Aufträge haben wir zu erwarten? — Es sind das: die Beschaffung von Kampffahrzeugen mit Wasserwerfern für eine diktatorische Regierung, die nicht vor Folterungen und Ermordungen politischer Gegner zurückgeschreckt hat, Investitionen in riesige kalorische Kraftwerke, in eine katastrophale Fehlentwicklung in der Energiepolitik. Solche Projekte werden durch österreichische Firmen forciert, und um diese grauenhaften Geschäfte zu verteidigen, um diese furchtbaren und energiepolitisch katastrophalen Geschäfte betreiben zu können, macht man einen Kniefall vor den Herren dieser Diktaturen und nimmt das Tropenholzkennzeichnungsgesetz zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die falsche Energiepolitik in diesen Ländern, die Zerstörung der Biosphäre, die Beschaffung von Energie durch diese riesigen kalorischen Energieschleudern mit Abwärme, mit Umweltverschmutzung, mit Verarmung und Verelendung in wenigen Massenbetrieben, sind die strukturellen Ursachen dafür, daß Flüchtlinge aus diesen Ländern auswandern müssen. Die Abholzung des Regenwaldes ist die strukturelle Ursache dafür, daß die indigenen Völker nicht in den ihnen angestammten Regionen wohnen bleiben. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und das ist der wesentliche Grund dafür, daß wir ein weltweites Flüchtlingsdrama haben, eine Flüchtlingskatastrophe, die über das, was wir von Bosnien-Herzegowina gewohnt sind, um ein Hundertfaches hinausgeht. Das sind die politischen Realitäten! (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich möchte Ihnen noch ein zweites Zitat zu Gemüte führen, ein Zitat, das ich heute schon dem Herrn Bundeskanzler entgegengehalten habe und auf das er mit keinem Wort eingegangen ist, dem Herrn Bundeskanzler, den Sie hier so verteidigen. (*Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Wir sind die einzigen, die sich zum Regenwald bekennen!*)

Frau Partik-Pablé, Ihre Fraktion hat hier einen Prozeß der Anpassung durchgemacht, von dem ich mich nur mit Abscheu und Ekel distanzieren kann. Ich verachte eine Politik, die so grundsatzuntreu das aufgibt, was sie noch vor einem halben Jahr hier verteidigt hat. Der einzige Kollege in Ihrer Fraktion, der noch den Mut hat, hier gegen die Zerstörung der tropischen Regenwälder aufzustehen, ist Kollege Murer.

Aber lassen Sie mich fortfahren mit dem Zitat des Bundeskanzlers Vranitzky vom 28. Jänner 1993.

Der Bundeskanzler sagte der Austria-Presse Agentur, er stehe zur Tropenholzverordnung und halte diese für eine vernünftige Umweltmaßnahme. — Das ist die Aussage des österreichischen Regierungschefs, der sich heute geweigert hat, hier 102 detaillierte Fragen zu beantworten (*Abg. Schwarzenberger: Mit Recht!*), Fragen zu einer Vorgangsweise, für die er selbst die politische und die moralische Verantwortung trägt.

Meine Damen und Herren! Es ist dies eine Verachtung des Parlaments! Es ist dies eine Verachtung des Parlaments, an der sich leider auch eine Oppositionsfraktion beteiligt hat. Es ist die Arroganz der Macht, es ist diese Arroganz der Macht, die sich ausschließlich auf die Macht des Geldes und auf die Macht der Diktatoren in einigen furchtbaren Staaten stützt. Es ist diese Arroganz der Macht, die unsere parlamentarische Kultur zerstört. Es ist diese Art von politisch geistigem Stillstand, der sich hinter der Fassade des Bundeskanzlers in einer großen Partei auftut, in einer Partei, die glaubt, diesen Bundeskanzler frenetisch feiern zu müssen, diesen Bundeskanzler, der nicht einmal konkrete Fragen beantworten kann, weil sie meint, daß sie mit diesem Bundeskanzler einen Wahlkampf über 40 Prozent durchhalten kann. Aber dieser politisch geistige Stillstand in den großen Fraktionen dieses Hauses wird zusammenbrechen, die Fassade Vranitzky wird auf Dauer nicht herhalten können.

Und das ist das, was wir auch aus der Geschichte der Sozialdemokratie lernen können. Es sind das die falschen Bündnisse — und ich möchte das auch dem Bischof Kräutler sagen —, es sind das die falschen Bündnisse, die einen Bischof Kräutler nur dazu benützen, in Österreich Öffentlichkeitsarbeit machen zu können (*Abg. Schwarzenberger: Und was machen Sie?*), die einen Bischof Kräutler, der sich eindeutig für diese

Dr. Renoldner

Maßnahmen der westlichen Staaten, für diese restriktiven Manahmen gegen den Tropenholzimport ausgesprochen hat — die Sie hier heute kniefällig wieder zurücknehmen —, der sein Leben dafür riskiert hat, politisch benützen, um eigentlich das Gegenteil betreiben zu können, nämlich das Geschäft mit denjenigen, die die moralische Verantwortung für diese grauenhafte Zerstörung des Regenwaldes haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Vom Umweltengagement des Bundeskanzlers, von dem heute die Rede war, habe ich persönlich noch nichts bemerkt. Vielleicht habe ich die wenigen Fachzeitschriften nicht gelesen, in denen das analysiert wurde, aber aus der gängigen politischen Diskussion ist mir dieses umweltpolitische Engagement nicht geläufig. Vielleicht ist einer der zahlreichen sozialdemokratischen Abgeordneten in der Lage, diesbezüglich Information nachzuliefern, ich bin sehr offen dafür.

Die sozialdemokratische Fraktion, die sich ja nicht einmal traut, an dieser Diskussion teilzunehmen, sollte etwas lernen aus der Geschichte ihres verehrten Altbundeskanzlers Dr. Kreisky. Bruno Kreisky, meine Damen und Herren, hat, als er schon auf die 80 ging, in der Pension den Mut gehabt, zuzugeben, daß er in den siebziger Jahren in der Kernkraftfrage eine Fehlentscheidung getroffen hat. Und davor muß man Respekt zeigen. Auch wenn es eine späte Einsicht ist, ist es eine vernünftige Einsicht gewesen.

Bruno Kreisky war ein Mensch, der jedenfalls in der Pension versucht hat, aus diesem politisch geistigen, moralischen Stillstand seiner Partei herauszutreten, der versucht hat, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese falschen Arbeitsplatzargumente nicht Argumente für die kleinen und die armen Menschen waren, sondern ein Irrtum, mit dem eine verheerende Politik finanziert worden ist. Das hat er zur Kenntnis genommen, und er hat es auch ausgesprochen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nicht die Zeit, vor allem die junge Generation in Österreich hat nicht die Zeit, darauf zu warten, bis wir das Pensionsalter erreicht haben, um dann zu erkennen, daß es ein katastrophaler Fehler war, in den achtziger und neunziger Jahren nichts gegen die Klimaproblematik zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn das eintritt, was die Klimaforscher uns voraussagen — und daran ist die Zerstörung der Regenwälder wesentlich beteiligt —, dann wird sich Europa in einem Jahrhundert klimatisch so stark verändern, wie es sich verändert hat seit dem Höhepunkt der letzten Eiszeit: Eine durchschnittliche Erwärmung um zirka 5 Grad Celsius! Und wenn sich Europa in seiner Vegetation und in seinem Klima derart verändert, dann wird das kultu-

relle und zivilisatorische Leben, das wir gewohnt sind, nicht mehr zu führen sein.

Die Klimaproblematik führt die Menschen Brasiliens, Indonesiens, Malaysias und Westeuropas zusammen. Es ist eine Problematik, die uns alle umbringen wird.

Präsident: Bitte um den Schlußsatz, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. **Renoldner** *(fortsetzend):* Nicht im Pensionsalter, sondern heute müssen wir erkennen, daß wir etwas dagegen tun müssen, und dafür stehen die Grünen ein! *(Anhaltender Beifall bei den Grünen.) 11.40*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Manfred Srb. Er hat das Wort.

11.41

Abgeordneter **Srb** (Grüne): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in meinen Ausführungen noch einmal auf den Bereich der massiven Menschenrechtsverletzungen, welche in diesen Ländern passiert sind und laufend passieren, eingehen.

Ich möchte aber, bevor ich auf diesen Bereich näher eingehe, noch eines sagen — ich glaube, das ist so wichtig, daß man es immer wieder sagen muß —: Es geht nicht an, meine Damen und Herren von den Koalitionsparteien, daß Sie einen Tausch machen, einen tödlichen Tausch, der heißt: Wir tauschen Arbeitsplätze gegen Menschenrechte ein. Ich finde, so einfach darf man es sich nicht machen. Ich möchte gleich betonen — ich möchte dies ganz eindeutig feststellen —, daß uns jeder österreichische Arbeitsplatz ein Anliegen ist, daß er unendlich wichtig ist. Wir müssen für die Menschen in Österreich sorgen, die Menschen haben ein Recht auf Arbeit und ein Recht auf einen Arbeitsplatz! *(Beifall bei den Grünen.)* Ich sage das nur, um irgendwelchen Legendenbildungen gleich entgegenzutreten. Aber, meine Damen und Herren, es kann doch nicht so sein, daß die Quintessenz, das Fazit dann lautet: entweder Arbeitsplätze oder Menschenrechte.

Meine Damen und Herren! Wir alle sind aufgerufen, Arbeitsplätze zu schaffen, aber tun wir das bitte in Bereichen, wo kein Blut an den Händen der Verantwortlichen klebt. Investieren wir in intelligente Bereiche, schaffen wir Arbeitsplätze — aber bitte so, daß wir uns auch am Morgen in den Spiegel sehen können! Schaffen wir Arbeitsplätze, die nicht mit dem Elend, der Not und letzten Endes auch dem Tod vieler Tausender, Zehntausender, ja Hunderttausender Menschen — ich komme dann noch einmal darauf zurück — erkauft sind! Mit Ihrer Vorgangsweise machen wir uns erpreßbar.

Srb

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mit Regierungen, die in der Vergangenheit so mit Menschenrechten umgegangen sind und noch immer umgehen, Geschäfte machen, mit Regierungen, wo an den Händen der Verantwortlichen Blut klebt, wenn Sie mit diesen Regierungen Geschäfte machen, dann sind Sie — so wichtig die Arbeitsplätze sind, ich betone das noch einmal — zutiefst ungläubwürdig! (*Beifall bei den Grünen.*)

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen zur vielzitierten Politikverdrossenheit der Menschen. Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundeskanzler gesagt hat, er komme in ganz Österreich herum, und er höre das und das: Interessanterweise hört er etwas ganz anderes als wir und als viele, viele andere Menschen, die ich kenne. Wenn Sie mit den Menschen draußen reden, wenn Sie mit jungen Menschen reden, aber auch wenn Sie mit Menschen reden, die vielleicht nicht mehr so jung sind, die aber engagiert sind, die kritisch sind, die Verantwortungsbewußtsein haben, dann werden Sie hören, daß die nicht Ihre Meinung teilen, sondern daß sie sagen: So leicht darf man es sich nicht machen! Gehen Sie doch einmal hinaus, und reden Sie wirklich mit den Menschen! Ignorieren Sie nicht die zahlreichen Proteste, ignorieren Sie nicht die zahlreichen Briefe, Telegramme, Anrufe und so weiter! Reden Sie mit den Menschen, und lassen Sie sich Lösungen einfallen!

Ich möchte jetzt konkret auf einige Beispiele der ganz schweren Menschenrechtsverletzungen im Bereich Indonesien, Osttimor kommen. Als Präsident Suharto im Jahr 1965 an die Macht kam, wurde ein Putschversuch niedergeschlagen, der der Kommunistischen Partei Indonesiens zugeschrieben war, die aber bis dahin eine völlig legale Partei gewesen ist. In unmittelbarer Folge dieses Putsches vom Oktober 1965 sind zwischen einer halben Million und einer Million Zivilisten ermordet worden, entweder vom Militär oder von Personen oder Gruppen, die mit dem Militär im Zusammenhang stehen, die vom Militär unterstützt worden sind.

Im gleichen Zeitraum wurde mindestens eine weitere halbe Million Menschen — vermeintlich oder tatsächliche Mitglieder oder Sympathisanten der Kommunistischen Partei — inhaftiert, natürlich die meisten ohne irgendeine formelle Anklage. Das hat man nicht als notwendig erachtet. Sie wurden vor Gericht gestellt, wurden gefoltert, wurden gemartert, das ganze grauenvolle Spektrum der Menschenrechtsverletzung, der ganze grauenvolle Zynismus wurden hier vorgeführt.

Weitere Beispiele: Seit der Invasion in Osttimor im Jahr 1975 sind die indonesischen Regierungstreitkräfte auch in diesem Bereich für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Allein in den ersten Jahren nach

dieser Invasion im Jahr 1975 sind an die 200 000 Menschen gestorben. An die 200 000 Menschen — ein Drittel der Bevölkerung von Osttimor! Das muß man sich einmal vorstellen: Ein Drittel der Bevölkerung wurde hingemetzelt, wurde ermordet, beziehungsweise sind natürlich auch viele infolge dieser entsetzlichen Kriegseinwirkungen an Hunger, an Krankheit gestorben. Sie sind verschwunden, sie sind niedergemacht worden.

Meine Damen und Herren! Das sind die Staaten, das sind die Männer, das sind die Regierungen, mit denen Sie von der Koalitionsregierung weiterhin Ihre Geschäfte machen wollen! Das sind Ihre politischen Absichten!

Viele dieser Menschen wurden natürlich während des Verhörs gefoltert, sie wurden mißhandelt. Unzählige politische Gefangene wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, sie sind noch immer in Haft. Sie wurden vor Gericht gestellt, sie wurden zu jahrelangen, ja jahrzehntelangen Gefängnisstrafen verurteilt, manche auch zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Das war jetzt die Vergangenheit. Jetzt werden Sie vielleicht sagen: Na ja gut, das war damals, und das ist furchtbar und entsetzlich, das lehnen wir entschieden ab! Aber heute ist ja alles anders, heute haben sich die ja auch besonnen.

Leider Gottes, meine Damen und Herren, sieht es heute nicht viel anders aus. Das Recht auf Meinungsfreiheit, das Recht auf Versammlungsfreiheit unterliegen auch heute noch in Indonesien und in Osttimor weiterhin sehr schwerwiegenden Beschränkungen, und die Durchsetzung dieser Beschränkungen führt weit verbreitet weiterhin zu Menschenrechtsverletzungen.

Meine Damen und Herren! Praktisch alle Formen irgendeiner Art von politischer Betätigung, die nicht in das offiziell geduldete Schema einer Bejubelungspolitik, einer Bejubelungstätigkeit der Machthaber passen, können und werden auch von den Behörden jederzeit als subversiv betrachtet, oder es wird ganz einfach gesagt: Das ist gegen die Regierung gerichtet!, und auf diese Art werden tatsächliche Kritiker oder auch mutmaßliche Kritiker — da ist man nicht so zimperlich — inhaftiert, gefoltert, hingerichtet, sie verschwinden einfach, kommen in politische Gefangenschaft, sind äußerst unfairen Gerichtsverfahren ausgesetzt und werden sogar zum Tode verurteilt.

Besonders häufig sind derartige Menschenrechtsverletzungen in Nord-Sumatra und Osttimor. Das Regime ist auch nicht zimperlich. Die sind in einer Weise ganz hervorragend pseudogerecht — Sie machen keine Unterschiede. Sie schrecken auch nicht davor zurück, sogar Univer-

Srb

sitätsprofessoren zu verhaften, Gelehrte, Studenten und andere. Für sie sind alle gleich, es werden alle gleich schlecht und unmenschlich behandelt.

Ein ganz beliebtes politisches Mittel, mit vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern umzugehen, ist das Verschwinden-Lassen. Es verschwinden am laufenden Band Menschen. Man weiß nicht, wohin sie geschleppt worden sind, der eine oder andere taucht dann als Ermordeter auf. Das gehört dort zur Tagesordnung.

Ich möchte es noch einmal betonen: Das sind die Regierungen, das sind die Regimes, mit denen Sie Geschäfte machen, auf die Sie Ihrer Meinung nach nicht verzichten können.

Meine Damen und Herren! Ist es Ihnen noch immer nicht bewußt, wie kurzsichtig, wie menschenverachtend, wie zynisch Ihre Politik ist? Ich möchte, damit es sich von der Zeit her noch ausgeht, einen Entschließungsantrag verlesen, der sich genau mit diesen Menschenrechtssituationen befaßt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic, Freunde und Freundinnen eingebracht im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage der Abgeordneten Monika Langthaler, Dr. Madeleine Petrovic, Freunde und Freundinnen an den Bundeskanzler betreffend Novellierung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes, betreffend die Berücksichtigung der Menschenrechtssituation bei Exportförderungen

Der von der Republik Österreich unterstützte Export österreichischer Produkte in Staaten wie den Iran, den Irak und Indonesien, die Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbeziehungen mit China, auch nach den Ereignissen am Platz des Himmlischen Friedens, und ähnliche Beispiele beweisen, daß das Ansehen der Republik Österreich durch derartige Geschäfte geschmälert werden könnte.

In diesem Sinne stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird ersucht, in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten eine Novellierung des AFG dahin gehend vorzubereiten, daß über die Bewertung der kommerziellen Risiken hinaus eine Bewertung der Menschenrechtssituation in den jeweiligen Exportstaaten zwingend vorzunehmen ist, mit der Maßgabe, daß Geschäfte mit Vertragspartnern aus Staaten, in denen laut den Berichten internationaler Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisatio-

nen zahlreiche und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen zu konstatieren oder in naher Zukunft zu befürchten sind, von Unterstützungen gemäß AFG auszuschließen sind, bis zum Nachweis einer wesentlichen und nachhaltigen Verbesserung der Menschenrechtssituation.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Besinnen Sie sich bitte, und seien Sie sich dessen bewußt, welchen Tausch Sie mit der Beschlußfassung dieser Gesetzesvorlage machen. Sie tauschen Arbeitsplätze gegen Menschenrechte ein, Sie tauschen für eine Situation, die fürs erste den Anschein hat, daß in Österreich jetzt alles in Ordnung ist. Sie sagen, wir dürfen es uns mit diesen Menschen, mit diesen Regierungen, mit diesen Geschäftemachern nicht verscherzen, und Sie machen in Wirklichkeit schmutzige Geschäfte mit Mördern, mit Menschen, an deren Händen Blut klebt. — Danke schön. *(Beifall bei den Grünen.)* 11.55

Präsident: Der vom Abgeordneten Srb verlesene Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher zur Verhandlung.

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Traxler.

11.55

Abgeordnete Gabrielle Traxler (keinem Klub angehörend): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die grüne Fraktion hat eine dringliche Anfrage zu einem Thema eingebracht, das auf der Tagesordnung steht. Es ist meines Wissens das erste Mal in der Zweiten Republik, daß ein Thema, das auf der Tagesordnung steht, durch eine dringliche Anfrage verdoppelt wird. Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich glaube, daß darüber auch geredet werden muß.

Um es gleich vorwegzunehmen: Ich stehe inhaltlich auf der Seite der Umweltministerin, der Opposition dieses Hauses, und ich werde inhaltlich dann zum Tagesordnungspunkt, wenn er zur Debatte steht, auch Stellung nehmen, ich werde die Anträge der freiheitlichen Fraktion und der grünen Fraktion unterstützen, denn es geht hier nicht nur um die Tropenholzkennzeichnung, es geht um die Diskussion bezüglich Zusammenarbeit von Umwelt und Wirtschaft, um Überlebenschancen von Menschen, die in Entwicklungsländern leben, um den Nord-Süd-Dialog, und es geht auch um Arbeitsplätze österreichischer Arbeitnehmer.

Aber ich habe mich, wie bereits gesagt, gemeldet, weil es ja nicht oft vorkommt, daß in diesem Haus eine Anfrage, die an den Bundeskanzler gerichtet wird, zu keinem Dialog im Geiste der Geschäftsordnung zwischen den Fraktionen führt.

Gabrielle Traxler

Um es vorwegzunehmen: Es ist legitim, daß eine Oppositionspartei alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung ausnützt, um ein ihr wichtiges Anliegen in der Öffentlichkeit zu transportieren. Ich zolle den Leistungen der Rednerinnen der Grünen, vor allem der physischen und psychischen Leistung, hohe Anerkennung. Aber, meine Damen und Herren von der grünen Fraktion, ich frage mich: Nützt oder schadet es dem Ausbau der Rechte der Demokratie, diese Vorgangsweise zu wählen? Und ich frage die Mehrheit: Ist im Ausschuß wirklich genügend lange über dieses Thema diskutiert worden? Ich habe nämlich das Gefühl – und dies aus meinen Gesprächen mit allen Fraktionen –, daß die Meinungen zu diesem Thema nicht so weit auseinanderliegen, wie das hier in dieser Debatte zum Ausdruck zu kommen scheint.

Ist es nicht ein Problem unseres Parlaments, daß wir die Materien zu wenig ausreichend in den Ausschüssen besprechen? Ich zum Beispiel bin leider jetzt als freie und unabhängige Abgeordnete von diesem Gespräch ausgenommen. Und ich frage meine Kollegen von der grünen Fraktion: Ist es der Sache zuträglich, wenn Sie eine Anfrage an den Bundeskanzler stellen, die dieser nicht einmal beantwortet? Wird das Parlament aufgewertet, oder wird es abgewertet? Ist oder muß die Mehrheit der 149 Abgeordneten nicht verärgert sein, weil sie diese Vorgangsweise nie in Anspruch nehmen kann?

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das, was heute geschieht und in dieser Nacht geschehen ist, eine Chance ist, eine Chance, über Parlamentarismus und darüber, wie wir ihn leben, zu diskutieren. *(Beifall bei den Grünen und beim Liberalen Forum.)* Sind wirklich die Rechte der kleinen Parteien und der Oppositionsparteien hier in diesem Haus, in der österreichischen Republik genügend unterstützt? Wie steht es mit dem Verhältnis zwischen Opposition und Regierung, zwischen großen und kleinen Parteien, zwischen Parlamentarismus und Medien? Wie ist das Verhältnis zwischen den Klubs und den einzelnen Abgeordneten? *(Präsident Dr. Lichal übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren! Nehmen wir, wenn wir ausgeschlafen sind, die Chance wahr, um über eine positive Belebung der Demokratie in diesem Haus und weit darüber hinaus zu diskutieren und sie in diesem Sinne auch aktiv zu beeinflussen. – Danke. *(Beifall bei den Grünen und beim Liberalen Forum.) 11.59*

Präsident Dr. Lichal: Die Frage ist natürlich, wann wir wieder ausgeschlafen sind. *(Heiterkeit.)*

Aber jetzt gebe ich der nächsten Rednerin das Wort: Frau Abgeordnete Dr. Petrovic, bitte.

12.00

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja noch viel schlimmer, als daß Arbeitsplätze gegen Umweltschutz ausgespielt werden. Sie haben im Rahmen einer sehr einseitigen Stellungnahme auch gewisse Bereiche der österreichischen Arbeitsplätze preisgegeben. Und ich würde einmal meinen, in einer sehr groben Einschätzung, daß diese Ihre Entscheidung, die Sie offenbar auch mit beinhalten Methoden durchzudrücken bereit sind, mit Sicherheit mehr Arbeitsplätze kosten wird, als Ihnen jetzt das Nachgeben gegenüber jenen Regimes, über die die Amnesty-International-Berichte eine sehr deutliche Sprache sprechen, einbringen könnte. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zum einen frage ich mich schon, wie denn das zugegangen ist in diesem Tropenholzausschuß, einem Teil des Umweltausschusses, daß dort auf einmal der Wirtschaftsminister, die Wirtschaftsstaatssekretärin und die Vertreter ganz gewisser Branchen als Experten gesessen sind, und zwar ganz gewisser Branchen, die eben nicht zufällig genau in den Menschenrechtsberichten immer wieder Erwähnung finden, jener Branchen, die beteiligt sind an den Kraftwerksprojekten, für die Menschen abgesiedelt werden, jener Firmen, die Antidemonstrationsfahrzeuge liefern, wie die Firma Rosenbauer, jener Firmen, die Gewehre, die Waffen, die Militär-LKWs liefern. Es ist bezeichnend, mit wem die Republik Österreich gemeinsam im Ausschuß sitzt, wen die leitenden Funktionäre der Republik Österreich als ihre Experten betrachten.

Und dann sprechen wir es doch einmal hier ganz offen aus, wen Sie ausgeschlossen haben, und zwar explizit, denn es gab Anträge. *(Abg. Ing. Murer: Holzhandel!)* Sie haben die österreichische Holzwirtschaft ausgeschlossen. Und da sind sogar solche Sätze gefallen wie: Mein Gott, was sind denn das für Arbeitsplätze? Das sind ja irgendwie die miesen, die primitiven Arbeitsplätze. – So ist es zugegangen in diesem Ausschuß! Das ist doch sehr deutlich! *(Zwischenruf des Abg. Resch.)*

Dann denken Sie einmal nach! Aus mehreren Wortmeldungen ist hervorgegangen, daß Sie gesagt haben: Das eine sind die Spitzenarbeitsplätze, das ist die Hochtechnologie, und das andere, das ist eben eine Branche, die sich offensichtlich ohnehin bereits auf der Verliererstraße befindet – so wie sich beispielsweise auch die österreichischen Bauern seit langem auf dieser Verliererstraße befinden.

Meine Damen und Herren! So wie Sie die österreichische Holzwirtschaft explizit von den Ausschußberatungen ausgeschlossen haben, so

Dr. Madeleine Petrovic

haben Sie natürlich auch die Interessen der dort arbeitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz einfach preisgegeben. Und ich sage das dem Herrn Bundeskanzler beziehungsweise seiner Vertreterin in dieser Debatte ganz deutlich: Für jeden preisgegebenen Arbeitsplatz in der österreichischen Holzwirtschaft, in der österreichischen Papierwirtschaft, in der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft — denn da bestehen enge Zusammenhänge —, für jeden dieser Arbeitsplätze zeichnet der Herr Bundeskanzler ganz persönlich verantwortlich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich glaube, der Herr Bundeskanzler wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Betrieben, die sich in Österreich um eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder bemühen, Rede und Antwort stehen müssen in der Frage, warum die gesamte Macht, der gesamte Apparat dieser Republik Österreich in die Bresche geworfen wird, wenn es um die Arbeitsplätze bei der VAMED, bei Elin, bei Siemens, bei Simmering-Graz-Pauker, bei Waagner-Biró und bei der Firma Rosenbauer geht, während offenbar die Arbeitsplätze im Bereich der Papierindustrie, etwa bei der Hallein-Papier, nicht dieselbe Aufmerksamkeit des Herrn Bundeskanzlers gefunden haben. Das ist ja doch wirklich bemerkenswert! *(Abg. Resch: Das ist das Mieseste, was man jemals da gehört hat! Unerhört!)*

Sie haben Gelegenheit gehabt, Rede und Antwort zu stehen. Ich habe gesehen, wie Sie abgestimmt haben im Ausschuß. Sie haben entschieden, die Vertreter dieser Branchen bleiben von den Ausschußberatungen ausgeschlossen. *(Abg. Resch: Bleiben Sie bei der Wahrheit!)* Treten Sie hierher! Sagen Sie doch allen Ernstes, daß das nicht wahr ist! Hat es diesen Antrag gegeben oder nicht? Dann sagen Sie jetzt coram publico: Gab es meinen Antrag auf Beziehung von Vertretern der . . . *(Abg. Dr. Keppelmüller: Den größten Tropenholzimporteur wollten Sie einladen!)* Ja! Ja! Herr Kollege Keppelmüller! Ich rede mit den Menschen, die in einer Branche arbeiten. Ich komme vom Bereich der Arbeitsmarktverwaltung und ich habe zu viele . . . *(Abg. Leikam: Das ist die Unwahrheit! Kein Wort von der Papierindustrie! Sie sagen die Unwahrheit!)*

Ja, ich will mit den Leuten reden! Für mich sind das keine Buh-Männer, mit denen ich mir . . . *(Abg. Leikam: Sie sagen hier die Unwahrheit!)* Dann sagen Sie doch einmal: Was ist die Wahrheit, Herr Abgeordneter Leikam? Kommen Sie da heraus! Kommen Sie gleich heraus! Trauen Sie sich nicht einmal mehr? Das ist Ihre wirkliche Feigheit! Sie haben die Hallein-Mitarbeiter genauso preisgegeben, wie Sie die gesamte Papierindustrie und die gesamte Holzindustrie preisgegeben haben! *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Leikam:)*

kam: Überhaupt nicht! — Abg. Dr. Keppelmüller: Eine Heuchelei, wenn Sie von den Arbeitsplätzen der Papierindustrie reden!)

Leugnen Sie das jetzt, daß Sie diesen Antrag abgelehnt haben? Leugnen Sie das jetzt allen Ernstes, Herr Keppelmüller? Das ist ja wohl das aller . . . *(Abg. Dr. Keppelmüller: Das ist völlig egal in der Papierindustrie! Sie haben keine Arbeitsplatzsorge!)* Wir werden die Protokolle verschicken. *(Abg. Dr. Keppelmüller: Die Arbeitsplätze sind Ihnen völlig egal in der Papierindustrie!)* Die sind Ihnen völlig egal. Das haben Sie jetzt gehört vom Herrn Kollegen Keppelmüller.

Wir werden das Protokoll dieser Sitzung und die dort gefaßten Beschlüsse sehr wohl den österreichischen Wirtschaftsbranchen zur Kenntnis bringen. *(Abg. Dr. Keppelmüller: Sie hätten einen Tropenholzimporteur eingeladen!)* Ja, ich hätte einen Tropenholzimporteur eingeladen. Ich hätte von ihm gerne seine Argumente gehört. *(Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Sie hätten nicht so lange reden sollen, dann wären Sie jetzt nicht so nervös!)*

Ich rede auch mit den Gegnern, im Gegensatz zu Ihnen, die Sie die Entscheidungen irgendwo im Hinterkammerlein getroffen haben und dann hier das vollziehen, was der Herr Bundeskanzler will! *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Helene Partik-Pablé: Mit so aufgeregten Nerven kann man das Problem auch nicht lösen!)* Ich hätte geredet! Ich wollte auch mit diesen Tropenholzimporteurs reden. Ich wollte auch ihre Argumente hören.

Jetzt haben Sie es ausgesprochen! Ja, Frau Kollegin Partik-Pablé! Offensichtlich sind Ihnen die Arbeitsplätze auch nicht soviel wert! Frau Kollegin Partik-Pablé! Ich bin nicht aufgeregt! Ich bin nur sehr zornig, weil hier offensichtlich ein ganz übles Spiel gespielt wird, in dem manche Branchen gegen andere Branchen ausgespielt werden! *(Beifall bei den Grünen. — Ruf: Sie reden vom Spiel!)*

Dann erklären Sie doch einmal, warum Sie, auch die Abgeordneten der ÖVP, dagegen entschieden haben, daß Vertreter der österreichischen Holzwirtschaft beigezogen werden! Erklären Sie das doch einmal den Menschen, die dort arbeiten! Warum haben Sie das gemacht? Warum haben Sie den Anlagenexporteuren eine Chance gegeben, ihre Argumente selbst vorzutragen, während Sie der österreichischen Holzindustrie diese Chance nicht gewähren wollen? *(Abg. Dr. Keppelmüller: Ein Vorsitzender des Holzhandels war eingeladen!)* Ja, ich hätte diesen Vorsitzenden eingeladen. Ja! Ich hätte mit all diesen Leuten gerne das Gespräch im Ausschuß gesucht. Sie wollten dieses Gespräch nicht mehr, denn

Dr. Madeleine Petrovic

Ihre Entscheidungen waren lange vorher getroffen.

Außerdem frage ich Sie: Warum haben Sie auch andere Branchenvertreter nicht zu Wort kommen lassen? Warum haben Sie beispielsweise den Ausführungen, wie sie etwa von einer sehr renommierten österreichischen Textil- und Raumausstattungsfirma, der Firma Backhausen, kamen, keinen Glauben geschenkt? Hier heißt es dezidiert: Die Firma Backhausen versteht die Aufregung um die Kennzeichnungspflicht für Tropenholz nicht. Diese Firma, die sehr stark im Indonesien- und Malaysia-Geschäft ist, hat keine Einbußen zu verzeichnen gehabt.

Offenbar scheinen Sie sich auch da sehr einseitig informiert zu haben, und offenbar geht es genau ... (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Kaisler.*) Ja, das wird es wohl sein! Das wird es ja wohl sein, denn die Branchen, die im Ausschuß vertreten waren, sind doch überwiegend jene Branchen, die mit den Regierungen Geschäfte machen, die mit den Polizeiapparaten Geschäfte machen.

Und da sind wir wieder genau beim Thema! Es ist eben kein Zufall, daß es die Firma Rosenbauer war, deren Vertreter als Experte im Ausschuß das Wort führen konnte, denn die Firma Rosenbauer ist es, die Antidemonstrationsfahrzeuge nach Indonesien liefert. (*Abg. Kraft: So ein Blödsinn!*) Das findet sich in Zeitschriften der Bundeswirtschaftskammer. Wenn die Blödsinn verbreiten, dann sagen Sie das, bitte, Herrn Dr. Stummvoll. (*Beifall bei den Grünen. — Abg. Kraft: Sie reden Blödsinn!*)

Wenn Sie behaupten, daß in den Zeitungen der Bundeswirtschaftskammer Blödsinn steht, dann machen Sie sich das lieber mit Herrn Dr. Stummvoll aus.

Sie können durch noch so heftiges Agieren hier nicht die Bevölkerung darüber hinwegtäuschen, daß Sie sehr einseitig gewisse Wirtschaftsvertreter ... (*Abg. Kraft: Sie täuschen hier etwas vor! Sie wollen die Tropenholzimporte! Sie täuschen vor! Sie sind unanständig!*) Das wird sich ja herausstellen. Wir werden eine breite Diskussion auch über die Antidemonstrationsfahrzeuge haben.

Dann werden wir auch die Frage stellen: Heute, nach dem Schluß der Haussitzung, wird ein Hauptausschuß stattfinden, wo vier Malaysia-Geschäfte zur Diskussion stehen — Indonesien-Geschäfte sind es, pardon —, vier Geschäfte, jeweils über 100 Millionen Schilling. Was sind denn das für Geschäfte? Worum handelt es sich denn? Sind es vielleicht wieder Sportgewehre, oder sind es vielleicht Militär-LKWs, oder worum geht es denn da? Das wird eine interessante Diskussion werden im Hauptausschuß, aber leider — kraft

Ihrer Beschlußfassung — nach der Diskussion zum Tropenholzgesetz. Vier Geschäfte über 100 Millionen Schilling! Der österreichische Steuerzahler, die österreichische Steuerzahlerin werden dafür geradestehen müssen. (*Abg. Kraft: So ein Blödsinn!*)

Und ich frage mich: Was ist denn das für eine Technologie, die hier geliefert wird? Was ... (*Abg. Schwarzenberger: Ihre Filibusterrede wird auch den Steuerzahler viel Geld kosten!*) Wir werden genau für das hier bezahlt, daß wir eben argumentieren und diskutieren. (*Abg. Kraft: Aber nicht so einen Blödsinn!*) Und ich sage Ihnen eines: Das erfolgt zu derselben Zeit, zu der britische Konservative einem konservativen Premierminister Widerstand leisten, weil sie in der Frage der Verträge von Maastricht anderer Meinung sind. (*Abg. Schwarzenberger: Jemand, der zehn Stunden reden muß, um etwas sagen zu können, disqualifiziert sich von selbst!*) Dort gibt es Parlamentarier, die es wagen, ihrem eigenen Premierminister die Stirn zu bieten, und die Redebeiträge, und zwar lange Redebeiträge, liefern, in denen sie, wie gesagt, erbitterten Widerstand leisten. (*Abg. Dr. Kohl: Im Europaparlament redet man Minuten und nicht Stunden!*) Nein, wir reden über das britische Parlament. Und das sind Sternstunden der Demokratie, und das ist etwas, wovon dieses Haus immer weiter wegrückt, je mehr Sie sich zu den Steigbügelhaltern der Regierung machen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Oder auch wenn Sie das Beispiel Italiens hernehmen: Dort gibt es ein Spannungsfeld zwischen der Regierung und dem Parlament. Dort treten Justizminister, Umweltminister zurück, weil ein ungerechtes Gesetz beschlossen wird, weil ein Freibrief für Korruption ausgestellt werden soll. Deswegen treten italienische Minister zurück! Ich habe Hochachtung vor diesen italienischen Ministern! (*Beifall bei den Grünen.*) Ich fürchte, auf dieser Regierungsbank würde sich kein einziger finden, der dieses Rückgrat hat. Die halten es frei nach Keppelmüller: Es ist manchmal besser, kein Rückgrat zu haben. (*Abg. Schwarzenberger: Wissen Sie, daß Ihre Filibusterrede das Hohe Haus mehr als 1 Million kostet!*) Offensichtlich ist das Ihr Motto: Es ist besser, kein Rückgrat zu haben. (*Beifall bei den Grünen.*)

Mit Ihrem Geschrei konnten Sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sie die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um ihre Rechte betrogen haben. Dieser Diskussion werden Sie nicht auskommen. (*Abg. Kraft: Sie sollten sich auf eine Rede vorbereiten!*)

Für jeden wackelnden Arbeitsplatz in der Holzwirtschaft, in der Papierwirtschaft und in der Fremdenverkehrswirtschaft tragen Sie mit dieser Ihrer einseitigen, Ihrer einäugigen Entscheidung

Dr. Madeleine Petrovic

die absolute und volle Verantwortung. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Kraft: Sie sollten sich vorbereiten auf Ihre Rede! — Abg. Dr. Kohl: Das war keine Sternsunde, Frau Kollegin Petrovic! — Abg. Probst: Sie sollte das Reden üben!)* 12.15

Präsident Dr. Lichal: Nächste Wortmeldung: Herr Abgeordneter Mag. Schweitzer. Bitte, Herr Abgeordneter.

12.15

Abgeordneter Mag. **Schweitzer** (FPÖ): Herr Präsident! Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren! Kollegin Petrovic! Auch wir werden Protokolle verschicken, Protokolle von Ausschusssitzungen, in denen unser freiheitlicher Antrag eingebracht wurde, der all das enthält, was Sie gestern und heute hier gefordert haben. Sie haben zweimal die Gelegenheit versäumt, das, was Sie fordern, mit diesem Antrag zu beschließen. Sie haben zweimal diesem Antrag nicht zugestimmt. Das heißt, Sie haben gegen etwas gestimmt, was Sie seit gestern hier immer wieder fordern. Diese Vorgangsweise verstehe ich nicht ganz, Frau Kollegin Petrovic, wie Sie hier in dieser Frage mit zwei Gesichtern operieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Daß die Grünen eine Achillesferse haben, die sehr leicht zu treffen ist, das hat ja Kollege Murer schon vorgeführt bei Kollegen Renoldner. Er ist ziemlich ins Wanken gekommen und hat nicht weiter agieren und weiter argumentieren können, warum Sie gegen einen Antrag, in dem Ihre Forderungen enthalten sind, stimmen. Wie wollen Sie das draußen erklären? Ihnen geht es hier ums Spektakel. Sie wollen das Spektakel haben! Der Inhalt, die wahre Frage, die Sie vorgeben, so zu beherrschen, und die Sie so beschäftigt, das ist nicht der Grund, worum es Ihnen wirklich geht.

Aber gehen wir einmal chronologisch vor: Vor zirka drei Jahren wurde hier eine sogenannte Selbstverzichtserklärung in diesem Haus beschlossen, ein völlig untaugliches Mittel, das den Tropenholz-Raubbau nie in den Griff bekommen konnte. Und kurz vor der Konferenz in Rio, als man sehr unter Zeitdruck war, hat man dann diesen Vorzeige-Antrag gebastelt; diesen Vorzeige-Antrag für Vranitzky, für Feldgrill-Zankel und, wie Kollege Renoldner hier heute zugegeben hat, auch für die Grünen. Sie wollten nicht mit leeren Händen nach Rio kommen und haben diesem Antrag, der sich als Mißgeburt herausgestellt hat, zugestimmt. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Helene Pararik-Pablé: Nach Rio wollten sie fahren!)*

Wie wir vorausgesagt haben, war diesem Antrag ein rasches Ende beschieden, und heute wird er zu Grabe getragen.

Sicherlich bot dieser Antrag keine sachgerechten Lösungen an, Herr Kollege Bruckmann, wie Sie am 5. Juni 1992 noch hier in diesem Haus gemeint haben, und er war keine zufriedenstellende Lösung, Herr Kollege Dietrich, wie Sie in Ihrem Beitrag gesagt haben.

Ganz sicher war dieses Tropenholzgesetz, meine Damen und Herren, nicht eines der weltweit fortschrittlichsten Gesetze. Kollegin Langthaler, das bestätigen Sie in Ihrer Aussage, wenn Sie sagen, das jetzt vorgeschlagene Gütesiegel bedeute die Aussetzung des Gesetzes, sinnvoller wäre eine Kennzeichnungspflicht für alle Holzarten.

Und damit sind wir beim Kern der Diskussion: Warum haben es denn SPÖ, ÖVP und auch Grüne versäumt, die FPÖ-Position zumindest in dieser Frage zu übernehmen? Das Gesetz zum Schutz aller Primärwälder hätte von Haus aus die Diskriminierung der Tropenholzländer vermieden. Der Aufmarsch der Industrie, der NGOs wäre nicht notwendig gewesen.

Dieses unüberlegte Vorgehen, meine Damen und Herren, rund um dieses Gesetz hat eine Reihe von negativen Folgen nach sich gezogen, so zum Beispiel die wechselseitige Erpressung, die jetzt stattfindet. So müssen Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, heute einer Erpressung nachgeben, für die Sie erst die Möglichkeit geschaffen haben. Dieser Umstand könnte auch zur Folge haben, daß Österreich in Hinkunft bei anderen internationalen Verhandlungen genauso und immer wieder erpreßt wird. Welchen Umständen Sie damit vielleicht Tür und Tor geöffnet haben, das ist noch gar nicht abzusehen.

Mit dieser Entscheidung, die heute getroffen werden soll, ist die österreichische Umweltpolitik endgültig erpreßbar geworden, meine Damen und Herren! Das muß einmal ausgesprochen werden! Diese Erpressung wird Schule machen. Welche Signalwirkung wird dies zum Beispiel auf die EG-Beitrittsverhandlungen haben, wenn es gilt, Umweltstandards zu verteidigen beziehungsweise Umweltstandards auszuhandeln? Welche Chance haben Sie mit dieser Entscheidung verspielt, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien?!

Ich glaube, ich brauche das nicht weiter auszuführen: Ihr betroffenes Schweigen zeigt ohnehin, daß Sie draufgekommen sind, welch großer Fehler hier und heute gemacht wird.

Kollege Bartenstein! — Wo ist der Kollege Bartenstein? *(Abg. Dr. Bartenstein: Hier!)* An Sie hätte ich eine Frage, die Sie mir dann bitte beantworten. Im Ausschuß haben Sie wörtlich gesagt, die Rücknahme des Gesetzes sei ein „Akt der Vernunft“. *(Abg. Dr. Bartenstein: Ja!)*

Mag. Schweitzer

Meine Frage: Was war dann die Beschlußfassung, Herr Kollege Bartenstein, bei der Sie zugestimmt haben, bei der Ihre Kollegen zugestimmt haben? Wie würden Sie das heute eigentlich bezeichnen? (*Beifall bei der FPÖ.*) Ihrer Antwort sehe ich mit großem Interesse entgegen, Herr Kollege Bartenstein! (*Abg. Dr. Bartenstein: Im nachhinein betrachtet und mit heutigem Wissensstand war das sicherlich kein Akt der Vernunft!*)

Offensichtlich ist diesem „Vorzeigeantrag“, den Sie für Ihre damalige Umweltministerin Feldgrill-Zankel gebastelt haben, diesem stolzen „Luftballon“ für Rio, die Luft total ausgegangen. Sie haben diesen Luftballon zu einem „Vorzeigeantrag“ aufgeblasen, mit dem Sie in Rio herumwachen können. Mit diesem Antrag, Herr Kollege Bartenstein, haben Sie sich heute viele Wege verbaut, die vor einem Jahr noch problemlos beschritten hätten werden können. Heute ist dieser Tropenholz-Karren völlig verfahren, und das ist Ihre Schuld, ist die Schuld der Regierungsparteien und der Grünen! Sie haben alle Wege verbaut, die man noch vor einem Jahr hätte gehen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im Ausschuß hat Professor Hackl der FPÖ recht gegeben, indem er gesagt hat, bei Berücksichtigung aller Holzarten – also nicht nur Berücksichtigung des Tropenholzes, sondern auch des borealen Holzes und des temperierten Holzes – hätte es diese Probleme nie gegeben. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Schauen Sie sich doch einmal diese Novelle an! Was ist denn diese Novelle? – Da streicht man die ersten zwei Punkte weg, unmotiviert beginnt man bei § 3, mitten im alten Text. Was bleibt, ist das Gütezeichen. Was „nachhaltige Nutzung“ ist, wird überhaupt nicht erwähnt. Wer bestimmt, was die „nachhaltige Nutzung“ ist? – Die Weltbank oder wer?

Dieses Gesetz tritt rückwirkend mit 1. September 1992 in Kraft, und es bedeutet ja geradezu einen Freibrief für alle bisherigen Tropenholzverstöße! Wie ist denn das sonst zu verstehen, daß Sie allen, die das Gesetz gebrochen haben, im nachhinein einen Freibrief erteilen? So wie dieses Gesetz zustande gekommen ist, Kollege Stocker, so wird es jetzt novelliert. Wir Freiheitlichen haben damals nicht mitgestimmt, und wir werden heute auch nicht mitstimmen, weil das jetzt der gleiche Pusch wie damals ist! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Zur Zusammenarbeit im Umweltbereich allgemein: Seit ich Umweltsprecher meiner Partei in diesem Hause bin, haben wir Entwürfe zum Umweltinformationsgesetz eingebracht, ebenso bezüglich Tropenholzgesetz. Wir bringen betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung ebenfalls einen Entwurf ein. – Das

Echo bei Ihnen und den Grünen hält sich bis jetzt in Grenzen. Bei Ihnen ist keine Bereitschaft vorhanden, unsere Vorschläge auch nur durchzulesen, geschweige denn, diese in die Beratungen einfließen zu lassen!

Das Tropenholzgesetz ist ein typisches Beispiel dafür, daß Sie gut beraten gewesen wären, meine Damen und Herren, den FPÖ-Antrag ernst zu nehmen! Sie hätten sich so nämlich eine riesige Blamage erspart! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Abschließend, meine Damen und Herren, zur Rolle der Grünen, die sie gestern und heute so breit angelegt haben: Ich verstehe schon, daß Sie nicht in der Lage sind, in kurzer Zeit ein Anliegen vorzubringen. Sie brauchen eben viel Zeit, um all das, was man auch mit wenigen Worten hätte sagen können, der Öffentlichkeit mitzuteilen, weil es eben so schwierig ist, diese Ihre Doppelrolle der Öffentlichkeit gegenüber zu verschleiern, die Sie in dieser Frage gespielt haben.

Es ist traurig, wenn man weiß, daß die Kollegin Langthaler bei der letzten Ausschußsitzung gar nicht anwesend war, daß die Kollegin Petrovic in diesem Ausschuß die zweite Möglichkeit versäumt hatte, dem Antrag der Freiheitlichen zuzustimmen, nämlich dem Antrag betreffend ein Bundesgesetz zum weltweiten Schutz der Wälder. Und das tut Ihnen ja so weh, daß Sie darauf nicht gekommen sind! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Über die nachhaltige Nutzung zur Wahrung der Lebensräume und über die Nutzungsansprüche indigener Völker haben Sie von den Grünen im Ausschuß gar nicht gesprochen. Jetzt tut es Ihnen leid, daß Sie diese Chance versäumt haben, meine Damen und Herren von den Grünen!

Dieser unser Antrag war ein Antrag, der alle Anliegen, die Sie gestern und heute so breit angelegt vorgetragen haben, beinhaltet. Warum haben Sie nicht zugestimmt? Niemand hat Sie daran gehindert! Mit keinem einzigen Satz, meine Damen und Herren, sind die Grünen im Juni 1992 – auch nicht vergangene Woche – auf unseren Antrag eingegangen! Mit keinem einzigen Satz! Das ist ein deutlicher Beweis dafür, meine Damen und Herren, daß Ihr Anliegen bei weitem nicht so groß ist, wie das Ihr verbales Engagement hier vortäuschen hätte sollen.

Meine Damen und Herren von den Grünen! Vordergründig geht es Ihnen um ein Spektakel, geht es Ihnen um die Befriedigung Ihrer unendlichen Mediengeilheit. – Das möchte ich Ihnen einmal gesagt haben. (*Beifall bei der FPÖ.*) 12.26

Präsident Dr. Lichal: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Barmüller. – Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Mag. Barmüller

12.26

Abgeordneter Mag. **Barmüller** (Liberales Forum): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine ganz besonders selbstgerechte Diskussion, die heute hier geführt wird, und ich glaube, man muß auch Ihnen von den Grünen einmal klar sagen, daß die Blockade des Parlaments, die Sie heute und in dieser Nacht hier veranstaltet haben, nicht damit gerechtfertigt werden kann, daß Sie zwar die Geschäftsordnung legal ausnützen, daß aber das, was Sie hier getan haben, nicht deshalb legitim ist, weil das auch von den großen Parteien oft so gemacht wird.

Wir beschweren uns in den Ausschüssen immer wieder darüber, daß man die Geschäftsordnung zwar noch legal handhabt, aber im eigentlichen Sinne ist das nicht mehr legitim; nur kann man dann eben die eigene Vorgangsweise nicht mehr damit rechtfertigen.

Zu Ihrem Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben, möchte ich sagen - es heißt dort: „keine Auslandsexportförderung an Länder, in denen es Menschenrechtsverletzungen gibt“ - : Wenn Sie das konsequent durchdenken, müßten Sie eigentlich auch dafür eintreten, daß es keinen Handel mit den Vereinigten Staaten gibt, da es in den Vereinigten Staaten heute noch die Todesstrafe gibt, die auch vollzogen wird, und das kann man ebenfalls nicht akzeptieren. Wenn es Ihnen um diese Anliegen geht, dann müßten Sie konsequent sein, dann müssen Sie das auch tatsächlich durchziehen. - Sie tun das aber nicht!

Ich sage Ihnen noch etwas: Sie haben gestern einen Zettel von „Global 2000“ ausgeteilt, auf dem alle, die dieser Änderung des Tropenholzgesetzes zustimmen - die Liberalen in diesem Haus werden nicht zustimmen, das sei vorweggesagt - als „rückgratlose Politiker“ bezeichnet werden. Als „skrupellose Unternehmer“ wird bezeichnet, wer hier einer Abschaffung das Wort redet, und Sie behaupten weiters, daß jeder, der das in Malaysia verlangt, ein „Erpresser“ sei, ebenso jene, die das in Indonesien verlangen.

Auch das trifft nicht zu, meine Damen und Herren! Ich kann an Unternehmern, die etwa die Ausstattung von Universitätskliniken oder von Spitälern in Malaysia und in Indonesien vorantreiben, nichts Skrupelloses finden. Der Umstand, daß dort der Regenwald abgeholzt wird, daß es dort Menschenrechtsverletzungen gibt, kann doch nicht ein Argument dafür sein, daß man denen keine medizinischen Mittel, keine Medikamente und so weiter liefert. Das ist sicherlich nicht der richtige Weg! (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Wenn sich Frau Abgeordnete Petrovic hier hinstellt und sagt: Wir müssen in diesem Haus disku-

tieren!, so sage ich Ihnen dazu folgendes, Frau Abgeordnete Petrovic: Mit einem ausschließlich Gut-Böse-Schema werden Sie dieser Problematik nicht beikommen! Es wäre gut gewesen, wenn von Ihrer Seite irgendwann in diesen langen Reden in dieser Nacht auch einmal vorgebracht worden wäre, daß sich die Menschen in Ländern wie Malaysia, Indonesien oder Brasilien mit ganz anderen Problemen herumschlagen müssen, als das bei uns der Fall ist. Die Abholzung der Regenwälder geschieht doch nicht aus Bösartigkeit, nicht aus Lust an der Zerstörung des Ökosystems Erde, sondern dahinter stecken ganz, ganz große Probleme der dortigen Bevölkerung.

Meine Damen und Herren! Denken Sie doch etwa an das Bevölkerungswachstum in diesen Ländern: in Indonesien ein neunfaches, in Brasilien ein elfaches, in Malaysia ein dreizehnfaches Bevölkerungswachstum im Vergleich zu Österreich. Das bedingt, daß es dort enormen Siedlungsdruck gibt, daß man Flächen für die Landwirtschaft braucht, daher kommt es zu solchen Maßnahmen, daß eben versucht wird, durch Brandrodung landwirtschaftliche Flächen urbar zu machen.

Man darf auch nicht vergessen, daß es in diesen auch einen Energiebedarf gibt! Wenn in Malaysia 60 Prozent der Fläche mit Regenwald bedeckt sind, ist es doch vollkommen klar, daß jene Leute, die sich dort einmal am Tag eine warme Suppe machen wollen, sagen: Das Holz dafür werden wir uns natürlich holen! Da stellt sich schon die Frage: Warum akzeptiert man denn die Abholzungen in Sibirien? Warum macht man denn für diese Hölzer keine Kennzeichnung, während man für das Tropenholz eine Kennzeichnungspflicht einführt? Das müssen diese Menschen doch als Diskriminierung empfinden! (*Beifall beim Liberalen Forum.*) Deshalb meinen wir auch, meine Damen und Herren, daß man diese Diskriminierung abschaffen sollte.

Aber, Herr Abgeordneter Keppelmüller, da gibt es mehrere Wege als jene Schritte, die der österreichische Gesetzgeber gemacht hat, als eben nur zurückzunehmen. Es wäre zum Beispiel der Vorschlag von Frau Bundesministerin Rauch-Kallat ein Konsens in diesem Hause gewesen, wenn man gesagt hätte: Okay, wir werden nicht so vorgehen, daß wir in dieser Frage unser Gesicht bei der Weltöffentlichkeit verlieren, sondern wir werden mit dieser Diskriminierung so umgehen, daß wir sie einfach auf alle Hölzer ausweiten.

Meine Damen und Herren! Es ist doch nicht zu argumentieren, daß man zwar Tropenhölzer kennzeichnet, auch Zollerhöhungen in diesem Zusammenhang macht - noch dazu solche wie in Kapitel 44, also nur für das Rohprodukt, nicht aber für Fertigprodukte -, auf der anderen Seite jedoch sagt: Aber was in Sibirien passiert, daß

Mag. Barmüller

dort ebenfalls Raubbau betrieben wird, darum kümmern wir uns nicht! Das ist doch nicht der richtige Weg! (*Beifall beim Liberalen Forum. — Abg. Ing. Murer: Barmüller, das ist der Murer-Antrag!*)

Murer, das ist der Frischenschlager-Antrag, denn darauf steht auch: Frischenschlager — aber das hast du natürlich verschwiegen! (*Beifall beim Liberalen Forum.*) Es war auch Frischenschlager, lieber Kollege Murer, der ganz dezidiert darauf hingewiesen hat, daß Menschenrechtsverletzungen gegen eingeborene Völker nicht tragbar sind. — Aber das hat der Abgeordnete Murer „vergessen“, weil ihm das heute nicht ins Konzept paßt. (*Beifall beim Liberalen Forum. — Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Nichtsdestoweniger sage ich dir gleich: Wir werden diesem Antrag, den auch der Abgeordnete Frischenschlager als Abgeordneter des Liberalen Forums unterstützt, natürlich zustimmen, denn wir stehen zu unseren Inhalten. — Es hat Diskussionen in diesem Hause gegeben, in denen auch du, Kollege Murer, nicht zu den Inhalten gestanden bist, die man eigentlich vorgebracht hat. Aber das steht heute nicht zur Debatte. Jetzt geht es um das Tropenholz; darum verschone mich mit solchen Zwischenrufen! (*Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Wir werden nicht zögern, heute bei dieser Tropenholz-Debatte — so sie heute noch stattfinden wird, und wenn es morgen sein sollte, dann eben morgen am Samstag, und wenn es sein soll, meinetwegen auch am Sonntag, wenn die Diskussion so lange dauert — einen Entschließungsantrag einzubringen, wo wir auch der ÖVP Gelegenheit geben werden, jenen Vorschlag, den ihre Umweltministerin gebracht hat, zu unterstützen.

Wir vom Liberalen Forum treten ein für eine Abschaffung der Diskriminierung der Tropenländer durch eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht hin zu einer echten Produktinformation, und zwar für alle Holzarten, bezüglich derer Raubbau betrieben wird. Einen solchen Entschließungsantrag wird es von uns geben; dieser wird noch eingebracht werden. (*Beifall beim Liberalen Forum.*)

Abschließend, meine Damen und Herren! Unterschätzen Sie am Vorabend eines EG-Beitrittes bitte nicht, wenn Sie die Kennzeichnungspflicht für Tropenhölzer abschaffen, also nur zurücknehmen, obwohl Sie das Problem der Diskriminierung auch so lösen könnten, indem man die Kennzeichnungspflicht ausweitet und zu einer echten Produktinformation für Konsumenten macht, daß das bei der österreichischen Bevölkerung, eingedenk etwa der Kennzeichnungsvorschriften für bestrahlte Lebensmittel, sehr schlecht ankommen wird. Es wird jeder den Glau-

ben daran verlieren, daß in diesem Haus Abgeordnete aufstehen und sagen werden: Wir akzeptieren einen Druck seitens der EG nicht, um etwa die Kennzeichnung von Lebensmitteln nach den Regeln der EG und nicht nach den strengeren österreichischen Regeln durchzuführen.

Meine Damen und Herren! Dieses Vorgehen in der Tropenholzfrage ist — auch im größeren politischen Rahmen gesehen — falsch. Sie werden daher von uns in dieser Hinsicht keine Zustimmung bekommen. — Danke schön. (*Beifall beim Liberalen Forum.*) 12.33

Präsident Dr. Lichal: Nächste auf der Rednerliste: Frau Abgeordnete Langthaler. Ich erteile ihr das Wort.

12.33

Abgeordnete Monika Langthaler (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt kommt das Ende dieser Debatte zur dringlichen Anfrage, und es war natürlich enttäuschend, denn ich meine — jedenfalls wenn man sich die Zitatsammlungen von ÖVP- und SPÖ-Mandataren ansieht —, es wäre wohl zu erwarten gewesen, daß wenigstens ein Abgeordneter jeder Regierungspartei zu diesem Thema, zumindest in aller gebotenen Kürze, Stellung nimmt.

Aber auch das reiht sich ja nahtlos in Ihre bisherige Politik zu diesem Thema ein. Es ist also nicht weiter verwunderlich, daß Sie nicht bereit sind, auf all die vielen vorgetragenen Argumente einzugehen, auch auf die Vorwürfe, auch auf die offene Frage, wie Sie damit umgehen, und das im „Jahr der indigenen Völker“, in dem Wien Gastgeberland für diese große Menschenrechtskonferenz der UNO ist. Sie gehen damit so um, daß der Fall eintritt, daß gerade Österreich diesen Völkern und dieser Menschenrechtsbewegung einen solchen Schlag ins Gesicht versetzt. (*Beifall bei den Grünen.*)

Es hätte, wenn Sie schon nicht unserer Meinung sind in dieser Causa, wenigstens einen Funken von Anständigkeit bedeutet, wenn Sie hier zumindest das Wort ergriffen hätten in bezug auf die Menschenrechtsverletzungen. (*Abg. Dipl.-Ing. Kaiser: Mit dem Wort „Anständigkeit“ sollten gerade Sie etwas vorsichtiger umgehen!*) Sie haben als Beilage zu dieser dringlichen Anfrage einen so ausführlichen Bericht von Amnesty International bekommen, der die jüngsten Vorfälle gerade in den Ländern Indonesien und Malaysia aufzeichnet. Umso mehr wäre das von Ihnen zu erwarten gewesen, als Sie von seiten der Regierung Parlamentarier in diese Länder hinuntergeschickt haben, die uns dann hier in Österreich erzählt haben, wie „wunderbar“ es in Indonesien zugeht, wie „problemlos“ dort die Menschen ganz offensichtlich zusammenleben. Das ist doch wohl mehr als aufklärungsbedürftig, und es wäre möglich ge-

Monika Langthaler

wesen, im Zuge dieser Debatte — gerade auch von jenen Abgeordneten, die sich in Malaysia und Indonesien herumgetrieben haben — darüber etwas zu erfahren.

Es wird hier ja auch von Ihrer Seite immer wieder auf Steuergelder und ähnliches verwiesen, und immerhin hat es sich bei dieser Reise um eine von der öffentlichen Hand finanzierte Reise gehandelt. Und wo denn, wenn nicht bei dieser Debatte, hätten die Mitglieder, die bei dieser Regierungsdelegation dabei waren, hätten jene Abgeordneten dazu sprechen müssen, was Sie zu den Vorwürfen, gerade was Menschenrechtsverletzungen anlangt, sagen.

Es ist bezeichnend, daß dies nicht seitens der Betroffenen — weder von Dr. Jankowitsch noch von Dr. Lukesch — geschehen ist.

Eine kurze Anmerkung zu den Ausführungen der FPÖ-Abgeordneten. Es ist ganz offensichtlich sehr schwierig, bis Sie, auch nach vielen Argumenten, die Anträge der Grünen beziehungsweise unsere Stellungnahme zu diesem Gesetz und auch zu diesem Procedere verstehen, beziehungsweise Sie wollen es nicht verstehen.

Ich habe Ihnen bereits bei der letzten Ausschusssitzung vor der Beschlußfassung zum Tropenholzgesetz gesagt, daß es unmöglich ist, an jenem Tag, an dem Sie einen Antrag einbringen, über diesen Antrag in aller Ausführlichkeit zu debattieren. Sie wissen genau: Sie haben kurz vor der Abstimmung Ihren Antrag eingebracht; es gab überhaupt keine Möglichkeit mehr, diesen in dieser Sitzung zu behandeln.

Wenn Sie von der FPÖ hier weinerlich vorbringen, wie schlimm es sei, daß die Grünen Ihrem Antrag nicht zustimmen, so kann ich dazu nur offen sagen: Ich halte das in dieser Form — auch nicht von der Ausformulierung her — nicht für praktikabel. Was seine Intention anlangt — das habe ich Ihnen damals schon gesagt —, halte ich es für richtig, eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht vorzunehmen. Jener Antrag, den wir vorgelegt haben und der auch letztlich von der Umweltministerin unterstützt worden ist, ist ein einfach zu praktizierender, leicht umzusetzender und leicht vollziehbarer Gesetzesantrag.

Insofern also sind diese Vorwürfe seitens der FPÖ natürlich Unsinn, sie entbehren jeder Grundlage. Offensichtlich steckt nicht viel mehr dahinter, als daß Sie einmal zur Feststellung gelangen müssen, daß nicht immer und ausschließlich Sie unsere Zeit mit Ihren vielen dringlichen Anfragen hier „vergeuden“ können, wie Sie das immer nennen. Es ist wohl auch und gerade bei einer solchen Angelegenheit das mehr als legitime Recht der Oppositionspartei — der offensichtlich einzigen in diesem Bereich engagierten Opposi-

tionspartei —, einer im Bereich von Ökologie und Menschenrechte engagierten Oppositionspartei, hier Sie, und zwar mit allen Möglichkeiten, zur Abhaltung einer Debatte zu zwingen.

Sie haben uns vorgehalten, daß es aufgrund unserer langen Reden in den letzten beiden Tagen hier im Hause keine Möglichkeit für Rede und Gegenrede gegeben habe. — Sie hatten jetzt diese Möglichkeit zu Rede und Gegenrede — aber man sieht ja, wie sie das nutzen. Und genauso waren Sie im Ausschuß, genauso wie heute: Sie hören einem irgendwie zu oder auch nicht, gehen auf keines der Argumente ein, sondern fragen: Wer ist dafür? Wer ist dagegen? — Alle heben dann brav die Hand, so wie es der Fraktionsvorsitzende vorher angekündigt hat. (*Abg. Schieder: Das ist doch keine Debatte, sondern eine Anfrage von Ihnen!*)

Herr Abgeordneter Schieder, aha, das ist also keine Debatte! — Es gibt meines Wissens nach der Begründung der dringlichen Anfrage eine Debatte darüber. Aber, Herr Abgeordneter Schieder, zuerst regen Sie sich darüber auf, daß man eine lange Begründung anführt, daß man eine lange Rede hält, wo einem nicht die Möglichkeit geboten wird, darauf einzugehen und zu argumentieren, und dann, wenn Sie die Möglichkeit haben, darauf einzugehen, melden Sie sich jedoch nicht zu Wort. (*Abg. Schieder: Sie holen doch heute nur Ihre Absenz im Ausschuß nach!*)

Sie haben weder gestern noch heute zu diesem Thema Stellung genommen. Gehen Sie doch heraus und bringen Sie Ihre Position vor! Sagen Sie doch öffentlich — haben Sie die Courage, das hier zu sagen —: Es ist mir nicht so wichtig, wie es in diesen Ländern mit Menschenrechten steht, sondern es ist mir wichtiger, daß die Firmen keine Aufträge verlieren. Wirtschaft vor Menschenrechte! Arbeitsplätze statt Umweltschutz! — Das ist Ihre Devise! Sagen Sie das doch öffentlich! So, wie Abgeordneter Keppelmüller im Ausschuß gemeint hat: Es ist manchmal besser, kein Rückgrat zu haben. — Und das haben Sie hiemit bewiesen: Sie haben nicht einmal den Mut, in einer solchen Debatte — diese Gelegenheit wäre jetzt gewesen —, das Wort zu ergreifen, Ihre Position und Ihr Abstimmungsverhalten genau zu argumentieren, auch einer kritischen Öffentlichkeit gegenüber. (*Beifall bei den Grünen.*)

Und wenn Sie glauben, daß unsere Aktionen und unsere Aktivitäten hier auf keine Resonanz stoßen, dann täuschen Sie sich! Wir bekommen in unserem Klub eine Summe von Unterstützungs-telegrammen, Unterstützungsfax, Blumen und so weiter, weil nämlich die Menschen draußen das, was Sie hier machen, wirklich nicht verstehen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Monika Langthaler

Wir werden noch immer nicht aufgeben. Wir haben heute noch einmal die Möglichkeit, hier ausführlich zu debattieren, und Sie brauchen nicht zu glauben, daß Sie sich dieser Diskussion entziehen können. Wir werden hier noch einmal debattieren, und wir sind sehr gespannt, ob Sie nicht einmal dann beim Tagesordnungspunkt zum Thema Tropenholz die Courage haben werden, das Wort zu ergreifen. — Danke. *(Beifall bei den Grünen.)* 12.41

Präsident Dr. Lichal: Als nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Anna Elisabeth Aumayr. — Bitte schön, Frau Abgeordnete.

12.42 Abgeordnete Anna Elisabeth Aumayr (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Mehrheit der Menschen in Österreich möchte beim Kauf eines Produktes wissen, woher es kommt und woraus es besteht. Das geht aus Umfrageergebnissen hervor. Und dieser berechtigte Wunsch wird immer mehr ignoriert, und zwar mit immer fadenscheinigeren Argumenten. Geht nicht, sagen die Politiker. Warum ist das eigentlich nicht möglich? Wer will auf alle Fälle verhindern, daß Produkte ordentlich deklariert werden? Wer hat davon einen Vorteil? Warum wird eigentlich ständig der Wählerwille mißachtet?

Minister Schüssel hat im Umweltausschuß wortwörtlich gesagt: Eine regionale Deklaration von Hölzern ist problematisch! — Problematisch, für wen? Wenn die Politik in einem Land bereits so weit gekommen ist, daß es keine regionale Deklaration für Importprodukte verlangen kann, welche sogar GATT-konform sind, dann kommt das einer Bankrotterklärung dieser Politik gleich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mit einer unheimlichen Arroganz wurde von den Regierungsparteien und von den Grünen über den Antrag der Freiheitlichen hinweggegangen. Die ganze Misere, die ganze Blamage hätten wir uns ersparen können, wenn unser Antrag ordentlich behandelt worden wäre. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich war damals im Unterausschuß betreffend Tropenholz. Herr Abgeordneter Dietrich lud Experten aus der Wirtschaft und Umweltorganisationen zu einem Hearing ein. Dieses Hearing hatte wirklich Sinn, denn es trug zur Entscheidungsfindung bei — ganz zum Unterschied vom letzten Hearing im Umweltausschuß. Dieses Hearing war einfach eine Farce. Was dachten Sie sich eigentlich dabei, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, ein Hearing in einem Ausschuß zu veranstalten mit Beginn 9 Uhr, wenn schon um 9 Uhr der Beschluß festgestanden ist, daß dieses Tropenholzgesetz fallen wird? *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Das ist unerhört!)* Acht Stunden lang mußten uns wir von der Oppositionspartei, mußten sich die Experten aus der

Wirtschaft und Umwelt dieser Diskussion stellen, einer Acht-Stunden-Diskussion *(Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Für nichts! Das ist skandalös!)*, bei der schon am Beginn die Entscheidung festgestanden ist. Das war eine Show, und damit haben Sie die letzte Glaubwürdigkeit verloren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser Umweltausschuß war für mich vor allem deprimierend. Ich bin selten so deprimiert aus diesem Hohen Haus hinausgegangen — leider. *(Heiterkeit bei SPÖ und ÖVP. — Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der Grünen.)* Er hat mir gezeigt, wie erpreßbar diese Regierung ist. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der Grünen.)*

Herr Kollege Kaiser! Sie waren auch im Umweltausschuß und haben auch eine ganz entscheidende Aussage getroffen. Sie haben gesagt, dieses Tropenholzgesetz, das jetzt beschlossen wird, sei kein Rückschritt, sondern ein Fortschritt in Richtung multilaterale Abkommen.

Ja wissen Sie denn eigentlich, welche Produkte in den multilateralen Abkommen stehen, zum Beispiel jetzt mit Polen? Wissen Sie eigentlich, daß da Produkte drinstehen, wie etwa Kernreaktoren, wie radioaktive chemische Elemente und deren Verbindungen und Rückstände, Uran, Plutonium, menschliches Blut, Chemikalien, Düngemittel, Pestizide? Wissen Sie eigentlich, daß die gesamte Holzverarbeitungsindustrie mit diesen multilateralen Abkommen ausgelagert wird in Billiglohnländer, in Länder, die sich keine Umweltgesetze leisten können? Wissen Sie das? *(Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.)*

Und das nennen Sie Fortschritt, Herr Kollege Kaiser! Wohin führt dieser Fortschritt? — Zur Zerstörung dieser Erde! Das ist der Fortschritt! Da wird einem angst und bang. Unter dem Deckmantel des Fortschritts werden die Lebensgrundlagen unserer Kinder zerstört. Heute der Regenwald, morgen die letzten Gewässer, unsere Wälder werden durch die Luftschadstoffe zerstört, Bauern und Ureinwohner werden weltweit vertrieben, damit endlich der Boden in den Händen jener Leute ist, die ihn zubetonieren und total zerstören können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieses neue Tropenholzgesetz ist nur ein Symptom für die Umweltpolitik, wie sie in diesem Haus gemacht wird. Ich weiß schon, daß nach Österreich nicht sehr viel Tropenholz importiert wird, sicher nicht mehr als 20 000 Tonnen. In die EG werden aber viele Tausende Tonnen Tropenholz importiert. Und im Hinblick darauf ist es ja ganz offensichtlich, woher der Wind weht: Wie kann es sich das kleine Österreich jetzt, bei Beginn der Beitrittsverhandlungen, leisten, alleine vorzupreschen? Daher weht also der Wind, Wohlverhalten ist diktiert aus Brüssel. Da beginnt

Anna Elisabeth Aumayr

die Erpressung, von Brüssel aus nach Wien sind die Erpresser unterwegs, im Sinne des Fortschritts.

Aber eines haben Sie übersehen: Tausende Menschen haben Briefe geschrieben und haben uns Politiker aufgefordert, daß wir uns gegen die Zerstörung der Regenwälder einsetzen. Wir Freiheitlichen haben es von Anfang an getan. Sie werden die Rechnung bei den nächsten Wahlen wieder präsentiert bekommen! — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der FPÖ.) 12.48*

Präsident Dr. Lichal: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur **A b s t i m m u n g** über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen betreffend die Berücksichtigung der Menschenrechtssituation bei Exportförderungen.

Ich darf bitten, die Plätze einzunehmen. — Herr Abgeordneter Wabl, bitte, auch Sie.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die **M i n d e r h e i t**, **a b g e l e h n t**.

Ich unterbreche nunmehr die Sitzung und berufe eine Präsidiale ein.

Die Sitzung ist **u n t e r b r o c h e n**.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 49 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 19 Minuten wiederaufgenommen.)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Ich **n e h m e** die unterbrochene Sitzung **w i e d e r a u f**.

Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Wie Sie wissen, liegen 16 Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen vor. Einer davon, nämlich der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Verhaltens des Abgeordneten Dr. Keppelmüller, ist zweifellos geschäftsordnungswidrig, weil er keinen Gegenstand der Vollziehung betrifft.

Hinsichtlich der übrigen 15 Untersuchungsausschüsse liegt mir ein Antrag der Abgeordneten Schieder, Neisser und Genossen vor, die Debatte über deren Einsetzung gemeinsam durchzuführen.

Nach Beratungen der Präsidialkonferenz habe ich dazu zu sagen, daß im Regelfall die Verhandlung von Anträgen über die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen getrennt durchzuführen

wäre. Allerdings hat es in der Zweiten Republik — jedenfalls unseres Wissens — keinen einzigen Fall gegeben, daß an einem Tag von einer einzigen Fraktion Anträge auf Einsetzung von mehr als zwei Untersuchungsausschüssen gestellt wurden, geschweige denn auf Einsetzung von 15 oder 16 Untersuchungsausschüssen.

Diese einmalig große Zahl verlangt eine Handhabung der Geschäftsordnung in einer Weise, die auch dann anwendbar ist, wenn es nicht 15, sondern 30 oder 100 oder, wenn Sie so wollen, 1 000 Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen gäbe.

Stellt man noch in Rechnung, daß das Präsidium gemäß § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung auch dafür zu sorgen hat, daß die Verhandlungen des Nationalrates mit Vermeidung jedes unnötigen Aufschubes durchgeführt werden, erscheint ein Antrag auf Zusammenfassung der Debatte im vorliegenden Fall nicht von vornherein unzulässig.

Aus all diesen Erwägungen lege ich den Antrag der Abgeordneten Schieder, Neisser und Genossen im Einvernehmen mit den beiden anderen Mitgliedern des Präsidiums des Nationalrates dem Plenum des Nationalrates zur Entscheidung vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag . . . *(Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Zur Geschäftsordnung!)*

Frau Abgeordnete Petrovic hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. — Bitte.

14.20

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne) *(zur Geschäftsordnung)*: Frau Präsidentin! Ich entnehme dem § 33 der Geschäftsordnung keinerlei Möglichkeit, einen derartigen Antrag zu stellen. Da wir etwa in der Frage der Konsumation der Unterschriften bei dringlichen Anfragen ganz besonders auf den Wortlaut der Geschäftsordnung Bedacht genommen haben, sehe ich keinen wie immer gearteten Rechtsgrund für diesen von Ihnen vorgestellten Antrag. Ich ersuche auch, daß man nicht absolut hypothetische Fälle hier anspricht. Es liegen nicht 1 000 Anträge vor. Ich bin aber bereit — da ich diese Auslegung der Geschäftsordnung weder akzeptieren kann noch akzeptieren werde —, den Umgang mit dieser Situation und die Vorlage eines Antrages, der nicht der Geschäftsordnung entspricht, zu beraten, und ich ersuche zu diesem Zweck um eine fünfminütige Unterbrechung der Sitzung. 14.21

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete! Anträge auf Unterbrechung der Sitzung sind geschäftsordnungswidrig, daher können Sie diesen Antrag nicht stellen. Wenn Sie einen anderen Antrag gemäß § 59 Abs. 1 stellen wollen,

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

dann formulieren Sie ihn. Ansonsten ist die Handhabung der Geschäftsordnung Sache des Vorsitzenden. Ich werde daher so abstimmen lassen, wie ich es vorgeschlagen habe.

Der Herr Abgeordnete Fuhrmann hat sich ebenfalls zur Geschäftsbehandlung zu Wort gemeldet. — Bitte, Herr Abgeordneter.

14.22

Abgeordneter Dr. **Fuhrmann** (SPÖ) (*zur Geschäftsordnung*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man hätte die Frau Klubvorsitzende Petrovic einladen sollen, die Präsidialkonferenz, in der wir soeben eineinhalb Stunden lang Gespräche geführt haben, zu besuchen (*Rufe: Unerhört!*), dann hätte sie diese Rechtsprobleme dort mit uns ausführlich diskutieren können. Da sie nicht daran teilgenommen hat, hätte sie sich von ihrem Stellvertreter Wabl informieren lassen müssen.

Im übrigen darf ich namens meiner Fraktion mitteilen, daß ich mit der von der Präsidentin vorgetragene Vorgangsweise vollinhaltlich einverstanden bin. 14.23

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Die Frau Abgeordnete Petrovic hat sich zu Wort gemeldet.

Wollen Sie einen Antrag stellen, oder ist das nicht der Fall? — Ich muß erst wissen, ob Sie einen Antrag stellen wollen, denn danach entscheidet sich, ob ich Ihnen das Wort erteile oder nicht.

Möchten Sie einen Antrag zur Geschäftsbehandlung stellen? — (*Abg. Dr. Madeleine Petrovic: Ja!*) — Bitte, Frau Abgeordnete.

14.23

Abgeordnete Dr. **Madeleine Petrovic** (Grüne) (*zur Geschäftsordnung*): Frau Präsidentin! Im Sinne der bestehenden Usancen ersuche ich um Unterbrechung der Sitzung von 5 Minuten. (*Unruhe.*) 14.24

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete! Da gerade eine Präsidiale stattgefunden hat, sehe ich keinen Sinn in einer Unterbrechung, und ich werde daher jetzt so vorgehen . . . Oder ist das eine Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Voggenhuber zur Geschäftsbehandlung gewesen? — Herr Abgeordneter Voggenhuber, möchten Sie einen Antrag stellen oder nicht? — (*Abg. Voggenhuber: Ja, ist stelle einen Antrag!*) — Bitte, Herr Abgeordneter.

14.24

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Frau Präsidentin! Ich möchte gegen Ihre Vorsitzführung mit allem Nachdruck protestieren. (*Ironische Heiterkeit.*)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Ich bitte Sie, gemäß § 59 Abs. 1 Ihren Antrag zu formulieren.

Abgeordneter **Voggenhuber** (*fortsetzend*): Ich stelle den Antrag, über meine Beschwerde eine Debatte durchzuführen, wie es die Geschäftsordnung für den Fall eines solchen Protestes auch vorsieht, Frau Präsidentin.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Es steht Ihnen frei, einen Antrag über die Debatte zu stellen. Dieser ist jetzt zum erstenmal gestellt worden, ich stelle ihn daher zur Abstimmung.

Abgeordneter **Voggenhuber** (*fortsetzend*): Ich darf daher auch meinen Protest formulieren, wie es die Geschäftsordnung vorsieht, Frau Präsidentin! Es ist nach der Geschäftsordnung eine Debatte über einen Protest durchzuführen. (*Zwischenrufe.*)

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Das ist nicht möglich. Es ist möglich, eine Debatte darüber durchzuführen — wenn Sie den entsprechenden Antrag stellen —, daß die Untersuchungsausschüsse nicht unter einem durchgeführt werden können. Das heißt, wenn Sie Einwendungen machen und einen Antrag auf Debatte stellen, dann können Sie das formulieren. Entscheiden Sie sich, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Voggenhuber** (*fortsetzend*): Ich habe einen Antrag formuliert, über den Protest gegen Ihre gesetzwidrige Vorgangsweise eine Debatte durchzuführen. 14.25

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Das ist geschäftsordnungswidrig. (*Abg. Voggenhuber: Wer bricht jetzt das Gesetz?*)

Damit komme ich zur **A b s t i m m u n g** über den Antrag der Geschäftsbehandlung der Abgeordneten Schieder, Neisser und Genossen betreffend Zusammenfassung der Debatten zu den eingebrachten Anträgen auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, um ein entsprechendes Zeichen. — Das ist mit **M e h r h e i t a n g e n o m m e n**.

Wir kommen daher zur gemeinsamen Debatte über die Untersuchungsausschüsse. Da diese Anträge inzwischen an alle Abgeordneten verteilt wurden, braucht ihre Verlesung durch einen Schriftführer nicht zu erfolgen.

Die Anträge haben folgenden Wortlaut:

Antrag

der Abgeordneten Anschöber und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Verbindungen zum Handel mit Materialien zur Menschenunterdrückung (Wasserwerfer made in Austria) als Gegengeschäft zur Kehrtwende in der Tropenholzfrage.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Anschöber und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Verschiebung von Stasi-Milliarden über österreichische Banken,

Rolle von Politik und Banken,

Anonymität und Geldwäsche.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Mag. Marijana Grandits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Förderungsgebarung bei der Druckereiförderung — versteckte Presseförderung bevorzugter Tageszeitungen.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Bezugnehmend auf den Rechnungshofbericht über die Arbeitsmarktförderungen gemäß § 39a stellen die unterfertigten Abgeordneten fest, daß es auch im Bereich der Druckereiförderungen zu Un-

zulänglichkeiten in der Förderungsvergabe gekommen ist.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Politische Verantwortung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie bezüglich der katastrophalen Situation im Zusammenhang mit Kinderbetreuungseinrichtungen.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Es fehlen derzeit mindestens 170 000 Kinderbetreuungsplätze — trotz der jahrelangen Forderungen von Frauen gibt es bis heute keine ernst zu nehmenden Schritte zur Verbesserung dieser Situation. Die Öffnungszeiten ignorieren die Bedürfnisse der Mütter/Väter — zu große Gruppen unterbinden das Recht der Kinder auf eine hohe Qualität ihrer Betreuung. Gerade die für Jugend und Familie zuständige Ministerin hat bis heute keine wirkliche Bereitschaft zur raschen Verbesserung der tristen Situation für Kinder gesetzt.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

(Antrag der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen siehe bitte S. 12713.)

Antrag

der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Politische Verantwortung des Bundesministers für Arbeit und Soziales betreffend Verschuldung des Insolvenzentgeltsicherungsfonds in dieser Legislaturperiode in Milliardenhöhe.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt*Begründung:*

Bis 1995 wird sich im Insolvenzentgeltsicherungs fonds ein Minus von 5 Milliarden Schilling ergeben. Ohne Reform und verstärkte Mißbrauchsaufsicht ist es unverantwortlich und unverständlich, dieses Instrument unter Überwälzung der Kreditkosten auf kommende Budgets vorzunehmen.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Die politische Verantwortlichkeit der obersten Vollzugsorgane des Bundes (insbesondere der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Bundesministers für Arbeit und Soziales, des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz) im Zusammenhang mit den Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen in Arnoldstein, Brixlegg und Treibach.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Die Montanwerke Brixlegg, BBU-Metall sowie die Treibacher AG stellen einerseits Extrembeispiele von umweltbelasteten Industriestandorten dar, andererseits sind sie aller Wahrscheinlichkeit nach die Spitze eines Eisberges an industriellen Umweltsünden.

Die zahlreichen Untersuchungen hinsichtlich der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen durch die BBU-Metall zeigen in beeindruckender Weise, wozu das Nichttätigwerden von Behörden, Politikern und Betroffenen führen kann. Die Ergebnisse der Studie des Umweltbundesamtes sind mehr als alarmierend!

Mindestens ebenso alarmierend ist jedoch die Tatsache, daß bereits seit 1982 Untersuchungsergebnisse (Studie von Dr. Halbwachs) vorliegen, die auf die extrem hohe Belastung von Schwermetallen in der Umgebung Arnoldstein hingewiesen haben.

Andere Untersuchungen (Dr. Glözl, 1988) wiesen zudem auf die extrem hohen SO₂-Belastungen hin, die durch die BBU-Metall verursacht wurden.

Zwar wurden erst in den letzten Jahren einige Maßnahmen zur Emissionsminderung von Schadstoffen vorgenommen, dennoch wurden und werden die schon so stark belasteten Gebiete mit enormen Schwermetallemissionen (zum Beispiel Cadmium) weiterhin belastet.

Die Verantwortlichen wurden zu spät beziehungsweise unzureichend tätig. Auch hier ist zu überprüfen, wer seine umwelt-beziehungsweise gesundheitspolitischen Pflichten verletzt hat, sodaß es zu solch erschreckenden Belastungen für Umwelt und Gesundheit (Gutachten von Dr. Rhomberg) gekommen ist.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Madeleine Petrovic und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Klärung der politischen Verantwortung für die Demontage der aktiven Arbeitsmarktpolitik bei wachsender Arbeitslosigkeit in Österreich.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Dr. Renoldner und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Verletzung der ÖNORM 2050 bei der Vorgangsweise zur Beschaffung von leichten Fliegerabwehr- lenk Waffen für das Bundesheer.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt*Begründung:*

Verantwortliche Offiziere haben schriftlich erklärt, daß wegen der mangelnden Konformität in bezug auf die ÖNORM „A 2050“ (Vergabe von Leistungen) eine Entscheidung für Matra nicht bewertungskonform sei und daß in einem solchen Fall die Ausschreibung aufzuheben sei.

Mit der Formulierung des Ausschreibungstextes wurde ein Angebot (Stinger-Rakete durch AEG Dornier) von vornherein ausgeschlossen (durch die ÖNORM, die Bedingung eines Gesamtangebots sowie die Bedingung des Vorhandenseins einer Lafette, woraus sich kaum ein militärischer Vorteil ableiten läßt), das nicht nur wesentlich billiger wäre, sondern bei Bewertungsverfahren in Dänemark und der Schweiz auch wesentlich besser als die Mistral-Rakete abschnit. Auch wenn es jenseits der Fristen eingebracht wurde, hätten diese neuen Gesichtspunkte erfordert, die Ausschreibung zu wiederholen.

Es wurden unterschiedliche Angaben gemacht über den Zeitpunkt, zu dem das Stinger-Angebot von AEG Dornier angeblich eingebracht worden war, die zwischen „vor wenigen Wochen“ und „seit einem Jahr“ differieren.

Der Zeitpunkt für die Entscheidung wurde mehrmals mit der Begründung verschoben, daß über das Stinger-Angebot von AEG Dornier noch zuwenig Klarheit bestünde — trotzdem wurde es dann letztlich nicht ins Bewertungsverfahren einbezogen.

In den Massenmedien wurde mehrfach auf plausible Weise vermutet, daß verschiedene Verdachtsmomente — von Parteienfinanzierung über Zusammenhänge mit der Oerlikon-Affäre bis hin zu massiven politischen Interventionen zugunsten der Mistral-Rakete in Zusammenhang mit den EG-Beitrittsverhandlungen — aufklärungsbedürftig wären.

Schließlich ist zu befürchten, daß das Heeresabwehramt gegen die parlamentarische Aufklärung und Kontrolle dieses Beschaffungsvorgangs eingesetzt wird (wie dies von seiten des SPÖ-Zentralsekretärs Marizzi laut „Kurier“ vom 26. Jänner gefordert wurde!).

All diese Fragen können nur im Rahmen eines Untersuchungsausschusses geklärt werden.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Srb und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Politische Verantwortung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für bauliche Barrieren für behinderte Menschen und Rollstuhlbenützer bei der ÖBB.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Noch immer verhindern zahlreiche bauliche Barrieren (Unterführungen, Bahnhöfe, Züge) deren Benützung durch behinderte Menschen.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Srb und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Politische Verantwortung des Bundesministers für Arbeit und Soziales für schwere Mängel bei der medizinischen Hauskrankenpflege.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Die restriktive Auslegung durch den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger entspricht nicht den Intentionen des Gesetzgebers.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Politische Verantwortung des Bundesministers für Inneres für die rechtswidrige Ausweisung von politischen Flüchtlingen nach der Genfer Konvention und deren darauffolgende Verfolgung, Folterung und Ermordung in deren Heimatstaaten.

Zusammensetzung des Ausschusses: 6 SPÖ, 5 ÖVP, 3 FPÖ, 2 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Durch die Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention und durch deren restriktive Auslegung werden aus Österreich politische Flüchtlinge in ihre Heimatstaaten abgeschoben, wo ihnen weitere politische Verfolgung, Folterung und Ermordung drohen.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Mag. Terezija Stoisits und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Politische Verantwortung des Bundeskanzlers für den ständigen Rückgang der Zahl der Angehörigen der Volksgruppen in Österreich als unmittelbare Folge der jahrelangen Nichtauszahlung der vom Nationalrat im Budget beschlossenen Volksgruppenförderungen.

Zusammensetzung des Ausschusses: 6 SPÖ, 5 ÖVP, 3 FPÖ, 2 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Die Anzahl jener Personen, die bei den letzten Volkszählungen Minderheitensprachen als Umgangssprachen angeführt haben, ist seit 1955 ständig gesunken. Seit dem Volksgruppengesetz von 1976 ist das Bundeskanzleramt für die Vergabe von Volksgruppenförderungen zuständig und gesetzlich verpflichtet, für die Erhaltung der Volksgruppen zu arbeiten. In den letzten Jahren hat das Bundeskanzleramt einen bedeutenden Teil der vom Nationalrat beschlossenen Volksgruppenförderung nicht ausbezahlt und dadurch die kulturellen, bildungsspezifischen und identitätserhaltenden Aktivitäten der Volksgruppen und für die Volksgruppen dramatisch gefährdet.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Wabl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Verwendung der Budgetmittel für marktordnungspolitische Maßnahmen beziehungsweise Vergabepaxis von Exportförderungsmitteln auf dem Fleisch- und Getreidesektor.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 2 Grüne, 1 Liberales Forum.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Antrag

der Abgeordneten Wabl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Konsequenzen aus dem vom Rechnungshof belegten 371-Millionen-Skandal beim Bau der Pyhrn Autobahn.

Politische Verantwortung für die zahlreichen vor allem in Rechnungshofberichten dokumentierten Verfehlungen der Straßenbausondergesellschaften, insbesondere die politische Verantwortung der Minister Schüssel, Graf, Übleis und Sekanina.

Verantwortung von zuständigen Beamten im Wirtschaftsministerium, früher Bauingenieurwesen, insbesondere von Sektionsleitern, welche mit Straßenbau beziehungsweise Straßenbausondergesellschaften betraut waren.

Verantwortung der vom Bund entsandten Aufsichtsräte für die offensichtlich völlig ineffiziente Kontrolle der Tätigkeit von Straßenbausondergesellschaften.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 2 FPÖ, 2 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Der Rechnungshof belegt im Fall der Pyhrn Autobahn Mehrausgaben von 371 Millionen Schilling. Vor allem Spekulationsangebote, gigantische Nachschlagszahlung, produktspezifische Aus-

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

schreibungen, freihändige Vergaben, Geldverschwendung sowie ein völliges Versagen der Kontrolle durch Aufsichtsrat und Bauaufsicht werden Punkt für Punkt belegt.

In mehreren Rechnungshofberichten wurde die Tätigkeit der sechs österreichischen Straßenbau-sondergesellschaften mit einer Fülle an konkreter Kritik über aufgeblähte Bürokratie, Postensacher, Syndikatsverträge, Freihandvergaben und Verflechtungen von Baufirmen mit Parteien konfrontiert. So wurden Sondergesellschaften zu Selbstbedienungsläden von Bauwirtschaft und Parteien.

So entstanden insgesamt für den Steuerzahler Schäden in Milliardenhöhe, verbunden mit schweren Umweltbeeinträchtigungen.

Als offensichtlicher Verstoß gegen das Finanzierungsgesetz wurden von den Sondergesellschaften in den vergangenen Jahren mehr als 100 Millionen für Werbetätigkeiten ausgegeben, obwohl dies ihren Aufgaben zur Gänze widerspricht. Hier sind Geldflüsse an Parteien nachvollziehbar.

Schließlich zeigen sich ähnlich wie beim mittlerweile bekannten „Langener Tunnel“ bei einer ganzen Serie an Straßenbauprojekten hohe Nachschlagszahlungen als gängige Praxis. Alleine bei bislang fünf von uns untersuchten Projekten differierten Anbotsumme und Abrechnungssumme um insgesamt rund 1 900 Millionen Schilling; das bedeutet eine Preissteigerung von mehr als 60 Prozent. Auch besteht der dringende Verdacht schwerer Unkorrektheiten.

In einer unendlichen Skandalserie lieferte die Pyhrn Autobahn einen vorläufigen Höhepunkt. In einem aufwendigen Lokalaugenschein des Gerichtes wurde am 30. 11. der Nachweis geführt, daß es bei Felsarbeiten zu schwerem Betrug kam. Aus den ausgeschriebenen 4 500 S wurde durch eine wundersame Felsvermehrung eine Abrechnungssumme von 24 Millionen Schilling. Felsen wurden angeblich auch an Stellen abgebaut, an denen nie welche vorhanden waren.

Minister Schüssel hat in der Zwischenzeit zugegeben, über diese Verdachtsmomente seit Anfang 1990 informiert gewesen zu sein. Eine Untersuchung über die politische Verantwortung für diese Skandalserie und die fehlende Kontrolle ist also überfällig.

Der offensichtliche Verdacht auf drastische Parteienfinanzierung und die jahrelange Duldung von Mißständen und der Verschwendung Hundertter Steuermillionen machen eine Untersuchung der politischen Verantwortung sowie der Verflechtung der Sondergesellschaften von Baulobby und Parteien nach Ansicht der grünen Fraktion notwendig.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Da ein Fünftel der Abgeordneten schriftlich die Verlegung der Abstimmung über diese Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Sinne des § 33 Abs. 2 der Geschäftsordnung verlangt hat, ist die Abstimmung jeweils am Beginn der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Redezeitbeschränkung

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Ich beschränke im Sinne des § 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Redezeit in dieser Debatte auf 5 Minuten.

Als erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm. (*Abg. Wabl befindet sich nicht im Saal.*) Wenn der Herr Abgeordnete nicht da ist, verfällt seine Wortmeldung. (*Zwischenrufe.*) Liegt eine weitere Wortmeldung vor? — Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. (*Beifall und Bravorufe.*)

Daher berufe ich die nächste Sitzung des Nationalrates für heute, nach Schluß dieser Sitzung, das ist um . . . (*Ein Beamter des Hauses spricht mit Präsidentin Dr. Heide Schmidt.*) Ich bitte um Entschuldigung, die Abstimmung . . . — Die Beamten waren jetzt etwas verwirrt, ich bin das glücklicherweise nicht. (*Heiterkeit.*) Daher bleibe ich dabei, daß ich die nächste Sitzung des Nationalrates gleich im Anschluß an diese Sitzung einberufe, und zwar um 14 Uhr 25 Minuten.

Die Tagesordnung ist der gestern im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen. Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet werden.

Einwendungen gegen die Tagesordnung

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Der Herr Abgeordnete Voggenhuber hat im Sinne des § 50 der Geschäftsordnung schriftlich Einwendungen gegen die auf schriftlichem Wege mitgeteilte Tagesordnung der nächsten Sitzung, der in Kürze beginnenden Sitzung also, erhoben. Die Einwendungen betreffen die Absetzung des Punktes 1 von der Tagesordnung.

Da ich diesen Einwendungen nicht beitrete, hat der Nationalrat zu entscheiden. Gemäß § 50 der Geschäftsordnung findet über solche Einwendungen eine Debatte statt, für die ich die Redezeit auf 5 Minuten beschränke.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Liegt eine Wortmeldung dazu vor? — Herr Abgeordneter Voggenhuber hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

14.28

Abgeordneter **Voggenhuber** (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich glaube, ich brauche nicht lange auszuführen, warum wir die Absetzung des Tagesordnungspunktes betreffend das Tropenholz verlangen: Er widerspricht der Willensbildung dieses Parlaments, er widerspricht einer ordentlichen parlamentarischen Behandlung. Inzwischen hat diese Debatte einen Punkt erreicht, an dem die Mehrheit dieses Hauses offen Gesetzesbruch begeht. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben uns — ich behaupte, daß Ihnen dieses Recht nicht zusteht — vorgeworfen, die Geschäftsordnung des Nationalrates zu mißbrauchen, obwohl Sie gleichzeitig eingestanden haben, daß wir uns streng nach unseren gesetzlichen Rechten verhalten haben. *(Beifall bei den Grünen.)* Ja sogar der Präsident dieses Hauses hat einerseits zugegeben, daß wir uns streng an unsere gesetzlichen Rechte gehalten haben, und er hat es trotzdem für notwendig befunden, die Inanspruchnahme eines gesetzlichen Rechtes als die Verkehrung der Demokratie zu bezeichnen. Das ist ein unerhörter Vorgang! *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber Sie, meine Damen und Herren, haben nun nicht die Legitimation, zu sagen, daß Sie sich streng an die Geschäftsordnung halten. Sie können nun nicht sagen, daß Sie sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung zwar scharfer Mittel bedienen, aber auf dem Boden des Gesetzes stehen. Sie haben sowohl die Ablehnung dieser Debatte geschäftsordnungswidrig beschlossen als auch die Zusammenlegung der Debatten über die Untersuchungsausschußanträge geschäftswidrig vorgenommen, und die Frau Präsidentin hat das auch noch ausgeführt.

Meine Damen und Herren! Damit demonstrieren Sie eines: daß, wenn man der Macht der etablierten Parteien, der Mehrheit im Parlament auf dem Boden der Geschäftsordnung und der Gesetze entgegenzutreten wagt, Sie nicht davor zurückscheuen, das Gesetz zu brechen. *(Beifall bei den Grünen.)* Damit erreicht dieser Konflikt zum erstenmal tatsächlich ein Ausmaß, angesichts dessen man sich die Frage stellen muß, ob dieses Parlament in der Mehrheit überhaupt bereit ist, die parlamentarisch . . .

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Voggenhuber! Es geht um die Einwendungen betreffend die Absetzung des Punktes 1 von der Tagesordnung. Ich ersuche Sie daher, z u r S a c h e zu sprechen.

Abgeordneter **Voggenhuber** *(fortsetzend)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Frage, ob diese Debatte geschäftsordnungsmäßig geführt wird, ist auch eine Frage, die als Voraussetzung zu klären ist, ob es opportun ist, diesen Tagesordnungspunkt zu behandeln. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich hoffe, daß die Redefreiheit der Abgeordneten wenigstens noch so weit geht, eine Sache in ihrem Sinn darstellen zu können, denn sonst würde ich empfehlen, daß Sie Richtlinien ausgeben, wonach jemand sein Rederecht verliert, wenn er nicht Ihrer Meinung ist. *(Beifall bei den Grünen.)*
14.31

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Gibt es eine weitere Wortmeldung? — Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Stoisits. Ich erteile es ihr. *(Abg. Dr. Graff: Zum Tropenholz! — Abg. Dr. Helene Partik - Pablé: Oder Jute, biue!)*

14.31

Abgeordnete Mag. Terezija **Stoisits** (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Debattenbeitrag bezieht sich selbstverständlich auf das Tropenholz, denn Ihre Vorgangsweise zum Thema Tropenholz und der Inhalt dieser Novellierung ist es, der unseren Unmut erregt — nicht nur unseren Unmut, sondern auch den Unmut tausend, abertausend, hunderttausend anderer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Vorgangsweise veranlaßt uns, diese Einwendungsdebatte zu führen. Ich nehme an, daß Sie nicht überrascht sind. Sollte der oder die eine oder andere doch überrascht sein, dann möchte ich noch einmal, in aller gebotenen Kürze, da mir laut Geschäftsordnung nur fünf Minuten zur Verfügung stehen, kurz zusammenfassen, was unseren Unmut so sehr erregt und warum wir diese Einwendungsdebatte führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Parlament hat sich oder die einzelnen Mitglieder des Nationalrates haben sich in der gesamten Geschichte des österreichischen Nationalrates nach dem Zweiten Weltkrieg sicherlich noch nie so lächerlich gemacht, wie sie es unter Umständen heute tun könnten — jeder einzelne von Ihnen beziehungsweise der Nationalrat insgesamt.

Meine Damen und Herren! Wir haben am 3. Juni 1992 ein Gesetz beschlossen, für das wir europaweit und weltweit — wie ich heute vormittag schon sagte — Lob und Zuspruch bekommen haben, das im weitesten Sinn als eines der fortschrittlichsten und umweltfreundlichsten Gesetze in der Geschichte der Zweiten Republik gilt. Meine Damen und Herren! So ein Gesetz zu beschließen, hat — daran erinnere ich mich noch gut — sowohl Ihnen als auch mir am 3. Juni 1992 große

Mag. Terezija Stoisits

Freude bereitet. Es war ein sehr freudvoller Augenblick, als wir dieses Gesetz damals beschlossen haben — damit meine ich auch die Art und Weise des Zustandekommens —, und das hat die einstimmige Annahme dieser Vorlage ja bestätigt. Aber die Freude, die man hier bei der Arbeit erlebte, währte nicht sehr lange, in den letzten Monaten ist sie sukzessive abgebaut worden.

Anschließend an diese Einwendungsdebatte wird in der Debatte zur Aufhebung dieser Beschlüsse vom 3. Juni 1992 genau das passieren, was wir versuchen, durch unseren Einsatz, durch unseren Kampf, unterstützt von Hunderttausenden von Gleichgesinnten, zu verhindern.

Meine Damen und Herren! Es gibt für uns deshalb nur eine denkbare Lösung: Dieser 1. Tagesordnungspunkt der nachfolgenden Sitzung muß von der Tagesordnung genommen werden, damit der internationale Ruf, das internationale Ansehen Österreichs, als ein entwicklungspolitisch und umweltpolitisch vorbildhaftes Land, nicht ramponiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt gibt es noch die Chance — das wurde hier im Nationalrat schon in sehr vehementer und eindrucksvoller Form von zahlreichen meiner KollegInnen vorgebracht —, zu verhindern, was diesem Gesetz und dem Geist dieser Gesetzesnovelle zugrunde liegt, nämlich zu tolerieren, zu akzeptieren, daß in Österreich das Geschäftemachen mit menschenrechtswidrig, menschenverachtend agierenden Militärjuntas in Asien salonfähig wird, staatlich sanktioniert wird — eine in Gesetz gegossene Legitimation zur Zusammenarbeit mit Mördern. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Das wollen wir durch unsere Einwendungsdebatte versuchen aufzuschieben, indem wir hier die Absetzung dieses Punktes von der Tagesordnung der 108. Sitzung des Nationalrates verlangen. *14.36*

Präsidentin Dr. Heide Schmidt *(das Glockenzeichen gebend)*: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Abgeordnete. Ich bitte Sie, den Schlußsatz zu formulieren. *(Abg. Mag. Terezija Stoisits: Das war bereits mein Schlußsatz!)* Wunderbar.

Als nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Petrovic. Ich erteile es ihr.

14.37

Abgeordnete Dr. Madeleine Petrovic (Grüne): Auch ich erhebe Einwendungen gegen den Punkt 1 der Tagesordnung und verbinde diese meine Einwendungen mit einem massiven Protest gegen den eindeutigen Bruch der Geschäftsordnung, der ja vom Präsidium aus zugegeben wurde. Wir werden natürlich den Text dieses Proto-

kolls einsehen, denn man kann nicht einfach sagen: Es findet sich diese Möglichkeit nicht in der Geschäftsordnung!, und dann aus irgendeiner sinngemäßen Anwendung heraus Schlüsse ziehen, obwohl es eine derartige Anwendung der Geschäftsordnung ohne eine Deckung durch das Gesetz niemals gegeben hat. Das empört mich sehr. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich begründe meine Einwendungen gegen den Punkt 1 der Tagesordnung wie folgt: Ich glaube, daß diese Materie dringend zur Neuverhandlung an den Ausschuß rückverwiesen werden mußte. — Ich bestehe aber auf jeden Fall auf meinem Recht als Rednerin, unter normalen Umständen hier reden zu dürfen. Daher ersuche ich auch — im Sinne einer gleichmäßigen Anwendung der Geschäftsführung —, die Mitarbeiter des Klubs, die sonst nie hier in den Bankreihen geduldet werden, aus dem Saale zu weisen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich glaube, daß dieser Tagesordnungspunkt aus mehreren Gründen nicht spruchreif ist. Der gewichtigste Grund ist, daß das Prinzip „audiatur et altera pars“ nicht gewahrt wurde. Es gab dezidierte Bemühungen — und vom Gesetz her ist es durch den § 17 Bundeshaushaltsgesetz im Rahmen der Kosten-Nutzen-Rechnung vorgegeben — festzustellen, welche Vor- und Nachteile die Beschlußfassung über ein Gesetz mit sich bringt.

Diese Abwägung der Vor- und Nachteile ist bei dem Gesetz betreffend die Rückgängigmachung der Kennzeichnungspflicht nicht angestellt worden. Ich halte das aber gerade in diesem konkreten Fall für rechtserheblich, da wir eine Fülle von Hinweisen, ja sogar schriftlich vorliegende Dokumente haben, aus denen hervorgeht, daß gerade die notleidenden Branchen in Österreich, nämlich die österreichische Holzwirtschaft und die österreichische Papierwirtschaft, sich aus guten Gründen aus einer umfassenden Kennzeichnungspflicht für Holz und Holzprodukte ökonomische Vorteile erwarten können.

Es sind gemäß dem Bundeshaushaltsrecht die möglichen Vorteile gegenüber den befürchteten möglichen Nachteilen abzuwägen, es ist eine Gewichtung der Vor- und Nachteile vorzunehmen. Eine Abwägung der Vor- und Nachteile ist entgegen den eindeutigen Anweisungen des Bundeshaushaltsrechtes im Ausschuß nicht erfolgt; ja mehr noch, man hat den expliziten Antrag des grünen Klubs auf Durchführung der vom Gesetz gebotenen volkswirtschaftlichen Evaluierung von Kosten und Nutzen ebenso abgelehnt wie einen grünen Antrag auf Beiziehung von Experten aus dem Bereich der österreichischen Holzwirtschaft.

Andererseits aber gab es eine sehr ausführliche, eine sehr intensive Möglichkeit der Darstellung der Interessenlage für Vertreter einiger österrei-

Dr. Madeleine Petrovic

chischer Anlagenbaufirmen. Das heißt, hier hat das Parlament, ein parlamentarischer Ausschuß eine Wirtschaftsbranche und die Interessen der in dieser vertretenen Manager und Beschäftigten höher gewertet als die Interessen einer anderen Wirtschaftsbranche und der darin tätigen Menschen, und das ist nicht nur im Sinne des Haushaltsrechtes rechtswidrig, sondern begründet auch den Umstand, daß diese Vorlage heute nicht reif zur Beschlußfassung ist. *(Beifall bei den Grünen.) 14.42*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Wabl. Ich erteile es ihm.

14.42

Abgeordneter **Wabl** (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Klubobmänner! Ich hatte soeben das Vergnügen, an der Präsidiale teilzunehmen, und mußte erkennen, wer in diesem Haus Regie führt.

Meine Damen und Herren! Die Minderheit hat die Geschäftsordnung ausgeschöpft, und diese ist das einzige und letzte Instrument, das eine Minderheit hat, um sich hier in diesem Hause artikulieren zu können. Sie als Mehrheit haben sowohl die Geschäftsordnung auf Ihrer Seite als auch die Möglichkeit der Mehrheitsbeschlüsse, Sie haben aber nicht das Recht, mit Mehrheit die Rechte der Minderheit einzuschränken, und Sie haben nicht das Recht, das Geschäftsordnungsgesetz zu brechen.

Meine Damen und Herren! Sie können den Grünen vieles vorwerfen, aber Sie können den Grünen nicht vorwerfen, daß sie Ihre Regierungsfähigkeit verhindert hätten, Ihre Beschlußfähigkeit. Es war zu keinem Augenblick durch uns gefährdet, daß Sie Ihren Willen durchsetzen können. Sie sind nur verärgert, weil ein Thema eines Gesetzes, das Sie still und leise hier und heute verabschieden wollten, beschließen wollten, ein Thema, das heute als 1. Punkt auf der Tagesordnung steht, in den vergangenen Stunden derart ausführlich diskutiert worden ist. *(Beifall bei den Grünen.)*

Meine Damen und Herren! Sie haben die Mehrheit in diesem Land, Sie können die Geschäftsordnung nützen, aber Sie sollten sich nicht dazu verleiten lassen — nur weil Sie über die Minderheit und über die Opposition verärgert sind —, hier Dinge durchzuziehen, die Ihnen dann später, wenn Sie selbst Minderheit sind, vielleicht wehtun werden.

Meine Damen und Herren! Ich spreche jetzt nicht für meine Rechte, sondern ich spreche für das Recht der Volksvertretung, die Geschäftsordnung, die Spielregeln hier in diesem Haus zu nützen.

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Herr Abgeordneter Wabl! Es geht um Einwendungen gegen den Tagesordnungspunkt 1. Ich ersuche Sie im Sinne des § 101 der Geschäftsordnung, zur *S a c h e* zu kommen.

Abgeordneter **Wabl** *(fortsetzend)*: Frau Präsidentin! Ich weiß nicht, wer heute Ihre Gangart bestimmt, und es liegt auch nicht in meinem Ermessen, das zu beurteilen. Nur, meine Damen und Herren, das, was Sie hier und heute machen, hat nichts mit Demokratie zu tun. *(Abg. Dr. Graff: Zur Sache! Tropenholz!)*

Tropenholz, ja Tropenholz. — Die Mehrheit glaubt, daß sie die Rechte von Menschen in anderen Ländern einschränken kann, weil sie die Macht hat, weil sie meint, das Gesetz sei in ihren Händen. Meine Damen und Herren! Sie sollten sich überlegen, ob diese Tagesordnung nicht nochmals zur Beratung an den Ausschuß beziehungsweise an den Unterausschuß rückverwiesen werden sollte. *(Abg. Dkfm. Holger Bauer: Doch nicht die Tagesordnung! Ein Punkt der Tagesordnung!)*

Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Bauer! Die Liberalität ist sehr schwierig, das liberale Verhalten ist sehr schwierig zu erlernen, und es ist auch sehr schwierig, es zu pflegen. *(Abg. Dr. Graff: Sie haben die Möglichkeit verjankert, zu den Anträgen zu reden!)* Darum geht es überhaupt nicht, Herr Abgeordneter Graff.

Ich stelle hier nochmals fest, daß dieses Haus die demokratischen Minderheitenrechte schmälert und sich auf einem sehr gefährlichen Pfad befindet. *(Beifall bei den Grünen. — Abg. Dr. Graff: Sie haben Ihrer Fraktion geschadet, Herr Wabl!)* 14.46

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Anschöber. Ich erteile es ihm. *(Abg. Schwarzenberger: Die Zeitungen schreiben von einem „Kasperltheater“!)*

14.46

Abgeordneter **Anschöber** (Grüne): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Präsident! Der Klubobmann der ÖVP nimmt diese Worte in den Mund, Herr Abgeordneter Schwarzenberger, um Ihre Aussage zu korrigieren. — Aber zum Thema.

Herr Präsident! Auch ich erhebe gegen den Tagesordnungspunkt 1, gegen die Causa Tropenholzgesetz Einwendung *(Abg. Dr. Graff: Er fängt aber richtig an!)* — danke, Herr Kollege —, und zwar mit einer dreifachen Begründung. Ich habe nach dieser 27-Stunden-Debatte, in der es im Endeffekt stets um einen Punkt gegangen ist, im Endeffekt die verheerende Entscheidung über das Tropenholz, die hier bevorsteht, im Mittelpunkt gestanden ist, den Eindruck gewonnen, daß

Anshober

die weitreichenden Konsequenzen, die mit einer derartigen Entscheidung verbunden sind, hier nicht in all ihrer Tragweite bekannt, bewußt sind und auf dem Tisch liegen. Das gilt für mehrere Bereiche.

Zum ersten: die Frage der internationalen Signalwirkung dieser Entscheidung. Wer einmal einer Erpressung nachgibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte sich in Hinkunft fragen, wie glaubwürdig er bei internationalen Verhandlungen, gleichgültig in welchem Bereich, als Vertreter oder als Vertreterin Österreichs noch auftreten kann. — Das ist Punkt 1. Diese Signalwirkung, diese Beispielfolge sollte meiner Ansicht nach noch gründlich überdacht werden.

Zweiter Punkt: die Frage Menschenrechte. Mir wurde am Rande dieser Debatte von verschiedenen Abgeordneten, obwohl die Stimmung sehr aufgeheizt war, immer wieder versichert, daß tatsächlich nicht ausreichend Information über die verheerende, katastrophale Lage der Menschenrechte in den beiden betroffenen Ländern bisher auf dem Tisch gelegen ist. Ich glaube, auch das ist Grund genug, dieses Thema im Ausschuß noch einmal zu überdenken und zu beraten.

Dritter Bereich: Welch besseren Zeitzeugen als den Bundeskanzler dieser Republik könnte es dafür geben? Der Bundeskanzler hat in seiner Antwort auf unsere dringliche Anfrage, obwohl er diese Anfrage gestern nachmittag erhalten hat, gemeint, er sehe sich bei seinem derzeitigen Informationsstand nicht in der Lage, eine wirklich seriöse und gewissenhafte — ich glaube, ich zitiere ihn jetzt richtig: seriöse und gewissenhafte — Beantwortung vorzunehmen und verwies deswegen auf eine schriftliche Anfragebeantwortung.

Ich gehe davon aus, daß der Bundeskanzler dieser Republik relativ gut informiert ist. Ich glaube, daß von diesem Informationsmangel nicht nur der Bundeskanzler betroffen ist und daß sich keiner in diesem Haus, ganz gleich von welcher der fünf Fraktionen, etwas vergibt, wenn er zugibt, daß bei ihm Informationsdefizite vorhanden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit einer Durchziehermentalität auf ein schlechtes Gewissen, auf eine gewisse Peinlichkeit zu reagieren, halte ich für die falscheste aller möglichen Reaktionen. Wir erhielten in den letzten Stunden Hunderte Anrufe von Menschen, die besorgt sind, von Menschen, die protestieren, und das hat etwas zu bedeuten. Gehen Sie doch in einer für viele Menschen in diesem Land entscheidenden und wichtigen Frage nicht über den Willen und über den Kopf der Bevölkerung hinweg. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Was mich besonders erschreckt, ist eine neue traute Viereinigkeit, die sich in dieser Frage of-

fensichtlich entwickelt hat. Obwohl alle Seiten betont haben, daß die letzten 27 Stunden strikt im Sinne der Tagesordnung und nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung abgelaufen sind — alle!, ich glaube, darüber gibt es keinen Streit —, reagiert man darauf so heftig, daß man das Angebot zur Deeskalation nicht nur ablehnt, sondern sogar einen klaren Rechtsbruch, einen klaren Bruch des Geschäftsordnungsgesetzes begeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie bewegen sich mit dieser Reaktion nicht nur auf dem falschen Pfad, sondern auch auf einem höchst gefährlichen Weg. (*Beifall bei den Grünen.* — *Abg. Schwarzenberger: Sie irren sich!*)
14.52

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Langthaler. Ich erteile es ihr. (*Abg. Dr. Graf: Dopingkontrolle!*)

14.52

Abgeordnete Monika Langthaler (Grüne): Auch ich erhebe Einwendung gegen Punkt 1 der Tagesordnung, Tropenholzgesetz-Novellierung, Abschaffung aller Regelungen. Ich denke, was hoffentlich doch viele, die bei unserer dringlichen Anfrage zugehört haben, merken mußten, daß es tatsächlich für alle Betroffenen einen Kompromißvorschlag gäbe, sowohl aus ökologischer Sichtweise als auch aus der Sicht jener, die sich massivst für die Abschaffung einsetzen. Wir haben in dem einzigen Ausschuß, der getagt hat und in dem ursprünglich gar nicht geplant war, dieses Thema zu behandeln, keine Möglichkeit gehabt, über diesen Konsensvorschlag zu diskutieren.

Es wäre möglich, zu verhindern, daß ab dem morgigen Tag die Kennzeichnungspflicht abgeschafft ist, daß es eine Pattstellung gibt. Man könnte die Konfrontation der Ökologen in diesem Land und der Regierung noch verhindern. Es wäre möglich, in einem Ausschuß noch einmal sehr konkret den Vorschlag der Ausweitung der Kennzeichnung auf alle Hölzer zu diskutieren und den Rückschritt und Rückfall in die siebziger Jahre zu vermeiden.

Es zeigt sich, daß man es in den letzten Wochen und Monaten versäumt hat, mit den Betroffenen, die sich viele, viele Jahre lang hier engagiert haben, zu sprechen, und es zeigt sich, daß hier ein Fehler begangen wird, dessen Dimension Sie einfach noch nicht abschätzen können. Es wäre deshalb notwendig, das, was hier erzielt wurde, nicht in einer Husch-Pfusch-Aktion — so wie Sie es geplant haben — abzuschaffen, sondern sich noch einmal zusammzusetzen und vernünftig über diese Maßnahme zu reden.

Monika Langthaler

Noch eines zur Vorgangsweise, die dazu geführt hat, daß dieser Punkt heute auf der Tagesordnung steht: Es hat die Opposition — und sei sie noch so klein — in einem Parlament gewisse Rechte, die man ihr gibt und die in der Geschäftsordnung verankert sind. Wie können Sie es wagen, von einem Mißbrauch der Geschäftsordnung zu sprechen, wenn man die Rechte, die einem gegeben worden sind, wahrnimmt? (*Beifall bei den Grünen.*) Das heißt doch nur, daß man sich gesetzestreu verhält.

Sie werfen uns vor, daß wir unsere Rechte, die uns gegeben worden sind, wahrnehmen, während Sie diejenigen sind, die hier Rechte biegen und es sich je nach Bedarf richten, wenn Sie zu entscheiden haben. Das können Sie nur aufgrund Ihrer Macht und Ihrer Mehrheit machen, die Sie hier haben, aber Sie können nicht auf Dauer den kleinen Oppositionsparteien deren festgeschriebenen Rechte verweigern und so tun, als wären wir diejenigen, die hier gegen Gesetze verstoßen würden. Sie sind diejenigen, die es sich richten — je nach Gebrauch! — Danke. (*Beifall bei den Grünen.*) 14.55

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Grandits. Ich erteile es ihr.

14.55

Abgeordnete Mag. Marijana **Grandits** (Grüne): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erhebe Einspruch gegen den ersten Punkt der Tagesordnung — Tropenholzgesetz-Änderung, -Abschaffung, was immer Sie wollen —, und zwar aus folgenden Gründen: Die Debatte, die wir in den letzten beiden Tagen geführt haben, hat gezeigt, daß es keine Möglichkeit gegeben hat, hier in diesem Parlament in den Ausschüssen alle Faktoren in die Diskussion miteinzubeziehen, die für eine etwaige Veränderung dieses Gesetzes relevant wären; ich möchte hier nur einige dieser Faktoren exemplarisch anführen.

Erstens: Die Menschenrechtssituation, die wirklich extreme Formen in den beiden Ländern, die davon betroffen sind, Indonesien und Malaysia, angenommen hat, ist in gar keiner Weise zur Sprache gekommen. Es hat im Ausschuß keine Möglichkeit gegeben, namhafte Expertinnen und Experten zu diesem Thema zu laden. Das Recht darauf wurde nicht zugestanden. Aber wir glauben nach wie vor, daß das ein entscheidender Punkt ist, der uns in die Lage versetzt, diese Thematik zu bewerten.

Ein weiterer Grund: Es wurde nicht alles unternommen, das uns befähigt hätte, in die entgegengesetzte Richtung zu agieren. Das heißt, weder die Bundesregierung noch dieses Parlament haben wirklich den Versuch unternommen, andere

Länder in Europa zu finden, die sich mit diesem Gesetz solidarisieren würden und zu einer gemeinsamen Vorgangsweise in dieser Frage bereit wären. Es wurde leider Gottes der umgekehrte Weg gewählt. Es wurde ein Bittgang nach und ein Kniefall vor Indonesien und Malaysia. Wir glauben, daß Zeit notwendig wäre, um den Versuch unternommen zu können, einen anderen Weg zu gehen; es wäre möglich.

Und ein dritter Grund: In diesem Ausschuß kamen nicht alle betroffenen Gruppen zu Wort, die es durchwegs begrüßten, würde unser Kompromiß, der darauf abzielt, die Kennzeichnungspflicht auf alle Hölzer und Holzarten auszuweiten, durchgeführt werden. Daher glauben wir, es wäre genauso relevant, zu prüfen, welche Auswirkungen eine Maßnahme wie unser Antrag auf die Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf alle Holzarten hätte. Wir glauben, daß es wichtig wäre, mit den betroffenen Ländern, von denen hier die Rede ist, aber auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der davon betroffenen Wirtschaftszweige in Österreich diese Maßnahme zu diskutieren. — Dieser Versuch wurde in gar keiner Weise unternommen; es gibt also noch genügend Spielraum.

Erlauben Sie mir, noch ein Wort zu Ihrer Vorgangsweise zu sagen. Wahrscheinlich ist es immer so, daß derjenige, der die Macht und die Mehrheit hat, über denjenigen, der in der Minderheit ist, zu bestimmen hat, aber das soll man, bitte, nicht als Demokratie verkaufen. Man soll sich nicht hinstellen und die Minderheit, die ihre Rechte in Anspruch genommen hat — zugegeben, in einem sehr großen Ausmaß —, die Minderheit, die nichts anderes als die in der Geschäftsordnung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft hat, verurteilen. (*Beifall bei den Grünen.*)

Stellen Sie, bitte, nicht uns als die Demokratiegefährder hin, sondern klopfen Sie sich selbst einmal an die Brust und versuchen Sie, sich vor Augen zu halten, was Sie soeben getan haben, als Sie jeder Geschäftsordnung zuwider die Debatte über die Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zusammengezogen haben. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.01

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Christine Heindl. Ich erteile es ihr.

15.01

Abgeordnete Christine **Heindl** (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich erhebe wie meine Vordröner Einwendung gegen den Tagesordnungspunkt 1 dieser heutigen 108. Sitzung. Ich glaube, daß es den Aufgaben der Abgeordneten widerspricht, dieses Gesetz heute hier zu beschließen, dieses Gesetz, das eine Reparatur eines erst vor

Christine Heindl

kurzem verabschiedeten Gesetzes ist. Das widerspricht dem Arbeitsauftrag der Abgeordneten.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich die Geschäftsordnung tatsächlich ansehen würden, dann fänden Sie im § 11 die Aufgaben der Abgeordneten, die da heißen: Teilnahme an Plenar- und Ausschusssitzungen. Teilnahme an Sitzungen, meine Damen und Herren, bedeutet nicht, hier zu sitzen und nichts zu tun, sondern Teilnahme an Sitzungen heißt, sich mit Problemen auseinanderzusetzen, die Folgen zu überlegen und Entscheidungen zu treffen. Und das, meine Damen und Herren, . . . (*Zwischenruf des Abg. Dr. Graff.*) Herr Kollege Graff! Das tun Sie nicht.

Sie werden sicher den Ausführungen meiner Kolleginnen zugehört haben, die aufgrund der Geschäftsordnung die Möglichkeit hatten, hier zu reden. Aber Sie haben ja gestern einen Beschluß gefaßt, der seit 1967 das erste Mal gefaßt wurde: Ende der Debatte! Deswegen ist es weiteren Abgeordneten unserer Fraktion nicht möglich gewesen, Ihre Wissenslücken, meine Damen und Herren, hier zu füllen.

Sie waren auch im Ausschuß nicht bereit, sich damit auseinanderzusetzen. Es haben Ihnen meine Vorrednerinnen und Kollegin Langthaler heute während der gesamten Nacht erklärt, daß Sie nicht bereit waren, ernsthafte Auseinandersetzungen zu führen und politisch zu entscheiden, wie ich in meiner heutigen Rede bereits gesagt habe. Es ist die einzige Möglichkeit, diesen Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen, um ihn eueren echten parlamentarischen, politischen Auseinandersetzung zuzuführen. Daß Sie Angst haben vor dieser Auseinandersetzung, beweist Herr Klubobmann Neisser, der — bis jetzt zumindest — nicht bereit war, zu den Demonstranten vor dem Haus zu gehen, denn dort müßte er argumentieren, dort könnte er sich nicht hinter Machtargumente verstecken und sagen: Wir sind die stärkeren, wir zeigen es euch!, sondern dort muß man sich auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich als Vertreter der restlichen Parteien dieses Hauses heute auch geleistet, das Geschäftsordnungsgesetz zu brechen. Sie taten dies, indem Sie die Debatten über 15 Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu 15 verschiedenen Themen einfach zusammenlegten, und zwar mit dem fadenscheinigen Argument, wir könnten ja nicht nur 15, sondern auch 150 oder 1 000 derartige Anträge einbringen.

Ja, meine Damen und Herren, reden wir auch davon, wie die Qualität Ihrer Arbeit ist. Wieso sind Sie nicht imstande, zu 15 — ein Antrag ist aus formalen Gründen gestrichen worden — aktuellen Themen Stellung zu nehmen?

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Heindl! Ich rufe Sie im Sinne des § 101 der Geschäftsordnung zur Sache. Gegenstand ist die Einwendung gegen Tagesordnungspunkt 1. — Bitte.

Abgeordnete Christine **Heindl** (*fortsetzend*): Frau Präsidentin! Ich kenne den Gegenstand der Einwendungsdebatte. Ich habe das Recht in Anspruch genommen, hier darauf hinzuweisen, daß wir Abgeordneten des Grünen Klubs uns ständig an die Bestimmungen der Geschäftsordnung gehalten haben, daß wir kein einziges Mal gegen die Geschäftsordnung verstoßen haben, während Sie in Ihrem Machtgefühl, das Sie aufgrund der Menge haben, aufgrund der Tatsache, daß Sie mehr sind hier herinnen, die Geschäftsordnung falsch auslegen und dabei sind, einen Bruch des Geschäftsordnungsgesetzes zu begehen.

Das, meine Damen und Herren, hat auch etwas mit dem 1. Tagesordnungspunkt zu tun. Es ist nicht unabhängig von der Tatsache, daß der 1. Tagesordnungspunkt heute hier behandelt werden soll, denn wenn Sie nicht diesen 1. Tagesordnungspunkt durchpeitschen wollten, dann gäbe es von Ihrer Seite möglicherweise die Bereitschaft, sich mit weiteren 15 wichtigen politischen Themen auseinanderzusetzen, von denen die Grünen sagen, diese 15 Themen sind wichtig, sie beinhalten Dinge, die untersucht werden sollten. Wir wollen, daß es einen Untersuchungsausschuß gibt, und Sie könnten argumentieren, warum Sie auch einen wollen oder eventuell nicht. Das wäre eine sachliche Auseinandersetzung mit 15 verschiedenen Punkten, eine sachliche Auseinandersetzung, die wir auch für den 1. Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung verlangen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Graff.*) Nicht der Sitzungsabläufe, wie Sie es hier machen. Sie, Herr Kollege Graff, sind im Plenum nicht bereit, sachlich zu diskutieren. Sie sind nicht bereit, anders abzustimmen. Wenn hier bereits die Order ausgegeben worden ist an diejenigen, die gesagt haben: Wir wollen nicht zustimmen!, daß sie das müssen, dann, meine Damen und Herren, sehe ich darin das Ende unserer freien Demokratie!

Meine Damen und Herren! . . . 15.07

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Frau Abgeordnete. (*Die Rednerin spricht weiter.*) Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist abgelaufen! (*Beifall bei den Grünen.*)

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Renoldner. Ich erteile es ihm.

15.07

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Frau Präsidentin! Ich erhebe Einspruch gegen Punkt 1 der Tagesordnung der heutigen Haussitzung. Er stellt eine absurde Beschlußfassung dar, bei der

Dr. Renoldner

sich der Nationalrat selbst nicht ernst nimmt, da er eine eigene Entschließung zurücknimmt. Bei diesem Rückzieher besteht der ernste Verdacht, daß er durch eine Erpressung der österreichischen Bundesregierung und durch eine Erpressung der Abgeordneten des zuständigen Ausschusses aus einseitigen ökonomischen Interessen zustande gekommen ist.

Meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion protestiert mit aller Vehemenz gegen die Durchführung einer Beschlußfassung, die eine Entscheidung zurücknehmen würde, die dieses Parlament unter einer umfassenden Willensbildung im Sommer 1992 zustande gebracht hat.

Zu dieser Willensbildung standen nicht nur die Abgeordneten der damals vorhandenen vier und heutigen fünf Fraktionen dieses Hauses, sondern es haben auch im November 1992 der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei Dr. Heinrich Neisser (*Abg. Haigermoser: Schämen Sie sich, Herr Renoldner!*) und am 28. Jänner 1993 der Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky bekräftigt, daß sie der Überzeugung sind, daß an dem in der Entschließung des Nationalrates vom Sommer 1992 festgelegten Gesetz betreffend die Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten festgehalten wird. Der rasche Stimmungswandel bei Teilen der beiden großen Fraktionen dieses Hauses - ich betone dabei die andere Position bei den Freiheitlichen und bei den Grünen; bei den Liberalen ist sie mir nicht bekannt -, dieser rasche Stimmungswandel, der erstens nicht die gesamten Fraktionen betrifft, der außerdem nicht geteilt wird von Mitgliedern der Bundesregierung, dieser rasche Sinneswandel ist ganz offenkundig zustande gekommen unter einer einseitigen Erpressung einer internationalen Verflechtung von wirtschaftlichen Interessen der beiden Staaten Malaysia und Indonesien, denen es um wesentliche Aufträge für die Ausfuhr ihrer Holzprodukte nach Österreich und nach Westeuropa geht.

Dem steht entgegen, meine Damen und Herren, daß massive Interessen der österreichischen Holzwirtschaft, der Verarbeitungsbetriebe im Bereich der Landwirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft und des österreichischen Holzhandels geschädigt wurden. Der Grüne Klub hat Solidarisierungserklärungen erhalten, dies nicht nur von internationalen Umweltschutzorganisationen, sondern auch von österreichischen Holzbetrieben, die eine Bevorzugung der ausländischen Konkurrenz, die mit Tropenholzprodukten ohne Deklaration den österreichischen Markt überschwemmen kann, befürchten. (*Beifall bei den Grünen.*)

Diese vitalen ökonomischen Interessen verletzen Sie kraß, wenn Sie ohne eine ernsthafte Debatte, die auch im Ausschuß nicht geführt worden

ist, heute in einem Ho-ruck-Verfahren dieses völlig absurde Gesetz durchziehen, mit dem der Nationalrat einer demokratischen Republik das Gegenteil dessen tut, wozu jeder Rechtsstaat selbstverständlich verpflichtet ist, nämlich zur Achtung vor dem Gesetzgeber und zum Ernstnehmen des Gesetzgebers als dem obersten Organ der Republik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich protestiere insbesondere dagegen, daß diese absurde Vorgangsweise hier unterstützt wird durch eine geschäftsordnungsgesetzwidrige und -brechende Vorgangsweise der jetzt den Vorsitz führenden Nationalratspräsidentin Dr. Heide Schmidt. (*Abg. Haigermoser: Herr Renoldner! Warum halten Sie nicht Ihr Wort? Sie sollten sich schämen! Das von einem Theologen!*)

Frau Präsidentin! Es ist den Grünen in keinem einzigen Punkt der jetzt schon fast 30 Stunden dauernden Debatte unterstellt oder gar nachgewiesen worden, daß der Grüne Klub durch seine Vorgangsweise irgendeinen Paragraphen beziehungsweise irgendeine Bestimmung der Geschäftsordnung oder anderer Gesetze verletzt hätte. Das ist nicht der Fall gewesen. Im Gegenzug haben Sie es aber nicht unterlassen, eine Debatte über einen Antrag zur Geschäftsordnung nicht durchzuführen und über diesen Antrag nicht einmal abstimmen zu lassen, was Sie nach den Kommentaren zu § 59 des Geschäftsordnungsgesetzes eindeutig hätten tun müssen. (*Abg. Marizzi: Sie sagen laufend die Unwahrheit! - Abg. Haigermoser: Haben Sie überhaupt ein Gewissen, Herr Renoldner? Sie sollten sich öffentlich entschuldigen!*)

Es ist eine Tatsache, daß Sie offenbar aus Frustration und aus Kränkung darüber, daß es Ihnen nicht gelungen ist, heimlich diese „grausame“ Materie durch dieses Plenum durchzupeitschen, daß Ihnen das der Grüne Klub nicht erlaubt hat, Vorwürfe erheben, die mit jeder parlamentarischen Usance brechen. Es sind Worte gefallen wie „ihr Schweine“, wir sind als Terroristen und als noch etwas anderes beschimpft worden, ohne daß man uns irgendeinen konkreten Bruch des Geschäftsordnungsgesetzes hätte nachweisen können. (*Beifall bei den Grünen. - Abg. Dr. Graf: Zur Sache!*)

Im Gegenzug haben Sie nicht darauf verzichtet, uns unter eindeutiger Verletzung des § 59 des Geschäftsordnungsgesetzes an unseren Abgeordnetenrechten und an der Nutzung dieser elementaren Debatte, die für unser aller Überleben entscheidend ist, zu hindern. Wir protestieren dagegen! (*Beifall bei den Grünen. - Abg. Helmuth Stöckler: Extensivist ausgeschöpft!*) 15.12

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Srb. Ich erteile es ihm.

15.12

Abgeordneter **Srb** (Grüne): Hohes Haus! Ich erhebe Einspruch gegen Punkt 1 der Tagesordnung. Ich erhebe deswegen Einspruch, weil dieser Punkt meiner Meinung nach im jetzigen Zustand noch in keiner Weise für eine parlamentarische Beschlußfassung reif ist.

Als Gründe führe ich an: Die Konsequenzen, die mit dieser Entscheidung verbunden sind, scheinen trotz der sehr langen und ausführlichen Debatte immer noch nicht voll im Bewußtsein der hier Anwesenden verankert zu sein.

Ich erhebe deswegen Einspruch, weil meiner Meinung nach beziehungsweise nach meinen Informationen in den Ausschußberatungen viel zu wenig Gelegenheit gegeben wurde, alle Aspekte dieses Gesetzes ausführlich, in demokratischer Weise und ausgewogen zu diskutieren. Es ist im Laufe dieser Diskussion bekanntgeworden, daß verschiedene Gruppierungen nicht eingeladen worden sind. Es war kein Zufall, es war natürlich Absicht.

Es ist bekanntgeworden, daß die besonders wichtige Situation der Menschenrechte in den betroffenen Ländern im Ausschuß so gut wie nicht diskutiert wurde. Da sind Sie drübergefahren, das hat Sie nicht interessiert, Sie wollten auch gar nicht, daß es diskutiert wird.

Sie sind hier in einer Art und Weise vorgegangen, die nicht zu akzeptieren ist. (*Beifall bei den Grünen.*)

Abgesehen davon ist der zentrale Punkt so wichtig, daß man ihn immer wieder ansprechen muß. Sie haben das Parlament, Sie haben den Gesetzgeber der Republik Österreich durch diese Ihre Vorgangsweise lächerlich gemacht, dadurch, daß Sie zuerst ein Gesetz beschließen, dieses — das war noch vor zwei, drei Monaten — in den höchsten Tönen loben — wir haben uns gestern erlaubt, zur Auffrischung Ihres Gedächtnisses die wichtigsten, die markantesten Aussagen namhafter Vertreter der Koalitionspartner an die Wand zu stellen beziehungsweise auf Tafeln festzuhalten —, aber dann auf einmal einen Schwenk machen, dann auf einmal den Schwanz einziehen, dann auf einmal in die Knie gehen vor Regimen, vor Politikern, die — wir haben es heute schon ausführlich diskutiert — Zehntausende, ja Hunderttausende Menschen auf dem Gewissen haben, seien es Menschen, die ermordet wurden, die gequält und gefoltert wurden oder seien es Menschen, die vertrieben wurden oder gegen die andere Repressalien ergriffen wurden.

Das alles hat Sie nicht interessiert. Und jetzt gehen Sie her und sagen: gut, die protestieren, wir haben Angst um unsere Geschäfte, wir können doch nicht Arbeitsplätze wackeln lassen, Milliongewinne, ja Milliardenumsätze sind in Gefahr, wir sagen, es war nichts, wir nehmen das alles wieder zurück und tun so, als wäre nichts gewesen!

Meine Damen und Herren! Ich wiederhole es noch einmal: Damit machen Sie sich lächerlich!

Ich möchte noch kurz auf Ihre Vorgangsweise eingehen: Einen derartigen Beschluß, wie Sie ihn gestern gefaßt haben, nämlich ein Ende der Debatte herbeizuführen, hat es seit Jahrzehnten im Parlament nicht gegeben. (*Beifall bei den Grünen.*) Nennen Sie das eine demokratische Vorgangsweise? (*Abg. Schwarzenberger: Das stimmt nicht! Beim Luftreinhaltegesetz 1987 hat es einen solchen Beschluß gegeben!*) Meine Damen und Herren! Es ist ein absolut unüblicher Beschluß. (*Abg. Dr. Stippel: Zehn Stunden reden ist auch absolut unüblich!*)

Und überhaupt, wozu haben wir dann eine demokratische Geschäftsordnung?! Wenn wir die wenigen Möglichkeiten, die einer kleinen Oppositionspartei verbleiben in dieser unglaublichen, einmaligen Situation des Parlamentarismus in der Zweiten Republik, nutzen, dann werfen Sie uns einen Mißbrauch des Parlamentarismus vor, dann werden wir beschimpft, dann sagen Sie, wir nutzen die Geschäftsordnung unerträglich aus. (*Abg. Vetter: Nach 20 Stunden sinnloser Debatte!*)

Herr Kollege, ich komme zum Schluß! Ich möchte noch einmal Einspruch gegen diese Tagesordnung erheben und möchte noch einmal sagen, daß Ihre Vorgangsweise, daß Ihr Umgang mit der Demokratie nicht zu akzeptieren ist. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.18

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete Petrovic hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete.

15.18

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne) (*zur Geschäftsordnung*): Frau Präsidentin! Ich beantrage die Unterbrechung der Sitzung zwecks Einberufung einer Präsidialkonferenz aufgrund der eindeutig im Lichte des Kommentars zu § 59 Abs. 3 gesetzwidrig vorgenommenen Entscheidung im Hinblick auf den vorhin gestellten Antrag des Abgeordneten Voggenhuber. 15.18

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Frau Abgeordnete! Die Handhabung der Geschäftsordnung ist Sache des Vorsitzführenden. Ich habe dem Herrn Abgeordneten Voggenhuber sogar erläutert, warum ich seinen Antrag für geschäftsordnungswidrig halte. Ich habe ihn gebeten, den Antrag zu präzisieren. Nachdem er ihn präzisiert hatte, habe ich ihn für geschäftsordnungswidrig befunden.

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Ich bleibe bei dieser Rechtsauffassung, daher sehe ich auch keinen Anlaß zu einer Unterbrechung der Sitzung. *(Beifall bei Abgeordneten des Liberalen Forums, der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)*

Ich darf Ihnen noch einmal das Wort erteilen.

15.19

Abgeordnete Dr. Madeleine **Petrovic** (Grüne). *(zur Geschäftsordnung)*: Frau Präsidentin! Ich halte gerade jetzt im Sinne Ihrer letzteren Ausführungen die Situation für sehr ernst. Ich bringe Ihnen jetzt wörtlich den Kommentar . . . 15.19

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Nein, Frau Abgeordnete. Wenn Sie einen Antrag stellen wollen, erteile ich Ihnen gerne das Wort. Wenn Sie keinen Antrag stellen wollen, erteile ich Ihnen am Schluß der Sitzung das Wort. Wollen Sie einen Antrag stellen? — Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich in der Redeordnung weitergehen.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bauer. Ich erteile es ihm.

15.20

Abgeordneter Dkfm. Holger **Bauer** (FPÖ): Hohes Haus! Die rot-alternative Fraktion erhebt einen Einwand gegen die Tagesordnung; ich gehe davon aus: insbesondere gegen den Tagesordnungspunkt 1: Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 494/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller, Dr. Martin Bartenstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten sowie zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung geändert wird.

Unter einem soll unter dem Tagesordnungspunkt 1 über den Antrag 495/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller, Dr. Martin Bartenstein und Genossen betreffend die Schaffung international akkordierter Instrumente auf dem Gebiet der Information über Holz und Holzprodukte verhandelt werden.

Weiters steht unter demselben Tagesordnungspunkt auch noch der Antrag 365/A der Abgeordneten Ing. Murer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz zum weltweiten Schutz der Wälder, ihrer nachhaltigen Nutzung und zur Wahrung der Lebensräume und Nutzungsansprüche indigener Volksgruppen: Welt-, Waldschutz und Lebensraumschutzgesetz für indigene Völker zur Debatte.

Hohes Haus! Ich bin einigermaßen erstaunt über den Wunsch der rot-alternativen Fraktion, über diese wichtige Thematik hier und heute im Plenum des Nationalrates nicht zu debattieren.

Ich bin deswegen einigermaßen erstaunt darüber, weil ich ungefähr 24 Stunden lang den — nicht ganz unberechtigten — Eindruck gewonnen habe, daß Sie sehr wohl über dieses Thema hier im Hohen Hause diskutieren wollen, was Sie ja ausreichend getan haben.

Ich verstehe daher überhaupt nicht, wieso jetzt diese Angelegenheit plötzlich nicht zur Debatte stehen soll. Ich verstehe das insbesondere auch deswegen nicht, weil ich von der Präsidielle gehört habe, daß Sie diese Tagesordnung mitbeschlossen haben. Es wurde mir berichtet, daß Sie damit einverstanden waren, daß am zweiten Sitzungstag des Plenums — das war zugegebenermaßen gestern — jene Anträge und Abänderungsanträge, die ich soeben zitiert habe, behandelt werden sollen. — Daher verwundert es mich jetzt einigermaßen, daß das plötzlich nicht mehr zur Diskussion gestellt werden sollte.

Ich sage Ihnen folgendes noch dazu, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von der rot-alternativen Fraktion: Ich teile, so wie Sie, nicht die Auffassung der Ausschlußmehrheit, was den Bericht des Umweltausschusses über den Antrag 494/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller, Dr. Martin Bartenstein und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Kennzeichnung von Tropenhölzern und Tropenholzprodukten sowie zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung geändert wird, betrifft. Ich teile diese Ansicht nicht! Ich teile auch die Ansicht der Ausschlußmehrheit bezüglich des Antrages 495/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Peter Keppelmüller nicht, und ich teile auch nicht die Ansicht der Ausschlußmehrheit bezüglich des Antrages 365/A meiner eigenen Fraktionskollegen. Aber ich sage Ihnen: Sie reden immer so viel von Demokratie. — Ich habe manchmal den Eindruck, Sie verhalten sich wie Beckmesser der Demokratie in diesem Hohen Hause und in diesem Lande. Ich bin der Meinung, Sie wären gut beraten, einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß ein Wesenselement der Demokratie die Mehrheit ist. So ist das nun einmal!

Ich gehöre bekanntermaßen keiner Mehrheitsfraktion an, und ich habe daher auch viel Verständnis dafür, wenn eine Minderheit — zu Zwecken der Demonstration — geschäftsmäßige Möglichkeiten ausnützt. Überhaupt keine Frage, es gehört dazu, daß man auch in der Öffentlichkeit auf seine ablehnende Haltung hinweist. Aber letztlich soll man demokratische Grundprinzipien und demokratische Spielregeln zur Kenntnis nehmen und sie nicht mißbrauchen. Sie nützen damit der Demokratie nicht! Sie werten das Parlament ab — und schaden damit uns allen! Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen! *(Beifall bei der FPÖ.)* 15.26

Präsidentin Dr. Heide Schmidt

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Fuhrmann. Ich erteile es ihm.

15.26

Abgeordneter Dr. **Fuhrmann** (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe an sich nicht vorgehabt, mich in dieser Einwendungsdebatte zu Wort zu melden, aber die Wortmeldung des Abgeordneten Renoldner hat mich dazu veranlaßt, diesen meinen Vorschlag zu revidieren.

Ich hätte mir vorstellen können, daß Abgeordneter Renoldner über die heutige Einwendungsdebatte nicht ganz glücklich ist, weil es ja der Abgeordnete Renoldner war, der in der Präsidialkonferenz, die zur Erstellung der Tagesordnungen für Mittwoch und Donnerstag geführt hat, zugestimmt hat, daß auf die Tagesordnung für Donnerstag der Punkt Tropenholz aufgenommen wird. (*Abg. Dr. Neisser: Das kann ich voll und ganz bestätigen!*)

Ich hätte mir gedacht, ein Abgeordneter, der durch seine Klubvorsitzende beziehungsweise durch Klubbeschlüsse so desavouiert wird, wird bei dieser Debatte eher nicht das Wort ergreifen. Sich aber dann hierherzustellen und selbst Einwendungen gegen die von ihm selbst mitbeschlossene Tagesordnung zu erheben, das finde ich mehr als merkwürdig. (*Widerspruch bei den Grünen.*) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf diesen Punkt wollte ich Ihre Aufmerksamkeit lenken.

Weiters: Renoldner beschließt diese Tagesordnung mit uns in der Präsidiale. Es geht aber weiter: Die Klubvorsitzende Petrovic regt sich fürchterlich auf, als sie erfährt, daß die FPÖ eine dringliche Anfrage einbringt und daß dadurch — *horribile dictu!* — die Tropenholzdebatte um drei bis vier Stunden verschoben wird. — Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das war noch gestern!

Weiters: Sie von der grünen Fraktion haben die letzten 20 Stunden — mehr sogar waren es — nur über Jute und Tropenholz gesprochen. Der Abgeordnete Wabl möchte von den Klubobmännern der beiden Regierungsparteien, und zwar in der Präsidialkonferenz, die vor rund zwei Stunden stattgefunden hat, nämlich während der Unterbrechung hier, die Zusage haben, daß sich Redner unserer Fraktion in der Debatte betreffend Tropenholz beteiligen, er ist sehr darauf aus, von uns eine diesbezügliche Zusage zu bekommen. Er meinte: Ihr beteiligt euch doch „eh“ an der Debatte über das Tropenholz!, aber jetzt, meine Damen und Herren, kommt die gleiche Fraktion und erhebt eine Stunde später Einwendungen gegen die Tagesordnung. (*Rufe bei den Grünen: Das stimmt doch nicht!*)

Erlauben Sie mir — bei aller gebotenen Ernsthaftigkeit —, daß ich ein leises Schmunzeln über eine solche Vorgangsweise einer Fraktion nicht ganz unterdrücken kann. Ich finde das, mit Verlaub und auf wienerisch gesagt, ein bißchen g'spaßig.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der grünen Fraktion, ich glaube Ihnen, daß Sie diese Sache hier mit Engagement und Vehemenz vertreten, und ich billige Ihnen das auch zu. Ich billige Ihnen zu, daß Sie in dieser Angelegenheit mit tiefem und ehrlichem Engagement agieren. Allerdings bin ich — erlauben Sie mir diesen Hinweis — genauso der Überzeugung, daß Sie dieser Sache, der Sie mit so großem Engagement anhängen, durch diese Ihre Vorgangsweise, die Sie gewählt haben und die Sie jetzt gerade in dieser Einwendungsdebatte „zelebrieren“, meiner festen Überzeugung nach keinen guten Dienst erweisen!

Weil auch in dieser Einwendungsdebatte — Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung, wenn sich das vielleicht schon am Rand eines „Rufs zur Sache“ bewegt — wieder einmal den Koalitionsfraktionen Rechtsbruch vorgeworfen worden ist, weil uns in sehr rüden Worten einiges an den Kopf geworfen wurde, möchte ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, herzlich einladen, nicht so empfindlich zu reagieren, wenn dann etwas nicht ganz genau so geht, wie Sie sich das vorgestellt haben.

Sie sehen also: Die Abgeordneten der Regierungsfractionen haben trotz dieses Durcharbeitens in der Nacht die Kontenance bewahrt, und ich lade Sie ein, daß Sie — genauso wie die Kolleginnen und Kollegen von anderen Fraktionen dieses Hauses — ebenfalls die Kontenance bewahren.

Wir werden natürlich die Tagesordnung so, wie wir das in der Präsidiale einstimmig beschlossen haben, heute abwickeln. — Danke meine Damen und Herren. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 15.31

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Renoldner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. (*Ruf bei der ÖVP: Vergessen Sie die Wahrheit nicht!* — *Abg. Dr. Renoldner: Nein, deswegen gehe ich ja hinaus!* — *Abg. Schwarzenberger: Als Theologe sollten Sie sich an die 10 Gebote halten!*)

15.31

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Frau Präsidentin, herzlichen Dank für diese Worterteilung. — Ich möchte den Kollegen Fuhrmann kurz tatsächlich berichtigen, der fälschlicherweise behauptet hat, daß ich den Konsens, der in der Präsidiale erzielt wurde, hier verletzt hätte.

Dr. Renoldner

Tatsache ist, daß die Abstimmung über diese Tagesordnung in der Präsidiale, an der ich teilgenommen habe, ausdrücklich kombiniert war mit der Zusage — die jetzt gebrochen wurde —, keiner Blockredezeit zum Tagesordnungspunkt Tropenholz zuzustimmen.

Außerdem war in der Präsidialsitzung nicht akkordiert, daß die beiden Koalitionsfraktionen in der Mittwoch-Sitzung des Nationalrates einen Antrag auf Schluß der Debatte stellen würden. (*Ironische Heiterkeit bei Abgeordneten von SPÖ und ÖVP.*) Damit wurde dem Grünen Klub ein wesentliches Instrument zur Beteiligung an der Debatte entzogen, und unter solchen Voraussetzungen bin ich selbstverständlich nicht bereit, einen Kompromiß bezüglich Redezeit — bei dem von diesem unfairen Geschäftsordnungstricks von Ihrer Seite keine Rede war — nachträglich gelten zu lassen. — Herzlichen Dank. (*Beifall bei den Grünen.*) 15.32

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Zu einer persönlichen Erwiderung hat sich Herr Abgeordneter Fuhrmann gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

15.32

Abgeordneter Dr. **Fuhrmann** (SPÖ): Herr Abgeordneter Renoldner! In Kenntnis der Tatsache, daß Ihr Beruf, wie ich annehme, Theologe oder Pfarrer ist, wollte ich Sie nicht noch weiter in Probleme stürzen. Ich habe Ihnen aber jetzt persönlich zu erwidern:

Sie haben von mir und vom Kollegen Neisser die Zusage erhalten, daß wir keine Blockredezeit beschließen werden, weil Sie uns, Herr Pfarrer, in dieser Präsidiale zugesagt haben, daß die grüne Fraktion bei der Gestaltung der Wortmeldungen Augenmaß bewahren wird, daß es möglich sein wird . . . (*Zwischenrufe bei den Grünen.*) Augenmaß bewahren wird; so steht es im Protokoll!

Herr Renoldner, bevor Sie sich vor Ihren Religionsschülern in Zukunft ganz unglaubwürdig machen, lesen Sie doch das Protokoll dieser Präsidialkonferenz durch! — Meine persönliche Erwiderung ist hiermit beendet. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*) 15.33

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Arthold. Ich erteile es ihm.

15.34

Abgeordneter **Arthold** (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Als langjähriger Parlamentarier und davon lange Jahre als Oppositioneller akzeptiere ich voll, daß die grüne Fraktion alle Möglichkeiten, die sie aufgrund der Geschäftsordnung hatte, ausgenützt hat. Das steht ihr als Opposition zu. Und wenn die Mehrheitsfraktionen bei diesem Tagesordnungspunkt betreffend Jute übersehen haben, eine Redezeitbeschränkung zu be-

schließen, so ist das eben deren Problem. Sie von den Grünen haben das ausgenützt, haben das erkannt, und ich muß sagen: Es ist Ihr gutes Recht, das auszunützen. (*Demonstrativer Beifall bei den Grünen.*)

Ich stehe auch dazu, daß für jede Oppositionspartei hier im Hohen Haus deren Rechte gewahrt werden müssen. Man kann natürlich darüber streiten, wie weit diese Rechte gehen können. Im Zuge der Verhandlungen über eine neue Geschäftsordnung wird man auch darüber diskutieren, ob diese Rechte mehr oder weniger sein sollen. — Das ist alles klar; das soll so sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber gleichfalls gilt: Auch eine Mehrheit hat Rechte. Und weiters möchte ich sagen: Eine Mehrheit hat sogar die Verpflichtung — gegenüber jenen Menschen (*Abg. Voggenhuber: Aber innerhalb der Gesetze!*), die sie gewählt und die ihr Verantwortung übertragen haben. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) Die Verantwortung, die die Mehrheit in diesem Hause hat, ist es, Probleme zu lösen. Sie hat die Verantwortung, zu handeln!

Als ich heute vormittag hier ins Parlament gefahren bin, haben mir zwei Bekannte gesagt: Habt ihr keine anderen Probleme im Hohen Haus, als euch stundenlang mit solchen Dingen zu beschäftigen?!

Meine Damen und Herren! Haben Sie gestern abend die Fernsehendung gesehen, in der es um das Zusperrn der Papierfabrik in Hallein gegangen ist? — Das sind die wahren Probleme, die die Österreicher bedrücken! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, mögen Blumensträuße und Gratulationen bekommen, das bestreite ich auch nicht; Sie haben eben Ihre Klientel, aber es gibt viel mehr Menschen, Tausende, die große schweigende Mehrheit in diesem Land, die von der Regierung will, daß sie die Probleme, die es bei uns gibt, möglichst bald löst. Und daher brauchen wir hier — das sage ich auch in Richtung Präsidium — Möglichkeiten, daß die Mehrheit in diesem Hause tatsächlich handeln kann. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe hier — es haben sich ja gestern sehr viele sehr lange hier in der Cafeteria aufgehalten — den Unwillen vieler meiner Kollegen gehört, aber auch vieler Kollegen von der anderen Regierungsfraktion, die sagten, daß sie das Gefühl haben, daß sie in letzter Zeit vom Präsidium im Stich gelassen wurden, daß hier eine Minderheit gehätschelt wird (*demonstrativer Beifall bei der FPÖ*), daß immer nur gefragt wird: Wie kann man denn die Rechte dieser kleinen Mehrheit wahren, damit man in der

12706

Nationalrat XVIII. GP - 107. Sitzung - 12. März 1993

Arthold

Öffentlichkeit gut dasteht, damit nichts passiert? Aber wir werden nicht gefragt, ob wir nicht behindert werden, unserer Verantwortung, unserer Verpflichtung zum Handeln hier im Hohen Hause nachzukommen!

Daher würde ich bitten, daß sich künftig das Präsidium der Verantwortung bewußt ist, daß das Parlament in erster Linie zum Handeln und zum Lösen von Problemen da ist! *(Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten von SPÖ und FPÖ.)*

Als Fraktionsführer der ÖVP im Umweltaus-schuß darf ich zum Thema „Tropenholz“ folgen-des sagen: Ich bin damals nicht in diesen Aus-schuß gegangen, habe aber gewarnt, einen Be-schluß zu fassen, noch bevor man mit den betrof-fenen Völkern darüber geredet hat. Man kann doch nicht wie in einem Westernfilm jemandem mit der Faust eine hinein-hauen und dann sagen: Servus, ich bin da, samma Freunde! Reden wir über unsere Probleme!

Das wurde auch heute von den Grünen gesagt: Zuerst mit den betroffenen Völkern, mit Vertre-tern aus diesen Ländern reden, die das betrifft. Und wenn wir uns einig sind, dann fassen wir Be-schlüsse.

Ich habe hier wiederholt angekreidet, daß wir hier ein Paket geschnürt haben, um ein Geschenk mitzubringen, das kein Geschenk war. Wir müs-sen uns daher überlegen, wie wir künftig an die Behandlung von Themen herangehen, bei denen das Gefühl stark angesprochen ist. Wir müssen uns genau überlegen, wie wir solche Themen in Zukunft behandeln.

Da kann man nicht in einer Ausschußsitzung stundenlang, ja tagelang diskutieren, sondern am Ende muß ein Beschluß da sein. Aber das ist of-fensichtlich manchen nicht bewußt.

Meine Damen und Herren! Ich meine, wenn wir heute dieses Thema auf die Tagesordnung set-zen, mit dem Alten aufräumen und dann von vor-ne beginnen, nämlich mit den Menschen in den betroffenen Ländern verhandeln und dan n Maßnahmen setzen, dann tun wir unserem Parla-mentarismus etwas Gutes! *(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.) 15.39*

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ofner. Ich erteile es ihm.

15.39

Abgeordneter Dr. **Ofner** (FPÖ): Frau Präsi-dentin! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Wir Freiheitlichen haben es heute hier in zweifacher Hinsicht relativ leicht: Wir haben seinerzeit bei dem Beschluß, der heute hier reasümiert wer-den soll, nicht mitgewirkt, wir waren schon da-mals dagegen.

Vieles von dem, was jetzt beschlossen werden soll, haben wir damals — ungehört — vorgeschla-gen. Ich möchte das niemandem vorhalten. Nur um zu zeigen, wie distanziert wir zu diesen Din-gen heute stehen, möchte ich es in Erinnerung rufen.

Wir Freiheitlichen sind auch Minderheit in die-sem Hause. Wir spielen die Rolle der Opposition. Wir sind bereit, uns für das Arbeitsfeld der Oppo-sition, das nun einmal in erster Linie hier im Par-lament liegt, sozusagen auf die Schienen zu legen, für die Ausweitung ihrer Möglichkeiten — auch im Bereich der Geschäftsordnung — zu kämpfen, dafür einzutreten und zu arbeiten.

Ich habe persönlich auch eine Schwäche für das, was ich mitunter die Romantik des Parlamen-tarismus nenne. Ich bin nicht dafür, daß wir ein steriles, kaltes Parlament erleben, wie es der Oberste Sowjet längst nicht mehr ist, aber lange gewesen ist. Ich möchte kein Plenum, in dem je-der herinnen sitzen muß und in dem abgezirkelt geredet und geschwiegen wird, aber ich verkenne nicht, daß alles seine Grenzen hat.

Es ist durchaus legitim, daß man einmal zwei Tage filibustert. Es ist durchaus legitim, daß eine Gruppierung, auch wenn sie in der Minderheit ist, dann, wenn es ihr ernst ist, wenn es um ein wirkliches Anliegen geht, sich mit Händen und Füßen — unter voller Ausnützung der Geschäfts-ordnung — Freiräume sichert, Zeit schindet, aber das darf nicht mit dem Zynismus geschehen, den die Grünen beziehungsweise die Alternativen ge-stern hier an den Tag gelegt haben, meine Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ, SPÖ, ÖVP und beim Liberalen Forum.)*

Dieser Zynismus, der beispiellos ist in diesem Hause und den wir alle eiskalt, bis ins Herz hin-ein, in dieser langen Nacht und am Tage danach haben spüren müssen, reicht von Verbalinjurien und Unterstellungen, vor allem gegenüber den Angehörigen der Regierungsfractionen, über Ausdrücke wie Mörder gegenüber der offiziellen Repräsentanz ausländischer Staaten bis zum Ver-höhnern des ehrlichen Bestrebens einer traditions-reichen großen Partei, Arbeitsplätze zu sichern.

Ich möchte jetzt gar nicht werten, ob das taugli-che Wege sind oder nicht, aber so zu tun, als ob es darauf überhaupt nicht ankäme, als ob man über all das lachen dürfte *(Abg. Voggenhuber: Das hat niemand gesagt!)*, als ob all das lächerlich wäre, ist ein Skandal, mit dem man der Demokra-tie keinen guten Dienst erweist, meine Damen und Herren. *(Beifall bei FPÖ, SPÖ, ÖVP und beim Liberalen Forum.)*

Wir haben es erlebt — bis zum Fotografieren ist es gegangen. Man hat gegen das Fotoverbot verstoßen, man ist — leider viel zu spät vom Prä-

Dr. Ofner

sidium bemerkt — herausgegangen und hat den jeweils am Rednerpult hängenden Redner oder die Rednerin fotografiert, und zwar nicht einmal, sondern mehrmals.

Wir haben das beschämende Claque-Theater in Ottakring verspürt, ein Claque-Theater wie in einer Bauernbühne, wie beim . . . Wie heißt das? Helft mir! (*Rufe: Tschauener!*) Ja, wie auf dieser Stegreifbühne beim Tschauener haben sich die Dinge abgespielt! (*Beifall bei FPÖ, SPÖ, ÖVP und beim Liberalen Forum.*)

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Herr Abgeordneter! Ich bitte Sie, zur Einwendungsdebatte zu reden. Es geht um den Tagesordnungspunkt Tropenholz. (*Abg. Dr. Helene Parik-Pablé: Gestern haben wir so etwas eigentlich vermißt!*)

Abgeordneter Dr. Ofner (*fortsetzend*): Ich bin dafür, daß wir über die Dinge reden, über die geredet werden soll und hinsichtlich welcher auch die Alternativen vorgegeben haben und vorgeben, verhandeln, beraten, reden und diskutieren zu wollen.

Wir haben uns ja die G'schicht' mit der Jute, ganze Vorlesungen darüber, eine Nacht lang anhören müssen. Ich weiß mittlerweile, was Jute ist. Ich habe es auch schon vorher gewußt, ihr habt es auch alle gewußt, ihr alle verwendet sie. Und jetzt sind wir beim Tropenholz, und jetzt will man uns weismachen, daß es, obwohl es einem ein Anliegen ist, besser ist, wenn man nicht drüber redet. Das soll mir einmal einer klarmachen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei FPÖ, SPÖ, ÖVP und beim Liberalen Forum.*)

Ich sage noch etwas dazu: Wenn die Alternativen glauben, sie hätten, weil ihnen irgend jemand Blumenstöckel aufs Fenster stellt, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, dann täuschen sie sich. Ich rate Ihnen, einmal mit den Leuten draußen zu reden. Dann werden Sie Ihre Wunder erleben, wenn Sie es nicht ohnehin schon wissen! Die Leute draußen — zum Beispiel die Taxler —, mit denen man auf der Straße redet, sagen: Haben die nicht alle Schindeln am Dach? (*Heiterkeit.*) Sind die alle narrisch geworden? Haben die keine andere Sorgen, als sich und den anderen die Nacht um die Ohren zu schlagen mit Dingen, die man sachlich und kurz diskutieren kann und diskutieren soll? Sie haben uns einen schlechten Dienst erwiesen!

Ihr Alternativen habt der Opposition hier im Haus einen schlechten Dienst erwiesen, denn es war unüberhörbar, daß man schon gesagt hat: Na ja, das wird man alles bei der Geschäftsordnungsreform im negativen Sinn für die Minderheiten berücksichtigen müssen! Sie haben einen schlechten Dienst dem Parlamentarismus und einen schlechten Dienst der Demokratie erwiesen. (*Bei-*

fall bei FPÖ, SPÖ, ÖVP und beim Liberalen Forum.) 15.45

Präsidentin Dr. Heide Schmidt: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bruckmann. — Ich erteile es ihm.

15.45

Abgeordneter Dr. Bruckmann (ÖVP): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Eine Absetzung von Punkt 1 von der Tagesordnung hätte dann einen Sinn, wenn damit irgend etwas gewonnen werden könnte. Durch eine Absetzung würde sich aber überhaupt nichts ändern.

Wir hatten im Juni 1992 versucht, einen Weg zu beschreiten, der sinnvoll gewesen wäre, wenn andere Länder ihm gefolgt wären. Ich hatte schon damals meine diesbezügliche Skepsis zum Ausdruck gebracht.

Aber was hat sich in der Zeit seit damals ergeben? (*Abg. Dr. Renoldner: Das Rückgrat ist verlorengegangen!*) — Alle anderen maßgeblichen Industrienationen haben bestenfalls unverbindliche verbale Absichtserklärungen abgegeben, Absichtserklärungen, die von naiven Grün-Vertretern für Anzeichen gehalten wurden, daß unser Beispiel vielleicht doch Schule machen könnte. (*Abg. Monika Langthaler: Ein „naiver“ Vertreter war Dr. Neisser! — Abg. Wabl: Herr Neisser! Sie lassen sich von Ihren eigenen Kollegen beschimpfen? — Nehmen Sie das zurück! — Weitere heftige Zwischenrufe bei den Grünen.*)

Wissen Sie, wie die Wirklichkeit aussieht? — In Wirklichkeit sitzen die Firmenvertreter jener anderen Nationen, die sich bedeckt gehalten haben, in den Hotels von Djakarta und warten nur darauf, all jene Milliardenaufträge zu lukrieren, die uns Österreichern durch unser Vorgehen verlorenzugehen drohen. So sieht die Wirklichkeit aus! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ. — Heftige Zwischenrufe bei den Grünen.*)

Was hat sich aber in Österreich abgespielt? — In Österreich sind auf freiwilliger Basis die Importe von über 50 000 Jahrestonnen in der Zeit bis 1988 durch Selbstbeschränkung — und die hat funktioniert — bis zum Jahre 1992 auf 16 000 Tonnen, also um mehr als zwei Drittel, zurückgegangen. Der bisherige Weg Österreichs, den wir im Jahr 1992 versucht haben zu gehen, hat daher in den betroffenen Ländern überhaupt nichts verändert. Diese 16 000 Tonnen sind eine Quantité négligeable, und es wurde unserem Land größter Schaden zugefügt.

Hohes Haus! Es geht gar nicht um den berühmten Gegensatz Ökonomie — Ökologie. Wir haben auf der einen Seite großen ökonomischen Schaden, auf der anderen überhaupt keinen ökologischen Nutzen bewirkt. (*Abg. Voggenhuber: Legen Sie Ihr grünes Mäntelchen ab!*) Gegen eine

Dr. Bruckmann

Verzögerung spricht, daß Gefahr im Verzug ist, nicht ökonomische Gefahr, Hohes Haus, sondern es besteht große Gefahr, daß Österreichs Ansehen in der gesamten Dritten Welt Schaden erleidet. In den Augen der betroffenen Länder stellt nämlich unser einseitiges österreichisches Vorgehen, dem andere Länder, wie gesagt, bewußt nicht gefolgt sind, einen frechen und arroganten Rückfall in kolonialistische Allüren dar, die eigentlich überwunden sein sollten. *(Abg. W a b l: Lassen Sie die Beschimpfungen von Herrn Neisser! Das ist doch eine Schweinerei!)*

Wir reichen Länder, die wir 80 Prozent der Umweltproblematik der Erde verursachen, wollen den anderen Ländern, die die restlichen 20 Prozent verursachen, verbieten, aus einem ihrer wenigen Rohstoffe einen geordneten, kontrollierten Nutzen zu ziehen, während wir selbst unsere Wälder entweder schon längst abgeholzt haben oder eben fröhlich abholzen. Mehr noch — an die Adresse aller wohlmeinenden Grünen gerichtet —: In den Augen der betroffenen Länder machen Sie sich zu Handlangern jener Lobbies, die Tropenholz verbieten wollen, um umso fröhlicher Sibirien und Kanada abholzen zu können. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Hohes Haus! Wenn wir wirklich einen wirksamen Beitrag zur Erhaltung der Regenwälder leisten wollen, so muß uns spätestens seit Juni vergangenen Jahres klar geworden sein, daß dies a) nicht gegen die betroffenen Länder und b) nur in gemeinsamem Vorgehen der Industrienationen untereinander erfolgsversprechend sein kann und bald geschehen muß.

Hohes Haus! Es ist keine Schande, dann, wenn sich ein Weg als nicht zielführend erwiesen hat, ein paar Schritte zurückzugehen, um sich Verbündete für einen besseren Weg zu suchen. Wenn man einen Berg im Alleingang nicht schafft, sondern sich nur schwere Abschürfungen holt, wenn man diesen Berg, der Rettung der tropischen Regenwälder, mehr noch: Rettung aller Naturwälder dieser Erde heißt, aber schaffen möchte, dann ist es am besten, wenn man von dieser Bergtour, bei der man sich nur Abschürfungen geholt hat, zurückkehrt und sich eine Seilschaft zusammenstellt. Und genau in diese Richtung zielen die heutigen Vorlagen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*
15.49

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Barmüller. Ich erteile es ihm.

15.50

Abgeordneter Mag. **Barmüller** (Liberales Forum): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dieser Einwendungsdebatte der Grünen, von denen verlangt wird, den Punkt 1 der nächsten Sitzung, die eigentlich die gestrige ist, von

der Tagesordnung abzusetzen, bei dem es um die Kennzeichnung des Tropenholzes geht, und bei dem Ganzen, was da bis jetzt gelaufen ist, ist mir ein Zitat von Vaclav Havel eingefallen *(Abg. V o g g e n h u b e r: Der ist immer gut!)*, der gesagt hat: Wer die Demokratie ernst nimmt, dem bindet sie die Hände. Wer sie nicht ernst nimmt, dem erlaubt sie alles! — Sie haben ein schönes Beispiel geliefert, was man mit der Demokratie alles machen kann, wenn man sie nicht ernst nimmt. *(Beifall beim Liberalen Forum, bei SPÖ und ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Voggenhuber! Ich sage Ihnen das auch in bezug auf die Wehleidigkeit, mit der der Herr Abgeordnete Renoldner hier herausgekommen ist und gesagt hat: Irgendwer hat zu mir gesagt, ich sei ein Schwein oder so irgend etwas! Ich kann mich gut an Diskussionen in diesem Haus erinnern, in denen Sie es an überhaupt keinen Untergriffen — Sie auch, Herr Abgeordneter Voggenhuber — haben fehlen lassen. Und ich habe viel darüber nachgedacht, weil ich mir gedacht habe, es darf doch nicht wahr sein, daß in diesem Haus schon jene Kälte herrscht, mit der man eine Demokratie nicht wirklich durchleben und aufrechterhalten kann. *(Beifall beim Liberalen Forum, bei SPÖ und ÖVP.)*

Sie, Herr Abgeordneter Renoldner, haben auch argumentiert, daß es nicht dem Willen dieses Hauses entspräche, den Tagesordnungspunkt 1 abzuhandeln. Da täuschen Sie sich! Ob es nicht der Willensbildung dieses Hauses entspricht, würde man schon sehen, Herr Abgeordneter Renoldner, am Ausgang der Abstimmung darüber. Lassen Sie die Abstimmung auf sich zukommen, Sie brauchen sie nicht zu verhindern! *(Abg. V o g g e n h u b e r: Wir haben sie ja beantragt, die Abstimmung!)*

Ich sage Ihnen: Die Abgeordneten dieses Hauses wissen sehr wohl, was sie tun werden. Ihre Meinung allein wird da nicht maßgeblich sein. Sie waren es, die gestern öffentlich und auch in einer großen Diskussionsrunde unter den Abgeordneten zugegeben haben, daß es Ihnen nur um eines geht, nämlich nur darum, die Abstimmung über die Novellierung des Tropenholzkennzeichnungsgesetzes zu verhindern.

Es haben daher die Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die Sie hier eingebracht haben, mit nichts anderem zu tun als mit eben dieser Verzögerungstaktik. Es geht Ihnen also nicht um die Sache — weder bei den Anträgen noch bei den anderen Tagesordnungspunkten. Es ist daher sinnvoll gewesen, daß man seitens der Präsidiäle den Weg gewählt hat, auf den § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung zurückzugreifen. Lesen Sie ihn nach. *(Der Redner zeigt die Geschäftsordnung des Nationalrates vor.)* Darin steht, daß keine unnötige Verzögerung bei der Verhandlung über die Gegenstände eintreten darf

Mag. Barmüller

und daß dafür, daß dies nicht geschieht, das Präsidium zu sorgen hat. (*Abg. Voggenhuber: Mit ganz bestimmten Maßnahmen!*) Mit ganz bestimmten Maßnahmen. — Die Zusammenfassung der Anträge ist in diesem Zusammenhang nicht nur gerechtfertigt, sie ist sogar notwendig, Herr Abgeordneter Voggenhuber, auch wenn es Ihnen nicht gefallen mag. (*Beifall beim Liberalen Forum, bei SPÖ und ÖVP.*)

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Grünen stehen bei Geschäftsordnungsdebatten so gerne Verständnis heischend da und sagen: Bitte, wir nehmen ja nur in Anspruch, wir sagen ja nur, daß man den Buchstaben des Gesetzes gemäß vorgehen soll! Ich habe Ihnen gestern schon gesagt, daß man in diesem Hause große Geduld bewiesen und trotz allem Verständnis für Ihre inhaltlichen Positionen gehabt hat, daß Sie aber diese Maßnahmen nicht überstrapazieren sollen. Sie haben sie überstrapaziert, und Sie werden jetzt mit jener Kälte des Gesetzes konfrontiert, Herr Abgeordneter Voggenhuber, die es nun in sich hat, wenn man auf den Geist und den Sinn dieser Regelungen nicht mehr Bedacht nimmt. Beschweren Sie sich nicht! Sie haben das heraufbeschworen — tragen Sie das jetzt auch durch! Die Geschäftsordnung wird nach den Buchstaben des Gesetzes angewandt. Sie gilt für die Minderheitsfraktionen in diesem Haus ebenso wie für die Mehrheitsfraktionen.

Ich sage Ihnen zum Abschluß noch einmal: Es war niemand Geringerer als Vaclav Havel, der klar herausgestellt hat, daß die Demokratie nur diejenigen bindet, die sich daran halten wollen. Sie wollen sich nicht mehr daran halten. Sie haben gezeigt, daß Sie alles machen, um damit durchzukommen, was nicht der Sinn dieser Debatte sein kann, nämlich keine inhaltliche Diskussion zu führen. Und da finden Sie niemanden mehr in diesem Haus an Ihrer Seite.

Sie haben diese Situation heraufbeschworen. Sie haben de facto eine Kriegserklärung an den Parlamentarismus in Österreich geliefert. Sie stehen seit mindestens einigen Stunden außerhalb des parlamentarischen Grundkonsenses dieser Demokratie. (*Beifall beim Liberalen Forum, bei SPÖ und ÖVP.*) 15.54

Präsidentin Dr. Heide **Schmidt**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Haigermoser. Ich erteile es ihm.

15.54

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zur Einwendungsdebatte, die wir zu führen haben, ist einiges festzuhalten. Daß die Grün-Alternativen der Demokratie einen schweren Schaden zugefügt haben, haben wir schon gemeinsam feststellen müssen.

Meine Damen und Herren! Mit Ihrer Vorgangsweise haben Sie von den Rot-Alternativen dafür gesorgt, daß die Bevölkerung einmal mehr meint, Politikverdrossenheit sei eine Möglichkeit, politisch etwas zu verändern. Wir aber, meine Damen und Herren, werden den Bürgern sagen, wo die Fehler in diesem Parlament liegen, wo sie gemacht werden — sie liegen nämlich darin, daß Sie die Demokratie mißbrauchen, meine Damen und Herren von den Rot-Alternativen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und ich sage Ihnen noch etwas: Ich bin nicht gehalten, Herrn Dr. Fuhrmann zu assistieren. Wir führen in unserer Oppositionsrolle den Wählerauftrag entsprechend durch. Aber Wahrheit muß Wahrheit bleiben. Herr Dr. Fuhrmann hat erklärt, was Renoldner in der Präsidiale mit Brief und Siegel unterschrieben hat.

Meine Damen und Herren! Sie, Herr Kollege Renoldner, waren bei der letzten Präsidiale — ich war dort als Vertreter der Freiheitlichen Partei anwesend — und haben mit Vollmacht Ihres Klubs, Ihrer Klubobfrau die Tagesordnung bestätigt. Man ist auf Ihre sämtlichen Wünsche dort eingegangen. Man hat Konsens erzielt, und als Sie draußen waren aus dem Raum, haben Sie, ehe der Hahn einmal krächte, die ganzen Abmachungen vergessen.

Herr Renoldner! Ich frage Sie daher: Mit welcher Ernsthaftigkeit gehen Sie hier ans Rednerpult und vermeinen, mit einem Entschuldigungsschreiben an den Präsidenten die Sache erledigen zu können? Sie haben mit Brief und Siegel als Theologe — und das enttäuscht mich persönlich besonders —, Herr Kollege Renoldner, das Wort mehrmals gebrochen. Sie haben ein schlechtes Beispiel gegeben, den Bürgern, den Zusehern in diesem Haus und in der Öffentlichkeit. Das ist menschlich enttäuschend, und ich glaube daher, daß man in Zukunft sehr vorsichtig sein sollte in bezug auf die Paktfähigkeit der grün-alternativen Fraktion. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit ist von Ihrem Wortbruch enttäuscht. Sie, Herr Kollege Dr. Renoldner, haben heute mehrmals das Wort vom Rechtsbruch auf den Lippen gehabt. Sie, die Sie solche Worte gedrechselt haben, haben aber nicht vergessen lassen, daß Sie sehr wohl Ihr Wort gebrochen haben. Das ist, glaube ich, der größte Vorwurf, den man einem Parlamentarier machen kann, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zur Wahrheitsfindung. Wir Freiheitlichen sind an einer harten oppositionellen Auseinandersetzung mit dieser Bundesregierung interessiert. Diese Bundesregierung hat es mehr als notwendig, daß es scharfe Auseinandersetzungen gibt,

Haigermoser

daß die Wahrheit auf den Tisch kommt. Wir haben, meine Damen und Herren, in der Vergangenheit in diesem Haus erleben müssen, daß man, als es um die Sache der Freiheitlichen ging, einäugig war. Wir mußten es leidvoll erfahren. Aber trotzdem sind wir zu einer konstruktiven Opposition bereit, dies deshalb, weil wir in Verantwortung für dieses Land arbeiten wollen und nicht parteipolitische Dinge herauszerren wollen, nur um billige Ernten einzufahren, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihre Vorgangsweise zeigt uns, unter welchem Charakterbild wir Ihre Gruppierung zu sehen haben, meine Damen und Herren! Es wurde heute schon ausgeführt - Tropenholzgesetz, Einwendungsdebatte, Probleme, die damit zusammenhängen -, mit welcher Kälte Sie die Interessen der Bevölkerung negieren, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung, die um ihre Arbeitsplätze zittert, die ihre Familien zu ernähren hat. Das ist Ihnen alles egal, nur um kleine Münzen hier herauszuschlagen zu können.

Meine Damen und Herren! Daher stellen wir Freiheitlichen aus oppositioneller Sicht fest: Wir werden alles tun, damit die Geschäftsordnung in der Zukunft, nachdem sie reformiert worden ist, nicht mehr zu mißbrauchen sein wird, daß sie nicht so reformiert wird, daß eine Anlaßgesetzgebung aufgrund Ihres Verhaltens passiert. Aber wir werden auch dafür eintreten, daß die Auseinandersetzungen an diesem Pult in diesem Hause fair, demokratisch und dem Ansehen der Republik Genüge leistend geführt werden.

Meine Damen und Herren! Wir von der Freiheitlichen Partei haben in den letzten beiden Tagen gezeigt, daß wir die einzige konstruktive Opposition sind. Wir führen zwar in aller Schärfe die Auseinandersetzungen, wollen aber nichts damit zu tun haben, daß die Demokratie von Ihnen zerstört wird. *(Beifall bei der FPÖ.) 15.59*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Renoldner gemeldet. - Redezeit ist bekannt. *(Abg. Dkfm. Holger Bauer: Du weißt ja: Du sollst nicht lügen!)*

16.00

Abgeordneter Dr. **Renoldner** (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Haigermoser! Genau wegen dieses Bibelwortes muß ich Sie tatsächlich berichtigen: Sie haben hier eine falsche Aussage gemacht. Ich habe nämlich in der Präsidialsitzung, von der Sie gesprochen haben, eine Zusage gegeben unter Voraussetzungen, die nicht von seiten der Grünen, sondern von seiten der anderen Fraktionen dieses Hauses nicht eingehalten wurden. Ich nenne Ihnen diese. Das sind Fakten, die zum Zeitpunkt dieser Präsidialsitzung noch nicht bekannt waren.

Das erste Faktum ist die unfaire Behandlung der Tropenholzmaterie im Ausschuß. Außerdem fand gleichzeitig eine Präsidialsitzung statt. Man hat den Grünen die Einsetzung eines Unterausschusses verweigert, über den es bereits Vorgespräche gegeben hat. *(Abg. Dr. Fuhrmann: Mit wem?)* Wir mußten aufgrund dieser davon ausgehen, daß es ihn geben wird.

Zweitens: Meine Zusage betreffend Redezeit bezog sich auf die für Donnerstag avisierte Haus-sitzung. Sie haben in der Präsidiale nichts davon gesagt, daß in der für Mittwoch avisierten Haus-sitzung zu einem Tagesordnungspunkt ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt werden wird, der dann mit einer überwältigenden Mehrheit beschlossen wurde. *(Unruhe im Saal und ironische Heiterkeit.)* Wegen dieser unfairen Geschäftsordnungstricks halte ich den Konsens, der mit scheinheiligen Zusagen von seiten der großen Fraktionen in der Präsidiale zustande gekommen ist, nicht aufrecht. *(Zwischenrufe.)*

Ich komme schon zu meinem Schlußsatz. Weil Sie das immer auf die moralische Ebene stellen, möchte ich Ihnen sagen: Den Grünen sind diese Ihre Geschäftsordnungstricks, mit denen man versucht ist, eine für das Überleben einer ganzen Generation so wichtige Materie hinterrücks durch dieses Plenum zu transportieren, ohne einen Unterausschuß . . . *(Abg. Dr. Fuhrmann: Das ist keine tatsächliche Berichtigung!)*

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie bewegen sich außerhalb der Verpflichtungen, die im Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung zu erfüllen sind.

Abgeordneter Dr. **Renoldner** *(fortsetzend)*: Schlußsatz: Den Grünen sind nicht die Geschäftsordnungstricks der Koalitionsfraktionen, sondern ist der Schutz der tropischen Regenwälder heilig. - Danke. *(Beifall bei den Grünen. - Abg. Dr. Khol: Mit den Grünen kann man nichts vereinbaren!)* 16.02

Präsident: Zu einer persönlichen Erwiderung zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Haigermoser. Bitte.

16.02

Abgeordneter **Haigermoser** (FPÖ): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Da ich quasi indirekt vom Herrn Kollegen Renoldner der Unwahrheit bezichtigt wurde, weil ich festhielt, daß er die Vereinbarung in der Präsidiale gebrochen hat, erwidere ich hiermit persönlich:

In der Präsidiale wurde im Konsens mit der Stimme des Herrn Dr. Renoldner vereinbart, daß die Tagesordnung so wie aufgelegt beschlossen wird. Es wurde auch mit der Stimme des Herrn Dr. Renoldner beschlossen, daß die Redezeit so eingeteilt wird, wie sie aufgelegt wurde. *(Abg. Dr.*

Haigermoser

Renoldner: ... keinen Antrag auf Schluß der Debatte!) Ich erkläre das hier an Eides Statt, Herr Kollege, und zeihe Sie daher der Unwahrheit. Ich möchte das Wort Lüge vermeiden. *(Beifall bei der FPÖ.) 16.03*

Präsident: Als nächste gelangt Frau Abgeordnete Partik-Pablé zu Wort.

16.03

Abgeordnete Dr. Helene **Partik-Pablé** (FPÖ): Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Wir Freiheitlichen haben es uns schon abgewöhnt, empfindlich zu sein bei Maßnahmen des Präsidiums. Ich glaube nämlich, daß die §§ 101 und 103 der Geschäftsordnung vom Präsidium nur dann angewendet werden, wenn ein Freiheitlicher einmal einen Halbsatz lang das Thema verläßt. *(Beifall und Bravorufe bei der FPÖ.)*

Ich kann mich noch erinnern: Als ich im Jahr 1983 zum erstenmal hier ins Parlament gekommen bin, da hat unser damaliger Klubobmann Peter gesagt, man übt keine Kritik am Präsidium und keine am Bundesrat. *(Abg. Vetter: Das ist gescheit!)*

Aber heute ist die Situation so, daß man sehr wohl Kritik am Präsidium üben muß, denn das, was sich hier in den letzten Tagen und Monaten uns gegenüber abgespielt hat, ist ganz einfach untragbar. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich vermissе die Straffung der Debatte, die heute bei dieser Einwendungsdebatte unserem Abgeordneten Ofner gegenüber angewandt worden ist. Bei ihm ist als einzigem geläutet und der Ruf zur Sache gemacht worden. Diese Straffung der Debatte habe ich gestern vermißt, als stundenlang vorgetäuscht wurde, über das internationale Abkommen über Jute zu sprechen. In Wirklichkeit ist aber nur alle fünf Minuten das Wort Jute erwähnt worden. Das internationale Abkommen ist völlig auf der Strecke geblieben. *(Beifall bei der FPÖ.)* Da hätte der Ruf zur Sache kommen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren vom Präsidium! *(Neuerlicher Beifall bei der FPÖ sowie Beifall des Abg. Dr. Khol.)*

Ich glaube, es muß auch uns Abgeordneten einmal gestattet sein, hier Kritik zu üben. Immerhin sind Sie von uns gewählt worden, und wir erwarten uns auch von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren vom Präsidium, daß Sie die Geschäftsordnung so auslegen, daß Sie als Sitzungspolizei die Sitzungsordnung gewährleisten. In den letzten 15 Stunden vermißtē wir das.

Ich komme schon zur Sache. Zunächst einmal zum Herrn Renoldner. Ich wundere mich wirklich über den Herrn Renoldner, denn ich habe hier vom Herrn Klubobmann Fuhrmann und vom Herrn Haigermoser, die in der Präsidiale waren, gehört, daß eine Zustimmung zu dieser Ta-

gesordnung gegeben war. Jetzt sagt Herr Renoldner plötzlich, er sei nicht damit einverstanden, dieser Tagesordnungspunkt solle nicht verhandelt werden. Diese Vorgangsweise ist so ähnlich wie die, die Sie beim Tropenholz gewählt haben.

Wir Freiheitlichen haben damals schon im Ausschuß gesagt, daß wir nicht mit dem Antrag der Sozialisten und der Österreichischen Volkspartei übereinstimmen. Wir haben Ihnen gesagt: Das wird nicht halten! Diese Vereinbarung, die da getroffen wird, wird einem GATT-Abkommen nicht standhalten! Sie haben dieser aber trotzdem zugestimmt. Heute wollen Sie aber von all dem nichts wissen.

Herr Renoldner hat ja sein wahres Gesicht heute gezeigt. Sie wollten überall dabeisein: Sie wollten nach Rio nicht mit leeren Händen kommen, und heute wollen Sie als die Großen dastehen, die den Regenwald retten. Sie wollen sozusagen mit einem Körper auf zwei Stühlen sitzen. Das geht halt einfach nicht. Es ist heute evident geworden, daß Ihnen der Regenwald, der Tropenwald gar nicht das wichtigste Anliegen ist, sondern Ihre Sensationsmache ist Ihnen das Allerwesentlichste. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Renoldner! Weil Sie hier so weinerlich sagen, Sie seien deshalb nicht einverstanden mit der Tagesordnung, Sie fühlten sich an Ihre Zustimmung zur Tagesordnung deshalb nicht gebunden, weil der Schluß der Debatte gestern beschlossen worden ist: Ja Sie sind doch selbst schuld an diesem Schluß der Debatte, denn was Sie gestern wollten, das war keine parlamentarische Auseinandersetzung, das war ja keine Debatte mit Rede und Gegenrede! Sie wollten ganz einfach verzögern, Sie wollten den Gesetzesbeschluß verhindern. Sie wollten sich in Szene setzen. Sie wollten stundenlang die Debatte aufhalten, aber keinesfalls wollten Sie mit uns über dieses wichtige Thema debattieren.

Uns Freiheitlichen — das hat sich wieder einmal bewiesen — ist der Tropenwald wirklich wichtig. Wir haben schon damals die richtige Entscheidung getroffen, und wir werden sie auch in Zukunft treffen — zum Schutz der Umwelt! *(Beifall bei der FPÖ.) 16.08*

Präsident: Nächster Redner in der Einwendungsdebatte ist Herr Abgeordneter Dr. Haider. Er hat das Wort.

16.08

Abgeordneter Dr. **Haider** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die grüne Fraktion hat eingewendet, daß das Tropenholzgesetz nicht gemäß der Tagesordnung behandelt werden soll. Es ergibt sich daraus für uns ein unleugbarer Widerspruch: Einerseits hat der Kollege Renoldner, wie hier mehrfach festgestellt wurde, in der Präsi-

Dr. Haider

dialkonferenz an dem einstimmigen Beschluß mitgewirkt, diese Tagesordnung so festzusetzen, daß an prominenter Stelle die Verhandlung über das Tropenholzgesetz stattfinden soll, und andererseits hat die grüne Fraktion eine dringliche Anfrage hier eingebracht, die sich mit dem Thema Tropenholz beschäftigt hat. Und dringliche Anfrage heißt, wie das Wort schon sagt, daß etwas dringlich ist. Der Nationalrat soll also etwas dringlich behandeln. *(Abg. Dr. Renoldner: Aber nicht beschließen!)*

Aber es scheint offenbar zu sein: Sie wollen als Minderheit hier entscheiden, was dringlich ist und was nicht. Wenn Sie sagen, wie gestern, es ist etwas dringlich, dann soll das das Parlament behandeln. Und wenn Sie sagen, wie heute, das ist eigentlich nicht mehr dringlich, weil Sie es sich anders überlegt haben, dann soll es wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das kann nicht das Spielchen sein, bei dem wir mitmachen werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie kommen jetzt her und wenden ein, daß Sie das, was für Sie gestern noch dringlich war, heute nicht mehr als dringlich empfinden und daß es daher wieder abgesetzt werden soll. Das besonders Pikante an dieser Sache ist, daß heute in der Präsidialkonferenz der Herr Kollege Wabl gemeint hat, er müßte ein Angebot zur Deeskalation machen. Das heißt, die Grünen waren sich also bewußt, daß sie den Bogen überspannt haben. Kollege Wabl meinte, er müßte eine Deeskalation, wie er es so schön gesagt hatte, anbieten. Er wollte uns also ein Geschäft anbieten.

Herr Kollege Wabl! Nehmen Sie eines zur Kenntnis: Mit jemandem, der sich so verhält, wie Sie sich in den letzten Stunden verhalten haben, mit jemandem, der ständig paktbrüchig wird, kann es kein politisches Geschäft geben, in keiner Weise, auch nicht was die parlamentarische Geschäftsordnung betrifft. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Das gilt für beide. Sie wollten nur Ihre politisch spektakuläre Aktion hier heraußen abziehen, weil es Ihnen offenbar unangenehm war, daß Sie in den letzten Wochen keine Themen mehr in der österreichischen Innenpolitik gefunden haben. Der Herr Kollege Renoldner, der sich über Freiheitliche so gerne lustig macht, soll zur Kenntnis nehmen — als gottesfürchtiger Mann soll er das zur Kenntnis nehmen —: Es wäre besser, sich, bevor Sie noch einmal hier herausgehen und wieder die Unwahrheit sagen, in den Beichtstuhl zu begeben und einmal für das, was bisher an Sünden angelaufen ist, Abbitte zu leisten, anstatt hier das große Wort zu führen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich weiß schon, dieses Lokal ist Ihnen nicht mehr sehr geläufig, aber es täte Ihnen gut, ein bißchen innere Läuterung

zu finden, damit Sie wieder den Weg zur Wahrheit finden.

Wir haben, meine Damen und Herren, als Freiheitliche einen Antrag eingebracht, der den Weg gewiesen hat: Wir haben eine Tropenholzregelung vorgeschlagen, die nicht wirtschaftsfeindlich ist, sondern die vorsieht, daß all das, was an Holzprodukten aus nachhaltiger Bewirtschaftung stammt, auch in Österreich bei eindeutiger Deklaration verkauft und vertrieben werden kann. Wir haben also vorgesehen, einen Weg zu gehen sowohl zum Schutz der Wälder in der Welt als auch zum Schutz der Völker, die dort leben, einschließlich ihrer Produkte, die sie herstellen.

Ich höre nichts davon. Die Grünen reden dauernd von einem Tropenholzgesetz, das sie selbst mitverantworten haben, anstatt hier einmal auch davon zu reden, daß sie, genauso wie sie heute für das Tropenholz kämpfen, auch für die österreichischen Arbeitsplätze kämpfen wollen, auch für die österreichischen Bauern kämpfen wollen. Sie sollten sich auch einmal den Kopf zerbrechen darüber, wie Sie für jene Menschen etwas tun können, die in diesem Lande Not leiden und die erwarten, daß sich die Parlamentarier von Österreich für die österreichische Bevölkerung einsetzen, anstatt hier stundenlang über Jutesäcke zu reden. Sie sollten endlich einmal das Hirn einschalten und die Interessen der österreichischen Bevölkerung ernster nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.) 16.13*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Wabl gemeldet. Ich mache ihn auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam.

16.13

Abgeordneter Wabl (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Klubobmann Haider hat hier soeben behauptet, ich hätte in der Präsidiale Geschäfte angeboten. *(Abg. Dr. Haider: So war es auch!)* Meine Damen und Herren! Ich habe dem Vertreter der ÖVP und dem Vertreter der SPÖ angeboten, daß ich versuchen werde, gemeinsam mit meiner Fraktion die Stimmung zu deeskalieren, weil ein Abgeordneter der ÖVP uns Faschisten geschimpft hat und ein Abgeordneter der SPÖ uns Schweine geschimpft hat und wir gedacht haben, daß auch wir an dieser Stimmung beteiligt sind, die zum Teil außer Rand und Band geraten ist.

Ich habe dem Herrn Haider nie ein Geschäft angeboten, denn Wahlkartenzinkern biete ich kein Geschäft an! *(Beifall bei den Grünen.) 16.14*

Präsident: Zu Wort gemeldet ist in dieser Einwendungsdebatte niemand mehr. Die Debatte ist daher geschlossen.

Präsident

Was die Handhabung der Geschäftsordnung betrifft, mache ich den Hinweis, daß die grüne Fraktion heute von einer exzessiven Benachteiligung der grünen Fraktion gesprochen hat und daß die freiheitliche Fraktion gemeint hat, es wurde bewiesen, daß die geltende Geschäftsordnung exzessiv parteiisch zugunsten der Grünen ausgelegt wird.

Ich glaube, sagen zu dürfen, daß sich das Präsidium bemüht, so zu agieren, das weder der eine noch der andere Vorwurf zutrifft. Der Abgeordneten Partik-Pablé, die verständlicherweise nicht die ganze Zeit da sein konnte, teile ich mit, daß heute vier oder fünf Rufe zur Sache ausgesprochen wurden. (*Abg. Dr. Haider: Gestern haben Sie es vergessen!*)

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g**.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die den Einwendungen des Abgeordneten Voggenhuber

Rechnung tragen wollen, das heißt, den Punkt 1 von der Tagesordnung der kommenden Sitzung absetzen wollen, um ein Zeichen der Zustimmung. — Das ist die **Minderheit**. Damit bleibt es bei der schriftlich mitgeteilten Tagesordnung für die nächste Sitzung.

Ich darf bekanntgeben, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 497/A bis 502/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 4424/J bis 4478/J eingelangt.

Schließlich ist eine Anfrage an den Präsidenten des Nationalrates eingebracht worden.

Die **n ä c h s t e** Sitzung findet, wie schon gesagt wurde, 5 Minuten nach Schluß dieser Sitzung statt, also um 16 Uhr 20 Minuten.

Die jetzige Sitzung ist **g e s c h l o s s e n**.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 16 Minuten

Anhang zu S. 12690:

Antrag

der Abgeordneten Christine Heindl und Genossen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß § 33 GOG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Zur Untersuchung folgenden Gegenstandes wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt:

Klärung der politischen Verantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Bau eines 380-kV-Hochspannungsringes.

Zusammensetzung des Ausschusses: 5 SPÖ, 4 ÖVP, 1 Grüne, 1 Liberales Forum.

Begründung:

Verbundgeneraldirektor Fremuths Ambitionen, für das Millionengeschäft mit dem internationalen Stromtransit das Land mit einem 380-kV-Hoch-

spannungsnetz zu überziehen, sind höchst bedenklich. Schließlich wird dadurch die Lebensqualität vieler ÖsterreicherInnen leichtfertig den Gewinnen aus diesem Renommierprojekt geopfert. Internationale Untersuchungen über die negativen gesundheitlichen Auswirkungen (zum Beispiel: erhöhtes Krebsrisiko, vor allem bei Kindern) werden genauso verschwiegen wie die enormen Ernteeinbußen bei landwirtschaftlichen Kulturen und andere ökologische Beeinträchtigungen.

Sogar das in den USA übliche least-cost-planning wird nicht durchgeführt. Man ist nicht bereit, zu überprüfen, ob nicht Investitionen auf der Abnehmerseite kostengünstiger wären, im Vergleich zu dieser Leitung.

Unter einem verlangen die Antragsteller die Durchführung einer Debatte über diesen Antrag.
